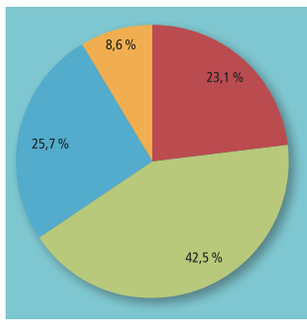
Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB

- Forschen
- Beraten
- Zukunft gestalten

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

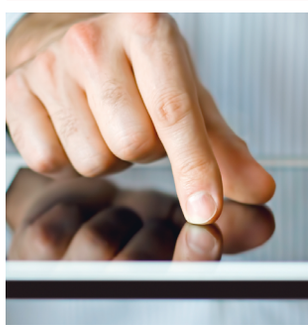


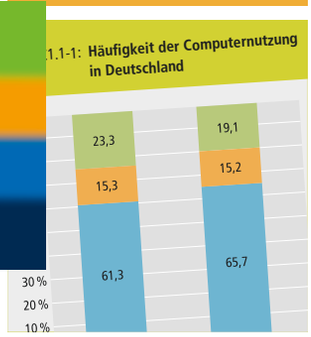


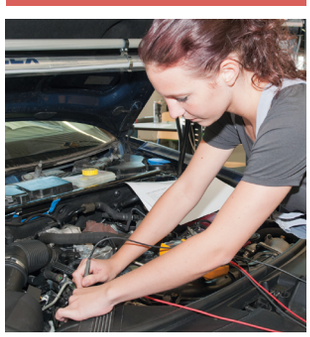












GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium für Bildung und Forschung

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die gesetzliche Aufgabe, Entwicklungen in der beruflichen Bildung zu beobachten und zum 1. April jeden Jahres der Bundesregierung hierüber einen Bericht (Berufsbildungsbericht) vorzulegen (§ 86 BBiG). Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist verpflichtet, an der Vorbereitung des Berufsbildungsberichts mitzuwirken (§ 90 Abs. 1, 1a).

Im Frühjahr 2008 hat das BMBF beschlossen, den Berufsbildungsbericht zu reformieren und neu zu strukturieren. Bei der Neustrukturierung wurde die Empfehlung des Hauptausschusses des BIBB berücksichtigt, den Berufsbildungsbericht in einen politischen Teil, der von der Bundesregierung beraten und beschlossen wird, und einen nicht politischen Teil, für den das BIBB verantwortlich zeichnet, zu gliedern. Seit dem Jahr 2009 gibt das BIBB einen „Datenreport zum Berufsbildungsbericht [Jahr] – Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung“ heraus. Dieser stellt die zentrale Informationsquelle und Datengrundlage für den Berufsbildungsbericht des BMBF dar. Die Erstellung und Herausgabe des Datenreports wird vom BMBF finanziell gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 978-3-88555-942-9

Vertriebsadresse:
Bundesinstitut für Berufsbildung
Arbeitsbereich 1.4 – Publikationsmanagement/Bibliothek
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn
Telefax: 02 28/1 07-29 67
E-Mail: vertrieb@bibb.de
Bestell-Nr.: 09.201

© 2013 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

Herausgeber:
Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
E-Mail: zentrale@bibb.de
Internet: www.bibb.de

Redaktion: Michael Friedrich
Redaktionsassistenz: Dagmar Borchardt, Petra Spilles
Lektorat: Ursula Knüpper-Heger
Herstellung: Fritz Höhmann

Umschlag und Satz: Christiane Zay, Potsdam
Druck: W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
Verlag: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Printed in Germany

ISBN 978-3-88555-942-9

Impressum Online

Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative Commons Lizenz (Lizenztyp: Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung – 3.0 Deutschland).

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf unserer Creative Commons-Infoseite http://www.bibb.de/cc-lizenz

Diese Netzpublikation wurde bei der Deutschen Nationalbibliothek angemeldet und archiviert.

Internet: www.bibb.de/veroeffentlichungen

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB

Forschen
Beraten
Zukunft gestalten

Vorwort



Eine regelmäßige und systematische Bildungsberichterstattung ist eine notwendige Voraussetzung, um die aktuelle Situation in der beruflichen Bildung beschreiben und zukünftige Entwicklungen und Handlungsbedarfe rechtzeitig erkennen zu können. Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) berichtet auf Basis empirischer Daten und sozialwissenschaftlicher Analysen über den gegenwärtigen Stand und die neuesten Entwicklungstendenzen in der beruflichen Bildung. Er bildet damit die Datengrundlage für den Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Sowohl die Herausgabe des Berufsbildungsberichts durch das BMBF als auch die Mitwirkung des BIBB bei der Vorbereitung des Berufsbildungsberichts sind Aufgaben, die im Berufsbildungsgesetz (§§ 86, 90) verankert sind.

In der vorliegenden Ausgabe des Datenreports zum Berufsbildungsbericht 2013 werden die Indikatoren zur aktuellen Situation in der beruflichen Ausbildung (Kapitel A) und beruflichen Weiterbildung (Kapitel B) fortgeschrieben und Veränderungen im Zeitverlauf dokumentiert. Die Standardindikatorik in diesen Kapiteln wird durch die Ergebnisse aus insgesamt 5 aktuellen Primärerhebungen des BIBB ergänzt: Auf der Grundlage der BIBB-Schulabgängerbefragung 2012, der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 und der BIBB-Übergangsstudie 2011 wird das Bildungsverhalten von Jugendlichen betrachtet. Weitere Informationen zur Aus- und Weiterbildung basieren auf Analyseergebnissen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 und des BIBB-Qualifzierungspanels 2012. Darüber hinaus wurden die sekundärstatistischen Auswertungen verbessert und weiter ausdifferenziert.

Der Schwerpunkt dieses Datenreports liegt auf dem Thema „Digitale Medien – Entgrenzung von Lernen und Arbeiten“. Dieses Kapitel (C) behandelt die Frage, wie sich Arbeitsumgebungen und Lernprozesse in der Aus- und Weiterbildung durch den Einsatz digitaler Medien verändert haben und welche zukünftigen Entwicklungen zu erwarten sind. Kapitel D gibt einen Überblick über die Förderung von Innovationen in der Berufsbildung durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren. Das internationale Kapitel (E) berichtet über europäische Indikatoren und Benchmarks, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland und Mobilität in der beruflichen Ausbildung.

Auf dem Internetportal **www.bibb.de/datenreport** werden – wie in den Vorjahren – ergänzende Tabellen, Schaubilder und Expertisen zum Datenreport bereitgestellt. Dieses Portal wird zukünftig weiter ausgebaut; beispielsweise wollen wir für Interessierte den Zugang zu den verwendeten Daten öffnen und eine barrierefreie Darstellung der Ergebnisse entwickeln.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen zum vorliegenden Datenreport. Für Anregungen, Anmerkungen und konstruktive Kritik sind wir dankbar (**datenreport@bibb.de**).

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser
Präsident

Hinweise für Leserinnen und Leser

Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht stützt sich auf zentrale Indikatoren und Kennwerte, um Entwicklungen in der beruflichen Bildung in Deutschland darzustellen. Neben der textlichen Darstellung werden Tabellen **→ Tabelle …** und Schaubilder **→ Schaubild …** verwendet. Darüber hinausgehende und stärker differenzierte Datenwerte werden unter **www.bibb.de/datenreport** als Anhang im Internet **→ Tabelle … Internet** angeboten. Außerdem werden auf der Homepage des BIBB weiterführende Informationen und Daten bereitgestellt.

Ein blaues E innerhalb der Texte verweist auf Erläuterungen und Ergänzungen, die sich in blauen Kästen und in räumlicher Nähe zu den entsprechenden Textpassagen befinden. Hier werden beispielsweise Indikatoren und Kennwerte definiert, methodische Erläuterungen zu den verwendeten Datenquellen, Erhebungsverfahren, Stichprobengrößen gegeben und auf Besonderheiten und methodische Einschränkungen hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis

A	**Indikatoren zur beruflichen Ausbildung**	**9**
	Das Wichtigste in Kürze	9
A1	**Ausbildungsmarktbilanz**	**11**
A1.1	Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage	14
A1.2	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge – Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2012	29
A1.3	Ausbildungsvermittlung: Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit	47
A1.4	Regionale Entwicklung der Berufsausbildung	62
A2	**Vorausschätzung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebots für 2013**	**68**
A2.1	Rückblick auf die Vorausschätzung für 2012	68
A2.2	Vorausschätzung für 2013	69
A3	**Bildungsverhalten von Jugendlichen**	**74**
A3.1	Berufliche Wünsche und beruflicher Verbleib von Schulabgängern und Schulabgängerinnen	74
A3.2	Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012	87
A3.2.1	Merkmale und Verbleib von Altbewerbern und Altbewerberinnen	88
A3.2.2	Merkmale und Verbleib von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund	93
A3.2.3	Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen	97
A3.2.4	Zusammenfassung	99
A3.3	Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011	100
A3.3.1	Bedeutung der Teilnahme an teilqualifizierenden Bildungsgängen und Maßnahmen am Übergang von der Schule zur Berufsausbildung	100
A3.3.2	Beendigung einer dualen Berufsausbildung ohne Abschluss	109
A4	**Indikatoren zur Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung**	**111**
A4.1	Anerkannte Ausbildungsberufe	111
A4.1.1	Zukünftige Entwicklungen hinsichtlich der Neuordnung anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO	111
A4.1.2	Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO	113
A4.1.3	Neue und modernisierte Ausbildungsberufe	116
A4.2	Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse	118
A4.2.1	Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)	118
A4.2.2	Ausbildung im öffentlichen Dienst (Personalstandsstatistik)	128
A4.3	Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)	130
A4.4	Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung	142
A4.5	Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System	154
A4.6	Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss	162

A4.6.1 Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung bei Auszubildenden mit Neuabschluss ... 162
A4.6.2 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss bei Auszubildenden mit Neuabschluss ... 168
A4.6.3 Studienberechtigte mit dualer Berufsausbildung ... 177
A4.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen ... 181
A4.8 Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse ... 194
A4.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund ... 201
A4.10 Inklusion – Behinderte Menschen ... 208
A4.11 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung ... 213
A4.11.1 Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik zur Ausbildungsbeteiligung ... 213
A4.11.2 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben ... 220
A4.11.3 Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung ... 225
A4.11.4 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung und unbesetzte Ausbildungsstellen – Ergebnisse aus dem BIBB-Qualifizierungspanel 2011/2012 ... 229

A5 Berufsausbildung im berufsbildenden Schulsystem ... 236
A5.1 Berufsausbildung nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen ... 238
A5.2 Ausbildung mit Abschluss nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO) ... 239
A5.3 Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen ... 240
A5.4 Strukturelle Entwicklungen im berufsbildenden Schulsystem ... 241

A6 Die integrierte Ausbildungsberichterstattung im Überblick ... 244
A6.1 Das Ausbildungsgeschehen auf der Bundesebene ... 244
A6.2 Das Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern ... 250
A6.3 Einflüsse der demografischen Entwicklung auf das Ausbildungsgeschehen ... 252

A7 Angebote für bestimmte Zielgruppen ... 254
A7.1 Regelangebote und Programme im Übergang Schule – Beruf ... 254
A7.2 Die Entwicklung von Zusatzqualifikationen ... 266
A7.3 Die Entwicklung dualer Studiengänge ... 269

A8 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung ... 274
A8.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen ... 274
A8.2 Ausgaben der öffentlichen Hand für die berufliche Ausbildung ... 278
A8.3 Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung ... 283

A9 Ausbildung und Beschäftigung ... 284
A9.1 Zugänge in Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener dualer Ausbildung ... 284
A9.2 Erlernter Beruf und Niedriglohn bei Männern und Frauen ... 286
A9.3 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung ... 291

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung ... 295
Das Wichtigste in Kürze ... 295

B1 Beteiligungsstrukturen ... 296
B1.1 Beteiligung an beruflicher Weiterbildung ... 296

B1.1.1	Beteiligung von Erwerbstätigen an beruflicher Weiterbildung	296
B1.1.2	Weiterbildungsbereitschaft und Weiterbildungsaktivitäten älterer Erwerbstätiger	301
B1.2	Betriebliche Weiterbildung	304
B1.2.1	Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote	304
B1.2.2	Betriebliche Weiterbildung im europäischen Vergleich	306
B1.2.3	Betriebliche Weiterbildung, Ausbildungsbeteiligung und externe Rekrutierung	312
B2	**Weiterbildungsanbieter**	**318**
B2.1	Ergebnisse der wb**monitor** Umfrage 2012	318
B2.1.1	Wirtschaftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wb**monitor**	318
B2.1.2	Barrierefreie Weiterbildung – Standards und Defizite	322
B2.2	Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung	327
B2.2.1	Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen	327
B2.2.2	Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen	331
B2.2.3	Weiterbildungsstatistik im Verbund	336
B2.3	Fernlernen	339
B3	**Öffentlich geförderte Weiterbildung**	**343**
B3.1	SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen	343
B3.2	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	349
B3.3	Programm Weiterbildungsstipendium und Aufstiegsstipendium – Studieren mit Berufserfahrung	352
B3.3.1	Programm Weiterbildungsstipendium	352
B3.3.2	Programm Aufstiegsstipendium	353
B3.4	Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses	355
B3.5	Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung	356
B3.6	Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung	361
B3.7	Programm Bildungsprämie	364
B4	**Geregelte Fortbildungsabschlüsse**	**368**
B4.1	Regelungen des Bundes, der Länder und der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung	368
B4.2	Neuere strukturelle Entwicklungen in Fortbildungsordnungen	369
B4.3	Berufliche Weiterbildung an Fachschulen	371
B4.4	Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen	374
C	**Schwerpunktthema: Digitale Medien – Entgrenzung von Lernen und Arbeiten**	**383**
C1	**Informationstechnologien – Innovationstreiber zur Gestaltung von Lern- und Arbeitsumgebungen**	**383**
C1.1	Megatrend „Informatisierung der Facharbeit“	384
C1.2	Neue Dienstleistungen des Handwerks am Beispiel der Gebäudesystemintegration	390
C2	**Einsatz digitaler Medien in der Aus- und Weiterbildung**	**393**
C2.1	Social Media: „Many to many”-Kooperation im Netz	398

C2.2 Attraktive Fachkräfterekrutierung ... 400
C2.3 Medienkompetenz des Ausbildungspersonals ... 403
C2.4 Fallbeispiel IT-Berufe ... 405
C2.5 Innovation für lernortübergreifendes Lehren und Lernen: Das Beispiel der Kompetenzwerkst@tt Elektrohandwerk ... 406
C2.6 Online-Informations- und -Erfahrungsaustausch für Ausbilderinnen und Ausbilder: Das Beispiel Foraus.de ... 409
C3 Fördermaßnahmen zur Implementierung digitaler Medien in die berufliche Qualifizierung ... 410
C4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen ... 412
C5 Glossar ... 416
D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren ... 419
Das Wichtigste in Kürze ... 419
D1 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung ... 420
D2 Modellprojekte und Pilotinitiativen entwickeln innovative Konzepte für die betriebliche Ausbildung ... 421
D3 Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und Kompetenzzentren ... 427
E Monitoring im internationalen Kontext: Europäische Indikatoren und Benchmarks, Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Mobilität ... 429
Das Wichtigste in Kürze ... 429
E1 Indikatoren und Benchmarks im gemeinsamen Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2020" der EU ... 430
E1.1 Berufliche Bildung und Beschäftigung in Europa ... 430
E1.2 Indikatoren und Benchmarks auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung ... 432
E2 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ... 441
E3 Mobilität ... 444
Anhang ... 447
Abkürzungsverzeichnis ... 447
Verzeichnis der Schaubilder ... 452
Verzeichnis der Tabellen ... 456
Verzeichnis der Tabellen im Internet ... 464
Literaturverzeichnis ... 466
Informationen im Internet zu verwendeten Indikatoren ... 489
Schlagwortverzeichnis ... 490

A Indikatoren zur beruflichen Ausbildung

Das Wichtigste in Kürze

Zusammenfassend ist vor allem auf die folgenden Ergebnisse hinzuweisen:

- Die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** ist im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um rund 18.000 (-3,2 %) zurückgegangen. Der Rückgang betraf Ostdeutschland mit -6,6 % stärker als Westdeutschland (-2,6 %). Besonders deutlich fiel der Rückgang bei den **außerbetrieblichen Verträgen** aus (-15,0 %), während die Entwicklung bei den **betrieblichen Neuverträgen** mit -2,5 % relativ moderat verlief.
- Das **Ausbildungsplatzangebot** betrug rund 585.000 und sank gegenüber dem Vorjahr um 2,4 %. Die Ausbildungschancen der Jugendlichen haben sich trotz des Vertragsrückgangs aufgrund der rückläufigen demografischen Entwicklung sowohl in West- wie in Ostdeutschland gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verschlechtert.
- Die Bundesagentur für Arbeit registrierte zum 30. September 2011 noch rund **76.000 erfolglose Ausbildungsplatznachfrager.** Nach wie vor kann eine erhebliche Zahl von interessierten Jugendlichen nicht in das duale System einmünden. Gleichzeitig gibt es für viele Betriebe zunehmend Probleme, ihre Ausbildungsplätze auch tatsächlich zu besetzen. So ist die Zahl der zum 30. September noch **unbesetzten Plätze** weiter (auf rund 33.000) gestiegen. Die Ausbildungsplatzsituation unterscheidet sich dabei deutlich zwischen einzelnen Regionen.
- Entgegen dem langfristigen demografischen Trend wird sich aufgrund der doppelten Abiturientenjahrgänge das **Nachfragepotenzial** 2013 leicht positiv entwickeln. **Prognosen des BIBB** gehen für 2013 allerdings von einem weiteren Rückgang des Ausbildungsplatzangebots um 21.900 Plätze aus.
- Analysen des BIBB zum **Bildungsverhalten von Jugendlichen** zeigen, dass das **Interesse von Schulabgängern und Schulabgängerinnen an einer dualen Berufsausbildung** zurückgeht. Grund hierfür ist ein Anstieg bei den Studienberechtigten und damit eine Veränderung in der Struktur der Schulabgangspopulation. Die Einmündungschancen der an einer dualen Ausbildung interessierten Jugendlichen haben sich verbessert. Die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 zeigt allerdings, dass unter den bei der Bundesagentur **gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen für eine Berufsausbildungsstelle** immer noch 31 % zu den Altbewerbern bzw. Altbewerberinnen gehören. Die Aussichten dieser Zielgruppe, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, sind deutlich schlechter als im Durchschnitt. Aus den Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie 2011 geht hervor, dass **Maßnahmen des Übergangsbereichs** immer noch von großer Bedeutung sind. 29 % aller nicht studienberechtigten Jugendlichen nehmen an solchen Maßnahmen teil.
- Die **Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe** hat sich in den letzten 10 Jahren kaum verändert. Im Jahr 2012 bestehen 344 anerkannte Ausbildungsberufe.
- Im Jahr 2011 standen nach den Ergebnissen der **Berufsbildungsstatistik** 1.460.658 Jugendliche in einer **dualen Berufsausbildung,** 1.233.819 in Westdeutschland und 226.839 in Ostdeutschland. Der **Bestand** ist gegenüber dem Vorjahr um 3,2 % gesunken. Frauen sind mit 39,3 % unterrepräsentiert.
- Die **Ausbildungsanfängerquote,** also der rechnerische Anteil derjenigen in der Wohnbevölkerung, die eine Ausbildung im dualen System beginnen, beträgt im Jahr 2011 56,9 %.
- Unter den **Auszubildenden** mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag zum Stichtag 31. Dezember 2011 hatten **42,1 % einen Realschul- und 31,9 % einen Hauptschulabschluss.** Der Anteil der Studienberechtigten betrug 23,1 %.
- Im Jahr 2011 wurden bundesweit 149.760 **Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst.** Die **Lösungsquote** lag bei 24,4 % und ist gegenüber dem Vorjahr (23,0 %) leicht angestiegen. Hierbei ist

zu berücksichtigen, dass sich erfahrungsgemäß die Lösungsquote in Zeiten eines sich entspannenden Ausbildungsstellenmarktes eher erhöht. Die Lösungsquoten unterscheiden sich dabei erheblich zwischen verschiedenen Ausbildungsberufen. Zu beachten ist, dass Lösungsquoten keine Abbruchquoten sind. Ein großer Teil der Jugendlichen setzt anschließend die Ausbildung im dualen System fort.

- Die **betriebliche Ausbildungsbeteiligung** war wie in den beiden Jahren zuvor auch 2011 rückläufig. Zum Ende des Berichtsjahres beteiligten sich 455.100 Betriebe an der Ausbildung, die **Ausbildungsbetriebsquote** verringerte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 21,7 %. Dies ist der tiefste Stand seit 1999. Der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote ging dabei weit überwiegend auf Entwicklungen in kleineren Betrieben zurück.
- Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels lag die **Übernahmequote erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen** einer Ausbildung durch die Betriebe im Jahr 2011 bei 66 %. In den neuen Ländern fielen die Übernahmequoten deutlich geringer aus als in den alten Ländern.
- Nach Ergebnissen des BIBB-Qualifizierungspanels konnten von den Ausbildungsbetrieben mit Ausbildungsangeboten 37,4 % der Betriebe ihre **Ausbildungsangebote teilweise oder vollständig nicht besetzen.** Die größten Probleme hatten dabei Betriebe aus den neuen Bundesländern.
- Die Zahl der Anfänger/-innen in **vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgängen** ist gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % auf 209.582 gesunken.
- Nach den Ergebnissen der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) betragen die **Anfängerzahlen des Jahres 2012 im Übergangsbereich** noch 266.732. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang von 6,3 %.
- Sonderauswertungen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 zeigen, dass eine abgeschlossene Berufsausbildung das **Niedriglohnrisiko** deutlich senkt.
- Auf der Grundlage von Auswertungen des Mikrozensus kommt das BIBB zu dem Ergebnis, dass die **Ungelerntenquote** in den letzten Jahren leicht rückläufig ist. In der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen betrug die Ungelerntenquote im Jahr 2010 14,1 %.

(Günter Walden)

A1 Ausbildungsmarktbilanz

Die Entwicklung 2012 im Überblick

Der positive Trend der letzten Jahre auf dem Ausbildungsstellenmarkt geriet 2012 ins Stocken. Das ist ein Ergebnis der Ausbildungsmarktbilanz E auf der Grundlage der Daten aus der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2012[1] in Verbindung mit den Daten aus der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

E Begriffe der Ausbildungsmarktbilanzierung

Zum offiziellen **Ausbildungsplatzangebot** eines Jahres werden zum einen die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gerechnet, die das BIBB im Rahmen seiner Erhebung zum 30. September bei den zuständigen Stellen (= erfolgreich besetztes Angebot), und zum anderen die bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Berufsausbildungsstellen, die der Arbeitsverwaltung während des Berichtsjahres zur Vermittlung angeboten wurden und die am 30. September noch nicht besetzt waren (= erfolgloses Angebot).

Als **Ausbildungsplatznachfrager** gelten jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die entweder einen neuen Ausbildungsvertrag abschlossen (und somit über die BIBB-Erhebung zum 30. September erfasst werden) oder aber zum Kreis der Ausbildungsstellenbewerber zählten, die auch noch am 30. September ihre Ausbildungsplatzsuche fortsetzten. Ausbildungsstellenbewerber, die sich im Laufe des Berichtsjahres für eine Alternative entschlossen (z. B. erneuter Schulbesuch, Studium, Erwerbstätigkeit, berufsvorbereitende Maßnahme) und am 30. September nicht mehr oder vorerst nicht mehr nach einer Berufsausbildungsstelle suchen, werden grundsätzlich *nicht* zu den Ausbildungsplatznachfragern gerechnet (d. h. auch dann nicht, wenn sie diese Alternative aufgrund erfolgloser Bewerbungen anstrebten).

Bei der **statistischen Ermittlung der Höhe der Ausbildungsplatznachfrage** sind darüber hinaus 2 Ansätze zu unterscheiden: Die **traditionelle Berechnungsweise** definiert den Kreis der erfolglosen Nachfrage sehr eng. Sie lässt all jene am 30. September noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber unberücksichtigt, die über eine alternative Verbleibsmöglichkeit verfügen. Bei der **neuen, erweiterten Berechnung** sind diese Personen dagegen einbezogen. Die verschiedenen Berechnungsweisen der Ausbildungsplatznachfrage erklären zugleich die Ergebnisunterschiede der beiden Varianten zur Berechnung der Angebots-Nachfrage-Relation.

Die **Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)** gibt wieder, wie viele Berufsausbildungsangebote rechnerisch auf 100 Ausbildungsplatznachfrager entfielen. Da 2 Berechnungsweisen zur Ermittlung der Ausbildungsplatznachfrage genutzt werden, gibt es auch 2 Varianten in der ANR-Berechnung.

Als **Ausbildungsstellenbewerber** werden jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen bezeichnet, welche die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Agenturen für Arbeit, der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und der zugelassenen kommunalen Träger (zkT) in Anspruch nehmen und deren Eignung für die von ihnen angestrebten Ausbildungsberufe geklärt ist. Die Ausbildungsstellenbewerber bilden zusammen mit den gemeldeten Berufsausbildungsstellen die zentralen Größen der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Als **Ausbildungsinteressierte** gelten alle Jugendlichen, die entweder zu den erfolgreichen Ausbildungsplatznachfragern oder aber zumindest zu den registrierten Ausbildungsstellenbewerbern zählten. Es handelt sich somit um all jene Jugendlichen, die im Laufe eines Berichtsjahres den Wunsch nach einer Ausbildung geäußert hatten und institutionell erfasst wurden, sei es über die Eintragung ihrer Ausbildungsverhältnisse bei den zuständigen Stellen oder – sofern sie erfolglos blieben – im Rahmen ihrer Registrierung bei den Agenturen für Arbeit, den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) oder den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT). Die Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen wird rechnerisch ermittelt, indem zur Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge jene registrierten Ausbildungsstellenbewerber hinzugerechnet werden, die nach der Verbleibstatistik der Arbeitsverwaltung nicht in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten.

Durch den rechnerischen Bezug der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf die Zahl der Ausbildungsinteres-

1 Vgl. dazu auch **http://www.bibb.de/de/62936.htm**.

Tabelle A1-1: **Ausbildungsmarktentwicklung von 2009 bis 2012 (Stichtag 30. September)**

	2009	2010	2011	2012	Entwicklung 2012 gegenüber 2011	
					absolut	in %
Deutschland						
Ausbildungsplatzangebot						
• insgesamt	581.562	579.564	599.070	584.547	-14.523	-2,4
• besetzt	564.306	559.959	569.379	551.271	-18.108	-3,2
• zum 30.09. noch unbesetzt	17.256	19.605	29.688	33.276	+3.585	+12,1
• betrieblich[1]	535.761	538.521	568.608	558.645	-9.963	-1,8
• außerbetrieblich[2]	45.801	41.043	30.459	25.902	-4.557	-15,0
Ausbildungsplatznachfrage[3]						
• insgesamt	652.848	640.104	641.523	627.300	-14.223	-2,2
• erfolgreich	564.306	559.959	569.379	551.271	-18.108	-3,2
• zum 30.09. noch suchend	88.542	80.145	72.144	76.029	+3.885	+5,4
Angebots-Nachfrage-Relation	89,1	90,5	93,4	93,2	-0,2	–
• betrieblich	82,1	84,1	88,6	89,1	+0,4	–
Neue Ausbildungsverträge	564.306	559.959	569.379	551.271	-18.108	-3,2
West (alte Länder)						
Ausbildungsplatzangebot						
• insgesamt	479.790	484.125	509.265	499.359	-9.909	-1,9
• besetzt	465.309	468.297	484.884	472.368	-12.516	-2,6
• zum 30.09. noch unbesetzt	14.481	15.828	24.381	26.991	+2.610	+10,7
• betrieblich[1]	456.921	461.649	490.572	481.791	-8.781	-1,8
• außerbetrieblich[2]	22.869	22.476	18.693	17.568	-1.128	-6,0
Ausbildungsplatznachfrage[3]						
• insgesamt	543.177	539.067	548.652	537.861	-10.791	-2,0
• erfolgreich	465.309	468.297	484.884	472.368	-12.516	-2,6
• zum 30.09. noch suchend	77.868	70.770	63.765	65.493	+1.725	+2,7
Angebots-Nachfrage-Relation	88,3	89,8	92,8	92,8	+0,0	–
• betrieblich	84,1	85,6	89,4	89,6	+0,2	–
Neue Ausbildungsverträge	465.309	468.297	484.884	472.368	-12.516	-2,6
Ost (neue Länder + Berlin)						
Ausbildungsplatzangebot						
• insgesamt	101.643	95.325	89.670	85.068	-4.602	-5,1
• besetzt	98.997	91.662	84.495	78.903	-5.592	-6,6
• zum 30.09. noch unbesetzt	2.643	3.663	5.175	6.162	+987	+19,1
• betrieblich[1]	78.711	76.758	77.904	76.731	-1.173	-1,5
• außerbetrieblich[2]	22.932	18.567	11.766	8.334	-3.432	-29,2
Ausbildungsplatznachfrage[3]						
• insgesamt	109.653	101.022	92.856	89.418	-3.435	-3,7
• erfolgreich	98.997	91.662	84.495	78.903	-5.592	-6,6
• zum 30.09. noch suchend	10.656	9.357	8.361	10.515	+2.154	+25,8
Angebots-Nachfrage-Relation	92,7	94,4	96,6	95,1	-1,4	–
• betrieblich	71,8	76,0	83,9	85,8	+1,9	–
Neue Ausbildungsverträge	98.997	91.662	84.495	78.903	-5.592	-6,6

[1] Betrieblich = nicht (überwiegend) öffentlich finanziert
[2] Außerbetrieblich = (überwiegend) öffentlich finanziert
[3] Nach der neuen, erweiterten Definition (vgl. E-Kasten)
Alle Absolutzahlen wurden auf ein Vielfaches von 3 gerundet.
Bei der Berechnung wurden nachträgliche Korrekturen früherer Jahre berücksichtigt.

Quelle: Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30 September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

sierten lässt sich die **Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (EQI)** ermitteln. Sie informiert darüber, wie hoch der Anteil unter den ausbildungsinteressierten Jugendlichen ausfällt, der für eine duale Berufsausbildung tatsächlich auch gewonnen werden konnte (Ulrich 2012a, Ulrich 2012b).

Das Ausbildungsplatzangebot sank bundesweit um 14.500 bzw. 2,4 % auf 584.500 Plätze → **Tabelle A1-1**. Die Ursachen sind im Wesentlichen in der nachlassenden Wirtschaftskonjunktur und im geringeren *betrieblichen* Ausbildungsangebot zu suchen (-10.000 bzw. -1,8 %), aber auch im Abbau *außerbetrieblicher* Ausbildungsplätze (-4.600 bzw. -15,0 %). Rückläufig war jedoch auch die Ausbildungsplatznachfrage: Sie nahm bundesweit um 14.200 Personen bzw. 2,2 % auf nunmehr 627.300 ab. Maßgeblich für diese Entwicklung war vor allem die demografische Entwicklung (**vgl. Kapitel A1.1**).

Da das sinkende Ausbildungsangebot von einer sinkenden Nachfrage begleitet wurde, reduzierten sich die Ausbildungschancen der Jugendlichen nur in geringem Umfang. Standen 2011 rechnerisch noch 93,4 Ausbildungsplatzangebote 100 Ausbildungsplatznachfragern gegenüber, waren es 2012 93,2 Angebote.[2] Bezogen auf die rein *betrieblichen* Angebote verbesserte sich die Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) sogar leicht und lag mit einem Wert von ANR = 89,1 höher als im Jahr 2011 (88,6).

Sinkendes Angebot und sinkende Nachfrage führten 2012 jedoch dazu, dass in Deutschland lediglich 551.300 Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden (**vgl. Kapitel A1.2**). Einen ähnlich niedrigen Wert gab es seit der Wiedervereinigung nur noch im Jahr 2005. Die geringe Zahl kam auch deshalb zustande, weil es 2012 schwieriger wurde, die Ausbildungsplatzangebote der Betriebe und die Ausbildungswünsche der Jugendlichen regional und beruflich zusammenzuführen.

So nahm, ungeachtet des insgesamt sinkenden Ausbildungsplatzangebots, die Zahl der am 30. September noch unbesetzten Stellen um 3.600 bzw. 12,1 % auf 33.300 zu. Die Quote der betrieblichen Ausbildungsplätze, die nicht besetzt werden konnten, stieg – bezogen auf das *betriebliche* Angebot – auf 6,0 %.[3] Ein ähnlich hoher Wert wurde zuletzt 1996 registriert. Im Handwerk war es besonders schwierig, Bewerber für die angebotenen Lehrstellen zu finden. 10.500 Ausbildungsplätze waren zum Stichtag 30. September bundesweit noch ungenutzt, 3 Jahre zuvor waren es nur 4.700 gewesen. Der Anteil der erfolglosen Ausbildungsangebote lag – wiederum bezogen auf das betriebliche Angebot – im Handwerk bundesweit bei 7,1 %, im Osten sogar bei 9,0 %.

Doch nicht nur die Zahl der noch offenen Lehrstellen vergrößerte sich. Es waren zugleich auch mehr Ausbildungsstellenbewerber zum Stichtag 30. September weiterhin auf Ausbildungsplatzsuche: Ihre Zahl umfasste 76.000 Personen, 3.900 bzw. 5,4 % mehr als im Vorjahr (**vgl. Kapitel A1.3**). Somit wurden für 12,1 % aller 627.300 Ausbildungsplatznachfrager die Vermittlungsbemühungen auch noch zum Stichtag 30. September fortgesetzt.

Für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses stellen die negative demografische Entwicklung und Passungsprobleme zwischen Angebot und Nachfrage die Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Im Jahr 2013 wird der seit 2007 zu beobachtende Trend sinkender Schulabgängerzahlen kurzfristig unterbrochen – auch deshalb, weil im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen und in Hessen doppelte Abiturientenjahrgänge ihre Schulzeit beenden. Ab 2014 wird sich der Negativtrend bei den Schulabgängerzahlen jedoch weiter fortsetzen. Davon betroffen wird im Wesentlichen Westdeutschland sein. In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Jugendlichen, die ihre Schulzeit beenden, nach den beträchtlichen Einbrüchen der letzten Jahre wieder stabilisiert und wird in nächster Zeit auf niedrigem Niveau verharren (**vgl. Kapitel A2**).

2 Berechnung basierend auf der neuen, erweiterten Definition der Ausbildungsplatznachfrage E.

3 Das *betriebliche* Angebot wird hier ermittelt, indem vom Gesamtangebot das überwiegend öffentlich geförderte „außerbetriebliche" Ausbildungsvolumen abgezogen wird.

A1.1 Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

Ausgangslage der Ausbildungsmarktentwicklung 2012

Angebotsseite (ausbildungsinteressierte Betriebe und sonstige Anbieter)

Die Ausbildungsplätze innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems werden im Wesentlichen von Betrieben und Praxen bereitgestellt, die ihre Waren und Dienstleistungen auf Märkten anbieten und sich auf diesen Märkten behaupten müssen. Die Wirtschaftskonjunktur nimmt somit nicht nur auf den Umsatz dieser Unternehmen Einfluss, sondern auch auf ihren Personalbedarf und – damit verbunden – auf die Höhe ihres Ausbildungsangebots (vgl. hierzu **Kapitel A4.11.4**, Troltsch/Walden 2010, Troltsch/Gerhards/Mohr 2012). Im Laufe des Jahres 2012 schwächte sich die Konjunktur ab. Wurde für das erste Quartal noch eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % registriert (Anstieg im ersten Quartal 2011: +5,2 %), verflachte der Zuwachs im zweiten (0,5 %) und dritten Quartal (0,4 %).[4] Zugleich sanken, wie die monatlichen ifo-Geschäftsklimaindizes zeigten, das Geschäftsklima und die Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft ab Mitte des Jahres deutlich.[5]

Die nachlassende Konjunktur dürfte dazu beigetragen haben, dass die Zahlen der *betrieblichen* Berufsausbildungsstellen, die die Unternehmen, Praxen und der öffentliche Dienst der Arbeitsverwaltung[6] zwischen März und September zur Vermittlung meldeten, gegen Ende des Berichtsjahres immer deutlicher gegenüber den entsprechenden Vorjahreszahlen zurückblieben. So wurden im Juni 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat 2.200 Stellen weniger gemeldet, im Juli waren es 1.800 Plätze, im August 10.200 und im September 700 Stellen weniger. Hatte sich das Plus bei den Stellenmeldungen seit Oktober 2011 über die Monate hinweg bis Ende Mai auf rund 24.500 summiert, lag es Ende September nur noch bei 9.700 (Bundesagentur für Arbeit 2012e).[7]

Ein kleinerer Teil der dualen Berufsausbildung wird im Zusammenhang mit der Ausbildung von Jugendlichen mit spezifischem Förderbedarf – u. a. sozial benachteiligte Jugendliche, Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen, Jugendliche mit Behinderungen – überwiegend öffentlich finanziert (vgl. §§ 73–78, 115–117 SGB III). Sie wird umgangssprachlich häufig auch als „außerbetriebliche Berufsausbildung“ bezeichnet. Im Zuge der aus demografischen Gründen stark sinkenden Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen und – damit einhergehend – der verbesserten Ausbildungsmarktlage für die Jugendlichen wurde die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsstellen in den letzten Jahren jedoch stark verringert (Bundesagentur für Arbeit 2012b).

Dieser Abbau wurde 2012 fortgesetzt und betraf wiederum insbesondere den Osten Deutschlands. In den neuen Ländern und Berlin sank die Zahl der der Arbeitsverwaltung zur Vermittlung bereitgestellten außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen auf nur noch 10.200 (Bundesagentur für Arbeit 2012c).[8] Im Jahr 2007 waren es noch 49.300 Stellen gewesen; damals war im Osten die Zahl der registrierten Ausbildungsstellenbewerber allerdings auch noch mehr als doppelt so hoch wie 2011 (2007: 186.400, 2012: 92.400). Maßgeblich für den starken Abbau war vor allem das Auslaufen des Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramms Ost, mit dem die bis vor einigen Jahren noch deutlich geringeren Ausbildungsmarktchancen ostdeutscher Jugendlicher kompensiert

4 Vgl. die entsprechenden vorläufigen Daten auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes. URL: **https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Konjunkturindikatoren/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/kvgr111.html?cms_gtp=146226_list%253D1&https=1** (letzter Zugriff: 05.12.2012).

5 Vgl. hierzu die Zeitreihe des ifo-Instituts: **http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Time-series-and-Diagrams/Zeitreihen/Reihen-Geschaefts-klima-Deutschland.html** (letzter Zugriff: 12.12.2012).

6 Unter dem Begriff der „Arbeitsverwaltung“ werden hier die Beratungs- und Vermittlungsstellen der Bundesagentur für Arbeit und der zugelassenen kommunalen Träger (zkT) zusammengefasst.

7 Eine weitere Rolle für die deutlich geringeren Stellenmeldungen im Lauf des Sommers dürfte jedoch auch der Umstand gespielt haben, dass die Unternehmen ihre Ausbildungsstellen infolge der zunehmenden Rekrutierungsprobleme der letzten Jahre häufiger und zugleich auch frühzeitiger der Arbeitsverwaltung meldeten.

8 Bei dieser Zahl handelt es sich um die gemeldeten außerbetrieblichen Stellen und nicht um den Umfang des besetzten „außerbetrieblichen“ Ausbildungsplatzangebots, wie er im Rahmen der BIBB-Erhebung über neue Ausbildungsverträge ermittelt wurde.

werden sollten. Dieses Programm richtete sich an marktbenachteiligte Jugendliche (vgl. Berger/Braun/Schöngen 2007). Doch auch im Westen sank die Zahl der von der Arbeitsverwaltung registrierten außerbetrieblichen Ausbildungsstellen, wenn auch nicht so stark wie im Osten. 2012 belief sich ihr Umfang auf 28.300 (Bundesagentur für Arbeit 2012d); 2007 waren es noch 38.800 gewesen.

Die oben dargestellten Entwicklungen führten dazu, dass sich das Ausbildungsplatzangebot im Jahr 2012 nicht so positiv entwickelte, wie noch im Frühjahr vonseiten der Wirtschaft und Forschung erhofft worden war. So hatte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag aus der Auswertung seiner Frühjahrsumfrage den Schluss gezogen, es sei mit einer Steigerung des betrieblichen Ausbildungsangebots zu rechnen. Denn während 21 % der 14.500 befragten Unternehmen beabsichtigten, mehr Ausbildungsplätze als 2011 anzubieten, wollten nur 18 % ihr Angebot reduzieren (Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2012, S. 7). PROSIMA, das „Ökonometrische Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems“ des BIBB zur Vorbereitung des jährlichen Berufsbildungsberichts, hatte bei seiner Vorausschätzung der Ausbildungsangebotsentwicklung für 2012 eine Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % angenommen (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A2) und rechnete mit einem Ausbildungsplatzangebot in 2012 zwischen 587.000 und 625.000 (Mittelwert: 606.000).[9] Tatsächlich aber fiel das Ausbildungsplatzangebot in 2012 noch etwas niedriger als der untere Wert des Schätzintervalls aus (**vgl. Kapitel A2**).

Nachfrageseite (ausbildungsinteressierte Jugendliche)

Ausbildungsinteressierte Jugendliche stammen aus verschiedenen Gruppen:

- aus dem Kreis der aktuellen Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen,
- aus dem Kreis der aktuellen Abgänger und Absolventen aus (teilqualifizierenden) beruflichen Schulen sowie
- aus Bewerbern, welche ihre Schulzeit bereits in früheren Jahren beendet hatten (sogenannte „Altbewerber“).

2012 nahm die Zahl der Personen in allen Gruppen ab → **Tabelle A1.1-1**. Die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen, Hauptklientel der dualen Berufsausbildung, sank nach den jüngsten Schätzungen um 8.500 bzw. 1,6 %. Die Zahl der studienberechtigten Absolventen stagnierte auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Bei den Abgängern und Absolventen aus den teilqualifizierenden beruflichen Schulen ging insbesondere die Zahl derjenigen zurück, die ein Berufsvorbereitungs- (BVJ), ein Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) bzw. eine Berufsfachschule (BFS) besucht hatten (-5.800 bzw. -2,3 %), während die Absolventen- und Abgängerzahl aus Fachgymnasien (FGYM) und Fachoberschulen (FOS) nur marginal sank (-900 bzw. -0,7 %). Rückläufig waren auch die Altbewerberzahlen, also die Zahlen der registrierten Ausbildungsstellenbewerber, die ihre Schulzeit bereits vor einem Jahr (-4.500 bzw. -4,4 %) oder noch früher (-2.000 bzw. -1,5 %) beendet hatten.

Die Entwicklung verlief jedoch unterschiedlich in West und Ost. So nahm im Osten die Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen zu, nicht nur bei den Studienberechtigten (+11.800 bzw. +33,1 %) insbesondere als Folge doppelter Abiturientenjahrgänge in Berlin und Brandenburg, sondern auch bei den nicht studienberechtigten Abgängern und Absolventen (+3.300 bzw. +5,1 %). Die demografischen Effekte aus der Wendezeit, die in den letzten Jahren den großen Einbruch der Ausbildungsplatznachfrage verursacht hatten, wirkten 2012 im Osten nur noch bei den Abgängern und Absolventen aus den beruflichen Schulen (BVJ, BGJ, und BFS: -2.400 bzw. -12,0 %; FOS und FGYM: -1.900 bzw. -11,3 %) bzw. bei den registrierten Ausbildungsstellenbewerbern nach, die die Schulen schon ein Jahr zuvor (-1.400 bzw. -8,1 %) oder aber noch früher (-700 bzw. -2,4 %) verlassen hatten.

Im Westen ging die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger und Absolventen aus allgemeinbilden-

9 Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 %.

Tabelle A1.1-1: **Entwicklung der Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, der registrierten Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahrgängen und der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen**

	Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen[1]		Abgänger und Absolventen aus beruflichen Schulen[1]		Registrierte Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahren[2]		Institutionell erfasste ausbildungsinteressierte Personen[3]
	nicht studienberechtigt	studienberechtigt	BVJ, BGJ und BFS	FOS und FGYM	aus dem Vorjahr	aus früheren Jahren	
Deutschland							
2005	703.437	235.842	303.792	105.570	156.876	185.184	929.247
2006	696.816	249.948	312.660	107.826	171.789	213.459	973.647
2007	677.586	264.543	302.586	119.421	161.856	223.023	1.038.663
2008	634.608	272.475	291.495	121.521	128.538	191.853	954.351
2009	597.018	273.726	277.713	117.408	115.170	141.006	864.909
2010	568.788	273.615	267.363	121.932	108.372	147.426	845.028
2011	543.093	316.875	247.602	121.959	103.332	135.207	833.274
2012	534.585	316.824	241.836	121.083	98.826	133.215	824.628
Entwicklung	-8.508	-48	-5.766	-876	-4.506	-1.989	-8.646
2011 bis 2012	-1,6 %	-0,0 %	-2,3 %	-0,7 %	-4,4 %	-1,5 %	-1,0 %
Alte Länder							
2005	554.730	176.892	259.680	82.878	113.850	128.820	730.161
2006	556.386	189.714	271.341	84.483	129.048	145.884	749.358
2007	559.809	197.364	264.777	96.918	125.889	155.001	821.595
2008	542.772	207.174	259.533	99.129	101.670	140.889	776.616
2009	520.761	218.118	251.484	95.748	93.321	105.576	716.991
2010	499.353	232.119	244.197	101.982	90.444	113.961	711.555
2011	477.984	281.118	227.391	105.186	86.421	103.623	708.624
2012	466.161	269.220	224.055	106.215	83.295	102.372	703.587
Entwicklung	-11.823	-11.895	-3.336	+1.029	-3.129	-1.248	-5.037
2011 bis 2012	-2,5 %	-4,2 %	-1,5 %	+1,0 %	-3,6 %	-1,2 %	-0,7 %
Neue Länder und Berlin							
2005	148.707	58.950	44.115	22.689	42.912	56.280	198.855
2006	140.433	60.234	41.319	23.343	42.642	67.494	224.136
2007	117.777	67.176	37.809	22.503	35.928	67.965	216.945
2008	91.836	65.301	31.962	22.395	26.823	50.898	177.615
2009	76.257	55.611	26.229	21.660	21.816	35.397	147.816
2010	69.435	41.496	23.166	19.947	17.901	33.417	133.374
2011	65.106	35.757	20.211	16.773	16.866	31.539	124.557
2012	68.421	47.604	17.781	14.868	15.495	30.798	120.921
Entwicklung	+3.315	+11.847	-2.433	-1.902	-1.374	-744	-3.636
2011 bis 2012	+5,1 %	+33,1 %	-12,0 %	-11,3 %	-8,1 %	-2,4 %	-2,9 %

[1] Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen: Ist-Zahlen bis 2011, Schätzungen für 2012. Bei den Schätzungen der Abgänger aus den beruflichen Schulen wurde unterstellt, dass die Veränderungsrate 2011 zu 2012 in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit denen der westdeutschen Flächenländer identisch ist und die Veränderungsrate 2011 zu 2012 im Stadtstaat Berlin mit denen der ostdeutschen Flächenländer. Abgänger und Absolventen aus Berufsfachschulen ohne Absolventen aus vollqualifizierenden Berufsausbildungsgängen.

[2] Ist-Zahlen bis 2012. Abweichungen zwischen den Summen von West und Ost zur Gesamtzahl Deutschland aufgrund von regional nicht zuordenbaren Daten möglich. Bis 2008 ohne die bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) betreuten Bewerber. Zahlen für 2011 rückwirkend korrigiert.

[3] Ist-Zahlen bis 2012. Abweichungen zwischen den Summen von West und Ost zur Gesamtzahl Deutschland aufgrund von regional nicht zuordenbaren Daten möglich.

Alle Absolutzahlen auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Akürzungen: BVJ = schulisches Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = schulisches Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschule (ohne vollqualifizierende Abschlüsse), FOS = Fachoberschule, FGYM = berufliches Fachgymnasium

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Bundesagentur für Arbeit; Bundesinstitut für Berufsbildung; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

den Schulen um 11.800 bzw. 2,5 % zurück, die Zahl der Studienberechtigten ungeachtet der doppelten Abiturientenjahrgänge in Bremen und Baden-Württemberg um 11.900 bzw. 4,2 %.[10] Die Abgänger- und Absolventenzahl aus dem BVJ, BGJ bzw. den berufsfachschulischen Bildungsgängen fiel um 3.300 bzw. 1,5 % niedriger aus als im Vorjahr. Dagegen stieg die Zahl der Jugendlichen, die eine Fachoberschule bzw. ein Fachgymnasium verließen, um 1.000 bzw. 1,0 %. Wie im Osten waren auch im Westen die Altbewerberzahlen rückläufig. Die Zahl der registrierten Ausbildungsstellenbewerber, die ihre Schulzeit bereits vor einem Jahr beendet hatten, sank um 3.100 bzw. 3,6 %, die Zahl der Altbewerber mit noch früherem Schulentlassjahr um 1.200 bzw. 1,2 %.

Nicht alle Personen aus den oben genannten Kreisen streben eine duale Berufsausbildung an. Die Zahl der ausbildungsinteressierten Personen, die sich im Laufe eines Berichtsjahres als Ausbildungsplatznachfrager bzw. Ausbildungsstellenbewerber zu erkennen geben E, liegt deutlich niedriger. Sie sank bundesweit um 8.600 bzw. 1,0 % auf 824.600. Vom Rückgang waren sowohl der Westen (-5.000 bzw. -0,7 %) als auch der Osten (-3.600 bzw. -2,9 %) betroffen → **Tabelle A1.1-1**. Die im Osten wieder steigenden Schulabgängerzahlen aus den allgemeinbildenden Schulen vermochten somit die negativen Effekte auf das Ausbildungsinteresse, die aus den sinkenden Absolventenzahlen der beruflichen Schulen und aus sinkenden Altbewerberzahlen resultieren, nicht vollständig auszugleichen.

Die Zahl der institutionell erfassten, ausbildungsinteressierten Personen stellt eine wichtige Größe dar, um das Nachfrage*potenzial* nach dualer Berufsausbildung abzubilden (Ulrich 2012a; Ulrich 2013). Sie ist allerdings rechnerisch nicht mit der Ausbildungsplatznachfrage identisch. Die Ausbildungsplatznachfrage bildet lediglich eine Teilmenge. Denn bei der Ermittlung des Umfangs der Ausbildungsplatznachfrage werden zu den erfolglosen Ausbildungsplatznachfragern nicht *alle* registrierten Ausbildungsstellenbewerber hinzugerechnet, für die bis zum Stichtag 30. September kein Eintritt in eine Berufsausbildungsstelle festgestellt werden konnte. Berücksichtigt werden lediglich jene Bewerber ohne Einmündung in Berufsausbildungsstellen, die auch noch zum Stichtag 30. September auf Ausbildungsplatzsuche sind und für die auch noch zu diesem Zeitpunkt die Vermittlungsbemühungen weiterlaufen E. Zu diesem Zeitpunkt hat jedoch schon ein Teil der Bewerber seinen Vermittlungswunsch aufgegeben bzw. auf ein späteres Ausbildungsjahr verschoben (Ulrich u. a. 2012, S. 17).

Im Rahmen der offiziellen Bilanzierung des Ausbildungsmarktes werden somit nur jene erfolglosen Marktteilnehmer berücksichtigt, die auch noch zum Stichtag 30. September aktive Marktteilnehmer sind.

Angebot und Nachfrage zum Stichtag 30. September

Ausbildungsplatzangebot

Nach der offiziellen Ausbildungsmarktbilanzierung mit Stichtag 30. September wurden 2012 in Deutschland 584.500 Ausbildungsplätze innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems angeboten, 14.500 bzw. 2,4 % weniger als im Jahr zuvor. Im Vergleich zu früheren Jahren lag das Angebot damit auf einem relativ niedrigen Niveau → **Tabelle A1.1-2**. Das betriebliche Angebot sank um knapp 10.000 Plätze bzw. 1,8 % auf 558.600. Die Zahl der überwiegend öffentlich geförderten „außerbetrieblichen" Plätze verringerte sich um 4.600 bzw. 15,1 % auf nunmehr 25.900. Über Hintergründe der Entwicklung wurde oben bereits berichtet.

Vom Rückgang des Ausbildungsangebots waren alle 16 Länder betroffen → **Tabelle A1.1-3**; die relativen Veränderungsraten bewegten sich zwischen -0,7 % in Bayern und -7,8 % in Sachsen-Anhalt. Dabei fielen die relativen Rückgänge im Osten Deutschlands (insgesamt -5,1 %) deutlicher als im Westen (-1,9 %) aus. Dies hängt mit dem besonders starken Abbau der überwiegend öffentlich geförderten „außerbetrieblichen" Plätze in den neuen Ländern und Berlin zusammen (-29,2 % gegenüber -6,0 % im Westen). Was die betrieblichen Ausbildungsplatzangebote betrifft, so fiel der relative Rückgang im Osten mit -1,5 % sogar kleiner als in den alten Ländern (-1,8 %) aus.

10 Im Vorjahr 2011 hatte es in Bayern und Niedersachsen doppelte Abiturientenjahrgänge gegeben. Der dortige Rückgang der Abiturientenzahlen auf Normalniveau konnte durch die doppelten Abiturientenjahrgänge in Baden-Württemberg und Bremen nicht kompensiert werden.

Tabelle A1.1-2: **Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 2007 bis 2012**

	Ausbildungsplatzangebot			Ausbildungsplatznachfrage		Angebots-Nachfrage-Relationen			
	Insgesamt	darunter:		Variante 1	Variante 2	Variante 1	Variante 2		
		betrieblich	außer-betrieblich	traditionelle Definition	erweiterte Definition	traditionelle Nachfrage-definition	erweiterte Nachfrage-definition	darunter:	
								betrieblich	außer-betrieblich
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9
Deutschland									
2007	644.244	–	–	658.545	756.762	97,8	85,1	–	–
2008	635.850	–	–	630.858	712.668	100,8	89,2	–	–
2009	581.562	535.761	45.801	579.795	652.848	100,3	89,1	82,1	7,0
2010	579.564	538.521	41.043	571.950	640.104	101,3	90,5	84,1	6,4
2011	599.070	568.575	30.495	580.704	641.523	103,2	93,4	88,6	4,8
2012	584.547	558.645	25.902	566.922	627.300	103,1	93,2	89,1	4,1
Entwicklung	-14.523	-9.930	-4.593	-13.782	-14.223	-0,1	-0,2	0,4	-0,6
2011 bis 2012	-2,4 %	-1,7 %	-15,1 %	-2,4 %	-2,2 %	–	–	–	–
West									
2007	516.741	–	–	523.863	606.513	98,6	85,2	–	–
2008	519.267	–	–	512.757	585.045	101,3	88,8	–	–
2009[1]	479.790	456.921	22.869	476.451	543.177	100,7	88,3	84,1	4,2
2010	484.125	461.649	22.476	476.619	539.067	101,6	89,8	85,6	4,2
2011	509.265	490.572	18.693	493.173	548.652	103,3	92,8	89,4	3,4
2012	499.359	481.791	17.568	482.964	537.861	103,4	92,8	89,6	3,3
Entwicklung	-9.909	-8.781	-1.128	-10.209	-10.791	0,1	0,0	0,2	-0,1
2011 bis 2012	-1,9 %	-1,8 %	-6,0 %	-2,1 %	-2,0 %	–	–	–	–
Ost									
2007	127.437	–	–	134.673	150.225	94,6	84,8	–	–
2008	116.508	–	–	118.095	127.602	98,7	91,3	–	–
2009	101.643	78.711	22.932	103.341	109.653	98,4	92,7	71,8	20,9
2010	95.325	76.758	18.567	95.328	101.022	100,0	94,4	76,0	18,4
2011	89.670	77.904	11.766	87.528	92.856	102,4	96,6	83,9	12,7
2012	85.068	76.731	8.334	83.955	89.418	101,3	95,1	85,8	9,3
Entwicklung	-4.602	-1.173	-3.432	-3.573	-3.435	-1,1	-1,4	1,9	-3,4
2011 bis 2012	-5,1 %	-1,5 %	-29,2 %	-4,1 %	-3,7 %	–	–	–	–

[1] Die außerbetrieblichen Plätze wurden 2009 im Westen z. T. untererfasst.

Bei den Berechnungen wurden nachträgliche Korrekturen der Daten früherer Jahre berücksichtigt. Aus ihnen resultieren Abweichungen gegenüber früheren Darstellungen. Alle Absolutwerte wurden auf ein Vielfaches von 3 bzw. -3 gerundet.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, BIBB-Erhebung zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildungsplatznachfrage

Die Ausbildungsplatznachfrage – zugrunde gelegt wird im Folgenden ausschließlich die neue, erweiterte Berechnung, die in dieser Form seit 2007 möglich ist E – sank 2012 bundesweit um 14.200 Personen bzw. 2,2 % auf nunmehr 627.300. Gegenüber 2007, als noch 756.800 Nachfrager gezählt wurden, beträgt der Rückgang sogar 129.500 bzw. 17,1 %. Über die Hintergründe des Negativtrends, die letzten Endes demografischen Ursprungs sind, wurde oben berichtet.

Rückgänge der Ausbildungsplatznachfrage mussten jedoch nicht von allen Ländern hingenommen werden. In Berlin, wo ein doppelter Abiturientenjahr-

Tabelle A1.1-3: **Entwicklung der Ausbildungsmarktverhältnisse 2011 bis 2012 in den Ländern**

	Ausbildungsplatzangebot								Ausbildungsplatznachfrage[1]						Angebots-Nachfrage-Relation[1]					
	Insgesamt		betrieblich		darunter: erfolgloses betriebliches Angebot		darunter: Anteil am betrieblichen Angebot		Insgesamt		darunter: erfolglos		darunter: Anteil erfolgloser Nachfrage		Insgesamt		darunter: betrieblich		darunter: außerbetrieblich	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18	Sp. 19	Sp. 20
Baden-Württemberg	83.439	81.864	81.054	79.743	4.626	5.547	5,7 %	7,0 %	87.741	84.708	8.928	8.391	10,2 %	9,9 %	95,1	96,6	92,4	94,1	2,7	2,5
Bayern	105.471	104.703	102.906	102.351	7.725	9.471	7,5 %	9,3 %	105.489	102.399	7.743	7.167	7,3 %	7,0 %	100,0	102,3	97,6	100,0	2,4	2,3
Berlin	18.840	18.426	16.116	16.365	444	450	2,8 %	2,8 %	20.775	21.588	2.379	3.612	11,5 %	16,7 %	90,7	85,4	77,6	75,8	13,1	9,5
Brandenburg	13.035	12.285	11.394	11.091	915	915	8,0 %	8,2 %	13.995	13.287	1.875	1.917	13,4 %	14,4 %	93,1	92,5	81,4	83,5	11,7	9,0
Bremen	6.399	6.378	5.943	5.916	180	234	3,0 %	4,0 %	7.008	6.903	789	759	11,2 %	11,0 %	91,3	92,4	84,8	85,7	6,5	6,7
Hamburg	14.508	14.316	13.662	13.491	96	168	0,7 %	1,3 %	15.489	15.924	1.077	1.779	7,0 %	11,2 %	93,7	89,9	88,2	84,7	5,5	5,2
Hessen	43.881	42.189	41.352	40.086	2.715	1.944	6,6 %	4,9 %	47.376	46.695	6.210	6.450	13,1 %	13,8 %	92,6	90,4	87,3	85,8	5,3	4,5
Meckl.-Vorpommern	10.104	9.627	8.991	8.658	1.194	1.305	13,3 %	15,1 %	9.492	8.991	582	666	6,1 %	7,4 %	106,4	107,1	94,7	96,3	11,7	10,8
Niedersachsen	63.285	60.816	61.818	59.205	2.439	2.580	3,9 %	4,4 %	72.066	69.507	11.220	11.271	15,6 %	16,2 %	87,8	87,5	85,8	85,2	2,0	2,3
Nordrhein-Westfalen	130.995	128.805	125.406	123.480	4.443	4.695	3,5 %	3,8 %	147.204	145.563	20.649	21.450	14,0 %	14,7 %	89,0	88,5	85,2	84,8	3,8	3,7
Rheinland-Pfalz	30.123	29.529	28.638	28.146	1.152	1.122	4,0 %	4,0 %	32.805	32.778	3.834	4.374	11,7 %	13,3 %	91,8	90,1	87,3	85,9	4,5	4,2
Saarland	8.937	8.730	8.421	8.220	324	354	3,8 %	4,3 %	9.399	9.249	786	870	8,4 %	9,4 %	95,1	94,4	89,6	88,9	5,5	5,5
Sachsen	21.603	19.953	18.417	18.228	1.092	1.644	5,9 %	9,0 %	22.020	20.358	1.509	2.049	6,9 %	10,1 %	98,1	98,0	83,6	89,5	14,5	8,5
Sachsen-Anhalt	13.614	12.555	11.685	11.178	729	729	6,2 %	6,5 %	14.046	13.116	1.161	1.293	8,3 %	9,9 %	96,9	95,7	83,2	85,2	13,7	10,5
Schleswig-Holstein	22.224	22.026	21.366	21.153	678	873	3,2 %	4,1 %	24.078	24.138	2.532	2.982	10,5 %	12,4 %	92,3	91,3	88,7	87,6	3,6	3,6
Thüringen	12.474	12.222	11.298	11.211	798	1.119	7,1 %	10,0 %	12.528	12.081	852	978	6,8 %	8,1 %	99,6	101,2	90,2	92,8	9,4	8,4
West	**509.265**	**499.359**	**490.572**	**481.791**	**24.381**	**26.991**	**5,0 %**	**5,6 %**	**548.649**	**537.861**	**63.765**	**65.493**	**11,6 %**	**12,2 %**	**92,8**	**92,8**	**89,4**	**89,6**	**3,4**	**3,3**
Ost	**89.670**	**85.068**	**77.904**	**76.731**	**5.175**	**6.162**	**6,6 %**	**8,0 %**	**92.856**	**89.418**	**8.361**	**10.515**	**9,0 %**	**11,8 %**	**96,6**	**95,1**	**83,9**	**85,8**	**12,7**	**9,3**
Deutschland	**599.067**	**584.547**	**568.608**	**558.645**	**29.688**	**33.276**	**5,2 %**	**6,0 %**	**641.523**	**627.300**	**72.144**	**76.029**	**11,2 %**	**12,1 %**	**93,4**	**93,2**	**88,6**	**89,1**	**4,7**	**4,1**

[1] Unter Zugrundelegung der neuen, erweiterten Nachfragedefinition
Alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, BIBB-Erhebung zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

gang verabschiedet wurde, stieg die Nachfrage um 800 Personen (+3,9 %), in Hamburg um 400 (+2,8 %) und in Schleswig-Holstein um knapp 100 (+0,2 %).

Die steigenden Nachfragezahlen haben zum Teil auch statistische Gründe. So gelang es in Hamburg, den Kreis der registrierten Ausbildungsstellenbewerber, die den Kontakt zur Arbeitsverwaltung abbrechen und über deren Verbleib somit nichts bekannt ist, spürbar zu verkleinern (-200 bzw. -13,9 %) – und dies, obwohl die Gesamtzahl der Ausbildungsstellenbewerber sogar noch zugenommen hatte (+800 bzw. +11,3 %). Es ist davon auszugehen, dass infolge der verbesserten Informationslage nun ein Teil der Bewerber, die früher unbekannt verblieben wären, als (erfolglose) Bewerber identifiziert werden konnten und damit rechnerisch bei der Ermittlung der Ausbildungsplatznachfrage (siehe oben) Berücksichtigung fanden.

Angebots-Nachfrage-Relation

Da bundesweit nicht nur das Ausbildungsplatzangebot, sondern auch die Ausbildungsplatznachfrage zurückging, veränderte sich die rechnerische Relation zwischen Angebot und Nachfrage (ANR) nur wenig. 2012 entfielen 93,2 Angebote auf 100 Nachfrager und damit nur unwesentlich weniger als im Jahr zuvor (93,4 Angebote). Ein Blick auf die seit 2007 mögliche ANR-Berechnung auf Basis der erweiterten Nachfragedefinition zeigt, dass das Ergebnis für 2012 zwar leicht niedriger als 2011 ausfiel, aber besser als in allen übrigen Vorjahren (2007: 85,1; 2008: 89,2; 2009: 89,1; 2010: 90,5) → **Tabelle A1.1-2**. Zudem kam es nur im Osten zu einem Rückgang der ANR (2012: 95,1; 2011: 96,6). Im Westen blieb sie mit einem Wert von 92,8 konstant. In den westdeutschen Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Bremen verbesserte sich die ANR sogar, ebenso in den ostdeutschen Ländern Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern → **Tabelle A1.1-3**.

Die bundesweit höchsten Angebots-Nachfrage-Relationen wurden 2012 wie im Vorjahr in Mecklenburg-Vorpommern (ANR = 107,1), in Bayern (ANR = 102,3) und in Thüringen (ANR = 101,2) gemessen. In allen 3 Ländern wurden demnach mehr Ausbildungsplatzangebote als Ausbildungsplatznachfrager registriert. Relativ niedrige Werte wurden dagegen für Berlin (ANR = 85,4), Niedersachsen (ANR = 87,5), Nordrhein-Westfalen (ANR = 88,5) und Hamburg (ANR = 89,9) ermittelt.

Seit einigen Jahren ist es möglich, den Wert der ANR in eine betriebliche und eine außerbetriebliche Komponente aufzusplitten (Ulrich 2012a, S. 53 f.). Die Berechnung einer *betrieblichen* ANR ist insofern angebracht, als allein das betriebliche Angebot den genuinen Kern des Marktgeschehens bildet. Die außerbetrieblichen Plätze sind dagegen eher kompensatorischer Natur und werden aufgrund von Verwaltungsentscheidungen geschaffen.

Wie nun → **Tabelle A1.1-2** zeigt, hat sich die *betriebliche* ANR 2012 weiter verbessert. Mit $ANR_b = 89,1$ lag sie um 0,5 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Im Westen erreichte die ANR_b einen Wert von 89,6 (+0,2 Prozentpunkte gegenüber 2012). Dabei erzielte Bayern mit $ANR_b = 100,0$ sogar einen ausgeglichenen Wert → **Tabelle A1.1-3**. Im Osten fiel die Quote mit $ANR_b = 85,8$ spürbar niedriger aus als im Westen, doch kam es hier gegenüber dem Vorjahr ($ANR_b = 83,9$) zu einem recht deutlichen Zuwachs von 1,9 Prozentpunkten.

Seit 2009 ist die *betriebliche* ANR in den neuen Ländern und Berlin sogar um 14 Prozentpunkte angestiegen, damals lag die Quote noch bei $ANR_b = 71,8$ → **Tabelle A1.1-2**. Dementsprechend konnte, an der außerbetrieblichen ANR ablesbar, die relative Bedeutung der kompensatorisch bereitgestellten, überwiegend öffentlich geförderten Berufsausbildung stark zurückgefahren werden (2007: $ANR_a = 20,9$ und 2012: $ANR_a = 9,3$). Der weitere Abbau im Jahr 2012 (-3,4 Prozentpunkte) war allerdings stärker, als er durch den Zuwachs der betrieblichen Seite (+1,9 Prozentpunkte) ausgeglichen werden konnte. Dies erklärt, warum die Angebots-Nachfrage-Relation *insgesamt* im Jahr 2012 sowohl im Osten als auch im Bundesgebiet leicht zurückging.

Erfolglose Ausbildungsmarktteilnehmer

Im Gegensatz zum Hochschulzugang ist der Zugang in die duale Berufsausbildung überwiegend marktförmig organisiert und zugleich eng mit der betrieblichen Arbeitswelt verbunden. Die Vermittelbarkeit

eines Bewerbers hängt nicht nur von seiner Ausbildungsreife und berufsspezifischen Eignung ab, er muss auch in die spezifische Kultur des Ausbildungsbetriebes „passen“ (vgl. Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2006, Hilke 2007, Schober 2007, Imdorf 2012). Die Zugangskriterien reichen damit weit über formale Aspekte wie Bildungsabschlüsse und Zeugnisnoten hinaus. Fragen der Passung sind dabei nicht nur aus der Interessenperspektive des Betriebes relevant, sondern ebenso aus der Perspektive des Jugendlichen. Ein Ausbildungsplatz ist für den Jugendlichen nur dann „geeignet“, wenn er dem Jugendlichen Zugang in eine Arbeitswelt gewährt, die ihm ein Mindestmaß an Arbeitszufriedenheit und eine zufriedenstellende soziale Identität ermöglicht (vgl. Hilke 2008; Ratschinski 2009). So wie der Jugendliche dem Betrieb und Beruf entsprechen muss, müssen Betrieb und Beruf zum Jugendlichen passen. Ist dies nicht der Fall, droht eine Vertragslösung, deren Kosten hoch anzusetzen sind (vgl. Wenzelmann/Lemmermann 2012). Zwar finden Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt in der Mehrzahl der Fälle zueinander. Dennoch gibt es einen beträchtlichen Teil der Marktteilnehmer – seien es Betriebe oder Jugendliche –, die ihren Ausbildungswunsch nicht realisieren können. Halten sie ihren Ausbildungswunsch auch noch am 30. September aufrecht, zählen sie auch statistisch zu den erfolglosen Ausbildungsnachfragern bzw. zu den unbesetzten Ausbildungsplätzen.

Unbesetzte Ausbildungsplatzangebote

Die Zahl der am 30. September noch unbesetzten Ausbildungsplätze hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Belief sie sich 2005 noch auf 12.600, waren es 2012 bereits 33.300. Eine höhere Zahl gab es zuletzt im Jahr 1996. Der Anteil der unbesetzten Ausbildungsplätze, bezogen auf das *betriebliche* Ausbildungsangebot, bezifferte sich 2012 auf 6,0 %.[11] Er fiel im Osten mit 8,0 % höher aus als im Westen (5,6 %). Im Osten hat sich die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze seit 2005 (damals waren es nur 850 Plätze) mehr als versiebenfacht. 2012 wurden insgesamt 6.200 unbesetzte Stellen gemeldet. Im Westen bezifferte sich ihre Zahl auf 27.000. Dies ist fast das Zweieinhalbfache des Volumens von 2005, als nur 11.800 unbesetzte Plätze gezählt wurden. Hohe Anteile an unbesetzten Plätze wurden 2012 vor allem aus Bayern (9,3 %), Thüringen (10,0 %) und Mecklenburg-Vorpommern (15,1 %) gemeldet → **Tabelle A1.1-3**, besonders niedrige Quoten hatten die beiden Stadtstaaten Hamburg (1,3 %) und Berlin (2,8 %).

Die Ursache für die steigende Zahl unbesetzter Plätze ist vor allem in der aus demografischen Gründen sinkenden Zahl ausbildungsinteressierter Jugendlicher zu suchen. Insbesondere Ausbildungsberufe, die in der Beliebtheitsskala der Jugendlichen nicht oben stehen, haben es in diesem Fall schwer, noch ausreichend Bewerber zu finden (Eberhard/Scholz/Ulrich 2009, Flemming/Granath/Ulrich 2012, S. 25). Hierzu zählten bislang vor allem Berufe wie Fleischer/-in, Bäcker/-in, Gebäudereiniger/-in, Klempner/-in, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk, Restaurantfachmann/-frau und Fachmann/-frau für Systemgastronomie. Relativ wenige Besetzungsprobleme gab es bislang dagegen in den Berufen Bürokaufmann/-frau, Mediengestalter/-in Digital und Print, Veranstaltungskaufmann/-frau, IT-System-Elektroniker/-in und Tierpfleger/-in.[12]

Unter den Zuständigkeitsbereichen ist insbesondere das Handwerk von dem Problem betroffen, einen Teil der Ausbildungsplätze nicht besetzen zu können → **Tabelle A1.1-4**. Die Zahl der gemeldeten, zum 30. September unbesetzten Stellen belief sich im Handwerk bundesweit auf 10.500, dies waren mehr als doppelt so viele wie 2009.

Im ostdeutschen Handwerk lag der Anteil der offenen Stellen am *betrieblichen* Ausbildungsplatzangebot bei 9,0 %, im westdeutschen Handwerk bei 6,9 %. Die Anteile der unbesetzten Plätze waren in Industrie und Handel nicht ganz so hoch (7,9 % in Ostdeutschland und 5,1 % in Westdeutschland). Sie fielen allerdings ebenfalls deutlich höher als in den

11 Bei den unbesetzten Plätzen handelt es sich i. d. R. um *betriebliche* Ausbildungsplätze. Dementsprechend wird hier das erfolglose Ausbildungsplatzangebot auch nur auf das *betriebliche* Ausbildungsplatzangebot bezogen.

12 Aktuelle Daten für 2012 liegen zurzeit noch nicht vor.

Tabelle A1.1-4: **Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots nach Zuständigkeitsbereichen 2009 bis 2012**

Zuständigkeitsbereich	Ausbildungsplatzangebote insgesamt				darunter:											
					betriebliches Angebot				darunter:							
									unbesetzte betriebliche Stellen				unbesetzte betriebliche Stellen in %			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16
Deutschland	**581.562**	**579.564**	**599.070**	**584.547**	**535.761**	**538.521**	**568.611**	**558.645**	**17.256**	**19.605**	**29.688**	**33.276**	**3,2**	**3,6**	**5,2**	**6,0**
Industrie und Handel	343.353	342.396	360.954	351.453	319.083	320.457	345.165	339.225	9.948	11.355	18.174	18.831	3,1	3,5	5,3	5,6
Handwerk	160.302	160.911	162.777	157.812	143.862	145.998	151.464	147.171	4.719	5.733	8.271	10.485	3,3	3,9	5,5	7,1
Öffentlicher Dienst	13.776	13.716	12.498	12.270	13.725	13.680	12.459	12.207	51	159	93	168	0,4	1,2	0,8	1,4
Landwirtschaft	14.865	14.205	13.764	13.614	12.798	12.525	12.627	12.471	219	285	279	354	1,7	2,3	2,2	2,8
Sonstige Stellen[1]	49.266	48.336	49.077	49.401	46.293	45.861	46.896	47.568	2.316	2.073	2.871	3.441	5,0	4,5	6,1	7,2
Westdeutschland	**479.790**	**484.125**	**509.265**	**499.359**	**456.921**	**461.649**	**490.572**	**481.791**	**14.481**	**15.828**	**24.381**	**26.991**	**3,2**	**3,4**	**5,0**	**5,6**
Industrie und Handel	279.303	282.864	304.155	297.951	269.838	273.144	296.106	290.994	8.277	8.958	14.727	14.934	3,1	3,3	5,0	5,1
Handwerk	135.882	137.466	141.204	137.244	125.223	127.053	132.498	128.664	4.041	4.743	6.981	8.826	3,2	3,7	5,3	6,9
Öffentlicher Dienst	10.611	10.848	*	9.807	10.581	10.815	*	9.756	48	150	*	150	0,5	1,4	*	1,5
Landwirtschaft	11.286	10.830	10.911	10.797	10.362	10.035	10.353	10.077	153	162	159	201	1,5	1,6	1,5	2,0
Sonstige Stellen[1]	42.708	42.117	*	43.560	40.917	40.602	*	42.300	1.962	1.812	*	2.877	4,8	4,5	*	6,8
Ostdeutschland insgesamt	**101.643**	**95.325**	**89.670**	**85.068**	**78.711**	**76.758**	**77.904**	**76.731**	**2.643**	**3.663**	**5.175**	**6.162**	**3,4**	**4,8**	**6,6**	**8,0**
Industrie und Handel	63.966	59.445	56.709	53.421	49.161	47.226	48.969	48.153	1.587	2.304	3.354	3.816	3,2	4,9	6,8	7,9
Handwerk	24.420	23.442	21.573	20.568	18.639	18.942	18.966	18.504	678	987	1.290	1.656	3,6	5,2	6,8	9,0
Öffentlicher Dienst	3.165	2.868	*	2.463	3.144	2.865	*	2.451	3	9	*	18	0,1	0,3	*	0,7
Landwirtschaft	3.579	3.375	2.853	2.817	2.436	2.490	2.274	2.397	66	120	120	153	2,7	4,9	5,3	6,3
Sonstige Stellen[1]	6.510	6.198	*	5.799	5.328	5.238	*	5.229	306	240	*	522	5,8	4,6	*	10,0

[1] Eine weitere Differenzierung ist an dieser Stelle nicht möglich.

Alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

*Anmerkung: Als Folge von Datenschutzvorschriften werden im Rahmen der BA-Statistik Werte zwischen 1 und 2 nicht mehr ausgewiesen, darüber hinaus auch Summanden größer als 3 nicht, sofern sie einen Rückschluss auf die Größe anderer Summanden kleiner als 3 ermöglichen. Damit sind auch Weiterverarbeitungen der betroffenen Zahlen (z. B. im Zuge der Ermittlung relativer Werte) nicht mehr möglich. Die betroffenen Zellen sind jeweils mit einem Asterisk gekennzeichnet.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Ausbildungsmarktststatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Vorjahren aus, und auch in Industrie und Handel hat sich die bundesweite Zahl der gemeldeten, zum 30. September unbesetzten Ausbildungsstellen von 9.900 im Jahr 2009 auf nunmehr 18.800 verdoppelt. Relativ geringe Besetzungsprobleme gab es weiterhin bei den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes; die Quoten lagen 2012 bei 0,7 % in den neuen Ländern und Berlin bzw. bei 1,5 % in den alten Ländern.

Erfolglose Ausbildungsplatznachfrager

Die Zahl der Ausbildungsplatznachfrager, die am 30. September noch eine Berufsausbildungsstelle suchten und deshalb als erfolglose Ausbildungsplatznachfrager gelten, bezifferte sich in 2012 bundesweit auf 76.000 Personen, 3.900 bzw. 5,4 % mehr als im Vorjahr 2011. Im Westen waren es 65.500 (+1.700 bzw. +2,7 %), im Osten 10.500 (+2.200 bzw. +25,8 %). Zwar stieg die Zahl der noch suchenden Bewerber im Osten deutlich stärker an, doch fällt ihr relativer Anteil – bezogen auf alle offiziell erfassten Ausbildungsplatznachfrager – im Osten mit 11,8 % noch etwas niedriger als im Westen aus, wo er 2012 bei 12,2 % lag.

Die höchsten Anteile erfolgloser Ausbildungsplatznachfrager wurden 2012 in den Ländern Berlin (16,7 %), Niedersachsen (16,2 %), Nordrhein-Westfalen (14,7 %) und Brandenburg (14,4 %) gemessen. Die niedrigsten Anteile wurden in Bayern (7,0 %), Mecklenburg-Vorpommern (7,4 %), Thüringen (8,1 %) und im Saarland (9,4 %) beobachtet → **Tabelle A1.1-3**.

Ungeachtet der Tatsache, dass die Zahl der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager 2012 wieder anstieg, spiegelt sich im langfristigen Trend der letzten Jahre ein deutlicher Rückgang wider, der durch die demografische Entwicklung, aber auch durch die insgesamt verbesserte Ausbildungsmarktlage für die Jugendlichen bewirkt wurde. So lag die Gesamtzahl aller noch suchende Bewerber zum Stichtag 30. September im Jahr 2007 noch bei 130.900 und damit um 54.800 Personen höher als im Jahr 2012. Die Quote der erfolglosen Nachfrager fiel 2007 mit 17,3 % um 5,2 Prozentpunkte höher aus als 2012 → **Tabelle A1.1-2**.

Ergebnisse der Nachvermittlung

Die rechnerische Lücke zwischen der Zahl der Ende September noch suchenden Ausbildungsplatznachfrager (76.000) und den noch unbesetzten Ausbildungsplätzen (33.300) betrug 2012 42.800 und war damit etwas höher als im Vorjahr (42.500). Somit wurden die Nachvermittlungsbedingungen für die Agenturen für Arbeit, ARGEn und zkT nicht leichter. Die Zahl der Jugendlichen, für die zwischen *Oktober und Dezember* 2012 ein Vermittlungsauftrag (zeitweise oder dauerhaft) bestand, um in das bereits begonnene Ausbildungsjahr einzusteigen, betrug bundesweit 65.500 Personen; im Vorjahr waren es nur 62.600 (Bundesagentur für Arbeit 2012a). Diese Zahl setzte sich zusammen aus 47.500 Jugendlichen, die bereits im vergangenen Berichtsjahr 2011/2012 als Ausbildungsstellenbewerber registriert worden waren, sowie 18.000, auf die dies nicht zutraf → **Tabelle A1.1-5**.

Zu den 47.500 Bewerbern aus dem letzten Berichtsjahr zählten:

- 6.600 bzw. 2,3 % der 286.500 Bewerber, die ursprünglich in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet waren,
- 15.600 bzw. 99,5 % der 15.700 Bewerber, die am 30. September ohne Alternative auf Ausbildungsplatzsuche waren („unversorgte Bewerber"),
- 18.300 bzw. 30,4 % der 60.400 Bewerber, die bis Ende September aus einer bestehenden Alternative heraus noch weiter nach einer Ausbildungsstelle gesucht hatten[13], sowie
- 6.900 bzw. 3,5 % der 197.300 Bewerber, die am 30. September zunächst anderweitig verblieben und zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr auf Ausbildungsplatzsuche waren.

→ **Tabelle A1.1-5** informiert des Weiteren darüber, welche Ergebnisse die Nachvermittlung bis Dezember 2012 für die 65.500 Bewerber mit Interesse an einem nachträglichen Einstieg in das bereits be-

13 Die relativ niedrige Quote ist darauf zurückzuführen, dass ihre erneute Berücksichtigung im Vermittlungsjahr 2012/2013 eine aktive Rückmeldung durch die Betroffenen erforderlich machte (für die Bewerber ohne Alternative war dies nicht der Fall).

Tabelle A1.1-5: **Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die im 4. Quartal des Kalenderjahres 2012 zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2012 bestand**

	Insgesamt		darunter:											
			bereits Bewerber im Berichtsjahr 2011/2012										kein Bewerber im letzten Berichtsjahr 2011/2012	
			insgesamt		darunter: bis zum 30.09. eingemündete Bewerber des letzten Berichtsjahres		andere ehemalige Bewerber des letzten Berichtsjahres		Bewerber mit Alternative zum 30.09. des letzten Berichtsjahres		unversorgte Bewerber am 30.09. des letzten Berichtsjahres			
	Sp. 1 (Sp. 2 + Sp. 7)		Sp. 2 (Summe von Sp. 3 bis 6)		Sp. 3		Sp. 4		Sp. 5		Sp. 6		Sp. 7	
Deutschland														
Am 01.10.2012 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2012 erneut oder neu suchende Bewerber	**65.475**	**100,0 %**	**47.484**	**100,0 %**	**6.637**	**100,0 %**	**6.933**	**100,0 %**	**18.345**	**100,0 %**	**15.569**	**100,0 %**	**17.991**	**100,0 %**
darunter Status im Dezember 2012:														
→ **eingemündete Bewerber**	**5.525**	**8,4 %**	**3.662**	**7,7 %**	**953**	**14,4 %**	**534**	**7,7 %**	**975**	**5,3 %**	**1.200**	**7,7 %**	**1.863**	**10,4 %**
→ **andere ehemalige Bewerber, darunter:**	**9.377**	**14,3 %**	**7.678**	**16,2 %**	**715**	**10,8 %**	**730**	**10,5 %**	**2.156**	**11,8 %**	**4.077**	**26,2 %**	**1.699**	**9,4 %**
• ohne Angabe eines Verbleibs	5.190	7,9 %	4.274	9,0 %	213	3,2 %	463	6,7 %	545	3,0 %	3.053	19,6 %	916	5,1 %
→ **noch weiter suchende Bewerber, darunter:**	**50.573**	**77,2 %**	**36.144**	**76,1 %**	**4.969**	**74,9 %**	**5.669**	**81,8 %**	**15.214**	**82,9 %**	**10.292**	**66,1 %**	**14.429**	**80,2 %**
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	25.871	39,5 %	19.894	41,9 %	2.596	39,1 %	1.934	27,9 %	13.451	73,3 %	1.913	12,3 %	5.977	33,2 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	24.702	37,7 %	16.250	34,2 %	2.373	35,8 %	3.735	53,9 %	1.763	9,6 %	8.379	53,8 %	8.452	47,0 %
Westdeutschland														
Am 01.10.2012 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2012 erneut oder neu suchende Bewerber	**53.186**	**100,0 %**	**38.471**	**100,0 %**	**5.482**	**100,0 %**	**5.445**	**100,0 %**	**16.992**	**100,0 %**	**10.552**	**100,0 %**	**14.715**	**100,0 %**
darunter Status im Dezember 2012:														
→ **eingemündete Bewerber**	**4.255**	**8,0 %**	**2.822**	**7,3 %**	**778**	**14,2 %**	**378**	**6,9 %**	**884**	**5,2 %**	**782**	**7,4 %**	**1.433**	**9,7 %**
→ **andere ehemalige Bewerber, darunter:**	**6.852**	**12,9 %**	**5.540**	**14,4 %**	**549**	**10,0 %**	**538**	**9,9 %**	**1.940**	**11,4 %**	**2.513**	**23,8 %**	**1.312**	**8,9 %**
• ohne Angabe eines Verbleibs	3.579	6,7 %	2.887	7,5 %	168	3,1 %	335	6,2 %	500	2,9 %	1.884	17,9 %	692	4,7 %
→ **noch weiter suchende Bewerber, darunter:**	**42.079**	**79,1 %**	**30.109**	**78,3 %**	**4.155**	**75,8 %**	**4.529**	**83,2 %**	**14.168**	**83,4 %**	**7.257**	**68,8 %**	**11.970**	**81,3 %**
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	23.047	43,3 %	17.902	46,5 %	2.229	40,7 %	1.676	30,8 %	12.603	74,2 %	1.394	13,2 %	5.145	35,0 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	19.032	35,8 %	12.207	31,7 %	1.926	35,1 %	2.853	52,4 %	1.565	9,2 %	5.863	55,6 %	6.825	46,4 %
Ostdeutschland														
Am 01.10.2012 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2012 erneut oder neu suchende Bewerber	**12.257**	**100,0 %**	**8.996**	**100,0 %**	**1.155**	**100,0 %**	**1.486**	**100,0 %**	**1.343**	**100,0 %**	**5.012**	**100,0 %**	**3.261**	**100,0 %**
darunter Status im Dezember 2012:														
→ **eingemündete Bewerber**	**1.269**	**10,4 %**	**839**	**9,3 %**	**175**	**15,2 %**	**156**	**10,5 %**	**90**	**6,7 %**	**418**	**8,3 %**	**430**	**13,2 %**
→ **andere ehemalige Bewerber, darunter:**	**2.520**	**20,6 %**	**2.133**	**23,7 %**	**166**	**14,4 %**	**192**	**12,9 %**	**214**	**15,9 %**	**1.561**	**31,1 %**	**387**	**11,9 %**
• ohne Angabe eines Verbleibs	1.610	13,1 %	1.386	15,4 %	45	3,9 %	128	8,6 %	45	3,4 %	1.168	23,3 %	224	6,9 %
→ **noch weiter suchende Bewerber, darunter:**	**8.468**	**69,1 %**	**6.024**	**67,0 %**	**814**	**70,5 %**	**1.138**	**76,6 %**	**1.039**	**77,4 %**	**3.033**	**60,5 %**	**2.444**	**74,9 %**
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	2.809	22,9 %	1.984	22,1 %	367	31,8 %	256	17,2 %	843	62,8 %	518	10,3 %	825	25,3 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	5.659	46,2 %	4.040	44,9 %	447	38,7 %	882	59,4 %	196	14,6 %	2.515	50,2 %	1.619	49,6 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsstellenmarktstatistik; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

gonnene Ausbildungsjahr erbracht hatte. Die Zahl der Bewerber, die bis Ende 2012 in die angestrebte Berufsausbildung einmündeten, lag bei 5.500 bzw. 8,4 % und fiel demnach relativ niedrig aus. 50.600 bzw. 77,2 % der Bewerber waren dagegen weiter auf Ausbildungsplatzsuche, darunter 24.700 ohne und 25.900 mit alternativer Verbleibsmöglichkeit.[14] Die restlichen 9.400 bzw. 14,3 % Bewerber waren alternativ (4.200) oder unbekannt (5.200) verblieben und hatten den Vermittlungsauftrag beendet.

Die Ausbildungschancen der ostdeutschen Bewerber, von denen insgesamt 10,4 % in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten (ungeförderte Stellen: 7,5 %, geförderte Stellen: 2,9 %), waren dabei leicht höher als die ihrer westdeutschen Altersgenossen. Von diesen waren 8,0 % in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet (ungeförderte Stellen: 6,3 %, geförderte Stellen: 1,7 %).

Die relativ geringen Einmündungsquoten im Nachvermittlungsgeschäft resultieren zum Teil daraus, dass eine Vermittlung mehrere Wochen und Monate nach Beginn eines neuen Ausbildungsjahres grundsätzlich schwierig ist.

Sie weisen aber auch darauf hin, dass das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage auch im Jahr 2012 nicht ausgeglichen war und dass ein Teil der Jugendlichen nach wie vor große Schwierigkeiten hatte, einen Platz im dualen Berufsausbildungssystem zu finden. Zwar gelingt es, den Anteil der unversorgten Bewerber und damit auch die Jugendarbeitslosigkeit niedrig zu halten. Doch tragen hierzu auch lediglich teilqualifizierende Bildungsgänge und sonstige Tätigkeiten bei, die Ausbildungsstellenbewerber ersatzweise aufnehmen. Die Beteiligung ausbildungsinteressierter Jugendlicher an dualer Berufsbildung (**vgl. Kapitel A4.5**) erfolgt immer noch nicht so rasch, wie dies aus bildungspolitischer Perspektive wünschenswert erscheint und wie dies zu Beginn der 1990er-Jahre auch bereits einmal realisiert werden konnte.

Beteiligung ausbildungsinteressierter Personen an dualer Berufsausbildung

In → **Schaubild A1.1-1** wird wiedergegeben, wie sich seit den 1990er-Jahren der Anteil unter den ausbildungsinteressierten Personen entwickelte, der bis zum Bilanzierungsstichtag 30. September auch tatsächlich einen neuen Berufsausbildungsvertrag unterschreiben und mit einer dualen Berufsausbildung beginnen konnte.[15]

Dabei wird ein u-förmiger Verlauf sichtbar: Nach sehr hohen Einmündungsquoten zu Beginn der 1990er-Jahre mit Werten über 70 % verringerte sich die Einmündungsquote bis Mitte des letzten Jahrzehntes deutlich und fiel bis 2005 auf nur noch 59,2 %. Nach der Überwindung der Ausbildungsmarktkrise stieg sie kräftig an und erreichte 2011 mit 68,3 % den höchsten Wert seit 1994. 2012 sank sie jedoch wiederum leicht um 1,4 Prozentpunkte und lag nun bei 66,9 %. Sie fiel damit höher aus als in allen Jahren zwischen 1995 und 2010, doch geriet der seit 2007 durchgehend positive Trend erstmalig ins Stocken.

Ausbildungsbeteiligung in West- und Ostdeutschland

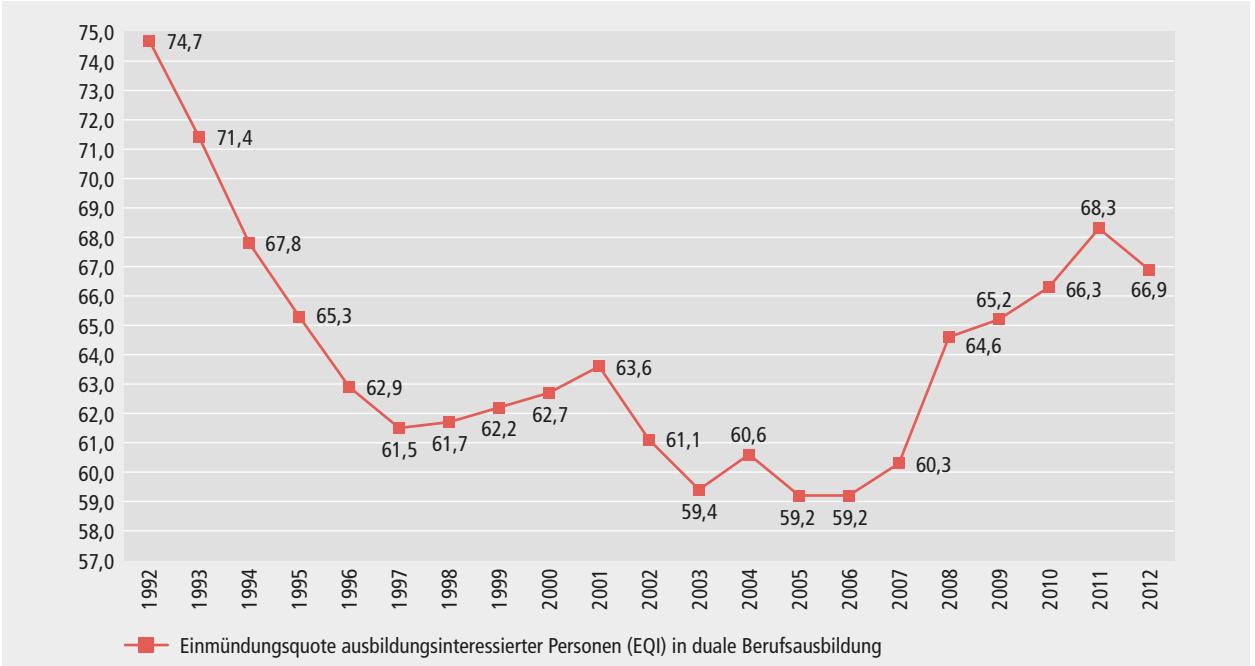
Dabei sank die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen im Jahr 2012 in Ostdeutschland mit einem Minus von 2,5 Prozentpunkten noch deutlich stärker als in den alten Ländern, wo das Minus 1,3 Prozentpunkte betrug → **Schaubild A1.1-2**. Im Osten war es bereits 2011 zu einem Rückgang gekommen. Fielen zwischen 2009 und 2010 die Einmündungsquoten im Osten sogar höher als im Westen aus, verkehrte sich dieser Vorsprung nun wieder in sein Gegenteil.

Die Entwicklung im Osten hängt mit dem relativ deutlichen Abbau der kompensatorisch bereit-

14 Von den insgesamt 25.900 noch suchenden Bewerbern, die über eine den Beratungs- und Vermittlungsdiensten bekannte alternative Verbleibsmöglichkeit verfügten, befanden sich 4.300 in einer vollqualifizierenden Ausbildung (aus der sie sich für eine neue Berufsausbildungsstelle bewarben), weitere 500 in einem Studium. 5.600 besuchten eine Schule (inkl. Berufsvorbereitungs- bzw. Berufsgrundbildungsjahr), 1.300 absolvierten ein Praktikum, 4.400 waren erwerbstätig, 600 leisteten gemeinnützige oder soziale Dienste, und 9.000 befanden sich in Fördermaßnahmen (Bundesagentur für Arbeit 2012a, S. 5).

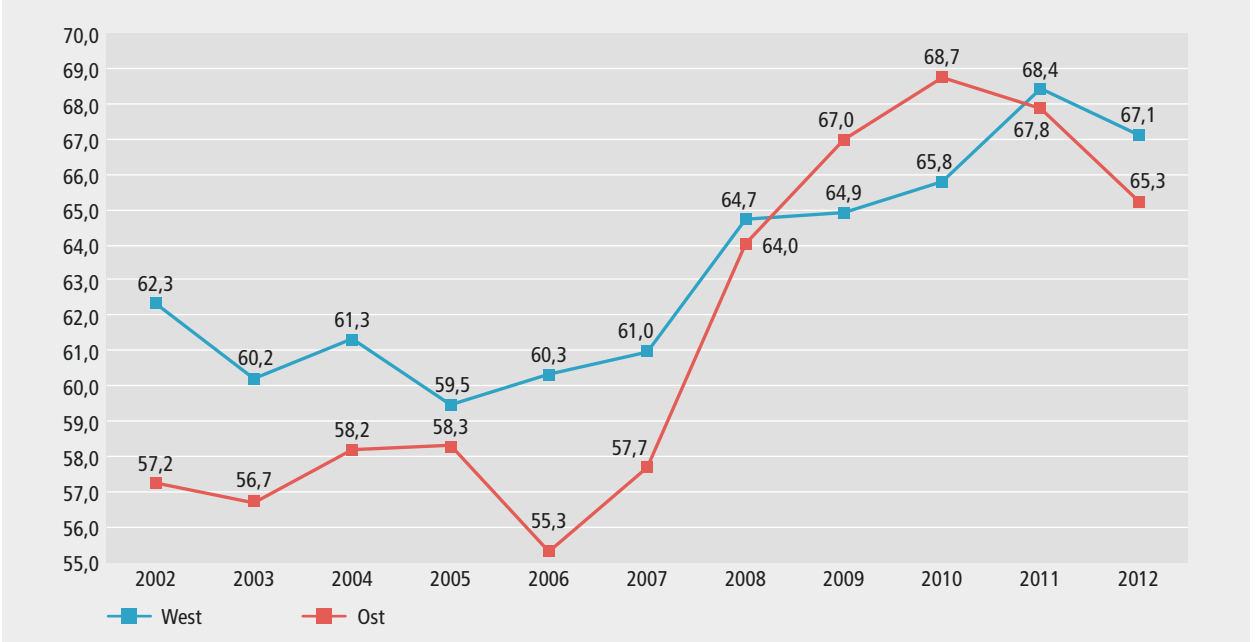
15 Nähere Hinweise zur Berechnung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen finden sich oben in den Erläuterungen E zu den Indikatoren der Ausbildungsmarktbilanzierung.

Schaubild A1.1-1: **Bundesweite Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (in %)**



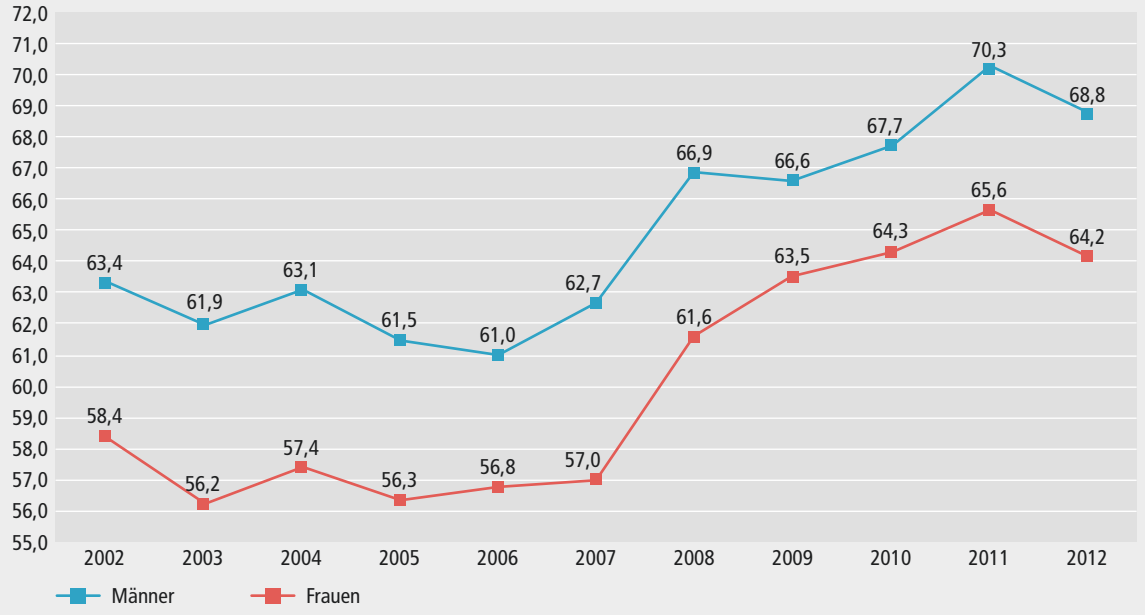
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A1.1-2: **Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in West- und Ostdeutschland (in %)**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A1.1-3: **Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Frauen und Männer (in %)**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

gestellten, überwiegend öffentlich geförderten Ausbildungsplätze (außerbetriebliche Ausbildung) zusammen. Die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Personen in außerbetriebliche Berufsausbildung sank in den letzten 3 Jahren von 13,9 % (2010) über 9,4 % (2011) auf nur noch 6,9 % (2012). Zwar stieg im selben Zeitraum die Einmündungsquote in betriebliche Berufsausbildung an (2010: 54,8 %, 2011: 58,4 %, 2012: 58,4 %), doch konnte der Rückgang bei den überwiegend öffentlich geförderten Plätzen damit nicht vollständig kompensiert werden.

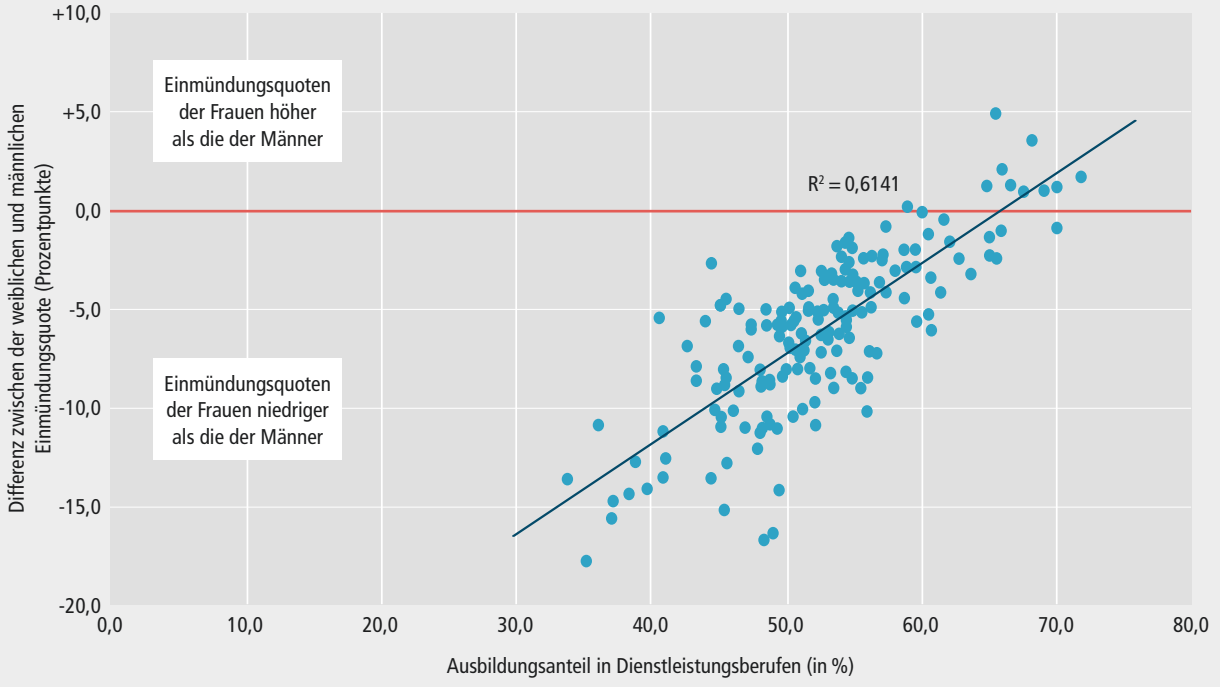
Ausbildungsbeteiligung nach Geschlecht

Für den Zeitraum ab 2002 lässt sich die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Personen auch geschlechtsspezifisch berechnen. Demnach fällt die Einmündungsquote der männlichen Ausbildungsinteressierten kontinuierlich um mehrere Prozentpunkte höher aus als die der weiblichen Ausbildungsinteressierten → **Schaubild A1.1-3**.

Bei der Interpretation der über die Jahre hinweg verfestigten Geschlechterdifferenz der Einmündungsquote ist zunächst zu berücksichtigen, dass sich die statistische Eingrenzung des Kreises ausbildungsinteressierter Personen bei *beiden* Geschlechtern auf die Interessenten an einer *dualen* Berufsausbildung bezieht. In dieser Hinsicht besteht zwischen den Geschlechtern kein Unterschied. Allerdings ziehen junge Frauen, die eine Ausbildung im dualen System anstreben, häufiger als junge Männer zugleich auch eine schulische Berufsausbildung in Erwägung.[16] Zudem konzentrieren sie sich auch innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems stark

16 Nach den Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie 2011 suchten 21 % der nicht studienberechtigten Schulabgänger, die prioritär eine duale Berufsausbildung wünschten, ungeachtet dessen (zugleich auch) nach einer schulischen Berufsausbildungsmöglichkeit (Eberhard u. a. 2013). Unter den weiblichen Schulabgängern fiel dieser Anteil mit 29 % jedoch deutlich höher aus als unter den männlichen (17 %). Wie die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 zeigte, verblieben junge Frauen, die sich als Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle im dualen System hatten registrieren lassen, zwar seltener in den Ausbildungsberufen nach Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung (44,7 % gegenüber 50,9 %). Allerdings befanden sie sich zugleich häufiger in einer schulischen bzw. nicht betrieblichen Berufsausbildung oder in einem Studium (8,4 % gegenüber 4,9 %). Eine vollständige Kompensation der geringeren Beteiligung an dualer Berufsausbildung wurde damit jedoch nicht erzielt.

Schaubild A1.1-4: **Abweichungen in den Einmündungsquoten ausbildungsinteressierter Frauen und Männer als Folge unterschiedlich hoher Ausbildungsanteile in den Dienstleistungsberufen (n = 176 Regionen)**



Abgebildet sind die paarweisen Messwerte in den n = 176 Regionen (x-Achse: Ausbildungsanteil in den Dienstleistungsberufen; y-Achse: rechnerische Differenz zwischen den Einmündungsquoten ausbildungsinteressierter Frauen und Männer). Den Punkteschwarm durchkreuzt die ermittelte Regressionsgerade; R^2 ist der Determinationskoeffizient und gibt die Stärke des Zusammenhangs wieder.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

auf die Dienstleistungsberufe, in denen sie 2012 61,5 % aller Ausbildungsanfänger stellten. In den Fertigungsberufen sind sie dagegen kaum vertreten; ihr Anteil unter den Ausbildungsanfängern betrug 2012 10,9 %.

Die unterschiedlichen Berufswahlpräferenzen erklären zu einem großen Teil die Differenz zwischen den Einmündungsquoten junger Frauen und Männer (vgl. dazu auch Beicht/Walden 2012). Denn für junge Frauen sind die Ausbildungsmärkte überall dort besonders schwierig, in denen der Tertiarisierungsgrad relativ gering ausfällt. Dies zeigen regionale Querschnittsanalysen für 2012: Die ausbildungsinteressierten jungen Frauen mündeten in all jenen Arbeitsagenturbezirken seltener als junge Männer in eine duale Berufsausbildungsstelle ein, in denen die Ausbildung in Dienstleistungsberufen nur eine relativ geringe Rolle spielte.

Wie → **Schaubild A1.1-4** zeigt, glichen sich die Einmündungsquoten ausbildungsinteressierter junger Frauen und Männer in den verschiedenen Regionen erst ab einem Ausbildungsanteil in den Dienstleistungsberufen von 65 % an. Ab einem Anteil von rd. 70 % mündeten junge Frauen sogar mit einer höheren Wahrscheinlichkeit in eine duale Berufsausbildung ein als junge Männer.[17]

Angesichts der stetig sinkenden Zahl von Jugendlichen stellt die Minderung des geschlechtsspezifi-

17 Bei diesen Berechnungen erfolgte die regionale Gliederung nach Maßgabe der Gliederung der Arbeitsagenturbezirke mit Gebietsstand vom 30. Juni 2012, also noch vor der 2012 eingeleiteten und im Laufe des Jahres 2013 abgeschlossenen Restrukturierung der Arbeitsagenturbezirke. Die Identifikation der Dienstleistungsberufe wurde hier anhand der Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamtes von 1992 vorgenommen. Zu den Dienstleistungsberufen innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems zählen dabei die Berufsgruppen 66 bis 93. Die Fertigungsberufe umfassen die Berufsgruppen 10 bis 55.

schen Berufswahlverhaltens einen der Ansatzpunkte dar, um den Nachwuchsmangel an Fachkräften zu begrenzen. Denn je breiter das Interesse ist, das Berufe wecken, desto leichter ist es, Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt zusammenzuführen. Berufe, die dagegen nur von einem Geschlecht in Erwägung gezogen werden, müssen von vornherein auf die Hälfte aller potenziellen Bewerber verzichten. Die Minimierung von Passungsproblemen zwischen Angebot und Nachfrage dürfte eine der wesentlichen bildungspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre bilden. Passungsprobleme trugen bereits 2012 dazu bei, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bundesweit auf den niedrigsten Stand seit dem Jahr 2005 fiel (**vgl. Kapitel A1.2**).

(Joachim Gerd Ulrich, Simone Flemming, Friederike Frieling, Ralf-Olaf Granath)

A1.2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge – Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2012

Bei der Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2012[18] E haben die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen für den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis zum 30. September 2012 dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) 551.271 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet. Bezogen auf die Meldungen für die Erhebung 2011 bedeutet das einen bundesweiten Rückgang um 18.108 Verträge (-3,2 %). Bundesweit wurde damit nach 2005 ein weiterer Tiefstand seit der Wiedervereinigung dokumentiert → **Tabelle A1.2-1**. Im Westen von Deutschland fiel der Rückgang mit 2,6 % (-12.516 Verträge) geringer aus als im Osten. Hier wurde ein Minus von 6,6 % festgestellt (-5.592 Verträge). Diese Entwicklung resultiert sowohl aus einer sinkenden Zahl betrieblicher Ausbildungsverträge (um 13.600 bzw. -2,5 % auf 525.400) als auch aus dem Abbau der überwiegend öffentlich finanzierten (außerbetrieblichen) Ausbildung (um 4.600 bzw. -15,0 % auf nunmehr 25.900).

Der Rückgang verteilte sich über alle 16 Länder; Sachsen liegt mit einem Rückgang von 10,7 % an der Spitze, gefolgt von Sachsen-Anhalt (-8,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-6,6 %). Damit hat sich im Osten Deutschlands die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber 1999 nahezu halbiert (1999: 148.803, 2012: 78.903). Im Westen verzeichnen Niedersachsen (-4,3 %) und Baden-Württemberg (-3,2 %) die stärksten Rückgänge; für Bremen (-1,2 %), Hamburg und Schleswig-Holstein (jeweils -1,8 %) wurde ein geringer Rückgang ermittelt. Der starke Rückgang für Niedersachsen resultiert aus einem Hoch aus der Vorjahreserhe-

18 Diese Erhebung wird zur Vorbereitung der Berufsbildungsberichterstattung jährlich vom BIBB in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen durchgeführt. Ausführliche Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2012 stehen unter **http://www.bibb.de/naa-2012** zur Verfügung. Für weitere Informationen zur Erhebung siehe **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf**.
Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung werden alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet dargestellt. Daraus können sich Abweichungen bei der Bildung von Summen aus Einzelwerten in Bezug auf Gesamtsummen sowie Differenzen bei Tabellendarstellungen ergeben.

Tabelle A1.2-1: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1994 bis 2012**

	Ergebnisse im Zählzeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																			2012 zu 2011	
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	absolut	in %
Baden-Württemberg	69.054	69.036	68.730	70.197	73.818	76.332	77.289	77.067	72.582	70.803	73.278	71.853	73.992	81.216	82.185	74.811	74.550	78.813	76.317	-2.496	-3,2
Bayern	89.679	89.346	90.132	91.989	97.059	96.801	98.295	101.223	95.316	91.926	93.396	90.219	93.006	102.204	102.987	93.564	94.326	97.746	95.232	-2.514	-2,6
Berlin	20.364	19.563	21.474	19.449	22.638	23.721	23.085	21.690	20.193	19.152	20.535	19.638	20.799	21.561	21.021	19.485	19.173	18.396	17.973	-423	-2,3
Brandenburg	18.900	20.223	21.606	19.629	21.399	21.369	19.896	18.825	18.576	18.492	17.919	16.416	19.572	18.489	17.721	15.066	13.623	12.120	11.370	-750	-6,2
Bremen	5.712	5.592	5.481	5.685	5.631	6.012	6.147	5.982	5.535	5.304	5.757	5.643	5.901	6.291	6.489	6.132	5.979	6.219	6.144	-75	-1,2
Hamburg	11.529	11.277	11.529	11.850	12.081	12.549	12.579	13.029	12.216	11.913	12.471	12.405	13.209	14.232	14.862	13.497	14.382	14.412	14.148	-264	-1,8
Hessen	38.271	38.658	38.736	39.435	41.214	42.606	42.075	42.147	38.361	37.812	38.727	37.662	39.426	43.377	42.666	39.453	40.233	41.166	40.245	-921	-2,2
Mecklenburg-Vorpommern	17.745	18.267	18.978	19.038	19.293	19.146	18.339	17.622	16.722	16.665	16.026	15.783	15.306	16.086	14.340	11.826	9.879	8.910	8.325	-585	-6,6
Niedersachsen	54.342	53.784	54.378	56.268	57.942	59.382	57.927	56.673	53.364	52.059	53.826	51.531	54.276	58.809	59.880	57.396	58.317	60.846	58.236	-2.610	-4,3
Nordrhein-Westfalen	114.927	115.395	112.557	117.366	122.589	128.436	128.640	126.069	115.512	111.045	115.986	111.189	115.671	132.033	131.901	121.503	122.310	126.552	124.110	-2.442	-1,9
Rheinland-Pfalz	25.599	26.436	27.081	28.347	29.808	30.693	30.810	29.943	27.513	26.937	27.921	26.445	28.038	31.845	30.696	28.851	28.494	28.971	28.407	-564	-1,9
Saarland	6.882	7.071	7.209	7.605	8.487	9.033	9.252	8.838	8.355	8.178	8.202	8.178	8.358	8.919	8.892	8.790	8.472	8.613	8.379	-234	-2,7
Sachsen	35.514	35.697	38.022	36.753	35.919	38.145	34.749	33.363	31.125	30.666	30.615	28.863	31.464	32.007	27.117	23.817	22.248	20.511	18.309	-2.202	-10,7
Sachsen-Anhalt	20.721	22.407	20.124	23.787	23.145	23.331	21.459	21.768	19.257	19.134	20.328	17.748	17.904	19.110	17.364	14.937	14.319	12.885	11.823	-1.059	-8,2
Schleswig-Holstein	19.395	19.485	18.813	19.581	20.103	20.370	20.067	19.212	18.672	18.768	19.314	19.035	20.340	21.858	22.044	21.315	21.231	21.546	21.156	-390	-1,8
Thüringen	19.446	20.535	19.473	20.541	21.402	23.091	21.084	20.790	19.026	18.780	18.684	17.571	18.894	17.847	16.176	13.869	12.420	11.676	11.103	-570	-4,9
Westdeutschland	**435.387**	**436.083**	**434.649**	**448.323**	**468.732**	**482.214**	**483.081**	**480.183**	**447.426**	**434.748**	**448.875**	**434.163**	**452.214**	**500.787**	**502.605**	**465.309**	**468.297**	**484.884**	**472.368**	**-12.516**	**-2,6**
Ostdeutschland	**132.693**	**136.692**	**139.680**	**139.194**	**143.796**	**148.803**	**138.612**	**134.055**	**124.896**	**122.886**	**124.104**	**116.019**	**123.939**	**125.097**	**113.739**	**98.997**	**91.662**	**84.495**	**78.903**	**-5.592**	**-6,6**
Deutschland	**568.083**	**572.775**	**574.326**	**587.517**	**612.528**	**631.014**	**621.693**	**614.238**	**572.322**	**557.634**	**572.979**	**550.179**	**576.153**	**625.884**	**616.341**	**564.306**	**559.959**	**569.379**	**551.271**	**-18.108**	**-3,2**

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe (Bundesinstitut für Berufsbildung) gestattet

bung – 2011 war es durch einen doppelten Abiturientenjahrgang zu einer deutlichen Angebotserweiterung für die Schulabgänger gekommen (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A1.2), sodass 2012 ein Rückgang erwartet wurde. Auch in den kommenden Jahren werden in einigen Bundesländern doppelte Abiturientenjahrgänge einen Einfluss auf die Entwicklung der Neuabschlüsse (und der vergleichenden Betrachtungen) haben.[19]

E Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (kurz: BIBB-Erhebung zum 30. September) sind Neuabschlüsse definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September des laufenden Jahres neu abgeschlossen und nicht vorzeitig wieder gelöst wurden. Entscheidend für die Zählung eines Neuabschlusses ist das Datum des Vertragsabschlusses, welches gemäß § 34 BBiG Absatz 2 Ziffer 5 in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse aufgenommen wird und damit von den zuständigen Stellen als Selektionskriterium herangezogen werden kann.

Die Neuabschlüsse werden geschlechtsspezifisch differenziert für Einzelberufe auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke erhoben und in den regionalen Gliederungen Bund, Ost, West, Länder und Arbeitsagenturbezirke ausgewiesen. Lediglich die Ausbildungsverträge für Menschen mit Behinderungen (Ausbildungen nach § 66 BBiG und § 42m HwO, E s. u.) werden für die Bereiche Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft in der Sammelgruppe „Behindertenberufe" abgebildet.

Anschlussverträge werden gesondert erfasst (E s. u.). Sie werden im Gegensatz zur Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Erhebung zum 31. Dezember) nicht zur Gesamtsumme der Neuabschlüsse hinzugerechnet. Dennoch gilt auch hier zu beachten, dass nicht alle Auszubildenden mit Neuabschluss Ausbildungsanfänger im dualen System sind; Ausbildungsverträge werden auch nach vorzeitigen Vertragslösungen oder im Falle von Zweitausbildungen innerhalb des dualen Systems neu abgeschlossen (**vgl. Kapitel A4.3**).

Aufgrund der o. g. und weiterer konzeptioneller Unterschiede stimmen die Definitionen der Neuabschlüsse im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September und der Erhebung zum 31. Dezember nicht überein (**vgl. Kapitel A4.3**; vgl. auch Uhly u. a. 2009).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen

Bei der Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge waren in nahezu allen Zuständigkeitsbereichen E Rückgänge zu verzeichnen. Lediglich bei den freien Berufen war insgesamt ein leichtes Plus festzustellen, das auf die Entwicklungen bei den Tierärzten (+11,4 %), Zahnärzten (+4,1 %) und Steuerberatern (+3,7 %) zurückgeht. Bei den Apothekern (-15,7 %), Ärzten (-0,7 %) und Juristen (-2,9 %) wurde hingegen ein Rückgang festgestellt.

Bezogen auf die Erhebung 2011 wurde der stärkste prozentuale Rückgang für den Bereich Seeschifffahrt (-26,6 % bzw. -66 Verträge), gefolgt von der Hauswirtschaft (-17,4 % bzw. -582 Verträge), ermittelt. Das Handwerk hat einen Rückgang von 4,6 % (-7.179 Verträge) zu verzeichnen, und im Bereich Industrie und Handel wurden 10.161 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge weniger registriert (-3 %). Für den öffentlichen Dienst beträgt der Rückgang 2,4 % (-300 Verträge), und in der Landwirtschaft liegt er bei 1,7 % (-222 Verträge) → **Tabelle A1.2-2**.

Im größten Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel wurden 60,3 % aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge registriert (332.622 Verträge). Auf das Handwerk entfällt mit 26,8 % nahezu ein Viertel aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (147.327 Verträge). Damit setzt sich der Trend eines kontinuierlichen Rückgangs der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Handwerk fort → **Tabelle A1.2-3**. Bei den zuständigen Stellen

19 Doppelte Abiturientenjahrgänge werden 2013 in Nordrhein-Westfalen und in Teilen Hessens, 2014 in Teilen Hessens und 2016 in Schleswig-Holstein die Schule verlassen (siehe: **http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/sekundarstufe-ii-gymnasiale-oberstufe.html**).

Tabelle A1.2-2: **Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2012 und Veränderung gegenüber 2011 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen**[1]

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge																							
	Insgesamt			Davon im Zuständigkeitsbereich:																				
				Industrie und Handel			Handwerk			Öffentlicher Dienst			Landwirtschaft			Freie Berufe			Hauswirtschaft			Seeschifffahrt		
		Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
Baden-Württemberg	76.317	-2.496	-3,2	47.088	-657	-1,4	20.052	-1.788	-8,2	1.917	87	4,7	1.491	45	3,0	5.343	-87	-1,6	429	-93	-17,8	0	0	0,0
Bayern	95.232	-2.514	-2,6	55.956	-1.293	-2,3	27.342	-1.317	-4,6	1.494	69	4,9	2.091	-57	-2,6	8.019	162	2,1	330	-81	-19,9	0	0	0,0
Berlin	17.973	-423	-2,3	11.052	-171	-1,5	4.116	-240	-5,5	654	9	1,2	270	15	5,5	1.797	30	1,6	84	-60	-41,8	0	0	0,0
Brandenburg	11.370	-750	-6,2	7.035	-702	-9,1	2.745	-39	-1,4	357	-30	-7,5	519	-9	-1,7	603	36	6,4	114	-9	-8,1	0	0	0,0
Bremen	6.144	-75	-1,2	4.158	-12	-0,3	1.248	-48	-3,6	108	-27	-19,3	57	3	5,7	495	18	3,6	54	-9	-15,4	21	0	-4,5
Hamburg	14.148	-264	-1,8	9.906	-354	-3,5	2.682	102	4,0	147	-18	-10,4	159	15	10,5	1.128	9	0,8	54	21	65,6	72	-39	-35,7
Hessen	40.245	-921	-2,2	24.873	-405	-1,6	10.431	-474	-4,4	1.068	-147	-12,1	738	21	2,8	3.135	93	3,1	0	-9	-100,0	0	0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	8.325	-585	-6,6	5.244	-387	-6,9	1.920	-99	-4,9	261	-33	-11,5	396	27	7,3	423	-57	-11,7	78	-24	-23,8	3	-12	-75,0
Niedersachsen	58.236	-2.610	-4,3	32.136	-1.914	-5,6	17.766	-558	-3,0	1.230	-135	-9,9	2.028	-42	-2,1	4.671	117	2,6	336	-72	-17,7	69	-6	-9,3
Nordrhein-Westfalen	124.110	-2.442	-1,9	76.518	-1.395	-1,8	31.110	-1.128	-3,5	2.562	-33	-1,3	2.376	-48	-2,0	10.983	171	1,6	561	-6	-1,2	0	0	0,0
Rheinland-Pfalz	28.407	-564	-1,9	16.152	-150	-0,9	8.499	-417	-4,7	558	-33	-5,6	705	-12	-1,8	2.265	93	4,2	225	-45	-16,3	0	0	0,0
Saarland	8.379	-234	-2,7	5.031	-84	-1,7	2.445	-36	-1,5	129	30	30,3	186	-36	-16,6	528	-93	-14,8	60	-15	-20,0	0	0	0,0
Sachsen	18.309	-2.202	-10,7	11.850	-1.494	-11,2	4.263	-483	-10,2	585	-3	-0,5	630	-75	-10,5	909	-63	-6,6	72	-84	-53,5	0	0	0,0
Sachsen-Anhalt	11.823	-1.059	-8,2	7.407	-624	-7,8	3.030	-411	-12,0	339	18	5,6	447	-9	-1,8	480	-12	-2,6	120	-21	-14,3	0	0	0,0
Schleswig-Holstein	21.156	-390	-1,8	11.199	-144	-1,3	6.843	-147	-2,1	441	-30	-6,2	768	-42	-5,1	1.794	15	0,8	93	-42	-30,8	18	-6	-26,1
Thüringen	11.103	-570	-4,9	7.017	-372	-5,0	2.841	-99	-3,4	249	-24	-9,2	405	-18	-4,0	444	-27	-5,7	153	-30	-16,8	0	0	0,0
Westdeutschland	**472.368**	**-12.516**	**-2,6**	**283.017**	**-6.411**	**-2,2**	**128.418**	**-5.808**	**-4,3**	**9.657**	**-234**	**-2,4**	**10.593**	**-156**	**-1,5**	**38.361**	**498**	**1,3**	**2.142**	**-351**	**-14,1**	**177**	**-54**	**-23,3**
Ostdeutschland	**78.903**	**-5.592**	**-6,6**	**49.605**	**-3.750**	**-7,0**	**18.909**	**-1.371**	**-6,8**	**2.445**	**-66**	**-2,6**	**2.667**	**-66**	**-2,5**	**4.653**	**-96**	**-2,0**	**621**	**-231**	**-27,0**	**3**	**-12**	**-75,0**
Deutschland	**551.271**	**-18.108**	**-3,2**	**332.622**	**-10.161**	**-3,0**	**147.327**	**-7.179**	**-4,6**	**12.102**	**-300**	**-2,4**	**13.260**	**-222**	**-1,7**	**43.014**	**402**	**0,9**	**2.763**	**-582**	**-17,4**	**183**	**-66**	**-26,6**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2).
Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2012

Tabelle A1.2-3: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen[1] von 1996 bis 2012 in Deutschland**

	Ergebnisse im Zählzeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																	2012 zu 2011	
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	absolut	%
Deutschland																			
Industrie und Handel	268.038	286.239	311.664	333.552	334.419	337.221	311.364	308.565	322.758	316.164	336.936	367.485	369.195	333.405	331.044	342.783	332.622	-10.161	-3,0
Handwerk	215.148	211.572	212.382	210.549	199.482	188.463	173.889	165.783	168.291	157.026	162.603	179.697	170.070	155.583	155.178	154.506	147.327	-7.179	-4,6
Öffentlicher Dienst[2, 3]	15.900	16.521	15.198	14.940	15.576	15.381	14.814	13.821	15.129	14.172	14.082	13.413	13.227	13.725	13.554	12.402	12.102	-300	-2,4
Landwirtschaft	14.301	15.504	15.762	15.654	14.736	13.695	13.992	15.009	15.192	14.784	15.813	15.903	15.327	14.646	13.923	13.482	13.260	-222	-1,7
Freie Berufe[2]	56.142	53.076	51.861	51.042	52.494	54.318	53.253	49.407	46.539	43.617	42.111	44.556	43.947	42.675	42.441	42.612	43.014	402	0,9
Hauswirtschaft[2]	4.644	4.461	5.505	5.118	4.848	5.025	4.830	4.899	4.875	4.119	4.320	4.473	4.272	3.996	3.582	3.345	2.763	-582	-17,4
Seeschifffahrt	150	147	156	159	141	135	183	147	195	297	288	360	306	279	240	249	183	-66	-26,6
Insgesamt	**574.326**	**587.517**	**612.528**	**631.014**	**621.693**	**614.238**	**572.322**	**557.634**	**572.979**	**550.179**	**576.153**	**625.884**	**616.341**	**564.306**	**559.959**	**569.379**	**551.271**	**-18.108**	**-3,2**
Westdeutschland																			
Industrie und Handel	200.908	216.719	234.868	250.545	255.997	258.693	237.339	234.092	246.836	244.095	259.002	289.372	296.933	271.025	273.904	289.428	283.018	-6.411	-2,2
Handwerk	160.062	159.756	163.246	162.037	156.484	150.025	139.477	133.536	135.936	127.679	131.660	147.561	142.481	131.842	132.724	134.225	128.417	-5.808	-4,3
Öffentlicher Dienst[2, 3]	11.919	12.352	11.483	11.486	11.710	11.521	11.214	10.606	11.432	10.951	10.765	10.145	10.149	10.562	10.697	9.892	9.657	-234	-2,4
Landwirtschaft	10.374	11.037	11.050	10.719	10.177	9.221	9.492	10.061	10.395	10.095	10.974	11.357	11.173	11.133	10.668	10.750	10.594	-156	-1,5
Freie Berufe[2]	47.880	44.986	44.228	43.880	45.182	47.173	46.467	43.127	40.669	38.377	36.770	39.018	38.678	37.537	37.418	37.864	38.361	498	1,3
Hauswirtschaft[2]	3.357	3.333	3.715	3.404	3.405	3.419	3.287	3.188	3.423	2.685	2.775	3.006	2.896	2.942	2.662	2.494	2.143	-351	-14,1
Seeschifffahrt	148	140	142	142	127	131	150	137	185	280	269	328	294	268	224	232	178	-54	-23,3
Insgesamt	**434.649**	**448.323**	**468.732**	**482.214**	**483.081**	**480.183**	**447.426**	**434.748**	**448.875**	**434.163**	**452.214**	**500.787**	**502.605**	**465.309**	**468.297**	**484.884**	**472.368**	**-12.516**	**-2,6**
Ostdeutschland																			
Industrie und Handel	67.131	69.520	76.795	83.006	78.421	78.528	74.024	74.473	75.923	72.070	77.933	78.112	72.261	62.379	57.139	53.354	49.604	-3.750	-7,0
Handwerk	55.086	51.815	49.136	48.513	42.998	38.439	34.411	32.247	32.354	29.346	30.944	32.137	27.588	23.740	22.454	20.282	18.910	-1.371	-6,8
Öffentlicher Dienst[2, 3]	3.982	4.168	3.715	3.454	3.867	3.859	3.601	3.216	3.698	3.220	3.317	3.267	3.079	3.162	2.858	2.511	2.446	-66	-2,6
Landwirtschaft	3.928	4.467	4.712	4.935	4.558	4.474	4.499	4.949	4.796	4.690	4.839	4.545	4.155	3.513	3.254	2.733	2.666	-66	-2,5
Freie Berufe[2]	8.263	8.089	7.634	7.163	7.311	7.145	6.787	6.281	5.869	5.240	5.340	5.538	5.269	5.138	5.023	4.748	4.653	-96	-2,0
Hauswirtschaft[2]	1.288	1.127	1.791	1.714	1.443	1.607	1.543	1.711	1.453	1.434	1.545	1.468	1.375	1.055	920	851	621	-231	-27,0
Seeschifffahrt	1	8	14	17	13	3	32	10	11	18	20	31	11	11	15	16	4	-12	-75,0
Insgesamt	**139.680**	**139.194**	**143.796**	**148.803**	**138.612**	**134.055**	**124.896**	**122.886**	**124.104**	**116.019**	**123.939**	**125.097**	**113.739**	**98.997**	**91.662**	**84.495**	**78.903**	**-5.592**	**-6,6**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2).
[2] Ohne jene neuen Ausbildungsverträge, für die andere Stellen (Kammern) zuständig sind.
[3] Ohne Laufbahnausbildung im Beamtenverhältnis.
Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September

E Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen

Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Bereichen ist i. d. R. die Art des Ausbildungsberufes und nicht der Ausbildungsbetrieb. So werden bspw. die Verträge der Auszubildenden, die im öffentlichen Dienst in Berufen der gewerblichen Wirtschaft ihre Ausbildung absolvieren, den Bereichen Industrie und Handel bzw. Handwerk (je nach zuständiger Stelle) zugeordnet. Ausnahmen bestehen für Auszubildende, die in einem Handwerksbetrieb in einem Beruf des Bereichs Industrie und Handel ausgebildet werden (Industrieberuf im Handwerk); bei der Aggregierung der Ausbildungsverträge für die Bereiche sind diese dem Handwerk zugeordnet. Gleiches gilt für Handwerksberufe, die in Betrieben von Industrie und Handel ausgebildet werden (Handwerksberuf in der Industrie). In der Aggregierung sind diese Ausbildungsverträge dem Bereich Industrie und Handel zugerechnet.

Die Rede ist deshalb von „Zuständigkeitsbereichen" und nicht von „Ausbildungsbereichen", weil die tatsächliche Ausbildungsleistung in einzelnen Bereichen nicht mit den Zählergebnissen nach Zuständigkeiten übereinstimmen muss. So sind z. B. in einigen Ländern die Industrie- und Handelskammern auch die zuständige Stelle für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft oder für einzelne Berufe des öffentlichen Dienstes, und eine klare Aufteilung nach Ausbildungsbereichen ist nicht immer möglich. Zudem fallen Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst oder die freien Berufe in den Ausbildungsberufen von Industrie und Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern werden Industrie und Handel oder Handwerk zugerechnet.

Während in der BIBB-Erhebung zum 30. September das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst" nicht erfasst wird, geschieht dies bei der Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Dies ermöglicht eine genauere Ermittlung der Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes (**vgl. Kapitel A4.2.1**).

Teilweise weichen die Zuordnungen der Meldungen von Ausbildungsberufen zu Zuständigkeitshereichen bei den beiden Erhebungen „Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.)" und der „BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09." voneinander ab. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik wird die Meldung immer gemäß der meldenden zuständigen Stelle erfasst, bei der BIBB·Erhebung zum 30.09. werden verschiedene Zuständigkeitsbereiche einer Stelle teilweise getrennt ausgewiesen.

für den öffentlichen Dienst wurden 2012 insgesamt 12.102 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge eingetragen (-300 Verträge); im Bereich Landwirtschaft wurden 13.260 neue Ausbildungsverträge geschlossen, 222 weniger als noch 2011 (-1,7 %). Bei den freien Berufen konnten 43.014 neue Ausbildungsverträge verbucht werden, was einem leichten Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr entspricht (+402 bzw. +0,9 %). Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge für den Bereich der Hauswirtschaft verteilen sich wie folgt: Insgesamt wurden 2.763 Verträge registriert (-582 Verträge); 1.674 Verträge wurden nach § 66 BBiG abgeschlossen (Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderungen). 62,6 % der Verträge (1.730 Verträge) wurden überwiegend öffentlich finanziert. Damit wurden 278 Verträge weniger als im Vergleichszeitraum für 2011 gefördert.

Für die Seeschifffahrt wurden 183 neue Ausbildungsverträge von der zuständigen Stelle „Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt" gemeldet – das entspricht einem Rückgang von 26,6 %. Über die Fortführung des „Maritimen Bündnisses" werden weiterhin Anstrengungen unternommen, um das Engagement für die Ausbildung zu stärken.

Geschlechtsspezifische Differenzierungen

Das Verhältnis der von Männern und Frauen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. 2011 wurden 59,3 % der Ausbildungsverträge mit Männern abgeschlossen, 2012 waren es 59,4 % (Frauen 2011: 40,7 % und 2012: 40,6 % → **Tabelle A1.2-4**, zweite Zeile). Der Frauenanteil variiert in den einzelnen Bundesländern: In Brandenburg und Thüringen ist er mit 36,5 % am niedrigsten. In Baden-Württemberg (41,1 %), Bayern (41,7 %), Bremen (44,0 %), Hamburg (44,5 %), Hessen (40,4 %), Rheinland-Pfalz (39,9 %) und Schleswig-Holstein (41,4 %) gab es im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige oder keine Änderungen. Den höchsten Frauenanteil (45,1 %) kann Berlin verzeichnen.

Tabelle A1.2-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2012 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Alle Bereiche	Neue Ausbildungsverträge	76.317	95.232	17.973	11.370	6.144	14.148	40.245	8.325	58.236	124.110	28.407	8.379	18.309	11.823	21.156	11.103	**472.368**	**78.903**	**551.271**
	mit weiblichen Auszubildenden	31.356	39.702	8.112	4.149	2.703	6.300	16.257	3.336	23.085	49.908	11.325	3.432	7.128	4.485	8.760	4.050	**192.825**	**31.257**	**224.082**
	mit verkürzter Laufzeit	17.358	15.624	3.432	1.227	624	1.731	5.223	942	10.605	17.883	4.494	1.908	1.521	1.158	2.715	1.077	**78.162**	**9.357**	**87.522**
	in zweijährigen Berufen	5.664	7.182	1.605	1.335	504	1.245	3.363	1.110	4.728	12.534	2.679	579	2.067	1.671	2.058	1.449	**40.539**	**9.237**	**49.773**
	gemäß § 66 BBiG/ § 42m HwO	1.290	1.071	327	576	147	69	525	453	753	1.938	396	171	720	468	585	429	**6.948**	**2.970**	**9.915**
	überwiegend öffentlich finanziert	2.124	2.352	2.061	1.191	462	825	2.103	969	1.611	5.325	1.380	510	1.725	1.377	873	1.011	**17.568**	**8.334**	**25.902**
Industrie und Handel	Neue Ausbildungsverträge	47.088	55.956	11.052	7.035	4.158	9.906	24.873	5.244	32.136	76.518	16.152	5.031	11.850	7.407	11.199	7.017	**283.017**	**49.605**	**332.622**
	mit weiblichen Auszubildenden	18.798	23.535	4.614	2.523	1.677	4.308	10.005	2.205	13.005	29.829	6.468	2.196	4.536	2.859	4.833	2.574	**114.660**	**19.311**	**133.971**
	mit verkürzter Laufzeit	6.738	7.062	2.466	765	417	993	2.769	591	4.578	12.276	2.514	1.260	945	687	1.119	624	**39.729**	**6.078**	**45.807**
	in zweijährigen Berufen	5.439	6.609	1.506	1.131	456	1.194	3.099	981	4.191	11.175	2.424	555	1.902	1.431	1.734	1.251	**36.873**	**8.199**	**45.075**
	gemäß § 66 BBiG	411	399	165	279	84	27	345	261	213	987	99	66	414	66	324	150	**2.955**	**1.335**	**4.290**
	überwiegend öffentlich finanziert	1.167	792	1.242	792	282	414	1.191	720	642	1.200	633	237	1.293	675	396	546	**6.957**	**5.268**	**12.225**
Handwerk	Neue Ausbildungsverträge	20.052	27.342	4.116	2.745	1.248	2.682	10.431	1.920	17.766	31.110	8.499	2.445	4.263	3.030	6.843	2.841	**128.418**	**18.909**	**147.327**
	mit weiblichen Auszubildenden	5.229	6.762	1.266	609	426	765	2.424	468	4.263	7.236	2.031	585	1.143	774	1.722	678	**31.440**	**4.938**	**36.378**
	mit verkürzter Laufzeit	9.285	6.720	693	387	165	507	1.986	228	4.854	4.482	1.662	543	435	369	1.260	363	**31.464**	**2.478**	**33.942**
	in zweijährigen Berufen	228	573	99	207	48	51	264	129	537	1.356	255	24	165	240	324	198	**3.663**	**1.035**	**4.701**
	gemäß § 42m HwO	498	306	33	93	33	18	114	126	231	402	120	12	165	198	102	132	**1.836**	**750**	**2.586**
	überwiegend öffentlich finanziert	687	1.242	657	204	123	342	807	192	597	3.774	504	147	291	480	354	240	**8.577**	**2.061**	**10.641**
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungsverträge	1.917	1.494	654	357	108	147	1.068	261	1.230	2.562	558	129	585	339	441	249	**9.657**	**2.445**	**12.102**
	mit weiblichen Auszubildenden	1.428	981	459	219	75	105	714	150	714	1.605	324	75	378	210	261	153	**6.279**	**1.566**	**7.845**
	mit verkürzter Laufzeit	438	72	0	0	0	33	81	0	9	201	12	3	3	0	0	24	**846**	**27**	**876**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	0	24	0	0	0	0	3	0	12	3	6	0	0	0	0	12	**51**	**12**	**63**

Tabelle A1.2-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2012 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1 – Fortsetzung)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Landwirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	1.491	2.091	270	519	57	159	738	396	2.028	2.376	705	186	630	447	768	405	**10.593**	**2.667**	**13.260**
	mit weiblichen Auszubildenden	369	492	60	162	9	33	168	75	441	429	171	39	195	105	207	96	**2.358**	**693**	**3.051**
	mit verkürzter Laufzeit	492	1.056	30	39	6	24	183	99	858	324	183	36	111	60	177	45	**3.339**	**381**	**3.720**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	165	156	42	96	–	–	69	12	147	273	66	60	93	84	66	42	**999**	**369**	**1.368**
	überwiegend öffentlich finanziert	12	87	90	84	24	27	81	3	132	144	78	78	75	105	57	69	**720**	**423**	**1.143**
Freie Berufe	Neue Ausbildungsverträge	5.343	8.019	1.797	603	495	1.128	3.135	423	4.671	10.983	2.265	528	909	480	1.794	444	**38.361**	**4.653**	**43.014**
	mit weiblichen Auszubildenden	5.124	7.617	1.641	537	465	1.044	2.946	363	4.353	10.281	2.124	480	810	438	1.659	408	**36.093**	**4.200**	**40.293**
	mit verkürzter Laufzeit	360	618	243	30	27	168	207	6	216	570	108	63	12	39	150	9	**2.487**	**342**	**2.829**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	15	24	3	0	0	3	21	0	27	3	3	0	0	3	3	0	**96**	**6**	**102**
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	429	330	84	114	54	54	0	78	336	561	225	60	72	120	93	153	**2.142**	**621**	**2.763**
	mit weiblichen Auszubildenden	408	318	72	99	48	42	0	72	300	525	204	57	66	99	78	141	**1.980**	**546**	**2.529**
	mit verkürzter Laufzeit	45	93	0	6	6	9	0	15	84	27	18	3	15	3	9	12	**291**	**54**	**345**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	213	210	84	108	33	24	–	54	162	276	111	36	48	117	93	105	**1.158**	**516**	**1.674**
	überwiegend öffentlich finanziert	240	183	69	114	33	39	0	57	204	201	156	48	66	117	60	141	**1.167**	**564**	**1.731**
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungsverträge	–	–	–	–	21	72	–	3	69	–	–	–	–	–	18	–	**177**	**3**	**183**
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	3	3	–	0	6	–	–	–	–	–	3	–	**15**	**0**	**15**
	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	3	0	–	0	3	–	–	–	–	–	0	–	**6**	**0**	**6**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	0	0	–	0	0	–	–	–	–	–	0	–	**0**	**0**	**0**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2012 – Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A1.2-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2012 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Alle Bereiche	Neue Ausbildungsverträge	76.317	95.232	17.973	11.370	6.144	14.148	40.245	8.325	58.236	124.110	28.407	8.379	18.309	11.823	21.156	11.103	**472.368**	**78.903**	**551.271**
	mit weiblichen Auszubildenden	41,1 %	41,7 %	45,1 %	36,5 %	44,0 %	44,5 %	40,4 %	40,1 %	39,6 %	40,2 %	39,9 %	41,0 %	38,9 %	37,9 %	41,4 %	36,5 %	**40,8 %**	**39,6 %**	**40,6 %**
	mit verkürzter Laufzeit	22,7 %	16,4 %	19,1 %	10,8 %	10,1 %	12,2 %	13,0 %	11,3 %	18,2 %	14,4 %	15,8 %	22,8 %	8,3 %	9,8 %	12,8 %	9,7 %	**16,5 %**	**11,9 %**	**15,9 %**
	in zweijährigen Berufen	7,4 %	7,5 %	8,9 %	11,8 %	8,2 %	8,8 %	8,4 %	13,3 %	8,1 %	10,1 %	9,4 %	6,9 %	11,3 %	14,1 %	9,7 %	13,0 %	**8,6 %**	**11,7 %**	**9,0 %**
	gemäß § 66 BBiG/ § 42m HwO	1,7 %	1,1 %	1,8 %	5,1 %	2,4 %	0,5 %	1,3 %	5,5 %	1,3 %	1,6 %	1,4 %	2,0 %	3,9 %	3,9 %	2,8 %	3,9 %	**1,5 %**	**3,8 %**	**1,8 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	2,8 %	2,5 %	11,5 %	10,5 %	7,5 %	5,8 %	5,2 %	11,7 %	2,8 %	4,3 %	4,9 %	6,1 %	9,4 %	11,6 %	4,1 %	9,1 %	**3,7 %**	**10,6 %**	**4,7 %**
Industrie und Handel	Neue Ausbildungsverträge	47.088	55.956	11.052	7.035	4.158	9.906	24.873	5.244	32.136	76.518	16.152	5.031	11.850	7.407	11.199	7.017	**283.017**	**49.605**	**332.622**
	mit weiblichen Auszubildenden	39,9 %	42,1 %	41,8 %	35,9 %	40,3 %	43,5 %	40,2 %	42,0 %	40,5 %	39,0 %	40,0 %	43,6 %	38,3 %	38,6 %	43,2 %	36,7 %	**40,5 %**	**38,9 %**	**40,3 %**
	mit verkürzter Laufzeit	14,3 %	12,6 %	22,3 %	10,9 %	10,0 %	10,0 %	11,1 %	11,3 %	14,2 %	16,0 %	15,6 %	25,1 %	8,0 %	9,3 %	10,0 %	8,9 %	**14,0 %**	**12,3 %**	**13,8 %**
	in zweijährigen Berufen	11,5 %	11,8 %	13,6 %	16,1 %	11,0 %	12,1 %	12,5 %	18,7 %	13,0 %	14,6 %	15,0 %	11,1 %	16,1 %	19,3 %	15,5 %	17,8 %	**13,0 %**	**16,5 %**	**13,6 %**
	gemäß § 66 BBiG	0,9 %	0,7 %	1,5 %	4,0 %	2,0 %	0,3 %	1,4 %	5,0 %	0,7 %	1,3 %	0,6 %	1,3 %	3,5 %	0,9 %	2,9 %	2,1 %	**1,0 %**	**2,7 %**	**1,3 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	2,5 %	1,4 %	11,2 %	11,3 %	6,8 %	4,2 %	4,8 %	13,7 %	2,0 %	1,6 %	3,9 %	4,7 %	10,9 %	9,1 %	3,5 %	7,8 %	**2,5 %**	**10,6 %**	**3,7 %**
Handwerk	Neue Ausbildungsverträge	20.052	27.342	4.116	2.745	1.248	2.682	10.431	1.920	17.766	31.110	8.499	2.445	4.263	3.030	6.843	2.841	**128.418**	**18.909**	**147.327**
	mit weiblichen Auszubildenden	26,1 %	24,7 %	30,8 %	22,2 %	34,2 %	28,5 %	23,2 %	24,4 %	24,0 %	23,3 %	23,9 %	23,9 %	26,8 %	25,6 %	25,2 %	23,9 %	**24,5 %**	**26,1 %**	**24,7 %**
	mit verkürzter Laufzeit	46,3 %	24,6 %	16,9 %	14,1 %	13,3 %	18,9 %	19,0 %	11,9 %	27,3 %	14,4 %	19,6 %	22,3 %	10,2 %	12,1 %	18,4 %	12,8 %	**24,5 %**	**13,1 %**	**23,0 %**
	in zweijährigen Berufen	1,1 %	2,1 %	2,4 %	7,5 %	3,8 %	1,9 %	2,5 %	6,7 %	3,0 %	4,4 %	3,0 %	1,0 %	3,8 %	8,0 %	4,8 %	7,0 %	**2,9 %**	**5,5 %**	**3,2 %**
	gemäß § 42m HwO	2,5 %	1,1 %	0,8 %	3,4 %	2,6 %	0,7 %	1,1 %	6,6 %	1,3 %	1,3 %	1,4 %	0,5 %	3,9 %	6,6 %	1,5 %	4,6 %	**1,4 %**	**4,0 %**	**1,8 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	3,4 %	4,5 %	15,9 %	7,4 %	9,8 %	12,7 %	7,7 %	10,0 %	3,4 %	12,1 %	5,9 %	6,1 %	6,8 %	15,8 %	5,2 %	8,5 %	**6,7 %**	**10,9 %**	**7,2 %**
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungsverträge	1.917	1.494	654	357	108	147	1.068	261	1.230	2.562	558	129	585	339	441	249	**9.657**	**2.445**	**12.102**
	mit weiblichen Auszubildenden	74,5 %	65,6 %	69,9 %	61,1 %	68,8 %	71,4 %	66,7 %	57,9 %	57,9 %	62,7 %	58,1 %	58,9 %	64,6 %	61,5 %	58,8 %	61,7 %	**65,0 %**	**64,1 %**	**64,8 %**
	mit verkürzter Laufzeit	22,9 %	4,9 %	0,0 %	0,3 %	0,0 %	21,8 %	7,5 %	0,0 %	0,7 %	7,8 %	2,0 %	1,6 %	0,7 %	0,0 %	0,0 %	9,3 %	**8,8 %**	**1,1 %**	**7,2 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	0,0 %	1,7 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,3 %	0,0 %	0,9 %	0,1 %	1,3 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %	5,2 %	**0,5 %**	**0,5 %**	**0,5 %**

Tabelle A1.2-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2012 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2 – Fortsetzung)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
Landwirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	1.491	2.091	270	519	57	159	738	396	2.028	2.376	705	186	630	447	768	405	**10.593**	**2.667**	**13.260**
	mit weiblichen Auszubildenden	24,7 %	23,5 %	22,2 %	31,3 %	14,3 %	21,5 %	22,9 %	18,9 %	21,8 %	18,1 %	24,1 %	21,5 %	31,1 %	23,4 %	26,8 %	23,5 %	**22,3 %**	**26,0 %**	**23,0 %**
	mit verkürzter Laufzeit	33,0 %	50,6 %	11,1 %	7,3 %	8,9 %	15,2 %	24,7 %	24,7 %	42,4 %	13,6 %	25,9 %	19,4 %	17,5 %	13,2 %	23,2 %	11,1 %	**31,5 %**	**14,3 %**	**28,0 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	11,0 %	7,4 %	15,2 %	18,3 %	–	–	9,2 %	3,0 %	7,2 %	11,4 %	9,5 %	32,3 %	14,8 %	19,0 %	8,7 %	10,6 %	**9,4 %**	**13,8 %**	**10,3 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	0,8 %	4,2 %	33,3 %	16,0 %	42,9 %	16,5 %	11,1 %	0,8 %	6,5 %	6,1 %	11,1 %	42,5 %	11,7 %	23,2 %	7,3 %	16,8 %	**6,8 %**	**15,8 %**	**8,6 %**
Freie Berufe	Neue Ausbildungsverträge	5.343	8.019	1.797	603	495	1.128	3.135	423	4.671	10.983	2.265	528	909	480	1.794	444	**38.361**	**4.653**	**43.014**
	mit weiblichen Auszubildenden	95,9 %	95,0 %	91,4 %	89,4 %	94,1 %	92,5 %	94,0 %	86,3 %	93,2 %	93,6 %	93,7 %	90,7 %	89,1 %	91,1 %	92,4 %	92,3 %	**94,1 %**	**90,3 %**	**93,7 %**
	mit verkürzter Laufzeit	6,7 %	7,7 %	13,5 %	5,0 %	5,5 %	14,8 %	6,6 %	1,7 %	4,6 %	5,2 %	4,8 %	11,7 %	1,4 %	8,1 %	8,4 %	2,0 %	**6,5 %**	**7,3 %**	**6,6 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	0,3 %	0,3 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %	0,6 %	0,0 %	0,6 %	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,4 %	0,2 %	0,0 %	**0,2 %**	**0,1 %**	**0,2 %**
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	429	330	84	114	54	54	0	78	336	561	225	60	72	120	93	153	**2.142**	**621**	**2.763**
	mit weiblichen Auszubildenden	95,3 %	96,4 %	83,5 %	88,5 %	85,5 %	79,2 %	–	93,5 %	89,6 %	93,2 %	90,7 %	95,0 %	89,0 %	82,5 %	84,8 %	91,5 %	**92,4 %**	**88,1 %**	**91,5 %**
	mit verkürzter Laufzeit	10,5 %	28,1 %	1,2 %	5,3 %	10,9 %	15,1 %	–	20,8 %	25,4 %	4,8 %	7,5 %	5,0 %	19,2 %	3,3 %	8,7 %	8,5 %	**13,6 %**	**8,7 %**	**12,5 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	49,9 %	63,7 %	100,0 %	95,6 %	58,2 %	47,2 %	–	70,1 %	48,4 %	48,9 %	49,1 %	58,3 %	65,8 %	98,3 %	100,0 %	68,0 %	**54,0 %**	**83,3 %**	**60,6 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	56,2 %	55,3 %	82,4 %	100,0 %	58,2 %	73,6 %	–	72,7 %	61,2 %	35,9 %	69,0 %	78,3 %	89,0 %	98,3 %	66,3 %	92,8 %	**54,4 %**	**90,8 %**	**62,6 %**
Seeschiffahrt	Neue Ausbildungsverträge	–	–	–	–	21	72	–	3	69	–	–	–	–	–	18	–	**177**	**3**	**183**
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	9,5 %	5,6 %	–	0,0 %	10,3 %	–	–	–	–	–	11,8 %	–	**8,4 %**	**0,0 %**	**8,2 %**
	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	9,5 %	1,4 %	–	0,0 %	2,9 %	–	–	–	–	–	0,0 %	–	**2,8 %**	**0,0 %**	**2,7 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	–	0,0 %	0,0 %	–	–	–	–	–	0,0 %	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2012 – Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Überwiegend von Männern abgeschlossene Ausbildungsverträge finden sich in den Zuständigkeitsbereichen Handwerk (75,3 %), Landwirtschaft (77 %) und Seeschifffahrt (91,8 %). Auch im Bereich Industrie und Handel wurden mehr Verträge mit Männern als mit Frauen neu abgeschlossen (59,7 %). Frauen stellen hingegen im öffentlichen Dienst den größeren Anteil (64,8 %). Noch deutlicher werden die Zuständigkeitsbereiche freie Berufe (Frauenanteil: 93,7 %) und Hauswirtschaft (Frauenanteil: 91,5 %) von den Frauen dominiert (zu den geschlechtsspezifischen Ergebnisse der Erhebung zum 31. Dezember **vgl. Kapitel A4.3 und A4.5**).

Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer

Der Anteil der Ausbildungsverträge mit bei Vertragsabschluss feststehender verkürzter Ausbildungsdauer E bleibt konstant bei rund 16 % → **Tabelle A1.2-4** (dritte Zeile). Im Bereich Landwirtschaft (28,0 %) und im Handwerk (23,0 %) werden überdurchschnittlich häufig Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer geschlossen. Alle anderen Bereiche liegen unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert (Industrie und Handel: 13,8 %, Hauswirtschaft: 12,5 %, freie Berufe: 6,6 %, öffentlicher Dienst: 7,2 % und Seeschifffahrt: 2,7 %) (zur Verkürzung der Ausbildungsdauer nach Ergebnissen der Erhebung zum 31. Dezember **vgl. Kapitel A4.3**).

E Verkürzung der Ausbildungsdauer

Eine Verkürzung der Ausbildungsdauer ist bei Anrechnung oder Anerkennung bestimmter (Aus-)Bildungsabschlüsse (z. B. Berufsgrundbildungsjahr, Besuch einer Berufsfachschule, mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse) möglich (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2008). Bei der BIBB-Erhebung zum 30. September werden als verkürzte Verträge nur diejenigen berücksichtigt, bei denen die Verkürzung der Ausbildungsdauer mindestens 6 Monate beträgt und bereits bei Vertragsabschluss feststeht. Auch Verträge von Jugendlichen, die ihren Ausbildungsbetrieb (in Verbindung mit einem neuen Vertrag) während der Ausbildung wechseln (z. B. durch Konkurs), zählen als verkürzte Verträge.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen mit zweijähriger Ausbildungsdauer

Im Jahr 2012 wurden 49.773 Ausbildungsverträge für Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 18 oder 24 Monaten neu abgeschlossen → **Tabelle A1.2-4** (vierte Zeile) und → **Tabelle A1.2-5**. Damit wird knapp jeder zehnte (9,0 %) neu abgeschlossene Ausbildungsvertrag für Ausbildungsberufe geschlossen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht (kurz: zweijährige Ausbildungsberufe,[20] **vgl. auch Kapitel A4.4**). In Ostdeutschland (11,7 %) fällt der Anteil – wie in den Vorjahren – deutlich höher aus als in Westdeutschland (8,6 %).

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist der Ausbildungsberuf Verkäufer/-in mit 26.480 neu abgeschlossenen Verträgen Spitzenreiter bei den zweijährigen Berufsausbildungen nach BBiG. Damit konzentriert sich mehr als die Hälfte aller neuen Verträge in zweijährigen Berufen auf diesen Beruf (53,2 %). Weitere stark besetzte zweijährige Berufe sind die Ausbildungsberufe Fachlagerist/-in (5.853), Maschinen- und Anlagenführer/-in (3.717), Fachkraft im Gastgewerbe (2.661), Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen (2.040) oder Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in (1.329).[21]

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung

Im Erhebungszeitraum 2011/2012 wurden von den zuständigen Stellen 9.915 neue Ausbildungsverträge im Rahmen der Ausbildung von Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO regis-

20 Die Angaben zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in zweijährigen Ausbildungsberufen beinhalten **nicht** die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Bei der Anteilsbildung in → **Tabelle A1.2-4** (Teil 2, vierte Zeile) werden diese Angaben auf die Neuabschlüsse in allen dualen Ausbildungsberufen – also inkl. der Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung – bezogen. Die Anteilsbildung weicht von der Berechnungsweise bei der Erhebung zum 31. Dezember ab (**vgl. Kapitel A4.4**).

21 Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2012 auf Berufsebene stehen unter der URL **http://www.bibb.de/de/62936.htm** in verschiedenen regionalen Gliederungen zur Verfügung.

Tabelle A1.2-5: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht**[1]

	2011		2012		Entwicklung 2012 zu 2011	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Deutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	51.978	100,0	49.773	100,0	-2.202	-4,2 %
betrieblich	43.575	83,8	43.083	86,6	-489	-1,1 %
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	8.403	16,2	6.690	13,4	-1.713	-20,4 %
Westdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	41.577	100,0	40.539	100,0	-1.041	-2,5 %
betrieblich	37.029	89,1	36.672	90,5	-357	-1,0 %
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	4.551	10,9	3.867	9,5	-684	-15,0 %
Ostdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	10.398	100,0	9.237	100,0	-1.164	-11,2 %
betrieblich	6.546	62,9	6.411	69,4	-135	-2,0 %
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	3.852	37,1	2.823	30,6	-1.029	-26,7 %

[1] Ohne Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO)

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2012

triert → **Tabelle A1.2-4** (fünfte Zeile).[22] Bezogen auf das Vorjahr sind das 1.288 neue Verträge weniger (West: -9,1 %, Ost: -16,6 %); der rückläufige Trend aus den Vorjahren setzt sich damit weiter fort (**vgl. Kapitel A4.4**).

Nennenswert größere Anteile ergeben sich für die Berufe für Menschen mit Behinderung in den Zuständigkeitsbereichen Hauswirtschaft (60,6 %) und Landwirtschaft (10,3 %). In den Bereichen Industrie und Handel (1,3 %) und im Handwerk (1,8 %) liegen die Werte deutlich niedriger. Im öffentlichen Dienst, den freien Berufen sowie der Seeschifffahrt finden sich keine Neuabschlüsse in Berufen nach § 66 BBiG.

22 Menschen mit Behinderung sollen in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen nach BBiG/HwO ausgebildet werden (vgl. § 64 BBiG). Statistische Informationen hierzu werden aus Datenschutzgründen nicht erhoben, sodass nicht ermittelt werden kann, wie häufig dies geschieht. Für den Fall, dass für behinderte Menschen wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht in Betracht kommt, finden die Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen Anwendung (Kammerregelungen nach § 66 BBiG und § 42m HwO).

Betriebliche und überwiegend öffentlich finanzierte (außerbetriebliche) Ausbildungsverträge

Nach den Ergebnissen der BIBB-Erhebung zum 30. September 2012 werden bundesweit 25.902 bzw. 4,7 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge überwiegend öffentlich finanziert E. Der Rückgang der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildung („außerbetriebliche Ausbildung“) setzte sich damit fort. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die demografische Entwicklung, die dazu führt, dass die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen zurückgeht. Hierdurch verbessert sich die Ausbildungsmarktlage, und die Chancen der Jugendlichen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhöhen sich.

In Westdeutschland liegt der Anteil der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverträge am Gesamtvolumen bei 3,7 % (2011: 3,9 %) und in

Ostdeutschland bei 10,6 % (2011: 13,9 %). In den westlichen Ländern spielt die überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung insgesamt eine eher untergeordnete Rolle – hier liegen die Anteile weit unter denen der östlichen Länder → **Tabelle A1.2-4** (sechste Zeile).

E **Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungen („außerbetriebliche Ausbildung")**

Als „außerbetriebliche Ausbildung" wird jene Form der Berufsausbildung bezeichnet, die „überwiegend öffentlich finanziert" wird und der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligungen, mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwächen bzw. mit Behinderungen dient. Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und III) und über Länderprogramme durchgeführt (**vgl. Kapitel D1**). Maßgeblich für die Zurechnung zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen ist die Finanzierungsform und nicht der Lernort. Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung, die in Betrieben stattfindet, zählt demnach zur außerbetrieblichen Ausbildung.

In der BIBB-Erhebung zum 30. September werden aber nur jene überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse erfasst, die mit einem Ausbildungsvertrag verbunden sind. Ausschlaggebend für die Zuordnung ist, dass über 50 % der Kosten des praktischen Teils im ersten Jahr der Ausbildung durch Zuwendungen der öffentlichen Hand bzw. der Arbeitsverwaltungen getragen werden. Schulische Ausbildungsplätze, die in den außerbetrieblichen Stellenmeldungen der BA enthalten sind, bleiben unberücksichtigt, da die entsprechenden Teilnehmenden nicht den rechtlichen Status eines „Auszubildenden" haben.

Betriebliche Ausbildungsplätze, die mit einer staatlichen Prämie bezuschusst werden, zählen in der Regel nicht zu den „überwiegend öffentlich finanzierten" Ausbildungsplätzen. Auch die regulären Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes werden nicht der außerbetrieblichen Ausbildung zugerechnet. Sie sind zwar öffentlich finanziert, richten sich aber nicht an die oben genannten Zielgruppen. Stammen die Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes aber aus speziellen Programmen (z. B. zur Versorgung marktbenachteiligter Jugendlicher), werden sie ebenfalls zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen hinzugerechnet (**vgl. Kapitel A4.2.2** mit differenzierten Angaben zur Gesamtzahl der überwiegend öffentlich geförderten Ausbildungsverhältnisse).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neu geordneten Berufen

In den 5 im Jahr 2012 modernisierten Ausbildungsberufen (**vgl. Kapitel A4.1.3**) wurden insgesamt 5.595 neue Ausbildungsverträge geschlossen (Ausbildungsverträge, die ggf. noch in den jeweiligen Vorgängerberufen abgeschlossen wurden, sind hier ebenfalls enthalten) → **Tabelle A1.2-6**. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Rückgang um 470 Verträge (-7,7 %), der aber nicht unmittelbar mit dem Neuordnungsgeschehen in Verbindung gebracht werden kann. Vielmehr dürften strukturelle Änderungen und Passungsprobleme zu dieser Entwicklung geführt haben.[23]

Für die 2012 modernisierten Ausbildungsberufe sind im Einzelnen folgende Neuabschlusszahlen und prozentuale Veränderungen im Vergleich zur Erhebung 2011 zu verzeichnen:

- Fachangestellter/Fachangestellte für Arbeitsmarktdienstleistungen (552 bzw. -22,2 %)
- Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte (1.368 bzw. -15,7 %)
- Schilder- und Lichtreklamehersteller/-in (381 bzw. -6,8 %)
- Schornsteinfeger/-in (762 bzw. +24,7 %)
- Verfahrensmechaniker/-in für Kunststoff- und Kautschuktechnik (2.532 bzw. -6,7 %)

Anschlussverträge

Für die BIBB-Erhebung zum 30. September 2012 wurden 7.929 Anschlussverträge gemeldet (2011: 6.600 bzw. +20,2 %) → **Tabelle A1.2-7**. Sie werden bei der Ausbildungsmarktanalyse nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge berücksichtigt, da die Ausbildung im Anschluss an eine vorangegangene abgeschlossene Berufsausbildung fortgeführt wird und die Jugendlichen nicht als Bewerber auf dem

23 So könnte die für Apotheken 2012 in Kraft getretene neue Apothekenbetriebsordnung, die zu einem Anstieg der Dokumentationsaufgaben führte, einen negativen Einfluss auf die Ausbildungsplatzangebote für Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte gehabt haben. Veränderungen bei den Berufsschulen könnten dazu geführt haben, dass regional keine Berufsschulklassen gebildet werden können, sodass eine kontinuierliche Ausbildung an den Lernorten Betrieb und Schule nicht mehr gewährleistet werden kann.

Tabelle A1.2-6: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2008 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 1)**

Neue und modernisierte Berufe von 2008 bis 2012	2008			2009			2010			2011			2012			Veränderungsrate 2012 zu 2011					
																absolut			in %		
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total
Neue Berufe 2008																					
Automatenfachmann/-frau	30	3	33	54	9	63	54	9	63	60	18	81	63	15	78	3	-3	0	3,3	-15,8	-1,3
Fachkraft für Automatenservice	36	24	57	72	69	141	69	54	123	51	69	120	63	54	117	12	-15	-3	23,1	-20,6	-1,7
Fotomedienfachmann/-frau	33	57	90	42	63	105	39	45	87	42	51	93	27	39	66	-15	-12	-27	-38,1	-21,6	-29,0
Personaldienstleistungskaufmann/-frau	315	711	1.029	210	507	717	270	609	879	393	792	1.185	315	672	990	-78	-120	-198	-19,8	-15,0	-16,6
Produktionstechnologe/-in	18	3	21	24	3	27	48	3	51	45	12	54	57	6	60	12	-6	6	27,3	-54,5	10,9
Servicekraft für Schutz und Sicherheit	117	36	153	246	69	315	228	60	288	204	51	255	225	54	279	21	3	21	9,8	3,9	8,6
Speiseeishersteller/-in	15	6	21	21	18	39	15	12	30	21	9	27	24	12	36	3	3	9	20,0	50,0	28,6
Neue Berufe 2008 insgesamt	**561**	**843**	**1.404**	**669**	**738**	**1.407**	**726**	**792**	**1.521**	**819**	**999**	**1.818**	**774**	**852**	**1.626**	**-45**	**-147**	**-192**	**-5,4**	**-14,7**	**-10,5**
Modernisierte Berufe 2008																					
Elektroniker/-in[1]	11.484	183	11.667	10.353	150	10.503	10.872	171	11.043	11.511	168	11.679	11.418	204	11.622	-96	39	-57	-0,8	22,8	-0,5
Elektroniker/-in für Maschinen und Antriebstechnik	510	12	522	390	15	405	384	9	393	453	9	462	450	12	462	0	3	0	-0,2	22,2	0,2
Fachkraft für Schutz und Sicherheit	744	225	969	717	225	939	783	210	993	873	192	1.065	864	207	1.071	-9	15	6	-1,1	8,3	0,6
Feinwerkmechaniker/-in	3.900	138	4.038	2.670	114	2.787	2.460	93	2.553	2.991	99	3.090	2.922	132	3.054	-69	33	-36	-2,3	32,0	-1,2
Friseur/-in	1.836	15.012	16.848	1.647	13.548	15.198	1.641	12.438	14.082	1.416	11.040	12.456	1.401	10.443	11.844	-12	-597	-612	-0,9	-5,4	-4,9
Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/-in[2]	1.584	27	1.611	1.350	39	1.389	1.353	30	1.383	1.407	39	1.446	1.329	45	1.374	-78	9	-72	-5,6	21,1	-4,9
Mechaniker/-in für Karosserieinstandhaltungstechnik	234	6	240	204	6	210	267	6	273	276	9	285	285	3	291	9	-6	3	3,2	-55,6	1,4
Mechaniker/-in für Land- und Baumaschinentechnik	2.250	24	2.274	2.046	15	2.061	1.995	15	2.010	2.229	21	2.250	2.310	18	2.328	81	-3	78	3,6	-9,5	3,5
Metallbauer/-in	9.390	117	9.507	7.650	108	7.758	7.212	96	7.311	7.257	90	7.347	6.792	111	6.903	-465	21	-444	-6,4	23,3	-6,1
Seiler/-in	15	0	15	9	3	12	15	0	15	18	3	21	15	3	18	-3	0	-3	-21,1	50,0	-14,3
Systemelektroniker/-in	144	9	150	111	3	114	93	3	96	105	6	111	99	6	105	-6	-3	-9	-5,7	-28,6	-7,1
Zweiradmechaniker/-in	666	42	708	672	57	726	642	51	693	624	30	654	606	45	648	-18	12	-6	-3,0	41,9	-0,9
Modernisierte Berufe 2008 insgesamt	**32.754**	**15.795**	**48.549**	**27.819**	**14.283**	**42.102**	**27.720**	**13.125**	**40.842**	**29.163**	**11.706**	**40.869**	**28.488**	**11.229**	**39.720**	**-672**	**-477**	**-1.149**	**-2,3**	**-4,1**	**-2,8**
Neue Berufe 2009																					
Industrieelektriker/-in	0	0	0	78	3	81	240	12	252	378	33	411	435	30	468	60	-3	57	15,6	-6,1	13,9
Werkfeuerwehrmann/-frau	0	0	0	27	0	27	42	3	45	36	0	39	75	3	81	39	3	42	105,4	300,0	110,5
Neue Berufe 2009 insgesamt	**0**	**0**	**0**	**102**	**3**	**105**	**282**	**15**	**297**	**414**	**33**	**447**	**513**	**36**	**546**	**99**	**0**	**99**	**23,7**	**2,9**	**22,1**
Modernisierte Berufe 2009																					
Bergbautechnologe/-in[3]	75	0	75	102	0	102	66	3	69	87	3	93	99	0	99	9	-3	6	11,4	-100,0	6,5
Biologielaborant/-in	162	384	546	150	369	516	150	348	495	153	342	495	156	360	516	3	18	21	2,6	5,0	4,3
Chemielaborant/-in	774	987	1.761	711	1.008	1.719	711	918	1.629	858	945	1.803	765	912	1.680	-93	-30	-123	-10,8	-3,3	-6,9
Chemikant/-in	1.428	252	1.680	1.320	261	1.581	1.335	264	1.599	1.533	297	1.830	1.656	285	1.941	123	-12	114	8,1	-3,7	6,2
Fachkraft Agrarservice	180	3	183	204	3	210	231	3	237	243	3	246	228	6	234	-15	3	-12	-6,6	133,3	-4,9
Fotograf/-in	222	618	840	195	591	786	216	573	789	213	537	753	198	570	768	-15	30	15	-7,0	5,8	2,1
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	14.016	18.855	32.871	13.524	17.733	31.254	13.275	16.464	29.739	13.185	16.617	29.802	12.363	14.925	27.288	-822	-1.692	-2.514	-6,2	-10,2	-8,4
Keramiker/-in	12	30	42	12	24	39	9	27	36	6	21	27	6	24	30	0	3	3	20,0	9,5	11,5
Lacklaborant/-in	90	57	147	60	48	108	66	54	120	75	66	141	75	57	135	0	-6	-6	1,3	-10,8	-4,3
Musikfachhändler/-in[4]	21	9	30	33	12	42	15	15	30	18	6	24	18	9	27	0	3	3	0,0	33,3	8,0

Tabelle A1.2-6: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2008 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 2)**

Neue und modernisierte Berufe von 2008 bis 2012	2008			2009			2010			2011			2012			Veränderungsrate 2012 zu 2011					
																absolut			in %		
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total
Modernisierte Berufe 2009																					
Pharmakant/-in	135	168	300	120	135	255	108	135	243	126	150	279	147	165	312	21	12	33	15,7	8,6	11,9
Technische/-r Modellbauer/-in[5]	411	60	471	273	42	315	246	48	291	315	54	369	321	63	384	6	9	12	1,6	14,5	3,5
Modernisierte Berufe 2009 insgesamt	**17.526**	**21.420**	**38.946**	**16.698**	**20.226**	**36.924**	**16.431**	**18.849**	**35.280**	**16.815**	**19.041**	**35.856**	**16.035**	**17.373**	**33.408**	**-780**	**-1.668**	**-2.448**	**-4,6**	**-8,8**	**-6,8**
Modernisierte Berufe 2010																					
Böttcher/-in	3	0	3	0	0	0	3	0	3	0	0	0	3	0	3	3	0	3	200,0	–	200,0
Büchsenmacher/-in	27	0	27	18	0	18	15	0	15	18	0	18	18	0	18	-3	0	0	-10,5	–	-5,3
Feinwerkmechaniker/-in	3.900	138	4.038	2.670	114	2.787	2.460	93	2.553	2.991	99	3.090	2.922	132	3.054	-69	33	-36	-2,3	32,0	-1,2
Geomatiker/-in[6]	12	9	21	18	18	36	24	9	33	90	42	135	90	45	135	-3	3	0	-2,2	7,0	0,7
Milchtechnologe/-in[7]	201	51	252	195	57	252	186	63	249	195	51	249	192	57	249	-3	6	3	-2,0	11,5	0,8
Papiertechnologe/-in	216	27	243	195	18	213	198	21	219	219	12	231	219	24	243	3	12	12	0,9	91,7	5,7
Pferdewirt/-in	162	861	1.023	159	720	879	111	606	717	138	663	801	111	663	774	-27	0	-27	-18,8	-0,2	-3,4
Revierjäger/-in	21	0	21	24	0	24	33	0	33	21	0	21	15	0	15	-6	0	-6	-25,0	0,0	-23,8
Segelmacher/-in	27	6	33	24	6	30	21	9	33	18	3	21	15	12	30	0	9	9	-5,9	225,0	38,1
Technische/-r Konfektionär/-in	66	21	84	39	6	45	54	15	69	57	15	75	36	24	60	-21	6	-15	-37,9	43,8	-20,3
Vermessungstechniker/-in[8]	555	231	783	522	198	720	492	177	669	435	135	570	432	117	549	-6	-18	-21	-1,1	-12,6	-3,9
Modernisierte Berufe 2010 insgesamt	**5.187**	**1.344**	**6.534**	**3.864**	**1.140**	**5.004**	**3.594**	**999**	**4.596**	**4.185**	**1.026**	**5.211**	**4.053**	**1.077**	**5.130**	**-132**	**51**	**-81**	**-3,2**	**5,0**	**-1,6**
Neue Berufe 2011																					
Medientechnologe/-in Druckverarbeitung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	183	84	267	252	72	324	69	-12	57	37,9	-13,1	21,8
Neue Berufe 2011 insgesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**183**	**84**	**267**	**252**	**72**	**324**	**69**	**-12**	**57**	**37,9**	**-13,1**	**21,8**
Modernisierte Berufe 2011																					
Augenoptiker/-in	543	1.845	2.385	594	1.836	2.430	675	1.848	2.520	618	1.803	2.421	615	1.764	2.379	0	-39	-39	-0,2	-2,2	-1,7
Bootsbauer/-in	168	12	180	129	15	144	114	9	123	135	15	150	156	24	180	18	9	30	14,0	71,4	19,3
Buchbinder/-in	399	192	591	309	144	453	267	144	411	81	54	138	42	63	105	-39	6	-33	-47,6	12,7	-23,4
Buchhändler/-in	120	669	786	90	489	579	108	558	663	99	558	657	72	384	456	-27	-174	-198	-26,5	-31,0	-30,3
Fachkraft für Lederverarbeitung[9]	0	12	12	0	12	12	0	9	9	0	15	15	0	9	9	0	-6	-6	–	-42,9	-42,9
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	630	9	642	540	6	546	519	3	522	525	6	528	498	9	507	-27	3	-21	-5,0	80,0	-4,2
Mechatroniker/-in	7.668	435	8.100	6.657	420	7.077	6.384	399	6.783	7.242	462	7.704	7.458	540	7.998	219	78	294	3,0	16,6	3,8
Mediengestalter/-in Flexografie[10]	0	0	3	0	0	0	0	0	3	3	3	3	0	3	3	-3	0	-3	-100,0	0,0	-50,0
Medientechnologe/-in Druck[11]	1.350	129	1.476	1.014	111	1.125	942	102	1.044	990	111	1.101	879	99	981	-111	-9	-120	-11,1	-9,1	-10,9
Medientechnologe/-in Siebdruck[12]	159	63	219	102	54	159	108	36	144	108	36	144	102	45	147	-6	9	3	-4,7	24,3	2,8
Packmitteltechnologe/-in[13]	459	33	489	396	33	429	417	51	468	432	51	483	399	42	444	-33	-9	-42	-7,6	-15,7	-8,5
Technische/-r Produktdesigner/-in[14]	1.620	1.092	2.712	1.215	870	2.085	1.245	759	2.004	1.500	948	2.448	1.749	1.062	2.811	249	114	363	16,7	12,0	14,9
Technische/-r Systemplaner/-in[15]	576	345	921	483	351	834	528	276	804	552	318	870	681	339	1.020	129	21	150	23,4	6,9	17,4
Textilgestalter/-in im Handwerk[16]	9	9	18	9	9	18	0	6	9	0	3	6	0	3	3	0	0	0	-100,0	0,0	-20,0
Tourismuskaufmann/-frau (Kaufmann/-frau für Privat- und Geschäftsreisen)[17]	369	2.094	2.463	300	1.596	1.896	330	1.632	1.959	342	1.797	2.139	342	1.773	2.115	0	-24	-24	0,0	-1,4	-1,2
Modernisierte Berufe 2011 insgesamt	**14.064**	**6.936**	**21.000**	**11.838**	**5.946**	**17.784**	**11.637**	**5.835**	**17.469**	**12.624**	**6.177**	**18.804**	**12.999**	**6.159**	**19.158**	**372**	**-18**	**354**	**3,0**	**-0,3**	**1,9**

Tabelle A1.2-6: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2008 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 3)**

Neue und modernisierte Berufe von 2008 bis 2012	2008			2009			2010			2011			2012			Veränderungsrate 2012 zu 2011					
																absolut			in %		
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total
Modernisierte Berufe 2012																					
Fachangestellte/-r für Arbeitsmarktdienstleistungen[18]	174	507	678	330	861	1.191	306	852	1.158	210	501	711	147	405	552	-63	-96	-159	-30,0	-19,0	-22,2
Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/ Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte	57	2.037	2.097	93	1.896	1.989	60	1.638	1.698	66	1.554	1.620	54	1.311	1.368	-12	-243	-255	-16,7	-15,6	-15,7
Schilder- und Lichtreklamehersteller/-in	312	156	468	243	114	354	273	132	405	270	141	408	231	150	381	-36	9	-27	-13,8	6,4	-6,8
Schornsteinfeger/-in	366	51	417	636	69	705	519	84	603	549	60	612	693	69	762	144	9	150	26,0	13,1	24,7
Verfahrensmechaniker/-in für Kunststoff- und Kautschuktechnik	2.646	186	2.832	1.941	159	2.100	2.220	144	2.367	2.532	183	2.712	2.343	189	2.532	-189	9	-180	-7,5	4,4	-6,7
Modernisierte Berufe 2012 insgesamt	**3.555**	**2.937**	**6.492**	**3.243**	**3.099**	**6.342**	**3.381**	**2.850**	**6.231**	**3.627**	**2.439**	**6.066**	**3.468**	**2.127**	**5.595**	**-156**	**-312**	**-471**	**-4,3**	**-12,8**	**-7,7**

Erläuterungen

[1] Elektroniker/-in incl. Vorgänger: Elektroinstallateur/-in
[2] Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/-in incl. Vorgänger: Karosserie- und Fahrzeugbauer/-in
[3] Bergbautechnologe/-in incl. Vorgänger: Bergmechaniker
[4] Musikfachhändler/-in incl. Vorgänger: Musikalienhändler/-in
[5] Technische/-r Modellbauer/-in incl. Vorgänger: Modellbauer/-in, Modellbauer/-in FR Anschauungsmodellbau, Modellbauer/-in FR Produktionsmodellbau, Modellbaumechaniker/-in, Modellbaumechaniker/-in FR Gießereimodellbau, Modellbaumechaniker/-in FR Karosseriemodellbau
[6] Geomatiker/-in incl. Vorgänger: Kartograf/-in
[7] Milchtechnologe/-in incl. Vorgänger: Molkereifachmann/-fachfrau
[8] Vermessungstechniker/-in incl. Vorgänger: Bergvermessungstechniker/-in
[9] Fachkraft für Lederverarbeitung incl. Vorgänger: Schuh- und Lederwarenstepper/-in
[10] Mediengestalter/-in Flexografie incl. Vorgänger: Flexograf/-in
[11] Medientechnologe/-in Druck incl. Vorgänger: Drucker/-in, Drucker/-in FR Digitaldruck, Drucker/-in FR Flachdruck, Drucker/-in FR Hochdruck, Drucker/-in FR Tiefdruck
[12] Medientechnologe/-in Siebdruck incl. Vorgänger: Siebdrucker/-in
[13] Packmitteltechnologe/-in incl. Vorgänger: Verpackungsmittelmechaniker/-in
[14] Technische/-r Produktdesigner/-in incl. Vorgänger: Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Holztechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Maschinen- und Anlagentechnik
[15] Technischer Systemplaner/-in incl. Vorgänger: Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Elektrotechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Stahl- und Metallbautechnik
[16] Textilgestalter/-in im Handwerk incl. Vorgänger: Sticker/-in, Stricker/-in, Weber/-in
[17] Tourismuskaufmann/-frau (Kaufmann/-frau für Privat- und Geschäftsreisen) incl. Vorgänger: Reiseverkehrskaufmann/-frau
[18] Fachangestellte/-r für Arbeitsmarktdienstleistungen incl. Vorgänger: Fachangestellte/-r für Arbeitsförderung

Vorgänger werden nur aufgeführt, wenn im abgebildeten Zeitraum Meldungen vorliegen.

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

Tabelle A1.2-7: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Zuständigkeitsbereichen[1] 2010 bis 2012**

Zuständigkeitsbereich	2010			2011						2012					
	Neuabschlüsse	Anschlussverträge	Summe	Neuabschlüsse	Veränderung in %	Anschlussverträge	Veränderung in %	Summe	Veränderung in %	Neuabschlüsse	Veränderung in %	Anschlussverträge	Veränderung in %	Summe	Veränderung in %
Westdeutschland															
Industrie und Handel	273.903	3.450	277.353	289.428	5,7	3.744	8,5	293.172	5,7	283.017	-2,2	4.851	29,6	287.868	-1,8
Handwerk	132.723	1.596	134.319	134.226	1,1	1.440	-9,7	135.666	1,0	128.418	-4,3	1.602	11,1	130.017	-4,2
Öffentlicher Dienst	10.698	0	10.698	9.891	-7,5	0	–	9.891	-7,5	9.657	-2,4	0	–	9.657	-2,4
Landwirtschaft	10.668	0	10.668	10.749	0,8	0	–	10.749	0,8	10.593	-1,5	0	–	10.593	-1,5
Freie Berufe	37.419	–	37.419	37.863	1,2	–	–	37.863	1,2	38.361	1,3	–	–	38.361	1,3
Hauswirtschaft	2.661	–	2.661	2.493	-6,3	0	–	2.493	-6,3	2.142	-14,1	0	–	2.142	-14,1
Seeschifffahrt	225	–	225	231	3,6	–	–	231	3,6	177	-23,3	–	–	177	-23,3
Insgesamt	**468.297**	**5.046**	**473.343**	**484.884**	**3,5**	**5.184**	**2,7**	**490.068**	**3,5**	**472.368**	**-2,6**	**6.450**	**24,4**	**478.818**	**-2,3**
Ostdeutschland															
Industrie und Handel	57.138	1.194	58.335	53.355	-6,6	1.110	-7,2	54.462	-6,6	49.605	-7,0	1.149	3,6	50.754	-6,8
Handwerk	22.455	279	22.731	20.283	-9,7	306	10,4	20.589	-9,4	18.909	-6,8	330	7,5	19.239	-6,6
Öffentlicher Dienst	2.859	0	2.859	2.511	-12,1	0	–	2.511	-12,1	2.445	-2,6	0	–	2.445	-2,6
Landwirtschaft	3.255	0	3.255	2.733	-16,0	0	–	2.733	-16,0	2.667	-2,5	0	–	2.667	-2,5
Freie Berufe	5.022	–	5.022	4.749	-5,5	–	–	4.749	-5,5	4.653	-2,0	–	–	4.653	-2,0
Hauswirtschaft	921	–	921	852	-7,5	0	–	852	-7,5	621	-27,0	0	–	621	-27,0
Seeschifffahrt	15	–	15	15	6,7	–	–	15	6,7	3	-75,0	–	–	3	-75,0
Insgesamt	**91.662**	**1.473**	**93.135**	**84.495**	**-7,8**	**1.416**	**-3,9**	**85.911**	**-7,8**	**78.903**	**-6,6**	**1.479**	**4,4**	**80.382**	**-6,4**
Deutschland															
Industrie und Handel	331.044	4.644	335.688	342.783	3,5	4.851	4,5	347.634	3,6	332.622	-3,0	6.000	23,6	338.622	-2,6
Handwerk	155.178	1.875	157.053	154.506	-0,4	1.749	-6,7	156.255	-0,5	147.327	-4,6	1.932	10,5	149.259	-4,5
Öffentlicher Dienst	13.554	0	13.554	12.402	-8,5	0	–	12.402	-8,5	12.102	-2,4	0	–	12.102	-2,4
Landwirtschaft	13.923	0	13.923	13.482	-3,2	0	–	13.482	-3,2	13.260	-1,7	0	–	13.260	-1,7
Freie Berufe	42.441	–	42.441	42.612	0,4	–	–	42.612	0,4	43.014	0,9	–	–	43.014	0,9
Hauswirtschaft	3.582	–	3.582	3.345	-6,6	0	–	3.345	-6,6	2.763	-17,4	0	–	2.763	-17,4
Seeschifffahrt	240	–	240	249	3,8	–	–	249	3,8	183	-26,6	–	–	183	-26,6
Insgesamt	**559.959**	**6.519**	**566.478**	**569.379**	**1,7**	**6.600**	**1,2**	**575.979**	**1,7**	**551.271**	**-3,2**	**7.929**	**20,2**	**559.203**	**-2,9**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2).
Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2012

Ausbildungsstellenmarkt auftreten. Die Anschlussverträge werden als Leistungen der Wirtschaft gesondert in einer Tabelle ausgewiesen. Obwohl diese Vorgehensweise seit Jahren praktiziert wird, ist bei der BIBB-Erhebung zum 30. September weiterhin von einer Untererfassung auszugehen. Trotz (zurückgehender) Meldeausfälle ist erkennbar, dass die Fortführungsmöglichkeiten von zweijährigen Berufsausbildungen an Bedeutung gewinnen.

E Anschlussverträge

Als „Anschlussverträge" werden Ausbildungsverträge bezeichnet, die im Anschluss an eine vorausgegangene und abgeschlossene Berufsausbildung neu abgeschlossen werden und zu einem weiteren Abschluss führen. Dabei sind jedoch nur die Verträge für Berufsausbildungen zu berücksichtigen, die in den Ausbildungsordnungen als aufbauende Ausbildungsberufe definiert wurden (i. d. R. Einstieg in das dritte Ausbildungsjahr) oder die unter „Fortführung der Berufsausbildung" genannt werden. Ein Beispiel ist die Weiterführung einer erfolgreich beendeten zweijährigen Ausbildung zum/zur Bauten- und Objektbeschichter/-in durch eine einjährige Anschlussausbildung zum/zur Maler/-in und Lackierer/-in. Anschlussverträge werden im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gezählt, sondern gesondert ausgewiesen.

Anschlussverträge finden sich nur in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel und im Handwerk. Im Bereich Industrie und Handel wurden 2012 drei Viertel (75,6 % bzw. 6.000 Verträge) aller Anschlussverträge geschlossen (Handwerk: 24,4 % bzw. 1.932 Verträge). Das ist besonders auf den Umstand zurückzuführen, dass bei der Ausbildung im Beruf Verkäufer/-in die Möglichkeit besteht, die zweijährige Ausbildung nach erfolgreichem Abschluss im Beruf Kaufmann/-frau im Einzelhandel fortzuführen. 2012 wurden im Bereich Industrie und Handel 4.792 Anschlussverträge für diesen Beruf registriert. Ein weiterer stark besetzter Beruf mit Fortführungsmöglichkeit ist die Ausbildung für die Fachkraft für Lagerlogistik – hier wurden für den Bereich Industrie und Handel 469 Anschlussverträge gemeldet. Im Bereich Handwerk verteilen sich die Anschlussverträge v. a. auf die folgenden Berufe: Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (567 Anschlussverträge), Maler/-in und Lackierer/-in (463 Anschlussverträge) sowie Maurer/-in (330 Anschlussverträge). Ergebnisse zu Anschlussverträgen auf Basis der Erhebung zum 31. Dezember werden in **Kapitel A4.3** dargestellt.

(Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath)

A1.3 Ausbildungsvermittlung: Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat den gesetzlichen Auftrag, Berufsberatung durchzuführen, Ausbildungsstellen zu vermitteln sowie Berufsausbildung zu fördern. Im Rahmen der Ausbildungsvermittlung berät die BA sowohl Betriebe, die Ausbildungsstellen anbieten, als auch Jugendliche, die eine duale Berufsausbildung nach BBiG/HwO anstreben, wobei die Inanspruchnahme dieser Dienste durch Arbeitgeber und Jugendliche freiwillig ist. Über diesen Vermittlungs- und Beratungsdienst führt die BA die Ausbildungsmarktstatistik, die monatlich[24] nach dem Bestand an Ausbildungsstellen und Bewerbern bzw. Bewerberinnen sowie deren Verbleib ausgewertet wird. Der Vermittlungs- bzw. Erhebungszeitraum beginnt am 1. Oktober eines Jahres und endet am 30. September des Folgejahres. Die Ausbildungsmarktstatistik der BA wird neben der BIBB-Erhebung zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zum 30. September (**vgl. Kapitel A1.2**) zur Angebots- und Nachfrageberechnung, also zur Ausbildungsmarktbilanz, herangezogen.[25]

Seit Januar 2005 sind auch die Träger der Grundsicherung für die Ausbildungsvermittlung zuständig. Jugendliche, die im Sinne des SGB II hilfsbedürftig sind, werden von den Jobcentern betreut. Zu unterscheiden sind Jobcenter in gemeinsamer Einrichtung mit der Arbeitsagentur (JC gE) und Jobcenter der zugelassenen kommunalen Träger (JC zkT). Wie die Arbeitsagenturen, so führen auch die Jobcenter eine Statistik über das Vermittlungsgeschehen. Dabei verwenden die JC zkT ein anderes Verfahren als die Arbeitsagenturen und die JC gE. Aufgrund dieser unterschiedlichen Erhebungsverfahren konnten die Daten der JC zkT in den Jahren von 2005 bis 2008 nicht mit den Daten der Arbeitsagenturen und JC gE verknüpft werden. Die Veröffentlichungen für diesen Zeitraum beinhalten somit keine Angaben der JC zkT. Seit 2009 können die BA-Daten zu den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um die der JC zkT ergänzt werden, sodass nun wieder Angaben über die Gesamtgruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen vorliegen. Die Statistiken zu den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen von 2005 bis 2008 sind daher nur eingeschränkt mit Daten ab 2009 vergleichbar. Durch die Datenzusammenführung ergeben sich zum Teil Doppelzählungen, die jedoch relativ gering ausfallen (2011/2012: 6.475 Doppelzählungen). Solche Doppelerfassungen entstehen beispielsweise, wenn ein bei den Arbeitsagenturen oder JC gE gemeldeter Bewerber bzw. eine Bewerberin infolge des Eintretens von Hilfsbedürftigkeit im Sinne von SGB II im weiteren Verlauf der Ausbildungsstellensuche von den JC zkT unterstützt wird.

Statistische Angaben zu den gemeldeten Ausbildungsstellen beinhalten allerdings weiterhin nur die Daten der Arbeitsagenturen und JC gE. Nach Einschätzung der BA gibt es jedoch nur wenige bei den JC zkT gemeldete Ausbildungsstellen, die nicht gleichzeitig auch bei den Arbeitsagenturen gemeldet sind (Bundesagentur für Arbeit 2012).

Gemeldete Ausbildungsstellen

Im Berichtsjahr 2011/2012 wurden 517.086 Ausbildungsstellen zur Vermittlung angeboten. Damit waren geringfügig weniger Stellen als im Vorjahr gemeldet (-2.469 bzw. -0,5 %) →**Tabelle A1.3-1**. Der Großteil der gemeldeten Stellen stammte wie in den Jahren zuvor aus dem Bereich der Industrie- und Handelskammern (295.088 bzw. 57,1 %) und Handwerkskammern (120.154 bzw. 23,2 %).

Im Bereich Industrie und Handel wurden 2011/2012 mit 295.088 Ausbildungsplätzen etwas weniger Stellen als im Vorjahr (-1.473 bzw. -0,5 %) angeboten; 2010/2011 hatte es dagegen noch einen kräftigen Anstieg gegeben (+31.127 bzw. +11,7 %). Das Stellenangebot im Handwerk nahm 2011/2012 erneut zu (+4.157 bzw. +3,6 %), allerdings weniger als im vorherigen Berichtsjahr (+11.663 bzw. +11,2 %). Auch bei den freien Berufen war abermals eine leichte Zunahme zu verzeichnen (+1.840 bzw. +5,7 %); diese fiel höher aus als im Vorjahr (+400 bzw. +1,3 %).

---

24 Die Angaben werden für die Monate März bis September erfasst. Trotz monatlicher Auswertungen der Daten kann eine Aussage zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt erst nach Abschluss des Geschäftsjahres der BA zum 30. September getroffen werden.

25 Für Informationen zur Angebots- und der Nachfrageberechnung siehe **http://www.bibb.de/de/wlk8237.htm**.

Tabelle A1.3-1: **Gemeldete Berufsausbildungsstellen[1] in den Berichtsjahren 2011/2012, 2010/2011 und 2009/2010**

Ausbildungs-bereiche	2011/2012						2010/2011						2009/2010					
	Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder		Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder		Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	295.088	57,1	243.840	56,9	50.992	57,9	296.561	57,1	243.348	57,3	52.932	56,1	265.434	54,9	218.174	55,3	46.979	53,0
Handwerk	120.154	23,2	102.074	23,8	18.054	20,5	115.997	22,3	95.854	22,6	20.097	21,3	104.334	21,6	87.157	22,1	17.134	19,3
öffentlicher Dienst	11.914	2,3	9.756	2,3	2.158	2,4	12.690	2,4	10.644	2,5	2.046	2,2	13.279	2,7	10.903	2,8	2.376	2,7
Landwirtschaft	6.285	1,2	4.161	1,0	2.124	2,4	6.715	1,3	4.521	1,1	2.194	2,3	6.520	1,3	4.458	1,1	2.061	2,3
freie Berufe	34.091	6,6	29.834	7,0	4.253	4,8	32.251	6,2	28.067	6,6	4.184	4,4	31.851	6,6	27.727	7,0	4.124	4,7
sonstige Stelle/ keine Zuordnung möglich	30.196	5,8	24.485	5,7	5.614	6,4	32.426	6,2	26.431	6,2	5.854	6,2	34.478	7,1	27.743	7,0	6.618	7,5
keine Angaben	19.358	3,7	14.444	3,4	4.914	5,6	22.915	4,4	15.810	3,7	7.105	7,5	27.623	5,7	18.307	4,6	4.914	5,5
Insgesamt	**517.086**	**100,0**	**428.594**	**100,0**	**88.109**	**100,0**	**519.555**	**100**	**424.675**	**100,0**	**94.412**	**100,0**	**483.519**	**100,0**	**394.469**	**100,0**	**88.608**	**100,0**

Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.
[1] Ohne gemeldete Stellen bei den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger (JC zkT).
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Im öffentlichen Dienst kam es 2011/2012 erneut zu einem Rückgang bei den gemeldeten Stellen. Dieser fiel mit einem Minus von 776 Stellen (bzw. -6,1 %) noch stärker aus als im Vorjahr (-589 bzw. -4,4 %). Zudem ging die Zahl der gemeldeten Stellen im Bereich Landwirtschaft zurück (-430 bzw. -6,4 %), nachdem sie im vorherigen Berichtsjahr noch leicht angestiegen war (+195 bzw. +3,0 %). Am höchsten fielen die Rückgänge bei den sonstigen Stellen (-2.230 bzw. -6,9 %) und den Stellen ohne Angabe (-3.557 bzw. -15,5 %) aus.

Gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2011/2012 wurden insgesamt 559.877 Jugendliche als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert E. Dies waren 16.847 (+3,1 %) mehr als im Berichtsjahr 2010/2011.

Nachdem in den neuen Ländern in den letzten Jahren recht starke Rückgänge verzeichnet wurden, nahm 2011/2012 die Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen erstmals wieder leicht zu (+1.688 bzw. +1,9 %), lag aber immer noch unter der Bewerberzahl von 2009/2010 (95.489) und weit unter der von 1997/1998 (243.806). In den alten Ländern fiel der prozentuale Zuwachs mit 3,3 % (15.120) etwas höher aus als in den neuen Ländern.

E Bewerber/-innen für Ausbildungsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit

Bei der Bundesagentur für Arbeit werden nur diejenigen Ratsuchenden als Ausbildungsstellenbewerber/-innen geführt, die ausbildungsreif[26] sind (Müller-Kohlenberg/ Schober/Hilke 2005, S. 22).

Was die schulische Vorbildung betraf, so verfügten im Berichtsjahr 2011/2012 fast alle gemeldeten Bewerber/-innen mindestens über einen Hauptschulabschluss (98,3 %). 29,4 % besaßen einen Hauptschul- und 42,5 % einen Realschulabschluss. 12,5 % hatten die Fachhochschul- und 10,5 % die allgemeine Hochschulreife erworben. Die Zahl der

26 Siehe hierzu den Kriterienkatalog der Bundesagentur für Arbeit zur Ausbildungsreife: **http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Ausbildung/Kriterienkatalog-zur-Ausbildungsreife.pdf**

Tabelle A1.3-2: **Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei der BA und den Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2011/2012 und 2010/2011**

	Berichtsjahr 2011/2012						Berichtsjahr 2010/2011[1]					
	Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder		Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht												
männlich	308.672	55,1	257.092	55,0	51.479	55,7	299.130	55,1	247.856	54,8	51.184	56,4
weiblich	251.205	44,9	210.147	45,0	40.950	44,3	243.900	44,9	204.263	45,2	39.557	43,6
Schulabschluss												
ohne Hauptschulabschluss	9.303	1,7	6.453	1,4	2.849	3,1	9.388	1,7	6.733	1,5	2.653	2,9
Hauptschulabschluss	164.460	29,4	138.250	29,6	26.161	28,3	163.237	30,1	138.186	30,6	25.021	27,6
Realschulabschluss	237.778	42,5	197.567	42,3	40.150	43,4	230.414	42,4	191.231	42,3	39.126	43,1
Fachhochschulreife	69.903	12,5	63.949	13,7	5.927	6,4	64.668	11,9	58.684	13,0	5.964	6,6
allgemeine Hochschulreife	58.737	10,5	46.046	9,9	12.628	13,7	52.453	9,7	39.795	8,8	12.602	13,9
keine Angaben	19.696	3,5	14.974	3,2	4.714	5,1	22.870	4,2	17.490	3,9	5.375	5,9
besuchte Schule												
allgemeinbildende Schule	286.119	51,1	220.988	47,3	65.026	70,4	276.970	51,0	213.466	47,2	63.419	69,9
berufsbildende Schule	238.533	42,6	218.986	46,9	19.480	21,1	235.533	43,4	215.473	47,7	20.006	22,0
Hochschule und Akademien	16.960	3,0	13.304	2,8	3.631	3,9	14.710	2,7	11.039	2,4	3.647	4,0
keine Angabe	13.563	2,4	10.709	2,3	2.848	3,1	12.827	2,4	10.154	2,2	2.671	2,9
Staatsangehörigkeit												
deutsch	494.052	88,2	406.282	87,0	87.630	94,8	481.207	88,6	394.492	87,3	86.583	95,4
ausländisch	64.858	11,6	60.118	12,9	4.671	5,1	60.820	11,2	56.760	12,6	4.022	4,4
darunter:												
türkisch	30.617	5,5	28.882	6,2	1.735	1,9	29.392	5,4	27.842	6,2	1.550	1,7
italienisch	5.379	1,0	5.296	1,1	77	0,1	5.143	0,9	5.088	1,1	55	0,1
Alter												
15 Jahre und jünger	17.916	3,2	17.080	3,7	828	0,9	16.991	3,1	16.178	3,6	812	0,9
16 bis 18 Jahre	273.090	48,8	230.141	49,3	42.860	46,4	259.755	47,8	220.521	48,8	39.171	43,2
19 bis 20 Jahre	138.076	24,7	118.259	25,3	19.763	21,4	138.741	25,5	117.332	26,0	21.367	23,5
21 bis 24 Jahre	110.171	19,7	86.983	18,6	23.144	25,0	109.031	20,1	84.558	18,7	24.418	26,9
25 Jahre und älter	20.624	3,7	14.776	3,2	5.831	6,3	18.512	3,4	13.530	3,0	4.973	5,5
Insgesamt	**559.877**	**100,0**	**467.239**	**100,0**	**92.429**	**100,0**	**543.030**	**100,0**	**452.119**	**100,0**	**90.741**	**100,0**

Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.

[1] Es handelt sich hierbei um nachträglich korrigierte Zahlen (22. Oktober 2012).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildungsstellenbewerber/-innen mit allgemeiner Hochschulreife war in den neuen Ländern mit 13,7 % höher als in den alten Ländern (9,9 %). Stattdessen fiel der Anteil der Bewerber/-innen mit Fachhochschulreife in den alten Ländern (13,7 %) höher aus als in den neuen Ländern (6,4 %). Für insgesamt 19.696 bzw. 3,5 % der Bewerber/-innen lag keine Angabe zum Schulabschluss vor → **Tabelle A1.3-2**.

Rund die Hälfte der gemeldeten Bewerber/-innen (51,1 %) hatte als letzte Schulform eine allgemeinbildende Schule besucht, weitere 42,6 % eine berufsbildende Schule, und 3,0 % besuchten eine Hochschule oder Akademie. In den neuen Ländern lag der Anteil der Bewerber/-innen, die zuletzt eine berufsbildende Schule besuchten, mit 21,1 % weniger als halb so hoch wie in den alten Ländern (46,9 %). Stattdessen hatten Bewerber/-innen aus den neuen Ländern wesentlich häufiger eine allgemeinbildende Schule als letzte Schulform besucht als in den alten Ländern (70,4 % vs. 47,3 %). Zurückzuführen sein dürfte dies auf die regional unterschiedlichen Angebotsstrukturen. So ist das Übergangssystem in den neuen Ländern relativ gering ausgebaut, während es in den alten Ländern ein hohes Gewicht hat (Eberhard 2012, Eberhard/Ulrich 2010).

Der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit fiel in den neuen Ländern (5,1 %) geringer aus als in den alten Ländern (12,9 %) und lag im Bundesgebiet bei 11,6 %.

Tabelle A1.3-3: **Verbleib der bei der BA und den Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen zum 30. September 2012**

Art des Verbleibs	Insgesamt		Status des Vermittlungsauftrages							
			Vermittlungsauftrag abgeschlossen				Vermittlungsauftrag läuft weiter			
			durch Einmündung in Berufsausbildung		bei alternativem oder nicht näher bekanntem Verbleib		bei alternativem Verbleib		ohne alternativen Verbleib	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
I. Einmündung/Vermittlung in Berufsausbildung	286.522	100,0	286.522	100,0						
darunter:										
ungefördert	256.678	89,6	256.678	89,6						
gefördert	29.844	10,4	29.844	10,4						
II. Alternativer Verbleib	167.772	100,0			107.393	100,0	60.379	100,0		
darunter:										
Schulbildung	70.575	42,1			52.973	49,3	17.602	29,2		
Studium	9.156	5,5			7.897	7,4	1.259	2,1		
Berufsvorbereitendes Jahr	1.966	1,2			1.105	1,0	861	1,4		
Berufsgrundbildungsjahr	3.780	2,3			2.385	2,2	1.395	2,3		
Praktikum	7.303	4,4			2.457	2,3	4.846	8,0		
Verbleib in bisheriger Berufsausbildung	15.071	9,0			8.844	8,2	6.227	10,3		
darunter: Berufsausbildung ungefördert	*5.151*	*3,1*			*3.985*	*3,7*	*1.166*	*1,9*		
Berufsausbildung gefördert	*9.920*	*5,9*			*4.859*	*4,5*	*5.061*	*8,4*		
Erwerbstätigkeit	27.927	16,6			18.687	17,4	9.240	15,3		
Bundeswehr	1.342	0,8			1.036	1,0	306	0,5		
Bundes-/Jugendfreiwilligendienst	7.823	4,7			4.789	4,5	3.034	5,0		
berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	15.847	9,4			3.899	3,6	11.948	19,8		
berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme – Reha	391	0,2			307	0,3	84	0,1		
Einstiegsqualifizierung	3.473	2,1			960	0,9	2.513	4,2		
sonstige Förderung	3.049	1,8			2.001	1,9	1.048	1,7		
sonstige Rehaförderung	69	< 0,1			53	< 0,1	16	< 0,1		
III. Verbleib noch ungeklärt bzw. nicht näher bekannt	105.583	100,0			89.933	100,0			15.650	100,0
Insgesamt	**559.877**	**100,0**	**286.522**	**51,2**	**197.326**	**35,2**	**60.379**	**10,8**	**15.650**	**2,8**

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Verbleib der gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Bis zum Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2012 mündeten 51,2 % (286.522) der Bewerber/-innen und damit nahezu genauso viele wie im Vorjahr (51,1 %) in eine Berufsausbildungsstelle ein. 46,0 % (257.705) der Ausbildungsstellenbewerber/-innen begannen im Berichtsjahr 2011/2012 eine Alternative zu einer Berufsausbildung (z. B. Schule, Praktikum, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) oder verzichteten ohne nähere Angabe eines Verbleibs auf eine weitere Unterstützung der Vermittlungsdienste der BA. Die übrigen 15.650 (2,8 %) Bewerber/-innen waren bis zum Ende des Berichtsjahres offiziell noch unversorgt → **Tabelle A1.3-3**.

Für die Jugendlichen, die in eine Berufsausbildung einmündeten (286.522), konnte der Vermittlungsauftrag abgeschlossen werden. Auch für den größten Teil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen (107.393) sowie für die unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen (89.933) fanden zum Abschluss des Berichtsjahres keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr statt. Die restlichen 60.379 Jugendlichen, die in eine Alternative eingemündet waren, wünschten weiterhin eine Ausbildungsstellenvermittlung durch die BA. Somit liefen nicht nur für die offiziell unversorgten Bewerber/-innen (15.650) die Vermittlungsbemühungen weiter, sondern auch für einen Teil (60.379) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen, sodass nach Abschluss des Geschäftsjahres am 30. September 2012 insgesamt noch 76.029 (13,6 %) Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellensuche waren.

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen

167.772 (bzw. 30,0 %) der gemeldeten Bewerber/-innen hatten eine Alternative zu einer Berufsausbildung begonnen. Nahezu zwei Drittel von ihnen (107.393 bzw. 64,0 %) wünschten zunächst einmal keine Vermittlung in eine Ausbildungsstelle mehr; dagegen liefen für 60.379 (36,0 %) der Alternativverbleiber/-innen auf deren Wunsch hin auch nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2012 die Vermittlungsbemühungen weiter.

- **Bewerber/-innen *ohne* weiteren Vermittlungswunsch**

Von den 107.393 Bewerbern und Bewerberinnen, die eine Alternative zu einer Ausbildung begannen und keine weiteren Vermittlungsbemühungen wünschten, mündete weit mehr als die Hälfte (62,2 % bzw. 66.817) in Schule, Studium, berufsvorbereitendes Jahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Praktikum ein. Der größte Teil (49,3 % bzw. 52.973) nahm eine Schulbildung auf. 1.105 Jugendliche (1,0 %) fingen mit einem berufsvorbereitenden Jahr an, weitere 2.385 (2,2 %) mit einem Berufsgrundbildungsjahr. 7.897 (7,4 %) begannen ein Studium und 2.457 (2,3 %) ein Praktikum. Die Einmündung in Erwerbsarbeit bildete die zweithäufigste Verbleibsform: 18.687 der Jugendlichen (17,4 %) entschlossen sich hierzu. 8.844 (8,2 %) verblieben in ihrer bisherigen Berufsausbildung, obwohl sie eigentlich den Wechsel in eine andere Ausbildung angestrebt hatten. 1.036 Jugendliche (1,0 %) begannen mit dem freiwilligen Wehrdienst, weitere 4.789 (4,5 %) absolvierten einen Bundes- oder Jugendfreiwilligendienst. Insgesamt 7.220 (6,7 %) Jugendliche mündeten in Fördermaßnahmen ein: 3.899 (3,6 %) in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, 960 (0,9 %) in eine Einstiegsqualifizierung und 2.001 (1,9 %) in sonstige Förderarten. Förderungen im Rehabilitationsbereich erhielten 307 Jugendliche im Rahmen von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und weitere 53 im Rahmen sonstiger Rehaförderung (insgesamt 0,3 %).

- **Vergleich der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen *mit* und *ohne* weiteren Vermittlungswunsch**

Neben den 107.393 alternativ verbliebenen Jugendlichen, deren Vermittlungsauftrag abgeschlossen war, suchten 60.379 Bewerber/-innen mit einer Alternative zum Ende des Berichtsjahres weiterhin nach einer Ausbildungsstelle und erhielten daher ihren Vermittlungswunsch aufrecht. Vergleicht man diese beiden alternativ verbliebenen Gruppen miteinander (keine weitere Vermittlung mehr erwünscht vs. weitere Vermittlung erwünscht), wird deutlich, dass sich die jeweiligen Anteile in den einzelnen Verbleibsformen unterscheiden. → **Tabelle A1.3-3** zeigt, dass insbesondere die Einmündung in Fördermaßnahmen mit einem häufigeren Wunsch

nach weiterer Vermittlung in Zusammenhang steht: Mehr als ein Viertel (25,9 % bzw. 15.609) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch waren in Fördermaßnahmen eingemündet, davon die meisten in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (11.948 bzw. 19,8 %). Demgegenüber befanden sich nur 7.220 (6,7 %) der alternativ verbliebenen Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch in einer Fördermaßnahme (berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme im Rehabereich, Einstiegsqualifizierung, sonstige Förderung, sonstige Förderung im Rehabereich).

Ein ebenfalls großer Abstand zwischen den beiden Gruppen lässt sich hinsichtlich des Verbleibs in einer Schule feststellen. Während der Anteil der alternativ verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch, die nun eine Schule besuchten, bei 29,2 % (17.602) lag, fiel der Schüleranteil bei den alternativ verbliebenen Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch mit 49,3 % (bzw. 52.973) wesentlich höher aus. Darüber hinaus war auch der Anteil der Studienanfänger/-innen unter den alternativ verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch deutlich geringer (2,1 % bzw. 1.259 vs. 7,4 % bzw. 7.897). Der Anteil der Erwerbstätigen lag bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch (9.240 bzw. 15,3 %) leicht unter dem der Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch (18.687 bzw. 17,4 %). Des Weiteren zeigten sich Unterschiede hinsichtlich der Einmündung in ein Praktikum. Jugendliche mit weiterem Vermittlungswunsch verblieben öfter in einem Praktikum (8,0 % vs. 2,3 %) und häufiger in einer Einstiegsqualifizierung (4,2 % vs. 0,9 %) als Jugendliche ohne weiteren Vermittlungswunsch. Die Anteile der alternativ Verbliebenen mit weiterem Vermittlungswunsch, die ein berufsvorbereitendes Jahr (1,4 % vs. 1,0 %), ein Berufsgrundbildungsjahr (2,3 % vs. 2,2 %), gemeinnützige bzw. soziale Dienste (5,0 % vs. 4,5 %) oder den freiwilligen Wehrdienst (0,5 % vs. 1,0 %) begannen oder in ihrer bisherigen Berufsausbildungsstelle verblieben (10,3 % vs. 8,2 %), lagen dagegen ähnlich hoch wie in der Gruppe der alternativ Verbliebenen ohne weiteren Vermittlungswunsch.

Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr 2011/2012 verlassen haben

Von den insgesamt 559.877 im Berichtsjahr 2011/2012 bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um eine Berufsausbildungsstelle waren 232.042 bzw. 41,4 % bereits vor dem Berichtszeitraum (Oktober 2011 bis September 2012) von der allgemeinbildenden oder beruflichen Schule abgegangen **E**. Von ihnen hatten 42,6 % die Schule im Vorjahr verlassen und 57,4 % noch früher **→Tabelle A1.3-4**. Verglichen mit dem vorherigen Berichtsjahr 2010/2011 reduzierte sich die Zahl der Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren (Vorjahr: 238.538) um 6.496 bzw. 2,7 %. Ihr relativer Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen (Vorjahr: 43,9 %) ging im aktuellen Berichtsjahr 2011/2012 um 2,5 Prozentpunkte zurück.

In den neuen Ländern nahm die Zahl der Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahrgängen mit 4,4 % stärker ab als in den alten Ländern mit 2,3 %. Dennoch fiel auch im Berichtsjahr 2011/2012 der relative Anteil der Bewerber/-innen mit früherem Schulabgang in den neuen Ländern mit 50,1 % wesentlich höher aus als in den alten Ländern mit 39,7 %. Zudem hatten die Bewerber/-innen in den neuen Ländern die Schule öfter bereits im Vorvorjahr oder noch früher beendet: Ihr Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen früherer Schulentlassjahrgänge betrug 66,5 %, in den alten Ländern 55,1 %. Diese höheren Prozentanteile sind jedoch vor allem auf folgenden rechnerischen Effekt zurückzuführen: In den neuen Ländern sank aufgrund der demografischen Entwicklung die Zahl der Schulabgänger/-innen in den vergangenen Jahren deutlich, wodurch sich auch die Gesamtzahl der Bewerber/-innen – also die Basis der Prozentuierung – jeweils reduzierte. Der relative Anteil der Bewerber/-innen mit Schulabgang in den Vorjahren blieb deshalb in den neuen Ländern auch im Berichtsjahr 2011/2012 noch vergleichsweise hoch.

Tabelle A1.3-4: **Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen**

Region/Schulabgangsjahr		Berichtsjahr 2011/2012	Berichtsjahr 2010/2011	Veränderung 2011/2012 zu 2010/2011	
				absolut	in %
Bundesgebiet					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[1]	absolut	559.877	543.030	16.847	3,1
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[2]	absolut	232.042	238.538	-6.496	-2,7
	in % von insgesamt	41,4	43,9		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	98.826	103.332	-4.506	-4,4
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	42,6	43,3		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	133.216	135.206	-1.990	-1,5
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	57,4	56,7		
alte Länder					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[1]		467.239	452.119	15.120	3,3
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[2]	absolut	185.667	190.044	-4.377	-2,3
	in % von insgesamt	39,7	42,0		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	83.294	86.422	-3.128	-3,6
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	44,9	45,5		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	102.373	103.622	-1.249	-1,2
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	55,1	54,5		
neue Länder (einschließlich Berlin)					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[1]		92.429	90.741	1.688	1,9
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[2]	absolut	46.291	48.407	-2.116	-4,4
	in % von insgesamt	50,1	53,3		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	15.494	16.867	-1.373	-8,1
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	33,5	34,8		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	30.797	31.540	-743	-2,4
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	66,5	65,2		

[1] Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Bewerberzahlen ist jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet, was auf nicht zuordenbare Fälle zurückzuführen ist.

[2] IIm Berichtsjahr 2011/2012 war für insgesamt 5.032 Bewerber/-innen (alte Länder: 3.719, neue Länder: 1.309) keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden, im Berichtsjahr 2010/2011 für insgesamt 2.580 Bewerber/-innen (alte Länder: 2.146, neue Länder: 433).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

E Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen, die die Schule vor dem Berichtsjahr verlassen haben

In der Ausbildungsmarktstatistik der BA werden die Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen nach dem Schulabgangsjahr differenziert. Es werden folgende Gruppen unterschieden:

- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Berichtsjahr,
- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Vorjahr,
- Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren.

Das Schulabgangsjahr bezieht sich dabei nicht nur auf die allgemeinbildende Schule, sondern es werden auch im Anschluss an die allgemeinbildende Schule besuchte berufliche Schulen berücksichtigt. Für das Schulabgangsjahr zählt also die zuletzt beendete allgemeinbildende oder berufliche Schule.

Bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang vor dem Berichtsjahr handelt es sich somit um Personen, die im Laufe des aktuellen Berichtszeitraums keine Schule mehr besuchten, sondern an einer berufsvorbereitenden Maßnahme der BA teilnahmen, eine Einstiegsqualifizierung oder ein sonstiges Betriebspraktikum absolvierten, einen gemeinnützigen bzw. sozialen Dienst leisteten, eine erneute Ausbildung anstrebten (z. B. nach einem Ausbildungsabbruch), einer Erwerbstätigkeit nachgingen, auf Arbeits- bzw. Ausbildungssuche waren oder aus privaten Gründen zu Hause blieben. Sie sind in der Vergangenheit häufig als „Altbewerber/-innen" bezeichnet worden, obwohl unbekannt ist, ob sie sich in den Vorjahren tatsächlich einmal um eine Ausbildungsstelle beworben haben oder nicht. In dieser Bewerbergruppe dürfte sich daher ein mehr oder weniger großer Anteil von Jugendlichen befinden, die vor dem aktuellen Berichtsjahr überhaupt noch keine Berufsausbildung anstrebten und sich daher früher noch nie beworben hatten. Umgekehrt werden nach dieser Definition aber auch Jugendliche, die nach erfolglosen Bewerbungen um eine Berufsausbildungsstelle teilqualifizierende schulische Bildungsgänge absolvierten, als aktuelle Schulabgänger/-innen eingestuft und nicht als Altbewerber/-innen.

Aus diesem Grund enthält die BA-Statistik inzwischen auch Angaben über die Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits auch in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters eine Ausbildungsstelle gesucht haben (Gehricke/Kahler/Kohlmann 2010). Berücksichtigt werden dabei grundsätzlich jeweils die 5 vorangegangenen Berichtsjahre. Für das Berichtsjahr 2011/2012 wurden allerdings nur die Zahlen der Bewerber/-innen veröffentlicht, die 1 oder 2 Jahre vorher bereits einmal bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter registriert waren (Bundesagentur für Arbeit 2012). Über die Gesamtzahl der Bewerber/-innen aus früheren Berichtsjahren hinaus wird auch ausgewiesen, in welchem der vorangegangenen Jahre diese **zuletzt** als Bewerber/-in gemeldet waren. Daraus geht also nicht hervor, wann die Jugendlichen *erstmals* Bewerber/-innen waren.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung definiert die Personengruppe der Altbewerber/-innen anders: Im Rahmen von Stichprobenerhebungen, wie der regelmäßig durchgeführten BA/BIBB-Bewerberbefragung, werden als Altbewerber/-innen diejenigen Personen betrachtet, die sich tatsächlich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als im jeweils aktuellen Ausbildungsjahr beworben haben (**vgl. Kapitel A3.2**). Erfasst wird dabei das Jahr, für welches sich der Jugendliche **erstmals** um eine Ausbildungsstelle bemühte. Dabei spielt weder das Schulabgangsjahr eine Rolle noch die Frage, ob der/die Jugendliche früher bereits bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter als Bewerber/-in um eine Ausbildungsstelle gemeldet war. Diese Definition hat den Vorteil, Aufschluss über die Gesamtdauer der bisherigen Such- und Bewerbungsprozesse der Jugendlichen zu geben.

Im Hinblick auf die Struktur der Bewerber/-innen war für das Berichtsjahr 2011/2012 Folgendes festzustellen: Die Verteilung nach Geschlecht unterschied sich insgesamt nicht nennenswert zwischen den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang in den Vorjahren (Männer: 54,7 %, Frauen: 45,3 %) und denjenigen mit Schulabgang im aktuellen Jahr (Männer: 55,4 %, Frauen: 44,6 %) → **Tabelle A1.3-5**. In beiden Bewerbergruppen waren junge Männer demnach deutlich häufiger vertreten als junge Frauen. Dies traf auch bei einer Differenzierung nach alten und neuen Ländern zu → **Tabelle A1.3-6, Tabelle A1.3-7**.

Insgesamt verfügten die Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren wesentlich seltener über einen mittleren Schulabschluss (35,9 %) oder die (Fach-)Hochschulreife (15,4 %) als diejenigen, die erst im Berichtsjahr die Schule beendet hatten

Tabelle A1.3-5: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2011/2012 gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr[1]							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	308.672	55,1	178.912	55,4	127.022	54,7	53.220	53,9	73.802	55,4
weiblich	251.205	44,9	143.891	44,6	105.020	45,3	45.606	46,1	59.414	44,6
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	9.303	1,7	2.261	0,7	6.445	2,8	2.208	2,2	4.237	3,2
Hauptschulabschluss	164.460	29,4	74.386	23,0	88.392	38,1	31.117	31,5	57.275	43,0
Realschulabschluss	237.778	42,5	153.328	47,5	83.342	35,9	35.065	35,5	48.277	36,2
Fachhochschulreife	69.903	12,5	50.104	15,5	19.599	8,4	11.807	11,9	7.792	5,8
allgemeine Hochschulreife	58.737	10,5	42.253	13,1	16.352	7,0	11.050	11,2	5.302	4,0
keine Angabe	19.696	3,5	471	0,1	17.912	7,7	7.579	7,7	10.333	7,8
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	92.780	16,6	86.788	26,9	5.701	2,5	3.191	3,2	2.510	1,9
Berufsausbildung	301.593	53,9	172.811	53,5	127.035	54,7	62.541	63,3	64.494	48,4
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*261.829*	*46,8*	*165.897*	*51,4*	*94.669*	*40,8*	*51.215*	*51,8*	*43.454*	*32,6*
Berufsausbildung gefördert	*39.764*	*7,1*	*6.914*	*2,1*	*32.366*	*13,9*	*11.326*	*11,5*	*21.040*	*15,8*
Erwerbstätigkeit	27.927	5,0	5.612	1,7	21.681	9,3	5.529	5,6	16.152	12,1
gemeinnützige/soziale Dienste	9.165	1,6	6.504	2,0	2.634	1,1	1.690	1,7	944	0,7
Fördermaßnahmen	22.829	4,1	13.526	4,2	9.089	3,9	4.094	4,1	4.995	3,7
ohne Angabe eines Verbleibs	105.583	18,9	37.562	11,6	65.902	28,4	21.781	22,0	44.121	33,1
Insgesamt	**559.877**	**100,0**	**322.803**	**100,0**	**232.042**	**100,0**	**98.826**	**100,0**	**133.216**	**100,0**

[1] Im Berichtsjahr 2011/2012 war für insgesamt 5.032 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

(47,5 % bzw. 28,6 %) → **Tabelle A1.3-5**. Dagegen kam bei ihnen ein Hauptschulabschluss mit einem Anteil von 38,1 % wesentlich häufiger vor als bei Bewerbern und Bewerberinnen mit aktuellem Schulabgang (23,0 %). Besonders oft besaßen Bewerber/-innen, die die Schule bereits im Vorvorjahr oder früher beendet hatten, einen Hauptschulabschluss (43,0 %). Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass für insgesamt 7,7 % der Bewerber/-innen aus vorangegangenen Schulabgangsjahren keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen, während für diejenigen, die die Schule im Berichtsjahr verließen, nahezu vollständige Informationen hierzu vorhanden waren. Sowohl in den alten Ländern als auch in den neuen Ländern war bei Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren ein Hauptschulabschluss wesentlich stärker verbreitet als bei denjenigen mit aktuellem Schulabgang → **Tabelle A1.3-6**, **Tabelle A1.3-7**.

Auch hinsichtlich des Verbleibs gab es erhebliche Unterschiede: So konnten 51,4 % der Bewerber/-innen, die im Berichtsjahr von der Schule abgegangen waren, in eine ungeförderte Berufsausbildung vermittelt werden, während dies bei einem früheren Verlassen der Schule nur auf 40,8 % zutraf → **Tabelle A1.3-5**. Von denjenigen, die die Schule bereits im Vorvorjahr oder noch eher beendet hatten, waren es sogar nur 32,6 %. Allerdings gab es eine starke Kompensation durch die geförderte Berufsausbil-

Tabelle A1.3-6: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2011/2012 gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – alte Länder**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr[1]							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	257.092	55,0	153.410	55,2	101.655	54,8	44.628	53,6	57.027	55,7
weiblich	210.147	45,0	124.443	44,8	84.012	45,2	38.666	46,4	45.346	44,3
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	6.453	1,4	1.715	0,6	4.330	2,3	1.549	1,9	2.781	2,7
Hauptschulabschluss	138.250	29,6	65.427	23,5	71.601	38,6	26.309	31,6	45.292	44,2
Realschulabschluss	197.567	42,3	130.432	46,9	66.332	35,7	29.916	35,9	36.416	35,6
Fachhochschulreife	63.949	13,7	46.418	16,7	17.361	9,4	10.636	12,8	6.725	6,6
allgemeine Hochschulreife	46.046	9,9	33.484	12,1	12.454	6,7	8.723	10,5	3.731	3,6
keine Angabe	14.974	3,2	377	0,1	13.589	7,3	6.161	7,4	7.428	7,3
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	83.233	17,8	78.367	28,2	4.639	2,5	2.688	3,2	1.951	1,9
Berufsausbildung	248.396	53,2	144.374	52,0	102.777	55,4	52.559	63,1	50.218	49,1
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*217.415*	*46,5*	*139.037*	*50,0*	*77.475*	*41,7*	*43.578*	*52,3*	*33.897*	*33,1*
Berufsausbildung gefördert	*30.981*	*6,6*	*5.337*	*1,9*	*25.302*	*13,6*	*8.981*	*10,8*	*16.321*	*15,9*
Erwerbstätigkeit	23.828	5,1	5.031	1,8	18.275	9,8	4.994	6,0	13.281	13,0
gemeinnützige/soziale Dienste	7.679	1,6	5.446	2,0	2.213	1,2	1.481	1,8	732	0,7
Fördermaßnahmen	20.109	4,3	12.383	4,5	7.565	4,1	3.658	4,4	3.907	3,8
ohne Angabe eines Verbleibs	83.994	18,0	32.252	11,6	50.198	27,0	17.914	21,5	32.284	31,5
Insgesamt	**467.239**	**100,0**	**277.853**	**100,0**	**185.667**	**100,0**	**83.294**	**100,0**	**102.373**	**100,0**

[1] Im Berichtsjahr 2011/2012 war für insgesamt 3.719 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

dung: War die Schule in vorherigen Berichtsjahren verlassen worden, mündeten 13,9 % in ein solches Ausbildungsverhältnis ein. Somit war der Anteil der Bewerber/-innen, die insgesamt in eine (geförderte oder ungeförderte) Berufsausbildung vermittelt wurden, bei einem Schulabgang in Vorjahren mit 54,7 % sogar etwas höher als bei einem Abgang im aktuellen Berichtsjahr (53,5 %). Besonders häufig konnte eine Berufsausbildung aufgenommen werden, wenn die Schule ein Jahr zuvor beendet worden war (63,3 %), dagegen gelang dies bei einem noch früheren Schulende weit seltener (48,4 %).

Zwischen alten und neuen Ländern waren im Hinblick auf den Verbleib relativ starke Abweichungen zu verzeichnen: In den alten Ländern konnten 55,4 % der Bewerber/-innen, die vor dem Berichtsjahr von der Schule abgingen, in eine (geförderte oder ungeförderte) Berufsausbildung vermittelt werden, von denjenigen, die aktuell die Schule verlassen hatten, waren es 52,0 % → **Tabelle A1.3-6**, **Tabelle A1.3-7**. In den neuen Ländern, in denen die Vermittlungsquote in Berufsausbildung im Vergleich zu den alten Ländern insgesamt höher lag, war dies umgekehrt: Wurde die Schule hier bereits in vorangegangenen Jahren beendet, nahmen 52,3 % der Bewerber/-innen eine Berufsausbildung auf, während es bei einem Schulabgang im Berichtsjahr immerhin 63,3 % waren.

Insgesamt lagen den Arbeitsagenturen und Jobcentern von den Bewerbern und Bewerberinnen, die die Schule bereits in früheren Jahren verlassen hatten, wesentlich häufiger keine Informationen zum Verbleib vor als

Tabelle A1.3-7: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2011/2012 gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – neue Länder**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr[1]							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	51.479	55,7	25.437	56,7	25.333	54,7	8.577	55,4	16.756	54,4
weiblich	40.950	44,3	19.392	43,3	20.958	45,3	6.917	44,6	14.041	45,6
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	2.849	3,1	546	1,2	2.114	4,6	658	4,2	1.456	4,7
Hauptschulabschluss	26.161	28,3	8.926	19,9	16.775	36,2	4.802	31,0	11.973	38,9
Realschulabschluss	40.150	43,4	22.858	51,0	16.987	36,7	5.143	33,2	11.844	38,5
Fachhochschulreife	5.927	6,4	3.672	8,2	2.225	4,8	1.162	7,5	1.063	3,5
allgemeine Hochschulreife	12.628	13,7	8.733	19,5	3.871	8,4	2.313	14,9	1.558	5,1
keine Angabe	4.714	5,1	94	0,2	4.319	9,3	1.416	9,1	2.903	9,4
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	9.508	10,3	8.386	18,7	1.058	2,3	499	3,2	559	1,8
Berufsausbildung	53.100	57,4	28.378	63,3	24.221	52,3	9.961	64,3	14.260	46,3
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*44.318*	*47,9*	*26.801*	*59,8*	*17.158*	*37,1*	*7.616*	*49,2*	*9.542*	*31,0*
Berufsausbildung gefördert	*8.782*	*9,5*	*1.577*	*3,5*	*7.063*	*15,3*	*2.345*	*15,1*	*4.718*	*15,3*
Erwerbstätigkeit	4.077	4,4	576	1,3	3.390	7,3	532	3,4	2.858	9,3
gemeinnützige/soziale Dienste	1.486	1,6	1.058	2,4	421	0,9	209	1,3	212	0,7
Fördermaßnahmen	2.716	2,9	1.141	2,5	1.522	3,3	436	2,8	1.086	3,5
ohne Angabe eines Verbleibs	21.542	23,3	5.290	11,8	15.679	33,9	3.857	24,9	11.822	38,4
Insgesamt	**92.429**	**100,0**	**44.829**	**100,0**	**46.291**	**100,0**	**15.494**	**100,0**	**30.797**	**100,0**

[1] Im Berichtsjahr 2011/2012 war für insgesamt 1.309 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

von denjenigen mit aktuellem Schulabgang (28,4 % vs. 11,6 %). Während der Anteil der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen 22,0 % betrug, wenn die Schule im Vorjahr verlassen wurde, fiel er mit 33,1 % besonders hoch aus, wenn der Schulabgang schon länger zurücklag. Dies deutet darauf hin, dass die Neigung der Bewerber/-innen, sich nicht mehr bei der Arbeitsverwaltung zurückzumelden, mit der Dauer der Ausbildungsplatzsuche deutlich anstieg.

An dieser Stelle soll auch kurz auf die Ergebnisse eingegangen werden, die die BA-Statistik inzwischen zusätzlich über die Bewerber/-innen ausweist, die nicht erstmals im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters eine Ausbildungsstelle gesucht haben E. Von den insgesamt 559.877 Bewerbern und Bewerberinnen waren im Berichtsjahr 2011/2012 demnach 162.550 bereits in einem der beiden Vorjahre als Ausbildungsstellenbewerber/-in registriert – dies entspricht einem Anteil von 29,0 %. In den alten Ländern war der betreffende Anteil mit 29,3 % etwas höher als in den neuen Ländern mit 27,7 %.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen zum 30. September

Die unbesetzten Berufsausbildungsstellen E in Betrieben stellen auf der Angebotsseite und die zum 30. September noch Ausbildungsstellen suchenden Bewerber/-innen auf der Nachfrageseite die bei der Vermittlung nicht zum Zuge gekommenen „Restgrö-

ßen“ in der Bilanz des Ausbildungsstellenmarkts dar. Diese Größen gehen in die Berechnung des Gesamtangebots und der Gesamtnachfrage ein (**vgl. Kapitel A1.1**).

E Zum 30. September noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen

Die Bundesagentur für Arbeit definiert unbesetzte Berufsausbildungsstellen als alle gemeldeten Berufsausbildungsstellen, die bis zum Stichtag am 30. September nicht besetzt und nicht zurückgezogen wurden. Das heißt, unbesetzte Ausbildungsstellen sind betriebliche Berufsausbildungsstellen[27], die im Laufe des Berichtsjahres gemeldet wurden und am 30. September immer noch zur Vermittlung zur Verfügung stehen.

Zum 30. September noch unvermittelte Bewerber/-innen

Nach § 86 Absatz 2b BBiG ist die Zahl der bei der BA gemeldeten und am 30. September noch Ausbildungsplätze suchenden Bewerber/-innen zu berichten. Diese auch als noch unvermittelte Bewerber/-innen bezeichnete Gruppe setzt sich aus den offiziell unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen und den alternativ verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch zusammen.[28]

Im Berichtsjahr 2011/2012 konnten von den 517.086 gemeldeten Stellen insgesamt 483.811 (93,6 %) besetzt werden.[29] Der Anteil der noch unbesetzten Stellen (33.275) lag mit 6,4 % leicht höher als im Vorjahr (5,7 % bzw. 29.689) und höher als im Berichtsjahr 2009/2010 (19.605 bzw. 4,1 %).

Der Anteil der noch unvermittelten Bewerber/-innen an allen Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen veränderte sich im Vergleich zum Berichtsjahr 2010/2011 kaum → **Tabelle A1.3-8**. Während ihr Anteil im Vorjahr bei 13,3 % (72.143) lag, waren es aktuell 13,6 % (bzw. 76.029), für die auch nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2012 die Vermittlungsbemühungen weiterliefen. Was den Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen betrifft, so zeigte sich eine starke regionale Varianz: In den alten Bundesländern fiel er höher aus (14,0 % bzw. 65.492) als in den neuen Ländern (11,4 % bzw. 10.515). Der höchste Anteil an unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen wurde in Hamburg (21,3 %) und der niedrigste in Mecklenburg-Vorpommern (7,5 %) registriert. In allen neuen Ländern hat der Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Der höchste Zuwachs wurde in Berlin (16,7 % vs. 11,9 %) registriert.

Betrachtet man die Relation der unbesetzten Ausbildungsstellen zu den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen, so zeigte sich 2011/2012 eine große rechnerische Lücke: Auf Bundesebene betrug die Stellen-Bewerber-Relation 0,44. Das heißt, einem unvermittelten Bewerber bzw. einer unvermittelten Bewerberin stand rechnerisch noch nicht einmal eine Ausbildungsstelle zur Verfügung – und dennoch hat sich das Verhältnis im Vergleich zu früheren Berichtsjahren (2009/2010: 0,23 Ausbildungsstellen je Bewerber/-in) zugunsten der unvermittelten Bewerber/-innen verbessert. Gleichwohl fiel die Verbesserung im Vergleich zum vorherigen Berichtsjahr 2010/2011 (0,41 Ausbildungsstellen je Bewerber/-in) nur moderat aus. In den neuen Ländern verschlechterte sich die Situation 2011/2012 im Vergleich zum Vorjahr zuungunsten der Bewerber/-innen (0,59 vs. 0,62). Dennoch schnitten die neuen Länder aktuell durchschnittlich (0,59) besser ab als die alten Bundesländer (0,41). Wie schon im Vorjahr gestalteten sich die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern besonders günstig. Hier standen im Berichtsjahr 2011/2012 einem bzw. einer unvermittelten Bewerber/-in rein rechnerisch fast 2 Stellen (1,96 Stellen) zur Verfügung. In Bayern (1,32) und in Thüringen (1,14) stand jedem Bewerber bzw. jeder Bewerberin rein

27 Zur Definition von betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen siehe: **http://www.bibb.de/de/wlk30323.htm**.

28 Der Berufsbildungsbericht sowie der Datenreport zum Berufsbildungsbericht berücksichtigen seit einigen Jahren die so definierte Personengruppe. In der Vergangenheit wurden in der Berichterstattung meist nur die offiziell unversorgten Bewerber/-innen betrachtet. Bisweilen wird der Kreis der unvermittelten Bewerber/-innen auch aktuell noch abweichend definiert: Zum Beispiel zählt der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs lediglich die offiziell unversorgten Bewerber/-innen zu den erfolglosen Ausbildungsbewerbern und -bewerberinnen und lässt die alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch außen vor, obwohl für diese die Vermittlungsbemühungen der BA weiterlaufen.

29 Der Anteil der besetzten Ausbildungsstellen ist nicht identisch mit der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (**vgl. Kapitel A1.1**), da die Inanspruchnahme der BA durch die Arbeitgeber freiwillig ist und somit durch die Ausbildungsmarktstatistik nicht alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Deutschland erfasst werden können.

Tabelle A1.3-8: **Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne Jobcenter der zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. Jobcenter der zkT) der Berichtsjahre 2011/2012 und 2010/2011[1] nach Ländern[2]**

Bundesland	gemeldete Ausbildungsstellen		unbesetzte Ausbildungsstellen[5]		Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen an den gemeldeten Ausbildungsstellen in %		gemeldete Bewerber/-innen		unvermittelte Bewerber/-innen		Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen an den gemeldeten Bewerber/-innen in %		unbesetzte Ausbildungsplätze je unvermittelten Bewerber bzw. unvermittelte Bewerberin	
	2011/2012	2010/2011	2011/2012	2010/2011	2011/2012	2010/2011	2011/2012	2010/2011	2011/2012	2010/2011	2011/2012	2010/2011	2011/2012	2010/2011
Baden-Württemberg	74.328	72.466	5.548	4.625	7,5	6,4	65.126	67.918	8.390	8.927	12,9	13,1	0,66	0,52
Bayern	94.433	89.684	9.472	7.726	10,0	8,6	81.998	83.757	7.167	7.742	8,7	9,2	1,32	1,00
Berlin	14.553	14.802	451	445	3,1	3,0	21.611	19.915	3.613	2.379	16,7	11,9	0,12	0,19
Brandenburg	13.501	17.324	914	914	6,8	5,3	14.702	14.757	1.917	1.875	13,0	12,7	0,48	0,49
Bremen[3]	4.672	5.007	234	181	5,0	3,6	4.485	4.438	759	788	16,9	17,8	0,31	0,23
Hamburg	10.625	9.550	169	97	1,6	1,0	8.338	7.493	1.778	1.078	21,3	14,4	0,10	0,09
Hessen	36.460	37.152	1.945	2.716	5,3	7,3	44.839	42.273	6.450	6.209	14,4	14,7	0,30	0,44
Mecklenburg-Vorpommern	12.018	12.664	1.304	1.194	10,9	9,4	8.902	9.010	666	583	7,5	6,5	1,96	2,05
Niedersachsen[4]	53.586	53.993	2.581	2.439	4,8	4,5	67.988	64.543	11.271	11.220	16,6	17,4	0,23	0,22
Nordrhein-Westfalen	104.151	106.172	4.694	4.443	4,5	4,2	140.841	132.294	21.451	20.650	15,2	15,6	0,22	0,22
Rheinland-Pfalz	25.868	25.704	1.122	1.153	4,3	4,5	29.233	26.958	4.373	3.835	15,0	14,2	0,26	0,30
Saarland	6.357	6.779	353	323	5,6	4,8	6.509	6.065	871	786	13,4	13,0	0,41	0,41
Sachsen	20.858	22.044	1.645	1.093	7,9	5,0	21.711	21.013	2.049	1.509	9,4	7,2	0,80	0,72
Sachsen-Anhalt	13.058	13.396	730	730	5,6	5,4	13.950	14.080	1.292	1.162	9,3	8,3	0,57	0,63
Schleswig-Holstein	18.114	18.168	872	678	4,8	3,7	17.882	16.380	2.982	2.531	16,7	15,5	0,29	0,27
Thüringen	14.121	14.182	1.119	799	7,9	5,6	11.553	11.966	978	852	8,5	7,1	1,14	0,94
alte Länder	**428.594**	**424.675**	**26.990**	**24.381**	**6,3**	**5,7**	**467.239**	**452.119**	**65.492**	**63.766**	**14,0**	**14,1**	**0,41**	**0,38**
neue Länder	**88.109**	**94.412**	**6.163**	**5.175**	**7,0**	**5,5**	**92.429**	**90.741**	**10.515**	**8.360**	**11,4**	**9,2**	**0,59**	**0,62**
Bundesgebiet	**517.086**	**519.555**	**33.275**	**29.689**	**6,4**	**5,7**	**559.877**	**543.030**	**76.029**	**72.143**	**13,6**	**13,3**	**0,44**	**0,41**

[1] Es handelt sich hierbei um nachträglich korrigierte Zahlen (20. Oktober 2012).
[2] Nur Ausbildung im dualen System und ohne Bewerber/-innen mit Wohnsitz im Ausland.
[3] Einschließlich der niedersächsischen Gebiete, die zu den bremischen Arbeitsamtsbezirken gehören.
[4] Ohne die Gebiete, die zu den bremischen Arbeitsamtsbezirken gehören.
[5] Nur Ausbildung im dualen System und ohne jene unbesetzten Ausbildungsstellen, die für die Bundesagentur für Arbeit regional nicht zuzuordnen sind.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A1.3-9: **Unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. Jobcenter der zkT) nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter in den Berichtsjahren 2011/2012 und 2010/2011**

	Berichtsjahr 2011/2012						Berichtssjahr 2010/2011[1]					
	Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder		Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht												
männlich	42.062	55,3	36.304	55,4	5.749	54,7	39.780	55,1	35.160	55,1	4.614	55,2
weiblich	33.967	44,7	29.188	44,6	4.766	45,3	32.363	44,9	28.606	44,9	3.746	44,8
Schulabschluss												
ohne Hauptschulabschluss	1.548	2,0	966	1,5	582	5,5	1.412	2,0	1.039	1,6	373	4,5
Hauptschulabschluss	23.304	30,7	19.629	30,0	3.670	34,9	23.146	32,1	20.330	31,9	2.812	33,6
Realschulabschluss	30.987	40,8	26.998	41,2	3.985	37,9	30.131	41,8	26.774	42,0	3.355	40,1
Fachhochschulreife	11.114	14,6	10.463	16,0	645	6,1	9.752	13,5	9.236	14,5	513	6,1
allgemeine Hochschulreife	6.846	9,0	5.736	8,8	1.106	10,5	5.449	7,6	4.552	7,1	890	10,6
keine Angaben	2.230	2,9	1.700	2,6	527	5,0	2.253	3,1	1.835	2,9	417	5,0
besuchte Schule												
allgemeinbildende Schule	30.882	40,6	23.958	36,6	6.915	65,8	28.283	39,2	22.799	35,8	5.479	65,5
berufsbildende Schule	40.313	53,0	37.717	57,6	2.588	24,6	39.326	54,5	37.158	58,3	2.159	25,8
Hochschule und Akademien	2.234	2,9	1.863	2,8	370	3,5	1.654	2,3	1.381	2,2	271	3,2
keine Angabe	1.845	2,4	1.411	2,2	432	4,1	2.385	3,3	2.090	3,3	294	3,5
Staatsangehörigkeit												
deutsch	65.411	86,0	55.688	85,0	9.709	92,3	61.986	85,9	54.135	84,9	7.839	93,8
ausländisch	10.458	13,8	9.666	14,8	784	7,5	10.014	13,9	9.494	14,9	515	6,2
darunter:												
türkisch	5.245	6,9	4.928	7,5	317	3,0	5.156	7,1	4.939	7,7	217	2,6
italienisch	834	1,1	–	–	–	–	834	1,2	–	–	–	–
Alter												
15 Jahre und jünger	2.322	3,1	2.141	3,3	181	1,7	2.387	3,3	2.203	3,5	183	2,2
16 bis 18 Jahre	33.493	44,1	29.518	45,1	3.967	37,7	33.389	46,3	30.038	47,1	3.347	40,0
19 bis 20 Jahre	20.570	27,1	18.074	27,6	2.489	23,7	19.576	27,1	17.551	27,5	2.023	24,2
21 bis 24 Jahre	16.805	22,1	13.731	21,0	3.068	29,2	14.667	20,3	12.322	19,3	2.338	28,0
25 Jahre und älter	2.839	3,7	2.028	3,1	810	7,7	2.124	2,9	1.652	2,6	469	5,6
Insgesamt	**76.029**	**100,0**	**65.492**	**100,0**	**10.515**	**100,0**	**72.143**	**100,0**	**63.766**	**100,0**	**8.360**	**100,0**

[1] Es handelt sich hierbei um nachträglich korrigierte Zahlen (20. Oktober 2012).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

rechnerisch gut eine Ausbildungsstelle gegenüber. In allen übrigen Ländern gab es zum 30. September 2012 mehr unvermittelte Bewerber/-innen als noch unbesetzte Ausbildungsstellen.

Neben der starken regionalen Varianz gewinnen zunehmend berufsspezifische Disparitäten an Relevanz. So fiel im letzten Berichtsjahr 2010/2011 die bundesweite Stellen-Bewerber-Relation z. B. in der Gruppe der technischen Berufe (0,13) oder der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe (0,14) unterdurchschnittlich aus. Demgegenüber war die Relation bei den Ernährungsberufen (1,58) und den Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe (1,26) deutlich günstiger. Hier konnten sogar Stellenüberhänge registriert werden. Berufsspezifische Analysen zu dem Verhältnis zwischen unbesetzten Stellen und unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen sind für das Berichtsjahr 2011/2012 jedoch nicht möglich, da dem BIBB hierzu keine Daten vorliegen.

Unvermittelte Bewerber/-innen nach Strukturmerkmalen

33.967 junge Frauen und 42.062 junge Männer blieben 2011/2012 insgesamt unvermittelt und suchten am Ende des Berichtsjahrs weiterhin nach einer Ausbildungsstelle. Nur sehr wenige unvermittelte Bewerber/-innen (1.548 bzw. 2,0 %) verfügten über keinen Hauptschulabschluss. 30,7 % (23.304) wiesen einen Hauptschulabschluss auf. Jugendliche mit mittleren Abschlüssen bildeten wie auch schon im letzten Berichtsjahr den größten Anteil der unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber/-innen (30.987 bzw. 40,8 %). Rund ein Viertel der unvermittelten Bewerber/-innen in Deutschland besaß eine Studienberechtigung (23,6 % bzw. 17.960). Der Anteil der Bewerber/-innen, zu denen keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen, fiel mit 2,9 % bzw. 2.230 verhältnismäßig gering aus.

13,8 % aller unvermittelten Bewerber/-innen besaßen eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit. Damit lag die Ausländerquote bei den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen etwas höher als in der Gesamtgruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen (11,6 %). Einen Überblick über die Strukturmerkmale der unvermittelten Bewerber/-innen gibt → **Tabelle A1.3-9**.

Zusammenfassung

Nach kontinuierlichen Rückgängen bei der Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen wurde im Berichtsjahr 2011/2012 bundesweit eine leichte Zunahme von 3,1 % verzeichnet. Diese fiel in den alten Ländern prozentual etwas höher aus als in den neuen Ländern (+3,3 % vs. +1,9 %). Obwohl mehr Bewerber und Bewerberinnen als im Vorjahr bei der BA registriert waren (559.877), lag ihre Zahl beträchtlich unter der des Berichtsjahrs 1997/1998 (796.566).

Gleichzeitig veränderte sich die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen im Berichtsjahr 2011/2012 kaum. Diese Entwicklung führte dazu, dass wie bereits im Vorjahr lediglich rund die Hälfte (51,2 %) der gemeldeten Bewerber/-innen eine Ausbildungsstelle erhielten. Besonders selten mündeten Jugendliche in eine Ausbildung ein, die die Schule bereits vor mehr als 2 Jahren verlassen hatten.

Das bedeutet, insgesamt 48,8 % der gemeldeten ausbildungsreifen Bewerber/-innen mündeten nicht in eine Ausbildung ein oder ihr Verbleib war nicht bekannt. Zum Ende des Ausbildungsvermittlungsjahres am 30. September 2012 befanden sich noch 76.029 (13,6 %) Bewerber/-innen offiziell auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle. Dies waren 0,3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (13,3 %). Den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen standen 33.275 (6,4 %) noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen gegenüber. Damit war der Anteil der unbesetzten Stellen zwar um 0,7 Prozentpunkte gestiegen, lag aber nur halb so hoch wie die Zahl der offiziell noch suchenden Bewerber/-innen.

Lediglich in 3 Bundesländern war das Angebot – zumindest rein rechnerisch – ausreichend. In den übrigen 13 Ländern suchten wesentlich mehr Bewerber/-innen nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2012 noch nach einer Ausbildungsstelle, als noch unbesetzte Stellen registriert waren.

(Ursula Beicht, Verena Eberhard)

A1.4 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung

Die Ausbildungschancen von Jugendlichen und die Möglichkeiten von Betrieben, angebotene Ausbildungsstellen zu besetzen, können regional erheblich variieren. Um regionale Unterschiede im Ausbildungsmarktgeschehen abzubilden, wird im Folgenden die Entwicklung des Ausbildungsangebots und der Ausbildungsnachfrage auf der Ebene von Arbeitsagenturbezirken E vergleichend dargestellt. Neben zuvor bereits verwendeten Indikatoren, wie die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge und unbesetzter Ausbildungsstellen, die Zahl der Schulabsolventen/-absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen, der Umfang überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsverhältnisse und die Angebots-Nachfrage-Relation (**vgl. Kapitel A1.1 bis A1.3**), dient die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Fassung E als zentraler Indikator zur Beschreibung der regionalen Ausbildungsstellenmärkte.

E Regionale Differenzierung nach Arbeitsagenturbezirken

Zum 1. Januar 2013 hat die Bundesagentur für Arbeit die schrittweise vorgenommene Änderung ihrer Gebietsstruktur abgeschlossen. Mit dieser Restrukturierung ist der Zuschnitt der Arbeitsagenturbezirke an bestehenden Kreisgrenzen ausgerichtet und die Anzahl der Agenturbezirke auf 156 reduziert worden. Grundlage der vorliegenden Analyse ist die bisherige Gebietsstruktur mit Stand 31. Dezember 2011, die nach Zusammenfassung der Berliner Arbeitsagenturbezirke 176 Regionen unterscheidet.

Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Fassung

Anders als die allgemeine Angebots-Nachfrage-Relation (**vgl. Kapitel A1.1**) bezieht sich die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation beim Ausbildungsangebot ausschließlich auf betriebliche Ausbildungsstellen und lässt überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze unberücksichtigt. In der erweiterten Fassung berücksichtigt sie bei der Nachfrage zusätzlich auch Jugendliche, die zwar in eine Alternative zur gewünschten Ausbildung gemündet sind, sich aber weiterhin an einem betrieblichen Ausbildungsplatz interessiert zeigen. Sofern nicht anders ausgewiesen, legen die nachfolgenden Angaben zur betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation die erweiterte Fassung zugrunde.

Im Berichtsjahr 2012 entfielen bundesweit 89 betriebliche Ausbildungsstellenangebote auf 100 Nachfragende nach erweiterter Definition. Mit einem Zuwachs um 0,4 Punkte stieg die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation im Vergleich zum Vorjahr nur leicht an und blieb weiterhin deutlich von einem ausgeglichenen Verhältnis entfernt → **Tabelle A1.4-1**. Die schwach positive Gesamttendenz auf dem Ausbildungsstellenmarkt machte sich allerdings nicht in allen Regionen Deutschlands bemerkbar. Zwar verzeichneten 108 Arbeitsagenturbezirke (61,4 %) einen Anstieg der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation, in den übrigen 68 Bezirken (38,6 %) ging jedoch das Ausbildungsplatzangebot im Verhältnis zur Nachfrage zurück. Am stärksten waren die Anstiege in den südsächsischen Bezirken Zwickau, Bautzen und Plauen mit Zuwächsen zwischen 13,4 und 8,1 Prozentpunkten. Die größten Verlustraten verzeichneten die Agenturbezirke Oschatz, Merseburg und Nordhorn mit Rückgängen von -10,2 bis -6,4 Prozentpunkten.

Über alle Arbeitsagenturbezirke variierte die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation zwischen 69,1 und 112,2. Mit einer um 5,2 Prozentpunkte gewachsenen Spannweite war die Streuung etwas größer als 2011. Die niedrigsten Quotienten entfielen auf die Agenturbezirke Meschede, Iserlohn und Siegen, die höchsten auf die Bezirke Stralsund, Freising und Passau → **Schaubild A1.4-1**.

Obwohl sich das Verhältnis von betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen zur Ausbildungsplatznachfrage rechnerisch leicht verbessert hat, ist die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen nach erweiterter Definition bundesweit um 5,4 % gestiegen. Insgesamt verzeichnete die Hälfte aller Agenturbezirke einen gewachsenen Bestand an unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen, in fast jedem fünften Bezirk (19,3 %) nahm ihre Zahl um mehr als 50 % zu. Die höchste prozentuale Steigerung lag bei 210,3 % (Lübeck), der stärkste anteilige Verlust betrug 54,3 % (Chemnitz). Gleichzeitig nahm auch die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen zu und erhöhte sich bundesweit

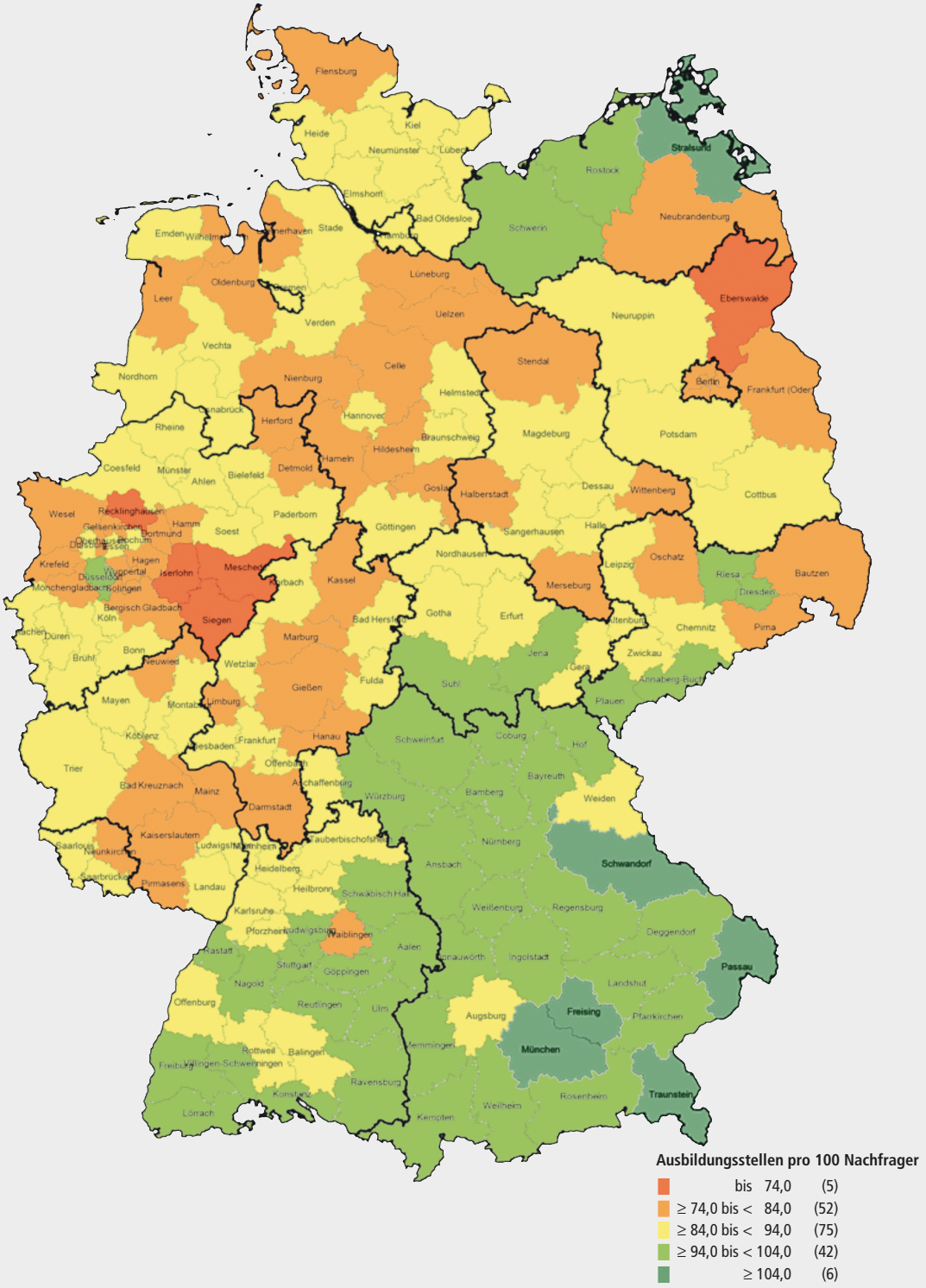
Tabelle A1.4-1: **Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2012**

Indikatoren zur regionalen Situation und deren Entwicklung	Ausbildungsmarktsituation 2012			
	überdurchschnittlich	durchschnittlich	unterdurchschnittlich	insgesamt
Ausbildungsmarktsituation in den Arbeitsagenturbezirken 2011[1]				
überdurchschnittlich	40	2	1	43
durchschnittlich	15	45	16	76
unterdurchschnittlich	0	12	45	57
insgesamt	55	59	62	176
Ausbildungsstellenmarkt				
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	179.611	185.696	185.965	551.272
Veränderung gegenüber 2011 (in %)	-3,1	-3,0	-3,4	-3,2
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach erweiterter Definition[2]	98,2	89,3	80,9	89,0
Veränderung gegenüber 2011	2,1	1,0	-1,5	0,4
Angebots-Nachfrage-Relation nach alter Definition	108,6	102,3	98,7	103,1
Veränderung gegenüber 2011	1,4	0,4	-1,8	-0,1
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach erweiterter Definition nach Zuständigkeitsbereichen				
Industrie und Handel	–	–	–	86,5
Handwerk	–	–	–	92,8
Freie Berufe	–	–	–	99,5
Öffentlicher Dienst	–	–	–	91,4
Landwirtschaft	–	–	–	99,8
Hauswirtschaft	–	–	–	37,4
Seeschifffahrt	–	–	–	100,0
Ausbildungsangebot				
Gesamtangebot	196.908	194.633	192.884	584.425
Veränderung gegenüber 2011 (in %)	-1,5	-2,1	-3,6	-2,4
Betrieblich angebotene Ausbildungsstellen	191.122	187.031	180.370	558.523
Veränderung gegenüber 2011 (in %)	-1,1	-1,2	-3,0	-1,8
Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsstellen	5.786	7.602	12.514	25.902
Veränderung gegenüber 2011 (in %)	-14,2	-20,5	-11,5	-15,0
Unbesetzte Ausbildungsstellen	17.297	8.937	6.919	33.153
Veränderung gegenüber 2011 (in %)	18,0	22,5	-9,0	12,2
Betrieblich angebotene Ausbildungsstellen pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen[3]	71,6 (76,9)	68,4 (72,0)	58,0 (60,6)	65,6 (69,3)
Veränderung gegenüber 2011	4,4 (0,8)	-2,0 (-0,8)	-3,3 (-2,9)	-0,5 (-1,1)
Unbesetzte Ausbildungsstellen pro 100 betrieblich abgebotene Ausbildungsstellen	9,1	4,8	3,8	5,9
Veränderung gegenüber 2011	1,5	0,9	-0,3	0,7
Unbesetzte Ausbildungsstellen pro 100 unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition	114,7	37,5	18,7	43,6
Veränderung gegenüber 2011	21,7	5,7	-4,1	2,6
Ausbildungsnachfrage				
Gesamtnachfrage nach erweiterter Definition	194.696	209.541	223.042	627.279
Veränderung gegenüber 2011 (in %)	-3,2	-2,3	-1,3	-2,2
Gesamtnachfrage nach alter Definition	181.309	190.255	195.356	566.920
Veränderung gegenüber 2011 (in %)	-2,8	-2,5	-1,9	-2,4
Gesamtbestand unversorgter Bewerber/-innen nach erweiterter Definition	15.085	23.845	37.077	76.007
Veränderung gegenüber 2011 (in %)	-4,3	3,9	11,0	5,4
Nachfrager/-innen nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	72,9	76,7	71,7	73,7
Veränderung gegenüber 2011	3,0	-3,1	-2,8	-0,9
Unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	5,6	8,7	11,9	8,9
Veränderung gegenüber 2011	0,1	0,2	0,9	0,5

[1] Referenzwert für die Klassifizierung der Ausbildungsmarktsituation ist die durchschnittliche betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach erweiterter Definition im Jahr 2012.
[2] Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation = Gesamtzahl betrieblicher Ausbildungsverträge zuzüglich unbesetzter Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager/-innen nach erweiterter Definition.
[3] In Klammern angegebene Werte beziehen sich auf um doppelte Abiturjahrgänge bereinigte Schulabgängerzahlen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit

Schaubild A1.4-1: **Betriebliche Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2012**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September, Bundesagentur für Arbeit

um 12,2 %. Insgesamt verzeichneten 118 Agenturbezirke (67,0 %) eine Zunahme der unbesetzten Ausbildungsstellen, in 35 Bezirken (19,8 %) stieg deren Anzahl um mindestens die Hälfte. Die Bandbreite der Veränderungsraten reichte von -83,5 % (Bad Kreuznach) bis +650 % (Korbach).

Starke regionale Disparitäten auf dem Ausbildungsstellenmarkt zeigen sich auch an der Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Während eine große Mehrheit der Arbeitsagenturbezirke einen Rückgang bei den Neuabschlüssen verzeichnete, konnte die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in 24 Arbeitsagenturbezirken (13,6 %) zulegen, in einem weiteren Bezirk blieb sie unverändert. Insgesamt variierte die Veränderungsrate zwischen -25,2 % (Zwickau) und +13,0 % (Düren).

Ähnlich wie im Jahr 2011 war die Ausbildungsmarktsituation in zahlreichen Agenturbezirken durch vermehrte Schulabgänger/-innen infolge doppelter Abiturjahrgänge gekennzeichnet. In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen und Hessen[30] legten Schüler/-innen mit 13-jähriger und Schüler/-innen mit 12-jähriger Schulzeit (G8) gleichzeitig ihr Abitur ab und ließen die Ausbildungsplatznachfrage entsprechend steigen. Umgekehrt normalisierten sich die Schulabsolventenzahlen in den Bundesländern Bayern und Niedersachsen, die bereits 2011 von doppelten Abiturjahrgängen betroffen waren.

Die doppelten Abiturjahrgänge tragen nicht nur zu einer verschärften Konkurrenz um Ausbildungs- und Studienplätze bei, sondern führen auch zu leichten Verzerrungen einiger der nachfolgend verwendeten Indikatoren, die sich in Zeitreihen und interregionalen Vergleichen bemerkbar machen. Dies gilt für die jährliche Veränderungsrate der Schulabgängerzahl ebenso wie für das quantitative Verhältnis von betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen zur Zahl der Schulabsolventen/Schulabsolventinnen. Um eine bessere Vergleichbarkeit über verschiedene Zeitpunkte und Regionen hinweg zu erreichen, sind für die in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen liegenden Arbeitsagenturbezirke neben den tatsächlichen Indikatorwerten auch statistisch bereinigte Werte ausgewiesen. Die bereinigten Quoten und Veränderungsraten basieren auf Schulabgängerzahlen, die um die Hälfte der studienberechtigten Schulabsolventen/Schulabsolventinnen vermindert wurden. Im Falle Hessens wurde angesichts des noch geringen Anteils der Schulen mit doppelten Abiturjahrgängen auf eine Bereinigung verzichtet. Für die Arbeitsagenturbezirke Bayerns und Niedersachsens, die im Vorjahr doppelte Abiturjahrgänge aufwiesen, ist die Veränderungsrate in bereinigter und unbereinigter Form ausgewiesen → **Tabelle A1.4-2 Internet**.

Der folgende Regionalvergleich kontrastiert 2 Gruppen von Arbeitsagenturbezirken, deren betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation den Gesamtdurchschnitt deutlich über- bzw. unterschreitet. Die Abgrenzung der Vergleichsgruppen erfolgt durch die Bildung dreier annähernd gleich großer Quantile mit ganzzahligen Quantilsgrenzen. Zu den Regionen mit überdurchschnittlicher betrieblicher Angebots-Nachfrage-Relation zählen danach 55 Arbeitsagenturbezirke (31,3 %), in denen mindestens 93 betriebliche Ausbildungsstellenangebote auf 100 Nachfrager/-innen entfielen. Die Gruppe der Arbeitsagenturbezirke mit unterdurchschnittlicher betrieblicher Angebots-Nachfrage-Relation umfasst 62 Bezirke (35,2 %) mit weniger als 85 Ausbildungsstellenangeboten je 100 Nachfrager/-innen.

Regionen mit überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation

Ausbildungsstellenmarkt

In den Regionen mit überdurchschnittlicher betrieblicher Angebots-Nachfrage-Relation (≥ 93,0) kamen 98,2 betriebliche Ausbildungsplatzangebote auf 100 Nachfragende, womit rechnerisch ein nahezu ausgeglichener Ausbildungsstellenmarkt existierte. Gegenüber dem Vorjahr vergrößerte sich der Quotient um 2,1 Prozentpunkte und überstieg 2012 den Bundesdurchschnitt um 9,2 Prozentpunkte → **Tabelle A1.4-1**. 19 Arbeitsagenturbezirke erreichten

30 In Hessen ist die achtjährige Gymnasialzeit in 3 Wellen eingeführt worden, womit sich das Auftreten verstärkter Abschlussjahrgänge über einen Zeitraum von 3 Jahren erstreckt. 2012 belief sich in Hessen der Anteil der Schulen mit doppelten Abiturjahrgängen auf 10 %.

Quotienten von über 100 und wiesen damit mehr betriebliche Ausbildungsplatzangebote als Nachfragende auf.

Die im Verhältnis zum Angebot gesunkene Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen ging mit einem Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und einem Anstieg bei den unbesetzten Ausbildungsstellen einher. Gegenüber 2011 nahm die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 3,1 % ab, während die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen um 18,0 % stieg. Insgesamt blieben 9,1 % aller betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen unbesetzt, das sind 1,5 Prozentpunkte mehr als 2011.

Ausbildungsangebot

Anders als im Vorjahr, als ein kräftiger Zuwachs beim betrieblichen Ausbildungsplatzangebot zu verzeichnen war, ging die Zahl der von Betrieben angebotenen Ausbildungsstellen um 1,1 % zurück. Gleichzeitig sank die Zahl der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze um 14,2 %. Das Gesamtangebot reduzierte sich damit um 1,5 %.

Bei Berücksichtigung der gesunkenen Schulabgängerzahl stellt sich die Entwicklung etwas günstiger dar. So stieg das Verhältnis von offerierten Ausbildungsstellen zur Anzahl der Schulabsolventen/Schulabsolventinnen allgemeinbildender Schulen um 4,4 Prozentpunkte auf 71,6 %. Relativiert wird dieser Anstieg allerdings durch den großen Anteil an Arbeitsagenturbezirken, die im Vorjahr doppelte Abiturjahrgänge hatten. Mit 28 von 55 war gut die Hälfte der Agenturbezirke 2011 von verstärkten Abiturjahrgängen betroffen, sodass hier die Zahl der Schulabgänger/-innen außergewöhnlich stark sank. Legt man die um doppelte Abiturjahrgänge bereinigten Schulabgängerzahlen zugrunde, verbesserte sich das Verhältnis lediglich um 0,8 Punkte auf 76,9 betrieblich angebotene Ausbildungsplätze pro 100 Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen.

Ausbildungsnachfrage

Der vergleichsweise starke Anstieg der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation in den Regionen mit überdurchschnittlicher Ausbildungsmarktsituation war vor allem einer deutlich gesunkenen Ausbildungsplatznachfrage geschuldet. In der erweiterten Fassung war diese nicht nur wesentlich stärker zurückgegangen als das betriebliche Ausbildungsangebot, sondern mit einem Minus von 3,2 % auch schneller gefallen als die bundesweite Nachfrage nach Ausbildungsstellen (-2,2 %).

Gemessen an der Zahl der Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen konnte die Ausbildungsplatznachfrage etwas zulegen. Nach erweiterter Nachfragedefinition entfielen 72,9 Ausbildungsplatznachfrager/-innen auf 100 Schulabgänger/-innen, das sind 3,0 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor.

Leicht verringert hat sich der Bestand an unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen. Anders als in den übrigen Regionen, in denen ihre Zahl zum Teil stark anstieg, ging die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen nach erweiterter Definition um 4,3 % zurück.

Regionen mit unterdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation

Ausbildungsstellenmarkt

In den Regionen mit unterdurchschnittlicher betrieblicher Angebots-Nachfrage-Relation (< 85) entfielen auf 100 Nachfragende lediglich 80,9 betriebliche Ausbildungsplätze, womit sich das Verhältnis im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Punkte verschlechterte. Negativ verlief auch die Entwicklung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Mit einem Jahresverlust von 3,4 % war der Unterschied zu den Regionen mit durchschnittlicher und überdurchschnittlicher Ausbildungsmarktsituation jedoch nur marginal.

Der starke Nachfrageüberhang ging mit einem verhältnismäßig geringen Anteil an unbesetzten Ausbildungsstellen einher. Von 100 betrieblich an-

gebotenen Stellen blieben im Schnitt 3,8 unbesetzt, womit die Lehrstellenvakanz klar unter dem Niveau der Vergleichsregionen lag. Mit einem Rückgang um 9,0 % fiel die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen zudem wesentlich niedriger aus als 2011.

Ausbildungsangebot

Das Ausbildungsplatzangebot entwickelte sich in den Regionen mit unterdurchschnittlicher Ausbildungsmarktsituation weitaus ungünstiger als in den übrigen Regionen. Im Vorjahresvergleich ging die Zahl der betrieblich angebotenen Ausbildungsplätze um 3,0 % zurück, das Gesamtangebot an Ausbildungsstellen sank um 3,6 %.

Auch gemessen an der Zahl der Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen nahm das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen ab. Auf 100 Schulabgänger/-innen kamen 58,0 betriebliche Ausbildungsplätze, das sind 3,3 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Selbst unter Berücksichtigung der doppelten Abiturjahrgänge stellt sich die Situation kaum günstiger dar. Die korrigierte Quote beträgt 60,6 %, was einer Veränderung von -2,9 Prozentpunkten gegenüber 2011 entspricht.

Ausbildungsnachfrage

Die Ausbildungsplatznachfrage nach erweiterter Definition ging um 1,3 % zurück, womit sie weniger stark sank als in den übrigen Regionen. Ebenfalls rückläufig war die Nachfrage in Relation zur Zahl der Schulabgänger/-innen. Auf 100 Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen kamen 71,7 Ausbildungsplatznachfrager/-innen, das sind 2,8 Prozentpunkte weniger als 2011.

Mit einem Wachstum von 11,0 % legte der Bestand an unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen nach erweiterter Definition stark zu. Insgesamt machten sie 11,9 % aller Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen aus, womit ihr Anteil mehr als doppelt so hoch ausfiel wie in den Regionen mit überdurchschnittlicher betrieblicher Angebots-Nachfrage-Relation.

(Tobias Hucker)

A2 Vorausschätzung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebots für 2013[31]

Die Höhe des Ausbildungsplatzangebots ist von zahlreichen Determinanten abhängig, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen und deren Veränderungen zum Teil nur schwer vorherzusagen sind. Dazu zählen unter anderem die Entwicklung der Gesamtwirtschaft (z. B. Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts, des Auftragseingangs der Unternehmen), des Arbeitsmarkts (z. B. der Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen) und der demografischen Verhältnisse (Troltsch/Walden 2007).

Zur Abschätzung des Ausbildungsplatzangebots hat das BIBB deshalb ein „Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems" (PROSIMA) entwickelt. Dabei handelt es sich um ein komplexes, zeitreihengestütztes Prognosemodell, das vielfältige Einflussgrößen auf die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots berücksichtigt. Eine umfassende Beschreibung des Modells findet sich z. B. bei Lösch/Kau (2005) und im BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A2.

A2.1 Rückblick auf die Vorausschätzung für 2012

Für das Jahr 2012 rechnete PROSIMA mit einem Ausbildungsplatzangebot zwischen 587.000 und 625.000 Plätzen (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A2). Tatsächlich entwickelte sich das Ausbildungsangebot ungünstiger als erwartet und blieb mit rund 584.000 noch hinter der unteren Grenze des Schätzintervalls zurück.

Die Ursachen sind zum einen in der nachlassenden Konjunktur zu suchen. Im Laufe des Jahres verschlechterten sich das Geschäftsklima und die Geschäftserwartungen der Betriebe, der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts schwächte sich immer stärker ab, und die Betriebe meldeten der Arbeitsverwaltung zum Ende des Vermittlungsjahres nur noch relativ wenig Ausbildungsstellen (vgl. dazu ausführlich **Kapitel A1.1**). Die zu Beginn des Jahres 2012 noch berechtigten Hoffnungen auf eine günstigere Entwicklung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots (vgl. dazu auch die Ergebnisse der Frühjahrsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages 2012, S. 7) erfüllten sich somit nicht.

Zum anderen verringerte sich 2012 die Zahl der überwiegend öffentlich geförderten („außerbetrieblichen") Berufsausbildungsstellen deutlich. Diese Stellen werden bereitgestellt, um auch benachteiligten Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen.[32] Die Veränderung dieses spezifischen Ausbildungsvolumens lässt sich in PROSIMA zurzeit noch nicht zufriedenstellend prognostizieren, da es bis vor wenigen Jahren keine ausreichend validen Messungen zum Umfang der überwiegend öffentlich finanzierten („außerbetrieblichen") Berufsausbildung gab und es zurzeit noch an belastbaren Zeitreihendaten mangelt.

Das in 2012 stark sinkende Ausbildungsplatzangebot führte dazu, dass in statistischer Hinsicht auch die Ausbildungsplatznachfrage kräftiger sank als erwartet[33] (geschätzt: Rückgang auf 644.800; faktisch: Rückgang auf 627.300) und der Umfang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit insgesamt 551.300 auf den zweitniedrigsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung fiel (**vgl. Kapitel A1.1**).

Während somit Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage von PROSIMA in 2012 zu optimistisch vorausgeschätzt wurden, gelang es PROSIMA, die Zahl der erfolglosen Marktteilnehmer/-innen relativ genau zu prognostizieren. Dies betrifft zum einen den Umfang der erfolglosen Ausbildungsplatzangebote (vorausgeschätzt: 34.600; faktisch: 33.300) und zum anderen die zum Bilanzierungsstichtag noch suchenden Ausbildungsplatznachfrager/-innen (vorausgeschätzt: 73.300; faktisch: 76.000).

31 Mit „Jahr" oder „Berichtsjahr" ist – sofern nicht anders vermerkt – der Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des genannten Jahres gemeint.

32 Das Ausbildungsplatzangebot ist somit nicht nur abhängig von der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, sondern auch von Verwaltungsentscheidungen.

33 Zur statistischen Abhängigkeit zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage siehe auch Behringer/Ulrich (1997) sowie Ulrich (2005, 2012).

A2.2 Vorausschätzung für 2013

Entwicklung des Nachfragepotenzials

Für die Entwicklung des Nachfragepotenzials sind mehrere Eckpunkte von Bedeutung. Zum einen wird erstmals seit 2001 wieder die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/-innen allgemeinbildender Schulen zunehmen → **Tabelle A2.2-1**. Diese Personen bilden die Hauptklientel der dualen Berufsausbildung. Erwartet werden für 2013 rd. 551.800 Schulabgänger und -absolventen, rd. 17.200 bzw. 3,2 % mehr als 2012. Mit einem Zuwachs ist dabei sowohl in West- (+13.900 bzw. +3,0 %) als auch in Ostdeutschland (+3.300 bzw. +4,7 %) zu rechnen.[34]

Darüber hinaus werden die allgemeinbildenden Schulen 2013 mehr studienberechtigte Absolventen und Absolventinnen entlassen. Gerechnet wird mit einem bundesweiten Zuwachs um 18.500 bzw. 5,8 %. Die positive Entwicklung ist auf die doppel-

Tabelle A2.2-1: **Vorausgeschätzte Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen bis zum Jahr 2025 (Teil 1)**

Jahr	aus allgemeinbildenden Schulen				aus beruflichen Schulen			
	nicht studienberechtigt		studienberechtigt		BVJ, BGJ und BFS		FOS und FGYM	
	absolut	2012 = 100	absolut	2012 = 100	absolut	2012 = 100	absolut	2012 = 100
Deutschland								
2012	534.600	100,0	316.800	100,0	241.800	100,0	121.100	100,0
2013	551.800	103,2	335.300	105,8	232.700	96,2	119.600	98,8
2014	540.500	101,1	285.100	90,0	232.300	96,1	120.100	99,2
2015	526.200	98,4	292.800	92,4	227.300	94,0	120.100	99,2
2016	512.300	95,8	298.800	94,3	222.900	92,2	119.900	99,0
2017	497.800	93,1	289.900	91,5	218.800	90,5	117.800	97,3
2018	479.700	89,7	287.700	90,8	213.300	88,2	116.200	95,9
2019	473.600	88,6	282.200	89,1	207.700	85,9	113.600	93,8
2020	465.800	87,1	271.800	85,8	203.600	84,2	110.900	91,6
2021	465.200	87,0	269.000	84,9	199.300	82,4	108.100	89,2
2022	457.600	85,6	262.900	83,0	196.600	81,3	106.200	87,7
2023	455.400	85,2	263.600	83,2	193.900	80,2	104.700	86,4
2024	453.200	84,8	259.900	82,0	192.600	79,6	103.500	85,5
2025	442.400	82,8	258.000	81,4	190.700	78,9	102.900	85,0

34 Bei dieser positiven Veränderung 2013 handelt es sich um eine Ausnahme des bereits seit Jahren anhaltenden Trends rückläufiger Zahlen. Ab 2014 und in allen weiteren Folgejahren werden die Abgänger- und Absolventenzahlen wiederum stetig sinken. Allerdings wird dieser negative Trend in Zukunft allein durch die Entwicklung in Westdeutschland verursacht. In Ostdeutschland steigen die Abgänger- und Absolventenzahlen bis 2015 leicht an und verharren anschließend bis 2025 auf diesem Niveau.

Tabelle A2.2-1: **Vorausgeschätzte Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen bis zum Jahr 2025 (Teil 2)**

Jahr	aus allgemeinbildenden Schulen				aus beruflichen Schulen			
	nicht studienberechtigt		studienberechtigt		BVJ, BGJ und BFS		FOS und FGYM	
	absolut	2012 = 100	absolut	2012 = 100	absolut	2012 = 100	absolut	2012 = 100
Alte Länder								
2012	466.200	100,0	269.200	100,0	224.100	100,0	106.200	100,0
2013	480.100	103,0	298.900	111,0	215.700	96,3	106.300	100,1
2014	466.000	100,0	246.400	91,5	214.700	95,8	106.600	100,4
2015	448.600	96,2	250.700	93,1	208.900	93,3	106.300	100,0
2016	436.400	93,6	255.000	94,7	204.000	91,1	105.400	99,3
2017	422.700	90,7	243.800	90,5	199.300	88,9	102.800	96,8
2018	405.200	86,9	242.200	90,0	193.900	86,5	101.000	95,1
2019	399.200	85,6	237.400	88,2	188.200	84,0	98.200	92,4
2020	390.600	83,8	227.400	84,5	184.000	82,1	95.600	90,0
2021	390.200	83,7	224.700	83,5	179.800	80,2	92.800	87,4
2022	383.200	82,2	218.100	81,0	177.000	79,0	90.900	85,6
2023	380.000	81,5	218.800	81,3	174.400	77,8	89.500	84,3
2024	376.900	80,9	215.700	80,1	172.900	77,2	88.400	83,2
2025	366.400	78,6	213.400	79,3	171.100	76,3	87.500	82,4
Neue Länder und Berlin								
2012	68.400	100,0	47.600	100,0	17.800	100,0	14.900	100,0
2013	71.700	104,7	36.400	76,4	17.000	95,8	13.300	89,3
2014	74.500	108,9	38.700	81,3	17.600	98,8	13.400	90,3
2015	77.600	113,4	42.100	88,4	18.300	103,0	13.900	93,4
2016	75.900	110,9	43.800	92,0	18.900	106,1	14.500	97,3
2017	75.200	109,9	46.200	97,0	19.500	109,5	15.000	101,1
2018	74.500	108,9	45.400	95,4	19.500	109,5	15.200	102,2
2019	74.400	108,8	44.800	94,1	19.500	109,6	15.400	103,6
2020	75.200	109,9	44.300	93,1	19.600	110,2	15.400	103,3
2021	74.900	109,5	44.300	93,1	19.600	110,1	15.200	102,6
2022	74.400	108,8	44.800	94,2	19.600	110,1	15.300	102,6
2023	75.400	110,2	44.800	94,1	19.500	109,9	15.100	101,7
2024	76.200	111,4	44.200	92,9	19.600	110,4	15.100	101,7
2025	76.000	111,1	44.600	93,7	19.700	110,6	15.400	103,4

Bei den Schätzungen der Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den beruflichen Schulen wurde unterstellt, dass die Veränderungsraten in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit denen der westdeutschen Flächenländer identisch sind und die Veränderungsraten im Stadtstaat Berlin mit denen der ostdeutschen Flächenländer. Bei Abgängern/Abgängerinnen und Absolventen/Absolventinnen aus Berufsfachschulen werden diejenigen aus vollqualifizierenden Berufsausbildungsgängen nicht mitgezählt.

Abkürzungen: BVJ = schulisches Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = schulisches Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschule (ohne vollqualifizierende Abschlüsse), FOS = Fachoberschule, FGYM = berufliches Fachgymnasium

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

ten Abiturientenjahrgänge zurückzuführen, die in Nordrhein-Westfalen und auch in Hessen ihre Schulzeit beenden werden. Dementsprechend fällt der Zuwachs bei den studienberechtigten Absolventen und Absolventinnen in Westdeutschland recht kräftig aus (+29.700 bzw. +11,0 %). Im Osten sinkt dagegen die Zahl der studienberechtigten Abgänger und Absolventen deutlich um 11.200 bzw. 23,5 %. Der starke Rückgang hängt mit der Sonderentwicklung im Jahr 2012 zusammen, als doppelte Abiturientenjahrgänge in Berlin und Brandenburg ihre Schulzeit beendeten. Die Zahlen kehren nun wieder auf das Normalniveau zurück.

In bundesweiter Hinsicht wird das Nachfragepotenzial nach einer dualen Berufsausbildung somit positiv durch die Abgänger- und Absolventenzahlen aus den allgemeinbildenden Schulen beeinflusst, auch wenn Abiturienten nur in begrenztem Ausmaß für eine nicht akademische Berufsausbildung gewonnen werden können (**vgl. Kapitel A4.6**). Da sich 2013 der Rückgang der Schulabgänger- und absolventenzahlen aus den teilqualifizierenden beruflichen Schulen in Grenzen hält (insgesamt um -10.600 → **Tabelle A2.2-1**), können die Betriebe, Praxen und Verwaltungen 2013 ausnahmsweise noch einmal mit einem leicht höheren Nachfragepotenzial nach dualer Berufsausbildung rechnen als ein Jahr zuvor.

Entwicklung des Angebotspotenzials

Die positive Entwicklung des Nachfragepotenzials eröffnet den Unternehmen die Chance, ihr Ausbildungsplatzangebot entsprechend anzupassen, um ihrem Fachkräftebedarf ungeachtet des langfristigen negativen demografischen Trends gerecht zu werden. Dabei ist es von Vorteil, dass – nach dem konjunkturellen Rückgang in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2012 – wieder mit einem Anstieg der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen ist. Allerdings geht die Jahresprojektion der Bundesregierung für 2013 lediglich von einer Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,4 % aus (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2013). Das Bundesministerium für Finanzen (2013) schätzte die Entwicklung im November 2012 etwas positiver ein und gibt eine Wachstumsrate von 0,8 % aus. In PROSIMA wurde die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2013 auf 0,6 % gesetzt.

Sollte es zu einer entsprechenden Veränderung kommen, würde Deutschland zwar in Relation zu vielen anderen europäischen Ländern positiv abschneiden. Im Vergleich zu früheren Jahren in Deutschland hätte die Wachstumsdynamik jedoch an Schwung verloren; die Zuwachsrate wäre zum vierten Mal in Folge rückläufig (2010: +4,2 %, 2011: +3,0 %, 2012: +0,7 %, 2013: +0,6 %). Dies hat Konsequenzen für die Schätzung des *Angebotspotenzials* an Ausbildungsplätzen. Damit wird eine latente Größe innerhalb PROSIMA bezeichnet, die das Gesamtpotenzial an Ausbildungsplätzen beinhaltet, die die Betriebe, Praxen und Verwaltungen neu einzurichten oder wieder zu besetzen gedenken E.

E Angebotspotenzial und Nachfragepotenzial

Zum **Nachfragepotenzial** werden alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerechnet, die sich zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September für eine duale Berufsausbildung interessierten. Im Unterschied zur Ausbildungsplatznachfrage zählen hierzu auch jene Personen, die ihr Ausbildungsinteresse noch vor dem 30. September wieder aufgeben oder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Das **Angebotspotenzial** entspricht der latenten Gesamtzahl der dualen Ausbildungsplätze, welche die Betriebe, Praxen und Verwaltungen zu Beginn der Planungsperiode als mögliches Ausbildungsangebot in Betracht ziehen, neu einzurichten oder wieder zu besetzen gedenken – unabhängig davon, ob sie die Arbeitsverwaltung über ihre Absichten und Stellen informieren, wie intensiv sie suchen und wie erfolgreich sie bei der Akquisition von Auszubildenden sind.

Nach den Berechnungen von PROSIMA reicht 2013 ein erwarteter Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,6 % nicht aus, um die Entwicklung des Angebotspotenzials positiv zu beeinflussen. Es ist vielmehr mit einem erneuten Rückgang zu rechnen, zumal sich die in den letzten Jahren deutlich gestiegene Zahl unbesetzter Plätze nach PROSIMA bereits negativ auf das Angebotsverhalten der Betriebe, Praxen und Verwaltungen auswirkt (Lösch/Maier 2013).

Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

Angesichts des rückläufigen Angebotspotenzials wird sich nach PROSIMA das *faktische Ausbildungsplatzangebot* gegenüber dem Jahr 2012 um rund 21.900 Plätze auf rund 562.500 Plätze verringern. Berücksichtigt man die Standardabweichung der Punktschätzung (11.600 Plätze), so liegt das Vertrauensintervall der Schätzung bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % zwischen 539.800 und 585.200 Ausbildungsplatzangeboten. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird den Berechnungen zufolge in einem Bereich zwischen 525.700 bis 560.900 liegen; die Punktschätzung beträgt 543.300. Demnach ist auch bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen für 2013 eher mit einem Rückgang als mit einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (551.300) zu rechnen.

Da das Nachfragepotenzial nach Ausbildungsplätzen wie beschrieben steigen wird, das Angebot an Ausbildungsplätzen aller Voraussicht nach aber sinkt, wird sich die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze von 33.200 (2012) auf 19.200 (2013) reduzieren. Dagegen steigt die Zahl der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager/-innen auf rund 86.200 (76.000 im Jahre 2012). Die Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition) verschlechtert sich dadurch aus Sicht der Jugendlichen, sodass auf 100 Nachfrager/-innen noch rund 89,4 Ausbildungsstellen kommen werden → **Tabelle A2.2-2**.

Die Vorausschätzung, die PROSIMA für 2013 liefert, verweist demnach auf die Gefahr einer negativen Entwicklung. Aus PROSIMA lassen sich jedoch auch Ansatzpunkte ableiten, die zu einer günstigeren Ausbildungsmarktentwicklung im Jahr 2013 führen könnten.

Tabelle A2.2-2: **Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30. September 2012 (Angaben in Tausend)**

	Ist-Wert 2012	Prognose für 2013				
		Untere Grenze des Vertrauensintervalls	Punktschätzung durch PROSIMA	Obere Grenze des Vertrauensintervalls	Veränderung gegenüber 2012	Standardabweichung der Punktschätzung[1]
Ausbildungsplatzangebot	**584,4**	539,8	**562,5**	585,2	**-21,9**	11,6
Unbesetzte Ausbildungsplätze	**33,2**	7,6	**19,2**	30,8	**-14,0**	5,9
Ausbildungsplatznachfrage (erweiterte Definition)	**627,3**	609,6	**629,4**	649,2	**+2,1**	10,1
Ausbildungsplatznachfrage (alte Definition)	**566,9**	551,5	**570,1**	588,7	**+3,2**	9,5
Unversorgte Bewerber/-innen	**15,6**	21,3	**26,8**	32,3	**+11,2**	2,8
Noch suchende Bewerber/-innen mit Alternative zum 30. September	**60,4**	52,9	**59,4**	65,9	**-1,0**	3,3
Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition)	**93,1**	86,9	**89,4**	91,9	**-3,7**	1,3
Angebots-Nachfrage-Relation (alte Definition)	**103,1**	96,2	**98,7**	101,2	**-4,4**	1,3
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	**551,3**	525,7	**543,3**	560,9	**-8,0**	9,0

[1] Maß für die Unsicherheit der Punktschätzung. Durch Verdoppelung der Standardabweichung lässt sich ungefähr der Wertebereich nach unten und oben abschätzen (Vertrauensintervall), innerhalb dessen der wahre Wert zu vermuten ist (bei fünfprozentiger Irrtumswahrscheinlichkeit).
Bei den Ist-Werten für 2012 blieben regional nicht zuordenbare Marktteilnehmer unberücksichtigt. Deshalb leichte Abweichungen gegenüber sonstigen Darstellungen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesagentur für Arbeit, Lösch/Maier 2013

So spielen bei der Angebotsprognose die früheren Erfahrungen der Betriebe bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen eine Rolle. In den letzten Jahren nahmen die negativen Erfahrungen in Form zunehmender Besetzungsprobleme zu. In einigen Berufen – z. B. Restaurantfachmann/-frau, Bäcker/-in, Fleischer/-in, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk, Klempner/-in – blieben 2012 mehr als 20 % des betrieblichen Angebots ungenutzt. Dies hat Folgen für die zukünftigen Ausbildungsentscheidungen, denn bei den betroffenen Betrieben schwächt sich die Erwartung ab, es lohne sich, Ausbildungsplätze anzubieten. Deshalb geht im Rahmen des PROSIMA-Modells von einer in der jüngeren Vergangenheit gestiegenen Zahl an unbesetzten Plätzen ein *negativer* Effekt auf das Angebotspotenzial aus. Dieser negative Effekt lässt sich jedoch umso eher verhindern, je besser es gelingt, die subjektiven Erfolgsaussichten der Ausbildungsplatzanbieter zu stärken. Dies kann z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden – gerade auch unter Verweis auf die im Jahr 2013 ausnahmsweise noch einmal steigende Zahl an Schulabgängern und -absolventen.

Darüber hinaus kann die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, Praxen und Verwaltungen (und damit auch das Angebotspotenzial) wachsen, wenn aus deren Sicht der Stellenwert einer *Fachkräftesicherung mittels dualer Berufsausbildung* zunimmt. Prospektive, in die Zukunft gerichtete Sichtweisen – resultierend aus dem zunehmenden Bewusstsein der künftigen demografischen Probleme – können die subjektive Wertigkeit der dualen Berufsausbildung stärken und damit auch die Bereitschaft der Betriebe, Ausbildungsplätze selbst bei nur begrenzten Erfolgsaussichten anzubieten. Solche prospektiven Effekte lassen sich im Rahmen von PROSIMA, das auf den bisher gültigen Logiken aufbaut, allerdings nicht modellieren. Somit verdeutlichen die Schätzergebnisse von PROSIMA vor allem, was im Jahre 2013 zu erwarten ist, wenn die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, Praxen und Verwaltungen dem Trend der letzten Jahre folgt.

Unsicherheiten in den Schätzungen von PROSIMA ergeben sich auch durch die innerjährliche Dynamik, die sich hinter der jährlichen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts verbirgt. Es ist für die Entwicklung des Angebotspotenzials nicht unerheblich, in welchen Monaten bzw. Quartalen die wirtschaftliche Entwicklung positiver und in welchen weniger positiv verläuft. Hinter einer jährlichen Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts von +0,6 % können sich sehr heterogene innerjährliche Verläufe verbergen. So fiel 2012 die Entwicklung im ersten Teil des Jahres deutlich positiver als in späteren Monaten aus; in 2013 könnte es umgekehrt sein. PROSIMA baut jedoch auf Ganzjahreszahlen auf und kann diese Dynamik nur begrenzt berücksichtigen. Sollten sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen zunehmend aufhellen, könnte deshalb auch das Ausbildungsplatzangebot 2013 höher ausfallen, als von PROSIMA nach Maßgabe des berücksichtigten Bedingungsgefüges vorausgeschätzt wurde.

(Tobias Maier, Joachim Gerd Ulrich)

A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen

A3.1 Berufliche Wünsche und beruflicher Verbleib von Schulabgängern und Schulabgängerinnen

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) führt regelmäßig Befragungen von Schulabgängern und Schulabgängerinnen[35] durch, um ihre beruflichen Orientierungen und ihr Berufswahlverhalten (Verbleib) zu erfassen E. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Befragung 2012 nach dem Geschlecht, dem Wohnort, dem Vorhandensein eines Migrationshintergrunds E sowie nach unterschiedlichen Schultypen und dem höchsten Schulabschluss differenziert dargestellt und Veränderungen zu vorangegangenen Befragungen aufgezeigt. Jugendliche ohne Schulabschluss und Jugendliche, die eine Sonderschule besucht haben, sind in der Stichprobe nur in geringer Anzahl vertreten; für diese Jugendlichen werden deshalb keine Ergebnisse ausgewiesen.

Gegenüber früheren Befragungen hat sich bei der Erhebung 2012 die Erreichbarkeit von Jugendlichen aus beruflichen Vollzeitschulen verschlechtert. Dadurch ist die Fallzahl in der Stichprobe kleiner, als aufgrund einer zufälligen Auswahl mittels eines telefonischen Haushaltskontakts zu erwarten wäre. Die genauen Gründe für die geringere Erreichbarkeit können aus der Erhebung selbst nicht erschlossen werden. Die Ursache liegt nicht in einer stärkeren Verweigerungshaltung oder einer stärkeren Abbruchneigung dieser Jugendlichen im laufenden Interview. Vielmehr ist anzunehmen, dass die zunehmende Verbreitung von Mobilfunktelefonen dazu führt, dass besonders diese (meist bereits schon ältere) Personengruppe schlechter über einen (elterlichen) Festnetzanschluss kontaktiert werden kann. Trotz der Gewichtung der Daten nach der Strukturvariablen „Schultyp“ fällt die Zellbesetzung im Einzelnen zum Teil sehr klein aus, sodass bei dieser Personengruppe in einigen Fällen keine statistisch gesicherten Ergebnisse dargestellt werden können. Auch bei anderen Merkmalen bzw. Merkmalskombinationen kommt es vor, dass nur wenige Fälle für Analysen zur Verfügung stehen. In den nachfolgenden Tabellen werden deshalb Fallzahlen kleiner 5 in der ungewichteten Stichprobe in Klammern gesetzt.[36]

E BIBB-Schulabgängerbefragungen

In den Jahren 2004, 2005, 2006, 2008, 2010 und 2012 wurden im Auftrag des BIBB von Forsa (Berlin) jeweils rund 1.500 Schulabgänger/-innen befragt. Erfasst wurden Jugendliche aus

- allgemeinbildenden Schulen (Hauptschule, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium),
- beruflichen Schulen (Fachgymnasium, Fachoberschule [FOS]) und
- nicht vollqualifizierenden beruflichen Vollzeitschulen (Berufsvorbereitungsjahr [BVJ], Berufsgrundbildungsjahr [BGJ] und Berufsfachschule [BFS], die nicht zu einem Berufsabschluss führt).

Die Stichprobenziehung erfolgte über einen zufallsgesteuerten telefonischen Kontakt zu Haushalten und der Auswahl der Befragungspersonen. Die repräsentativen Befragungen fanden jeweils von Anfang September bis Ende November mittels computerunterstützter telefonischer Interviews statt (zur Methode siehe Friedrich 2009). Die beruflichen Pläne im Frühjahr wurden retrospektiv erfasst. Die Ergebnisse für das Jahr 2012 können unter Berücksichtigung von Strukturgewichten mit den Befragungsergebnissen aus früheren Jahren verglichen werden.[37]

35 In den BIBB-Schulabgängerbefragungen wird begrifflich nicht wie in der amtlichen Statistik des Statistischen Bundesamtes zwischen Absolventen einerseits und Abgängern andererseits unterschieden. Die Bezeichnungen „Schulabgänger“ und „Schulabgängerinnen“ beziehen sich hier sowohl auf Personen, die die Schule mit Schulabschluss und einem Abschlusszeugnis verlassen haben, als auch auf Personen, die keinen Schulabschluss erworben haben und ein Abgangszeugnis erhielten.

36 Schulabgänger/-innen aus beruflichen Vollzeitschulen können durch das verwendete Erhebungsdesign (zufällige Auswahl von Haushalten mittels Kontakt über einen Festnetzanschluss) nicht mehr in statistisch ausreichender Zahl erfasst werden. Im Jahr 2005 wurden von dieser Personengruppe 225 Befragte erreicht und anhand von Strukturinformationen auf eine – für eine repräsentative Stichprobe notwendige – Anzahl von 314 Personen hochgewichtet. Das Verhältnis von erreichten und den zu gewichtenden Personen lag 2010 bei 102 zu 326 und 2012 bei 50 zu 311.

37 Siehe hierzu auch BIBB-Datenreport 2009 und 2011, jeweils Kapitel A3.1 sowie die Beiträge für die Berufsbildungsberichte 2005 (S. 73 ff.), 2006 (S. 85 ff.), 2007 (S. 59 ff.) und 2008 (S. 75 ff.) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Migrationshintergrund

Ein Migrationshintergrund von Schulabgängern und Schulabgängerinnen wird nicht direkt erfragt, sondern anhand von 3 Fragen erschlossen (**vgl. Kapitel A4.9**). Gefragt wird, ob die Eltern der Befragungspersonen in Deutschland geboren wurden, ob die Kindheit in Deutschland verbracht wurde und ob Deutsch als erste Sprache gelernt wurde.

Nach der hier verwendeten Definition liegt ein Migrationshintergrund vor, wenn
- ein Elternteil oder beide Eltern nicht in Deutschland geboren wurden und/oder
- die Kindheit und Jugend nicht in Deutschland verbracht wurde und/oder
- Deutsch nicht als erste Sprache oder gemeinsam mit einer anderen Sprache erlernt wurde.

Der Definition folgend, haben 18 % der 2012 befragten Jugendlichen einen Migrationshintergrund.[38]

Berufliche Pläne nach Ende des Schuljahres 2011/2012

Die Schulabgänger/-innen wurden retrospektiv danach befragt, welche beruflichen Pläne sie im Frühjahr 2012 hatten. Es zeigt sich, dass knapp die Hälfte (47 %) der Befragten am Ende des Schuljahres 2011/2012 eine betriebliche Berufsausbildung angestrebt hat. Im Vergleich zu den früheren Befragungen ist zum zweiten Mal in Folge ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen → **Schaubild A3.1-1**. Gegenüber dem Jahr 2010 (51 %) ging der Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung um 4 Prozentpunkte zurück; bezogen auf das Jahr 2006 (57 %) verringerte sich der Anteil um insgesamt 10 Prozentpunkte.

Dieser Rückgang dürfte vor allem auf die demografischen Veränderungen innerhalb der Schulabgangspopulation zurückzuführen sein (**vgl. Kapitel A2.2**; BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A2.3, Tabelle A2.3-1): So sank in Deutschland der Anteil der nicht studienberechtigten Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen, für die an erster Stelle eine betriebliche Ausbildung infrage kommt, zwischen 2006 und 2012 von 74 % auf 63 % (minus 11 Prozentpunkte). Hierbei handelt es sich um einen allgemeinen Trend zu höheren Schulabschlüssen, der in den letzten Jahren durch die Verkürzung der Schulzeit in der Oberstufe (G8) und die dadurch hervorgerufenen doppelten Abiturjahrgänge noch verstärkt wurde: Es verließen 2007 in Sachsen-Anhalt, 2008 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009 im Saarland und 2010 in Hamburg jeweils 2 Jahrgänge die Sekundarstufe II. Im Jahr 2011 wurden in den Flächenstaaten Bayern und Niedersachsen doppelte Jahrgänge entlassen. 2012 kam es in Baden-Württemberg, Bremen, Berlin, Brandenburg und in Teilen Hessens zu einem Anstieg der Studienberechtigten aus doppelten Abiturjahrgängen.[39] Berücksichtigt man den Schulabschluss in einem multivariaten logistischen Regressionsmodell, so zeigt sich, dass der Rückgang des Wunschs nach einer dualen Ausbildung durch die höheren Schulabschlüsse bedingt ist. Dem zunehmenden Anteil an Studienberechtigten entsprechend stieg der Anteil derjenigen, die ein Studium aufnehmen wollten, von 12 % (2006) auf 15 % (2010) und zuletzt auf 20 % an.

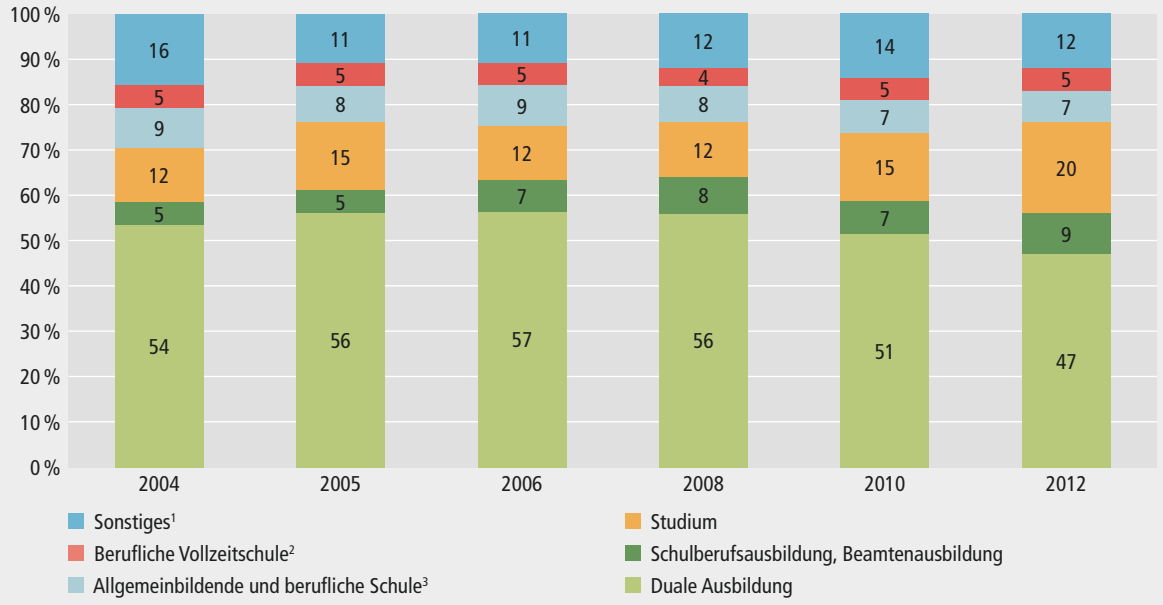
Auf einem insgesamt niedrigeren Niveau ergeben sich für das Jahr 2012 ähnliche Muster wie in den Vorjahren[40]: Männliche Jugendliche (53 %) haben gegenüber weiblichen Jugendlichen (39 %) ein größeres Interesse an einer dualen Ausbildung. Letztere streben häufiger eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung (12 % vs. 7 %) oder ein Studium (21 % vs. 19 %) an. Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund (48 % vs. 46 %) sind 2012 ähnlich stark an einer dualen Berufsausbildung direkt im Anschluss an die Schulzeit interessiert → **Tabelle A3.1-1**. Gegenüber früheren Erhebungen (2008: 57 %; 2010: 58 %) hat sich bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund der Anteil derjenigen, die sich für eine duale Ausbil-

38 Die Quote der als Migranten und Migrantinnen identifizierten Personen liegt 4 Prozentpunkte unter den für 2008 und 2010 berechneten Quoten (je 22 %). Es ist zu vermuten, dass die Quote den tatsächlichen Anteil der Migranten/Migrantinnen in den betrachteten Abgangskohorten leicht unterschätzt. Ein Grund hierfür ist die schlechtere Erreichbarkeit von Jugendlichen aus beruflichen Vollzeitschulen, die deshalb in der vorliegenden Stichprobe unterrepräsentiert sind.

39 Siehe: **http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/sekundarstufe-ii-gymnasiale-oberstufe.html**

40 Vgl. hierzu die früheren Befragungsergebnisse im BIBB-Datenreport 2009 und 2011, jeweils Kapitel A3.1 und Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005 (S. 73 f.), 2006 (S. 85 f.) und 2007 (S. 59 f.).

Schaubild A3.1-1: **Berufliche Pläne von Schulabgängern und Schulabgängerinnen 2004 bis 2012 jeweils im Frühjahr (in %)**



[1] Arbeit, Praktikum, freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges
[2] Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr
[3] Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragungen, gewichtete Daten

dung interessieren, stark verringert.[41] Auch dieser Rückgang erklärt sich durch die im Vergleich zu 2010 höheren Schulabschlüsse der Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Ein deutlicher Rückgang zeigt sich erneut bei den Schulabgängern und Schulabgängerinnen aus den neuen Ländern: In den Jahren 2004 bis 2006 waren diese noch mit mehr als 60 % an einer betrieblichen Berufsausbildung direkt im Anschluss an die Schule interessiert. Sie zeigten damit ein stärkeres Interesse an einer solchen Ausbildung als die Jugendlichen im Westen. In den Jahren 2008 und 2010 ging der Anteil dann auf 53 % (West: 57 %) und 43 % (West 53 %) zurück. Im Jahr 2012 hat sich der Wert noch einmal auf 38 % verringert. In Westdeutschland ging der Anteil zwar ebenfalls zurück; der Anteil fällt mit 47 % jedoch um 9 Prozentpunkte höher aus als im Osten. Ursächlich für diesen Rückgang dürften wiederum demografische Veränderungen innerhalb der Schulabgangspopulationen in Ost und West sein: In den neuen Ländern ging der Anteil der nicht studienberechtigten Schulabgänger/-innen zwischen 2006 und 2012 von 70 % auf 59 % zurück. In den alten Ländern sank der Anteil der nicht Studienberechtigten im gleichen Zeitraum von 75 % auf 63 %. Der Anteil der studienberechtigten Abgänger/-innen ist dementsprechend in den neuen Ländern um 4 Prozentpunkte (41 % vs. 37 %) höher als in den alten Ländern (**vgl. Kapitel A1.1, Tabelle A1.1-1**).

41 Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ein Studium aufnehmen möchten, ist im Gegenzug von 10 % (2010) auf 21 % (2012) angestiegen. Folgende Ursachen kommen hierfür in Betracht: Erstens ist der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die eine Studienberechtigung haben, 2012 (32 %) deutlich höher als 2010 (20 %) und 2008 (25 %), u. a. weil auch bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Tendenz zu höheren Schulabschlüssen besteht und doppelte Abiturjahrgänge auch Migranten/Migrantinnen umfassen. Zweitens ist in der Stichprobe 2012 der Anteil der Migranten/Migrantinnen, die aus beruflichen Vollzeitschulen kommen, geringer als in früheren Befragungen. Drittens zeigen Studienberechtigte mit Migrationshintergrund (wie auch Studienberechtigte ohne Migrationshintergrund) eine höhere Studierneigung gegenüber früheren Befragungen.

Tabelle A3.1-1: **Berufliche Pläne von Schulabgängern und Schulabgängerinnen im Frühjahr 2012 (in %)**

	Berufliche Pläne im Frühjahr 2012					
	Duale Ausbildung	Schulberufs-ausbildung, Beamten-ausbildung	Studium	Allgemein-bildende und berufliche Schule[1]	Berufliche Vollzeitschule[2]	Sonstiges[3]
Geschlecht						
Männlich	53	7	19	7	5	10
Weiblich	39	12	21	8	5	14
Wohnort						
Alte Länder	47	9	19	7	5	12
Neue Länder einschl. Berlin	38	11	26	8	[5]	12
Migrationshintergrund						
Ohne Migrationshintergrund	46	8	19	8	6	12
Mit Migrationshintergrund	48	15	21	6	2	9
Schultyp						
Hauptschule	61	9	[1]	5	14	10
Realschule	49	12	3	21	3	12
Integrierte Gesamtschule	46	9	16	11	[2]	16
Gymnasium	25	3	51	3	[0]	18
FOS und Fachgymnasium	39	10	35	[3]	[1]	12
Berufliche Vollzeitschule[2]	63	15	[6]	[3]	[10]	[4]
Schulabschluss						
Hauptschulabschluss	73	9	[1]	4	6	7
Mittlerer Bildungsabschluss	52	14	5	16	4	10
Hoch-/Fachhochschulreife	26	5	49	1	[3]	16
Gesamt	47	9	20	7	5	12

[1] Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium
[2] Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr
[3] Arbeit, Praktikum, freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges
Bei Werten in Klammern ist die Fallzahl im ungewichteten Datensatz kleiner 5.

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2012, gewichtete Daten

Die differenzierte Betrachtung nach Schultypen zeigt – auf insgesamt niedrigerem Niveau – dieselben Muster wie in den Vorjahren: Aus allgemeinbildenden Schulen äußern vor allem Abgänger/-innen aus Hauptschulen (61 %) und Realschulen (49 %) den Wunsch nach einer betrieblichen Berufsausbildung im Ausbildungsjahr 2012/2013. Den stärksten Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung (63 %) haben wieder die Jugendlichen, die das allgemeinbildende Schulwesen bereits im Vorjahr bzw. in den Vorjahren verlassen haben und zuletzt ein Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) oder eine Berufsfachschule (BFS), die keinen Berufsabschluss vermittelt, besucht haben. Von den Abgängern und Abgängerinnen aus Gymnasien interessiert sich ein Viertel (25 %) für eine betriebliche Berufsausbildung, 51 % möchten studieren. Von den Abgängern und Abgängerinnen aus

Fachoberschulen und Fachgymnasien haben 39 % den Wunsch nach einer dualen Ausbildung direkt im Anschluss an die Schule; mehr als ein Drittel (35 %) möchte ein Studium aufnehmen.

Hinsichtlich der erreichten Schulabschlüsse zeigt sich, dass im Frühjahr 2012 knapp drei Viertel (73 %; 2010: 77 %) der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss eine betriebliche Ausbildung angestrebt haben. Von den Jugendlichen mit mittlerem Bildungsabschluss waren es etwas mehr als die Hälfte (52 %; 2010: 58 %). Von denjenigen mit Hochschul- und Fachhochschulreife interessierte sich wie 2010 etwa ein Viertel (26 %) für eine duale Berufsausbildung.

Wunsch nach einer dualen Ausbildung zu einem späteren Zeitpunkt

Ein Teil der Jugendlichen entschied sich erst zwischen Frühjahr und Herbst 2012 für eine betriebliche Berufsausbildung oder strebt eine solche erst in den kommenden Jahren an → **Tabelle A3.1-2**. So möchten 1 % der Befragten noch im laufenden und je 7 % im nächsten Ausbildungsjahr oder zu einem

Tabelle A3.1-2: **Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die im Ausbildungsjahr 2012/2013 oder zu einem späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung absolvieren möchten (in %)**

	Befragte, die im Frühjahr 2012 den Wunsch nach einer dualen Ausbildung hatten	Befragte, die erst im Herbst 2012 den Wunsch nach einer dualen Ausbildung äußerten:[1]				Befragte, die 2012 oder später eine duale Ausbildung absolvieren möchten insgesamt
		noch in diesem Ausbildungsjahr	erst im nächsten Ausbildungsjahr	erst zu einem späteren Zeitpunkt	zusammen	
Geschlecht						
Männlich	53	1	7	5	13	66
Weiblich	39	1	6	9	16	55
Wohnort						
Alte Länder	47	1	6	7	14	61
Neue Länder einschl. Berlin	38	[1]	10	7	18	56
Migrationshintergrund						
Ohne Migrationshintergrund	46	1	7	7	15	61
Mit Migrationshintergrund	48	2	5	6	13	61
Schultyp						
Hauptschule	61	[2]	16	7	25	86
Realschule	49	1	5	17	23	72
Integrierte Gesamtschule	46	[0]	[4]	17	21	67
Gymnasium	25	1	4	3	8	33
FOS und Fachgymnasium	39	[1]	5	3	9	48
Berufliche Vollzeitschule[2]	63	[0]	[6]	[0]	6	69
Schulabschluss						
Hauptschulabschluss	73	[1]	10	6	17	90
Mittlerer Bildungsabschluss	52	1	4	11	16	68
Hoch-/Fachhochschulreife	26	1	4	4	9	35
Gesamt	47	1	7	7	15	62

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr
Bei Werten in Klammern ist die Fallzahl im ungewichteten Datensatz kleiner 5.

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2012, gewichtete Daten

späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung beginnen. Von allen Befragten haben demnach weitere 15 % (2010: 19 %; 2008: 16 %) den Wunsch nach einer späteren dualen Ausbildung. Der Anteil der Befragten, die im laufenden Ausbildungsjahr oder später eine duale Ausbildung absolvieren möchten, addiert sich auf insgesamt 62 %. Gegenüber dem Jahr 2010 (70 %) bedeutet dies einen Rückgang um 8 Prozentpunkte. Eine Verringerung der bis dahin recht stabilen Affinität von Jugendlichen zum System der dualen Berufsausbildung (vgl. Friedrich 2009, S. 31) war erstmals von 2008 (72 %) auf 2010 (70 %) zu beobachten. Der für 2012 ausgewiesene Anteil ist der bislang niedrigste Wert, der im Rahmen der BIBB-Schulabgängerbefragungen seit 2004 ermittelt wurde.

Im Vorjahresvergleich zeigt sich, dass die Affinität zum dualen System über alle Personen- und Merkmalsgruppen hinweg zurückgegangen ist: Junge Männer sind zu zwei Dritteln (66 %) an einer betrieblichen Berufsausbildung direkt im Anschluss an die Schulzeit oder später interessiert. Bei jungen Frauen ist es etwas mehr als die Hälfte (55 %). In Westdeutschland (61 %) ist der Anteil der an einer dualen Ausbildung Interessierten höher als in Ostdeutschland (56 %). Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich diesbezüglich nicht (je 61 %). Abgänger/-innen aus Hauptschulen (86 %) und beruflichen Vollzeitschulen (69 %) zeigen ein sehr viel stärkeres Interesse als diejenigen aus den anderen Schulformen.

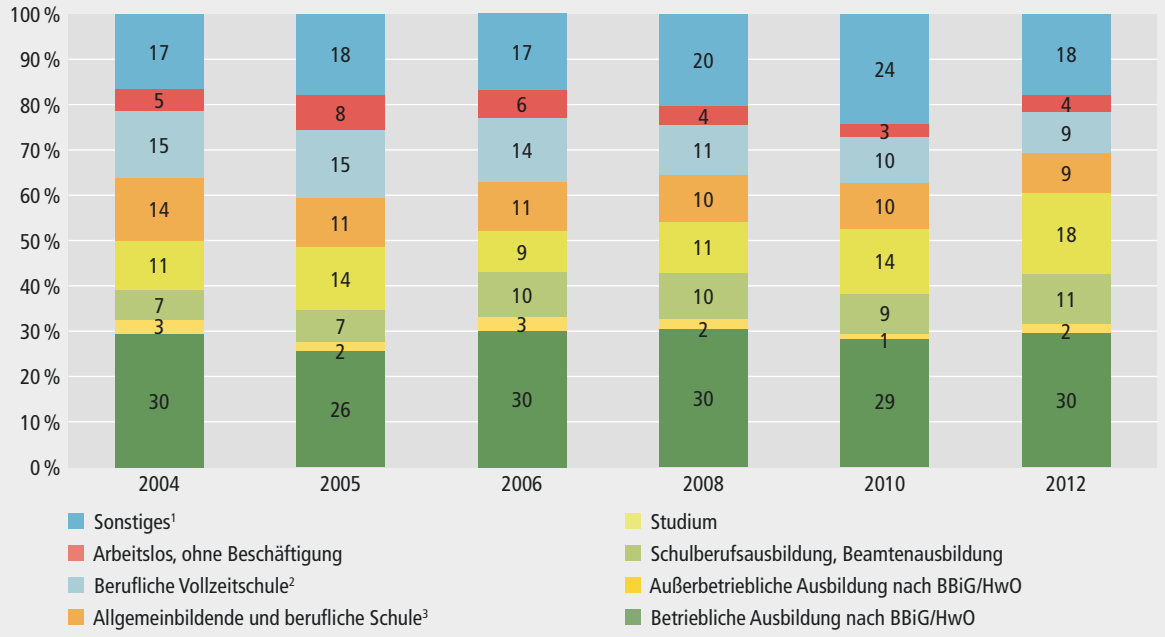
Differenziert nach den erreichten Schulabschlüssen zeigt sich, dass bei den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss der Anteil, der sich für eine duale Ausbildung interessiert, fast unverändert hoch geblieben ist (90 %; 2010: 94 %; 2008: 91 %). Für sie stellt diese Ausbildungsform weiterhin den Königsweg dar. Stark gesunken, aber immer noch leicht überdurchschnittlich ist der Anteil bei denjenigen mit einem mittleren Schulabschluss (68 %, 2010: 78 %; 2008: 80 %). Auch für ein Drittel (35 %; 2010: 43 %; 2008: 44 %) der Jugendlichen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife scheint diese Ausbildungsform weiterhin erstrebenswert zu sein, obwohl ihnen auch andere berufliche Möglichkeiten offenstehen.

Realisierte Bildungswege (Verbleib) im Herbst 2012

Im Herbst 2012 haben 30 % der Schulabgänger/-innen eine betriebliche und 2 % eine außerbetriebliche Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz/Handwerksordnung (BBiG/HwO) begonnen bzw. werden im laufenden Ausbildungsjahr noch eine solche Ausbildung beginnen. Weitere 11 % sind in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung eingemündet und 18 % studieren. 9 % besuchen eine weitere allgemeinbildende oder berufliche Schule und 9 % ein BVJ, ein BGJ oder eine BFS, die eine Grundbildung vermittelt. 4 % sind arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung. Weitere 4 % arbeiten bzw. jobben, 3 % absolvieren ein Praktikum, 4 % absolvieren ein soziales/ökologisches Jahr, leisten Bundesfreiwilligendienst oder freiwilligen Wehrdienst, und 6 % machen etwas anderes (unter „Sonstiges“ zusammengefasst). Im Vergleich zu vorangegangenen Befragungen ist ein Anstieg beim Anteil der Schulabgänger/-innen erkennbar, die im Herbst ein Studium aufgenommen haben. Ihr Anteil stieg von 11 % (2008) bzw. 14 % (2010) auf 18 % an. Darüber hinaus zeigen sich meist nur graduelle Veränderungen → **Schaubild A3.1-2**.

Obwohl der Anteil der Schulabgänger/-innen zurückgegangen ist, der direkt nach der Schule eine duale Berufsausbildung aufnehmen wollte, hat sich der Anteil der Schulabgänger/-innen, der 2012 in eine duale Berufsausbildung eingemündet ist (30 %), im Vergleich zu 2008 (30 %) und 2010 (29 %) insgesamt kaum verändert. Es zeigen sich die bereits in früheren Befragungen (vgl. BIBB-Datenreport 2011 und 2009, jeweils Kapitel A3.1; Friedrich 2009) festgestellten Merkmalsstrukturen und -muster → **Tabelle A3.1-3**: Männliche Jugendliche haben zu mehr als einem Drittel (38 % betrieblich plus 3 % außerbetrieblich), weibliche Jugendliche zu einem Viertel (23 % plus 1 %) eine duale Ausbildung begonnen. Letztere sind wiederum häufiger (15 %) in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung eingemündet als männliche Jugendliche (6 %), haben häufiger ein Studium begonnen (19 % vs. 17 %) oder besuchen weiter eine allgemeinbildende oder berufliche Schule (10 % vs. 8 %).

Schaubild A3.1-2: **Realisierte Bildungs- und Berufswege von Schulabgängern und Schulabgängerinnen 2004 bis 2012 jeweils im Herbst (in %)**



[1] Arbeit, Praktikum, freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges
[2] Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr
[3] Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragungen, gewichtete Daten

Schulabgänger/-innen aus den alten Ländern mündeten mit 31 % um 5 Prozentpunkte häufiger in eine betriebliche Berufsausbildung ein als diejenigen aus den neuen Ländern (26 %).[42] Damit werden dieselben Anteilswerte wie 2008 erreicht; 2010 gab es zwischen Ost (28 %) und West (29 %) nur geringe Unterschiede. Der Anteil derjenigen, die ein Studium begonnen haben, ist in den neuen Ländern auf fast ein Viertel (22 %; 2010: 17 %; 2008: 13 %) angewachsen. In den alten Ländern ist zwar ebenfalls eine Steigerung auf 17 % (2010: 13 %; 2008: 11 %) zu erkennen; der Abstand hat sich jedoch auf 5 Prozentpunkte vergrößert. Hinsichtlich der Einmündung in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung (je 11 %) sind keine Unterschiede zwischen Ost und West zu erkennen. Auch bei den anderen Verbleibsformen zeigen sich nur kleinere Differenzen.

Die Betrachtung von Schulabgängern und Schulabgängerinnen mit und ohne Migrationshintergrund zeigt, dass zwischen diesen weiterhin Unterschiede hinsichtlich der Einmündung in eine duale Berufsausbildung bestehen (vgl. BIBB-Datenreport 2011 und 2009, jeweils Kapitel 3.1; Diehl/Friedrich/Hall 2009): Während insgesamt 34 % (2010: 32 %; 2008: 35 %) der Jugendlichen, die keinen Migrationshintergrund haben, eine duale Ausbildung aufnahmen, waren es bei den Jugendlichen, die einen Migrationshintergrund aufweisen, nur 28 % (2010: 24 %; 2008:

42 In der Befragung 2012 fällt die Fallzahl für die Einmündung in außerbetriebliche Ausbildung in Ostdeutschland sehr gering aus, sodass die Daten nicht interpretiert werden können. Es wird deshalb nur die Quote für die Einmündung in betriebliche Ausbildung herangezogen. Bezogen auf die Schulabgangskohorten gibt es keine andere Datenquelle, mit deren Hilfe der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung genauer bestimmt werden könnte. Nach den Ergebnissen der BIBB-Erhebung zum 30. September 2012 zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen liegt der Anteil der „überwiegend öffentlich finanzierten" Ausbildungsverträge bundesweit bei 4,7 %. Für Westdeutschland beträgt der Anteil 3,7 %, in Ostdeutschland liegt der Anteil bei 10,6 % (**vgl. Kapitel A1.2, Tabelle A1.2-4**). Bezogen auf alle Jugendlichen in der Stichprobe, die im Herbst eine Ausbildung nach BBiG/HwO absolvieren, ergibt sich für Westdeutschland ein Anteil von 5 % in außerbetrieblicher Ausbildung. Dieser Wert liegt in der Nähe des aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2012 ermittelten Anteils. Für Ostdeutschland errechnet sich ein Anteil von 12 %; dieser Wert ist allerdings aufgrund der geringen Fallzahl nicht interpretierbar.

Tabelle A3.1-3: **Realisierte Bildungs- und Berufswege von Schulabgängern und Schulabgängerinnen im Herbst 2012 (in %)**

	Bildungs- und Berufswege im Herbst 2012							
	Betriebliche Ausbildung nach BBiG/ HwO	Außer-betriebliche Ausbildung nach BBiG/ HwO	Schulberufs-ausbildung, Beamten-ausbildung	Studium	Allgemein-bildende und beruf-liche Schule[1]	Berufliche Voll-zeitschule[2]	Arbeitslos, ohne Beschäf-tigung	Sonstiges[3]
Geschlecht								
Männlich	38	3	6	17	8	9	4	15
Weiblich	23	1	15	19	10	8	3	21
Wohnort								
Alte Länder	31	2	11	17	9	9	4	18
Neue Länder einschl. Berlin	26	[4]	11	22	7	10	[1]	20
Migrationshintergrund								
Ohne Migrationshintergrund	32	2	10	18	9	9	3	18
Mit Migrationshintergrund	26	2	15	18	10	8	5	17
Schultyp								
Hauptschule	38	3	11	[0]	7	25	3	14
Realschule	37	2	14	2	23	7	[1]	14
Integrierte Gesamtschule	30	[1]	16	11	13	8	[1]	20
Gymnasium	14	1	4	48	3	1	1	27
FOS und Fachgymnasium	25	[3]	15	27	[3]	[3]	5	21
Berufliche Vollzeitschule[2]	42	[2]	13	[6]	[6]	[9]	[11]	11
Schulabschluss								
Hauptschulabschluss	44	4	12	[1]	6	14	7	12
Mittlerer Bildungsabschluss	40	2	13	4	18	7	2	14
Hoch-/Fachhochschulreife	16	1	8	45	1	4	2	25
Gesamt	30	2	11	18	9	9	4	18

[1] Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium
[2] Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr
[3] Arbeit, Praktikum, freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges
Bei Werten in Klammern ist die Fallzahl im ungewichteten Datensatz kleiner 5.

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2012, gewichtete Daten

23 %). Damit hat sich gegenüber früheren Befragungen der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in eine duale Ausbildung eingemündet sind, erhöht; es besteht jedoch auch weiterhin ein Unterschied von 6 Prozentpunkten zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Starke Veränderungen sind demgegenüber bezüglich der Einmündung in ein Studium zu erkennen: Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist ihr Anteil (18 %; 2010: 9 %; 2008: 10 %) stärker angewachsen als bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (18 %; 2010: 15 %; 2008: 12 %) und liegt nun auf derselben Höhe wie bei diesen. Stark aufgeholt haben Jugendliche mit Migrationshintergrund auch hinsichtlich des Übergangs in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung (15 %; 2010: 10 %; 2008: 9 %). Der Anteil der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hat sich hingegen kaum verändert und liegt 2012 sogar darunter (10 %; 2010: 9 %; 2008: 11 %).

Die Betrachtung der besuchten Schultypen[43] zeigt, dass Jugendliche aus Haupt- und aus Realschulen wie 2010 in etwa zu gleichen Teilen (38 % bzw. 37 %) in eine

43 Der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung ist aufgrund einer zu geringen Fallzahl nicht für jeden Schultyp interpretierbar; die Aussagen beziehen sich in diesen Fällen nur auf die Einmündung in betriebliche Ausbildung.

betriebliche Berufsausbildung eingemündet sind. Der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung liegt bei 3 % bzw. 2 %. Außerdem hat knapp jede/-r Dritte (30 %) aus einer integrierten Gesamtschule eine betriebliche Ausbildung begonnen. Von den Abgängern/Abgängerinnen aus Gymnasien mündeten 14 % in eine betriebliche Ausbildung ein, 48 % (2010: 42 %) begannen zu studieren. Bei denjenigen aus Fachoberschulen und Fachgymnasien hat jede/-r Vierte (25 %) eine betriebliche Ausbildung begonnen; wie im Jahr 2010 nahmen 27 % ein Studium auf. Bei den Abgängern und Abgängerinnen aus beruflichen Vollzeitschulen stieg der Anteil, der in eine betriebliche Ausbildung einmündete, gegenüber dem Jahr 2010 von 38 % auf 42 % an.

Die Einmündungsquoten in das Übergangssystem, also der Besuch einer BFS, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, oder die Teilnahme an einem BVJ oder BGJ (hier: berufliche Vollzeitschule) haben sich im Zeitverlauf von 2004 bis 2012 insgesamt betrachtet kontinuierlich verringert (**vgl. Kapitel A6.1**). Dennoch münden erneut 25 % (2010: 28 %) der Abgänger/-innen aus Hauptschulen in dieses System ein. Von den Realschulabgängern und -abgängerinnen sind es 7 % (2010: 11 %) und von denjenigen aus Integrierten Gesamtschulen 8 % (2010: 14 %).

Nach dem höchsten erreichten Schulabschluss differenziert zeigt sich bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss ein Anstieg des Anteils, der in das duale System eingemündet ist. Betriebliche und außerbetriebliche Formen zusammengenommen liegt der Anteil bei 48 % (2010: 40 %; 2008: 36 %). 12 % begannen eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung, und 14 % sind in eine berufliche Vollzeitschule eingemündet. Bei Jugendlichen mit mittlerem Abschluss stieg der Anteil, der in das duale System einmündete, ebenfalls (wieder) auf 42 % an (2010: 37 %; 2008: 42 %). 13 % nahmen eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung auf, und knapp ein Fünftel (18 %; 2010: 20 %) besucht weiter eine allgemeinbildende oder berufliche Schule. Der Anteil der Studienberechtigten, die eine duale Ausbildung begonnen haben, blieb im Zeitverlauf etwa gleich (17 %; 2010: 16 %; 2008: 17 %). Der Anteil derjenigen, die ein Studium aufgenommen haben, ist hingegen auf 45 % und damit um 7 Prozentpunkte gegenüber 2010 (38 %; 2008: 36 %) stark angestiegen.

Wunsch nach einer dualen Ausbildung und Wirklichkeit

Von den Schulabgängern und Schulabgängerinnen, die sich im Frühjahr 2012 für eine duale Ausbildung interessierten, begannen 60 % im Herbst 2012 tatsächlich eine duale Ausbildung (56 % betriebliche und 4 % außerbetriebliche Ausbildung). Damit wird der höchste Anteilswert für die Einmündung in duale Berufsausbildung seit dem Jahr 2004 erreicht. Folgende Entwicklung zeigt sich im Zeitverlauf → **Tabelle A3.1-4**: Im Jahr 2004 lag die Einmündungsquote bei 54 %. 2005 ging sie signifikant auf 47 % zurück, da die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stark gesunken war. 2006 führte ein starker Zuwachs bei den neuen Ausbildungsverträgen[44] wieder zu einer verbesserten Einmündungsquote (52 %). Dieser Trend setzte sich in den Jahren 2008 (53 %) und 2010 (54 %) fort. Im Jahr 2012 hat sich der Anteil signifikant gegenüber 2010 um 6 Prozentpunkte erhöht.

Differenziert nach soziodemografischen und individuellen Merkmalen sowie regionalen Faktoren zeigen sich zum Teil beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Personengruppen → **Tabelle A3.1-5**: Männliche Jugendliche (69 %) konnten 2012 erneut ihren Wunsch nach einer dualen Ausbildung sehr viel häufiger realisieren als weibliche Jugendliche (47 %). Der Abstand zwischen den Geschlechtern stieg auf 22 Prozentpunkte (2010: 13 Prozentpunkte) an. Weibliche Jugendliche, die sich für eine duale Ausbildung interessierten, mündeten dagegen sehr viel häufiger in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung ein (16 % vs. 3 %).

In Westdeutschland konnten 56 % der Schulabgänger/-innen, die eine betriebliche Ausbildung angestrebt haben, eine solche Ausbildung aufnehmen. Weitere 3 % haben eine Ausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung begonnen. In Ostdeutschland liegt die Quote derjenigen, die in eine betriebliche Berufsausbildung eingemündet sind, bei 53 %. Der Anteil derjenigen, die in eine außerbetriebliche Ausbildung eingemündet sind, lässt sich anhand der

44 Siehe hierzu: **http://www.bibb.de/de/28571.htm**

Tabelle A3.1-4: **Einmündungsquote in duale Berufsausbildung der Schulabgänger/-innen, die sich jeweils im Frühjahr für eine betriebliche Ausbildung interessierten (in %)**

	Einmündung in duale Berufsausbildung					
	2004	2005	2006	2008	2010	2012
Geschlecht						
Männlich	57	49	57	59	60	69
Weiblich	49	43	45	44	47	47
Wohnort						
Alte Länder	54	47	51	52	53	60
Neue Länder einschl. Berlin	52	47	53	54	61	61
Migrationshintergrund						
Ohne Migrationshintergrund	56	52	54	58	60	63
Mit Migrationshintergrund	45	25	42	33	37	48
Schultyp						
Allgemeinbildende und berufliche Schule[1]	53	48	50	52	59	61
Berufliche Vollzeitschule[2]	56	44	56	54	44	57
Schulabschluss						
Hauptschulabschluss	48	43	50	44	49	61
Mittlerer Bildungsabschluss	58	50	53	64	59	65
Hoch-/Fachhochschulreife	56	53	54	48	58	54
Gesamt	54	47	52	53	54	60

[1] Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium
[2] Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragungen, gewichtete Daten

Stichprobendaten nicht bestimmen, da die Fallzahlen für eine statistisch abgesicherte Aussage nicht ausreichen.[45] Aufgrund des weiterhin größeren Anteils an öffentlich finanzierten Ausbildungsstellen in Ostdeutschland (**vgl. Kapitel A1.2**) kann angenommen werden, dass hinsichtlich der Einmündung in eine Form der dualen Ausbildung zwischen Ost- und Westdeutschland keine größeren Unterschiede bestehen.

Für Jugendliche mit Migrationshintergrund haben sich 2012 die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz im Vergleich zu früheren Befragungen stark erhöht. Der Anteil, der in eine betriebliche Ausbildung[46] einmündete, stieg auf 45 % und damit um 10 Prozentpunkte gegenüber 2010 (35 %) an.[47] Migranten/Migrantinnen haben im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund aber weiterhin signifikant schlechtere Realisierungsmöglichkeiten. Der Unterschied fällt mit 45 % zu 59 %, d. h. mit einer Differenz von 14 Prozentpunkten, jedoch nicht mehr so hoch aus wie in den vorangegangenen Befragungen (2010: 35 % vs. 58 %; 2008: 32 % vs. 54 %). Statt in eine duale Ausbildung mündeten 12 % (vs. 7 %) der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung ein. 6 % (vs. 4 %) gehen auf eine allgemeinbildende oder berufliche Schule, und 12 % (vs. 6 %) besuchen eine berufliche Vollzeitschule. 9 % (vs. 5 %) sind arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung.

Die Quote der Abgänger/-innen aus beruflichen Vollzeitschulen, die eine betriebliche Ausbildung begonnen haben, ist um 10 Prozentpunkte auf 53 % (2010: 43 %; 2008: 48 %) angestiegen. Der Abstand zu den

45 In der Befragung 2012 fällt die Fallzahl für die Einmündung in außerbetriebliche Ausbildung in Ostdeutschland sehr gering aus, sodass die Daten nicht interpretiert werden können. Es wird deshalb nur die Quote für die Einmündung in betriebliche Ausbildung herangezogen (vgl. Fußnote 42).

46 Für die Einmündung in außerbetriebliche Ausbildung in den Jahren 2010 und 2012 können keine verlässlichen Angaben gemacht werden, da die Fallzahlen zu gering sind.

47 Die Veränderung ist allerdings aufgrund der geringen Fallzahl statistisch nicht signifikant.

Tabelle A3.1-5: **Realisierte Bildungs- und Berufswege (Herbst 2012) von Schulabgängern und Schulabgängerinnen, die sich im Frühjahr 2012 für eine betriebliche Ausbildung interessierten (in %)**

	Bildungs- und Berufswege im Herbst 2012							
	Betriebliche Ausbildung nach BBiG/HwO[1]	Außerbetriebliche Ausbildung nach BBiG/HwO[1]	Schulberufsausbildung, Beamtenausbildung	Studium	Allgemeinbildende und berufliche Schule[2]	Berufliche Vollzeitschule[3]	Arbeitslos, ohne Beschäftigung	Sonstiges[4]
Geschlecht								
Männlich	64	5	3	4	3	9	6	7
Weiblich	45	2	16	5	6	5	7	15
Wohnort								
Alte Länder	56	3	9	4	5	7	7	10
Neue Länder einschl. Berlin	53	[9]	7	[5]	[0]	[9]	[2]	16
Migrationshintergrund								
Ohne Migrationshintergrund	59	4	7	4	4	6	5	11
Mit Migrationshintergrund	45	[3]	12	5	6	12	9	8
Schultyp								
Allgemeinbildende und berufliche Schule[1]	57	4	8	6	4	8	2	11
Berufliche Vollzeitschule[2]	53	[4]	[9]	[0]	[4]	[3]	[17]	[9]
Schulabschluss								
Hauptschulabschluss	56	6	8	[0]	3	9	10	9
Mittlerer Bildungsabschluss	63	2	7	[1]	7	8	4	9
Hoch-/Fachhochschulreife	50	4	12	20	[1]	[1]	[1]	13
Gesamt	56	4	8	4	4	7	6	10

[1] Abweichungen zu Tabelle A3.1-4 durch Rundungsdifferenzen
[2] Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium
[3] Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr
[4] Arbeit, Praktikum, freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges
Bei Werten in Klammern ist die Fallzahl im ungewichteten Datensatz kleiner 5.

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2012, gewichtete Daten

Abgängern und Abgängerinnen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (57 %) verringerte sich damit auf 4 Prozentpunkte. Durch den Besuch eines BVJ, BGJ oder einer BFS (ohne Berufsabschluss) werden berufliche Grundqualifikationen und zum Teil auch höhere Schulabschlüsse vermittelt. Die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz können sich dadurch verbessern (**vgl. Kapitel A3.3.2**).

Die Betrachtung der höchsten Schulabschlüsse zeigt, dass sich vor allem die Chancen von Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss auf einen Ausbildungsplatz erhöht haben. Der Anstieg auf insgesamt 62 % (2010: 48 %; 2008: 44 %) resultiert dabei hauptsächlich aus einer Steigerung bei den betrieblichen Ausbildungsverhältnissen um 11 Prozentpunkte (56 %; 2010: 45 %; 2008: 38 %). Der Anteil derjenigen, die ins Übergangssystem einmündeten, ist im Zeitverlauf kontinuierlich zurückgegangen und liegt nun bei 10 % (2010: 19 %; 2008: 21 %; 2006: 23 %; 2005: 27 %; 2004: 27 %). Bei Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss ist der Anteil, der eine duale Berufsausbildung aufnahm, mit 65 % am größten. Gegenüber früheren Befragungen (2010: 58 %; 2008: 62 %) ist ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen. Von den Studienberechtigten, die sich im Frühjahr für eine betriebliche Ausbildung interessierten, nahm die Hälfte (2010: 56 %; 2008: 45 %) eine betriebliche

Ausbildung auf. Jede/-r fünfte Studienberechtigte ist im Herbst stattdessen in ein Studium eingemündet (2010: 12 %; 2008: 20 %).

Die demografischen Entwicklungen und eine – trotz weltwirtschaftlicher Turbulenzen – noch relativ robuste Konjunktur in Deutschland führten dazu, dass der Anteil der Schulabgänger/-innen, die ihren Wunsch nach einer Ausbildung realisieren konnten, 2012 stark angestiegen ist. Dennoch haben 40 % der Abgänger/-innen, die im Frühjahr 2012 eine duale Ausbildung anstrebten, im Herbst 2012 keine solche Ausbildung begonnen. Stattdessen haben 8 % einen schulischen Ausbildungsgang an einer BFS oder eine Laufbahn im öffentlichen Dienst aufgenommen, 4 % studieren, und 4 % besuchen eine allgemeinbildende oder eine berufliche Schule. 7 % (2010: 10 %; 2008: 12 %) sind in das Übergangssystem (berufliche Vollzeitschule) eingemündet. Weitere 6 % der Jugendlichen sind arbeitslos. Von den Verbleibenden (10 % unter „Sonstiges“) 2 % arbeiten bzw. jobben, 3 % machen ein Praktikum, 2 % absolvieren ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst, und 3 % machen etwas anderes.

Von den Schulabgängern und Schulabgängerinnen, die sich im Frühjahr 2012 für eine duale Berufsausbildung interessierten, im Herbst aber keine betriebliche Ausbildung aufnahmen, hält die Mehrzahl an ihrem ursprünglichen Berufswunsch fest. Trotz alternativen Verbleibs suchen 16 % (2010: 27 %) noch für das laufende Ausbildungsjahr eine Ausbildungsstelle, und 39 % (2010: 43 %) möchten im nächsten Ausbildungsjahr eine Ausbildung beginnen. Weitere 20 % (2010: 15 %) möchten erst zu einem späteren Zeitpunkt eine betriebliche Berufsausbildung absolvieren. Ein Viertel (25 %) der Schulabgänger/-innen, die ihren Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung im Herbst 2012 nicht realisieren konnten, haben ihre Absicht ganz aufgegeben. Dieser Anteil ist im Vergleich zu früheren Befragungen angestiegen (2010: 14 %; 2008: 17 %).

Für das laufende Ausbildungsjahr 2012/2013 sind insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund (21 %), Schulabgänger/-innen aus nicht vollqualifizierenden beruflichen Vollzeitschulen (20 %) und Jugendliche mit Hauptschulabschluss (20 %) noch an einer Ausbildungsstelle interessiert. Für das Ausbildungsjahr 2013/2014 zeigen männliche Jugendliche (44 %), Abgänger/-innen aus nicht vollqualifizierenden beruflichen Vollzeitschulen (58 %) und Jugendliche mit Hauptschulabschluss (55 %) ein überdurchschnittliches Interesse. Einen überdurchschnittlichen Anteil an Personen, die ihren ursprünglichen Berufswunsch aufgegeben haben, finden sich unter den Abgängern und Abgängerinnen aus Ostdeutschland (32 %), Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (29 %), Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (36 %) und Studienberechtigten (53 %).

Übereinstimmung von Ausbildungsberuf und Wunschberuf

Die Mehrzahl der Jugendlichen, die eine betriebliche Berufsausbildungsstelle bekommen haben, konnten ihre beruflichen Vorstellungen bei der Berufswahl umsetzen. Vier Fünftel (81 %) der Schulabgänger/-innen mit Ausbildungsvertrag gaben an, dass der Ausbildungsberuf ihrem Wunschberuf entspreche. Für 15 % stimmt der tatsächliche Ausbildungsberuf nur teilweise mit dem Wunschberuf überein, und 4 % erlernen einen Ausbildungsberuf, der nicht dem Wunschberuf entspricht.

Im Zeitverlauf zeigt sich von 2004 bis 2006 zunächst eine kontinuierliche Verringerung des Anteils der Jugendlichen, bei denen Ausbildungs- und Wunschberuf übereinstimmten → **Schaubild A3.1-3**. Die angespannte Lage am Ausbildungsstellenmarkt hatte damals dazu geführt, dass sich viele Ausbildungsplatzbewerber/-innen in ihrer Berufswahl flexibel zeigten und Ausbildungsstellenangebote annahmen, die mit den ursprünglichen Berufswünschen oftmals nicht oder nur teilweise übereinstimmten. Die Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt führte ab 2008 wieder dazu, dass ein größerer Anteil den angestrebten Ausbildungsberuf erlernen konnte. 2010 und 2012 hat die Wahlfreiheit für die Jugendlichen noch einmal zugenommen.

Männliche Jugendliche (82 %) konnten 2012 zu einem größeren Anteil ihren Wunschberuf realisieren als weibliche Jugendliche (78 %). Bei jeder Fünften

Schaubild A3.1-3: **Übereinstimmung von Wunschberuf und Ausbildungsberuf 2004 bis 2012 (in %)**



Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragungen, gewichtete Daten

(20 %; männlich: 13 %) stimmt der erlernte Beruf nur teilweise mit dem Wunschberuf überein. In Westdeutschland (82 %) sind die Realisierungsmöglichkeiten besser als in Ostdeutschland (69 %). Im Osten gibt fast ein Viertel (23 %; West: 15 %) an, dass der Beruf nur teilweise mit dem Wunsch übereinstimmt.

Bei den Schulabgängern und Schulabgängerinnen mit Migrationshintergrund hat der Anteil derjenigen, die eine Ausbildung im Wunschberuf absolvieren, auf 87 % zugenommen (2010: 66 %; 2008: 78 %). Die Übereinstimmung zwischen Ausbildungsberuf und Wunschberuf ist bei diesen Jugendlichen damit 2012 größer als bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (80 %).

Bei den Abgängern und Abgängerinnen aus beruflichen Vollzeitschulen stimmt in höherem Maße der Ausbildungsberuf mit der gewünschten Berufswahl überein (85 %) als bei denjenigen, die eine allgemeinbildende oder berufliche Schule verlassen haben (79 %).

Die Differenzierung nach den Schulabschlüssen zeigt, dass vor allem Jugendliche mit einem mittleren Schulabschluss (85 %) eine Ausbildung in ihrem Wunschberuf erreichen konnten. Bei den Studienberechtigten liegt der Anteil bei 82 %. Von den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss sind es nur 3 von 4 (76 %); mehr als ein Fünftel (22 %) kann den Wunschberuf nur teilweise realisieren.

Zusammenfassung

Das Interesse von Schulabgängern und Schulabgängerinnen an einer dualen Berufsausbildung ist weiterhin recht groß. Der Wunsch der Jugendlichen, direkt im Anschluss an die Schulzeit oder zu einem späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung aufzunehmen, ist aber bereits zum zweiten Mal zurückgegangen. Wie die aktuelle BIBB-Schulabgängerbefragung zeigt, waren im Frühjahr 2012 nicht einmal mehr als die Hälfte der Schulabgänger/-innen (47 %) an einer Ausbildung im dualen System interessiert. Ursächlich hierfür sind strukturelle Veränderungen in der Schulabgangspopulation. Der Trend zu höheren Schulabschlüssen führt zu einem Anstieg der Studienberechtigten, die eine geringere Affinität für eine duale Berufsausbildung haben.

Im Herbst 2012 konnten 60 % der an einer dualen Ausbildung interessierten Schulabgänger/-innen tatsächlich eine duale Ausbildung beginnen. Die Einmündungsquote hat sich damit signifikant um 6 Prozentpunkte gegenüber 2010 erhöht. Vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist im Jahresvergleich eine deutliche Verbesserung der Ausbildungssituation festzustellen. Sie haben jedoch auch weiterhin signifikant schlechtere Realisierungschancen gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Die Wahlfreiheit bei der dualen Berufswahl hat sich 2012 noch einmal erhöht. Vier Fünftel der Jugendlichen konnten ihren Wunschberuf realisieren. Der Anteil derjenigen, die nur teilweise oder gar nicht ihren angestrebten Ausbildungsberuf erlernen konnten, ist erneut zurückgegangen.

Weiterhin nur unterdurchschnittlich ist der Anteil der Schulabgängerinnen, die sich für eine duale Ausbildung interessierten und eine solche Ausbildung auch aufgenommen haben. Sie erlernen zwar, wenn sie nicht in eine duale Ausbildung eingemündet sind, häufiger als die männlichen Jugendlichen einen Schulberuf, nehmen eine Beamtenausbildung auf oder studieren. In der Summe mündet jedoch von den Schulabgängerinnen noch immer ein geringerer Anteil in einen vollqualifizierenden Ausbildungsgang ein als von den Schulabgängern.

(Michael Friedrich)

A3.2 Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) führt die BA/BIBB-Bewerberbefragung E zurzeit im Abstand von 2 Jahren gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf Weisung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durch. Die Befragung findet jeweils nach Abschluss des Berichtsjahrs der BA am 30. September statt mit dem Ziel, die Daten der amtlichen Statistik durch zusätzliche Informationen zu ergänzen. So können im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2 bildungspolitisch relevante Zielgruppen identifiziert werden, welche die Ausbildungsmarktstatistik der BA derzeit nicht präzise ausweisen kann: die Gruppe der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund und die der Altbewerber/-innen. Darüber hinaus klärt die BA/BIBB-Bewerberbefragung Sachverhalte, die im Rahmen der Ausbildungsmarktstatistik der BA nicht ermittelt werden können, jedoch bildungspolitisch von hoher Relevanz sind; beispielsweise wird der Verbleib von Bewerbern und Bewerberinnen erfasst, für die die Vermittlungsbemühungen eingestellt wurden, da sie sich bei der Arbeitsverwaltung nicht mehr gemeldet hatten, also offiziell unbekannt verblieben waren.

E BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

Bei der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 handelt es sich um eine schriftlich-postalische Repräsentativerhebung von rund 4.100 Personen. Grundgesamtheit waren diejenigen 530.186 Jugendlichen, die im Berichtsjahr 2011/2012 bei der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsagenturen und Jobcenter in gemeinsamer Trägerschaft) als Ausbildungsstellenbewerber/-innen gemeldet waren und ihren Wohnsitz im Inland hatten. Die Stichprobe wurde von der BA gezogen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen konnten Bewerber/-innen, die bei den Jobcentern in kommunaler Trägerschaft gemeldet waren, nicht berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sind Vergleiche mit der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 nur eingeschränkt möglich.

Die anonym durchgeführte Befragung fand von Anfang November 2012 bis Ende Februar 2013 statt. Insgesamt wurden 13.167 Personen angeschrieben. Die Auswahl

erfolgte per Zufall unter Beteiligung aller Arbeitsagenturbezirke. Der Rücklauf betrug 4.223 (32 %). In die Auswertung gelangten 4.131 Bogen; ausgeschlossen wurden verspätet eingegangene oder sehr unvollständig ausgefüllte Fragebogen sowie solche, die regional nicht eindeutig zugeordnet werden konnten. Die Ergebnisse wurden über eine Soll-Ist-Anpassung gewichtet und auf die Grundgesamtheit der Bewerber/-innen mit inländischem Wohnsitz hochgerechnet. Hochrechnungsmerkmale waren die Herkunftsregion, das Geschlecht und die offizielle Einstufung des Verbleibs der Bewerber/-innen.[48] Aufgrund des engen Zeitfensters, das für die Auswertung zur Verfügung stand, handelt es sich hier noch um vorläufige Ergebnisse.

A3.2.1 Merkmale und Verbleib von Altbewerbern und Altbewerberinnen

Der Anteil der aus früheren Schulentlassjahrgängen stammenden Bewerber/-innen[49] an allen bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen betrug im Berichtsjahr 2011/2012 nach der Ausbildungsmarktstatistik der BA 41,4 % (**vgl. Kapitel A1.2**). Ob sich die Bewerber/-innen, die die Schule bereits in Vorjahren verlassen hatten und daher in der Vergangenheit oft als „Altbewerber/-innen" bezeichnet wurden, tatsächlich schon früher einmal um eine Ausbildungsstelle beworben hatten, geht hieraus allerdings nicht hervor.[50] Eine eindeutige Abgrenzung des Personenkreises der Altbewerber/-innen ist demgegenüber im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragungen E möglich. Dort wird nicht nur erfasst, ob sich die Bewerber/-innen bereits in vorherigen Jahren um eine Ausbildungsstelle beworben haben, sondern auch, für welches Ausbildungsjahr sie erstmals den Beginn ihrer Ausbildung anstrebten. Darüber hinaus werden weitere Informationen insbesondere zu den schulischen Voraussetzungen, zur Ausbildungsplatzsuche und zum Verbleib der Bewerber/-innen erhoben, die für differenzierte Analysen zu den Altbewerbern und Altbewerberinnen benötigt werden, in der BA-Statistik jedoch nicht enthalten sind.

Das BIBB geht bei seinen Analysen auf Grundlage der BA/BIBB-Bewerberbefragungen von folgender Definition aus: Altbewerber/-innen sind „all diejenigen Personen, die angeben, sich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als den des jeweils aktuellen Ausbildungsjahres beworben zu haben" (**vgl. E in Kapitel A1.3**; Ulrich/Krekel 2007). Nach dieser Definition ergab sich für das Berichtsjahr 2011/2012 eine Altbewerberquote von 31 %.[51] Bei den männlichen Bewerbern betrug die Altbewerberquote 28 %, bei den weiblichen Bewerberinnen lag sie mit 34 % deutlich höher.

Der Anteil junger Frauen unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen war im Berichtsjahr 2011/2012 mit 49 % fast ebenso hoch wie der Anteil junger Männer (51 %) → **Tabelle A3.2.1-1**. Bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen[52] lag der Frauenanteil dagegen deutlich niedriger (43 %). Die Altbewerber/-innen waren naturgemäß im Durchschnitt bereits älter: So waren 88 % schon volljährig, während dies auf nur 46 % der übrigen Bewerber/-innen zutraf. Jugendliche mit Migrationshintergrund E waren unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen mit einem Anteil von 27 % etwas häufiger vertreten als unter den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen (23 %). Die Schulabschlüsse unterschieden sich zwischen den beiden Bewerbergruppen kaum; waren sie teilweise bei den Altbewerbern und Altbewerberinnen etwas besser. So verfügten sie deutlich häufiger über die Fachhochschulreife (12 % vs. 5 %), und sie hatten etwas seltener noch keinen Schulabschluss erreicht (1 % vs. 2 %) als die sonstigen Bewerber/-innen. Dies lässt sich damit erklären, dass die in früheren Jahren erfolglosen Bewerber/-innen relativ häufig im

48 Weitere Informationen zu den BA/BIBB-Bewerberbefragungen sind unter **http://www.bibb.de/de/wlk30081.htm** abrufbar.

49 Zum Status der gemeldeten Bewerber/-innen und zur Ausbildungsmarktstatistik der BA **vgl. Kapitel A1.3**.

50 Aus diesem Grund weist die BA inzwischen auch zusätzlich Angaben über die gemeldeten Bewerber/-innen aus, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits auch in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters eine Ausbildungsstelle gesucht haben (**vgl. E in Kapitel A1.3**).

51 Für 6 % der in die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 einbezogenen Personen konnte der Status allerdings nicht geklärt werden, da die Frage zu früheren Bewerbungen um eine Ausbildungsstelle nicht beantwortet wurde. Die tatsächliche Altbewerberquote dürfte somit etwas unterschätzt sein.

52 Zu den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen wurden die Befragten gerechnet, die sich früher noch nicht um eine Ausbildungsstelle beworben hatten bzw. für die dies aufgrund fehlender Angaben nicht geklärt werden konnte.

Tabelle A3.2.1-1: **Merkmale der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012**

Merkmale	Altbewerber/-innen					sonstige Bewerber/-innen	
	Insgesamt		*darunter:*			Insgesamt	
			Vorjahr	Vorvorjahr	noch früher		
	Anzahl[1]	in %	in %	in %	in %	Anzahl[1]	in %
Geschlecht							
männlich	82.201	51	53	46	49	210.528	57
weiblich	80.053	49	47	54	51	157.404	43
Alter							
16 Jahre und jünger	2.955	2	4			87.971	24
17 Jahre	16.156	10	19	6	1	105.682	29
18 Jahre	21.764	14	19	17	2	63.030	17
19 bis 20 Jahre	60.377	37	37	49	27	71.017	19
21 Jahre und älter	60.176	37	21	28	69	38.239	10
Migrationshintergrund							
ohne Migrationshintergrund	118.334	73	70	78	75	281.807	77
mit Migrationshintergrund	43.728	27	30	22	25	86.125	23
Höchster Schulabschluss							
(noch) kein Abschluss	1.589	1	1	2	1	7.864	2
Sonderschulabschluss	528				1	3.258	1
Hauptschulabschluss	31.634	20	18	21	19	76.870	21
qualifizierter Hauptschulabschluss	14.430	9	8	9	9	36.804	10
mittlerer Schulabschluss	63.481	39	42	37	39	148.664	40
Berechtigung für gymnasiale Oberstufe	17.041	11	9	13	10	32.999	9
Fachhochschulreife	18.990	12	9	13	15	18.501	5
Hochschulreife, Abitur	12.595	8	12	4	6	36.127	10
Insgesamt	**162.254**	**100**	**100**	**100**	**100**	**367.932**	**100**

[1] In die BA/BIBB-Bewerberbefragung wurden ausschließlich Personen mit Wohnsitz im Inland einbezogen. Gleiches gilt für die Hochrechnung. Hierdurch erklärt sich die etwas niedrigere Gesamtzahl an Bewerbern und Bewerberinnen im Vergleich zur Ausbildungsmarktstatistik. Leichte Abweichungen in den Tabellensummen gegenüber den Einzelwerten sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

Rahmen eines Bildungsgangs des Übergangsbereichs oder durch den Besuch einer Fachoberschule noch den Schulabschluss nachholten bzw. einen höheren Schulabschluss erwarben. Hinsichtlich der Schulnoten schnitten die Altbewerber/-innen fast genauso gut ab wie die sonstigen Bewerber/-innen. Die Deutschnoten waren lediglich bei den Altbewerbern und Altbewerberinnen mit (Fach-)Hochschulreife im Durchschnitt schwächer als bei den vergleichbaren sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen (3,1 vs. 2,8). Die durchschnittlichen Mathematiknoten unterschieden sich zwischen den Altbewerbern und Altbewerberinnen sowie den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen ebenfalls nur wenig, sie betrugen bei maximal Hauptschulabschluss 3,3 vs. 3,2, bei mittlerem Schulabschluss 3,2 vs. 3,0, und bei Fachhochschul- bzw. Hochschulreife 3,3 vs. 3,0.

Zum Jahresende 2012 waren 35 % der Altbewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 in einer betrieblichen Berufsausbildung verblieben, 10 % in einer außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf und 5 % in einer Ausbildung in einem Schulberuf bzw. in einer sonsti-

Tabelle A3.2.1-2: **Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012**

aktueller Verbleib	Altbewerber/-innen					sonstige Bewerber/-innen	
	Insgesamt		*darunter:*			Insgesamt	
			Vorjahr	Vorvorjahr	noch früher		
	Anzahl[1]	in %	in %	in %	in %	Anzahl[1]	in %
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	56.166	35	41	34	28	164.989	45
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf[2]	16.673	10	7	14	12	22.102	6
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	7.790	5	6	5	3	22.252	6
Studium	3.492	2	3	1	3	7.455	2
allgemeinbildende Schule	3.710	2	4	1	1	28.416	8
Fachoberschule, Berufsfachschule (teilqualifizierend)	7.183	4	7	4	1	34.032	9
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ[3]	1.067	1		2		14.505	4
berufsvorbereitende Maßnahme	7.689	5	6	4	3	14.356	4
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	2.443	2	2		1	4.926	1
Praktikum	3.248	2	1	2	3	6.211	2
freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	3.757	2	3	3	2	9.890	3
Erwerbstätigkeit	8.829	5	2	5	12	3.330	1
Jobben	11.868	7	6	9	8	9.161	3
arbeitslos	21.905	14	10	13	17	20.756	6
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	5.108	3	2	2	5	4.513	1
Insgesamt	**162.254**	**100**	**100**	**100**	**100**	**367.932**	**100**

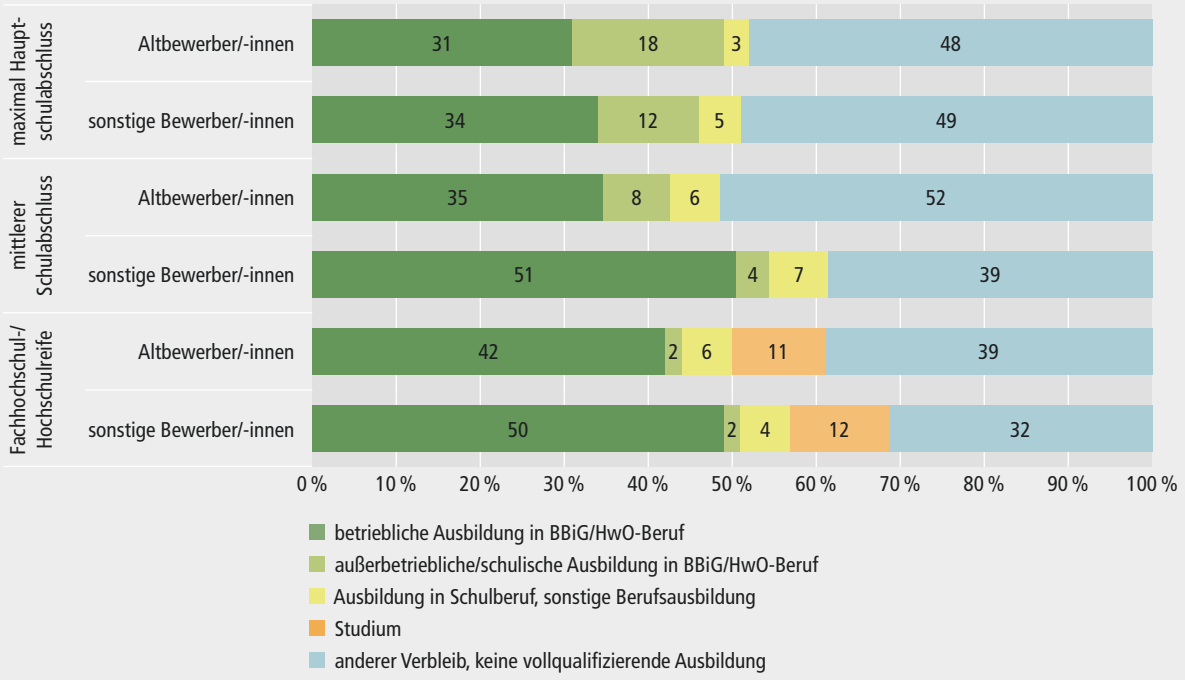
[1] Die leichte Abweichung der Tabellensumme gegenüber den Einzelwerten ist auf fehlende Angaben zurückzuführen.
[2] Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.
[3] BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

gen vollqualifizierenden Ausbildungsform, z. B. einer Ausbildung in einer Beamtenlaufbahn → **Tabelle A3.2.1-2**. Den Altbewerbern und Altbewerberinnen war der Einstieg in eine betriebliche Ausbildung damit erheblich seltener gelungen als den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen, von denen sich 45 % am Jahresende 2012 in einer betrieblichen Ausbildung befanden. Dagegen waren die Altbewerber/-innen deutlich öfter in eine außerbetriebliche bzw. schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen eingemündet als die sonstigen Bewerber/-innen (6 %). In einer Ausbildung in Schulberufen bzw. einer sonstigen Berufsausbildung waren beide Bewerbergruppen in etwa gleich häufig verblieben.

Je länger die erstmalige Bewerbung um eine Ausbildungsstelle bereits zurücklag, desto seltener waren die Altbewerber/-innen in einer betrieblichen Berufsausbildung vertreten. Hatten sie sich erstmalig im Vorjahr beworben, so betrug der Anteil derjenigen, die sich zum Jahresende 2012 in betrieblicher Ausbildung befanden, 41 % und sank auf 34 %, wenn die Erstbewerbung bereits vor 2 Jahren erfolgte, bzw. auf 28 %, wenn sie noch früher stattfand. Dagegen verblieben die Altbewerber/-innen häufiger in einer außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf, wenn seit der ersten Bewerbung bereits mehrere Jahre vergangen waren; die entsprechenden Anteile erhöhten sich von 7 %

Schaubild A3.2.1-1: **Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012 nach Schulabschluss (in %)**



Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

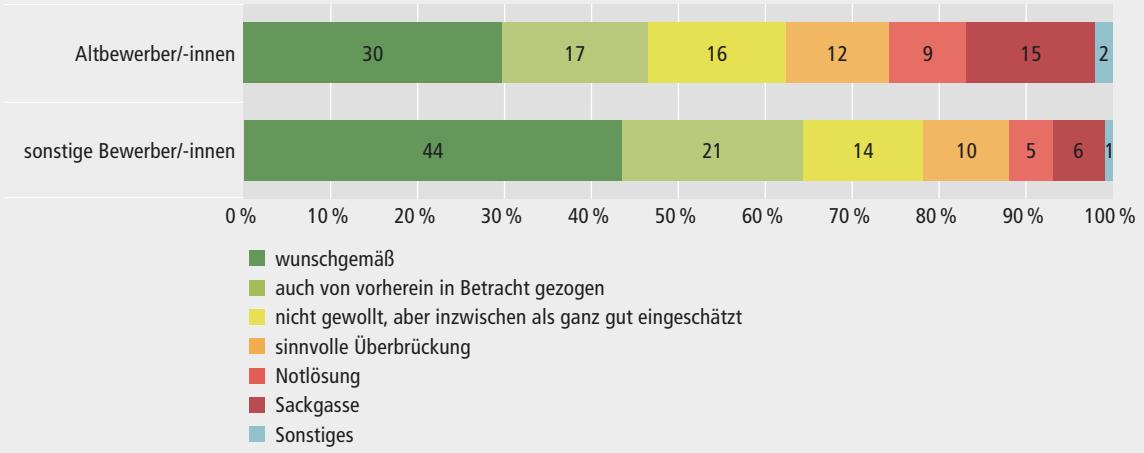
bei einer Erstbewerbung im Vorjahr auf 14 % bei einer Bewerbung im Vorvorjahr bzw. 12 % bei noch früheren Bewerbungen.

Insgesamt gesehen war am Ende des Jahres 2012 für 52 % der Altbewerber/-innen und für 59 % der sonstigen Bewerber/-innen ein Verbleib in einer vollqualifizierenden Ausbildungsform (einschließlich Studium) zu verzeichnen. 2 % der Altbewerber/-innen und 8 % der sonstigen Bewerber/-innen besuchten weiterhin die allgemeinbildende Schule. 14 % der Altbewerber/-innen und 20 % der sonstigen Bewerber/-innen befanden sich in einem teilqualifizierenden Bildungsgang[53] oder einer teilqualifizierenden Maßnahme (teilqualifizierende Berufsfachschule, Fachoberschule, schulisches Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., berufsvorbereitende Maßnahme, Einstiegsqualifizierung, Praktikum). Der niedrigere Anteil der Altbewerber/-innen, die in diesem teilqualifizierenden Bereich verblieben waren, lässt sich damit erklären, dass viele von ihnen bereits vorher an entsprechenden Bildungsgängen oder Maßnahmen teilgenommen hatten. Eine Erwerbstätigkeit oder einen Job übten 12 % der Altbewerber/-innen, aber nur 4 % der sonstigen Bewerber/-innen aus. 14 % der Altbewerber/-innen waren arbeitslos, gegenüber 6 % der übrigen Bewerber/-innen. Der Anteil der Arbeitslosen unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen war umso höher, je früher sie sich erstmals um eine Ausbildungsstelle beworben hatten; er stieg von 10 % bei einer Erstbewerbung im Vorjahr auf 13 % bzw. 17 % an, wenn die erste Bewerbung um eine Ausbildungsstelle bereits 2 oder noch mehr Jahre zurücklag.

Je nach Schulabschluss der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen waren große Unterschiede im Verbleib zu verzeichnen → **Schaubild**

53 Auch der Besuch beruflicher Schulen, in der die Hochschulzugangsberechtigung erworben werden konnte, wie z. B. Fachoberschule oder Höhere Handelsschule, ist hierunter berücksichtigt worden.

Schaubild A3.2.1-2: **Bewertung des aktuellen Verbleibs durch die Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012**



Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

A3.2.1-1. Lag maximal ein Hauptschulabschluss vor, so hatten von den Altbewerbern und Altbewerberinnen 31 % am Jahresende 2012 den Einstieg in eine betriebliche Ausbildung geschafft, gegenüber 34 % der anderen Bewerber/-innen. Ein Verbleib in einer der nicht betrieblichen Ausbildungsformen kam dagegen bei Altbewerbern und Altbewerberinnen mit maximal Hauptschulabschluss mit 21 % öfter vor als in der Vergleichsgruppe mit 17 %. Insgesamt befanden sich somit 52 % der Altbewerber/-innen und 51 % der sonstigen Bewerber/-innen, die maximal über einen Hauptschulabschluss verfügten, in einer vollqualifizierenden Ausbildung.

Bei einem mittleren Schulabschluss waren 35 % der Altbewerber/-innen Ende 2012 in einer betrieblichen Ausbildung verblieben, gegenüber 51 % der übrigen Bewerber/-innen. Die nicht betrieblichen Ausbildungsformen hatten für die betreffenden Altbewerber/-innen etwas größere Bedeutung als für die sonstigen Bewerber/-innen (14 % vs. 11 %). Weniger als die Hälfte (49 %) der Altbewerber/-innen mit mittlerem Schulabschluss befand sich somit in einer vollqualifizierenden Ausbildung, gegenüber 62 % der vergleichbaren sonstigen Bewerber/-innen.

Bei Vorliegen der Fachhochschul- oder Hochschulreife waren die Altbewerber/-innen ebenfalls zum Jahresende 2012 deutlich seltener in einer betrieblichen Ausbildung anzutreffen als die sonstigen Bewerber/-innen (42 % vs. 50 %). Ein Verbleib in den übrigen vollqualifizierenden Ausbildungsformen einschließlich Studium kam bei beiden Bewerbergruppen mit 19 % bzw. 18 % etwa gleich häufig vor. Damit befanden sich 61 % der Altbewerber/-innen und 68 % der sonstigen Bewerber/-innen mit höherem Schulabschluss in einer vollqualifizierenden Ausbildung.

Die bei der BA gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen hatten in der Regel ursprünglich eine betriebliche Ausbildung angestrebt. Die ungünstigeren Chancen von Altbewerbern und Altbewerberinnen, eine solche Ausbildungsmöglichkeit tatsächlich zu finden, schlugen sich in ihrer Bewertung des aktuellen Verbleibs deutlich nieder → **Schaubild A3.2.1-2**. So bezeichneten nur 30 % der Altbewerber/-innen diesen als wunschgemäß, aber 44 % der sonstigen Bewerber/-innen. 24 % der Altbewerber/-innen schätzten ihren derzeitigen Verbleib dagegen als Notlösung oder sogar Sackgasse ein, dies traf bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen nur auf 11 % zu.

A3.2.2 Merkmale und Verbleib von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund

Während die Ausbildungsmarktstatistik der BA lediglich die Nationalität der gemeldeten Bewerber/-innen ausweist, ist die BA/BIBB-Bewerberbefragung in der Lage, den Anteil der Migranten und Migrantinnen unter den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen zu bestimmen. Nach der in der Bewerberbefragung verwendeten Definition liegt bei hochgerechnet 129.853 (25 %) der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern in gemeinsamer Trägerschaft gemeldeten Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 ein Migrationshintergrund vor E. Bei 400.141 (75 %) Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen handelte es sich um deutsche Jugendliche ohne Migrationshintergrund.[54] Damit fiel der Migrantenanteil unter den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen doppelt so hoch aus wie der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (12 %) (**vgl. Kapitel A1.3**).

E Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund

Im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 wurde der Migrationshintergrund wie folgt definiert: Bewerber/-innen, die in Deutschland geboren wurden und alleine die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und ausschließlich Deutsch als Muttersprache gelernt hatten, wurden als Deutsche ohne Migrationshintergrund eingeordnet; für alle anderen wurde von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012, die über einen Migrationshintergrund verfügten, waren häufig älter als Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund → **Tabelle A3.2.2-1**. Während 68 % der Migranten und Migrantinnen bereits volljährig waren, lag der Anteil der volljährigen Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund bei 56 %. Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, dass der Altbewerberanteil in der Gruppe der Migranten und Migrantinnen (34 %) im Vergleich zur Gruppe der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund (30 %) höher ausfiel. Was die Schulabschlüsse betrifft, so schnitten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund etwas schlechter ab: 40 % der Migranten und Migrantinnen hatten maximal einen Hauptschulabschluss erreicht, bei den Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund war es dagegen nur rund ein Drittel (32 %). Im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hatten Migranten und Migrantinnen seltener einen mittleren Schulabschluss (38 % vs. 41 %), eine Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe (8 % vs. 10 %) sowie eine allgemeine Hochschulreife erworben (6 % vs. 10 %). Keine Unterschiede ließen sich dagegen bei dem Anteil der Personen mit Fachhochschulreife feststellen (jeweils 7 %). Hinsichtlich der Schulnoten zeigten sich kaum Unterschiede zwischen den Bewerbern und Bewerberinnen mit und ohne Migrationshintergrund. Lediglich bei den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen mit Studienberechtigung wiesen Jugendliche ohne Migrationshintergrund durchschnittlich bessere Deutschnoten auf als Jugendliche mit Migrationshintergrund (3,0 vs. 3,4). Und bei den Jugendlichen mit mittleren Abschlüssen zeigte sich, dass Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund etwas bessere Zensuren in Mathematik erhalten hatten als Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund (3,2 vs. 3,4).

Zum Befragungszeitpunkt Ende 2012 bzw. Anfang 2013 befanden sich 30 % der gemeldeten Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 mit Migrationshintergrund in einer betrieblichen Berufsausbildung nach BBiG/HwO, 8 % in einer außerbetrieblichen oder vollzeitschulischen Ausbildung nach BBiG/HwO und weitere 6 % in einer Berufsausbildung im Schulberufssystem oder einer sonstigen Berufsausbildung außerhalb BBiG/HwO. 2 % der Migrantinnen und Migranten hatten ein Studium aufgenommen → **Tabelle A3.2.2-2**. Damit waren weniger als die Hälfte (46 %) der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Berufsausbildung eingemündet. Demgegenüber konnten 61 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund eine vollqualifizierende Ausbildung aufnehmen. Zurückzuführen ist die Diskrepanz im Verbleib zwischen den beiden Gruppen auf die höhere betriebliche Einmündungsquote von

54 Für hochgerechnet 192 Befragte konnte der Status allerdings nicht geklärt werden, da weder Antworten zum Geburtsort noch zur Staatsangehörigkeit oder erlernten Muttersprache vorlagen, sodass die Angaben von den weiteren Analysen ausgeschlossen wurden.

Tabelle A3.2.2-1: **Merkmale der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2011/2012**

Merkmale	Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund		Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund	
	Anzahl[1]	in %	Anzahl[1]	in %
Geschlecht				
männlich	72.536	56	220.001	55
weiblich	57.317	44	180.140	45
Alter				
16 Jahre und jünger	17.900	14	73.027	18
17 Jahre	23.569	18	98.268	25
18 Jahre	23.322	18	61.472	15
19 bis 20 Jahre	37.867	29	93.335	23
21 Jahre und älter	26.765	21	71.649	18
Altbewerber/-innen				
Altbewerber/-innen	43.728	34	118.334	30
sonstige Bewerber/-innen	86.125	66	281.807	70
Höchster Schulabschluss				
(noch) kein Abschluss	2.942	2	6.511	2
Sonderschulabschluss	829	1	2.957	1
Hauptschulabschluss	33.634	26	74.870	19
qualifizierter Hauptschulabschluss	13.653	11	37.581	10
mittlerer Schulabschluss	48.570	38	163.384	41
Berechtigung für gymnasiale Oberstufe	10.647	8	39.393	10
Fachhochschulreife	8.890	7	28.601	7
Hochschulreife, Abitur	8.190	6	40.531	10
Insgesamt	**129.853**	**100**	**400.141**	**100**

[1] In die BA/BIBB-Bewerberbefragung wurden ausschließlich Personen mit Wohnsitz im Inland einbezogen. Gleiches gilt für die Hochrechnung. Hierdurch erklärt sich die etwas niedrigere Gesamtzahl an Bewerbern und Bewerberinnen im Vergleich zur Ausbildungsmarktstatistik. Leichte Abweichungen in den Tabellensummen gegenüber den Einzelwerten sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

Jugendlichen ohne Migrationshintergrund: Mit 46 % war es diesen wesentlich häufiger gelungen, eine betriebliche Ausbildungsstelle aufzunehmen, als Jugendlichen mit Migrationshintergrund (30 %). Die Verbleibe in einer außerbetrieblichen oder vollzeitschulischen Berufsausbildung nach BBiG/HwO (7 %), in einer schulischen oder sonstigen Berufsausbildung (6 %) oder in einem Studium (2 %) fielen dagegen bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ähnlich bzw. identisch aus wie in der Gruppe der Migranten und Migrantinnen. Dementsprechend häufiger waren Jugendliche mit Migrationshintergrund außerhalb einer vollqualifizierenden Berufsausbildung verblieben. So war fast ein Viertel von ihnen (23 %) in ein teilqualifizierendes Bildungsangebot eingemündet, jedoch „nur“ 16 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund. Auch in einer allgemeinbildenden Schule befanden sich Migranten und Migrantinnen zum Befragungszeitpunkt etwas häufiger (9 % vs. 5 %). Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund hatten etwas öfter eine Erwerbstätigkeit aufgenommen (4 % vs. 2 %) oder jobbten (5 % vs. 4 %) und waren häufiger arbeitslos (11 % vs. 7 %).

Berücksichtigt man die Schulabschlüsse, wird zum einen deutlich, dass sowohl für Bewerber/-innen mit als auch ohne Migrationshintergrund der Anteil derjenigen, die eine betriebliche Ausbildungsstelle aufnehmen konnten, mit der Höhe des Schulab-

Tabelle A3.2.2-2: **Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012**

aktueller Verbleib	Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund		Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund	
	Anzahl[1]	in %	Anzahl[1]	in %
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	38.464	30	182.692	46
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf[2]	10.526	8	28.250	7
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	7.703	6	22.339	6
Studium	2.801	2	8.146	2
allgemeinbildende Schule	11.322	9	20.805	5
Fachoberschule, Berufsfachschule (teilqualifizierend)	12.668	10	28.547	7
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ[3]	4.041	3	11.531	3
berufsvorbereitende Maßnahme	8.157	6	13.887	3
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	2.357	2	5.011	1
Praktikum	2.025	2	7.434	2
freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	1.884	1	11.763	3
Erwerbstätigkeit	4.549	4	7.610	2
Jobben	6.035	5	14.803	4
arbeitslos	13.771	11	28.890	7
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	2.781	2	6.840	2
Insgesamt	**129.852**	**100**	**400.141**	**100**

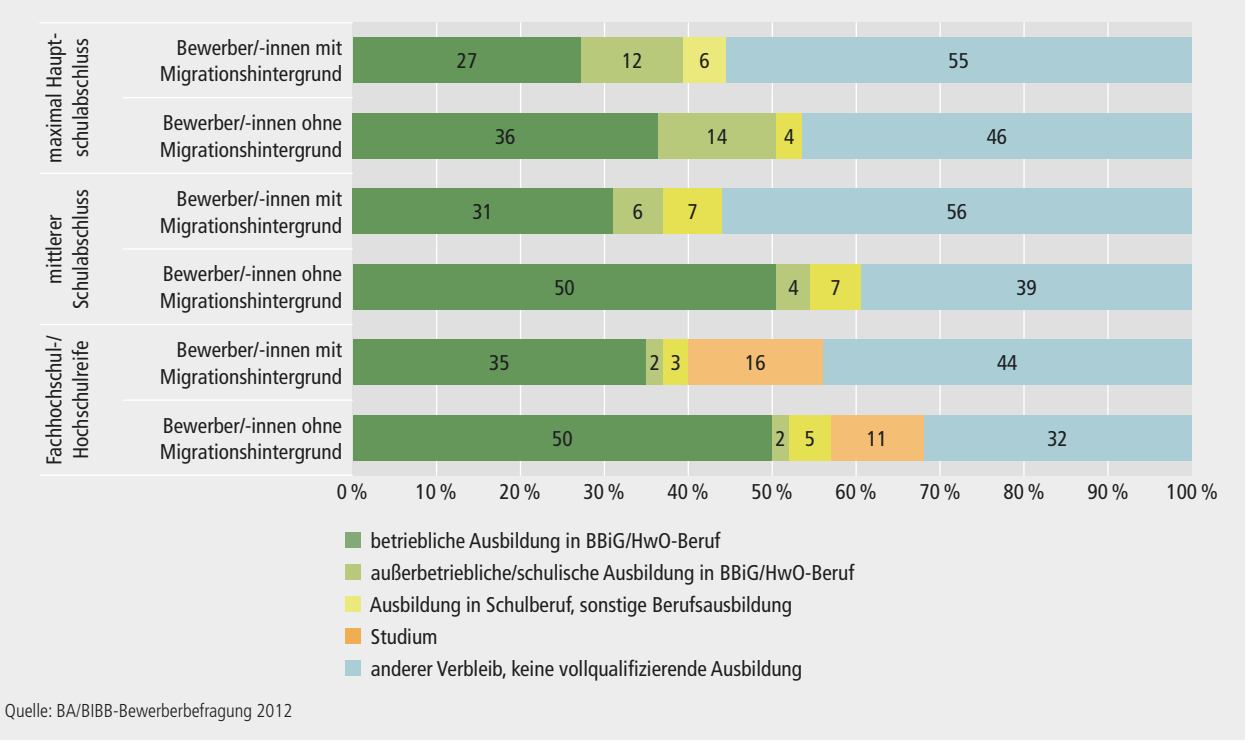
[1] Die leichte Abweichung der Tabellensumme gegenüber den Einzelwerten ist auf fehlende Angaben zurückzuführen.
[2] Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.
[3] BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

schlusses stieg → **Schaubild A3.2.2-1**. Erkennbar wird allerdings auch, dass selbst unter Berücksichtigung der Schulabschlüsse Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund seltener in eine betriebliche Ausbildungsstelle einmündeten als Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund. Während dieser Unterschied für die Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss mit 9 Prozentpunkten noch relativ gering ausfällt, schlägt er bei den Jugendlichen mit mittleren Schulabschlüssen deutlich ins Gewicht. So waren von den Bewerbern und Bewerberinnen, die keinen Migrationshintergrund aufwiesen, 50 % in einer betrieblichen Ausbildung verblieben, während die betriebliche Einmündungsquote bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund lediglich bei 31 % lag. Diese Diskrepanz reduzierte sich zwar bei der Gruppe der Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife, blieb aber zuungunsten der Migrantinnen und Migranten erhalten (35 % vs. 50 %). Darüber hinaus zeigte sich, dass auch bei alternativen vollqualifizierenden Ausbildungsformen Migrantinnen und Migranten mitunter seltener vertreten waren. So mündeten von den Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss 12 % der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund in eine außerbetriebliche oder schulische Ausbildung nach BBiG/HwO ein, aber 14 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund. Des Weiteren zeigte sich bei dieser Absolventengruppe, dass 6 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber nur 4 % der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund eine Berufsausbildung im Schulberufssystem oder eine sonstige Ausbildung aufnahmen.

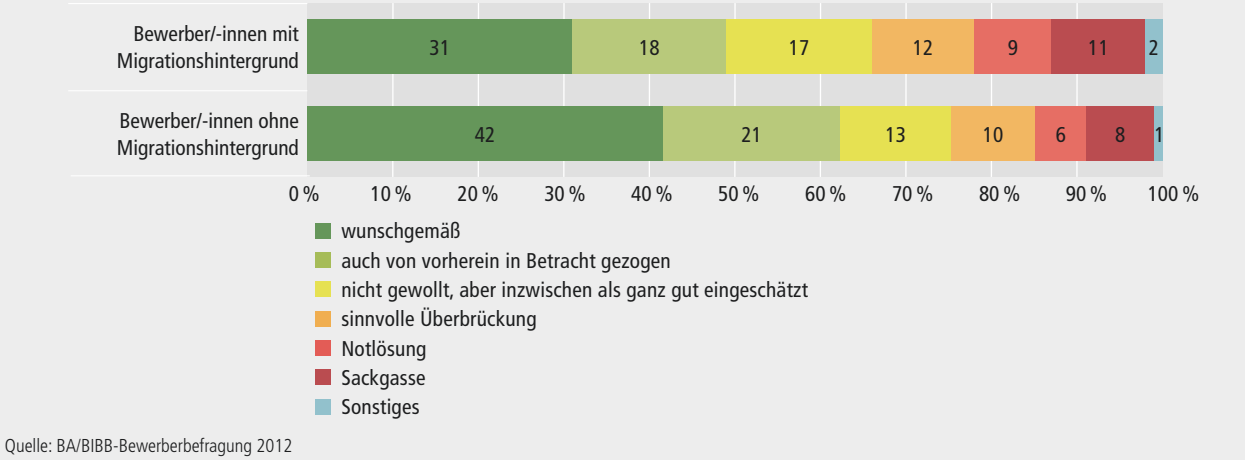
Die geringeren Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung einzumünden, korrespondierten mit ihrer gegenwärtigen Situa-

Schaubild A3.2.2-1: **Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012 nach Schulabschluss (in %)**



Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

Schaubild A3.2.2-2: **Bewertung des aktuellen Verbleibs durch die Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2011/2012**



Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

tionseinschätzung. So bezeichneten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ihre aktuelle Situation seltener als wunschgemäß (31 % vs. 42 %) und häufiger als nicht intendierte Alternative, welche jedoch mittlerweile akzeptiert wurde (17 % vs. 13 %) → **Schaubild A3.2.2-2**.

A3.2.3 Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2011/2012 wurden für insgesamt 15,5 % der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern in gemeinsamer Trägerschaft gemeldeten Bewerber/-innen die Vermittlungsbemühungen eingestellt, da sie sich bei der Arbeitsverwaltung nicht mehr gemeldet hatten. Sie waren somit laut der Ausbildungsmarktstatistik der BA am Ende des Berichtsjahrs offiziell unbekannt verblieben (**vgl. Kapitel A1.3**)[55]. Die Klärung des Verbleibs dieser Bewerber/-innen ist im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragungen möglich.

Zum Jahresende 2012 befanden sich 11 % der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 in einer betrieblichen Berufsausbildung nach BBiG/HwO, 2 % in einer außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf, 3 % in einer Ausbildung in einem Schulberuf bzw. in einer sonstigen Ausbildungsform und 4 % in einem Studium → **Tabelle A3.2.3-1**. Damit waren nur 21 % der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen in einer vollqualifizierenden Ausbildung verblieben. Bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen, d. h. deren Verbleib der Arbeitsverwaltung bekannt war oder für die die Vermittlungsbemühungen weiterliefen, betrug dieser Anteil dagegen 63 %.

Tabelle A3.2.3-1: **Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012**

Merkmale	offiziell unbekannt verbliebene Bewerber/-innen		sonstige Bewerber/-innen	
	Anzahl[1]	in %	Anzahl[1]	in %
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	8.951	11	212.205	47
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf[2]	1.942	2	36.834	8
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	2.637	3	27.406	6
Studium	3.560	4	7.387	2
allgemeinbildende Schule	5.498	7	26.629	6
Fachoberschule, Berufsfachschule (teilqualifizierend)	5.802	7	35.414	8
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ[3]	2.088	3	13.484	3
berufsvorbereitende Maßnahme	3.479	4	18.566	4
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	1.109	1	6.260	1
Praktikum	2.400	3	7.059	2
freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	2.645	3	11.002	2
Erwerbstätigkeit	5.212	6	6.946	2
Jobben	6.958	8	14.071	3
arbeitslos	23.435	28	19.227	4
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	5.999	7	3.621	1
Insgesamt	**82.335**	**100**	**447.851**	**100**

[1] In die BA/BIBB-Bewerberbefragung wurden ausschließlich Personen mit Wohnsitz im Inland einbezogen. Gleiches gilt für die Hochrechnung. Hierdurch erklärt sich die etwas niedrigere Gesamtzahl an Bewerberinnen und Bewerbern im Vergleich zur Ausbildungsmarktstatistik. Leichte Abweichungen in den Tabellensummen gegenüber den Einzelwerten sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

[2] Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.

[3] BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

55 **Kapitel A1.3** bezieht sich auf die Grundgesamtheit aller bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern (einschließlich der Jobcenter in kommunaler Trägerschaft) gemeldeten Bewerber/-innen.

Der Anteil derjenigen, die Ende 2012 eine allgemeinbildende Schule besuchten, unterschied sich zwischen den offiziell unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen (7 %) und sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen (6 %) kaum. Mit jeweils 18 % waren keine Unterschiede beim Anteil derjenigen zu verzeichnen, die einen teilqualifizierenden Bildungsgang (teilqualifizierende Berufsfachschule, Fachoberschule, schulisches Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., berufsvorbereitende Maßnahme, Einstiegsqualifizierung, Praktikum) begonnen hatten.

Eine Erwerbstätigkeit oder einen Job hatten 14 % der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen aufgenommen, aber nur 5 % der sonstigen Bewerber/-innen. 28 % der unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen waren arbeitslos; bei den übrigen Bewerbern und Bewerberinnen traf dies lediglich auf 4 % zu. 7 % der unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen blieben aus privaten Gründen zu Hause oder hatten einen sonstigen Verbleib, bei den anderen Bewerbern und Bewerberinnen kam dies nur bei 1 % vor. Die offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen waren somit weit überproportional von eher ungünstigen Verbleibsformen betroffen.

Unter den unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen war der Anteil der Altbewerber/-innen besonders hoch. Fast die Hälfte (44 %) hatte sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt um eine Ausbildungsstelle beworben. Vor allem Altbewerber/-innen, deren Erstbewerbung um einen Ausbildungsplatz bereits 2 oder noch mehr Jahre zurücklag, waren bei den unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen im Vergleich zu den sonstigen Bewerbern/Bewerberinnen überproportional stark vertreten → **Tabelle A3.2.3-2**. Dies deutet darauf hin, dass die Neigung, sich nicht mehr bei der Arbeitsverwaltung zurückzumelden, mit der Dauer der Ausbildungsplatzsuche deutlich anstieg. Besonders häufig waren unter den offiziell unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen auch Jugendliche mit Migrationshintergrund anzutreffen.

Tabelle A3.2.3-2: **Merkmale der offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012**

Merkmale	offiziell unbekannt verbliebene Bewerber/-innen		sonstige Bewerber/-innen	
	Anzahl[1]	in %	Anzahl[1]	in %
Altbewerber/-in				
sonstige Bewerber/-in	46.113	56	321.820	72
Altbewerber/-in	36.222	44	126.031	28
davon:				
Vorjahr	12.328	15	54.571	12
Vorvorjahr	7.945	10	36.911	8
noch früher	14.804	18	32.314	7
Migrationshintergrund				
ohne Migrationshintergrund	55.494	67	344.647	77
mit Migrationshintergrund	26.649	32	103.204	23
Insgesamt	**82.335**	**100**	**447.851**	**100**

[1] Leichte Abweichungen in den Tabellensummen gegenüber den Einzelwerten sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

A3.2.4 Zusammenfassung

Im Berichtsjahr 2011/2012 waren von allen bei der BA gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um eine Berufsausbildungsstelle 31 % Altbewerber/-innen. Die Altbewerberquote ist unter den weiblichen Bewerberinnen höher als unter den männlichen Bewerbern. Altbewerber/-innen sind wesentlich häufiger bereits volljährig als die sonstigen Bewerber/-innen. In den schulischen Voraussetzungen unterscheiden sich beide Gruppen jedoch kaum: Altbewerber/-innen haben ebenso hohe Schulabschlüsse, und ihre Schulnoten in Deutsch und Mathematik sind nahezu gleich gut wie die der übrigen Bewerber/-innen. Ihre Aussichten, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, sind dennoch weitaus schlechter. Besonders auffällig sind dabei die großen Chancenunterschiede zwischen beiden Bewerbergruppen bei Vorliegen eines mittleren Schulabschlusses. Altbewerber/-innen sind dementsprechend im Vergleich zu sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen insgesamt deutlich unzufriedener mit ihrer beruflichen Situation: Mehr als doppelt so oft empfinden sie diese als Notlösung oder Sackgasse.

Von den gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen des Berichtsjahrs 2011/2012 wiesen 25 % einen Migrationshintergrund auf. Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund waren im Vergleich zu Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund älter und verfügten über schlechtere Bildungsabschlüsse. Die geringeren Schulabschlüsse von Migrantinnen und Migranten können jedoch nicht als Erklärung für ihre schlechteren Zugangschancen in eine betriebliche Ausbildungsstelle herangezogen werden. Selbst wenn die Abschlüsse der Bewerber/-innen berücksichtigt wurden, mündeten Jugendliche ohne Migrationshintergrund wesentlich häufiger in eine betriebliche Ausbildungsstelle ein.

Der relativ hohe Anteil von Altbewerbern und Altbewerberinnen sowie Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund unter den offiziell unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen weist nicht nur auf das Problem hin, dass diese Jugendlichen verstärkt aus den offiziellen Statistiken „verschwinden“. Vielmehr besteht auch die besondere Gefahr, dass sie auf Dauer ohne vollqualifizierende Ausbildung bleiben, wenn sie von den Vermittlungs- und Unterstützungsbemühungen der Arbeitsverwaltung nicht mehr erreicht werden.

(Ursula Beicht, Verena Eberhard, Julia Gei)

A3.3 Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011

A3.3.1 Bedeutung der Teilnahme an teilqualifizierenden Bildungsgängen und Maßnahmen am Übergang von der Schule zur Berufsausbildung

Die Bildungs- und Berufsverläufe von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren sind Gegenstand der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten BIBB-Übergangsstudie 2011 E. Bei der Studie handelt es sich um eine Wiederholung der BIBB-Übergangsstudie aus dem Jahr 2006 (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008). Seitdem haben sich die Rahmenbedingungen für die duale Berufsausbildung nach BBiG/HwO verändert. Hervorzuheben sind insbesondere demografische Veränderungen, die dazu geführt haben, dass sich das regionale Verhältnis von angebotenen Ausbildungsstellen zu Ausbildungsstellen nachfragenden Jugendlichen erhöht hat, und die Schaffung neuer institutioneller Unterstützungssysteme (z. B. Berufseinstiegsbegleitung). Ziel der zweiten Übergangsstudie ist es festzustellen, wie die Bildungs- und Berufswege der Jugendlichen aktuell verlaufen und wie sich ihre Übergangsprozesse in eine Berufsausbildung gestalten.[56]

Untersucht wurde unter anderem, welche Bedeutung *teilqualifizierende Bildungsgänge und Maßnahmen am Übergang von der Schule zur Berufsausbildung* derzeit haben.[57] Diese Bildungsgänge sind sehr heterogen und unterscheiden sich insbesondere hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung und ihrer Zielgruppen. Im letzten Jahrzehnt wurden die teilqualifizierenden Bildungsmöglichkeiten sehr stark ausgeweitet. Die Gründe hierfür lagen vor allem in dem mangelnden Ausbildungsplatzangebot sowie den gestiegenen Anforderungen in der beruflichen Ausbildung. Die Funktion der teilqualifizierenden Bildungsgänge und Maßnahmen besteht daher sowohl darin, Jugendliche zur Ausbildungsreife zu führen, als auch darin, ausbildungsreifen Jugendlichen, die ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, eine Überbrückung zu bieten. Daneben haben teilqualifizierende Bildungsgänge, in denen Jugendliche nachträglich noch einen höherwertigen Schulabschluss erwerben können (z. B. höhere Handelsschule), bereits eine lange Tradition.

Mit dem starken Anwachsen der teilqualifizierenden Bildungsmöglichkeiten gerieten diese auch immer mehr in die Kritik. Es wurde diskutiert, ob sie ihre Funktionen tatsächlich erfüllen oder ob sie nicht vielmehr für die Jugendlichen lediglich Warteschleifen bedeuten. In jüngster Zeit sind aufgrund der demografischen Entwicklung und der verbesserten Situation auf dem Ausbildungsmarkt die Neuzugänge bei den teilqualifizierenden Bildungsgängen und Maßnahmen jedoch zurückgegangen (**vgl. Kapitel A6**). Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse der auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011 durchgeführten Analysen zur Bedeutung dieser Bildungsformen wiedergegeben. Zunächst wird beschrieben, in welchem Umfang Jugendliche derzeit an teilqualifizierenden Bildungsmöglichkeiten teilnehmen. Anschließend wird dargestellt, wie häufig hier ein Schulabschluss nachgeholt bzw. ein höherwertiger Schulabschluss erreicht wird, wie lange die Übergangsprozesse in Berufsausbildung nach Maßnahmenende dauern und von welchen Faktoren sie beeinflusst werden. Zudem werden die typischen Verläufe im Anschluss an die teilqualifizierenden Bildungsmöglichkeiten aufgezeigt. Das Kapitel endet mit einer kurzen Zusammenfassung und einem Fazit.

E BIBB-Übergangsstudie 2011

Bei der BIBB-Übergangsstudie 2011 handelt es sich um eine retrospektive Längsschnitterhebung, in der auf repräsentativer Basis die gesamte Bildungs- und Berufsbiografie von Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1992 mit Wohnsitz in Deutschland detailliert erfasst wurde (vgl. auch Eberhard u. a. 2013). In der BIBB-Übergangsstudie 2011 wurde das Erhebungsinstrumentarium der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2006 weitgehend übernommen und um

56 Erste zentrale Ergebnisse sind veröffentlicht in Eberhard u. a. 2013.

57 Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse wurde veröffentlicht in Beicht/Eberhard 2013. Die hier vorliegende stark gekürzte Fassung wurde jedoch um wichtige Untersuchungsergebnisse, insbesondere eine Sequenzmusteranalyse, ergänzt.

aktuelle Fragestellungen ergänzt. Die Befragung wurde von Juli bis September 2011 mittels computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Während in der Vorgängerstudie die Stichprobengewinnung und Befragung über das Telefon-Festnetz erfolgten, war die Übergangsstudie 2011 als reine Mobilfunkerhebung angelegt. Dies war erforderlich, weil die Zielgruppe (18- bis 24-Jährige) inzwischen häufig nicht mehr über das Festnetz erreichbar ist. Im Rahmen der Interviews konnten von 5.333 Personen ausreichend vollständige Angaben erzielt werden. Die Erhebungsdaten wurden durch Gewichtung nach zentralen Merkmalen (u. a. Schulabschluss, Geschlecht, Geburtsjahr) auf Basis des Mikrozensus an die Strukturen der Grundgesamtheit angepasst.

Gesamtumfang der Teilnahme an Übergangsmaßnahmen

Die teilqualifizierenden Bildungsgänge und Maßnahmen, an denen Jugendliche in der Übergangsphase von der allgemeinbildenden Schule zur vollqualifizierenden Ausbildung teilnehmen, werden im Folgenden als „Übergangsmaßnahmen" bezeichnet.[58] Da sich diese Maßnahmen in der Regel an nicht studienberechtigte Jugendliche richten, wurden die Analysen auf Personen begrenzt, die die allgemeinbildende Schule mit *maximal mittlerem Schulabschluss* verlassen haben.

Insgesamt nehmen 29,3 % aller nicht studienberechtigten Jugendlichen nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule an mindestens einer Übergangsmaßnahme teil. Ein Fünftel dieser Jugendlichen durchläuft 2 bzw. mehrere Maßnahmen nacheinander. Im Durchschnitt sind es 1,2 Maßnahmen pro Teilnehmenden.[59] Wie aus **→ Tabelle A3.3.1-1** hervorgeht, haben teilqualifizierende Bildungsgänge an Berufsfachschulen (BFS) die größte Bedeutung, 10,4 % aller Jugendlichen mit maximal mittlerem Schulabschluss besuchen diese. Die Teilnahme an einer Einstiegsqualifizierung (EQ) kommt dagegen mit 2,0 % relativ selten vor. Die durchschnittliche Gesamtverweildauer in Übergangsmaßnahmen beträgt 16 Monate pro Teilnehmenden.

Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss münden im Vergleich zu denjenigen mit mittlerem Schulabschluss erheblich öfter in eine Übergangsmaßnahme (43,7 % vs. 17,9 %). Sie nehmen dann auch fast doppelt so häufig an mehreren Maßnahmen nacheinander teil (23,4 % vs. 12,3 %). Liegt maximal ein Hauptschulabschluss vor, werden neben Bildungsgängen an Berufsfachschulen (14,1 %) auch relativ oft ein Berufsvorbereitungsjahr o. Ä. (11,0 %) oder berufsvorbereitende Maßnahmen (8,8 %) besucht. Die durchschnittliche Gesamtverweildauer in Übergangsmaßnahmen von Teilnehmenden mit maximal Hauptschulabschluss und solchen mit mittlerem Schulabschluss unterscheidet sich dennoch nur wenig (17 vs. 15 Monate). Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Jugendliche mit mittlerem Schulabschluss häufiger an zweijährigen Bildungsgängen in Berufsfachschulen teilnehmen, während Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss größtenteils in Maßnahmen mit höchstens einjähriger Dauer anzutreffen sind.

Nach den aktuellen Ergebnissen ist der Teilnahmeumfang an Übergangsmaßnahmen gegenüber der BIBB-Übergangsstudie 2006 (vgl. Beicht 2009) insgesamt leicht rückläufig: Seinerzeit durchliefen noch 32 % aller nicht studienberechtigten Jugendlichen mindestens eine Übergangsmaßnahme, also rund 3 Prozentpunkte mehr (2011er-Studie: 29,3 %). Der Rückgang betrifft allerdings nur die Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss, von denen früher noch 23 % in eine Übergangsmaßnahme mündeten und damit 5 Prozentpunkte mehr als bei der BIBB-Übergangsstudie 2011 (17,9 %). Bei den Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss ist hingegen noch eine leichte Zunahme zu verzeichnen; der Anteil lag bei ihnen vormals bei 42 % (2011er-Studie: 43,7 %). An der durchschnittlichen Gesamtverweildauer der Teilnehmenden hat sich kaum etwas verändert, sie betrug bei der Übergangsstudie 2006 knapp 17 Monate (2011er-Studie: 16 Monate). Ob die Veränderungen

58 Neben den Maßnahmen und Bildungsgängen, die in der integrierten Ausbildungsberichterstattung dem Sektor „Integration in Berufsausbildung" (Übergangsbereich) zugeordnet sind, wurden hier auch Bildungsgänge an Berufsfachschulen berücksichtigt, die zur (Fach-)Hochschulreife führen. Zudem wurden alle Arten von betrieblichen Langzeitpraktika, die im Anschluss an die allgemeinbildende Schule durchgeführt wurden, einbezogen. Dies erfolgte aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den entsprechenden Analysen der BIBB-Übergangsstudie 2006 (vgl. Beicht 2009).

59 Einbezogen wurden hier ausschließlich Befragungspersonen, die mindestens 20 Jahre alt waren, da die Übergangsprozesse nicht studienberechtigter Jugendlicher in diesem Alter in der Regel weitgehend abgeschlossen sein sollten.

Tabelle A3.3.1-1: **Gesamtumfang der Teilnahme an Übergangsmaßnahmen**

Umfang der Teilnahme	Insgesamt	differenziert nach Art der Übergangsmaßnahmen[1]					
		Berufsvorbereitungsjahr o. Ä. (BVJ)	berufsvorbereitende Maßnahme (BvB)	Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)	Berufsfachschule (BFS)	Einstiegsqualifizierung (EQ)	betriebliches Praktikum
Anteil der Teilnehmenden an allen Schulabgängern und -abgängerinnen in %							
insgesamt	**29,3**	**5,8**	**4,5**	**3,2**	**10,4**	**2,0**	**4,5**
bei maximal Hauptschulabschluss	43,7	11,0	8,8	4,8	14,1	2,9	5,4
bei mittlerem Schulabschluss	17,9	1,8	1,1	2,0	7,5	1,2	3,8
durchschnittliche Gesamtverweildauer in Monaten							
insgesamt	**16**	**12**	**10**	**13**	**19**	**10**	**8**
bei maximal Hauptschulabschluss	17	12	10	14	20	10	8
bei mittlerem Schulabschluss	15	12	10	10	17	10	7

[1] 3,6 % der Schulabgänger/-innen nahmen an nicht genauer spezifizierten Übergangsmaßnahmen mit einer durchschnittlichen Dauer von 18 Monaten teil; sie sind in den differenzierten Angaben nicht gesondert ausgewiesen.

Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1991, die die allgemeinbildende Schule mit maximal mittlerem Schulabschluss verlassen haben (gewichtete Ergebnisse; ungewichtete Fallzahl: n = 2.540).

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011

insgesamt der realen Entwicklung entsprechen oder zumindest teilweise auch dem Methodenwechsel bei der 2011er-Studie geschuldet sind, ist allerdings schwierig zu beurteilen (vgl. Eberhard u. a. 2013).

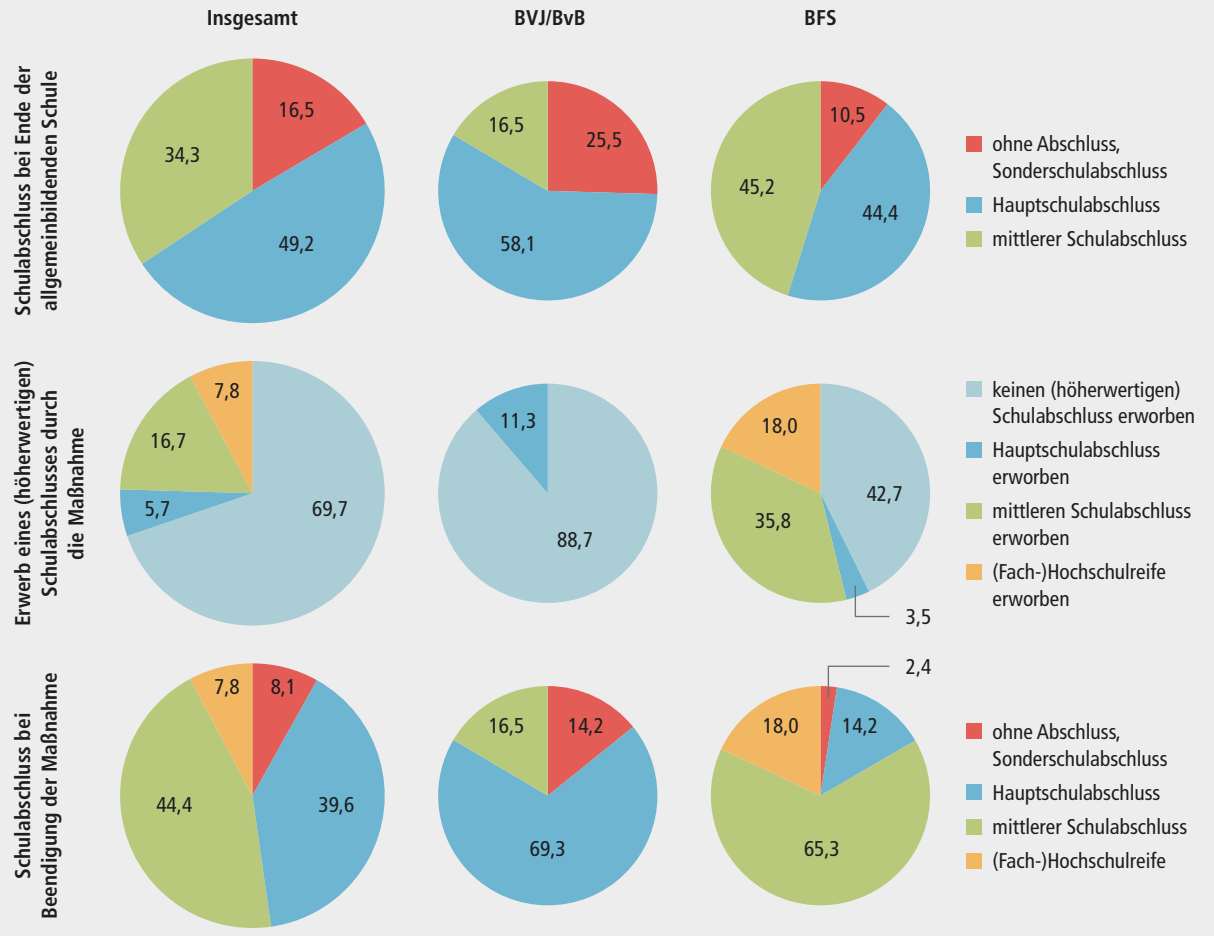
Nachholen eines Schulabschlusses

Jugendliche, die nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule an einer Übergangsmaßnahme teilnehmen, besitzen häufig keinen Schulabschluss oder einen Haupt- bzw. Sonderschulabschluss, und ihre Noten auf dem Schulabgangszeugnis sind oft relativ schlecht. Das Nachholen des Hauptschulabschlusses bzw. der Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses gelten daher als Erfolgskriterium von Übergangsmaßnahmen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008). Solche Möglichkeiten sind aber nicht immer vorgesehen (z. B. bei EQ oder betrieblichen Praktika). In den Maßnahmen der Berufsvorbereitung (BVJ/BvB) kann in der Regel maximal ein Hauptschulabschluss erworben werden. Die Bildungsgänge in Berufsfachschulen führen oftmals zum mittleren Schulabschluss oder sogar zur (Fach-) Hochschulreife. Entsprechend der unterschiedlichen Ausrichtung der Maßnahmenarten variieren die schulischen Qualifikationen der Teilnehmenden relativ stark. So bringen die Jugendlichen bei den Maßnahmen der Berufsvorbereitung (BVJ/BvB) deutlich schlechtere schulische Voraussetzungen mit als bei den Bildungsgängen an Berufsfachschulen (BFS).[60]

Von allen Jugendlichen, die ihre (erste) Übergangsmaßnahme bis zum regulären Ende durchlaufen, erzielen 30,3 % einen Schulabschluss, über den sie bei Verlassen der allgemeinbildenden Schule noch nicht verfügten. Von ihnen erwerben 18,9 % den Hauptschulabschluss, 55,3 % den mittleren Schulab-

60 Die Ergebnisse beziehen sich im Folgenden immer auf die erste Übergangsmaßnahme, an der Jugendliche teilgenommen haben. Einbezogen sind jeweils alle befragten Teilnehmenden, unabhängig von ihrem Alter. Aufgrund der begrenzten Fallzahlen ist eine Differenzierung nach Maßnahmenarten nur eingeschränkt möglich. Die Ergebnisse können daher nur gesondert nach den Bildungsgängen an Berufsfachschulen (BFS) und der Berufsvorbereitung (d. h. BVJ und BvB zusammengefasst) ausgewiesen werden.

Schaubild A3.3.1-1: **Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses durch abgeschlossene Übergangsmaßnahmen (Anteil der Personen in %)**



Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1993, die die allgemeinbildende Schule mit maximal mittlerem Schulabschluss verlassen haben und zunächst in eine (erste) Übergangsmaßnahme einmündeten. Einbezogen sind nur regulär beendete, d. h. abgeschlossene Teilnahmen (gewichtete Ergebnisse; ungewichtete Fallzahl: n = 699).

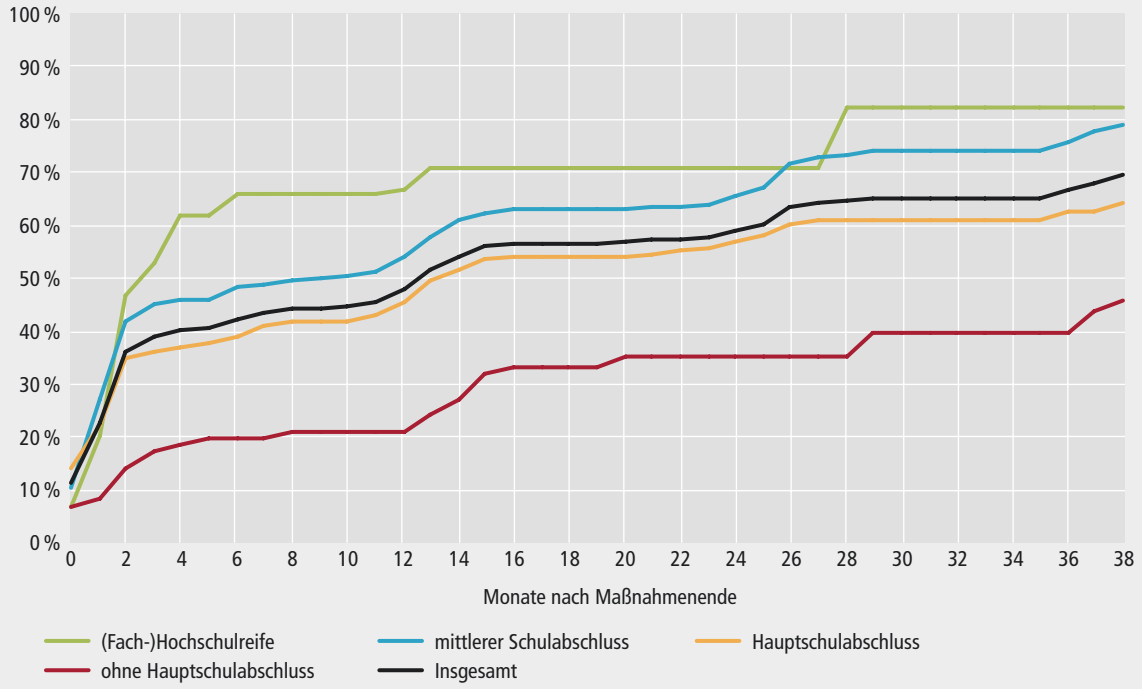
Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011

schluss und 25,8 % die (Fach-)Hochschulreife. Am günstigsten schneiden die Bildungsgänge an Berufsfachschulen (BFS) ab: Deutlich über die Hälfte der Teilnehmenden erreicht dort einen höherwertigen Schulabschluss, und zwar meist die mittlere Reife, relativ oft aber auch die Hochschulzugangsberechtigung → **Schaubild A3.3.1-1**. In den Maßnahmen der Berufsvorbereitung (BVJ/BvB) gelingt es dagegen weniger als der Hälfte der Teilnehmenden, die bei Schulende keinen Hauptschulabschluss hatten, diesen nachzuholen. Nach Beendigung der (ersten) Übergangsmaßnahme ist der Personenkreis der Teilnehmenden in Bezug auf die erreichten Schulabschlüsse somit noch weit heterogener als vorher.

Übergang in vollqualifizierende Ausbildung

Ziel der Übergangsmaßnahmen ist, den Teilnehmenden anschließend zu einem raschen Übergang in vollqualifizierende Ausbildung zu verhelfen. Die Dauer bis zum Beginn einer Berufsausbildung gilt daher als zentraler Indikator für die Effizienz von Übergangsmaßnahmen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008). Um hierüber Aufschluss zu erhalten, wurden Schätzungen der Einmündungswahrscheinlichkeit und -dauer nach

Schaubild A3.3.1-2: **Übergang in vollqualifizierende Ausbildung nach einer (ersten) Übergangsmaßnahme (kumulierte Einmündungswahrscheinlichkeit in %)**



Schätzung nach der Kaplan-Meier-Methode

Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1993, die die allgemeinbildende Schule vor 2011 mit maximal mittlerem Schulabschluss verlassen haben und zunächst in eine (erste) Übergangsmaßnahme einmündeten (regulär beendete und abgebrochene Teilnahmen) (gewichtete Ergebnisse; ungewichtete Fallzahlen: n = 788, davon zensiert: 309).

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011

der Kaplan-Meier-Methode durchgeführt. Beobachtet wurde dabei ein Zeitraum von 38 Monaten nach regulärer oder vorzeitiger Beendigung der (ersten) Übergangsmaßnahme.[61] Als Berufsausbildung wurden dabei alle vollqualifizierenden Ausbildungsarten, d. h. die duale Berufsausbildung in betrieblicher, außerbetrieblicher und schulischer Form, die Ausbildung in Schulberufen und in einer Beamtenlaufbahn sowie das (Fach-)Hochschulstudium, berücksichtigt.

Insgesamt münden 42 % aller Teilnehmenden einer (ersten) Übergangsmaßnahme innerhalb von 6 Monaten nach Beendigung[62] in eine Ausbildung ein. Nach 14 Monaten, also nach gut einem Jahr, hat mehr als die Hälfte (54 %) der betreffenden Jugendlichen eine Ausbildung aufgenommen, und nach 38 Monaten, d. h. nach gut 3 Jahren, sind es 70 %. Wie → **Schaubild A3.3.1-2** verdeutlicht, unterscheiden sich die Übergangsverläufe allerdings sehr stark danach, mit welchem Schulabschluss die Jugendlichen die Übergangsmaßnahme beendet haben.[63] Für Teilnehmende, die ohne einen Hauptschulabschluss geblieben sind, ist die Wahrscheinlichkeit einer Einmündung in Ausbildung über den gesamten Beobachtungszeitraum mit Abstand geringer als für jene, die einen Hauptschulabschluss erworben haben oder diesen bereits vor der Übergangsmaßnahme besaßen. Den günstigsten Verlauf weisen die Jugendlichen auf, die in der Übergangsmaßnahme die (Fach-)Hochschulreife

61 Mithilfe dieser Methode konnten auch Fälle berücksichtigt werden, in denen die Zeitspanne von Maßnahmenende bis zum Erhebungszeitpunkt kürzer als 38 Monate war (rechtszensierte Fälle).

62 Einbezogen wurden dabei sowohl regulär beendete als auch abgebrochene Teilnahmen.

63 Zu beachten ist, dass die Fallzahlen bei den Personen ohne Hauptschulabschluss (n = 79) bzw. mit (Fach-)Hochschulreife (n = 49) relativ niedrig waren.

erreicht haben, sie münden größtenteils sehr rasch in eine Ausbildung bzw. ein Studium ein. Zumindest längerfristig gesehen nimmt aber auch ein fast ebenso hoher Anteil der Teilnehmenden mit mittlerem Schulabschluss eine Ausbildung auf. Im Vergleich dazu ist der Verlauf für die Jugendlichen, die die Übergangsmaßnahme mit Hauptschulabschluss verlassen haben, wesentlich ungünstiger.

Die Ergebnisse der Kaplan-Meier-Schätzungen haben verdeutlicht, dass der Schulabschluss, der bei Maßnahmenende vorliegt, eine zentrale Rolle für die Übergangschancen in Ausbildung spielt. Dies gilt auch dann, wenn gleichzeitig weitere wichtige Einflussgrößen berücksichtigt werden, wie sich anhand von Cox-Regressionsmodellen[64] zeigen lässt. Einbezogen wurden dabei – neben dem Schulabschluss – weitere Merkmale der Jugendlichen (Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Bildung der Eltern, beruflicher Status des Vaters), Merkmale der Maßnahmenteilnahme (Maßnahmenart, Form der Beendigung) sowie institutionelle Rahmenbedingungen (Wohnregion, Situation auf dem regionalen Ausbildungsstellenmarkt). Untersucht wurden in getrennten Analysen die Einmündungswahrscheinlichkeiten zum einen in betriebliche Ausbildung und zum anderen in vollqualifizierende Ausbildung insgesamt (duale Berufsausbildung in betrieblicher, außerbetrieblicher, schulischer Form, Ausbildung in Schulberufen und in einer Beamtenlaufbahn sowie (Fach-)Hochschulstudium).

Hierbei zeigt sich, dass sich ein möglichst hoher Schulabschluss vor allem bei einer angestrebten Einmündung in eine *betriebliche Berufsausbildung* sehr positiv auswirkt. Werden *alle vollqualifizierenden Ausbildungsformen* betrachtet, so schwächt sich dieser Einfluss ab. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die *außerbetriebliche duale Ausbildung* vor allem an leistungsschwächere Jugendliche richtet und sich hier somit ein niedrigerer Schulabschluss als förderlich erweist (vgl. Eberhard 2012).

Darüber hinaus lassen sich vor allem folgende weitere Einflüsse auf die Einmündungschancen in Ausbildung nach einer erfolgten Übergangsmaßnahme feststellen:

- Beim angestrebten Übergang in *betriebliche Berufsausbildung* wirkt sich insbesondere noch die Lage auf dem regionalen Ausbildungsmarkt aus: Steigt das betriebliche Ausbildungsstellenangebot im Verhältnis zu den ausbildungsinteressierten Jugendlichen, so begünstigt dies einen schnellen Ausbildungsbeginn. Für junge Frauen sind nach einer Übergangsmaßnahme die Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz deutlich geringer als für junge Männer.
- Die Übergangschancen in *alle vollqualifizierenden* Ausbildungsformen werden positiv beeinflusst, wenn Jugendliche die Übergangsmaßnahme regulär abgeschlossen haben,[65] auch wenn sie dabei keinen (höherwertigen) Schulabschluss erreichten. Zurückgeführt werden kann dies vor allem auf die institutionelle Verknüpfung von außerbetrieblicher Ausbildung und Übergangssystem (vgl. Eberhard 2012). Das heißt, um einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, wird sehr häufig das vorherige Absolvieren einer berufsvorbereitenden Maßnahme vorausgesetzt. Die Chance auf eine rasche Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung steigt zudem mit dem Bildungsstand der Eltern.

Typische Verlaufsmuster nach einer Übergangsmaßnahme

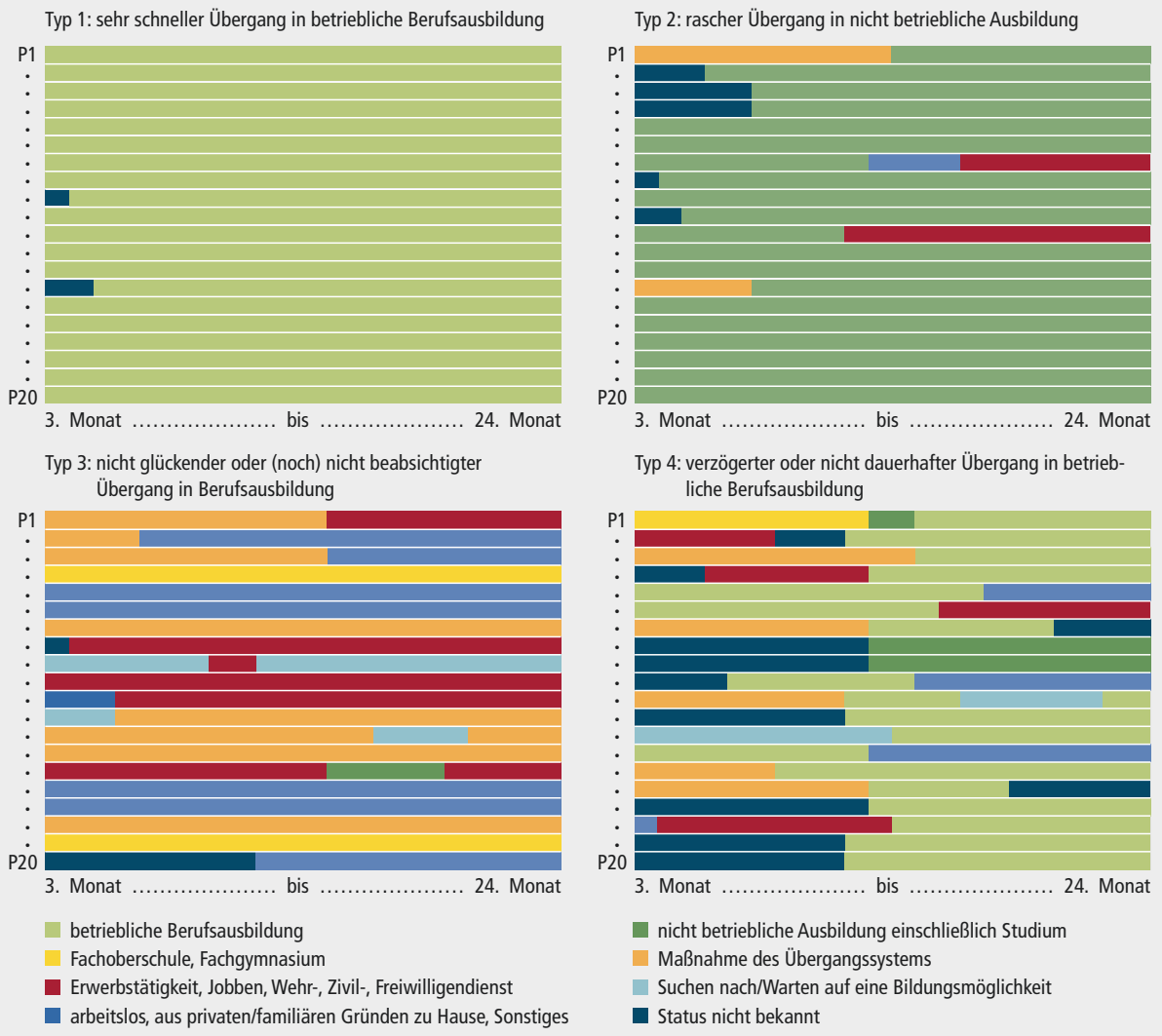
Ein relativ großer Teil der Jugendlichen, die an einer Übergangsmaßnahme teilgenommen haben, mündet anschließend nicht rasch in eine Ausbildung ein. Daher sollen nun die weiteren Wege der Teilnehmenden anhand einer Sequenzmusteranalyse noch genauer betrachtet werden. Hierzu wurde für einen Zeitraum von 2 Jahren nach Beendigung der (ersten) Übergangsmaßnahme der Verbleib der Jugendlichen monatsgenau ermittelt, wobei 7 Statusarten unterschieden wurden → **Schaubild A3.3.1-3**.[66] Die

64 Der Vorteil von Cox-Regressionen ist, dass nicht nur betrachtet wird, ob in eine Ausbildung eingemündet wurde oder nicht, sondern auch die Zeitdauer bis zur Einmündung in die Analyse eingeht. Es wurde – wie bei den Kaplan-Meier-Schätzungen – eine Beobachtungsdauer von 38 Monaten zugrunde gelegt, auch hier konnten rechtszensierte Fälle einbezogen werden. Die Ergebnisse der Regressionsmodelle sind genau dokumentiert in Beicht/Eberhard (2013).

65 Insgesamt haben 18 % der Teilnehmenden die Maßnahme abgebrochen.

66 Bei dieser Analyse musste die Zeitspanne von Maßnahmenende bis zum Erhebungszeitpunkt mindestens 2 Jahre betragen haben. Die engere zeitliche Begrenzung auf 2 Jahre war notwendig, um eine ausreichend große Fallzahl zu erreichen, denn eine Berücksichtigung rechtszensierter Fälle war hier nicht möglich.

Schaubild A3.3.1-3: **Biografische Verlaufstypen von Jugendlichen nach Beendigung einer (ersten) Maßnahme des Übergangssystems – zufällig ausgewählte Verlaufsmuster von je 20 Personen**



Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1993, die die allgemeinbildende Schule mit maximal mittlerem Schulabschluss verlassen haben und (erstmals) an einer Maßnahme des Übergangssystems teilnahmen, die mindestens 24 Monate vor dem Befragungstermin regulär beendet oder abgebrochen wurde (ungewichtete Fallzahl: n = 517).

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011

bildungs- und berufsbiografischen Verläufe lassen sich so als Sequenzen, d. h. als zeitliche Abfolge verschiedener Zustände, darstellen. Unter Anwendung der Optimal-Matching-Technik mit anschließender Clusterung können dann unterschiedliche Typen von Verlaufsmustern identifiziert werden.[67]

In der Analyse bildeten sich 4 biografische Verlaufstypen heraus. Um diese zu veranschaulichen, sind in → **Schaubild A3.3.1-3** die Sequenzmuster von je 20 zufällig ausgewählten Jugendlichen der einzelnen Verlaufstypen abgebildet worden. Bezogen auf diese Verlaufstypen werden in → **Tabelle A3.3.1-2** die (soziodemografischen) Merkmale der Jugendlichen dargestellt. Die typischen Verläufe und die Personengruppen, die einen solchen Werdegang aufweisen, lassen sich wie folgt beschreiben:

67 Zum Verfahren der Sequenzmusteranalyse vgl. Erzberger/Prein 1997. Zu den beim Optimal-Matching-Verfahren zugrunde gelegten Substitutionskosten, die hier analog angewandt wurden, vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008, S. 165 ff.

Tabelle A3.3.1-2: **Soziodemografische Merkmale der Jugendlichen der 4 biografischen Verlaufstypen (Anteil der Personen in %)**

Merkmale	Typ 1: sehr schneller Übergang in betriebliche Berufsausbildung	Typ 2: rascher Übergang in nicht betriebliche Berufsausbildung	Typ 3: nicht glückender oder (noch) nicht beabsichtigter Übergang in Berufsausbildung	Typ 4: verzögerter oder nicht dauerhafter Übergang in betriebliche Berufsausbildung
Schulabschluss nach Beendigung der Maßnahme				
ohne Abschluss, Sonderschulabschluss	2,6	12,6	16,5	6,2
Hauptschulabschluss	41,8	38,3	45,4	42,4
mittlerer Schulabschluss	47,6	43,8	36,2	46,0
höherer Schulabschluss (i. d. R. Fachhochschulreife)	7,9	5,2	2,0	5,4
Geschlecht				
männlich	60,7	42,5	48,9	57,8
weiblich	39,3	57,5	51,1	42,2
Migrationshintergrund				
mit Migrationshintergrund	29,1	31,1	38,8	30,2
ohne Migrationshintergrund	70,9	68,9	61,2	69,8
Bildungshintergrund der Eltern				
kein Berufsabschluss und maximal mittlere Reife	8,0	9,4	20,1	8,9
mit Berufsabschluss und maximal Hauptschulabschluss	33,5	36,7	30,9	30,9
mit Berufsabschluss und mittlerer Reife	32,0	26,5	26,3	42,2
(Fach-)Hochschulreife oder Hochschulabschluss	23,8	20,2	16,0	17,9
keine Angabe	2,7	7,2	6,7	–
Beruflicher Status des Vaters				
niedrig qualifizierte Tätigkeit	24,3	27,4	33,6	28,4
mittel qualifizierte Tätigkeit	48,3	41,9	30,7	56,1
hoch qualifizierte Tätigkeit	12,0	8,2	9,8	6,3
nie erwerbstätig, keine Angabe	15,4	22,5	25,9	9,2
Region				
Westdeutschland	82,3	65,8	83,6	85,7
Ostdeutschland	17,7	34,2	16,4	14,3
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1991, die die allgemeinbildende Schule mit maximal mittlerem Schulabschluss verlassen haben und (erstmals) an einer Maßnahme des Übergangssystems teilnahmen, die mindestens 24 Monate vor dem Befragungstermin regulär beendet oder abgebrochen wurde (ungewichtete Fallzahl: n = 517).

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011

Typ 1: sehr schneller Übergang in betriebliche Berufsausbildung
Diese Jugendlichen sind bereits während der Übergangsmaßnahme bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz erfolgreich gewesen. Sie können nach Beendigung der Maßnahme unmittelbar mit der Ausbildung beginnen und führen diese dauerhaft fort. Insgesamt zählt knapp ein Drittel (31,5 %) der Jugendlichen, die (erstmals) an einer Übergangsmaßnahme teilgenommen haben, zu diesem Verlaufstyp. Relativ oft haben diese Jugendlichen einen teilqualifizierenden Bildungsgang an einer Berufsfachschule besucht (41,4 %). Bei Maßnahmenende verfügen die Jugendlichen dieses Verlaufstyps häufig über einen mittleren Schulabschluss (47,6 %), relativ oft aber auch über einen höheren Schulabschluss (7,9 %). Nur selten sind hier Jugendliche anzutreffen, die keinen Hauptschulabschluss erreicht haben (2,6 %). Junge Frauen sind bei diesem Verlaufstyp unterproportional vertreten, was mit ihren deutlich schlechteren Einmündungschancen in betriebliche Ausbildung zusammenhängt.

Typ 2: rascher Übergang in nicht betriebliche Berufsausbildung
Hier wird nach der (ersten) Maßnahme in den meisten Fällen rasch eine nicht betriebliche Ausbildung (außerbetriebliche oder schulische duale Ausbildung, Schulberufsausbildung, Studium) aufgenommen und diese meistens auf Dauer besucht. Gut ein Fünftel (21,5 %) der Teilnehmenden an einer Übergangsmaßnahme weist einen solchen Verlauf auf. Relativ viele von ihnen haben an einem Berufsvorbereitungsjahr o. Ä. (BVJ) oder einer berufsvorbereitenden Maßnahme (BvB) teilgenommen (41,4 %). Jugendliche ohne Hauptschulabschluss haben mit 12,6 % einen verhältnismäßig hohen Anteil; sie sind nach der Übergangsmaßnahme in der Regel in eine außerbetriebliche duale Ausbildung eingemündet. Überdurchschnittlich häufig haben die Jugendlichen dieses Verlaufstyps ihren Wohnort in Ostdeutschland (34,2 %), was darauf zurückzuführen ist, dass dort die außerbetriebliche Ausbildung eine wesentlich größere Verbreitung als in Westdeutschland hat. Auch junge Frauen sind relativ stark repräsentiert, denn sie nehmen, sofern sie über einen mittleren Schulabschluss verfügen, häufig eine Ausbildung in Schulberufen auf.

Typ 3: nicht glückender oder (noch) nicht beabsichtigter Übergang in Berufsausbildung
Die betreffenden Jugendlichen münden in den ersten 2 Jahren nach der (ersten) Übergangmaßnahme nicht in eine vollqualifizierende Ausbildung ein. In den weitaus meisten Fällen nehmen sie an einer weiteren Übergangsmaßnahme teil, jobben oder sind zu Hause, und zwar entweder aus familiären bzw. privaten Gründen oder weil sie nach einer Ausbildungs- bzw. Arbeitsmöglichkeit suchen. In einigen wenigen Fällen handelt es sich um Jugendliche, die nach der Übergangsmaßnahme noch die Fachoberschule oder ein Fachgymnasium besuchen. Deutlich über ein Drittel (36,6 %) der Teilnehmenden an Übergangsmaßnahmen sind diesem größtenteils als problematisch einzuschätzenden Verlaufstyp zuzurechnen. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss sind mit 16,5 % stark vertreten, 45,4 % haben einen Hauptschulabschluss. Einen deutlich überproportionalen Anteil nehmen junge Menschen mit Migrationshintergrund (38,8 %) ein. Relativ häufig stammen die Jugendlichen aus Familien, in denen die Eltern keinen Berufsabschluss besitzen (20,1 %) und der Vater eine niedrig qualifizierte Tätigkeit ausübt (33,6 %).

Typ 4: verzögerter oder nicht dauerhafter Übergang in betriebliche Berufsausbildung
Bei diesem Verlaufstyp beginnen die meisten Jugendlichen erst mit einer längeren Verzögerung eine betriebliche Berufsausbildung. Oft durchlaufen sie zunächst noch eine weitere Übergangsmaßnahme, oder sie jobben, zum Teil ist ihr zwischenzeitlicher Verbleib aber auch nicht bekannt. Zugeordnet sind hier auch Jugendliche, die in eine betriebliche Ausbildung eingemündet sind, diese aber relativ schnell wieder abgebrochen haben. Insgesamt entfällt ein Anteil von 10,4 % der Teilnehmenden an Übergangsmaßnahmen auf diesen Verlaufstyp. Was die Merkmalsverteilung der betreffenden Jugendlichen betrifft, ist eine große Ähnlichkeit mit dem ersten Verlaufstyp festzustellen, bei dem der Übergang in betriebliche Ausbildung erfolgreicher verläuft.

Zusammenfassung und Fazit

Übergangsmaßnahmen sind im deutschen Berufsbildungssystem trotz der sich verändernden Rahmen-

bedingungen noch immer von großer Bedeutung. 29 % aller in Deutschland lebenden nicht studienberechtigten Jugendlichen nehmen nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule einen teilqualifizierenden Bildungsgang auf. Insgesamt 30 % aller Jugendlichen, die ihre Übergangsmaßnahme regulär beenden, erreichen einen höherwertigen Schulabschluss und verbessern hierdurch nachweislich ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Insbesondere für die Einmündungschancen in eine *betriebliche* Ausbildung ist die Höhe des Schulabschlusses zentral. Eine Übergangsmaßnahme, die zu keinem (höherwertigen) Schulabschluss führt, dürfte daher die Aussichten auf eine betriebliche Ausbildungsstelle meist nicht wesentlich verbessern. Darüber hinaus hängt die Wirksamkeit von Übergangsmaßnahmen aber immer auch in hohem Maße von der jeweiligen Lage auf dem Ausbildungsmarkt ab: Fehlen regional betriebliche Ausbildungsstellen, haben selbst Jugendliche mit guten individuellen Zugangsvoraussetzungen relativ schlechte Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Werden die *nicht betrieblichen* Ausbildungsformen mitberücksichtigt, schwächt sich der starke Einfluss des Schulabschlusses auf die Übergangschancen etwas ab. Dies liegt vor allem an der außerbetrieblichen dualen Berufsausbildung, deren Zielgruppe leistungsschwächere Jugendliche sind.

Insgesamt 70 % der Teilnehmenden an einer (ersten) Übergangsmaßnahme münden innerhalb von 3 Jahren nach Beendigung in eine vollqualifizierende Ausbildung ein. Bei vielen dieser Jugendlichen dauern die Übergangsprozesse jedoch relativ lange, und immerhin 30 % gelingt die Aufnahme einer Ausbildung nicht. Werden die Wege der Jugendlichen nach der Übergangsmaßnahme genauer analysiert, so lassen sich 4 unterschiedliche Verlaufstypen feststellen. Demnach hat mindestens ein Drittel der Teilnehmenden anschließend einen als problematisch einzuschätzenden Werdegang. Sie besuchen häufig weitere Übergangsmaßnahmen, jobben, sind arbeitslos oder bleiben aus privaten Gründen zu Hause. Für sie besteht ein hohes Risiko, dauerhaft von Ausbildungslosigkeit betroffen zu sein und keine tragfähige Integration ins Erwerbsleben zu erreichen.

(Ursula Beicht, Verena Eberhard)

A3.3.2 Beendigung einer dualen Berufsausbildung ohne Abschluss

Die Lösung eines Ausbildungsvertrags (**vgl. Kapitel A4.7**) bedeutet keineswegs, dass die betreffenden Jugendlichen längerfristig ohne einen Berufsabschluss bleiben. Vielmehr setzen sie oftmals die begonnene Ausbildung in einem anderen Betrieb fort oder nehmen eine neue Ausbildung in einem anderen Beruf auf. Aus der Berufsbildungsstatistik ist ausschließlich das Ausmaß der Vertragslösungen bekannt, Informationen zu den Gründen und dem weiteren Bildungsverlauf der Jugendlichen liefert sie dagegen nicht. Insbesondere fehlen Angaben darüber, wie oft eine duale Ausbildung tatsächlich ohne einen Abschluss beendet wird. Hierzu wurde daher eine Sonderauswertung der BIBB-Übergangsstudie 2011 durchgeführt (vgl. **E in Kapitel A3.3.1**).

Nach der BIBB-Übergangsstudie 2011 beenden schätzungsweise 12 % der Auszubildenden ihre erste duale Berufsausbildung im ursprünglich gewählten Beruf innerhalb von 36 Monaten ohne einen Abschluss.[68] Im Vergleich zur Lösungsquote der Ausbildungsverträge ist dies ein deutlich niedrigerer Wert. Der Unterschied lässt sich folgendermaßen erklären: Insbesondere wenn Jugendliche während ihrer Ausbildung den Betrieb wechseln, also direkt im gleichen Beruf in einem anderen Betrieb weiter ausgebildet werden, führt dies zwar zu einer Vertragslösung mit dem ursprünglichen Ausbildungsbetrieb, für die Jugendlichen aber nicht zur Beendigung der Ausbildung ohne Abschluss. Letzteres ist erst dann der Fall, wenn Jugendliche ihre Ausbildung im ursprünglichen Beruf tatsächlich nicht zu einem erfolgreichen Ende bringen (können). Daher wurden in den Analysen auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011 auch solche Personen berücksichtigt, die ihre Abschlussprüfung nicht bestanden haben.

Bei Jugendlichen, die zu Ausbildungsbeginn maximal über einen Hauptschulabschluss verfügen, liegt der geschätzte Anteil derjenigen, die in ihrer ersten dualen Ausbildung keinen Abschluss erreichen, mit 18 % erheblich höher als bei denjenigen mit einem

68 Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse wurde veröffentlicht in Beicht/Walden (2013).

mittleren Schulabschluss (9 %). Neben einem niedrigen oder fehlenden Schulabschluss vergrößern auch schlechte Schulnoten oder ein fehlender Berufsabschluss der Eltern die Gefahr, dass die Ausbildung nicht erfolgreich verläuft. Ein deutlich erhöhtes Risiko besteht ebenfalls, wenn Jugendliche nicht in ihrem Wunschberuf ausgebildet werden. So befinden sich 41 % der Auszubildenden, deren erste Ausbildung ohne Abschluss endet, nicht in ihrem Wunschberuf. Bei denjenigen, die einen Berufsabschluss erzielen, trifft dies auf lediglich 17 % zu.

Als Grund für die Beendigung ohne Abschluss gibt mehr als die Hälfte (53 %) der Jugendlichen an, die Ausbildung sei nicht das Richtige für sie gewesen. Auch Probleme mit Ausbildern, Lehrern, Kollegen oder Mitschülern spielen mit 46 % eine große Rolle. Persönliche, finanzielle oder gesundheitliche Gründe sind ebenfalls bedeutsam (42 %). Seltener führen die Jugendlichen an, dass sie eine andere Ausbildung angestrebt (28 %) oder eine Arbeitsstelle gefunden bzw. in Aussicht hatten (16 %). Für 16 % erwies sich die Ausbildung als zu schwierig, und 12 % haben die Zwischen- oder Abschlussprüfung nicht bestanden. Viele Jugendliche nennen mehrere Gründe, d. h., häufig sind aus ihrer Sicht verschiedene Faktoren dafür verantwortlich, dass sie in ihrer ersten Ausbildung keinen Abschluss erreicht haben.

Innerhalb von 24 Monaten nach erfolgloser Beendigung der ersten dualen Berufsausbildung münden schätzungsweise 48 % der betroffenen Jugendlichen erneut in eine vollqualifizierende Ausbildung ein. Den Jugendlichen, die über einen mittleren Schulabschluss verfügen, gelingt dies mit 47 % etwas öfter als denjenigen mit maximal Hauptschulabschluss (45 %).[69] Schätzungsweise 34 % der Jugendlichen, die ihre erste duale Berufsausbildung ohne Abschluss beenden, beginnen innerhalb von 2 Jahren erneut eine duale Ausbildung. 10 % nehmen eine Ausbildung in Schulberufen oder eine Ausbildung in einer Beamtenlaufbahn auf und 3 % ein (Fach-)Hochschulstudium.

(Ursula Beicht, Günter Walden)

---

69 Für Jugendliche mit (Fach-)Hochschulreife wurde aufgrund zu geringer Fallzahlen kein gesonderter Wert ermittelt.

A4 Indikatoren zur Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung

A4.1 Anerkannte Ausbildungsberufe

A4.1.1 Zukünftige Entwicklungen hinsichtlich der Neuordnung anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)

Mit der Entscheidung der Bundesregierung, einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) zu implementieren, bestehen die wesentlichen Herausforderungen in der Berufsbildung darin, Ordnungsmittel in Zukunft konsequent lernergebnis- und kompetenzorientiert zu gestalten.

Im DQR wird Kompetenz bildungsbereichsübergreifend verstanden als „die Fähigkeiten und die Bereitschaft, Kenntnisse, Fertigkeiten sowie persönliche, soziale und methodische Fähigkeiten in Arbeits- und Lernsituationen und für die berufliche und persönliche Entwicklung zu nutzen“ → **Schaubild A4.1.1-1**. Methodenkompetenz wird als Querschnittkompetenz angesehen und findet keine eigenständige Erwähnung. Kompetenz wird in diesem Sinne als umfassende Handlungskompetenz verstanden. Der DQR sieht eine Differenzierung der Kompetenzen in Fachkompetenz und personale Kompetenz vor.

Die Befähigung zum umfassenden beruflichen Handeln ist das zentrale Ziel der Berufsausbildung. In § 1 Absatz 1 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) heißt es dazu: „Die Berufsausbildung hat die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) in einem geordneten Ausbildungsgang zu vermitteln. Sie hat ferner den Erwerb der erforderlichen Berufserfahrungen zu ermöglichen.“

Die gegenwärtige Struktur der geltenden Ausbildungsordnungen ist sehr heterogen, während einige Berufsbilder bereits handlungsorientiert gestaltet sind, weisen andere eine mehr oder weniger ausgeprägte Fachsystematik auf. Grundsätzlich sind die Ordnungsmittel stärker inhaltsbezogen ausgerichtet, eine konsequente Lernergebnisorientierung fehlt bisher. Das im DQR formulierte Kompetenzverständnis weist damit über das im Berufsbildungsgesetz formulierte Verständnis einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz hinaus. In den vorliegenden Ordnungsmitteln gibt es keinen expliziten Ausweis der für die Berufsausübung erforderlichen sozialen und personalen Kompetenzen/Lernergebnisse: Fachkompetenzen lassen sich identifizieren, personale und soziale Aspekte sind dagegen häufig nur implizit enthalten.

Eine wichtige Aufgabe der Zukunft wird darin bestehen, für die Vielfalt der Berufe auf der Grundlage des DQR-Kompetenzverständnisses zu verbindlichen einheitlichen Beschreibungen der Lernergebnisse zu kommen und die Ordnungsmittel entsprechend zu gestalten. Dazu ist es erforderlich, eindeutige, nachvollziehbare und geeignete Kriterien für die Formulierung der zu erzielenden Kompetenzen zu entwickeln und den an der Ordnungsarbeit Beteiligten an die Hand zu geben. Eine Lernergebnisorientierung lenkt den Blick auf das Ergebnis, es erfolgt ein „Denken vom Ende

Schaubild A4.1.1-1: **Struktur des Deutschen Qualifikationsrahmens**

Niveauindikator			
Anforderungsstruktur			
Fachkompetenz		***Personale Kompetenz***	
Wissen	***Fertigkeiten***	***Sozialkompetenz***	***Selbstständigkeit***
Tiefe und Breite	Instrumentale und systemische Fertigkeiten, Beurteilungsfähigkeit	Team-/Führungsfähigkeit, Mitgestaltung und Kommunikation	Eigenständigkeit/Verantwortung, Reflexivität und Lernkompetenz

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011

her“. Dabei verlieren die Inhalte nicht an Bedeutung, sie sind lediglich anders verankert, und ihre isolierte Bedeutung im Lehr-/Lernprozess schwindet: Entscheidend ist dabei nicht mehr die Frage: „Welche Inhalte sind zu vermitteln?“, sondern „Was soll nach Absolvierung eines Bildungsganges gekonnt werden, welche Lernergebnisse und Kompetenzen werden angestrebt“ und „Welche Kompetenzen sind in welcher Breite und Tiefe zu vermitteln und wie kann das gelingen?“.

Strukturvorschlag für die Gestaltung lernergebnis- und kompetenzorientierter Ordnungsmittel

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung hat im Sommer 2012 beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Kompetenzorientierte Ordnungsmittel“ mit dem Ziel einzurichten, einen gemeinsamen Strukturvorschlag für die Gestaltung kompetenzorientierter Ordnungsmittel zur Umsetzung des DQR zu entwickeln. In der Arbeitsgruppe, die vom BIBB verantwortlich begleitet wird, sind alle Bänke und die Kultusministerkonferenz (KMK) vertreten. Folgende Fragen sind zu klären:

1. **Wie kann das Lernergebnis eines Berufs formuliert werden? – Zusammenfassung der berufsprofilgebenden und berufstypischen Arbeitsaufgaben**

Lernergebnisse konkretisieren, was Lernende nach Abschluss des individuellen Lernprozesses wissen, verstehen und in der Lage sind zu tun. Für die Berufsausbildung ist die Gesamtheit der für die Ausübung des Berufs erforderlichen Kompetenzen, auf der Grundlage der für diesen Beruf relevanten Aufgaben und Tätigkeiten, die über einzelbetriebliche Sachverhalte hinausgehen, zu beschreiben.

2. **Wie können Handlungsfelder strukturiert werden, die sich an berufstypischen Arbeits- und Geschäftsprozessen orientieren?**

Ausgehend von der Beschreibung des Berufsprofils sind in einem weiteren Schritt die den Beruf prägenden und hinreichend komplexen Handlungsfelder zu bestimmen bzw. abzuleiten. Handlungsfelder umfassen die relevanten Arbeits- und Geschäftsprozesse und beinhalten die Handlungskompetenzen, die zur Bewältigung der formulierten Aufgaben und Tätigkeiten mindestens notwendig sind. Die Handlungsfelder in ihrer Gesamtheit strukturieren das Berufsbild/Ausbildungsprofil.

3. **Wie können die Kompetenzen auf der Grundlage des DQR-Kompetenzmodells präzise und in der erforderlichen Breite und Tiefe beschrieben werden?**

Bezugspunkte des Profils sind die fachlichen, personalen und sozialen Kompetenzen, die zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben erforderlich sind. Hier ist zunächst zu klären, worauf sich die Kompetenzen beziehen: *Fachkompetenzen* stehen im Vordergrund, wenn Auszubildende darauf vorbereitet werden, beim Umgang mit Sachen (z. B. Holz, Metall oder auch Texte/Zahlen) angemessen vorzugehen. Wenn sie lernen sollen, Herausforderungen im Umgang mit anderen Menschen (z. B. Vorgesetzte, Kollegen/Kolleginnen, Kunden/Kundinnen) zu bewältigen, geht es um den Erwerb von *Sozialkompetenzen*. Der Erwerb von *Selbstkompetenzen* bzw. Selbstständigkeit ermöglicht, die eigene Entwicklung zu gestalten (z. B. das eigene Lernen zu steuern, moralische Vorstellungen zu entwickeln). Die Kompetenzen werden für die einzelnen Handlungsfelder formuliert. Wichtig ist dabei eine angemessene Graduierung der Kompetenzen, um sie hinreichend differenziert ausweisen zu können. Die zugeordneten Arbeits- und Geschäftsprozesse bzw. Aufgaben und Tätigkeiten bilden dafür die Grundlage.

4. **Wie sollen die Kompetenzen geprüft werden? – Festlegung der Prüfungsmodalitäten**

Mit der Prüfung soll festgestellt werden, ob die berufliche Handlungsfähigkeit in dem geforderten Ausmaß vorhanden ist. Hier wird es in Zukunft darum gehen, Prüfungsformen (weiter) zu entwickeln, die geeignet sind, Kompetenzen in der erforderlichen Breite und Tiefe unter Berücksichtigung der allgemeinen Gütekriterien zu erfassen und zu bewerten.

5. **Abgleich der Handlungsfelder mit dem Ausbildungsprofil (Berufsbild)**

Zum Abschluss findet ein Abgleich der Handlungsfelder mit dem Berufsbild statt, gleichzeitig ist darauf zu achten, dass das Berufsbild nicht überfrachtet ist.

(Irmgard Frank)

A4.1.2 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

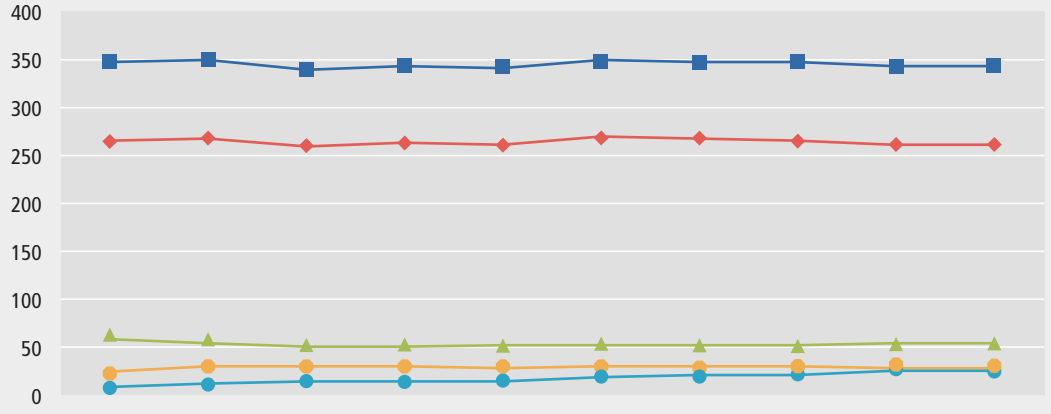
Die nachfolgenden Beschreibungen und Definitionen beziehen sich auf die Ausbildungsberufe, die nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) staatlich anerkannt sind oder als staatlich anerkannt gelten.[70] Als staatlich anerkannt im Sinne des § 4 BBiG gelten nach § 104 Absatz 1 BBiG auch die vor dem 1. September 1969 anerkannten Lehrberufe und Anlernberufe oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberufe, deren Berufsbilder, Berufsbildungspläne, Prüfungsanforderungen und Prüfungsordnungen bis zum Erlass von Ausbildungsordnungen nach § 4 BBiG anzuwenden sind.[71]

Die Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe nach BBiG und HwO hat sich in den letzten 10 Jahren kaum verändert und schwankt relativ konstant um die 350. Im Zeitraum von 2003 bis 2012 ging die Anzahl von 347 auf 344 zurück → **Schaubild A4.1.2-1**.

In den letzten 10 Jahren gab es, bezogen auf die Strukturmodelle **E** der Ausbildungsberufe, kaum quantitative Veränderungen. Eine Ausnahme davon bilden nur die Wahlqualifikationen:

- die Anzahl der Monoberufe blieb nahezu unverändert, sie betrug 265 im Jahr 2003 und 261 im Jahr 2012,

Schaubild A4.1.2-1: **Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2003 bis 2012)**



	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Monoberufe[1]	265	267	259	263	262	270	267	266	262	261
Berufe Fachrichtungen	58	53	50	50	51	51	51	52	53	54
Berufe mit Schwerpunkten	24	30	30	30	29	30	31	30	29	29
Gesamt	347	350	339	343	342	351	349	348	344	344
Berufe mit Wahlqualifikationen[2]	8	11	13	15	15	18	20	21	25	25

[1] In den Monoberufen sind Altausbildungsberufe (die vor dem BBiG von 1969 erlassen wurden) sowie ein vergleichbar geregelter Ausbildungsberuf (nach § 104 Absatz 1 BBiG) enthalten.
[2] Wahlqualifikationen werden bei der Gesamtzahl der Ausbildungsberufe nicht berücksichtigt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

70 Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.1.2 von Andreas Stöhr im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012.

71 Außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG (§ 3 Absatz 2 Nummer 3) gibt es den vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgang „Schiffsmechaniker/-in". Dieser Ausbildungsgang wird bei der folgenden Darstellung nicht mitgezählt.

- die Anzahl der Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung (Fachrichtungen oder Schwerpunkte) blieb von 2003 (82 Ausbildungsberufe) bis 2012 (83 Ausbildungsberufe) beinahe unverändert. Ihr Anteil an allen Ausbildungsberufen beträgt konstant rund 24 %,
- Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen werden seit 2000 erlassen. Damals gab es 5 anerkannte Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen, bis zum Jahr 2012 ist die Gesamtzahl auf 25 gestiegen.

E Strukturmerkmale

Monoberufe beschreiben in sich geschlossene Ausbildungsgänge, deren Qualifikationsprofil formal keine Spezialisierung aufweist. Für alle Auszubildenden sind die Ausbildungsinhalte somit identisch.

Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung sind Ausbildungsgänge mit besonderen Ausbildungsinhalten für einzelne Aufgabenbereiche oder Tätigkeitsfelder. Die Spezialisierung erfolgt insbesondere in Form von Schwerpunkten und Fachrichtungen. Eine Differenzierung nach **Schwerpunkten** berücksichtigt betriebliche Besonderheiten. Im 2. und 3. Ausbildungsjahr beanspruchen Schwerpunkte in der Regel nicht mehr als 6 Monate der gesamten Ausbildungszeit. Wenn branchenspezifische Besonderheiten vorliegen, erfolgt eine stärkere Differenzierung über **Fachrichtungen**. Das 3. Ausbildungsjahr ist zur Vermittlung der nötigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vorgesehen. Im Unterschied zu Schwerpunkten werden die Prüfungsanforderungen für jede Fachrichtung festgelegt.

Die Verwendung von **Wahlqualifikationen** kommt vor allem für hoch spezialisierte Branchen in Betracht, in denen jeder Betrieb ein anderes Spektrum bearbeitet und eine über Fachrichtungen hinausgehende Spezialisierung erforderlich ist. Mit diesem Modell können unterschiedliche „Qualifikationsbündel" in der 2. Hälfte der Ausbildung individuell zu einem beruflichen Profil kombiniert werden. Die Anzahl der angebotenen und auszuwählenden Wahlqualifikationseinheiten sowie der zeitliche Umfang während der Ausbildung weisen zum Teil eine erhebliche Variationsbreite auf.

Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Anzahl der Ausbildungsberufe, die auf weitere Berufsausbildungen angerechnet E werden können, hat sich von 2003 (13 Ausbildungsberufe) bis 2012 (24 Ausbildungsberufe) fast verdoppelt. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Ausbildungsberufe, auf die andere Ausbildungsberufe angerechnet werden können, von 26 (2003) auf 65 (2012) an → **Tabelle A4.1.2-1**.

E Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Ausbildungsordnungen (AO) regeln eigenständige Ausbildungsberufe mit unterschiedlicher Ausbildungsdauer. Nach dem Berufsbildungsgesetz (§ 5 Absatz 2 Nummer 4 BBiG) kann eine abgeschlossene Berufsausbildung, die 18 bis 24 Monate dauert, in einem in der AO festgelegten Ausbildungsberuf fortgesetzt werden. Diese Berufe, auf die angerechnet werden kann, haben eine Ausbildungsdauer von 36 bis 42 Monaten.

Es wird unterschieden nach Ausbildungsberufen, die angerechnet werden können, und Ausbildungsberufen, auf die angerechnet werden kann. Bei Ausbildungsberufen mit Anrechnungsmöglichkeiten handelt es sich nicht um Stufenausbildung im Sinne des § 5 Absatz 2 Nummer 1 BBiG.

Ausbildungsdauer

Die Ausbildungsdauer soll grundsätzlich nicht mehr als 3 und nicht weniger als 2 Jahre betragen (§ 5 Absatz 1 Satz 2 BBiG). Abweichungen von dieser Regelung sind möglich; es werden beispielsweise auch Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren verordnet.

In den Jahren von 2003 bis 2012 sank die Zahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 42 Monaten von 58 auf 54. Die Zahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 36 Monaten (im Jahr 2003 253 und im Jahr 2012 250) blieb rela-

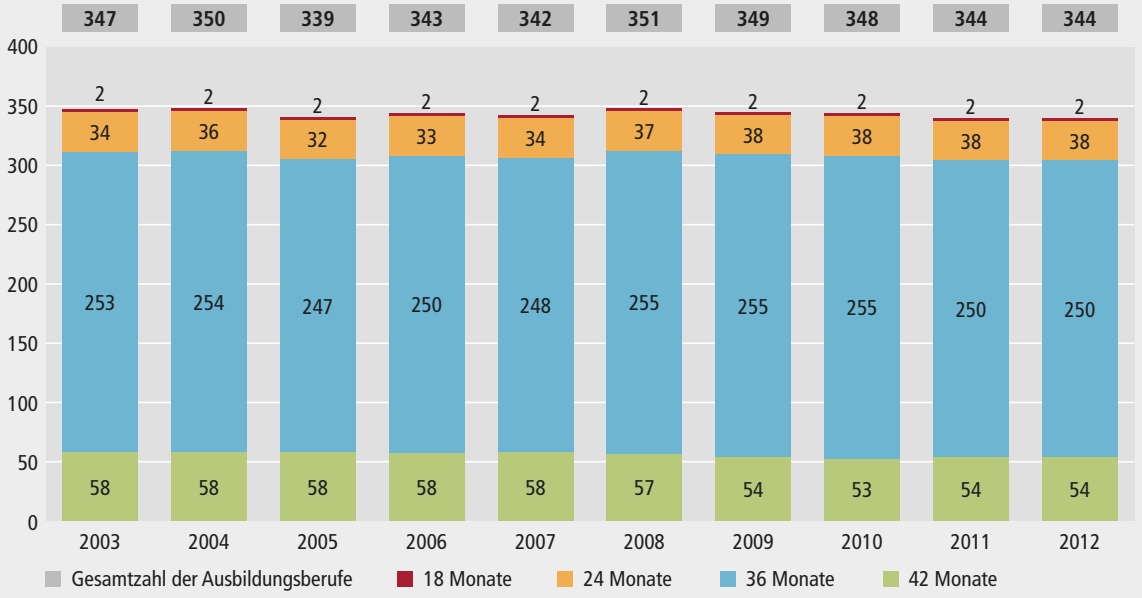
Tabelle A4.1.2-1: **Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2003 bis 2012)**[1]

Jahr	Ausbildungsberufe, die *angerechnet* werden können	Ausbildungsberufe, *auf die* angerechnet werden kann	Gesamtzahl der Ausbildungsberufe
2003	13	26	347
2004	14	31	350
2005	19	44	339
2006	17	45	343
2007	19	47	342
2008	22	49	351
2009	23	56	349
2010	23	63	348
2011	24	65	344
2012	24	65	344

[1] Dies betrifft Berufe, die eine Anrechnung nach BBiG § 5 Absatz 2 Satz 4 ermöglichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Schaubild A4.1.2-2: **Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2003 bis 2012)**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

tiv konstant.[72] Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 24 Monaten stieg von 34 im Jahre 2003 auf 38 im Jahre 2012 an. Darüber hinaus gibt es im Zeitverlauf konstant 2 Ausbildungsberufe mit einer 18-monatigen Ausbildungsdauer[73] → **Schaubild A4.1.2-2**.

72 Bis 2007 gab es den Ausbildungsberuf Mathematisch-technische/-r Assistent/-in mit einer Ausbildungsdauer von 30 Monaten. Dieser wird hier zu den 36-monatigen Ausbildungsberufen gezählt.

73 Es handelt sich um die 1939 erlassenen Ausbildungsberufe Gerätezusammensetzer/-in und Maschinenzusammensetzer/-in.

A4.1.3 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe

In den Jahren von 2003 bis 2012 wurden insgesamt 194 Ausbildungsberufe neu geordnet E.[74] Darunter waren 159 modernisierte und 35 neue Ausbildungsberufe → **Tabelle A4.1.3-1**. Im Jahr 2012 wurden 5 modernisierte Ausbildungsberufe in Kraft gesetzt → **Tabelle A4.1.3-2**.

Ein Neuordnungsverfahren (für die Modernisierung eines bereits bestehenden Ausbildungsberufes oder für einen neuen Ausbildungsberuf) dauert derzeit durchschnittlich 10 Monate.

Tabelle A4.1.3-1: **Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2003 bis 2012)**

Jahr	neu	modernisiert	insgesamt
2003	8	22	30
2004	5	27	32
2005	5	18	23
2006	4	17	21
2007	3	20	23
2008	7	12	19
2009	2	12	14
2010	0	11	11
2011	1	15[1]	16
2012	0	5	5
insgesamt	**35**	**159**	**194**

[1] Die vorläufigen Angaben im BIBB-Datenreport 2012 wurden korrigiert; die Berufsausbildung zum Schifffahrtskaufmann/zur Schifffahrtskauffrau wird nicht zu den modernisierten Ausbildungsberufen gezählt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

E Neuordnung von Ausbildungsberufen

Ausgangspunkt einer Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System auf der Grundlage der §§ 4 Absatz 1 BBiG und 25 Absatz 1 HwO ist ein entsprechender Qualifikationsbedarf in der Wirtschaft. Wenn die Inhalte eines Ausbildungsberufs modernisiert werden sollen oder ein neuer Ausbildungsberuf entstehen soll, geht die Initiative hierfür in der Regel von den Fachverbänden, von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber, von den Gewerkschaften oder vom Bundesinstitut für Berufsbildung aus (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2011b).

Die Klassifikation nach neuen und modernisierten Ausbildungsberufen wird auf die Neuordnungen seit 1996 angewandt – das Jahr, seit dem das Neuordnungsgeschehen intensiviert wurde. Hintergrund für die damals rasante Ausweitung der Ordnungsarbeit war die „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation" (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1).

Neu geordnete Ausbildungsberufe[75]

Der Begriff „neu geordnet" bezeichnet den Sachverhalt, dass eine Ausbildungsordnung erlassen wird. Es handelt sich um den Oberbegriff, der sowohl neue als auch modernisierte Ausbildungsberufe sowie bloße Überführungen in Dauerrecht umfasst. Die Merkmale neu bzw. modernisiert werden nicht auf die Berufe für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) angewandt.

Neue Ausbildungsberufe

Ein Ausbildungsberuf wird dann als neu bezeichnet, wenn mit seiner Ausbildungsordnung kein Vorgängerberuf nach BBiG/HwO aufgehoben wird.

Modernisierte Ausbildungsberufe

Ausbildungsberufe, mit deren Ausbildungsordnung ein Vorgängerberuf aufgehoben oder geändert wird, gelten als modernisiert. Berichtigungen von Ausbildungsordnungen gelten nicht als Modernisierung (z. B. Schreib- oder Nummerierungsfehler). Vorgängerberufe nach BBiG/HwO sind staatlich anerkannte oder als anerkannt geltende Ausbildungsberufe (siehe Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe). Ein Vorgängerberuf wird aufgehoben, wenn die Ausbildungsordnung außer Kraft tritt oder wenn entsprechende Vorschriften zu bisher festgelegten Berufsbildern, Berufsbildungsplänen und Prüfungsanforderungen nicht mehr angewandt werden.

74 Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.1.3 von Andreas Stöhr im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012.

75 Grundlage der Darstellung ist eine neue Typisierung von neu geordneten (neuen oder modernisierten) Ausbildungsberufen. Hierdurch können sich Abweichungen zu früher veröffentlichten Daten ergeben.

Tabelle A4.1.3-2: **Modernisierte Ausbildungsberufe 2012**

Bezeichnung	Ausbildungsdauer (Monate)	Ausbildungsbereich[1]	Strukturmerkmale				Anrechenbarkeit		Prüfungsmodalität[2]
			Monoberuf	mit Schwerpunkten	mit Fachrichtungen	mit Wahlqualifikationen	Ausbildungsberuf kann angerechnet werden	Ausbildungsberuf, auf den angerechnet werden kann	
Fachangestellter für Arbeitsmarktdienstleistungen/ Fachangestellte für Arbeitsmarktdienstleistungen	36	öD	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/ Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte	36	fB	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Schilder- und Lichtreklamehersteller/Schilder- und Lichtreklameherstellerin	36	Hw	nein	ja	nein	nein	nein	nein	GAP
Schornsteinfeger/Schornsteinfegerin	36	Hw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Verfahrensmechaniker für Kunststoff- und Kautschuktechnik/Verfahrensmechanikerin für Kunststoff- und Kautschuktechnik	36	IH	nein	nein	ja	nein	nein	ja	GAP

[1] Ausbildungsbereiche: IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; öD = öffentlicher Dienst; fB = freie Berufe

[2] Prüfungsmodalität: traditionell = Zwischenprüfung und Abschluss- bzw. Gesellenprüfung; GAP = gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung

Quelle: VO Berufsausbildung zum Fachangestellten für Arbeitsmarktdienstleistungen und zur Fachangestellten für Arbeitsmarktdienstleistungen vom 24.05.2012 (BGBl. I vom 31.05.2012, S. 1206)
VO Berufsausbildung zum Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten und zur Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten vom 03.07.2012 (BGBl. I vom 12.07.2012, S. 1456)
VO Berufsausbildung zum Schilder- und Lichtreklamehersteller und zur Schilder- und Lichtreklameherstellerin (Schilder- und Lichtreklame-Ausbildungsverordnung – SchLichtReklAusbV) vom 26.03.2012 (BGBl. I vom 05.04.2012, S. 494)
VO Berufsausbildung zum Schornsteinfeger und zur Schornsteinfegerin (Schornsteinfeger-Ausbildungsverordnung – SchfAusbV) vom 20.06.2012 (BGBl. I vom 04.07.2012, S. 1430)
VO Berufsausbildung zum Verfahrensmechaniker für Kunststoff- und Kautschuktechnik und zur Verfahrensmechanikerin für Kunststoff- und Kautschuktechnik vom 21.05.2012 (BGBl. I vom 31.05.2012, S. 1168)

Für weitere Erläuterungen zu Erprobungsverordnungen, Überführung in Dauerrecht, Hinweise zur Zuordnung vor 2003 und Inkrafttretens- und Erlassdatum siehe E im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.1.2.

Im Jahr 2013 werden die nachfolgenden Berufe neu geordnet bzw. modernisiert (Stand April 2013[76]):

- Fachkraft für Metalltechnik,
- Stanz- und Umformmechaniker/Stanz- und Umformmechanikerin,
- Fertigungsmechaniker/Fertigungsmechanikerin,
- Fluggerätelektroniker/Fluggerätelektronikerin,
- Fluggerätmechaniker/Fluggerätmechanikerin,
- Kfz-Mechatroniker/Kfz-Mechatronikerin,
- Klempner/Klempnerin,
- Mediengestalter Digital und Print/Mediengestalterin Digital und Print
- Milchwirtschaftlicher Laborant/Milchwirtschaftliche Laborantin,
- Orthopädietechnik-Mechaniker/Orthopädietechnik-Mechanikerin,
- Pflanzentechnologe/Pflanzentechnologin,
- Weintechnologe/Weintechnologin.
- Werkstoffprüfer/Werkstoffprüferin.

(Katrin Gutschow)

76 Eine aktuelle Übersicht kann im Internet unter **http://www.bibb.de/de/846.htm** abgerufen werden.

A4.2 Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse

A4.2.1 Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember) E erfasst Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten im dualen System. Im Folgenden werden daraus die Bestandszahlen der Auszubildenden E nach Zuständigkeitsbereich betrachtet. Sie geben Aufschluss über den Umfang der gesamten Ausbildungsleistung von Betrieben und Berufsschulen. Analysen zu berufsstrukturellen Entwicklungen (**vgl. Kapitel A4.4**) und zur Vorbildung der Auszubildenden (**vgl. Kapitel A4.6.1** und **A4.6.2**) erfolgen auf Basis der Neuabschlussdaten.

E Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Berufsbildungsstatistik) ist eine Totalerhebung von Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten zu staatlich anerkannten Ausbildungsberufen (§ 4 Absatz 1 Berufsbildungsgesetz [BBiG] bzw. § 25 Absatz 1 Handwerksordnung [HwO]) sowie dualen Ausbildungsberufen in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO. Auch Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO sind hierin enthalten.[77] Vollzeitschulische Berufsausbildungen und sonstige Berufsausbildungen, die nicht nach BBiG bzw. HwO geregelt sind, werden nicht erfasst.

Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, S. 931)[78], der zum 1. April 2007 in Kraft trat, wurden weitreichende Änderungen der Berufsbildungsstatistik eingeleitet. Die Erhebung der statistischen Ämter ist in § 88 BBiG geregelt. Die frühere Aggregatdatenerhebung wurde in 2007 auf eine Individualdatenerfassung umgestellt und erhielt einen ausgeweiteten Merkmalskatalog.

Diese Umstellung zog bedeutende Analysevorteile nach sich. Bis 2006 waren die Daten der Berufsbildungsstatistik als Tabellendaten erfasst worden. Je Ausbildungsberuf wurde so etwa eine Tabelle mit der Zahl der Auszubildenden (Bestandszahlen) nach Ausbildungsjahren und weiter die Zahl der ausländischen Auszubildenden je Ausbildungsberuf erhoben. Auch die Zahl der Neuabschlüsse insgesamt sowie nach den einzelnen Kategorien der schulischen Vorbildung wurde auf diese Weise erfasst. Die **Aggregatdatenerfassung** bedeutete eine erhebliche Einschränkung der Analysemöglichkeiten, da sie sich ausschließlich auf die Merkmalskombinationen, die die jeweilige Erfassungstabelle enthält, begrenzt. Mit der **Individualdatenerfassung** wird für jedes Ausbildungsverhältnis, das in das von den zuständigen Stellen geführte Verzeichnis eingetragen ist, ein Datensatz mit allen in § 88 BBiG festgelegten Merkmalen erhoben. Die Individualdaten ermöglichen bei der Auswertung der Daten eine freie Kombination der erfassten Merkmale.

Grundsätzlich ist aufgrund der erhebungstechnischen Umstellung der Vergleich der Daten ab 2007 mit denen der Vorjahre nicht uneingeschränkt möglich.

Die Daten der Berufsbildungsstatistik werden mit der **Fachserie 11, Reihe 3** des Statistischen Bundesamtes (Destatis) veröffentlicht und können im Publikationsservice von Destatis kostenfrei heruntergeladen werden (**www.destatis.de**). Außerdem stellt das BIBB Auszubildendendaten der Berufsbildungsstatistik auch im Onlinedatensystem Auszubildende (DAZUBI) bereit, das eine Ergänzung zum Datenreport darstellt (**http://www.bibb.de/dazubi**). Dort können Daten, Berechnungen und ergänzende Berufsmerkmale für alle einzelnen Ausbildungsberufe und alle Länder abgerufen werden. Zu den Daten stehen umfangreiche Erläuterungen bereit.

Aus **Datenschutzgründen** veröffentlicht das BIBB alle Daten der Berufsbildungsstatistik nur noch als gerundete Werte (Vielfaches von 3; der Datenfehler beträgt dadurch je ausgewiesener Zahl maximal 1; detaillierte Erläuterungen siehe unter **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf**).

77 Die Daten basieren auf den in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragenen Ausbildungsverträgen sowie den Prüfungsstatistiken der zuständigen Stellen. Außerdem werden weitere Daten z. B. zu Umschulungsprüfungen, Externenprüfungen, Fortbildungsprüfungen und zum Ausbildungspersonal erhoben.

78 Siehe **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/z3_berufsbildungsreformgesetz.pdf**.

Gesamtbestand 2011 und langfristige Entwicklung

Am 31. Dezember 2011 waren bundesweit 1.460.658 Personen als Auszubildende in einer dualen Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO gemeldet. Der Großteil unter ihnen wurde im westlichen Bundesgebiet (84,5 %; 1.233.819) ausgebildet, 15,5 % entfielen auf das östliche Bundesgebiet (226.839) → **Tabelle A4.2.1-1**. Die Bestandszahlen weisen seit dem Berichtsjahr 2000 (1.702.017) überwiegend eine sinkende Tendenz auf. In 2011 betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 47.670 Auszubildende (-3,2 %). Im Westen ist er mit einer Veränderungsrate von -1,5 % (Vorjahr: -2,4 %) schwächer ausgeprägt als im Osten, dort erreichte er in 2011 -11,3 % (Vorjahr: -11,1 %).

E Erfassung von Auszubildenden

Bei der Zählung der Auszubildenden erfolgt im Rahmen der Berufsbildungsstatistik eine stichtagsbezogene Abgrenzung. Bei den Neuabschlüssen und Prüfungsdaten ist sie hingegen zeitraumbezogen. Zum Auszubildendenbestand zählen alle Personen, die jeweils zum 31. Dezember in einem Ausbildungsverhältnis mit einem Ausbildungsvertrag nach BBiG bzw. HwO stehen.[79]

Die Berufsbildungsstatistik wurde mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 7. September 1976 als Bundesstatistik eingeführt, die die Auszubildendenzahl differenziert nach Geschlecht ab 1977 erfasst.[80] Ausländische Auszubildende wurden erst ab 1982 gesondert erfasst.

In der langfristigen Entwicklung der Auszubildendenzahlen in den alten Ländern (inkl. Berlin) seit 1977 zeichnen sich wechselhafte Phasen ab → **Schaubild A4.2.1-1**. Zunächst prägte v. a. die demografische Entwicklung die Zahl der Auszubildenden im dualen System. Die Entwicklung der Auszubildenden und die der Abgänger allgemeinbildender Schulen verliefen parallel. Mitte der 1970er-Jahre drängten die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre auf den Markt und fragten Berufsausbildungsplätze nach. Entsprechend stieg die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich an. Mitte der 1980er-Jahre bis Anfang der 1990er-Jahre ging sie dann wieder stark zurück. Zunehmend löste sich die Entwicklung im dualen System von der demografischen Lage und wurde von wirtschaftlichen Effekten überlagert. Ab Mitte der 1990er-Jahre bis zum Jahr 2000 stieg die Zahl der Auszubildenden erneut. Doch sie erhöhte sich nicht in dem Maße wie die Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen. Während die Zahl der Schulabgänger vor allem in den alten Ländern nach 2001 weiter anstieg, sank die Zahl der Auszubildenden (**vgl. Schaubilder 1.1** bis **1.5** in Uhly u. a. 2010). Nach Analysen von Troltsch und Walden (2007) scheint die Zahl der Auszubildenden seit den 1990er-Jahren verstärkt angebotsinduziert, also merklich durch Aufschwünge oder Krisen im Wirtschafts- und Beschäftigungssystem bestimmt.

In den letzten Jahren gewinnt allerdings der demografische Wandel zunehmend an Dynamik. Demzufolge ist der Rückgang des Auszubildendenbestands, der verstärkt seit dem Berichtsjahr 2009 feststellbar ist, neben der Wirtschafts- und Finanzkrise auch auf den starken demografischen Einbruch in der jugendlichen Wohnbevölkerung zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo die Bestandszahlen seit Ende der 1990er-Jahre sinken → **Tabelle A4.2.1-1**. Zur Analyse der Entwicklungen am Ausbildungsstellenmarkt für das Berichtsjahr 2011 siehe Ulrich u. a. 2011; zur Ausbildungsmarktbilanz 2012 **vgl. Kapitel A1**.

79 Zu den Prüfungen werden alle Prüfungen des Kalenderjahres gezählt (Zeitraumbezug) und zu den Neuabschlüssen alle im Kalenderjahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die bis zum 31. Dezember nicht wieder gelöst wurden (Kombination Zeitraum und Stichtag); wenn Personen mit einem im Kalenderjahr neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag vor dem 31. Dezember erfolgreich eine Abschlussprüfung abgelegt haben, zählen sie nicht mehr zu den Auszubildenden gemäß der Berufsbildungsstatistik.

80 Bereits seit 1950 wurden entsprechende Daten von den zuständigen Stellen erfasst. Seit 1976 hat sich die Rechtsgrundlage der Bundesstatistik mehrfach geändert. Zur Entwicklung der Berufsbildungsstatistik seit 1950 siehe Werner 2000 und Uhly 2006.

Tabelle A4.2.1-1: **Auszubildende am 31.12. nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2011 (Teil 1)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt[2]
Westdeutschland								
1992	1.345.305	670.959	445.761	58.371	23.904	138.201	7.713	399
1993	1.286.754	621.078	439.947	57.162	22.722	138.069	7.431	342
1994	1.226.262	567.627	442.242	49.431	22.359	136.542	7.749	309
1995	1.194.042	536.532	448.635	40.551	22.725	137.175	8.136	291
1996	1.182.429	528.513	449.946	34.884	23.694	136.596	8.475	318
1997	1.201.866	548.637	451.680	33.900	25.482	132.651	9.186	330
1998	1.240.449	584.679	454.773	35.319	27.000	128.475	9.843	360
1999	1.279.602	627.159	455.142	35.001	27.177	125.409	9.393	324
2000	1.297.203	653.001	448.560	34.482	26.025	125.802	8.988	345
2001	1.296.327	669.348	430.893	34.137	25.005	127.887	8.718	339
2002	1.255.635	651.726	407.028	34.155	24.336	129.516	8.523	348
2003	1.226.493	639.924	392.391	32.685	25.194	127.449	8.484	360
2004	1.214.025	639.213	384.258	33.213	26.628	121.581	8.685	444
2005	1.210.179	649.818	377.124	32.964	27.456	114.483	7.734	600
2006	1.232.169	674.169	380.214	32.652	28.131	108.765	7.512	723
2007[3]	1.264.941	712.734	384.594	29.199	29.340	100.623	7.557	894
2008	1.298.139	742.383	386.940	28.770	29.844	102.825	7.380	–
2009	1.283.979	734.139	380.286	28.638	30.219	103.284	7.413	–
2010	1.252.665	718.059	368.829	28.950	29.193	100.530	7.104	–
2011	1.233.819	713.091	356.610	29.655	28.563	99.195	6.705	–
Ostdeutschland								
1992	320.904	170.646	107.688	12.984	8.700	16.359	4.359	171
1993	342.558	165.432	127.797	16.350	6.960	20.793	5.199	24
1994	353.619	156.354	145.863	17.301	7.050	22.431	4.602	18
1995	385.296	166.332	166.716	16.173	8.532	23.172	4.350	18
1996	409.800	178.809	177.867	14.490	10.197	23.997	4.428	12
1997	420.813	187.647	179.223	13.710	11.931	23.937	4.353	9
1998	417.315	194.205	170.208	12.864	13.089	22.665	4.254	30
1999	418.728	205.857	161.730	12.456	13.209	21.192	4.245	39
2000	404.814	207.813	147.603	11.838	12.897	20.445	4.179	42
2001	388.341	206.793	133.590	11.316	12.525	19.698	4.389	33
2002	366.807	198.432	120.825	11.079	12.717	19.296	4.422	39
2003	355.137	198.444	109.974	10.653	13.095	18.282	4.653	36
2004	350.040	198.699	104.913	10.806	13.770	17.130	4.677	42
2005	343.260	198.399	100.059	10.401	13.857	15.936	4.566	42
2006	338.448	198.636	96.399	10.320	13.893	14.877	4.266	57
2007[3]	329.832	197.583	90.474	9.795	13.554	14.247	4.110	66
2008	315.204	191.838	84.099	9.270	12.363	13.842	3.792	–
2009	287.478	174.933	75.285	9.342	10.809	13.731	3.381	–
2010	255.663	155.340	66.078	8.637	9.474	13.152	2.979	–
2011	226.839	137.595	57.597	8.343	8.064	12.666	2.571	–

Tabelle A4.2.1-1: **Auszubildende am 31.12. nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2011 (Teil 2)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt[2]
Bundesgebiet								
1992	1.666.209	841.605	553.449	71.355	32.604	154.560	12.072	570
1993	1.629.312	786.513	567.744	73.512	29.685	158.862	12.633	366
1994	1.579.878	723.981	588.102	66.732	29.409	158.973	12.351	327
1995	1.579.338	702.867	615.351	56.721	31.257	160.350	12.486	309
1996	1.592.226	707.322	627.813	49.374	33.894	160.593	12.903	327
1997	1.622.679	736.284	630.903	47.613	37.413	156.588	13.536	342
1998	1.657.764	778.884	624.981	48.183	40.089	151.137	14.097	390
1999	1.698.330	833.016	616.872	47.457	40.386	146.598	13.638	363
2000	1.702.017	860.811	596.163	46.320	38.922	146.247	13.170	387
2001	1.684.668	876.141	564.480	45.453	37.530	147.585	13.107	372
2002	1.622.442	850.158	527.853	45.237	37.053	148.812	12.945	387
2003	1.581.630	838.368	502.365	43.338	38.292	145.731	13.137	396
2004	1.564.065	837.915	489.171	44.019	40.398	138.711	13.362	486
2005	1.553.436	848.217	477.183	43.365	41.313	130.419	12.300	639
2006	1.570.614	872.805	476.616	42.972	42.024	123.642	11.778	780
2007[3]	1.594.773	910.320	475.065	38.994	42.894	114.870	11.667	963
2008	1.613.343	934.221	471.039	38.043	42.204	116.664	11.172	–
2009	1.571.457	909.072	455.568	37.980	41.028	117.015	10.794	–
2010	1.508.328	873.402	434.907	37.587	38.667	113.682	10.086	–
2011	1.460.658	850.689	414.207	37.998	36.624	111.861	9.276	–

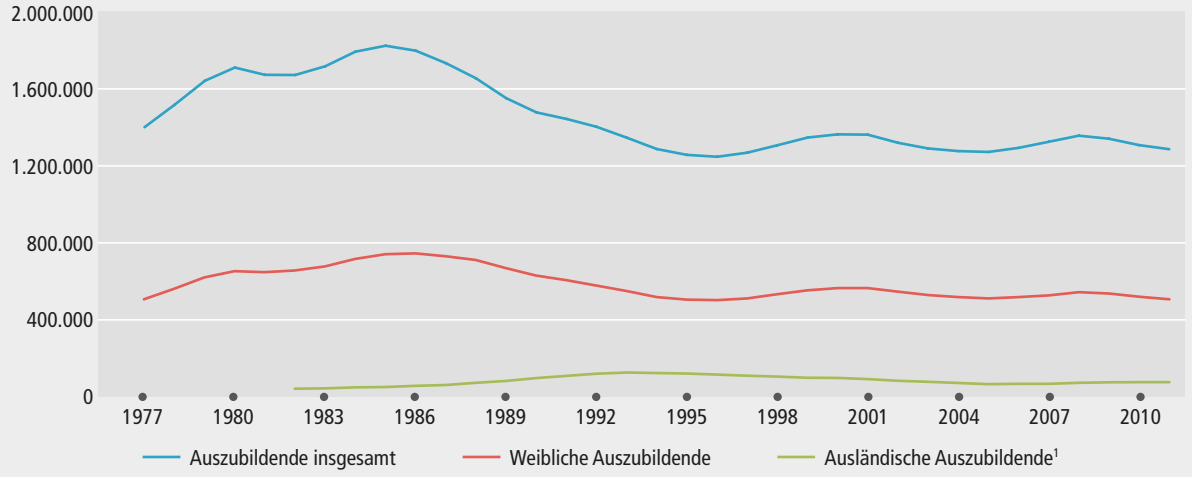
[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E **in Kapitel A1.2**). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

[2] Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

[3] Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Schaubild A4.2.1-1: **Zahl der Auszubildenden am 31.12., alte Länder inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-West), 1977 bis 2011**



[1] Die Zahl der ausländischen Auszubildenden wurde erst ab 1982 gesondert erfasst.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1977 bis 2011.

Bestandsentwicklung in den Zuständigkeitsbereichen

Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (**vgl. E in Kapitel A1.2**). So sind z. B. alle Auszubildenden, die im öffentlichen Dienst oder in den freien Berufen für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, in der Berufsbildungsstatistik den Bereichen Industrie und Handel sowie Handwerk (je nach zuständiger Stelle) zugeordnet.

Die Bestände in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen entwickeln sich unterschiedlich (**vgl. E in Kapitel A1.1**). In Industrie und Handel waren am 31. Dezember 2011 850.689 Auszubildende gemeldet **→ Tabelle A4.2.1-1**. Die Bestandszahl ging gegenüber dem Vorjahr um 22.713 (-2,6 %) Personen zurück, doch er ist weiterhin der mit Abstand größte Zuständigkeitsbereich. 1995 lag die Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel bei einem Tiefstwert von 702.867 Auszubildenden. Rückläufige Entwicklungen vor allem in Westdeutschland spielten hier eine Rolle, etwa in den Metall- und Elektroberufen. Seitdem war die Zahl der Auszubildenden mit kurzer Unterbrechung zwischen 2001 bis 2004 stetig angestiegen. In 2008 wurde mit 934.221 Auszubildenden ein Höchstwert gemeldet. Die Berichtsjahre 2009 bis 2011 weisen wieder sinkende Zahlen an Auszubildenden auf. Fast 80 % der zuletzt gesunkenen Zahlen sind durch den Rückgang in Ostdeutschland bedingt.

Im Handwerk umfasste der Auszubildendenbestand am 31. Dezember 2011 414.207 Personen. In diesem Bereich sinken die Zahlen etwas stärker als in Industrie und Handel. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang 20.700 Personen (-4,8 %) **→ Tabelle A4.2.1-1**. Anfang der 1990er-Jahre stieg die Zahl der Auszubildenden zunächst insbesondere durch den Aufbau handwerklicher Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland. 1998 begann die Zahl der Auszubildenden allerdings bis heute kontinuierlich zu sinken. Auch hier üben zunehmend demografische Faktoren Einfluss. Nach einem eher gemäßigten Rückgang in den Jahren 2005 bis 2008 verstärkt sich der Abwärtstrend seit 2009. In Ostdeutschland erreicht die negative Entwicklung inzwischen eine Rate von -12,8 % (-8.481) gegenüber dem Vorjahr. In Westdeutschland fällt dieser Wert mit -3,3 % (-12.219) bislang noch gemäßigt aus.

In den dualen Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst bestanden am 31. Dezember 2011 37.998 Ausbildungsverhältnisse. Von allen Zuständigkeitsbereichen wies er die geringste Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr auf. Zum ersten Mal seit 2004 gab es hierbei einen leichten Zuwachs von 411 Personen bzw. 1,1 %. Dieser ist vor allem durch die Zahl der Auszubildenden in Westdeutschland begründet, die um 2,4 % zunahm, während sich in Ostdeutschland mit -3,4 % der sinkende Trend aus dem Vorjahr fortsetzt. Insgesamt ging der Auszubildendenbestand in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes seit Anfang der 1990er-Jahre aber fast stetig zurück. 1992 umfasste er noch 71.355 Auszubildende, in 2011 sind es demgegenüber nur noch etwas mehr als die Hälfte. Der Einbruch der Zahlen nach 1994 ging v. a. auf Privatisierungen im Post- und Bahnbereich und den Wechsel der entsprechenden Ausbildungsberufe in den Zuständigkeitsbereich von Industrie und Handel zurück. Bis 2006 schwächte sich die sinkende Tendenz in den Berufen des öffentlichen Dienstes ab. Der seit 2007 zuletzt wieder stärkere Rückgang kann teilweise durch die Umstellungen in der Berufsbildungsstatistik bedingt sein.[81] Zumindest in Teilen geht dieser Rückgang aber auch auf ein verändertes Ausbildungsverhalten im öffentlichen Dienst zurück (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.2.1). Schließlich ist auch hier von demografischen Effekten auszugehen.

Seit 2007 erfasst die Berufsbildungsstatistik auch das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“. Demnach können im Jahre 2011 zu den 37.998 Auszubildenden des öffentlichen Dienstes mindestens 17.145 Auszubildende hinzugerechnet werden, die in Betrieben des öffentlichen Dienstes in Berufen der anderen Zuständigkeitsbereiche ausgebildet werden. Zu 39,9 % gehören sie dem Bereich Industrie und Handel, zu 28,2 % dem Handwerk und zu 21,5 % der Landwirtschaft an. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass die „Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst“ im Rahmen der Berufsbildungsstatistik noch untererfasst ist. Ein Vergleich mit den Daten der Personalstandsstatistik der statistischen Ämter (**vgl. Kapitel A4.2.2**) deutet auf eine Untererfassung von ca. 18 %.[82]

Am 31. Dezember 2011 befanden sich in den freien Berufen 111.861 Personen in einer dualen Berufsausbildung. Gegenüber dem Vorjahr waren es rund 1.821 Auszubildende (-1,6 %) weniger. In Ostdeutschland ist der Rückgang stärker (-3,7 %) als in Westdeutschland (-1,3 %). Mit 160.593 Auszubildenden war in 1996 die höchste Zahl an Auszubildenden erreicht worden. Der anschließend einsetzende Rückgang kann mit kleineren Unterbrechungen bis heute nachverfolgt werden.

In den Berufen der Landwirtschaft waren 36.624 Auszubildende gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 5,3 % (2.043 Verträge) weniger. Längerfristig hatte der Bestand an Auszubildenden in diesem Zuständigkeitsbereich allerdings zugenommen. Er stieg von 32.604 zu Beginn der 1990er-Jahre zunächst auf 40.386 in 1999 und erreichte in 2007 den bisherigen Höchstwert mit 42.894. Seit 2008 sinken die Zahlen nun. Während dies in 2009 nur Ostdeutschland betraf, sind sinkende Bestände seit 2010 in beiden Landesteilen zu verzeichnen. In Ostdeutschland betrug die Veränderung gegenüber dem Vorjahr 14,9 %, im Westen -2,2 %.

Im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft mit dem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf Hauswirtschafter/-in sowie den beiden Berufen für Menschen mit Behinderung Hauswirtschaftshelfer/-in und Hauswirtschaftstechnische/-r Betriebshelfer/-in sind bundesweit vergleichsweise wenige Auszubildende zu finden. Die Zahl beträgt am 31. Dezember 2011 9.276. Sie ist bereits seit Ende der 1990er-Jahre mit

81 Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes führte die Umstellung der Datenlieferung im Jahr 2007 insbesondere im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Dienstes zu Einschränkungen in der zeitlichen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Allerdings zeigt sich auch in der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahr 2007 ein starker Rückgang in den Berufen des öffentlichen Dienstes (siehe **http://www.bibb.de/de/14492.htm**). Insofern ist unklar, in welchem Ausmaß der Rückgang in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in der Berufsbildungsstatistik durch die Umstellung der Datenlieferung und in welchem Maße durch reale Entwicklungen bedingt ist.

82 Für diesen Vergleich wurde die Auszubildenden-Bestandszahl zum Stichtag 30. Juni auf Basis der Individualdatensätze der Berufsbildungsstatistik berechnet. Diese wurde mit der Auszubildendenzahl aus der Personalstandsstatistik (allerdings ohne „Arbeitnehmer im Pflegedienst“ und zumindest ohne einen Teil der „Auszubildenden an Unikliniken und Krankenhäusern“) verglichen.

kurzer Unterbrechung in 2002 und 2003 rückläufig.[83] Nun sinkt die Bestandszahl zum ersten Mal auf weniger als 10.000 Auszubildende.

Unter den Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt fällt der Ausbildungsberuf Schiffsmechaniker. Der Bereich ist entsprechend klein. Insbesondere ab dem Jahre 2004 war er zuletzt allerdings deutlich angewachsen und erreichte 963 Auszubildende. Seit 2008 wird er nicht mehr für die Berufsbildungsstatistik gemeldet.[84]

Frauen in den dualen Ausbildungsberufen

574.671 Frauen waren am 31. Dezember 2011 Auszubildende im dualen System, dies entspricht einem Anteil von 39,3 % an allen Auszubildenden → **Tabelle A4.2.1-2**. Gegenüber dem Vorjahr (39,8 %) blieb dieser Anteil nahezu unverändert. Er schwankt seit 1992 ohnehin nur geringfügig zwischen 39 % und 41 %. In Westdeutschland betrug er 39,5 %, in Ostdeutschland 38,6 %. Insgesamt sind Frauen im dualen System gegenüber ihrem Anteil in der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter (48,8 %) unterrepräsentiert (**vgl. Kapitel A4.5**). Sie sind häufiger in vollzeitschulischen Berufsausbildungsgängen zu finden (**vgl. Kapitel A5**). Auch innerhalb des dualen Systems zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. So variiert der Frauenanteil etwa in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen deutlich. Am höchsten liegt er im Bereich der freien Berufe (94,4 %) und in der Hauswirtschaft (92,4 %). In den Berufen des öffentlichen Dienstes ist er gegenüber Anfang der 1990er-Jahre (1992: 50,7 %) deutlich gestiegen und liegt seit 1998 bei mindestens 63 %. In 2011 erreichte er 65,1 %. In den Berufen von Industrie und Handel sind Frauen zu 39,0 % vertreten. Der Wert liegt seit Jahren gleichbleibend zwischen 39 % und 43 %. Im Handwerk sind Frauen mit nur 23,2 % deutlich seltener unter den Auszubildenden zu finden. Ihre Anteile sind gegenüber dem Anfang der 1990er-Jahre nur unwesentlich gestiegen (1992: 22,1 %). Dass sich die Zahlen ab 1995 erhöhten, geht auf die starken Rückgänge der männlich dominierten Berufe im Bau- und Ausbaugewerbe zurück. Deutlich unterproportional ist der Frauenanteil zudem auch in der Landwirtschaft mit 22,2 %. Seit 1992 (35,7 %) ist er hier fast stetig zurückgegangen.

Insgesamt existiert unter den Ausbildungsberufen des dualen Systems eine deutliche Geschlechtersegregation. Die berufsstrukturellen Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind seit Mitte der 1980er-Jahre nahezu unverändert (vgl. Uhly 2007). Ein Großteil der Ausbildungsberufe ist jeweils überwiegend mit Frauen oder mit Männern besetzt, entsprechend variieren die Frauenanteile deutlich. Diese strukturelle Beständigkeit lässt sich anhand von Daten für Westdeutschland darlegen[85] → **Tabelle A4.2.1-3**. Unterteilt man die dualen Ausbildungsberufe auf Basis des jeweiligen Frauenanteils am Auszubildendenbestand im Jahr 1977 bzw. des ersten Jahres des Auftretens eines Berufs (oder seines Vorgängerberufes), zeigt sich, dass die Mehrheit der Frauen weiterhin eine Ausbildung in einem überwiegend weiblich besetzten oder weiblich dominierten Beruf absolviert, d. h. in einem Beruf mit mindestens 60 % bzw. 80 % Frauenanteil. In 2011 waren in Westdeutschland 38,2 % aller weiblichen Auszubildenden des dualen Systems in weiblich dominierten Berufen. Gegenüber 1980 (44,7 %) ist der Anteil um 6,5 Prozentpunkte gesunken. Weitere 18,1 % der Frauen befinden sich 2011 in einer Ausbildung in einem überwiegend weiblich besetzten Beruf, d. h. mit einem Frauenanteil von 60–80 %. Im Vergleich zu 1980 (23,4 %) ist der Wert etwas stärker abgesunken. Umgekehrt befinden sich in 2011 in den männlich dominierten und überwiegend männlich besetzten Ausbildungsberufen (Frauenanteil 0–20 % bzw. 20–40 %) zwar mit 10,5 % und 8,7 % anteilig fast doppelt so viele Frauen wie noch 1980.

83 Der deutliche Rückgang der Auszubildenden im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft in Westdeutschland im Jahr 2005 (-11 %) ist teilweise durch veränderte Zuständigkeiten bedingt, denn für das Land Hessen werden Hauswirtschafter/-innen seit 2005 nicht mehr unter dem Bereich Hauswirtschaft, sondern unter dem Bereich Industrie und Handel gemeldet.

84 Da der Ausbildungsberuf nicht nach BBiG oder HwO geordnet ist, sondern einen vergleichbar geregelten Beruf außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG darstellt, wurde er bis 2007 freiwillig gemeldet (die gesetzliche Grundlage für die Berufsbildungsstatistik, insbesondere § 88 BBiG, betrifft nur Ausbildungsberufe, die nach BBiG bzw. HwO geregelt sind). Mit den erweiterten Meldepflichten im Rahmen der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz wurde die Datenmeldung im Jahr 2008 eingestellt. Ausbildungsverträge werden im Zuständigkeitsbereich der Seeschifffahrt weiterhin abgeschlossen.

85 Im Rahmen der Aggregatdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik wurde bis 1992 lediglich die Bestandszahl der Auszubildenden differenziert nach Geschlecht erhoben; die hier erfolgte Differenzierung der Berufe (in stark männlich oder weiblich besetzt) kann deshalb nur auf Basis der Bestandszahlen und nicht anhand der Neuabschlusszahlen erfolgen.

Tabelle A4.2.1-2: **Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet 1992 bis 2011 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt[2]
1992	40,8	41,8	22,1	50,7	35,7	95,0	97,0	1,9
1993	40,4	41,8	20,8	52,0	34,3	95,1	96,7	2,5
1994	40,0	42,7	19,6	54,1	33,1	94,8	96,3	4,0
1995	39,8	43,2	19,2	56,7	32,7	94,9	95,7	4,2
1996	39,8	43,5	19,3	59,2	31,7	95,0	95,4	5,5
1997	39,9	43,5	19,8	62,3	30,7	95,3	95,0	7,3
1998	40,0	43,1	20,6	62,9	29,7	95,3	94,9	5,9
1999	40,5	43,4	21,3	63,0	28,5	95,5	94,6	4,4
2000	40,9	43,2	21,9	64,4	28,5	95,6	94,6	5,4
2001	41,0	42,4	22,4	64,6	27,2	95,6	94,1	6,2
2002	41,0	41,4	22,6	65,3	26,4	95,6	93,8	5,2
2003	40,6	40,5	22,7	64,9	25,2	95,5	93,0	4,3
2004	40,1	39,8	22,7	64,2	24,1	95,3	92,8	4,3
2005	39,7	39,5	22,9	63,4	23,2	95,1	92,5	4,1
2006	39,5	39,5	23,1	63,5	22,4	95,2	92,5	3,9
2007[3]	39,3	39,6	23,3	64,1	22,4	95,0	92,1	4,5
2008	39,6	39,8	23,7	64,3	23,0	95,0	92,2	–
2009	39,9	39,9	24,0	64,8	22,9	94,9	92,5	–
2010	39,8	39,6	23,8	65,3	22,7	94,7	92,5	–
2011	39,3	39,0	23,2	65,1	22,2	94,4	92,4	–

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

[2] Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

[3] Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2011

Insgesamt erscheinen die Anteile jedoch weiterhin gering. Die gemischt besetzten Berufe integrieren in 2011 rund ein Viertel der weiblichen Auszubildenden im dualen System (24,5 %). Ihr Anteil stieg gegenüber 1980 (21,0 %) um 16,7 %.

Etwas anders stellt sich die Situation in Ostdeutschland dar → **Tabelle A4.2.1-3**. Die Zuordnung des Berufs erfolgt auch für Ostdeutschland auf Basis der Daten 1977 in den alten Ländern oder dem ersten Jahr des Erscheinens eines neuen Berufs. Es wird nicht analysiert, ob in Ostdeutschland eine geschlechtsspezifische Segregation vorliegt und wie stark diese ausfällt, sondern ob sie der in Westdeutschland vorliegenden (bzw. damals vorliegenden) entspricht.

So befand sich in Ostdeutschland in 2011 mit 17,7 % fast jede fünfte Frau in einem männlich dominierten Beruf. Dieser vergleichsweise höhere Wert war auch 1995 bereits zu beobachten. Der Anteil der Frauen, der in einem überwiegend männlich besetzten Beruf ausgebildet wird, ist allerdings mit 6,4 % niedriger als in Westdeutschland. Das Gewicht der gemischt besetzten Berufe scheint tendenziell abzunehmen, sie werden in 2011 von 22,0 % der ostdeutschen

Tabelle A4.2.1-3: **Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1995 und 2011, Ostdeutschland 1995 und 2011**

Gruppe der Ausbildungsberufe[1]	Weibliche Auszubildende									
	Insgesamt (Anzahl)					Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Auszubildenden (in %)				
	Westdeutschland			Ostdeutschland		Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1980	1995	2011	1995	2011	1980	1995	2011	1995	2011
Männlich dominierte Berufe (0–20 % weibliche Auszubildende)	34.344	42.888	50.919	26.136	15.480	5,4	8,9	10,5	17,7	17,7
Überwiegend männlich besetzte Berufe (20–40 % weibliche Auszubildende)	35.106	32.361	42.363	6.024	5.643	5,5	6,7	8,7	4,1	6,4
Gemischt besetzte Berufe (40–60 % weibliche Auszubildende)	134.226	124.800	119.475	36.408	19.281	21,0	26,0	24,5	24,7	22,0
Überwiegend weibliche besetzte Berufe (60–80 % weibliche Auszubildende)	149.424	66.852	88.140	25.281	17.301	23,4	13,9	18,1	17,2	19,8
Weiblich dominierte Berufe (80–100 % weibliche Auszubildende)	285.945	213.846	186.177	53.541	29.868	44,7	44,5	38,2	36,3	34,1
Insgesamt	**639.048**	**480.750**	**487.074**	**147.387**	**87.573**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

[1] Gruppenbildung nach dem Anteil der weiblichen Auszubildenden im jeweiligen Beruf (bzw. dessen Vorgängerberuf) in Westdeutschland und in Berlin-West im Jahre 1977 oder später (für die Berufe, die nach 1977 zum ersten Mal auftreten). Geringfügige Abweichungen im Vergleich zu früheren Veröffentlichungen können auftreten, wenn aufgrund von Neuordnungen Änderungen der Zusammenfassung von Berufen und deren Vorgängern erforderlich werden.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980, 1995 und 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Auszubildenden besetzt (1995: 24,7 %). Der Anteil der Frauen, die in Ostdeutschland in einem überwiegend weiblich besetzten Beruf ausgebildet wird, lag 2011 mit 19,8 % etwas höher als in Westdeutschland (18,1 %). Mit 34,1 % sind es wiederum etwas weniger Frauen, die in Ostdeutschland in einem weiblich dominierten Beruf ausgebildet wurden (Westen: 38,2 %).

Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den dualen Ausbildungsberufen

In der Berufsbildungsstatistik wird die Staatsangehörigkeit[86] der Auszubildenden erfasst, ein möglicher Migrationshintergrund kann jedoch nicht ausgewiesen werden (zu differenzierteren Analysen zur Ausbildungssituation der ausländischen Jugendlichen bzw. der Jugendlichen mit Migrationshintergrund siehe **Kapitel A4.9**). Der Anteil der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit unter den Auszubildenden ist seit Anfang der 1990er-Jahre stark zurückgegangen → **Tabelle A4.2.1-4**. Um das Ausmaß der Integration in die duale Berufsausbildung abzuschätzen, muss allerdings Bezug zum Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung genommen werden. Der Ausländeranteil unter den Auszubildenden ist hierzu nicht der geeignete Indikator. Beispielsweise sank der Ausländeranteil unter den Auszubildenden des dualen Systems seit Mitte der 1990er-Jahre stark; dies war jedoch teilweise durch verstärkte Einbürgerungen bedingt. In der Wohnbevölkerung ging der Ausländeranteil ebenfalls zurück. Ob die Entwicklung im dualen System jener der Wohnbevölkerung

86 Als ausländische Auszubildende werden alle Auszubildenden ohne deutschen Pass gezählt. Jugendliche, die sowohl über eine deutsche als auch eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, werden nicht als ausländische Auszubildende erfasst.

Tabelle A4.2.1-4: **Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet 1992 bis 2011 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt[2]
1992	7,2	6,4	9,4	2,6	1,2	7,5	2,4	0,9
1993	7,8	6,9	9,8	3,0	1,2	8,3	2,7	1,6
1994	8,0	7,2	9,7	3,1	1,4	8,5	2,9	1,2
1995	7,7	7,0	9,0	3,1	1,8	8,6	3,6	1,0
1996	7,3	6,7	8,3	2,7	1,6	9,0	4,1	1,2
1997	6,8	6,3	7,6	2,4	1,4	8,8	4,5	1,2
1998	6,3	5,9	7,0	2,4	1,1	8,2	4,7	1,8
1999	5,9	5,6	6,6	2,3	0,9	8,0	3,9	1,7
2000	5,7	5,2	6,4	2,1	0,9	8,2	4,2	1,3
2001	5,5	5,0	6,2	2,2	0,8	7,9	4,3	0,3
2002	5,3	4,7	6,0	2,0	0,9	8,3	4,2	0,8
2003	5,0	4,4	5,7	2,1	0,8	8,3	4,1	2,0
2004	4,6	4,0	5,3	1,8	0,8	7,7	4,2	2,5
2005	4,4	3,8	5,1	1,7	0,8	7,3	4,0	2,2
2006	4,2	3,7	4,8	1,7	0,8	7,1	3,8	1,4
2007[3]	4,3	3,9	4,9	1,5	0,7	7,7	3,2	1,1
2008	4,5	4,1	5,2	1,5	0,7	8,1	3,6	–
2009	4,8	4,3	5,5	1,8	0,8	8,5	4,1	–
2010	5,1	4,5	5,9	1,7	0,7	9,1	4,6	–
2011	5,3	4,7	6,1	1,7	0,8	9,4	5,3	–

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

[2] Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

[3] Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2011

entspricht oder auf andere Faktoren zurückzuführen ist, kann auf Basis der Ausbildungsbeteiligungsquote bzw. Ausbildungsanfängerquote betrachtet werden (**vgl. Kapitel A4.5**).

Der Ausländeranteil eignet sich jedoch für einen Vergleich der Zuständigkeitsbereiche oder die Analyse berufsspezifischer Besonderheiten.

Der 2011 gestiegene Ausländeranteil unter den Auszubildenden ist in allen Zuständigkeitsbereichen zu beobachten. Allerdings bleibt er fast überall unterhalb des Ausländeranteils in der entsprechenden Wohnbevölkerung. Am stärksten sind ausländische Personen mit 9,4 % im Bereich der freien Berufe vertreten. Hier lag der Anteil schon immer höher und schwankte seit Anfang der 1990er-Jahre nur geringfügig zwischen 7 % und 9 %. Seit 2004 ist ein Anstieg zu verzeichnen. Der aktuelle Anteil ersetzt den bisherigen Höchstwert aus dem Vorjahr. Einzelne Berufe dieses Zuständigkeitsbereichs wie die Berufe Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r (19,1 %) oder Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (13,6 %) sind sogar überproportional mit ausländischen Auszubildenden besetzt. In beiden Berufen findet man fast ausschließlich weibliche Auszubildende (96,3 %

bzw. 99,3 %), sowohl unter Auszubildenden mit deutscher als auch ausländischer Staatsangehörigkeit. Auch im Handwerk und im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel ist der Ausländeranteil im Jahr 2011 wieder gestiegen. Im Handwerk beträgt der Anteil 6,1 %. In Industrie und Handel liegt der Wert bei 4,7 %. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist in beiden Bereichen gering.

In der Hauswirtschaft entspricht der Ausländeranteil mit 5,3 % dem Durchschnitt im dualen System insgesamt, er hat sich seit 1992 (2,4 %) deutlich erhöht. Mit Abstand am niedrigsten liegt der Anteil von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den Berufen des öffentlichen Dienstes und der Landwirtschaft. In 2011 lag er dort nur bei 1,7 % bzw. 0,8 % und hat sich im Vorjahresvergleich kaum verändert. Mitte der 1990er-Jahre hatten die Anteile in den Ausbildungsberufen im öffentlichen Dienst leicht höher gelegen (1994: 3,1 %). Seither sind sie kontinuierlich gesunken.

Generell sind Ausbildungsberufe im dualen System[87], die zu 10 % oder mehr von Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit besetzt sind, nur in geringem Maße zu finden. Von den Berufen mit mindestens 100 Auszubildenden gehören hierzu (sortiert nach der Anzahl der Auszubildenden insgesamt): Verkäufer/-in (10,7 %), Friseur/-in (16,0 %), Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (13,6 %), Fahrzeuglackierer/-in (10,2 %), Maschinen- und Anlagenführer/-in (11,0 %), Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie (10,8 %), Fachkraft im Gastgewerbe (13,3 %), Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r (19,1 %), Fertigungsmechaniker/-in (10,4 %), Teilezurichter/-in (10,4 %), Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/-in (10,6 %), Stuckateur/-in (14,6 %), Servicekraft für Schutz und Sicherheit (10,3 %), Tankwart/-in (10,1 %), Änderungsschneider/-in (18,0 %), Industrie-Isolierer/-in (12,1 %), Servicefahrer/-in (11,5 %), Chirurgiemechaniker/-in (10,4 %) und Estrichleger/-in (11,4 %).

(Naomi Gericke, Nicole Lissek)

87 Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe oder Ausbildungsberufe in Erprobung (ohne Berufe für Menschen mit Behinderung).

A4.2.2 Ausbildung im öffentlichen Dienst (Personalstandsstatistik)

Im öffentlichen Dienst werden nicht nur spezielle Berufe für den öffentlichen Dienst, sondern auch Berufe, die bei den Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern eingetragen werden, und Berufe des Gesundheitswesens ausgebildet. In der Personalstandsstatistik des Statistischen Bundesamtes zählen darüber hinaus auch Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst, Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare zum Personal in Ausbildung.

Nach dieser erweiterten Abgrenzung befanden sich am Stichtag 30. Juni 2011 rund 207.300 Personen in einer Ausbildung im öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform). 105.400 Personen absolvierten ihre Ausbildung in einem Beamtenverhältnis. 20.900 hatten einen Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums oder im Anschluss an ein solches abgeschlossen, ohne in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Für die übrigen Ausbildungsberufe wurden 81.000 Auszubildende gemeldet. Dabei handelt es sich überwiegend um Ausbildungen nach dem BBiG sowie für Gesundheitsfachberufe. Bei den folgenden Ausführungen wird unter dem Begriff „Auszubildende“ nur der zuletzt genannte Personenkreis berücksichtigt E.

E Ausbildung im öffentlichen Dienst

Die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes ist nicht mit den gemeldeten Zählergebnissen nach Zuständigkeitsbereichen vergleichbar, da Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst in Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließt, diesen Bereichen zugerechnet werden (**vgl. Kapitel A4.2.1**).

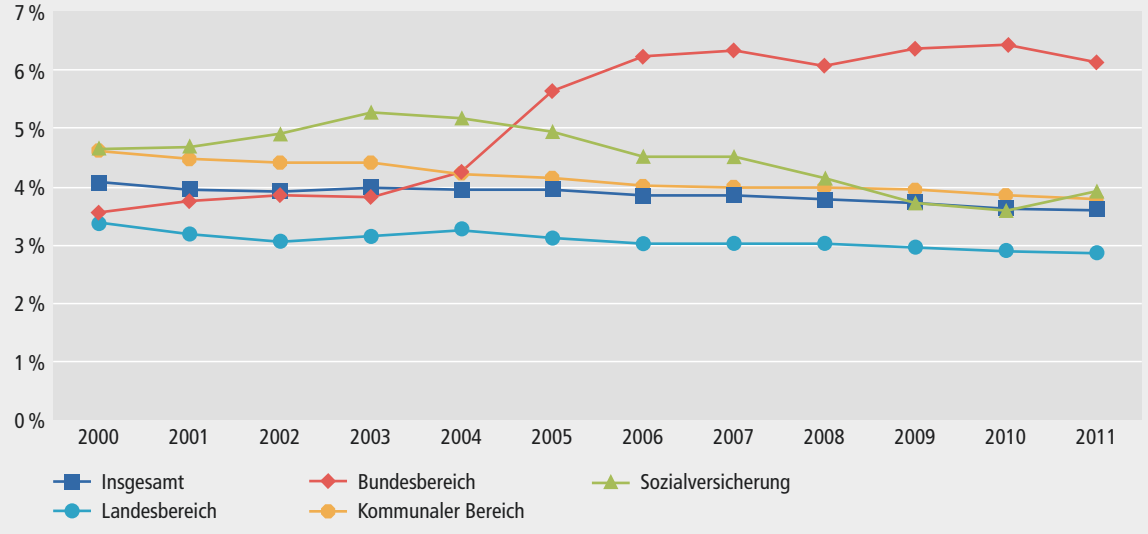
Hinsichtlich der Ausbildungsquoten ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Erhebungsstichtags der Personalstandsstatistik zum 30. Juni die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes nur unvollständig wiedergegeben wird. Zu

diesem Stichtag können bereits ganze Ausbildungsjahrgänge die Ausbildung beendet haben, während neue Ausbildungsjahrgänge erst zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres die Ausbildung antreten. Aus der Statistik des Bundesministeriums des Innern zur Ausbildungsleistung des Bundes ergibt sich für den Stichtag 15. Oktober 2010 eine Ausbildungsquote von 7,7 %, für den Stichtag 15. Oktober 2011 von 7,6 %.

Setzt man die 81.000 Auszubildenden ins Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, erhält man zum Stichtag 30. Juni 2011 eine Ausbildungsquote von 3,6 %. Relativ viele Ausbildungsverhältnisse gab es im Bundesbereich mit einer Quote von 6,2 %. Im Landesbereich lag die Quote bei nur 2,9 %, im kommunalen Bereich bei 3,8 % und bei der Sozialversicherung bei 3,9 %.

Insgesamt war die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst in den letzten 10 Jahren relativ konstant → **Schaubild A4.2.2-1**. Dabei gab es jedoch Verschiebungen zwischen den verschiedenen Bereichen. Während bei den Ländern und bei den Kommunen ein leichter Rückgang zu verzeichnen war, hat die Ausbildungsoffensive beim Bund zu einem erheblichen Anstieg der Ausbildungsquote geführt. Seit 2000 hat sich die Quote hier nahezu verdoppelt. Bei der Sozialversicherung war die Quote in den Jahren 2004 bis 2010 rückläufig. Das lag vor allem an weniger Ausbildungsverhältnissen bei der Kranken- und Rentenversicherung sowie an der steigenden Zahl der Beschäftigten bei der Bundesagentur für Arbeit in diesem Zeitabschnitt. Zuletzt ist die Quote bei der Sozialversicherung wieder gestiegen. Der Rückgang im kommunalen Bereich ist nicht zuletzt auf die Ausgliederung kommunaler Krankenhäuser aus dem öffentlichen Dienst zurückzuführen, da diese einen relativ hohen Ausbildungsanteil aufweisen. Mitte 2011 befanden sich 15.200 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes in Krankenhäusern und Hochschulkliniken und Pflegeeinrichtungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Krankenhäuser, die in privater Rechtsform z. B. als GmbH betrieben werden, nicht zum öffentlichen Dienst zählen, selbst wenn sie sich vollständig im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. So gab es weitere 20.700 Auszubildende in privatrechtlichen Krankenhäusern, die mehrheitlich öffentlichen Arbeitgebern gehörten.

Schaubild A4.2.2-1: **Entwicklung der Ausbildungsquoten[1] im öffentlichen Dienst**



[1] Auszubildende ohne Beamtenausbildung und Ausbildung im Rahmen oder im Anschluss an ein Hochschulstudium im Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit einem Anteil von 61,3 % waren weibliche Auszubildende im öffentlichen Dienst deutlich in der Mehrheit. Dieser Anteil ist seit dem Jahr 2006 nahezu konstant. Davor gab es einen leichten Rückgang, der ebenfalls teilweise auf die Ausgliederung von Krankenhäusern zurückzuführen ist. Im Jahr 2000 hatte der Frauenanteil noch bei 66,5 % gelegen.

Mitte 2011 gab es in den 5 neuen Bundesländern 11.800 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes; 69.200 befanden sich im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin. Damit ist die Ausbildungsquote in den neuen Ländern mit nur 2,7 % deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet, wo die Quote bei 3,8 % lag.

(Alexandros Altis, Statistisches Bundesamt)

A4.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) wurden neben der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung auch zusätzliche Merkmale eingeführt E. Im Folgenden wird zum einen eine Übersicht über die Neuabschlüsse 2011 nach ausgewählten neuen Merkmalen gegeben, und zum anderen werden Ausbildungsanfänger/-innen von anderen Arten von Neuabschlüssen abgegrenzt.

E Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik

Folgende neue Merkmale werden seit dem Berichtsjahr 2007 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erfasst:

- Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse
- Finanzierungsart (überwiegend öffentliche vs. betriebliche Finanzierung)
- vorherige Berufsausbildung der Auszubildenden
- Anschlussverträge (werden aus den erhobenen Angaben zur vorherigen Berufsausbildung sowie zu Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages ermittelt)
- Monat und Jahr ausbildungsrelevanter Ereignisse (Beginn, Lösung, Prüfung, Ende)
- Abkürzung des Ausbildungsvertrages (als Variable gemeldet; kann aber auch aus dem Vergleich der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und den Variablen zu dem vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages berechnet werden)
- Wirtschaftszweig der Ausbildungsstätte*[88]
- Ort der Ausbildungsstätte*
- Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst* (**vgl. Kapitel A4.2.1**)

88 In diesem Kapitel werden die mit * gekennzeichneten Merkmale aus verschiedenen Gründen nicht dargestellt: Analysen differenziert nach Wirtschaftszweigen können aufgrund der fehlenden Angaben aus dem Handwerk noch nicht erfolgen. Auf tiefer gegliederte Regionalanalysen wird bei deskriptiven Analysen verzichtet (bei multivariaten Modellen werden Regionalvariablen aufgenommen). Die neuen bzw. modifizierten Merkmale zum allgemeinbildenden Schulabschluss sowie zur Berufsvorbereitung und Grundbildung der Auszubildenden (vor 2007 beides zusammen erfasst mit der schulischen Vorbildung) werden in **Kapitel A4.6.1** und **Kapitel A4.6.2** behandelt. Auf Befunde zur Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst wird in **Kapitel A4.2.1** eingegangen (**vgl. auch Kapitel A4.2.2**).

- höchster allgemeinbildender Schulabschluss* (**vgl. Kapitel A4.6.2**)
- Maßnahmen der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung* (**vgl. Kapitel A4.6.1**)

Der allgemeinbildende Schulabschluss sowie vorherige Maßnahmen der Berufsvorbereitung und -grundbildung sind nicht gänzlich neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, sie stellen eine Modifikation und Erweiterung der früheren Erfassung der schulischen Vorbildung der Jugendlichen mit Neuabschluss dar.

Umsetzungsprobleme der Datenmeldungen nach der Revision der Berufsbildungsstatistik konnten im Berichtsjahr 2011 weiter reduziert werden, allerdings ist die Wirtschaftszweigzugehörigkeit der Ausbildungsstätte noch nicht auswertbar, da für den Zuständigkeitsbereich Handwerk überwiegend fehlende Angaben hierzu vorliegen; außerdem gibt es weiterhin Hinweise darauf, dass folgende Merkmale noch untererfasst sind: vorherige Berufsausbildung, vorherige Teilnahme an beruflicher Grundbildung oder Berufsvorbereitung, Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst (vgl. **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berichtsjahre.pdf**).

Siehe hierzu auch die Datenblätter im BIBB-Online-Datensystem DAZUBI, in dem die Daten nach einzelnen Ausbildungsberufen und Ländern abgerufen werden können: **http://www.bibb.de/dazubi**.

Bevor die verschiedenen Arten von Neuabschlüssen E betrachtet werden, werden die Neuabschlusszahlen nach Zuständigkeitsbereichen und im Vorjahresvergleich, wie sie sich im Rahmen der Berufsbildungsstatistik zeigen, skizziert. Die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird nicht auf

Tabelle A4.3-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen[1] sowie Ländern 2010 und 2011**

Land	Neuabschlüsse insgesamt		Industrie und Handel		Handwerk		Öffentlicher Dienst		Landwirtschaft		Freie Berufe		Hauswirtschaft	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
Baden-Württemberg	75.489	78.945	45.519	48.417	20.580	21.069	2.070	1.839	1.575	1.491	5.208	5.601	537	528
Bayern	95.319	98.370	55.248	58.077	28.419	28.509	1.503	1.422	2.220	2.133	7.497	7.818	432	405
Berlin	18.993	17.922	11.457	10.779	4.803	4.458	579	624	318	249	1.728	1.680	111	135
Brandenburg	13.587	12.123	8.592	7.887	3.129	2.712	492	384	567	483	666	549	141	111
Bremen	5.865	6.072	3.927	4.125	1.221	1.239	129	129	63	48	459	468	63	60
Hamburg	13.881	13.713	9.840	9.933	2.586	2.508	213	132	117	141	1.080	966	48	30
Hessen	39.633	40.611	24.426	25.395	10.341	10.461	1.233	1.179	747	708	2.886	2.868	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	9.957	8.886	6.300	5.664	2.298	1.977	330	276	399	390	480	456	150	120
Niedersachsen	58.155	61.176	31.560	34.116	18.111	18.630	1.299	1.347	2.034	2.067	4.695	4.596	459	420
Nordrhein-Westfalen	124.224	126.501	74.499	78.063	33.975	32.994	2.523	2.505	2.544	2.550	9.984	9.780	702	609
Rheinland-Pfalz	28.683	28.827	15.873	16.428	9.084	8.775	648	576	774	693	2.031	2.103	276	255
Saarland	7.776	7.692	4.341	4.368	2.481	2.370	120	90	213	210	546	588	72	66
Sachsen	21.246	20.115	13.788	12.987	4.812	4.668	648	588	894	762	879	927	225	183
Sachsen-Anhalt	13.071	12.411	8.277	7.869	3.234	3.090	381	354	522	459	516	495	144	147
Schleswig-Holstein	20.844	20.880	11.052	11.301	6.768	6.633	462	462	828	801	1.734	1.680	–	–
Thüringen	12.309	11.577	7.881	7.500	3.003	2.745	333	285	438	411	471	456	183	177
Bundesgebiet insgesamt	**559.032**	**565.824**	**332.571**	**342.912**	**154.839**	**152.838**	**12.960**	**12.195**	**14.253**	**13.602**	**40.860**	**41.031**	**3.546**	**3.246**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E **in Kapitel A1.2**). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Für die Länder Hessen und Schleswig-Holstein meldet der Zuständigkeitsbereich IH die Hauswirtschaftsberufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2010 und 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Basis der Berufsbildungsstatistik, sondern anhand der Neuabschlusszahlen der BIBB-Erhebung zum 30. September 2012 in **Kapitel A1.1** dargestellt.

→ **Tabelle A4.3-1** zeigt, dass im Berichtsjahr 2011 insgesamt 565.824[89] Ausbildungsverträge neu abgeschlossen wurden; die Neuabschlusszahl hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (559.032) um 1,2 % erhöht. In den ostdeutschen Ländern sind Rückgänge von 5 % bis 11 % zu verzeichnen; leichte Rückgänge ergeben sich auch für die beiden westdeutschen Länder Hamburg und Saarland. In allen anderen Ländern ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gestiegen; die höchsten Zuwachsraten im Vorjahresvergleich (rd. 5 %) ergeben sich in Niedersachsen und Baden-Württemberg.

E **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)**

Neuabschlüsse sind definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die im jeweiligen Kalenderjahr begonnen haben und die am 31. Dezember noch bestehen (Definition bis 2006) bzw. die bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden (Definition seit 2007); dabei werden nur solche Ausbildungsverhältnisse erfasst, die auch angetreten wurden.

Die Definition der Neuabschlüsse im Rahmen der Berufsbildungsstatistik und der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September stimmen aufgrund grundsätzlich konzeptioneller Unterschiede beider Erhebungen nicht überein; siehe zum Vergleich beider Erhebungen Uhly u. a. 2009.

Zudem ist zu beachten, dass Neuabschlüsse nicht mit Ausbildungsanfängern gleichzusetzen sind.[90] Ausbildungsverträge werden auch dann neu abgeschlossen, wenn sogenannte Anschlussverträge vorliegen (nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung in einem der zweijährigen Berufe wird die Ausbildung in einem weiteren Ausbildungsberuf fortgeführt) oder wenn nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung noch eine Zweitausbildung begonnen wird. Außerdem schließt ein Teil derjenigen mit vorzeitiger Lösung eines Ausbildungsvertrages erneut einen Ausbildungsvertrag ab (bei Wechsel des Ausbildungsbetriebs und/oder des Ausbildungsberufs).

→ **Tabelle A4.3-2** stellt für ausgewählte neue Merkmale die Zahl und den Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2011 nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern dar.[91]

Überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildungsverhältnisse

Überwiegend öffentliche Finanzierung von Berufsausbildungsverhältnissen wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik analog zur BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September definiert (**vgl. Kapitel A1**). Überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildungsverhältnisse dienen der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligung (wegen Lehrstellenmangels kann kein Ausbildungsplatz gefunden werden), mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwäche sowie mit Behinderung. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gelten solche Ausbildungsverhältnisse, bei denen die öffentliche Förderung mehr als 50 % der Gesamtkosten im 1. Ausbildungsjahr abdeckt, als überwiegend öffentlich finanziert.[92] Etwaige Erträge durch die Mitarbeit der Auszubildenden bleiben dabei unberücksichtigt. Von allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden für das Berichtsjahr 2011 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 5,7 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr (7,5 %) ist dieser Anteil somit weiter zurückgegangen. Er variiert deutlich nach Bundesländern: In Ostdeutschland liegt der Anteil zwischen 10 % und

89 Alle Zahlen der Berufsbildungsstatistik sind aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

90 Hierbei handelt es sich um einen altbekannten Sachverhalt (vgl. z. B. Uhly 2006, Althoff 1984), dennoch werden die Neuabschlüsse immer wieder als Indikator für Ausbildungsanfänger/-innen verwendet.

91 → **Tabelle A4.3-1** enthält ausschließlich Daten zu unmittelbar gemeldeten Variablen. Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, die aus den Meldungen zu verschiedenen Variablen ermittelt werden, werden in → **Tabelle A4.3-2** dargestellt.

92 Dabei zählen zu den Gesamtkosten die Ausbildungsvergütung, aber auch alle weiteren im Zusammenhang mit der Ausbildung anfallenden Personal- und Sachkosten sowie Gebühren.

Tabelle A4.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen[1] und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2011 (Teil 1)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft[3]	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %	in % der Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs					
Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge								
Baden-Württemberg	2.934	3,7	3,3	4,5	0,0	1,8	0,2	62,5
Bayern	2.691	2,7	1,7	5,0	0,0	3,2	0,2	44,4
Berlin	2.634	14,7	14,2	18,7	0,0	39,8	2,5	97,8
Brandenburg	1.656	13,7	14,8	10,1	0,0	21,7	0,5	100,0
Bremen	435	7,2	6,4	9,2	0,0	37,5	0,6	60,0
Hamburg	828	6,0	4,3	14,0	0,0	12,8	0,9	90,0
Hessen[3]	2.931	7,2	4,7	9,8	0,3	91,9	1,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	1.134	12,8	13,9	11,4	0,0	6,2	0,0	85,0
Niedersachsen	1.671	2,7	2,2	3,5	0,0	1,2	0,4	57,9
Nordrhein-Westfalen	6.555	5,2	2,7	12,8	0,5	3,9	0,0	20,7
Rheinland-Pfalz	1.626	5,6	4,4	7,0	1,6	13,0	1,1	65,9
Saarland	495	6,4	5,3	6,2	0,0	31,4	0,5	72,7
Sachsen	2.988	14,9	17,5	8,2	1,5	19,7	0,6	93,4
Sachsen-Anhalt	1.821	14,7	12,4	18,4	0,8	28,1	0,0	98,0
Schleswig-Holstein	933	4,5	4,3	5,4	0,0	10,1	0,5	–
Thüringen	1.197	10,3	8,6	11,4	5,3	17,5	0,7	88,1
Bundesgebiet insgesamt	**32.529**	**5,7**	**4,7**	**8,2**	**0,4**	**12,7**	**0,5**	**60,8**
Teilzeitberufsausbildung								
Baden-Württemberg	99	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	0,3	1,7
Bayern	108	0,1	0,1	0,0	0,2	0,0	0,5	0,7
Berlin	99	0,6	0,4	0,3	0,0	12,0	0,0	6,7
Brandenburg	9	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0
Bremen	36	0,6	0,7	0,2	2,3	0,0	0,6	0,0
Hamburg	45	0,3	0,2	1,0	0,0	0,0	0,6	0,0
Hessen	147	0,4	0,3	0,0	0,8	0,0	2,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	6	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2,5
Niedersachsen	111	0,2	0,2	0,1	0,4	0,0	0,5	0,7
Nordrhein-Westfalen	264	0,2	0,2	0,0	1,0	0,0	0,4	1,0
Rheinland-Pfalz	30	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0
Saarland	39	0,5	0,4	0,0	3,3	0,0	2,6	4,5
Sachsen	15	0,1	0,1	0,0	0,0	0,4	0,3	0,0
Sachsen-Anhalt	9	0,1	0,0	0,1	0,8	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	159	0,8	0,8	0,8	1,3	0,0	0,7	–
Thüringen	3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bundesgebiet insgesamt	**1.173**	**0,2**	**0,2**	**0,1**	**0,5**	**0,2**	**0,6**	**1,2**
Neuabschlüsse mit mindestens 6 Monaten Abkürzung – ohne Anschlussverträge[2]								
Baden-Württemberg	21.630	27,4	22,8	46,1	0,0	33,4	5,6	9,7
Bayern	23.931	24,3	25,7	24,8	6,5	50,5	8,1	34,8
Berlin	3.123	17,4	20,7	14,9	0,5	10,8	11,8	6,7
Brandenburg	1.563	12,9	13,6	15,2	0,8	11,2	3,3	5,4
Bremen	1.065	17,5	20,8	14,3	0,0	0,0	5,1	5,0
Hamburg	3.357	24,5	26,4	20,3	25,0	14,9	17,4	0,0
Hessen	7.839	19,3	21,5	19,2	4,8	25,4	4,7	–
Mecklenburg-Vorpommern	1.212	13,6	14,4	13,1	1,1	24,6	3,3	17,5
Niedersachsen	13.605	22,2	21,8	26,5	0,9	44,8	4,1	25,0
Nordrhein-Westfalen	23.304	18,4	21,1	17,1	11,1	14,5	5,3	2,5
Rheinland-Pfalz	5.844	20,3	22,1	21,3	2,6	18,6	7,8	10,6
Saarland	1.614	21,0	24,4	19,6	0,0	15,7	8,7	4,5
Sachsen	2.580	12,8	13,5	14,7	0,5	13,8	2,6	6,6
Sachsen-Anhalt	1.239	10,0	11,3	7,2	5,9	17,0	2,4	10,2
Schleswig-Holstein	3.321	15,9	16,0	18,9	0,0	23,6	4,3	–
Thüringen	1.833	15,8	17,1	15,1	11,6	14,6	5,3	11,9
Bundesgebiet insgesamt	**117.057**	**20,7**	**21,4**	**23,8**	**4,6**	**28,3**	**6,3**	**13,1**

Tabelle A4.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen[1] und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2011 (Teil 2)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft[3]	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %	in % der Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs					
Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	6.786	8,6	8,5	10,7	3,1	3,8	4,6	11,4
Bayern	11.628	11,8	9,3	19,0	8,9	21,1	3,1	3,0
Berlin	2.571	14,3	9,4	26,7	15,4	7,2	14,5	6,7
Brandenburg	2.214	18,3	16,2	26,7	16,4	15,5	11,5	8,1
Bremen	714	11,8	9,8	21,5	23,3	0,0	1,9	5,0
Hamburg	1.212	8,8	7,1	19,0	4,5	4,3	1,2	20,0
Hessen	4.413	10,9	8,7	18,2	7,9	6,4	5,6	–
Mecklenburg-Vorpommern	1.782	20,1	17,4	26,1	16,3	24,6	23,7	22,5
Niedersachsen	4.464	7,3	4,5	13,7	7,1	0,0	5,7	0,0
Nordrhein-Westfalen	10.461	8,3	5,5	16,5	6,5	4,9	4,3	1,5
Rheinland-Pfalz	4.044	14,0	11,9	21,7	3,1	11,3	4,1	1,2
Saarland	753	9,8	3,2	22,9	6,7	4,3	8,2	13,6
Sachsen	4.080	20,3	20,7	22,9	3,6	18,9	12,3	19,7
Sachsen-Anhalt	1.149	9,3	5,7	16,0	15,3	15,7	11,5	14,3
Schleswig-Holstein	2.211	10,6	3,7	22,6	1,3	12,7	10,7	–
Thüringen	2.046	17,7	14,1	28,6	8,4	21,9	7,9	28,8
Bundesgebiet insgesamt	**60.528**	**10,7**	**8,4**	**17,7**	**7,5**	**10,0**	**5,6**	**7,9**
Neuabschlüsse mit vorheriger nicht erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	3.519	4,5	3,4	8,1	0,3	0,2	1,7	6,8
Bayern	6.237	6,3	3,8	13,8	0,2	0,0	1,4	0,0
Berlin	1.761	9,8	5,4	22,5	3,8	6,0	7,9	6,7
Brandenburg	1.152	9,5	7,8	17,8	0,8	5,6	3,3	8,1
Bremen	474	7,8	5,8	17,9	2,3	0,0	1,3	5,0
Hamburg	780	5,7	4,0	15,2	0,0	0,0	0,3	0,0
Hessen	2.865	7,1	5,0	14,1	1,8	0,8	2,9	–
Mecklenburg-Vorpommern	999	11,2	8,3	19,9	2,2	16,2	9,9	22,5
Niedersachsen	2.781	4,5	2,2	10,3	1,8	0,0	2,2	0,0
Nordrhein-Westfalen	6.417	5,1	2,5	12,9	1,4	0,4	1,8	0,5
Rheinland-Pfalz	2.931	10,2	7,9	17,6	0,5	3,5	2,4	1,2
Saarland	618	8,0	2,6	20,0	0,0	0,0	3,6	9,1
Sachsen	2.340	11,6	12,1	13,8	0,0	11,4	1,0	14,8
Sachsen-Anhalt	603	4,9	2,6	10,5	1,7	9,2	2,4	10,2
Schleswig-Holstein	1.545	7,4	2,3	17,0	0,0	6,0	6,8	–
Thüringen	1.419	12,3	10,7	17,9	1,1	15,3	3,9	23,7
Bundesgebiet insgesamt	**36.444**	**6,4**	**4,2**	**13,3**	**1,2**	**2,8**	**2,4**	**5,5**
Neuabschlüsse mit vorheriger erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	3.258	4,1	5,2	2,3	2,4	3,2	2,1	4,0
Bayern	4.674	4,8	5,1	4,7	0,8	11,4	1,2	2,2
Berlin	711	4,0	3,8	3,6	10,1	0,0	4,6	0,0
Brandenburg	1.194	9,8	11,1	7,2	14,1	6,8	6,6	0,0
Bremen	225	3,7	3,8	3,1	20,9	0,0	0,6	0,0
Hamburg	396	2,9	3,0	3,2	4,5	4,3	0,6	20,0
Hessen	1.482	3,6	3,8	3,9	2,8	5,5	1,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	987	11,1	13,2	6,2	12,0	6,9	11,8	0,0
Niedersachsen	1.524	2,5	2,3	3,1	4,7	0,0	2,5	0,0
Nordrhein-Westfalen	3.672	2,9	2,9	3,0	4,1	4,6	1,5	1,0
Rheinland-Pfalz	930	3,2	3,2	3,8	2,1	6,5	0,9	0,0
Saarland	237	3,1	3,2	2,8	6,7	2,9	3,1	4,5
Sachsen	1.461	7,3	7,2	7,4	3,1	6,3	10,7	6,6
Sachsen-Anhalt	642	5,2	5,4	3,7	11,9	5,2	6,7	4,1
Schleswig-Holstein	642	3,1	1,5	5,6	1,3	6,4	2,7	–
Thüringen	555	4,8	3,5	8,3	6,3	5,1	3,9	3,4
Bundesgebiet insgesamt	**22.590**	**4,0**	**4,2**	**3,8**	**4,4**	**5,2**	**2,3**	**2,0**

Tabelle A4.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen[1] und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2011 (Teil 3)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft[3]	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %	in % der Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs					
Neuabschlüsse mit vorheriger schulischer Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	384	0,5	0,5	0,4	0,5	0,4	1,0	0,6
Bayern	1.467	1,5	1,6	0,7	8,0	9,7	0,6	0,7
Berlin	117	0,7	0,3	0,6	1,9	1,2	2,5	0,0
Brandenburg	141	1,2	0,7	1,9	1,6	3,7	1,6	0,0
Bremen	18	0,3	0,2	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg	63	0,5	0,3	1,1	0,0	0,0	0,3	0,0
Hessen	195	0,5	0,4	0,2	3,8	0,0	1,3	–
Mecklenburg-Vorpommern	45	0,5	0,2	0,5	2,2	2,3	2,6	0,0
Niedersachsen	201	0,3	0,1	0,5	0,7	0,0	1,2	0,0
Nordrhein-Westfalen	564	0,4	0,2	0,7	1,3	0,0	1,1	0,5
Rheinland-Pfalz	294	1,0	1,3	0,5	0,5	1,3	0,9	0,0
Saarland	21	0,3	0,0	0,3	0,0	0,0	2,0	0,0
Sachsen	417	2,1	2,4	1,9	0,0	1,6	0,6	0,0
Sachsen-Anhalt	105	0,8	0,3	1,9	1,7	1,3	2,4	0,0
Schleswig-Holstein	63	0,3	0,1	0,5	0,0	0,4	1,6	–
Thüringen	99	0,9	0,1	2,8	1,1	1,5	0,0	1,7
Bundesgebiet insgesamt	**4.197**	**0,7**	**0,6**	**0,7**	**2,0**	**2,0**	**1,1**	**0,5**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

[2] Da Anschlussverträge keine Abkürzung im Sinne der §§ 7 und 8 BBiG darstellen, ohne Berücksichtigung der Anschlussverträge. Insbesondere im Bereich Industrie und Handel weichen die Meldungen zur Abkürzung bei den beiden Erhebungen „Berufsbildungsstatistik" und „BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. Dezember." deutlich voneinander ab. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie bei der BIBB-Erhebung zum 30. September untererfasst sind.

[3] Der extrem hohe Anteil überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsverträge in der Landwirtschaft Hessens beruht auf einem Meldefehler; nach Auskunft der Kammer waren im Berichtsjahr 2011 nur ca. 16 % der Neuabschlüsse überwiegend öffentlich finanziert.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

15 % und fällt somit höher aus als in Westdeutschland, wo eine überwiegend öffentliche Finanzierung für maximal 7 % der Neuabschlüsse (zum Teil auch deutlich geringer) gemeldet wurde. Für 2011 ergab die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September insgesamt ähnliche Werte; diese Daten der BIBB-Erhebung werden auch im Zusammenhang mit der Ausbildungsmarktbilanz 2012 ausgewertet (**vgl. Kapitel A1**).

In Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs der Hauswirtschaft machen überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge im Berichtsjahr 2011 bundesweit 60,8 % aller Neuabschlüsse aus, in den Landwirtschaftsberufen 12,7 %, im Handwerk 8,2 % und im Bereich Industrie und Handel 4,7 %. In Berufen der Zuständigkeitsbereiche freie Berufe und öffentlicher Dienst sind lediglich 0,5 % bzw. 0,4 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet.

Auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik können darüber hinausgehende Analysen durchgeführt werden, wie z. B. die Differenzierung der Neuabschlüsse mit überwiegend öffentlicher Finanzierung und Personenmerkmalen der Auszubildenden; zu differenzierten Ergebnissen siehe BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.3.

Teilzeitberufsausbildung

Die Möglichkeit der Teilzeitberufsausbildung wurde 2005 im Berufsbildungsgesetz verankert. Teilzeit-

ausbildungsverhältnisse sind Berufsausbildungsverhältnisse mit einer Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Ausbildungszeit nach § 8 Absatz 1 Satz 2 BBiG. Sie machen bislang einen sehr geringen Anteil aller Neuabschlüsse aus.[93] Für das Berichtsjahr 2011 wurden – wie auch im Vorjahr – 0,2 % aller Neuabschlüsse bzw. 1.173 Neuabschlüsse als Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse gemeldet; in keinem Bundesland ist dieser Anteil größer als 0,8 %.

Wie zu erwarten war, ist der Teilzeitanteil bei den weiblichen Auszubildenden (ca. 0,5 %) höher als bei den männlichen, von denen nur sehr wenige mit einem Teilzeitausbildungsverhältnis gemeldet wurden (0,03 % bzw. 93 Neuabschlüsse). Zur weiteren Charakterisierung der Teilzeitberufsausbildung auf Basis der Berufsbildungsstatistik siehe Gericke/Lissek 2013.

Neuabschlüsse mit einer Verkürzung der Ausbildungsdauer von mindestens 6 Monaten

Die reguläre Ausbildungsdauer (die gemäß der Ausbildungsordnung vorgesehene Dauer) und die tatsächliche Ausbildungszeit können aus verschiedenen Gründen abweichen. Mit der Variablen „Abkürzung der Ausbildungsdauer“ erhebt die Berufsbildungsstatistik solche Verkürzungen der Ausbildungsdauer, die gemäß § 8 oder § 7 BBiG vereinbart und im Ausbildungsvertrag festgehalten werden. Auszubildende und Ausbildungsbetriebe können solche Abkürzungen gemeinsam beantragen, wenn ein nach Rechtsverordnung von den jeweiligen Landesregierungen anrechnungsfähiger Bildungsgang einer „berufsbildenden Schule oder die Berufsausbildung in einer sonstigen Einrichtung ganz oder teilweise auf die Ausbildungszeit angerechnet“ (§ 7 BBiG) werden soll oder wenn „zu erwarten ist, dass das Ausbildungsziel in der gekürzten Zeit erreicht wird“[94] (§ 8 BBiG). Nicht gemeint sind kürzere Ausbildungsdauern aufgrund vorzeitiger Prüfungszulassung; ebenso nicht gemeint sind sogenannte Anschlussverträge, bei denen auch bei Vertragsabschluss eine kürzere Ausbildungsdauer vereinbart ist, die jedoch aufgrund der Anrechnung einer zweijährigen Berufsausbildung erfolgt, die gemäß Ausbildungsordnung anzurechnen ist.

Auf Basis der Berufsbildungsstatistik lässt sich die Verkürzung des Ausbildungsvertrages zum einen aus der Variablen Verkürzung ermitteln, zum anderen auch indirekt über Berufsinformationen und die Meldungen zum vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages.[95] → **Tabelle A4.3-2** enthält die Werte auf Basis der unmittelbaren Meldungen zur Abkürzung der Ausbildungsdauer.

Von allen Neuabschlüssen (die keine Anschlussverträge sind) werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 20,7 % mit einer Verkürzung von mindestens 6 Monaten gemeldet. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil verkürzter Ausbildungsverträge (27,4 %) wird aus Baden-Württemberg sowie mit jeweils ca. 24 % aus Hamburg und Bayern gemeldet. Insgesamt sind diese Verkürzungen überproportional häufig im Zuständigkeitsbereich Landwirtschaft (28,3 %) zu verzeichnen; leicht überproportional fallen sie auch in den Bereichen Handwerk (23,8 %) sowie Industrie und Handel (21,4 %) aus. In den anderen Zuständigkeitsbereichen fallen sie nur in einzelnen Ländern höher aus.

Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung

Neben der Teilnahme an vorheriger beruflicher Grundbildung oder Berufsvorbereitung (**vgl. Kapitel A4.6.1**) kann eine vorherige Berufsausbildung ein weiterer Grund für kürzere Ausbildungsverträge sein. Die Berufsbildungsstatistik unterscheidet 3 Ausprägungen einer vorherigen Berufsausbildung, und zwar eine vorherige duale Berufsausbildung, die erfolgreich abgeschlossen wurde, eine vorherige duale Berufsausbildung, die nicht abgeschlossen

93 Da andere Statistiken fehlen, die als Vergleichsgröße herangezogen werden könnten, und uns auch keine entsprechenden Hinweise vorliegen, gibt es keinen Anlass anzunehmen, dass hierzu ein Meldefehler vorliegt.

94 Siehe hierzu die „Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitausbildung“ vom 27. Juni 2008.

95 Die Verkürzung kann auch auf Basis des Vergleichs von der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und der vereinbarten Dauer des Ausbildungsvertrages (errechnet aus den Meldungen zum vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages) ermittelt werden. Die gemeldete Variable der Abkürzung wurde erstmals im BIBB-Datenreport 2012, Tabelle A4.3-2 ausgewiesen.

wurde, und eine erfolgreich abgeschlossene schulische Berufsausbildung. Insgesamt wurde für rund 10,7 % der Neuabschlüsse mindestens eine Art dieser Vorbildung gemeldet (Mehrfachnennungen sind möglich)[96]. Hierbei handelt es sich mehrheitlich um eine vorherige duale Berufsausbildung, und zwar sowohl zuvor nicht erfolgreich absolvierte (6,4 % bzw. 36.444) als auch erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildungen im dualen System (4 % bzw. 22.590); für vergleichsweise wenige Auszubildende mit Neuabschluss (0,7 % bzw. 4.197) wurde eine vorherige abgeschlossene schulische Berufsausbildung[97] gemeldet.

Hinsichtlich der vorherigen Berufsausbildung ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern sowie den Zuständigkeitsbereichen. Überdurchschnittlich hohe Anteile von Neuabschlüssen mit einer vorherigen Berufsausbildung werden im Handwerk gemeldet (Bundesdurchschnitt mit 17,7 %). Höhere Anteile ergeben sich für Ostdeutschland – mit Ausnahme von Berlin und Sachsen-Anhalt – auch im Bereich Industrie und Handel (14 % bis 21 %) sowie in einzelnen Ländern auch in anderen Zuständigkeitsbereichen. Hierbei sind insbesondere vorherige nicht erfolgreich beendete duale Berufsausbildungen ausschlaggebend. Der Anteil an Neuabschlüssen, die mit einer vorherigen erfolgreich absolvierten dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, fällt lediglich in Mecklenburg-Vorpommern (11,1 %), Brandenburg (9,8 %) und Sachsen (7,3 %) relativ hoch aus.[98] Hinsichtlich einer vorherigen absolvierten schulischen Berufsausbildung ergibt sich lediglich für die dualen Ausbildungsberufe der Landwirtschaft (9,7 %) und des öffentlichen Dienstes (8 %) in Bayern ein relativ hoher Anteil.

Es liegen jedoch Hinweise vor, dass die vorherige Berufsausbildung noch untererfasst ist. Die Auswertung der Individualdaten hat ergeben, dass bei ca. 10 % der Neuabschlüsse eine Verkürzung[99] von 11 Monaten und mehr vorliegt, obwohl keine vorherige duale Berufsausbildung gemeldet wurde. Selbst wenn man weitere potenzielle Abkürzungsgründe kontrolliert, bleiben mehr als 3 % ungeklärte Verkürzungen.[100] Insofern ist bei der Interpretation der Meldungen zu dieser Variablen noch Vorsicht geboten.

Die Variablen vorherige Berufsausbildungen, Abkürzungen des Ausbildungsvertrages bzw. die Erhebung der vereinbarten Dauer der Ausbildungsverträge wurden u. a. deshalb in die Berufsbildungsstatistik aufgenommen, um Erstanfänger und Erstanfängerinnen einer dualen Berufsausbildung (kurz: Ausbildungsanfänger/-innen) von anderen Arten von Neuabschlüssen abgrenzen zu können. Da von einer Untererfassung vorheriger Berufsausbildungen ausgegangen wird, werden Anfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen auf Basis der Kombination von Variablen zur gemeldeten vorherigen Berufsausbildung und den Angaben zur vertraglich vereinbarten Ausbildungsdauer abgegrenzt.[101]

Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen

Fälschlicherweise werden Neuabschlüsse häufig mit Ausbildungsanfängern E gleichgesetzt. Nicht alle neuen Ausbildungsverträge werden aber von Ausbildungsanfängern abgeschlossen. Der Neuabschluss stellt ein vertragsbezogenes Merkmal dar, das auch in den folgenden Fällen vorliegt:

- ein Ausbildungsvertrag wird vorzeitig gelöst und ein neuer Ausbildungsvertrag in einem anderen Beruf (Berufswechsler innerhalb des dualen Systems) und/oder mit einem anderen Ausbildungsbetrieb (Ausbildungsbetriebswechsler innerhalb des dualen Systems) abgeschlossen,

96 Insgesamt sind die Mehrfachnennungen jedoch sehr gering.

97 Unter diejenigen mit vorheriger schulischer Berufsausbildung fallen nicht die „Externenprüfungen" (nach § 43 Absatz 2 oder § 45 Absatz 2 und 3 BBiG), denn diese werden nicht mit den Auszubildendendaten, sondern als eine Gruppe der sonstigen Prüfungen erhoben.

98 Für Bayern werden im Zuständigkeitsbereich Landwirtschaft (11,4 %), für Bremen in den Berufen des öffentlichen Dienstes (20,9 %) und für Hamburg in den Berufen der Hauswirtschaft (20 %) hohe Anteile an Neuabschlüssen mit vorheriger erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung gemeldet; diese machen insgesamt aber nur wenige Neuabschlüsse aus.

99 Ermittelt aus dem Vergleich der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und dem vertraglich vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages.

100 Es ist also davon auszugehen, dass bei mindestens 3 % und maximal 10 % der Neuabschlüsse die Angabe des Verkürzungsgrundes fehlt.

101 Für die Abkürzung wird nicht die gemeldete Abkürzung verwendet, sondern die aus den Meldungen zum vereinbarten Vertragsbeginn und -ende berechnete Verkürzung herangezogen.

- eine vorherige zweijährige Berufsausbildung wird in einem „Anschlussberuf“ fortgeführt (Anschlussverträge innerhalb des dualen Systems),
- außerdem kann nach erfolgreichem Abschluss einer dualen Berufsausbildung erneut ein Ausbildungsvertrag in einem Beruf des dualen Systems abgeschlossen werden, der keinen Anschlussvertrag darstellt (Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems).

Insofern sind nicht alle Neuabschlüsse mit Anfängern im dualen System (nach BBiG bzw. HwO) gleichzusetzen. Zudem haben einige Auszubildende des dualen Systems zuvor eine Ausbildung außerhalb des dualen Systems begonnen oder abgeschlossen (Mehrfachausbildungen).

E Ausbildungsanfänger/-innen als Teilgruppe der Neuabschlüsse

Ausbildungsverträge werden nicht nur von Ausbildungsanfängern, sondern auch bei Berufs- und/oder Betriebswechsel, bei sogenannten Anschlussverträgen sowie bei Mehrfachausbildungen abgeschlossen. Folgende Kriterien werden zur Abgrenzung von Ausbildungsanfängern als Teilgruppe der Neuabschlüsse sukzessive angewandt:

(1) Vorherige duale Berufsausbildung: Neuabschlüsse von Auszubildenden mit vorheriger dualer Berufsausbildung (erfolgreich beendet oder nicht erfolgreich beendet) werden nicht als Anfänger/-innen gezählt; diejenigen ohne vorherige duale Berufsausbildung gelten als Anfänger/-innen.

Dies ist das zentrale Abgrenzungskriterium für Ausbildungsanfänger/-innen. 2 Ausnahmekriterien sind jedoch erforderlich. Zum einen kann nicht allein das Merkmal der vorherigen dualen Berufsausbildung zur Abgrenzung von Ausbildungsanfängern herangezogen werden, da nicht gesichert ist, dass alle Meldungen zur vorherigen dualen Berufsausbildung korrekt erfolgen. Deshalb muss auch die vertraglich vereinbarte Ausbildungsdauer kontrolliert werden (siehe 2). Die zweite Ausnahme (siehe 3) kommt zur Anwendung, da nicht alle Ausbildungsanfänger/-innen als Neuabschluss gezählt werden und bei ausnahmsloser Anwendung des ersten Kriteriums (1) manche Auszubildende des dualen Systems niemals als Anfänger/-innen gezählt würden. Wenn der erste Vertrag von Vertragswechslern (mit vorheriger nicht erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung) nicht als Neuabschluss gezählt wurde und der aktuelle Neuabschluss aufgrund des Vertragswechsels auch nicht gezählt wird, würde die Person nie als Ausbildungsanfänger/-in gezählt. Da die verschiedenen Vertragsdaten einer Person aber nicht zu identifizieren bzw. zu verknüpfen sind, kann man nur versuchen, solche Fälle über die Dauer der Verkürzung des aktuellen Neuabschlusses zu identifizieren.

(2) Es wurde zwar keine vorherige duale Berufsausbildung gemeldet, allerdings eine starke Verkürzung: Diese Neuabschlüsse werden trotz fehlender Meldung einer vorherigen dualen Berufsausbildung nicht als Anfänger/-innen gezählt. Es wird also davon ausgegangen, dass die starke Verkürzung aufgrund einer vorherigen dualen Berufsausbildung vorliegt. Dies allerdings nur, wenn nicht ein anderer potenzieller Verkürzungsgrund gemeldet wurde. Solche Verkürzungsgründe sind: Studienberechtigung, Auszubildende im Alter von mindestens 22 Jahren, schulisches Grundbildungsjahr, Berufsfachschule (nicht vollqualifizierend) oder eine absolvierte schulische Berufsausbildung. Als starke Verkürzung wird hier eine Verkürzung von mindestens einem Jahr bzw. von mindestens 11 Monaten festgelegt.

(3) Es wurde zwar eine vorherige duale Berufsausbildung, die nicht erfolgreich absolviert wurde, gemeldet (und keine zuvor erfolgreich absolvierte duale Berufsausbildung); allerdings liegt nur eine kurze Verkürzung vor. Diese Verträge werden trotz der vorherigen dualen Berufsausbildung als Anfänger/-innen gezählt. Als kurze Verkürzung werden solche, die geringer als die Zahl des Beginnmonats ausfallen, und solche, die nicht mehr als 5 Monate betragen, festgelegt.[102]

Um eine Abgrenzung von wirklichen Ausbildungsanfängern vornehmen zu können, sind verschiedene Wege denkbar. Bezogen auf die Anfänger/-innen innerhalb des dualen Systems, würde auch eine bundesweite (zuständigkeits- und regionenübergreifende) unveränderliche Personennummer für die Auszubildenden entsprechende Analysen erlauben. Anhand dieser Personennummern könnten verschiedene Mel-

102 Wenn die Verkürzung maximal der Zahl des Beginnmonats des aktuellen Vertrages entspricht, könnte der erste Vertrag im gleichen Kalenderjahr begonnen haben (der erste Vertrag wäre nicht als Neuabschluss gezählt worden). Falls der erste Ausbildungsvertrag im Vorjahr begonnen wurde und vor dem 31. Dezember des Vorjahres gelöst wurde (er wäre dann auch im Vorjahr nicht als Neuabschluss gezählt worden), könnten i. d. R. bei Neuvertrag im Folgejahr bis zu 5 Monate angerechnet werden (die meisten Verträge beginnen in den Monaten August/September).

Schaubild A4.3-1: **Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2011**

A Ohne vorherige duale Berufsausbildung

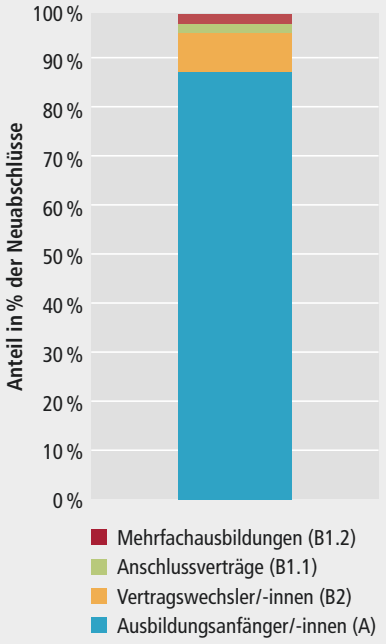
Ausbildungsanfänger/-innen

Neuabschlüsse ***ohne vorherige duale Berufsausbildung***

Hinweis zur Erfassung: Teilweise mit vorheriger nicht absolvierter Berufsausbildung gemeldet, allerdings geringe Verkürzung; manche Vertragswechsler/-innen waren im gleichen Kalenderjahr oder im Vorjahr Anfänger/-innen. Aufgrund der Neuabschlussdefinition wurden sie mit dem Erstvertrag jedoch nicht zu den Neuabschlüssen gezählt. Die Wechsler/-innen mit geringer Verkürzung müssen deshalb auch zu den Anfängern gezählt werden, da sie ansonsten nie als Anfänger/-innen gezählt würden.

B Mit vorheriger dualer Berufsausbildung

die erfolgreich absolviert wurde		die nicht erfolgreich beendet wurde
B1.1 Anschlussverträge mit Anrechnung einer zuvor absolvierten zweijährigen Berufsausbildung *(Fortführung entsprechend Ausbildungsordnung)*	**B1.2 Mehrfachausbildungen** kein Anschlussvertrag	**B2 Vertragswechsler/-innen** Betriebs- und/oder Berufswechsler/-innen (die im Kalenderjahr oder im Herbst des Vorjahres nicht auch Anfänger/-innen waren) *Hinweis zur Erfassung: Teilweise ohne diese Vorbildung gemeldet, allerdings hohe Verkürzung ohne sonstigen potenziellen Verkürzungsgrund*



Quelle: Individualdatensatz des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahr 2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

dungen für die jeweilige Person bei der Datenanalyse verknüpft werden, und die Erfassung von vorherigen dualen Berufsausbildungen wäre nicht erforderlich. Der Einführung einer solchen Personennummer standen jedoch datenschutzrechtliche Bedenken entgegen, sie war nicht realisierbar. Deshalb wurde in der Berufsbildungsstatistik der Weg der Erfassung der vorherigen Berufsausbildung sowie der Ausbildungsdauer gewählt, auch wenn die Erhebung von vorherigen Berufsausbildungen im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht unproblematisch ist.[103]

→ **Schaubild A4.3-1** gibt einen Überblick darüber, wie sich die Neuabschlüsse auf Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten (Nichtanfänger/-innen) aufteilen. Die genaue Vorgehensweise der Abgrenzung der Ausbildungsanfänger/-innen wird im Folgenden genauer erläutert.

Verwendet man zur Abgrenzung der *Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen* E nicht allein die Angaben zur vorherigen dualen Berufsausbildung, sondern auch die zur vereinbarten Vertragsdauer, so kann man knapp 88 % der Neuabschlüsse als Ausbildungsanfänger/-innen identifizieren → **Tabelle A4.3-3**. Die anderen gut 12 % teilen sich auf in diejenigen mit einer zuvor bereits erfolgreich absolvierten dualen Berufsausbildung (ca. 4 %) und solchen mit Vertragswechsel (ca. 8 %). Letztere sind diejenigen, die zuvor bereits einen dualen Ausbildungsvertrag abgeschlossen und nach der Vertragslösung erneut einen Ausbildungsvertrag im gleichen oder in einem anderen Ausbildungsberuf (*Ausbildungs- oder Betriebswechsel* innerhalb des dualen Systems) neu abgeschlossen haben; wobei nur diejenigen mit einer längeren Verkürzung (mindestens 6 Monate) zu den Vertragswechslern gezählt werden, die anderen werden noch zu den Anfängern gezählt. Die 4 % der Neuabschlüsse, die mit einer vorherigen absolvierten dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, lassen sich in Mehrfachausbildungen im dualen System und in sogenannte

103 Die Jugendlichen müssen dem Ausbildungsbetrieb dies mitteilen (auch wenn sie kein Eigeninteresse an dieser Informationsweitergabe haben oder dies ihren Interessen sogar entgegensteht), der Betrieb muss dies an die zuständige Stelle melden (auch dann, wenn er kein Eigeninteresse an dieser Information hat).

Anschlussverträge differenzieren. Gemäß der hier verwendeten Abgrenzung handelt es sich bei weniger als 2 %[104] der Neuabschlüsse um *Anschlussverträge* E, also um die Fortführung einer zuvor abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung im dualen System. Bei gut 2 % der Neuabschlüsse handelt es sich folglich um *Mehrfachausbildungen* innerhalb des dualen Systems.

E Anschlussverträge (in Fortführungsberufen)

Als Anschlussverträge werden solche Neuabschlüsse bezeichnet, die eine ***Fortführung einer bereits erfolgreich abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung*** in einem (i. d. R. drei- oder vierjährigen) Ausbildungsberuf darstellen. Wobei nur solche Fortführungen zu Anschlussverträgen gezählt werden, bei denen die Ausbildungsordnung die Anrechnung der zweijährigen Berufsausbildung explizit vorsieht (§ 5 Absatz 2 Nr. 4 BBiG). Bislang sind solche Fortführungen ausschließlich in Berufen der Zuständigkeitsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk vorgesehen. In den Ausbildungsordnungen ist von Fortführung/Fortsetzung der Berufsausbildung, von aufbauenden Ausbildungsberufen, von Anrechnungsregelungen und in älteren Ausbildungsordnungen auch (noch) von Stufenausbildung[105] die Rede. Die dualen Ausbildungsberufe, auf die eine abgeschlossene zweijährige duale Berufsausbildung laut Ausbildungsordnung angerechnet werden kann, werden im Folgenden „Fortführungsberufe" genannt.

Dieses Merkmal wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder nicht gemeldet, sondern auf Basis von Berufsinformationen und Meldungen zur Dauer des Ausbildungsvertrages sowie zur Vorbildung ermittelt.

Anschlussverträge werden in der Berufsbildungsstatistik folgendermaßen abgegrenzt:[106]

- es handelt sich um einen Ausbildungsberuf, bei dem laut Ausbildungsordnung die Fortführung einer abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung vorgesehen ist („Fortführungsberuf"),
- es liegt eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung vor und
- die Dauer des Ausbildungsvertrags liegt in einem Bereich +/- 3 Monate um die laut Ausbildungsordnung vorgesehene Restdauer[107] bei Anschlussverträgen.

Generell bleibt die Einschränkung zu beachten, dass die auf Basis der Berufsbildungsstatistik ermittelte Anschlussvertragszahl nur als Höchstwert zu interpretieren ist. Denn hinsichtlich des dritten Abgrenzungskriteriums wird angenommen, dass die kürzere Ausbildungsdauer aufgrund der Anrechnung einer vorherigen zweijährigen dualen Berufsausbildung erfolgt ist, die laut Ausbildungsordnung auf den „Fortführungsberuf" angerechnet wurde; es ist jedoch nicht auszuschließen, dass hierbei auch Neuabschlüsse im Anschluss an eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung gezählt werden, die keine Anschlussverträge im engeren Sinne der Definition von „Anschlussverträgen" sind (vgl. Uhly 2011).

Wie → **Tabelle A4.3-3** zeigt, variiert der Anteil der Anschlussverträge nach Bundesländern nur in geringem Maße; sie machen in den einzelnen Ländern zwischen 1 % und 3 % der Neuabschlüsse aus. Bislang können Anschlussverträge ausschließlich in den beiden Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk abgeschlossen werden. Der Anteil an allen Neuabschlüssen fällt in den Berufen von Industrie und Handel mit 2,3 % zwar relativ gering aus, er ist aber deutlich höher als bei den Handwerksberufen (1,1 %).

Mehrfachausbildungen werden in 4 ostdeutschen Ländern überproportional häufig gemeldet; dies

104 Die Zahl der Anschlussverträge fällt bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September deutlich geringer aus; es gibt Hinweise darauf, dass die Zahl der Anschlussverträge dort untererfasst ist (vgl. Uhly 2011).

105 Hinsichtlich des Begriffs der Stufenausbildung ist im Anschluss an die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23. März 2005 eine Begriffsklärung erfolgt. Von der bislang üblichen Begriffsverwendung wird nun abgewichen. „Echte" Stufenausbildung im Sinne des BBiG liegt derzeit nicht vor. Es handelt sich hierbei um eine Stufung, bei der nach der ersten Stufe kein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf erworben wird. Bei dieser Stufenausbildung endet der Ausbildungsvertrag stets erst nach Abschluss der letzten Stufe (§ 21 Absatz 1 BBiG).

106 Nach einer detaillierten Auswertung der Individualdaten hat sich gezeigt, dass die frühere Operationalisierung der Anschlussverträge, die im BIBB-Datenreport 2010 noch Anwendung fand, problematisch war. Deshalb wurde sie modifiziert (zu den Details siehe Uhly 2011).

107 Die Ausbildungsordnungen legen fest, in welches Ausbildungsjahr des jeweiligen Fortführungsberufs der Einstieg bei Anschlussverträgen erfolgt; aus dieser Angabe und der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen regulären Dauer des „Fortführungsberufs" kann man die maximale Restdauer ermitteln. Hierbei ist nicht die Verkürzung im Sinne des § 8 BBiG gemeint.

Tabelle A4.3-3: **Ausbildungsanfänger/-innen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsler nach Ländern bzw. Zuständigkeitsbereichen[1] (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2011**

Land/Zuständigkeitsbereich	Ausbildungsanfänger/-innen		Anschlussverträge		Mehrfachausbildungen		Vertragswechsler/-innen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	68.352	86,6	1.521	1,9	1.737	2,2	7.335	9,3
Bayern	85.614	87,0	1.839	1,9	2.838	2,9	8.079	8,2
Berlin	16.077	89,7	303	1,7	408	2,3	1.134	6,3
Brandenburg	10.038	82,8	273	2,3	924	7,6	891	7,3
Bremen	5.433	89,5	129	2,1	96	1,6	414	6,8
Hamburg	12.192	88,9	132	1,0	264	1,9	1.125	8,2
Hessen	36.177	89,1	735	1,8	744	1,8	2.955	7,3
Mecklenburg-Vorpommern	7.302	82,2	288	3,2	699	7,9	594	6,7
Niedersachsen	53.469	87,4	750	1,2	774	1,3	6.183	10,1
Nordrhein-Westfalen	113.700	89,9	1.965	1,6	1.707	1,3	9.129	7,2
Rheinland-Pfalz	25.299	87,8	441	1,5	489	1,7	2.598	9,0
Saarland	6.795	88,3	120	1,6	117	1,5	660	8,6
Sachsen	17.079	84,9	522	2,6	939	4,7	1.578	7,8
Sachsen-Anhalt	11.016	88,8	201	1,6	444	3,6	753	6,1
Schleswig-Holstein	18.147	86,9	219	1,0	423	2,0	2.091	10,0
Thüringen	9.900	85,5	249	2,2	306	2,6	1.122	9,7
Industrie und Handel	303.435	88,5	7.959	2,3	6.528	1,9	24.990	7,3
Handwerk	128.022	83,8	1.728	1,1	4.140	2,7	18.948	12,4
Landwirtschaft	11.670	85,8	0	0,0	711	5,2	1.221	9,0
Öffentlicher Dienst	11.616	95,3	0	0,0	537	4,4	42	0,3
Freie Berufe	38.931	94,9	0	0,0	924	2,3	1.176	2,9
Hauswirtschaft	2.919	89,9	0	0,0	66	2,0	261	8,0
Bundesgebiet insgesamt	**496.593**	**87,8**	**9.684**	**1,7**	**12.906**	**2,3**	**46.641**	**8,2**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

Quelle: Individualdatensatz des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahr 2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

sind Mecklenburg-Vorpommern (7,9 %), Brandenburg (7,6 %) und in geringerem Maße auch Sachsen (4,7 %) sowie Sachsen-Anhalt (3,6 %). Nach Zuständigkeitsbereichen differenziert zeigt sich, dass Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems überproportional häufig in den Berufen der Landwirtschaft (5,2 %) und des öffentlichen Dienstes gemeldet werden (4,4 %).

Der Anteil der Vertragswechsler liegt in den einzelnen Ländern zwischen ca. 7 % und 10 %. Im Zuständigkeitsbereich Handwerk liegt er mit 12,4 % deutlich höher als in den anderen Zuständigkeitsbereichen; am geringsten fällt dieser Anteil in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes (0,3 %) aus, mit 2,9 % ist der Anteil der Vertragswechsler unter den Neuabschlüssen auch in den freien Berufen relativ gering.

Aufgrund dieser Abgrenzung von Neuabschlüssen, die Ausbildungsanfänger/-innen sind, lassen sich weitere Indikatoren zum dualen System verbessern. Beispielsweise kann statt der Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen die Ausbildungsanfängerquote des dualen Systems berechnet werden; die Ausbildungsbeteiligungsquote hatte den Anteil der Jugendlichen, die einen dualen Ausbildungsvertrag abschließen, überschätzt (**vgl. Kapitel A4.5**).

(Alexandra Uhly)

A4.4 Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung[108]

Im Rahmen der Dauerbeobachtungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) werden auch berufsstrukturelle Analysen vorgenommen. Sie geben Aufschluss über Entwicklungsperspektiven im dualen System und ermöglichen u. a. die Abschätzung von Chancen für unterschiedliche Gruppen von Jugendlichen (vgl. Uhly 2010, Uhly/Troltsch 2009).[109] Betrachtet werden im Folgenden Produktions- und Dienstleistungsberufe, technische Ausbildungsberufe, neue Ausbildungsberufe, zweijährige Ausbildungsberufe und Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung. Die Analysen erfolgen auf Basis der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember **vgl. E in Kapitel A4.2.1**), die sich besonders für langfristige Entwicklungen eignet. Die Statistik erfasst zudem weitere Merkmale wie die allgemeinbildenden Schulabschlüsse unter den Auszubildenden, die mit den Daten verknüpft werden können. Als Grundlage der Analysen dienen die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (**vgl. E in Kapitel A4.3**). Aktuelle Entwicklungen schlagen sich darin deutlicher nieder als in den Bestandszahlen. Bestandszahlen haben zudem den Nachteil, dass in ihnen Berufe je nach Ausbildungsdauer unterschiedlich stark vertreten sind und damit die quantitative Bedeutung verzerrt wird (zweijährige Ausbildungsberufe sind i. d. R. unterrepräsentiert, dreieinhalbjährige sind eher überrepräsentiert).

Tertiarisierung der dualen Berufsausbildung

Wie im Beschäftigungssystem ist auch in der dualen Berufsausbildung der wachsende Stellenwert der Dienstleistungsberufe E zu beobachten (Walden 2007). Der Anteil der Dienstleistungsberufe in der dualen Berufsausbildung liegt allerdings noch deutlich unter dem entsprechenden Wert von 70 % im Beschäftigungssystem. Dies ist z. T. bedingt durch Spezifika in der Berufsklassifikation der KldB 1992. Außerdem erfolgt die Berufsausbildung im Bereich der mittleren Qualifikationsebene gerade im Bereich von Dienstleistungsberufen nicht nach BBiG/HwO, sondern („vollzeitschulisch") an Berufsfachschulen, v. a. an Schulen des Gesundheitswesens.

Die Gesamtzahl der Neuabschlüsse in den Dienstleistungsberufen betrug 2011 rund 334.965. Sie unterlag im Zeitverlauf stets Schwankungen, der prozentuale Anteil ist seit 1995 jedoch von 50,1 % auf 59,2 % gestiegen. 2011 setzte dieser Anstieg erstmals aus (2010: 59,4 %) → **Tabelle A4.4-1**.

Die gewachsene Bedeutung der Dienstleistungsberufe geht fast ausschließlich auf die Zunahme der Neuabschlüsse in den primären Dienstleistungsberufen zurück. Ihre Zahl wuchs gegenüber 1993 um rund 19 % (+19,3 %). Unter den 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des dualen Systems sind 6 primäre Dienstleistungsberufe, 2 sekundäre Dienstleistungsberufe und 2 Produktionsberufe.[110]

Vergleichsweise gering gegenüber den Beschäftigtenanteilen ist der Anteil der Neuabschlüsse in den sekundären Dienstleistungsberufen. 2011 beträgt er 17,6 % an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Dieser Wert ist seit 1993 praktisch unverändert (zu Entwicklungen einzelner Berufe und Branchen innerhalb dieser Gruppe siehe Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A4.4). Mit der Modernisierung der Berufsausbildung durch Neuordnung von Ausbildungsberufen sind Erfolge erzielt worden, die auch den Bereich der sekundären Dienstleistungsberufe betreffen. So konnte sich der Anteil der Auszubildenden in den sekundären Dienstleistungsberufen insgesamt stabilisieren.

Langfristig zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Neuabschlüsse in den Produktionsberufen. 1995 machten diese noch die Hälfte aller Neuabschlüsse aus (49,9 %). Danach fiel ihr Anteil stetig ab. Im

108 Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.4 von Alexandra Uhly im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012.

109 Die Besetzung dualer Ausbildungsberufe, die traditionell mit überwiegend Frauen oder Männern besetzt werden, erfolgt auf Basis der Bestandszahlen an Auszubildenden in **Kapitel A4.2.1**. In den ersten Jahren der Berufsbildungsstatistik lagen Angaben zum Geschlecht nur für Bestandszahlen vor.

110 Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-kauffrau, Industriekaufmann/-kauffrau, Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel, Friseur/-in sind primäre Dienstleistungsberufe; Medizinische/-r Fachangestellte/-r und Bankkaufmann/-kauffrau sind den sekundären Dienstleistungsberufen zugeordnet; Industriemechaniker/-in und Kraftfahrzeugmechatroniker/-in zählen zu den Produktionsberufen.

Tabelle A4.4-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen[1], Bundesgebiet 1980[2] und 1993 bis 2011[3]**

Berufsgruppe \ Jahr	1980	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011
insgesamt, absolut										
Produktionsberufe	342.030	272.907	287.607	295.530	251.874	241.575	257.412	232.140	226.938	230.856
Dienstleistungsberufe	328.827	298.299	291.768	340.029	316.209	317.487	350.154	329.028	332.094	334.965
davon:										
primäre DL-Berufe	240.369	197.214	199.194	237.516	215.274	228.258	249.198	234.780	236.847	235.293
sekundäre DL-Berufe	88.458	101.085	92.574	102.513	100.935	89.229	100.956	94.248	95.244	99.672
Insgesamt	670.857	571.206	579.375	635.559	568.083	559.062	607.566	561.171	559.032	565.824
Männer, absolut										
Produktionsberufe	–	241.230	254.049	260.253	222.300	214.209	225.834	202.584	198.726	203.061
Dienstleistungsberufe	–	84.402	83.631	102.693	101.796	112.719	127.269	119.652	126.756	133.272
davon:										
primäre DL-Berufe	–	56.109	57.891	69.438	68.433	80.583	89.478	85.230	90.966	94.134
sekundäre DL-Berufe	–	28.293	25.740	33.255	33.366	32.136	37.791	34.419	35.787	39.138
Insgesamt	–	325.629	337.680	362.946	324.099	326.928	353.103	322.236	325.482	336.333
Frauen, absolut										
Produktionsberufe	–	31.677	33.555	35.277	29.571	27.363	31.578	29.556	28.212	27.795
Dienstleistungsberufe	–	213.897	208.137	237.336	214.413	204.768	222.885	209.379	205.338	201.693
davon:										
primäre DL-Berufe	–	141.105	141.303	168.075	146.841	147.675	159.720	149.550	145.881	141.159
sekundäre DL-Berufe	–	72.792	66.834	69.258	67.569	57.093	63.165	59.829	59.457	60.534
Insgesamt	–	245.577	241.695	272.613	243.984	232.134	254.463	238.935	233.550	229.488
insgesamt, in % aller Neuabschlüsse										
Produktionsberufe	51,0	47,8	49,6	46,5	44,3	43,2	42,4	41,4	40,6	40,8
Dienstleistungsberufe	49,0	52,2	50,4	53,5	55,7	56,8	57,6	58,6	59,4	59,2
davon:										
primäre DL-Berufe	35,8	34,5	34,4	37,4	37,9	40,8	41,0	41,8	42,4	41,6
sekundäre DL-Berufe	13,2	17,7	16,0	16,1	17,8	16,0	16,6	16,8	17,0	17,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] Berufsgruppendifferenzierung nach Tätigkeitsschwerpunkten durch das BIBB; in Anlehnung an Kupka/Biersack (IAB) 2005, modifiziert nach Hall 2007; siehe Uhly/Troltsch 2009 sowie **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2011.pdf**.

[2] 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlusszahlen in 1980 nicht nach Geschlecht differenziert gemeldet.

[3] Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Jahr 2011 erreichte er nur noch 40,8 %. Abgeschlossen wurden 230.856 Verträge. Gegenüber 1993 (272.907) waren dies 15,4 % Neuabschlüsse weniger → **Tabelle A4.4-1**.

E Klassifizierung der Produktions- und Dienstleistungsberufe

Die Berufsbildungsstatistik verwendet für die Erhebung nach Einzelberufen die Klassifikation der Berufe (KldB) des Jahres 1992 (Statistisches Bundesamt 1992) (Erst ab dem Berichtsjahr 2012 erfolgt diese auf Basis der KldB 2010); die oberste Gliederungseinheit unterscheidet neben der Kategorie „sonstige Arbeitskräfte" 5 „Berufsbereiche". Entsprechend der Konzeption des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)[111] werden in Anlehnung an Bells Konzept eines quartären Sektors (Informationsgesellschaft) nicht die 3 Bereiche Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistung unterschieden, sondern Produktionsberufe (Landwirtschaft, Bergbau und Fertigungsberufe) von den primären und sekundären Dienstleistungsberufen abgegrenzt (vgl. Wolff 1990, S. 64).

Im Folgenden werden auf der Basis der Berufskennziffern (KldB 1992) Produktions- von primären und sekundären Dienstleistungsberufen unterschieden:

Produktionsberufe
- I Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau
- II Bergleute, Mineralgewinner
- III Fertigungsberufe ohne Berufsgruppe 52 „*Warenprüfer/Versandfertigmacher*"

Primäre Dienstleistungsberufe
- Berufsgruppe 52 „*Warenprüfer/Versandfertigmacher*"
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 66–68 *(Warenkaufleute)*, 71–74 *(Verkehrsberufe)*, 771–773 *(Buchhalter; Kassenfachleute)*, 78–81 *(Büroberufe; Ordnungs- und Sicherheitsberufe)*, 90–93 *(Berufe der Körperpflege; Hotel- und Gaststättenberufe; Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe; Reinigungs- und Entsorgungsberufe)*

Sekundäre Dienstleistungsberufe
- IV Technische Berufe
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 69 und 70 *(Dienstleistungskaufleute)*, 75 und 76 *(Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung)*, 774–776 *(Fachinformatiker/-in und Mathematisch-technische/-r Softwareentwickler/-in)*, 7791 *(IT-Kaufleute)*, 82–89 *(Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstlerische Berufe; Gesundheitsdienstberufe; Sozial- und Erziehungsberufe)*[112]

Eine vollständige Liste der Produktions- und Dienstleistungsberufe findet sich unter: ***http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2011.pdf***.

Unter sekundären Dienstleistungstätigkeiten werden Tätigkeiten zusammengefasst, die auch als „Kopf-" oder „Wissensarbeit" bezeichnet werden; es handelt sich um Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten Forschen, Entwickeln, Organisieren, Managen, Betreuen, Pflegen, Beraten, Lehren und Publizieren (vgl. Kupka/Biersack 2005). Unter die primären Dienstleistungsberufe fallen Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten: Handels- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienste wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren. Aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen, Analysen auf Basis der Berufsbildungsstatistik (Uhly 2007) und Analysen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 (Hall 2007), die eine Modifikation der Berufszuordnung ergeben haben, weicht die Abgrenzung teilweise von der IAB-Einteilung[113] ab (vgl. Uhly/Troltsch 2009). Diese Berufsgruppe entspricht nicht der Berufsgruppe der wissensintensiven Berufe nach Tiemann (2010), der sowohl unter den Dienstleistungsberufen als auch den Produktionsberufen wissensintensive Berufe abgrenzt.

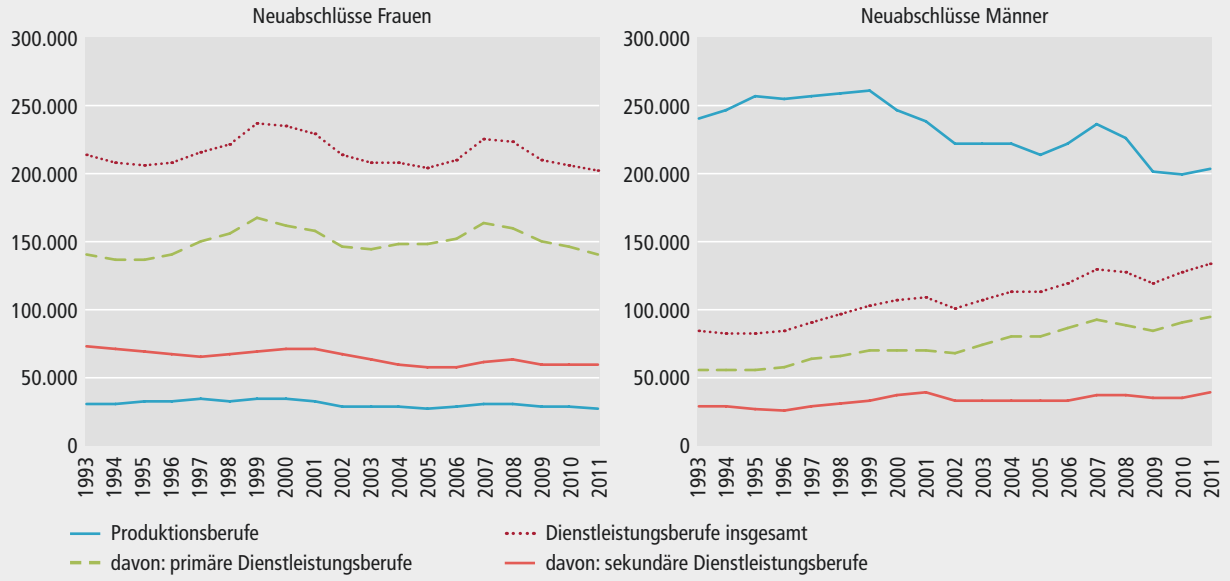
Frauen sind in den Dienstleistungsberufen mit 60,2 % (2011) deutlich überrepräsentiert, Männer hingegen sind es mit einem Anteil von 88,0 %, in den Produktionsberufen. Die Tertiarisierung verläuft jedoch keinesfalls zuungunsten der Männer. Viel-

111 Siehe Berufsgliederung des IAB: **http://bisds.infosys.iab.de/bisds/erlaeuterungen.htm**.

112 3 Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung werden trotz einer Berufskennziffer entsprechend den sekundären Dienstleistungsberufen aufgrund der Tätigkeitsbeschreibungen den primären Dienstleistungsberufen zugeordnet (Assistent/-in in sozialen Einrichtungen, Fachhelfer/-in für personale Dienstleistungen und Fachkraft für Medien- und Informationsdienste).

113 Dienstleistungskaufleute werden dort den primären Dienstleistungsberufen zugerechnet. Außerdem werden in der Zuordnung des IAB die Berufe der Körperpflege (Friseur/-in und Kosmetiker/-in) unter den sekundären und Datenverarbeitungsfachleute/Informatiker unter den primären Dienstleistungsberufen erfasst.

Schaubild A4.4-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen[1] nach Geschlecht, Bundesgebiet 1993 bis 2011**



[1] Berufsgruppendifferenzierung nach Tätigkeitsschwerpunkten durch das BIBB; in Anlehnung an Kupka/Biersack (IAB) 2005, modifiziert nach Hall 2007; siehe Uhly/Troltsch 2009 sowie http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2011.pdf.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

mehr ist der Männeranteil innerhalb der Dienstleistungsberufe zwischen 1993 und 2011 von 28,3 % auf 39,8 % deutlich gestiegen. Schlossen 1993 noch 84.402 Männer einen neuen Ausbildungsvertrag in einem Dienstleistungsberuf ab, so waren es 2011 133.272. Während die Neuabschlüsse in den sekundären Dienstleistungsberufen bei den Frauen sinkende Tendenzen aufweisen, steigt ihre Zahl bei den Männern → **Tabelle A4.4-1**. Dies gilt auch in den primären Dienstleistungsberufen: Die Neuabschlusszahlen der Frauen schwanken, liegen 2011 aber kaum höher als zu Beginn der 1990er-Jahre. Die Zahl der Männer dagegen erhöhte sich im gleichen Zeitraum merklich → **Schaubild A4.4-1**. Ihre zwischen 1993 und 2011 gestiegenen Neuabschlusszahlen in den Dienstleistungsberufen (+48.870) haben den Rückgang in den Produktionsberufen (-38.169) mehr als kompensiert. So sind trotz der Tertiarisierung die Frauen- und Männeranteile im dualen System seit 1993 kaum verändert (**vgl. Kapitel A4.2.1**).

Duale Berufsausbildung in technischen Ausbildungsberufen

Mit rund 145.686 Verträgen wurde bei den Technikberufen E gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 9,2 % registriert. Ihr Anteil an den Neuabschlüssen liegt 2011 bei 25,7 %. Modernisierungsbemühungen der dualen Berufsausbildung haben seit Mitte der 1990er-Jahre dazu geführt, dass die stark zurückgegangenen Neuabschlusszahlen wieder angestiegen sind. Dies zeigte sich insbesondere in den Technikberufen → **Tabelle A4.4-2**. Der prozentuale Anteil der Technikberufe an den Neuabschlüssen bewegt sich seit 1998 zwischen 24 % und 26 %.

E Technische Ausbildungsberufe

Hier wird eine breiter gefasste Abgrenzung von technischen Ausbildungsberufen als die des Berufsbereichs IV der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes

herangezogen, denn diese ist eng begrenzt auf Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker sowie Techniker und technische Sonderfachkräfte. Technische Berufe des Berufsbereichs der Fertigungsberufe sind dort nicht enthalten. Auch in der Fachliteratur findet sich keine konkrete Definition der technischen Berufe des gewerblich-technischen Bereichs. Die hier verwendete Berufsauswahl basiert auf der im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit des Jahres 2002 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003, S. 12 ff.) zugrunde gelegten Abgrenzung (vgl. auch Troltsch 2004), die in 2 Einzelstudien (Uhly 2005 und 2007b) fortgeführt wurde. Technische Ausbildungsberufe sind demnach solche, deren Tätigkeits- und Kenntnisprofile hohe Technikanteile (z. B. hohe Anteile von Überwachen, Steuern von Maschinen, Anlagen, technischen Prozessen etc.) ergeben haben.

Eine vollständige Liste der technischen Ausbildungsberufe findet sich unter: ***http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2011.pdf***.

Die Geschlechterverteilung in den technischen Ausbildungsberufen weist wenige Veränderungen auf. Der Frauenanteil schwankt seit 1993 zwischen 10 % und 12 %. 2011 lag er bei 11,5 %. Trotz vielfältiger Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Frauen in technischen Berufen konnte ihr Anteil nicht erhöht werden (vgl. hierzu auch Uhly 2007b, S. 22 ff.). Insgesamt zeigen sich seit Mitte der 1980er-Jahre nahezu unveränderte berufsstrukturelle Unterschiede bei weiblichen und männlichen Auszubildenden (von wenigen Ausnahmen in einzelnen Ausbildungsberufen abgesehen). Es lässt sich folglich von geschlechtsspezifischer Segregation sprechen (**vgl. Kapitel A4.2.1**).

Modernisierung der dualen Berufsausbildung

Als neue duale Ausbildungsberufe werden nachfolgend die Berufe des dualen Systems betrachtet, die seit 1996 neu geschaffen wurden. Seit 1996 wurde die Modernisierung der dualen Berufsausbildung durch die Neuordnung von Ausbildungsberufen intensiviert. Hintergrund war die „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1). Im Jahr 1999 einigten sich die Sozialpartner auf eine Fortführung dieser Modernisierungsoffensive. Seit 1996 wurden

Tabelle A4.4-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1980[2] und 1993 bis 2011[3]**

Jahr	absolut	in % aller Neuabschlüsse	darunter Frauen	Frauenanteil in den Technikberufen (in %)
1980	185.805	27,7	–	–
1993	136.392	23,9	16.953	12,4
1996	131.655	22,7	15.747	12,0
1999	151.908	23,9	17.904	11,8
2002	145.224	25,6	16.476	11,3
2005	136.251	24,4	13.731	10,1
2008	156.714	25,8	17.472	11,1
2011	145.686	25,7	16.764	11,5

[1] Zur Abgrenzung der technischen Ausbildungsberufe siehe auch Uhly 2007b sowie **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2011.pdf**.
[2] 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlüsse wurden in 1980 noch nicht differenziert nach Geschlecht erhoben.
[3] Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.4-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1996 bis 2011 (Teil 1)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
1996	Film- und Videoeditor/-in	15	21	27	51	42	45	33	45	36	42	30	39	48	36	33	27
	Mediengestalter/-in Bild und Ton	168	315	522	642	681	732	609	618	696	597	660	750	738	672	687	618
	Werbe- und Medienvorlagenhersteller/-in[2]	486	1.143	354	12	3	0	0									
1997	Bauwerksabdichter/-in		60	105	108	60	54	33	21	33	36	45	60	48	45	42	33
	Elektroanlagenmonteur/-in		144	330	360	330	222	273	351	429	270	222	297	270	201	174	162
	Fertigungsmechaniker/-in		261	999	1.140	1.134	1.275	1.176	1.344	1.314	1.233	1.374	1.395	1.266	1.107	1.020	981
	Fluggerätelektroniker/-in[3]		54	78	81	75	129	144	138	96	126	84	132	150	156	135	150
	Industrie-Isolierer/-in		69	84	84	78	93	99	84	72	66	120	153	192	162	147	138
	IT-Berufe		4.788	8.919	13.059	18.363	20.157	16.203	14.514	14.382	13.875	13.476	14.820	15.543	13.596	13.500	14.742
	davon:																
	Informatikkaufmann/-kauffrau		771	1.404	1.938	2.496	2.991	2.304	1.830	1.767	1.566	1.479	1.506	1.446	1.236	1.209	1.215
	Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in		1.485	2.166	2.838	3.429	3.633	3.186	2.916	2.601	2.535	2.256	2.340	2.370	2.055	1.896	1.908
	Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/ Kauffrau		756	1.452	2.088	2.958	3.027	2.544	2.310	2.385	2.316	2.187	2.247	2.199	1.797	1.662	1.773
	Fachinformatiker/-in		1.779	3.897	6.192	9.480	10.506	8.169	7.458	7.629	7.461	7.554	8.727	9.525	8.505	8.730	9.843
	Isolierfacharbeiter/-in		30	63	75	84	66	54	39	57	51	60	63	78	51	42	42
	Kaufmann/Kauffrau für Verkehrsservice		918	1.275	1.572	708	498	603	660	531	438	465	435	441	360	345	381
	Naturwerksteinmechaniker/-in		18	54	45	54	54	63	120	132	123	150	129	150	129	111	129
	Spielzeughersteller/-in		15	12	9	15	9	18	6	3	3	3	0	0	3	0	3
	Verfahrensmechaniker/-in in der Steine- und Erdenindustrie		144	138	114	135	84	102	108	177	135	123	147	165	123	108	105
1998	Automobilkaufmann/-kauffrau			2.400	3.612	3.690	3.597	3.666	3.636	3.732	3.738	3.804	4.002	3.711	3.246	3.444	4.353
	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste[4]			444	474	495	489	501	555	627	603	642	666	642	645	645	564
	Fachkraft für Veranstaltungstechnik			339	588	657	822	795	942	876	981	1.101	1.191	1.194	1.182	1.116	1.164
	Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie			396	642	864	894	1.050	1.299	1.968	2.055	2.457	2.853	3.090	2.859	2.583	2.322
	Fotomedienlaborant/-in			147	180	204	204	192	153	150	120	96	81	96	54	45	33
	Glasbläser/-in			6	3	0	6	3	0	3	0	3	0	0	0	0	0
	Kaufmann/Kauffrau für audiovisuelle Medien			261	309	375	363	318	315	282	315	276	297	276	249	258	222
	Mechatroniker/-in			1.311	3.648	4.875	5.775	5.571	5.844	6.336	6.573	6.819	7.509	8.031	7.080	6.699	7.653
	Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien[5]			2.433	4.014	5.181	5.484	4.341	3.885	3.828	3.672	4.005	4.347	4.425	3.726	3.753	3.828
	Mikrotechnologe/Mikrotechnologin			132	165	213	201	219	204	255	165	195	207	222	153	168	150
	Servicekaufmann/-kauffrau im Luftverkehr			33	114	114	126	102	114	114	123	114	114	117	105	87	111
1999	Fassadenmonteur/-in				51	75	36	42	33	27	9	9	15	12	15	12	12
	Informationselektroniker/-in				435	1.635	1.659	1.494	1.311	1.149	1.098	990	1.032	948	765	786	783
	Spezialtiefbauer/-in				18	54	45	24	18	24	24	24	33	27	30	42	30
	Verfahrensmechaniker/-in für Beschichtungstechnik				30	336	324	315	252	279	255	279	378	342	267	303	363

Tabelle A4.4-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1996 bis 2011 (Teil 2)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
2000	Bühnenmaler/-in und Bühnenplastiker/-in					42	27	33	45	51	39	54	45	33	48	45	33
	Fachkraft für Straßen- und Verkehrstechnik					24	21	36	51	66	39	45	42	51	48	39	36
	Fachkraft für Wasserwirtschaft					0	6	15	18	12	3	12	9	9	9	6	9
	Verfahrensmechaniker/-in Glastechnik					72	123	99	105	105	99	108	126	132	102	111	129
2001	Kaufmann/Kauffrau im Gesundheitswesen						174	663	732	810	1.008	987	1.005	1.113	1.272	1.341	1.425
	Sport- und Fitnesskaufmann/-kauffrau						513	930	1.158	1.266	1.311	1.545	1.797	1.836	1.911	1.953	1.908
	Veranstaltungskaufmann/-kauffrau						360	873	1.224	1.434	1.524	1.710	1.929	1.995	1.878	1.914	1.944
2002	Bodenleger/-in							147	255	225	291	279	264	255	237	249	240
	Fachkraft für Abwassertechnik							312	381	420	450	420	381	369	402	342	351
	Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft							102	162	183	213	219	186	201	162	162	159
	Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice							24	75	78	81	93	105	141	153	171	192
	Fachkraft für Schutz und Sicherheit							174	477	759	714	972	1.032	936	849	987	996
	Fachkraft für Wasserversorgungstechnik							81	132	168	162	141	144	123	138	135	129
	Fachkraft im Fahrbetrieb								15	24	45	78	129	207	267	315	339
	Maskenbildner/-in							30	48	57	39	48	57	45	51	45	36
2003	Bauten- und Objektbeschichter/-in								417	1.122	1.455	1.713	1.818	1.761	1.686	1.443	1.167
	Bestattungsfachkraft*								66	111	141	162	174	189	186	189	144
	Elektroniker/-in für Gebäude- und Infrastruktursysteme*								42	78	84	114	111	114	195	105	123
	Fahrzeuglackierer/-in								2.097	2.685	2.652	2.757	3.195	2.913	2.625	2.748	2.706
	Investmentfondskaufmann/-kauffrau								36	45	57	60	54	60	51	42	36
	Kosmetiker/-in								438	444	423	492	540	486	501	474	354
	Mechaniker/-in für Karosserieinstandhaltungstechnik*								210	258	249	246	240	228	210	255	279
	Systeminformatiker/-in*								48	198	147	195	174	180	156	159	150
2004	Bauwerksmechaniker/-in für Abbruch- und Betontrenntechnik									15	15	27	51	36	27	24	27
	Fahrradmonteur/-in									165	387	555	501	399	363	291	270
	Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in*									462	975	1.350	1.866	1.719	1.776	1.863	1.722
	Maschinen- und Anlagenführer/-in									603	1.734	2.448	3.306	3.408	2.811	3.012	3.615
	Schädlingsbekämpfer/-in									18	24	42	24	30	30	36	27
2005	Änderungsschneider/-in										90	255	270	270	267	231	183
	Fachkraft Agrarservice*										123	141	177	177	210	225	237
	Kaufmann/Kauffrau für Tourismus und Freizeit										387	474	486	543	462	474	459
	Servicefahrer/-in										90	156	204	213	180	171	126
	Technische/-r Produktdesigner/-in										27	159	288	462	351	384	2.130

Tabelle A4.4-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1996 bis 2011 (Teil 3)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
2006	Fachangestellte/-r für Markt- und Sozialforschung											60	72	90	90	96	90
	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice											465	648	600	492	528	522
	Kaufmann/Kauffrau für Dialogmarketing											957	1.233	1.407	1.356	1.329	1.173
	Servicefachkraft für Dialogmarketing											480	624	654	495	429	450
2007	Fachkraft für Holz- und Bautenschutz												18	21	24	21	24
	Holz- und Bautenschützer												45	36	48	60	42
	Sportfachmann/-fachfrau												114	168	138	87	66
2008	Automatenfachmann/-fachfrau*													39	60	66	102
	Fachkraft für Automatenservice													57	144	132	108
	Fotomedienfachmann/-fachfrau													93	102	84	96
	Personaldienstleistungskaufmann/-kauffrau													1.107	669	906	1.161
	Produktionstechnologe/Produktionstechnologin													24	33	48	57
	Servicekraft für Schutz und Sicherheit													192	285	279	240
	Speiseeishersteller/-in*													36	39	30	33
2009	Industrieelektriker/-in														129	258	408
	Werkfeuerwehrmann/-wehrfrau														36	51	42
2011	Medientechnologe Druckverarbeitung/ Medientechnologin Druckverarbeitung																285
Neue Ausbildungsberufe (seit 1996) insgesamt		**666**	**7.980**	**20.859**	**31.638**	**40.665**	**44.673**	**41.571**	**44.841**	**49.476**	**51.810**	**57.633**	**64.632**	**67.386**	**60.771**	**60.627**	**65.676**
Alle dualen Ausbildungsberufe		579.375	598.110	611.820	635.559	622.968	609.576	568.083	564.492	571.977	559.062	581.181	624.177	607.566	561.171	559.032	565.824
Anteil der (seit 1996) neuen Ausbildungsberufe in % aller dualen Ausbildungsberufe		**0,1**	**1,3**	**3,4**	**5,0**	**6,5**	**7,3**	**7,3**	**7,9**	**8,6**	**9,3**	**9,9**	**10,4**	**11,1**	**10,8**	**10,8**	**11,6**

* Ausbildungsberuf zunächst in Erprobung.

[1] Neu geordnete staatlich anerkannte Ausbildungsberufe und Ausbildungsberufe in Erprobung nach BBiG/HwO, die keinen staatlich anerkannten Vorgängerberuf haben. Vor 2003 wurden auch solche neu geordneten Berufe als neu bezeichnet, bei denen zwar Vorgängerberufe existierten, aber wesentliche Änderungen der Ausbildungsordnung erfolgt sind (z. B. Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien).

[2] Der in 1996 neu geschaffene Ausbildungsberuf Werbe- und Medienvorlagenhersteller/-in wurde 1998 wieder aufgehoben.

[3] Seit 2003 Elektroniker/-in für luftfahrttechnische Systeme.

[4] Seit 2000 zusätzliche Fachrichtung.

[5] Seit 2007 Mediengestalter/-in Digital und Print.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1996 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

82 Ausbildungsberufe neu geschaffen. In diesen Berufen wurden im Jahr 2011 65.676 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen → **Tabelle A4.4-3**. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 11,6 % an allen Neuabschlüssen. Der Anteil war bis 2008 stetig gestiegen. Mit dem aktuellen Wert setzt sich der nur in 2009 und 2010 unterbrochene Anstieg nun weiter fort.

Der Beruf Fachinformatiker/-in ist mit 9.843 Neuabschlüssen auch 2011 der am stärksten besetzte neue Ausbildungsberuf, gefolgt vom Beruf Mechatroniker/-in mit 7.653 Neuabschlüssen. Mit deutlichem Abstand folgen die Ausbildungsberufe Automobilkaufmann/-kauffrau mit 4.353 Neuabschlüssen und Mediengestalter/-in Digital und Print (3.828). Insgesamt bleibt ein Großteil der neuen Ausbildungsberufe auch nach einigen Jahren vergleichsweise gering besetzt. Eine Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe ist jedoch nicht allein bei den neuen Ausbildungsberufen, sondern in der dualen Berufsausbildung insgesamt zu beobachten. In ca. zwei Drittel aller staatlich anerkannten Ausbildungsberufe bzw. dualen Ausbildungsberufe in Erprobung werden jeweils weniger als 500 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen; in den 20 am stärksten besetzten Berufen finden sich mehr als die Hälfte aller Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag.

Die Neuabschlusszahlen in den einzelnen neuen Ausbildungsberufen entwickeln sich nach Inkrafttreten unterschiedlich. Im Beruf Mechatroniker/-in ist die Zahl der Neuabschlüsse seit 1998 nahezu stetig gestiegen. 2009 ging die Zahl der Neuabschlüsse zeitweise zurück, knüpft 2011 aber wieder an hohe Werte an. Die Neuabschlusszahlen der beiden Berufe Automobilkaufmann/-kauffrau und Fahrzeuglackierer/-in sind bis 2007 gleichermaßen auf einem relativ hohen Niveau verblieben und gingen beide in den Jahren 2008 und 2009 zurück. In den Jahren 2010 und 2011 steigt die Zahl bei Automobilkaufmann/-kauffrau, bei Fahrzeuglackierer/-in sinkt sie hingegen. In den Berufen Fachinformatiker/-in (neu seit 1997) sowie Mediengestalter/-in Digital und Print (Vorgängerberuf Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien) (neu seit 1998) ist die Neuabschlusszahl nach einem anfänglich starken Anstieg bis auf 10.506 bzw. 5.484 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den Jahren 2002 bis 2005 stark eingebrochen; seither schwanken sie deutlich stärker als die Neuabschlusszahlen in den dualen Ausbildungsberufen insgesamt. Auch bei den anderen IT-Berufen sind seit 2002 starke Rückgänge zu verzeichnen, die bis 2010 anhalten und lediglich durch vergleichsweise geringe Zuwächse in einzelnen Jahren gemindert werden. 2011 ist hier unter den meisten IT-Berufen nur ein leichter Anstieg zu beobachten. Der stärkere Zuwachs bei den Fachinformatikern hebt aber den Schnitt der Gruppe insgesamt. Eine positive Entwicklung der Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge (allenfalls unterbrochen durch Rückgänge in einzelnen Jahren) kann in folgenden relativ stark besetzten neuen Berufen beobachtet werden: Sport- und Fitnesskaufleute, Veranstaltungskaufleute, Kaufleute im Gesundheitswesen, Maschinen- und Anlagenführer/-in sowie Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in. Allerdings sanken zuletzt die Neuabschlusszahlen im Beruf Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in.

Die Entwicklung zweijähriger Ausbildungsberufe

In den letzten 10 Jahren wurde verstärkt das Ziel verfolgt, zweijährige[114] („theoriegeminderte“) Ausbildungsberufe speziell für Jugendliche mit schlechten Startchancen zu schaffen (Kath 2005, Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005). Das Potenzial dieser Berufe zur Verbesserung der Chancen der Jugendlichen wird allerdings kontrovers diskutiert (vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011, S. 5 f.). Seit 2003 sind 12 neue Ausbildungsordnungen für zweijährige Ausbildungsberufe in Kraft getreten, 6 weitere wurden modernisiert. Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe oder Ausbildungsberufe in Erprobung, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungs-

114 Innerhalb des dualen Systems machen die dreijährigen Ausbildungsberufe den größten Anteil aus. Neben den zweijährigen Ausbildungsberufen bestehen – insbesondere im Bereich der Metall- und Elektroberufe – auch Ausbildungsberufe, deren Ausbildungsordnung eine Ausbildungsdauer von 42 Monaten vorsehen (dreieinhalbjährige Ausbildungsberufe). Das BIBB hat auch zu den dreieinhalbjährigen Ausbildungsberufen Sonderanalysen auf Basis verschiedener Statistiken und Erhebungen durchgeführt (siehe Frank/Walden 2012).

dauer vorsieht, umfassten im Jahr 2011 51.660 Neuabschlüsse und bildeten damit einen Anteil von 9,3 % → **Tabelle A4.4-4**.[115]

In den 1980er-Jahren lag der Anteil zweijähriger Ausbildungsberufe in den alten Ländern noch höher (1980: 13,8 %). Mit dem Wegfall sogenannter gestufter Ausbildungen bei den Elektroberufen im Jahr 1987 ging ihr Anteil bis Mitte der 1990er-Jahre auf unter 3 % stark zurück (siehe auch Musekamp 2009, S. 152). Seit 1995 steigt der Anteil der zweijährigen Ausbildungsberufe des dualen Systems wieder, v. a. in den Jahren 2003 bis 2006. In Westdeutschland fällt er mit 8,8 % (2011) aber deutlich geringer aus als in Ostdeutschland (12,6 %). Der am stärksten besetzte zweijährige Ausbildungsberuf ist mit 27.543 Neuabschlüssen der Beruf Verkäufer/-in. Es folgen mit deutlichem Abstand die Berufe Fachlagerist/-in (6.081), Maschinen- und Anlagenführer/-in (3.615), Fachkraft im Gastgewerbe (3.195), Kraftfahrzeug-Servicemechaniker/-in (1.722), Hochbaufacharbeiter/-in (1.263), Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen (1.233), Teilezurichter/-in (1.221), Tiefbaufacharbeiter/-in (1.218) und Bauten- und Objektbeschichter/-in (1.167).

Die überwiegende Mehrheit (ca. 97 %) der Jugendlichen, die im Jahr 2011 in einem zweijährigen Ausbildungsberuf einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, befindet sich in einem Beruf, dessen Ausbildungsordnung die Möglichkeit der Anrechnung der Ausbildung in einem i. d. R. drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf vorsieht.[116] Allerdings ist hierbei zu beachten, dass die Berufsbildungsstatistik nicht erfasst, ob die Ausbildung nach Abschluss der zweijährigen Berufsausbildung auch wirklich fortgeführt wird. Um echte Ausbildungsverläufe zu ermitteln, wäre eine feste Personennummer notwendig. Seit dem Berichtsjahr 2008 wird aber die Zahl der Anschlussverträge ermittelt.[117] Eine exakte Zahl lässt sich auf Basis der Berufsbildungsstatistik allerdings nicht berechnen. Der ermittelte Wert kann lediglich als Höchstwert betrachtet werden und eine Überschätzung darstellen (vgl. Uhly 2011). Von allen Neuabschlüssen des Jahres 2011 lassen sich maximal 9.684[118] Verträge als Anschlussverträge ausmachen. 2011 sind es demnach maximal 27 % der Absolventen zweijähriger Ausbildungsberufe mit Fortführungsmöglichkeit, die ihre Ausbildung tatsächlich fortführen. Dieser Anteil fällt relativ gering aus. Vertiefende Analysen der zweijährigen Berufe auf Basis der Berufsbildungsstatistik sowie der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September für das Berichtsjahr 2009 ergaben, dass der Fortführungsanteil innerhalb der einzelnen zweijährigen Berufe deutlich variiert, jedoch in keinem Beruf über 50 % liegt (vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011). Trotz neuer und differenzierterer Analysemöglichkeiten können anhand der beiden genannten Erhebungen viele der z. T. kontrovers geführten Argumente in der Diskussion um zweijährige Ausbildungsberufe nicht abschließend geklärt werden.[119]

115 Alle Werte zu den zweijährigen Ausbildungsberufen beziehen sich ausschließlich auf die staatlich anerkannten dualen Ausbildungsberufe und die dualen Ausbildungsberufe in Erprobung; die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO) sind nicht einbezogen.

116 Neben den dualen Berufen für Menschen mit Behinderung sind hierbei auch die Neuabschlüsse des Ausbildungsberufs Teilezurichter/-in nicht einbezogen, obwohl für diesen in der Praxis auch Fortführungsregelungen bestehen, z. B. das 1999 entwickelte Projekt Südwestmetall gemeinsam mit der Arbeitsagentur, dem DGB, der Industrie- und Handelskammer und der Jugendhilfe Ortenau e. V. (siehe **http://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/pa_fb_ausbildung.html**). Es liegt für den aus dem Jahr 1939 stammenden Beruf jedoch keine bundeseinheitliche Ausbildungsordnung vor. Es handelt sich hierbei um einen Beruf nach § 104 Absatz 1 BBiG bzw. § 122 Absatz 4 HwO.

117 Sie wird als Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in potenziellen Fortführungsberufen mit einer entsprechend kürzeren Vertragsdauer und dem Vorliegen einer vorherigen abgeschlossenen dualen Berufsausbildung der Auszubildenden berechnet (**vgl. Kapitel A4.3**). Somit kann der rechnerische Anteil der Anschlussverträge an den Ausbildungsabsolventen in zweijährigen Ausbildungsberufen als näherungsweise Berechnung des Anteils derer herangezogen werden, die eine zweijährige Ausbildung in einem dualen Ausbildungsberuf fortführen.

118 Im Rahmen der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge werden deutlich weniger Anschlussverträge gemeldet; allerdings gibt es Hinweise darauf, dass dort die Anzahl der Anschlussverträge untererfasst ist (**vgl. Kapitel A4.3** sowie Uhly 2011).

119 Zur Einschätzung der Zukunftschancen zweijähriger Ausbildungsberufe und der genauen Bildungs- und Erwerbschancen der Auszubildenden dieser Berufe sind berufsspezifische Evaluationsstudien erforderlich (vgl. Becker u. a. 2012, Musekamp/Spöttl/Becker 2011, Weber 2009, Gruber/Weber 2007). Eine vom BIBB in Auftrag gegebene Evaluationsstudie des Berufsbildungsinstituts Arbeit und Technik der Universität Flensburg (biat) und des Instituts Technik und Bildung der Universität Bremen (ITB) für den Beruf Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in kommt zu der Schlussfolgerung, dass „vonseiten der Betriebe in der Branche kaum Zukunftschancen eingeräumt [werden]. Deshalb sollte er als eigenständiger Ausbildungsberuf nicht weiter fortbestehen und in den dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf des Kfz-Mechatronikers integriert werden" (BIBB-Pressemitteilung 48/2011, vgl. Becker u. a. 2012).

Tabelle A4.4-4: **Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen[1] an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland 1980 und 1993 bis 2011, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2011[2]**

Westdeutschland[3]	**1980**	**1993**	**1996**	**1999**	**2002**	**2005**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
Zweijährige Berufe	92.319	14.907	13.203	17.508	16.767	25.065	37.866	38.685	41.043	41.676
Alle staatlich anerkannten Berufe[4]	670.857	449.007	429.636	477.378	434.409	429.231	486.033	454.107	461.646	474.801
Anteil in zweijährigen Berufen (in %)	13,8	3,3	3,1	3,7	3,9	5,8	7,8	8,5	8,9	8,8
Ostdeutschland[5]		**1993**	**1996**	**1999**	**2002**	**2005**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
Zweijährige Berufe		6.021	10.308	16.128	13.005	16.230	14.445	13.101	11.454	9.981
Alle staatlich anerkannten Berufe[4]		114.387	138.924	146.397	119.556	114.930	106.695	92.886	85.047	79.398
Anteil in zweijährigen Berufen (in %)		5,3	7,4	11,0	10,9	14,1	13,5	14,1	13,5	12,6
Bundesgebiet		**1993**	**1996**	**1999**	**2002**	**2005**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
Zweijährige Berufe[4]		20.928	23.514	33.636	29.769	41.295	52.311	51.786	52.497	51.660
Alle staatlich anerkannten Berufe		563.394	568.560	623.775	553.965	544.161	592.725	546.993	546.693	554.196
Anteil in zweijährigen Berufen (in %)		3,7	4,1	5,4	5,4	7,6	8,8	9,5	9,6	9,3

[1] Berufe mit 24 oder mit 18 Monaten Ausbildungsdauer; bis 1999 inklusive Ausbildungsberuf Gerüstbauer/-in, der erst seit 2000 dreijährig ist, und bis 2000 inklusive Berufskraftfahrer/-in, der erst seit 2001 dreijährig ist; ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO.

[2] Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4; im Datenreport 2010 fehlten jedoch noch die Neuabschlüsse des Berufs Berufskraftfahrer/-in, der bis einschließlich des Jahres 2000 zweijährig war und jährlich seit 1983 ca. 0,1 % der Neuabschlüsse ausmachte.

[3] Westdeutschland ohne Berlin; Ausnahme 1980: Westdeutschland und Berlin-West.

[4] Ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO; inklusive Ausbildungsberufe in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO.

[5] Ostdeutschland inklusive Berlin.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Die Entwicklung der Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

Im Jahr 2011 wurden in Berufen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG und § 42m HwO) E 11.625 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen (Bestand am 31. Dezember 2011: 32.031 Auszubildende). Der Anteil an den Neuabschlüssen lag bei 2,1 % → **Tabelle A4.4-5**.

E Duale Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

Im Regelfall sollen „behinderte Menschen … in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden" (§ 64 BBiG). Nur wenn aufgrund der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht infrage kommt, sollen Menschen mit Behinderung nach besonderen Regelungen ausgebildet werden. Bei diesen Ausbildungsberufen handelt es sich um Berufe mit speziellen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) (**vgl. Kapitel A4.10**).

Bei den Daten der Berufsbildungsstatistik ist zu beachten, dass ***kein personenbezogenes Merkmal*** zur Behinderung erhoben wird. Erfasst wird lediglich, ob es sich bei den jeweiligen Meldungen der Ausbildungsverträge um staatlich anerkannte Ausbildungsberufe (bzw. duale Ausbildungsberufe in Erprobung) oder um Ausbildungsgänge gemäß einer Regelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung handelt.

Tabelle A4.4-5: **Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung[1], Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2011[2], in % der Neuabschlüsse**

Jahr	Bundesgebiet	Westdeutschland	Ostdeutschland
1993	1,4	1,0	3,0
1996	1,9	1,2	4,0
1999	1,9	1,3	3,6
2002	2,5	1,7	5,3
2005	2,7	1,9	5,5
2008	2,4	1,8	5,2
2009	2,5	2,0	5,1
2010	2,2	1,8	4,6
2011	2,1	1,7	4,4

[1] Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO (bis April 2005 § 48 BBiG bzw. § 42b HwO); Neuabschlüsse in diesen Berufen wurden erst ab 1987 erfasst.
[2] Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2011.

In Ostdeutschland liegt der Anteil der Neuabschlüsse in den Berufen für Menschen mit Behinderung seit 1993 mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Er stieg insbesondere in den Jahren 1993 bis 1996 und 1998 bis 2003 auf Höchstwerte von bis zu 5,5 %. Seit 2005 geht der Anteil dieser Berufsgruppe wieder zurück, 2011 beträgt er 4,4 %. In Westdeutschland stieg der Anteil bis 2004 an und liegt seither bei ca. 2 % (2011: 1,7 %).

Die Ausbildungssituation von Menschen mit Behinderung im dualen System kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht analysiert werden, da diese lediglich eine berufsbezogene Betrachtung ermöglicht. Ein personenbezogenes Merkmal zur Behinderung wird nicht erfasst. Menschen mit Behinderung werden auch in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet, das BBiG sieht dies sogar als Regelfall vor (§ 64 BBiG).

(Naomi Gericke)

A4.5 Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

In der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird zu den neu abgeschlossenen Verträgen im dualen System auch das Geburtsjahr der Auszubildenden erfasst. Darüber hinaus liegen Altersangaben seit der Revision der Berufsbildungsstatistik auch für Auszubildende in weiteren Differenzierungen vor. Sie werden im ersten Abschnitt dieses Kapitels für die Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Verträgen, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen und Absolventinnen ausgewiesen. Mithilfe der Altersangaben lässt sich außerdem die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System berechnen. Die vom Bundesinstitut für Berufsbildung hierzu ausgewiesenen Indikatoren werden im zweiten Abschnitt des Kapitels behandelt.

Alter der Auszubildenden

Das Durchschnittsalter der Auszubildenden mit Neuabschluss betrug im Berichtsjahr 2011 20,0 Jahre und blieb damit gegenüber dem Vorjahr unverändert (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.5). Regional ergeben sich in der Altersverteilung Unterschiede. So lag das Durchschnittsalter in Ostdeutschland mit 20,6 Jahren insgesamt etwas höher (West: 19,9 Jahre) → **Tabelle A4.5-1**. Altersangaben für die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegen seit 1993 vor. In der längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass das Durchschnittsalter der Auszubildenden im dualen System seit der Erfassung des Merkmals stetig angestiegen ist. 1993 hatte es durchschnittlich noch 18,5 Jahre betragen; mehr als die Hälfte der Auszubildenden waren 16- und 17-Jährige. Seither hat sich die Verteilung immer stärker ausgeweitet. Heute machen diese beiden Altersgruppen nur noch rund 27,0 % aus, zunehmend sind Jugendliche in

Tabelle A4.5-1: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter und Region 2011 (in %)**[1]

Bundesland	Altersjahrgang in %									40-Jährige und älter (absolut)	Durchschnittsalter	Neuabschlüsse insgesamt
	16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige bis unter 40-Jährige			
Baden-Württemberg	12,3	18,4	17,1	14,4	12,5	8,9	5,3	3,7	7,7	180	19,7	78.945
Bayern	23,5	23,0	16,8	12,1	8,3	5,6	3,4	2,3	5,1	135	18,9	98.370
Berlin (ab 1991 mit Berlin-Ost)	3,8	9,9	10,7	13,6	14,4	14,4	10,6	7,3	15,5	27	21,2	17.922
Brandenburg	6,0	13,5	13,1	13,1	13,8	12,5	8,3	6,7	13,0	12	20,7	12.123
Bremen	3,9	9,8	13,9	18,4	17,0	12,9	8,1	5,5	10,6	3	20,7	6.072
Hamburg	5,2	10,2	12,5	15,0	16,5	13,3	8,6	6,4	12,6	18	20,8	13.713
Hessen	9,0	14,7	15,7	16,6	14,5	9,9	6,3	4,5	9,1	87	20,1	40.611
Mecklenburg-Vorpommern	6,7	15,8	15,2	14,0	12,0	10,9	7,4	5,6	12,5	6	20,5	8.886
Niedersachsen	5,8	14,9	19,2	17,8	14,5	9,7	6,0	4,1	8,0	90	20,1	61.176
Nordrhein-Westfalen	5,1	12,1	13,9	17,6	17,3	12,1	7,4	5,1	9,6	198	20,5	126.501
Rheinland-Pfalz	12,1	17,4	15,7	14,9	13,4	9,0	5,6	3,8	8,3	51	19,8	28.827
Saarland	10,0	12,7	15,3	16,8	13,8	10,2	6,4	4,7	10,4	15	20,2	7.692
Sachsen	10,5	19,2	13,9	11,7	10,3	9,8	7,4	5,4	11,8	12	20,2	20.115
Sachsen-Anhalt	8,4	15,6	15,7	14,3	10,7	10,8	7,2	5,8	11,5	9	20,3	12.411
Schleswig-Holstein	9,0	17,0	16,7	15,2	13,3	9,6	6,1	4,1	9,3	36	20,1	20.880
Thüringen	9,6	16,5	13,4	13,2	10,8	11,0	7,9	5,8	11,8	3	20,3	11.577
Westdeutschland	11,1	16,4	16,1	15,5	13,6	9,5	5,8	4,0	8,1	813	19,9	482.787
Ostdeutschland	7,5	15,1	13,4	13,2	12,0	11,6	8,3	6,1	12,8	69	20,6	83.037
Deutschland	10,6	16,2	15,7	15,2	13,4	9,8	6,2	4,4	8,8	882	20,0	565.824

[1] Bei der Berechnung des Durchschnittsalters gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5; die obere und untere Altersgruppe gingen mit 24,5 bzw. 16,5 ein. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss im Alter von 40 und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Hinweis: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind nicht mit Ausbildungsanfänger/-innen im dualen System gleichzusetzen. Siehe hierzu auch **Kapitel A4.3**.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.5-2: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2011 (in %)[1]**

Jahr	Altersjahrgang in %									40-Jährige und älter (absolut)	Durchschnittsalter	Neuabschlüsse insgesamt	Fehlende Altersangaben
	16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige bis unter 40-Jährige				
1993	24,8	27,7	15,8	11,2	7,6	4,5	2,8	2,1	3,4	–	18,5	571.206	133.281
1994	23,1	27,3	16,8	11,3	8,3	4,7	2,7	1,6	4,2	–	18,6	567.438	135.837
1995	22,3	27,1	17,2	11,9	8,4	4,9	2,6	1,5	4,1	–	18,6	578.583	144.522
1996	22,5	26,2	16,9	12,2	8,8	5,2	2,8	1,5	3,8	–	18,7	579.375	112.011
1997	20,9	26,8	17,0	12,2	9,2	5,8	2,9	1,5	3,7	–	18,7	598.110	108.111
1998	20,1	25,8	17,8	12,3	9,5	6,0	3,2	1,6	3,7	–	18,8	611.820	110.793
1999	18,8	25,1	17,8	13,3	9,9	6,2	3,4	1,9	3,7	–	18,8	635.559	109.863
2000	18,2	24,5	18,4	13,4	10,3	6,3	3,4	1,9	3,7	–	18,9	622.968	102.948
2001	18,1	24,7	18,0	13,2	10,2	6,5	3,5	2,0	3,8	–	18,9	609.576	104.874
2002	17,5	23,7	18,0	13,2	10,4	6,7	3,9	2,2	4,4	–	19,0	568.083	97.920
2003	16,6	23,5	17,8	13,1	10,4	7,1	4,2	2,6	4,7	–	19,1	564.492	102.072
2004	15,2	22,4	17,7	13,4	11,0	7,4	4,6	2,9	5,5	–	19,2	571.977	267
2005	14,3	21,7	17,8	14,2	11,3	7,5	4,6	3,1	5,6	–	19,3	559.062	474
2006	14,4	20,0	17,8	14,6	11,8	7,6	4,7	3,1	5,8	–	19,3	581.181	855
2007	11,7	20,2	17,6	15,6	12,5	8,2	5,0	3,2	6,0	563	19,5	624.177	–
2008	11,5	17,9	18,2	15,5	13,1	8,6	5,4	3,4	6,4	729	19,7	607.566	–
2009	11,1	17,2	16,1	15,9	13,2	9,2	6,0	3,9	7,4	864	19,8	561.171	–
2010	10,4	16,7	15,7	14,8	13,9	9,4	6,4	4,3	8,3	969	20,0	559.032	–
2011	10,6	16,2	15,7	15,2	13,4	9,8	6,2	4,4	8,8	882	20,0	565.824	–

[1] Die Durchschnittsalterberechnung bis zum Berichtsjahr 2006 basiert auf hochgerechneten Neuabschlusszahlen, wobei die Hochrechnung getrennt je Bereich und Bundesland erfolgt (um unterschiedliche Altersverteilungen in den Bereichen und Ländern zu berücksichtigen). Bei der Berechnung des Durchschnittsalters gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5; die obere und untere Altersgruppe gingen mit 24,5 bzw. 16,5 ein. Da bislang unbekannt ist, wie hoch das Alter der einzelnen Personen in diesen Gruppen ist und da das genaue Geburtsdatum unbekannt ist, kann eine exakte Durchschnittsaltersberechnung nicht erfolgen. Die Veränderungen im Zeitverlauf sind jedoch interpretierbar. Seit 2007 wird im Rahmen der Individualdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik das Geburtsjahr erhoben. Ab dem Berichtsjahr 2007 gehen daher bei der Berechnung des Durchschnittsalters nicht die gruppierten Altersdaten ein. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss im Alter von 40 und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

höherem Alter unter den Neuabschlüssen → **Tabelle A4.5-2**. Die verlängerte Schulzeit im Sekundarbereich I, die zunehmend höheren Schulabschlüsse der Auszubildenden und die schwierigen Eintritte in die Berufsausbildung vergangener Jahre haben sich deutlich auf die Altersstruktur unter den Auszubildenden ausgewirkt.[120]

Auszubildende mit Neuabschluss sind nicht zwingend mit Ausbildungsanfängern und -anfängerinnen gleichzusetzen (**vgl. Kapitel A4.3**). Im Berichtsjahr 2011 waren unter den Auszubildenden mit Neuabschluss 496.593 Ausbildungsanfänger/-innen. Für Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen der dualen Ausbildung (**vgl. Kapitel A4.8**) können durch die Revision der Berufsbildungsstatistik 2007 nun ebenfalls Altersangaben differenziert werden. Das Durchschnittsalter der Ausbildungsanfänger/-innen lag 2011 wie im Vorjahr bei 19,8 Jahren → **Tabelle A4.5-3**. Die 17- und 18-Jährigen bildeten die größten Altersgruppen. Sie machten zusammen mit den 19-Jährigen fast die Hälfte der Ausbildungsanfänger/-innen aus. Nur 11,9 % waren 16 Jahre oder jünger, 38,9 % dagegen hatten bereits mindestens das 20. Lebensjahr erreicht. Da Frauen über höhere Schulabschlüsse verfügen (**vgl. Kapitel A4.6.2**), lag ihr Durchschnittsalter bei Ausbildungsbeginn mit 19,9 Jahren etwas höher.

120 Zu Determinanten der Übergangsdauer in die duale Berufsausbildung siehe die Analysen auf Basis der Daten der BIBB-Übergangsstudien 2006 und 2011 von Eberhard/Krewerth/Ulrich 2013; Beicht/Friedrich/Ulrich 2007.

Dass die Männer mit 19,7 Jahren trotz des höheren Hauptschüleranteils nicht sehr viel jünger waren, deutet auf Schwierigkeiten beim Übergang in die duale Ausbildung hin. Der Anteil der Männer, die zuvor an einer berufsvorbereitenden oder grundbildenden Maßnahme teilgenommen hatten, war größer als der der Frauen (**vgl. Kapitel A4.6.1**). Auch bezüglich der Staatsangehörigkeit deuten die Ergebnisse auf einen erschwerten Übergang hin. Obwohl über die Hälfte der ausländischen Auszubildenden einen Hauptschulabschluss besitzt (**vgl. Kapitel A4.6.2**), lag das Durchschnittsalter der Ausbildungsanfänger/-innen bei 20,3 Jahren. Die deutsche Vergleichsgruppe war im Durchschnitt 19,7 Jahre alt.

Tabelle A4.5-3: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen nach Alter, Bundesgebiet 2011**

Personengruppe	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag											
	Absolutangaben	Altersjahrgang in %									40 Jahre und älter (absolut)	Durchschnittsalter[1]
		bis 16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre bis 39 Jahre		
Insgesamt	565.824	10,6	16,2	15,7	15,2	13,4	9,8	6,2	4,4	8,8	882	20,0
Männer	335.949	11,6	17,8	15,8	13,8	12,1	9,3	6,2	4,4	8,9	384	19,9
Frauen	228.990	9,0	13,8	15,5	17,3	15,2	10,4	6,3	4,2	8,3	498	20,1
Deutsche	532.035	10,8	16,4	15,6	15,2	13,4	9,8	6,1	4,3	8,4	801	20,0
Ausländer/-innen	32.907	7,1	13,0	16,9	15,7	13,4	9,9	7,0	4,8	12,2	81	20,6
Personengruppe	Ausbildungsanfänger/-innen											
	Absolutangaben	Altersjahrgang in %									40 Jahre und älter (absolut)	Durchschnittsalter[1]
		bis 16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre bis 39 Jahre		
Insgesamt	496.593	11,9	17,8	16,3	15,2	12,9	9,0	5,6	3,9	7,5	552	19,8
Männer	295.245	13,1	19,5	16,4	13,6	11,6	8,5	5,7	4,0	7,7	210	19,7
Frauen	201.345	10,2	15,2	16,3	17,5	14,9	9,6	5,6	3,7	7,1	342	19,9
Deutsche	467.556	12,2	18,0	16,2	15,1	12,9	9,0	5,6	3,8	7,2	486	19,7
Ausländer/-innen	28.485	8,2	14,4	18,2	15,8	12,7	9,0	6,4	4,3	11,1	63	20,3
Personengruppe	Absolventen/Absolventinnen											
	Absolutangaben	Altersjahrgang in %									40 Jahre und älter (absolut)	Durchschnittsalter[1]
		bis 19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre	25 Jahre	26 Jahre	27 Jahre bis 39 Jahre		
Insgesamt	476.580	11,0	17,9	20,4	16,5	12,9	8,2	4,8	3,0	5,3	768	22,0
Männer	275.253	10,3	18,6	21,8	15,4	11,7	8,1	5,1	3,3	5,7	312	22,0
Frauen	201.330	12,1	16,9	18,5	17,9	14,6	8,2	4,4	2,6	4,7	456	22,0
Deutsche	454.185	11,1	18,0	20,5	16,4	12,9	8,1	4,8	3,0	5,1	681	22,0
Ausländer/-innen	22.395	9,1	14,5	18,7	17,0	13,3	9,3	5,4	3,6	9,2	87	22,6

[1] Bei der Berechnung des Durchschnittsalters für die Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Ausbildungsanfänger/-innen gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen im Alter von 40 Jahren und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Die Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen, d. h. Auszubildende mit bestandener Abschlussprüfung, waren 2011 durchschnittlich 22,0 Jahre alt → **Tabelle A4.5-3**. Damit stieg ihr Alter gegenüber dem Vorjahr geringfügig an (2010: 21,9 Jahre). Über die Hälfte der Auszubildenden war beim erfolgreichen Abschluss der Ausbildung 20 bis 22 Jahre alt. 11,0 % waren 19 Jahre oder jünger, 34,2 % hatten bereits mindestens das 23. Lebensjahr erreicht. Männliche und weibliche Auszubildende waren mit durchschnittlich 22,0 Jahren bei Abschluss ihrer Ausbildung gleich alt. Unterschiede ergeben sich nur bei der Differenzierung nach Staatsangehörigkeit. Absolventen/Absolventinnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wiesen mit 22,6 Jahren ein höheres Alter auf als Absolventen/Absolventinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit (22,0 Jahre). Gegenüber Absolventen/Absolventinnen, die erstmals ihre Ausbildung im dualen System abschlossen, gab es beim Durchschnittsalter keinen Unterschied.

Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

Quoten zur Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen E werden als Indikator für die quantitative Bedeutung des dualen Systems sowie als Maß der Integration verschiedener Personengruppen interpretiert. Sie geben den Anteil der Jugendlichen in der Wohnbevölkerung an, die eine duale Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO beginnen oder erfolgreich abschließen. Wie lange die Übergangsphase von der allgemeinbildenden Schule bis zu dem beobachteten Ereignis dauert, bleibt dabei unberücksichtigt. Generell dient die Quote vor allem dem Vergleich im Zeitverlauf und vergleichenden Analysen verschiedener Personengruppen. Zur Berechnung werden Daten aus der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder verwendet.

Ablösung der früheren Ausbildungsbeteiligungsquote

Lange bildeten die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge die Grundlage für die Berechnung der Ausbildungsbeteiligung. Denn nur für diese lagen Altersangaben vor. Da aber einige Personen im Laufe ihres Lebens wiederholt Ausbildungsverträge abschließen[121], überschätzt diese Ausbildungsbeteiligungsquote den Anteil der Jugendlichen, die in ihrer Biografie irgendwann eine Ausbildung beginnen. Durch die frühere Aggregatdatenerhebung der Berufsbildungsstatistik war eine bessere Berechnungsweise jedoch nicht möglich. Durch die Neuerungen der Berufsbildungsstatistik können nun Ausbildungsanfänger/-innen als Teilgruppe der Neuabschlüsse abgegrenzt werden (**vgl. Kapitel A4.3**), sodass die notwendigen Altersangaben, wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, entsprechend differenziert werden können. So lässt sich seit 2009 eine Ausbildungsanfängerquote E berechnen und die Überschätzung vermeiden.

Doch nicht nur der Anteil der Jugendlichen, die eine duale Ausbildung beginnen, ist von Interesse, sondern auch der Anteil derer, die sie mit bestandener Abschlussprüfung beenden. Durch die Revision der Berufsbildungsstatistik kann nun auch eine entsprechende Ausbildungsabsolventenquote E berechnet werden (Gericke/Uhly 2012).

Ausbildungsanfängerquote: Anteil der Jugendlichen 2011, die eine Ausbildung beginnen

Die Ausbildungsanfängerquote stellt den geeignetsten Indikator dar, um den Anteil der Jugendlichen zu bemessen, die eine duale Berufsausbildung beginnen. Denn die Quote vermeidet die Überschätzung durch Mehrfachzählungen von Verträgen. Die Quote fällt entsprechend niedriger aus als die frühere Ausbildungsbeteiligungsquote. Für das Berichtsjahr 2011 ergibt sich ein rechnerischer Anteil von 56,9 %[122] an der Wohnbevölkerung, der irgendwann im Laufe der Biografie eine duale Berufsausbildung beginnt → **Tabelle A4.5-4**. Die Ausbildungsanfängerquote ist 2011 weiter gestiegen (2010: 54,9 %). Ausschlaggebend hierfür sind gegenläufige Entwicklungen bei

121 Ausbildungsverträge werden u. a. auch bei Anschlussverträgen, Zweitausbildungen, erneuter Ausbildung nach vorzeitiger Lösung eines ersten Vertrags oder auch bei Wechsel von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildungsstelle abgeschlossen.

122 Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es sich hierbei noch um eine Untergrenze handelt, da ein Teil der Neuabschlüsse von den zuständigen Stellen nach dem Stichtag in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nachgetragen wird.

der Zahl der Ausbildungsanfänger/-innen (+1,2 %) und der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter (-1,5 %). Zudem ergeben sich anders als im Vorjahr auch regionale Unterschiede. Die Anfängerquote in Westdeutschland liegt bei 57,4 %, sie ist gegenüber dem Vorjahr etwas stärker gestiegen (+4,2 %). Im östlichen Bundesgebiet liegt die Quote bei 54,6 %. Sie blieb im Vorjahresvergleich fast unverändert. Die Zahl der Ausbildungsanfänger/-innen im östlichen Bundesgebiet sinkt ähnlich stark wie die der Wohnbevölkerung.

Die Quoten variieren aber auch zwischen Personengruppen. In der männlichen Wohnbevölkerung liegt der Anteil, der eine Ausbildung im dualen System beginnt, bei 66,2 %. Gegenüber dem Vorjahr ist er stark gestiegen (+5,8 %). Bedingt wurde dies durch einen leichten Bevölkerungsrückgang und einen gleichzeitigen Anstieg der Anfängerzahlen – v. a. im Bereich Industrie und Handel. Unter den Frauen beträgt die Quote 47,1 %. Sie erhöhte sich damit nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr (+0,9 %). Die Zahl der Anfängerinnen war anders als bei den Männern um knapp 2 % gesunken. Bei den grundsätzlich ungleichen Quoten spielen geschlechtsspezifische Bildungsorientierungen und die höheren schulischen Qualifikationen der Frauen eine Rolle, die diesen neben dem dualen System auch schulische Berufsausbildungen oder akademische Wege eröffnen. Chancen auf einen Neuabschluss hängen aber auch mit Zugangsbedingungen im dualen System zusammen. So haben Frauen, die eine betriebliche Ausbildung anstreben, gegenüber ihren männlichen Bewerbern trotz besserer Schulqualifikationen geringere Realisierungschancen (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2007). Da sich Frauen auf ein engeres Berufsspektrum mit personenbezogenen Dienstleistungsberufen und Büroberufen konzentrieren, sind sie zudem einer erhöhten Wettbewerbssituation in diesen Ausbildungsberufen ausgesetzt.

Trotz der zuletzt positiven Entwicklungen der Neuabschluss- und Anfängerzahlen ist die Situation der Jugendlichen ausländischer Staatsangehörigkeit insgesamt unverändert schwierig. Die Ausbildungsanfängerquote in der ausländischen Wohnbevölkerung liegt 2011 bei 29,8 %. Nach zuletzt steigenden Tendenzen erhöhte sie sich somit kaum (2010: 29,5 %). Doppelt so hoch ist mit 60,2 % der Anteil unter den Jugendlichen deutscher Staatsangehörigkeit, die mit einem Zuwachs von 5,2 % gegenüber dem Vorjahr die 60-Prozent-Marke überstiegen. Vertragsabschlüsse von ausländischen Ausbildungsanfängern und -anfängerinnen konzentrieren sich noch stärker als die anderen Personengruppen auf ein enges Be-

Tabelle A4.5-4: **Ausbildungsanfängerquote nach Personenmerkmal und Region[1], 2009 bis 2011 (in %)[2]**

Jahr	Ausbildungsanfängerquote								
	Gesamt	Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:			West	Ost
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
2009	53,5[3]	56,4	63,6	48,9	27,5	29,3	25,8	53,6	53,7
2010	54,9	57,8	66,1	49,0	29,5	32,1	26,8	55,1	54,4
2011	56,9	60,2	70,2	49,6	29,8	32,6	26,9	57,4	54,6

[1] Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Ausbildungsanfängerzahlen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind.

[2] Seit der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung im Berichtsjahr 2007 kann unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag die Personengruppe der Ausbildungsanfänger/-innen identifiziert werden; da somit Mehrfachzählungen des Vertragsabschlusses vermieden werden können, erfolgt die Einführung der Ausbildungsanfängerquote.

[3] Die Berechnungsweise der Ausbildungsanfängerquote wurde im Laufe des Jahres 2011 verfeinert. Die im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5, ausgewiesene Ausbildungsanfängerquote für das Berichtsjahr 2009 wurde neu berechnet.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2011, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 2009 bis 2011. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

rufsspektrum. Zu beachten ist, dass hier stets nachfrage- und angebotsseitige Gründe eine Rolle spielen. Einerseits liegen unter den ausländischen Jugendlichen niedrigere Schulabschlüsse vor, die die Chancen im dualen System einschränken. Andererseits deutet sich in Studien zu Migranten an, dass auch bei Kontrolle der schulischen Leistung und des Wunsches nach einer betrieblichen Ausbildung deutlich geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz bestehen als bei der entsprechenden Vergleichsgruppe (**vgl. Kapitel A3.1, A3.2, A4.9**, Beicht 2011; Friedrich 2009).[123] Jüngst zeigten BIBB-Analysen, dass diese auch nicht auf einseitige Berufswünsche zurückzuführen sind. Die ursprünglichen Berufsinteressen von Migranten seien ebenso vielfältig wie die von Ausbildungssuchenden ohne Migrationshintergrund (Beicht 2012). In der Vergangenheit wurden dagegen Verdrängungstendenzen und ein spezifisches betriebliches Auswahlverhalten beobachtet, das in Zusammenhang mit der allgemeinen Ausbildungsstellenmarktsituation steht. Bei angespannter Lage griffen Betriebe demnach weniger auf das Bewerberangebot ausländischer Jugendlicher zurück (siehe BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.5; Uhly/Granato 2006; Granato/Werner 1999). Zu beachten ist dabei, dass den betreffenden Personen aufgrund der tendenziell niedrigeren Schulabschlüsse ohnehin weniger alternative (schulische oder akademische) Bildungswege offenstehen.

E Ausbildungsanfängerquote der Jugendlichen (AAQ)

Nicht alle Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind Ausbildungsanfänger/-innen (**vgl. Kapitel A4.3**). Die frühere, auf Basis der Neuabschlüsse berechnete Ausbildungsbeteiligungsquote überschätzt den Anteil der Ausbildungsanfänger/-innen, weil u. a. auch bei Betriebs- oder Berufswechsel ein Neuabschluss erfolgt (zu Einschränkungen bei der Berechnung vgl. Uhly 2006 und Althoff 1997).

Anhand der Angaben zur vorherigen Berufsausbildung der Auszubildenden und zur faktischen Ausbildungsdauer sowie der Daten zu Schulqualifikationen und Alter lassen sich seit der Revision der Berufsbildungsstatistik zumindest näherungsweise die Ausbildungsanfänger/-innen unter den Neuabschlüssen im dualen System identifizieren. Bei der Berechnung der AAQ werden anstelle der Neuabschlüsse die Anfänger/-innen nach Alter auf die Wohnbevölkerung bezogen (vgl. Gericke/Uhly 2012; Gericke/Uhly/Ulrich 2011). Die AAQ gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der erstmals eine Ausbildung mit Ausbildungsvertrag im dualen System beginnt.

$$AAQ = \sum_{i=16}^{24} \frac{\text{Ausbildungsanfänger}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} \times 100$$

i = Alter*

* *Ausbildungsanfänger/-innen im Alter von „16 und jünger" werden in der unteren Altersgruppe zusammengefasst; jene im Alter von „24 und älter" werden in der oberen Altersgruppe zusammengefasst.*

Ausbildungsabsolventenquote: Anteil der Jugendlichen 2011, die einen Abschluss machen

Entscheidend für das Individuum, und angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels auch für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft, ist nicht allein das Einmünden in eine Berufsausbildung und der Vertragsabschluss, sondern auch das erfolgreiche Absolvieren und Erlangen eines qualifizierten Berufsabschlusses. Im Berichtsjahr 2011 bestanden 476.580 Auszubildende im dualen System ihre Abschlussprüfung (**vgl. Kapitel A4.8**). Rund 95 % darunter schlossen erstmals erfolgreich eine duale Ausbildung ab. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden diese Erstabsolventen und nicht sämtliche Absolventen/Absolventinnen in Bezug gesetzt zur entsprechenden Wohnbevölkerung. Daraus ergab sich für das Berichtsjahr 2011 eine Ausbildungsabsolventenquote E von 46,5 %[124] → **Tabelle A4.5-5**.

123 Migranten und Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind formal nicht gleichzusetzen. Die Studienergebnisse können daher nur bedingt auf die Situation der Ausländer/-innen übertragen werden.

124 Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es sich bei diesem Wert um eine Unterschätzung handelt. In den Statistiken der großen Zuständigkeitsbereiche Handwerk und Industrie und Handel wurden für das Berichtsjahr 2011 höhere Zahlen an Ausbildungsabsolventen gemeldet als in der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tabelle A4.5-5: **Ausbildungsabsolventenquote[1] nach Personenmerkmal und Region[2], 2009 bis 2011 (in %)**

Jahr	Ausbildungsabsolventenquote								
	Gesamt	Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:			West	Ost
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
2009	45,6	49,2	55,7	42,4	16,5	17,5	15,5	46,7	41,6
2010	46,3	50,0	56,3	43,4	17,1	18,0	16,2	47,4	42,0
2011	46,5	50,4	57,4	43,0	17,9	18,7	17,0	47,5	42,1

[1] Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik und der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung kann unter den Auszubildenden mit bestandener Abschlussprüfung nach Alter und vorheriger Berufsausbildung differenziert werden; für das Berichtsjahr 2009 erfolgte im Zuge dessen die Einführung der Ausbildungsabsolventenquote. Die Berechnungsweise der Ausbildungsabsolventenquote wurde im Laufe des Jahres 2011 allerdings weiter verfeinert, sodass die im Vorjahr im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5, ausgewiesene Ausbildungsabsolventenquote neu berechnet wurde.

[2] Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Ausbildungsabsolventen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2011, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 2009 bis 2011. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Gegenüber dem Vorjahr (46,3 %)[125] ist die Quote kaum verändert.

In der männlichen Bevölkerung liegt die Absolventenquote 2011 mit 52,8 % deutlich höher. Unter den Frauen betrug sie 39,9 % und ging damit leicht zurück. In der deutschen Bevölkerung beträgt die Quote 50,4 %, unter den Ausländern und Ausländerinnen lediglich 17,9 %. Da sich die Ausbildungsbeteiligungsquoten zwischen Ost und West vor wenigen Jahren noch deutlicher unterschieden (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5), ergeben sich 2011 bei der Absolventenquote entsprechend größere regionale Unterschiede. So liegt der rechnerische Anteil, der in der westlichen Wohnbevölkerung erfolgreich eine duale Ausbildung abschloss, bei 47,5 %, in der östlichen bei 42,1 %.

E Ausbildungsabsolventenquote der Jugendlichen (AbsQ)

Nicht nur der Umfang der Anfänger/-innen, sondern auch der Anteil der Absolventen/Absolventinnen gibt Auskunft über die Bedeutung des dualen Systems. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden hierzu nur jene Absolventen und Absolventinnen betrachtet, die zuvor nicht bereits eine duale Ausbildung mit Vertrag erfolgreich abgeschlossen haben. Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik können diese Erstabsolventen/-absolventinnen nach Alter differenziert werden. Die Ausbildungsabsolventenquote gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der eine duale Berufsausbildung mit Ausbildungsvertrag erfolgreich absolviert hat. Die Quote berechnet sich auf Basis der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, jeweils zum Stichtag 31. Dezember. Auszubildende mit bestandener Abschlussprüfung, die zuvor noch keine duale Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, werden der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gegenübergestellt (vgl. Gericke/Uhly 2012).

125 Die Berechnungsweise der Ausbildungsabsolventenquote wurde 2011 fortentwickelt. Der im BIBB-Datenreport 2011 ausgewiesene Gesamtwert für das Berichtsjahr 2009 weicht daher von dem hier veröffentlichten Wert ab. Wurde im BIBB-Datenreport 2011 für die AbsQ 2009 ein Wert von 47,7 % veröffentlicht, liegt sie nach der aktuellen Berechnungsweise bei 45,6 %.

$$AbsQ = \sum_{i=19}^{27} \frac{Erstabsolventen_i}{Wohnbevölkerung_i} \times 100$$

i = Alter*

* *Erstabsolventen im Alter von „19 und jünger" werden in der unteren Altersgruppe zusammengefasst; jene im Alter von „27 und älter" werden in der oberen Altersgruppe zusammengefasst.*

In Zukunft kann die Ausbildungsabsolventenquote mit der zugehörigen Ausbildungsanfängerquote verglichen werden, um einzuschätzen, wie groß der Anteil derer ist, die eine Ausbildung im dualen System beginnen, diese aber nicht erfolgreich beenden. Hierzu ist ein Vergleich der aktuellen Ausbildungsabsolventenquoten mit Ausbildungsanfängerquoten früherer Jahre notwendig. Da die Ausbildungsanfängerquote erst seit dem Berichtsjahr 2009 berechnet werden kann, ist der Vergleich zurzeit nicht möglich.

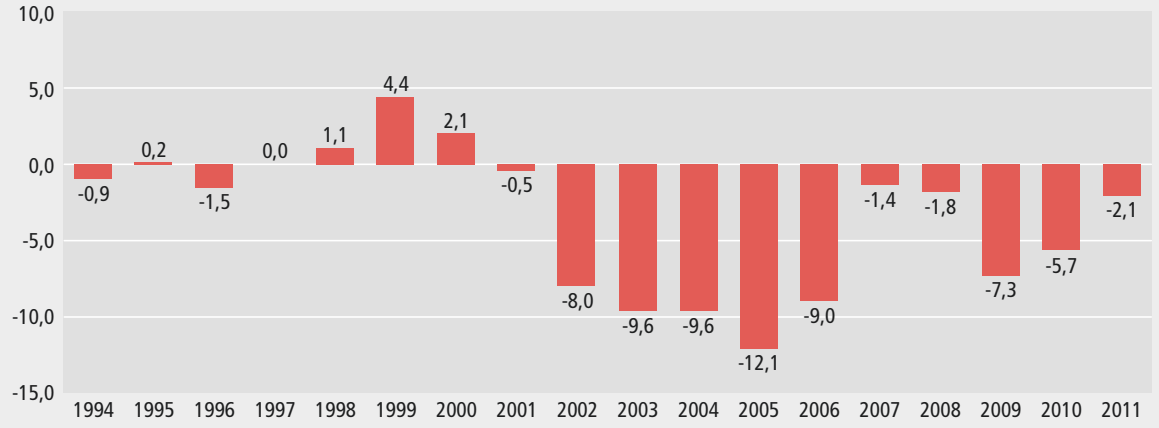
Langfristige Entwicklungen

Analysen langfristiger Entwicklungen sind auf Basis der neuen Indikatoren zurzeit nicht möglich, da sie für die Berichtsjahre vor 2009 nicht berechnet werden können. Hierzu muss trotz der Überschätzung auf die alte Ausbildungsbeteiligungsquote basierend auf Neuabschlusszahlen zurückgegriffen werden (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.5).[126]

In → **Schaubild A4.5-1** sind für den Berichtszeitraum 1993 bis 2011 die Veränderungsraten der Ausbildungsbeteiligungsquoten gegenüber dem Berichtsjahr 1993 dargestellt.

Erkennbar schwankte die Quote Mitte der 1990er-Jahre nur geringfügig um Werte von maximal -1,5 % bis +1,1 % im Vergleich zu 1993. 1999 stieg die Quote etwas stärker (+4,4 %), dann folgte jedoch zwischen 2000 und 2005 eine mehrjährige Phase sinkender Ausbildungsbeteiligung, seit 2001 liegt die Quote durchgehend unterhalb des Werts von 1993. Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hatten aufgrund sinkender Neuabschlüsse und gleichzeitig steigender Bevölkerungszahlen stark auseinandergeklafft. Lehrstellenmangel, steigende Altbewerberbestände und die Ausweitung des Übergangssystems waren die Folge. Besonders stark fiel die Quote im Berichtsjahr 2002 mit -8,0 %. Ein positiver Trend konnte erst 2006 beobachtet werden,

Schaubild A4.5-1: **Frühere Ausbildungsbeteiligungsquote (AQ), Veränderungsraten gegenüber dem Berichtsjahr 1993 in %**



Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2011, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 1993 bis 2011. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

126 Die Ausbildungsbeteiligungsquote 2011 beträgt 64,4 %.

die Ausbildungsbeteiligung erhöhte sich wieder und lag 2007 und 2008 nur knapp unterhalb des Werts von 1993. Infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ließen die stark abfallenden Neuabschlusszahlen die Ausbildungsbeteiligungsquote im Berichtsjahr 2009 jedoch wieder deutlich sinken (-7,3 %). Die Berichtsjahre 2010 und 2011 beschreiben mit Differenzen gegenüber 1993 von -5,7 % und -2,1 % vorläufig wieder eine Zuwachsphase.

E **Abgelöst: Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen (AQ)**

Bis zur Revision der Berufsbildungsstatistik konnten aus der Berufsbildungsstatistik nur Neuabschlüsse bzw. Bestandsangaben (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.7) zur Quantifizierung der Ausbildungsbeteiligung verwendet werden. Da mit der Einführung der Ausbildungsanfängerquote eine genauere Bemessung des Anfängeranteils möglich ist, der Mehrfachzählungen auslässt, eignet sich die Ausbildungsbeteiligungsquote nun vor allem für Vergleiche im längerfristigen Zeitverlauf. Die Ausbildungsbeteiligungsquote gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der einen Ausbildungsvertrag im dualen System abschließt. Die Zahl der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag wird der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gegenübergestellt (Uhly/Gericke 2010; zu Bildungsindikatoren im Vergleich vgl. Gericke/Uhly 2012).

$$AQ = \sum_{i\,=\,16}^{24} \frac{\text{Auszubildende mit Neuabschluss}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} \times 100$$

$i = \text{Alter}^*$

* *Auszubildende mit Neuabschluss im Alter von „16 und jünger" werden in der unteren Altersgruppe zusammengefasst; jene im Alter von „24 und älter" werden in der oberen Altersgruppe zusammengefasst.*

(Naomi Gericke)

A4.6 Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss

A4.6.1 Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung bei Auszubildenden mit Neuabschluss[127]

Seit 2007 wird in der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfasst, ob die Auszubildenden im dualen System zuvor eine berufsvorbereitende Qualifizierung und/oder berufliche Grundbildung **E** abgeschlossen haben und um welche Art der Maßnahme(n) es sich handelt. Allerdings werden die Daten erst ab dem Berichtsjahr 2008 veröffentlicht, da die Einführung der revidierten Berufsbildungsstatistik[128] anfänglich noch von Meldeproblemen begleitet wurde. Die Datenlage hat sich insgesamt verbessert, es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die Angaben zur vorherigen Teilnahme an Maßnahmen des Übergangsbereichs noch untererfasst sind.

E **Berufsbildungsstatistik: Erfassung der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung seit 2007**

In 2007 wurde die Berufsbildungsstatistik neu konzipiert und auf eine Individualstatistik mit erweitertem Merkmalskatalog umgestellt. Seither werden 3 Vorbildungsarten getrennt voneinander erfasst: der höchste allgemeinbildende Schulabschluss (**Kapitel A4.6.2**), eine vorausgegangene berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung sowie Angaben zu einer vorherigen Berufsausbildung. Auf diese Weise kann die Vorbildung für alle Auszubildenden mit Neuabschluss jeweils vollständig ausgewiesen werden.

Als berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung werden nur abgeschlossene berufsvorbereitende und grundbildende Qualifizierungen von mindestens 6 Monaten Dauer erfasst. Unterschieden werden:

- Betriebliche Qualifizierungsmaßnahme (Einstiegsqualifizierung [EQ], Qualifizierungsbaustein, Betriebspraktikum)

127 Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.6.1 von Naomi Gericke im BIBB-Datenreport 2012.

128 Vgl. hierzu **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Ab10_revision.pdf**.

Tabelle A4.6.1-1: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet 2011 (Mehrfachnennungen möglich)**

Zuständigkeitsbereich	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	342.912	25.614	7,5	2.982	0,9	4.239	1,2	3.753	1,1	1.860	0,5	13.872	4,0
Handwerk	152.838	28.158	18,4	4.773	3,1	6.570	4,3	3.903	2,6	5.121	3,4	9.075	5,9
Öffentlicher Dienst	12.195	1.455	11,9	1.134	9,3	60	0,5	33	0,3	36	0,3	207	1,7
Landwirtschaft	13.602	2.091	15,4	150	1,1	606	4,5	360	2,6	645	4,7	369	2,7
Freie Berufe	41.031	3.741	9,1	1.773	4,3	768	1,9	414	1,0	300	0,7	867	2,1
Hauswirtschaft	3.246	1.323	40,8	36	1,1	630	19,4	432	13,3	72	2,2	228	7,0
Insgesamt	**565.824**	**62.382**	**11,0**	**10.851**	**1,9**	**12.876**	**2,3**	**8.898**	**1,6**	**8.034**	**1,4**	**24.618**	**4,4**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

Quelle: „Datensystem Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

- Berufsvorbereitungsmaßnahme[129]
- Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
- Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) (damit ist nicht das BGJ in kooperativer Form [Teilzeit] gemeint)
- Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss (BFS)

Mehrfachnennungen sind möglich. Verlaufsdaten, die die Übergangsprozesse bis zum Einmünden in eine Ausbildungsstelle abbilden, liegen jedoch nicht vor, da die jeweiligen Zeitpunkte, zu denen die Qualifizierungen absolviert wurden, nicht mit erhoben werden.

Aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten der revidierten Berufsbildungsstatistik wurde dieses Merkmal erst ab dem Berichtsjahr 2008 veröffentlicht. Generell gilt, dass die neu eingeführten Merkmale der Berufsbildungsstatistik in den ersten Jahren der Umstellung noch mit Vorsicht zu interpretieren sind, da v. a. nicht ausgeschlossen werden kann, dass unter der Ausprägung „liegt nicht vor" auch fehlende Angaben gemeldet wurden. Analysen auf Basis der BIBB-Übergangsstudie (**vgl. Kapitel A3.3**) sowie der Schulabgängerstatistik der statistischen Ämter geben Hinweise darauf, dass auch für das Merkmal „berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung" davon auszugehen ist, dass die Vorbildung der Auszubildenden im Übergangsbereich wahrscheinlich noch unterfasst ist.[130]

Für Zeitreihen des früheren Merkmals „schulische Vorbildung" bis 2006 und dessen Erfassung siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.

Auszubildende mit vorheriger Teilnahme an Berufsvorbereitung und beruflicher Grundbildung 2011

Von den Auszubildenden mit Neuabschluss im Jahr 2011 haben 11,0 % (62.382) zuvor eine be-

129 Berufsvorbereitungsmaßnahmen, die mindestens 6 Monate andauern und keiner der anderen genannten Kategorien zuzuordnen sind.

130 Berechnungen auf Grundlage der Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011 und der Daten der Schulstatistik des Statistischen Bundesamtes deuten noch auf eine Untererfassung in der Berufsbildungsstatistik hin. Auf Basis dieser Berechnungen wären bundesweit näherungsweise 88 bzw. 86 Tsd. Personen als Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung zu erwarten. Die mit der Übergangsstudie 2011 berechneten erwarteten Näherungswerte sind nicht mit denen der Übergangsstudie 2006 vergleichbar.

Tabelle A4.6.1-2: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2011 (Mehrfachnennungen möglich)**

Region	Neu-abschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungs-maßnahme		Berufs-vorbereitungs-maßnahme		schulisches Berufs-vorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrund-bildungsjahr		Berufsfachschule ohne voll-qualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	78.945	11.436	14,5	1.131	1,4	1.128	1,4	1.881	2,4	0	0,0	7.830	9,9
Bayern	98.370	6.459	6,6	1.542	1,6	1.386	1,4	786	0,8	2.565	2,6	330	0,3
Berlin	17.922	1.722	9,6	273	1,5	651	3,6	249	1,4	51	0,3	531	3,0
Brandenburg	12.123	1.482	12,2	282	2,3	1.044	8,6	117	1,0	18	0,1	51	0,4
Bremen	6.072	462	7,6	126	2,1	84	1,4	60	1,0	21	0,3	186	3,1
Hamburg	13.713	1.233	9,0	348	2,5	312	2,3	390	2,8	30	0,2	213	1,6
Hessen	40.611	3.207	7,9	774	1,9	792	2,0	576	1,4	420	1,0	831	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	8.886	1.023	11,5	147	1,7	558	6,3	207	2,3	15	0,2	135	1,5
Niedersachsen	61.176	8.847	14,5	1.695	2,8	999	1,6	813	1,3	1.059	1,7	4.815	7,9
Nordrhein-Westfalen	126.501	15.072	11,9	2.148	1,7	2.361	1,9	966	0,8	1.821	1,4	8.202	6,5
Rheinland-Pfalz	28.827	3.048	10,6	927	3,2	651	2,3	552	1,9	474	1,6	636	2,2
Saarland	7.692	639	8,3	177	2,3	102	1,3	78	1,0	297	3,9	57	0,7
Sachsen	20.115	3.069	15,3	288	1,4	1.194	5,9	999	5,0	714	3,5	147	0,7
Sachsen-Anhalt	12.411	1.287	10,4	99	0,8	465	3,7	561	4,5	186	1,5	147	1,2
Schleswig-Holstein	20.880	2.481	11,9	771	3,7	807	3,9	351	1,7	342	1,6	339	1,6
Thüringen	11.577	915	7,9	120	1,0	345	3,0	309	2,7	15	0,1	165	1,4
West	**482.787**	**52.884**	**11,0**	**9.636**	**2,0**	**8.619**	**1,8**	**6.453**	**1,3**	**7.035**	**1,5**	**23.439**	**4,9**
Ost	**83.037**	**9.495**	**11,4**	**1.215**	**1,5**	**4.257**	**5,1**	**2.442**	**2,9**	**999**	**1,2**	**1.179**	**1,4**
Bundesgebiet	**565.824**	**62.382**	**11,0**	**10.851**	**1,9**	**12.876**	**2,3**	**8.898**	**1,6**	**8.034**	**1,4**	**24.618**	**4,4**

Quelle: „Datensystem Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

rufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung abgeschlossen → **Tabelle A4.6.1-1**. Auf Bundesebene wurde am häufigsten die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss mit 24.618 Verträgen (4,4 %) gemeldet. Die betriebliche Qualifizierungsmaßnahme verzeichnet 1,9 %, die Berufsvorbereitungsmaßnahme 2,3 %, das schulische Berufsvorbereitungsjahr 1,6 % und das schulische Berufsgrundbildungsjahr 1,4 %.

Unterschiede nach Zuständigkeitsbereichen

Im Bereich Hauswirtschaft sind mit 40,8 % mit Abstand die höchsten Anteile an Auszubildenden mit Neuabschluss mit beruflicher Grundbildung oder berufsvorbereitender Qualifizierung zu finden → **Tabelle A4.6.1-1**. Niedrigere Werte verzeichnen die Bereiche Handwerk (18,4 %) und Landwirtschaft (15,4 %). Im Bereich Hauswirtschaft überwiegen die Berufsvorbereitungsmaßnahme (19,4 %) und das schulische Berufsvorbereitungsjahr (13,3 %). Allerdings ist die Hauswirtschaft insgesamt ein kleiner Zuständigkeitsbereich mit nur 3.246 Neuabschlüssen. Der hohe Wert für die vorherige Maßnahmenteilnahme im Bereich Hauswirtschaft hängt z. T. auch damit zusammen, dass in diesem Bereich viele Auszubildende über niedrige allgemeinbildende Schulabschlüsse verfügen (**vgl. Kapitel A4.6.2**). Berufliche Grundbildung und berufsvorbereitende Qualifizierung dienen der Verbesserung der qualifikatorischen Voraussetzungen und richten sich damit hauptsächlich an Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen.

Tabelle A4.6.1-3: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung, Berichtsjahre 2009 bis 2011 (Mehrfachnennungen möglich)**

Region	Berichtsjahr	Neuabschlüsse insgesamt	darunter: vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung		darunter: überwiegend öffentlich finanzierte Stellen	
		absolut	absolut	in %	absolut	in %
West	2009	463.320	51.150	11,0	23.832	5,1
	2010	469.869	49.500	10,5	24.564	5,2
	2011	482.787	52.884	11,0	21.099	4,4
Ost	2009	97.851	14.316	14,6	23.151	23,7
	2010	89.163	11.703	13,1	17.301	19,4
	2011	83.037	9.495	11,4	11.430	13,8
Bundesgebiet	2009	561.171	65.469	11,7	46.983	8,4
	2010	559.032	61.203	10,9	41.865	7,5
	2011	565.824	62.382	11,0	32.529	5,7

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

In Industrie und Handel wurden 25.614 (7,5 %) Neuabschlüsse mit beruflicher Grundbildung oder berufsvorbereitender Qualifizierung gemeldet, im Handwerk waren es 28.158 (18,4 %). Die höchsten Anteile im Handwerk sind bei den Berufsfachschulen ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss zu finden (5,9 %). Auch in Industrie und Handel (4,0 %) weist diese Maßnahme den höchsten Anteil auf.

In den freien Berufen stieg die Zahl der vorherigen Teilnahme an betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen im Vergleich zu 2010 um fast das Doppelte an, von 945 auf 1.773 (bzw. von 2,3 auf 4,3 %). Im Bereich Hauswirtschaft erhöhte sich der Anteil der Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss gegenüber 2010 von 3,8 auf 7,0 %. In der Landwirtschaft ging der Anteil der Neuabschlüsse mit vorherigem schulischen Berufsgrundbildungsjahr um 2,3 Prozentpunkte zurück.

Regionale Unterschiede

Über die Bundesländer und die verschiedenen vorausgegangenen Maßnahmen der berufsvorbereitenden Qualifizierung und beruflichen Grundbildung hinweg zeigen sich deutliche regionale Unterschiede → **Tabelle A4.6.1-2**. Sachsen hat mit 15,3 % den höchsten Anteil an Auszubildenden, die zuvor eine Maßnahme absolviert haben. Direkt dahinter liegen Baden-Württemberg[131] und Niedersachsen (jeweils 14,5 %). Unterdurchschnittliche Anteile weisen Thüringen sowie Hessen auf (beide 7,9 %). Am seltensten haben die Auszubildenden in Bayern zuvor eine Maßnahme absolviert (6,6 %). Auch die Stadtstaaten verzeichnen Werte unter 10 % (Berlin 9,6 %, Bremen 7,6 %, Hamburg 9,0 %).

Im Westen gab es im Vergleich zu 2010 einen leichten Anstieg um 0,5 Prozentpunkte auf 11,0 %, während für den Osten mit 11,4 % ein Rückgang von etwa 1,7 Prozentpunkten gemeldet wurde → **Tabelle A4.6.1-3**. Die Anteile für Ost und West haben sich somit stark angenähert. Noch vor wenigen Jahren hatte es in den östlichen Bundesländern deutlich höhere Anteile bei der vorausgegangenen beruflichen Grundbildung und berufsvorbereitenden Qualifizierung gegeben. Diese stehen bzw. standen im Zusammenhang mit der übrigen Förderlandschaft. Aufgrund des enormen Lehrstellenmangels im östli-

131 In Baden-Württemberg erfolgte durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine Umschlüsselung für das Berufsgrundbildungsjahr, wenn dieses an einer Berufsfachschule absolviert wurde. Deshalb gibt es hier für 2011 keine Meldungen.

Tabelle A4.6.1-4: **Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Berichtsjahr 2011 (Mehrfachnennungen möglich)**

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ohne Hauptschulabschluss	16.281	4.242	26,1	345	2,1	2.283	14,0	1.281	7,9	162	1,0	450	2,8
Hauptschulabschluss	178.980	29.649	16,6	5.097	2,8	7.809	4,4	6.087	3,4	5.175	2,9	7.245	4,0
Realschulabschluss	236.739	20.634	8,7	3.906	1,6	2.475	1,0	1.347	0,6	2.397	1,0	11.262	4,8
Studienberechtigung	129.804	7.191	5,5	1.473	1,1	258	0,2	99	0,1	222	0,2	5.214	4,0
Insgesamt	**565.824**	**62.382**	**11,0**	**10.851**	**1,9**	**12.876**	**2,3**	**8.898**	**1,6**	**8.034**	**1,4**	**24.618**	**4,4**

Quelle: „Datensystem Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

chen Bundesgebiet waren dort in der Vergangenheit stärker als im Westen außerbetriebliche Stellen eingerichtet worden. Überwiegend öffentlich finanzierte Stellen sind an bestimmte Fördervoraussetzungen geknüpft (Eberhard/Ulrich 2010), die nach SGB III § 242 u. a. vorliegen, wenn der/die Auszubildende zuvor an einer berufsvorbereitenden Maßnahme von mindestens 6 Monaten Dauer teilgenommen hat. Somit war die Wahrscheinlichkeit, dass Personen mit entsprechender Vorbildung unter den Neuabschlüssen auftraten, im östlichen Bundesgebiet größer. Der Anteil öffentlich finanzierter Ausbildungsstellen betrug unter den östlichen Neuabschlüssen 2009 noch 23,7 %, im Westen waren es hingegen nur 5,1 %. Auch in 2011 befanden sich noch fast die Hälfte (48,8 %) der Auszubildenden mit vorheriger Berufsvorbereitung oder beruflicher Grundbildung im Osten in einer öffentlich finanzierten Stelle. Im Westen hingegen waren dies nur 12,7 %. Zwar wurden weiterhin relativ viele außerbetriebliche Stellen im Osten gemeldet (13,8 % überwiegend öffentlich finanziert), aber deren Anteil an den Neuabschlüssen hat sich seit 2009 fast halbiert. Gleichzeitig ist der Anteil der Auszubildenden mit berufsvorbereitender oder grundbildender Vorbildung unter den Neuabschlüssen im Osten leicht zurückgegangen und fällt mittlerweile kaum höher aus als im Westen → **Tabelle A4.6.1-3**. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass auch im Osten die Förderung von Ausbildungsplätzen für marktbenachteiligte Jugendliche bereits seit einigen Jahren zurückgefahren wird (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.2.2).

Berufsvorbereitung nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss

Der Besuch einer Maßnahme der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung und der erlangte allgemeinbildende Schulabschluss hängen zusammen: Für Auszubildende mit Neuabschluss, die niedrige allgemeinbildende Schulabschlüsse besitzen, wird häufiger eine vorherige Berufsvorbereitung oder berufliche Grundbildung gemeldet → **Tabelle A4.6.1-4**. So befinden sich unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss 26,1 % (2010: 28,3 %) mit berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung. Auch unter denen mit Hauptschulabschluss machen diese noch 16,6 % (2010: 16,3 %) aus. Unter denen mit Realschulabschluss beträgt der Anteil dagegen nur 8,7 % (2010: 8,4 %). Am geringsten ist mit 5,5 % (2010: 5,1 %) die Anzahl der Personen mit vorheriger Maßnahmenteilnahme unter den Studienberechtigten. Während der Anteil der Personen, die zuvor

Tabelle A4.6.1-5: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2011 (Mehrfachnennungen möglich)**

Personengruppe	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Männer	336.333	39.990	11,9	5.382	1,6	8.127	2,4	5.775	1,7	6.438	1,9	15.954	4,7
Frauen	229.488	22.392	9,8	5.469	2,4	4.749	2,1	3.120	1,4	1.596	0,7	8.664	3,8
Deutsche	532.833	57.591	10,8	9.912	1,9	11.844	2,2	7.881	1,5	7.644	1,4	22.926	4,3
Ausländer/-innen	32.988	4.791	14,5	939	2,8	1.032	3,1	1.017	3,1	390	1,2	1.692	5,1
Insgesamt	**565.824**	**62.382**	**11,0**	**10.851**	**1,9**	**12.876**	**2,3**	**8.898**	**1,6**	**8.034**	**1,4**	**24.618**	**4,4**

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

eine Maßnahme besucht haben, unter denjenigen mit Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und Studienberechtigung gegenüber 2010 leicht angestiegen ist, ist er bei denen ohne Hauptschulabschluss etwas zurückgegangen.

Bei den Neuabschlüssen ohne Hauptschulabschluss spielt die Berufsvorbereitungsmaßahme die größte Rolle (14,0 %). Unter denen mit Hauptschulabschluss sind die Maßnahmen relativ gleich verteilt. Auszubildende mit Realschulabschluss haben am häufigsten die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss besucht (4,8 %), Gleiches gilt für die Studienberechtigten (4,0 %). Erwartungsgemäß absolvierten kaum Studienberechtigte eine Berufsvorbereitungsmaßnahme (0,2 %), ein schulisches Berufsvorbereitungsjahr (0,1 %) oder ein schulisches Berufsgrundbildungsjahr (0,2 %).

Auszubildende nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Die verschiedenen Maßnahmen der Berufsvorbereitung und beruflichen Grundbildung liegen unter den Auszubildenden mit Neuabschluss je nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit unterschiedlich häufig vor → **Tabelle A4.6.1-5**. Der Anteil unter den Männern mit Neuabschluss ist mit 11,9 % etwas höher als unter den Frauen (9,8 %). Bei den Personen mit ausländischem Pass liegt der Anteil bei 14,5 % und damit deutlich höher als bei denen mit deutschem Pass (10,8 %). In allen betrachteten Auszubildendengruppen wurde die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss am häufigsten gemeldet. Beim Vergleich zwischen den Neuabschlussgruppen zeigen sich jedoch Auffälligkeiten: Auszubildende mit ausländischer Staatsangehörigkeit wurden zu 3,1 % mit einem vorangegangenen schulischen Berufsvorbereitungsjahr gemeldet, während diejenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit nur einen Anteil von 1,5 % verzeichnen. Frauen mit Neuabschlussvertrag haben besonders selten das schulische Berufsgrundbildungsjahr absolviert (0,7 %).

(Nicole Lissek)

A4.6.2 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss bei Auszubildenden mit Neuabschluss[132]

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfasst seit der Revision der Berufsbildungsstatistik zu allen Auszubildenden im dualen System den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss E. Die Angaben können seither beliebig mit allen anderen Angaben der Statistik kombiniert werden und haben die Analysemöglichkeiten erheblich erweitert.

E Erfassung des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses in der Berufsbildungsstatistik

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik in 2007[133] wird der höchste allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden als eigenständiges Merkmal neben der vorherigen Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung sowie der vorherigen Berufsausbildung erfasst. Die Schulform, an der der Abschluss erworben wurde, ist dabei unerheblich. Unterschieden werden bei den Auszubildenden folgende Kategorien:

- ohne Hauptschulabschluss
- Hauptschulabschluss
- Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss
- Studienberechtigung
- im Ausland erworbener Abschluss, der den obigen Kategorien nicht zugeordnet werden kann („Restkategorie")

Da es bei den Angaben zu „im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuordenbar ist" 2008 erhebliche Probleme bei der Datenerhebung gab und auch in den Folgejahren noch davon auszugehen ist, dass hier über die eigentliche Abschlussgruppe hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, wird diese Kategorie in den dargestellten Tabellen nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Bis 2006 wurden Angaben zum allgemeinbildenden Schulabschluss nur alternativ zu Abschlüssen an der zuletzt besuchten beruflichen Schule gemeldet (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1). Daten zur schulischen Vorbildung bis 2006 und zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss ab 2007 können daher nur eingeschränkt miteinander verglichen werden. Ein Vergleich der Angaben im Zeitverlauf ist erst ab dem Berichtsjahr 2007 möglich, wobei in den ersten Jahren nach der Revision der Berufsbildungsstatistik Veränderungen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Zeitreihen bis zum Berichtsjahr 2006 finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.1.

Im Berichtsjahr 2011 machen die Jugendlichen mit Hauptschul- und Realschulabschluss weiterhin den Großteil der Neuabschlüsse aus (31,9 %[134] bzw. 42,1 %) → **Tabelle A4.6.2-1**. Auszubildende ohne Hauptschulabschluss sind mit 2,9 % unter den Neuabschlüssen vertreten, Studienberechtigte mit 23,1 %.

Die Entwicklung der Auszubildenden mit Neuabschluss von 2008 bis 2011 zeigt eine Tendenz zu höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen → **Tabelle A4.6.2-2**. Während die Anzahl derjenigen, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, seit 2008 kontinuierlich sinkt (-4,4 %), erhöht sich parallel die Anzahl der Studienberechtigten unter den Neuabschlüssen (+12,1 %). Allerdings gilt es bei der Interpretation zu beachten, dass es im Jahr 2011 in den bevölkerungsreichen Ländern Bayern und Niedersachsen[135] „doppelte Abiturjahrgänge" gab. Der höhere Anteil der Studienberechtigten unter den Auszubildenden mit Neuabschluss kann so zumindest z. T. mit dem Anstieg der Studienberechtigten aus den allgemeinbildenden Schulen – als Nachfrager/-innen dualer Ausbildungsplätze – begründet werden.

132 Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A4.6.2 von Naomi Gericke im BIBB-Datenreport 2012.

133 Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, S. 931), der zum 1. April 2007 in Kraft getreten ist, sind weitreichende Änderungen der Berufsbildungsstatistik eingeleitet worden. Die Erhebung der statistischen Ämter ist in § 88 BBiG geregelt. Die frühere Aggregatdatenerhebung wurde in 2007 auf eine Individualdatenerfassung umgestellt und erhielt einen ausgeweiteten Merkmalskatalog (**http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Ab10_revision.pdf**).

134 In dieser Darstellung sind die Abschlüsse der Kategorie „im Ausland erworben und nicht einer der anderen Abschlüsse zuordenbar" von der Prozentuierung ausgenommen, da davon auszugehen ist, dass hier auch fehlende Angaben enthalten sind. Andere Darstellungen (z. B. Klaukien 2011) weisen hingegen auch diese Meldungen prozentual aus.

135 In Bayern stieg die Zahl der Absolventen/Abgänger mit allgemeiner Hochschulreife von 35.719 im Jahr 2010 auf 68.880 im Jahr 2011 und in Niedersachsen im gleichen Zeitraum von 24.973 auf 42.105 (vgl. Statistisches Bundesamt 2012a).

Tabelle A4.6.2-1: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Region 2011**

Region	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben[1]	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	78.945	1.545	2,0	27.210	34,6	35.205	44,7	14.742	18,7	240	–
Bayern	98.370	2.367	2,4	42.171	43,0	40.878	41,6	12.732	13,0	222	–
Berlin	17.922	723	4,1	4.944	28,2	6.453	36,8	5.415	30,9	390	–
Brandenburg	12.123	780	6,4	3.141	25,9	4.935	40,7	3.267	27,0	3	–
Bremen	6.072	144	2,4	1.302	21,6	2.454	40,7	2.136	35,4	36	–
Hamburg	13.713	384	2,8	3.270	23,9	4.869	35,6	5.163	37,7	24	–
Hessen	40.611	1.329	3,3	12.225	30,2	16.725	41,3	10.239	25,3	93	–
Mecklenburg-Vorpommern	8.886	624	7,0	2.385	26,8	4.140	46,6	1.734	19,5	3	–
Niedersachsen	61.176	1.557	2,6	16.506	27,3	29.388	48,6	13.017	21,5	708	–
Nordrhein-Westfalen	126.501	3.570	2,9	34.122	27,4	45.621	36,7	41.079	33,0	2.106	–
Rheinland-Pfalz	28.827	609	2,1	10.563	36,8	11.865	41,3	5.694	19,8	96	–
Saarland	7.692	273	3,6	2.841	37,1	2.409	31,4	2.139	27,9	24	–
Sachsen	20.115	738	3,7	4.872	24,2	10.452	52,0	4.050	20,1	3	–
Sachsen-Anhalt	12.411	747	6,0	2.895	23,4	6.588	53,2	2.166	17,5	18	–
Schleswig-Holstein	20.880	516	2,5	7.623	36,6	8.742	42,0	3.945	18,9	51	–
Thüringen	11.577	375	3,2	2.907	25,1	6.009	51,9	2.283	19,7	3	–
Ost	83.037	3.987	4,8	21.144	25,6	38.574	46,7	18.912	22,9	420	–
West	482.787	12.297	2,6	157.836	32,9	198.162	41,4	110.889	23,1	3.603	–
Bundesgebiet	**565.824**	**16.281**	**2,9**	**178.980**	**31,9**	**236.739**	**42,1**	**129.804**	**23,1**	**4.020**	–

[1] Unter „keine Angaben" fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Betrachtet man die Auszubildenden mit Neuabschluss differenziert nach den einzelnen Zuständigkeitsbereichen, so zeigt sich, dass die Bereiche durch unterschiedliche allgemeinbildende Schulabschlüsse geprägt sind →**Tabelle A4.6.2-2**. In allen Bereichen hat der Anteil der Studienberechtigten im Vergleich zu 2010 zugenommen. Die höchsten Anteile an Studienberechtigten wurden in den Bereichen öffentlicher Dienst (46,8 %), Industrie und Handel (29,3 %) sowie in den freien Berufen (25,7 %) gemeldet. Das parallele Absinken der Anteile der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss in fast allen Bereichen setzt sich auch im Jahr 2011 fort. Lediglich in den Bereichen Landwirtschaft (von 8,8 auf 9,0 %) und freie Berufe (von 0,6 auf 0,9 %) stieg der Anteil der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss gegenüber dem Vorjahr leicht an. Im Bereich Hauswirtschaft lässt sich die Höherqualifizierung an den Hauptschulabschlusszahlen festmachen: Während hier 2008 noch 36,2 % keinen Hauptschulabschluss erlangten, waren es 2011 nur noch 28,9 %. Gleichzeitig hat sich hier der Anteil der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss von 48,1 auf 58,3 % erhöht.

In den Bundesländern sind die allgemeinbildenden Schulabschlüsse unter den Auszubildenden mit Neuabschluss sehr unterschiedlich verteilt. Bei den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss fällt eine deutliche Ost-West-Diskrepanz auf →**Tabelle A4.6.2-1**: Im Osten liegt der Wert bei insgesamt 4,8 %. Im Westen ist

Tabelle A4.6.2-2: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Zuständigkeitsbereich[1], Bundesgebiet 2008 bis 2011**

Zuständigkeitsbereich[1]	Berichtsjahr	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
			ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben[2]	
		absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	2011	342.912	7.869	2,3	84.210	24,8	148.278	43,6	99.486	29,3	3.069	–
	2010	332.571	8.163	2,5	84.591	25,7	147.882	44,9	88.965	27,0	2.970	–
	2009	332.232	8.436	2,6	82.701	25,6	145.926	45,3	85.389	26,5	9.780	–
	2008	365.211	6.465	2,0	79.650	24,9	143.937	45,1	89.322	28,0	45.840	–
Handwerk	2011	152.838	5.877	3,9	79.278	52,0	55.050	36,1	12.279	8,1	354	–
	2010	154.839	6.474	4,2	82.710	53,5	54.681	35,4	10.743	6,9	231	–
	2009	155.589	8.070	5,2	83.448	53,7	54.135	34,8	9.729	6,3	207	–
	2008	166.941	9.243	5,5	89.106	53,4	58.140	34,9	10.230	6,1	219	–
Öffentlicher Dienst	2011	12.195	30	0,2	483	4,0	5.976	49,0	5.697	46,8	9	–
	2010	12.960	36	0,3	561	4,3	6.783	52,4	5.577	43,0	3	–
	2009	13.500	15	0,1	618	4,6	7.239	53,7	5.619	41,7	12	–
	2008	12.639	42	0,3	615	4,9	7.026	55,7	4.938	39,1	18	–
Landwirtschaft	2011	13.602	1.218	9,0	6.180	45,7	4.224	31,2	1.896	14,0	84	–
	2010	14.253	1.251	8,8	6.369	45,0	4.848	34,3	1.683	11,9	102	–
	2009	15.006	1.548	10,4	6.897	46,2	4.842	32,5	1.635	11,0	87	–
	2008	16.131	1.926	12,0	6.786	42,4	5.637	35,2	1.671	10,4	114	–
Freie Berufe	2011	41.031	351	0,9	6.936	17,1	22.842	56,4	10.401	25,7	501	–
	2010	40.860	252	0,6	6.576	16,3	23.808	58,9	9.756	24,2	465	–
	2009	40.917	255	0,6	6.417	15,9	24.159	59,7	9.609	23,8	477	–
	2008	42.513	231	0,6	6.702	16,1	25.197	60,4	9.594	23,0	786	–
Hauswirtschaft	2011	3.246	936	28,9	1.890	58,3	372	11,5	45	1,4	6	–
	2010	3.546	1.029	29,1	2.016	57,0	444	12,6	45	1,3	9	–
	2009	3.924	1.122	29,2	2.211	57,5	462	12,0	51	1,3	81	–
	2008	4.134	1.473	36,2	1.956	48,1	588	14,5	51	1,3	66	–
Insgesamt	**2011**	**565.824**	**16.281**	**2,9**	**178.980**	**31,9**	**236.739**	**42,1**	**129.804**	**23,1**	**4.020**	–
	2010	**559.032**	**17.208**	**3,1**	**182.823**	**32,9**	**238.449**	**42,9**	**116.769**	**21,0**	**3.783**	–
	2009	**561.171**	**19.443**	**3,5**	**182.286**	**33,1**	**236.763**	**43,0**	**112.032**	**20,3**	**10.644**	–
	2008	**607.566**	**19.380**	**3,5**	**184.815**	**33,0**	**240.522**	**42,9**	**115.803**	**20,7**	**47.046**	–

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Seit 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

[2] Unter „keine Angaben" fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2008 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

der Anteil mit 2,6 % nur etwa halb so groß. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt weisen mit mindestens 6 % überdurchschnittlich hohe Anteile ohne Hauptschulabschluss auf.

In Bayern wurde der höchste Anteil an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss gemeldet (43,0 %). Sachsen-Anhalt weist den größten Anteil an Auszubildenden mit Realschulabschluss auf (53,2 %) und Hamburg den größten Anteil Studienberechtigter (37,7 %). Dem hohen Hauptschulabschlussanteil in Bayern steht ein sehr niedriger Anteil an Studienberechtigten gegenüber (13,0 %). Zwar gibt es in Bayern eine deutliche Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr, dies hängt jedoch mit den bereits erwähnten doppelten Abiturjahrgängen zusammen.

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Personengruppen

Im Vergleich zum Berichtsjahr 2010 haben sich die allgemeinbildenden Abschlüsse unter den Auszubildenden mit Neuabschluss in allen betrachteten Gruppen leicht erhöht (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Tabelle A4.6.2-3).

Frauen verlassen die allgemeinbildenden Schulen deutlich häufiger mit dem Erwerb einer Studienberechtigung als Männer und seltener ohne Hauptschulabschluss (vgl. Statistisches Bundesamt 2012). Unter den Auszubildenden mit Neuabschluss verzeichnen die jungen Frauen ebenfalls höhere allgemeinbildende Abschlüsse als ihre männlichen Auszubildendenkollegen → **Tabelle A4.6.2-3**. Während bei den Frauen annähernd 30 % eine Studienberechtigung haben, sind es bei den Männern nur knapp 20 %. Hingegen ist der Anteil mit Hauptschulabschluss unter den Männern deutlich höher (36,2 %) als unter den Frauen (25,4 %).

Unter den Auszubildenden mit Neuabschluss, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, bringt ein deutlich geringerer Anteil eine Studienberechtigung mit (12,6 %) als bei denen mit deutschem Pass (23,7 %). Mehr als die Hälfte (54,8 %) der Auszubildenden mit ausländischem Pass verfügt höchstens über einen Hauptschulabschluss. Bei denen mit deutscher Staatsangehörigkeit machen diese nur etwa ein Drittel (33,5 %) aus. Diese Verteilung ist auch ein Spiegelbild der allgemeinbildenden Abschlüsse insgesamt: Die allgemeine Hochschulreife erreichten 2011 nur ein Sechstel aller ausländischen Absolventinnen und Absolventen, unter den Deutschen waren es hingegen mehr als ein Drittel (vgl. Statistisches Bundesamt 2012).

Auszubildende ohne Hauptschulabschluss

Im Jahr 2011 gab es unter den Auszubildenden mit Neuabschluss 16.281 Verträge von Personen ohne Hauptschulabschluss, was einem Anteil von 2,9 % entspricht und somit eine fortschreitende rückläufige Entwicklung zeigt → **Tabelle A4.6.2-1**. Die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss sind mit durchschnittlich 20,3 Jahren relativ alt. Wie bereits oben erwähnt, ist der Anteil der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss im Westen nur halb so groß wie im Osten (2,6 bzw. 4,8 %). Die meisten (28,9 %) sind im Zuständigkeitsbereich Hauswirtschaft vertreten → **Tabelle A4.6.2-2**. Sie gelangen kaum in die Bereiche öffentlicher Dienst (0,2 %) oder freie Berufe (0,9 %). In den Berufen für Menschen mit Behinderung ist der Anteil der Auszubildenden mit

Tabelle A4.6.2-3: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2011**

Personengruppe	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben[1]	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Männer	336.333	11.052	3,3	121.128	36,2	137.448	41,1	64.578	19,3	2.130	–
Frauen	229.488	5.229	2,3	57.852	25,4	99.291	43,6	65.226	28,7	1.893	–
Deutsche	532.833	14.883	2,8	162.621	30,7	226.170	42,7	125.709	23,7	3.453	–
Ausländer/-innen	32.988	1.398	4,3	16.359	50,5	10.569	32,6	4.095	12,6	570	–
Insgesamt	**565.824**	**16.281**	**2,9**	**178.980**	**31,9**	**236.739**	**42,1**	**129.804**	**23,1**	**4.020**	**–**

[1] Unter „keine Angaben" fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.2-4: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Berufsgruppen[1], Bundesgebiet 2011**

Berufsgruppe[1]	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben[2]	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Produktionsberufe	230.856	8.865	3,9	95.727	41,7	97.980	42,7	27.129	11,8	1.158	–
Dienstleistungsberufe	334.965	7.419	2,2	83.253	25,1	138.759	41,8	102.675	30,9	2.865	–
Primäre Dienstleistungsberufe	235.293	6.498	2,8	74.256	31,8	97.488	41,8	55.140	23,6	1.911	–
Sekundäre Dienstleistungsberufe	99.672	921	0,9	8.997	9,1	41.268	41,8	47.535	48,2	951	–
Technikberufe	145.686	2.217	1,5	37.602	25,9	74.586	51,5	30.555	21,1	726	–
Neue Berufe	65.676	1.434	2,2	13.185	20,3	27.618	42,4	22.866	35,1	573	–
Zweijährige Berufe[3]	51.660	2.688	5,3	30.432	59,5	15.936	31,2	2.100	4,1	504	–
Berufe für Menschen mit Behinderung	11.625	4.575	40,0	6.567	57,4	282	2,5	18	0,2	183	–
Ausbildungsberufe insgesamt	**565.824**	**16.281**	**2,9**	**178.980**	**31,9**	**236.739**	**42,1**	**129.804**	**23,1**	**4.020**	**–**

[1] Erläuterungen zur Untergliederung der Berufsgruppen siehe **Kapitel A4.4**.
[2] Unter „keine Angaben" fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.
[3] Zweijährige Berufe ohne Berufe für Menschen mit Behinderung.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.2-5: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2011**

Ausbildungsberufe[1]	Auszubildende ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss	Anteil an Auszubildenden des Berufs[2]
	Anzahl[3]	in %	in %
Verkäufer/-in	939	5,8	3,4
Hauswirtschaftshelfer/-in (§ 66 BBiG)	780	4,8	51,0
Werker/-in im Gartenbau/Gartenbauhelfer/-in (§ 66 BBiG)	600	3,7	46,4
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	537	3,3	1,6
Beikoch/Beiköchin (36 Monate) (§ 66 BBiG)	531	3,3	34,8
Maler/-in und Lackierer/-in	528	3,2	6,2
Friseur/-in	504	3,1	4,1
Koch/Köchin	477	2,9	4,0
Fachlagerist/-in	456	2,8	7,6
Bau- und Metallmaler/-in (§ 42m HwO)	387	2,4	49,8

[1] Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.
[2] Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.
[3] Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.2-6: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2011**

Ausbildungsberufe[1]	Auszubildende mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Hauptschulabschluss	Anteil an Auszubildenden des Berufs[2]
	Anzahl[3]	in %	in %
Verkäufer/-in	15.276	8,5	56,0
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	11.631	6,5	35,4
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	8.145	4,6	40,2
Friseur/-in	7.914	4,4	63,7
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	7.395	4,1	72,1
Koch/Köchin	6.201	3,5	51,7
Maler/-in und Lackierer/-in	6.147	3,4	72,5
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	5.598	3,1	55,6
Fachkraft für Lagerlogistik	4.455	2,5	41,8
Metallbauer/-in	4.440	2,5	61,1

[1] Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.
[2] Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.
[3] Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Hauptschulabschluss mit 40,0 % sehr hoch. In den sogenannten „sekundären Dienstleistungsberufen" (**vgl. Kapitel A4.4**) wurden hingegen sehr wenige Auszubildende mit diesem Schulabschluss gemeldet (0,9 %) → **Tabelle A4.6.2-4**.

Unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss ist der Beruf „Verkäufer/-in" mit 939 Verträgen und einem Anteil von 5,8 % am stärksten besetzt → **Tabelle A4.6.2-5**. Allerdings macht diese Schulabschlussgruppe nur einen sehr geringen Anteil (3,4 %) der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Beruf „Verkäufer/-in" insgesamt aus. Unter den am stärksten besetzten Berufen der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss befinden sich auch 4 Berufe für Menschen mit Behinderung. Diese decken die Bereiche Hauswirtschaft, Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie Handwerk ab. Die hier abgebildeten Berufe nach § 66 BBiG und § 42 m HWO sind zum Großteil mit Auszubildenden besetzt, die über keinen Hauptschulabschluss verfügen. Insgesamt bilden die 10 Berufe in → **Tabelle A4.6.2-5** nur ein gutes Drittel aller Berufe ab, welche die Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss 2011 ergriffen haben. Es scheint daher in dieser Vorbildungsgruppe – trotz des geringen Umfangs – eine recht breite Streuung der Ausbildungsberufe zu geben. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich kaum Veränderungen. Die meisten Rangplätze bleiben relativ stabil.

Auszubildende mit Hauptschulabschluss

Unter allen Auszubildenden mit Neuabschluss 2011 bringt fast ein Drittel (178.980) einen Hauptschulabschluss mit → **Tabelle A4.6.2-1**. Im östlichen Bundesgebiet beträgt dieser Anteil allerdings nur etwa ein Viertel. Die Mehrheit der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss ist männlich und mit durchschnittlich 19,6 Jahren deutlich junger als die Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss → **Tabelle A4.6.2-3**.

Auszubildende mit Hauptschulabschluss machen sehr hohe Anteile in den Bereichen Handwerk (52,0 %) und Hauswirtschaft (58,3 %) aus → **Tabelle A4.6.2-2**. Im Bereich öffentlicher Dienst ist seit mehreren Jahren eine Entwicklung hin zu immer weniger Auszubildenden mit Hauptschulabschluss (2011: 4,0 %) zu erkennen. Während im Bereich der freien Berufe bisher nicht einmal 1,0 % an Auszubil-

denden ohne Hauptschulabschluss erreicht wurde, erscheint der Zugang für Auszubildende mit Hauptschulabschluss deutlich leichter; deren Anteil beläuft sich auf 17,1 % – Tendenz leicht steigend.

Unter den Berufen für Menschen mit Behinderung haben mehr als die Hälfte der Auszubildenden einen Hauptschulabschluss → **Tabelle A4.6.2-4**. Außerdem sind unter den zweijährigen Berufen (ohne Berufe für Menschen mit Behinderung) knapp 60 % mit Hauptschulabschluss gemeldet. Des Weiteren macht diese Schulabschlussgruppe unter den Produktionsberufen einen Anteil von mehr als 40 % aus. Auch unter den Dienstleistungsberufen hat jeder vierte einen Hauptschulabschluss. Hier muss allerdings nach primären (31,8 %) und sekundären Dienstleitungsberufen (9,1 %) differenziert werden. Bei den Technikberufen sind die Hauptschulabschlussanteile mit 25,9 % relativ hoch.

Wie auch bei den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss ist bei denjenigen mit Hauptschulabschluss der Beruf „Verkäufer/-in“ am stärksten besetzt. Dieser umfasst einen Anteil von 8,5 % aller Auszubildenden mit Hauptschulabschluss → **Tabelle A4.6.2-6**. Zudem machen die Jugendlichen mit Hauptschulabschluss auch den Großteil aller Auszubildenden des Berufs „Verkäufer/-in“ aus (56,0 %). Noch weitaus stärker mit Hauptschulabschluss besetzt sind jedoch die Berufe „Maler/-in und Lackierer/-in“ (72,5 %), „Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk“ (72,1 %) sowie „Friseur/-in“ (63,7 %). Alle 10 Berufe bilden insgesamt 43,1 % aller Auszubildenden mit Hauptschulabschluss ab. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich kaum nennenswerte Änderungen in der Rangliste der stark besetzten Berufe. Zu beachten ist hier allerdings, dass der Beruf „Fachkraft für Lagerlogistik“ kein Nachfolgeberuf des im Vorjahr auf Platz 10 stehenden Berufs „Fachlagerist/-in“ ist. Es handelt sich hier um 2 verschiedene Ausbildungsberufe, die nicht miteinander verwechselt werden dürfen.

Auszubildende mit Realschulabschluss

Über einen Realschulabschluss verfügen im Jahr 2011 236.739 Auszubildende mit Neuabschluss, was einen Anteil von 42,1 % und damit weiterhin die größte Gruppe unter den Neuabschlüssen darstellt → **Tabelle A4.6.2-1**. Die Anteile in Ost und West weichen leicht voneinander ab. Der Anteil der weiblichen Auszubildenden mit Realschulabschluss (43,6 %) liegt leicht über dem Anteil der männlichen Auszubildenden (41,1 %) → **Tabelle A4.6.2-3**. Auch die ausländischen Auszubildenden mit Neuabschluss weisen mit 32,6 % einen hohen Anteil an Personen mit Realschulabschluss auf (gegenüber 42,7 % der deutschen). Das Durchschnittsalter beträgt 19,5 Jahre. In den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen verfügen die freien Berufe über einen besonders hohen Anteil an Auszubildenden mit Realschulabschluss (56,4 %). Dieser Anteil ist in den letzten Jahren leicht, aber kontinuierlich zurückgegangen → **Tabelle A4.6.2-2**. Auch im Bereich öffentlicher Dienst hat knapp die Hälfte einen Realschulabschluss (49 %). Die Tendenz ist hier ebenfalls seit Jahren sinkend. In der Hauswirtschaft befinden sich – aufgrund des übermäßig hohen Anteils an Personen mit und ohne Hauptschulabschluss – nur 11,5 % mit Realschulabschluss.

Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit dominieren die Auszubildenden mit Realschulabschluss auch in den meisten Berufsgruppen → **Tabelle A4.6.2-4**. Der höchste Anteil an Auszubildenden mit Realschulabschluss wurde in den Technikberufen gemeldet (51,5 %). Der Beruf „Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“ ist am stärksten besetzt und verzeichnet einen Anteil von 6,8 % an allen Auszubildenden mit Realschulabschluss → **Tabelle A4.6.2-7**.

Folgende Berufe haben Anteile von über 50 % gemessen an allen Auszubildenden: „Medizinische/-r Fachangestellte/-r“ (66,2 %), „Industriemechaniker/-in“ (63,0 %), „Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r“ (57,7 %) sowie Bürokaufmann/-kauffrau“ (57,3 %). Hier spiegelt sich auch der hohe Anteil der Auszubildenden mit Realschulabschluss im Bereich der freien Berufe wider. So machen allein diejenigen, welche mit Realschulabschluss einen Vertrag in den Berufen „Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r“ oder „Medizinische/-r Fachangestellte/-r“ neu abgeschlossen haben, bereits 38,5 % der freien Berufe insgesamt aus. Der Anteil der 10 am stärksten besetzten Berufe derjenigen mit Realschulabschluss an allen Auszubildenden mit Realschulabschluss ist kaum höher. Er liegt bei 39,0 %, was für ein relativ

Tabelle A4.6.2-7: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2011**

Ausbildungsberufe[1]	Auszubildende mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Realschulabschluss	Anteil an Auszubildenden des Berufs[2]
	Anzahl[3]	in %	in %
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	16.092	6,8	49.0
Bürokaufmann/-kauffrau	11.745	5,0	57,3
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	10.212	4,3	50,4
Verkäufer/-in	9.651	4,1	35,4
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	9.447	4,0	66,2
Industriemechaniker/-in	8.871	3,7	63,0
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	7.185	3,0	45,4
Industriekaufmann/-kauffrau	6.669	2,8	33,0
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	6.174	2,6	57,7
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	6.168	2,6	50,8

[1] Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.
[2] Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.
[3] Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

breites Berufsspektrum spricht. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Rangfolge der einzelnen Berufe nur unwesentlich verändert.

Auszubildende mit Studienberechtigung

Auf Bundesebene verfügen im Jahr 2011 129.804 Auszubildende mit Neuabschluss über eine Studienberechtigung (23,1 %) → **Tabelle A4.6.2-1**. Im Mittel sind diese Auszubildenden 21,4 Jahre alt. Im Ost-West-Vergleich lassen sich nur marginale Unterschiede feststellen. Deutlicher unterscheiden sich die Anteile der Studienberechtigten unter den Auszubildenden mit Neuabschluss jedoch auf Bundeslandebene. Sehr hohe Anteile Studienberechtigter verzeichnen die Stadtstaaten Hamburg (37,7 %), Bremen (35,4 %) und Berlin (30,9 %). Auch das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen weist einen Anteil von 33,0 % auf. Äußerst gering ist dagegen der Anteil in Bayern (13,0 %).

Unter den männlichen bzw. weiblichen Auszubildenden mit Neuabschluss besitzen wesentlich mehr Frauen als Männer eine Studienberechtigung → **Tabelle A4.6.2-3**. Von den Auszubildenden mit Neuabschluss ohne deutschen Pass haben nur 12,6 % die Studienberechtigung erlangt. Auszubildende mit deutscher Staatsangehörigkeit erreichen hingegen einen Anteil von 23,7 %.

Unter den Zuständigkeitsbereichen fällt der öffentliche Dienst mit einem hohen Anteil Studienberechtigter auf (46,8 %), aber auch die Anteile in Industrie und Handel (29,3 %) sowie den freien Berufen (25,7 %) sind relativ hoch und seit Jahren steigend → **Tabelle A4.6.2-2**. Im Handwerk verfügen weniger als 10 % aller Auszubildenden mit Neuabschluss über eine Studienberechtigung und im Bereich Hauswirtschaft nur etwas über 1 %.

Unter den Technikberufen finden sich mit 21,1 % relativ viele Studienberechtigte → **Tabelle A4.6.2-4**. Die sekundären Dienstleistungsberufe können mit einem besonders hohen Anteil an Studienberechtigten aufwarten (48,2 %). Unter den zweijährigen Berufen ist der Anteil der Studienberechtigten eher niedrig (4,1 %). Bei den Berufen für Menschen mit Behinderung ist der Anteil mit 0,2 % verschwindend gering. Auch die Produktionsberufe melden relativ wenig Studienberechtigte (11,8 %).

Tabelle A4.6.2-8: **Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2011**

Ausbildungsberufe[1]	Auszubildende mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden mit Studienberechtigung	Anteil an Auszubildenden des Berufs[2]
	Anzahl[3]	in %	in %
Industriekaufmann/-kauffrau	12.972	10,0	64,2
Bankkaufmann/-kauffrau	9.903	7,6	72,7
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	7.638	5,9	48,3
Bürokaufmann/-kauffrau	5.850	4,5	28,5
Fachinformatiker/-in	5.706	4,4	58,7
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	4.572	3,5	13,9
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	4.041	3,1	33,3
Steuerfachangestellte/-r	3.915	3,0	61,8
Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen	3.840	3,0	65,9
Kaufmann/Kauffrau für Spedition und Logistikdienstleistung	3.255	2,5	54,8

[1] Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.
[2] Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.
[3] Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Die Liste der 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe von Auszubildenden mit Neuabschluss und Studienberechtigung unterscheidet sich stark von den Ranglisten derjenigen mit niedrigeren Schulabschlüssen → **Tabelle A4.6.2-8**. Der Beruf „Industriekaufmann/-kauffrau" ist unter den Auszubildenden mit Studienberechtigung deutlich am stärksten besetzt. Er macht ein Zehntel aller Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung aus und vereint 64,2 % aller Auszubildenden des Berufs insgesamt auf sich. Der Studienberechtigtenanteil dieses Berufs nimmt damit weiter zu. Noch stärker durch Studienberechtigte geprägt ist der Beruf auf Platz 2 „Bankkaufmann/-kauffrau" (72,7 %). Außerdem zeigen sich Anteile von über 50,0 % Studienberechtigten in den folgenden Berufen: „Fachinformatiker/-in" (58,7 %), „Steuerfachangestellte/-r" (61,8 %), „Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen" (65,9 %) sowie an letzter Stelle „Kaufmann/Kauffrau für Spedition und Logistikdienstleistung" (54,8 %). Die 10 am stärksten besetzten Berufe decken bereits fast die Hälfte aller Berufe ab, die Studienberechtigte im dualen System ergreifen. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich, dass der Beruf „Hotelfachmann/-fachfrau" nicht mehr unter die 10 am stärksten besetzten Berufe fällt. An dessen Stelle ist der Beruf „Kaufmann/Kauffrau für Spedition und Logistikdienstleistung" getreten.

(Nicole Lissek)

A4.6.3 Studienberechtigte mit dualer Berufsausbildung

Mit rund 492.700 neu eingeschriebenen Studentinnen und Studenten wurde im Studienjahr 2012 (Sommersemester 2012 und Wintersemester 2012/2013) nach dem Rekordhoch im Studienjahr 2011 (515.800) die zweithöchste Zahl an Erstsemestern erreicht.[136] Die Studienanfängerquote, die den Anteil der Studienanfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung wiedergibt, weist mit 54,7 % einen Höchststand auf. Weiterhin attraktiv ist für Studienberechtigte[137] jedoch seit vielen Jahren auch die Aufnahme einer Berufsausbildung im dualen System von Betrieb und Berufsschule.[138] Nach Daten der Berufsbildungsstatistik[139] haben im Ausbildungsjahr 2011 rund 129.800 junge Leute mit Fachhochschul- oder Hochschulreife eine Berufsausbildung im dualen System begonnen; etwa die Hälfte davon sind Frauen (65.226). Mit Hochschulzugangsberechtigten wurde somit knapp ein Viertel (23,1 %) der im Jahr 2011 neu abgeschlossenen dualen Ausbildungsverträge geschlossen → **Tabelle A4.6.3-1**.

In den alten Ländern fingen fast 110.900 Studienberechtigte eine duale Berufsausbildung an, rund 18.900 waren es in den neuen Ländern. Kaum Unterschiede gab es beim Anteil der Studienberechtigten an den Neuverträgen in den beiden Landesteilen. Dagegen liegt dieser Anteilswert bei den Frauen mit

Tabelle A4.6.3-1: **Studienberechtigte mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Berichtsjahr 2011 nach Ausbildungsbereichen, alten und neuen Ländern[1] und Geschlecht; Anzahl und Anteil (in %) an den Neuverträgen[2]**

Ausbildungsbereich[3]	Insgesamt		Alte Länder		Neue Länder		Männer		Frauen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	99.486	29,3	86.163	30,0	13.323	25,5	52.296	25,9	47.190	34,2
Handwerk	12.279	8,1	10.089	7,6	2.190	11,2	7.761	6,8	4.518	12,0
Öffentlicher Dienst	5.697	46,8	4.275	44,2	1.419	56,6	1.773	40,5	3.921	50,2
Landwirtschaft	1.896	14,0	1.626	15,1	273	9,9	1.227	11,7	669	21,9
Freie Berufe	10.401	25,7	8.694	24,2	1.707	37,5	1.518	61,6	8.883	23,3
Hauswirtschaft	45	1,4	42	1,8	0	–	3	1,1	42	1,4
Insgesamt	**129.804**	**23,1**	**110.889**	**23,1**	**18.912**	**22,9**	**64.578**	**19,3**	**65.226**	**28,7**

[1] Neue Länder einschließlich Berlin.
[2] Prozentuierung ohne Einbeziehung der Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar" zur schulischen Vorbildung; darüber hinaus ist davon auszugehen, dass hierin auch fehlende Angaben gemeldet worden sind.
[3] Seit dem Berichtsjahr 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3, Berufliche Bildung 2011 sowie „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

136 Wichtige Gründe sind u. a. die 2011 erfolgte Aussetzung der Wehrpflicht sowie doppelte Abiturjahrgänge in bevölkerungsstarken Bundesländern. 2011 gab es doppelte Jahrgänge in Bayern und Niedersachsen, 2012 in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen.

137 Der Begriff „Studienberechtigte" bzw. „Abiturienten" wird hier synonym gebraucht für Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Sekundarstufe II mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife oder Fachhochschulreife.

138 Zur Entwicklung seit den 1990er-Jahren vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.2 sowie Herget 1997.

139 Datengrundlage ist die Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 3: Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2011 (vgl. Statistisches Bundesamt 2012).

28,7 % um 10 Prozentpunkte über dem der Männer (19,3 %). Des Weiteren zeigen sich teils beachtliche Unterschiede zwischen sowie auch in den Ausbildungsbereichen bezüglich der mit Studienberechtigten neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Überdurchschnittlich oft haben junge Leute mit Abitur in den Bereichen öffentlicher Dienst, Industrie und Handel sowie in freien Berufen eine duale Ausbildung begonnen. Mit Blick auf die Berufe ganz vorne in der Gunst der Abiturientinnen und Abiturienten lagen vor allem kaufmännische und Dienstleistungsberufe; verstärkt entschieden sie sich auch für informationstechnische Berufe und Medienberufe (**vgl. Kapitel A4.6.2**).

Ausbildungsabsichten von Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2012 ein halbes Jahr vor Schulabgang

Hinweise darauf, wie attraktiv aktuell eine nicht akademische Berufsausbildung für angehende Studienberechtigte des Schulabschlussjahrgangs 2011/2012 ist, gibt eine Repräsentativerhebung des HIS-Instituts für Hochschulforschung (HIS-HF). Nahezu 34.000 Schüler/-innen wurden im Dezember 2011 rund ein halbes Jahr vor Schulabgang und dem Erwerb der Fachhochschul-/Hochschulreife u. a. zu ihren weiteren Studien- und Ausbildungsplänen befragt. Grundsätzlich ist dabei zu beachten, dass es sich bei den erhobenen Angaben zum angestrebten Ausbildungs- und Berufsweg um Absichten der angehenden Studienberechtigten zum Zeitpunkt der Befragung handelt. Der oft mehrjährige Prozess der Entscheidungsfindung ist komplex und von Übergängen begleitet (Lörz/Quast/Woisch 2011, S. 13 ff.). Nicht immer werden die Pläne später auch tatsächlich umgesetzt; geänderte persönliche Lebensumstände und Lebensplanung oder fehlende Ausbildungsplatzangebote oder Zugangsbeschränkungen im Hochschulbereich können dafür ursächlich sein.[140]

Wie frühere Entlassjahrgänge strebt auch ein größerer Teil der künftigen Studienberechtigten des Jahres 2012 nach dem Schulabgang eine nicht akademische Berufsausbildung[141] an, entscheidet sich also (zunächst) gegen das sofortige Einlösen der Studienoption → **Tabelle A4.6.3-2**. Etwas mehr als ein Fünftel der Befragten (22 %) plant danach, „auf jeden Fall“ bzw. sehr „wahrscheinlich“ eine berufliche Ausbildung zu absolvieren. Bezieht man zudem noch jene mit ein, die „eventuell“ eine solche aufnehmen wollen (17 %), wächst die Bandbreite für den Qualifizierungsschritt Berufsausbildung auf 39 % an. Ein Drittel der Studienberechtigten äußerte ein halbes Jahr vor dem Erlangen der Hochschulreife indes keine feste Berufsausbildungsabsicht (34 %), weitere 27 % schließen dies sogar ausdrücklich aus.

Weibliche Studienberechtigte streben nach dem Schulabgang häufiger als männliche das Ziel „Berufsausbildung“ an – so reicht die Spannweite der geplanten Aufnahme einer Berufsausbildung bei Frauen von 24 % mit fester Absicht (auf jeden Fall/wahrscheinlich) bis 41 % (auf jeden Fall/wahrscheinlich bzw. eventuell). Die vergleichbaren Anteile der Männer für diesen Qualifizierungsschritt liegen niedriger bei 20 % bzw. 35 %. Eine feste Berufsausbildungsabsicht äußerten weiterhin deutlich häufiger die Befragten, die eine Fachhochschulreife anstreben (31 %), als jene mit Hochschulreife (19 %). In den alten (22 %) und neuen Ländern (20 %) liegen die Anteile mit fester Berufsbildungsabsicht nahe beieinander. In den neuen Ländern (20 %) fällt jedoch die Gruppe etwas größer aus, die eine Berufsausbildung „eventuell“ in Betracht zieht, als in Westdeutschland (16 %).

Die Studie der HIS-HF erfasste zudem auch vorhandene Berufsbildungsabschlüsse der angehenden Studienberechtigten des Entlassjahres 2012, die diese schon vor/mit dem Schulabgang erworben hatten. Wie → **Tabelle A4.6.3-3** ausweist, haben insgesamt rund 14 % der Befragten bereits vor dem Erwerb der Hochschulreife eine betriebliche, schulische oder Beamtenausbildung erfolgreich absolviert. Männer besaßen dabei mit 17 % häu-

140 Für Befunde zu Informationsverhalten, zum Entscheidungsprozess der Ausbildungs- und Studienwahl oder deren spätere Realisierung von Studienberechtigten früherer Entlassjahrgänge vgl. Lörz/Quast/Woisch 2011 sowie Heine/Willich/Schneider 2010.

141 Die Erhebung erlaubt keine weitere Differenzierung nach der Art der angestrebten Ausbildung. Zur Berufsausbildung gehören hier also die betriebliche Ausbildung im dualen System, die schulischen Ausbildungen an Berufsfachschulen, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens, der Besuch von Berufsakademien sowie die gehobene Beamtenausbildung (Verwaltungsfachhochschule).

Tabelle A4.6.3-2: **Berufsausbildungsabsicht von Studienberechtigten des Entlassjahres 2012 nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und regionaler Herkunft[1] (in %)**

Aufnahme einer Berufsausbildung beabsichtigt[1]	Insgesamt	Männer	Frauen	Hochschulreife	Fachhochschulreife	Alte Länder	Neue Länder
mit Berufsausbildungsabsicht[2]	22	20	24	19	31	22	20
eventuell	17	16	17	17	15	16	20
nein, wahrscheinlich nicht	34	33	35	37	25	34	34
nein, auf keinen Fall	27	31	24	27	28	28	25

[1] Aufnahme geplant einer betrieblichen oder einer schulischen Berufsausbildung bzw. einer Beamtenausbildung. Zeitpunkt der Befragung der künftigen Studienberechtigten war ein halbes Jahr vor dem Schulabgang (Dezember 2011). Neue Länder einschließlich Berlin.
[2] Zusammengefasst wurden die beiden Antwortkategorien „ja, auf jeden Fall" bzw. „ja, wahrscheinlich".

Quelle: HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF): Studienberechtigtenpanel 2012. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung; Abweichungen durch gerundete Werte möglich.

Tabelle A4.6.3-3: **Studienberechtigte des Entlassjahrgangs 2012 mit vor/beim Schulabgang abgeschlossener Berufsausbildung nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und regionaler Herkunft[1] (in %)**

Abschluss einer Berufsausbildung	Insgesamt	Männer	Frauen	Hochschulreife	Fachhochschulreife	Alte Länder	Neue Länder
betriebliche Berufsausbildung	8,3	12	5	2	28	8	9
schulische Berufsausbildung	5,8	5	7	1	19	6	6
Beamtenausbildung[2]	0,1	0	0	0	0	0	0
kein Berufsbildungsabschluss	85,8	83	88	97	53	86	85

[1] Befragung der angehenden Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2012 rund ein halbes Jahr vor Schulabgang (Dezember 2011). Neue Länder einschließlich Berlin.
[2] Der Anteilswert von „0" besagt, dass jeweils weniger als 0,5 % der Studienberechtigten eine Beamtenausbildung abgeschlossen haben.

Quelle: HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF): Studienberechtigtenpanel 2012. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung; Abweichungen durch gerundete Werte möglich.

figer einen nicht akademischen Berufsbildungsabschluss als Frauen (12 %). Von Befragten mit angestrebter Fachhochreife hatte fast die Hälfte (47 %) eine berufliche Ausbildung abgeschlossen, bei denjenigen mit dem Ziel Hochschulreife waren es lediglich 4 %. Attraktiv war vor allem die betriebliche Ausbildung im dualen System; offenbar motiviert sie besonders zum sozialen Aufstieg und erfüllt eine wichtige Scharnierfunktion zur hochschulischen Qualifikation. Fast ein Zehntel der künftigen Studienberechtigten 2012 war schon vor dem Schulbesuch im Besitz eines dualen Berufsabschlusses. Mit 12 % übertrifft der Anteil der Männer den der Frauen (5 %) um mehr als das Doppelte. Traditionell öffnet sich vor allem für Schüler/-innen, die die Fachhochschulreife anstreben und eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, der Zugang zum Hochschulbereich. So hatten 28 % derjenigen, die die Fachhochschulreife anstreben, zuvor bereits eine duale Ausbildung absolviert. Von denjenigen, die die allgemeine Hochschulreife erwerben möchten, traf dies nur auf 2 % zu.

Studienanfänger/-innen im Wintersemester 2011/2012 mit dualer Berufsausbildung

Auch an Universitäten und Fachhochschulen gehören Studierende mit betrieblichem Berufsbildungsabschluss seit Jahrzehnten zum Alltag (Willich u. a. 2011). Mit Blick auf ihren Ausbildungsweg sind dies erstens jene Studierenden, die schon vor dem Schulbesuch zum Erwerb der Hochschulreife eine betriebliche Lehre abgeschlossen haben; also etwa aufstiegswillige junge Menschen des sog. zweiten

Tabelle A4.6.3-4: **Deutsche Studienanfänger/-innen mit abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung an Hochschulen und Fachhochschulen im Wintersemester 2011/2012 nach Geschlecht, Region und Art der Hochschulreife (in %)**

	Insgesamt	Männer	Frauen	Alte Länder	Neue Länder[1]	Fachhoch-schulreife	Hochschul-reife[2]	Studie-rende an Universi-täten	Studie-rende an Fachhoch-schulen
mit Abschluss einer betrieblichen Berufs-ausbildung	17	19	14	16	20	48	10	7	32
darunter:									
vor/mit Erwerb der Hochschulreife	9	11	6	9	9	35	3	3	18
nach Erwerb der Hochschulreife	8	8	8	8	11	13	7	5	14

[1] Neue Länder einschließlich Berlin.
[2] Allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife.

Quelle: HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF): Studienanfängerbefragung Wintersemester 2011/2012. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung; Abweichungen durch gerundete Werte möglich.

Bildungsweges.[142] Zweitens gibt es als eine weitere Studierendengruppe jene, die im Anschluss an den Erwerb der Fachhochschul-/Hochschulreife zunächst eine nicht akademische Berufsausbildung aufgenommen und abgeschlossen hat. Seit Mitte der 1980er- bis weit in die 1990er-Jahre war das eine besonders oft gewählte Ausbildungsstrategie (sog. Doppelqualifizierung) von Abiturientinnen und Abiturienten; äußerst begehrt war dabei stets eine Ausbildung im dualen System (Herget 1997; Heine u. a. 2008).

Nach der aktuellen HIS-HF-Studienanfängerbefragung besitzt im Wintersemester 2011/2012 ein knappes Fünftel der deutschen Erstsemester bereits einen betrieblichen Ausbildungsabschluss (17 %) und strebt demnach eine berufliche Mehrfachqualifikation an → **Tabelle A4.6.3-4**. Der Anteil der männlichen Studienanfänger mit einem dualen Berufsabschluss lag bei 19 % und damit um 5 Prozentpunkte über dem der Studienanfängerinnen. Bemerkenswert ist außerdem: Nahezu doppelt so viele Männer wie Frauen (11 % zu 6 %) hatten die betriebliche Ausbildung bereits vor dem Erwerb der Studienberechtigung absolviert. Keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt es dagegen für die Teilgruppe, die erst nach dem Schulabgang eine duale Ausbildung gemacht hat (jeweils 8 %). Große Unterschiede zeigen sich nach der Art der erworbenen Hochschulberechtigung. Gleiches gilt auch für die Neuimmatrikulierten, die Fachhochschulen bzw. Universitäten besuchen. Während beispielsweise ein Zehntel der Erstsemester, die eine schulische Hochschulreife (allgemeine bzw. fachgebundene) erworben haben, bereits auch einen dualen Berufsabschluss haben, gilt dies sogar für nahezu die Hälfte der Studienanfänger/-innen mit Fachhochschulreife (48 %).

Insgesamt trägt das duale System somit wesentlich zur Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen bei. Viele junge Leute motiviert die Lehre offenbar zum weiterführenden Schulbesuch und ist wichtiges Bindeglied zum Hochschulbereich. Auf diesem Weg gelangt somit ein zusätzliches Potenzial leistungswilliger junger Menschen, das bereits über erste Berufs- und Betriebserfahrung verfügt, (noch) zu einer hochschulischen Qualifikation.

(Hermann Herget)

142 Nicht in die Betrachtung einbezogen werden hier jene Personen (sog. dritter Bildungsweg), die gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6. März 2009 aufgrund ihrer beruflichen Ausbildung/Erfahrung sowie einer weiteren beruflichen Fortbildung die Zulassung für ein Studium an einer Fachhochschule oder Hochschule erhalten können (siehe: **http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Hochschulzugang-erful-qualifizierte-Bewerber.pdf**).

A4.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen

Begonnene Ausbildungsverhältnisse werden nicht immer bis zum erfolgreichen Abschluss absolviert. Endgültig nicht bestandene Abschlussprüfungen oder vorzeitige Vertragslösungen E können zu einem Ende des Ausbildungsverhältnisses ohne erworbenen Berufsabschluss führen. Zu einer Lösung des Vertrags kann es sowohl seitens des Auszubildenden als auch des Ausbildungsbetriebes oder in beiderseitigem Einvernehmen kommen. Die Gründe für Vertragslösungen sind vielfältig und mitunter komplex. Sie reichen von Betriebsschließungen und gesundheitlichen Gründen, revidierten Berufswahlentscheidungen bis hin zu Konflikten zwischen Ausbildern und Auszubildenden (vgl. Bohlinger 2003; Schöngen 2003). Nach § 22 BBiG kann ein Ausbildungsverhältnis während der Probezeit (maximal 4 Monate) von beiden Seiten jederzeit und ohne Einhalten einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Nach der Probezeit ist eine ordentliche Kündigung nur noch seitens der Auszubildenden möglich; will der Ausbildungsbetrieb den Vertrag auflösen, muss dieser – in Anbetracht der besonderen Bedeutung des Ausbildungsverhältnisses für die berufliche Entwicklung – erst einen „wichtigen Grund“ vorlegen.

Zwar sind Vertragslösungen nicht gänzlich vermeidbar und können durchaus notwendig und sinnvoll sein, dennoch erscheinen Bemühungen zur Vermeidung von vorzeitigen Vertragslösungen aus verschiedenen Gründen erforderlich. Vertragslösungen bedeuten immer auch einen Ressourcenverlust und können stark demotivierende Effekte zur Folge haben, im schlimmsten Fall führen sie zum Ausstieg aus der Bildungsbeteiligung sowohl der Jugendlichen als auch der Ausbildungsbetriebe (vgl. Piening u. a. 2012; Jasper u. a. 2009).

E Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge (kurz: Vertragslösungen) der Berufsbildungsstatistik

Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sind definiert als vor Ablauf der im Berufsausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöste Ausbildungsverträge. Eine Form[143] der vorzeitigen Auflösung eines Berufsausbildungsverhältnisses stellt dabei die Kündigung von Ausbildungsverträgen dar. Sie wird im § 22 Berufsbildungsgesetz geregelt.

In der Berufsbildungsstatistik (siehe E **in Kapitel A4.2.1** und E **in Kapitel A4.3**) werden als Vertragslösungen grundsätzlich nur solche Verträge erfasst, die tatsächlich angetreten wurden. Bereits vor dem Beginn der Ausbildung gelöste Ausbildungsverträge gehen somit nicht in die Meldungen ein.

Revision der Berufsbildungsstatistik ab Berichtsjahr 2007

Seit der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung wird für jeden gemeldeten Ausbildungsvertrag erhoben, ob er gelöst wurde oder nicht. Das jeweilige Ausbildungsjahr sowie der Zeitraum zwischen Vertragsbeginn und -lösung kann auf Basis der gemeldeten Variablen berechnet werden. Erst die Individualdaten ermöglichen überdies, die Zahl der gelösten Verträge und die Vertragslösungsquote nach allen in der Berufsbildungsstatistik erhobenen Variablen auszuwerten (z. B. Lösungsquoten differenziert nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss der Auszubildenden). Außerdem können Kohortendatensätze gebildet werden, auf deren Basis man den Ausbildungsverlauf einer Anfängerkohorte analysieren kann; bislang können die ersten 36 Monate nach Ausbildungsbeginn (maximal bis zur Vertragslösung oder einem sonstigen Ende des Ausbildungsvertrages) für die Anfängerkohorte 2008 betrachtet werden; zum entsprechenden Kohortendatensatz, der die ersten 24 Monate umfasst, siehe Uhly 2012.

Die Umsetzung der umfassenden Neuerungen der Berufsbildungsstatistik ist in den ersten Jahren nicht ohne größere Meldeprobleme erfolgt, die insbesondere auch die Lösungsdaten betrafen (siehe hierzu: **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berichtsjahre.pdf**). Deshalb wurden im Jahr 2007 keine Lösungsdaten veröffentlicht, und auch für die Daten des Berichtsjahres 2008

143 Weitere Fälle vorzeitiger Vertragslösung können sein: der Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen; das Schließen eines gerichtlichen Vergleichs, der eine Aufhebung zum Gegenstand hat; die Anfechtung des Ausbildungsvertrags, z. B. wegen Irrtums oder wegen Täuschung nach §§ 119 ff. BGB; der Tod des Auszubildenden (nicht der Tod des Ausbildenden, da dann in der Regel dessen Rechtsnachfolger Ausbilder wird); die tatsächliche Beendigung wegen Fernbleibens von der Ausbildung oder wegen unterlassener Ausbildung.

Tabelle A4.7-1: **Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen[1] und Zeitpunkt der Lösung[2] (absolut und in %[3]), Bundesgebiet 2011**

Zuständigkeits-bereich	Vorzeitige Vertragslösungen insgesamt		davon gelöst:									
			in der Probezeit		nach 5 bis 12 Monaten		nach 13 bis 24 Monaten		nach 25 bis 36 Monaten		nach mehr als 36 Monaten	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	80.772	100,0	28.287	35,0	26.157	32,4	19.218	23,8	5.946	7,4	1.164	1,4
Handwerk	52.980	100,0	16.029	30,3	16.035	30,3	14.127	26,7	5.835	11,0	954	1,8
Öffentlicher Dienst	798	100,0	255	32,0	204	25,6	222	27,8	102	12,8	15	1,9
Landwirtschaft	3.378	100,0	945	28,0	996	29,5	951	28,2	414	12,3	72	2,1
Freie Berufe	10.860	100,0	4.782	44,0	2.922	26,9	2.130	19,6	876	8,1	147	1,4
Hauswirtschaft	972	100,0	183	18,8	300	30,9	279	28,7	171	17,6	39	4,0
Bundesgebiet insgesamt	**149.760**	**100,0**	**50.484**	**33,7**	**46.614**	**31,1**	**36.927**	**24,7**	**13.344**	**8,9**	**2.394**	**1,6**

[1] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. E in Kapitel A1.2).
[2] Zeitraum zwischen Beginn und Lösung (in Monaten).
[3] Anteil der Lösungen, bei denen der Ausbildungsbeginn eine bestimmte Anzahl an Monaten zurückliegt, an allen Lösungen (es handelt sich nicht um die Lösungsquote und auch nicht um echte Verlaufsdaten).

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

wurden noch keine neuen Auswertungsmöglichkeiten der Berufsbildungsstatistik umgesetzt. Seit dem Berichtsjahr 2009 sind zwar noch nicht alle Meldeprobleme behoben, die Datenlage hat sich jedoch deutlich verbessert.

Zu beachten ist weiterhin, dass ***Vertragslösungen nicht mit Ausbildungsabbrüchen gleichzusetzen*** sind. Ein Großteil der Jugendlichen mit gelöstem Ausbildungsvertrag schließt erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System ab. Da im Rahmen der Berufsbildungsstatistik keine feste Personennummer (die über alle Jahre und auch bei Vertragswechsel hinweg gleichbleibend ist) erfasst werden, liegen auch nach der Revision der Berufsbildungsstatistik keine echten Verlaufsdaten vor; der Verbleib der Auszubildenden mit gelöstem Vertrag kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht nachgezeichnet werden (vgl. Uhly 2006, S. 58). Allerdings kann der Ausbildungsverlauf bis zur Vertragslösung oder einer sonstigen Beendigung des Ausbildungsverhältnisses betrachtet werden.

Im Folgenden wird das Vertragslösungsgeschehen auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (vgl. E in Kapitel A4.2.1 und E in Kapitel A4.3) dargestellt. Zunächst wird das Vertragslösungsgeschehen für das Berichtsjahr 2011 skizziert; hierbei wird auch der Zeitraum zwischen Beginn der Ausbildung und Vertragslösung betrachtet. Vor der differenzierten Betrachtung von Lösungsquoten 2011 nach Zuständigkeitsbereichen, Berufsgruppen und Merkmalen der Auszubildenden erfolgt zunächst eine Analyse der Vertragslösungsquote im längerfristigen Zeitverlauf (1993 bis 2011). Abschließend wird das Vertragslösungsgeschehen für die Anfängerkohorte 2008 für die ersten 36 Monate nach Beginn der Ausbildung betrachtet.

Vorzeitige Vertragslösungen 2011

Im Berichtsjahr 2011 wurden bundesweit 149.760 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst → Tabelle A4.7-1. Betrachtet man den Zeitraum zwischen Beginn der Ausbildungsverträge und der vorzeitigen Lösung für die Vertragslösungen des Berichtsjahres 2011, so zeigt sich, dass der größte Teil der gelösten Ausbildungsverträge innerhalb des ersten Jahres nach Beginn des Ausbildungsvertrages erfolgte. 64,8 % aller Vertragslösungen fielen 2011 in den Zeitraum der ersten 12 Monate nach Vertragsbeginn, 33,7 % wurden noch während der ersten 4 Monate

(Probezeit) gelöst und 31,1 % zwischen dem fünften und zwölften Monat. Auch in das zweite Jahr nach Vertragsbeginn fällt mit 24,7 % noch ein großer Anteil der Lösungen; bei 10,5 % der Lösungen lag der Vertragsbeginn weiter als 24 Monate zurück.

Eine ähnliche Verteilung zeigt sich im Vergleich der Zuständigkeitsbereiche sowie im Vorjahresvergleich. Im Berichtsjahr 2011 sind im Vergleich zum Vorjahr insbesondere die Anzahl und der Anteil der vorzeitigen Vertragslösungen innerhalb der ersten 12 Monate nach Ausbildungsbeginn angestiegen. In den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs freie Berufe finden vorzeitige Vertragslösungen überproportional häufig in der Probezeit statt (44 %). In den Ausbildungsberufen der Hauswirtschaft treten Lösungen noch in vergleichsweise starkem Maße zu späteren Zeitpunkten der Ausbildung auf; 21,6 % der Lösungen erfolgten in diesen Berufen später als 2 Jahre nach Beginn des Ausbildungsvertrages.

Die Vertragslösungsquote, die als Näherungswert für den Anteil der gelösten Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Ausbildungsverträgen interpretiert werden kann E, beträgt im Berichtsjahr 2011 24,4 % (LQ_{neu}) → **Tabelle A4.7-2**. Die Studienabbruchquote von Studierenden deutscher Hochschulen, die den Anteil der deutschen Studienanfänger/-innen angibt, die überhaupt kein Studium abschließen[144], liegt für den Absolventenjahrgang 2010 für Diplomstudiengänge bei 23 % und für Bachelorstudiengänge bei 28 % (Heublein u. a. 2012).[145] Im Vergleich dazu fällt die Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge im dualen System vergleichsweise moderat aus; insbesondere da zu berücksichtigen ist, dass ein Großteil der Auszubildenden mit gelöstem Vertrag die duale Ausbildung noch fortsetzt (vgl. Piening u. a. 2012; Schöngen 2003, S. 37), also keine endgültigen Ausbildungsabbrecher/-innen darstellt. Eine Sonderauswertung der BIBB-Übergangsstudie 2011 kam zu dem Ergebnis, dass schätzungsweise 12 % der Auszubildenden ihre erste duale Berufsausbildung innerhalb von 36 Monaten ohne einen Abschluss beenden (**vgl. Kapitel A3.3.2**). Dennoch muss konstatiert werden, dass die Lösungsquote trotz Maßnahmen zur Vermeidung von Vertragslösungen[146] auch im Berichtsjahr 2011 nicht gesenkt werden konnte.

E Lösungsquote („Schichtenmodell", neue Berechnungsweise)

Das BIBB berechnet die Lösungsquote als Anteil der vorzeitigen Vertragslösungen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen. Zu Letzteren werden dabei nicht nur die Neuabschlüsse, sondern auch jene im Kalenderjahr begonnenen Ausbildungsverträge gezählt, die bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres wieder gelöst wurden. Zwar werden für das jeweilige Berichtsjahr alle gelösten Ausbildungsverträge einbezogen (nicht nur die im Berichtsjahr begonnenen Verträge), dennoch wird die Lösungsquote nicht als Anteil an dem gesamten Bestand an Ausbildungsverträgen berechnet. Denn die Berechnung bezogen auf die Bestandszahl an Auszubildenden würde das faktische Ausmaß an Lösungen unterschätzen. Im Bestand sind aus den in den Vorjahren begonnenen Ausbildungsverträgen nur noch die Verträge enthalten, die nicht gelöst (oder auf andere Weise beendet) wurden. Da das Risiko einer Vertragslösung mit der Dauer des Ausbildungsverhältnisses deutlich sinkt, sind im Bestand der Auszubildenden solche mit geringerer Lösungswahrscheinlichkeit deutlich überrepräsentiert.

Berechnet man die Lösungsquote als Anteil an den begonnenen Verträgen, kann die Lösungszahl eines Jahres jedoch nicht alleine in Relation zur Zahl der begonnenen Verträge des betrachteten Jahres gesetzt werden. Denn die gelösten Verträge stammen aus unterschiedlichen Beginnjahrgängen. Insbesondere wenn man die Lösungsquote für einzelne Berufe oder Berufsgruppen berechnet, ist zu beachten, dass die Größe der Beginnjahrgänge von Jahr zu Jahr deutlich schwanken kann.

Deshalb berechnet das BIBB die Lösungsquote nach einem Quotensummenverfahren als sogenanntes „Schichtenmo-

144 Fach- und Hochschulwechsel, die zu einem Abschluss führen, bedeuten also keinen Studienabbruch.

145 Die Studienabbruchquote wird von HIS aus dem Vergleich von Absolventen- und Anfängerzahlen ermittelt. Die Abbruchquote der Bachelorstudiengänge bedeutet, „dass von 100 deutschen Studienanfängern der Jahrgänge 2006/2007 im Bachelorstudium 28 ihr Studium erfolglos abgebrochen haben" (Heublein u. a. 2012, S. 1).

146 Vgl. Jasper u. a. 2009, S. 15 ff.; siehe auch JOBSTARTER-Initiative VerA: **http://www.jobstarter.de/de/1760.php** sowie die Zielformulierung des Ausbildungspaktes: **http://bmwi.de/BMWi/Navigation/Ausbildung-und-Beruf/ausbildungspakt.html**.

dell", indem die Lösungen des aktuellen Berichtsjahres differenziert werden nach dem jeweiligen Jahr des Beginns des gelösten Ausbildungsvertrages. Es werden Teilquoten für die einzelnen Beginnjahre berechnet, die dann zur Lösungsquote summiert werden. Die so berechnete Quote kann interpretiert werden als die näherungsweise Berechnung des Anteils der gelösten Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Ausbildungsverträgen.[147]

Die Lösungsquote wird entsprechend folgender Formel auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik berechnet:

$$LQ_{neu} = \left(\frac{\text{Lösungen im Jahr}_0\text{, die Beginn des Ausbildungsvertrages im Jahr}_0\text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_0\text{ begonnenen Ausbildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_0\text{, die Beginn des Ausbildungsvertrages im Jahr}_{-1}\text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-1}\text{ begonnenen Ausbildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_0\text{, die Beginn des Ausbildungsvertrages im Jahr}_{-2}\text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-2}\text{ begonnenen Ausbildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_0\text{, die Beginn des Ausbildungsvertrages im Jahr}_{-3\text{ oder früher}}\text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-3\text{ oder früher}}\text{ begonnenen Ausbildungsverträge}} \right) \times 100$$

LQ: Lösungsquote; $Jahr_0$: aktuelles Berichtsjahr; $Jahr_{-1}$: Vorjahr; $Jahr_{-2}$: Vorvorjahr; $Jahr_{-3}$: Vorvorvorjahr

Das Quotensummenverfahren wurde auch schon vor der Revision der Berufsbildungsstatistik angewandt (LQ_{alt}), allerdings konnten hierbei für die einzelnen Bestandteile nur Näherungswerte verwendet werden. Bei LQ_{neu} wird im Vergleich zu LQ_{alt} eine verbesserte Berechnungsweise angewandt, sie kann jedoch erst ab dem Berichtsjahr 2009 berechnet werden. Zum Vergleich der neuen Berechnungsweise (LQ_{neu}) mit der früheren (LQ_{alt}) des Schichtenmodells siehe BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.8 und **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf**.

Berechnet man die Lösungsquoten für Teilgruppen, werden die einzelnen Bestandteile der Lösungsquotenformel entsprechend für diese Teilgruppen berechnet. Die Lösungsquoten können mit der Revision der Berufsbildungsstatistik grundsätzlich nach allen erhobenen Merkmalen differenziert werden (Geschlecht, Vorbildung etc.); allerdings ist dabei zu beachten, dass einige neue Variablen in den ersten Jahren untererfasst sind, was zur Verzerrung der Lösungsquote führen kann, da hierbei Basisdaten aus 4 Berichtsjahren verwendet werden (denn dann ist auch die Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge, die das entsprechende Merkmal aufweisen, untererfasst).

Der BIBB-Kohortendatensatz erlaubt für die Anfängerkohorte 2008 die Ex-post-Analyse des Ausbildungsverlaufs, allerdings nur bis zur Vertragslösung oder einem sonstigen Ende des Ausbildungsvertrages. Auf Basis dieses Datensatzes kann der Anteil der gelösten Verträge im Nachhinein ermittelt werden. Mit dem aktuellen Datenstand (Berichtsjahr 2011) kann dies allerdings nur für die ersten 36 Monate nach Beginn des Vertrages betrachtet werden. Da jedoch nach 36 Monaten kaum noch Vertragslösungen erfolgen, ist dies unproblematisch. Hinsichtlich des Anteils vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge besteht der Vorteil des Kohortendatensatzes darin, dass keine komplexe Formel angewandt werden muss (man muss keinen Näherungswert ermitteln). Ein Nachteil der Ex-post-Berechnung ist die lange Zeitdauer, die vergeht, bis der Anteil der gelösten Verträge ermittelt werden kann. Der ex post ermittelte Anteil gelöster Verträge der Anfängerkohorte 2008 ergibt einen Wert, der nahe bei der Lösungsquote 2008 liegt. Der ex ante berechnete Näherungswert (Lösungsquote nach dem Schichtenmodell) ergibt also valide Werte und wird künftig weitergeführt. Die Analyse des Kohortendatensatzes ergänzt die Lösungsquotenberechnung.

Zu weiteren Details zur Lösungsquotenberechnung siehe: **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf**.

147 Im Berichtsjahr 2011 ist noch unbekannt, wie viele der in 2011 begonnenen Ausbildungsverhältnisse in 2012 oder später gelöst werden. Die in 2010 oder früher begonnenen und in 2011 gelösten Verträge können als stellvertretende Größen hierfür betrachtet werden. Zur detaillierten Beschreibung des Schichtenmodells und dessen Interpretation siehe: **http://www.bibb.de/de/wlk59779.htm**.

Vorzeitige Vertragslösungen und Vertragslösungsquoten 1993 bis 2011

Die Vertragslösungsquote schwankt seit Anfang der 1990er-Jahre zwischen 20 % und 25 % (vgl. Uhly 2012). Im Berichtsjahr 2011 bestätigt sich die Entwicklung, die bereits im Vorjahr zu beobachten war → **Tabelle A4.7-2.** Im Vorjahresvergleich steigt die Lösungsquote in allen Zuständigkeitsbereichen und Ländern an. Was die Ursachen hierfür sind, kann allein auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik nicht beurteilt werden. Allerdings war auch schon in der Vergangenheit zu beobachten, dass sich die Lösungsquote in Zeiten einer Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt erhöht und bei zunehmendem Ausbildungsplatzmangel abnimmt (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006, S. 121).

Der theoretische Zusammenhang zwischen der Marktlage und der Lösungsquote ist jedoch nicht eindeutig. Ein möglicher Grund für eine Zunahme des Anteils gelöster Verträge kann darin bestehen, dass sich bei günstigerer Marktlage für die Jugendlichen die Chance auf alternative Ausbildungsplätze erhöht. Allerdings könnte dies lediglich zunehmende Vertragslösungen durch die Auszubildenden erklären. Außerdem sind auch gegenteilige Effekte plausibel. Bei einer für die Jugendlichen günstigeren Marktlage sollte sich auch die Chance erhöhen, unmittelbar einen Ausbildungsplatz im Wunschberuf bzw. Wunschbetrieb zu erhalten, was die Wahrscheinlichkeit von Vertragslösungen senken sollte. Aus Sicht der Ausbildungsbetriebe kann die veränderte Marktlage gleichermaßen als Grund für einen Anstieg wie auch für ein Sinken des Lösungsrisikos gesehen werden. Eine Verknappung der Bewerber und Bewerberinnen je Ausbildungsstelle könnte dazu führen, dass eher weniger präferierte Auszubildende eingestellt werden, was wiederum das Lösungsrisiko erhöhen kann. Diese Entwicklung der Marktlage könnte aber auch dazu führen, dass sich Betriebe aufgrund mangelnder Alternativen im Konfliktfall oder bei sonstigen Problemen weniger schnell von einem einmal eingestellten Auszubildenden trennen. Denkbare Zusammenhänge zwischen der Lage am Ausbildungsstellenmarkt und der Quote vorzeitiger Vertragslösungen sind somit nicht eindeutig. Empirisch schwankt die Lösungsquote deutlich mit der Lage am Ausbildungsstellenmarkt.

Tabelle A4.7-2: **Vorzeitige Vertragslösungen und Vertragslösungsquote[1] in % der begonnenen Ausbildungsverträge, Bundesgebiet 1993 bis 2011**

Jahr	LQ_{alt} [1]	LQ_{neu} [1]
1993	23,2	–
1994	23,6	–
1995	22,7	–
1996	21,3	–
1997	20,5	–
1998	21,3	–
1999	22,1	–
2000	23,7	–
2001	23,7	–
2002	24,1	–
2003	21,9	–
2004	21,0	–
2005	19,9	–
2006	19,8	–
2007[2]	–	–
2008	21,5	–
2009	22,6	22,1
2010	23,3	23,0
2011	24,5	24,4

[1] 1993: einfache Lösungsquote; ab 1994 berechnet nach dem sogenannten Schichtenmodell des BIBB. Im Zuge der Revision der Berufsbildungsstatistik konnte die Berechnungsweise der Lösungsquote verbessert werden; die neue Berechnungsweise (LQ_{neu}) ist erst ab 2009 möglich.

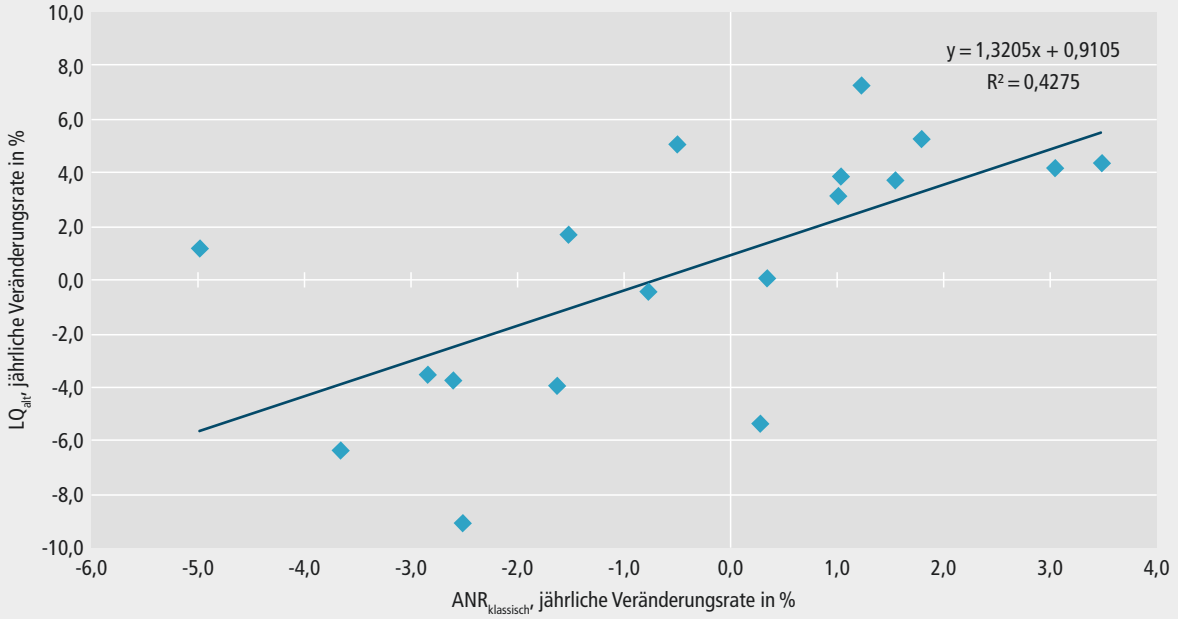
[2] Für 2007 wurden aufgrund erheblicher Meldeprobleme keine Lösungsdaten veröffentlicht. Werte vor und nach 2007 können aufgrund weitreichender Umstellungen in der Berufsbildungsstatistik nicht unmittelbar miteinander verglichen werden.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2011. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

→ **Schaubild A4.7-1** stellt die jährliche Veränderungsrate der Angebots-Nachfrage-Relation (vgl. **E in Kapitel A1**) als Indikator für die Marktlage[148] und die jährliche Veränderungsrate der Lösungs-

148 Als Indikatoren wurden für die Marktlage die „klassische" ANR (siehe hierzu: **http://www.bibb.de/de/wlk59754.htm**) und für die Lösungsquoten LQ_{alt} verwendet, da die neuen (verbesserten) Berechnungsweisen beider Indikatoren nicht für alle betrachteten Jahre möglich sind. Da Veränderungsraten der Indikatoren und keine absoluten Werte betrachtet werden, ist dies jedoch unproblematisch.

Schaubild A4.7-1: **Jährliche Veränderungsrate der Ausbildungsstellenmarktlage ($ANR_{klassisch}$) und der Lösungsquote (LQ_{alt}) 1993 bis 2011**



Quelle: Lösungsquote (LQ): „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2011. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Zur Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) vgl. Ulrich 2012, S. 50.

quote gegenüber. Es zeigt sich ein deutlich positiver Zusammenhang. Schätzt man diesen auf Basis eines einfachen linearen Regressionsmodells, so zeigt sich, dass die Lösungsquote um ca. 1,3 % ansteigt, wenn sich die Angebots-Nachfrage-Relation um ein Prozent erhöht.[149] Somit kann man begründen, warum in den letzten Jahren die Lösungsquote ansteigt; will man sie verringern, ist jedoch zu klären, was die eigentliche Ursache für die Vertragslösungen ist. Wenn ein Ausbildungsverhältnis zufriedenstellend ist, wird es vermutlich nicht alleine aufgrund einer für die Jugendlichen verbesserten Marktlage gelöst; wenn ein Betrieb aufgrund der Marktlage weniger präferierte Bewerber und Bewerberinnen einstellt, bleibt die Frage, warum solche Ausbildungsverhältnisse nicht erfolgreich beendet werden können.

149 Gerechnet wurde ein einfaches Zeitreihenmodell (lineares Regressionsmodell) mit Veränderungsraten in % (trendbereinigt). Die fehlenden Werte zur Lösungsquote für das Jahr 2007 wurden extrapoliert. Das Modellergebnis ergibt eine insignifikante Konstante (es liegt im beobachteten Zeitraum kein linearer Trend vor); der Anteil der erklärten Varianz (R^2) fällt mit ca. 0,43 relativ hoch aus.

Vertragslösungsquoten nach Zuständigkeitsbereichen und Ausbildungsberufen

Die Lösungsquote variiert deutlich zwischen den Zuständigkeitsbereichen und Ländern → **Tabelle A4.7-3**. In den Berufen des Handwerks zeigt sich mit 31,1 % im Bundesdurchschnitt die höchste Lösungsquote, gefolgt von den Berufen der Hauswirtschaft mit 25,3 %. Eine extrem niedrige durchschnittliche Lösungsquote von nur 6,1 % ergibt sich lediglich in den Berufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst. In den Ausbildungsberufen der freien Berufe liegt sie mit 23,7 % nahe beim Durchschnittswert, und in den beiden Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Landwirtschaft fällt sie mit 22,1 % leicht unterdurchschnittlich aus. Auch zwischen den Ländern unterscheiden sich die Lösungsquoten, sie reichen von durchschnittlich 20,9 % in Baden-Württemberg bis hin zu 33,9 % in Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt fallen die Lösungsquoten in Ostdeutschland eher höher

Tabelle A4.7-3: **Vertragslösungsquoten in % der begonnenen Ausbildungsverträge (LQ_{neu})[1] nach Zuständigkeitsbereichen[2] und Ländern 2011**

Land	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft[3]	Freie Berufe	Hauswirtschaft[3]	Insgesamt
Baden-Württemberg	18,3	27,2	5,5	19,4	23,7	25,0	20,9
Bayern	18,3	27,1	3,6	14,4	24,8	17,1	21,1
Berlin	30,2	46,9	8,4	33,0	28,2	40,3	33,6
Brandenburg	28,3	38,1	7,8	32,3	25,2	23,5	29,9
Bremen[3]	20,6	36,5	5,3	3,1	19,6	18,5	23,5
Hamburg[3]	25,4	40,2	5,5	22,8	29,3	8,1	28,2
Hessen	21,8	28,0	8,9	25,8	22,9	–	23,2
Mecklenburg-Vorpommern	33,8	40,1	7,4	31,8	22,0	40,8	33,9
Niedersachsen	22,5	27,6	4,8	21,8	21,3	22,4	23,6
Nordrhein-Westfalen	20,3	31,8	7,4	22,1	23,3	28,1	23,5
Rheinland-Pfalz	22,6	34,7	8,3	30,0	23,7	30,1	26,5
Saarland	23,8	41,6	6,5	31,1	18,0	21,4	29,0
Sachsen[3]	28,2	33,7	5,5	1,8	23,0	4,8	27,5
Sachsen-Anhalt	29,7	38,0	4,5	30,5	23,5	32,8	31,0
Schleswig-Holstein	25,6	31,9	2,2	31,3	23,4	–	27,2
Thüringen	27,7	36,8	3,0	28,4	29,9	36,1	29,6
Bundesgebiet	**22,1**	**31,1**	**6,1**	**22,1**	**23,7**	**25,3**	**24,4**

[1] Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.
[2] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. E in Kapitel A1.2).
[3] Die auffallend niedrigen Werte in der Landwirtschaft in Bremen sowie Sachsen und der Hauswirtschaft in den Ländern Hamburg und Sachsen sind mit großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und stellen vermutlich eine deutliche Untererfassung dar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2008 bis 2011. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

aus[150]; allerdings liegen sie auch im Saarland, in Hamburg, Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz bei 27 % bis 29 %.[151]

Die Lösungsquoten variieren noch deutlicher zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen → **Tabelle A4.7-4**. Betrachtet man die Berufe[152] mit den jeweils höchsten und niedrigsten Lösungsquoten, ergeben sich weitgehend übereinstimmende Ergebnisse gegenüber den Vorjahren. Unter den Berufen mit sehr hohen Lösungsquoten von ca. 44 % bis 51 % sind vor allem die Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes (Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau, Koch/Köchin, Fachkraft im Gastgewerbe) sowie weitere primäre Dienstleistungsberufe[153] (Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice, Fachkraft für Schutz und Sicherheit, Servicekraft für Schutz und Sicherheit, Kosmetiker/Kosmetikerin, Gebäudereiniger/Gebäudereinigerin, Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin und Friseur/Friseurin) vertreten. Dagegen weisen neben den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs

150 Hierbei ist allerdings zu beachten, dass Vertragslösungen auch bei einem Wechsel von einem öffentlich finanzierten in ein betrieblich finanziertes Berufsausbildungsverhältnis auftreten können. Zumindest aus Brandenburg liegen entsprechende Hinweise vor.

151 Die auffallend niedrigen Werte in der Land- und/oder Hauswirtschaft in den Ländern Bremen, Hamburg und Sachsen sind mit großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und stellen eine deutliche Untererfassung dar. Da beide Bereiche gemessen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen vergleichsweise klein ausfallen, verzerren diese Fehlmeldungen die Lösungsdaten insgesamt nur in geringem Maße.

152 Einbezogen wurden duale Ausbildungsberufe mit mindestens 300 begonnenen Verträgen im Jahre 2011.

153 Zur Unterscheidung von primären und sekundären Dienstleistungsberufen sowie Fertigungsberufen siehe **Kapitel A4.4**.

Tabelle A4.7-4: **Ausbildungsberufe[1] mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %[2], Bundesgebiet 2011**

Ausbildungsberufe mit den höchsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich[3]	Neuabschlüsse	Lösungsquote (LQ_{neu})	Ausbildungsberufe mit den niedrigsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich[3]	Neuabschlüsse	Lösungsquote (LQ_{neu})
Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau	IH	4.443	51,0	Verwaltungsfachangestellter/ Verwaltungsfachangestellte	ÖD	5.136	3,7
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	IH/HwEx	522	50,9	Fachangestellter/Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste	ÖD/IH	564	4,1
Fachkraft für Schutz und Sicherheit	IH	996	49,5	Elektroniker/Elektronikerin für Automatisierungstechnik	IH/HwEx	1.821	4,8
Koch/Köchin	IH/HwEx	12.201	49,4	Fluggerätmechaniker/ Fluggerätmechanikerin	IH	699	5,7
Servicekraft für Schutz und Sicherheit	IH	240	47,0	Bankkaufmann/Bankkauffrau	IH	13.662	6,1
Kosmetiker/Kosmetikerin	IH/HwEx	354	45,0	Technischer Systemplaner/ Technische Systemplanerin	IH/HwEx	696	6,1
Gebäudereiniger/Gebäudereinigerin	Hw	1.347	44,3	Technischer Produktdesigner/ Technische Produktdesignerin (ggf. mit Vorgänger)	IH/HwEx	2.130	6,2
Friseur/Friseurin	Hw	12.462	44,2	Forstwirt/Forstwirtin	Lw	603	6,5
Fachkraft im Gastgewerbe	IH/HwEx	3.195	44,0	Fachangestellter/Fachangestellte für Bürokommunikation	ÖD	804	6,6
Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin	IH	3.264	43,7	Chemikant/Chemikantin	IH	1.806	6,9

[1] Ausbildungsberufe, in denen mindestens 300 Ausbildungsverträge im Jahr 2011 begonnen hatten.
[2] Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.
[3] IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; ÖD = Öffentlicher Dienst; Lw = Landwirtschaft.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2008 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

öffentlicher Dienst (Verwaltungsfachangestellter/ Verwaltungsfachangestellte, Fachangestellter/ Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachangestellter/Fachangestellte für Bürokommunikation) vor allem sekundäre Dienstleistungsberufe (Bankkaufmann/Bankkauffrau, Technischer Systemplaner/Technische Systemplanerin, Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin) mit 4 % bis 7 % sehr niedrige Lösungsquoten auf. Aber auch bei einigen technischen Produktionsberufen (Elektroniker/Elektronikerin für Automatisierungstechnik, Fluggerätmechaniker/Fluggerätmechanikerin, Chemikant/ Chemikantin) war der Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge mit 5 % bis 7 % sehr gering. Auch der Landwirtschaftsberuf Forstwirt/Forstwirtin weist mit 6,5 % eine sehr geringe Lösungsquote auf.

Betrachtet man die 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe des dualen Systems → **Tabelle A4.7-5**, die zusammen mehr als die Hälfte aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge umfassen, so zeigt sich auch hier die große Bandbreite an Lösungsquoten von 6 % (Bankkaufmann/-kauffrau) bis 49 % (Koch/Köchin).

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik ist eine Differenzierung von Lösungen und Lösungsquoten nach allen erfassten Merkmalen der Berufsbildungsstatistik möglich. Erstmals lassen sich damit neben berufsspezifischen und regionalen Lösungsquoten auch personengruppenspezifische Quoten berechnen. Zudem können multivariate Zusammenhänge zwischen verschiedenen berufs-, personenbezogenen und regionalen Variablen einerseits sowie der „Lösungswahrscheinlichkeit" andererseits betrachtet werden.

Tabelle A4.7-5: **Vertragslösungsquoten (in %)[1] in den 20 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 2011**

Duale Ausbildungsberufe (BBiG/HwO)	Zuständigkeitsbereich[2]	Neuabschlüsse	Vertragslösungsquoten (LQ_{neu})				
			Insgesamt	Frauen	Männer	Ausländer/-innen	Deutsche
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	IH/HwEx	33.192	22,0	20,8	23,6	23,8	21,8
Verkäufer/Verkäuferin	IH/HwEx	27.543	31,1	29,7	33,4	32,9	31,0
Bürokaufmann/Bürokauffrau	IH/HwEx	20.646	23,6	22,9	25,2	28,1	23,3
Kraftfahrzeugmechatroniker/Kraftfahrzeugmechatronikerin	Hw/IH	20.328	21,6	27,3	21,4	25,5	21,4
Industriekaufmann/Industriekauffrau	IH/HwEx	20.253	8,0	7,6	8,6	14,7	7,8
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	IH/HwEx	15.906	13,6	12,4	14,4	20,2	13,3
Medizinischer Fachangestellter/Medizinische Fachangestellte	FB	14.532	21,7	21,7	27,1	24,5	21,5
Industriemechaniker/Industriemechanikerin	IH/HwEx	14.151	7,7	8,7	7,6	12,3	7,5
Bankkaufmann/Bankkauffrau	IH	13.662	6,1	5,8	6,6	6,8	6,1
Friseur/Friseurin	Hw	12.462	44,2	43,2	52,0	44,3	44,3
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	IH/HwEx	12.258	23,2	21,8	28,1	27,8	22,9
Koch/Köchin	IH/HwEx	12.201	49,4	48,1	49,8	58,9	48,9
Elektroniker/Elektronikerin im Handwerk	Hw	11.346	28,4	40,3	28,2	33,1	28,1
Zahnmedizinischer Fachangestellter/Zahnmedizinische Fachangestellte	FB	10.815	25,6	25,5	41,3	26,0	25,6
Fachkraft für Lagerlogistik	IH/HwEx	10.749	20,4	14,3	21,2	26,5	20,1
Hotelfachmann/Hotelfachfrau	IH/HwEx	10.587	39,2	38,5	40,9	44,5	38,9
Fachverkäufer/Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk	IH/HwEx	10.269	39,7	38,9	47,3	38,4	39,8
Anlagenmechaniker/Anlagenmechanikerin für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	Hw/IH	10.092	31,2	44,3	31,1	35,4	30,9
Fachinformatiker/Fachinformatikerin	IH/HwEx	9.843	14,0	19,3	13,6	22,9	13,8
Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin	Hw	8.487	37,0	36,1	37,2	40,4	36,8
Duale Ausbildungsberufe insgesamt		**565.824**	**24,4**	**24,9**	**24,1**	**30,9**	**24,0**

[1] Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.
[2] IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; FB = Freie Berufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2008 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Lösungsquoten nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

In den meisten der 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe ist die Lösungsquote der Verträge von Frauen geringer als die der Männer → **Tabelle A4.7-5**. Im Gesamtdurchschnitt zeigt sich jedoch für das Berichtsjahr 2011, dass die Lösungsquote der mit Frauen abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit durchschnittlich 24,9 % insgesamt etwas höher ausfällt als die der Männer (24,1 %) → **Tabelle A4.7-6**. Vergleichsweise hohe Lösungsquoten der Frauen ergeben sich in den Zuständigkeitsbereichen Handwerk, Landwirtschaft und – mit geringerem Abstand zu den Männern – auch im Bereich Industrie und Handel. In den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes und

Tabelle A4.7-6: **Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %)[1] nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen[2], Bundesgebiet 2011**

Personenmerkmal	Insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Land-wirtschaft	Freie Berufe	Haus-wirtschaft
Geschlecht							
männlich	24,1	21,5	29,3	7,9	21,2	25,4	25,6
weiblich	24,9	23,0	36,1	5,1	25,1	23,6	25,3
Staatsangehörigkeit							
deutsche Staatsangehörigkeit	24,0	21,7	30,7	6,1	22,0	23,5	25,0
ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer/-innen)	30,9	29,2	36,3	7,2	29,9	25,8	31,8
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss[3]							
ohne Hauptschulabschluss	38,6	37,7	42,3	8,8	29,6	45,2	28,9
mit Hauptschulabschluss	34,5	34,7	35,5	13,2	26,0	31,1	25,8
mit Realschulabschluss	21,0	20,0	24,9	6,5	17,1	22,5	17,9
mit Studienberechtigung	13,6	12,3	20,9	4,9	14,8	21,2	10,5
Insgesamt	**24,4**	**22,1**	**31,1**	**6,1**	**22,1**	**23,7**	**25,3**

[1] Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.
[2] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. E in Kapitel A1.2).
[3] Geringfügige Überschätzung der Lösungsquote nach Schulabschlüssen aufgrund eines größeren Anteils fehlender Angaben zum Schulabschluss im Berichtsjahr 2008, insbesondere im Bereich IH.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2008 bis 2011. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

der freien Berufe fallen die Lösungsquoten der Frauen niedriger aus als die der Männer. Auffallend ist, dass die Lösungsquoten der Frauen in jenen Zuständigkeitsbereichen besonders hoch ausfallen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind; umgekehrt fallen die Lösungsquoten der Männer in den Zuständigkeitsbereichen vergleichsweise hoch aus, in denen der Männeranteil an den Auszubildenden geringer ausfällt.[154]

Deutliche Unterschiede in den Lösungsquoten zeigen sich auch bei den Verträgen der Auszubildenden mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit → **Tabelle A4.7-6**. Von den Ausbildungsverträgen der ausländischen Auszubildenden werden im Durchschnitt 30,9 % vorzeitig gelöst, von den Ausbildungsverträgen der Auszubildenden mit deutschem Pass nur 24 %; höhere Lösungsquoten bei den ausländischen Auszubildenden ergeben sich in allen Zuständigkeitsbereichen. Die Abstände der Lösungsquoten deutscher und ausländischer Auszubildender fallen in den dualen Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe deutlich geringer aus als in den anderen Zuständigkeitsbereichen. Auch bei den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des dualen Systems ergeben sich in fast allen dieser Berufe größere Lösungsquoten bei den Ausbildungsverträgen ausländischer Auszubildender → **Tabelle A4.7-5**. Teilweise sind die Unterschiede in den Lösungsquoten zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden auch auf Unterschiede hinsichtlich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses zurückzuführen.

Lösungsquoten nach allgemeinbildendem Schulabschluss

Bei der Betrachtung der Lösungsquoten nach dem zuvor erworbenen allgemeinbildenden Schulab-

154 In den Bereichen Landwirtschaft und Handwerk sind mehr als 75 % aller Auszubildenden Männer. In den Bereichen öffentlicher Dienst und freie Berufe beträgt der Frauenanteil 65 % bzw. 94 % (**vgl. Kapitel A4.2.1**). Auf Basis der Betrachtung von Lösungsquoten bei einzelnen (männlich bzw. weiblich dominierten) Ausbildungsberufen weist auch Huth (2000, S. 37 f.) auf einen solchen Zusammenhang hin.

schluss → **Tabelle A4.7-6** zeigt sich deutlich, dass die Lösungsquote umso höher ausfällt, je niedriger der allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden ist (**vgl. Kapitel A4.6.2**). So weisen Auszubildende ohne Hauptschulabschluss mit 38,6 % eine nahezu dreimal höhere Lösungsquote auf als Studienberechtigte (13,6 %). Bei den Verträgen der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss ergibt sich für das Berichtsjahr 2011 eine Lösungsquote von 34,5 %. Die Verträge von Auszubildenden mit Realschulabschluss werden zu 21 % vorzeitig gelöst. Diese Rangfolge der Abschlussgruppen ergibt sich in fast allen Zuständigkeitsbereichen. Lediglich in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes fällt die Lösungsquote bei den Ausbildungsverträgen derjenigen ohne Hauptschulabschluss relativ gering aus; allerdings ist hier die Zahl der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss (Neuabschlüsse) mit rd. 30 extrem niedrig.

Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen der Anfängerkohorte 2008

Die Einführung der Individualdatenerhebung durch das Berufsbildungsreformgesetz von 2005 und die Erfassung von Monat und Jahr von ausbildungsrelevanten Ereignissen (Vertragsbeginn und Ende, Abschlussprüfung und Wiederholungsprüfungen sowie vorzeitige Vertragslösung) haben die Möglichkeit eröffnet, aus den Datensätzen zu mehreren Berichtsjahren Kohortendatensätze zu bilden. Da im ersten Jahr der Revision (2007 in Kraft getreten) noch erhebliche Meldeprobleme bestanden, ist die Anfängerkohorte 2008 die erste, für die ein solcher Datensatz gebildet werden kann. Für diese kann der Ausbildungsverlauf nach Beginn der Ausbildung monatsgenau analysiert werden; mit dem aktuellen Datenstand (2011) lassen sich 36 Monate nach Beginn der Ausbildung erfassen. Allerdings kann der Verlauf immer nur bis zum Ende eines Ausbildungsvertrages oder bis zur Abschlussprüfung[155] betrachtet werden, da die Berufsbildungsstatistik keine – über die Jahre – unveränderliche Personennummer für die einzelnen Auszubildenden erfasst. Ebenso wird keine solche Nummer für die Ausbildungsbetriebe erhoben.[156] Wenn Ausbildungsverträge gelöst werden, bleibt also unbekannt, ob die Auszubildenden erneut eine duale Berufsausbildung antreten oder ob der Ausbildungsbetrieb die Ausbildungsstelle wieder besetzt. Trotz dieser Einschränkungen liefert der Kohortendatensatz erweiterte Analysemöglichkeiten.

Zum einen kann der Anteil gelöster Verträge ex post ermittelt werden, ohne auf die relativ komplexe Berechnungsformel des „Schichtenmodells“ zurückgreifen zu müssen. Es zeigt sich, dass nach 36 Monaten 22,3 % der Ausbildungsverträge der Anfänger und Anfängerinnen des Jahres 2008 gelöst waren → **Schaubild A4.7-2**.[157] Dieser Anteil wird sich nur noch geringfügig erhöhen, da nach dem 36sten Monat kaum noch Ausbildungsverträge gelöst werden. Der für das Berichtsjahr 2008 berechnete Näherungswert (Lösungsquote nach dem Schichtenmodell) betrug 21,5 % → **Tabelle A4.7-2**. Somit hat sich die Validität der BIBB-Berechnungsformel der Lösungsquote bestätigt.

Zum anderen lässt sich der monatsgenaue Verlauf des Vertragslösungsgeschehens genauer betrachten → **Schaubild A4.7-2**. Zum Vergleich dieser Verläufe zwischen Berufs- und Personengruppen siehe BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.7.

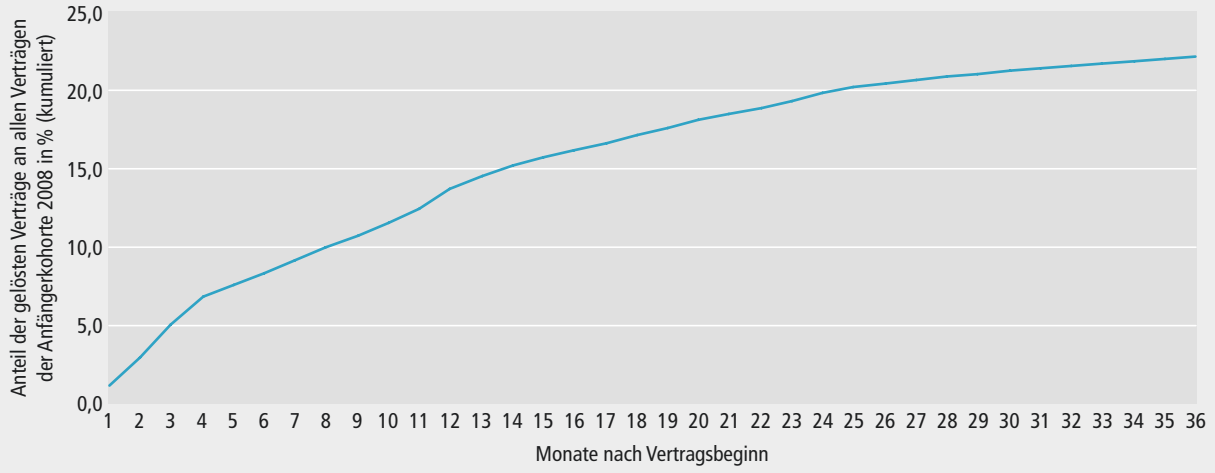
Weiterhin kann der Ausbildungsstatus der Anfängerkohorte hinsichtlich des ersten Ausbildungsverhältnisses betrachtet werden. → **Tabelle A4.7-7** zeigt diesen für die Anfängerkohorte 2008. Da bis zum aktuellen Datenstand nur 36 Monate für alle Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen erfasst sind, werden diejenigen Berufe, deren Ausbildungsordnung eine Ausbildungsdauer von 42 Monaten vorsieht, aus der Analyse ausgeschlossen; einbezogen sind 422.718 Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen des Jahres 2008. 36 Mo-

155 In manchen Fällen wird eine Abschluss- bzw. Wiederholungsprüfung noch nach Ablauf des Ausbildungsvertrages abgelegt, dies sind die einzigen Fälle, in denen der Ausbildungsverlauf mit der Berufsbildungsstatistik über das Vertragsende hinaus abgebildet werden kann.

156 Das BIBB hatte vorgeschlagen, beides aufzunehmen, leider war dies aufgrund von Datenschutzbedenken nicht durchsetzbar.

157 Der Kohortendatensatz wurde auf Ausbildungsanfänger/-innen (im Sinne von Erstanfängern) begrenzt, bei der Lösungsquotenberechnung fließen dagegen auch begonnene Verträge von solchen Auszubildenden ein, die zuvor bereits einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hatten. Dennoch liegen die Werte nahe beieinander.

Schaubild A4.7-2: **Vorzeitige Vertragslösungen in den ersten 36 Monaten nach Ausbildungsbeginn der Anfängerkohorte 2008 (kumulierter Anteil der gelösten Verträge in %)**



Quelle: BIBB-Kohortendatensatz „Ausbildungsanfänger/-innen 2008" auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahre 2008 bis 2011; 541.149 „Anfänger/-innen" 2008

Tabelle A4.7-7: **Prüfungserfolg der Anfängerkohorte 2008[1] 36 Monate nach Ausbildungsbeginn[2], Bundesgebiet 2011, absolut und Zeilenprozent**

Vertragsstatus nach 36 Monaten	36 Monate nach Ausbildungsbeginn Abschlussprüfung im ersten Ausbildungsverhältnis[3]								Insgesamt	
	erfolgreich absolviert		nicht bestanden		endgültig nicht bestanden		(noch) keine Abschlussprüfung angetreten			
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
nicht vorzeitig gelöster Vertrag	292.878	91,2	17.313	5,4	390	0,1	10.515	3,3	321.096	100,0
vorzeitig gelöster Vertrag	654	0,6	1.821	1,8	33	0,0	99.114	97,5	101.622	100,0
alle Anfänger/-innen 2008 in Berufen mit maximal 36 Monaten Ausbildungsdauer[2]	293.532	69,4	19.134	4,5	423	0,1	109.629	25,9	422.718	100,0

[1] Ohne begonnene Ausbildungsverträge von Auszubildenden mit vorheriger dualer Berufsausbildung; Begrenzung auf Erstanfänger/-innen im dualen System.
[2] Hier nur die Ausbildungsverträge in Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung keine Ausbildungsdauer von 42 Monaten vorsieht.
[3] Bei Vertragslösungen ist der weitere Ausbildungsverlauf in einem nachfolgenden Ausbildungsverhältnis nicht erfasst; z. B. können Abschlussprüfungen noch im Rahmen eines neuen Ausbildungsverhältnisses – auch im gleichen Beruf – erfolgen.

Quelle: BIBB-Kohortendatensatz „Ausbildungsanfänger/-innen 2008" auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahre 2008 bis 2011. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

nate nach Beginn der Ausbildung haben gut 69 % (293.532 Auszubildende) der Anfängerkohorte 2008 die Abschlussprüfung im ersten Ausbildungsverhältnis erfolgreich abgelegt. Knapp 5 % haben nicht bestanden, nur 0,1 % sind bis zum 36. Monat nach Ausbildungsbeginn endgültig durchgefallen. Fast 26 % (109.629 Anfänger/-innen) sind nicht bzw. noch nicht zur Abschlussprüfung angetreten, die meisten davon waren die Auszubildenden mit gelöstem Ausbildungsvertrag (99.114). Aber auch einige ohne Vertragslösung sind nach 36 Monaten noch nicht zur Abschlussprüfung angetreten (10.515). Teilweise erfolgen Abschlussprüfungen im Rahmen des ersten Ausbildungsverhältnisses noch nach der Vertrags-

lösung; ein sehr geringer Anteil (0,6 %) derjenigen mit Vertragslösung wurde innerhalb von 36 Monaten nach Ausbildungsbeginn mit einer erfolgreichen Abschlussprüfung im ersten Ausbildungsverhältnis gemeldet.

Abschlussprüfungen werden auch in den maximal dreijährigen Ausbildungsberufen noch nach dem 36sten Monat angetreten, und es finden auch noch vorzeitige Vertragslösungen statt. Da die Analyse derzeit auf die ersten 36 Monate nach Beginn der Ausbildung begrenzt werden muss, kann erst mit den kommenden Berichtsjahren (nachdem alle Auszubildenden der Anfängerkohorte 2008 zu allen Prüfungsmöglichkeiten angetreten sind oder ihren Vertrag gelöst haben) geklärt werden, wie hoch der Anteil derer ist, die endgültig nicht bestehen oder den Vertrag lösen. Gravierender ist jedoch die Einschränkung, dass der Verlauf auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht über das ursprünglich begonnene Ausbildungsverhältnis hinaus beobachtet werden kann; der Verbleib nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses bleibt leider unbekannt. Ein Teil derjenigen mit Vertragslösung wird noch in einem anderen Ausbildungsbetrieb und/oder einem anderen dualen Ausbildungsberuf eine duale Ausbildung absolvieren. Solche Verläufe könnten nur dann weiterverfolgt werden, wenn im Rahmen der Berufsbildungsstatistik eine unveränderliche Personennummer für Auszubildende eingeführt werden würde.

Auf Basis des Kohortendatensatzes können außerdem die Ergebnisse zu den differenzierten Lösungsquoten (bivariate Zusammenhänge) in multivariaten Modellen überprüft werden, zumindest hinsichtlich der anderen im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erhobenen Merkmale.[158] Denn hinsichtlich dieser Befunde ist zu beachten, dass eine höhere Lösungsquote bei einer bestimmten Personengruppe nicht bedeutet, dass diese Personen in stärkerem Maße Ausbildungsverträge vorzeitig lösen. Ebenso wenig kann man schlussfolgern, dass Ausbildungsbetriebe grundsätzlich eher die Ausbildungsverträge mit diesen Jugendlichen lösen. Zum einen erfasst die Berufsbildungsstatistik nicht, von welchem Vertragspartner die Lösung ausging und was der Grund für die Lösung war. Zum anderen sind die Zusammenhänge komplex. Lösungen können bei einer Personengruppe hoch ausfallen, weil sie stärker in Ausbildungsberufen, Betrieben oder Regionen mit hohen Lösungsquoten zu finden sind. Zum anderen können die Lösungsquoten in Berufen höher ausfallen, weil Personen mit höherer Lösungswahrscheinlichkeit in diesen Berufen zu finden sind oder weil sie in Betrieben, Branchen oder Regionen mit höheren Lösungsquoten vorzufinden sind.

Zur Klärung dieser komplexen Zusammenhänge, die zu höheren oder niedrigeren Vertragslösungsquoten führen, besteht noch ein erheblicher Forschungsbedarf (vgl. Jasper u. a. 2009). Teilweise sind hierzu Forschungsprojekte mit eigenen Datenerhebungen zu den spezifischen Fragestellungen (Primärerhebungen) erforderlich. Teilweise können nun – nach verbesserter Datenlage – die Individualdaten der Berufsbildungsstatistik ausgewertet werden. Multivariate Zusammenhangsanalysen auf Basis des Kohortendatensatzes der Anfänger/-innen des Berichtsjahres 2008 bestätigen eine höhere relative Lösungswahrscheinlichkeit („Odds“) bei Ausbildungsverträgen von Auszubildenden mit maximal Hauptschulabschluss, in Handwerksberufen, in Ostdeutschland, bei überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverträgen, bei Ausbildungsverträgen von ausländischen Auszubildenden, in primären Dienstleistungsberufen sowie in sehr geringem Maße bei Frauen und in den freien Berufen; die Variablen sind hier in der Reihenfolge einer abnehmenden Effektstärke sortiert. In diesen Modellen wurden verschiedene berufs-, personenbezogene und regionale Variablen aufgenommen, sodass die soeben genannten Effekte unter Kontrolle aller aufgenommenen Variablen bestätigt sind.[159]

(Alexandra Uhly)

158 Der Kohortendatensatz kann durch weitere Variablen aus anderen Statistiken und Erhebungen erweitert werden, indem über die Berufs- und Regionalvariable entsprechende Daten hinzugespielt werden. Die Ergebnisse der Analyse des erweiterten Datensatzes werden in 2013 veröffentlicht.

159 Insbesondere die Einflussgröße der Staatsangehörigkeit (Effektkoeffizient) geht im multivariaten Modell im Vergleich zum bivariaten Modell deutlich zurück.

A4.8 Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse

In allen anerkannten Ausbildungsberufen finden am Ende der Ausbildungszeit Abschlussprüfungen (Gesellenprüfungen) statt. Sie dienen dem Nachweis der erreichten beruflichen Qualifikation, indem festgestellt wird, ob der/die Prüfungsteilnehmende die für den Berufsabschluss und die qualifizierte Ausübung des erlernten Berufes erforderlichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) erworben hat (BBiG § 38/HwO § 32). Wird die Abschlussprüfung nicht bestanden, kann sie bis zu zweimal wiederholt werden (BBiG § 37 Abs. 1/ HwO § 31 Abs. 1) (Wiederholungsprüfungen).

Zur Abschlussprüfung werden Auszubildende zugelassen, die die reguläre bzw. vertraglich festgelegte Ausbildungszeit zurückgelegt haben („fristgemäße Zulassung"; BBiG § 43 Abs. 1/HwO § 36 Abs. 1). Die Zulassung kann aber auch vor Ablauf der regulären Ausbildungszeit erfolgen, wenn die Leistungen der Auszubildenden besonders gut sind („vorzeitige Zulassung"; BBiG § 45 Abs. 1/HwO § 37 Abs. 1). Wird die Ausbildungszeit verlängert, um das Ausbildungsziel zu erreichen (BBiG § 8 Abs. 2/ HwO § 27b Abs. 2), erfolgt auch die Zulassung zur Abschlussprüfung entsprechend später („Zulassung nach Verlängerung").

Neben Auszubildenden können auch Personen zur Abschlussprüfung zugelassen werden, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen. Zugelassen werden können zum einen Personen, die über eine Mindestdauer praktischer Erfahrungen in dem Beruf verfügen, in dem sie die Prüfung ablegen wollen, oder auf andere Weise nachweisen können, dass sie die beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen (BBiG § 45 Abs. 2 und 3/HwO § 37 Abs. 2). Zum anderen haben Personen, die einen einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang abgeschlossen haben, die Möglichkeit, zur Abschlussprüfung zugelassen zu werden (BBiG § 43 Abs. 2/HwO § 36 Abs. 2). Über den Weg dieser sogenannten Externenprüfung können sich Personen die erworbenen beruflichen Qualifikationen auf eine in der Arbeitswelt anerkannte Weise zertifizieren lassen und darüber ihre beruflichen Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern.

Die folgenden Ergebnisse zu den im Jahr 2011 durchgeführten Abschlussprüfungen Auszubildender und Externer basieren auf Daten aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (nachfolgend als Berufsbildungsstatistik bezeichnet).[160] E

E Statistik über Abschlussprüfungen

Bis 2006 wurden mit der Aggregatdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) ausschließlich die während des Kalenderjahres (= Berichtszeitraum) in den dualen Ausbildungsberufen abgelegten Abschlussprüfungen und damit die Zahl der *Prüfungsteilnahmen* und nicht die Zahl der *Prüfungsteilnehmer/-innen* erhoben. Seit der Umstellung auf Individualdaten im Jahr 2007 lassen sich sowohl Teilnahmen als auch Teilnehmer/ -innen ausweisen.

Die Zahl der *Prüfungsteilnahmen* setzt sich wie folgt zusammen:

- Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr zum ersten Mal an der Abschlussprüfung teilnehmen (Erstprüfung).
- Teilnahmen von Prüflingen, die an Wiederholungsprüfungen zu der im Berichtsjahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (Wiederholungsprüfung).
- Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu einer in einem früheren Jahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (ebenfalls Wiederholungsprüfung).

Damit werden Teilnehmer/-innen, die eine im Berichtsjahr durchgeführte Abschlussprüfung nicht bestanden haben und im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu dieser

160 Von 1993 bis 2006 erfolgten die Erhebungen auf Grundlage der §§ 4 und 5 des Berufsbildungsförderungsgesetzes. Seit dem 1. April 2007 bildet die revidierte Fassung des § 88 des Berufsbildungsgesetzes die Rechtsgrundlage. Damit erfolgte eine Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten. Für den betrachteten Zeitraum liegen bis 2006 somit vergleichbare Daten zu Abschlussprüfungen vor; ab 2007 ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich, wobei umstellungsbedingt für das Berichtsjahr 2007 keine Angaben zu Abschlussprüfungen veröffentlicht wurden (Statistisches Bundesamt 2008; Schmidt 2008).

nicht bestandenen Prüfung teilnehmen, bei den Prüfungsteilnahmen mehrfach gezählt; das wird für die Berechnung und Beurteilung der Erfolgsquoten berücksichtigt (vgl. Werner 1998). Allerdings wurde für die Jahre 2007 bis 2009 bei den Wiederholungsprüfungen nur maximal eine (die letzte) Wiederholungsprüfung im Kalenderjahr erfasst. Seit 2010 werden – wie dies auch bis 2006 erfolgte – alle in einem Kalenderjahr durchgeführten Wiederholungsprüfungen gezählt. Damit fällt die Zahl aller Prüfungsteilnahmen sowie die der Teilnahmen an Wiederholungsprüfungen für die Jahre 2007 bis 2009 tendenziell geringer aus als für die Jahre bis 2006 bzw. ab 2010.

Bei der Zahl der *Prüfungsteilnehmer/-innen* handelt es sich im Unterschied zur Zahl der Prüfungsteilnahmen, die eine fallbezogene Größe ist, um eine personenbezogene Größe. Entsprechend wird jede Person, die sich im Berichtsjahr prüfen lässt, unabhängig von der Anzahl ihrer Prüfungsteilnahmen, nur einmal gezählt. Somit ist die Zahl der Prüfungsteilnehmer/-innen in der Regel kleiner als die der Prüfungsteilnahmen in einem Kalenderjahr. Eine Ausnahme besteht bei alleiniger Betrachtung der Erstprüfungen, hier ist die Zahl der Teilnehmer/-innen identisch mit der der Teilnahmen.

Mit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten hat sich auch die Erfassung der sogenannten *Externenprüfung* geändert. Bis zum Jahr 2006 sind Teilnahmen an der Externenprüfung in der Statistik der Abschlussprüfungen enthalten (für den Bereich Handwerk auch die Umschulungsprüfungen). Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Externenprüfungen sind jedoch keine Auszubildenden; sie werden daher nicht bei den Auszubildenden nachgewiesen. Für einzelne Ausbildungsberufe kann deshalb die Zahl der Teilnahmen an Prüfungen ggf. die der Auszubildenden übersteigen. Die Meldung zu Externenprüfungen erfolgt differenziert nach der Art der Zulassung (abgeschlossener einschlägiger schulischer Bildungsgang oder Mindestdauer einschlägiger Berufspraxis).

Bis zum Berichtsjahr 2006 meldete der Bereich Handwerk im Gegensatz zu den anderen Zuständigkeitsbereichen die Externenprüfungen nicht gesondert, sodass sie aus den Abschlussprüfungsdaten nicht extrahiert werden können. Seit 2007 werden Umschulungsprüfungen und Externenprüfungen generell gesondert erfasst; bei Externenprüfungen werden jedoch nach wie vor nur Teilnahmen gezählt.

Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregatdatenerhebung zu einer Individualdatenerfassung bietet grundsätzlich erweiterte Analysemöglichkeiten. Beispielsweise können Erfolgsquoten differenziert nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss der Auszubildenden betrachtet werden. Zudem kann die Berechnung des Indikators Erfolgsquote auf Basis von Individualdaten grundsätzlich verbessert werden. So kann die Erfolgsquote nicht nur wie bisher bezogen auf die Prüfungsteilnahmen (fallbezogene Erfolgsquote: EQ I), sondern jetzt auch exakt – statt wie bislang nur näherungsweise – bezogen auf die Prüfungsteilnehmer/-innen (personenbezogene Erfolgsquote: EQ II_{neu}) berechnet werden. Ferner lässt sich als neuer Indikator die Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{EP}) bestimmen, welche den Anteil derer ausweist, die die Abschlussprüfung im ersten Versuch bestehen.[161] Bei Zeitreihen wird aus Vergleichsgründen die bisherige Berechnungsweise auf Basis der Prüfungsfälle beibehalten. Die fallbezogene Erfolgsquote liegt dabei in der Regel etwas niedriger als die personenbezogene Erfolgsquote.

Abschlussprüfungen Auszubildender und Berufsabschluss

→ **Tabelle A4.8-1** zeigt die Entwicklung der Prüfungsteilnahmen an Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung anhand ausgewählter Zeitpunkte seit Beginn dieses Jahrtausends.[162] Nach einem moderaten Anstieg der Zahl durchgeführter Abschlussprüfungen von knapp 590.000 im Jahr 2000 auf gut 600.000 im Jahr 2002 sank die Zahl der Prüfungsteilnahmen im Jahr 2004 auf knapp 575.000, im Jahr 2006 um weitere 15.000 Prüfungsfälle auf etwas unter 560.000 Prüfungsteilnahmen. Im Jahr 2008 wurden rund 505.000 Teilnahmen an Abschlussprüfungen gezählt, wobei hierbei – nach der Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 – nun erstmals die durchgeführten Externen- und zum Teil auch Umschulungsprüfungen nicht mehr enthalten sind. Für das Jahr 2009 ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der durchgeführten Abschlussprüfungen um rund 15.000 Fälle auf

161 Detaillierte Ausführungen zu den einzelnen Erfolgsquoten finden sich bei Dionisius/Lissek/Schier 2012.

162 Für eine umfassende, jahresbezogene Darstellung seit 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

Tabelle A4.8-1: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 2000 bis 2011**

Jahr	Prüfungsteilnahmen						
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:			
				bestandene Prüfungen		Wiederholungsprüfungen[1]	
	Anzahl			Anzahl	in %[2]	Anzahl	in %
2000	341.499	247.104	588.603	502.578	85,4	57.468	9,8
2002	346.467	255.864	602.331	513.444	85,2	60.267	10,0
2004	329.379	245.583	574.962	492.837	85,7	61.422	10,7
2006	327.651	231.648	559.299	479.574	85,7	54.825	9,8
2007[3]	–	–	–	–	–	–	–
2008	296.883	207.558	504.438	454.851	90,2	29.184	5,8
2009	304.176	215.433	519.609	468.852	90,2	30.804	5,9
2010	310.686	225.105	535.791	479.031	89,4	32.850	6,1
2011	311.415	220.086	531.501	476.580	89,7	38.523	7,2

[1] In den Jahren 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine – die letzte – Wiederholungsprüfung erfasst, bis zum Jahr 2006 und ab dem Jahr 2010 sind alle Wiederholungsprüfungen erfasst.
[2] Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote I).
[3] Durch die Neukonzeption und Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt. Für das Jahr 2007 wurden infolge der methodischen Umstellung der Statistik keine Teilnahmen an Abschlussprüfungen ausgewiesen. Bis 2006 einschließlich der Teilnehmer/-innen an Externenprüfungen, ab dem Berichtsjahr 2008 ohne Externenprüfungen. Bis 2007 einschließlich Teilnahmen an Abschlussprüfungen im Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

annähernd 520.000 Teilnahmen zu verzeichnen. In 2010 stieg die Zahl der Prüfungsteilnahmen abermals um rund 15.000 Fälle. Dieser Anstieg ist dabei in Teilen auf die veränderte Erfassung bei den Wiederholungsprüfungen zurückzuführen. Für die Jahre 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine (die letzte) Wiederholungsprüfung gezählt, seit 2010 werden – wie auch in den Jahren bis 2006 – alle (d. h. bis zu 2) Wiederholungsprüfungen erfasst. Für das Jahr 2011 zeigt sich mit einem Minus von rund 4.000 Fällen gegenüber dem Vorjahr nur eine geringfügige Veränderung in der Anzahl durchgeführter Abschlussprüfungen. Der Anteil der auf Frauen entfallenden Prüfungsteilnahmen ist über den betrachteten Zeitraum hinweg mit Werten zwischen gut 41 % und knapp 43 % relativ konstant geblieben.

Im Berichtsjahr 2011 haben knapp 477.000 Männer und Frauen die Abschlussprüfung bestanden und damit ihre Berufsausbildung mit einem qualifizierten Berufsabschluss beendet. Bezogen auf alle im Berichtsjahr durchgeführten Abschlussprüfungen liegt die Erfolgsquote I (EQ I) mit 89,7 % geringfügig über dem Vorjahresniveau von 89,4 % und liegt damit erneut über den bis 2006 beobachteten Erfolgsquoten I. Hierin kommt der allgemein geringere Prüfungserfolg der Teilnehmer/-innen an den Externenprüfungen zum Ausdruck, die bis zur Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 in die Berechnung der Erfolgsquote I mit eingingen.[163] Legt man nicht die Anzahl der Prüfungsteilnahmen, sondern die der Prüfungsteilnehmer als Bezugsgröße zugrunde, beläuft sich der Prüfungserfolg (Erfolgsquote II_{neu}) im Jahr 2011 auf 92,2 % und erreicht damit einen

163 Die Erfolgsquote der extern zur Abschlussprüfung Zugelassenen bewegte sich in der Zeit von 1993 bis 2006 zwischen 70 % und 81 %, vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

Tabelle A4.8-2: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2011 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen**[1]

Zuständigkeitsbereich[1]	Prüfungsteilnahmen						
	Männer	Frauern	insgesamt	darunter:			
				bestandene Prüfungen		Wiederholungen	
	Anzahl			Anzahl	in %[2]	Anzahl	in %
Industrie und Handel[3]	190.116	136.680	326.796	297.933	91,2	20.436	6,3
Handwerk	103.920	33.351	137.271	117.093	85,3	13.644	9,9
Öffentlicher Dienst	4.362	8.046	12.405	11.625	93,7	498	4,0
Landwirtschaft	10.884	3.246	14.130	11.844	83,8	1.851	13,1
Freie Berufe	1.890	35.763	37.653	35.154	93,4	1.833	4,9
Hauswirtschaft	246	3.000	3.246	2.931	90,3	258	7,9
Alle Bereiche	**311.415**	**220.086**	**531.501**	**476.580**	**89,7**	**30.523**	**5,7**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.
[2] Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote I).
[3] Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

leicht besseren Wert als im Vorjahr, in welchem die personenbezogene Erfolgsquote II_{neu} bei 91,5 % lag.

→ **Tabelle A4.8-2** zeigt die teilnahmebezogene Erfolgsquote (EQ I: Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) für das Jahr 2011 differenziert nach Zuständigkeitsbereichen. In den Bereichen Industrie und Handel, öffentlicher Dienst, freie Berufe sowie Hauswirtschaft liegt sie zwischen 0,6 und 4,0 Prozentpunkten über dem Durchschnitt von 89,7 %; in den Bereichen Handwerk und Landwirtschaft bleibt sie um 4,4 bzw. 5,9 Prozentpunkte hinter dem Durchschnitt zurück. Im Vorjahresvergleich sind die Erfolgsquoten in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen weitgehend konstant geblieben.[164]

Viele Prüfungsteilnehmer/-innen, die nicht erfolgreich waren, wiederholen die Abschlussprüfung, um den gewünschten Berufsabschluss zu erlangen. Im Berichtsjahr 2011 betrug der Anteil der Wiederholungsprüfungen an allen durchgeführten Abschlussprüfungen 5,7 % → **Tabelle A4.8-1**.[165] Allerdings tritt nur ein Teil der erfolglosen Prüfungsteilnehmer/-innen in dem Jahr zur Wiederholungsprüfung an, in dem die erste Abschlussprüfung (Erstprüfung) nicht bestanden wurde. Im Jahr 2011 nahmen knapp 10.600 Prüflinge, denen die Erstprüfung im Berichtsjahr misslang, an der ersten Wiederholungsprüfung teil, gut 7.400 davon mit Erfolg. Von den annähernd 3.200 erneut erfolglosen Kandidaten und Kandidatinnen traten etwas über 100 noch im selben Jahr zur zweiten Wiederholungsprüfung an. Von ihnen gelang nahezu jedem Zweiten der Berufsabschluss.

164 Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

165 In 2008 und 2009 wurden nicht mehr alle von einem/einer Prüfungsteilnehmer/-in abgelegten Wiederholungsprüfungen gezählt, sondern je Kalenderjahr nur noch maximal eine, und zwar die im Kalenderjahr zuletzt abgelegte. Im Vergleich zu den Vorjahren fällt die Anzahl der Wiederholungsprüfungen damit geringer aus. Seit 2010 werden wieder alle in einem Kalenderjahr durchgeführten Wiederholungsprüfungen erfasst.

Erste Teilnahme an der Abschlussprüfung und Berufsabschluss

Ein umfassenderes Bild über das Prüfungsgeschehen erhält man, wenn man nicht nur den Anteil erfolgreicher Prüfungen an allen Abschlussprüfungen betrachtet, sondern darüber hinaus noch in den Blick nimmt, wie viele junge Männer und Frauen die Abschlussprüfung im ersten Anlauf (Erstprüfung) bestehen.

Im Berichtsjahr unterzogen sich etwas über 286.000 junge Männer und etwas weniger als 207.000 junge Frauen zum ersten Mal der Abschlussprüfung im erlernten Ausbildungsberuf → **Tabelle A4.8-3**. Mit 92,8 % wurde die große Mehrheit aller Erstprüfungsteilnehmer/-innen fristgemäß nach Ablauf der regulären Ausbildungsdauer zur Abschlussprüfung zugelassen; 5,5 % nahmen aufgrund besonderer Ausbildungsleistungen vorzeitig an der Erstprüfung teil, 1,7 % nach Verlängerung der Ausbildungszeit. 91,5 % der Teilnehmenden gelang es, direkt im ersten Versuch einen qualifizierten Berufsabschluss zu erwerben. Die Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{EP}) liegt damit mit einem Plus von 0,3 Prozentpunkten geringfügig über dem Vorjahresniveau.

Aus → **Tabelle A4.8-3** geht zudem hervor, dass zwischen den Zuständigkeitsbereichen leichte Unterschiede beim Anteil der Erstprüfungsteilnehmer/-innen mit vorzeitiger Prüfungszulassung resp. Prüfungszulassung nach Verlängerung der Ausbildungszeit bestehen. Am höchsten ist der Anteil vorzeitig zur Abschlussprüfung Zugelassener in den freien Berufen; er liegt hier bei 7,2 %. Am niedrigsten ist er mit 0,4 % im Bereich Hauswirtschaft. Der Anteil der nach Verlängerung der Ausbildungszeit an der Abschlussprüfung Teilnehmenden ist im Bereich Industrie und Handel mit 0,7 % am geringsten, im Handwerk mit 3,7 % am höchsten. Auch in Bezug auf die Erfolgsquote bei Erstprüfungen lassen sich Unterschiede zwischen den Zuständigkeitsbereichen ausmachen. In den Bereichen von Industrie und

Tabelle A4.8-3: **Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen in 2011 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen**[1]

Zuständigkeitsbereich[1]	Teilnehmende										
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:							
				Art der Zulassung						Prüfungserfolg	
				fristgemäß		vorzeitig		nach Verlängerung		bestanden	
	Anzahl			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %[2]
Industrie und Handel[3]	177.693	128.664	306.360	283.485	92,5	20.658	6,7	2.217	0,7	284.742	92,9
Handwerk	92.934	30.693	123.627	115.854	93,7	3.117	2,5	4.635	3,7	107.874	87,3
Öffentlicher Dienst	4.134	7.770	11.907	11.136	93,5	591	5,0	180	1,5	11.286	94,8
Landwirtschaft	9.402	2.880	12.279	11.766	95,8	177	1,4	336	2,7	10.506	85,6
Freie Berufe	1.818	34.002	35.820	32.079	89,6	2.583	7,2	1.158	3,2	33.849	94,5
Hauswirtschaft	216	2.769	2.988	2.928	98,0	12	0,4	48	1,6	2.766	92,6
Alle Bereiche	**286.200**	**206.778**	**492.978**	**457.251**	**92,8**	**27.135**	**5,5**	**8.574**	**1,7**	**451.023**	**91,5**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E **in Kapitel A1.2**). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

[2] Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{EP}): Anteil erfolgreicher Erstprüfungen an allen Erstprüfungen.

[3] Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Handel, des öffentlichen Dienstes, der freien Berufe und der Hauswirtschaft geht die EQ_{EP} zwischen 1,1 und 3,3 Prozentpunkten über den Durchschnitt hinaus, hingegen bleibt sie in den Bereichen Handwerk und Landwirtschaft um 4,2 bzw. 5,9 Prozentpunkte hinter dem Durchschnitt zurück.

Bei einer nach Bundesländern differenzierten Betrachtung fällt auf, dass die Erfolgsquote bei Erstprüfungen in allen ostdeutschen Bundesländern unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts verbleibt. Bezogen auf die westdeutschen Bundesländer trifft dies auf das Saarland, auf Hessen sowie auf Rheinland-Pfalz zu. In Nordrhein-Westfalen entspricht die EQ_{EP} annähernd dem Bundesdurchschnitt, in den übrigen 6 westdeutschen Bundesländern wird der Gesamtdurchschnitt überschritten → **Tabelle A4.8-4 Internet**.

Deutliche Variationen in der EQ_{EP} zeigen sich zudem zwischen einzelnen Ausbildungsberufen, was nicht zuletzt mit der unterschiedlichen schulischen Vorbildung der Auszubildenden bzw. Prüfungsteilnehmenden in den einzelnen Berufen in Beziehung steht → **Tabelle A4.8-5 Internet**.

Externe Prüfungsteilnahmen und Berufsabschluss

Neben der Abschlussprüfung nach einer regulären Ausbildung eröffnet das Berufsbildungsgesetz auch die Möglichkeit, als externer Prüfungsteilnehmer/externe Prüfungsteilnehmerin zur Abschlussprüfung vor der zuständigen Stelle zugelassen zu werden. Diese Möglichkeit steht vor allem Absolventen und Absolventinnen vollzeitschulischer Bildungsgänge und ausbildungslosen Personen mit Berufserfahrung offen (BBiG § 45 Abs. 2 und 3 bzw. BBiG § 43 Abs. 2/HwO § 37 Abs. 2 bzw. HwO § 36 Abs. 2).

→ **Tabelle A4.8-6** weist die Teilnahmen an Externenprüfungen im Berichtsjahr 2011 insgesamt sowie differenziert nach Zuständigkeitsbereichen aus.[166] Mit knapp 35.000 durchgeführten Externenprüfungen (einschließlich Wiederholungen) liegt die Zahl der Teilnahmen um nicht ganz 1.300 Fälle unter dem Vorjahresniveau.[167] Der Anteil der Externenprüfungen an allen in 2011 erfolgten Abschlussprüfungen[168] liegt bei 6,1 %, was annähernd dem Vorjahreswert entspricht. Zwischen den einzelnen Zuständigkeitsbereichen variieren die Anteilswerte der Externenprüfung allerdings erheblich. Mit Abstand die größte Bedeutung für den Erwerb eines Berufsabschlusses kommt der Externenprüfung im Bereich Hauswirtschaft zu. Hier entfällt rund die Hälfte aller durchgeführten Abschlussprüfungen auf Teilnahmen externer Prüfungskandidaten. Dagegen fällt die Externenprüfung im Bereich der freien Berufe mit weniger als 1 % so gut wie gar nicht ins Gewicht. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die übrigen Bereiche mit Anteilen von 1,4 % im Handwerk, 3,2 % im öffentlichen Dienst, 7,7 % im Bereich Industrie und Handel und 9,1 % in der Landwirtschaft. Änderungen gegenüber dem Vorjahr haben sich damit kaum ergeben.

Ferner verdeutlicht → **Tabelle A4.8-6**, dass die beiden Formen der Zulassung zur Externenprüfung eine unterschiedliche Rolle spielen. Bei 75,3 % der externen Prüfungsfälle erfolgte die Zulassung aufgrund der gesetzlich geforderten Mindestdauer einschlägiger berufspraktischer Erfahrung (Vorjahr: 72,2 %), in den übrigen Fällen (24,7 %; Vorjahr 27,8 %) absolvierten die Prüfungskandidaten einen einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang. In den einzelnen Zuständigkeitsbereichen kommt den beiden Zulassungsformen allerdings unterschiedliche Bedeutung zu. In Industrie und Handel, im öffentlichen Dienst sowie im Bereich Landwirtschaft dominiert die Berufserfahrung als Zulassungsvoraussetzung. Im Bereich Hauswirtschaft erfolgt die Zulassung zur Externenprüfung überwiegend nach Abschluss eines schulischen Bildungsgangs. Im Handwerk und in den freien Berufen haben die beiden Zulassungsformen annähernd das gleiche Gewicht. Losgelöst vom Verhältnis zwischen den beiden Zulassungsarten zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt wie in allen Zuständigkeitsbereichen mit Ausnahme der freien Berufe ein leichter Anstieg des Anteils der aufgrund von Berufserfahrung zur Externenprüfung Zugelassenen.

166 Für eine Darstellung der Entwicklung der Teilnahmen an Externenprüfungen zwischen 1993 und 2006 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

167 Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

168 D. h. einschließlich der Externenprüfungen.

Tabelle A4.8-6: **Teilnahmen an Externenprüfungen 2011 nach Zuständigkeitsbereichen**[1]

Zuständigkeitsbereich[1]	Teilnahmen							Prüfungserfolg			
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter: Zulassungsart: abgeschlossener schulischer Bildungsgang		darunter: Zulassungsart: Berufserfahrung		bestandene Prüfungen bei Zulassungsart: abgeschlossener schulischer Bildungsgang	bestandene Prüfungen bei Zulassungsart: Berufserfahrung	bestandene Prüfungen insgesamt	
	Anzahl			Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %	in %	Anzahl	in %
Industrie und Handel[2]	16.683	10.629	27.312	5.406	19,8	21.906	80,2	77,9	77,7	21.219	77,7
Handwerk	1.344	570	1.914	825	43,1	1.089	56,9	78,2	85,1	1.572	82,1
Öffentlicher Dienst	183	237	420	75	17,9	342	81,4	84,0	89,5	369	87,9
Landwirtschaft	849	567	1.413	69	4,9	1.344	95,1	78,3	86,2	1.212	85,8
Freie Berufe	24	300	324	171	52,8	153	47,2	77,2	74,5	243	75,0
Hauswirtschaft	183	3.108	3.291	2.019	61,3	1.272	38,7	83,5	83,7	2.751	83,6
Alle Bereiche	**19.266**	**15.411**	**34.674**	**8.568**	**24,7**	**26.109**	**75,3**	**79,2**	**78,8**	**27.366**	**78,9**

[1] Maßgeblich für die Zuordnung der Externen zu den Zuständigkeitsbereichen ist die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. E **in Kapitel A1.2**).
[2] Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende" des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Annähernd 27.500 extern zugelassene Prüfungsteilnehmer/-innen haben im Jahr 2010 die Prüfung bestanden und somit auf diesem Wege einen qualifizierten Berufsabschluss erworben. Das sind annähernd 1.500 über die Externenprüfung erworbene Berufsabschlüsse weniger als im Vorjahr. Auch die Erfolgsquote (Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) fällt mit 78,9 % um rund einen Prozentpunkt niedriger aus als im Vorjahr. Zwischen den Zuständigkeitsbereichen bestehen allerdings Unterschiede in Bezug auf die Erfolgsquote: Im Handwerk, im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft gingen 2011 überdurchschnittlich viele extern zugelassene Prüfungsteilnehmende erfolgreich aus der Prüfung, in den freien Berufen und im Bereich Industrie und Handel liegt die Erfolgsquote unter dem Durchschnitt. Ferner zeigen sich auch Unterschiede in der Erfolgsquote in Abhängigkeit der Zulassungsart. Mit Ausnahme des Bereichs Industrie und Handel sowie der freien Berufe liegen die Erfolgsquoten der berufserfahrenen externen Prüfungsteilnehmer – wie im Vorjahr auch – über denen der schulisch qualifizierten Prüfungskandidaten und -kandidatinnen.

(Margit Ebbinghaus)

A4.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund

Für den allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Werdegang ist es von großer Bedeutung, ob Jugendliche einen Migrationshintergrund haben oder nicht (Baumert/Maaz 2012). Den Potenzialen und Ressourcen junger Menschen mit Migrationshintergrund sowie ihren Schwierigkeiten im Bildungsverlauf gilt eine zunehmende bildungspolitische Aufmerksamkeit (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2010). Die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist sehr heterogen, sowohl hinsichtlich ihrer Migrationsgeschichte, ihrer schulischen Voraussetzungen und Lebenslagen (Beicht 2011; Diehl/Friedrich/Hall 2009; Kuhnke/Müller 2009) als auch hinsichtlich ihrer Herkunft. Daher ist es wichtig, die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu Ausbildung auch differenziert nach unterschiedlichen Herkunftsgruppen zu betrachten (Eberhard 2012; Beicht 2011; Ulrich 2011; Diehl/Friedrich/Hall 2009). Der Begriff „Migrationshintergrund“ wird in den unterschiedlichen Erhebungen und Studien nicht einheitlich definiert; dies ist bei einem Vergleich der Ergebnisse zu beachten E.

E Migrationshintergrund

Das Konstrukt „Migrationshintergrund“ wird in den verschiedenen Erhebungen und Studien auf unterschiedliche Weise operationalisiert. Zur Definition werden verschiedene Merkmale herangezogen: In der empirischen Berufsbildungsforschung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sind dies meist die aktuelle Staatsangehörigkeit und die Muttersprache (bzw. die als erste erlernte/-n Sprache/-n), teilweise auch das Geburtsland und in Deutschland verbrachte Zeiten. Studien, die sich auf den Mikrozensus stützen, können auf die Merkmale Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Geburtsland und auf entsprechende Angaben zu den Eltern zurückgreifen. Außerdem wird im Mikrozensus zwischen Personen mit eigener Migrationserfahrung (Ausländer, Deutsche (Spät-)Aussiedler und Eingebürgerte) sowie Personen ohne eigene Migrationserfahrung (Ausländer der 2. und 3. Generation, Deutsche, d. h. Eingebürgerte, Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil) unterschieden.

Unterschiedliche Definitionen führen nicht nur zu quantitativen Unterschieden der jeweils als Personen mit Migrationshintergrund bestimmten Gruppe, sondern können auch qualitative Konsequenzen nach sich ziehen, wenn man zu unterschiedlichen Aussagen, z. B. hinsichtlich des Bildungserfolgs, kommt. Die Offenlegung der für die Definition von Migrationshintergrund jeweils verwendeten Kriterien und die Begründung ihrer Auswahl sind deswegen zwingend erforderlich (Settelmeyer/Erbe 2010; Statistisches Bundesamt 2010).

Berufliche Orientierung und Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund oft besonders schwierig und langwierig (**vgl. Kapitel A3.1**; BIBB-Datenreport 2011 und 2009, jeweils Kapitel A3; Beicht 2011; Granato u. a. 2011). Die BIBB-Schulabgängerbefragung 2012 zeigt, dass nicht einmal die Hälfte (45 %) der Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund[169], die sich für eine betriebliche Ausbildung interessierten, tatsächlich in eine solche Ausbildung eingemündet sind. Gegenüber den Vorjahren ist dies eine deutliche Erhöhung. So stieg der Anteil von 32 % (2008) auf 35 % (2010) und zuletzt auf 45 % (2012). Im Vergleich zu Schulabgängern und Schulabgängerinnen ohne Migrationshintergrund gibt es aber weiterhin eine Differenz von 11 Prozentpunkten. Bei den Schulabgängern und Schulabgängerinnen ohne Migrationshintergrund veränderte sich im betrachteten Zeitverlauf der Anteil derjenigen, die in eine betriebliche Ausbildung einmünden konnten, von 54 % (2008) auf 58 % (2010) und 59 % (2012).

169 In den BIBB-Schulabgängerbefragungen liegt ein Migrationshintergrund vor, „wenn ein Elternteil oder beide Eltern nicht in Deutschland geboren wurden und/oder die Kindheit und Jugend nicht in Deutschland verbracht wurde und/oder Deutsch nicht als erste Sprache oder gemeinsam mit einer anderen Sprache erlernt wurde“ (Friedrich 2009, S. 70).

Erhebliche Unterschiede bei den Übergangschancen in eine duale Berufsausbildung zeigen sich auch, wenn der Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Ausbildungsstellenbewerber/-innen betrachtet wird. So ergab die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012, dass 38 % der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund in dem betreffenden Jahr in einer dualen Berufsausbildung verblieben waren, und zwar 30 % in einer betrieblichen und 8 % in einer nichtbetrieblichen Ausbildung. Von denjenigen ohne Migrationshintergrund waren es dagegen 53 % (46 % in betrieblicher und 7 % in nichtbetrieblicher Ausbildung) (vgl. **Kapitel A3.2.2**, **Tabelle A3.2.2-2**).[170] Auch unter Berücksichtigung des Schulabschlusses war bei Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund seltener ein Verbleib in einer betrieblichen Ausbildung festzustellen. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei einem mittleren Abschluss: Während die Hälfte der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund bei einem mittleren Abschluss in einer betrieblichen Ausbildung verblieben, war dies nur bei 31 % derjenigen mit Migrationshintergrund der Fall (vgl. **Kapitel A3.2.2**, **Schaubild A3.2.2-1**).

Auf Basis der Berufsbildungsstatistik sowie der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder kann die Ausbildungsanfängerquote ausländischer und deutscher Jugendlicher berechnet werden (**vgl. Kapitel A4.5**). Demnach war die Ausbildungsanfängerquote ausländischer Jugendlicher 2011 mit 29,8 % nur halb so hoch wie die deutscher Jugendlicher (60,2 %). Die Quote hat sich damit gegenüber 2009 sowohl bei den ausländischen Jugendlichen (2009: 27,5 %) als auch bei den deutschen Jugendlichen (2009: 56,4 %) etwas erhöht (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.5), wobei die Abstände zwischen beiden Gruppen noch zunahmen (2009: 28,9 Prozentpunkte, 2011: 30,4 Prozentpunkte). Weitere Unterschiede zeigen sich bei der Differenzierung nach Geschlecht. So betrug 2011 die Ausbildungsanfängerquote junger Frauen ausländischer Nationalität 26,9 %, die junger Männer ausländischer Nationalität 32,6 % (**vgl. Tabelle A4.5-3**).

Die Ausbildungsanfängerquote deutscher Frauen lag 2011 mit 49,6 % rund 23 Prozentpunkte höher als die ausländischer Frauen, die der männlichen deutschen Jugendlichen mit 70,2 % sogar rund 38 Prozentpunkte über derjenigen männlicher Jugendlicher ausländischer Nationalität (**vgl. Kapitel A4.5**). Zu beachten ist, dass die hier berücksichtigte Staatsangehörigkeit von Personen nicht mit dem Merkmal Migrationshintergrund gleichgesetzt werden kann. Aus der Ausbildungsanfängerquote abgeleitete Aussagen zur Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung können sich nur auf die Teilgruppe der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit beziehen.

Auf die Frage, wie es zu den Unterschieden in den Ausbildungschancen zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kommt, können die amtlichen Statistiken (z. B. Berufsbildungsstatistik, Schulstatistik, integrierte Ausbildungsberichterstattung, **vgl. Kapitel A6**) keine Antworten geben. Hierzu muss deshalb auf Stichprobenerhebungen zurückgegriffen werden. Auf der Grundlage von Stichprobenuntersuchungen des BIBB hat das inzwischen beendete Forschungsprojekt „Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ in den vergangenen Jahren die Übergangsprozesse und Einmündungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung untersucht (Granato u. a. 2011). Über zentrale Ergebnisse dieses Projekts wurde in den Ausgaben 2009 bis 2012 des Datenreports zum Berufsbildungsbericht bereits berichtet. Nachfolgend soll nun vor allem auf die Bildungsorientierung in Familien mit Migrationshintergrund sowie auf die berufliche Orientierung junger Menschen mit Migrationshintergrund eingegangen werden, also auf Faktoren, die die Einmündungschancen in Berufsausbildung möglicherweise beeinflussen. Dabei werden die wichtigsten Befunde aktueller Studien zusammenfassend dargestellt.

Bildungsorientierung in Familien mit Migrationshintergrund

Migranten und Migrantinnen haben generell eine höhere Bildungsaspiration als Einheimische, wie eine OECD-Studie für alle dort untersuchten Staaten zeigte (OECD 2006). Auch in Deutschland haben

170 In den BA/BIBB-Bewerberbefragungen gelten alle Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in Deutschland geboren wurden und mit Deutsch als alleiniger Muttersprache aufwuchsen, als Personen ohne Migrationshintergrund. Alle sonstigen Personen werden als Bewerber/-innen mit einem Migrationshintergrund betrachtet (vgl. **Kapitel A3.2.2**).

Familien mit Zuwanderungsgeschichte eine hohe Bildungsmotivation (Soremski 2010; Boos-Nünning 2006). Im Mittelpunkt steht dabei „das Ziel des sozialen Aufstiegs, das oft mit sehr viel Durchhaltewillen und Bereitschaft zum Entbehren verfolgt wird“ (Mey 2009, S. 9). Aufgrund eingeschränkter eigener Chancen beim Zugang zu Bildung und Beruf neigen Eltern der ersten Generation dazu, den sozialen Aufstieg auf die nachfolgende Generation zu „verschieben“ (Relikowski/Yilmaz/Blossfeld 2012).

„Eltern mit Migrationshintergrund wünschen sich für ihre Töchter wie Söhne eine gute Schul- und Berufsbildung“, denn die ausgeprägte Bildungsorientierung in Migrantenfamilien bezieht sich gleichermaßen auf Söhne und Töchter (Boos-Nünning 2006, S. 13). Sie ist gekoppelt an hohe Erwartungen der Eltern an ihre Kinder (Boos-Nünning 2006). Die hohen Erwartungen der Eltern verbinden sich mit einer emotionalen Unterstützung in Bildungsfragen, unabhängig vom Geschlecht der Kinder (Mey 2009; Boos-Nünning/Karakasoglu 2006), seltener jedoch mit einer konkreten Unterstützung, z. B. bei der Ausbildungsstellensuche. Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz werden Jugendliche mit Migrationshintergrund zwar mehrheitlich, jedoch seltener als diejenigen ohne Migrationshintergrund, konkret von ihrer Familie und ihrer sozialen Umgebung unterstützt (mit Migrationshintergrund 63 %, ohne Migrationshintergrund 75 %, Beicht/Granato 2009; Kuhnke/Müller 2009). Eltern mit Migrationshintergrund fehlt im Übergangsprozess zum Teil das „schulrelevante Wissen“, doch „gleichzeitig sind oft (nur) sie es, die ihre Kinder bei erfahrenen Rückschlägen zum Beispiel bei der Lehrstelle immer wieder ermutigen“ (Mey 2009, S. 10). Jungen Frauen und Männern mit Migrationshintergrund wird ein hohes Maß an Selbstständigkeit bei der Gestaltung ihrer Schul- und weiteren Bildungslaufbahn abverlangt; sie sind daher im Übergangsprozess stärker auf sich allein gestellt (Boos-Nünning 2006; Boos-Nünning/Karakasoglu 2006).

Obwohl Migrantenfamilien häufiger einen ungünstigeren sozialen Status aufweisen, sind sie meistens stark bildungsorientiert – anders als ein Teil der Familien ohne Migrationshintergrund (Becker 2011; Soremski 2010). Dies zeigt sich sowohl bei ihren Bildungsentscheidungen am Ende der Grundschulzeit (Relikowski/Yilmaz/Blossfeld 2012; Gresch 2012; Kristen/Dollmann 2010) bzw. im weiteren Schulverlauf ihrer Kinder (Roth/Salikutluk/Kogan 2010) als auch am Übergang Schule – Ausbildung. Wenngleich Eltern aus Migrantenfamilien erheblich seltener über einen Schul- und Berufsabschluss verfügen als Eltern aus Nichtmigrantenfamilien, hat dies auf die Bildungsaspirationen am Übergang Schule – Ausbildung keinen signifikant ungünstigen Einfluss (Beicht/Granato 2010). Aber nicht nur die Eltern, sondern auch die Jugendlichen mit Migrationshintergrund weisen trotz der oftmals ungünstigeren sozialen Stellung der Familie eine hohe Bildungsorientierung auf (Becker 2011; Beicht/Granato 2010).

Bildungs- und Berufsorientierung der Jugendlichen

Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund sind an qualifizierter Ausbildung und Erfolg im Beruf interessiert, wobei eine Vielfalt von Vorstellungen darüber existiert, wie die jeweiligen Bildungs- und Berufsziele erreicht werden können (Schittenhelm 2007; Boos-Nünning/Karakasoglu 2006; Gille 2006). In den beruflichen Orientierungen von Hauptschülern und -schülerinnen mit Migrationshintergrund, die sich im letzten Schuljahr befinden, hat die Sicherheit des künftigen Arbeitsplatzes den höchsten Stellenwert: Für 95 % stellt diese ein wichtiges Kriterium ihrer Berufswahl dar. Die Chance auf einen Ausbildungsplatz und der Verdienst im künftigen Beruf werden von jeweils (knapp) 90 % als wichtig erachtet. Sehr verbreitet bei der Berufswahl ist auch der Wunsch, dass Ausbildung und Beruf genügend Zeit für die Familie lassen (Gaupp/Lex/Reißig 2011; Kuhnke/Müller 2009). Für Gymnasiasten und Gymnasiastinnen mit Migrationshintergrund – ebenfalls im letzten Schuljahr – ist die Verwirklichung eigener Interessen mit 91 % (ohne Migrationshintergrund 91 %) sowie ein sicherer Arbeitsplatz mit 98 % (ohne Migrationshintergrund 86 %) bedeutsam. Karrieremöglichkeiten stellen für 72 %, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für 66 % der Gymnasiasten und Gymnasiastinnen mit Migrationshintergrund ein wichtiges Kriterium ihrer Berufswahl dar – ähnlich wie bei ihren Klassenkameraden ohne Migrationshintergrund (69 % bzw. 64 %, Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012).

Eine Bildungs- und Ausbildungsperspektive, die Chancen eröffnet, ist jungen Frauen und Männern mit Migrationshintergrund sehr wichtig. Gerade junge Frauen mit Migrationshintergrund haben verstanden, dass ihnen erst Ausbildung und Beruf ein eigenes Einkommen und damit eine eigenständige Lebensführung ermöglichen (Schittenhelm 2007; Boos-Nünning 2006). In puncto Werteorientierungen herrschen bei jungen Frauen mit Migrationshintergrund daher egalitäre Vorstellungen zu den Geschlechterrollen vor, in denen davon ausgegangen wird, dass beide Partner berufstätig sind und sich gemeinsam um das Aufwachsen der Kinder kümmern. Circa 80 % der jungen Frauen mit Migrationshintergrund sehen den Beruf als bestes Mittel zur Unabhängigkeit der Frau an und bejahen, dass Frau und Mann zum Familieneinkommen beitragen sollen (Boos-Nünning/Karakasoglu 2006, S. 265 f.).

Während Schüler/-innen in der 8. Klasse, einer relativ frühen Phase ihrer Berufsorientierung, noch überwiegend in „schulischen Karrieren" denken (Rahn/Brüggemann/Hartkopf 2011, S. 306), orientieren sie sich in der Folgezeit häufiger an den „Opportunitätsstrukturen", d. h. an den beruflichen Möglichkeiten, von denen sie glauben, diese mit ihren schulischen Voraussetzungen auf dem (Aus-)Bildungsmarkt erreichen zu können (Heinz 1995). Junge Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund entwickeln im weiteren Berufsfindungsprozess zunehmend konkrete Vorstellungen über ihre künftigen Bildungswege (Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012). Unmittelbar nach der Schulzeit haben die meisten Schulabgänger/-innen – rund 85 % – klare (Aus-)Bildungsziele und können präzise Qualifizierungspläne benennen, unabhängig von einem Migrationshintergrund (Beicht/Granato 2009). Jugendliche mit Migrationshintergrund haben nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule ein ebenso hohes Interesse an einer Berufsausbildung wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund (**vgl. Kapitel A3.1**; BIBB-Datenreport 2011 und 2009, Kapitel A3.1; Beicht/Granato 2009; Diehl/Friedrich/Hall 2009). So wollten 61 % der Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund im Jahr 2012 oder zu einem späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung absolvieren; bei denjenigen ohne Migrationshintergrund betrug der Anteil ebenfalls 61 %.

Die Bildungspläne von Schulabgängern und -abgängerinnen unterscheiden sich dabei weniger nach dem Migrationshintergrund (Diehl/Friedrich/Hall 2009) als nach schulischen Voraussetzungen und Geschlecht: Studienberechtigte Schulabsolventen und -absolventinnen beabsichtigen weit überwiegend, ein Studium aufzunehmen. Wie die BIBB-Übergangsstudie 2006[171] ergab, liegt die Studienneigung bei einem Migrationshintergrund höher (mit Migrationshintergrund 71 %, ohne Migrationshintergrund 65 %, Beicht/Granato 2009). Am höchsten fällt sie bei studienberechtigten Migrantinnen aus. Für 3 von 4 Schulabgängerinnen mit (Fach-)Hochschulreife und Migrationshintergrund ist der Beginn eines Studiums das nächste Bildungsziel (74 %, Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012; Beicht/Granato 2010). Das größte Interesse an einer betrieblichen Lehre haben Jugendliche, die über maximal einen Hauptschulabschluss verfügen: 3 von 4 möchten eine betriebliche Ausbildung beginnen, unabhängig von einem Migrationshintergrund (mit Migrationshintergrund 75 %, ohne Migrationshintergrund 74 %, Beicht/Granato 2009), junge Männer häufiger als junge Frauen. Bei einem mittleren Abschluss interessieren sich Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund – neben einer betrieblichen Ausbildung – öfter auch für eine schulische Ausbildungsmöglichkeit (mit Migrationshintergrund 15 %, ohne Migrationshintergrund 11 %, Beicht/Granato 2009), junge Frauen mit Migrationshintergrund besonders häufig. Bei einem mittleren Abschluss planen Schulabgänger/-innen bei einem Migrationshintergrund zudem häufiger den Besuch einer teilqualifizierenden Berufsfachschule oder einer Fachoberschule, um zunächst einen noch höheren Schulabschluss zu erwerben (Beicht/Granato 2011; Rahn/Brüggemann/Hartkopf 2011).

Berufswünsche und Erfolgschancen bei der Ausbildungsstellensuche

Analysen auf der Grundlage der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 ergaben, dass das Spektrum der

171 In der BIBB-Übergangsstudie 2006 wird der Migrationshintergrund indirekt definiert: Kein Migrationshintergrund wird angenommen, wenn ein Jugendlicher die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zudem als Kind in der Familie zuerst ausschließlich die deutsche Sprache gelernt hat und außerdem Vater und Mutter in Deutschland geboren sind. Trifft eine dieser Bedingungen nicht zu, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen (Beicht/Granato 2009).

Tabelle A4.9-1: **Verteilung der Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Merkmalen der Berufsauswahl**

Merkmale der Berufsauswahl	Verteilung der Bewerber/-innen	
	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
Interessierende Berufsgruppe		
Metall- und Elektroberufe	14	13
Bau- und Holzberufe	5	7
sonstige Fertigungsberufe, technische, landwirtschaftliche Berufe	13	17
Waren- und Dienstleistungskaufleute	13	9
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	15	15
sonstige Dienstleistungsberufe	34	28
kein klarer Schwerpunkt	7	11
Anzahl interessierender Berufe		
1 Beruf	13	16
2 bis 3 Berufe	46	49
4 bis 5 Berufe	28	25
6 und mehr Berufe	13	10
Durchschnittliches Anspruchsniveau der interessierenden Berufe[1]		
eher zu hoch für eigenen Schulabschluss	32	21
passend für eigenen Schulabschluss	59	64
eher zu niedrig für eigenen Schulabschluss	10	15
Insgesamt (je Merkmal)	**100**	**100**

[1] Die Berufe wurden je nach ihren Auszubildendenanteilen mit hohem, mittlerem und niedrigem Schulabschluss in unterschiedliche Anspruchsniveaus eingeteilt, und zwar in Anlehnung an den Bildungsbericht 2008 (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008).

Quelle: Beicht 2012 auf der Grundlage der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Ausbildungsberufe im dualen System, auf das sich Ausbildungsplatzsuchende mit und ohne Migrationshintergrund bewerben, große Gemeinsamkeiten und einige Unterschiede aufweist (Beicht 2012). Die zentralen Ergebnisse werden nachfolgend wiedergegeben. Demnach suchten rund 3 von 4 Bewerbern und Bewerberinnen (74 %) unabhängig von einem Migrationshintergrund in 2 bis 5 Ausbildungsberufen eine Ausbildungsstelle → **Tabelle A4.9-1**. Dabei berücksichtigten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund „durchschnittlich eine etwas größere Zahl von Berufen bei ihren Bemühungen um einen Ausbildungsplatz (3,5 vs. 3,2 Berufe)“ (Beicht 2012, S. 45). 90 % der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund und 78 % derjenigen ohne Migrationshintergrund bewarben sich auf mindestens einen der 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe. Insgesamt zogen beide Bewerbergruppen ein breites Spektrum von Berufen bei ihrer Ausbildungssuche in Betracht. Im Hinblick auf die jeweils favorisierten Berufe gab es Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Häufiger wollten Bewerber/-innen bei einem Migrationshintergrund zu Waren- und Dienstleistungskaufleuten ausgebildet werden oder sonstige Dienstleistungsberufe erlernen, seltener hingegen sonstige Fertigungsberufe bzw. technische oder landwirtschaftliche Berufe. Ein etwa gleich großes Interesse bestand bei beiden Gruppen an Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie an Metall- und Elektroberufen (Beicht 2012).

Hinsichtlich der favorisierten Einzelberufe zeigten sich zum Teil ebenfalls deutliche Unterschiede nach Migrationshintergrund. Die größte Abweichung betraf den besetzungsstärksten Beruf Kaufmann/-frau im Einzelhandel: An ihm sind 31 % der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund interessiert, gegenüber nur 18 % derjenigen ohne Migrationshintergrund. Häufiger suchten Migranten und Migrantinnen auch Ausbildungsplätze für die kaufmännischen Berufe Bürokaufmann/-frau (26 % vs. 21 %) und Bankkaufmann/-frau (10 % vs. 6 %) sowie die gewerblich-technischen Berufe Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (16 % vs. 9 %) und Industriemechaniker/-in (14 % vs. 9 %). Ebenfalls etwas stärker ausgeprägt ist bei ihnen die Nachfrage nach einer Ausbildung in den Berufen Friseur/-in (7 % vs. 4 %) und Verkäufer/-in (10 % vs. 8 %). Nur ein kleiner oder gar kein Unterschied besteht hingegen z. B. bei den Berufen Industriekaufmann/-frau (je 14 %), Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel (9 % vs. 8 %), Medizinische/-r Fachangestellte/-r (9 % vs. 8 %) und Kaufmann/-frau für Bürokommunikation (je 8 %, Beicht 2012).

Inwieweit die beruflichen Präferenzen relevant für die Erfolgschancen bei der Ausbildungsstellensuche

sind, wurde anhand multivariater Analysen untersucht (Beicht 2012).[172] Dabei zeigte sich: Bewerber/-innen, die in 2 bis 3 Berufen eine Ausbildungsstelle suchten, hatten günstigere Erfolgsaussichten als diejenigen, die sich auf nur einen Ausbildungsberuf konzentrierten. Noch größer waren die Erfolgsaussichten, wenn 4 bis 5 Ausbildungsberufe in die Suche einbezogen wurden. Passte das Anspruchsniveau der angestrebten Berufe zur schulischen Qualifikation des Bewerbers/der Bewerberin, so erhöhte dies die Einmündungschancen in eine betriebliche Ausbildung, und zwar im Vergleich zu Jugendlichen, deren schulische Vorbildung für die gewählten Berufe eigentlich zu niedrig war. Dies verstärkte sich noch, wenn der erreichte Schulabschluss über dem üblichen Anforderungsniveau der in Betracht gezogenen Berufe lag. Die Erfolgsaussichten von Bewerbern und Bewerberinnen, die sich auf Metall- und Elektroberufe konzentrierten, lagen signifikant höher als die derjenigen, die für Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe einen Ausbildungsplatz suchten. Noch ungünstigere Aussichten hatten diejenigen, die eine Ausbildung zu Waren- oder Dienstleistungskaufleuten anstrebten. Das zentrale Ergebnis ist, „dass die Erfolgschancen junger Migrantinnen und Migranten auch dann signifikant geringer sind, wenn die Merkmale der getroffenen Berufswahl kontrolliert werden. Weder ihre im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund abweichenden beruflichen Präferenzen noch ihre ungünstigeren schulischen Voraussetzungen und auch nicht die anderen einbezogenen Einflussfaktoren bieten somit eine hinreichende Erklärung für ihre schlechteren Erfolgsaussichten beim Übergang in Ausbildung“ (Beicht 2012, S. 48).

172 Zur Identifizierung wichtiger Einflussgrößen wurden auf der Grundlage der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 binär logistische Regressionen gerechnet. Berücksichtigt wurden folgende Faktoren: individuelle schulische Voraussetzungen (Schulabschluss, letzte Mathematik- und Deutschnote), Such- und Bewerbungsstrategien, Situation auf dem Ausbildungsmarkt in der Wohnregion, Merkmale der Berufsauswahl bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz in BBiG/HwO-Berufen (interessierende Berufsgruppe, Anzahl interessierender Ausbildungsberufe, durchschnittliches Anspruchsniveau des interessierenden Ausbildungsberufs), soziodemografische Merkmale (Migrationshintergrund, Geschlecht, Alter) (Beicht 2012).

Unzureichende Erklärungen für die Benachteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungsmarkt

Trotz einer hohen Bildungsmotivation, konkreter Bildungspläne, ähnlicher Bildungspräferenzen, ihres Engagements bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz sowie der Nutzung von Übergangsmaßnahmen, um einen (weiterführenden) Schulabschluss zu erreichen, finden Jugendliche mit Migrationshintergrund seltener einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Nach der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 mündeten nur 28 % der offiziell bei der Bundesagentur gemeldeten ausbildungsreifen Bewerber und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund in dem betreffenden Jahr in eine betriebliche Ausbildung ein, gegenüber 42 % derjenigen ohne Migrationshintergrund (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A3; Beicht 2011). Selbst mit einem mittleren Schulabschluss hatten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund erheblich geringere Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz: Von ihnen erhielten 2010 nur 29 % eine betriebliche Ausbildungsstelle, aber 48 % derjenigen ohne Migrationshintergrund. Die Schlechterstellung selbst offiziell ausbildungsreifer Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu betrieblicher Ausbildung lässt sich auch unter Berücksichtigung zentraler Einflussgrößen nachweisen (Eberhard 2012; Beicht 2011; Ulrich 2011).

Die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 zeigte – ebenso wie bereits die BIBB-Übergangsstudie 2006 –, dass es zwischen Jugendlichen bzw. jungen Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund bei den angewandten Bewerbungsstrategien im Rahmen der Ausbildungsplatzsuche eine große Übereinstimmung in ihrer räumlichen Mobilitätsbereitschaft, in ihrem hohen Engagement und in ihrer beruflichen Flexibilität gibt (Beicht 2011; Beicht/Granato 2011). Hierin liegt die Erklärung für die Chancenunterschiede also nicht. Sie lassen sich auch nicht durch die zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund etwas abweichenden Berufspräferenzen erklären, wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt wurde.

Die ungünstigeren schulischen Voraussetzungen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund reichen ebenfalls zur vollständigen Erklärung ihrer geringeren Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz nicht aus, ebenso wenig wie die schulische bzw. kognitive Leistungsfähigkeit oder andere kulturelle Ressourcen, die in Migrantenfamilien häufig geringer ausfallen. Dies gilt auch für den sozioökonomischen Status der Familie und die Netzwerke junger Menschen mit Migrationshintergrund, für die Berufspräferenzen sowie für Bildungsmaßnahmen und andere institutionelle Unterstützungsleistungen (z. B. Einstiegsbegleitung) im Übergangsprozess, die (zum Teil) einen fördernden Einfluss auf die Einmündungschancen haben. Wenngleich Familien mit Migrationshintergrund in Westdeutschland häufiger als Familien ohne Migrationshintergrund in Regionen leben, die von einem geringeren betrieblichen Ausbildungsangebot geprägt sind, erklärt dies ebenfalls nicht vollständig die niedrigeren Einmündungschancen junger Frauen und Männer mit Migrationshintergrund, insbesondere bei einer türkischen bzw. arabischen Herkunft (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.9).[173]

Somit sind über die berücksichtigten Faktoren hinaus weitere Einflussgrößen wirksam, die in Verbindung mit dem Migrationshintergrund stehen und auf eine strukturelle Benachteiligung hinweisen (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2010). Nach einer in Süddeutschland durchgeführten Studie sind zwar 3 von 4 befragten Betrieben, die Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden, mit der Leistung ihrer Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedslos zufrieden (Scherr/Gründer 2011). Rund jeder fünfte Betrieb gibt dennoch an, aufgrund seines wirtschaftlichen Tätigkeitsfeldes bzw. der Kundenerwartungen Ausbildungsplätze bevorzugt an deutschstämmige Jugendliche zu vergeben. Auch Ergebnisse aus der Schweiz deuten darauf hin, dass die von den dort untersuchten Betrieben verwendeten Argumente und Zuschreibungen mehrheitlich dazu dienen, den Ausschluss von „als ausländisch geltenden Bewerbern“ (Imdorf 2008, S. 2035) und das sogenannte Inländerprimat, d. h. den Erhalt ethnischer Homogenität in der Belegschaft, zu legitimieren. Diese Befunde, die einer weiteren empirischen Vertiefung bedürfen, lassen vermuten, dass ein Teil der geringeren Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beim Zugang in betriebliche Ausbildung insbesondere bei einer türkisch-arabischen Herkunft auf betriebliche Sortierlogiken zurückzuführen sind.

(Ursula Beicht, Mona Granato)

173 Beicht 2011, 2012; Eberhard 2012; Geier/Kuhnke/Reißig 2011; Hupka-Brunner u. a. 2011; Kohlrausch 2011; Seeber 2011; Ulrich 2011; Seibert/Hupka-Brunner/Imdorf 2009; Beicht/Granato 2009, 2010; Diehl/Friedrich/Hall 2009; Imdorf 2005.

A4.10 Inklusion – Behinderte Menschen

Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung

Am 13. Dezember 2006 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (kurz: VN-Konvention).[174] Damit soll den über 650 Mio. Menschen, die weltweit mit einer Behinderung leben, ein besonderer Schutz gewährt werden. Zudem werden die Staaten aufgefordert, durch entsprechende Infrastrukturmaßnahmen behinderte Menschen in die Lage zu versetzen, von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Deutschland hat als einer der ersten Staaten im Jahre 2007 die VN-Konvention unterzeichnet, die im März 2009 mit der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde verbindlich wurde.

Für den Bereich der beruflichen Bildung sind insbesondere zwei Artikel der VN-Konvention von Bedeutung. Zum einen wird in Artikel 24 E ein Recht auf Bildung postuliert. Hieraus ist in den letzten Jahren eine sehr intensive Debatte bezüglich der Unterrichtung von behinderten Kindern und Jugendlichen entweder in speziellen Schulen oder gemeinsam mit nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in allgemeinbildenden Schulen geworden. Berufliche Schulen, Berufsschulen und betriebliche Ausbildung sind dabei bisher deutlich weniger im Fokus der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung. Doch auch hier sind Diskussions- und Veränderungsprozesse in Gang gekommen. Diese richten sich insbesondere darauf, die traditionell bei Bildungsträgern wie z. B. Berufsbildungswerken stattfindende Ausbildung behinderter Menschen mit besonderem Förderbedarf stärker als bisher betrieblich auszurichten bzw. auch mehr „rein“ betriebliche Ausbildung zu verwirklichen. Damit kommt auf die beruflichen Schulen und Berufsschulen, aber vor allem auch die betriebliche Seite der klassischen dualen Ausbildung noch ein erheblicher Diskussions- und Anpassungsbedarf zu. Erstausbildung erfolgt noch viel zu häufig in geschützten Räumen, statt in privatwirtschaftlichen Betrieben (vgl. Heister 2011, S. 29 ff.).

Für die berufliche Ausbildung ist weiterhin noch Artikel 27 E relevant. Hierin wird das Recht auf Arbeit gefordert, was insbesondere „das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen“, beinhaltet. Zur tatsächlichen Umsetzung dieses Rechtes bleibt noch einiges zu tun. Der Informationsdienst des IW in Köln weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich bei der Gruppe der schwerbehinderten Menschen zwar einerseits annähernd der gleiche Prozentsatz an beruflich Qualifizierten findet wie bei Menschen ohne Behinderung, bei der Einmündung in einen Arbeitsplatz aber erhebliche Probleme auftreten (vgl. Informationsdienst der deutschen Wirtschaft 2013, S. 8).[175]

E Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (kurz: VN-Konvention)

Artikel 24 Bildung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel,

a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken;

b) Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen;

c) Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.

(2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass

a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen

174 Siehe: **http://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere_UNKonvention_KK.pdf;jsessionid=CA54B485C6A299DE067B241ABC79B10D.2_cid355?__blob=publicationFile**.

175 Eine umfassende Beschreibung dieser Problematik findet sich bei Pfahl/Powell 2010, S. 32 ff.

werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;

b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben;

c) angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen getroffen werden;

d) Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern;

e) in Übereinstimmung mit dem Ziel der vollständigen Integration wirksame individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden.

…

(5) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben. Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten sicher, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden.

Artikel 27 Arbeit und Beschäftigung
(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Die Vertragsstaaten sichern und fördern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einschließlich für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben, durch geeignete Schritte, einschließlich des Erlasses von Rechtsvorschriften …

Schwierige Datenlage

Auf welchen Personenkreis genau bezieht sich nun die VN-Konvention? Gemäß § 2 SGB IX wird von behinderten Menschen gesprochen, „wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.“ Damit reicht der Personenkreis von körperlich beeinträchtigten Menschen (z. B. Querschnittslähmung, Herzkrankheit, fortgeschrittener Krebskrankheit, Blindheit und Gehörlosigkeit) über geistig beeinträchtigte Menschen (z. B. Down-syndrom, Menschen mit Lernbehinderungen) bis hin zu Menschen mit seelischen Behinderungen (z. B. Persönlichkeitsstörungen, Suchtkrankheiten).

Während im allgemeinen Bewusstsein Behinderung häufig mit offensichtlichen Behinderungen (z. B. Rollstuhlnutzer, Sehbehinderte etc.) gleichgesetzt wird, ist der Personenkreis tatsächlich wesentlich größer. Zur zahlenmäßigen Bestimmung dieser Gruppe gibt es lediglich grobe Schätzungen, was nicht zuletzt daran liegt, dass es sehr unterschiedliche Kategorien und Konzepte zur Bestimmung dieser Gruppe gibt. Daher sehen der Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der VN-Konvention sowie die unterschiedlichen Aktionspläne der Bundesländer in der Verbesserung der Datenlage eine wesentliche Aufgabe der nächsten Jahre.[176]

Genauere Daten liegen für eine Teilgruppe vor, nämlich für schwerbehinderte Menschen, die eine Anerkennung ihrer Schwerbehinderung beantragt haben. Als schwerbehinderte Menschen gelten nach § 2 SGB IX, „wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt“. Insgesamt umfasste diese Gruppe zu Beginn des Jahres 2010 rund 7,1 Mio. Menschen (vgl. Statistisches Bundesamt 2012).

Für die Berufsbildung sind diese Daten jedoch wenig relevant, da der versorgungsrechtliche Schwerbehindertenstatus wenig über den tatsächlichen Förderbedarf und die Teilhabe an Berufsbildung aussagt.

So wünschenswert auch differenzierte Daten zur Teilhabe behinderter Menschen an Berufsausbildung wä-

176 Einen Überblick über die Notwendigkeiten zur besseren Datenerfassung und mögliche Lösungen gibt eine „Vorstudie zur Neukonzeption des Behindertenberichtes“ (vgl. Hornberg/Schröttle 2011).

ren, so erschließt sich bei genauerer Analyse, warum es sie nicht gibt. Wie nicht zuletzt die VN-Konvention mit ihrem weitgefassten Behinderungsbegriff zeigt, ist Behinderung nach heutigem Verständnis kein Personenmerkmal, sondern entsteht in der Wechselwirkung mit Umwelt und Gesellschaft. Es erscheint daher weder sinnvoll noch möglich, in der Berufsbildungsstatistik ein Merkmal „Behinderung" zu erheben. Allerdings weist die Berufsbildungsstatistik Daten zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Ausbildungsberufen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG und § 42m HwO aus (vgl. **Kapitel A1.2 und A4.4**). ln diesen Ausbildungsberufen werden vorwiegend lernbehinderte Jugendliche ausgebildet, die selten als schwerbehindert erfasst sind. Darüber hinaus liefert die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit[177] Daten zu den mit Rehabilitationsstatus[178] erfassten Personen. Allerdings sind diese nur begrenzt aussagefähig, da es auch andere Leistungsträger wie die Jugendhilfe, die Unfallversicherung und die Integrationsämter gibt und im Übrigen die maßnahmenbezogenen Daten Doppelungen nicht erkennbar machen.

Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder (ReZA)

Am 21. Juni 2012 konnte mit der Verabschiedung des „Rahmencurriculums für eine Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder (ReZA)“ durch den Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (HA des BIBB) der Prozess zur Einführung bundesweit einheitlicher Qualitätsstandards in die Ausbildung von behinderten Menschen in Fachpraktiker- und Fachpraktikerinnen-Berufen E fortgesetzt werden.[179]

E Fachpraktiker- und Fachpraktikerinnen-Berufe

Behinderte Menschen, denen aufgrund der Art und Schwere ihrer Behinderung eine Ausbildung in einem „regulären“ Ausbildungsberuf auch unter Anwendung von Nachteilsausgleich nicht möglich ist, können auf der Grundlage von § 66 Berufsbildungsgesetz (BBiG)/§ 42m Handwerksordnung (HwO) in Fachpraktiker- und Fachpraktikerinnen-Berufen ausgebildet werden. Die Regelungskompetenz für diese Ausbildungsgänge liegt bei den regional zuständigen Stellen. Dies sind in der Regel Industrie- und Handelskammern, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Sie erlassen entsprechende Ausbildungsregelungen. Im Laufe der Zeit war so eine Vielzahl unterschiedlicher Ausbildungsregelungen entstanden. Insbesondere die Tatsache, dass trotz vielfach gleicher Berufsbezeichnungen unterschiedliche Inhalte bestanden, verhinderte Transparenz und Vergleichbarkeit (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.1.4, Vollmer/Frohnenberg 2008). Da die entsprechenden Berufsausbildungsverträge in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen werden, liegen hierzu Daten aus der BIBB-Erhebung zum 30. September (**vgl. Kapitel A1.2**) und der Berufsbildungsstatistik vor (**vgl. Kapitel A 4.4**).

Meilenstein im Rahmen dieses Prozesses war die Verabschiedung der „Rahmenregelung für Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen gemäß § 66 BBiG/§ 42m HwO“[180] als Empfehlung des BIBB-Hauptausschusses. Kernelemente der Rahmenregelung sind:

- Durchstiegsmöglichkeit in eine Ausbildung im „regulären“ Bezugsberuf
- personenbezogener Förderplan
- Mitverantwortung der Berufsschule
- Zielgruppe Menschen mit Lernbehinderung
- Eignung der Ausbildungsstätte
- Ausbilder/-innen-Schlüssel und rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation der Ausbilder/-innen
- Vorgaben für betriebliche Ausbildungsinhalte und -zeiten
- Förderphase
- berufliche Handlungskompetenz als Zielsetzung der Ausbildung sowie
- eine einheitliche diskriminierungsfreie Abschlussbezeichnung.

177 **http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitsmarktpolitische-Massnahmen/Massnahmen-zur-Teilhabe-behinderter-Menschen/Massnahmen-zur-Teilhabe-behinderter-Menschen-Nav.html**

178 Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung
§ 19 – Behinderte Menschen
(1) Behindert im Sinne dieses Buches sind Menschen, deren Aussichten, am Arbeitsleben teilzuhaben oder weiter teilzuhaben, wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung im Sinne von § 2 Abs. 1 des Neunten Buches nicht nur vorübergehend wesentlich gemindert sind und die deshalb Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben benötigen, einschließlich lernbehinderter Menschen.
(2) Behinderten Menschen stehen Menschen gleich, denen eine Behinderung mit den in Absatz 1 genannten Folgen droht.

179 Siehe hierzu: **http://www.good-practice.de/zielgruppen_beitrag4821.php**.

180 Siehe hierzu: **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/HA136.pdf**.

Das aktuell beschlossene Rahmencurriculum für eine Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder (ReZA) greift die Vorgaben der Rahmenregelung zur rehabilitationspädagogischen Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder auf, wonach Ausbilderinnen und Ausbilder, die behinderte Menschen ausbilden, grundsätzlich über eine rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation verfügen müssen. ReZA wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von einer Projektgruppe der Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke e. V. (BAG BBW) unter Beteiligung eines Fachbeirats auf Basis der in der Rahmenregelung genannten acht Kompetenzfelder erarbeitet. Besondere Schwerpunkte liegen auf den Themen Lernbehinderung, Lernstörung, Verhaltensauffälligkeiten und psychische Behinderungen, personenbezogene Förderplanung, qualifizierte Zusammenarbeit mit den Berufsschulen und Übergänge in „Vollausbildungen". Die gesetzten Schwerpunkte entsprechen der Hauptzielgruppe der Rahmenregelung. Die rehabilitationspädagogische Weiterbildung steht prinzipiell allen an der beruflichen Ausbildung von behinderten Menschen Beteiligten offen. Für die Weiterbildung werden die Inhalte der Ausbilder/-innen-Eignungsverordnung sowie Ausbildungserfahrung vorausgesetzt. E

E Rahmenregelung für Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen gemäß § 66 BBiG/§ 42m HwO

§ 6 Eignung der Ausbilder/Ausbilderinnen

(1) Ausbilderinnen/Ausbilder, die im Rahmen einer Ausbildung nach § 66 BBiG erstmals tätig werden, müssen neben der persönlichen, berufsspezifisch fachlichen sowie der berufs- und arbeitspädagogischen Eignung (AEVO u. a.) eine mehrjährige Erfahrung in der Ausbildung sowie zusätzliche behindertenspezifische Qualifikationen nachweisen.

(2) Anforderungsprofil
Ausbilderinnen/Ausbilder müssen eine rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation nachweisen und dabei folgende Kompetenzfelder abdecken:

- Reflexion der betrieblichen Ausbildungspraxis
- Psychologie
- Pädagogik, Didaktik
- Rehabilitationskunde
- Interdisziplinäre Projektarbeit
- Arbeitskunde/Arbeitspädagogik
- Recht
- Medizin

Um die besonderen Anforderungen des § 66 BBiG zu erfüllen, soll ein Qualifizierungsumfang von 320 Stunden sichergestellt werden.

(3) Von dem Erfordernis des Nachweises einer rehabilitationspädagogischen Zusatzqualifikation soll bei Betrieben abgesehen werden, wenn die Qualität der Ausbildung auf andere Weise sichergestellt ist. Die Qualität ist in der Regel sichergestellt, wenn eine Unterstützung durch eine geeignete Ausbildungseinrichtung erfolgt.

(4) Ausbilderinnen/Ausbilder, die im Rahmen einer Ausbildung nach § 66 BBiG/§ 42m HwO bereits tätig sind, haben innerhalb eines Zeitraumes von höchstens fünf Jahren die notwendigen Qualifikationen gemäß Absatz 2 nachzuweisen. Die Anforderungen an Ausbilderinnen/Ausbilder gemäß Absatz 2 gelten als erfüllt, wenn die behinderten spezifischen Zusatzqualifikationen auf andere Weise glaubhaft gemacht werden können.

Eine formale Prüfung – wie in Fortbildungsverordnungen – ist nicht vorgesehen bzw. nicht vorgeschrieben. Es ist jedoch ein Nachweis über behinderungsspezifische Qualifikationen (Zertifikat) zu erstellen, der den Kammern von den Absolventen/Absolventinnen vorgelegt werden kann. Dem jeweiligen Anbieter obliegt die konzeptionelle Umsetzung von ReZA sowie die Gestaltung der zeitlichen Abfolge und Form der Durchführung. Der Gesamtumfang beträgt entsprechend der Rahmenregelung 320 Stunden. Die Weiterbildung soll die berufliche Handlungskompetenz von Ausbilderinnen und Ausbildern in der Ausbildung von behinderten Menschen stärken und fördern.

Mit ReZA liegt nun eine Konkretisierung der in der Rahmenregelung postulierten Zusatzqualifikation und damit die für die Praxis erforderliche Orientierung vor. Ein weiterer Schritt auf dem Weg in die „qualifizierte Berufsausbildung für alle“ ist gemacht.

Musterregelungen für Fachpraktiker- und Fachpraktikerinnen-Berufe für behinderte Menschen

Das BIBB und der Ausschuss für Fragen behinderter Menschen (AFbM) haben unvermindert das Anliegen und den berufsbildungspolitischen Ansatz verfolgt, das eher begrenzte Spektrum an Berufsbereichen zu erweitern, die behinderten Menschen zur Qualifizierung auf der Grundlage von Ausbildungsregelungen tatsächlich offenstehen. Insbesondere jungen Frauen möchte man Alternativen zur „herkömmlichen“ Hauswirtschaft eröffnen. Hier kann die Erarbeitung von weiteren berufsspezifischen Musterregelungen Signalwirkung entfalten und sowohl Betriebe als auch die im Segment Ausbildungsregelungen relevanten Berufsbildungseinrichtungen wie insbesondere Berufsbildungswerke und Einrichtungen der wohnortnahen Rehabilitation ermuntern, Ausbildungsangebote in für die Personengruppe geeigneten, arbeitsmarktorientierten Berufsbereichen zu entwickeln. Da die berufsspezifischen Musterregelungen vom BIBB-Hauptausschuss beschlossen werden, bedarf es für diese Schritte der Bereitschaft und auch des Engagements der die Entscheidungsfindung im Hauptausschuss prägenden Sozialpartner. Die vom AFbM initiierte Voruntersuchung für den Berufsbereich Tierpflege/Fachrichtung Tierpension zielte darauf ab, auch eher „randständige“ Berufsbereiche, in denen die Zielgruppe ihre besonderen Stärken einbringen kann, in den Blick zu nehmen.

Bereits vom Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung verabschiedete Musterregelungen sind:

- Fachpraktiker im Verkauf/ Fachpraktikerin im Verkauf
- Fachpraktiker Hauswirtschaft/ Fachpraktikerin Hauswirtschaft
- Fachpraktiker für Metallbau/ Fachpraktikerin für Metallbau
- Fachpraktiker für Bürokommunikation/ Fachpraktikerin für Bürokommunikation
- Fachpraktiker für Holzverarbeitung/ Fachpraktikerin für Holzverarbeitung
- Fachpraktiker Küche (Beikoch)/ Fachpraktikerin Küche (Beiköchin)
- Fachpraktiker für Zerspanungsmechanik/ Fachpraktikerin für Zerspanungsmechanik

Die von BIBB und AFbM getragene Entwicklung im Bereich der Fachpraktiker- und Fachpraktikerinnen-Berufe entspricht nicht nur dem Teilhabegebot des Grundgesetzes und dem Inklusionsgedanken der VN-Konvention für Menschen mit Behinderungen (vgl. Vollmer 2011). Sie stellt in Zeiten – und im Zeichen – von demografischem Wandel und Fachkräftemangel auch ein zukunftsweisendes Vorgehen dar, bilden Fachpraktiker- und Fachpraktikerinnen-Ausbildungen doch ein Potenzial, das von Betrieben künftig stärker als bisher genutzt werden kann.

Handbuch Nachteilsausgleiche

Über die oben genannten speziellen Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen darf aber nicht aus dem Auge verloren werden, dass primär in regulären Ausbildungsberufen ausgebildet werden sollte. Laut BBiG und HwO sollen die besonderen Belange behinderter Menschen – d. h. ihre behinderungsbedingten Einschränkungen – bei Durchführung und Prüfung der Ausbildung berücksichtigt werden. Um die Umsetzung des Nachteilsausgleichs zu befördern und die Kammern bei ihrem gesetzlichen Auftrag zu unterstützen, hat das BIBB ein Projekt zur Überarbeitung eines Handbuchs mit Fallbeispielen und Erläuterungen gestaltet. Auf Grundlage neuer Entwicklungen und Erkenntnisse und auch im Hinblick auf die VN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ wird das bisherige Handbuch vollständig überarbeitet und entsprechend der Zunahme psychischer Behinderungen ein besonderer Schwerpunkt gelegt.

(Kirsten Vollmer, Michael Heister)

A4.11 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung

A4.11.1 Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik zur Ausbildungsbeteiligung

Beteiligung der Betriebe an der beruflichen Ausbildung

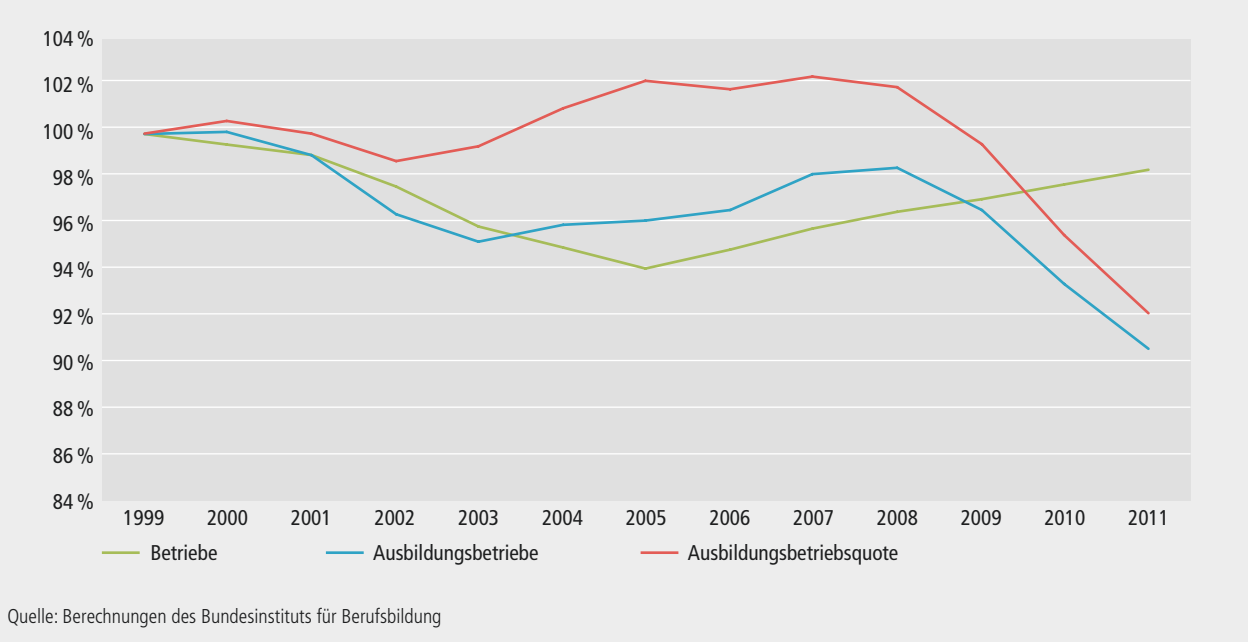
Wie in den beiden Jahren zuvor war die betriebliche Ausbildungsbeteiligung auch 2011 stark rückläufig. Von den bundesweit 2,094 Mio. Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis E beteiligten sich zum Ende des Berichtsjahres 455.100 Betriebe an der beruflichen Ausbildung, das sind 13.700 weniger (2,9 %) als 2010 → **Tabellen A4.11.1-1 bis A4.11.1-3 Internet**. Die Zahl der ausbildenden Betriebe fiel damit auf den niedrigsten Stand seit 1999 → **Schaubild A4.11.1-1.** Der betriebliche Gesamtbestand nahm hingegen das fünfte Jahr in Folge zu und erhöhte sich im Berichtsjahr um 13.600 (+0,7 %). Die Ausbildungsbetriebsquote E ging dadurch weiter zurück und sank um 0,8 Prozentpunkte auf 21,7 %.

Die rückläufige Ausbildungsbeteiligung der Betriebe betraf sowohl die alten als auch die neuen Bundesländer. In den alten Ländern fiel die Zahl der Ausbildungsbetriebe um knapp 9.400 auf 390.700 (-2,3 %), während die Zahl der Betriebe um 12.100 (+0,7 %) stieg. Die Ausbildungsbetriebsquote im Westen nahm um 0,7 Prozentpunkte ab und betrug zuletzt 23,5 % → **Tabellen A4.11.1-4 bis A4.11.1-6 Internet**.

Noch ungünstiger stellte sich die Situation in den neuen Ländern und Berlin dar. Die Anzahl der Ausbildungsbetriebe schrumpfte mit einem Minus von 4.300 Betrieben (-6,3 %) zwar weniger stark als im Vorjahreszeitraum, sank aber wesentlich schneller als in den alten Ländern. Die betriebliche Gesamtzahl legte geringfügig zu und erhöhte sich um 1.500 auf 431.400 Betriebe (+0,3 %). Die Ausbildungsbetriebsquote im Osten verringerte sich um 1,1 Prozentpunkte auf 14,9 % → **Tabellen A4.11.1-7 bis A4.11.1-9 Internet**.

Die seit 2010 zu beobachtende Koinzidenz von betrieblichem Bestandswachstum und schrumpfender Anzahl an Ausbildungsbetrieben setzte sich 2011 fort und ließ die Ausbildungsbetriebsquote auf eine

Schaubild A4.11.1-1: **Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in Deutschland zwischen 1999 und 2011 (Referenzjahr 1999 = 100 %)**



Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

neue Tiefstmarke fallen → **Schaubild A4.11.1-1.** Auffällig ist die anhaltend hohe Verlustrate bei den ausbildenden Betrieben. Auch wenn sich das Negativwachstum im Vorjahresvergleich leicht abgeschwächt hat, wurde der bundesweit zweithöchste Rückgang seit 1999 erreicht. Gleichzeitig hat sich in West- und Gesamtdeutschland das Wachstum des betrieblichen Gesamtbestands weiter beschleunigt; lediglich in den neuen Ländern stieg die Zahl der Betriebe etwas langsamer als im Vorjahr.

E Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Auszubildender, die kranken-, renten- oder pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die der Arbeitgeber Beitragsanteile zu entrichten hat.

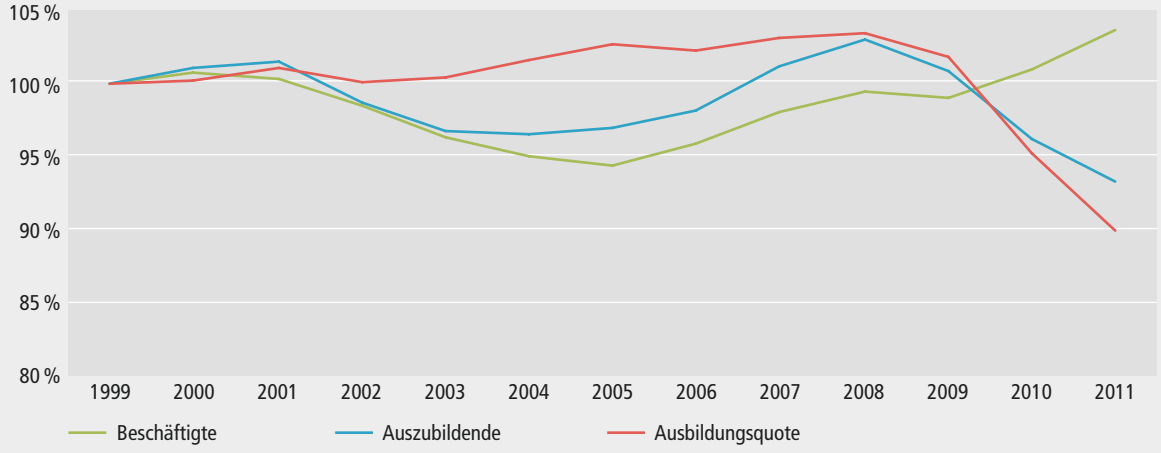
Auszubildende

Als Auszubildende werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Ausbildung gezählt, die der Bundesagentur für Arbeit über die Personengruppenschlüssel 102 und 141 gemeldet wurden. Dies sind in der Regel Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) unterliegt bzw. die eine Berufsausbildung auf unter Bundesflagge fahrenden Seeschiffen der Kauffahrteischifffahrt absolvieren. Aufgrund relativ weit gefasster Zuordnungskriterien enthalten die Arbeitgebermeldungen allerdings auch Meldungen zu Auszubildenden im Gesundheitswesen, deren Ausbildung nicht durch das BBiG geregelt ist, sowie Meldungen zu Auszubildenden, die einen Vertrag mit einer außerbetrieblichen Einrichtung abgeschlossen haben.

Ausbildungsbetriebsquote[181]

Die Ausbildungsbetriebsquote bezeichnet den Anteil der Betriebe mit Auszubildenden an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich der Ausbildungsbetriebe. Bei der Berechnung der Ausbildungsbetriebsquote wird nicht zwischen Betrieben mit und ohne Ausbildungsberechtigung differenziert. Insofern unterscheidet sich die Ausbildungsbetriebsquote von der sogenannten Ausbildungsaktivität, die den Anteil der ausbildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben ausweist (**vgl. Kapitel 4.11.2**).

Schaubild A4.11.1-2: **Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland zwischen 1999 und 2011 (Referenzjahr 1999 = 100 %)**



Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

181 Ausführliche methodische Hinweise zu den im Folgenden verwendeten Daten und Indikatoren finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.9.1 und bei Hucker/Troltsch 2012.

Ausbildungsquote

Die Ausbildungsquote bezeichnet den Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich Auszubildender.

Ausbildung und Beschäftigung

Auch der Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist 2011 weiter gesunken → **Tabellen A4.11.1-10 bis A4.11.1-12 Internet**. Wie bereits im Vorjahr waren hierfür konträre Bestandsentwicklungen bei Auszubildenden und Beschäftigten verantwortlich. Während die Zahl der Auszubildenden bundesweit um 51.900 auf rund 1,642 Mio. zurückging (-3,1 %), stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 754.100 auf 28,787 Mio. an. Mit einer Wachstumsrate von +2,7 % ist das der größte Beschäftigungsanstieg innerhalb eines Kalenderjahres seit 1999. Die Ausbildungsquote E setzte damit ihre Talfahrt fort und erreichte ihren neuen Tiefststand von 5,7 % → **Schaubild A4.11.1-2**.

Die Divergenz von Auszubildenden- und Beschäftigtenbestand zeigte sich in den alten wie den neuen Ländern, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße. Mit einem Minus von 1,5 % nahm die Zahl der Auszubildenden in den alten Ländern deutlich langsamer ab als im Vorjahr und verringerte sich um 20.500 auf 1,391 Mio. Zugleich legte die Zahl der Beschäftigten um 644.800 auf 23,36 Mio. zu (+2,8 %). Infolgedessen fiel die Ausbildungsquote im Westen von 6,2 % auf 6,0 % → **Tabellen A4.11.1-13 bis A4.11.1-15 Internet**.

In den neuen Ländern sank die Zahl der Auszubildenden um 31.400 auf 250.600, dies ist ein Verlust von 11,1 %. Anders als in den alten Ländern, wo der Bestand an Auszubildenden weniger stark schrumpfte als im Vorjahreszeitraum, hat sich der Rückgang im Osten weiter beschleunigt.[182] Eine Gegenbewegung ist bei der Beschäftigungsentwicklung zu erkennen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kletterte im Osten um 109.200 auf 5,427 Mio., was einem Plus von 2,1 % entspricht. Beide Entwicklungen ließen die Ausbildungsquote im Osten weiter einbrechen; binnen Jahresfrist fiel die Quote von 5,3 % auf 4,6 % → **Tabellen A4.11.1-16 bis A4.11.1-18 Internet**.

Geschlechtsspezifische Differenzierungen

Die seit einigen Jahren wachsende Disparität der geschlechtsspezifischen Ausbildungsbeteiligung hat 2011 weiter zugenommen. Während die Zahl der männlichen Auszubildenden bundesweit um 16.700 (-1,8 %) zurückging, nahm die Anzahl der weiblichen Auszubildenden mit einem Minus von 35.200 (-4,7 %) wesentlich stärker ab. Insgesamt sank die Ausbildungsquote bei den Männern auf 6,0 % und bei den Frauen auf 5,4 %, sodass sich der Quotenabstand noch einmal leicht erhöht hat → **Schaubild A4.11.1-3**. Insgesamt korrespondieren diese Abweichungen mit den Differenzen, die zwischen den geschlechtsbezogenen Ausbildungsbeteiligungsquoten bestehen (**vgl. Kapitel A4.5**).

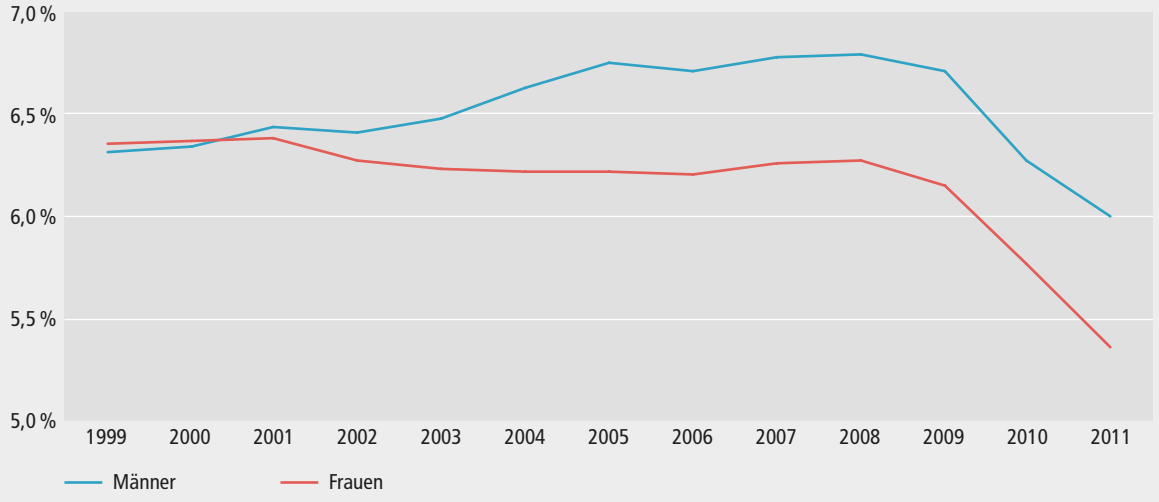
Bei der geschlechtsspezifischen Ausbildungsbeteiligung existieren nach wie vor große Ost-West-Unterschiede. Während in den alten Ländern die geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten mit Werten von 6,2 % bei Männern und 5,7 % bei Frauen um knapp 0,5 Prozentpunkte auseinanderlagen, fiel die Differenz in den neuen Ländern wesentlich größer aus. Bei Werten von 5,3 % bei Männern und 4,0 % bei Frauen lag hier der Quotenabstand bei 1,3 Prozentpunkten. Vergleicht man die Quotenabstände mit denen des Vorjahres, lässt sich allerdings eine leichte Konvergenz feststellen. So hat sich der Quotenabstand im Osten um 0,1 Prozentpunkte verringert und im Westen um 0,3 Prozentpunkte erhöht → **Tabelle A4.11.1-39 Internet**.

Länderbezogene Betrachtungen

Erhebliche Unterschiede in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung bestanden 2011 zwischen den einzelnen Bundesländern → **Tabelle A4.11.1-37 Internet**. Die niedrigste Ausbildungsbetriebsquote hatte Berlin, wo sich 13,5 % der Betriebe an der Ausbildung Jugendlicher beteiligten. Den mit 27,9 %

182 Vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.10.1.

Schaubild A4.11.1-3: **Entwicklung der geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten in Deutschland zwischen 1999 und 2011**



Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

höchsten Anteil ausbildender Betriebe hatte das Saarland gefolgt von den Ländern Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, die auf Anteilswerte von 25,5 % und 25,0 % kamen.

Besonders große Unterschiede gab es zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern. Die Ausbildungsbetriebsquote in den ostdeutschen Ländern blieb mit einem Maximum von 16,0 % (Sachsen-Anhalt) nicht nur deutlich unter dem Minimum der westdeutschen Länder (Hamburg: 18,2 %), sondern streute auch wesentlich geringer als im Westen. Lag in den neuen Ländern die höchste Ausbildungsbetriebsquote um 2,5 Prozentpunkte über der niedrigsten, variierte die Quote in den alten Ländern um bis zu 9,7 Prozentpunkte.

Ausgeprägte Länderdifferenzen zeigten sich auch bei der Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung im Berichtszeitraum. Zwar ging die Ausbildungsbetriebsquote 2011 in allen Bundesländern zurück, die Höhe der Rückgänge variierte allerdings sehr stark. Den höchsten Rückgang verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern, wo die Ausbildungsbetriebsquote im Berichtsjahr um rund 1,4 Prozentpunkte abnahm. Kaum verändert hat sich dagegen die Quote in Bremen, die mit einem Minus von 0,1 Prozentpunkten nahezu auf Vorjahresniveau blieb.

Auch die Ausbildungsquote streute zwischen den einzelnen Bundesländern beträchtlich → **Tabelle A4.11.1-38 Internet**. Die Spanne reichte von 4,3 % in Berlin bis zu 7,0 % in Schleswig-Holstein. In allen Bundesländern ging die Quote 2011 zurück, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Mit einem Rückgang um 1,1 Prozentpunkte sank die Ausbildungsquote in Mecklenburg-Vorpommern am stärksten. Den geringsten Rückgang verzeichnete Niedersachsen, wo die Ausbildungsquote um lediglich 0,1 Prozentpunkte niedriger ausfiel als im Jahr zuvor.

Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung im Einzelnen

Veränderung nach Betriebsgröße

Für den gesunkenen Bestand an Ausbildungsbetrieben waren 2011 ausschließlich Verluste im kleinstbetrieblichen Segment verantwortlich, in dem sich 6 % weniger Betriebe an der Ausbildung beteiligten als 2010. Unter den Kleinbetrieben blieb die Zahl

der ausbildenden Betriebe hingegen nahezu konstant; bei den mittleren und großen Betrieben legte sie sogar um 1,8 % bzw. 2,3 % zu. Angesichts der stark gestiegenen Gesamtzahl der Betriebe konnten diese Zuwächse allerdings nicht verhindern, dass die Ausbildungsbetriebsquote in allen Betriebsgrößenklassen weiter abnahm. Die Verlustspanne reichte von -0,5 Prozentpunkten bei den Großbetrieben bis zu -1,2 Prozentpunkten bei den Kleinbetrieben **→ Tabellen A4.11.1-1 bis A4.11.1-3 Internet**.

In den alten Bundesländern zeigte sich ein sehr ähnliches Bild. Auch hier beschränkte sich der Bestandsverlust der Ausbildungsbetriebe auf den kleinstbetrieblichen Sektor. Die Anzahl ausbildender Betriebe nahm um 5,3 % ab, während die anderen Betriebsgrößenklassen Zuwächse zwischen 0,8 % und 2,4 % verzeichneten. Diese konnten den Bestandsrückgang der kleinsten Ausbildungsbetriebe jedoch nicht kompensieren. Auch blieben die Zuwächse hinter den Wachstumsraten der betrieblichen Gesamtbestände zurück, womit die Ausbildungsbetriebsquote in allen Betriebsgrößenklassen sank **→ Tabellen A4.11.1-4 bis A4.11.1-6 Internet**.

In Ostdeutschland waren neben den Kleinstbetrieben auch die kleinen und mittleren Betriebe von einem sinkenden Bestand an Ausbildungsbetrieben betroffen. In der Gruppe der Kleinstbetriebe ging die Zahl der Ausbildungsbetriebe um 10,7 % zurück, bei den kleinen und mittleren Betrieben sank sie um 3,7 % bzw. 1,1 %. Einen Zuwachs gab es lediglich bei den großen Ausbildungsbetrieben zu verzeichnen, deren Zahl um 1,5 % anstieg **→ Tabellen A4.11.1-6 bis A4.11.1-9 Internet**.

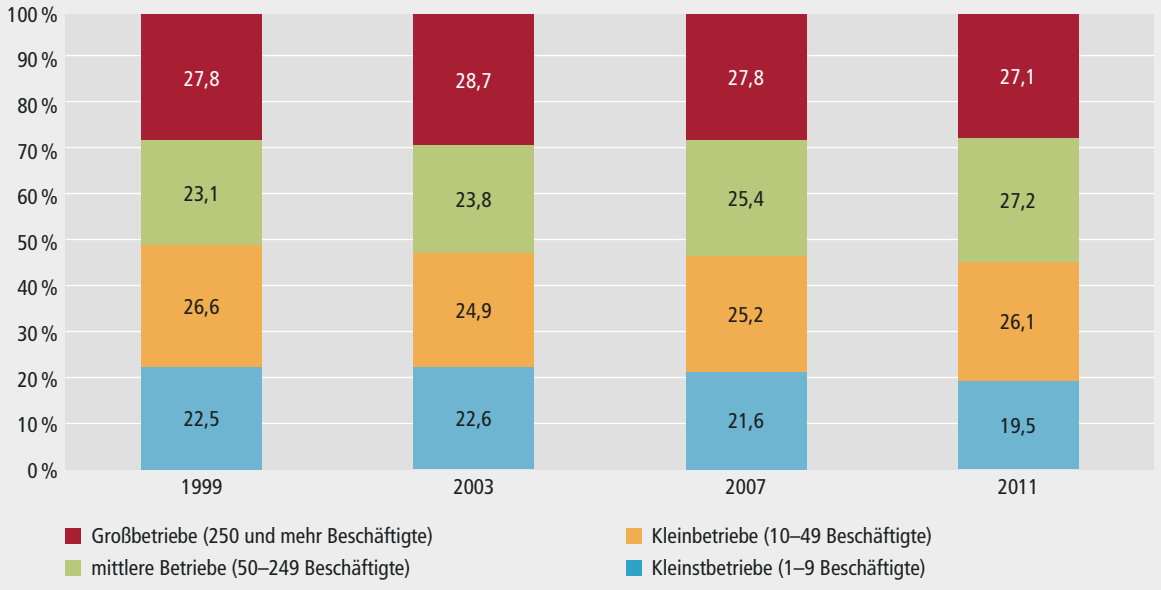
Anders als der Bestand der ausbildenden Betriebe, der sich in einzelnen Betriebsgrößenklassen positiv entwickelte, war die Auszubildendenzahl über alle Betriebsgrößenklassen hinweg rückläufig. Der höchste Rückgang fand unter den Kleinstbetrieben statt, die 6,8 % weniger Auszubildende beschäftigten als 2010. Auffällig ist der überdurchschnittlich hohe Verlust im großbetrieblichen Bereich, wo trotz der kräftigen Zuwächse bei Ausbildungsbetrieben wie Beschäftigten die Anzahl der Auszubildenden um 4,1 % sank. Die insgesamt negative Entwicklung der Auszubildendenzahl spiegelt sich unmittelbar in der Entwicklung der Ausbildungsquote wider, die in allen Betriebsgrößenklassen weiter abnahm. Der Rückgang variierte zwischen -0,2 Prozentpunkten bei mittleren Betrieben und -0,5 Prozentpunkten bei Kleinstbetrieben **→ Tabellen A4.11.1-10 bis A4.11.1-12 Internet**.

Im Westen zeigte sich ein uneinheitliches Bild. Bei den Großbetrieben sowie den Klein- und Kleinstbetrieben ging die Zahl der Auszubildenden um bis zu 6,1 % zurück; bei den mittleren Betrieben stieg sie dagegen um 1,2 % an. Bedingt durch das überwiegend kräftige Beschäftigungswachstum ging die Ausbildungsquote in allen Betriebsgrößenklassen zurück. Sie verlor zwischen 0,1 Prozentpunkten bei den mittleren Betrieben und 0,5 Prozentpunkten bei den Kleinstbetrieben **→ Tabellen A4.11.1-13 bis A4.11.1-15 Internet**.

Weiter angespannt blieb die Lage in Ostdeutschland. Trotz der positiven Beschäftigungsentwicklung wurden hier hohe Verluste an Auszubildenden sämtlicher Betriebsgrößenklassen verzeichnet. Am geringsten fiel der Verlust bei den Kleinbetrieben aus, die 5 % weniger Auszubildende beschäftigten als 2010. Der anteilig größte Verlust entfiel auf die Großbetriebe, in denen die Zahl der Auszubildenden um 18 % zurückging. Die Ausbildungsquote setzte damit ihren allgemeinen Abwärtstrend fort und ging um -0,4 Prozentpunkte bei Kleinbetrieben und -1,2 Prozentpunkte bei Großbetrieben zurück **→ Tabellen A4.11.1-16 bis A4.11.1-18 Internet**.

Die ungleichen Entwicklungen der Auszubildendenbestände verschiedener Betriebsgrößenklassen deuten auf einen strukturellen Wandel der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung hin. Seit mehreren Jahren ist zu beobachten, dass ein wachsender Anteil aller Auszubildenden in kleinen und mittelgroßen Betrieben ausgebildet wird, während Kleinstbetriebe und Großbetriebe in einem kleiner werdenden Umfang zur Gesamtausbildungsleistung beitragen **→ Schaubild A4.11.1-4**. Dieser Trend setzte sich 2011 weiter fort und ließ den Anteil der Auszubildenden, die ihre Ausbildung in Kleinstbetrieben absolvieren, binnen eines Jahres von 20,3 % auf 19,5 % schrumpfen. Die Großbetriebe kamen auf rund 27,1 % aller Auszubildenden, 2010 waren es noch 27,4 %. Damit bildeten

Schaubild A4.11.1-4: **Prozentuale Verteilung der Auszubildenden auf Betriebsgrößenklassen zwischen 1999 und 2011 in Deutschland**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 31. Dezember; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Großbetriebe, die bislang den größten Anteil aller Auszubildenden auf sich vereinten, seit 1999 erstmals weniger Menschen aus als mittlere Betriebe, die zuletzt 27,2 % aller Auszubildenden beschäftigten.[183]

Veränderung nach Wirtschaftszweigen

Bestandsrückgänge bei Ausbildungsbetrieben gab es 2011 in nahezu sämtlichen Wirtschaftsabschnitten E. Lediglich im Bereich Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung legte die Anzahl der ausbildenden Betriebe geringfügig zu und stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,3 %. In allen anderen Wirtschaftsabschnitten ging die Zahl der Ausbildungsbetriebe zurück. Die stärksten prozentualen Verluste verzeichneten das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleistungen mit Rückgängen um 7,1 % und 8,5 %.

Wie im Jahr zuvor verzeichnete das verarbeitende Gewerbe den höchsten Anteil an Ausbildungsbetrieben; die Ausbildungsbetriebsquote betrug hier 34,4 %. Stark überdurchschnittliche Anteilswerte fanden sich zudem im Baugewerbe (29,2 %), im Gesundheits- und Sozialwesen (27,9 %), in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (26,9 %) sowie im Bereich Handel und Kfz-Reparatur (24,9 %). Die niedrigsten Ausbildungsbetriebsquoten hatten die Wirtschaftsabschnitte Grundstücks- und Wohnungswesen (7,6 %), Erziehung und Unterricht sowie Verkehr und Lagerei (jeweils 9,7 %) → **Tabellen A4.11.1-19 bis A4.11.1-21 Internet**.

E Wirtschaftliche Gliederung

Ab dem Datenreport 2012 erfolgt die wirtschaftsfachliche Differenzierung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung nach den 21 Abschnitten der „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2008" (WZ 2008), deren Struktur sich erheblich von früheren Systematiken unterscheidet (vgl. Statistisches Bundesamt 2008). Daten und Indikatoren zu einzelnen Wirtschaftszweigen sind daher nicht mehr direkt mit wirtschaftszweigbezogenen Angaben in früheren Ausgaben des BIBB-Datenreports vergleichbar.

183 Vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.10.1.

Auch in den alten Ländern schrumpfte die Zahl der Ausbildungsbetriebe in den meisten Wirtschaftsabschnitten und folgte damit weitgehend dem Bundestrend. Die stärksten prozentualen Verluste gab es bei den sonstigen Dienstleistungen, im Gastgewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft/Fischerei mit Rückgängen zwischen 8,4 und 3,9 %. Ausnahmen bildeten 3 Abschnitte, die jeweils positive Zuwachsraten erzielten. Neben dem Bereich Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung, wo der Bestand an ausbildenden Betrieben auch bundesweit anstieg, legte die Zahl der Ausbildungsbetriebe im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung zu → **Tabellen A4.11.1-22 bis A4.11.1-24 Internet**.

In den neuen Ländern hingegen waren die Bestände an Ausbildungsbetrieben abschnittsübergreifend rückläufig. Mit Ausnahme des Bereichs Energieversorgung fielen die prozentualen Verluste hier größer aus als die entsprechenden Veränderungen in den alten Ländern. Die stärksten prozentualen Rückgänge verzeichneten der Bergbau (-13,2 %), das Gastgewerbe (-11,9 %) und die sonstigen Dienstleistungen (-9,3 %) → **Tabellen A4.11.1-25 bis A4.11.1-27 Internet**.

Mit dem Bestand an Ausbildungsbetrieben ging bundesweit auch die Zahl der Auszubildenden in den meisten Wirtschaftsabschnitten zurück → **Tabellen A4.11.1-28 bis A4.11.1-30 Internet**. Die stärksten absoluten Verluste betrafen die Abschnitte Erziehung und Unterricht (-18.700), verarbeitendes Gewerbe (-12.400) und Erbringung sonstiger Dienstleistungen (-9.600). Der Bereich Erziehung und Unterricht wies mit einem Minus von 17,2 % zugleich den größten prozentualen Rückgang auf, gefolgt von den sonstigen Dienstleistungen (-14,2 %) und dem Gastgewerbe (-9,3 %). Entgegen der allgemein rückläufigen Bestandsentwicklung konnte die Zahl der Auszubildenden in einzelnen Fällen allerdings auch zulegen. Nennenswerte Zuwächse verzeichneten die Abschnitte Verkehr und Lagerei (+3,8 %), Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (+1,1 %) sowie freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (+0,4 %).

Die meist rückläufigen Auszubildendenbestände führten gemeinsam mit der überwiegend positiven Beschäftigungsentwicklung dazu, dass die Ausbildungsquote in 17 der 21 Wirtschaftsabschnitte sank und in den übrigen stagnierte. Die mit 9,1 % höchste Ausbildungsquote erreichte das Baugewerbe, gefolgt von der Land- und Forstwirtschaft/Fischerei (8,4 %) und dem Gastgewerbe (8,1 %).

Im Westen entwickelten sich die Auszubildendenbestände in den einzelnen Wirtschaftsabschnitten ähnlich wie in Gesamtdeutschland, wenngleich die prozentualen Verluste meist geringer ausfielen. Abweichende Entwicklungen gab es im Wirtschaftsabschnitt Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen, wo die Auszubildendenzahl anders als im Bundestrend um 1,6 % bzw. 0,5 % zulegen konnte → **Tabellen A4.11.1-31 bis A4.11.1-33 Internet**.

Im Osten gingen die Auszubildendenzahlen nahezu sämtlicher Wirtschaftsabschnitte massiv zurück. Dies gilt selbst für jene Wirtschaftsabschnitte, die ihren Auszubildendenbestand bundesweit steigern konnten. Die mit Abstand höchsten prozentualen Rückgänge gab es in den neuen Ländern bei den sonstigen Dienstleistungen (-28,8 %) und im Bereich Erziehung und Unterricht (-28,4 %). Auffallend hoch war auch der Rückgang im Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung, wo die Zahl der Auszubildenden um 15,6 % zurückging → **Tabellen A4.11.1-34 bis A4.11.1-36 Internet**.

(Tobias Hucker)

A4.11.2 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben

Seit dem Jahr 1995 arbeiten das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), hier insbesondere der Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung", zusammen, um das betriebliche Bildungsverhalten anhand gemeinsam festgelegter Indikatoren zu analysieren (siehe u. a. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.10.2; BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.10.1; BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.10.3; Möller/Stegmaier 2008). Mit den Daten des IAB-Betriebspanels E sind Aussagen dazu möglich, wie viele Betriebe in Deutschland die gesetzlichen Voraussetzungen zur Berufsausbildung erfüllen, also ausbildungsberechtigt sind, wie hoch der Anteil der Betriebe ist, die tatsächlich ausbilden, und wie viele der Ausbildungsabsolventen im Ausbildungsbetrieb ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen. Grundlage für die hier vorgestellten Ergebnisse ist eine Expertise[184] des IAB, in der diese Indikatoren und weitere Fragen zum Aus- und Weiterbildungsverhalten deutscher Betriebe betrachtet werden. Die Ergebnisse werden nachstehend nach Regionen (Ost-/Westdeutschland)[185] und Betriebsgröße getrennt dargestellt, die Expertise bietet zusätzlich nach Wirtschaftszweigen unterteilte Daten.

E IAB-Betriebspanel

Das IAB-Betriebspanel ist eine Erhebung, deren Grundgesamtheit die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit darstellt. In ihr sind alle Betriebe in Deutschland erfasst, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Hiervon ausgehend verwendet die Erhebung den Betrieb als Untersuchungseinheit, also die örtliche Einheit, in der die konkreten Tätigkeiten eines Unternehmens durchgeführt werden. Das IAB-Betriebspanel wird als jährliche Panelerhebung (Stichtag: 30. Juni) realisiert, und es gehen derzeit die Angaben von rund 16.000 Betrieben ein.

Die Rücklaufquoten liegen je nach Welle zwischen 63 % und 73 %. Inhaltlich ist das IAB-Betriebspanel eine Mehrthemenbefragung. Während die Angaben zur Ausbildung jährlich erhoben werden, stehen die Angaben zur betrieblichen Weiterbildung erst seit 2007 jährlich zur Verfügung, vorher wurden die Angaben alle 2 Jahre erhoben. Alle Angaben basieren auf der Hochrechnung von Stichprobendaten. Somit kann die wahre Zahl von der ausgewiesenen abweichen, kleine Veränderungen sollten daher nur mit Vorsicht interpretiert werden. Zudem sind manche Zellen der Tabellen mit einem Asterisk (*) versehen, was darauf hinweist, dass die Anzahl der hinter den Angaben stehenden befragten Betriebe für eine inhaltliche Interpretation zu gering ist. Weitere Hinweise zur Datengrundlage finden sich bei Fischer u. a. 2008.

Ausbildungsberechtigung

Der Indikator Ausbildungsberechtigung zeigt an, ob die gesetzlichen Voraussetzungen zum Ausbildungsbetrieb erfüllt sind. Die Betriebe werden direkt gefragt, ob sie die Voraussetzungen zur Berufsausbildung alleine, im Verbund oder nicht erfüllen.

Ausbildungsaktivität

Der Indikator Ausbildungsaktivität bildet den Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe ab, die gemäß einer Kombination verschiedener Szenarien als ausbildungsaktiv bezeichnet werden können. Die tatsächliche Ermittlung erfolgt nach der Befragung der Betriebe, anhand unterschiedlicher Kriterien, wie etwa dem Bestand an Auszubildenden, der Zahl der Neuzugänge und Abgänge im laufenden Ausbildungsjahr u. v. m. (siehe IAB-Expertise).

Übernahmequote

Der Indikator Übernahmequote ist ein Quotient mit der Anzahl der in ein Beschäftigungsverhältnis übernommenen Auszubildenden als Zähler und der Anzahl der Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen des Betriebs als Nenner. Der Referenzzeitraum ist das Kalenderjahr.

Hinweis: Aufgrund eines Programmierfehlers in der Berechnung der Quote in den bisherigen Berichten weichen die für den diesjährigen Bericht ermittelten Werte – auch für die zurückliegenden Jahre ab 2000 – zum Teil hiervon ab. Diese Abweichungen bewegen sich meist in einer Größenordnung von 1 bis 3 Prozentpunkten. Grundlegende Trends und Zusammenhänge sind hiervon allerdings nicht betroffen.

184 Die Expertise ist unter **http://www.bibb.de/datenreport** einsehbar.
185 Seit der Welle 2007 wird Berlin vollständig zu den neuen Ländern gezählt, zuvor wurde Westberlin den alten und Ostberlin den neuen Ländern zugeordnet.

Ausbildungsberechtigung

Wollen Betriebe sich an der Berufsausbildung beteiligen, sind zuvor formale Voraussetzungen zu erfüllen. Demnach ist ein Betrieb ausbildungsberechtigt E, wenn die „[…] Ausbildungsstätte nach Art und Einrichtung für die Berufsausbildung geeignet ist und die Zahl der Auszubildenden in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze oder zur Zahl der beschäftigten Fachkräfte steht […]". Zudem müssen sowohl der Arbeitgeber (u. a. zum Abschluss von Ausbildungsverträgen) wie auch der Ausbilder/die Ausbilderin befähigt bzw. geeignet sein, um die Berufsausbildung inhaltlich und strukturell durchführen zu können. Ein Betrieb kann die Ausbildungsberechtigung allein erlangen oder auch im Verbund mit anderen Betrieben oder Bildungseinrichtungen zur Ausbildung berechtigt sein.[186]

In → **Tabelle A4.11.2-1** wird ersichtlich, dass etwa 58 % aller Betriebe in Deutschland die Ausbildungsvoraussetzungen erfüllen. Der Anteil ist im gesamten Betrachtungszeitraum stabil – lediglich von 2001 bis 2004 zeigen sich leichte Schwankungen. Nahezu alle berechtigten Betriebe erfüllen die gesetzlichen Voraussetzungen allein (56 %), lediglich 3 % aller Betriebe sind im Verbund ausbildungsberechtigt. Eine Betrachtung nach alten und neuen Bundesländern getrennt verdeutlicht jedoch regionale Unterschiede: Zum einen ist der Anteil allein ausbildungsberechtigter Betriebe in den alten Bundesländern dauerhaft höher (2011 etwa 8 Prozentpunkte) als in den neuen Bundesländern. Zum anderen sind in den neuen Bundesländern anteilig mehr Betriebe zur Ausbildung im Verbund berechtigt (5 % gegenüber 3 % in den alten Bundesländern).

Unterscheidet man nach Betriebsgrößenklassen, wird ersichtlich, dass der Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe mit zunehmender Beschäftigtenzahl steigt → **Tabelle A4.11.2-2**. Während die Hälfte der Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten berechtigt ist, sind es nahezu 3 von 4 Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten und fast alle Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten. Nicht nur die alleinige Ausbildungsberechtigung, auch die Verbundberechtigung wächst mit der Betriebsgröße. Im Jahr 2011

Tabelle A4.11.2-1: **Ausbildungsberechtigung (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Alte Länder												
keine Berechtigung	40	44	42	39	42	40	40	40	39	40	39	40
Berechtigung im Verbund	2	3	3	4	3	4	4	4	3	3	4	3
Berechtigung	59	54	55	58	56	57	57	57	58	58	58	57
Neue Länder												
keine Berechtigung	49	51	49	47	51	49	50	51	48	49	48	48
Berechtigung im Verbund	4	6	5	5	5	5	4	4	4	4	4	5
Berechtigung	49	46	48	50	46	47	47	46	49	48	49	49
Bundesgebiet												
keine Berechtigung	41	45	43	40	43	42	42	42	41	42	41	42
Berechtigung im Verbund	2	4	4	5	3	4	4	4	4	3	4	3
Berechtigung	57	52	54	56	54	55	55	55	56	56	56	56

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000 bis 2011, hochgerechnete Angaben

186 Vgl. BBiG §§ 27 und 28.

Tabelle A4.11.2-2: **Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %)**

Bundesgebiet		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
1 bis 9 Beschäftigte	keine Berechtigung	47	52	49	46	50	48	48	49	49	49	49	50
	Berechtigung im Verbund	1	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3
	Berechtigung	52	46	48	51	47	49	50	48	49	49	49	48
10 bis 49 Beschäftigte	keine Berechtigung	30	30	29	27	27	28	29	28	25	28	26	26
	Berechtigung im Verbund	4	5	5	6	5	6	5	5	5	4	5	4
	Berechtigung	68	66	67	68	69	68	68	69	71	70	71	71
50 bis 499 Beschäftigte	keine Berechtigung	18	16	16	14	14	14	14	14	13	13	12	12
	Berechtigung im Verbund	8	8	8	8	7	8	9	9	8	8	9	7
	Berechtigung	77	79	78	81	81	81	80	80	82	82	82	83
500 + Beschäftigte	keine Berechtigung	6	4	5	4	3	3	3*	3*	4	3	3	4
	Berechtigung im Verbund	11	11	11	10	10	11	13	11	11	9	11	8
	Berechtigung	88	91	88	90	91	92	91	93	92	93	91	93

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.
* = weniger als 30 Fälle (beteiligt)

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000 bis 2011, hochgerechnete Angaben

sind 8 % der Großbetriebe im Verbund zur Ausbildung berechtigt. Betrachtet man die Entwicklung der Anteile berechtigter Betriebe, wird bis auf das kleinstbetriebliche Segment eine Zunahme deutlich. Bei Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten zeigen sich in den letzten Jahren kaum Veränderungen, bei längerer Betrachtung sinkt hier der Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe. Diese Entwicklung ist unter Berücksichtigung der Regionen auf die alten Bundesländer zurückzuführen. In den größeren Betrieben der alten Bundesländer kann jedoch ein Anstieg ausbildungsberechtigter Betriebe verzeichnet werden. Die neuen Bundesländer weisen dagegen in allen Betriebsgrößenklassen geringfügigere Veränderungen hinsichtlich der Ausbildungsberechtigung aus → **Tabelle A4.11.2-3 Internet**.

Ausbildungsaktivität

Mehr als die Hälfte der Betriebe in Deutschland ist ausbildungsberechtigt, doch wie viele Betriebe davon nutzen diese Berechtigung? Die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses bietet entscheidende Vorteile für die Betriebe, verursacht jedoch auch Kosten. Besonders kleinere Betriebe bilden aufgrund des geringeren Fachkräftebedarfes nicht durchgängig, sondern in größeren Zeitabständen aus (vgl. Fischer u. a. 2007). Danach beteiligen sich 27 % der ausbildungsberechtigten Betriebe dauerhaft nicht an der Berufsausbildung – dies sind vorwiegend Kleinbetriebe.

Um die Ausbildungsaktivität E abzubilden, wurde aufgrund des zwischen den Ausbildungsjahren liegenden Erhebungsstichtages (30. Juni) eine sehr umfassende Definition gewählt. Der Anteil ausbildungsaktiver Betriebe beträgt demnach im Jahr 2011 54 %. → **Tabelle A4.11.2-4** zeigt den von der Berechtigung her bekannten positiven Zusammenhang hinsichtlich der Betriebsgröße. Bildeten 2011 42 % der ausbildungsberechtigten Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten aus, waren es gut 2 von 3 Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten und nahezu alle Großbetriebe. Nach Regionen getrennt wird deutlich, dass der Anteil ausbildungsaktiver westdeutscher Betriebe mit 56 % knapp über dem

Tabelle A4.11.2-4: **Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Alte Länder												
1 bis 9 Beschäftigte	38	43	44	38	42	43	42	42	43	43	43	44
10 bis 49 Beschäftigte	68	73	70	66	71	70	69	70	71	73	72	70
50 bis 499 Beschäftigte	83	86	87	85	87	87	87	87	86	87	86	86
500+ Beschäftigte	92	94	96	96	94	95	93	95	95	97	96	97
Gesamt	**49**	**54**	**54**	**49**	**53**	**54**	**53**	**54**	**55**	**55**	**55**	**56**
Neue Länder												
1 bis 9 Beschäftigte	36	42	38	35	41	37	35	39	38	33	31	30
10 bis 49 Beschäftigte	80	81	75	73	77	77	73	71	73	72	68	67
50 bis 499 Beschäftigte	88	92	89	90	91	89	89	87	90	88	87	87
500+ Beschäftigte	97	95	98	98	97	97	96	96	97	98	100	98
Gesamt	**51**	**55**	**50**	**47**	**53**	**50**	**49**	**51**	**51**	**48**	**46**	**44**
Bundesgebiet												
1 bis 9 Beschäftigte	38	43	43	38	42	42	41	41	42	41	41	42
10 bis 49 Beschäftigte	70	74	70	67	72	71	70	70	71	72	71	69
50 bis 499 Beschäftigte	84	87	87	86	88	87	87	87	87	87	85	87
500+ Beschäftigte	93	94	96	96	95	95	94	95	96	97	97	97
Gesamt	**50**	**55**	**53**	**49**	**53**	**53**	**52**	**53**	**54**	**54**	**53**	**54**

Ausbildungsaktivität: Anteil der ausbildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000 bis 2011, hochgerechnete Angaben

Durchschnitt liegt, während 44 % der ostdeutschen berechtigten Betriebe 2011 ausbilden. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern konzentriert sich das höchste Ausbildungspotenzial auf die Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten: Mehr als die Hälfte der westdeutschen und 70 % der ostdeutschen Kleinstbetriebe bilden 2011 nicht aus, obwohl sie dazu berechtigt sind. Betrachtet man die anderen Betriebsgrößenklassen, lassen sich kaum regionale Unterschiede bzgl. der Ausbildungsaktivität feststellen.

Im zeitlichen Verlauf sind im Bundesgebiet nur unwesentliche Veränderungen ersichtlich. Dies trifft auch für die Entwicklung der Ausbildungsaktivität in den alten Bundesländern zu. Anders stellt sich dagegen die Situation in den neuen Bundesländern dar: In den letzten 5 Jahren ist ein deutlicher Rückgang der Ausbildungsaktivitäten ersichtlich, der Anteil ausbildungsaktiver Kleinstbetriebe ist um 9 Prozentpunkte gesunken, und bei Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten wird ein Rückgang um 4 Prozentpunkte deutlich. Zwischen den alten und neuen Bundesländern fallen die Differenzen nur im kleinstbetrieblichen Bereich ins Gewicht (14 Prozentpunkte), durch die gegensätzliche Entwicklung öffnet sich in den letzten Jahren die Schere jedoch weiter.

Übernahme von erfolgreichen Absolventen und Absolventinnen

Mit der Übernahme selbst ausgebildeter Fachkräfte in ein Beschäftigungsverhältnis kann ein bedeutender Teil des Übergangs vom Ausbildungs- zum

Tabelle A4.11.2-5: **Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Alte Länder												
1 bis 9 Beschäftigte	46	43	47	50	40	50	45	49	51	43	47	59
10 bis 49 Beschäftigte	60	50	52	54	53	51	58	57	62	57	58	60
50 bis 499 Beschäftigte	65	66	61	58	60	58	58	69	70	64	67	71
500+ Beschäftigte	74	77	72	68	68	69	73	75	78	74	77	81
Gesamt	**61**	**59**	**57**	**57**	**55**	**57**	**58**	**63**	**66**	**60**	**63**	**68**
Neue Länder												
1 bis 9 Beschäftigte	49	41	41	31	41	34	45	45	35	45	50	61
10 bis 49 Beschäftigte	49	46	50	44	50	51	49	54	51	53	54	60
50 bis 499 Beschäftigte	41	44	42	39	43	36	43	44	53	47	51	57
500+ Beschäftigte	48	36	43	37	33	34	46	46	41	58	64	73
Gesamt	**46**	**43**	**44**	**39**	**43**	**40**	**45**	**47**	**47**	**50**	**53**	**60**
Bundesgebiet												
1 bis 9 Beschäftigte	46	43	46	47	40	48	45	48	48	44	47	59
10 bis 49 Beschäftigte	57	50	51	52	53	51	56	56	60	56	57	60
50 bis 499 Beschäftigte	60	61	57	54	57	54	55	63	67	60	64	68
500+ Beschäftigte	70	70	68	63	62	64	69	70	72	73	76	80
Gesamt	**58**	**55**	**55**	**53**	**53**	**54**	**56**	**60**	**62**	**58**	**61**	**66**

Übernahmequote: Anteil der in ein Beschäftigungsverhältnis im ausbildenden Betrieb übernommenen Auszubildenden an allen Ausbildungsabsolventen. Vgl. der Definition beigefügten Hinweis.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000 bis 2011, hochgerechnete Angaben

Arbeitsmarkt mit den Daten des IAB-Betriebspanels abgebildet werden. Anhand der Übernahmequote E wird ermittelt, wie viele Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen ein Beschäftigungsverhältnis im Ausbildungsbetrieb aufnehmen. Damit kann die zweite Schwelle nicht in ihrer Gesamtheit beurteilt werden, da Übergänge in Qualifizierung (Aufnahme eines Studiums oder anderer beruflicher Qualifikationen) oder in andere Betriebe nicht erfasst werden. Für die Berufsausbildung ist dieser Indikator jedoch von hoher Relevanz, da eine Amortisation der Ausbildungskosten i. d. R. durch anschließende Beschäftigungsphasen erreicht wird.

2 von 3 Personen, die ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, wurden 2011 in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen. In Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten waren es etwa 60 %, in mittleren Betrieben (50 bis 499 Beschäftigte) 68 % und in Großbetrieben 80 % der Absolventen/Absolventinnen → **Tabelle A4.11.2-5**. Die Übernahmequoten sind damit gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen – besonders Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten verzeichnen 2011 einen Anstieg von 12 Prozentpunkten. In den anderen Betriebsgrößenklassen wird ein relativer Zuwachs von 3 bis 4 Prozentpunkten erreicht. Unterscheidet man nach alten und neuen Bundesländern, lassen sich bei Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten kaum Differenzen feststellen – etwa 60 % der Ausbildungsabsolventen werden vom Ausbildungsbetrieb weiter beschäftigt. In Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten sinkt demgegenüber die Übernahmequote in den neuen Bundesländern um einige Prozentpunkte

(57 %). Dagegen übernehmen die westdeutschen Betriebe mit vergleichbaren Beschäftigtenzahlen 71 % und Großbetriebe 81 % der Absolventen/Absolventinnen. Großbetriebe in den neuen Bundesländern übernehmen jedoch nur knapp 3 von 4 Absolventen/Absolventinnen. Ein wesentlicher Grund der geringeren Übernahmetätigkeit, besonders in mittelgroßen Betrieben der neuen Bundesländer, ist im hohen Anteil außerbetrieblicher Ausbildung zu suchen.

Vergleicht man die Übernahmequoten mit denen des Vorjahres, ist auch bei regionaler Betrachtung durchgängig ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser fällt bei Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten sowohl in den alten (+12 Prozentpunkte) als auch in den neuen Bundesländern (+11 Prozentpunkte) am höchsten aus. Dagegen sind die Übernahmequoten in größeren Betrieben der alten Bundesländer nur moderat gewachsen (max. 4 Prozentpunkte). In den neuen Bundesländern verzeichneten die Betriebe mit 10 bis 499 Beschäftigten einen Anstieg um 6 Prozentpunkte, die Großbetriebe übernahmen nahezu 3 von 4 Absolventen/Absolventinnen, was einem Anstieg um 9 Prozentpunkte entspricht.

(Silke Hartung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

A4.11.3 Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung

Um im dualen System ausbilden zu können, ist neben der fachlichen auch die persönliche Eignung des Ausbildungspersonals erforderlich. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen daher die für die Planung und Durchführung der Ausbildung verantwortlichen Personen nicht nur über die für den jeweiligen Beruf benötigten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, sondern auch entsprechende berufs- und arbeitspädagogische Qualifikationen nachweisen. In der Regel geschieht dies durch eine Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) E. Die für die Ausbildung verantwortlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden den zuständigen Stellen dann von den Betrieben gemeldet. Die Mehrheit der gemeldeten Ausbilder und Ausbilderinnen übt diese Tätigkeit nebenberuflich aus. Nur eine Minderheit bildet hauptberuflich aus. Ausgenommen von der AEVO sind Angehörige der freien Berufe.

E Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)

Geltungsbereich (§ 1)[187]

Ausbilder und Ausbilderinnen haben für die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) den Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten nach dieser Verordnung nachzuweisen. Dies gilt nicht für die Ausbildung im Bereich der Angehörigen der freien Berufe.

Berufs- und arbeitspädagogische Eignung (§ 2)

Die berufs- und arbeitspädagogische Eignung umfasst die Kompetenz zum selbstständigen Planen, Durchführen und Kontrollieren der Berufsausbildung in den Handlungsfeldern:

1. Ausbildungsvoraussetzungen prüfen und Ausbildung planen,
2. Ausbildung vorbereiten und bei der Einstellung von Auszubildenden mitwirken,
3. Ausbildung durchführen und
4. Ausbildung abschließen.

187 Siehe **http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ausbilder_eignungsverordnung.pdf**.

Prüfung (§ 4)

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem praktischen Teil. Im schriftlichen Teil sind fallbezogene Aufgaben aus allen Handlungsfeldern innerhalb von 180 Minuten zu bearbeiten. Der praktische Teil der Prüfung ist in 2 Teile aufgeteilt, bestehend aus der Präsentation einer Ausbildungssituation und einem Fachgespräch mit einer Dauer von insgesamt maximal 30 Minuten. Hierfür wählt der/die Prüfungsteilnehmer/-in eine berufstypische Ausbildungssituation aus.

Historie

Die AEVO wurde 1972 erlassen und 1999 erstmals novelliert. Für den Zeitraum vom 1. August 2003 bis zum 31. Juli 2009 wurde sie ausgesetzt und nach einer zweiten Novellierung 2009 wieder eingesetzt.

Ausbildereignungsprüfungen

Im Jahr 2011 nahmen insgesamt 85.392 Personen in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft an Ausbildereignungsprüfungen teil (Statistisches Bundesamt 2012).[188] 64,6 % davon waren Männer, 35,4 % waren Frauen. Die Prüfung bestanden haben 80.280 Personen. Die Erfolgsquote lag damit bei 94 %, wobei 15.888 der bestandenen Prüfungen auf die neuen Länder entfielen → **Tabelle A4.11.3-1**. Der Frauenanteil bei den erfolgreichen Prüfungsteilnehmern lag bei 35,7 % (neue Länder: 37,7 %; alte Länder: 35,2 %). Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der abgelegten Prüfungen damit erneut deutlich angestiegen.[189]

Die Anzahl der Ausbilder und Ausbilderinnen im Ausbildungsbereich Industrie und Handel, die von der Ausbildereignungsprüfung befreit waren, lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 40.341.

Meisterprüfungen

An Meisterprüfungen nahmen im Jahr 2011 in den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft insgesamt 38.748 Personen teil (84,6 % Männer; 15,4 % Frauen). Davon haben 35.247 Personen die Prüfung bestanden, was einer Erfolgsquote von 91 % entspricht → **Tabelle A4.11.3-2**. Abgesehen vom

Tabelle A4.11.3-1: **Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2011 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	57.516 (46.371)	71,6 (69,0)	46.434 (37.047)	72,1 (70,1)	11.082 (9.324)	69,8 (65,1)
Handwerk	21.111 (19.395)	26,3 (28,9)	16.815 (14.841)	26,1 (28,1)	4.296 (4.551)	27,0 (31,7)
Landwirtschaft	639 (468)	0,8 (0,7)	411 (312)	0,6 (0,6)	228 (153)	1,4 (1,1)
Öffentlicher Dienst	963 (933)	1,2 (1,4)	684 (621)	1,1 (1,2)	279 (312)	1,8 (2,2)
Hauswirtschaft	51 (18)	0,1 (–)	51 (18)	0,1 (–)	–	–
Insgesamt	**80.280 (67.182)**	**100,0**	**64.392 (52.839)**	**100,0**	**15.888 (14.343)**	**100,0**

Die Zahlen in Klammern geben jeweils die Vergleichswerte des Vorjahres an.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

188 Sofern nicht anders angegeben, basieren die Angaben auf den Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 3.

189 Zum Vergleich: 2010 betrug die Zahl der Prüfungsteilnahmen 71.991, davon wurden 67.182 Prüfungen mit Erfolg abgelegt.

Tabelle A4.11.3-2: **Bestandene Meisterprüfungen 2011 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht**

Ausbildungsbereich	Insgesamt		Geschlecht			
			männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	11.325 (9.678)	32,1 (31,0)	10.671 (9.081)	94,2 (93,8)	654 (597)	5,8 (6,2)
Handwerk	22.236 (19.659)	63,1 (63,0)	17.910 (15.948)	80,5 (81,1)	4.326 (3.711)	19,5 (18,9)
Landwirtschaft	1.482 (1.407)	4,2 (4,5)	1.029 (1.125)	69,4 (80,0)	453 (282)	30,6 (20,0)
Öffentlicher Dienst	93 (189)	0,3 (0,6)	84 (171)	90,3 (90,5)	9 (18)	9,7 (9,5)
Hauswirtschaft	114 (270)	0,3 (0,9)	3 (3)	2,6 (1,1)	111 (264)	97,4 (97,8)
Insgesamt	**35.247 (31.203)**	**100,0**	**29.697 (26.328)**	**84,2 (84,4)**	**5.553 (4.875)**	**15,8 (15,6)**

Die Zahlen in Klammern geben jeweils die Vergleichswerte des Vorjahres an.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.11.3-3: **Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2011 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	276.789 (280.224)	41,6 (41,5)	231.990 (235.155)	40,9 (40,9)	44.799 (45.069)	45,6 (44,8)
Handwerk	250.260 (253.434)	37,6 (37,5)	216.081 (218.271)	38,1 (38,0)	34.179 (35.163)	34,8 (34,9)
Landwirtschaft	22.344 (22.341)	3,4 (3,3)	18.639 (18.612)	3,3 (3,2)	3.705 (3.729)	3,8 (3,7)
Öffentlicher Dienst	19.029 (18.909)	2,9 (2,8)	16.074 (15.585)	2,8 (2,7)	2.955 (3.324)	3,0 (3,3)
Freie Berufe	93.930 (97.182)	14,1 (14,4)	81.750 (84.246)	14,4 (14,7)	12.183 (12.936)	12,4 (12,8)
Hauswirtschaft	3.153 (3.105)	0,5 (0,5)	2.679 (2.646)	0,5 (0,5)	474 (462)	0,5 (0,5)
Insgesamt	**665.508 (675.198)**	**100,0**	**567.213 (574.515)**	**100,0**	**98.295 (100.683)**	**100,0**

Die Zahlen in Klammern geben jeweils die Vergleichswerte des Vorjahres an.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.11.3-4: **Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2011 nach Geschlecht, alte und neue Länder**

Geschlecht	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
weiblich	158.136 (158.604)	23,8 (23,5)	125.622 (125.412)	22,1 (21,8)	32.511 (33.192)	33,1 (33,0)
männlich	507.372 (516.594)	76,2 (76,5)	441.591 (449.103)	77,9 (78,2)	65.784 (67.491)	66,9 (67,0)
Insgesamt	**665.508 (675.198)**	**100,0**	**567.213 (574.515)**	**100,0**	**98.295 (100.683)**	**100,0**

Die Zahlen in Klammern geben jeweils die Vergleichswerte des Vorjahres an.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.11.3-5: **Alter des Ausbildungspersonals 2011 nach Geschlecht**

Altersgruppe	Insgesamt		Geschlecht			
			männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
29 Jahre und jünger	30.594 (30.429)	4,6 (4,5)	15.822 (15.690)	3,1 (3,0)	14.772 (14.739)	9,3 (9,3)
30 bis 39 Jahre	115.344 (120.564)	17,3 (17,9)	78.252 (82.542)	15,4 (16,0)	37.092 (38.022)	23,5 (24,0)
40 bis 49 Jahre	255.111 (264.390)	38,3 (39,2)	196.083 (204.264)	38,6 (39,5)	59.028 (60.126)	37,3 (37,9)
50 Jahre und älter	264.459 (259.815)	39,7 (38,5)	217.218 (214.098)	42,8 (41,4)	47.241 (45.717)	29,9 (28,8)
Insgesamt	**665.508 (675.198)**	**100,0**	**507.372 (516.594)**	**100,0**	**158.136 (158.604)**	**100,0**

Die Zahlen in Klammern geben jeweils die Vergleichswerte des Vorjahres an.

Quelle: Statistisches Bundesamt. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Bereich Hauswirtschaft (97,4 %) lag der Anteil der Frauen bei den bestandenen Meisterprüfungen in der Landwirtschaft mit 30,6 % am höchsten, gefolgt vom Handwerk mit 19,5 %. Auf den öffentlichen Dienst entfielen 9,7 %, und im Bereich Industrie und Handel gab es 5,8 % neue Meisterinnen. Auch bei den Meisterprüfungen ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg zu verzeichnen.[190]

Zahl der bei den zuständigen Stellen registrierten Ausbilder und Ausbilderinnen

Im Jahr 2011 gab es in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft in Deutschland insgesamt 665.508 registrierte Ausbilder und Ausbilderinnen. 85,2 % (567.213) davon entfielen auf die alten Länder und 14,8 % (98.295) auf die neuen Länder. 41,6 % der Ausbilder und Ausbilderinnen waren im Bereich Industrie und Handel tätig, 37,6 % im Handwerk, und weitere 14,1 % entfielen auf die freien Berufe. In der Landwirtschaft lag der Anteil bei 3,4 %, im öffentlichen Dienst bei 2,9 % und in der Hauswirtschaft bei 0,5 %. Insgesamt hat die Anzahl der gemeldeten Ausbilder und Ausbilderinnen gegenüber dem Vorjahr um 9.690 abgenommen → **Tabelle A4.11.3-3**.

Der Anteil der gemeldeten weiblichen Ausbilder lag 2011 bei 23,8 %, wobei sich ein deutlicher Unterschied zwischen den neuen und den alten Ländern zeigte. Während der Frauenanteil in den alten Ländern bei 22,1 % lag, betrug er in den neuen Ländern 33,1 % → **Tabelle A4.11.3-4**.

Nach Altersgruppen verteilt zeichnete sich folgendes Bild ab: Mit 39,7 % stellten die über 50-Jährigen die größte Gruppe der Ausbilder und Ausbilderinnen, gefolgt von den 40- bis 49-Jährigen mit 38,3 % und den 30- bis 39-Jährigen mit 17,3 %. Bei den unter 29-Jährigen waren es 4,6 % → **Tabelle A4.11.3-5**.

Mit dem Internetportal Foraus bietet das BIBB Ausbilderinnen und Ausbildern eine Informations- und Kommunikationsplattform an (**vgl. Kapitel C2.6**).

(Thomas Neuhaus, Michael Härtel)

190 2010 gab es insgesamt 34.374 Meisterprüfungen, 31.203 davon wurden bestanden.

A4.11.4 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung und unbesetzte Ausbildungsstellen – Ergebnisse aus dem BIBB-Qualifizierungspanel 2011/2012

Betriebe berichten seit Jahren über zunehmende Probleme, Jugendliche für eine Ausbildung im eigenen Betrieb zu gewinnen (vgl. Troltsch/Gerhards/Mohr 2012; Gericke/Krupp/Troltsch 2009; Bellmann/Hartung 2005). Insbesondere der demografische Wandel mit seinen sinkenden Schulabsolventenzahlen und das dadurch mitverursachte berufliche und regionale Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt werden als zentrale Gründe genannt (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2013). Der Rückgang der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zwischen 2011 und 2012 wird ebenfalls als eine Folge dieser Entwicklungen angesehen (ebd.). Im folgenden Beitrag wird auf Grundlage der ersten und zweiten Erhebungswelle des BIBB-Qualifizierungspanels E aus den Jahren 2011 und 2012 untersucht,

- wie sich die generelle Beteiligung von Betrieben an der Ausbildung von Jugendlichen in den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 verändert hat und
- welche Betriebe bei der Deckung ihres Bedarfs an Nachwuchskräften besondere Probleme hatten und wie sich dies in den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 entwickelt hat.

E BIBB-Qualifizierungspanel

Das BIBB-Betriebspanel zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung ist eine jährliche Wiederholungsbefragung, mit der repräsentative Längsschnittdaten zum Qualifizierungsgeschehen von Betrieben in Deutschland erhoben werden. Das BIBB-Qualifizierungspanel wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert und vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt (weiterführende Informationen vgl. Gerhards/Mohr/Troltsch 2012).

Die Auswahl der Betriebe erfolgt über eine disproportional geschichtete Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit aller Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die erforderlichen Betriebsadressen wurden von der Bundesagentur für Arbeit und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Verfügung gestellt. Die Daten werden über computergestützte persönlich-mündliche Interviews (CAPI) vom Interviewerstab von TNS Infratest Sozialforschung erhoben.

Bei der ersten und zweiten Erhebungswelle im Frühjahr 2011 und im Frühjahr 2012 nahmen jeweils 2.000 Betriebe teil. 75 % der 2011 befragten Betriebe und Unternehmen beteiligten sich auch 2012 an der Erhebung (Panelquote).

Da im BIBB-Qualifizierungspanel dieselben Betriebseinheiten wiederholt befragt werden, können Aussagen darüber getroffen werden, aus welchen Gründen sich Veränderungen auf Betriebsebene ergeben haben.[191] Zur Untersuchung der betrieblichen Veränderungen werden die folgenden 4 Indikatoren betrachtet und nach ausgewählten Strukturmerkmalen dargestellt:

- die Ausbildungsbetriebsquote E,
- der Turnover in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung E,
- der Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten E,
- der Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen E.

E Verwendete Indikatoren

Ausbildungsbetriebsquote

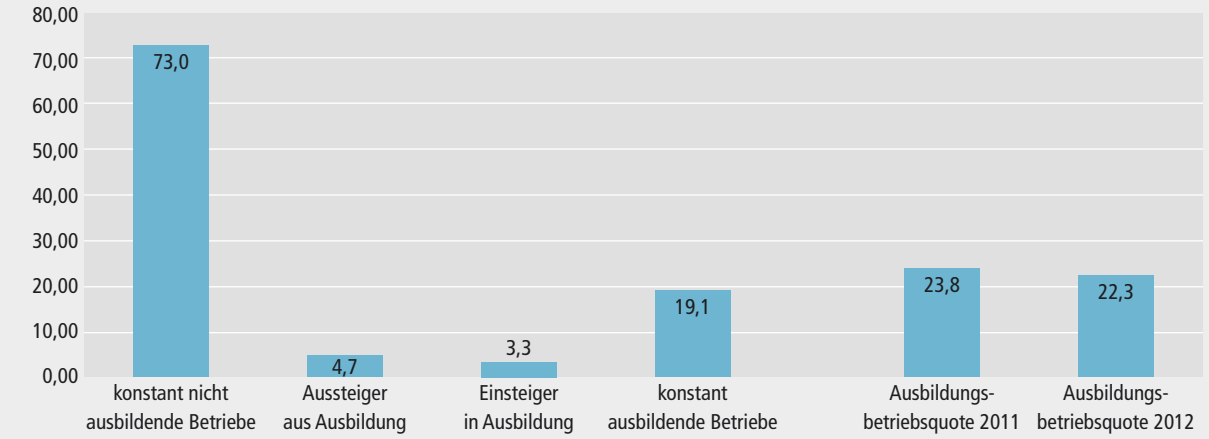
Anteil von ausbildenden Betrieben an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Stichtag 31. Dezember der jeweiligen Ausbildungsjahre.

Turnover in der Ausbildungsbeteiligung

Übergang von einer Gruppe (konstant ausbildender bzw. konstant nicht ausbildender Betriebe, neu in die Ausbildung ein- bzw. ausgestiegener Betriebe im Vorjahresvergleich) in eine andere oder Verbleib in einer Gruppe.

191 Panel- bzw. Längsschnitterhebungen, d. h. die wiederholte Befragung derselben Betriebseinheit bzw. Person, lassen Aussagen darüber zu, welche Ursachen für bestimmte Entwicklungen auf Betriebs- oder Personenebene vorliegen. Dies ist bei Querschnittserhebungen, die Befragungen zu einem bestimmten Zeitpunkt durchführen, nur bedingt möglich.

Schaubild A4.11.4-1: **Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011/2012

Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten

Anteil von Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das jeweilige Ausbildungsjahr an allen Ausbildungsbetrieben.

Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen

Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit neuen Ausbildungsstellenangeboten für das jeweilige Ausbildungsjahr.

Während die ersten beiden Indikatoren das grundlegende Geschehen auf dem Ausbildungsstellenmarkt messen, zeigen sich in den beiden letzten Indikatoren die Folgen dieser Entwicklungen auf der Angebots- und Nachfrageseite. Mit diesem Untersuchungsansatz lassen sich zudem nicht nur repräsentative Aussagen für die einzelnen Berichtsjahre treffen, sondern es lassen sich auch Entwicklungen in ihre Einzelbestandteile zerlegen.

Ausbildungsbeteiligung von Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Der Vergleich des Ausbildungsverhaltens der befragten Betriebe zwischen 2011 und 2012 zeigt, dass sich mit 73 % knapp 3 von 4 Betrieben nicht an der Ausbildung Jugendlicher beteiligen → **Schaubild A4.11.4-1**. Dies ist ein Wert, der sich in der längerfristigen Betrachtung auch in der Grundgesamtheit aller Betriebe in den letzten 15 Jahren nur geringfügig verändert hat (Troltsch 2012). Demgegenüber steht mit 19,1 % ebenso relativ unverändert die Gruppe der konstant ausbildenden Betriebe. Die für die aktuelle Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt interessanteren Gruppen sind die Betriebe, die zwischen 2011 und 2012 entweder aus der Ausbildung ausgestiegen (4,7 %) oder in die Ausbildung eingestiegen (3,3 %) sind.

Insgesamt ist der Anteil ausbildender Betriebe – ähnlich wie in der Grundgesamtheit **(vgl. Kapitel A4.11.1)** – zwischen beiden Berichtsjahren von 23,8 % auf 22,3 % zurückgegangen. Damit stehen im Berichtsjahr im Saldo ca. 31.000 weniger Ausbildungsbetriebe zur Verfügung.[192] Welche Auswirkungen dies auf das Neuangebot an Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2011/2012 hat und in welcher Weise sich dies auf die Bestände an unbesetzten Ausbildungsstellen auswirkt, wird im Folgenden betrachtet.

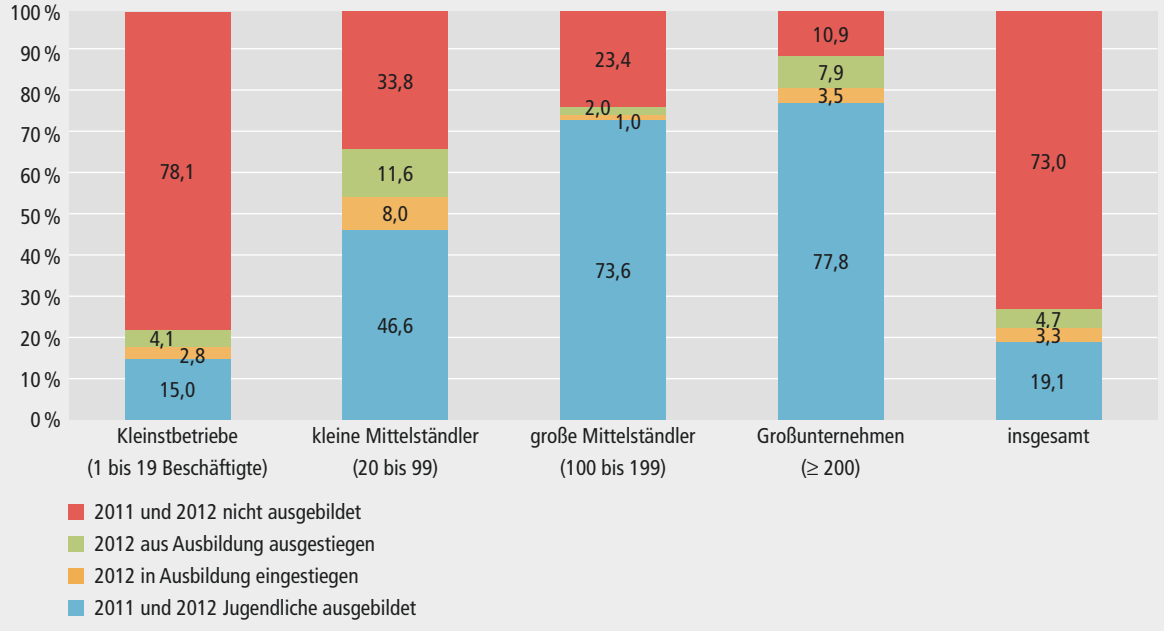
192 Zu erwähnen bleibt, dass zur Gruppe der sogenannten Aussteiger nicht nur Betriebe gehören, die sich endgültig aus der Ausbildung verabschieden, sondern auch solche, die aufgrund ihres Fachkräftebedarfs nur zeitweise aus der Ausbildung aussteigen und bei steigendem Fachkräftebedarf die Ausbildung Jugendlicher wieder aufnehmen.

Strukturmerkmale zu den Veränderungen in der Ausbildungsbeteiligung von Betrieben zwischen 2011 und 2012

78,1 % der Kleinstbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten beteiligen sich im Untersuchungszeitraum nicht an der Ausbildung Jugendlicher → **Schaubild A4.11.4-2** (vgl. die Analysen anhand der Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit in **Kapitel A4.11.1**). Mit steigender Betriebsgrößenklasse nimmt dieser Anteil an Nichtausbildungsbetrieben immer weiter ab, wobei etwa jedes zehnte Großunternehmen in beiden Jahren keine Jugendlichen ausgebildet hat und 8 % dieser Betriebskohorte 2012 aus der Ausbildung ausgestiegen sind. Dennoch gehören Unternehmen zu denjenigen Gruppen, die den höchsten Anteil an konstanter Ausbildungsbeteiligung aufweisen. Dies gilt in relativer Weise auch für kleinere und größere mittelständische Betriebe, wobei Betriebe mit 20 bis 99 Beschäftigten die höchsten Anteile an Übergängen und Fluktuationen aufweisen: Knapp 12 % sind im Berichtsjahr aus der Ausbildung ausgestiegen, 8 % haben die Ausbildung Jugendlicher aufgenommen. Damit liegen die Übergänge in dieser Betriebsgrößenklasse deutlich über den Durchschnittswerten.

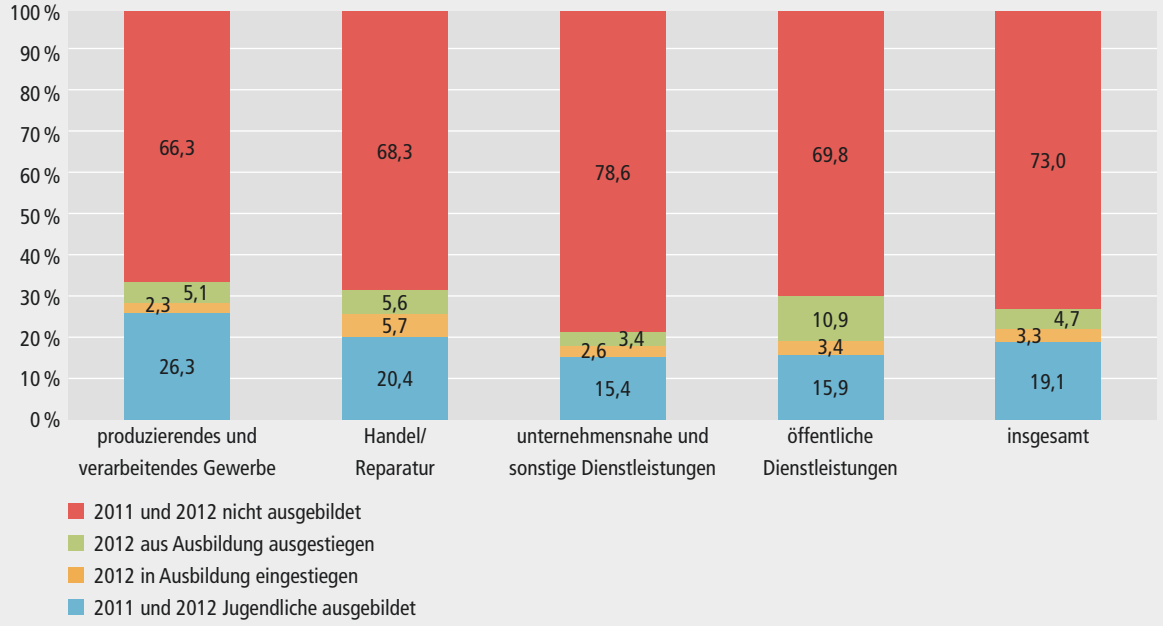
Das produzierende und das verarbeitende Gewerbe gehören zu den Wirtschaftssektoren, die mit durchschnittlich 26,3 % in den Jahren 2011 und 2012 die stabilste und höchste Ausbildungsbeteiligung aufweisen → **Schaubild A4.11.4-3**. Demgegenüber kommen Betriebe aus dem privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor mit 15 % bis 16 % auf verhältnismäßig niedrige Werte beim Verbleib in der Ausbildung von Jugendlichen. Unterschiede zwischen beiden Bereichen ergeben sich vor allem dadurch, dass sich unternehmensnahe und sonstige Dienstleistungsbetriebe mit durchschnittlich knapp 80 % in beiden Jahren nicht an der beruflichen Ausbildung Jugendlicher im eigenen Betrieb beteiligt haben, während Betriebe aus dem öffentlichen Dienstleistungssektor mit 10,9 % zumindest 2011 Jugendliche ausgebildet haben, im Berichtsjahr dann allerdings aus der Ausbildung ausgestiegen sind.

Schaubild A4.11.4-2: **Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 nach Betriebsgrößenklassen (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011/2012

Schaubild A4.11.4-3: **Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 nach Wirtschaftssektoren (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011/2012

Strukturmerkmale von Betrieben mit Angeboten an Ausbildungsstellen[193]

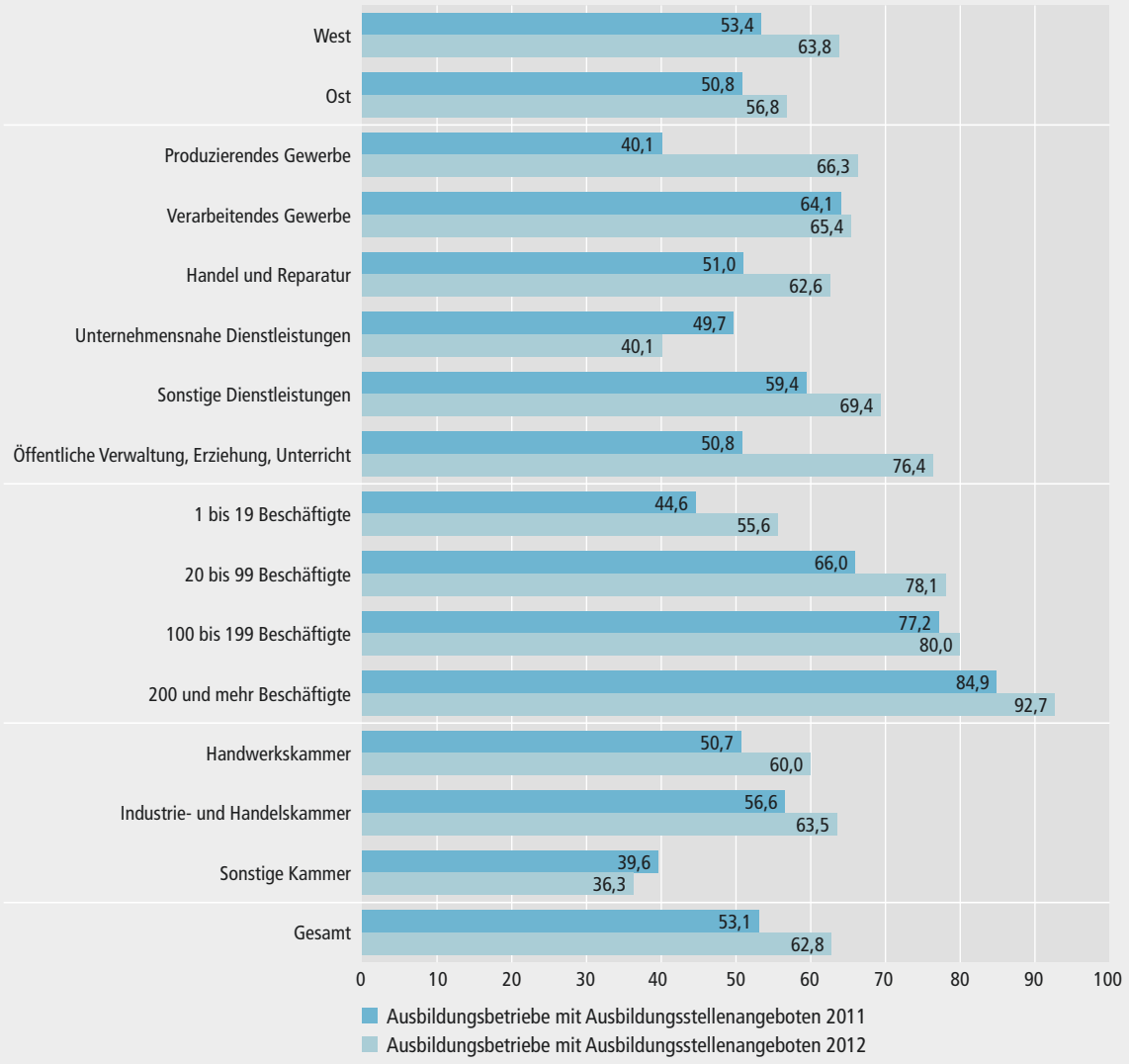
Von den befragten ausbildenden Betrieben haben insgesamt 53,1 % für das Ausbildungsjahr 2010/2011 Ausbildungsstellen nach BBiG oder HwO angeboten → **Schaubild A4.11.4-4**. Der Anteil an Betrieben mit Angeboten an Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2011/2012 ist mit 62,8 % damit um 9,7 Prozentpunkte gestiegen. Diese Steigerung entspricht dem allgemeinen Trend auf dem Ausbildungsstellenmarkt, wie er auch von der Bundesagentur für Arbeit (2012) zur Entwicklung der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Berufsausbildungsstellen berichtet wird. Trotz des Rückgangs der Zahl der Ausbildungsbetriebe konnte somit von den verbleibenden Ausbildungsbetrieben das Gesamtangebot an Ausbildungsstellen erhöht werden. Dieser Trend zeichnete sich schon im vergangenen Jahr ab, da trotz negativer Erfahrungen bei der Besetzung von Ausbildungsstellen ein größerer Teil der befragten Betriebe seine Angebote für das kommende Ausbildungsjahr trotzdem aufstocken wollte (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.10.4).

Beim Ausbildungsstellenangebot zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr deutlichere Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Im Westen hat die Zahl der ausbildungswilligen Betriebe mit Angeboten für Jugendliche im Ausbildungsjahr 2011/2012 überproportional auf 63,8 % zugenommen. Im Osten ist der Anteil mit 56,8 % zwar niedriger als im Westen; gegenüber dem Vorjahr ist jedoch ebenfalls ein Anstieg um 6 Prozentpunkte zu erkennen.

Nach Wirtschaftssektoren E betrachtet bieten vor allem Betriebe aus dem Bereich der sonstigen Dienstleistungen mit 69,4 %, die öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht mit 76,4 % und das produzierende Gewerbe mit 66,3 % überdurchschnittlich

193 Da das Ausbildungsmodul des Fragebogens 2012 weiter verfeinert und die Hochrechnungsfaktoren weiter angepasst wurden, ist es im Gegensatz zu 2011 im Berichtsjahr möglich, auch nicht ausbildende Betriebe mit Angebot an Ausbildungsstellen in die Auswertung zu den unbesetzten Ausbildungsstellen mit einzubeziehen.

Schaubild A4.11.4-4: **Veränderung des Anteils an Ausbildungsbetrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für die Ausbildungsjahre 2010/2011 und 2011/2012 an allen Ausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011/2012

häufig Ausbildungsstellen an. Hier sind auch die stärksten Zuwächse an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten zu verzeichnen. Demgegenüber liegen die Prozentanteile im verarbeitenden Gewerbe und im Handel- bzw. Reparaturgewerbe relativ nahe am Durchschnitt. Bei Betrieben mit unternehmensnahen Dienstleistungen ergeben sich Betriebsquoten von 40,1 %.

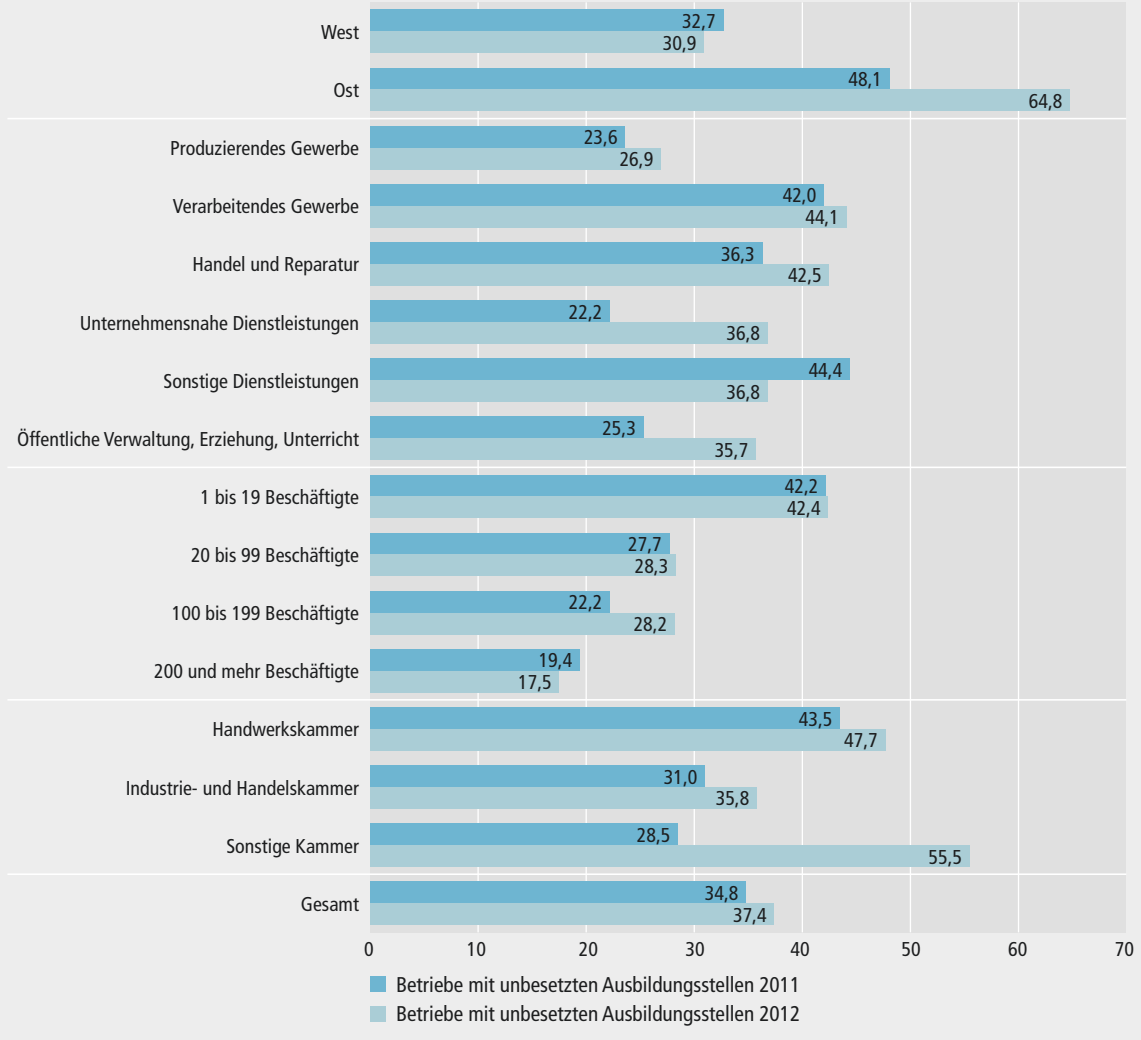
E **Klassifikation der Wirtschaftssektoren im BIBB-Qualifizierungspanel**

- **Produzierendes Gewerbe** (Land-/Forstwirtschaft, Bergbau, Energie-/Wasserversorgung, Abfallwirtschaft)
- **Verarbeitendes Gewerbe** (verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe)
- **Handel und Reparatur** (Kfz-Handel, Groß-/Einzelhandel, Reparaturgewerbe)

- **Unternehmensnahe Dienstleistungen** (Finanz-/Versicherungsdienstleistungen, wirtschaftliche, wissenschaftliche und freiberufliche Dienstleistungen)
- **Sonstige Dienstleistungen** (Verkehrs-/Lagergewerbe, Informations-/Kommunikationsgewerbe, Beherbergungs-/Gastronomiegewerbe)
- **Öffentliche Verwaltung, Erziehung, Unterricht** (Gesundheits-/Sozialwesen, Organisationen ohne Erwerbscharakter)

Auffällige Unterschiede zeigen sich nach Betriebsgrößenklassen: Mit steigender Betriebsgröße nimmt der Anteil an Ausbildungsbetrieben mit Neuangeboten an Ausbildungsstellen stark zu: von 55,6 % bei den Kleinstbetrieben mit bis zu 19 Beschäftigten bis hin zu 92,7 % bei den Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten, wobei unter den Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigen der Anteil der an einer Ausbildung interessierten Betriebe im Vergleich zum Vorjahr am deutlichsten angestiegen ist.

Schaubild A4.11.4-5: **Veränderung des Anteils an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011 und 2011/2012 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011/2012

Auch nach der Kammerzugehörigkeit zeigt sich ein unterschiedliches Angebotsverhalten: 63,5 % (2011: 56,6 %) der Ausbildungsbetriebe mit einer IHK-Mitgliedschaft stellen Ausbildungsstellen zur Verfügung, bei den ausbildenden Betrieben mit einer Zugehörigkeit zur Handwerkskammer sind dies 60 % (2011: 50,7 %). Den geringsten Anteil an Neuangeboten bieten mit 36,3 % (2011: 39,6 %) Betriebe, die Mitglied in einer sonstigen Kammer der freien Berufe, einer Landwirtschaftskammer o. a. sind. Damit hat sich auch in den ausbildungsintensiven Ausbildungsbereichen das Interesse von Betrieben an einer eigenen Ausbildung weiter erhöht.

Strukturmerkmale von ausbildenden Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen

Von den Betrieben mit Ausbildungsangeboten für das Ausbildungsjahr 2011/2012 konnte im Schnitt mehr als jeder dritte Betrieb (37,4 %) seine neu angebotenen Ausbildungsstellen teilweise oder vollständig nicht besetzen → **Schaubild A4.11.4-5**. Im Osten Deutschlands lag der Anteil bei 64,8 % und damit 16,7 Prozentpunkte über dem Wert von 2011 (48,1 %). In den alten Bundesländern hatte mit 30,9 % ein deutlich niedrigerer Anteil an Betrieben Schwierigkeiten bei der Besetzung der Ausbildungsstellen. Bei den Daten ist zu beachten, dass ein Betrieb auch dann der Gruppe derjenigen mit unbesetzten Ausbildungsstellen zugeordnet wird, wenn er von seinem Gesamtangebot an Ausbildungsstellen nur eine einzige Stelle nicht besetzen konnte, ansonsten aber auf dem Ausbildungsstellenmarkt erfolgreich nach Bewerbern und Bewerberinnen für seine Ausbildungsstellen gesucht hat.

Abgesehen vom generellen Anstieg in der Zahl von Betrieben mit Besetzungsproblemen, zeichnet sich nach Wirtschaftsbereichen ein relativ einheitliches Bild ab: Während fast sämtliche private oder öffentliche Dienstleistungssektoren Durchschnittswerte erreichen, existieren beim Handels- und Reparaturgewerbe sowie beim verarbeitenden Gewerbe deutlich größere Schwierigkeiten, Ausbildungsstellen zu besetzen. Die geringsten Probleme entstehen für Betriebe aus dem Bereich des produzierenden Gewerbes, bei dem zu 27 % Rekrutierungsprobleme bestehen. Die Entwicklung zwischen 2011 und 2012 ist allerdings durch eine relativ große Einheitlichkeit gekennzeichnet, da bis auf das produzierende Gewerbe sämtliche Wirtschaftssektoren deutliche Steigerungen zu verzeichnen haben. Am stärksten wird dies bei den unternehmensnahen Dienstleistungen erkennbar, die um 14,6 Prozentpunkte zulegen.

Der Anteil derjenigen Ausbildungsbetriebe, die Probleme mit der Besetzung von Ausbildungsstellen haben, sinkt mit steigender Betriebsgröße: Bei Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten beträgt beispielsweise der Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen nur 17,5 %, während er bei den Kleinstbetrieben bei 42,4 % liegt. Damit haben vor allem Kleinstbetriebe mit bis zu 19 Beschäftigten besondere Probleme, ihre Ausbildungsangebote vollständig zu besetzen. Dies spiegelt sich auch bei der Kammerzugehörigkeit der Betriebe wider. Hier zeigen sich zwischen Handwerks- und IHK-Bereich sehr unterschiedliche Erfolgschancen bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen. Handwerksbetriebe haben mit einem Anteil von 43,5 % deutlich größere Schwierigkeiten, Ausbildungsstellen zu besetzen, Industrie- und Handelsunternehmen liegen bei 31,0 %.

Insgesamt könnte die Entwicklung zwischen 2011 und 2012 dahin gehend interpretiert werden, dass Betriebe glauben, dass sie sich auf alle Fälle jetzt und sofort an der Ausbildung Jugendlicher beteiligen müssen, um angesichts der Konkurrenzsituation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und des sich verstärkenden demografischen Wandels bei der Deckung ihres Nachwuchsbedarfs nicht das Nachsehen zu haben, in der relativen Gewissheit, dass sie ihre angebotenen Ausbildungsplätze nicht vollständig besetzen können.

(Klaus Troltsch, Sabine Mohr, Christian Gerhards, Alexander Christ)

A5 Berufsausbildung im berufsbildenden Schulsystem

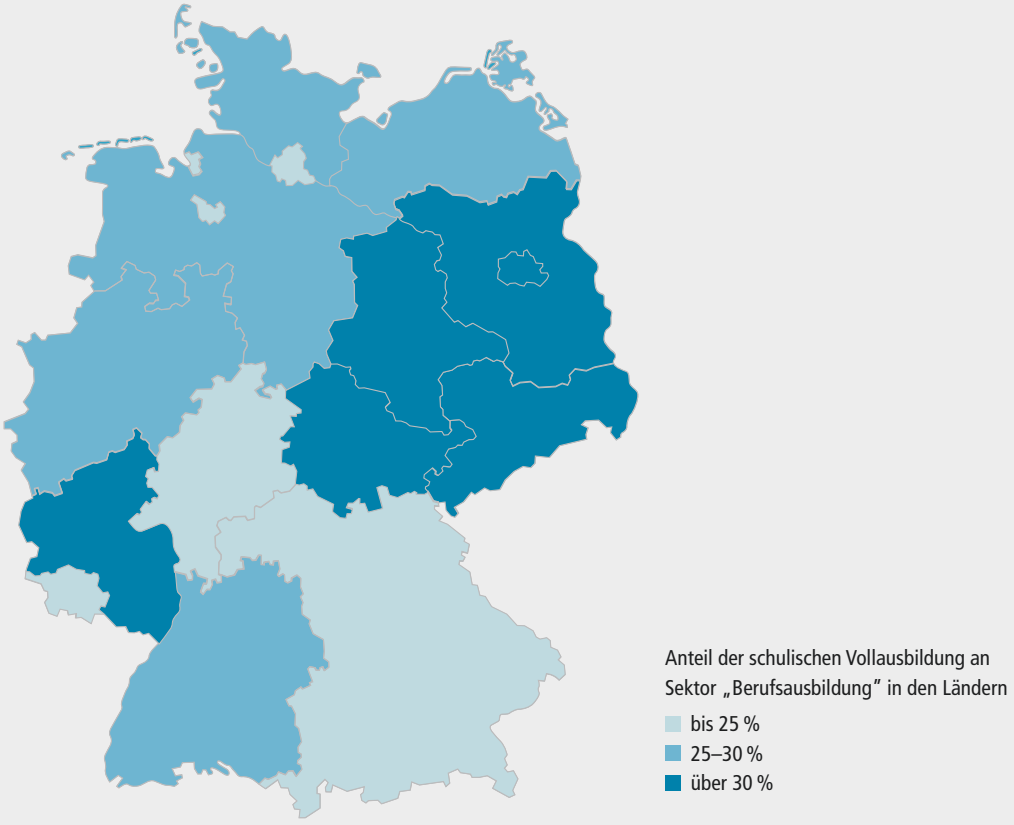
Neben der dualen Berufsausbildung nach BBiG/HwO in Betrieb und Berufsschule gibt es weitere Wege, um unterhalb von universitären Bildungsabschlüssen einen Beruf zu erlernen: Berufsfachschulen, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens bieten verschiedene Ausbildungen sowohl nach Bundes- als auch nach Landesrecht.

Das BBiG (§ 1) unterteilt die berufliche Bildung in Berufsausbildungsvorbereitung, Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung. Berufsbildende Schulen bieten vollqualifizierende Berufsausbildung an als

- Berufsausbildung nach BBiG/HwO,
- Ausbildung mit Abschluss nach Landesrecht,
- Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen.

Das berufliche Schulwesen sowie die Ausbildung an den Schulen des Gesundheits- und Sozialwesens unterliegen der länderrechtlichen Zuständigkeit. Durch Rahmenvereinbarungen hat die Kultusministerkonferenz (KMK) die berufliche Bildung in den Ländern einheitlich gestaltet: In zahlreichen Vereinbarungen wurde das berufliche Schulwesen geordnet.[194]

Schaubild A5-1: **Anteil der Anfänger/-innen in der schulischen Vollausbildung 2011**



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

194 Es gibt Rahmenvereinbarungen über die Berufsschulen, über die Berufsfachschulen, über Fachschulen und über Fachoberschulen. Vgl. **http://www.kmk.org/bildung-schule/berufliche-bildung.html** (Aufruf: 15.10.2012).

Tabelle A5-1: **Anfänger/-innen in vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgängen (Schüler/-innen im 1. Schuljahr)**

Schuljahr	Nach BBiG/HwO			Nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO)			Sozial- und Gesundheitsdienstberufe			Insgesamt		
	absolut	davon weiblich in %	Änderung zum Vorjahr in %	absolut	davon weiblich in %	Änderung zum Vorjahr in %	absolut	davon weiblich in %	Änderung zum Vorjahr in %	absolut	davon weiblich in %	Änderung zum Vorjahr in %
2002/03	12.207	51,8	–	69.600	61,3	–	94.267	81,7	–	176.074	71,6	–
2003/04	13.466	52,1	10,3	76.952	62,2	10,6	99.728	79,7	5,8	190.146	70,7	8,0
2004/05	17.033	62,9	26,5	76.325	59,4	-0,8	98.157	79,0	-1,6	191.515	69,8	0,7
2005/06	16.194	63,0	-4,9	80.024	59,4	4,8	96.536	78,6	-1,7	192.754	69,3	0,6
2006/07	16.656	63,4	2,9	82.902	59,5	3,6	94.947	78,5	-1,6	194.505	69,1	0,9
2007/08	14.764	61,9	-11,4	80.010	60,1	-3,5	95.993	79,1	1,1	190.767	69,8	-1,9
2008/09	12.884	58,9	-12,7	79.378	60,2	-0,8	92.652	79,5	-3,5	184.914	69,8	-3,1
2009/10	10.474	56,9	-18,7	79.351	60,7	0,0	98.345	78,7	6,1	188.170	69,9	1,8
2010/11	9.620	56,0	-8,2	51.555	49,4	-35,0	151.145[1]	78,8	53,7[1]	212.320	70,7	12,8
2011/12	9.728	53,9	1,1	48.608	48,4	-5,7	151.246	78,1	0,1	209.582	70,1	-1,3

[1] Durch Umstellung der Statistik (Überführung der Sozialberufe nach Landesrecht in die Sozial- und Gesundheitsberufe) sind die Vorjahre nicht vergleichbar. Ohne die Umschichtung wäre der Umfang ungefähr gleichbleibend.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

E Datengrundlage zur Ausbildung im berufsbildenden Schulsystem

Die Daten zu den berufsbildenden Schulen finden sich in der Fachserie 11, Reihe 2 (Berufliche Schulen) des Statistischen Bundesamtes. Die Daten der Fachserie wurden erhoben nach dem Lernortprinzip. Ein Vergleich mit den Daten der integrierten Ausbildungsberichterstattung iABE (**vgl. Kapitel A6**), die nach Bildungsgängen erfasst werden, ist nur eingeschränkt möglich. So werden Sozial- und Gesundheitsberufe in einigen Ländern in Berufsfachschulen, in anderen Ländern wiederum in Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet. Des Weiteren wurden fehlende Erhebungswerte der Fachserie für die iABE geschätzt (z. B. der Schulen des Gesundheitswesens in Hessen).

Mithilfe der Zuordnungsmatrix der beruflichen Bildungsgänge nach ISCED (Fest u. a. 2010) können die Daten jedoch anhand bundesweiter Kriterien nach vergleichbaren Bildungsgängen erhoben werden. Dadurch konnte die bisherige Erfassung von Schülerinnen und Schülern nach Lernorten, z. B. Schüler/-innen an Berufsfachschulen, durch eine Erfassung nach dem Bildungsgang ergänzt werden.

Eine Differenzierung nach Berufen bzw. Berufsgruppen ist jedoch mit den Daten der iABE nicht möglich; für die berufsspezifischen Betrachtungen werden die Daten der Fachserie herangezogen.

Der quantitative Umfang und die relative Bedeutung der vollqualifizierenden Berufsausbildung in schulischen Einrichtungen werden deutlich, wenn man diese Ausbildungsgänge mit den anderen vollqualifizierenden Angeboten des Ausbildungsgeschehens vergleicht. Dies ist mithilfe der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) möglich. Die vollqualifizierende Berufsausbildung an berufsbildenden Schulen wird statistisch im Sektor „Berufsausbildung“ der iABE abgebildet (**vgl. Kapitel A6**): So begannen im Schuljahr 2011/2012 rund 210.000 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung; das waren 28,3 % aller Anfänger/-innen im Sektor Berufsausbildung (741.000).

Der Anteil der schulischen Ausbildung ist in den Ländern unterschiedlich hoch: Insbesondere in den neuen Ländern und – im Westen – in Rheinland-Pfalz hat die schulische Berufsausbildung 2011 einen großen Stellenwert (bis zu 40 %) → **Schaubild A5-1**.

Für eine genaue Einschätzung des schulischen Ausbildungsangebots ist jedoch eine Unterscheidung der Ausbildungsgänge erforderlich. Die Entwicklung der Anfängerzahlen seit 2002 zeigt → **Tabelle A5-1**.

A5.1 Berufsausbildung nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen

Berufsausbildungen nach BBiG/HwO können an Schulen angeboten werden, wenn gleiche Ausbildungsvoraussetzungen vorliegen wie in der dualen Berufsausbildung und die „zuständige Stelle“ zugestimmt hat, da diese auch die Prüfungen abnimmt (siehe bspw. Berufsfachschulverordnung Berufsabschluss nach BBiG oder HwO, Brandenburg, Stand 2004). Auch ist nach § 43 BBiG zu einer BBiG-Abschlussprüfung zuzulassen, „wer in einer berufsbildenden Schule oder einer sonstigen Berufsbildungseinrichtung ausgebildet worden ist, wenn dieser Bildungsgang der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entspricht“. Zudem kann das Bundesministerium für Wirtschaft die Prüfungszeugnisse von Berufsfachschulen entsprechenden BBiG-Zeugnissen gleichstellen (§ 50 BBiG), wenn die Berufsausbildung und die in der Prüfung nachzuweisenden Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten gleichwertig sind.

Im Jahr 2011 haben 4,6 % aller Anfänger/-innen in der schulischen Berufsausbildung mit einem Ausbildungsgang nach BBiG/HwO begonnen.

Die Zahl der Anfänger/-innen für eine Berufsausbildung nach BBiG/HwO hat sich nach einem Hoch zwischen 2004 bis 2006 wieder rückläufig entwickelt. Die Anfängerzahlen liegen heute um ein Fünftel unter der Zahl von 2002/2003 → **Tabelle A5-1**.

In → **Tabelle A5.1-1** werden alle schulischen Ausbildungsgänge nach BBiG/HwO aufgeführt, die im Bestand über 1.000 Schüler/-innen liegen. So sind 1,6 % aller BBiG/HwO-Ausbildungen im schulischen Bereich angesiedelt (1.460.658 + 24.131).

In der Gegenüberstellung der Bildungsgänge wird deutlich, dass insbesondere die Berufsausbildung „Kosmetiker/-in“ überwiegend durch schulische Angebote geprägt ist (74,4 %). Auch die „Hauswirtschafter/-in“ wird in einem nennenswerten Umfang schulisch

Tabelle A5.1-1: **Vergleich der Berufsausbildung nach BBiG/HwO im schulischen bzw. dualen Bildungsgang (Bestand 2011/2012)**

KldB* 2010	Berufsgruppe	dual	schulisch	davon weiblich	in % der Gesamtzahl
90	Berufe in der Körperpflege	31.050	3.322	99,2 %	9,7 %
	(darunter: 9020 Kosmetiker/-in)	987	2.862	99,6 %	(74,4 %)
78	Büroberufe, Kaufmännische Angestellte, a. n. g.	189.657	2.970	61,1 %	1,5 %
69	Bank-/Versicherungsfachleute	55.056	2.470	53,1 %	4,3 %
67	Groß und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute	120.555	1.646	65,4 %	1,3 %
92	Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe	11.070	1.568	95,0 %	12,4 %
	(darunter: 9212 Hauswirtschafter/-in)	4.788	1.568	95,0 %	(24,7 %)
31	Elektroberufe	111.570	1.516	4,9 %	1,3 %
27	Maschinenbau- und -wartungsberufe	53.967	1.081	7,0 %	2,0 %
	Restliche Berufsgruppen	887.733	9.558	38,0 %	1,1 %
	Summe	**1.460.658**	**24.131**	**52,9 %**	**1,6 %**

* Klassifikation der Berufe 2010

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 und Reihe 3 (Berufsbildungsstatistik) für die dualen Berufe, da hier die Gliederung auf Berufsebene vorliegt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Gesamtzahl = dual + schulisch.

ausgebildet (24,7 %). Ansonsten sind die schulischen Bildungsgänge nach BBiG/HwO vom Umfang her zu vernachlässigen.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Auszubildenden nach Geschlecht zeigen sich im Vergleich zu den Auszubildenden, die dual ausgebildet werden, zum Teil starke Unterschiede: Insgesamt sind von den Jugendlichen, die an einer Berufsfachschule ausgebildet werden, im Schuljahr 2011/2012 rund 53 % weiblich, wohingegen der Frauenanteil bei den dual Auszubildenden in vergleichbaren Berufen bei 40 % liegt. Der Vergleich der einzelnen Berufsgruppen zeigt häufige Übereinstimmungen – sei es, dass ein Beruf männlich bzw. weiblich dominiert ist oder dass ein ausgeglichenes Verhältnis besteht. Unterschiede zeigen sich hingegen in der Berufsgruppe der „Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute“: Bei den schulischen Auszubildenden sind 65,4 % junge Frauen, wohingegen das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in der dualen Ausbildung ausgeglichen ist (Frauenanteil 51,4 %). In den schwächer besetzten Berufsgruppen sind die Unterschiede in einzelnen Fällen noch deutlicher: So ist die Berufsgruppe „Gartenbauberufe“ in der dualen Ausbildung männlich dominiert (Frauenanteil 33,0 %), während die schulische Ausbildung in dieser Berufsgruppe mit rund 59 % eher von Frauen geprägt ist.

A5.2 Ausbildung mit Abschluss nach Landesrecht (außerhalb BBiG/HwO)

Die Ausbildung nach Landesrecht, meist zum/zur „Staatlich geprüften Assistenten/Assistentin“, ist ein Angebot der Länder an Berufsfachschulen, das sich in der Regel an Realschulabsolventen bzw. Schülerinnen und Schüler mit einem mittleren Schulabschluss richtet. Die Teilnahme setzt keine Berufsausbildung oder berufliche Tätigkeit voraus. Klassische Angebotsfelder sind die Bereiche Labortechnik, Kommunikations- und Gestaltungstechnik sowie Sekretariat und Fremdsprachen.[195] Die Bildungsgänge dauern mindestens 2 Jahre.

Tabelle A5.2-1: **Schüler/-innen (Bestand) in einer Ausbildung nach Landesrecht – 10 stärkste Berufe**

KldB* 2010	Berufsklasse	2011	davon weiblich	in %	2010	Änderung zum Vorjahr in %
7889	Kaufmännische/-r Assistent/-in, Wirtschaftsassistent/-in	17.833	9.560	53,6	18.141	-1,7
7744	Technische/-r Assistent/-in für Informatik	11.554	1.164	10,1	13.658	-15,4
8343	Gestaltungstechnische/-r Assistent/-in, Grafik-Design-Assistent/-in, Grafik-Designer/-in	9.934	6.358	64,0	10.146	-2,1
7894	Fremdsprachenassistent/-in, Europa-Sekretär/-in	5.928	4.655	78,5	5.869	1,0
7744	Assistent/-in für Wirtschaftsinformatik	4.453	1.083	24,3	2.427	83,5
7884	Korrespondent/-in, Europakorrespondent/-in	4.437	3.401	76,7	4.696	-5,5
6261	Chemisch-technische/-r Assistent/-in	3.182	1.299	40,8	3.403	-6,5
6310	Biologisch-technische/-r Assistent/-in	2.804	1.653	59,0	2.914	-3,8
9232	Hauswirtschaftshelfer/-in	2.752	2.473	89,9	2.946	-6,6
8765	Gymnastiklehrer/-in	2.279	1.513	66,4	2.416	-5,7
	Restliche Berufsklassen	27.046	12.037	44,5	31.231	-13,4
	Summe	**92.202**	**45.196**	**49,0**	**97.847**	**-5,8**

* Klassifikation der Berufe 2010

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

195 Dokumentation der Kultusministerkonferenz über landesrechtlich geregelte Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen. Beschluss des Unterausschusses für Berufliche Bildung vom 26. Januar 2012.
Die Ausbildungswege in den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen nach Landesrecht werden in Kapitel A5.3 dargestellt, sodass die Ausbildungsbereiche statistisch zu trennen sind.

Im Jahr 2011 haben 23,2 % aller Anfänger/-innen in der schulischen Berufsausbildung mit einer (Assistenz-)Ausbildung nach Landesrecht begonnen.

Die Entwicklung der landesrechtlich geregelten Bildungsgänge verläuft sehr uneinheitlich, in der Summe aber rückläufig → **Tabelle A5.2-1**. Ohne die Kenntnis von landesspezifischen Metadaten und Lehrplänen lassen sich jedoch keine allgemein gültigen Aussagen treffen: So steht z. B. dem Rückgang bei den „Technischen Assistenten/Assistentinnen für Informatik" (15,4 %) ein Anstieg bei den „Assistenten/Assistentinnen für Wirtschaftsinformatik" (+83,5 %) entgegen – was auf den ersten Blick eine ähnliche Ausbildung zu sein scheint → **Tabelle A5.2-1**.

A5.3 Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen

Die nicht akademischen Sozial- und Gesundheitsdienstberufe werden zumeist an Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet. Vorausgesetzt wird bei nahezu allen Berufen der erfolgreiche Besuch einer auf die Ausbildung vorbereitenden schulischen Einrichtung oder eine einschlägige Berufsbildung. In der Regel erfolgt die Aufnahme erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres, also nach Beendigung der Schulpflicht.

In einigen Ländern werden die Gesundheitsdienstberufe zudem in Berufsfachschulen oder in Fachschulen ausgebildet.[196] Zurzeit gibt es für 17 Berufe bundesrechtliche Ausbildungsregelungen, und für 49 Berufe existieren landesrechtliche Regelungen.[197]

Bestand (2011) und Entwicklung der bundesrechtlichen Ausbildungen (2002/03–2011/12) finden sich in den → **Tabellen A5.3-1 Internet und A5.3-2 Internet**.

Im Jahr 2011 haben 72,2 % aller Anfänger/-innen einer schulischen Berufsausbildung mit einer Ausbildung in den Gesundheits- und Sozialberufen begonnen.

Die abgebildeten 10 Ausbildungsgänge werden von gut 80 % aller auszubildenden Schülerinnen und Schüler besucht; durchgängig sind die Ausbildungsgänge weiblich geprägt (65–90 %) → **Tabelle A5.3-3**. Bei insgesamt gleichbleibendem Gesamtvolumen findet eine Umorientierung innerhalb der Bildungsgänge statt. Der Zuwachs im Erzieherberuf ist jedoch vor allem durch einen Anstieg der Schüler/-innen im 2. Schuljahr erklärbar.

(Stephan Kroll, Friedel Schier)

Tabelle A5.3-3: **Ausbildung zu Gesundheits- und Sozialberufen – 10 stärkste Berufe (Bestand)**

KldB* 2010	Berufsklasse	2011	davon weiblich	in %	2010	Änderung zum Vorjahr in %
8530	Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	59.857	47.186	78,8	59.172	1,1
8640	Altenpfleger/-in	55.966	44.270	79,1	51.965	7,1
8630	Erzieher/-in o. n. A.	51.555	42.908	83,2	42.702	17,2
8520	Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	22.557	14.854	65,9	23.097	-2,4
8617	Sozialassistent/-in	20.704	17.009	82,2	19.894	3,9
8660	Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	17.842	12.708	71,2	16.599	7,0
8610	Sozialarbeiter/-in, Sozialpädagoge/Solzialpädagogin	17.768	15.463	87,0	19.876	-11,9
8670	Kinderpfleger/-in	16.338	14.640	89,6	16.198	0,9
8697	Sozialhelfer/-in	10.535	8.248	78,3	10.417	1,1
8594	Ergotherapeut/-in	10.183	9.029	88,7	10.624	-4,3
	Restliche Berufsklassen	67.362	53.801	79,9	68.622	-1,8
	Summe	**350.667**	**280.116**	**79,9**	**339.166**	**3,4**

* Klassifikation der Berufe 2010

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

196 Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Erläuterungen.
197 Bundesinstitut für Berufsbildung 2012: Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe und der zuständigen Stellen.

A5.4 Strukturelle Entwicklungen im berufsbildenden Schulsystem

Ein Blick auf die strukturellen Entwicklungen soll die Ausführungen der vorherigen Kapitel zu den Entwicklungen im berufsbildenden Schulsystem ergänzen. Im Fokus der Betrachtung stehen in diesem Zusammenhang 3 relevante Aspekte: die Harmonisierung der Berufsbezeichnungen der Berufsbildungsabschlüsse an Berufsfachschulen, die Reduktion vollzeitschulischer Ausbildungsangebote insbesondere im Bereich der technischen und kaufmännischen Assistenten-/Assistentinnenberufe sowie die Entwicklungen im Bereich der nicht akademischen Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen vor dem Hintergrund der Fachkräftesicherung und Weiterentwicklung der Pflegeberufe.

Harmonisierung der Berufsbezeichnungen der Berufsbildungsabschlüsse

Die Kultusministerkonferenz hat die Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse in den Bundesländern durch Qualitätssicherung der Abschlüsse auf der Grundlage gemeinsam vereinbarter Kriterien und Bildungsstandards geschaffen. Maßgeblich sind folgende Vereinbarungen:

- Rahmenvereinbarung über die Berufsfachschulen vom 28. Februar 1997 in der jeweils geltenden Fassung
- Rahmenvereinbarung über die Ausbildung und Prüfung zum Staatlich geprüften technischen Assistenten/zur Staatlich geprüften technischen Assistentin und zum Staatlich geprüften kaufmännischen Assistenten/zur Staatlich geprüften kaufmännischen Assistentin an Berufsfachschulen vom 30. September 2011 in der jeweils geltenden Fassung (Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder 2012).

Die Berufsabschlüsse nach der Rahmenvereinbarung vom 30. September 2011 wurden hinsichtlich der Berufsbezeichnungen im Bereich der technischen und kaufmännischen Assistenten-/Assistentinnenberufe bundesweit harmonisiert. Eine aktuelle Übersicht dieser Ausbildungsgänge mit den jeweiligen länderspezifischen Schwerpunkten bietet die Dokumentation der Kultusministerkonferenz vom 26. Januar 2012 über landesrechtlich geregelte Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen (Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder 2012, S. 9–19). Die Berufsabschlussbezeichnungen nach der Rahmenvereinbarung vom 28. Februar 1997 werden derzeit im Hinblick auf die Harmonisierung überarbeitet.

Reduktion vollzeitschulischer Berufsausbildungsgänge

Im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz der Bundesländer am 4./5. Juni 2012 wurde einstimmig beschlossen, den Übergang Schule – Beruf zu optimieren. In diesem Kontext sollen vollzeitschulische Ausbildungsangebote, für die es ausreichend regionale Angebote an affinen betrieblichen Ausbildungsplätzen gibt, eingestellt werden (vgl. Wirtschaftsministerkonferenz 2012, S. 39).

Insbesondere angesichts des demografischen Wandels gibt es in den Bundesländern vielfältige Reforminitiativen zur Optimierung des Übergangs. Die strukturellen Entwicklungen verlaufen jedoch sehr unterschiedlich. Wichtig ist, die länderspezifischen Entwicklungen stets im Gesamtkontext der demografischen und konjunkturellen Entwicklungen sowie insbesondere im Kontext der jeweiligen länderspezifischen Besonderheiten zu betrachten. Sowohl die regionale Ausbildungsmarktsituation als auch das Bildungsverhalten der Jugendlichen sind in die Gesamtbetrachtung einzubeziehen. Angesichts der Komplexität der Thematik sei daher an dieser Stelle ergänzend auf die Ausführungen zum Ausbildungsstellenmarkt (**vgl. Kapitel A1**) und zum Bildungsverhalten der Jugendlichen (**vgl. Kapitel A3**) verwiesen.

Exemplarisch werden nachstehend die Entwicklungen der Länder skizziert, die im Bereich der Assistenten-/Assistentinnenberufe Initiativen eingeleitet haben:[198]

- *Sachsen:* Zugunsten der dualen Ausbildung werden in Sachsen laut Kabinettsbeschluss vollzeitschulische Ausbildungsgänge eingestellt. Dazu zählen die Bildungsgänge Assistent/-in

198 Stand Dezember 2012.

für Automatisierungs- und Computertechnik, Bekleidungstechnische/-r Assistent/-in, Chemisch-technische/-r Assistent/-in, Gestaltungstechnische/-r Assistent/-in und Technische/-r Assistent/-in für Informatik an Berufsfachschulen für Technik sowie die Ausbildungsgänge Internationale/-r Touristikassistent/-in, Assistent/-in für Hotelmanagement, Fremdsprachenkorrespondent/-in und Wirtschaftsassistent/-in an Berufsfachschulen für Wirtschaft (Sächsisches Staatsministerium für Kultus 2012).

- *Mecklenburg-Vorpommern:* In Mecklenburg-Vorpommern können zahlreiche betriebliche Ausbildungsplätze derzeit nicht mehr besetzt werden. Vollzeitschulische Ausbildungsgänge im Bereich der kaufmännischen und technischen Assistenten/Assistentinnen wurden im Schuljahr 2011/2012 daher bereits eingestellt. Die Einstellung der Ausbildungsgänge im Bereich Hauswirtschaft erfolgt für das Schuljahr 2012/2013.
- *Brandenburg:* Brandenburg strebt ebenfalls eine Reduzierung im Bereich der technischen und wirtschaftlichen vollzeitschulischen Ausbildungsgänge an. Die Schulverordnung ist derzeit in der Überarbeitung.
- *Thüringen*: Angesichts der demografischen Entwicklung erfolgte in Thüringen eine Reduktion der Assistenten-/Assistentinnenausbildungen von 15 auf 9 Ausbildungsgänge. Seit dem Schuljahr 2012/2013 werden folgende Ausbildungsgänge nicht mehr angeboten: Elektrotechnische/-r Assistent/-in, Assistent/-in für Automatisierungs- und Computertechnik, Hauswirtschaftsassistent/-in, Assistent/-in für Tourismus, Logistikassistent/-in, Verkehrsassistent/-in. Der Schwerpunkt der Berufsabschlüsse außerhalb BBiG/HwO an Berufsfachschulen liegt in Thüringen im Bereich der Gesundheits- und Sozialberufe.
- *Nordrhein-Westfalen:* Im Rahmen des Gesamtkonzepts der Neugestaltung des Übergangssystems Schule – Beruf in NRW wird betont, dass die Angebote der Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses dienen sollen. „Ziel ist, die Angebote im Übergang zu systematisieren, zu reduzieren und die Zugangssteuerung in die Angebote zu optimieren. Vorrangig bleibt die Vermittlung in betriebliche Ausbildung“ (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2012, S. 6). In diesem Zusammenhang sollen u. a. auch die Angebote im Berufskolleg reduziert und neu strukturiert werden. Bis zum Schuljahr 2017/2018 soll das Gesamtkonzept flächendeckend umgesetzt sein.

Entwicklungen in nicht akademischen Berufsausbildungen des Gesundheits- und Sozialwesens

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels einerseits und gestiegener Anforderungen anderseits steht die Qualifizierung der Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialwesen vor vielfältigen Herausforderungen. 3 aktuelle und relevante Entwicklungsprozesse sind in diesem Zusammenhang aus berufsbildungspolitischer Perspektive hervorzuheben:

- *Eckpunkte für die in Länderzuständigkeit liegenden Ausbildungen zu Assistenz- und Helferberufen in der Pflege*
  Nach dem Beschluss der 89. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) soll ein länderübergreifendes transparentes sowie durchlässiges Aus- und Weiterbildungsangebot von Assistenz- und Helferberufen bis zu Pflegefachkraftberufen und akademischen Aus- und Weiterbildungen entstehen. Die vorliegenden Eckpunkte stellen zwischen den Bundesländern vereinbarte Mindestanforderungen an Ausbildungen zu Assistenz- und Helferberufen in der Pflege dar. Bis zum Inkrafttreten des neuen Pflegeberufegesetzes (s. u.) sollen alle Mindestanforderungen in den Länderregelungen umgesetzt sein. Auf dieser Grundlage soll die Bundesregierung mit der Option einer Verkürzung der künftigen Pflegefachkraftausbildung bei erfolgreich abgeschlossener Ausbildung in den Assistenz- und Helferberufen in der Pflege eine entsprechende gesetzliche Regelung treffen (Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2012, Anlage zu TOP 7.1).
- *Eckwerteentwurf für ein neues Pflegeberufegesetz mit der Zusammenführung der in Bundeszuständigkeit liegenden Pflegeausbildungen*
  Die Weiterentwicklung im Bereich der Pflegeberufe sieht im Eckwerteentwurf vom 1. März 2012 die Zusammenführung der 3 bundesrechtlich geregelten Pflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkran-

kenpflege, Altenpflege) zu einem neuen Pflegegesetz vor. Der Entwurf berücksichtigt bereits die durch die demografischen und epidemiologischen Entwicklungen hervorgerufenen Veränderungen und sieht eine kompetenzorientierte Formulierung der Ausbildungsziele vor. Die akademische Ausbildung an Hochschulen soll im zweiten Teil des neuen Berufegesetzes und in einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung geregelt werden (Bund-Länder AG, 2012, S. 27).

- *Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege*
  Zur Fachkräftesicherung in der Altenpflege initiierte das für die Altenpflegeausbildung zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im vergangenen Jahr die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“. Im Dezember 2012 wurde der Vereinbarungstext des ersten bundesweiten Ausbildungspaktes für den Bereich der Altenpflege mit rund 30 Partnern aus Bund, Ländern und Verbänden unterzeichnet. Zu den Zielvereinbarungen zählen u. a. die Steigerung der Auszubildendenzahlen pro Jahr um 10 %, die Wiedereinführung der 3-jährigen Umschulungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Nachqualifizierung von bis zu 4.000 Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zur Altenpflegefachkraft, die Förderung der Weiterbildung sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Altenpflege. Umgesetzt werden die vereinbarten Maßnahmen bis Ende 2015 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012).

Im Hinblick auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs im Gesundheits- und Sozialwesen dienen insbesondere die landesrechtlich geregelten Ausbildungsgänge im Bereich der Pflegehelfer/-innen, die den Zugang zur Ausbildung in den Pflegeberufen ermöglichen, sowie die Ausbildungsgänge Sozialassistent/-in und Sozialpädagogische/-r Assistent/-in als Zugangsvoraussetzung für die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher.

Fazit

Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen und konjunkturellen Entwicklung zeigen sich im Bereich der Berufsausbildung im berufsbildenden Schulsystem auf struktureller Ebene 2 gegenläufige Tendenzen: Reduktion vollzeitschulischer Ausbildungsangebote im Bereich technischer und kaufmännischer Assistentenberufe einerseits und Bedeutungszuwachs der Berufsausbildung im Gesundheits- und Sozialwesen andererseits.

(Maria Zöller)

A6 Die integrierte Ausbildungsberichterstattung im Überblick[199]

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) ist ein bundesweites Berichtssystem, mit dessen Hilfe Strukturen und Entwicklungen des beruflichen (Aus-)Bildungsgeschehens abgebildet werden können. Im Mittelpunkt des Systems von (Bildungs-)Sektoren und (Bildungs-)Konten stehen die formalisierten, quantitativ erfassbaren Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote E.

E Grundlagen der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Die iABE stellt Daten bereit zur Nutzung von Bildungsangeboten
- zum „Ausbildungsgeschehen" und
- zu „Sonstigen Wegen"[200].

Das Ausbildungsgeschehen – nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule (Sekundarstufe I) – wird in 4 Sektoren („Berufsausbildung", „Integration in Berufsausbildung/Übergangsbereich", „Erwerb der Hochschulreife" und „Studium") erfasst, welche sich durch ihre Zielsetzungen unterscheiden (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A6.1, Schaubild A6.1-1). Im nächsten Schritt werden Bildungsprogramme mit vergleichbarem berufspädagogischen Inhalt zu Konten zusammengefasst und entsprechend ihren Zielen den Sektoren zugeordnet. Der Sektor „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)" besteht z. B. aus 10 Konten, die sich zum Teil aus mehreren Bildungsprogrammen zusammensetzen. Das Ausbildungsgeschehen umfasst im Kernbereich jene Konten, die mittels amtlicher Statistiken quantitativ abgebildet werden können. Die iABE integriert Daten aus unterschiedlichen amtlichen Statistiken, die nach dem Bildungsgangprinzip erhoben wurden (z. B. Statistik zu allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Förderstatistik der BA).

199 Dieses Kapitel ist eine Fortschreibung des Kapitels A6.3 von Regina Dionisius, Nicole Lissek und Friedel Schier im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012.

200 In den sonstigen Sektoren werden weitere Werdegänge von Jugendlichen erfasst: „Beschäftigung mit Qualifizierung", „Gesellschaftliche Dienste", „Sonstige Wege mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung". Die Quantifizierung der „Sonstigen" dient dem Ziel, den Verbleib aller jungen Menschen vollständig zu dokumentieren.

A6.1 Das Ausbildungsgeschehen auf der Bundesebene

Für die Sektoren und Konten der iABE liegen Daten zu Anfängerinnen und Anfängern sowie zu Bildungsteilnehmenden (Bestandsdaten) vor.[201] Die Bestandsdaten bilden alle Schüler/-innen bzw. Teilnehmende eines Bildungsgangs zu einem Stichtag ab, während die Anfängerdaten nur die Neuzugänge darstellen. Die Anfänger- und Bestandsdaten unterscheiden sich erheblich, insbesondere bei mehrjährigen Bildungsgängen. So befanden sich im Jahr 2011 rund 2 Mio. Jugendliche (Bestand) in einer vollqualifizierenden Berufsausbildung, während nur rund 730.000 (Anfänger/-innen) eine solche begannen.

Um die Bedeutung der Bildungssektoren bzw. -konten des Ausbildungsgeschehens einordnen zu können, ist es erforderlich, diese an Referenzgrößen zu spiegeln. Je nach Fragestellung müssen unterschiedliche Datentypen (Anfänger/-innen oder Bestände) und Bezugsgrößen (z. B. die Wohnbevölkerung, eine Altersgruppe oder die Summe aller Anfänger/-innen) ins Verhältnis gesetzt werden: So sind z. B. für die Frage, in welchen Bildungssektoren sich die Jugendlichen eines bestimmten Alters befinden, die Jugendlichen der Altersgruppe (Bestandsdaten) in Relation zur Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter zu setzen (z. B. Jugendliche in Bildung im Alter von 15 bis 19 Jahren – Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren). Geht es um die Bedeutung der einzelnen Sektoren des Ausbildungsgeschehens, so werden die Anfänger/-innen eines Sektors ins Verhältnis zu allen Anfängern und Anfängerinnen des Ausbildungsgeschehens gesetzt (z. B. Anfänger/-innen im Sektor Berufsausbildung – alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen).

Zur Einschätzung der Bildungssituation können auch weitere Bezugsgrößen hinzugezogen werden, wie beispielsweise die Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen, das Ausbildungsplatzangebot, die neu abgeschlosse-

201 Im Rahmen der iABE werden auch Absolventendaten erhoben. Diesbezügliche Indikatoren werden derzeit noch entwickelt. Zur genauen Definition der Anfänger- und Bestandsdaten sowie zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der unterschiedlichen Indikatoren vgl. Dionisius/Lissek/Schier 2012.

nen Ausbildungsverträge zum 30. September (nach BBiG/HwO) oder die arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren → **Tabelle A6.1-1**.

E Vergleich der Indikatoren

Die iABE als auch der Bericht „Bildung in Deutschland" nutzen Anfängerdaten der „Statistik Berufliche Schulen", die nach dem „Bildungsgangprinzip" erhoben wurden (**vgl. E in Kapitel A5**). Obwohl beide Berichtssysteme die gleichen Daten nutzen, haben die Indikatoren einen anderen Fokus; die Bezugsgrößen bilden unterschiedliche Grundgesamtheiten ab:

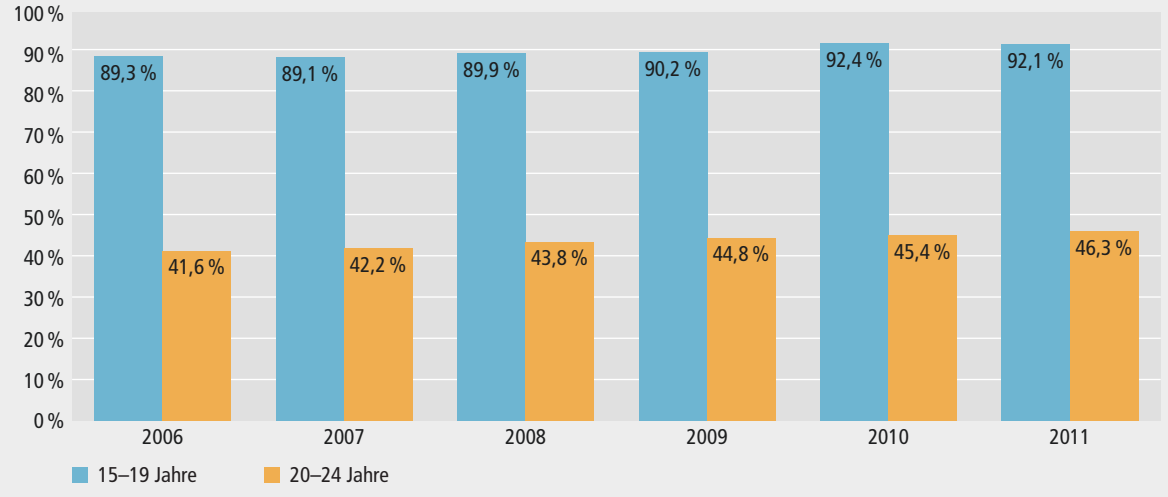
Die Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung" ergeben in Bezug zu den Anfängern und Ausbildungsanfängerinnen in den 4 iABE-Bildungssektoren den Indikator „Relative Bedeutung der Wege zur Berufsausbildung"; der Wert hierfür beträgt 35,5 % (2010).

Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung fokussiert auf das „berufliche Ausbildungssystem" und unterscheidet 3 Sektoren: duales System, Schulberufssystem, Übergangssystem. Für die Neuzugänge in das duale System wird – bezogen auf die Summe aller Neuzugänge ins Ausbildungssystem – eine Quote von 47,4 % ausgewiesen (2010) (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 102).

Indikatoren zur Bildungsbeteiligung von Jugendlichen

Setzt man die jungen Menschen im Alter von 15 bis 19 Jahren im Ausbildungsgeschehen ins Verhältnis zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung, so befanden sich im Jahr 2011 in Deutschland ca. 63,6 % im Ausbildungsgeschehen. Wenn man die Jugendlichen hinzurechnet, die die Sekundarstufe I besuchten (27,8 %) oder sich bereits in Weiterbildung befanden (0,6 %), nahmen insgesamt 92,1 %[202] der jungen Menschen unter 20 Jahren ein Bildungsangebot beruflicher oder allgemeinbildender Art wahr. Auch nach Berechnungen der OECD – die ebenfalls die iABE-Zahlen nutzt, jedoch die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) herausrechnet – liegt die Bildungsbeteiligung dieser Altersgruppe (hier bezogen auf das Jahr 2009) bei 88,5 %. Dieser

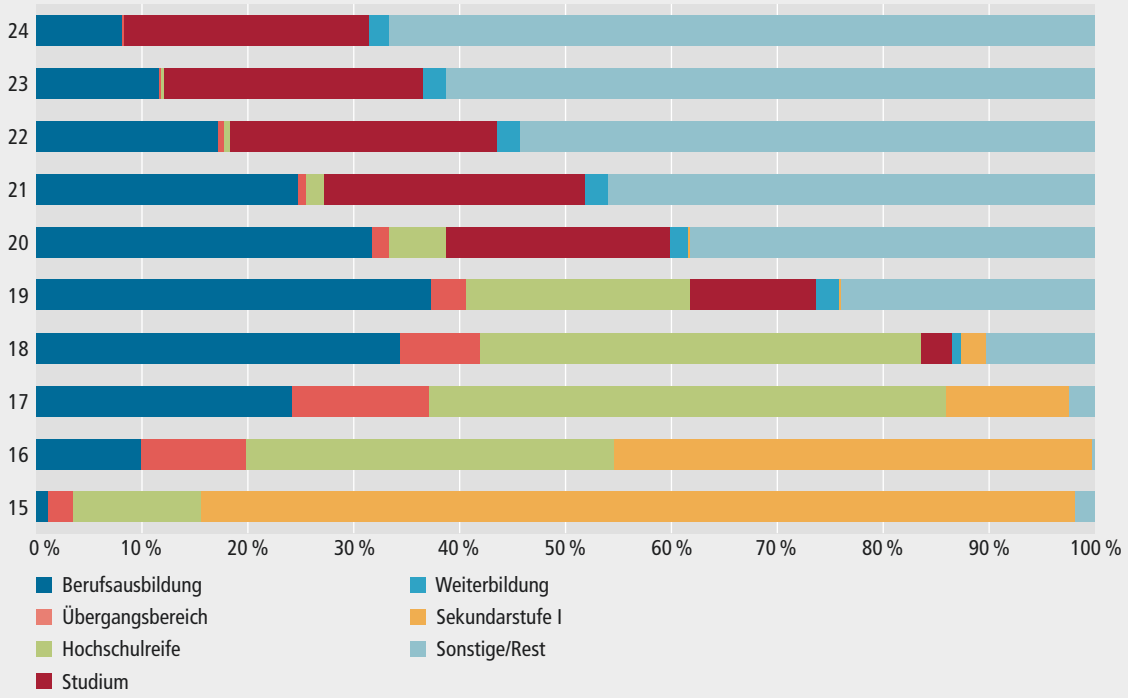
Schaubild A6.1-1: **Junge Menschen in formaler Bildung nach Altersgruppen – Entwicklung 2006 bis 2011 (in %)**



Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung" auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung, Datenstand: 20. Dezember 2012; Bevölkerungsfortschreibung GENISIS-Online

202 Aufgrund von Rundungen ergibt sich die Gesamtsumme nicht exakt aus den einzelnen Werten der Sektoren.

Schaubild A6.1-2: **Jugendliche in den Sektoren der iABE nach Alter 2011 (Bestandsdaten)**



Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung" auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung, Datenstand: 20. Dezember 2012; Bevölkerungsfortschreibung GENISIS-Online

Wert liegt oberhalb des OECD-Durchschnitts (82,1 %) und auch über dem Durchschnitt der EU-21 (86,2 %) (vgl. Organisation for Economic Cooperation and Development 2011, S. 373).

→ **Schaubild A6.1-1** stellt die Veränderung des Anteils der Jugendlichen dar, die sich in formaler Bildung befinden. Während sich im Jahr 2006 in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen 89,3 % der Jugendlichen in formaler Bildung befanden, waren es im Jahr 2011 92,1 %. Auch für die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen ist ein Anstieg von 0,9 Prozentpunkten auf 46,3 % zu verzeichnen. → **Schaubild A6.1-2** zeigt ergänzend die Anteile der einzelnen Altersgruppen in Bildungsangeboten.

Indikatoren zur Bedeutung der Bildungssektoren

Im Jahr 2012 begannen 36,5 % der Anfänger/-innen des Ausbildungsgeschehens eine vollqualifizierende Berufsausbildung, während 13,3 % in den Übergangsbereich einmündeten. Rund 25,3 % strebten eine Hochschulzugangsberechtigung an. Zugleich begannen 24,8 % ein Studium.

Betrachtet man die Anfängerzahlen 2012, so sind im Vergleich zu 2005 ca. 151.000 Jugendliche (-36,1 %) weniger in die Maßnahmen des Übergangsbereichs eingemündet. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Anfänger/-innen im größten Sektor, der Berufsausbildung, um 1,2 % gefallen. Die Zahl der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben wollen, stieg seit 2005 um 11,2 %. Auch die Zahl der Studienanfänger/-innen hat sich um 35,5 % erhöht → **Tabelle A6.1-1**.

→ **Schaubild A6.1-3** zeigt ergänzend die Entwicklung der relativen Bedeutung. Hier wird der Anfängeranteil des jeweiligen Sektors an der Summe aller Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen abgebildet. Die relativen Anteile verändern sich entsprechend der Entwicklung der absoluten Werte: Auch relativ betrachtet gehen seit 2005 die Anteile

Tabelle A6.1-1: **Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2012 (Teil 1)**

Sektoren Konten der iABE[2]		2012[1]		2011		2010		2009		2008		2007		2006		2005		Veränderung 2012 zu 2005 (in %)
		Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	
I	**Sektor: Berufsausbildung**	**730.352**	**100**	**741.023**	**100**	**729.577**	**100**	**728.484**	**100**	**776.917**	**100**	**788.893**	**100**	**751.563**	**100**	**739.149**	**100**	**-1,2**
I 01	Berufsausbildung im dualen System nach BBiG (anerkannte Ausbildungsberufe) inkl. vergleichbarer Berufsausbildung (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BBiG)	491.420	67,3	502.181	67,8	489.040	67,0	491.211	67,4	526.719	67,8	535.956	67,9	498.597	66,3	481.854	65,2	2,0
I 02	Kooperatives BGJ in Teilzeit[3, 4]	21.353	2,9	21.396	2,9	20.860	2,9	21.307	2,9	32.605	4,2	33.504	4,2	32.874	4,4	35.488	4,8	-39,8
I 03	Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	5.383	0,7	5.874	0,8	6.118	0,8	6.709	0,9	8.780	1,1	9.813	1,2	11.903	1,6	11.472	1,6	-53,1
I 04	Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	17.770	2,4	19.223	2,6	20.677	2,8	23.352	3,2	25.693	3,3	29.683	3,8	31.341	4,2	32.514	4,4	-45,3
I 05	Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln[5]	24.232	3,3	24.379	3,3	25.718	3,5	25.623	3,5	34.191	4,4	32.171	4,1	31.477	4,2	29.159	3,9	-16,9
I 06	Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens[6]	162.363	22,2	160.141	21,6	159.850	21,9	153.840	21,1	143.295	18,4	143.099	18,1	140.503	18,7	142.709	19,3	13,8
I 07	Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst)	7.831	1,1	7.829	1,1	7.314	1,0	6.442	0,9	5.634	0,7	4.667	0,6	4.868	0,6	5.953	0,8	31,5
II	**Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)**	**266.732**	**100**	**284.922**	**100**	**320.173**	**100**	**348.217**	**100**	**363.037**	**100**	**390.552**	**100**	**412.083**	**100**	**417.647**	**100**	**-36,1**
II 01	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	48.486	18,2	49.182	17,3	54.180	16,9	59.812	17,2	59.940	16,5	63.976	16,4	67.949	16,5	68.095	16,3	-28,8
II 02	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	42.046	15,8	44.051	15,5	47.479	14,8	49.821	14,3	51.776	14,3	55.548	14,2	59.341	14,4	58.706	14,1	-28,4
II 03	Berufsgrundbildungsjahr (Vollzeit/schulisch)	26.972	10,1	28.144	9,9	30.620	9,6	32.473	9,3	42.688	11,8	44.337	11,4	46.446	11,3	48.581	11,6	-44,5
II 04	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	18.828	7,1	25.076	8,8	28.468	8,9	31.928	9,2	33.909	9,3	35.635	9,1	27.811	6,7	29.106	7,0	-35,3
II 05	Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjähriger Berufseinstiegsklassen[7]	38.685	14,5	38.479	13,5	40.661	12,7	41.973	12,1	42.571	11,7	46.841	12,0	55.339	13,4	58.431	14,0	-33,8
II 06	Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag[8]	18.365	6,9	16.250	5,7	19.186	6,0	20.875	6,0	21.364	5,9	25.789	6,6	28.671	7,0	27.035	6,5	-32,1
II 07	Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sek I anstreben[9]	2.258	0,8	6.127	2,2	6.808	2,1	8.968	2,6	9.958	2,7	11.498	2,9	13.192	3,2	13.477	3,2	-83,2
II 08	Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.835	1,4	3.821	1,3	3.854	1,2	3.724	1,1	3.531	1,0	3.391	0,9	3.561	0,9	3.524	0,8	8,8
II 09	Berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit	54.699	20,5	58.389	20,5	69.933	21,8	77.934	22,4	78.080	21,5	80.193	20,5	86.171	20,9	91.811	22,0	-40,4
II 10	Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	12.558	4,7	15.403	5,4	18.983	5,9	20.709	5,9	19.220	5,3	23.344	6,0	23.602	5,7	18.881	4,5	-33,5

Tabelle A6.1-1: **Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2012 (Teil 2)**

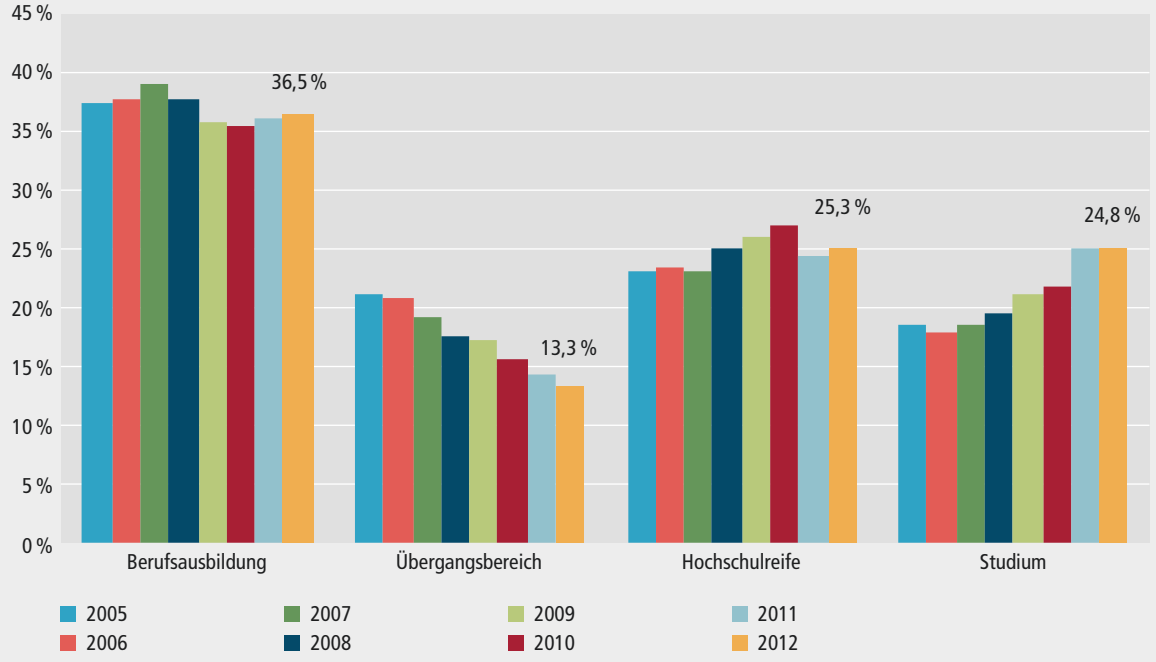
Sektoren Konten der iABE		2012[1]		2011		2010		2009		2008		2007		2006		2005		Veränderung 2012 zu 2005 (in %)
		Anzahl[2]	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	
III	**Sektor: Erwerb HZB (Sek II)**	**505.129**	**100**	**492.696**	**100**	**554.704**	**100**	**526.684**	**100**	**514.603**	**100**	**463.464**	**100**	**466.700**	**100**	**454.423**	**100**	**11,2**
III 01	Bildungsgänge an Fachoberschulen, die eine HZB vermitteln, ohne vorhergehende Berufsausbildung	56.819	11,2	55.688	11,3	68.846	12,4	67.975	12,9	65.969	12,8	62.560	13,5	63.861	13,7	60.898	13,4	-6,7
III 02	Bildungsgänge an Fachgymnasien (Berufliche Gymnasien), die eine HZB vermitteln	61.249	12,1	58.906	12,0	57.203	10,3	56.468	10,7	52.737	10,2	52.692	11,4	52.546	11,3	51.715	11,4	18,4
III 03	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine HZB vermitteln	41.942	8,3	42.255	8,6	42.897	7,7	43.464	8,3	32.649	6,3	32.158	6,9	34.050	7,3	34.395	7,6	21,9
III 04	Sek II an allgemeinbildenden Schulen	345.119	68,3	335.847	68,2	385.758	69,5	358.777	68,1	363.248	70,6	316.054	68,2	316.243	67,8	307.415	67,6	12,3
IV	**Sektor: Studium[10, 11]**	**496.083**	**100**	**522.306**	**100**	**447.890**	**100**	**428.000**	**100**	**400.600**	**100**	**373.510**	**100**	**355.472**	**100**	**366.242**	**100**	**35,5**
Insgesamt[3, 12, 13, 14]		**1.998.296**		**2.040.947**		**2.052.343**		**2.031.403**		**2.051.776**		**2.016.419**		**1.985.818**		**1.977.461**		**1,1**
II	Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen[15]	25.161	9,4	27.136	9,5	32.448	10,1	34.712	10,0	36.346	10,0	39.727	10,2	41.703	10,1	44.444	10,6	-43,4

Ausgewählte Referenzgrößen	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	Veränderung 2012 zu 2005 (in %)
Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren	4.037.000	4.080.462	4.140.394	4.317.072	4.479.630	4.642.964	4.762.364	4.835.789	-16,5
Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen[16]	851.409	859.968	842.403	870.744	907.083	942.129	946.764	939.279	-9,4
Altbewerber/-innen	232.041	238.539	255.798	256.176	320.391	384.879	385.248	342.060	-32,2
Ausbildungsplatzangebot	584.547	599.070	579.564	581.562	635.758	644.028	591.540	562.816	3,9
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (BBiG/HwO) insgesamt	551.271	569.379	559.959	564.306	616.342	625.885	576.153	550.180	0,2
Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren (Jahresdurchschnitt)	46.693	47.748	55.268	65.476	66.646	82.821	109.158	124.055	-62,4

[1] Vorläufige Ergebnisse.
[2] Für Hinweise/Metadaten zu den Jahren 2005 bis 2012 vgl. Statistisches Bundesamt: Schnellmeldungen Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern; Qualitäts- und Ergebnisbericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2011.
[3] Eine abweichende Zuordnung des kooperativen BGJ führt zu geringfügigen Unterschieden für die Sektoren Berufsausbildung und Übergangsbereich mit den Ergebnissen des Landesprojektes zur integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen.
[4] Das kooperative BGJ in Teilzeit wird nur in den Bundesländern Bayern und Hessen angeboten, bis zum Jahre 2008 auch in Niedersachsen.
[5] Für das Berichtsjahr 2012: Vorjahresdaten für Schulen des Gesundheitswesens in Hessen und Nordrhein-Westfalen.
[6] Beamtenausbildung: ohne Beamtenanwärter des Bundes, deren Dienstort im Ausland ist (Vorjahresdaten).
[7] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Rheinland Pfalz).
[8] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg).
[9] Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich.
[10] Inkl. Studierender im 1. Studienjahr an Berufsakademien (Vorjahresdaten).
[11] In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen 2012 doppelter Abiturientenjahrgang; in Hessen 2012–2014 teilweise doppelte Abiturientenjahrgänge durch die verteilte Einführung von G8 über 3 Jahre.
[12] Geschätzte Angaben zu Schulen des Gesundheitswesens enthalten (in Hessen).
[13] Anfängerdefinition teilweise landesspezifisch, teilweise 1. Jahrgangsstufe (Mecklenburg-Vorpommern).
[14] Für das Berichtsjahr 2011 zum Teil Vorjahresdaten in Niedersachsen.
[15] Wegen möglicher Doppelzählungen werden Anfänger nur nachrichtlich ausgewiesen.
[16] Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen ohne Teilnehmer/-innen am zweiten Bildungsweg (Abendhaupt-, Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg) und ohne Teilnehmer/-innen an der Schulfremdenprüfung (entsprechend den Sonderauswertungen für den Datenreport).

Quelle: Integrierte Ausbildungsberichterstattung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung, Datenstand: 8. März 2013; Bevölkerungsfortschreibung, Genesis-Online Datenbank (Abruf: 7. März 2013); BIBB-Erhebung zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2012 (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A1); Bundesagentur für Arbeit (2012): Ausbildungsstellenmarkt und Arbeitsmarkt in Zahlen

Schaubild A6.1-3: **Entwicklung der Sektorenanteile 2005 bis 2012 (100 % = Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen)**



Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung" auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder) und der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung; Datenstand: 8. März 2013

der Sektoren Berufsausbildung (-0,9 Prozentpunkte) und Integration (-7,8 Prozentpunkte) zurück, während die Sektoren Hochschulreife (+2,3 Prozentpunkte) und Studium (+6,3 Prozentpunkte) angestiegen sind.

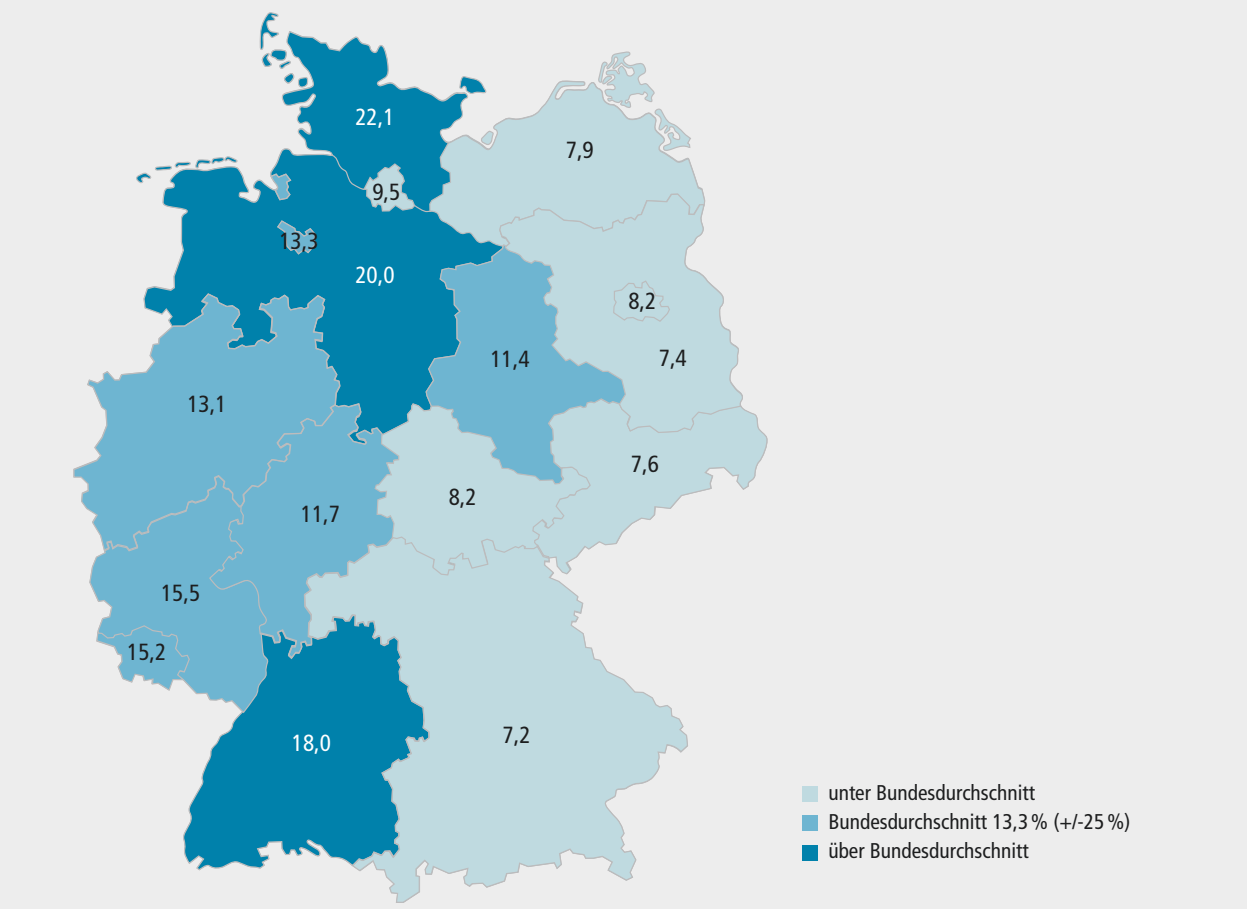
Insgesamt muss berücksichtigt werden, dass aufgrund der „doppelten Abiturjahrgänge" mehr Jugendliche die Schule verlassen haben. Es ist anzunehmen, dass diese verstärkt in die Sektoren Berufsausbildung und Studium eingemündet sind.

A6.2 Das Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern

Die Situation in den Bundesländern stellt sich unterschiedlich dar: So zeigen sich in den Sektoren „Berufsausbildung“ und „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland → **Schaubild A6.2-1, Schaubild A6.2-2**. Aufgrund des unterschiedlichen institutionellen Umgangs mit erfolglosen Ausbildungsplatzbewerbern (Eberhard/Ulrich 2011) ist der Übergangsbereich im Westen stärker ausgeprägt als im Osten: Jugendliche, die in der dualen Ausbildung keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, münden in Ostdeutschland vor allem in vollqualifizierende außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildungen ein.

Daneben werden Unterschiede zwischen Stadt- und Flächenstaaten deutlich: Die Stadtstaaten und Großstädte stellen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung, als sie zur Abdeckung der eigenen Ausbildungsnachfrage benötigen.[203] Eine große Rolle spielt es, wie das jeweilige Bundesland vom demografischen Wandel

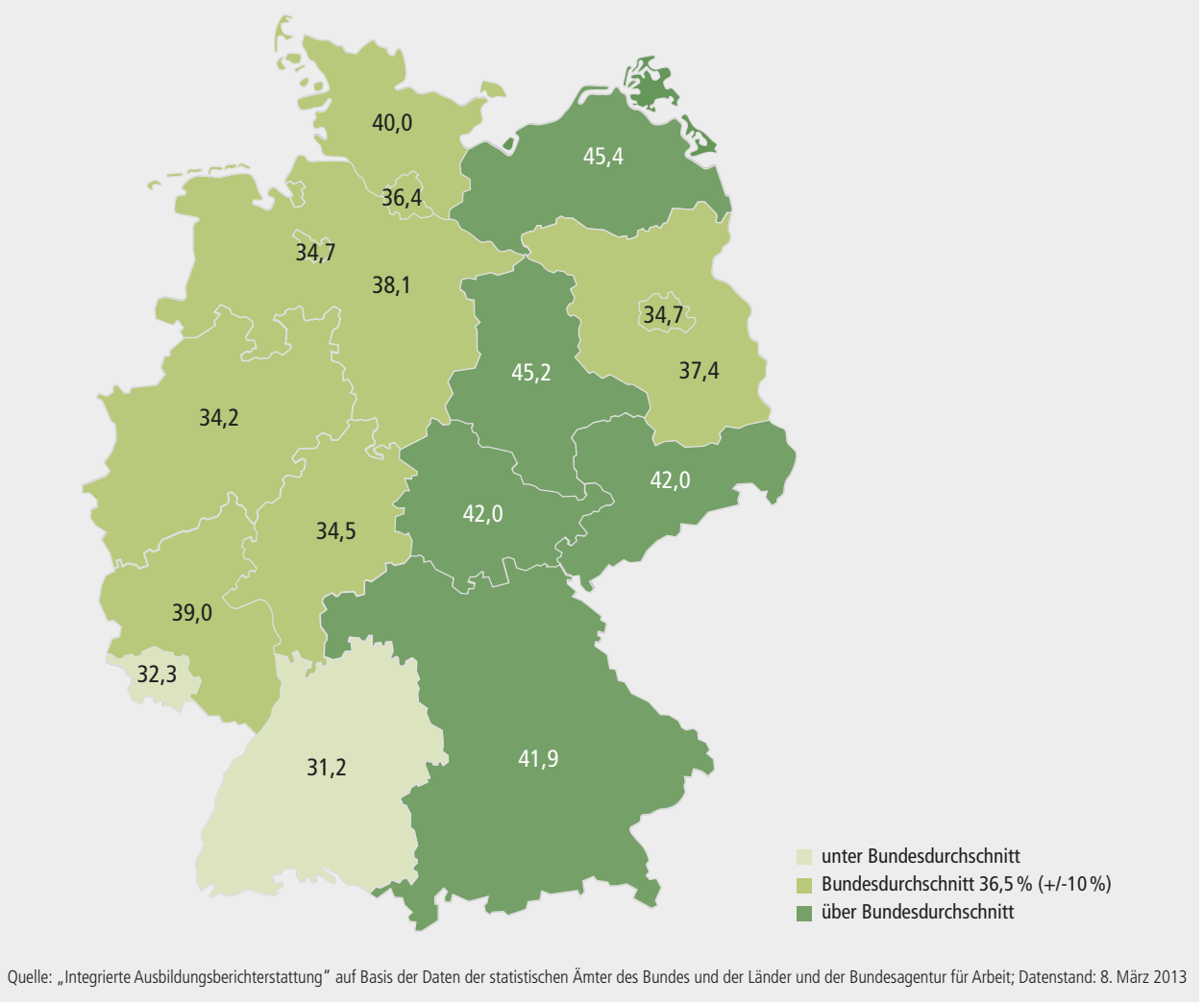
Schaubild A6.2-1: **Anteil des Sektors „Integration in Berufsausbildung“ am Ausbildungsgeschehen (Anfänger/-innen) 2012**



Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: 8. März 2013

203 Aufgrund der fehlenden Individualdaten sowie der Abfrage nach den Lern- bzw. Wohnorten können Pendlerbewegungen ins benachbarte Bundesland jedoch nicht transparent gemacht werden.

Schaubild A6.2-2: **Anteil des Sektors „Berufsausbildung“ am Ausbildungsgeschehen (Anfänger/-innen) 2012**



Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder und der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: 8. März 2013

betroffen ist: Bundesländer mit starkem Bevölkerungsrückgang haben beispielsweise einen tendenziell stärker schrumpfenden Übergangsbereich und gleichzeitig einen höheren Anteil von Jugendlichen, die in den Sektor Berufsausbildung einmünden.

Sowohl für den Bundesdurchschnitt als auch für die meisten Bundesländer lässt sich festhalten, dass der Anteil der Jugendlichen im Integrationssektor rückläufig ist. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ist der demografische Wandel: Immer weniger junge Menschen im Alter von 15 bis 19 Jahren verlassen die allgemeinbildende Schule; seit 2005 geht ihre Zahl kontinuierlich zurück.

A6.3 Einflüsse der demografischen Entwicklung auf das Ausbildungsgeschehen

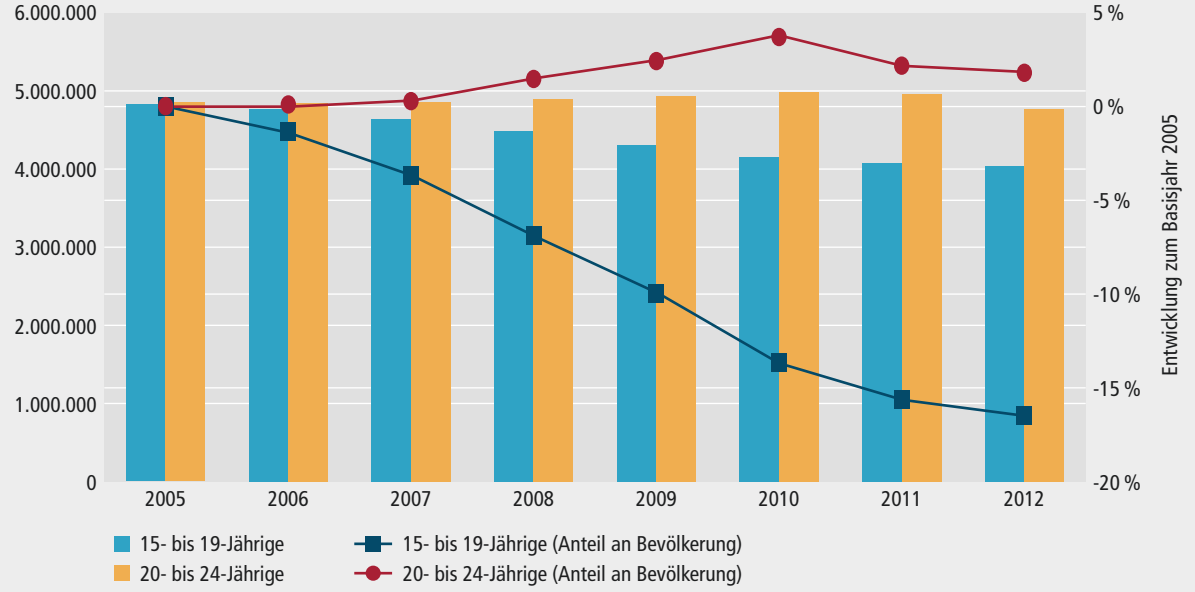
Um die Veränderungen im Ausbildungsgeschehen richtig einschätzen zu können, ist es wichtig, die demografischen Rahmenbedingungen zu kennen. Aus → **Schaubild A6.3-1** ist ablesbar, dass nicht nur die absolute Zahl der jungen Menschen zurückgeht, sondern auch der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung schrumpft. Bei dem Vergleich der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen mit den 20- bis 24-Jährigen zeigen sich Unterschiede: Während der Anteil der 20- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum von 2005 bis 2012 annähernd stabil ist (1,9 %), sank der Anteil der 15- bis 19-Jährigen an der Bevölkerung deutlich (-16,5 %). Auch regional zeigen sich deutliche Unterschiede → **Tabelle A6.3-1**.

Die demografischen Veränderungen machen es erforderlich, einen differenzierten Blick auf die Gruppen der jungen Menschen zu werfen: Hier stehen insbesondere die Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowie diejenigen mit Migrationshintergrund im Fokus.[204] → **Schaubild A6.3-2** stellt die relativen Anteile an der jeweiligen Altersgruppe dar:

- junge Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer),
- junge Menschen mit Migrationshintergrund[205].

Diese Anteile sind sowohl für die Altersgruppen 15 bis 19 Jahre als auch für die Altersgruppe 20 bis 24 Jahre dargestellt und zeigen Ergebnisse des Mikrozensus. Die Entwicklungen beziehen sich auf das Referenzjahr 2005.

Schaubild A6.3-1: **Demografische Entwicklung der 15- bis 24-Jährigen 2005 bis 2012**

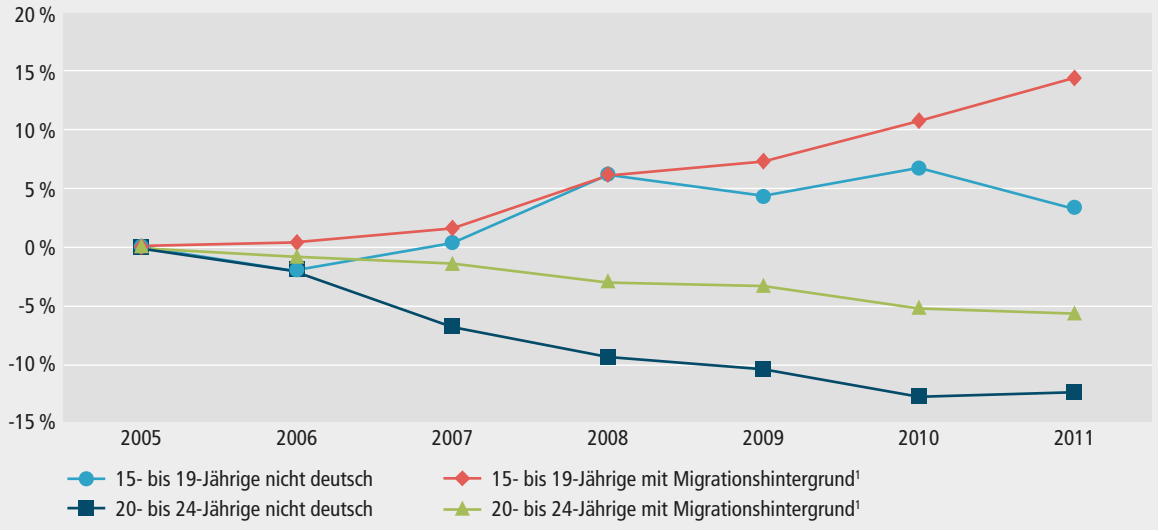


Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung und -vorausberechnung, GENESIS-Online-Datenbank, Tabelle 12411-0005 und Tabelle 12421-0002; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

204 In den Schulstatistiken wird i. d. R. nur die Staatsangehörigkeit erfasst. Für Aussagen zum Migrationshintergrund sind empirische Erhebungen wie z. B. der Mikrozensus erforderlich (**vgl. Kapitel A4.9**).

205 Der Mikrozensus unterscheidet bei der Migration vor allem „eigene Migrationserfahrung" und „keine eigene Migrationserfahrung". Zur Definition des Migrationshintergrunds im Datenreport **vgl. E in Kapitel A4.9**.

Schaubild A6.3-2: **Ausländische Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund im Vergleich (Basisjahr 2005)**



[1] Mit Migrationshintergrund im engeren Sinn, da dieses Merkmal durchgängig von 2005 bis 2010 erhoben wurde.

Quelle: Statistisches Bundesamt (jährlich): Fachserie 1, Reihe 2.2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus

Tabelle A6.3-1: **Demografischer Rückgang der 15- bis 19-Jährigen nach Bundesländern (Basisjahr 2005)**

	2005	2011	Entwicklung
Deutschland	**4.835.789**	**4.080.462**	**-16 %**
Schleswig-Holstein	160.090	154.270	-4 %
Hamburg	82.131	78.350	-5 %
Niedersachsen	466.133	442.750	-5 %
Bayern	713.755	676.353	-5 %
Hessen	330.607	313.065	-5 %
Baden-Württemberg	630.839	596.991	-5 %
Nordrhein-Westfalen	1.054.381	983.111	-7 %
Bremen	34.274	31.590	-8 %
Rheinland-Pfalz	240.616	218.807	-9 %
Saarland	59.714	52.628	-12 %
Berlin	179.294	134.358	-25 %
Sachsen	265.914	123.813	-53 %
Brandenburg	177.622	81.861	-54 %
Thüringen	152.442	68.817	-55 %
Sachsen-Anhalt	164.140	72.319	-56 %
Mecklenburg-Vorpommern	123.837	51.379	-59 %

Für 2012 liegen noch keine landesspezifischen Daten vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, GENESIS-Online-Datenbank, Tabelle 12411-0011

Bei den 20- bis 24-Jährigen nimmt sowohl der Anteil derjenigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit als auch der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund seit 2005 ab. Die 15- bis 19-Jährigen hingegen weisen einen gegensätzlichen Trend auf: Hier steigen die Anteile der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und die der jungen Menschen mit Migrationshintergrund an. Der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund nimmt allerdings sehr viel stärker zu als der Anteil derjenigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer).

E Ausländer/-innen und Migranten/ Migrantinnen

Aufgrund der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) am 1. Januar 2000 werden zukünftig mehr junge Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Kinder und Jugendliche mit ausländischen Eltern(teilen) können dann nicht mehr über das Merkmal der „ausländischen Staatsangehörigkeit" identifiziert werden. Das bedeutet, dass die statistische Schnittmenge zwischen den Merkmalen „nicht deutsch" und „Migrationshintergrund" künftig noch geringer sein wird. Die „nicht deutschen" Jugendlichen werden dann nur noch einen geringen Teil der „Jugendlichen mit Migrationshintergrund" abbilden. Ab ca. 2015 werden diese Jugendlichen in das Ausbildungsgeschehen eintreten, im Alter von 15 Jahren.

(Regina Dionisius, Amelie Illiger, Friedel Schier)

A7 Angebote für bestimmte Zielgruppen

A7.1 Regelangebote und Programme im Übergang Schule – Beruf

Junge Menschen, die im Wettbewerb um berufliche und gesellschaftliche Chancen im Nachteil sind, werden in Deutschland durch ein breites Spektrum von Maßnahmen aufgefangen; lange wurde dafür die Bezeichnung „Benachteiligtenförderung“ genutzt. Deren Rolle ist zwiespältig: Sie soll Selektionsprozesse des Bildungssystems kompensieren, trägt aber durch Defizitansätze und Sonderförderung selbst zu Stigmatisierung und Ausgrenzung bei. Konzipiert für junge Menschen mit Förderbedarf, stellte sie zunächst unter Beweis, dass diese mithilfe der Förderung durch sozialpädagogisch orientierte Konzepte erfolgreich einen Beruf abschließen können. Die Benachteiligtenförderung wurde in den Jahren des Ausbildungsplatzmangels aber auch für diejenigen genutzt, die der Ausbildungsmarkt nicht aufnahm, die sogenannten „Marktbenachteiligten“. Es entstand eine unübersichtliche und durch vielfältige Zuständigkeiten zersplitterte Förderlandschaft.

Aktuell führt die demografische Entwicklung zumindest in einigen Branchen und Regionen am Ausbildungsmarkt zu einem strukturellen Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern. Dies gilt insbesondere für die neuen Bundesländer (**vgl. Kapitel A1 und A2**). Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt. Zugleich reicht das Ausbildungsplatzangebot nicht aus. Zwar entspannt sich die Lage für jene Jugendlichen, die trotz relativ guter Voraussetzungen in den letzten Jahren keinen Ausbildungsplatz fanden. Schwierig bleibt die Situation für junge Menschen, die den Anforderungen und Auswahlkriterien aus unterschiedlichen Gründen nicht entsprechen. So bleiben für viele Jugendliche ohne oder mit schwachem Hauptschulabschluss nach wie vor oft nur Angebote im Übergangsbereich (**vgl. Kapitel A3**).

In der Diskussion über die Bewältigung des Fachkräftemangels gerät diese Praxis der Verdrängung junger Menschen mit schlechteren Startchancen in die Kritik und wird als eine Verschwendung von Potenzialen gewertet. So fordert der Hauptausschuss des BIBB: „Es besteht die Notwendigkeit, die Ressourcen und Talente aller Jugendlichen in den Blick zu nehmen und dabei junge Menschen individuell besser zu fördern“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2011).

Die Anerkennung der „Normalität“ vielfältiger Voraussetzungen junger Menschen wird durch die Inklusionsdebatte gefördert. Die Bewältigung des Übergangs wird heute bezogen auf alle Jugendlichen betrachtet und mit vielfältigen Bildungs-, Beratungs- und Begleitangeboten unterstützt. Diese konzeptionellen Veränderungen finden in neueren Bundes- und Länderprogrammen sowie Modellversuchen einen Niederschlag. Daneben bestehen in der Regelförderung auch traditionelle Ansätze.

Maßnahmen für junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf umfassen verschiedene Handlungsfelder:

- **Berufsorientierung**

Angebote zur Berufsorientierung ermöglichen Schülerinnen und Schülern, sich auf der einen Seite mit eigenen Interessen und Kompetenzen auseinanderzusetzen, auf der anderen Seite Anforderungen von Berufen, Branchen sowie der Arbeitswelt kennenzulernen und beide Seiten miteinander in Bezug zu setzen. Die einzelnen Bausteine der Berufsorientierung sollen konzeptionell verbunden werden und möglichst aufeinander aufbauen. So setzen Verfahren der Kompetenzfeststellung bereits ab der 7. Klasse an und schaffen Gelegenheiten, eigene Stärken zu erleben. Zeigt sich dabei Förderbedarf, sollen die Ergebnisse Anhaltspunkte liefern für eine individuelle Förderung im Anschluss. Praktika in Betrieben oder Berufsbildungsstätten ermöglichen Jugendlichen, Berufsfelder praktisch zu erfahren und ihre Erfahrungen in Hinblick auf die eigene Person, Ziele und Aufgaben zu reflektieren.

In der Berufsorientierung stehen zahlreiche Angebote nebeneinander, sie werden finanziert u. a. durch die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Kultusministerien, z. T. unter Verwendung von ESF-Mitteln, durch das BMBF sowie durch die Jugendhilfe (Angebote für spezifische Zielgruppen). In vielen Ländern gibt es Ansätze, landesweit und regional die Kooperation von allgemeinbildenden Schulen, Berufsberatung, Be-

trieben, Jugendsozialarbeit und anderen regionalen Akteuren zu fördern und einheitliche Qualitätsstandards zu entwickeln.

- **Hilfen im Übergang**

Zahlreiche Maßnahmen sollen junge Menschen insbesondere an den kritischen Übergängen absichern. Wurden früher i. d. R. die erste Schwelle von der Schule in die Ausbildung und die zweite von der Ausbildung in dauerhafte Beschäftigung unterschieden, weisen Fachleute heute darauf hin, dass insbesondere junge Menschen mit ungünstigen Startchancen in ihren Erwerbsbiografien viele Schwellen und Hürden überwinden müssen. Eine Reihe von Angeboten unterstützt die Gestaltung der eigenen beruflichen und privat-gesellschaftlichen Biografie, so z. B. die „Hilfen im Übergang Schule – Beruf" im Rahmen der Jugendsozialarbeit (Jugendhilfe), sie bietet *einzelfallbezogene* Beratungs- und Betreuungsangebote.

Über die individuelle Gestaltung hinaus bezeichnet das Übergangsmanagement die regionale *Steuerung*. Es soll dauerhafte, vernetzte Strukturen für die passgenaue Beratung und Vermittlung von Jugendlichen aufbauen und die Abstimmung regionaler Qualifizierungsangebote ermöglichen. In einem kooperativen Prozess wird der individuelle Förder- und Unterstützungsbedarf der einzelnen Jugendlichen mit dem vor Ort zugänglichen Angebot an Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialpädagogischer Förderung zusammengebracht.

Hilfen im Übergang wurden im Berichtsjahr 2012 von unterschiedlichen Seiten finanziert, durch die Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement" des BMBF-Modellprogramms „Perspektive Berufsabschluss", das Programm „JUGEND STÄRKEN" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und entsprechende Programme der Länder (zu finden im Portal LänderAKTIV des Good Practice Center [GPC] des BIBB). Darüber hinaus fördert das ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als stadt- und ortsteilbezogenes Arbeitsmarktprogramm Projekte im Übergang Schule – Beruf.

Neue Wege in die Ausbildung erprobt das durch das BMBF geförderte Programm JOBSTARTER CONNECT. Es entwickelt und erprobt Lösungsansätze für eine frühzeitige Integration junger Menschen in die duale Berufsausbildung mittels bundeseinheitlicher Ausbildungsbausteine. Das Programm umfasst verschiedene Teilsysteme der beruflichen Bildung sowie unterschiedliche Zielgruppen im Übergang zwischen Schule und Beruf.

Dieser Aufgabe stellt sich auch die BIBB-Modellversuchsreihe „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung". Sie verabschiedet sich von Programmen für explizit definierte Zielgruppen. Gemeinsam mit Betrieben und Bildungsträgern werden Modelle erprobt, die Menschen auf unterschiedlichen Wegen in Ausbildung bringen (**vgl. Kapitel D2**).

- **Berufs(ausbildungs)vorbereitung**

Die Berufs(ausbildungs)vorbereitung (§§ 1, 68 ff. BBiG) vermittelt Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit und soll an eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf heranführen. Berufs(ausbildungs)vorbereitung wird von unterschiedlichen Trägern angeboten:

- als berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA (Grundlage: SGB III), die bei Trägern, z. T. aber auch in Betrieben stattfindet;
- als Einstiegsqualifizierung in Betrieben, finanziert durch die BA;
- in berufsbildenden Schulen auf der Grundlage der Schulgesetze der Länder (z. B. als Berufsvorbereitungsjahr – BVJ)[206];
- als ergänzende Angebote der Jugendhilfe (SGB VIII), z. B. in Jugendwerkstätten.

- **Berufsausbildung**

Zu den Regelangeboten in der Förderung der Ausbildung gehören die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) und die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE). Das Angebot wird von Bildungsträgern im Auftrag der BA erbracht.

206 **Vgl. Kapitel A6** bzgl. Daten zu Anfängern/Anfängerinnen in schulischen Angeboten der Berufsvorbereitung.

Tabelle A7.1-1: **Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit**

Berufsorientierung	Berufsvorbereitung	Berufsausbildung	Berufliche Nachqualifizierung, sonstige Qualifizierung
Erweiterte Berufsorientierung	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)	Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer
Vertiefte erweiterte Berufsorientierung	Einstiegsqualifizierung (EQ)	Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)	Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandvariante) mit Qualifizierungsanteil
Berufseinstiegsbegleitung	Aktivierungshilfen	Ausbildungsbonus	
	EQ plus		

Quelle: Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildungsbegleitende Hilfen unterstützen junge Menschen, die in einer betrieblichen Ausbildung sind und bei denen der erfolgreiche Ausbildungsabschluss gefährdet ist. Die Maßnahmen umfassen Stützunterricht und individuelle sozialpädagogische Begleitung zur Sicherung des Ausbildungserfolges. Dabei sollen die Aufnahme, Fortsetzung sowie der erfolgreiche Abschluss einer erstmaligen betrieblichen Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen ermöglicht und ein Ausbildungsabbruch verhindert werden.

Die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen ist eine spezifische Form der dualen Berufsausbildung für Jugendliche, denen eine Ausbildungsstelle in einem Betrieb nicht vermittelt werden kann. Die praktische Ausbildung absolvieren die Auszubildenden in einer eigenen Ausbildungseinrichtung (z. B. bei einem Bildungsträger) bzw. in kooperierenden Betrieben. Das Konzept verbindet fachpraktische Unterweisung, Förderunterricht und eine sozialpädagogische Begleitung. Der Berufsschulunterricht findet in Berufsschulen statt.

Neben diesen traditionellen Formen entstehen – zunächst eher in Modellversuchen – unterschiedliche Modelle, die flexible Dienstleistungen für Jugendliche in und während der Ausbildung, aber auch für Betriebe anbieten, z. B. ein externes Ausbildungsmanagement oder Qualifizierungen für Ausbilder/-innen. Unter der Bezeichnung assistierte Ausbildung kooperieren Betriebe, Träger und Berufsschule und öffnen die Regelausbildung für Jugendliche, für die das Angebot der dualen Ausbildung bislang nicht ausreicht.[207]

- **Berufliche Nachqualifizierung und sonstige Qualifizierung**

Qualifizierungsangebote und Nachqualifizierungsprogramme (**vgl. Kapitel B3.4**) wenden sich an junge Erwachsene, die über Arbeitserfahrung verfügen, aber noch keinen Berufsabschluss erworben haben. Qualifizierung und Beschäftigung werden dabei kombiniert. Der modulare Aufbau ermöglicht differenzierte und individualisierte Qualifizierungswege. Je nach gesetzlicher Grundlage können sie in Betrieben, bei Bildungsträgern oder Einrichtungen der öffentlichen Hand stattfinden.

Darstellung der Maßnahmen

Der größte Teil der Regelangebote liegt in der Zuständigkeit der BA → **Tabelle A7.1-1**.[208] Relevante Neuerungen, Veränderungen und Ergänzungen werden hier in den Vordergrund gestellt. Neben den Bildungs-, Förder- und Qualifizierungsangeboten, die im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt derzeit als Regelangebote durchgeführt werden, bieten verschiedene Bundesministerien Sonder- und Modellprogramme an, die für den Übergang Schule – Beruf relevant sind → **Tabelle A7.1-2**. Programmrichtlinien beschreiben die Konzeption und Durchführung dieser zeitlich begrenzten Sonder- und Modellprogramme. Darüber hinaus existieren zahlreiche Programme der Bundesländer (**vgl. Kapi-**

207 Informationen und Beispiele zur assistierten Ausbildung finden sich im Good Practice Center unter: **http://www.good-practice.de/infoangebote_beitrag4931.php**.

208 Das nachfolgend verwendete Zahlenmaterial stammt, soweit nicht anders angegeben, aus den Förderstatistiken der BA. Diese sind teilweise frei über das Statistikportal der BA zugänglich: **http://statistik.arbeitsagentur.de**, hier „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen" → „Förderung der Berufsausbildung", teilweise sind Sonderauswertungen für das BIBB erstellt worden.

Tabelle A7.1-2: **Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Förderinitiativen und Sonderprogramme des Bundes 2011**

Förderinitiative/ Sonderprogramm	Förder-zeitraum	Ziel	Zielgruppe	Größenordnung[1]	Informationen im Internet
BMBF: Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung – Bildungsketten der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss"	2010–2017	Individuelle Begleitung und präventive Förderung im Übergang Schule – Beruf	Benachteiligte Schüler und Schülerinnen	380 Mio. € bis 2014 (ohne BOP)	http://www.bildungsketten.de
BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP): Potenzialanalysen und Werkstatttage	verstetigt	Erkennen von Potenzialen, Fähigkeiten und Begabungen sowie frühzeitige, praxisbezogene Berufsorientierung als Grundlage für Praktikum und Berufswahl	Schüler/-innen, die an allgemeinbildenden Schulen den Hauptschulabschluss oder Vergleichbares anstreben	46,5 Mio. € (in 2011) ca. 360 Projekte (Stand: Dezember 2011)	http://www.bibb.de/berufsorientierung
BMBF: Perspektive Berufsabschluss mit den Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement" und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung"	01/2008–12/2013	Förderinitiative 1: Optimierung des Übergangsmanagements Schule – Ausbildung Förderinitiative 2: Nachqualifizierung durch strukturelle Verbesserung der beruflichen Integrationsförderung	Programme zu strukturellen Veränderungen, bezogen auf Jugendliche und junge Erwachsene mit schlechteren Startchancen An- und Ungelernte	67 Mio. € Förderinitiative 1: 55 Projekte Förderinitiative 2: 42 Projekte	http://www.perspektive-berufsabschluss.de/
BMBF: Neue Wege in die duale Ausbildung	2011–2014	Aufzeigen innovativer Wege in die Ausbildung	Junge Menschen mit vielfältigen (Bildungs-) Biografien	1,8 Mio. € (in 2011)	http://www.bibb.de/de/55819.htm
BMBF: JOBSTARTER CONNECT	2009–2015	Sicherung des Fachkräftebedarfs und Verbesserung des Übergangs in das duale Berufsausbildungssystem durch Ausbildungsbausteine	Akteure am Übergang Schule – Berufsausbildung	60 Mio. € 27 Projekte in 1. Förderrunde	http://www.jobstarter.de/de/1208.php
BMFSFJ: JUGEND STÄRKEN[2] mit den Programmen „Kompetenzagenturen" und „Schulverweigerung – die 2. Chance"	09/2011–12/2013	Kompetenzagenturen: Verbesserung und Ausweitung von Unterstützungsleistungen für benachteiligte Jugendliche zur eigenständigeren Lebensführung Schulverweigerung – die 2.Chance: Reintegration von Schulverweigerern in Schulen, Erhöhen ihrer Chancen auf einen Schulabschluss	Jugendliche mit multiplen Problemlagen (potenzielle) Schulverweigerer/-innen, Eltern, Lehrkräfte	50 Mio. €[3] 181 Kompetenzagenturen 191 Koordinierungsstellen (Stand: Dezember 2012)	http://www.jugend-staerken.de/ http://www.kompetenzagenturen.de/ http://www.zweitechance.eu/
BMVBS: Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)	2008–2015	Förderung von Projekten zur Beschäftigung, Bildung und Qualifizierung Stärkung der Ökonomie in Verbindung mit städtebaulichen Investitionen	Jugendliche, Langzeitarbeitslose	bis zu 184 Mio. € 87 Projekte in 2. Förderrunde, 222 Projekte insgesamt	http://www.biwaq.de/cln_032/nn_343982/DE/1Programm/node.html?__nnn=true

[1] Alle folgenden Angaben in dieser Spalte „Größenordnung" beziehen sich auf die gesamte Förderdauer, wenn nicht anders angegeben.
[2] Die weiteren Programme der Initiative „JUGEND STÄRKEN" sind „Aktiv in der Region", „Jugendmigrationsdienste" und „Stärken vor Ort".
[3] Bei den beiden Förderprogrammen „Kompetenzagenturen" und „2. Chance" sind Kofinanzierungen erforderlich, die aus kommunalen Mitteln (örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe) eingebracht werden müssen.

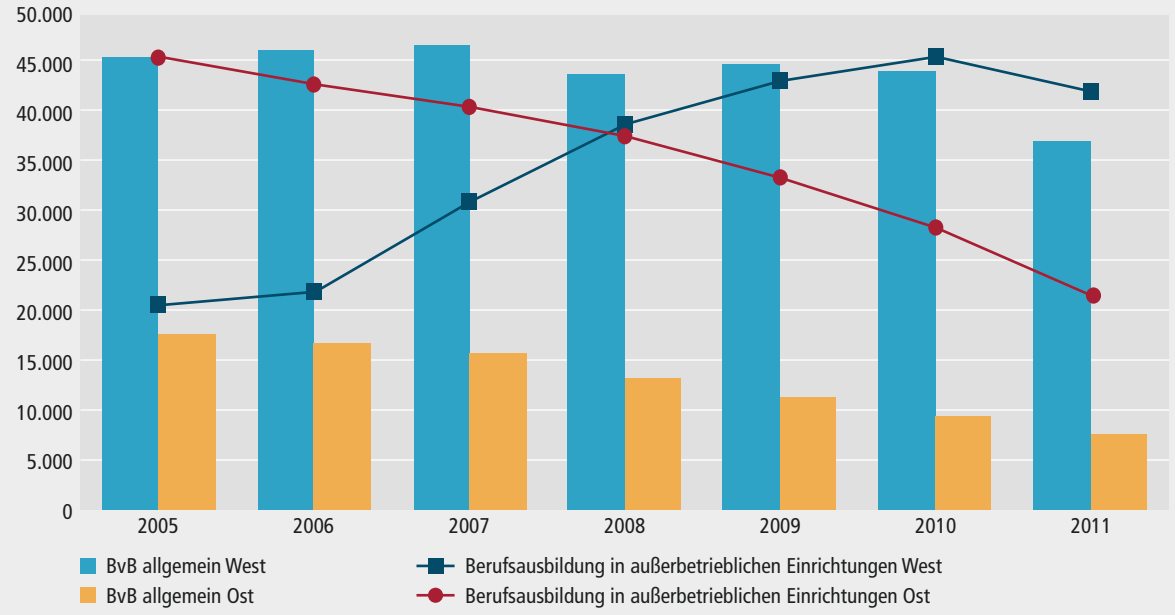
Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Deutscher Bundestag, Bundesinstitut für Berufsbildung

tel D1).[209] Die folgende Darstellung gliedert die Angebote nach Handlungsfeldern. Hinweise auf Akteure, gesetzliche Grundlagen und Verantwortungsebenen sind jeweils enthalten.

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss" umfasst mit den 2 Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement" und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung" 2 Handlungsfelder, die Förderinitiativen werden jeweils unter den Rubriken Übergang Schule – Beruf und Nachqualifizierung dargestellt.

209 Ausführliche Übersichten über Bundes- und Länderprogramme finden sich auf dem Internetportal zum BIBB-Datenreport unter **http://datenreport.bibb.de/html/dr2013.html** („Dokumentation der Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung in Deutschland", **Tabellen D1-1 bis D1-3 Internet** [**vgl. Kapitel D1**]) sowie unter **http://www.good-practice.de/1060.php** (Bundesprogramme) und im Webportal LänderAKTIV unter **http://www.laenderaktiv.de** (Förderprogramme der Länder).

Schaubild A7.1-1: **Teilnehmende in BvB und BaE in West- und Ostdeutschland (Jahresdurchschnittsbestand)**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik, Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Handlungsfeldübergreifend setzen sich die auffälligen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die auch in den letzten Jahren zu verzeichnen waren, fort → **Schaubild A7.1-1**. Der Schwerpunkt der Förderung liegt im Osten nach wie vor mehr bei der außerbetrieblichen Berufsausbildung, im Westen bei den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen. In Ostdeutschland ist der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) der BaE-Plätze seit 2005 durchgängig mehr als doppelt so hoch wie der Bestand bei BvB (JD-Bestand 2011: BaE Ost: 21.474, BvB Ost: 7.679). In Westdeutschland liegen BvB- und BaE-Bestandszahlen auf einem ähnlich hohen Niveau (JD-Bestand 2011: BaE West: 42.298, BvB West: 37.181).

1. Handlungsfeld: Berufsorientierung

Die Berufsorientierung soll junge Menschen befähigen, eigene Kompetenzen und Interessen in Bezug zu setzen zu beruflichen Anforderungen, sie soll gleichzeitig dazu beitragen, Abschlüsse und Anschlüsse zu sichern. Berufsorientierung ist zum einen Aufgabe der BA. Darüber hinaus und häufig in Verbindung mit Bundesmitteln sind in zahlreichen Bundesländern eigene Programme zur Berufsorientierung entstanden oder im Entstehen (vgl. Lippegaus-Grünau/Voigt 2012, S. 17 ff.).

BA: Vertiefte Berufsorientierung (§ 33 SGB III) und erweiterte vertiefte Berufsorientierung (§ 33 i. V. m. § 421q)
Berufsorientierung ist eine gesetzliche Aufgabe der BA. Sie wird um die „vertiefte Berufsorientierung“ und die „erweiterte vertiefte Berufsorientierung“ ergänzt. Letztere wurde 2007 mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen“ eingeführt: Über diesen Personenkreis hinaus richten sich Angebote der Berufsorientierung vielfach an alle Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Jahrgänge an den beteiligten Schulen, insbesondere an Haupt-, Real- und Gesamtschulen.

Vertiefte Berufsorientierung (VBO) in allgemeinbildenden Schulen setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen: umfassende Information zu Berufsfeldern, Interessenerkundung, Eignungs-

feststellung/Kompetenzfeststellung, Strategien zur Berufswahl- und Entscheidungsfindung, fachpraktische Erfahrungen im Betrieb, Reflexion eigener Eignung, Neigungen und Fähigkeiten sowie verbesserte Selbsteinschätzung, Realisierungsstrategien sowie sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung. VBO nach § 33 SGB III muss in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden und ist auf maximal 4 Wochen begrenzt.

Mit der *erweiterten vertieften Berufsorientierung* wurde die Möglichkeit geschaffen, Berufsorientierungsmaßnahmen über einen Zeitraum von 4 Wochen hinaus und innerhalb des Unterrichts durchzuführen. Damit besteht auch die Möglichkeit, Elemente modular zu bündeln und kontinuierliche Maßnahmen anzubieten, die das ganze Schuljahr begleiten. Gefördert werden kann nur, wenn sich Dritte mit mindestens 50 % beteiligen, z. B. Land, Kommunen, Kammern, Schulen, Fördervereine der Schulen, Betriebe.

Der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) für die vertiefte und erweiterte vertiefte Berufsorientierung wird für 2011 mit 44.520 angegeben, ein deutlicher Rückgang von fast 20.000 Plätzen gegenüber dem Vorjahr. Die Zugänge liegen für 2011 bei 146.395. Sie sind im letzten Jahr erneut gesunken, 2010 waren es noch 171.268.

BA: Berufseinstiegsbegleitung (SGB III § 421s)
Aufgabe der Berufseinstiegsbegleitung ist es, Jugendliche beim erfolgreichen Abschluss der allgemeinbildenden Schule, bei der Berufsorientierung und Ausbildungsplatzsuche sowie bei der Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses zu unterstützen. Für eine Erprobungsphase wurden zunächst 1.000 Schulen ausgewählt, die zum Hauptschulabschluss führen, insbesondere Förder- und Sonderschulen und Schulen mit hohem Migrationsanteil. Im Jahr 2011 umfasste die Förderung nach Auskunft der BA 22.831 Plätze (Zugänge). Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr (14.651 Plätze).

Darüber hinaus sollen im Rahmen der Initiative „Bildungsketten“ des BMBF hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter/-innen bis zu 30.000 bildungsgefährdete Schüler/-innen von rund 1.000 ausgewählten Schulen[210] beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung unterstützen. Seit November 2010 haben 713 Berufseinstiegsbegleiter/-innen ihre Arbeit an ausgewählten Schulen aufgenommen. Ihre Zahl soll bis Ende 2014 auf etwa 1.000 aufgestockt werden.

BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten
Das Programm wurde 2010 nach einer Programmphase verstetigt. Es wendet sich an Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen, die einen Schulabschluss der Sekundarstufe I anstreben. Mit diesem Programm will das BMBF den Übergang zwischen Schule und Ausbildung erleichtern und die Zahl der Ausbildungsabbrecher und -abbrecherinnen senken.

Es beginnt mit einer Potenzialanalyse ab Klasse 7, bei der die Schülerinnen und Schüler ihre Potenziale, Fähigkeiten, Interessen und Neigungen kennenlernen und diese zur Grundlage ihrer Praktikums- und Berufswahl machen. Die Potenzialanalyse liefert Hinweise für die Werkstatttage und für die individuelle Förderung, z. B. im Rahmen der Berufseinstiegsbegleitung. Ab der 8. Klasse erhalten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, in Werkstätten in mindestens 3 verschiedenen Berufsfeldern ihre Fähigkeiten und Stärken praktisch zu erproben. Das Programm läuft über 2 Wochen (80 Stunden) in den überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) oder Trägereinrichtungen; dazu kooperieren diese mit den Schulen und Lehrkräften.

Das BIBB führt die Förderung für das BMBF durch und bewilligte 2011 für insgesamt knapp 120.000 Schülerinnen und Schüler 360 Projekte, das ist eine deutliche Steigerung zum Vorjahr (2010: 100.000 Schülerinnen und Schüler, 262 Projekte).

---

210 Die Auswahl der Schulen kann eingesehen werden unter: **http://www.bildungslandschaft.eu/uploads/Berufseinstiegsbegleitung/2008__11__04__liste__der__schulen__mit__berufseinstiegsbegleitung.pdf**.

2. Handlungsfeld: Übergang von der Schule in den Beruf

BMBF: Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement
Die Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement innerhalb des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ will den Aufbau von regionalen Übergangsmanagements anstoßen, die Umsetzung wirksamer Verfahren des Übergangsmanagements unterstützen und die in der Entwicklung und Erprobung des Übergangsmanagements gewonnenen Erfahrungen, Einsichten, Standards und Instrumente für eine Nachnutzung für Politik, Verwaltungen und Praxis bundesweit bereitstellen. Die Förderinitiative stimmt an 55 Standorten die verschiedenen bereits vorhandenen Förderangebote und Unterstützungsleistungen aufeinander ab, um Jugendlichen einen problemloseren Anschluss von der Schule in eine Berufsausbildung zu erleichtern. Die Projekte sind bei Kommunen angesiedelt.[211]

BMFSFJ: Kompetenzagenturen (JUGEND STÄRKEN)
Kompetenzagenturen unterstützen besonders benachteiligte Jugendliche dabei, ihren Weg in einen Beruf und in die Gesellschaft zu finden. Sie bieten Hilfen für diejenigen, die vom bestehenden System der Hilfeangebote für den Übergang von der Schule in den Beruf nicht (mehr) erreicht werden. Ansprechpartner suchen die Jugendlichen auf, vereinbaren gemeinsam mit ihnen individuelle Förder- und Qualifizierungspläne und kontrollieren die Umsetzung. Sie begleiten die Jugendlichen langfristig und beziehen dabei ihr familiäres und persönliches Umfeld ein.

Bundesweit stehen 181 Kompetenzagenturen zur Verfügung. Das BMFSFJ fördert das Programm aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Initiative „JUGEND STÄRKEN“.[212]

BMFSFJ: Schulverweigerung – die 2. Chance (JUGEND STÄRKEN)
Das Programm Schulverweigerung – Die 2. Chance richtet sich an Jugendliche, die ihren Hauptschulabschluss durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährden. Ziel des Programms ist es, diese Jugendlichen in das Schulsystem zurückzuführen und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu verbessern. Bundesweit wurden 2011 191 Anlauf- und Beratungsstellen gefördert. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.[213]

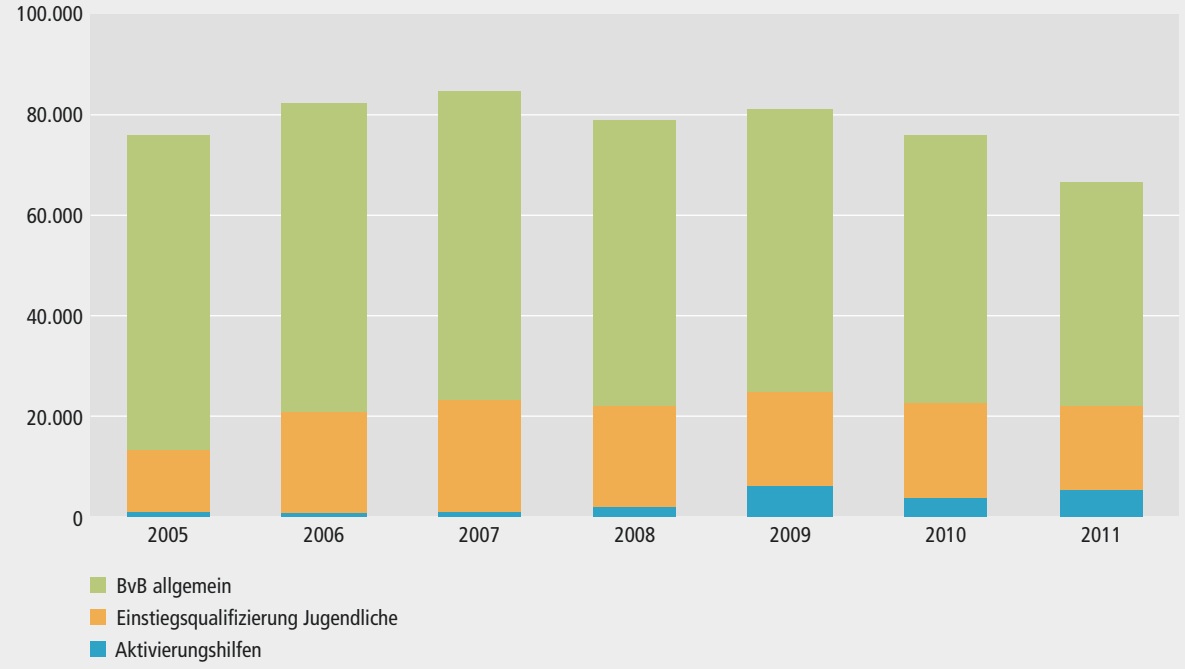
3. Handlungsfeld: Berufsvorbereitung

Maßnahmen der Berufsvorbereitung hatten bis 2007 eine deutliche Ausweitung erfahren. Sie hatten – vor allem in Westdeutschland – einen erheblichen Teil der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz aufgenommen **→ Schaubild A7.1-2**. Seit 2008 gingen die Zahlen berufsvorbereitender Maßnahmen zurück, 2010 setzte sich dieser Trend weiter fort. Der angesichts der Debatten um den demografischen Rückgang zu erwartende deutliche Rückgang der BvB war 2010 nur für Ostdeutschland zu belegen. Erst im Jahr 2011 ist in West- und in Ostdeutschland der Jahresdurchschnittsbestand an Teilnehmenden gleichermaßen gesunken. Wie in den letzten Jahren befand sich mehr als ein Viertel der Teilnehmenden in einer Einstiegsqualifizierung, also in einer betrieblichen Berufsvorbereitung, der weitaus größte Teil davon in Westdeutschland.

BA: Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (SGB III § 61)
Mit den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) wird die Eingliederung in Ausbildung angestrebt; wenn dieses Ziel nicht erreicht werden kann, die Aufnahme einer Beschäftigung. Zur Zielgruppe gehören – unabhängig von der erreichten Schulbildung – Jugendliche und junge Erwachsene, sofern sie ohne berufliche Erstausbildung sind, ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt und in der Regel das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, insbesondere junge Menschen, die noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen oder deren Vermittelbarkeit am Ausbildungsmarkt durch die weitere Förderung verbessert werden kann. Die maximale individuelle Förderdauer beträgt i. d. R. bis zu 10 Monate, kann aber in begründeten Fällen verlängert werden. Ausnahmen betreffen junge Menschen mit Behinderung und jun-

211 Siehe: **http://www.perspektive-berufsabschluss.de**.
212 Siehe: **http://www.kompetenzagenturen.de/**.
213 Siehe: **http://www.zweitechance.eu/**.

Schaubild A7.1-2: **Teilnehmende in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierung und Aktivierungshilfen der Bundesagentur für Arbeit (Jahresdurchschnittsbestand)**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik, Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

ge Menschen, die innerhalb der BvB ausschließlich an einer Übergangsqualifizierung teilnehmen.

Die Zahlen bilden allmählich die demografische Entwicklung und die Entspannung am Ausbildungsmarkt ab. Die Maßnahmeplätze (Zugänge) gingen im zweiten Jahr in Folge um rund 10.000 zurück, die Teilnehmendenzahl bei rehaspezifischen BvB blieb gleich. Nachdem in den Jahren 2005 bis 2007 durchschnittlich jeweils rund 63.000 Teilnehmende im Rahmen der BvB allgemein gefördert worden waren, ging der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) im Jahr 2011 bereits zum vierten Mal in Folge auf nun 44.872 zurück → **Schaubild A7.1-1**. 42 % der Teilnehmenden waren weiblich. Hinzu kamen 2011 mit durchschnittlich 10.778 etwas weniger Teilnehmende an rehaspezifischen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr.

In Ostdeutschland ging die Zahl um rund 18 % zurück (2010: 9.337, 2011: 7.679), in Westdeutschland betrug der Rückgang der BvB-Teilnehmenden im Jahresdurchschnitt rund 16 % (2010: 44.137, 2011: 37.181).

BA: Aktivierungshilfen für Jüngere (SGB III § 45 Abs. 1 Nr. 1)
Im Vorfeld von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung richten sich Aktivierungshilfen an Jugendliche, die z. B. für eine Förderung im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen (noch) nicht in Betracht kommen, z. B. aufgrund vielfältiger und schwerwiegender Hemmnisse insbesondere im Bereich Motivation/Einstellungen, Schlüsselkompetenzen und sozialer Kompetenzen (Bundesagentur für Arbeit 2009f, S. 3 f.). Die Zielgruppe sind junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben, über keine berufliche Erstausbildung verfügen und wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne diese Förderung nicht bzw. noch nicht eingegliedert werden können. Ziel ist, die Personen für eine berufliche Qualifizierung zu motivieren und sie zu stabili-

sieren. Die Förderdauer beträgt i. d. R. 6 Monate, eine Verlängerung bis zu 12 Monaten ist möglich.

Die Zugänge betrugen 2011 insgesamt 17.919 (14.569 im Jahr 2010). Im Berichtsjahr 2009 hatte die Zahl der Eintritte (in die alte Maßnahme nach § 241 Abs. 3a SGB III)[214] bei 16.887 gelegen → **Schaubild A7.1-2**.

BA: Einstiegsqualifizierung (SGB III § 235b)
Die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)[215] wurde zum 1. Oktober 2007 als Leistung für Arbeitgeber gesetzlich verankert (§ 235b SGB III). Sie soll jungen Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven ein „Türöffner" in eine betriebliche Berufsausbildung sein. Eine EQ, die mindestens 6, aber längstens 12 Monate dauert, dient der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit. Die Inhalte einer EQ orientieren sich an den Inhalten eines anerkannten Ausbildungsberufes.

Zur Zielgruppe gehören nicht vollzeitschulpflichtige junge Menschen unter 25 Jahren:
- Ausbildungsbewerber/-innen mit individuell eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach dem 30. September eines Jahres noch nicht in Ausbildung vermittelt sind,
- Teilnehmer/-innen, die noch nicht in vollem Umfang über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen,
- Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.

Für Jugendliche, die einer zusätzlichen Förderung bedürfen, bietet „EQ plus" eine Kombination aus Einstiegsqualifizierung und ausbildungsbegleitenden Hilfen.

Der JD-Bestand für EQJ und EQ war in den Vorjahren zurückgegangen, von 22.295 Plätzen im Jahr 2007 auf 18.558 im Jahr 2009. Dieser Trend hat sich, abgesehen von einem kleinen Anstieg im Jahr 2010, fortgesetzt → **Schaubild A7.1-2.** An einer EQ nahmen im Jahr 2011 im Jahresdurchschnitt 16.493 junge Menschen teil. Anders als in den Vorjahren, als der Anteil der weiblichen Teilnehmer in der EQ immer etwas höher lag als in den BvB (allgemein), waren junge Frauen im Jahr 2011 in beiden Maßnahmen mit knapp 42 % gleich stark vertreten. Die EQ ist in Westdeutschland deutlich mehr verbreitet als in den östlichen Bundesländern. Die Plätze im Osten (1.607) machen im Jahresdurchschnitt nur ca. 9,7 % der Gesamtzahl für 2011 aus (14.883 Plätze in Westdeutschland).

4. Handlungsfeld: Berufsausbildung

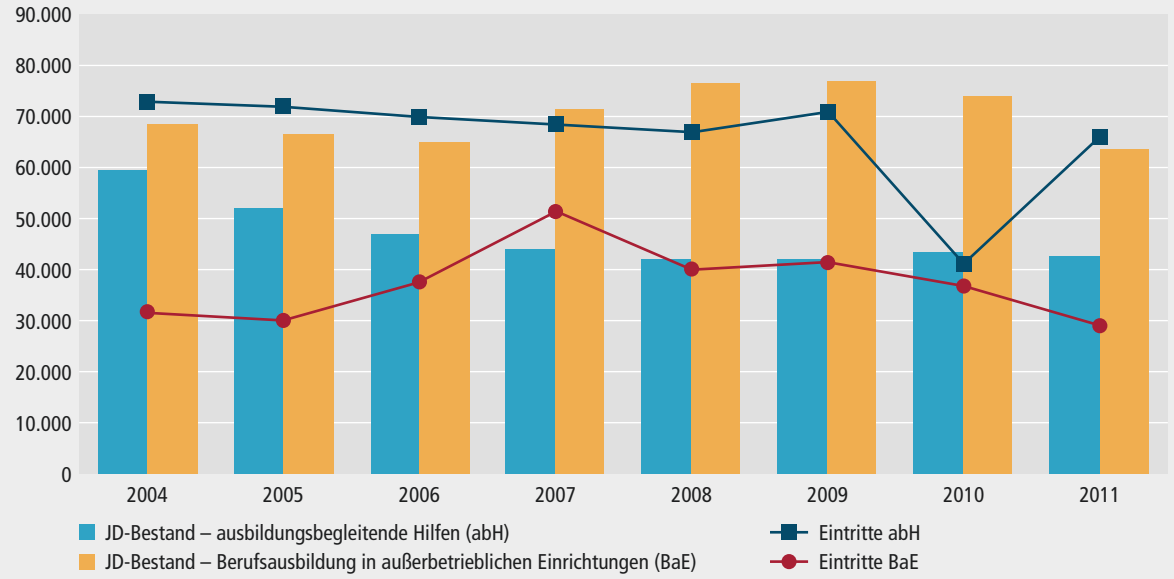
Den größeren Teil der Förderung im Handlungsfeld Berufsausbildung macht die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) aus, die 2. Säule bilden die ausbildungsbegleitenden Hilfen. Hier zeigt sich eine deutliche Schwerpunktverschiebung: weg von Sonderwegen hin zu einer Förderung innerhalb einer betrieblichen Ausbildung. So sind die Zahlen für BaE 2011 deutlich zurückgegangen, während die Zugänge für abH erheblich stiegen. Die Zahlen für den Ausbildungsbonus sind in 2011 extrem rückläufig.

BA: Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (SGB III § 242 ff.)
Für benachteiligte Jugendliche, bei denen eine Vermittlung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und nach Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme nicht erfolgreich ist, kann eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE) gefördert werden. Seit dem 1. August 2009 kann auch nach der vorzeitigen Lösung eines betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsausbildungsverhältnisses die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortgesetzt werden, wenn eine Eingliederung in betriebliche Berufsausbildung aussichtslos erscheint. Eine individuelle Benachteiligung braucht in diesem Fall nicht vorzuliegen. Ein Fall der vorzeitigen Vertragslösung kann z. B. Folge einer Insol-

214 Bei den hier ausgewiesenen Daten handelt es sich bis einschließlich 2009 um Ergebnisse der Statistik der BA zu Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Aktivierungshilfen nach § 241 Abs. 3a SGB III a. F. Diese Rechtsgrundlage wurde mit dem Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom 21. Dezember 2008 aufgehoben. Vergleichbare Maßnahmen können seitdem unter der Rechtsgrundlage „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung" (aktuell § 45 Abs. 1 Nr. 1 SGB III) gefördert werden. Das mit den bisherigen Aktivierungshilfen nach § 241 Abs. 3a SGB III a. F. vergleichbare Maßnahmekonzept ist überführt in „Aktivierungshilfen für Jüngere" im Rahmen des § 45 Abs. 1 Nr. 1 SGB III.

215 Vormals Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ).

Schaubild A7.1-3: **Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung der Bundesagentur für Arbeit**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik, Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

venz, Stilllegung bzw. Schließung des ausbildenden Betriebes sein.

Im Jahr 2011 war der JD-Bestand für BaE mit 63.775 Auszubildenden insgesamt deutlich niedriger als im Vorjahr. Von 2006 (63.857 Auszubildende) bis 2009 (76.831 Auszubildende) hatte der JD-Bestand jährlich zugenommen, im Jahr 2010 erfolgte die Trendwende mit 74.170 Auszubildenden. Der Wandel zeigt sich vor allem in Ostdeutschland, hier wurden im Jahresdurchschnitt mit 21.474 fast 7.000 Auszubildende weniger gefördert als im Vorjahr. In Westdeutschland waren es 2011 mit durchschnittlich 42.298 nur rund 3.400 Auszubildende weniger als 2010 (West 2010: 45.713, Ost 2010: 28.457). Der Bestand sank somit im Westen von 2010 auf 2011 um 7,5 %, im Osten um 25 %.

Sieht man sich die Zugänge an, die die aktuelleren Entwicklungstendenzen (nur des letzten Jahres) abbilden, ist die oben beschriebene Trendwende noch deutlicher zu erkennen. Im Jahr 2011 haben insgesamt 28.993 Auszubildende eine BaE begonnen. Die Eintritte BaE West lagen bei 21.566, BaE Ost bei 7.425. Im Verhältnis zum Vorjahr ging die Zahl im Westen (West 2010: 25.978) um 17 % zurück, im Osten (Ost 2010: 11.215) doppelt so stark, nämlich um 34 %.

BA: Ausbildungsbegleitende Hilfen (SGB III § 241)
Auszubildende mit Förderbedarf können begleitend zu einer betrieblichen Berufsausbildung ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) erhalten, wenn sie zusätzliche Unterstützung benötigen, ohne die der Ausbildungserfolg gefährdet wäre. AbH werden von Bildungsträgern im Auftrag der BA oder des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende angeboten. Unterstützt werden Maßnahmen, die über betriebs- und ausbildungsübliche Inhalte hinausgehen, z. B. Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, Förderung der Fachpraxis und Fachtheorie sowie sozialpädagogische Begleitung. Seit dem 1. August 2009 können diese nach Abbruch einer betrieblichen Berufsausbildung bis zur Aufnahme einer weiteren betrieblichen bzw. einer außerbetrieblichen Berufsausbildung oder nach erfolgreicher Beendigung bis zur Begründung oder Festigung eines Arbeitsverhältnisses fortgeführt werden; abH können seitdem auch bereits während einer Einstiegsqualifizierung erbracht werden.

Im Jahr 2011 betrug der JD-Bestand für abH 42.712 Teilnehmende. Diese Zahl hatte von 2005 bis 2009 jährlich kontinuierlich abgenommen und ist 2010 erstmals wieder angestiegen → **Schaubild A7.1-3**. Die Zahl der Zugänge in abH betrug 2011 insgesamt 66.026 Personen und hat nach einem Einbruch im Jahr 2010 fast wieder den Stand der Vorjahre erreicht (2006 = 69.124; 2007 = 67.931; 2008 = 67.146; 2009 =71.100). Laut Auskunft der BA spiegelt der Jahresdurchschnittsbestand von abH die Entwicklung realistischer wider als die Zahl der Eintritte.[216]

Junge Frauen sind in beiden Maßnahmen – wie bereits in den Jahren zuvor – unterrepräsentiert: Sie stellten 2011 in BaE 39 %, in abH sogar nur 32 % der Teilnehmenden.

BA: Ausbildungsbonus (SGB III § 421r)
Der Ausbildungsbonus wurde 2009 auf Beschluss des Bundestags ausgeweitet. Es handelt sich um einen einmaligen pauschalen Zuschuss für Unternehmen, die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige junge Menschen schaffen oder Azubis aus insolventen Unternehmen übernehmen.

Im Jahr 2011 hatten Betriebe für 2.092 Ausbildungsstellen (Eintritte bzw. Bewilligungen) einen Ausbildungsbonus erhalten. Das sind rund 87 % weniger als 2010 (15.771 Eintritte). Der Ausbildungsbonus wird demnach im Vergleich zu den Vorjahren kaum noch von den Betrieben in Anspruch genommen.

5. Handlungsfeld: Nachqualifizierung/ sonstige Qualifizierung

Seit 1995 ist in Modellversuchen zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung und auf Landesebene eine Vielzahl von Modellen, Konzepten und Initiativen entwickelt worden. Entsprechende Strukturen für eine Förderung aufzubauen und Nachqualifizierung als eigenes Handlungsfeld zu etablieren ist das Ziel der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ des aktuellen BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ → **Tabelle A7.1-2**.

BA: Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer (SGB III § 421o)
Arbeitgeber können zur Eingliederung von Personen, die bei Aufnahme der Beschäftigung das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Zuschüsse erhalten, wenn diese vor Aufnahme der Beschäftigung mindestens 6 Monate arbeitslos (§ 119 SGB III) waren, nicht über einen Berufsabschluss verfügen und im Rahmen des Arbeitsverhältnisses qualifiziert werden. Inhalt der Qualifizierung soll die betriebsnahe Vermittlung von arbeitsmarktverwertbaren Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten sein, die die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und auf einen beruflichen Abschluss vorbereiten können. Sie kann auch durch einen Träger durchgeführt werden, wenn eine Qualifizierung im Betrieb nicht möglich ist.

Das Instrument wird kaum noch genutzt. Beim Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer/-innen waren 2011 insgesamt 17 Zugänge zu verzeichnen, 2010 waren es noch 399 Zugänge.

BA: Arbeitsgelegenheiten (SGB II §§ 3, 16, Grundsicherung für Arbeitsuchende)
Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH ME) sind nachrangig gegenüber Vermittlung in Arbeit, Ausbildung, Qualifizierung oder anderen Eingliederungselementen. Sie sollen an den allgemeinen Arbeitsmarkt heranführen, die soziale Integration fördern und Beschäftigungsfähigkeit erhalten. AGH ME für junge Menschen unter 25 Jahren (U 25) sollen insbesondere mit Qualifizierungselementen gestaltet sein (z. B. Sprachkurse), diese sind bis zu einer Dauer von 8 Wochen zulässig, Praktika bei einem oder mehreren Arbeitgebern bis zu einer Dauer von 4 Wochen.

AGH ME sollen im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung als zweckmäßiges Modul einer ganzheitlichen Betreuungs- und Integrationsstrategie einen

216 Die Eintritte in abH werden stark von der vertraglichen Ausgestaltung der Maßnahmen beeinflusst. Jugendliche, die abH über 2 Maßnahmen hinweg unterbrechungsfrei in Anspruch nehmen, müssen technisch aus der alten Maßnahme aus- und in die neue Maßnahme eingebucht werden. Dies führt im Statistikverfahren zu einer Austritts- und zu einer erneuten Eintrittszählung. Dieser Effekt war im Jahr 2010 deutlich geringer als in den Jahren 2009 und 2011, da im Jahr 2009 abH erstmals Maßnahmen mit einer Vertragslaufzeit von 2 Jahren ausgeschrieben wurden. Um den doppelten Erfassungsaufwand bei diesen Fällen einzusparen, sind laut Auskunft der BA programmtechnische Änderungen geplant, deren Umsetzung auch dazu führen wird, dass im Statistikverfahren die Zählung von Ein- und Austritten korrekt erfolgen kann.

Teilschritt in einer Förderkette darstellen. Die Strategie soll individuell auf die Bedarfsgemeinschaft abgestimmt sein. Für junge Menschen mit besonderen Problemlagen soll eine begleitende und möglichst umfassende sozialpädagogische Betreuung sichergestellt werden (Bundesagentur für Arbeit 2009e).

Im Jahr 2011 wurde in den AGH U 25 ME mit Qualifizierungsanteil eine Zunahme verzeichnet. Die Zugänge an Teilnehmenden stiegen von 77.928 im Jahr 2010 auf 84.680 an.

BMBF: „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung" (Förderprogramm: Perspektive Berufsabschluss)
Die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung" ist als Strukturveränderungsprogramm angelegt. Sie will nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung schaffen und so zur Verringerung des Anteils an- und ungelernter junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung beitragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren – insbesondere Kammern, Unternehmen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Träger der Arbeitsförderung/Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Bildungsträger, kommunale/regionale Wirtschaftsförderung – Konzepte für bedarfsgerechte Nachqualifizierung regional angepasst und implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Betroffene und insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen aufgebaut. Arbeitslosen An- und Ungelernten werden Möglichkeiten eröffnet, nachträglich einen Berufsabschluss zu erwerben und so ihre Beschäftigungschancen zu verbessern. Unternehmen werden Wege aufgezeigt, Qualifizierungspotenziale an- und ungelernter Beschäftigter zu erschließen und so ihren Fachkräftebedarf zu decken. Die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung" schafft durch 42 Projekte geeignete Rahmenbedingungen, um an- und ungelernten jungen Erwachsenen mit und ohne Beschäftigung einen nachträglichen Berufsabschluss zu ermöglichen. Durch die Entwicklung regionaler Strukturen soll die Nachqualifizierung zum Regelangebot werden.

(Petra Lippegaus-Grünau, Thomas Materna)

A7.2 Die Entwicklung von Zusatzqualifikationen

Zusatzqualifikationen E sind ein hervorragendes Instrument der Flexibilisierung und Differenzierung der dualen Berufsausbildung. Sie geben Betrieben die Möglichkeit, individuelle Qualifikationsanforderungen, die aus der Perspektive des Unternehmens nicht oder nicht in ausreichendem Maße in der jeweiligen Ausbildungsordnung berücksichtigt werden, abzudecken. Damit können sie flexibel und bedarfsgerecht auf veränderte Qualifikationsanforderungen reagieren. Auf der anderen Seite erhalten die Jugendlichen die Möglichkeit, Ausbildungsinhalte nach ihren individuellen Interessen zu ergänzen. Gerade leistungsstärkeren Schulabgängern/Schulabgängerinnen bietet die duale Ausbildung damit eine attraktive Möglichkeit. Für Abiturienten/Abiturientinnen ist die berufliche Bildung eine Erfolg versprechende Alternative zum Studium, wenn die Ausbildung durch eine Zusatzqualifikation aufgewertet wird. Aus bildungspolitischer Sicht sind Zusatzqualifikationen von großer Bedeutung, weil sie mit anerkannten Fortbildungsabschlüssen die berufliche Erstausbildung mit der Weiterbildung enger verzahnen und die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöhen.

E Zusatzqualifikationen

Gesetzliche Grundlage ist das Berufsbildungsgesetz (BBiG). Gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5 werden unter Zusatzqualifikationen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten verstanden, die über die Ausbildungsinhalte hinausgehen. In der fachwissenschaftlichen Diskussion wie in der Berufsbildungspraxis werden unter Zusatzqualifikationen darüber hinaus solche Maßnahmen verstanden,

- die parallel zur Berufsausbildung stattfinden oder unmittelbar im Anschluss daran,
- die einen gewissen zeitlichen Mindestumfang nicht unterschreiten (40 Stunden) und
- zertifiziert werden können.

Die AusbildungPlus-Datenbank (vgl. E **in Kapitel A7.3)** erfasst bundesweit knapp 2.250 Modelle von Zusatzqualifikationen. Während das Angebot verschiedener Modelle seit 2004 relativ stabil erscheint, sind die Beteiligung der Wirtschaft und das Interesse der Auszubildenden von Schwankungen gekennzeichnet. So verzeichnete die AusbildungPlus-Datenbank zum 30. April 2012 zum zweiten Mal in Folge einen Rückgang der Angebote von Zusatzqualifikationen durch Unternehmen, und zwar um insgesamt knapp 5 % (von 2010 auf 2012) auf 16.103.

Tabelle A7.2-1: **Zusatzqualifikationen – Modelle, Anzahl der Unternehmen und Auszubildenden von 2004 bis 2012**

Jahr	Modelle von Zusatzqualifikationen	Veränderung zum Vorjahr in %	Angebote von Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Auszubildende	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	2.107		9.996		65.097	
2005	2.160	2,5	11.772	17,8	72.945	12,1
2006	2.124	-1,7	11.860	0,7	67.811	-7,0
2007	2.177	2,5	13.292	12,1	76.125	12,3
2008	2.257	3,7	14.292	7,5	77.724	2,1
2009	2.253	-0,2	15.108	5,7	81.102	4,3
2010	2.262	0,4	16.902	11,9	80.040	-1,3
2011	2.227	-1,6	16.197	-4,2	83.316	4,1
2012	2.248	0,9	16.103	-0,6	85.015	2,0

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.2-2: **Anbieter von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2012**

Jahr	Ausbildungs-betrieb	Berufsschule	HWK	IHK	Fach-hochschule/ Universität	Hersteller/ Lieferant	Verband/ Bildungs-einrichtung	Sonstige	Summe
2004	343	780	227	282	0	27	43	405	**2.107**
2005	332	880	220	269	0	13	44	402	**2.160**
2006	332	906	208	200	0	13	50	415	**2.124**
2007	317	1.036	207	192	0	8	49	368	**2.177**
2008	316	1.116	208	195	1	6	52	363	**2.257**
2009	312	1.085	208	195	1	6	54	392	**2.253**
2010	310	1.090	209	189	2	6	56	400	**2.262**
2011	287	1.090	207	187	2	6	56	392	**2.227**
2012	295	1.098	202	185	3	6	55	404	**2.248**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Gleichzeitig stieg die Zahl der Modelle um 21 und die der Auszubildenden, die eine Zusatzqualifikation absolvieren, um 2 % auf über 85.000 an. In → **Tabelle A7.2-1** wird die Entwicklung des Angebots von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2012 dargestellt.

Anbieter

Die meisten Zusatzqualifikationen werden von den Berufsschulen angeboten. Sie halten mit 1.098 knapp die Hälfte der Modelle bereit. Das Angebot der Ausbildungsbetriebe selbst war in den letzten Jahren leicht rückläufig. Zum 31. April 2012 hat sich die Anzahl der Modelle erstmals wieder um 8 Modelle erhöht. Weitgehend stabil ist das Angebot der Ausbildungsbetriebe und der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern → **Tabelle A7.2-2**.

Inhaltliche Schwerpunkte

Zusatzqualifikationen werden in einem breiten inhaltlichen Spektrum angeboten → **Tabelle A7.2-3**. Das größte Angebot gibt es weiterhin für internationale Zusatzqualifikationen. Von den 703 Angeboten in diesem Bereich entfallen fast 81 % auf Fremdsprachen, 11,6 % auf Auslandspraktika und gut 7 % auf internationales Management/Außenhandel. Es folgen die Technik (324 Modelle), die 2012 den stärksten Zuwachs um fast 7 % verzeichnet, und die kaufmännischen Qualifikationen (260). Bei den Letzteren wurden vor allem die anerkannten Fortbildungen zum Handelsassistenten/ zur Handelsassistentin und zum/zur Handelsfachwirt/ -in, aber auch der/die Betriebsassistent/-in im Handwerk stark nachgefragt. Die Informationstechnologie steht mit 253 Modellen an vierter Stelle. Beliebte Beispiele aus diesem Bereich sind etwa CNC-Techniken, der europäische Computerführerschein (ECDL) oder Programmiersprachen wie C ++. Modelle für den Erwerb der Fachhochschulreife parallel zur Berufsausbildung haben seit 2004 zunächst stark, dann aber auf niedrigem Niveau stetig zugenommen. Derzeit gibt es 189 verschiedene Modelle, mit denen man das Fachabitur zusammen mit einer Ausbildung erwerben kann (2004: 133 Modelle).

Die in diesem Überblick enthaltenen Zusatzqualifikationen sind nicht im Rahmen einer Ausbildungsordnung geregelt. Sie unterscheiden sich damit von den kodifizierten Zusatzqualifikationen. Mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) im Jahr 2005 wurde in § 5 Abs. 2, Nr. 5 die Möglichkeit geschaffen, Zusatzqualifikationen in Ausbildungsordnungen zu verankern, § 49 BBiG regelt ihre Prüfung. Davon wurde bisher für die Ausbildungsberufe Musikfachhändler/-in, Buchhändler/-in, Tourismuskaufmann/-frau, Medientechnologe/-technologin Siebdruck, Medientechnologe/-technologin Druck und Textilgestalter/-in Gebrauch gemacht. Durch die einheitliche Regelung in der Ausbildungsordnung besitzen sie bundesweite Gültigkeit, d. h., es gibt keine regionalen Unterschiede bei diesen Zusatzqualifikationen.

Tabelle A7.2-3: **Inhaltliche Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2012**

Inhaltliche Schwerpunkte	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Kaufmännische Qualifikationen	266	275	260	238	244	251	261	259	260
Internationale Qualifikationen	538	570	606	646	718	709	708	700	703
Technik	334	338	322	312	306	309	307	303	324
EDV/IT	293	307	263	282	282	274	270	261	253
Körper/Gesundheit	116	104	97	93	90	90	88	89	88
Medien/Telekommunikation	33	31	30	28	28	28	20	20	20
Gartenbau/Land- und Forstwirtschaft, Tierpflege	10	11	13	12	12	11	11	11	11
Bau-/Ausbauwesen	135	133	127	125	126	126	129	128	131
Tourismus/Gastronomie	41	43	47	48	49	56	54	58	60
Fächerübergreifende Qualifikationen	133	135	149	156	160	157	166	151	150
Sonstige	74	66	60	58	59	62	67	62	57
Fachhochschulreife	134	147	150	179	183	180	181	185	189
Sozialwesen – neu –									2
Summe	**2.107**	**2.160**	**2.124**	**2.177**	**2.257**	**2.253**	**2.262**	**2.227**	**2.248**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.2-4: **Regionale Verteilung von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2012**

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Baden-Württemberg	373	385	374	399	398	397	398	398	405
Bayern	118	117	113	115	117	110	120	119	118
Berlin	60	57	65	71	72	74	70	70	72
Brandenburg	79	80	76	59	57	57	56	56	55
Bremen	10	10	8	7	7	7	7	7	8
Hamburg	43	41	40	46	46	48	43	45	46
Hessen	128	124	136	138	139	148	159	154	148
Mecklenburg-Vorpommern	58	49	47	48	48	45	48	47	50
Niedersachsen	188	199	181	188	188	183	177	171	167
Nordrhein-Westfalen	408	455	468	476	542	541	543	524	536
Rheinland-Pfalz	68	66	68	61	59	57	52	50	49
Saarland	14	17	14	16	16	18	18	17	17
Sachsen	295	292	284	276	296	301	300	295	297
Sachsen-Anhalt	39	37	28	29	30	28	27	26	30
Schleswig-Holstein	44	43	43	56	56	54	55	55	56
Thüringen	182	188	179	192	186	185	189	193	194
Summe	**2.107**	**2.160**	**2.124**	**2.177**	**2.257**	**2.253**	**2.262**	**2.227**	**2.248**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Regionale Verteilung

Seit Jahren gibt es regionale Schwerpunkte beim Angebot an Zusatzqualifikationen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Sachsen, gefolgt von Thüringen, Niedersachsen, Hessen und Bayern, wobei in Bayern, Sachsen und Hessen ein überdurchschnittlicher Rückgang in den Angeboten der Unternehmen zu verzeichnen ist → **Tabelle A7.2-4**. Besonders hohe Zuwächse bei den Auszubildenden, die eine Zusatzqualifikation erwerben, zeigen sich in Bremen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen.

(Hedwig Brengmann-Domogalla, Jochen Goeser)

A7.3 Die Entwicklung dualer Studiengänge

Seit ihrer Einführung in den 70er-Jahren erfreuen sich duale Studiengänge E stetig steigender Beliebtheit, da sie den Beteiligten eine Reihe von Vorteilen bieten: Für Unternehmen stellen sie eine Möglichkeit dar, ihren Fachkräftenachwuchs besonders praxisgerecht auszubilden. Zudem können sie Bewerber/-innen durch diese attraktive Ausbildungsform frühzeitig an das Unternehmen binden. Jugendliche wiederum schätzen neben der Praxisnähe dualer Studiengänge besonders die Möglichkeit, während des Studiums ein Einkommen zu erzielen, und die guten Übernahmechancen in den Unternehmen. Die Praxisnähe und der gute Kontakt zu den Unternehmen bietet den Hochschulen unter anderem eine willkommene Grundlage zur Abgrenzung gegenüber anderen Ausbildungsinstitutionen. Diese Faktoren führten in den vergangenen Jahren zu einer rasanten Steigerung des Angebots dualer Studiengänge. Sie betrug von April 2010 bis April 2011 20 %, bis April 2012 jedoch nur noch 3,5 %, wenn nur die Ausbildungsangebote für die Erstausbildung berücksichtigt werden (Bundesinstitut für Berufsbildung 2011c und 2013). Eine mögliche Erklärung für die weniger starke Zunahme sind die unsicheren Zukunftsaussichten der Unternehmen, die mit der Eurokrise einhergingen.

E Duale Studiengänge

Als dualer Studiengang wird ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie mit integrierter Berufsausbildung bzw. Praxisphasen in einem Unternehmen bezeichnet. Neben dem Begriff des dualen Studiums werden für diese Studienform auch Bezeichnungen wie „Verbundstudium", „kooperatives Studium", „Studium mit vertiefter Praxis" u. v. m. verwendet. Von klassischen Studiengängen unterscheidet sich ein dualer Studiengang durch einen höheren Praxisbezug, der abhängig von Studiengang und Hochschule variiert. Kennzeichnend für duale Studiengänge sind außerdem immer die beiden Lernorte Hochschule bzw. Akademie und Betrieb, an denen sie stattfinden. Berufspraxis und Studium sind organisatorisch und curricular miteinander verzahnt. In der Literatur werden 4 Typen von dualen Studiengängen unterschieden:

- ***Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge*** verbinden das Studium mit einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Dabei werden die Studienphasen und die Berufsausbildung sowohl zeitlich als auch inhaltlich miteinander verzahnt. Es wird neben dem Studienabschluss, mittlerweile ist das im Regelfall der Bachelor, noch ein zweiter anerkannter Abschluss in einem Ausbildungsberuf erworben.
- ***Praxisintegrierende duale Studiengänge*** verbinden das Studium mit längeren Praxisphasen im Unternehmen. Zwischen den Lehrveranstaltungen an der Hochschule und der praktischen Ausbildung besteht ein inhaltlicher Bezug. Voraussetzung für eine Immatrikulation in einen praxisintegrierenden Studiengang ist eine vertragliche Bindung an ein Unternehmen, häufig in Form eines Arbeitsvertrags oder auch Praktikanten- oder Volontariatsvertrags.
- ***Berufsintegrierende duale Studiengänge*** sind Studiengänge für die berufliche Weiterbildung. Das Studium wird mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit kombiniert. Ein wechselseitiger inhaltlicher Bezug zwischen der beruflichen Tätigkeit und dem Studium ist auch bei diesem Modell vorgesehen.
- ***Berufsbegleitende duale Studiengänge*** ähneln Fernstudiengängen. Das Studium wird neben einer Vollzeitberufstätigkeit hauptsächlich im Selbststudium mit Begleitseminaren absolviert. Im Unterschied zu normalen Fernstudiengängen leistet bei diesem Modell der Betrieb einen spezifischen, dem Studium förderlichen Beitrag. Das kann beispielsweise die Freistellung von der Arbeit für die Präsenzphasen oder das Bereitstellen von betrieblichen Arbeitsmitteln sein.

Ausbildungs- und praxisintegrierende duale Studiengänge sind Angebote für die berufliche Erstausbildung und richten sich an Abiturienten/Abiturientinnen bzw. Interessenten/Interessentinnen mit Fachhochschulreife. Berufsintegrierende und berufsbegleitende duale Studiengänge sind auf die berufliche Weiterbildung ausgerichtet und sprechen diejenigen an, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit ein Studium absolvieren möchten.

In der AusbildungPlus-Datenbank E wurden 1.384 (30. April 2012) verschiedene duale Studiengänge erfasst. Diese Zahl stellt eine enorme Steigerung gegenüber dem Vorjahr dar, sie enthält aber einen wichtigen Sonderaspekt: Im vergangenen Jahr wur-

Tabelle A7.3-1: **Duale Studiengänge von 2004 bis 2012**

Jahr	Anzahl dualer Studiengänge	Veränderung zum Vorjahr in %	Angebote von Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Studierende	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	512		18.168		40.982	
2005	545	6,4	18.911	4,1	42.467	3,6
2006	608	11,6	22.003	16,4	43.536	2,5
2007	666	9,5	24.246	10,2	43.220	-0,7
2008	687	3,2	24.572	1,3	43.991	1,8
2009	712	3,6	26.121	6,3	48.796	10,9
2010	776	12,5	27.900	8,9	50.764	6,1
2011	929	20,0	40.874	47,0	61.195	21,0
2011[1]	879	k.A.	40.555	k.A.	59.628	k.A.
2012 [1]	910	3,5	45.630	12,5	64.093	7,5

[1] Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

den erstmals in großem Umfang duale Studiengänge für die Weiterbildung in der Datenbank erfasst. Ihre Anzahl betrug 474 (30. April 2012). In der Vergangenheit spielten duale Studiengänge für die Weiterbildung nur eine untergeordnete Rolle. Ihre Anzahl betrug 2011 lediglich 34, bis zum Jahr 2009 waren solche Angebote in der AusbildungPlus-Datenbank gar nicht enthalten. Um den Vorjahresvergleich nicht zu verfälschen, wurde daher eine Trennung der Auswertung der AusbildungPlus-Datenbank in duale Studiengänge für die Erstausbildung und für die Weiterbildung vorgenommen. Entsprechend wurde für das Jahr 2011 ein korrigierter Vergleichswert gebildet, der nur die Studiengänge für die Erstausbildung enthält. Dazu wurden die dualen Studiengänge für die Weiterbildung von der Gesamtzahl dualer Studiengänge abgezogen und die Kategorie „keine Angabe“ durch Recherche aufgelöst (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2011c).

E **AusbildungPlus**

Die Datenbank AusbildungPlus ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Projekt des Bundesinstituts für Berufsbildung. Sie bietet einen Überblick über bundesweite Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikation und über duale Studiengänge (**http://www.ausbildungplus.de**). Diese werden seit 2001 in einer Datenbank erfasst und interessierten Jugendlichen, Unternehmen, Bildungsanbietern und der Wissenschaft zugänglich gemacht. Die AusbildungPlus-Datenbank stellt mit ihrem umfassenden Datenbestand einen sehr guten Indikator für Trends und Entwicklungen im Bereich hochwertiger Ausbildungsangebote dar. Die Daten basieren dabei auf freiwilligen Angaben der Ausbildungsinstitutionen, sie bilden das entsprechende Angebot jedoch nicht im Sinne einer statistischen Vollerhebung ab. Dies gilt insbesondere für die Angabe der Zahl der Studienplätze. Da nicht alle Ausbildungsinstitutionen Angaben dazu machen, dürfte ihre tatsächliche Zahl deutlich höher liegen.

Vom 30. April 2011 bis zum 30. April 2012 stieg die Zahl der dualen Studiengänge für die Erstausbildung um 31 von 879 auf 910 an. Die Zahl der angebotenen Studienplätze erhöhte sich um 7,5 % auf mehr als 64.000. Die Zunahme bei den Angeboten der Unternehmen betrug 12,5 %. → **Tabelle A7.3-1** stellt die Entwicklung des Angebots von dualen Studiengängen von 2004 bis 2012 auf Basis der AusbildungPlus-Datenbank dar.

Tabelle A7.3-2: **Anbieter von dualen Studiengängen von 2004 bis 2012**

Jahr	Fachhochschulen	Berufsakademien	Universitäten	Verwaltungs- und Wirtschafts-akademien	Sonstige Hochschulen	Summe
2004	278	184	13	37	k.A.	**512**
2005	213	279	15	38	k.A.	**545**
2006	280	279	15	34	k.A.	**608**
2007	292	322	23	29	k.A.	**666**
2008	311	324	23	29	k.A.	**687**
2009	328	333	24	27	k.A.	**712**
2010	394	164	29	0	189	**776**
2011	545	153	28	0	203	**929**
2011[1]	510	142	28	0	199	**879**
2012[1]	537	137	30	0	206	**910**

[1] Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.3-3: **Fachrichtung von dualen Studiengängen von 2004 bis 2012**

Anzahl dualer Studiengänge nach Fachrichtung und Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2011[1]	2012[1]
Architektur	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0
Bauingenieurwesen	15	17	24	25	27	25	29	37	37	43
Elektrotechnik	47	48	51	56	60	65	77	87	87	91
Informatik	72	83	93	97	103	108	113	133	122	111
Ingenieurwesen	34	33	34	35	31	34	42	58	58	75
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	84	89	98	97	104	106	120	142	140	150
Mathematik	1	1	1	1	1	1	1	2	2	3
Sozialwesen	0	0	0	23	23	23	23	27	25	31
Verkehrstechnik/Nautik	5	5	7	10	10	10	11	13	13	13
Wirtschafts- und Gesellschaftslehre	15	24	21	14	14	13	12	17	16	8
Wirtschaftsingenieurwesen	16	19	24	24	26	26	28	35	35	42
Wirtschaftswissenschaften	223	226	254	282	286	300	319	378	344	343
Sonstiges	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Summe	**512**	**545**	**608**	**666**	**687**	**712**	**776**	**929**	**879**	**910**

[1] Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Anbieter

Duale Studiengänge für die Erstausbildung sind traditionell eine Domäne der Fachhochschulen → **Tabelle A7.3-2**. Sie boten 2012 mit 537 die meisten dualen Studiengänge an. In der Kategorie „sonstige Hochschulen" verzeichnet die AusbildungPlus-Datenbank 206 Studiengänge, darin enthalten sind 195 Angebote der dualen Hochschule Baden-Württemberg.[217] Die Berufsakademien standen mit 137 Studienangeboten an dritter Stelle. Das geringste Angebot machten die Universitäten zum Stichtag 30. April 2012 mit lediglich 30 Studiengängen. Die Wirtschafts- und Verwaltungsakademien (VWA) werden nicht mehr gesondert ausgewiesen. Sie sind privatrechtliche Bildungseinrichtungen, die eine duale Abiturientenausbildung anbieten. Die Absolventen/Absolventinnen dieser Ausbildung erwerben in der Regel erst durch Kooperationen mit staatlich anerkannten Hochschulen oder Akademien einen akademischen Abschluss und werden in der Auswertung der AusbildungPlus-Datenbank bei den prüfenden Ausbildungsinstitutionen mitgezählt.

Fachrichtungen

Die meisten dualen Studiengänge für die Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank sind den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie

Tabelle A7.3-4: **Regionale Verteilung dualer Studiengänge von 2004 bis 2012**

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2011[1]	2012[1]
Baden-Württemberg	141	152	167	192	194	201	214	236	228	237
Bayern	21	24	28	48	55	62	67	126	125	154
Berlin	21	22	23	21	21	23	24	27	25	20
Brandenburg	4	4	3	3	3	4	3	2	2	4
Bremen	2	2	4	6	6	6	8	8	8	7
Hamburg	8	13	12	13	13	14	15	16	16	12
Hessen	40	45	50	66	70	74	68	70	65	66
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	5	5	7	6	6	9	7	7
Niedersachsen	68	71	72	62	61	59	60	65	64	70
Nordrhein-Westfalen	86	93	112	112	114	113	156	198	171	157
Rheinland-Pfalz	8	9	12	12	12	13	12	23	21	25
Saarland	6	6	8	9	9	9	11	10	9	9
Sachsen	52	51	58	65	69	71	72	77	77	79
Sachsen-Anhalt	2	2	5	9	10	10	11	14	13	14
Schleswig-Holstein	21	19	19	14	14	15	16	15	15	15
Thüringen	30	30	30	29	29	32	33	33	33	34
Summe	**512**	**545**	**608**	**666**	**687**	**712**	**776**	**929**	**879**	**910**

[1] Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

217 Nach Zusammenfassung der Berufsakademien in Baden-Württemberg zur dualen Hochschule wurde 2010 die Kategorie „sonstige Hochschule" eingeführt (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A7.4).

der Informatik zuzuordnen. → **Tabelle A7.3-3** zeigt sehr deutlich den Einfluss der Unternehmen auf das Fächerspektrum dualer Studiengänge: Duale Studienplätze werden in den Fächern angeboten, mit deren Absolventen/Absolventinnen die Unternehmen ihren künftigen Fachkräftebedarf decken möchten. Der Anteil der Wirtschaftswissenschaften war mit über 40 % des Gesamtangebots über die Jahre 2004 bis 2012 stabil. Das Schwerpunktfach ist hierbei die Betriebswirtschaftslehre. Überdurchschnittliche Steigerungsraten im Angebot verzeichneten zum Stichtag 30. April 2012 das allgemeine Ingenieur- (+29 %), das Wirtschaftsingenieur- (+20 %) und das Bauingenieurwesen (+16 %). Damit setzte sich ein Trend aus den Vorjahren fort, in denen ebenfalls hohe Zuwachsraten bei dualen Studienangeboten in den MINT-Fächern festzustellen waren. Auffällig war auch die Steigerung im Bereich Sozialwesen von 24 %, allerdings auf niedrigem Niveau, auf 31 duale Studienangebote für die Erstausbildung.

Regionale Verteilung

Die Bundesländer mit den meisten dualen Studienangeboten für die Erstausbildung waren 2012 Baden-Württemberg mit 237 Angeboten, Nordrhein-Westfalen mit 157 und Bayern mit 154 Studiengängen → **Tabelle A7.3-4**.

Duale Studiengänge für die Weiterbildung

Bei den dualen Studiengängen für die Weiterbildung dominieren die Fachhochschulen. Die AusbildungPlus-Datenbank führte für sie 411 Studienangebote in diesem Bereich, bei den Berufsakademien waren 51, bei sonstigen Hochschulen 11 und bei den Universitäten war 1 Angebot verzeichnet. Das Fächerangebot bei dualen Studiengängen für die Weiterbildung konzentriert sich sehr stark auf die Wirtschaftswissenschaften, wie → **Tabelle A7.3-5** zeigt. 378 Studienangebote entfallen auf die Wirtschaftswissenschaften und die Rubrik Wirtschafts- und Gesellschaftslehre mit Kombinationen aus Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Informatik liegt mit 63 Studiengängen an zweiter Stelle, und 30 ingenieurwissenschaftliche Angebote sind in der AusbildungPlus-Datenbank enthalten. Das Angebot dualer Studiengänge für die Weiterbildung wächst rasant. Die Abbildung des tatsächlichen Angebots in diesem Bereich durch die AusbildungPlus-Datenbank ist daher noch lückenhaft und fällt hinter der für die Erstausbildung deutlich zurück.

Tabelle A7.3-5: **Fachrichtung von dualen Studiengängen für die Weiterbildung 2012**

Fachrichtung	Duale Studiengänge April 2012
Ingenieurwesen, allgemein	10
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	14
Elektrotechnik	6
Informatik	63
Wirtschafts- und Gesellschaftslehre	47
Wirtschaftswissenschaften	331
Sozialwesen	3
Summe	**474**

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

(Jochen Goeser)

A8 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung

A8.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen

Jeder Ausbildungsbetrieb in Deutschland ist gesetzlich verpflichtet, seinen Auszubildenden eine angemessene und mit jedem Ausbildungsjahr ansteigende Vergütung zu zahlen (§ 17 Berufsbildungsgesetz). Die Ausbildungsvergütungen sind daher in der dualen Berufsausbildung sowohl für Auszubildende als auch für Betriebe von erheblicher finanzieller Bedeutung. Für die Auszubildenden sollen die Vergütungen spürbar zur Deckung der Lebenshaltungskosten beitragen und zugleich eine Entlohnung für ihre im Betrieb geleistete produktive Arbeit darstellen. Für die Betriebe sind die Ausbildungsvergütungen der größte Kostenfaktor bei der Durchführung der Berufsausbildung, denn auf sie entfallen 46 % der Bruttoausbildungskosten (vgl. Schönfeld u. a. 2010).

In den meisten Wirtschaftszweigen schließen die Tarifpartner (Arbeitgeber und Gewerkschaften) im Rahmen von Tarifverhandlungen Vereinbarungen über die Höhe der Ausbildungsvergütungen.[218] Tarifgebundene Betriebe[219] müssen ihren Auszubildenden mindestens die tariflich festgelegten Vergütungssätze zahlen, d. h., niedrigere Vergütungsbeträge sind unzulässig, übertarifliche Zuschläge aber erlaubt. Nicht tarifgebundene Betriebe können dagegen die in ihrer Branche und Region geltenden tariflichen Ausbildungsvergütungen deutlich unterschreiten, und zwar nach derzeitiger Rechtsprechung um bis zu 20 %. Dennoch halten sich auch diese Betriebe häufig freiwillig an die tariflichen Vergütungssätze.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) beobachtet und analysiert die Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in den alten Ländern seit 1976 und in den neuen Ländern seit 1992 E. Obwohl die Tarifbindung der Betriebe seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich abgenommen hat (vgl. Kohaut/Ellguth 2008), werden die Vergütungszahlungen in der betrieblichen Berufsausbildung nach wie vor sehr stark durch die Tarife geprägt. Nach der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung 2007 waren die Ausbildungsvergütungen in 54 % der Ausbildungsbetriebe verbindlich durch einen Tarifvertrag festgelegt (vgl. Beicht/Walden 2012). 65 % der Auszubildenden wurden in diesen tarifgebundenen Betrieben ausgebildet. 27 % der Ausbildungsbetriebe waren zwar nicht an einen Tarifvertrag gebunden, zahlten aber die Ausbildungsvergütungen in Anlehnung an einen Tarif; 22 % der Auszubildenden waren in diesen Betrieben vertreten. Insgesamt wurde somit die Vergütungshöhe in 81 % der Ausbildungsbetriebe – mit 87 % der Auszubildenden – durch Tarife bestimmt. Nur 19 % der Ausbildungsbetriebe – mit 13 % der Auszubildenden – waren ohne Tarifbindung und zahlten auch nicht nach Tarif. In den neuen Ländern war die Tarifbindung bzw. die Anlehnung an einen Tarif allerdings weit weniger verbreitet als in den alten Ländern. Während in den alten Ländern 84 % der Ausbildungsbetriebe (mit 91 % der Auszubildenden) tarifgebunden waren oder sich an einem Tarif orientierten, traf dies in den neuen Ländern nur auf 70 % der Betriebe (mit 72 % der Auszubildenden) zu. 30 % der ostdeutschen Betriebe (mit 28 % der Auszubildenden) nutzten somit den Flexibilitätsspielraum bei den Ausbildungsvergütungen, den eine fehlende Tarifbindung ermöglicht.

E Tarifliche Ausbildungsvergütungen

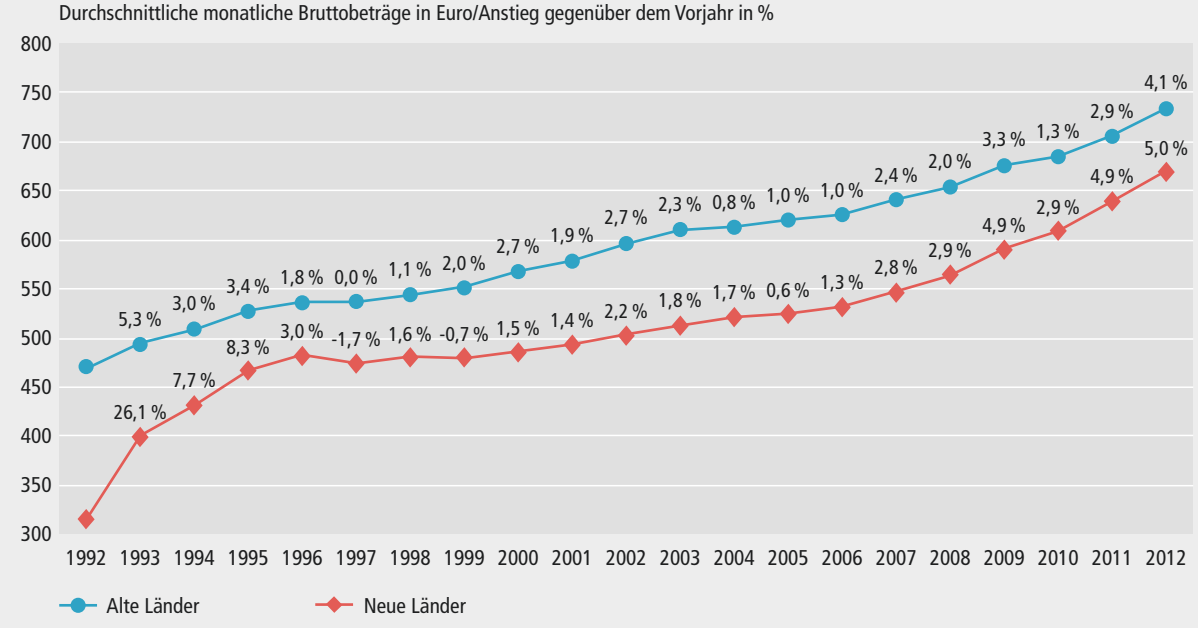
Tarifliche Vereinbarungen zu den Ausbildungsvergütungen werden meistens für einen bestimmten Wirtschaftszweig in einer bestimmten Region (Tarifbereich) geschlossen. Innerhalb eines Tarifbereichs werden in der Regel für *alle* Auszubildenden – unabhängig vom Ausbildungsberuf – einheitliche Vergütungssätze festgelegt. Zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen gibt es jedoch beträchtliche Abweichungen im Vergütungsniveau, und auch zwischen den einzelnen Tarifregionen innerhalb eines Wirtschaftszweigs variieren die Vergütungen.

Jährlich zum Stand 1. Oktober wird im BIBB eine Auswertung tariflicher Ausbildungsvergütungen durchgeführt. Die Grundlage bilden dabei rund 500 Vergütungsverein-

218 Insbesondere im Dienstleistungssektor sowie im Handwerk gibt es jedoch auch Bereiche, in denen keine tariflichen Regelungen der Ausbildungsvergütungen getroffen werden oder tarifliche Vereinbarungen nur in bestimmten Regionen existieren.

219 Eine Tarifbindung besteht in der Regel dann, wenn der Betrieb dem tarifschließenden Arbeitgeberverband angehört. In eher seltenen Fällen werden Tarifvereinbarungen eines Wirtschaftszweigs auch für allgemein verbindlich erklärt.

Schaubild A8.1-1: **Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2012**



Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

barungen aus den gemessen an den Beschäftigtenzahlen größten Tarifbereichen Deutschlands. Die Angaben werden jeweils vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt. Getrennt nach alten und neuen Ländern werden die Vergütungsdurchschnitte für stärker besetzte Ausbildungsberufe ermittelt. Derzeit sind 184 Berufe in den alten und 149 Berufe in den neuen Ländern einbezogen. In diesen werden 89 % aller Auszubildenden in den alten und 79 % in den neuen Ländern ausgebildet. Im Rahmen der Auswertungen wird zunächst pro Ausbildungsberuf ein Vergütungsdurchschnitt über die Wirtschaftszweige bzw. Tarifbereiche berechnet, in denen der betreffende Beruf schwerpunktmäßig bzw. typischerweise ausgebildet wird (vgl. Beicht 2011). Anschließend werden auf Basis der ermittelten berufsspezifischen Vergütungen weitere Durchschnittswerte gebildet, wobei die einzelnen Berufe jeweils mit dem Gewicht ihrer Auszubildendenzahlen berücksichtigt werden.

Aktuelle Vergütungsstrukturen 2012

In den alten Ländern betrugen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2012 im Durchschnitt 737 € pro Monat.[220] Sie erhöhten sich damit um 4,1 % gegenüber dem Vorjahreswert von 708 €.[221] In den neuen Ländern stieg der monatliche Vergütungsdurchschnitt auf 674 € an, also um 5,0 % gegenüber dem Jahr zuvor (642 €). Während der prozentuale Vergütungsanstieg 2012 in den alten Ländern damit deutlich höher ausfiel als im vorangegangenen Jahr (2,9 %), hatte es in den neuen Ländern bereits im Vorjahr einen fast ebenso starken Zuwachs gegeben (4,9 %) → **Schaubild A8.1-1**. In den neuen Ländern erreichten die Vergütungen 2012 wiederum 91 % der westlichen Höhe, d. h., der Abstand zum Tarifniveau der alten Länder blieb gegenüber 2011 unverändert. Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet war 2012 ein Durchschnitt der tariflichen Ausbildungsvergütungen

220 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen gelten nicht in der aus öffentlichen Mitteln finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung. Dort erhalten die Auszubildenden in der Regel wesentlich niedrigere Vergütungen, die gesetzlich bzw. durch Verordnung festgelegt sind.

221 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen stellen Bruttobeträge dar. Überschreitet die monatliche Vergütung die Geringverdienergrenze von 325 €, so muss der/die Auszubildende hiervon den Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung leisten, andernfalls trägt der Ausbildungsbetrieb die gesamten Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). Gegebenenfalls erfolgt auch ein Lohnsteuerabzug von der Ausbildungsvergütung.

von 730 € pro Monat zu verzeichnen. Dies entsprach einem Anstieg um 4,3 % gegenüber dem Vorjahr (700 €).

Zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen bestanden 2012 beträchtliche Vergütungsunterschiede.[222] Sehr hoch lagen die tariflichen Vergütungsdurchschnitte beispielsweise in den Berufen Mechatroniker/Mechatronikerin (alte Länder: 909 €, neue Länder: 885 €), Medientechnologe/Medientechnologin Druck (alte Länder und neue Länder: 905 €) sowie Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen (alte Länder und neue Länder: 896 €). In den alten Ländern waren auch in den Berufen des Bauhauptgewerbes (z. B. Maurer/Maurerin) sehr hohe Ausbildungsvergütungen tariflich vereinbart: Sie betrugen dort durchschnittlich 968 € im Monat, während sie in den neuen Ländern mit 772 € deutlich geringer ausfielen. Eher niedrig waren die tariflichen Vergütungsdurchschnitte z. B. in den Berufen Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin (alte und neue Länder: 528 €), Bäcker/Bäckerin (alte und neue Länder: 500 €), Florist/Floristin (alte Länder: 460 €, neue Länder: 312 €) und Friseur/Friseurin (alte Länder: 454 €, neue Länder: 269 €).

Die Verteilung der Auszubildenden nach Höhe der berufsspezifischen Ausbildungsvergütungen stellte sich 2012 wie folgt dar: In den alten Ländern kamen 30 % der Auszubildenden auf hohe monatliche Beträge von 850 € und mehr. Für 62 % bewegten sich die Vergütungen zwischen 550 € und 849 €. Relativ gering waren die Beträge für 8 % der Auszubildenden mit weniger als 550 €. In den neuen Ländern gab es für 21 % der Auszubildenden eine Vergütung von 850 € und mehr. Für 46 % der Auszubildenden lagen die Vergütungen zwischen 550 € und 849 €. 33 % der Auszubildenden hatten Vergütungen von weniger als 550 €.

Nach Ausbildungsbereichen unterschied sich das Niveau der tariflichen Ausbildungsvergütungen 2012 erheblich. In den alten Ländern wurde in Industrie und Handel mit 813 € pro Monat ein relativ hoher Durchschnitt erreicht, ebenso im öffentlichen Dienst mit 792 €. Weit darunter lagen die durchschnittlichen Beträge im Handwerk (606 €), bei den freien Berufen (624 €) und in der Landwirtschaft (624 €). Noch größere Unterschiede gab es in den neuen Ländern: Hier war der Vergütungsdurchschnitt im öffentlichen Dienst mit 792 € mit Abstand am höchsten, gefolgt von Industrie und Handel mit 730 €. Erheblich niedriger fielen auch hier die Durchschnittswerte im Handwerk (504 €), in der Landwirtschaft (509 €) und bei den freien Berufen (639 €) aus.[223] Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass vor allem innerhalb der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk die Vergütungen der einzelnen Berufe sehr stark differieren.

Es waren 2012 auch deutliche Vergütungsunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden festzustellen. In den alten Ländern betrug der durchschnittliche Monatsbetrag für männliche Auszubildende 751 € und für weibliche 715 €. In den neuen Ländern kamen männliche Auszubildende auf 692 € und weibliche auf 642 €. Die abweichenden Vergütungsdurchschnitte resultierten ausschließlich aus der unterschiedlichen Verteilung von männlichen und weiblichen Auszubildenden auf die Berufe. In Berufen, in denen weit überwiegend junge Männer ausgebildet wurden, waren die Ausbildungsvergütungen teilweise sehr hoch. Umgekehrt wurden in den Berufen, in denen sehr stark junge Frauen vertreten waren, häufig relativ niedrige Vergütungen gezahlt.

Bei den bisherigen Angaben handelte es sich immer um Durchschnittswerte über die gesamte Ausbildungsdauer der Berufe. Für die einzelnen Ausbildungsjahre wurden 2012 folgende Durchschnittswerte ermittelt: In den alten Ländern betrugen die monatlichen Vergütungen im 1. Ausbildungsjahr 664 €, im 2. Jahr 731 €, im 3. Jahr 812 € und im 4. Jahr 851 €. In den neuen Ländern ergaben sich im 1. Ausbildungsjahr durchschnittlich 606 €, im

222 Eine Gesamtübersicht mit den Ergebnissen für alle erfassten Ausbildungsberufe 2012 ist abrufbar unter **http://www.bibb.de/de/783.htm**.

223 Für den Ausbildungsbereich der freien Berufe wurde 2012 in den alten Ländern ein niedrigerer Vergütungsdurchschnitt als in den neuen Ländern ermittelt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Beruf „Zahnmedizinischer Fachangestellter/Zahnmedizinische Fachangestellte", der in den alten Ländern eine vergleichsweise geringe Vergütung aufwies, in den neuen Ländern aufgrund fehlender tariflicher Vereinbarungen nicht einbezogen war.

2. Jahr 670 €, im 3. Jahr 736 € und im 4. Jahr 827 € pro Monat.[224]

Der Vergütungsanstieg 2005 bis 2011 vor dem Hintergrund der Preissteigerung sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung

In den alten Ländern erhöhten sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2011 durchschnittlich um insgesamt 13,6 % → **Tabelle A8.1-1**.[225] In den neuen Ländern lag der entsprechende Gesamtanstieg bei 21,4 %. Hierbei handelt es sich um die nominalen Vergütungssteigerungen. Der reale Zuwachs, d. h. der tatsächliche Zugewinn an Kaufkraft, kann erst nach Berücksichtigung der Preissteigerung beurteilt werden. Hierzu lässt sich der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Verbraucherpreisindex (Gesamtindex für Deutschland) heranziehen. Danach stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland von 2005 bis 2011[226] um insgesamt 10,7 % an. In den alten Ländern betrug die reale Erhöhung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in diesem Zeitraum somit lediglich 2,9 %. In den neuen Ländern ist mit einem Plus von 10,7 % ein deutlich stärkerer prozentualer Realanstieg festzustellen, allerdings basierend auf einem erheblich niedrigeren Vergütungsniveau als in den alten Ländern.

Tabelle A8.1-1: **Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) insgesamt von 2005 bis 2011**

Jahr	durchschnittliche AV pro Monat	Gesamtanstieg seit 2005			Anstieg gegenüber dem Vorjahr		
		nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg[1]	realer Anstieg der AV	nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg[1]	realer Anstieg der AV
	in Euro	in %			in %		
Alte Länder							
2005	623						
2006	629	1,0	1,6	-0,6	1,0	1,6	-0,6
2007	644	3,4	3,9	-0,5	2,4	2,3	0,1
2008	657	5,5	6,6	-1,1	2,0	2,6	-0,6
2009	679	9,0	7,0	2,0	3,3	0,4	2,9
2010	688	10,4	8,2	2,2	1,3	1,1	0,2
2011	708	13,6	10,7	2,9	2,9	2,3	0,6
Neue Länder							
2005	529						
2006	536	1,3	1,6	-0,3	1,3	1,6	-0,3
2007	551	4,2	3,9	0,3	2,8	2,3	0,5
2008	567	7,2	6,6	0,6	2,9	2,6	0,3
2009	595	12,5	7,0	5,5	4,9	0,4	4,5
2010	612	15,7	8,2	7,5	2,9	1,1	1,8
2011	642	21,4	10,7	10,7	4,9	2,3	2,6

[1] Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreis-Gesamtindex (Basisjahr 2005).

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

224 Beim 4. Ausbildungsjahr ist zu beachten, dass in den Vergütungsdurchschnitt bei Weitem nicht alle erfassten Berufe eingingen, sondern nur diejenigen mit einer dreieinhalbjährigen Ausbildungsdauer.

225 Zur Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1976 bis 2010 vgl. Beicht 2011.

226 Für 2012 lagen die Angaben noch nicht vor.

Tabelle A8.1-2: **Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) im Vergleich zu den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer/-innen von 2005 bis 2011**

Jahr	Durchschnittliche AV pro Monat	Gesamtanstieg seit 2005		Anstieg gegenüber dem Vorjahr	
		AV	Tarifverdienste[1]	AV	Tarifverdienste[1]
	in Euro	in %		in %	
Alte Länder					
2005	623				
2006	629	1,0	1,0	1,0	1,0
2007	644	3,4	2,6	2,4	1,6
2008	657	5,5	6,0	2,0	3,3
2009	679	9,0	9,0	3,3	2,8
2010	688	10,4	10,7	1,3	1,6
2011	708	13,6	12,5	2,9	1,6
Neue Länder					
2005	529				
2006	536	1,3	0,8	1,3	0,8
2007	551	4,2	2,1	2,8	1,3
2008	567	7,2	7,4	2,9	5,2
2009	595	12,5	10,6	4,9	3,0
2010	612	15,7	12,7	2,9	1,9
2011	642	21,4	14,4	4,9	1,5

[1] Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Index der tariflichen Monatsverdienste im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Inwieweit die Anhebung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2011 der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung entsprach, lässt sich anhand der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Indizes der tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer einschätzen. In den alten Ländern war demnach der prozentuale Gesamtanstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen im betreffenden Zeitraum mit 13,6 % nur wenig höher als bei den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer mit 12,5 % → **Tabelle A8.1-2**. In den neuen Ländern nahmen die tariflichen Vergütungen der Auszubildenden dagegen mit 21,4 % deutlich stärker zu als die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer mit 14,4 %.

(Ursula Beicht)

A8.2 Ausgaben der öffentlichen Hand für die berufliche Ausbildung

→ **Tabelle A8.2-1** dokumentiert die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die berufliche Ausbildung von 2001 bis 2012. Es finden alle Aufwendungen Berücksichtigung, welche verursachungsgerecht in Zusammenhang mit der Entwicklung, Verbesserung, Durchführung und Förderung von Ausbildungsgängen nach § 1 Abs. 1 und 2 BBiG stehen. Ausgaben, die zwar einen Bezug zur beruflichen Bildung aufweisen, aber nach dem Verursacherprinzip nicht eindeutig dem Berufsbildungssystem zugerechnet werden können, sind in → **Tabelle A8.2-1** nicht enthalten. Dies betrifft z. B. die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend (BMFSFJ), die

teilweise zwar den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, aber mit großer Wahrscheinlichkeit auch stattfinden würden, wenn ein Berufsbildungssystem nicht existierte.

Durch Kreuze wird in → **Tabelle A8.2-1** angedeutet, ob eine Ausgabenposition eher durch die anerkannten Berufsausbildungen des dualen Systems (DS), durch die Maßnahmen des Übergangssystems (ÜS) und/oder durch das Schulberufssystem (SBS) verursacht wird. Die Einteilung ist allerdings nicht exakt; eine Position kann Ausgaben für einen oder mehrere Bereiche enthalten. Zudem existiert keine eindeutige definitorische Abgrenzung des ÜS.[227] Weiterhin schließen einige Einzelpositionen Aufwendungen für Weiterbildung in teilweise beträchtlichem Umfang ein (**vgl. Kapitel B3.5**). Durch Summierung der entsprechend markierten Zeilen der Tabelle erhält man infolge dieser Abgrenzungsschwierigkeiten jeweils lediglich eine Obergrenze der öffentlichen Gesamtausgaben für die berufliche Ausbildung in DS, ÜS und SBS. Die tatsächlich den jeweiligen Sektoren zurechenbaren Ausgabenvolumina liegen vermutlich etwas niedriger.

Folgende weitere Hinweise sind bei der Interpretation der Tabelle sowie bei Vergleichen mit Vorjahren zu berücksichtigen:

Für die Bundesministerien sind alle Aufwendungen erfasst, die nach sachlichen Erwägungen der beruflichen Bildung zuzuordnen sind. Aufgrund des Funktionenplans werden sie in der Jahresrechnungsstatistik und im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes zwar meist den Bereichen Weiterbildung und Arbeitsmarktpolitik zugerechnet. Faktisch dienen die in → **Tabelle A8.2-1** ausgewiesenen Positionen aber zu großen Teilen der Ausbildungsförderung. Sie sind an den Haushaltstiteln der Ministerien orientiert und fassen teilweise mehrere Förderprogramme und Maßnahmen zusammen.[228] Da es regelmäßig zu Abgrenzungsänderungen kommt, kann die Entwicklung einzelner Haushaltstitel nur schwer im Zeitablauf interpretiert werden. Unterhaltsleistungen an berufliche Vollzeitschüler nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bilden die mit Abstand größte Ausgabenposition auf Bundesebene. Sie werden zu 100 % als Zuschuss gewährt und zu 65 % vom Bund bzw. zu 35 % von den Ländern getragen.

Die Ausgaben der Länder und Kommunen für berufliche Schulen (Teilzeit- und Vollzeitberufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, berufliche Gymnasien) sind der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes entnommen. Da die Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand verrechnet. Die vorläufigen Ist-Ausgaben im Jahr 2011 betrugen gut 8,0 Mrd. €.[229] Für das Jahr 2012 wurden in den öffentlichen Haushalten knapp 8,1 Mrd. € veranschlagt. Zwischen 2006 und 2011 nahmen die öffentlichen Ausgaben damit nominal um 9,5 % zu. Die Pro-Kopf-Ausgaben je Schüler/-in an beruflichen Schulen (inkl. Fachschulen) stiegen sogar um 14,1 % auf 2.881 €, was den zurückgehenden Schülerzahlen zuzuschreiben ist.[230] Bezogen auf den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreisindex für Deutschland beträgt der Anstieg allerdings nur 0,5 %, je Schüler 4,7 %. Von den für das Jahr 2012 eingestellten Haushaltsmitteln entfallen geschätzte 3,1 Mrd. € auf die Teilzeitberufsschulen. Dies folgt aus der Verwendung von Schülertagen des Ausbildungsjahres 2011/2012 als Verteilungsschlüssel. Mit den verbleibenden 4,9 Mrd. € werden weitere

227 Die Elemente des Übergangsbereichs bilden nach Meinung vieler Experten keine abgestimmte, zweckgebundene Einheit, sodass auch der Begriff „Übergangssystem" umstritten ist. Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012) versteht unter dem Übergangssektor alle Maßnahmen, die keinen vollqualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln, sondern auf die Aufnahme einer Ausbildung vorbereiten. Die Förderung der außerbetrieblichen Ausbildung wird in diesem Beitrag zu den durch das duale System verursachten Ausgaben gerechnet, da sie ein Substitut für die betriebliche Ausbildung darstellt und das duale System ergänzt. Zu der in der integrierten Ausbildungsberichterstattung verwendeten Abgrenzung des „Übergangsbereichs" (**vgl. Kapitel A6**).

228 Detailliertere Informationen zu einzelnen Programmen oder Fördermaßnahmen, die einen Bezug zur beruflichen Ausbildung aufweisen, finden sich in **Kapitel D1**.

229 Dieser Wert beinhaltet auch die Fachschulen, die eher der Weiterbildung als der Ausbildung zuzurechnen sind (**vgl. Kapitel B3.5**). Zum Vergleich: Die in der Finanzstatistik für das Jahr 2011 ausgewiesenen Grundmittel für das gesamte Bildungswesen lagen bei ca. 106,8 Mrd. €, wobei es sich hierbei um vorläufige Ist-Angaben handelt (siehe Statistisches Bundesamt 2012i).

230 Diese Rechnung basiert jeweils auf den gewichteten Schülerzahlen aus beiden für das jeweilige Kalenderjahr relevanten Ausbildungsjahren (vgl. die entsprechende Fußnote in → **Tabelle A8.2-1**).

Tabelle A8.2-1: **Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 1)**

	2001 in Mrd. €	2006 in Mrd. €	2009[17] in Mrd. €	2010 in Mrd. €	2011 in Mrd. €	2012 in Mrd. €	DS	SBS	ÜS	Enthält WB[18]
BMBF[1]										
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten[2]	0,043	0,029	0,046	0,043	0,040	0,040	X		X	
Sonderprogramme des Bundes, der neuen Länder und Berlins zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern[3]	0,095	0,077	0,049	0,032	0,016	0,009	X	X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS sowie FOS)[4]	0,148	0,221	0,252	0,253	0,271	k.A.		X	X	
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,007	0,010	0,012	0,012	X	X		X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,044	0,050	0,101	0,068	X	X	X	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,029	0,030	0,028	0,035	X	X	X	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung[5]	0,014	0,015	0,024	0,035	0,039	0,045				X
Sonderprogramm Lehrstellenentwickler und Regionalverbünde Berufsbildung in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost)	0,021	–	–	–	–	–	X			
Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen (ZIBS)	0,175	–	–	–	–	–	X	X		X
Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	–	–	0,010	0,019	0,035	0,065			X	
BMWi[1]										
Berufliche Bildung für den Mittelstand – Lehrlingsunterweisung[6]	0,042	0,040	0,046	0,047	0,046	0,045	X			
Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen[7]	–	–	0,003	0,003	–	0,003	X		X	
BMAS[8]										
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II[8]										
• Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,082	0,084	0,076	0,065				X
Spezielle Maßnahmen für Jüngere im Rechtskreis SGB II[8]										
• Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender	k.A.	0,166	0,381	0,378	0,331	0,222	X		X	
• Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung	k.A.	0,001	0,002	0,001	0,001	0,000			X	
• Einstiegsqualifizierung[9]	k.A.	–	0,016	0,017	0,016	0,012			X	
Länder[10]										
Berufliche Schulen[11]										
• Teilzeitberufsschule	3,453	2,870	3,120	3,147	3,158	3,145	X			
• Berufsfachschulen	1,965	2,365	2,246	2,270	2,260	2,225		X	X	
• Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr	0,502	0,501	0,412	0,390	0,386	0,379			X	
• Andere berufsbildende Schulen (außer Fachschulen)	0,954	1,095	1,347	1,453	1,539	1,582		X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS sowie FOS)[4]	0,079	0,119	0,136	0,136	0,146	k.A.		X	X	
Ausbildungsprogramme der Länder[12]										
• Westdeutschland[12]	0,053	0,126	ca. 0,5	ca. 0,5	ca. 0,5	k.A.	X	X	X	
• Ostdeutschland	0,120	0,066					X	X	X	

Tabelle A8.2-1: **Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 2)**

	2001 in Mrd. €	2006 in Mrd. €	2009[17] in Mrd. €	2010 in Mrd. €	2011 in Mrd. €	2012 in Mrd. €	DS	SBS	ÜS	Enthält WB[18]
Bundesagentur für Arbeit[8]										
Berufsausbildungsbeihilfen (BAB, betriebliche Berufsausbildung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) einschließlich BAB-Zweitausbildung	0,405	0,506	0,584	0,579	0,540	0,454	X		X	
Lehrgangskosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	0,388	0,365	0,333	0,326	0,293	0,241			X	
Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher	0,811	0,808	0,728	0,672	0,587	0,493	X		X	
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte										
• für die Erstausbildung	k.A.	0,323	0,297	0,295	0,284	0,222				
• nicht auf berufliche Erstausbildung oder WB aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,892	1,871	1,806	1,747				X
Ausbildungsbonus[13]	–	–	0,034	0,036	0,032	0,021	X			
Einstiegsqualifizierung[9]	–	0,070	0,055	0,055	0,049	0,039			X	
Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung[14]	k.A.	0,004	0,066	0,066	0,061	0,059			X	
Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit[15]	0,862	–	–	–	–	–			X	
Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche	–	–	0,035	0,055	0,060	0,053			X	
Förderung von Jugendwohnheimen[16]	0,044	0,004	–	–	–	–	X	X	X	X

[1] Ist-Werte für 2001, 2006 und 2009 bis 2011 gemäß Haushaltsrechnungen des Bundes. Haushaltsansätze für 2012.
[2] Die Angaben enthalten die Ausgaben für Investitionen und laufende Zwecke.
[3] Der Bund trägt 50 % der Gesamtförderung von Bund und Ländern.
[4] Förderung für Schüler an Berufsfachschulen (BFS), Berufsaufbauschulen (BAS) und in Fachoberschulklassen (FOS), die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Ist-Werte für alle angegebenen Kalenderjahre gemäß BAföG-Statistik des Statistischen Bundesamtes. Die Angaben wurden zu 65 % dem Bund und zu 35 % den Ländern zugerechnet. Bis zum Datenreport 2012 wurde der Länderanteil nicht separat ausgewiesen.
[5] Dem Zweck nach enthält diese Position eher Ausgaben für die berufliche Weiterbildung (Weiterbildungsstipendium) und die Förderung akademischer Bildung (Aufstiegsstipendium).
[6] Bis zum Jahr 2011 weist diese Tabellenzeile die im entfallenen Titel „Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk" zusammengefassten Ausgaben des BMWi aus.
[7] Die Programmausgaben werden seit 2012 nicht mehr in einem eigenen Titel ausgewiesen, sondern sind in den Titel „Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen" integriert.
[8] Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.
[9] Seit 1. Oktober 2008 als Regelleistung im Rahmen des SGB III. Vorher als Sonderprogramm aus dem BMAS-Haushalt finanziert.
[10] Ist-Werte für 2001, 2006 und 2009 bis 2010. Vorläufige Ist-Werte für 2011, Soll-Werte für 2012.
[11] Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006, und 2009 bis 2011: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2012: Schülerzahlen des Schuljahres 2011/2012 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Ab dem Datenreport 2011 wurde das Ausgabenkonzept von Nettoausgaben auf Grundmittel umgestellt. Da dies auch rückwirkend für die Jahre ab 2007 geschah, unterscheiden sich die Angaben für die Jahre 2007 bis 2010 leicht von den Angaben in früheren Ausgaben des Datenreports.
[12] Bis 2006: Veranschlagtes Mittelvolumen nach Angaben der Länder (einschließlich ESF-Mittel) für das im jeweiligen Kalenderjahr beginnende Ausbildungsjahr. Die Angabe für das Jahr 2006 enthält nicht die Programme des Landes Rheinland-Pfalz, da vom zuständigen Ministerium keine Informationen vorlagen. Die für die Jahre 2009 bis 2011 ausgewiesenen Werte basieren auf einer BIBB-Erhebung, die Hinweise im Text sind zu beachten.
[13] Entfallen seit dem 1. April 2012.
[14] Voraussetzung für die Förderung ist gemäß § 33 SGB III die Beteiligung Dritter in Höhe von mindestens 50 %. Zum Anteil öffentlicher und privater Mittel im Rahmen dieser Kofinanzierung liegen jedoch keine Zahlen vor. Im Datenreport 2011 und 2012 wurden für diese Position aufgrund eines Übertragungsfehlers falsche Werte in den Jahren 2007 bis 2009 ausgewiesen.
[15] Nur Ausgaben für Leistungen nach Artikel 2, 3, 4, 6, 7 und Qualifizierungsanteil nach Artikel 9 (bei Quali-ABM nur Zuschüsse zur Qualifizierung) des Sofortprogramms, teilweise mitfinanziert aus ESF-Mitteln. Die Jahre 2006 ff. enthalten möglicherweise Restbeträge, die hier nicht ausgewiesen werden.
[16] Die institutionelle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurde 2009 abgeschafft. Seit April 2012 können jedoch wieder Leistungen für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen erbracht werden.
[17] Für Angaben zu den Jahren 2007 und 2008 siehe BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A8.2.
[18] Positionen, die in signifikantem Umfang auch Weiterbildungsausgaben enthalten, sind mit einem Kreuz gekennzeichnet.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung des Bundes
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 7 – BAföG
Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben im Rechtskreis SGB II
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III
Auskünfte des Statistischen Bundesamtes (Dezember 2012) und der Bundesagentur für Arbeit (Februar 2013)

Schularten im beruflichen Bildungswesen finanziert, wie z. B. Berufsfachschulen, Fachgymnasien, Fachoberschulen, das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr.

Die landeseigenen Ausbildungsförderungsprogramme können nicht genau quantifiziert werden. Wie die Bundesprogramme werden sie in der Jahresrechnungsstatistik vermutlich größtenteils zum Bereich der Weiterbildung oder der Arbeitsmarktpolitik gezählt. Einen Überblick über die Förderprogramme zur Berufsausbildung sowie Informationen zu Fördergegenstand, -berechtigten und -bedingungen gibt **Kapitel D1**. Die Fördermittel in den einzelnen Programmen wurden durch eine vom BIBB beauftragte Erhebung bei den zuständigen Ministerien für das Jahr 2011 ermittelt. Das gesamte Volumen kann mithilfe dieser Studie allerdings nur sehr grob geschätzt werden. Einerseits liegen nicht für alle Programme Informationen vor. Andererseits führt die Studie auch Programme auf, die zwar einen Bezug zur Berufsbildung aufweisen, aber nicht ursächlich durch das Berufsausbildungssystem bedingt sein müssen. Größenordnungsmäßig lag das Fördervolumen der Länder im Jahr 2011 im Bereich einer halben Milliarde €. Hierin sind auch Mittel des Europäischen Sozialfonds enthalten.[231]

Die berufsbildungsbezogenen Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) betreffen neben der Berufsausbildung auch die Berufsvorbereitung. Nicht berücksichtigt ist in → **Tabelle A8.2-1** die Förderung der Integration an der zweiten Schwelle, welche eine beschäftigungspolitische Maßnahme darstellt. Ein Großteil der BA-Mittel dient der Unterstützung besonders benachteiligter Auszubildender (und hier wiederum der außerbetrieblichen Ausbildung) und Behinderter. Allerdings ist zu beachten, dass es – je nach Aussagezweck – eventuell nicht sinnvoll ist, die in der Tabelle ausgewiesenen Kosten der Maßnahmen für Behinderte vollständig dem Berufsausbildungssystem zuzurechnen, da sie nicht ursächlich mit ihm in Zusammenhang stehen müssen. Auf eine Zuordnung zum dualen System oder dem Übergangssystem wird daher gänzlich verzichtet.

Änderungen im Instrumentarium der BA ergaben sich durch die am 1. April 2012 in Kraft getretene Instrumentenreform. So ist z. B. nun wieder die institutionelle Förderung von Jugendwohnheimen möglich. Entfallen ist hingegen der Ausbildungsbonus (weitere Details siehe Pressemitteilung 030/2012 der BA zur Instrumentenreform).

Der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand wird durch den Beitrag der ausbildenden Betriebe in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst ergänzt. Deren Aufwendungen werden traditionell durch das Bundesinstitut für Berufsbildung geschätzt. Nach den neuesten Berechnungen, welche auf einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2007 basieren, betrugen die Bruttokosten, d. h. die Ausbildungskosten, ohne Berücksichtigung der Ausbildungserträge rd. 23,8 Mrd. € (**vgl. Kapitel A8.3**). Die Nettokosten der Betriebe für die Ausbildung im dualen System lagen bei rd. 5,6 Mrd. € (vgl. Schönfeld u. a. 2010), wobei zu bedenken ist, dass auch den Nettokosten noch Erträge gegenüberstehen, die allerdings schwer zu quantifizieren sind, wie z. B. eingesparte Personalgewinnungskosten oder ein Imagegewinn. Durch den produktiveren Einsatz der Auszubildenden in den Betrieben sind die Nettokosten seit der letzten Erhebung stark gesunken (vgl. Beicht/Walden 2002, S. 42).

(Normann Müller)

231 Vgl. die in **Kapitel B3.5** beschriebene Problematik bei der Berücksichtigung von ESF-Mitteln.

A8.3 Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung

In 4 Erhebungen für die Jahre 1980, 1991, 2000 und 2007 hat das BIBB die Kosten und den Nutzen der dualen Berufsausbildung in Betrieben ermittelt. Für das Jahr 2013 ist eine erneute Befragung geplant, die dann Ergebnisse für das Jahr 2012 liefern wird.

Im Jahr 2007 betrugen die durchschnittlichen Bruttokosten pro Auszubildenden/Auszubildende und Jahr 15.288 €. Diese setzten sich aus den Personalkosten der Auszubildenden (9.490 €) und der Ausbilder/-innen (3.292 €) sowie den Anlage- und Sachkosten (691 €) und sonstigen Kosten (1.814 €) zusammen. Den Bruttokosten standen Erträge durch die produktiven Leistungen der Auszubildenden in Höhe von 11.692 € gegenüber, die 76 % der Bruttokosten deckten. Nach Abzug der Erträge von den Bruttokosten ergaben sich somit für einen Ausbildungsbetrieb durchschnittliche Nettokosten in Höhe von 3.596 € pro Jahr und Auszubildenden/Auszubildende. Die Kosten, die für die Auszubildenden während der Ausbildung durchschnittlich anfallen, können durch die Übernahme der Auszubildenden und die damit eingesparten Personalgewinnungs- und Einarbeitungskosten für neue Fachkräfte sowie durch weniger gut messbare Faktoren, wie etwa Imagegewinn oder die Verringerung des Risikos von Fehleinstellungen, kompensiert werden. Werden diese Nutzenaspekte berücksichtigt, dürfte der Gesamtnutzen die Kosten, die während der Ausbildung angefallen sind, für einen Großteil der Betriebe mehr als aufwiegen (vgl. hierzu ausführlich Schönfeld u. a. 2010, für eine Zusammenfassung BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.3).

Tabelle A8.3-1: **Auszug aus dem Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Ausgaben in Mrd. €**

	1995	2007	2008	2009
Bildungsbudget	125,4	147,8	153,9	164,6
davon:				
Betriebliche Ausbildung im dualen System[1]	10,4	10,8	11,1	10,9
Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft	162,5	204,1	214,2	224,8

[1] Ausgaben der betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung im dualen System, ohne Berufsschulen, einschließlich ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsbudget 2009/2010; Bildungsfinanzbericht 2010 und 2011

Das Statistische Bundesamt (Statistisches Bundesamt 2011b; Statistisches Bundesamt 2012j) stellt jährlich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden), des privaten Bereichs (Unternehmen, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck) sowie des Auslands für den gesamten Bildungsbereich von der Kinderkrippe bis zur Erwachsenenbildung im Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft zusammen.[232] Die Daten der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung von 2007 werden dabei für die Schätzung der Ausgaben der betrieblichen Ausbildung im dualen System genutzt. Grundlage der Schätzung sind die sogenannten Bildungsprozesskosten (vgl. Baumann/Schönfeld/Wenzelmann 2010), die sich aus den Personalkosten der Ausbilder/-innen, den Anlage- und Sachkosten und den sonstigen Kosten zusammensetzen. Die Personalkosten der Auszubildenden werden nicht berücksichtigt, da sie als Kompensation für die geleistete produktive Arbeit der Auszubildenden verstanden werden und nicht unmittelbar den Bildungsprozess finanzieren, sondern den Lebensunterhalt sichern. Die budgetrelevanten Ausgaben betrugen somit 5.797 € je Auszubildenden/Auszubildende. Zur Ermittlung der Gesamtausgaben wird dieser Wert mit der Zahl der Auszubildenden in den Betrieben multipliziert. Es ergibt sich ein Betrag von rund 8,5 Mrd. €, der 2007 für die betriebliche Ausbildung aufgewandt wurde. Da das Budget jährlich berechnet wird, die Kosten-Nutzen-Erhebungen jedoch in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, werden für die Zwischenjahre die Ergebnisse auf der Basis der vorliegenden BIBB-Daten und ergänzender Informationen fortgeschrieben: Hierfür werden die Bildungsprozesskosten je Auszubildenden bzw. je Auszubildende mit der Veränderung des

232 Es besteht aus den 3 Teilbereichen Bildungsbudget (Ausgaben für das formale [u. a. Schulen, Kindergärten, Hochschulen] und nonformale Bildungssystem [u. a. Krippen, Horte, Volkshochschulen, betriebliche Weiterbildung]), Budget für Forschung und Entwicklung und Budget für sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Die Ausgaben für die betriebliche Ausbildung im dualen System werden im Bildungsbudget ausgewiesen.

Preisindexes des Bruttoinlandsprodukts zwischen dem Erhebungsjahr 2007 und dem jeweiligen Berichtsjahr des Budgets sowie der Zahl der Auszubildenden im jeweiligen Jahr geschätzt.

Zu den Ausgaben für die betriebliche Ausbildung werden noch die Ausgaben für die überbetriebliche und außerbetriebliche duale Ausbildung und ausbildungsrelevante Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit addiert. Insgesamt werden im Bildungsbudget für das Jahr 2009 Ausgaben für die duale Ausbildung in Höhe von 10,9 Mrd. € ausgewiesen → **Tabelle A8.3-1**. Dies entspricht 0,5 % des BIP. Die öffentlichen Haushalte trugen rund 3 Mrd. € zur Finanzierung bei, auf den privaten Bereich entfielen rund 7,9 Mrd. €.

(Gudrun Schönfeld; Felix Wenzelmann)

A9 Ausbildung und Beschäftigung

A9.1 Zugänge in Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener dualer Ausbildung

Der folgende Abschnitt analysiert aus der Perspektive der Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen die berufliche Übergangsphase junger Menschen mit dualer Ausbildung. Anhand der Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird dargestellt, wie groß der Anteil der erfassten Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen ist, die sich unmittelbar nach ihrer Ausbildung arbeitslos meldeten.[233] Dabei beziehen sich die Angaben zur Arbeitslosigkeit auf den Zeitpunkt unmittelbar nach der Ausbildung, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit.[234] Im Gegensatz dazu steht bei der Analyse mit dem IAB-Betriebspanel (**vgl. Kapitel A4.11.2**) die Sicht der Betriebe im Mittelpunkt.

Im Jahr 2011 meldeten sich nach Hochrechnungen, die auf Angaben der BA basieren, 138.000 Personen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung arbeitslos → **Tabelle A9.1-1**. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung (477.000 Personen) ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 28,9 %. Das bedeutet einen deutlichen Rückgang in Höhe von 5,0 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (33,9 %). Im Jahr zuvor war die Arbeitslosenquote geringfügig um 0,6 Prozentpunkte zurückgegangen.

Die Arbeitslosenquote im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung variiert weiterhin zwischen alten und neuen Ländern. Diese Quote, die Sucharbeitslosigkeit einschließt[235], ist in den neuen Ländern fast 15 Prozentpunkte höher als in den alten (41,0 % zu 26,4 %). Die Differenz zwischen alten und neuen Ländern ist gegenüber 2010 um knapp 2 Prozent-

233 Analysen zur beruflichen Einstiegsphase nach Ausbildungsabschluss auf Basis des Mikrozensus 2008 wurden im BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A9.1.2 veröffentlicht. Eine Aktualisierung der Ergebnisse ist für den BIBB-Datenreport 2014 geplant.

234 Wegen größerer Umstellungen in der Statistik der BA sind die Daten vor 2008 nur eingeschränkt vergleichbar.

235 Daher ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosenquote im ersten Jahr nach der Ausbildung stark sinkt (vgl. auch Dorau/Höhns 2006).

Tabelle A9.1-1: **Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2011 (in Klammern: 2010)**

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	West	Ost	Bundes-gebiet	West	Ost	Bundes-gebiet	West	Ost	Bundes-gebiet
Zugang an Arbeitslosen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung	56.714	19.781	76.495	47.126	14.305	61.431	103.840	34.086	137.926
	(67.524)	(25.354)	(92.878)	(52.219)	(17.109)	(69.328)	(119.743)	(42.463)	(162.206)
erfolgreiche Teilnehmer mit vorausgegangener Ausbildung[1]	225.843	49.410	275.253	167.625	33.702	201.330	393.468	83.112	476.580
	(220.845)	(53.070)	(273.915)	(168.405)	(36.711)	(205.116)	(389.250)	(89.781)	(479.031)
Quote: arbeitslos nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung	25,1 %	40,0 %	27,8 %	28,1 %	42,4 %	30,5 %	26,4 %	41,0 %	28,9 %
	(30,6 %)	(47,8 %)	(33,9 %)	(31,0 %)	(46,6 %)	(33,8 %)	(30,8 %)	(47,3 %)	(33,9 %)

[1] Aus Datenschutzgründen sind die Absolventenzahlen der Berufsbildungsstatistik jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

punkte zurückgegangen. Denn während der Anteil der Arbeitslosen 2011 in den alten Ländern im Vergleich zu 2011 um mehr als 4 Prozentpunkte sank, ging er in den neuen Ländern um 6 Prozentpunkte zurück (2010: Ost 47,3 %, West 30,8 %). Damit ist seit 2008, als diese Differenz beinahe 20 Prozentpunkte betrug, der Unterschied zwischen west- und ostdeutscher Arbeitslosenquote kontinuierlich gesunken. Dennoch verbleibt der Unterschied zwischen alten und neuen Ländern auf hohem Niveau.

Verglichen mit dem Vorjahr zeigt sich sowohl bei jungen Männern als auch bei jungen Frauen ein Rückgang der Arbeitslosenquote. Bei den jungen männlichen Fachkräften ist der Rückgang mit über 6 Prozentpunkten (2010: 33,9 %, 2011: 27,8 %) allerdings deutlich stärker als bei den jungen Frauen mit 3 Prozentpunkten (2010: 33,8 %, 2011: 30,5 %). Die Arbeitslosenquote lag 2011 damit bei den jungen Frauen fast 3 Prozentpunkte über der der jungen Männer. Nachdem in den Jahren vor 2009 die Arbeitslosigkeit bei den jungen Frauen immer relativ hoch gewesen war, hatten sich im Jahr 2009 die Arbeitslosenquoten der männlichen und der weiblichen Fachkräfte erstmals angeglichen. Diese Angleichung ging mit einem relativ starken Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den männlichen Fachkräften einher, vermutlich bedingt durch die Wirtschaftskrise, die stärker die klassischen Industriesektoren getroffen hatte, in denen der Anteil männlicher Fachkräfte relativ hoch ist. Gerade in diesen konjunktursensiblen Sektoren ging 2011 die Arbeitslosigkeit insgesamt besonders stark zurück, was wahrscheinlich der Grund dafür ist, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko bei den jungen Frauen 2011 wieder höher war als das der jungen Männer.

Die Arbeitslosenquote in den alten Ländern beträgt bei den jungen Männern 25,1 % (2010: 30,6 %), bei den jungen Frauen 28,1 % (2010: 31,0 %). In den neuen Ländern wurden 40,0 % der jungen Männer und 42,4 % der jungen Frauen nach dem dualen Ausbildungsabschluss arbeitslos (2010: 47,8 % bzw. 46,6 %). Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern profitieren junge Männer stärker vom Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Insgesamt hat sich die Situation 2011 im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Dies gilt in größerem Umfang für junge Männer, sodass seit 2008 die Arbeitslosenquote der weiblichen erstmals wieder über der der männlichen Fachkräfte liegt. Die Anteile der Arbeitslosigkeit junger Fachkräfte in den alten und neuen Ländern haben sich hingegen weiter angenähert, verbleiben allerdings in den neuen Ländern immer noch auf wesentlich höherem Niveau als in den alten.

(Ralf Dorau)

A9.2 Erlernter Beruf und Niedriglohn bei Männern und Frauen

Als Niedriglohn gilt nach der Definition der OECD ein Bruttoeinkommen, das weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttolohns (Median) beträgt.[236] 2010 lag das Medianbruttomonatseinkommen von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland bei 2.835 € und bei 2.068 € in Ostdeutschland (Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit).[237] Die Niedriglohnschwellen lagen bei 1.890 € (West) bzw. 1.379 € (Ost). Für einen Niedriglohn, also unterhalb dieser Niedriglohnschwellen, arbeiteten in Westdeutschland 2010 20,8 % aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten und in Ostdeutschland 21,1 % (vgl. Garloff/Machnig 2011). Informationen über die gearbeiteten Stunden liegen in der Entgeltstatistik nicht vor, weshalb keine Bruttostundenlöhne berechnet werden können. Auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) lassen sich aus den Bruttomonatslöhnen und der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit hingegen solche Stundenlöhne berechnen, weshalb auch Teilzeit- und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mit einbezogen werden können. Die Niedriglohnschwellen liegen 2010 bei 9,5 € pro Stunde für Westdeutschland und 7,0 € für Ostdeutschland. 21,4 % aller abhängig Beschäftigten arbeiteten 2010 unterhalb dieser Niedriglohnschwellen, dies sind rund ein Drittel mehr als noch Mitte der 1990er-Jahre (vgl. Kalina/Weinkopf 2012).[238]

Unter abhängig Beschäftigten in Minijobs (85,5 %), befristeten Beschäftigungsverhältnissen (41,4 %), Teilzeitbeschäftigungen (24,9 %) und unter Frauen (28,0 %) ist das Niedriglohnrisiko besonders hoch. Beschäftigte ohne Berufsausbildung haben erwartungsgemäß das höchste Niedriglohnrisiko (39,9 %). Bei Beschäftigten mit Berufsausbildung liegt es bei 22,5 % und bei Beschäftigten mit Hochschulabschluss bei 8,8 % (Kalina/Weinkopf 2012, S. 8). Allerdings haben Gruppen mit einem hohen Niedriglohnrisiko nicht zwingend einen großen Anteil im Niedriglohnsektor. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung ist der Niedriglohnsektor nämlich kein besonderes Arbeitsmarktsegment für Personen ohne Berufsausbildung. Deren Anteil beträgt 2010 bezogen auf alle Niedriglohnbezieher lediglich 20,3 %. Die Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten (70,3 %) hat eine abgeschlossene Berufsausbildung, der Anteil bei Personen mit Hochschulabschluss liegt bei 9,3 %. Für Personen mit Berufsausbildung sollte eine Vollzeitbeschäftigung jedoch eine eigene Existenzsicherung[239] ermöglichen, unabhängig von der Debatte, ob Niedriglohnbeschäftigung aus arbeitsmarktpolitischer Sicht positiv oder negativ zu werten ist.

Aus den Daten der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit und des SOEP geht nicht hervor, ob sich das Niedriglohnrisiko zwischen betrieblich und schulisch ausgebildeten Personen unterscheidet und mit welchen Ausbildungsberufen ein besonders geringes bzw. ein besonders hohes Niedriglohnrisiko verbunden ist. Eine Differenzierung nach Berufen erfordert gleichermaßen eine Differenzierung nach Geschlecht, da beide Merkmale konfundiert sind. Zum einen werden Frauen mehrheitlich in anderen Berufen als Männer ausgebildet, und sie qualifizieren sich auch häufiger für Berufe, die im Schulberufssystem ausgebildet werden, zum Beispiel zur Erzieherin oder zur Krankenpflegerin. Zum anderen verdienen Frauen nach wie vor weniger als Männer (Gartner/Hinz 2009, S. 7), und die Niedriglohnquote liegt folglich höher als bei Männern. Ein hoher Niedriglohnanteil in einem Beruf kann daher auch durch einen hohen Frauenanteil bedingt sein. Für eine differenzierte Analyse des Niedriglohnrisikos nach dem erlernten Beruf wird nachfolgend die BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 E herangezogen.

236 Das Niedriglohnrisiko basiert auf dem individuellen Bruttoeinkommen. Es ist nicht gleichzusetzen mit dem Armutsrisiko, welches vom insgesamt verfügbaren Haushaltseinkommen abhängt.

237 Die Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit ist eine Vollerhebung aller zum 31. Dezember eines Jahres sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland.

238 Die Höhe der Niedriglohnquote variiert zwar mit den verwendeten Daten, der Abgrenzung der Grundgesamtheit und der Berechnung der Niedriglohngrenzen. Ein nach oben weisender Trend seit Mitte der 1990er-Jahre zeigt sich jedoch unabhängig von der Wahl des Schwellenwertes.

239 Wie hoch das individuelle Erwerbseinkommen in Deutschland bemessen sein muss, um die eigene Existenz sichern zu können, hängt von mehreren Prämissen ab: Für eine kinderlose Person reicht die Spanne von einem Bruttomonatseinkommen von 1.118 € zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs in einem Monat (kurzfristige Existenzsicherung) bis zu 2.175 € für die langfristige Existenzsicherung, d. h. auch für Zeiten, in denen keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen werden kann (vgl. Pimminger 2012).

E BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012

Die BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 ist eine telefonische, computerunterstützte Repräsentativbefragung von 20.000 Erwerbstätigen in Deutschland, die gemeinsam vom BIBB und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) durchgeführt wurde (siehe **http://www.bibb.de/arbeit-im-wandel**). Die Daten wurden von Oktober 2011 bis März 2012 von TNS Infratest Sozialforschung München erhoben. Grundgesamtheit sind Erwerbstätige ab 15 Jahren (ohne Auszubildende). Als Erwerbstätigkeit gilt eine Tätigkeit von regelmäßig mindestens 10 Stunden pro Woche gegen Bezahlung („Kernerwerbstätige"). Der Median des monatlichen Bruttoarbeitsentgeltes aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ab 35 Stunden/Woche) liegt in der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 bei 2.700 € (und bei 2.800 € ab 40 Stunden/Woche). Zum Vergleich: Der Median des monatlichen Bruttoarbeitsentgeltes aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) lag auf Basis der Entgeltstatistik am 31. Dezember 2011 bei 2.800 € (Bundesagentur für Arbeit 2012j, S. 7).

Die Niedriglohnquote variiert nicht nur mit der Wahl des Schwellenwertes und der Abgrenzung der Grundgesamtheit, sondern auch mit der Messung des Einkommens und der Arbeitszeit E. Der Niedriglohnanteil liegt in der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 für abhängig Beschäftigte (Kernerwerbstätige) bei 15,5 %.

E Berechnung des Niedriglohnanteils in der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012

Die Definition von Niedriglohn basiert auf den auf Basis des SOEP referierten Niedriglohnschwellen, die für Westdeutschland 9,5 € pro Stunde und für Ostdeutschland 7,0 € pro Stunde betragen. Der individuelle Bruttostundenlohn wurde in der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 auf Basis des Bruttomonatsverdienstes, geteilt durch die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit, berechnet. Dabei wurden die Wochenstunden auf Monatsstunden mit dem Faktor 4,35 umgerechnet. Der Niedriglohnanteil in der gesamten Stichprobe liegt so bei 19,4 %.[240] Da rund 20 % der Befragten keine Angabe zum Einkommen gemacht haben, wurden die fehlenden Einkommensangaben auf Basis eines MNAR-Ausfallmechanismus imputiert (vgl. Alda/Rohrbach-Schmidt 2011). Der Niedriglohnanteil sinkt durch die Lohnimputation auf 16,8 %, da „Einkommensverweigerer" überdurchschnittliche Einkommen erzielen. Für die Berechnung der Niedriglohnquote ist des Weiteren die Definition der Arbeitszeit entscheidend. Teilt man das Bruttoeinkommen im Falle einer Abgeltung der Überstunden durch Freizeitausgleich durch die vereinbarte Arbeitszeit statt durch die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit, dann liegt die Niedriglohnquote bei 15,5 %.

240 Da Beschäftigte mit einer Tätigkeit von weniger als 10 Stunden pro Woche nicht zur Grundgesamtheit gehören (Kernerwerbstätige umfassen 96 % aller Erwerbstätigen) und Beschäftigte in Minijobs mehrheitlich für einen Niedriglohn arbeiten, würde der Anteil unter Einbezug dieser Gruppe nochmals um rund 2 Prozentpunkte steigen.

Niedriglohnquote nach Geschlecht und Qualifikationsniveau

Analog zu den bisher vorliegenden Ergebnissen ist der Anteil der Niedriglohnbezieher unter Beschäftigten ohne Berufsausbildung mit 40,7 % am höchsten → **Tabelle A9.2-1**. Beschäftigte mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss (4,5 %) und Beschäftigte mit Aufstiegsfortbildung (4,8 %) haben das geringste Niedriglohnrisiko. Personen mit dualer Berufsausbildung liegen mit 17,6 % etwas über dem Gesamtdurchschnitt auf der mittleren Qualifikations-

Tabelle A9.2-1: **Niedriglohnbeschäftigung nach Geschlecht und höchstem Ausbildungsabschluss (in %)**

Ausbildungsabschluss	Gesamt	Männer	Frauen
Ohne Berufsausbildung	40,7	27,8	51,4
Mit Berufsausbildung	16,9	11,0	23,6
duale Berufsausbildung	17,6	11,0	26,8
schulische Berufsausbildung	14,6	11,4	15,7
sonstige Berufsausbildung[1]	13,9	10,1	20,0
Aufstiegsfortbildung[2]	4,8	2,6	10,6
Fachhochschule, Universität[3]	4,5	2,9	6,3
Gesamt	**15,5**	**9,8**	**22,2**

[1] Beamtenausbildungen im einfachen und mittleren Dienst, Umschulungen/Ausbildungen bei einem privaten Bildungsträger oder einer sonstigen Bildungseinrichtung, meist als Zweitausbildung.
[2] Meister, Techniker, Fach-, Betriebswirte, Fachkaufleute, sonstige Aufstiegsfortbildungen.
[3] Inkl. Berufsakademie und Beamtenausbildung zum gehobenen/höheren Dienst.

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, abhängig Beschäftigte; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

ebene (16,9 %). Die Chance, einen Bruttostundenlohn oberhalb der Niedriglohnschwelle zu beziehen, ist für Erwerbstätige mit einer dualen Berufsausbildung um das Dreifache höher als für nicht formal Qualifizierte (**vgl. Kapitel A9.3**). Eine abgeschlossene Berufsausbildung senkt somit das Niedriglohnrisiko immens. Ändert man den Blickwinkel und fragt, wer von Niedriglohn betroffen ist, dann stellen Personen mit dualer Berufsausbildung den Großteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor: Rund 1,7 Millionen Frauen und rund eine Million Männer mit dualer Berufsausbildung beziehen Niedriglohn.

Die Analysen bestätigen auch den bekannten Befund, dass Niedriglohnbeschäftigung eine Domäne von Frauen ist. Fast ein Viertel (22,2 %) aller abhängig beschäftigten Frauen bezieht Niedriglohn, 12,4 Prozentpunkte mehr als bei Männern (9,8 %). Starke Geschlechterunterschiede auf der mittleren Qualifikationsebene zeigen sich insbesondere im dualen System der Berufsausbildung: Der Anteil der Frauen, die Niedriglohn erhalten (26,8 %), ist um rund 16 Prozentpunkte höher als bei Männern (11,0 %). Mit anderen Worten: Das Risiko, Niedriglohn zu beziehen, ist für Frauen dreimal so groß wie für Männer. Bezogen auf Vollzeitbeschäftigte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr, reduziert sich zwar der Geschlechterunterschied, das Risiko, Niedriglohn zu beziehen, ist aber immer noch rund doppelt so hoch. Der Niedriglohnanteil liegt bei Frauen mit 18,9 % um rund 10 Prozentpunkte höher als bei Männern (9,5 %). Eine Ursache für die Geschlechterunterschiede liegt somit in der hohen Teilzeitquote von Frauen begründet. Denn Teilzeit ist, wie eingangs berichtet, mit einem höheren Niedriglohnrisiko verbunden.

Für Personen mit schulischer Berufsausbildung ist das Niedriglohnrisiko geringer als für Personen mit dualer Berufsausbildung. Signifikante Unterschiede zwischen beiden Ausbildungsformen zeigen sich allerdings nur für Frauen: 15,7 % der Frauen mit schulischer Berufsausbildung beziehen einen Niedriglohn, bei Frauen mit dualer Berufsausbildung liegt die Quote bei 26,8 %. Für Männer liegt die Quote mit 11,4 % bzw. 11,0 % ähnlich hoch. Ein Vergleich beider Ausbildungssysteme ist allerdings in zweifacher Hinsicht nicht gerechtfertigt. Zum einen ist für den Zugang zu Schulberufen überwiegend ein mittlerer Schulabschluss erforderlich. Dadurch kommt es zu einer Positivauswahl der Absolventen/Absolventinnen im Vergleich zum dualen System, in dem grundsätzlich keine schulischen Abschlüsse vorausgesetzt werden (vgl. Hall/Schade 2005). Zum anderen qualifizieren duale und berufsfachschulische Ausbildungsgänge für unterschiedliche Teilarbeitsmärkte mit unterschiedlichen Beschäftigungsaussichten. Die für das Schulberufssystem typischen Sozial- und Gesundheitsberufe, wie Krankenpflegerin oder Erzieherin, qualifizieren für wachsende Beschäftigungsfelder, und sie weisen geringe Arbeitslosenquoten auf. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berufsfeld „Pflege- und Gesundheitsberufe ohne Approbation“ hat sich zwischen 1999 und 2011 um rund 30 % erhöht, die Arbeitslosenquote hat sich von 6,9 % auf 4,3 % reduziert.[241]

Niedriglohnquote nach dem erlernten Beruf

Um zu zeigen, wie sich das Niedriglohnrisiko nach dem erlernten Beruf differenziert, werden die Quoten für stark besetzte Berufsfelder ausgewiesen. Die Berufsfelder sind so definiert, dass sich die dort zusammengefassten Berufsordnungen in ihren ausgeübten Tätigkeiten ähnlich sind.[242] Für Männer mit dualer Ausbildung sind die Berufsfelder „Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau“ (27,0 %) und „Köche/Köchinnen“ (22,2 %) mit einem besonders hohen Niedriglohnrisiko behaftet → **Tabelle A9.2-2**. Anteilsmäßig sind diese beiden Berufsfelder allerdings nur gering besetzt (3,3 % bzw. 1,8 %). Ein stark unterdurchschnittliches Risiko weisen die Berufsfelder „Verwaltungsberufe im ÖD“ (2,2 %), „Elektroberufe“ (4,3 %) und „Industrie-, Werkzeugmechaniker“ (4,4 %) auf. Letztere sind große Berufsfelder (11,6 % bzw. 13,4 %), die letztlich zu dem niedrigen Durchschnittswert der Männer beitragen.

Bei Frauen zeigen sich ebenfalls starke Unterschiede nach dem erlernten Beruf → **Tabelle A9.2-3**. Die geringsten Niedriglohnquoten weisen Frauen

241 Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigten- und Arbeitslosenstatistik, Berufe im Spiegel der Statistik, hier BIBB-Berufsfeld „Pflege- und Gesundheitsberufe ohne Approbation“ (**http://bisds.infosys.iab.de**).

242 Zur Zuordnung der anerkannten Ausbildungsberufe zu den BIBB-Berufsfeldern siehe Tiemann u. a. 2008, S. 30 ff.

Tabelle A9.2-2: **Niedriglohnanteil bei Männern nach dem erlernten Beruf (in %)**

Berufsfeld der Ausbildung	Niedriglohn-anteil	Größe des Berufsfeldes
Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	27,0	3,3
Köche/Köchinnen	22,2	1,8
Groß-, Einzelhandelskaufleute	16,8	4,6
Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	13,9	14,3
Metall-, Anlagenbau, Blech-konstruktion, Installation, Montierer	12,1	9,0
Fahr-, Flugzeugbau, Wartungsberufe	11,9	10,8
Kaufmännische Büroberufe	10,6	3,6
Metallerzeugung, -bearbeitung	9,8	4,3
Bank-, Versicherungsfachleute	8,0	1,8
Industrie-, Werkzeugmechaniker	4,4	13,4
Elektroberufe	4,3	11,6
Verwaltungsberufe	2,2	0,9
Sonstige Produktionsberufe	9,6	9,0
Sonstige Dienstleistungsberufe	14,3	11,5
Gesamt	**11,0**	**100,0**

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, abhängig Beschäftigte mit dualer Berufsausbildung (höchster Abschluss); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A9.2-3: **Niedriglohnanteil bei Frauen nach dem erlernten Beruf (in %)**

Berufsfeld der Ausbildung	Niedriglohn-anteil	Größe des Berufsfeldes
Berufe in der Körperpflege[1]	51,5	3,9
Köche/Köchinnen	43,0	2,9
Verkaufsberufe (Einzelhandel)	42,9	11,7
Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirt-schaft	39,4	5,5
Gesundheitsberufe[2]	30,3	6,9
Groß-, Einzelhandelskaufleute	25,9	13,1
Technische Zeichner/-innen	23,9	2,0
Kaufmännische Büroberufe	14,6	22,1
Bank-, Versicherungsfachleute	5,8	4,0
Verwaltungsberufe	5,5	4,7
Sonstige Produktionsberufe	35,5	14,4
Sonstige Dienstleistungsberufe	19,2	8,8
Gesamt	**26,8**	**100,0**

[1] In erster Linie Friseurinnen.
[2] In erster Linie (Zahn-)Medizinische Fachangestellte inkl. Vorgängerberufe.

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, abhängig Beschäftigte mit dualer Berufsausbildung (höchster Abschluss); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

in den Berufsfeldern „Verwaltungsberufe“ (5,5 %) und „Bank- und Versicherungsfachleute“ (5,8 %) auf. Unter den „Bank- und Versicherungsfachleuten“ haben Frauen zudem ein leicht geringeres Niedriglohnrisiko als Männer (5,8 % vs. 8,0 %).[243] Die höchsten Niedriglohnquoten finden sich in den frauentypischen Berufsfeldern „Körperpflege“ (51,5 %), „Verkaufsberufe“ (42,9 %) und „Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft“ (39,4 %) sowie bei „Köche/Köchinnen“ (43,0 %). Dies sind auch jene 4 Berufsfelder, die besonders stark von prekärer Beschäftigung betroffen sind (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel C2.3). Die große Gruppe der Verkäuferinnen – 11,7 % aller abhängig beschäftigten Frauen haben den Beruf der Verkäuferin erlernt – hat somit einen starken Einfluss auf den Gesamtwert der Frauen.

Um zu prüfen, ob die Unterschiede zwischen den Berufsfeldern mit der schulischen Vorbildung oder einer Tätigkeit außerhalb des erlernten Berufs zusammenhängen, wurden multivariate logistische Regressionsmodelle geschätzt (hier nicht dargestellt). Als Referenzgruppe werden jeweils „Groß- und Einzelhandelskaufleute“ gewählt, zum einen, da dieses Berufsfeld für Männer und Frauen ausreichend besetzt ist, zum anderen, weil die Niedriglohnquote dieses Berufsfeldes der mittleren Niedriglohnquote aller Männer bzw. Frauen entspricht. Für Frauen aus den Berufsfeldern „Körperpflege“, „Verkaufsberufe“ und „Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft“ ist das Niedriglohnrisiko zunächst rund doppelt so hoch wie für „Groß- und Einzelhandelskaufleute“. Für Frauen aus dem Berufsfeld „Körperpflege“ (Friseurinnen) ist es rund dreimal so hoch. Wird im Modell außerdem berücksichtigt, welche schulische Vorbildung vorliegt und ob überhaupt eine Tätigkeit im erlernten Beruf ausgeübt wird, bleibt das Niedriglohnrisiko auf ähnlich hohem Ni-

243 Im Berufsfeld „Kaufmännische Büroberufe“ sind die Geschlechterunterschiede ebenfalls gering (14,6 % vs. 10,6 %).

veau. Bei den Männern zeigt sich nur für das Berufsfeld „Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau“ ein im Vergleich zu „Groß- und Einzelhandelskaufleuten“ signifikant höheres Niedriglohnrisiko, das auch unter Berücksichtigung der schulischen Vorbildung und eines eventuellen Berufswechsels bestehen bleibt.

Fazit

Eine abgeschlossene Berufsausbildung senkt das Niedriglohnrisiko deutlich: Die Chance, einen Bruttostundenlohn oberhalb der Niedriglohnschwelle zu beziehen, ist für Männer und Frauen mit dualer Berufsausbildung um rund das Dreifache höher als für nicht formal Qualifizierte. Eine Differenzierung nach dem erlernten Beruf lässt für Männer nur geringe Unterschiede nach Berufen erkennen. In den Berufsfeldern mit dem höchsten Niedriglohnrisiko „Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau“ und „Köche/Köchinnen“ arbeiten zudem vergleichsweise wenige Männer, weshalb das durchschnittliche Niedriglohnrisiko deutlich geringer ausfällt. Anders verhält es sich in der Gruppe der Frauen. Das stark besetzte Berufsfeld „Verkaufsberufe“ weist eine der höchsten Niedriglohnquoten auf. Daneben werden in den Berufsfeldern „Körperpflege“, „Köche/Köchinnen” sowie „Hotel-, Gaststätten- und Hauswirtschaftsberufe“ überdurchschnittlich häufig Niedriglöhne gezahlt. Es ist zu vermuten, dass das geringe Einkommen in diesen Berufen auch mit einer kulturellen Abwertung dieser typisch weiblichen Tätigkeiten zusammenhängt (vgl. Liebeskind 2004), was sich auch in einer geringeren Tarifbindung und tarifvertraglichen Entlohnung von Frauenberufen zeigt (vgl. Ziegler/Gartner/Tondorf 2010). In Wirtschaftszweigen mit geringer Tarifbindung ist der Niedriglohnanteil besonders hoch (Kalina/Weinkopf 2008, S. 452). Zudem ist die berufliche Schließung in diesen vergleichsweise „einfachen“ Dienstleistungsberufen geringer als in anderen Berufen, da auch Personen ohne Formalqualifikation Zugang zu diesen Tätigkeiten haben.

Zugunsten von Niedriglohnbeschäftigung wird häufig argumentiert, dass sie ein Sprungbrett in besser bezahlte Beschäftigung sei. Diese Behauptung ist empirisch allerdings nicht haltbar, denn die Chance, aus einer Niedriglohnbeschäftigung in eine besser bezahlte Beschäftigung zu kommen, ist in Deutschland besonders gering (Bosch/Kalina 2007, S. 43 ff.). Dennoch wäre die Schlussfolgerung, dass sich eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht immer lohnt, zu kurz gedacht. Denn das hier dargestellte Niedriglohnrisiko bezieht sich lediglich auf die aktuell ausgeübte Tätigkeit. Betrachtet man den gesamten bisherigen Berufsverlauf[244], dann zeigt sich, dass Frauen in den betroffenen Berufen mit ihrem bisherigen Berufsleben signifikant häufiger zufrieden sind als Frauen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung.

(Anja Hall)

244 Gefragt wurde: „Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem bisherigen Berufsleben? Sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder nicht zufrieden?“

A9.3 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung

In den letzten Jahren ist ein leichter Rückgang der Ungelerntenquote junger Erwachsener (20- bis 34-Jährige) zu verzeichnen (2005: 16,9 %, 2010: 14,7 %). Diese Entwicklung könnte auf eine Trendwende in Richtung einer positiven Entwicklung hindeuten → **Tabelle A9.3-1**. Die nachfolgenden Ergebnisse beruhen auf den Daten des Mikrozensus 2010. Sie beziehen sich auf die 20- bis 34-Jährigen, die in 3 Kohorten von je 5 Jahrgängen (20 bis 24, 25 bis 29, 30 bis 34 Jahre) betrachtet werden.

Im Jahr 2010 waren 2.148.000 junge Menschen im Alter von 20 bis unter 35 Jahren ohne formale Qualifikation (nicht formal Qualifizierte, nfQ E). Das entspricht einem Anteil von 14,7 % an dieser Alterskohorte. Gegenüber dem Jahr 2009 (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A9.3) ist die Anzahl (2,21 Mio.) und der Anteil (15,2 %) der Altersgruppe der 20- bis unter 35-Jährigen leicht gesunken, wobei dieser Rückgang bei allen drei Alterskohorten erfolgte → **Tabelle A9.3-2**.

Die Quote der nfQ in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen fiel von 14,1 % (2009) auf 13,9 % (2010), bei den 25- bis 29-Jährigen von 15,0 % (2009) auf 14,4 % (2010). Nur in der Gruppe der 30- bis 34-Jährigen stieg sie von 15,2 % (2009) auf 15,9 % (2010) an.

Frauen und Männer in der Altersgruppe der 20- bis unter 35-Jährigen bleiben mit jeweils 14,7 % ohne formale Qualifikation → **Tabelle A9.3-2**. Die Höhe der Quote an nfQ hängt sehr stark mit den erreichten Schulabschlüssen zusammen: Von den Personen, die über keinen Schulabschluss verfügen, sind 70 % ohne einen Berufsabschluss. Bei denjenigen mit Hauptschulabschluss sind es knapp 32 %, und bei denjenigen mit Realschulabschluss sind es 9 %. Personen mit

Tabelle A9.3-1: **Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2010**

Jahr	20- bis 24-Jährige	20- bis 29-Jährige		20- bis 34-Jährige	
	Ungelerntenquote in %	Ungelerntenquote in %	absolut (in Mio., hochgerechnet)	Ungelerntenquote in %	absolut (in Mio., hochgerechnet)
1996	14,8	14,6	1,57	14,7	2,59
1997	15,0	14,6	1,50	14,3	2,45
1998	15,1	14,7	1,45	14,1	2,34
1999	14,8	14,7	1,40	14,6	2,37
2000	14,4	14,4	1,32	13,9	2,17
2001	14,3	14,5	1,32	14,1	2,15
2002	15,1	15,2	1,37	14,6	2,20
2003	14,6	14,9	1,36	14,6	2,15
2004	14,5	14,9	1,37	14,3	2,05
2005[1]	16,5	16,5	1,57	16,9	2,40
2007	14,5	15,2	1,45	15,3	2,24
2008	15,3	14,9	1,46	14,9	2,16
2009	14,1	14,6	1,44	15,2	2,21
2010	13,9	14,1	1,39	14,7	2,15

[1] Aufgrund einer veränderten Erhebungsmethode sind die Ergebnisse des Mikrozensus ab 2005 nur unter Vorbehalt mit denen der Vorjahre vergleichbar (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A8).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1996 bis 2010, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A9.3-2: **Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2010**

	Mit beruflichem Abschluss		Ohne beruflichen Abschluss		Insgesamt		Anteil nfQ in %
	abs. (in Tsd.)	in %	abs. (in Tsd.)	in %	abs. (in Tsd.)	in %	
männlich	6.331	50,8	1.088	50,6	7.419	50,8	14,7
weiblich	6.130	49,2	1.060	49,4	7.190	49,2	14,7
alle	**12.461**	**100,0**	**2.148**	**100,0**	**14.609**	**100,0**	**14,7**
20 bis 24 Jahre	4.209	33,8	678	31,6	4.887	33,5	13,9
25 bis 29 Jahre	4.223	33,9	710	33,0	4.933	33,8	14,4
30 bis 34 Jahre	4.028	32,3	760	35,4	4.789	32,8	15,9
alle	**12.461**	**100,0**	**2.148**	**100,0**	**14.609**	**100,0**	**14,7**
Hauptschulabschluss	2.081	16,7	962	44,8	3.043	20,8	31,6
Realschulabschluss	4.301	34,5	446	20,8	4.747	32,5	9,4
Studienberechtigung	5.913	47,5	352	16,4	6.265	42,9	5,6
kein Abschluss	165	1,3	388	18,0	553	3,8	70,1
alle	**12.461**	**100,0**	**2.148**	**100,0**	**14.609**	**100,0**	**14,7**
Deutsche	11.029	88,5	1.387	64,4	12.416	84,6	11,2
Ausländer[1]	1.432	11,5	761	35,7	2.193	15,4	34,7
alle	**12.461**	**100,0**	**2.148**	**100,0**	**14.609**	**100,0**	**14,7**
Ostdeutschland	2.732	21,9	339	16,3	3.072	19,9	11,0
Westdeutschland	9.729	78,1	1.808	83,7	11.537	80,1	15,7
gesamt	**12.461**	**100,0**	**2.148**	**100,0**	**14.609**	**100,0**	**14,7**

[1] Auch doppelte Staatsangehörigkeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2010, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

E Nicht formal Qualifizierte (nfQ)

Unter nfQ bzw. „Ungelernte" werden alle (erwerbsfähigen) Personen zusammengefasst, die keine „erfolgreiche, zertifizierte Teilnahme an formalen (standardisierten, staatlich geregelten oder anerkannten) Bildungsgängen (Gottsleben 1987, S. 1) vorweisen können, also den Abschluss einer dualen oder rein schulischen Berufsausbildung oder eines Fachhochschul- oder Hochschulstudiums (oder gleichwertigen Abschlusses). Personen mit Anlernausbildung bzw. mit einem Praktikum gelten als nicht formal qualifiziert. Da sich unter den nfQ vor allem in den untersuchten Altersjahrgängen noch eine erhebliche Anzahl an Personen befindet, die ihre berufliche Ausbildung noch nicht beendet haben oder ihre Wehrpflicht leisten, wurden bei der Auswertung der Mikrozensusdaten folgende Personen nicht zu denjenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gezählt: Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende.

Hochschulzugangsberechtigung haben einen Anteil von knapp 6 % (die Entwicklung im Zeitverlauf seit 2005 zeigt → **Tabelle A9.3-4**).[245] Neben sozialen und

245 Bei den Schulabschlüssen handelt es sich nicht nur um die Abschlüsse, mit denen die allgemeinbildende Schule verlassen wurde. Hauptschul- und Realschulabschlüsse können auch im Berufsvorbereitungsjahr und bei Vorliegen bestimmter Bedingungen im Rahmen einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung erworben werden. Der mit 3,9 % außerordentlich niedrig erscheinende Anteil derer ohne Schulabschluss an allen Schulabschlüssen gibt einen Eindruck davon, in welchem Maße nach Verlassen der Schule noch allgemeine Schulabschlüsse erworben werden. Vgl. Vereinbarung über den Abschluss der Berufsschule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1. Juni 1979 i. d. F. vom 4. Juni 1997); siehe: **http://www.kmk.org/dokumentation/veroeffentlichungen-beschluesse/bildung-schule/berufliche-bildung.html**.

individuellen Merkmalen beeinflussen auch politische Maßnahmen den Bildungserfolg: In Ostdeutschland liegt die Quote der 20- bis unter 35-Jährigen ohne formale Qualifizierung bei 11,0 %, in Westdeutschland bei 15,7 %. Hier zeigt sich die Wirkung des seit 1996 vom Bund und den neuen Ländern geförderten Ausbildungsplatzprogrammes Ost.

Entwicklung der Quoten nicht formal Qualifizierter in den Ländern

Der Anteil nfQ liegt seit 2005 mit kleinen Schwankungen zwischen 15 % und 17 %. Um Aussagen über einen Trend machen zu können, wurden jeweils die Mikrozensen 2005 und 2006, 2007 und 2008 sowie 2009 und 2010 zu 3 Datensätzen zusammengefügt. Damit ist es möglich, Quoten auf Länderebene zu berechnen, allerdings nicht für alle Altersgruppen und für alle Schulabschlüsse → **Tabelle A9.3-3.**

Tabelle A9.3-3: **Entwicklung des Anteils der formal nicht qualifizierten 20- bis 34-Jährigen in den Bundesländern – kumulierte Mikrozensen 2005/2006, 2007/2008 und 2009/2010 (in %)**

Land	2005/2006	2007/2008	2009/2010	Entwicklung
Schleswig-Holstein	19,2	17,1	17,3	-1,9
Hamburg	21,4	18,6	16,5	-4,9
Niedersachsen	18,1	16,3	15,9	-2,2
Bremen	27,3	23,8	22,0	-5,3
Nordrhein-Westfalen	21,9	20,5	20,1	-1,8
Hessen	18,7	17,4	15,6	-3,1
Rheinland-Pfalz	18,4	16,8	16,7	-1,7
Baden-Württemberg	16,3	14,8	12,9	-3,4
Bayern	15,2	13,2	12,0	-3,2
Saarland	24,7	16,9	16,9	-7,8
Berlin	20,2	19,3	18,2	-2,0
Brandenburg	12,8	12,0	11,9	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	13,0	11,0	9,0	-3,9
Sachsen	7,8	7,6	7,3	-0,5
Sachsen-Anhalt	13,5	12,8	11,3	-2,3
Thüringen	11,1	9,4	7,7	-3,4
Deutschland	**17,5**	**15,9**	**14,9**	**-2,6**

Quelle: Mikrozensen der Jahre 2005 bis 2010, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Differenz der Quoten zwischen den zusammengeführten Datensätzen zeigt bundesweit einen Rückgang an nfQ von 17,5 % auf 14,9 %. Dieser Rückgang ist in allen Ländern erkennbar, aber nicht in jedem Land gleich stark ausgefallen.[246]

Der Anteil junger Leute ohne Berufsabschluss fällt von der ältesten bis zur jüngsten Teilkohorte ab → **Tabelle A9.3-4**. Daraus einen Trend abzuleiten wäre allerdings voreilig. Eine nennenswerte Anzahl befindet sich noch in Ausbildung oder Studium, und nicht alle schließen mit Erfolg ab.

Tabelle A9.3-4: **Quoten der 20- bis 34-Jährigen ohne beruflichen Abschluss – kumulierte Mikrozensen 2005/2006, 2007/2008 und 2009/2010 (in %)**

	2005/2006	2007/2008	2009/2010
Männlich	16,8	15,6	14,8
Weiblich	18,3	16,2	15,1
Kein Schulabschluss	67,1	69,3	70,3
Hauptschulabschluss	32,9	32,0	31,8
Realschulabschluss	11,4	10,1	9,5
Hochschulzugangsberechtigung	7,3	6,3	5,7
20 bis 24 Jahre	16,5	15,0	14,0
25 bis 29 Jahre	17,7	15,7	14,7
30 bis 34 Jahre	18,2	17,1	16,2
Insgesamt	**17,5**	**15,9**	**14,9**

Quelle: Mikrozensen der Jahre 2005 bis 2010, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

(Uta Braun, Manuel Schandock, Sabrina Weller)

246 Die sich aus der Zusammenführung mehrerer Datensätze ergebenden Werte sind fiktiv. Sie stellen lediglich eine Näherungsgröße dar. Die Stichprobengröße der beiden jeweiligen Teildatensätze ist nicht gleich, und ihr Umfang ist nicht bekannt. Darum kann z. B. keine genaue Anzahl berechnet werden.

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung

Das Wichtigste in Kürze

Auf der Basis ausgewählter Indikatoren werden im Kapitel B wichtige Entwicklungen in der beruflichen Weiterbildung dargestellt. Folgende Ergebnisse sind hervorzuheben:

- Nach den Ergebnissen des Adult Education Survey (AES) 2012 betrug die **Weiterbildungsquote der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung** in Deutschland 49 %. Im Vergleich zum AES 2007 ist die Teilnahmequote um 5 Prozentpunkte gestiegen.
- Eine Auswertung der **Beteiligung von Erwerbstätigen an beruflicher Weiterbildung** auf der Basis des Mikrozensus im Zeitraum 2005 bis 2010 zeigt, dass sich die Beteiligungsquoten an beruflicher Weiterbildung in diesem Zeitraum um 2 Prozentpunkte auf 20,1 % erhöht haben. Die Weiterbildungsbeteiligung steigt mit zunehmendem Alter erst leicht an und geht dann bei Personen ab 40 Jahren zurück. Das Bildungsniveau hat einen großen Einfluss auf die Weiterbildungsbeteiligung. Sehr niedrige Teilnahmequoten weisen Personen ohne Berufsausbildung auf.
- Analysen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 zeigen, dass die **Weiterbildungsaktivitäten älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen** im Vergleich zu 2006 gestiegen sind. Besonders wichtig sind für diese Zielgruppe der Ausbau und die Erweiterung berufsfachlichen Wissens.
- Auf der Grundlage von Daten des IAB-Betriebspanels beteiligten sich 2011 53 % der **Betriebe an der Finanzierung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen.** Gegenüber 2010 (44 %) ist die betriebliche Weiterbildungsbeteiligung damit deutlich (um 9 Prozentpunkte) gestiegen.
- Der Anstieg der **betrieblichen Weiterbildungsbeteiligung** zeigt sich auch anhand der Ergebnisse der **vierten europäischen Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS4).** Bei fast allen Indikatoren ist die Entwicklung für Deutschland positiv. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nimmt Deutschland allerdings nach wie vor nur einen Platz im Mittelfeld ein.
- Nach Daten des BIBB-Qualifizierungspanels ist die **Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben** deutlich höher als die von Nichtausbildungsbetrieben. Dieser Unterschied bleibt auch bei der Differenzierung der Betriebe nach mehreren ausgewählten Strukturmerkmalen bestehen.
- Die **wbmonitor Umfrage 2012** zeigt, dass das **Geschäftsklima** in der Weiterbildung insgesamt positiv und für alle Anbieter stabil ist. Allerdings ergeben sich nach wie große Unterschiede zwischen den Anbietern. Niedrigere Werte als im Durchschnitt weisen die durch Arbeitsagenturen finanzierten Anbieter auf.
- Das **Kursangebot der Volkshochschulen** an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2011 bundesweit 67.570 Veranstaltungen und war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.
- Für 2011 werden insgesamt 181.677 Teilnahmen an staatlich zugelassenen **Fernlehrgängen** ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um 10,5 %.
- Im Jahr 2010 gab es rund 304.900 Eintritte in **Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung** nach SGB III und SGB II. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang von 37,3 %. Der Gesamtjahresbestand an Teilnehmern und Teilnehmerinnen ist von rund 188.700 im Jahr 2010 auf rund 161.500 im Jahr 2011 gesunken.
- Im Jahr 2011 wurden im Rahmen des **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes** 166.467 Personen gefördert, was in etwa den Teilnahmezahlen des Vorjahres entspricht.
- In der ersten Förderphase der **Bildungsprämie** wurden fast 166.000 Prämiengutscheine ausgegeben. Rund 80 % dieser Gutscheine wurden tatsächlich eingelöst. Drei Viertel der Nutzer/-innen der Bildungsprämie sind weiblich.
- Insgesamt gibt es zurzeit 223 **Regelungen des Bundes** für die berufliche Fortbildung und Umschulung. 92 Rechtsverordnungen entfallen dabei auf handwerkliche Meisterprüfungen.
- Im Schuljahr 2011/2012 gab es an **Fachschulen** 56.462 Absolventinnen und Absolventen mit bestandener Abschlussprüfung.
- Die Anzahl der **Fortbildungsprüfungen** betrug 2011 rund 118.000 und hat sich damit um mehr als 8.000 erhöht.

(Günter Walden)

B1 Beteiligungsstrukturen

B1.1 Beteiligung an beruflicher Weiterbildung

Nach den Ergebnissen des Adult Education Survey (AES) 2012 hat in den letzten 12 Monaten vor der Befragung fast die Hälfte (49 %) der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland eine Weiterbildung gemacht. Im Vergleich zum AES 2007 ist die Teilnahmequote an Weiterbildung um 5 Prozentpunkte angestiegen und erreicht den bislang höchsten je gemessenen Wert (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2013[247]). Besonders ausgeprägt ist der Anstieg bei der betrieblichen Weiterbildung; auch die neuesten Zahlen des Continuing Vocational Training Survey (CVTS4) zeigen einen Anstieg bei der Teilnahme der Beschäftigten an betrieblicher Weiterbildung (**vgl. Kapitel B1.2.2**). Aussagen zur *berufsbezogenen* Weiterbildung der Bevölkerung auf Basis der AES-Erhebungen 2007 und 2010 finden sich im BIBB-Datenreport 2012, Kapitel B1.1.[248]

In den folgenden Kapiteln wird auf Basis von Mikrozensusdaten die Beteiligung von Erwerbstätigen an beruflicher Weiterbildung im Zeitraum von 2005 bis 2010 aufgezeigt (**Kapitel B1.1.1**) und die Weiterbildungsbereitschaft und Weiterbildungsaktivitäten älterer Erwerbstätiger (**Kapitel B1.1.2**) anhand der Ergebnisse der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 betrachtet.

B1.1.1 Beteiligung von Erwerbstätigen an beruflicher Weiterbildung

Einführung und Datengrundlage

Durch die demografische Entwicklung in Deutschland wird sich in Zukunft die Zahl der Erwerbspersonen verringern und das Durchschnittsalter erhöhen. Der Bedarf an Weiterbildung wird dadurch zunehmen (vgl. Müller/Jacob 2008). Dies umso mehr, je schneller die technologische Entwicklung verläuft und je geringer die Zahl junger Fachkräfte ist, die aktuelles Wissen in die Betriebe transportieren. Fehlender Nachwuchs und alternde Belegschaften machen es notwendig, Weiterbildungsangebote stärker zu nutzen, um international konkurrenz- und anschlussfähig zu bleiben.

Eine berufliche Erstausbildung kann nicht die Beschäftigungsfähigkeit über die gesamte Erwerbsphase hinweg garantieren. Neue und weiterentwickelte Produktionsschritte, Produktionsanlagen und organisatorische Abläufe müssen beherrscht werden. Hierzu ist ein hohes Maß an Know-how, Sachkenntnis und Kompetenz notwendig. Dies macht die elementare Notwendigkeit deutlich, den (Weiter-)Bildungsprozess über den ersten berufsqualifizierenden Abschluss hinweg aufrechtzuerhalten. Die berufliche Weiterbildung wird somit zu einem funktionalen Erfordernis moderner und dynamischer Ökonomien.

Der folgende Beitrag zeichnet anhand von Mikrozensusdaten E der Jahre 2005 bis 2010 ein differenziertes Bild der Weiterbildungsbeteiligung E von Erwerbstätigen in Deutschland. Im Unterschied zu anderen Analysen werden hier ausschließlich *Erwerbstätige in Deutschland* untersucht E. Dadurch können Differenzen zu anders berechneten Beteiligungsquoten entstehen (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel B1.1; Leszczensky u. a. 2009). Ursache hierfür sind starke Differenzen, die zutage treten, wenn die Beteiligungsquoten getrennt nach dem Erwerbsstatus betrachtet werden. Zudem wird hier ausschließlich berufliche Weiterbildung fokussiert, woraus sich eine weitere, definitorische Abgrenzung zu anderen Beiträgen über das Weiterbildungsverhalten ergibt.

E Mikrozensus

Der Mikrozesus ist eine amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Jedes Jahr nehmen etwa 1 % aller Haushalte in Deutschland an der Befragung teil (laufende Haushaltsstichprobe). Insgesamt beteiligen sich rund

247 Siehe BMBF-Pressemitteilung 24/2013 vom 26.03.2013 unter: **http://www.bmbf.de/press/3429.php**.

248 Da die AES-Daten 2012 erst zu einem späten Zeitpunkt zur Verfügung standen, konnten vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung für die vorliegende Ausgabe des Datenreports vor Redaktionsschluss keine Auswertungen mehr vorgelegt werden. Es ist geplant, die Indikatorik zur *berufsbezogenen* Weiterbildung der Bevölkerung im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014 auf der Grundlage des AES 2012 fortzuschreiben.

390.000 Haushalte mit 830.000 Personen an der Befragung. Im Gegensatz zu den meisten Befragungen besteht beim Mikrozensus eine gesetzliche Auskunftspflicht. Daher beantworten ca. 96 % der Befragten die Pflichtfragen im Mikrozensus. Diese Tatsache und die Anzahl der befragten Personen machen ihn zur wichtigsten Repräsentativbefragungen in Deutschland.

Erfassung der Weiterbildung im Mikrozensus

Im Rahmen der Mikrozensusbefragung werden alle teilnehmenden Personen, die mindestens das 15. Lebensjahr erreicht haben, nach ihren Weiterbildungsaktivitäten innerhalb der zurückliegenden 12 Monate befragt sowie danach, ob diese eher privaten oder beruflichen Zwecken dienten.

Untersuchungsgesamtheit

Für die vorliegenden Analysen wurden ausschließlich erwerbstätige Personen im Alter von 20 bis einschließlich 64 Jahren betrachtet. Darüber hinaus bleiben Personen unberücksichtigt, wenn für sie keine Angaben zu den relevanten Merkmalen (Weiterbildungsteilnahme, höchster Schul- oder Berufsabschluss) vorliegen.

Bei Personen in Ausbildung, Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden kann anhand der Frageformulierung nicht zweifelsfrei identifiziert werden, ob bei einer positiven Antwort Aktivitäten ausschlaggebend waren, die zur Ausbildung beziehungsweise zum Schul- oder Universitätsbesuch zu zählen sind. Um diese Unschärfen auszuschließen, wird die Personengruppe nicht in die Analyse einbezogen.

Aufgrund der hier gewählten Abgrenzung der Untersuchungsgesamtheit ergibt sich möglicherweise eine Einschränkung der Vergleichbarkeit mit anderen Beiträgen zur Weiterbildungsbeteiligung, in denen eine weniger starke Eingrenzung der Untersuchungspopulation zugrunde gelegt wird. Insbesondere das Einbeziehen von Nichterwerbspersonen führt zu deutlich anderen Weiterbildungsquoten.

Aufgrund einer genaueren Abgrenzung der Personen in Ausbildung ergeben sich insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen geringfügige Abweichungen zu den im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B1.1.2 dargestellten Ergebnissen.

Allgemeine Entwicklung der Weiterbildungsbeteiligung 2005 bis 2010

Seit dem Jahr 2005 haben sich die Beteiligungsquoten an beruflicher Weiterbildung insgesamt um mehr als 2 Prozentpunkte auf 20,1 % erhöht → **Tabelle B1.1.1-1**. Im Jahr 2008 wurde mit durchschnittlich 20,6 % die bisher höchste Beteiligung erreicht. In den darauf folgenden Jahren ist dagegen ein leichter Rückgang zu beobachten. Im gesamten Beobachtungszeitraum sind deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu erkennen. Erwerbstätige Frauen nutzen berufliche Weiterbildung demnach um durchschnittlich 1,3 Prozentpunkte häufiger als erwerbstätige Männer.

Weiterbildungsbeteiligung in verschiedenen Altersgruppen

Die Teilnahme an beruflichen Weiterbildungsaktivitäten ist eng an das Alter gekoppelt → **Tabelle B1.1.1-1**. Dieser Zusammenhang ist nicht linear; die Weiterbildungsbeteiligung steigt mit dem Alter erst leicht an und sinkt dann ab etwa 40 Jahren zunehmend ab. Die Beteiligungsquoten der 30- bis 39-Jährigen liegen in der Regel leicht über denen der jüngeren Kohorte.

Dieser Befund gilt jedoch nur, wenn nicht zwischen den Geschlechtern unterschieden wird. Werden Männer und Frauen getrennt betrachtet, zeigt sich eine erstaunliche Differenz – sowohl das Niveau als auch die Trends betreffend: Während weibliche Erwerbstätige faktisch in jedem Jahr und in jeder Altersgruppe höhere Weiterbildungsquoten aufweisen als die jeweiligen Vergleichsgruppen bei den Männern, ist der Unterschied in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen besonders ausgeprägt. Seit 2006 übertreffen 20- bis 29-jährige Frauen ihre Altersgenossen um mehr als 25 % – mit zunehmender Tendenz. In keiner der restlichen Altersgruppen ist der Geschlechterunterschied auf ähnlich hohem Niveau – auch wenn dieser allgegenwärtig ist.

In allen Altersgruppen steigt das durchschnittliche Beteiligungsniveau im Zeitraum von 2005 bis 2010 deutlich an. Während die Quoten bei den 20- bis 49-Jährigen jeweils um etwa 10 % zunehmen, wobei

Tabelle B1.1.1-1: **Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen 2005 bis 2010 nach Alter und Geschlecht (in %)**

		Berichtsjahr						
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt
20–29 Jahre	Männlich	16,6	15,9	16,8	17,8	18,4	17,7	17,2
	Weiblich	21,3	21,8	23,7	24,9	25,0	24,1	23,5
	Gesamt	18,8	18,6	20,0	21,1	21,5	20,7	20,1
30–39 Jahre	Männlich	20,1	20,3	21,5	22,9	22,7	22,0	21,5
	Weiblich	20,1	21,1	22,7	23,5	23,8	23,1	22,3
	Gesamt	20,1	20,6	22,1	23,2	23,2	22,5	21,9
40–49 Jahre	Männlich	18,2	18,3	20,0	20,9	20,9	20,6	19,8
	Weiblich	18,6	18,5	20,0	21,3	21,1	21,1	20,1
	Gesamt	18,4	18,4	20,0	21,1	21,0	20,8	20,0
50–64 Jahre	Männlich	14,9	14,9	16,2	17,3	17,4	17,1	16,4
	Weiblich	14,3	15,0	16,5	18,0	17,6	17,6	16,6
	Gesamt	14,7	14,9	16,4	17,6	17,5	17,3	16,5
Gesamt	Männlich	17,6	17,5	18,9	19,9	19,9	19,4	18,9
	Weiblich	18,3	18,8	20,3	21,4	21,3	20,9	20,2
	Gesamt	17,9	18,1	19,5	20,6	20,5	20,1	19,5

Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2010, Berechnungen des Bundesinstitus für Berufsbildung

die Frauen meist den größeren Anteil an der positiven Entwicklung haben, erhöhen sich die Quoten der 50- bis 64-Jährigen überdurchschnittlich stark um fast 20 %. Auch hier tragen die Frauen mehr zu der Entwicklung bei als die Männer. Sie allein erhöhen ihre Weiterbildungsaktivität um 23 %, während diese bei den Männern bis 2010 um etwa 15 % ansteigt.

Diese Entwicklung ist insofern positiv, als besonders die älteren Erwerbstätigen Boden gut machen, indem sie ihre Weiterbildungsaktivitäten – mehr als alle anderen Altersgruppen – erhöhen. Weniger erfreulich ist die Entwicklung bei den jungen Männern. Ihre Weiterbildungsbeteiligung stagniert während die der gleichaltrigen Frauen zunimmt.

Bei Betrachtung der einzelnen Berichtsjahre zeigt sich eine kontinuierliche Zunahme der Weiterbildungsbeteiligung im Zeitraum von 2005 bis 2008. Im Jahr 2009 stagnieren die Weiterbildungsquoten und 2010 gehen sie teilweise wieder leicht zurück. Es bleibt abzuwarten, ob sich der insgesamt erkennbare Trend einer höheren Weiterbildungsbeteiligung in den Folgejahren fortsetzt.

Bildungsniveau und Weiterbildungsbeteiligung

Nicht nur das Alter, sondern in ganz besonderem Maße auch das Bildungsniveau hat einen Einfluss auf das Weiterbildungsverhalten. Der enge Zusammenhang zwischen dem beruflichen Ausbildungsniveau und dem Weiterbildungsverhalten geht aus → **Tabelle B1.1.1-2** hervor. Während Erwerbstätige ohne Ausbildung eine mittlere Beteiligungsquote von 5,8 % und Personen mit Anlernausbildung eine mittlere Beteiligungsquote von 9,7 % aufweisen, erreichen Erwerbtätige mit beruflicher Ausbildung eine mittlere Beteili-

Tabelle B1.1.1-2: **Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen 2005 bis 2010 nach Berufabschluss und Geschlecht (in %)**

		Berichtsjahr						
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt
Anlernausbildung	Männlich	7,8	8,0	8,4	8,6	11,5	11,0	9,1
	Weiblich	8,7	9,9	9,6	10,9	11,5	12,1	10,3
	Gesamt	8,2	9,0	9,0	9,8	11,5	11,6	9,7
Duale Berufsausbildung	Männlich	13,3	13,3	14,4	15,2	15,3	15,2	14,5
	Weiblich	13,9	14,5	16,2	16,9	16,5	16,3	15,8
	Gesamt	13,6	13,9	15,3	16,0	15,9	15,7	15,1
Berufsfachschulausbildung	Männlich	20,4	21,8	22,4	26,8	27,9	25,8	23,4
	Weiblich	25,5	27,2	29,0	32,5	31,4	31,7	29,1
	Gesamt	23,5	25,1	26,7	30,7	30,3	29,8	27,1
Meister-/Techniker-/Fachschulabschluss	Männlich	26,3	26,3	29,0	29,9	29,1	27,6	28,0
	Weiblich	34,0	34,9	38,5	39,0	38,4	35,8	36,8
	Gesamt	29,3	29,7	32,8	33,5	33,0	30,9	31,5
Hochschule/Fachhochschule	Männlich	32,4	32,9	34,9	36,0	35,0	33,5	34,2
	Weiblich	36,9	37,2	38,4	39,8	38,6	37,7	38,1
	Gesamt	34,2	34,6	36,3	37,6	36,5	35,3	35,8
ohne Ausbildung	Männlich	6,2	6,0	6,1	6,1	6,0	6,2	6,1
	Weiblich	5,2	5,6	5,4	5,8	5,9	5,5	5,6
	Gesamt	5,7	5,8	5,8	6,0	5,9	5,8	5,8

Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2010, Berechnungen des Bundesinstitus für Berufsbildung

gungsquote von 15,1 %. Bei einer durchschnittlichen Weiterbildungsbeteiligung von 19,5 % (bezogen auf alle Personengruppen und betrachteten Berichtsjahre → **Tabelle B1.1.1-1**) zählen folglich auch Personen mit einer abgeschlossenen dualen Ausbildung zu den in Bezug auf berufliche Weiterbildung sehr unterrepräsentierten Ausbildungsgruppen. Personen mit einer berufsfachschulischen Ausbildung erreichen demgegenüber mit 27,1 % im Mittel einen sehr viel höheren Wert. Bei den nächsthöheren Ausbildungsstufen findet sich nicht noch einmal ein solch großer Abstand. Unter den Erwerbstätigen mit Meister-/Techniker- und Fachschulabschlüssen beteiligen sich im Mittel 31,5 % an Weiterbildungsaktivitäten. Bei den Akademikern und Akademikerinnen liegt die mittlere Beteiligungsquote mit 35,8 % nochmals erkennbar über denen der Absolventen und Absolventinnen von Fachschulausbildungen.

In nahezu allen Ausbildungsgruppen steigen die Beteiligungsquoten von 2005 bis 2010 an. Von diesem Trend sind lediglich Personen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung ausgenommen. Bei ihnen ist kaum eine Veränderung zu erkennen. Personen mit Anlernausbildung steigern ihre Beteiligungsquoten auf niedrigem Niveau von 8,2 % (2005) auf 9,8 % (2008) und 11,6 % (2010). Zu dieser Entwicklung tragen bis 2008 hauptsächlich die Frauen bei. Bei ihnen steigt die Beteiligungsquote in diesem Zeitraum um 2,2 Prozentpunkte, während es bei den Männern

vergleichsweise geringe 0,8 Prozentpunkte sind. Ab 2009 erfahren die Männer mit Anlernausbildung allerdings einen deutlichen Zuwachs in der Weiterbildungsbeteiligung. Entgegen der leicht zurückgehenden Gesamtentwicklung von 2009 bis 2010 steigt die Weiterbildungspartizipation der Frauen mit Anlernausbildung in diesem Zeitraum erkennbar an.

Ein ähnliches Bild auf einem etwas höheren Niveau ergibt sich bei den Absolventen und Absolventinnen einer beruflichen Ausbildung. Auch hier tragen die Frauen etwas mehr zur Steigerung der Weiterbildungsaktivitäten bei, wobei der Anstieg insgesamt durchschnittliche Steigerungsraten aufweist. Die höchsten Steigerungsraten lassen sich bei den Absolventen und Absolventinnen berufsfachschulischer Ausbildungen finden. Bei ihnen erhöht sich der Anteil weiterbildungsaktiver Personen von 23,5 % im Jahr 2005 um etwa als 25 % auf 29,8 % im Jahr 2010. Auch wenn bei den Männern das Niveau deutlich unter dem der Frauen liegt, so trägt auch ihre Entwicklung zum Gesamttrend bei. Männer und Frauen haben ähnlich hohe Steigerungsraten im Zeitverlauf. Diejenigen mit Berufsfachschulausbildung weisen im Vergleich zu allen sonstigen Personengruppen die dynamischste Entwicklung auf.

Unter den Erwerbstätigen mit Meister-/Techniker- und Fachschulabschlüssen nehmen die Differenzen zwischen Männern und Frauen leicht zu. Auffällig ist hier das sehr viel höhere Niveau, auf dem die Quoten der Frauen verlaufen. Im Mittel sind 36,8 % von ihnen weiterbildungsaktiv, während es bei den Männern im Mittel 28,0 % sind. Im Verlauf von 2005 bis 2010 bauen die Frauen den relativen Abstand zu den Männern zusätzlich noch etwas aus. Ab dem Jahr 2009 gehen die Quoten vergleichsweise stark zurück, wobei sie 2010 mit 27,6 % und 35,8 % das Niveau von 2007 wieder unterschreiten.

Die im Vergleich höchsten Quoten weisen die Akademiker/-innen aus. Im Schnitt sind sie zu 35,8 % weiterbildungsaktiv. Von 2005 bis 2010 steigt ihre Beteiligungsquote von 34,2 % auf 35,3 %. Im Unterschied zu den restlichen Personengruppen wird der Abstand zwischen Männern und Frauen im Zeitverlauf geringer. Von 2005 bis 2008 verringert sich die Differenz von anfangs 4,5 Prozentpunkten auf 3,8 Prozentpunkte, danach steigt sie jedoch wieder auf 4,2 Prozentpunkte im Jahr 2010 an. Genauso wie in den zuvor genannten Ausbildungsgruppen ist ab 2009 eine Trendumkehr zu beobachten, so dass die Quoten 2010 die aus dem Jahr 2007 unterschreiten.

Zusammengefasst ist vor allem die meist sehr viel geringere Weiterbildungsbeteiligung der erwerbstätigen Männer auffallend. Sie weisen gegenüber den erwerbstätigen Frauen in vielen Fällen eine geringere Beteiligung an Weiterbildung auf und lassen zudem im Zeitverlauf nur wenig Aufwärtsdynamik erkennen.

(Manuel Schandock)

B1.1.2 Weiterbildungsbereitschaft und Weiterbildungsaktivitäten älterer Erwerbstätiger

Der demografische Wandel verändert zunehmend die Zusammensetzung der potenziellen Erwerbsbevölkerung nach Altersgruppen. Daher wurde in der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 die berufliche Situation und Integration älterer Erwerbstätiger als ein Schwerpunkt in die Befragung mit aufgenommen. Die folgenden Ergebnisse basieren auf den Auswertungen von 11.523 Befragten im Alter von 45 bis 65 Jahren zum Thema Weiterbildung E.

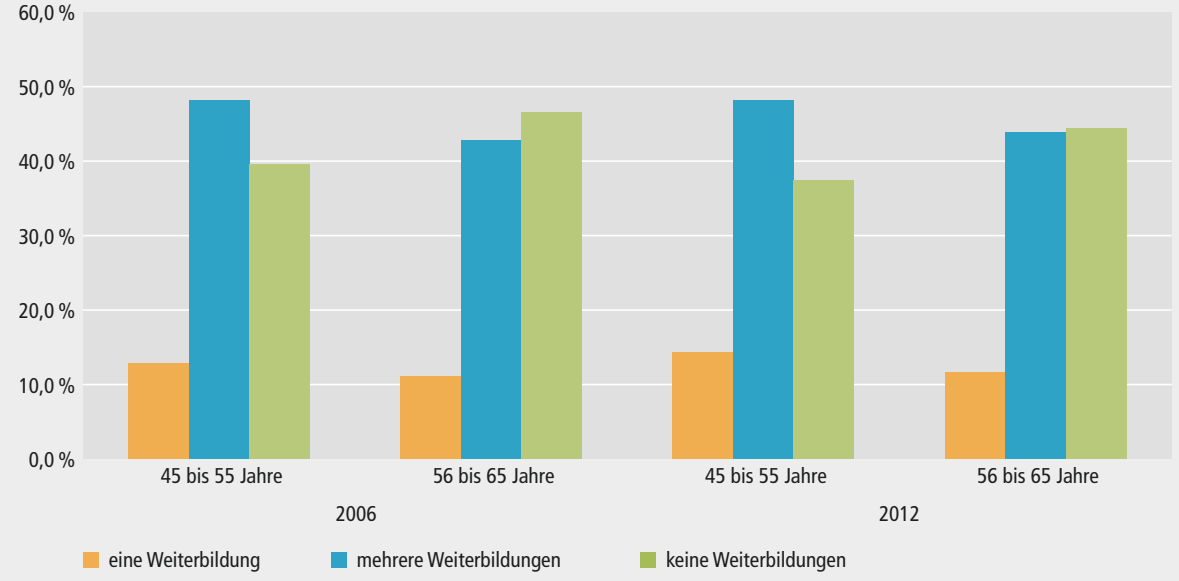
E BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012

In der repräsentativen BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, gemeinsam vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) durchgeführt, wurden ca. 20.000 Erwerbstätige ab 15 Jahren mit einer Arbeitszeit von mindestens 10 Stunden pro Woche in Deutschland befragt, wobei mit Erwerbstätigkeit eine mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit gemeint ist (vgl. E in Kapitel A9.2). Die Erhebung wurde zwischen 1979 und 1999 vom BIBB in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und seitdem in Kooperation mit der BAuA durchgeführt. Sie stellt der Berufs- und Qualifikationsforschung und der Arbeitsschutzberichterstattung differenzierte repräsentative Informationen über Erwerbstätige und Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Erwerbstätigenbefragung ist im Kern inhaltlich und methodisch kongruent mit der letzten Befragung 2005/2006, hat aber Erweiterungen erfahren. So gibt es einen neu aufgenommenen Auswertungsschwerpunkt zur beruflichen Situation und Integration älterer Erwerbstätiger.

Weiterbildung als Bestandteil des lebenslangen Lernens steht in direktem Zusammenhang mit beruflichen Zielen. Sie dient dazu, die eigene berufliche Position zu halten, zu verbessern oder auszubauen, indem sie berufliche Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten weiterentwickelt und erweitert. Weiterbildung kann höhere Einkommenspfade sichern und die Beschäftigungsfähigkeit erhöhen.

Untersuchungen zeigen, dass die Weiterbildungsaktivitäten älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gestiegen sind (Institut für Arbeitsmarkt- und

Schaubild B1.1.2-1: **Weiterbildungsteilnahme Älterer 2006 und 2012**



Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Berufsforschung 2012). Die BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 bestätigt den Trend für die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme, vergleicht man die Aussagen aus der Befragung 2005/2006. So hatten 2006 12,1 % der 45- bis 65-Jährigen angegeben, in den letzten 2 Jahren an einer Weiterbildung teilgenommen zu haben. Im Jahr 2012 bestätigten 13,3 % eine solche Teilnahme. Mehrere Weiterbildungen absolvierten 2006 46,6 % der 45- bis 65-Jährigen. Ein sehr geringer Anstieg (46,7 %) war in der Befragung 2012 festzustellen.

Differenziert nach Altersgruppen zwischen 45 bis 55 und 56 bis 65 Jahren bestätigt sich dieser Trend. Sowohl die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme als auch an mehreren Weiterbildungen ist angestiegen. 41,3 % der befragten 45- bis 65-Jährigen gaben 2006 an, an keiner Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen zu haben. Bei der Befragung 2012 reduziert sich die Nichtteilnahme dieser Altersgruppe auf 39,9 % → **Schaubild B1.1.2-1**.

Betrachtet man die Ergebnisse getrennt nach Frauen und Männern, so erhöhte sich die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme bei den Frauen in beiden Altersgruppen (2006: 13,0 %, 2012: 13,9 % bei den 45- bis 55-Jährigen; 2006: 9,7 %, 2012: 11,0 % bei den 56- bis 65-Jährigen). Bei den Männern findet sich ein Anstieg bei der Altersgruppe der 45- bis 55-Jährigen (2006: 11,9 %, 2012: 14,2 %), während bei den 56- bis 65-Jährigen ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist (2006: 12,0 %; 2012: 11,6 %). Die Teilnahme an mehreren Weiterbildungsmaßnahmen ist sowohl bei den weiblichen als auch bei den männlichen Befragten rückläufig.

Sich für die Berufstätigkeit in den nächsten 2 Jahren weiterzubilden planen 50,9 % der befragten 45- bis 65-Jährigen. Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich erwartungsgemäß, dass der Anteil einer geplanten beruflichen Weiterbildung bei den 45- bis 55-Jährigen mit 58,3 % deutlich höher liegt als bei den 56- bis 65-Jährigen mit 36,3 %.

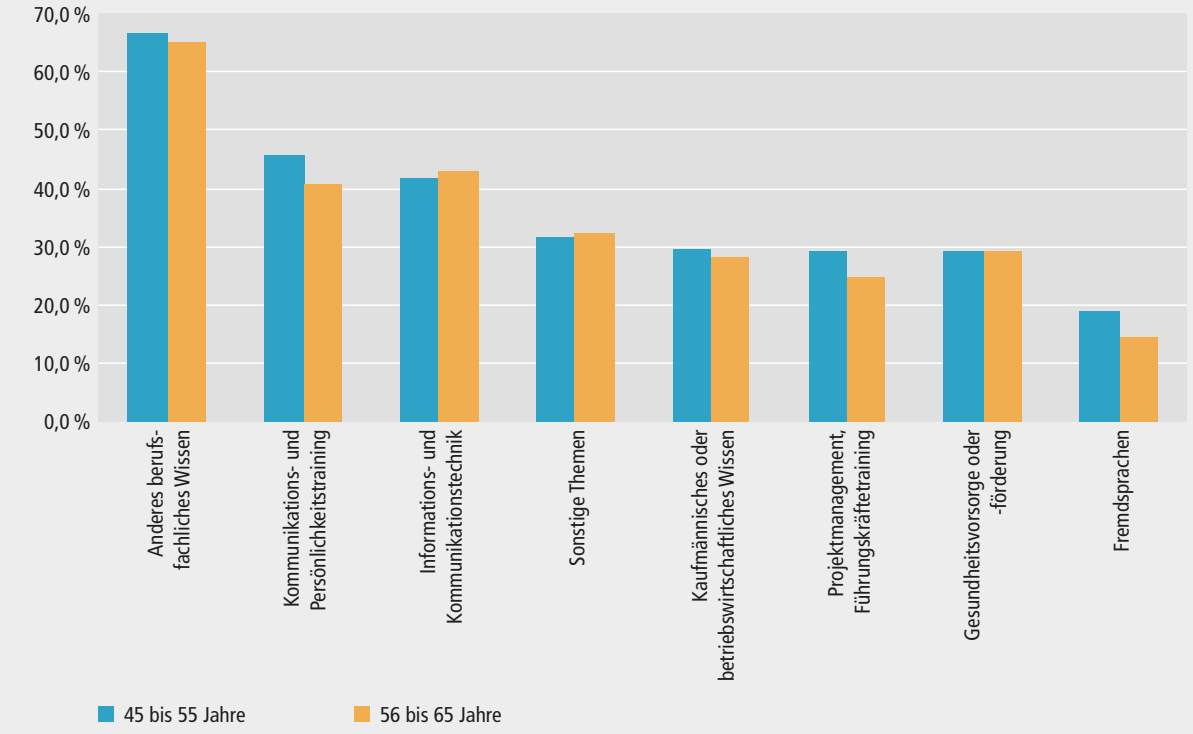
Als besonders wichtig erachten 66,2 % der über 45- bis 65-Jährigen den Ausbau und die Erweiterung des berufsfachlichen Wissens. Für die 45- bis 55-Jährigen ist dies wichtiger (66,6 %) als für die 56- bis 65-Jährigen (65,1 %). Ein Kommunikations- und Persönlichkeitstraining erachten die 45- bis 55-Jährigen als besonders wichtig (45,6 %); bei den 56- bis 65-Jährigen stimmen einem solchen Training 40,7 % als wesentlich zu. Differenziert man nach Frauen und Männern, so ist das Interesse für dieses Thema bei den Frauen beider Altersgruppen (46,3 % bei den 45- bis 55-Jährigen und 43,8 % bei den 56- bis 65-Jährigen) ausgeprägter als für die männlichen Befragten in den Altersgruppen (40,4 % der 45- bis 55-Jährigen und 34,2 % der 56- bis 65-Jährigen). An dritter Stelle folgt die Informations- und Kommunikationstechnik, die 42 % der 45- bis 65-Jährigen als wichtig erachten. 43,1 % der 56- bis 65-Jährigen beabsichtigen, sich in diesem Schwerpunkt weiterzubilden, bei den 45- bis 55-Jährigen planen 41,6 % eine Weiterbildung in diesem Bereich. Wie zu erwarten, zeigen Männer in beiden Altersgruppen ein größeres Interesse an einer solchen Weiterbildung (bei den 45- bis 55-jährigen Männern 42,9 % und 43,8 % bei den 56- bis 65-jährigen gegenüber 35,8 % der 45- bis 55-jährigen und 40,7 % der 56- bis 65-jährigen Frauen). Die Relevanz einer Weiterbildung im Bereich der Gesundheitsvorsorge wird in beiden Altersgruppen gleich bewertet (29,2 %). Allerdings zeigt sich, dass Frauen in beiden Altersgruppen (36,5 % der 45- bis 55-Jährigen und 35,5 % der 56- bis 65-Jährigen) einen viel größeren Wert auf dieses Weiterbildungsthema legen als Männer (22,0 % der 45- bis 55-Jährigen und 23,7 % der 56- bis 65-Jährigen) → **Schaubild B1.1.2-2**.

Die geplante Weiterbildung soll vorrangig dazu dienen, beruflich auf dem Laufenden zu bleiben. Wichtig ist dies vor allem für die 56- bis 65-Jährigen (96,1 %), auch die 45- bis 55-Jährigen bestätigen diese Planung mit 91,4 %. Die Übernahme einer neuen Tätigkeit haben 8,6 % der 45- bis 55-Jährigen und 3,9 % der 56- bis 65-Jährigen im Blick. Ein nennenswerter Unterschied zwischen Frauen und Männern in beiden Altersgruppen ist nicht festzustellen.[249]

Ob spezielle Weiterbildungsmaßnahmen für Ältere Effekte auf die relative Produktivität haben, ist

249 „Anderer Zweck, und zwar …" sowie „Weiß nicht" und „Keine Angabe" nicht aufgeführt.

Schaubild B1.1.2-2: **Thematischer Schwerpunkt der geplanten beruflichen Weiterbildung**



Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

umstritten (Institut der deutschen Wirtschaft 2012). Effektiver ist die Integration Älterer in altersunspezifische Weiterbildung, verbunden mit erwachsenenpädagogischen Prinzipien und unter Berücksichtigung, dass Ältere anders lernen als Jüngere (Stamrov-Roßnagel 2011; Zimmermann 2009). Gibt es überhaupt bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Wunsch nach Qualifizierung und Weiterbildung, die sich gezielt an ältere Beschäftigte richten? Über die Hälfte der 45- bis 65-jährigen Befragten (56,4 %) lehnen altersspezifische Weiterbildungsangebote ab. Besonders die 56- bis 65-Jährigen verneinen den Wunsch nach speziellen Weiterbildungsmaßnahmen für Ältere (61,1 %); bei den 45- bis 55-Jährigen sind es 54,1 %. Eine Differenzierung in Frauen und Männer zeigt, dass sich die Altersgruppe der 45- bis 55-jährigen Männer häufiger (50,4 %) eine altersspezifische Weiterbildung wünscht als gleichaltrige Frauen (44,8 %) → **Tabelle B1.1.2-1**.

Tabelle B1.1.2-1: **Wunsch nach gezielter altersspezifischer Weiterbildung nach Geschlecht und Altersgruppen**

Geschlecht/Alter	Wunsch nach gezielter altersspezifischer Weiterbildung		
	Ja	Nein	Gesamt
Männlich			
45 bis 55 Jahre	50,4 %	49,6 %	3.063
56 bis 65 Jahre	38,6 %	61,4 %	1.259
Weiblich			
45 bis 55 Jahre	44,8 %	55,2 %	2.701
56 bis 65 Jahre	39,8 %	60,2 %	1.015

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Gruppe der 56- bis 65-jährigen Frauen wünschen sich etwas häufiger (39,8 %) als die Männer (38,6 %) dieser Altersgruppe eine solche Weiterbildung.

(Brigitte Seyfried, Sabrina Weller)

B1.2 Betriebliche Weiterbildung

In Zeiten globalen Wirtschaftens und des (zum Teil damit einhergehenden) Strukturwandels erhöht sich die Komplexität vieler Arbeitsprozesse, was zur Folge hat, dass einfache Tätigkeiten durch qualifizierte verdrängt werden. Qualifizierungsprozesse und insbesondere die betriebliche Weiterbildung erlangen daher sowohl für die Arbeitskräfte als auch für die Betriebe einen enormen Bedeutungszuwachs, da der Erhalt und Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit ohne lebenslanges Lernen nicht zu realisieren ist. Die Beurteilung betrieblicher Weiterbildungsaktivitäten erfolgt seit vielen Jahren anhand der Daten des IAB-Betriebspanels (**Kapitel B1.2.1**) und der CVTS-Studien (Continuing Vocational Training Survey) (**Kapitel B1.2.2**).

B1.2.1 Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote

Das IAB-Betriebspanel[250] stellt seit 1995 Informationen zur betrieblichen Weiterbildung für das gesamte Bundesgebiet bereit. Im Folgenden wird neben der Beteiligung der Betriebe auch der Anteil der in Weiterbildungsmaßnahmen einbezogenen Mitarbeiter betrachtet. Wurden diese Daten bis zum Jahr 2007 in zweijährigem Rhythmus erhoben, werden die Basisinformationen (außer Weiterbildungsquote nach Qualifikationsniveau) ab 2008 in jedem Jahr erfragt. Ergänzende Informationen (z. B. Analysen nach Wirtschaftszweigen) und methodische Erläuterungen sind der diesem Kapitel zugrunde liegenden Expertise des IAB zu entnehmen (**vgl. Kapitel A4.11.2**).[251]

Das IAB-Betriebspanel definiert Weiterbildungsbetriebe als Betriebe, die formelle oder informelle Weiterbildungsmaßnahmen fördern, indem sie ihre Beschäftigten dafür von der Arbeitszeit freistellen oder die Kosten für die Maßnahmen teilweise oder ganz übernehmen. Anhand der Weiterbildungsbeteiligung und der Weiterbildungsquote E liefern die Daten einen Überblick über die Weiterbildungsaktivitäten deutscher Betriebe.

250 Für nähere Informationen vgl. Fischer u. a. 2008.
251 Die Expertise ist unter **http://www.bibb.de/datenreport** einsehbar.

E Weiterbildungsbeteiligung

Der Indikator Weiterbildungsbeteiligung bezieht die Anzahl der Betriebe, die gemäß einer Frage des IAB-Betriebspanels im 1. Halbjahr eines Jahres weiterbildungsaktiv waren, auf die Anzahl aller Betriebe in Deutschland.

Weiterbildungsquote

Der Indikator Weiterbildungsquote wird als Quotient der Summe aller an Weiterbildungsmaßnahmen partizipierenden Mitarbeiter im ersten Halbjahr (Zähler) und der Summe aller Mitarbeiter zum Stichtag der Befragung (Nenner) ermittelt.

Weiterbildungsbeteiligung

Im Jahr 2011 beteiligt sich jeder zweite deutsche Betrieb (53 %) an der Weiterbildung seiner Mitarbeiter/-innen. Gegenüber dem Vorjahr kommt dies einem Anstieg um 9 Prozentpunkte gleich – seit dem Start des IAB-Betriebspanels ist dies der höchste Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe. Nicht nur der wirtschaftliche Strukturwandel und der Übergang geburtenstarker Jahrgänge in rentennahe Altersgruppen forcieren den Weiterbildungsbedarf, auch die vergleichsweise zurückhaltende Investition in Weiterbildungsaktivitäten der letzten Jahre trägt zur Erklärung des Anstiegs im Jahr 2011 bei (vgl. die Ergebnisse des BIBB-Qualifizierungspanels in **Kapitel B1.2.3**).[252] Dabei wird unter Berücksichtigung der Regionen ersichtlich, dass sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern eine deutliche Erhöhung der Weiterbildungsaktivitäten zu verzeichnen ist → **Tabelle B1.2.1-1**. Der Zuwachs ist in fast allen Betriebsgrößen ersichtlich – sieht man von den Großbetrieben ab, deren Weiterbildungsengagement bereits im Vorjahr bei nahezu 100 % lag. Während sich der Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen um 9 bzw. 10 Prozentpunkte erhöhte und in den alten Bundesländern 2011 43 % und in den neuen Bundesländern 48 % betrug, war auch bei kleinen (10 bis

252 Während der Finanzkrise wurde die positive Entwicklung der betrieblichen Weiterbildungsbeteiligung kurzzeitig unterbrochen, konnte jedoch dann ihren Aufwärtstrend fortsetzen. Ausführliche Informationen zur Weiterbildungsbeteiligung finden sich in Bechmann u. a. 2012.

Tabelle B1.2.1-1: **Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2001	2003	2005	2007	2008	2009	2010	2011
Alte Länder								
1 bis 9 Beschäftigte	27	33	33	36	39	36	34	43
10 bis 49 Beschäftigte	56	58	62	62	68	62	62	69
50 bis 499 Beschäftigte	80	84	84	86	87	82	84	92
500+ Beschäftigte	97	98	97	95	98	97	98	98
Gesamt	**36**	**41**	**42**	**45**	**49**	**44**	**44**	**52**
Neue Länder								
1 bis 9 Beschäftigte	29	37	38	41	44	39	38	48
10 bis 49 Beschäftigte	58	63	62	67	67	61	61	70
50 bis 499 Beschäftigte	82	87	85	86	90	82	84	90
500+ Beschäftigte	96	94	96	97	97	92	99	100
Gesamt	**37**	**44**	**45**	**48**	**51**	**45**	**45**	**55**
Bundesgebiet								
1 bis 9 Beschäftigte	28	34	34	37	40	36	35	44
10 bis 49 Beschäftigte	57	59	62	63	68	62	62	69
50 bis 499 Beschäftigte	81	85	84	86	88	82	84	91
500+ Beschäftigte	97	97	97	95	98	96	98	98
Gesamt	**36**	**42**	**43**	**45**	**49**	**45**	**44**	**53**

Weiterbildungsbeteiligung: Anteil der Betriebe, die (in-)direkt Weiterbildung finanziert haben, an allen Betrieben.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2001 bis 2011, hochgerechnete Angaben

Tabelle B1.2.1-2: **Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)**

	2001	2003	2005	2007	2008	2009	2010	2011
Alte Länder								
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	9		12	–	14
Qualifizierte Tätigkeiten	21	27	22	27	–	33	–	39
Gesamt	**18**	**22**	**20**	**21**	**25**	**25**	**25**	**29**
Neue Länder								
Einfache Tätigkeiten	8	12	9	13	–	16	–	20
Qualifizierte Tätigkeiten	21	31	27	33	–	35	–	43
Gesamt	**19**	**26**	**25**	**27**	**30**	**29**	**30**	**35**
Bundesgebiet								
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	10	–	12	–	15
Qualifizierte Tätigkeiten	21	28	23	29	–	32	–	40
Gesamt	**18**	**23**	**21**	**22**	**26**	**25**	**26**	**31**

Weiterbildungsquote: Anteil der weitergebildeten Beschäftigten an allen Beschäftigten.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2001 bis 2011, hochgerechnete Angaben

49 Beschäftigte: +7 bzw. +9 Prozentpunkte) und mittleren Betrieben (50 bis 499 Beschäftigte: +8 bzw. +6 Prozentpunkte) eine deutliche Zunahme sichtbar. Damit ist der Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe in den neuen Bundesländern (55 %) höher als der Anteil in den alten Bundesländern (52 %).

Im Allgemeinen gilt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Betrieb weiterbildungsaktiv ist, mit der Betriebsgröße zunimmt. Dies ist leicht nachzuvollziehen, wenn man bedenkt, dass kleine Betriebe größere Schwierigkeiten bzgl. des personellen und finanziellen Aufwandes, der für die Durchführung von Bildungsmaßnah-

men notwendig ist, als große Betriebe haben. Zudem sehen sich große Betriebe ungleich häufiger mit Personalanpassungen konfrontiert, die eine Einarbeitung, einen Arbeitsplatzwechsel o. Ä. zur Folge haben.

Weiterbildungsquote

Nachdem die Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe in 2011 deutlich höher ausfällt als in den vergangenen Jahren, stellt sich die Frage, ob dies auch Auswirkungen auf den Anteil der in Weiterbildungsmaßnahmen einbezogenen Mitarbeiter/-innen hat. Dies kann eindeutig bestätigt werden: Nahm die Weiterbildungsquote seit dem Jahr 2001 einen positiven Verlauf, befand sie sich von 2008 bis 2010 auf etwa 26 % und stieg in 2011 um 5 Prozentpunkte an. Damit nimmt 2011 nahezu jede/-r dritte Mitarbeiter/-in an Weiterbildungsmaßnahmen teil → **Tabelle B1.2.1-2**. Unterscheidet man nach einfachen und qualifizierten Tätigkeiten, zeigt sich vor allem eine Zunahme an weiterbildungsaktiven Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die qualifizierte Tätigkeiten ausüben. Wie bereits in diversen Studien nachgewiesen, profitieren qualifizierte Beschäftigte häufiger von Weiterbildungsmaßnahmen als Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten. Im Vergleich zum Jahr 2009 fallen die Weiterbildungsquoten im Qualifiziertenbereich 2011 8 Prozentpunkte höher aus, bei einfach Beschäftigten dagegen lediglich um 3 Prozentpunkte.

Weiterhin trägt eine regionale Differenzierung zur Beschreibung des betrieblichen Weiterbildungsverhaltens bei. Wurde bereits in den vergangenen Jahren eine höhere Weiterbildungsquote für die neuen Bundesländer ermittelt, so hat sich die regionale Differenz in 2011 noch leicht erhöht. In den alten Bundesländern wurden etwa 29 % der Beschäftigten weitergebildet, in den neuen Bundesländern traf dies auf etwas mehr als jede/n Dritte/n zu (35 %). Der Zuwachs wurde in beiden Landesteilen vorwiegend durch eine verstärkte Teilnahme von Beschäftigten in qualifizierten Tätigkeiten verursacht. Nahmen 2011 in den alten Bundesländern 39 % (+6 Prozentpunkte) der qualifiziert Beschäftigten an Weiterbildungsmaßnahmen teil, waren dies in den neuen Bundesländern 43 % (+8 Prozentpunkte). Bei einfach Beschäftigten war ebenfalls ein Zuwachs zu verzeichnen, der jedoch mit 2 bzw. 4 Prozentpunkten geringer ausfiel.

Unterscheidet man die Weiterbildungsquote zusätzlich nach der Betriebsgröße, zeigt sich kein eindeutiger Zusammenhang → **Tabelle B1.2.1-3 Internet**. Insgesamt kann festgestellt werden, dass kleine Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten zwar eine deutlich geringere Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen aufweisen, hinsichtlich des Anteils einbezogener Mitarbeiter/-innen jedoch auf dem Niveau der Großbetriebe liegen. Der Fakt, dass sich ein Großteil der Weiterbildungsmaßnahmen auf qualifiziert Beschäftigte bezieht, wird durch die Ergebnisse aller Betriebsgrößenklassen untermauert.

(Silke Hartung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

B1.2.2 Betriebliche Weiterbildung im europäischen Vergleich

Erste Ergebnisse der vierten europäischen Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung CVTS4

Die betrieblich finanzierte Weiterbildung ist ein wichtiger Teil des lebenslangen Lernens. 2011 wurde die vierte europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS4 – Continuing Vocational Training Survey) E durchgeführt, die europäisch vergleichende Daten zu betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten für das Jahr 2010 zur Verfügung stellt. Die grundlegenden Definitionen und Variablen, die schon in den Vorgängererhebungen genutzt wurden, blieben erhalten, sodass die Vergleichbarkeit zu früheren Erhebungen grundsätzlich sichergestellt ist. An einigen Stellen wurde der Fragebogen jedoch modifiziert, um die Zahl der Fragen und damit die Belastung der befragten Unternehmen zu reduzieren. In Deutschland wurde die Erhebung vom Statistischen Bundesamt und einigen statistischen Landesämtern durchgeführt.

Die Ergebnisse der beteiligten Länder werden auf der Eurostat-Datenbank[253] veröffentlicht. Im März 2013

253 Siehe: **http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/education/data/database** (Abrufdatum: 20.02.2013).

liegen Ergebnisse für 25 Länder[254] vor. Hierbei handelt es sich um vorläufige Daten, die noch einer eingehenden Datenprüfung bedürfen. Die Datenbank wird in den nächsten Monaten mit den Ergebnissen der noch fehlenden Länder und weiteren Tabellen ergänzt.

Nachfolgend werden die ersten Ergebnisse aus CVTS4 anhand 4 zentraler Indikatoren beschrieben und Entwicklungen und Veränderungen zum Jahr 2005 (CVTS3) aufgezeigt:

- Inzidenz: Unternehmen, die Weiterbildung in irgendeiner Form (Kurse und/oder andere Formen) anbieten (in % aller Unternehmen)
- Teilnahme: Beschäftigte, die an Weiterbildungskursen teilnehmen (in % der Beschäftigten aller Unternehmen)
- Intensität: Stunden in Weiterbildungskursen in Relation zu den Arbeitsstunden der Beschäftigten aller Unternehmen (je 1.000 Arbeitsstunden)
- Betriebliche Ausgaben für Weiterbildung: Direkte Kosten für Weiterbildungskurse zuzüglich des Saldos aus Umlagen/Beiträgen an Fonds und Einnahmen durch Zuschüsse/finanzielle Zuwendungen für Weiterbildung in Relation zu den Gesamtarbeitskosten aller Unternehmen

E Die europäischen Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS)

Die europäischen Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS = Continuing Vocational Training Survey) stellen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (und weiterer interessierter Staaten) vergleichbare Daten zu den Strukturen der betrieblichen Weiterbildung in Unternehmen zur Verfügung. Unter betrieblicher Weiterbildung wird dabei vorausgeplantes, organisiertes Lernen verstanden, das vollständig oder teilweise von den Unternehmen finanziert wird. Erfasst werden Angaben zur Weiterbildungspolitik der Unternehmen und zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung (Lehrveranstaltungen in der Form von Kursen und Seminaren sowie andere Formen der betrieblichen Weiterbildung, wie Einarbeitung und Unterweisung durch Vorgesetzte und andere Beschäftigte, Weiterbildung durch Teilnahme an Lern- und Qualitätszirkeln, durch selbstgesteuertes Lernen, durch Jobrotation oder Austauschprogramme/Abordnungen und durch den Besuch von Informationsveranstaltungen).

Bisher wurden 4 europäische Weiterbildungserhebungen durchgeführt: An CVTS1 (1993) beteiligten sich 12 Länder, an CVTS2 (1999) 25 Länder, an CVTS3 (2005) 28 Länder, und CVTS4 wird voraussichtlich Informationen für 29 Länder liefern. Befragt wurden Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten aus den Wirtschaftsbereichen verarbeitendes Gewerbe, Handel, unternehmensnahe und sonstige öffentliche Dienstleistungen, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und dem Gastgewerbe. Die Ergebnisse der 3 letzten CVTS-Erhebungen sind auf der Eurostat-Datenbank abrufbar (vgl. Fußnote 253). Bei der Interpretation der europäischen Vergleichsdaten sollten stets die Datenqualität, die nationalen Rahmenbedingungen und die historisch gewachsenen Strukturen berücksichtigt werden – ein unreflektiertes Ranking kann zu falschen Folgerungen führen. Für CVTS3 prüfte das BIBB (gemeinsam mit Céreq [Marseille] und Isfol [Rom] im Auftrag von Cedefop) die Datenqualität und legte inhaltliche Analysen vor (Cedefop 2010). Ein ähnliches Projekt – wiederum von Cedefop finanziert – wird 2013/2014 für CVTS4 durchgeführt. Das BIBB beteiligt sich gemeinsam mit weiteren Partnern an dieser Evaluation.

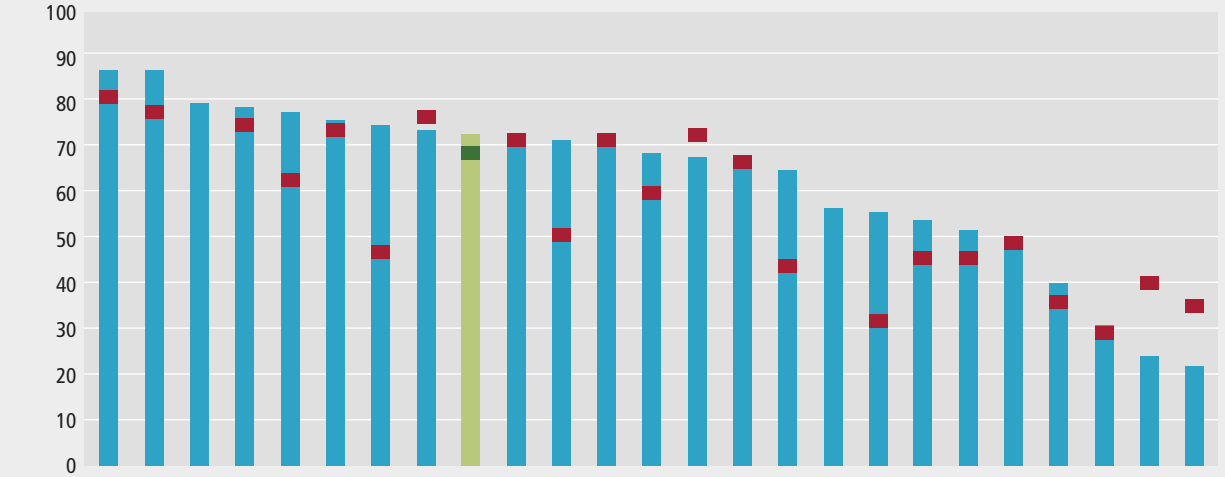
Betriebliches Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen (Inzidenz)

In Deutschland haben im Jahr 2010 73 % der Unternehmen ihren Beschäftigten Weiterbildung in Form von Kursen und/oder anderen Formen angeboten. Insgesamt reicht der Anteil der weiterbildenden Unternehmen in den 25 Ländern, für die bisher Ergebnisse vorliegen, von 87 % in Österreich und Schweden bis zu 22 % in Polen → **Schaubild B1.2.2-1**. Deutschland liegt dabei wie bereits 2005 im Mittelfeld der Länder. Allerdings weisen fast alle nord- und westeuropäischen Länder eine höhere Quote auf, und auch Spanien konnte an Deutschland vorbeiziehen.

Im Vergleich zum Jahr 2005 (siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B1.2) ist in vielen Ländern eine positive Entwicklung beim Weiterbildungsangebot zu verzeichnen. In insgesamt 16 Ländern, unter ihnen

254 Es fehlen die Ergebnisse aus Dänemark, Griechenland, Irland und Norwegen. Europäische Durchschnittswerte lassen sich wegen der fehlenden Länder noch nicht zuverlässig schätzen.

Schaubild B1.2.2-1: **Anteil der weiterbildenden Unternehmen an allen Unternehmen 2010 und 2005 (in %)**



	AT	SE	UK	NL	BE	FR	ES	FI	DE	CZ	CY	LU	SK	SI	EE	PT	HR	IT	MT	LT	HU	LV	BG	RO	PL
2010	87	87	80	79	78	76	75	74	73	72	72	71	69	68	68	65	57	56	54	52	49	40	31	24	22
2005	81	78		75	63	74	47	77	69	72	51	72	60	73	67	44		32	46	46	49	36	29	40	35

Länderkürzel: AT: Österreich; BE: Belgien; BG: Bulgarien; CY: Zypern; CZ: Tschechien; DE: Deutschland; EE: Estland; ES: Spanien; FI: Finnland; FR: Frankreich; HR: Kroatien; HU: Ungarn; IT: Italien; LT: Litauen; LU: Luxemburg; LV: Lettland; MT: Malta; NL: Niederlande; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SI: Slowenien; SK: Slowakei; UK: Vereinigtes Königreich

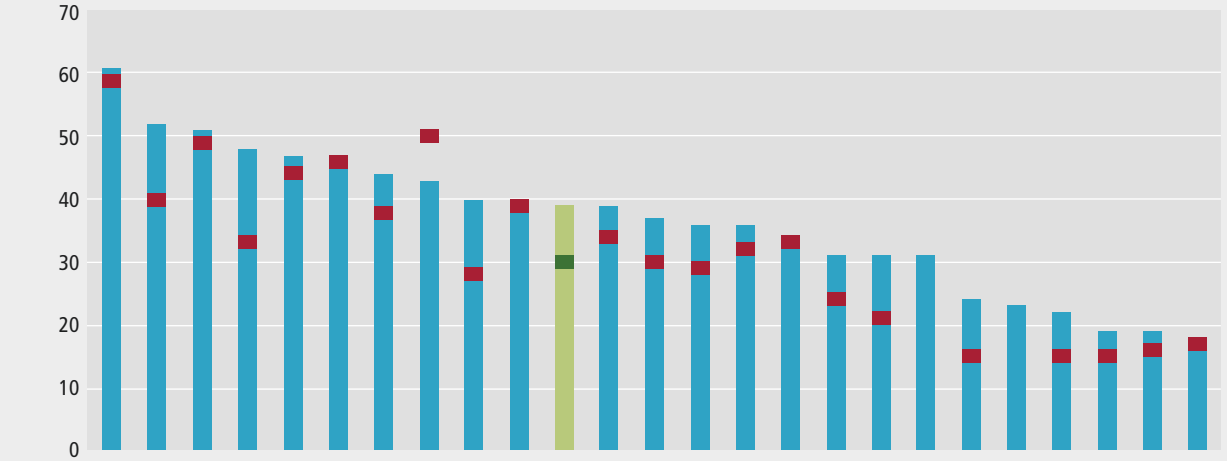
Quelle: Eurostat, CVTS3/4 (Abrufdatum: 11.03.2013). Keine Teilnahme von HR an CVTS3. UK (2005) wegen begrenzter Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

auch Deutschland, gab es Zuwächse, die mit Anstiegen von über 20 Prozentpunkten besonders stark in den südeuropäischen Ländern Spanien, Italien, Zypern und Portugal ausfielen. Auch in 6 nord- und westeuropäischen Ländern stieg das Weiterbildungsangebot. Belgien verzeichnete dabei mit +15 Prozentpunkten einen besonders starken Anstieg, in Deutschland betrug er 4 Prozentpunkte. In Osteuropa war die Entwicklung nicht einheitlich. Während in 4 Ländern das Angebot stagnierte bzw. es nur zu geringen Veränderungen kam, gab es in Lettland (+4 Prozentpunkte), Litauen (+6 Prozentpunkte) und der Slowakei (+9 Prozentpunkte) deutliche Zunahmen. Starke Rückgänge waren mit -13 Prozentpunkten in Polen und -16 Prozentpunkten in Rumänien in 2 Ländern zu verzeichnen, in denen bereits 2005 nur vergleichsweise wenige Unternehmen Weiterbildungsaktivitäten angeboten hatten.

Differenziert man zwischen dem Angebot an Kursen und anderen Formen, bietet sich im Jahr 2010 ein heterogenes Bild: In 13 Ländern überwiegen die Kurse, insbesondere in Frankreich, Spanien und Belgien, in 12 Ländern das Angebot an anderen Formen. Deutlich höhere Anteile für andere Formen als Kurse werden in Slowenien, Zypern, dem Vereinigten Königreich, Malta und Portugal verzeichnet. In Deutschland ist der Anteil der Unternehmen mit anderen Formen höher als der Anteil der Unternehmen mit Kursen. Der Abstand hat sich jedoch deutlich reduziert: Sowohl 2005 als auch 2010 lag der Anteil der Unternehmen, die andere Formen anbieten, bei 66 %. Der Anteil der Unternehmen mit Kursangebot ist hingegen stark angestiegen von 54 % auf 61 %. Dennoch bleibt weiterhin die große Bedeutung der anderen Formen für das betriebliche Weiterbildungsangebot in Deutschland bestehen. Im Vergleich mit den anderen Ländern nimmt Deutschland bei den anderen Formen nach bisherigem Stand eine vordere Position ein, bei den Kursen jedoch nur einen Platz im Mittelfeld (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B1.2.2, Behringer/Käpplinger 2011).

Im Vergleich zu 2005 hat in vielen Ländern sowohl das betriebliche Angebot an Kursen als auch an anderen Formen zugenommen. Nur in 6 Ländern reduzierte sich das Kursangebot, in 4 Ländern das Angebot an anderen Formen. Besonders starke

Schaubild B1.2.2-2: **Anteil der Teilnehmenden an betrieblichen Weiterbildungskursen 2010 und 2005 (in % der Beschäftigten in allen Unternehmen)**



	CZ	BE	LU	ES	SE	FR	SK	SI	PT	FI	DE	NL	CY	IT	MT	AT	EE	PL	UK	LV	HR	BG	LT	HU	RO
2010	61	52	51	48	47	45	44	43	40	40	39	39	37	36	36	33	31	31	31	24	23	22	19	19	18
2005	59	40	49	33	46	46	38	50	28	39	30	34	30	29	32	33	24	21		15		15	15	16	17

Länderkürzel: AT: Österreich; BE: Belgien; BG: Bulgarien; CY: Zypern; CZ: Tschechien; DE: Deutschland; EE: Estland; ES: Spanien; FI: Finnland; FR: Frankreich; HR: Kroatien; HU: Ungarn; IT: Italien; LT: Litauen; LU: Luxemburg; LV: Lettland; MT: Malta; NL: Niederlande; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SI: Slowenien; SK: Slowakei; UK: Vereinigtes Königreich

Quelle: Eurostat, CVTS3/4 (Abrufdatum: 11.03.2013). Keine Teilnahme von HR an CVTS3. UK (2005) wegen begrenzter Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

Zuwächse (15 Prozentpunkte oder mehr) bei den kursanbietenden Unternehmen gab es in Spanien, Belgien, Italien und der Slowakei, bei den Unternehmen mit anderen Formen in Zypern, Italien, Portugal, den Niederlanden und Spanien.

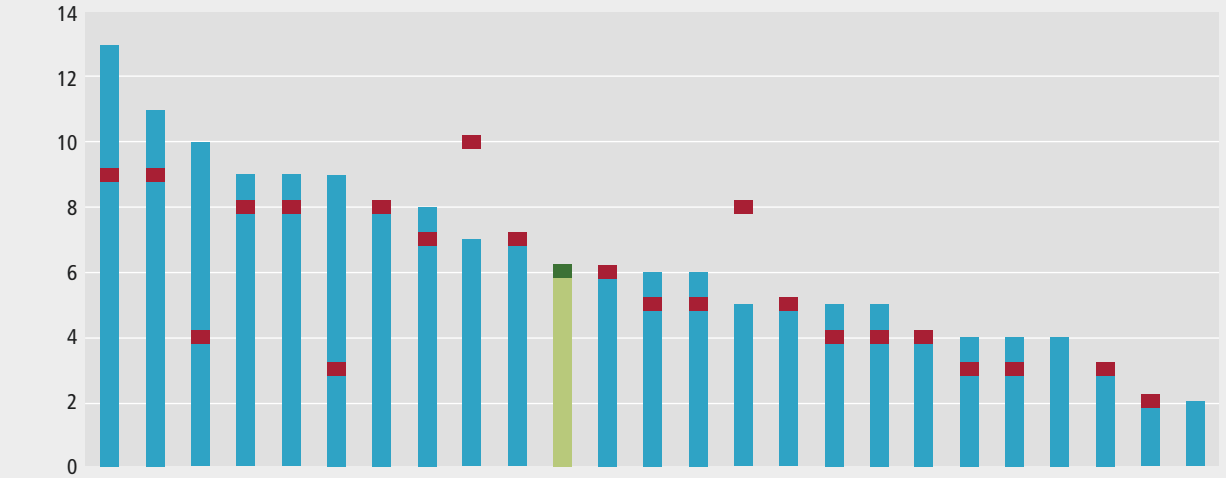
Teilnahme an Weiterbildungskursen

Eine Erhöhung der Beteiligung der Erwachsenen am lebenslangen Lernen ist ein wichtiges europäisches Bildungsziel. Die Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungskursen, gemessen als Anteil der teilnehmenden Beschäftigten in allen Unternehmen[255], ist in fast allen Ländern gestiegen. Ausnahmen sind Österreich (2010 keine Veränderungen gegenüber 2005) und Frankreich (leicht verringerte Teilnahmequote; -1 Prozentpunkt) sowie Slowenien (-7 Prozentpunkte) → **Schaubild B1.2.2-2**. In allen anderen Ländern, für die bisher Daten vorliegen, kam es zu einem Anstieg, der besonders stark (+10 Prozentpunkte oder mehr) in Spanien, Belgien und Portugal ausfiel, 3 Ländern, die bereits beim Weiterbildungsangebot große Zuwächse verzeichneten. Außerdem stieg in Polen die Teilnahmequote um 10 Prozentpunkte. Da es hier starke Rückgänge beim Weiterbildungsangebot gab, bedeutet dies, dass in den weiterbildenden Unternehmen ein höherer Anteil der Beschäftigten an diesen Angeboten teilnimmt. Insgesamt gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern. Mit Tschechien, Belgien und Luxemburg hat nur in 3 Ländern, von denen bisher Daten vorliegen, mehr als die Hälfte der Beschäftigten 2010 an betrieblich finanzierten Weiterbildungskursen teilgenommen. In 9 Ländern, dem Vereinigten Königreich und 8 osteuropäischen, wurde jedoch nicht einmal ein Drittel aller Beschäftigten 2010 in Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen.

In Deutschland beteiligten sich 39 % der Beschäftigten an betrieblichen Weiterbildungskursen. Dies ist im Vergleich zu 2005 ein starker Anstieg um 9 Prozentpunkte. Dennoch liegt Deutschland wie bereits 2005 nur im Mittelfeld der 25 Länder, da auch die meisten anderen Länder Zuwächse verzeichneten.

255 Für den Anteil der Beschäftigten, die an anderen Formen der Weiterbildung teilgenommen haben, liegen vergleichbare Informationen nicht vor.

Schaubild B1.2.2-3: **Stunden in Weiterbildungskursen je 1.000 Arbeitsstunden in allen Unternehmen 2010 und 2005**



	BE	LU	PT	NL	SI	RO	FR	MT	SE	SK	DE	FI	AT	ES	CZ	IT	CY	EE	PL	HU	LT	UK	BG	LV	HR
2010	13	11	10	9	9	9	8	8	7	7	6	6	6	6	5	5	5	5	4	4	4	4	3	2	2
2005	9	9	4	8	8	3	8	7	10	7	6	6	5	5	8	5	4	4	4	3	3		3	2	

Länderkürzel: AT: Österreich; BE: Belgien; BG: Bulgarien; CY: Zypern; CZ: Tschechien; DE: Deutschland; EE: Estland; ES: Spanien; FI: Finnland; FR: Frankreich; HR: Kroatien; HU: Ungarn; IT: Italien; LT: Litauen; LU: Luxemburg; LV: Lettland; MT: Malta; NL: Niederlande; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SI: Slowenien; SK: Slowakei; UK: Vereinigtes Königreich

Quelle: Eurostat, CVTS3/4 (Abrufdatum: 12.03.2013). Keine Teilnahme von HR an CVTS3. UK (2005) wegen begrenzter Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

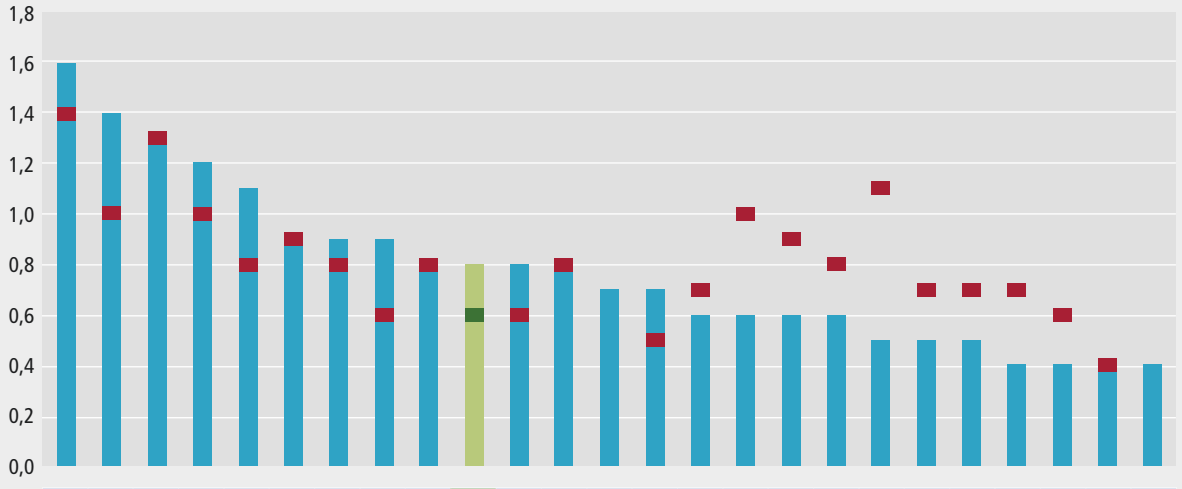
Teilnahmestunden an Weiterbildungskursen

Als Indikator für die Intensität der betrieblichen Weiterbildung werden die Stunden in Weiterbildungskursen je 1.000 Arbeitsstunden in allen Unternehmen betrachtet.[256] Nicht nur die Teilnahmequote, auch die Intensität ist in vielen Ländern gestiegen → **Schaubild B1.2.2-3**. Dabei lag der Anstieg zumeist bei höchstens 2 Stunden, größere Zuwächse gab es in Belgien (+4 Stunden) sowie in Portugal und Rumänien (jeweils +6 Stunden). In 8 Ländern gab es keine Veränderungen. Tschechien und Schweden sind bei gegenwärtiger Datenlage die einzigen Länder, in denen sich die Stundenzahl verringert hat (jeweils -3 Stunden). In den nord- und westeuropäischen Ländern fällt das Vereinigte Königreich mit einer durchschnittlichen Stundenzahl von 4 Stunden gegenüber den anderen Ländern deutlich ab. Die meisten osteuropäischen Länder finden sich wie 2005 auf den hinteren Plätzen wieder. In 8 der 11 osteuropäischen Länder liegt die durchschnittliche Kursstundenzahl je 1.000 Arbeitsstunden bei 5 Stunden oder weniger. In Deutschland beträgt die entsprechende Kursstundenzahl 6. Im Vergleich zu 2005 gab es keine Veränderungen. Wie auch bei den beiden anderen bisher betrachteten Indikatoren liegt Deutschland damit wieder im Mittelfeld der 25 Länder.

Bezieht man die Stundenzahl in Weiterbildungskursen auf die Beschäftigten in allen Unternehmen, ergibt sich für Deutschland 2010 ebenso wie 2005 ein Wert von 9 Stunden. Da in 15 Ländern die Stundenzahl gestiegen ist, rutscht Deutschland im Länderranking ab und findet sich im hinteren Mittelfeld wieder. Bezieht man die Kursstunden auf die Teilnehmenden an Weiterbildungskursen, zeigt sich für Deutschland eine negative Entwicklung. Die durchschnittliche Stundenzahl je Teilnehmenden sank von 30 Stunden in 2005 auf 23 Stunden in 2010. Damit liegt Deutschland im hinteren Feld. Insgesamt deutet dies darauf hin, dass zwar mehr Beschäftigte in Weiterbildungskurse einbezogen wurden, die Kurse aber 2010 eine deutlich kürzere Dauer hatten als noch 2005.

256 Informationen über die Stunden, die für andere Formen der Weiterbildung aufgebracht wurden, liegen nicht vor.

Schaubild B1.2.2-4: **Betriebliche Ausgaben für Weiterbildungskurse in % der Gesamtarbeitskosten aller Unternehmen 2010 und 2005**



	FR	MT	HU	NL	CY	SE	SK	BE	AT	DE	ES	FI	UK	PT	BG	SI	CZ	LU	EE	PL	LT	RO	IT	LV	HR
2010	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
2005	1,4	1,0	1,3	1,0	0,8	0,9	0,8	0,6	0,8	0,6	0,6	0,8		0,5	0,7	1,0	0,9	0,8	1,1	0,7	0,7	0,7	0,6	0,4	

Länderkürzel: AT: Österreich; BE: Belgien; BG: Bulgarien; CY: Zypern; CZ: Tschechien; DE: Deutschland; EE: Estland; ES: Spanien; FI: Finnland; FR: Frankreich; HR: Kroatien; HU: Ungarn; IT: Italien; LT: Litauen; LU: Luxemburg; LV: Lettland; MT: Malta; NL: Niederlande; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SI: Slowenien; SK: Slowakei; UK: Vereinigtes Königreich

Quelle: Eurostat, CVTS3/4 (Abrufdatum: 12.03.2013). Keine Teilnahme von HR an CVTS3. UK (2005) wegen begrenzter Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

Betriebliche Ausgaben für Weiterbildungskurse

Unternehmen tragen Kosten für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten durch die direkten Kurskosten (Zahlungen an externe Weiterbildungsanbieter, Personalkosten für internes Weiterbildungspersonal, Reisekosten, Kosten für Räume und Material), durch Umlagen oder Beiträge an Fonds und durch den Ausfall produktiver Arbeitszeit der Teilnehmenden. Gegenzurechnen sind Zuschüsse oder finanzielle Zuwendungen für Weiterbildung, z. B. durch den Staat, die EU oder Stiftungen. Für den internationalen Vergleich wird hier ein Indikator genutzt, der einerseits die tatsächlichen Ausgaben der Unternehmen für Weiterbildung abbildet und zugleich die national unterschiedlichen Finanzierungssysteme und die Unterschiede in der Kaufkraft berücksichtigt. Der Indikator setzt die direkten Kosten für Kurse zuzüglich der saldierten Umlagen, Beiträge an und Einnahmen aus Fonds und sonstige Zuschüsse in Relation zu den gesamten Personalaufwendungen. Die investierte Arbeitszeit der Teilnehmenden schlägt sich nicht notwendigerweise in tatsächlichen Kosten für Weiterbildung nieder[257], zudem kann sie nur mit ungenauen, möglicherweise verzerrten Schätzwerten in monetären Werten ausgedrückt werden. Sie wird daher in diesem Indikator nicht berücksichtigt.[258]

Im Gegensatz zu der Teilnahme an Kursen und der Intensität, die nur in wenigen Ländern rückläufig waren, ist die Tendenz bei den betrieblichen Ausgaben nicht eindeutig → **Schaubild B1.2.2-4**. Zwar sind sie in 9 Ländern in Relation zu den Gesamtarbeitskosten aller Unternehmen gestiegen, aber in ebenfalls 9 Ländern gesunken. Dabei waren insbesondere in den südeuropäischen Ländern (mit Ausnahme Italiens) sowie in einigen westeuropäischen Ländern Zunahmen zu verzeichnen, in nahezu allen osteuro-

257 Ein Ausfall an produktiver Arbeit ist beispielsweise dann nicht zu verzeichnen, wenn die Weiterbildung in Zeiten geringer Kapazitätsauslastung durchgeführt wird oder ausgefallene Arbeitszeit durch unbezahlte Mehrarbeit und/oder Übernahme anfallender Arbeiten durch Kolleginnen und Kollegen aufgefangen wird.

258 Die Ausgaben für die anderen Formen der Weiterbildung wurden nicht erfasst.

päischen Ländern jedoch Abnahmen. Die Kürzung der betrieblichen Ausgaben für Weiterbildungskurse in etlichen Ländern geht einher mit einer Zunahme der Weiterbildungsintensität in den meisten Ländern. Die betrieblichen Ausgaben je Kursstunde (in Kaufkraftstandards) sind jedoch in 12 Ländern im Durchschnitt gestiegen, in 10 Ländern gesunken.

Die Unternehmen in Deutschland haben 2010 0,8 % der Gesamtarbeitskosten für betriebliche Weiterbildungskurse ausgegeben. Im Vergleich zu 2005 ist dies ein Anstieg um 0,2 Prozentpunkte. Deutschland konnte seine Position im Ländervergleich stark verbessern. Während 2005 nur 3 Länder einen noch geringeren Anteil an den Gesamtarbeitskosten in betriebliche Weiterbildung investiert haben, liegt Deutschland nun im Mittelfeld.

Fazit: Deutschland weiterhin im europäischen Mittelfeld

Die Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen ist ein Kernelement der europäischen Beschäftigungsstrategie. Dabei kommt der betrieblichen Weiterbildung als dem bedeutendsten Weiterbildungssegment eine entscheidende Bedeutung zu. Nach den CVTS4-Ergebnissen sind bei den betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten in vielen Ländern Fortschritte erzielt worden. Insbesondere bei der Inklusion möglichst vieler Beschäftigter und der Intensität der Weiterbildung wurden in nahezu allen Ländern Steigerungen erzielt. Allerdings bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass die Unternehmen höhere Ausgaben hatten. Diese wurden in 9 der 25 Länder, für die bisher Daten vorliegen, im Verhältnis zu den Gesamtarbeitskosten reduziert. In den nord- und westeuropäischen Ländern kam es insgesamt zu einer Konsolidierung, in Belgien und den Niederlanden sogar zu Steigerungen bei allen 4 Kernindikatoren. Auch in Südeuropa gab es bemerkenswerte Fortschritte. Dort wurden in 4 der bisher berücksichtigten Länder bei allen 4 Indikatoren zum Teil beachtliche Zunahmen erzielt. Bei den osteuropäischen Ländern ist das Bild nicht eindeutig. Neben Zuwächsen sind in einigen Ländern Rückschritte zu erkennen. Insbesondere die betrieblichen Ausgaben wurden in vielen osteuropäischen Ländern reduziert. In Deutschland ist die Entwicklung bei fast allen Indikatoren positiv: So boten 2010 mehr Unternehmen als 5 Jahre zuvor Weiterbildung in der Form von Kursen oder anderen Formen an. Mit einer Teilnahmequote von 39 % haben deutlich mehr Beschäftigte Weiterbildungskurse besucht, und auch die betrieblichen Ausgaben für Weiterbildung wurden erhöht. Allerdings sind diese Entwicklungen nicht mit einer Ausweitung der Lernzeit verbunden. Bezogen auf die Stunden in Weiterbildungskursen je 1.000 Arbeitsstunden gab es in Deutschland eine Stagnation, bezogen auf die Weiterbildungsstunden je Teilnehmenden sogar einen deutlichen Rückgang. Im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern nimmt Deutschland wie bereits 2005 einen Platz im Mittelfeld ein.

(Gudrun Schönfeld, Friederike Behringer)

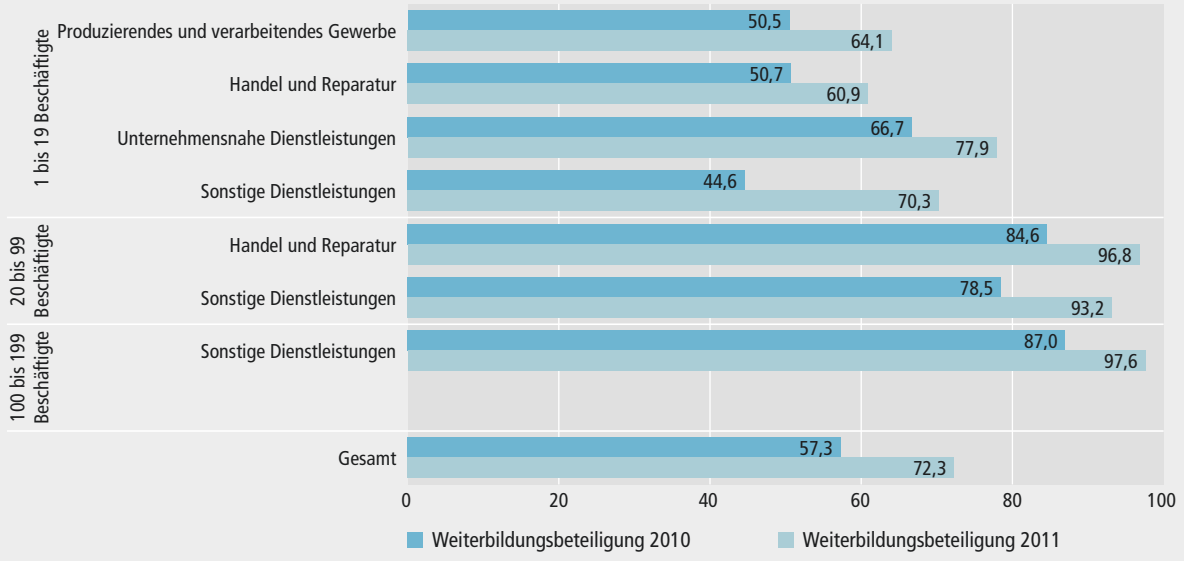
B1.2.3 Betriebliche Weiterbildung, Ausbildungsbeteiligung und externe Rekrutierung

Vor dem Hintergrund steigender Qualifikations- und Tätigkeitsanforderungen kommt der betrieblichen Weiterbildung eine zentrale Rolle bei der Deckung des betriebsspezifischen Qualifizierungsbedarfs zu. Anhand der Daten des BIBB-Qualifizierungspanels (**vgl. Kapitel A4.11.4**) zeigt der folgende Beitrag zunächst Entwicklungen bei der betrieblichen Weiterbildungsbeteiligung auf und untersucht anschließend den Zusammenhang zwischen der betrieblichen Weiterbildung und weiteren betrieblichen Strategien zur Personalbedarfsdeckung wie (a) der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung sowie (b) der Rekrutierung von Arbeitskräften auf dem externen Arbeitsmarkt.

Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben

Als Indikator für das betriebliche Weiterbildungsgeschehen wird im folgenden Abschnitt die Weiterbildungsbeteiligung verwendet. Dieser Indikator gibt den Anteil der weiterbildungsaktiven Betriebe, gemessen an allen Betrieben, wieder. Nach der im BIBB-Qualifizierungspanel verwendeten Definition wird nur dann von betrieblicher Weiterbildung gesprochen, wenn Betriebe ihre Beschäftigten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder

Schaubild B1.2.3-1: **Vergleich der Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben 2011 und 2010 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)**



Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2011 (n = 1.984), 2012 (n = 2.001)

teilweise freistellen oder die Kosten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder teilweise übernehmen. Dazu zählen Weiterbildungsaktivitäten wie die Teilnahme von Beschäftigten an Kursen sowie an informeller, nicht kursförmiger Weiterbildung. Beispiele informeller Weiterbildungsformen sind geförderte Qualitätszirkel, Informationsveranstaltungen, Weiterbildung am Arbeitsplatz über Unterweisungen oder reguläre Einarbeitung oder selbstgesteuertes Lernen mit speziellen Programmen. Weiterbildungsmaßnahmen von Auszubildenden, Praktikanten oder Volontären werden nicht berücksichtigt.

Nach den Ergebnissen des BIBB-Qualifizierungspanels haben im Jahr 2011 fast drei Viertel (72,3 %) der etwa 2 Mio. Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten gefördert E. Die Weiterbildungsbeteiligung hat damit gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen und liegt etwa 15 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2010 (Christ/Gerhards/Mohr 2012).[259]

E Methodische Hinweise zur Erfassung der Weiterbildungsbeteiligung im BIBB-Qualifizierungspanel und im IAB-Betriebspanel

Das BIBB-Qualifizierungspanel und das IAB-Betriebspanel kommen bei der Weiterbildungsbeteiligung zu unterschiedlichen Ergebnissen (72 % bzw. 53 %, **vgl. Kapitel B1.2.1**). Diese Differenz ist in erster Linie auf Unterschiede beim Erhebungsdesign und den Referenzzeiträumen zurückzuführen. Beim BIBB-Qualifizierungspanel werden die Weiterbildungsmaßnahmen des *gesamten Jahres* berücksichtigt, während im IAB-Betriebspanel nur Weiterbildungsmaßnahmen innerhalb der *ersten Jahreshälfte* betrachtet werden. Betriebe, die ausschließlich in der zweiten Jahreshälfte Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt haben, werden folglich beim IAB-Betriebspanel nicht als Betriebe mit Weiterbildungsbeteiligung erfasst.

Angesichts der starken Zunahme soll im Folgenden darauf eingegangen werden, bei welchen Betrieben sich die Weiterbildungsbeteiligung in besonderem Maße erhöht hat. → **Schaubild B1.2.3-1** stellt die Veränderung der Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben im Jahr 2011 gegenüber dem Jahr 2010 für ausgewählte betriebliche Strukturmerkmale dar.

259 Eine vergleichbare Entwicklung zeigen die Ergebnisse des IAB-Betriebspanels (**vgl. Kapitel B1.2.1**). Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Frageformulierung in der Erhebung im Jahr 2012 leicht verändert wurde.

Dargestellt werden betriebliche Strukturmerkmale, bei denen eine starke Zunahme der Weiterbildungsbeteiligung festgestellt werden konnte. Der Vergleich macht deutlich, dass vor allem Kleinst- und Kleinbetriebe mit bis zu 19 Beschäftigten einen überdurchschnittlichen Anstieg bei der Weiterbildungsbeteiligung aufweisen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Niveau der Weiterbildungsbeteiligung mit zunehmender Betriebsgröße ansteigt und dass die Weiterbildungsbeteiligung bei Großbetrieben (mit 200 und mehr Beschäftigten) sowie bei großen mittelständischen Betrieben (mit 100 bis 199 Beschäftigten) bereits im Jahr 2010 sehr hoch war. Auffällig ist zudem der massive Anstieg der Weiterbildungsbeteiligung in bestimmten Wirtschaftssektoren (**vgl. E in Kapitel A4.11.4**). Dies betrifft in besonderem Maße Betriebe aus dem Bereich sonstige Dienstleistungen, also beispielsweise Betriebe aus dem Gastronomiegewerbe oder dem Informations- und Kommunikationsgewerbe. Auch im Wirtschaftssektor Handel und Reparatur ist der Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsmaßnahmen im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen.

Weiterbildungsbeteiligung und betriebliche Ausbildung

Untersuchungen zu betrieblichen Bildungsaktivitäten zeigen, dass die betriebliche Ausbildung und die betriebliche Weiterbildung als komplementäre Strategien bei der Sicherung des betrieblichen Fachkräftebedarfs eingesetzt werden (Bellmann/Krekel/Stegmaier 2010). Die Ergebnisse des BIBB-Qualifizierungspanels bekräftigen diesen Befund. Mit 86,4 % führte im Jahr 2011 eine deutliche Mehrheit der Betriebe, die sich in der betrieblichen Ausbildung engagieren, auch Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten durch.[260] Sehr viel geringer ist dagegen die Weiterbildungsbeteiligung bei den Betrieben, die nicht ausbilden – der entsprechende Anteil beträgt hier 68,3 %.

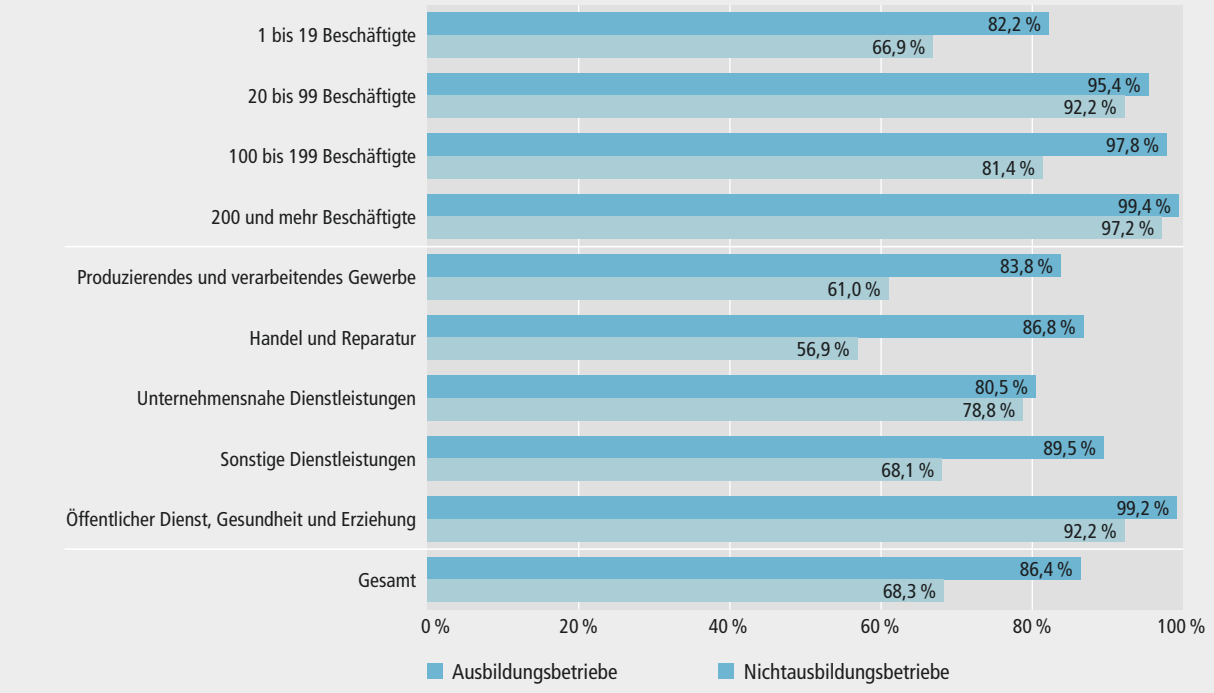
Die Differenzierung der Betriebe nach ausgewählten Strukturmerkmalen zeigt, dass die höhere Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben gegenüber Nichtausbildungsbetrieben je nach Wirtschaftssektor und Betriebsgrößenklasse unterschiedlich stark ausfällt **→ Schaubild B1.2.3-2**. Für Betriebe der Branchen „Handel und Reparatur“ und „Produzierendes verarbeitendes Gewerbe“ zeigt sich, dass die Weiterbildungsbeteiligung bei Ausbildungsbetrieben um jeweils etwa 30 Prozentpunkte höher ausfällt als in der Gruppe der Betriebe, die nicht ausbilden. Auch im Wirtschaftssektor „Sonstige Dienstleistungen“ ist eine deutlich höhere Weiterbildungsbeteiligung der Ausbildungsbetriebe zu verzeichnen, während bei den „Unternehmensnahen Dienstleistungen“ praktisch keine Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungs- und Nichtausbildungsbetrieben bestehen. Für die Branche „Öffentliche Verwaltung, Gesundheit und Erziehung“ zeigt sich, dass nicht nur die Ausbildungsbetriebe überdurchschnittlich weiterbildungsaktiv (99,2 %) sind, sondern auch die Nichtausbildungsbetriebe (92,2 %). Deutliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Betrachtung der Betriebsgrößenklassen. Bei Kleinstbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten bilden 82,2 % der Ausbildungsbetriebe ihre Beschäftigten im Jahr 2011 weiter, bei den Nichtausbildungsbetrieben liegt der entsprechende Anteil dagegen nur bei 66,9 %. Auch bei den Betrieben mit 100 bis 199 Beschäftigten sind große Unterschiede zwischen Aus- und Nichtausbildungsbetrieben zu verzeichnen. Bei Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten sind hingegen im Jahr 2011 über 97 % der Ausbildungsbetriebe als auch der Nichtausbildungsbetriebe weiterbildungsaktiv.

Weiterbildungsbeteiligung und externe Rekrutierung von Arbeitskräften

Im Jahr 2011 hat fast jeder zweite Betrieb (43,7 %) mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland nach neuen Fach- und Arbeitskräften gesucht und entsprechende Stellen angeboten. Eine zunächst naheliegende Annahme ist, dass diese Betriebe ihren Bedarf an qualifizierten Beschäftigten über die Rekrutierung extern ausgebildeter Fachkräfte abdecken und daher weniger in die Weiterqualifizierung ihres bereits vorhandenen

260 Etwa ein Viertel (22,1 %) aller Betriebe in Deutschland mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat zum Stichtag 31. Dezember 2011 Jugendliche und junge Erwachsene im Betrieb ausgebildet. Der Anteil der Nichtausbildungsbetriebe lag dementsprechend bei 77,9 % (**vgl. Kapitel A4.11.4**).

Schaubild B1.2.3-2: **Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben und Nichtausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2011**



n = 2.001

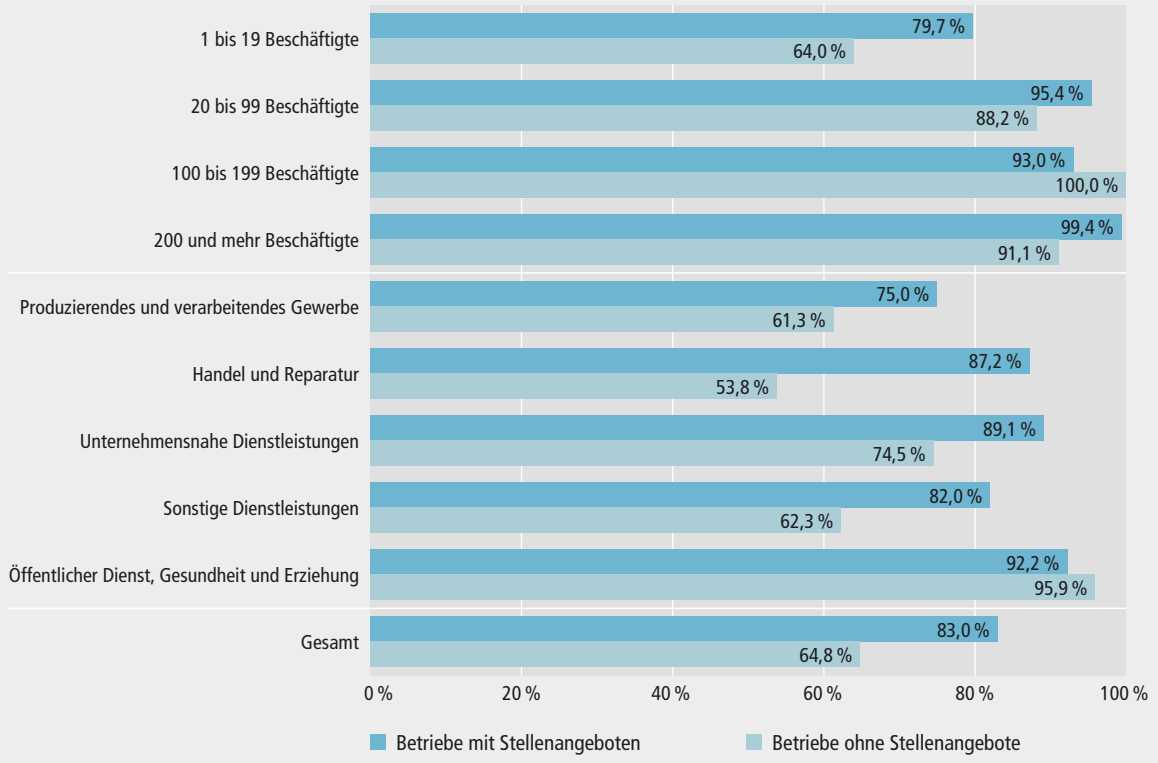
Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2012

Personalbestandes investieren. Die Ergebnisse in → **Schaubild B1.2.3-3** entkräften allerdings diese Vermutung und zeigen vielmehr, dass Betriebe, die Stellen anbieten, häufiger weiterbildungsaktiv sind als Betriebe, die im Jahr 2011 keinen Bedarf an neuen Arbeitskräften haben. Insgesamt haben 83,0 % der Betriebe mit Stellenangeboten die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter gefördert, während der Anteil bei den Betrieben ohne Rekrutierungsabsichten mit 64,8 % um fast 20 Prozentpunkte niedriger ausfällt.[261] Je nach Wirtschaftssektor und Betriebsgrößenklasse variieren jedoch diese Unterschiede. Mit zunehmender Beschäftigtenzahl verringern sich die Unterschiede zwischen Betrieben mit und ohne Rekrutierungsabsicht. Bei Kleinstbetrieben bis 19 Beschäftigte sind 79,7 % der Betriebe mit Stellenangeboten gegenüber 64,0 % der Betriebe ohne Stellenangebote weiterbildungsaktiv. Dagegen sind in größeren mittelständischen Betrieben (100 bis 199 Beschäftigte) sowie Großbetrieben (200 und mehr Beschäftigte) über 91 % aller Betriebe weiterbildungsaktiv, unabhängig davon ob sie neue Mitarbeiter gesucht haben oder nicht.

Im Branchenvergleich fällt der große Unterschied zwischen der Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit und Betrieben ohne Arbeitsstellenangebote innerhalb der Branche „Handel und Reparatur“ auf: Betriebe mit Stellenangeboten bilden zu 87,2 % ihre Beschäftigten weiter, Betriebe ohne Stellenangebote dagegen nur zu 53,8 %. Auch in den Branchen „Sonstige Dienstleistungen“, „Unternehmensnahe Dienstleistungen“ und im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe ist die Weiterbildungsbeteiligung höher, wenn Betriebe neue Mitarbeiter/-innen suchen. Im Wirtschaftsbereich „Öffentliche Verwaltung,

261 Möglicherweise lässt sich dieses Ergebnis dadurch erklären, dass Betriebe aufgrund neu eingestellter Beschäftigter besonders häufig Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der Einarbeitung durchführen (Gerhards/Mohr/Troltsch 2012).

Schaubild B1.2.3-3: **Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit und ohne Angebot an Arbeitsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2011 (in %)**



n = 1.996

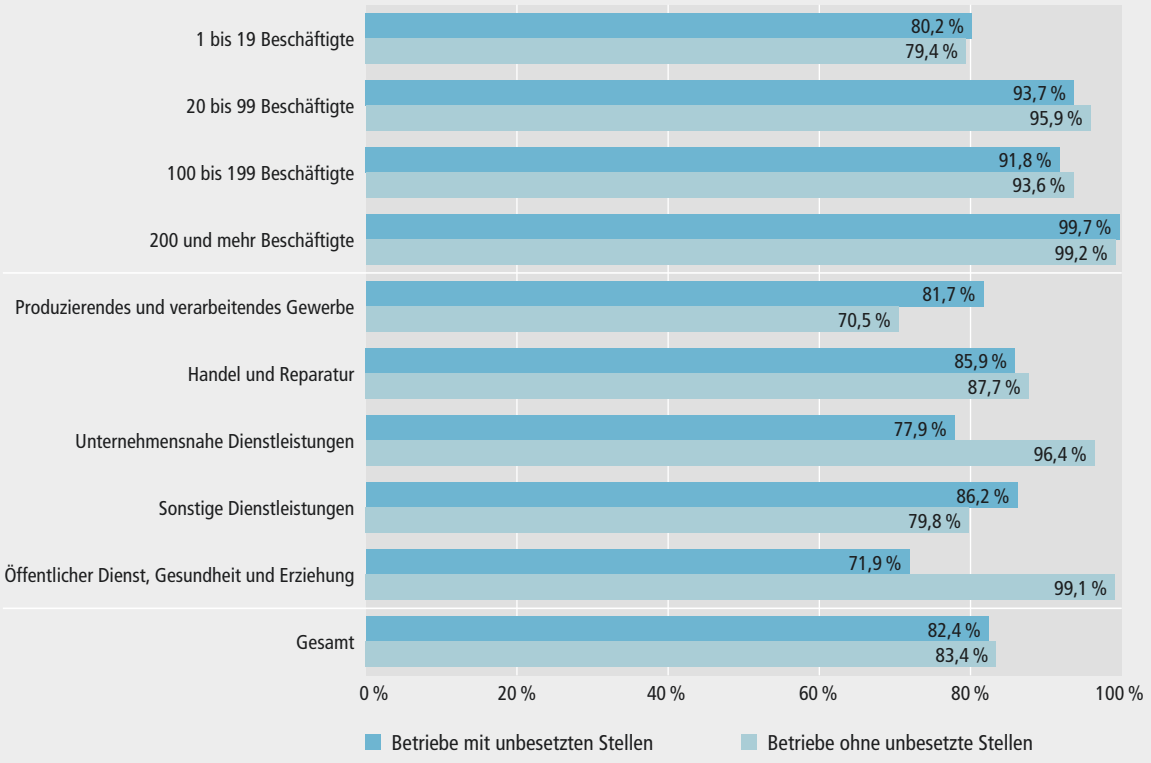
Quelle: BIBB-Qualifizierungspanel 2012

Gesundheit und Erziehung“ ist für die Weiterbildungsbeteiligung die Unterscheidung nach Betrieben mit Stellenangeboten und ohne Stellenangebote dagegen nicht bedeutsam. Hier sind alle Betriebe überdurchschnittlich weiterbildungsaktiv.

Weiterbildungsbeteiligung und unbesetzte Arbeitsstellen

Die bisher dargestellten Ergebnisse zeigen, dass sowohl die betriebliche Ausbildungsbeteiligung als auch die Suche nach neuen Arbeitskräften über Stellenangebote mit einer erhöhten Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe einhergehen. Wie sieht es nun aus, wenn diese Betriebe ihren Bedarf an neuen Arbeitskräften nicht (oder nicht vollständig) decken können, d. h. Stellen nicht besetzen können? Eine Vermutung wäre, dass solche Betriebe verstärkt weiterbilden, um so den nicht gedeckten Bedarf an neuen Arbeitskräften durch Weiterqualifizierung der bestehenden Belegschaft zu kompensieren (Düll/Bellmann 1998). Die Ergebnisse in → **Schaubild B1.2.3-4** können diese Vermutung jedoch nicht bekräftigen. Es gibt praktisch keinen Unterschied zwischen der Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe, die alle angebotenen Arbeitsstellen besetzen konnten (83,4 %), und Betrieben mit einer oder mehreren unbesetzten Stellen (82,4 %). Auch nach Betriebsgrößenklassen ergeben sich keine bedeutenden Unterschiede bei der Weiterbildungsbeteiligung in Betrieben mit und ohne unbesetzte Stellen.
Beim Vergleich zwischen Wirtschaftssektoren zeigen sich dagegen Unterschiede zwischen Betrieben mit und ohne unbesetzte Stellen. In den Branchen „Produzierendes Gewerbe“ sowie „Sonstige Dienst-

Schaubild B1.2.3-4: **Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit unbesetzten und ohne unbesetzte Arbeitsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2011 (in %)**



n = 1.510 (nur Betriebe mit Angebot an Arbeitsstellen)
Quelle: BIBB Qualifizierungspanel 2012

leistungen“ haben die Betriebe mit unbesetzten Arbeitsstellen eine höhere Weiterbildungsbeteiligung. Umgekehrt verhält es sich in den Branchen „Öffentlicher Dienst, Gesundheit und Erziehung“ und „Unternehmensnahe Dienstleistungen“. Hier beteiligen sich Betriebe ohne unbesetzte Arbeitsstellen häufiger an der Weiterbildung als diejenigen, die für alle angebotenen Arbeitsstellen neue Mitarbeiter/-innen rekrutieren konnten.

(Sabine Mohr, Klaus Troltsch, Christian Gerhards)

B2 Weiterbildungsanbieter

B2.1 Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2012

Mit der wb**monitor**-Umfrage 2012 E wurden erstmalig repräsentative Daten aus Anbietersicht zu dem bildungs- und sozialpolitisch relevanten Thema „Weiterbildung und Behinderung“ gewonnen (**vgl. Kapitel B2.1.2**). Zudem wurden, wie jedes Jahr, das Wirtschaftsklima in der Weiterbildung ermittelt sowie Strukturdaten der Anbieterlandschaft erhoben (**vgl. Kapitel B2.1.1**). Die Ergebnisse basieren auf den gewichteten und hochgerechneten Angaben von 1.266 Einrichtungen.

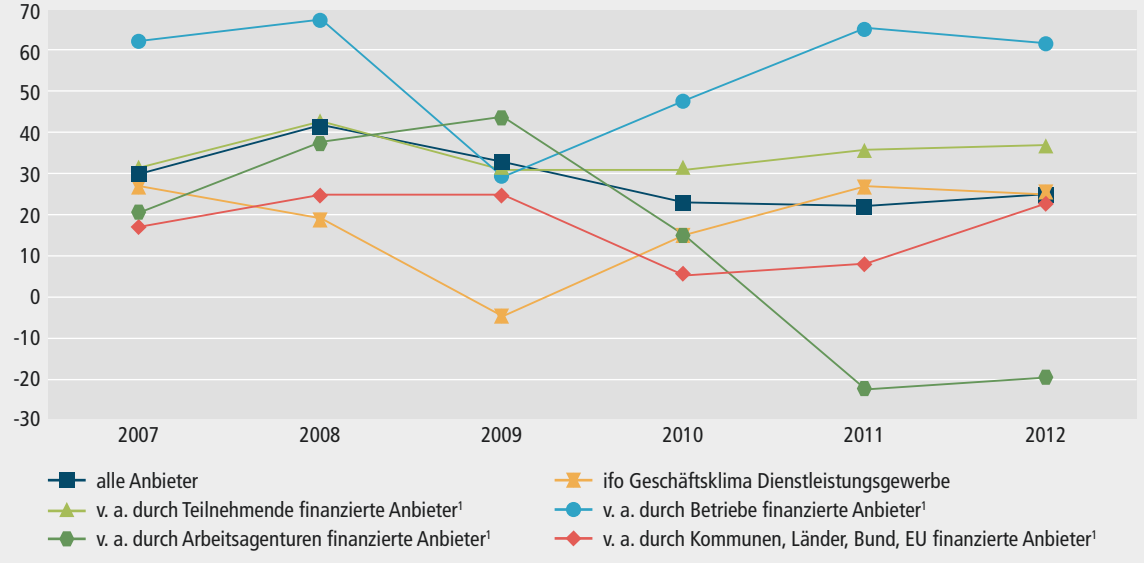
E wb**monitor Umfragen**

wb**monitor** ist ein Kooperationsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE). Jährlich im Mai werden alle dem wb**monitor** bekannten Anbieter beruflicher und/oder allgemeiner Weiterbildung (2012: 14.500 Anbieter) dazu aufgerufen, den Fragebogen zu wechselnden Themenschwerpunkten, Wirtschaftsklima, Leistungen und Strukturen online zu beantworten. Für weitere Informationen siehe **http://www.wbmonitor.de**.

B2.1.1 Wirtschaftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor

Mit einem Wert von +25 ist der wb**monitor** Klimawert E für alle Anbieter positiv und gegenüber den beiden Vorjahren stabil → **Schaubild B2.1.1-1**. Im Gegensatz zu 2011, als sich die subjektiv wahrgenommenen Wirtschaftsbedingungen in den Segmenten überwiegend betrieblich und überwiegend durch Arbeitsagenturen finanzierte Weiterbildung auf die maximale bislang gemessene Distanz von fast 90 Punkten auseinanderentwickelten, beinhaltet die Stabilisierung des Wirtschaftsklimas 2012 alle Teilsegmente der Weiterbildung. Einzig die überwiegend durch öffentliche Mittel von Kommunen, Ländern, Bund und/oder EU finanzierten Anbieter können sich mit einem Plus von 15 Punkten leicht vom Gesamttrend abheben. Sie weisen im Gegensatz zu den Vorjahren auch kein unterdurchschnittliches Wirtschaftsklima mehr auf.

Schaubild B2.1.1-1: **Entwicklung der wbmonitor Klimawerte von 2007 bis 2012**



¹ Anteil von 50 % und mehr an den Einnahmen in der Weiterbildung.

Quellen: BIBB/DIE wb**monitor** Umfragen 2007 bis 2012, ifo Geschäftsklima Dienstleistungsgewerbe 2007 bis 2012, jeweils im Mai

wb**monitor Klimawert**

Der wb**monitor** Klimawert bildet die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch die Weiterbildungsanbieter ab. Er berechnet sich aus dem geometrischen Mittel der Differenzen zwischen den positiven und negativen Urteilen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sowie die Erwartung in einem Jahr. Die Anbieterangaben werden anhand des Dozentenstundenvolumens des Vorjahres gewichtet. Die Werte liegen zwischen -100 und +100. Der wb**monitor** Klimawert ist eine konzeptionelle Adaption des ifo Geschäftsklimas.

Tabelle B2.1.1-1: **Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2011**

		Klimawert	Lagebeurteilung	Erwartung in einem Jahr	Anzahl Anbieter (Lage)
		gemittelt aus Lage und Erwartung	Saldo[1] positiv/negativ	Saldo[1] besser/schlechter	(hochgerechnet)
Alle Anbieter		25	34	17	12.960
Art der Einrichtung	kommerziell privat	34	32	37	3.810
	gemeinnützig privat	10	10	10	1.899
	Bildungseinrichtung eines Betriebes	24	31	17	549
	Volkshochschule	22	38	8	2.162
	berufliche Schule, (Fach-)Hochschule, Akademie	37	51	24	1.189
	wirtschaftsnah (Kammer, Innung, Berufsverband u. Ä.)	43	60	28	1.205
	Einrichtung einer Kirche, Partei, Gewerkschaft, Stiftung, eines Verbandes, Vereins	11	24	-2	1.954
Art der Einrichtung, zusammengefasst[2]	privat/wirtschaftsnah	36	40	31	5.564
	(eher) gemeinnützig	11	17	4	3.853
	schulisch/öffentlich	26	41	12	3.350
Standort	alte Länder	27	35	19	10.554
	neue Länder mit Berlin	19	28	10	2.406
Angestellte/Beamte in der WB	0 bis 9	29	36	21	8.282
	10 bis 49	25	35	15	3.522
	50 und mehr	14	19	10	875
Einnahmen/Zuwendungen von Teilnehmenden	keine Einnahmen	11	17	5	2.008
	1 bis 25 %	22	26	18	4.565
	26 % bis 49 %	20	34	7	2.196
	50 % und mehr	37	49	25	3.868
Einnahmen/Zuwendungen von Betrieben	keine Einnahmen	15	26	4	4.230
	1 bis 25 %	17	28	7	4.904
	26 % bis 49 %	37	42	31	814
	50 % und mehr	62	60	64	2.689
Einnahmen/Zuwendungen von Arbeitsagenturen	keine Einnahmen	32	41	23	6.693
	1 bis 25 %	44	53	35	3.533
	26 % bis 49 %	8	27	-9	715
	50 % und mehr	-20	-18	-23	1.696
Einnahmen/Zuwendungen von Kommunen, Ländern, Bund, EU	keine Einnahmen	33	37	30	5.062
	1 bis 25 %	18	27	10	3.230
	26 % bis 49 %	23	36	11	1.756
	50 % und mehr	23	35	12	2.589
Zum Vergleich	ifo Dienstleistungsgewerbe	25	34	16	–

[1] Der Saldo ist die Differenz der positiven und negativen Anteilswerte mit einer theoretischen Spanne von +100 bis -100.

[2] 1: privat und kommerziell tätige, wirtschaftsnahe oder betriebliche Bildungseinrichtung; 2: privat und gemeinnützig tätige oder Einrichtung einer gesellschaftlichen Großgruppe (Kirche, Partei o. Ä.); 3: berufliche Schule, (Fach-)Hochschule oder VHS.

Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2012, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.094 gültigen Angaben

Die Polarität der Finanzierungsbedingungen zwischen überwiegend betrieblich finanzierten und stark von den Arbeitsagenturen abhängigen Anbietern bleibt 2012 bestehen. In dem hohen Klimawert der betrieblich finanzierten Anbieter von +62 spiegelt sich nach wie vor die hervorragende Auftragslage ihrer prozyklisch in Weiterbildung investierenden Kunden. Bedingt durch den mit Abschwächung des Gesamtwirtschaftswachstums (vgl. Statistisches Bundesamt 2012k) leicht gesunkenen Erwartungswert (64 gegenüber 71 im Vorjahr) konnte das Niveau des Klimawertes von 2011 jedoch nicht ganz gehalten werden (-4 Punkte).

Für die überwiegend von Arbeitsagenturen finanzierten Anbieter bedeutet die Stabilisierung ihres Klimawertes, dass ihre seit dem krisenkompensatorischen Förderhoch 2009 andauernde wirtschaftliche Talfahrt zunächst gestoppt ist. Die negative Stimmungslage dieser Anbietergruppe manifestiert sich jedoch weiterhin vor dem Hintergrund der antizyklischen Förderpolitik der Bundesagentur für Arbeit (BA) bei sinkenden Arbeitslosenzahlen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war im Rechtskreis SGB II/III im Mai 2012 erneut ein Rückgang des Bestandes an Förderfällen beruflicher Weiterbildung um 19,4 % auf 147.193 festzustellen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2012g) – dies bedeutet eine Halbierung des Bestandes gegenüber Mai 2009. Für 2013 erwarten neben dieser Anbietergruppe auch diejenigen Anbieter, die zwischen 26 % und 49 % ihrer Weiterbildungseinnahmen von Arbeitsagenturen beziehen, eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation → **Tabelle B2.1.1-1**.

Das Wirtschaftsklima der überwiegend teilnehmerfinanzierten Anbieter zeigt sich unempfindlich gegenüber gesamtwirtschaftlichen Einflüssen und weist im Zeitverlauf die höchste Konstanz auf. Mit +37 ist der Klimawert für diese Anbietergruppe deutlich besser als der Gesamtklimawert für die Weiterbildungslandschaft.

In den alten Bundesländern ansässige Weiterbildungsanbieter berichten mit +27 von einer positiveren Stimmungslage als Anbieter mit Sitz in den neuen Ländern (+19). Letztere konnten jedoch erstmals seit 2008 eine Verbesserung ihres Wirtschaftsklimas verzeichnen. Sie setzen im Jahr 2012 mit einem Anteil von 22 % deutlich seltener auf die Arbeitsagenturen als Hauptfinanzier im Vergleich zum Vorjahr (32 % Anteil). Verglichen mit dem ifo Geschäftsklima befinden sich die Weiterbildungsbranche und das gesamte Dienstleistungsgewerbe 2012 auf gleichem Niveau.

Strukturinformationen aus der wbmonitor Umfrage 2012

In der deutschen Weiterbildungslandschaft sind private, kommerzielle Anbieter mit einem Anteil von 29 % an allen Anbietern am häufigsten vertreten, gefolgt von den privaten, jedoch gemeinnützig tätigen Anbietern mit 16 %. Danach folgen Volkshochschulen sowie Einrichtungen gesellschaftlicher Großgruppen (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Stiftungen) mit je 15 %. Auf 10 % kommen wirtschaftsnahe Einrichtungen wie Kammern, Innungen oder Berufsverbände, und berufliche Schulen erreichen 7 %. Weitere 5 % entfallen auf betriebliche Bildungseinrichtungen. 3 % sind (Fach-) Hochschulen und Akademien, und knapp 2 % sind sonstige Anbieter, die sich den genannten Kategorien nicht zuordnen lassen.

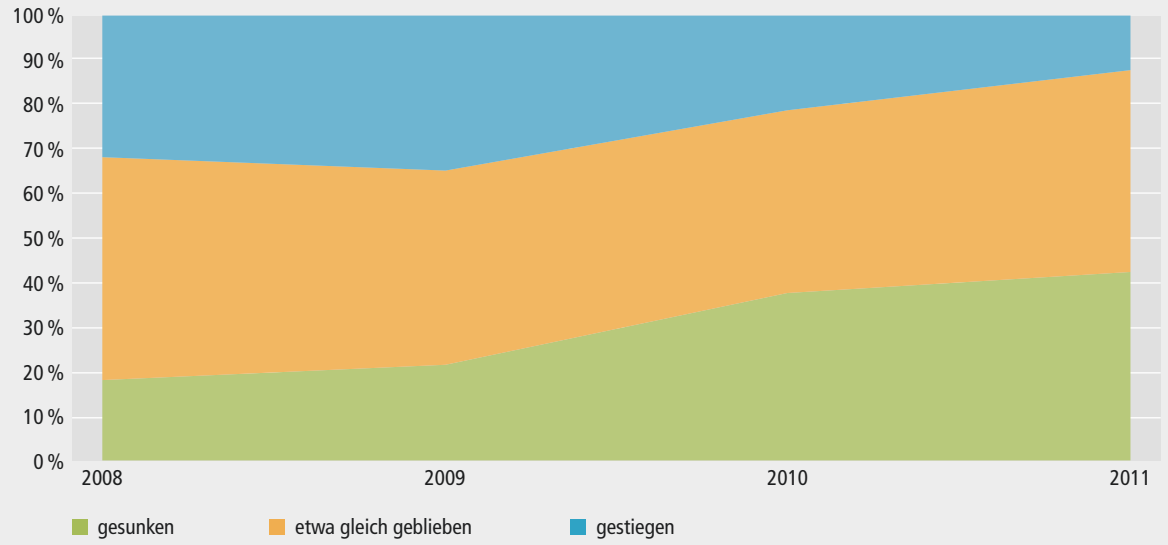
Ein zentrales Strukturmerkmal ist die Mischfinanzierung[262]. Bedeutendste Finanziers sind dabei die Teilnehmenden/Selbstzahler; 83 % der Anbieter weisen entsprechende Einnahmen aus. Es folgen Betriebe und die öffentlichen Finanziers Kommunen, Land, Bund und/oder EU, die 67 % bzw. 60 % der Anbieter als Finanzierungsquelle angeben. Einnahmen von Arbeitsagenturen erzielen 48 % der Anbieter, und von (nicht öffentlichen) Trägern erhalten 14 % der Anbieter finanzielle Mittel. Andere hier nicht genannte Finanziers tragen bei 28 % der Anbieter zur Finanzierung bei.

Die Anbieter[263] berichten für den Bereich der Weiterbildung im Zeitverlauf mehrheitlich von stabilen Einnahmen durch Teilnehmende/Selbstzahler, Betriebe sowie öffentliche Finanziers (jeweils 60 bis 62 % der Anbieter). Jeweils rund ein Fünftel verzeichnete Ein-

262 92 % der Anbieter finanzieren sich über mehr als eine Finanzierungsquelle.

263 Die Angaben beziehen sich jeweils nur auf Anbieter, die im Bereich der Weiterbildung Einnahmen von der jeweiligen Quelle bezogen.

Schaubild B2.1.1-2: **Veränderung des Einnahmeanteils im Bereich der Weiterbildung von Arbeitsagenturen**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfragen 2009 bis 2012, hochgerechnete Werte auf der Basis von n = 695 (2012) bis n = 929 (2011) Anbietern

nahmezuwächse, und etwa ein Sechstel der Anbieter musste Rückgänge bei ihren Einnahmen aus diesen Finanzierungsquellen hinnehmen. Veränderungen an dieser Verteilung gab es kaum, wie aus den wb**monitor** Umfragen 2009 bis 2012 hervorgeht. Dynamischer stellt sich die Situation in Bezug auf Einnahmen durch Arbeitsagenturen dar → **Schaubild B2.1.1-2**. Immerhin 45 % der Anbieter berichten für 2011 gegenüber 2010 von etwa gleich gebliebenen Einnahmen, fast ebenso viele (42 %) mussten jedoch Rückgänge in Kauf nehmen, und lediglich 12 % erreichten Einnahmesteigerungen. Im Zeitverlauf wird sichtbar, dass in den Jahren 2008 und 2009 rund ein Drittel der Anbieter noch von steigenden Einnahmen berichten konnte, seit 2010 aber im Zuge des Rückganges der Eintrittszahlen in SGB II/III-geförderte Maßnahmen beruflicher Weiterbildung (s. o.) erheblich wachsende Anteile der Anbieter von Einnahmerückgängen betroffen sind. Überdurchschnittlich häufig weisen private, gemeinnützige Anbieter sowie Einrichtungen aus den neuen Ländern gesunkene Einnahmen von Arbeitsagenturen aus (private, gemeinnützige Anbieter: 58 % gegenüber alle Anbieter: 42 %; neue Länder: 58 % der von Arbeitsagenturen finanzierten Anbieter gegenüber alte Länder: 38 %). Diese Befunde korrespondieren mit der negativen Entwicklung des Wirtschaftsklimas und der sinkenden Bedeutung der Arbeitsagenturen als Hauptfinanzier (vgl. Koscheck/Weiland/Ditschek 2013) und gehen einher mit der Erwartung eines Personalabbaus: 38 % der überwiegend von Arbeitsagenturen finanzierten Anbieter erwarten bei unbefristet beschäftigtem hauptberuflichem Personal einen Rückgang, 44 % bei befristet Beschäftigten und 35 % bei Honorarkräften. Deutlich positiver wird die Zukunft von Anbietern gesehen, die sich vorrangig aus anderen Quellen finanzieren. Hier erwarten nur 10 % einen Abbau unbefristet Beschäftigter, 15 % gehen von Rückgängen beim befristeten Personal und 7 % bei den Honorarkräften aus.

(Meike Weiland, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung; Stefan Koscheck)

B2.1.2 Barrierefreie Weiterbildung – Standards und Defizite

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, Menschen mit Behinderung den gleichberechtigten Zugang auch zu „Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen" zu ermöglichen und dafür „angemessene Vorkehrungen" zu treffen (UN-BRK Artikel 24 Abs. 5; **vgl. Kapitel A4.10**). Demzufolge müssen Weiterbildungsgesetze, Anerkennungs- und Förderrichtlinien so gestaltet werden, dass qualitativ wertvolle und den individuellen Bedürfnissen entsprechende Bildung für Menschen mit Behinderung auch außerhalb des Systems der Behindertenhilfe verfügbar und zugänglich ist. Noch lassen die vorliegenden Aktionspläne zur Umsetzung der UN-BRK den Bereich der Bildung im Erwachsenenalter weitgehend unberücksichtigt (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2011).[264] Es steht jedoch außer Frage, dass im Verlauf der weiteren Umsetzung der UN-BRK auch die sogenannte vierte Säule des Bildungssystems unter dem Aspekt der Inklusion in den Blick genommen werden muss. Die Ergebnisse der Umfrage des wb**monitor** 2012 geben Aufschluss darüber, wie die Anbieter bereits auf Menschen mit Behinderung E eingestellt sind und wie sie Menschen mit Behinderung in ihren Kursen und Seminaren vertreten sehen.

E Menschen mit Behinderung

Die Umfrage des wb**monitor** 2012 enthielt Fragen zum Thema Weiterbildung und Behinderung und verwendete in Anlehnung an die UN-BRK folgende Definition: Unter Menschen mit Behinderung werden alle Personen verstanden, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren am vollen und gleichberechtigten Gebrauch ihrer fundamentalen Rechte hindern.

In Deutschland gab es im Jahr 2009 ca. 7 Mio. Menschen im Alter von mehr als 15 Jahren mit einer amtlich anerkannten schweren Behinderung (vgl. Statistisches Bundesamt 2012, S. 7 und 16). Das ist bei insgesamt weniger als 71 Mio. Menschen in Deutschland im Alter von mehr als 15 Jahren ein Anteil von knapp 10 %.

Die UN-BRK fordert von den Vertragsstaaten, auf allen Ebenen „ein integratives Bildungssystem" (in neueren Übersetzungen: „ein inklusives Bildungssystem") zu verwirklichen. Im Schulbereich hat diese Forderung zu heftigen Strukturdebatten und in Teilen bereits zu Strukturveränderungen, d. h. zur Integration der sonderpädagogischen Förderung in das Regelschulsystem, geführt. In der disparaten Weiterbildungslandschaft stehen vor allem die kommunalen und die mit öffentlichen Mitteln geförderten Bildungsträger in der Verantwortung, an der Etablierung eines inklusiven Bildungssystems mitzuwirken.

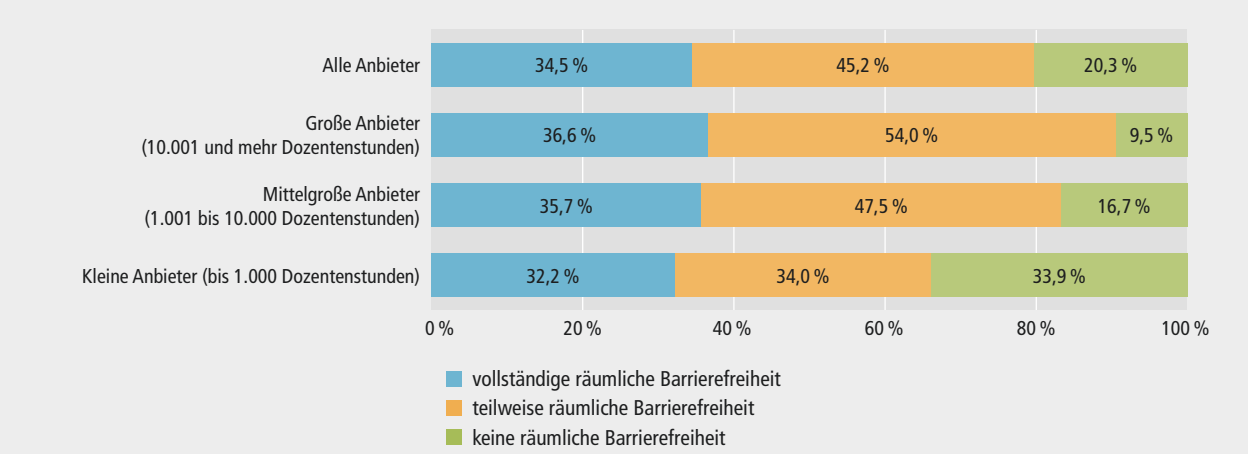
Es ist davon auszugehen, dass kein Anbieter Menschen mit Behinderung von der Teilnahme an Bildungsangeboten explizit ausschließt. Menschen mit Behinderung sind somit selbstverständlich inkludiert, also formal in das System der Weiterbildung eingeschlossen. Doch gerade in unserer modernen Gesellschaft hat die Soziologie die „Gleichzeitigkeit des ‚Drinnen' und ‚Draußen'" ausgemacht. „Inklusion bemisst sich somit nicht allein an der formalen Einbeziehung in Institutionen, sondern auch und vor allem an der sozial-materiellen Qualität möglicher Teilhabe, die durch die Institutionen vermittelt wird" (Kronauer 2010, S. 44).

80 % der Weiterbildungseinrichtungen barrierefrei?

Das sichtbarste Zeichen dafür, dass Menschen mit Behinderung in einer Einrichtung willkommen sind, ist räumliche Barrierefreiheit. Fast 80 % der Weiterbildungseinrichtungen geben an, dass ihre Räume (Veranstaltungsräume und sanitäre Einrichtungen) zumindest teilweise barrierefrei zugänglich sind. Immerhin 35 % aller Bildungsträger sehen die räumliche Zugänglichkeit voll und ganz gewährleistet. Das erscheint auf den ersten Blick als eine in weiten Teilen behindertengerechte Ausstattungssituation und als gute Basis für weitere inklusive Maßnahmen. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich ein differenzierteres Bild, das nicht mehr ganz so positiv wirkt.

264 Aufgrund des Nationalen Aktionsplans haben sich verschiedene Länder, Kommunen, Institutionen und Verbände dazu entschlossen, für ihren Zuständigkeitsbereich ebenfalls Aktionspläne zur Umsetzung der UN-BRK zu erstellen.

Schaubild B2.1.2-1: **Räumliche Barrierefreiheit nach Einrichtungsgröße**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2012, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 280 (große Anbieter) bis n = 1.253 (alle Anbieter); wegen Rundungen beträgt die Summe nicht immer 100 %.

→ **Schaubild B2.1.2-1** macht deutlich, dass fehlende Barrierefreiheit bei kleinen Weiterbildungseinrichtungen prozentual öfter anzutreffen ist als bei Einrichtungen mit mehr als 1.000 Dozentenstunden. Das Schaubild gibt aber auch einen Hinweis darauf, dass die großen Bildungseinrichtungen Schwierigkeiten haben, alle Veranstaltungen in Räumen stattfinden zu lassen, die barrierefrei zugänglich sind. Das hat oft auch damit zu tun, dass nicht alle Angebote in einem eigenen (Haupt-)Gebäude realisiert werden können.

Schaut man sich die räumliche Barrierefreiheit bei einzelnen Einrichtungstypen an, fällt auf, dass bei den Volkshochschulen die Diskrepanz zwischen vollständiger und teilweiser räumlicher Barrierefreiheit besonders ausgeprägt ist. Nahezu 95 % der Volkshochschulen sehen ihr Angebot als ganz oder teilweise barrierefrei zugänglich, aber nur 20 % dieser Einrichtungen können sich als „vollständig räumlich barrierefrei“ bezeichnen. Als Einrichtungen, die im öffentlichen Auftrag die Grundversorgung mit Weiterbildung garantieren, haben die Volkshochschulen das Inklusionsgebot der UN-BRK bereits in ihre Programmatik aufgenommen.[265] Doch scheinen weitere Anstrengungen und finanzielle Investitionen notwendig, um das Versprechen, Bildung für alle anzubieten, wirklich einzulösen und Menschen mit Behinderung in alle Kurse explizit einladen zu können.

Berufliche Weiterbildung räumlich besser ausgestattet

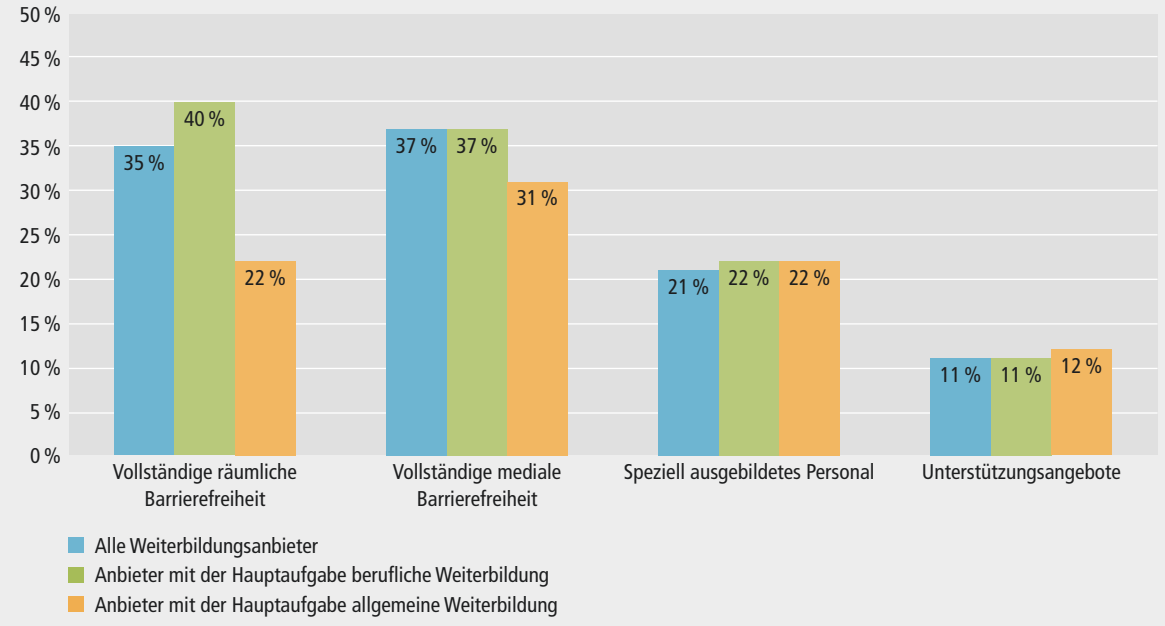
Im wb**monitor** wird auch zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung als Hauptaufgabe der Anbieter unterschieden.[266] Betrachtet man die räumliche Barrierefreiheit anhand dieser beiden Kategorien, so stellt man fest, dass sich Anbieter mit der Hauptaufgabe berufliche Weiterbildung fast doppelt so häufig als „vollständig räumlich barrierefrei“ bezeichnen wie Anbieter mit der Hauptaufgabe allgemeine Weiterbildung (40 % zu 22 %).

Im Hinblick auf die mediale Barrierefreiheit, die behindertengerechte Gestaltung sowohl von Programminformation und Internetauftritt, ist der

265 Auf dem XIII. Deutschen Volkshochschultag verabschiedeten die Volkshochschulen im Mai 2011 ein neues Grundsatzprogramm, in dem neben Emanzipation, Partizipation und Integration auch Inklusion als „Leitwert“ der Bildungsarbeit bezeichnet wird (vgl. Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. 2011, S. 11).

266 Unter den Weiterbildungsanbietern mit der Hauptaufgabe allgemeine Weiterbildung sind 42 % Volkshochschulen und 33 % Einrichtungen einer Kirche, Partei, Gewerkschaft, Stiftung, eines Verbandes oder Vereins. Unter den Weiterbildungsanbietern mit der Hauptaufgabe berufliche Weiterbildung sind 38 % private Einrichtungen, die kommerziell tätig sind, 20 % private Einrichtungen, die gemeinnützig tätig sind, und 14 % wirtschaftsnahe Einrichtungen (Kammern, Innungen, Berufsverbände oder Ableger davon). Darüber hinaus gibt es auch Weiterbildungsanbieter, die sowohl allgemeine als auch berufliche Weiterbildung als ihre Hauptaufgabe betrachten, sowie solche, die sich keiner der 3 Gruppen zuordnen.

Schaubild B2.1.2-2: **Behindertengerechte Ausstattung (Räume, Medien, Personal und Unterstützungsangebote) in der beruflichen und in der allgemeinen Weiterbildung**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor**-Umfrage 2012, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 147 (Hauptaufgabe allgemeine Weiterbildung und Qualifikation des Personals bzw. Unterstützungsangebot) bis n = 1.250 (räumliche Barrierefreiheit) Anbietern

Unterschied zwischen Anbietern mit Hauptaufgabe berufliche und solchen mit Hauptaufgabe allgemeine Weiterbildung deutlich geringer (37 % zu 31 %). Den Angaben zufolge haben 44 % aller Weiterbildungsanbieter einen barrierefreien Internetauftritt. Allerdings geht aus den Antworten zum wb**monitor** nicht hervor, ob bei der Frage nach der medialen Barrierefreiheit alle Befragten die entsprechenden Anforderungen, wie sie in der UN-BRK formuliert sind (vgl. UN-BRK Artikel 2), vor Augen hatten. Die Möglichkeit zur Auswahl größerer Schrift, zur Übersetzung in leichte Sprache und das Angebot, sich Texte vorlesen zu lassen, als Standardanforderungen barrierefreien Kommunizierens (vgl. Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung [BITV 2.0] 2011) sind aller Wahrscheinlichkeit nach nicht bei allen Internetauftritten dieser Weiterbildungsanbieter umgesetzt.

Mit den Fragen nach Unterstützungsangeboten für Menschen mit Behinderung und nach der spezifischen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden (auch der Dozentinnen und Dozenten) für die Bildungsarbeit mit Menschen mit Behinderung wurden vom wb**monitor** 2 weitere Ausstattungsmerkmale angesprochen, die als Voraussetzung erfolgreicher Bildungsaktivitäten mit Menschen mit Behinderung anzusehen sind. In beiden Kategorien ist die Ausstattung insgesamt wesentlich schlechter → **Schaubild B2.1.2-2**. Außerdem können wir feststellen, dass die Anbieter mit der Hauptaufgabe berufliche Weiterbildung personell nicht besser ausgestattet sind als die mit der Hauptaufgabe allgemeine Weiterbildung und dass Letztere bei den Unterstützungsangeboten sogar etwas besser dastehen.

Die Anbieter mit der Hauptaufgabe berufliche Weiterbildung haben also vor allem in die Qualität ihrer Räume investiert. Im Rahmen der Qualitätsdiskussion fanden die Standards barrierefreien Bauens seit Mitte der 1990er-Jahre in der Weiterbildung insgesamt immer mehr Beachtung. Im Bereich der beruflichen Bildung sahen sich die Anbieter zudem mit den Qualitätsanforderungen der Bundesagentur für Arbeit konfrontiert, die nach der Jahrhundertwende verschärfte Zulassungsregelungen für Weiterbildungs-

träger und Weiterbildungsmaßnahmen entwickelte. Die „Eignung (der) von den Teilnehmenden zu nutzenden Räumlichkeiten“ gehört seither zu den in der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung der Bundesagentur für Arbeit genannten Trägeranforderungen (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung [AZAV] 2012, S. 504).

Eine gute behindertengerechte Raumausstattung ist zweifellos eine wichtige, aber sicherlich keine hinreichende Bedingung für die Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Weiterbildung. Das verdeutlicht ein Blick auf die zielgruppenspezifischen Marketingaktivitäten der Weiterbildungsanbieter. Nur ca. 12 % aller Weiterbildungsanbieter geben an, dass sie Zielgruppenwerbung bei Menschen mit Behinderungen machen. Unter den Einrichtungen mit der Hauptaufgabe berufliche Weiterbildung ist dieser Prozentsatz noch niedriger (9 %). Das wirft die Frage auf, warum Menschen mit Behinderung (immerhin fast 10 % der deutschen Bevölkerung) trotz der teilweise guten bis sehr guten behindertengerechten Raumausstattung von den Weiterbildungsanbietern nicht stärker als potenzielle Teilnehmende umworben werden. Gemäß einer Arbeitsmarktanalyse des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) (Deutscher Gewerkschaftsbund 2012) war die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderung 2011 nahezu doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote (14,8 % zu 7,9 %). Neben den Arbeitgebern, die – wie die erwähnte Arbeitsmarktanalyse ebenfalls aufzeigt – weniger Menschen mit Behinderung beschäftigen als gesetzlich vorgesehen, könnte gerade die berufliche Weiterbildung dazu beitragen, diesen Abstand zu verringern.

Die UN-Behindertenrechtskonvention versteht Behinderung nicht in erster Linie als körperliches oder mentales Defizit und individuelles Schicksal, sondern als „Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren“ (UN-BRK, Präambel, Abs. e). Daraus ergibt sich, dass alle gesellschaftlichen Institutionen, also auch die Einrichtungen der Weiterbildung, nicht nur bereit sein müssen, Menschen mit Behinderung aufzunehmen, sondern dass sie dazu aufgefordert sind, die Weiterbildungsteilnahme von Menschen mit Behinderung aktiv zu fördern. Dieser Aspekt von Inklusion, der Hinwendung (Empathie), Motivierung und Willkommenskultur einschließt (Ditschek 2011, S. 165), scheint bei den meisten Weiterbildungsanbietern noch wenig Beachtung zu finden. Darauf deuten auch die Zahlen hin, die der wb**monitor** auf die Frage nach der Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Behinderung zutage gefördert hat.

Gemeinsames Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung

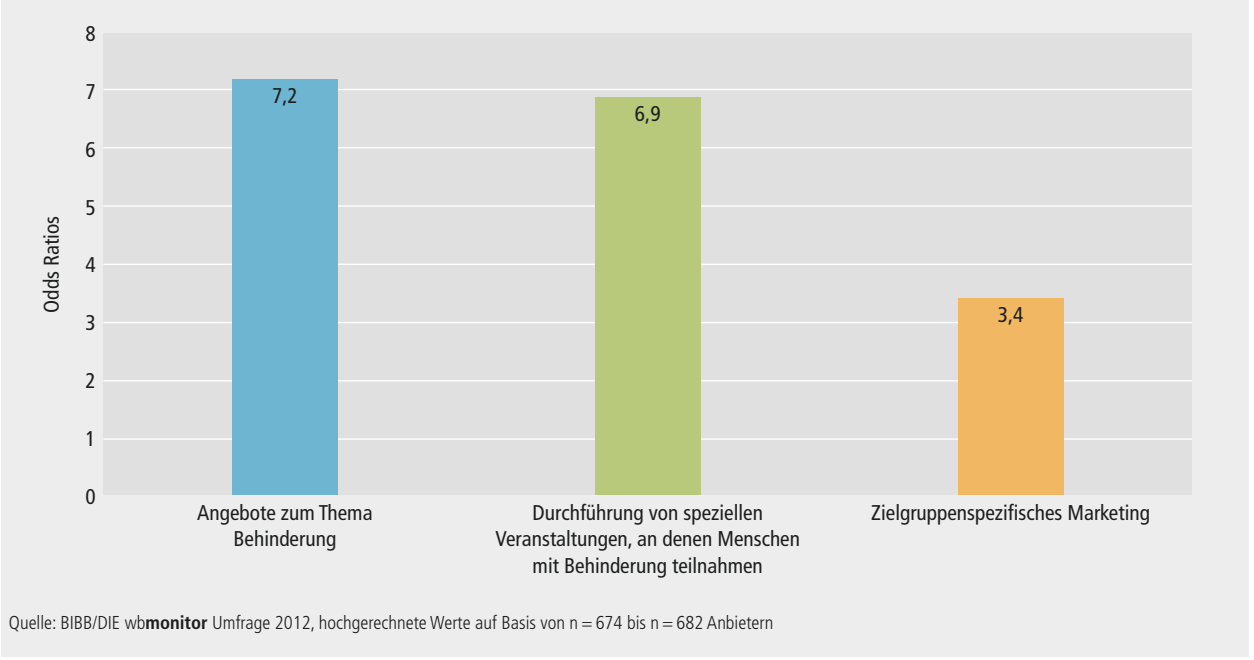
Auf die Frage, ob Menschen mit Behinderung an ihren Weiterbildungsangeboten teilnehmen, antwortete fast die Hälfte der Anbieter, dass sie dazu keine Angaben machen können.[267] Mehr als 37 % aller Anbieter geben an, dass Menschen mit Behinderung an ihrem allgemeinen (d. h. nicht speziell auf Menschen mit Behinderung ausgerichteten) Weiterbildungsangebot teilnehmen. Allerdings schätzen diese Anbieter den Anteil von Menschen mit Behinderung an der Gesamtheit der Weiterbildungsteilnehmenden mehrheitlich auf weniger als 5 %. Auch ist die Anzahl der Veranstaltungen, die explizit für Menschen mit und ohne Behinderung angeboten werden, in den meisten Weiterbildungseinrichtungen eher gering (keine Veranstaltungen: 22 %; 1 bis 9 Veranstaltungen: 49 %).[268]

Was den erwähnten relativ hohen Wert (37 %) von Weiterbildungseinrichtungen angeht, die angeben, dass Menschen mit Behinderung am allgemeinen Weiterbildungsangebot teilnehmen, ist davon auszugehen, dass die Anbieter bei ihren Schätzungen darauf vertrauen, dass von Zeit zu Zeit ohne weiteres Zutun der Weiterbildungseinrichtung ein Mensch mit Behinderung an einer der Veranstaltungen teilnimmt. Diese Interpretation legen auch die Antworten auf die Frage nach der Art der angebotenen Hilfen für Menschen mit Behinderungen nahe. Die Unterstützungsangebote, von denen 11 % der Anbieter berichten, beziehen sich überwiegend auf allge-

267 Dabei ist zu berücksichtigen, dass Menschen mit Behinderungen aus guten Gründen statistisch nicht erfasst werden.

268 Zwischen Anbietern mit der Hauptaufgabe berufliche Weiterbildung und Anbietern mit der Hauptaufgabe allgemeine Weiterbildung lassen sich nach den Ergebnissen des wb**monitor** keine Unterschiede hinsichtlich der Teilnahme von Menschen mit Behinderung an allgemeinen Angeboten sowie ihres Anteils an allen Teilnehmenden feststellen.

Schaubild B2.1.2-3: **Chancen von Weiterbildungsanbietern mit speziell qualifiziertem Personal im Vergleich zu anderen Anbietern**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2012, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 674 bis n = 682 Anbietern

meine Hilfen wie spezielle Beratungsangebote oder Lernhilfen. Konkrete Hilfestellungen bei Bedarf nach Assistenz, Gebärdendolmetscher und Fahrdienst sind eine Ausnahme. Auch Ermäßigungsregelungen bzw. die entgeltfreie Teilnahme einer Assistenzperson werden sehr selten angeboten.

Behinderung – ein wichtiges Thema für Angebote und Personalentwicklung in der Weiterbildung

Gerade Veranstaltungen zum Thema Behinderung sind dazu geeignet, dass Menschen mit Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache teilnehmen und ihre Erfahrungen und Vorschläge einbringen können. Aber nur etwa ein Drittel der Weiterbildungsanbieter hat Veranstaltungen zum Thema Behinderung im Programm.[269] Dabei rangieren Weiterbildungsangebote für Angehörige von Menschen mit Behinderung und Angebote für Beschäftigte (auch ehrenamtlich Tätige) im Arbeitsfeld Menschen mit Behinderung weit vor den Angeboten für andere Zielgruppen und auch vor zielgruppenoffenen Angeboten.

An den räumlichen Gegebenheiten kann es nicht liegen, dass die Themen Behinderung und Inklusion im Sinne der UN-BRK anscheinend noch zu selten Menschen mit und ohne Behinderung in Weiterbildungsveranstaltungen zusammenführen. Eher schon ist es eine Frage der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dort, wo für die Arbeit mit Menschen mit Behinderung speziell qualifiziertes Personal vorhanden ist, gewinnt das Thema „Weiterbildung und Behinderung“ erheblich an Gewicht. Die Chance[270], dass es Veranstaltungen zum Thema Behinderung gibt, ist bei Anbietern mit speziell für die Arbeit mit Menschen mit Behinderung qualifiziertem Personal mehr als siebenmal größer als bei Anbietern, deren Personal nicht entsprechend geschult ist. Gleiches gilt für besondere Angebote für Menschen mit Behinderung. Auch hier ist die Chance, dass es solche Angebote gibt, bei Anbietern mit entsprechend

269 Veranstaltungen zum Thema Behinderung sind bei Anbietern mit der Hauptaufgabe allgemeine Weiterbildung wesentlich häufiger anzutreffen als bei Anbietern mit der Hauptaufgabe berufliche Weiterbildung (43 % zu 29 %).

270 Die Chancen beruhen auf der Berechnung von Odds Ratios.

qualifiziertem Personal fast siebenmal so groß wie bei anderen Anbietern. Ebenso steht die gezielte Ansprache von Menschen mit Behinderung in positiver Korrelation zur speziellen Qualifikation des Personals. Die Chance für ein zielgruppenspezifisches Marketing ist bei Anbietern mit speziell qualifiziertem Personal dreimal höher als bei Anbietern ohne speziell qualifiziertes Personal → **Schaubild B2.1.2-3**. Nicht zuletzt machen die Antworten auf die Fragen des wb**monitors** deutlich, dass sich für die Arbeit mit Menschen mit Behinderung qualifiziertes Personal auch auf die Teilnahme von Menschen mit Behinderung sowohl an speziell für sie eingerichteten als auch an allgemeinen Weiterbildungsangeboten positiv auswirkt.

Die Qualifikation des Personals erscheint somit als wichtiger Schlüssel zu mehr Inklusion in der Weiterbildung. Nach den Investitionen in Räume und Medien steht also die „Investition in die Köpfe“ auf der Tagesordnung. Mehr berufsbegleitende Fortbildungsangebote für Weiterbildner/-innen und eine pädagogische Ausbildung, die der Bildungsarbeit mit Menschen mit Behinderung in der Weiterbildung den gebührenden Stellenwert einräumt, scheinen dringend erforderlich. Wie die Ergebnisse des wb**monitors** zeigen, sind sicher auch zusätzliche Investitionen in Gebäude und Medien unerlässlich, aber vor allem gilt es, die Weiterbildungsanbieter dafür zu gewinnen, sich noch stärker mit den Herausforderungen auseinanderzusetzen, die sich aus der Ratifizierung der UN-BRK durch die deutsche Bundesregierung auch für die Weiterbildung ergeben.

(Eduard Jan Ditschek, Berliner Aktionsbündnis Erwachsenenbildung inklusiv e. V., Berlin; Meike Weiland, Deutsches Institut für Erwachsenbildung)

B2.2 Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung

B2.2.1 Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen

In vielen Bundesländern spielen die Volkshochschulen per Landesgesetz eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung mit Weiterbildung. In manchen Bundesländern hat die Bereitstellung einer Volkshochschule durch die Kommunen die Funktion der Grundversorgung mit einwohnerbezogener Förderung durch das Land (z. B. Niedersachsen), in anderen stehen die Volkshochschulen neben freien Trägern, die von Land und Kommunen gefördert werden (z. B. Bayern, Brandenburg). Auch wenn grundsätzlich der Bund für die berufliche Weiterbildung verantwortlich ist, während die Länder die Verantwortung für allgemeine und politische Weiterbildung innehaben (vgl. Deutscher Bildungsrat 1970, S. 51), schließen die Weiterbildungsgesetze der Länder dort, wo ein solches in Kraft ist, in der Regel neben allgemeiner und politischer Weiterbildung auch die berufliche Weiterbildung ein (für einen Überblick über die Landesgesetze siehe Grotlüschen/Haberzeth/Krug 2009, S. 358; zur Einordnung der Landesregelungen in das Gesamtsystem der Erwachsenenbildung siehe Nuissl 2009). Insgesamt sind die Volkshochschulen in allen Bundesländern als öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen vertreten und bieten ein thematisch breit gefächertes Bildungsangebot, das in großen Teilen ohne Zugangsbeschränkungen für die gesamte Bevölkerung offensteht (vgl. Süssmuth/Sprink 2009, S. 473 ff.).

Die Volkshochschul-Statistik E erfasst als bundesweite Statistik des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und seiner Mitgliedseinrichtungen seit 1962 die personelle und finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen sowie das Angebot in verschiedenen Veranstaltungsarten, Unterrichtsstunden und Belegungen; die statistische Erhebung wird jährlich vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) durchgeführt.[271] Die thematische Zuordnung der Ver-

271 Vgl. die online verfügbaren Jahresbände **http://www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr** und Pehl/Reitz.

anstaltungen der Volkshochschulen erfolgt in der seit 1998 bestehenden Systematik der 6 sogenannten Programmbereiche: (1) Politik – Gesellschaft – Umwelt, (2) Kultur – Gestalten, (3) Gesundheit, (4) Sprachen, (5) Arbeit – Beruf, (6) Grundbildung – Schulabschlüsse. Zum Programmbereich Arbeit – Beruf gehören Lehrgänge zu den Themen IuK-Anwendungen[272], Büropraxis, Rechnungswesen, berufsqualifizierende Grund- und Fachlehrgänge sowie Angebote zum Komplex Organisation/Management (siehe für die einzelnen Fachgebiete Huntemann/Reichart 2012, Tabelle 10). Beruflich verwertbare Kenntnisse und Qualifikationen werden auch in anderen Programmbereichen vermittelt, z. B. als Erzieherfortbildung (Programmbereich 1) oder als Sprachkurs mit Zertifikatserwerb (Programmbereich 4), sind allerdings dort aufgrund der Erhebungsmethodik nicht identifizierbar E.

E Volkshochschul-Statistik

In → **Tabelle B2.2.1-1** sind **Kursveranstaltunge**n sowie die dazugehörenden Unterrichtsstunden und Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf ausgewiesen. Die dargestellten Summen beziehen sich jeweils auf das zugehörige Kalenderjahr. Ein Kurs ist definiert als eine Weiterbildungsveranstaltung mit mindestens 3 Unterrichtsstunden, die am Sitzort der Volkshochschule stattfindet. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Wenn dieselbe Person in einem Beobachtungszeitraum an mehreren Veranstaltungen teilnimmt, wird sie mehrfach als Belegung gezählt, die Anzahl der Belegungen ist also höher als die Anzahl der Personen, die an den Veranstaltungen teilnehmen. Außer im Programmbereich Arbeit – Beruf findet berufliche Weiterbildung auch in anderen Programmbereichen statt (z. B. im Programmbereich Sprachen: „Wirtschaftsenglisch"). Da die Erfassung der Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Aspekten und nicht nach Zweck erfolgt, ist eine Ausdifferenzierung berufsbezogener Veranstaltungen hier nicht möglich. Daher sind die berichteten Werte als Mindestzahlen des Angebots beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen zu interpretieren.

Dargestellt sind jeweils die in den Volkshochschulen im Berichtsjahr durchgeführten Kurse sowie die zugehörigen Unterrichtsstunden und Belegungen. In der Regel sind die Angebote der Volkshochschulen öffentlich ausgeschrieben (z. B. über das Programmheft, die Website) und allen Interessierten (ggf. verbunden mit der Anforderung von Vorkenntnissen) zugänglich. Auftrags- und Vertragsmaßnahmen sind Veranstaltungen für einen geschlossenen Teilnehmerkreis, die die Volkshochschule im Auftrag eines Dritten (z. B. lokale Arbeitsgemeinschaft als Träger [ARGE] für Leistungen nach dem SGB II, Bundesagentur für Arbeit, andere staatliche Instanz oder privatwirtschaftliches Unternehmen) durchführt. Diese werden seit 1998 getrennt erfasst. Vor 1998 sind diese Veranstaltungen in der Gesamtsumme enthalten. Neben den Kursen gibt es an den Volkshochschulen noch andere Veranstaltungsarten (Einzelveranstaltungen, Studienfahrten, Studienreisen), die in der Tabelle nicht eingeschlossen sind; im Programmbereich Arbeit – Beruf machen diese weniger als 1 % der Unterrichtsstunden aus.

Die in → **Tabelle B2.2.1-2** ausgewiesene **VHS-Weiterbildungsdichte** ist definiert als die Unterrichtsstunden in Kursen an VHS pro 1.000 Einwohner/-innen des jeweiligen Versorgungsgebiets auf Länderebene (Datenbasis für Bevölkerungsstand auf Landesebene bis einschließlich Berichtsjahr 2008: 30. Juni des Berichtsjahres; ab Berichtsjahr 2009: 31. Dezember des dem Berichtsjahr vorhergehenden Jahres). In der Tabelle ist diese Kennzahl jeweils nur auf die Veranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf bezogen und nach Landesteilen (alte/neue Bundesländer) differenziert.

Bei der **Erhebung der Teilnahmefälle nach Geschlecht** wird nicht zwischen offenen Kursen und Auftrags- und Vertragsmaßnahmen differenziert. Die Prozentanteile beziehen sich daher auf die Teilnehmenden in den Kursangeboten im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt. Nicht für alle Teilnahmefälle liegt die Information zum Geschlecht vor. Die Erfassungsquote betrug im Berichtsjahr 2011 82,3 % der Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf.

Angebot beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Das Kursangebot der Volkshochschulen an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2011 bundesweit knapp 67.600 Veranstaltungen → **Tabelle B2.2.1-1**. Die Gesamtzahl der Kurse war damit,

272 „Informations- und Kommunikationstechnik": PC-Kurse oder Kurse zum Umgang mit (teils fachspezifischer) Software.

Tabelle B2.2.1-1: **Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2011**[1]

Jahr	Kurse	davon in Auftrags- und Vertrags-maßnahmen[2]	Unterrichts-stunden	davon in Auftrags- und Vertrags-maßnahmen	Belegungen	davon in Auftrags- und Vertrags-maßnahmen
1991	57.305		2.488.042		776.436	
1992	61.165		2.627.921		819.944	
1993	62.709		2.511.608		824.698	
1994	64.931		2.454.588		831.082	
1995	70.606		2.754.100		869.417	
1996	76.357		2.877.652		912.512	
1997	80.965		2.776.602		934.566	
1998	85.188	4.397	3.061.012	651.734	964.542	58.369
1999	91.123	6.311	3.181.715	831.049	1.011.132	81.062
2000	103.783	7.001	3.384.369	857.737	1.141.382	87.758
2001	102.402	7.823	3.281.324	868.904	1.076.983	90.395
2002	90.075	7.321	3.197.180	978.760	913.724	89.158
2003	82.473	6.807	2.902.186	946.622	823.996	85.159
2004	78.809	7.325	2.587.382	819.748	761.649	75.495
2005	73.736	6.436	2.307.864	690.382	709.790	79.013
2006	73.482	6.922	2.342.569	776.598	711.772	88.690
2007	74.171	7.691	2.326.551	772.029	719.025	96.782
2008[3]	74.248	8.499	2.260.828	708.435	713.115	106.312
2009	72.480	9.286	2.277.573	743.589	693.740	115.600
2010	70.794	9.089	2.298.725	870.572	667.924	117.205
2011	67.570	8.235	2.086.992	760.502	617.806	103.140

[1] Bis einschließlich 1997 wurden die Themen der Angebote an Volkshochschulen nach sog. „Stoffgebieten" gegliedert. Die bis zu diesem Jahr dargestellten Zahlen wurden aus den Stoffgebieten Verwaltung und Kaufmännische Praxis (vollständig) sowie anteilig aus Mathematik – Naturwissenschaften – Technik, Stoffgebietsübergreifende und sonstige Kurse und Haushaltsführung zusammengestellt.

[2] Bis einschließlich 1997 sind die Auftrags- und Vertragsmaßnahmen in den Gesamtsummen für Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen enthalten.

[3] Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Volkshochschul-Statistik

wie alle anderen Indikatoren auch, gegenüber dem Vorjahr rückläufig (zur langfristigen Entwicklung in den Jahren seit 1991 siehe genauer BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1). Unterrichtsstunden und Belegungen gingen mit Raten von 9,2 % bzw. 7,5 % stärker zurück als die Kurse (-4,6 %).

Auch bei den Auftrags- und Vertragsmaßnahmen nahmen Kurse (-9,4 %), Unterrichtsstunden (-12,6 %) und Belegungen (-12,0 %) gegenüber 2010 ab. Inzwischen sind 12,2 % der Kursveranstaltungen, 36,4 % der Unterrichtsstunden und 16,7 % der Belegungen diesem Angebotssegment zuzuordnen – ein etwas geringerer Anteil bei allen Indikatoren als im Vorjahr.

Auftrags- und Vertragsmaßnahmen dauern in der Regel deutlich länger als offene Angebote; 2011 beinhaltete eine Auftrags- und Vertragsmaßnahme in der beruflichen Weiterbildung 92,3 Unterrichtsstunden, ein Kurs im offenen Angebot hingegen nur 22,4 Unterrichtsstunden. Die durchschnittliche Dauer beider Kursformen ist jedoch der Tendenz nach in den letzten Jahren zurückgegangen. Nur 2010 war bei den Auftrags- und Vertragsmaßnahmen ein höherer Wert als im Vorjahr zu beobachten (2009: 80,1).

Im Jahr 2011 umfasste der Programmbereich Arbeit – Beruf 11,7 % der Kurse an Volkshochschulen, mit 13,9 % der Unterrichtsstunden und 9,7 % der Belegungen (vgl. Huntemann/Reichart 2012, Tabelle 9).

Weiterbildungsdichte beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Das Angebot an beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen ist in den alten Ländern deutlich größer als in den neuen Ländern → **Tabelle B2.2.1-2**. Bezogen auf die jeweilige Einwohnerzahl war die Versorgung mit Angeboten der Volkshochschulen im Programmbereich Arbeit – Beruf in Westdeutschland über den betrachteten Zeitraum hinweg stets höher (siehe für die Beschreibung der Entwicklung seit 1991 BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1).

Im Jahr 2011 sind die Unterrichtsstunden in den neuen Ländern mit 8,5 % gegenüber dem Vorjahr etwas weniger stark zurückgegangen als in den alten Ländern (-9,3 %). Allerdings ist der langfristige Rückgang in den neuen Ländern deutlich größer – er beträgt seit dem Jahr 2000 in den neuen Ländern 60,2 %, in den alten Ländern 35,3 %.

Die VHS-Weiterbildungsdichte im Programmbereich Arbeit – Beruf E betrug 2011 noch 10,2 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/-innen in den neuen Ländern und 29,4 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/-innen in den alten Ländern. Dort entfiel 2011 mit knapp zwei Fünftel (38,9 %) ein deutlich höherer Anteil der Unterrichtsstunden auf Auftrags- und Vertragsmaßnahmen als in den neuen Ländern (8,0 %).

Verteilung der Teilnahmefälle an beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen nach Geschlecht

Insgesamt besuchen seit vielen Jahren deutlich mehr Frauen als Männer die Volkshochschule. Der Frauenanteil liegt insgesamt bei etwa drei Viertel der Teilnahmefälle (seit 1991 zwischen 73,1 % und 75,8 %; vgl. Huntemann/Reichart; Pehl/Reitz; Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verban-

Tabelle B2.2.1-2: **Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2011**

Jahr	Unterrichtsstunden im Programmbereich Arbeit – Beruf		VHS-Weiterbildungsdichte im Programmbereich Arbeit – Beruf	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
1991	2.076.114	411.928	33,7	22,7
1992	2.118.474	509.447	33,8	28,5
1993	2.012.506	499.102	31,8	28,0
1994	2.011.693	442.895	31,6	25,0
1995	2.312.364	441.736	36,1	25,0
1996	2.443.463	434.189	37,9	24,7
1997	2.365.970	410.632	36,7	23,4
1998	2.637.742	423.270	40,9	24,2
1999	2.787.144	394.571	43,1	22,7
2000	2.965.697	418.672	45,7	24,2
2001	2.888.080	393.244	44,3	22,9
2002	2.861.131	336.049	43,7	19,7
2003	2.611.431	290.755	39,8	17,1
2004	2.335.414	251.968	35,6	14,9
2005	2.080.288	227.576	31,7	13,6
2006	2.121.535	221.034	32,3	13,2
2007	2.101.481	225.070	32,0	13,6
2008[1]	2.045.805	215.023	31,2	13,0
2009	2.088.543	189.030	31,8	11,5
2010	2.116.519	182.206	32,4	11,1
2011	1.920.277	166.715	29,4	10,2

[1] Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Volkshochschul-Statistik

des). Im Programmbereich Arbeit – Beruf hingegen ist der Frauenanteil bei den Teilnahmefällen geringer als bei den Gesamtzahlen: Im Jahr 2011 betrug er in diesem Programmbereich 64,6 % und erreichte damit einen Höchstwert seit Erfassung dieses Merkmals. Seit 1997 lag der Wert über der 60 %-Marke, mit steigender Tendenz bei leichten Schwankungen. Insgesamt sind die Volkshochschulen ein Anbieter, der niedrigschwellige berufsbildende Angebote für die breite Bevölkerung (z. B. im Bereich der EDV-Kenntnisse) vorhält, aber auch an berufsfachlichen Qualifizierungen beteiligt ist. Auch für Frauen, die durch ihre im Durchschnitt geringere Beteiligung am Erwerbsleben seltener Gelegenheit zu beruflicher Weiterbildung haben, öffnen die Volkshochschulen einen Zugang zu beruflicher Weiterbildung. Darüber hinaus wird an den Volkshochschulen im Rahmen von Auftrags- und Vertragsmaßnahmen zielgruppenspezifische Weiterbildung durchgeführt, etwa für Arbeitssuchende (**vgl. Kapitel B3.1**) oder für Beschäftigte von Betrieben **(vgl. Kapitel B1.2)**.

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.2.2 Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen

In Deutschland existiert eine Vielfalt von Institutionen, die berufliche Weiterbildung anbieten. Laut Anbieterbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) machen gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen zusammen rund 7 % der Weiterbildungsorganisationen in Deutschland aus (Einrichtungen der Gewerkschaft: 1,9 %; Einrichtungen der Wirtschaft: 5,2 %; siehe Dietrich/Schade/Behrensdorf 2008, S. 26). Daten der wb**monitor** Umfrage 2011 des BIBB und des DIE weisen einen etwas höheren Wert für arbeitgebernahe Institutionen aus: 8,6 % der Weiterbildungsanbieter fallen in diese Kategorie.[273]

E **Datenbasis zu Angeboten gewerkschafts- und arbeitgebernaher Institutionen**

Die in diesem Abschnitt dargestellten Daten stammen aus Veröffentlichungen der gewerkschafts- bzw. arbeitgebernahen Anbieter, teilweise wurden die Daten aber auch von den Anbietern selbst für die Veröffentlichung im BIBB-Datenreport zusammengestellt. Es handelt sich um Angaben zur Anzahl der Veranstaltungen und Anzahl der Teilnehmenden; teilweise liegen auch Angaben zu den Unterrichtsstunden und zum Umfang einzelner Themenbereiche vor.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in gewerkschaftsnahen Institutionen

Bildungsarbeit der Gewerkschaften umfasst neben der politischen und gewerkschaftlichen Bildung, die insbesondere für Mitglieder der betrieblichen Interessenvertretungen, Funktionäre und Funktionärinnen angeboten wird, auch berufliche Weiterbildung, die für alle Interessierten offen zugänglich ist. Alle großen Gewerkschaften unterhalten Bildungsabteilungen oder Bildungswerke, in denen unterschiedliche Themenschwerpunkte angeboten

273 Gewerkschaftsnahe Einrichtungen werden nicht als Einzelkategorie ausgewiesen. Siehe Bundesinstitut für Berufsbildung/Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Gewichtete Grundauszählung wb**monitor** 2011, S. 40.

Tabelle B2.2.2-1: **Veranstaltungen und Teilnehmende der Berufsfortbildungswerke des DGB, 2001 bis 2011**

Jahr	Alte Länder		Neue Länder	
	Veranstaltungen	Teilnehmende	Veranstaltungen	Teilnehmende
2001	3.155	57.350	851	15.905
2002	3.181	58.539	790	15.569
2003	2.779	46.075	628	10.681
2004	2.561	33.868	499	8.506
2005	2.334	31.889	444	7.579
2006	2.610	44.597	449	9.082
2007	2.575	45.925	490	9.294
2008	2.687	50.591	487	9.406
2009	2.865	56.026	606	9.973
2010	2.511	49.496	480	8.779
2011	1.996	40.795	339	6.767

Quelle: Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) 2009 – 2012

werden. Das Berufsfortbildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (bfw) und die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA), die aus dem Bildungswerk der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hervorging, führen neben anderen Angeboten auch Maßnahmen beruflicher Weiterbildung (Umschulung, Fortbildung) durch. Auch die gewerkschaftsnahe Institution Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben bietet auf Bundes- und auf Länderebene Maßnahmen beruflicher Weiterbildung an (**vgl. Kapitel B2.2.3**).

Die Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmenden in den Berufsfortbildungswerken des Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt → **Tabelle B2.2.2-1**. Im Zeitraum von 2001 bis 2011 gehen sowohl die Veranstaltungen als auch die Zahl der Teilnehmenden an beruflicher Weiterbildung insgesamt zurück. Die Anzahl der Veranstaltungen sinkt um 42 %, die Anzahl der Teilnehmenden um 35 %. In den Berufsfortbildungswerken der neuen Bundesländer zeigen sich die Rückgänge im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlicher ausgeprägt. Die Veranstaltungen gehen in der Zeit von 2001 bis 2011 um 60 %, die Zahl der Teilnehmenden um 57 % zurück. In den alten Bundesländern sinkt die Zahl der Veranstaltungen um 37 %, die Zahl der Teilnehmenden um 29 %.

Bundesweit wurden im Jahr 2011 2.335 Veranstaltungen mit rund 47.500 Teilnehmenden durchgeführt. Im Vergleich zum Jahr 2010 bedeutet dies einen Rückgang bei den Veranstaltungen um 22 % sowie einen Rückgang bei der Anzahl der Teilnehmenden um 18 %.

Die DAA bietet bundesweit Fortbildungen, Umschulungen und Weiterbildungen zu einem breiten thematischen Spektrum wie Informations- und Kommunikationstechniken, Fremdsprachen, Technik/Handwerk/Gewerbe, Hotel/Gastgewerbe an. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Bereich der sonstigen beruflichen Integration[274] mit 57 % der Teilnehmenden und 30 % der durchgeführten Angebote.

Ein weiterer Schwerpunkt des Angebots liegt auf dem Bereich Wirtschaft und Verwaltung. Dieser Themenbereich erreicht im Jahr 2011 24 % der Teilnehmenden und macht 41 % der Veranstaltungen aus → **Tabelle B2.2.2-2**.

Die Zahl der Teilnehmenden steigt zwischen 2004 und 2011 an, von knapp 81.000 auf rund 117.000 im Jahr 2011 (+45 %). Die Zahl der Teilnehmenden entwickelt sich in den einzelnen Themenbereichen sehr unterschiedlich. Zuwächse gibt es bei den Bereichen Fremdsprachen (+18 %), Gesundheit/Pflege/Soziales

274 Dazu gehören z. B. Maßnahmen zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt oder Maßnahmen zur Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (§ 46 SGB III).

Tabelle B2.2.2-2: **Maßnahmen und Teilnehmende der Deutschen Angestellten-Akademie GmbH (DAA) nach Themenbereichen, 2004 bis 2011**

Jahr	Informations- und Kommunikationstechnik	Fremdsprachen	Technik, Handwerk und Gewerbe	Gesundheit, Pflege und Soziales	Deutsch	Hotel- und Gastgewerbe	Sonstige berufliche Integration	Wirtschaft und Verwaltung	Insgesamt
Maßnahmen nach Themenbereichen									
2004	1.127	207	255	522	209	215	1.960	2.550	7.045
2005	752	186	202	506	201	236	2.190	2.520	6.793
2006	653	217	251	552	168	256	2.447	2.804	7.348
2007	614	226	289	495	152	243	2.255	2.636	6.910
2008	424	206	271	545	184	237	2.011	3.047	6.925
2009	320	233	255	711	223	225	2.451	2.976	7.394
2010	254	212	202	647	296	149	2.158	2.560	6.478
2011	320	227	198	750	283	139	2.064	2.783	6.764
Teilnehmende nach Themenbereichen									
2004	6.548	2.113	2.399	6.438	1.246	2.296	29.320	30.171	80.531
2005	4.981	1.605	2.226	6.254	1.013	3.451	29.982	22.954	72.466
2006	5.121	1.997	2.467	3.028	6.233	1.447	36.755	30.577	87.625
2007	6.290	2.344	2.856	6.166	2.780	1.601	39.521	36.035	97.593
2008	4.448	1.968	2.580	6.616	3.534	1.125	45.251	42.486	108.008
2009	3.435	2.519	2.401	7.967	3.506	950	63.368	41.298	125.444
2010	2.771	2.322	2.133	8.629	5.325	689	73.594	35.687	131.150
2011	2.141	2.497	1.614	8.910	5.414	497	67.125	28.490	116.688

Quelle: persönliche Mitteilung der DAA GmbH

(+39 %), sonstige berufliche Integration (+129 %) und Deutsch (+335 %). Rückgänge sind bei den Themenbereichen Technik/Handwerk/Gewerbe (-33 %), Informations- und Kommunikationstechniken (-67 %) sowie Hotel- und Gastgewerbe (-78 %) zu finden.

Ein gegensätzliches Bild zu dem langfristigen positiven Trend zeigt ein Blick auf die Daten von 2010 und 2009. In nahezu allen Bereichen gibt es 2011 im Vergleich zu den 2 Jahren davor Rückgänge bei den Teilnehmenden. Es zeigt sich, dass 2011 im Vergleich zu 2010 (2009) die Rückgänge insbesondere in den Bereichen Wirtschaft/Verwaltung mit 20,2 % (31 %), Informations- und Kommunikationstechnik mit 24,3 % (32,8 %), Hotel-/Gastgewerbe mit 27,9 % (47,7 %) ausgeprägt sind. Der einzige Bereich mit Zunahmen bei den Teilnahmezahlen im Vergleich zu 2010 und 2009 ist der Bereich Gesundheit, Pflege, Soziales mit 3,2 % bzw. 11,8 %.

Anders als bei den Teilnahmezahlen ist bei den Veranstaltungen insgesamt kein eindeutiger Trend ersichtlich, die Zahlen schwanken im Zeitraum von 2004 bis 2011 zwischen rund 7.400 und 6.400. Bei den Themenbereichen ist lediglich für die Informations- und Kommunikationstechniken ein stetiger Rückgang erkennbar: Die Zahl der Veranstaltungen sinkt im Zeitraum 2004 bis 2011 nahezu kontinuierlich von 1.127 auf 320 (-72 %).

Die Teilnehmenden sind sowohl Arbeitssuchende als auch Beschäftigte aus Firmen und Behörden. Teilweise wird die Teilnahme öffentlich gefördert, teilweise tragen die Teilnehmenden die Kosten für die Weiterbildung selbst. Hauptfinanziers im öffentlich geförderten Sektor sind die Arbeitsverwaltung, die Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und Optionskommunen (SGB II und SGB III), die Berufsgenossenschaften und die Deutsche Rentenversicherung, die

Tabelle B2.2.2-3: **Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises 2001 bis 2011**

Jahr	Veranstaltungen[1]	Teilnehmende	Standorte[2]	Erfasste Mitglieds-einrichtungen	Mitgliedseinrichtungen insgesamt
2001	31.000	–	765	35	–
2002	53.000	–	950	41	–
2003	110.000	–	800	46	–
2004	80.000	–	860	47	–
2005	90.000	–	780	47	–
2006	95.402	1.060.000	786	51	51
2007	105.900	1.050.000	844	51	51
2008	117.300	1.200.000	814	49	49
2009	121.000	1.100.000	849	46	50
2010	139.900	1.250.000	892	46	50
2011	139.600	1.250.000	890	46	50

[1] 2000 bis 2005: ca.-Angaben.
[2] 2000 bis 2003: ca.-Angaben.

Quelle: Wuppertaler Kreis 2012, je S. 2

Bundeswehr, der Bund, die Länder und die Europäische Union.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in arbeitgebernahen Institutionen

Der „Wuppertaler Kreis e. V. – Bundesverband betriebliche Weiterbildung“ versteht sich als Zusammenschluss von großen Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft. Der Wuppertaler Kreis hatte im Jahr 2011 50 Mitglieder. Darunter sind neben branchen- und firmenbezogenen Einrichtungen einige Bildungswerke der Wirtschaft in großen Bundesländern (z. B. Bildungswerk der Bayerischen, Niedersächsischen und Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft).[275] Es gibt neben den im Wuppertaler Kreis vertretenen Bildungswerken noch andere regional strukturierte Bildungswerke der Wirtschaft, zu deren Angebot keine Daten vorliegen.

→ **Tabelle B2.2.2-3** zeigt Daten aus der jährlichen Verbandsumfrage des Wuppertaler Kreises „Trends der Weiterbildung“. Seit 2004 ist die Zahl der von den Mitgliedseinrichtungen durchgeführten Veranstaltungen auf zuletzt knapp 140.000 gestiegen; ab 2005 steigt auch die Zahl der unterschiedlichen Standorte, an denen die Veranstaltungen durchgeführt wurden, nahezu kontinuierlich (2011: 890). Die Anzahl der Teilnehmenden steigt seit Beginn der Zählung (2006) tendenziell an und liegt 2011 bei über 1,2 Millionen.

Die meisten Mitgliedseinrichtungen des Wuppertaler Kreises bieten mehrere unterschiedliche Bildungsdienstleistungen an. Durchschnittlich wurde etwa ein Drittel des Umsatzes (2011: 37,2 %) mit offen zugänglichen Seminaren erzielt, die sich vor allem an Mitarbeitende mittelständischer Unternehmen richten. Daneben sind firmenintern durchgeführte Seminare mit 21,0 % und öffentlich geförderte Maßnahmen mit 20,3 % Umsatzanteil wichtige Geschäftsfelder (vgl. Wuppertaler Kreis 2012, S. 4 f.).

275 Vgl. **http://www.wkr-ev.de/t_mitgli.htm**. Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Mitglieder liegt auf der betrieblichen Weiterbildung in offenen und firmeninternen Veranstaltungen, die in enger Kooperation mit Unternehmen, teilweise bezogen auf deren spezifischen Bedarf, durchgeführt werden. Einzelne Mitglieder bieten auch andere Bildungsdienstleistungen an, z. B. als Träger der freien Jugendhilfe berufsorientierende Maßnahmen für Jugendliche oder Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitssuchende in Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen. Die hier verwendete Einordnung als „arbeitgebernahe Institutionen“ stützt sich einerseits auf die Geschichte vieler Mitgliedsinstitute des Wuppertaler Kreises, die von Arbeitgeberverbänden (mit-)gegründet wurden, andererseits auf die Tatsache der Mitgliedschaft im Wuppertaler Kreis, der sich laut Selbstdarstellung als Sprachrohr der Unternehmen in Fragen der Weiterbildung versteht.

Tabelle B2.2.2-4: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern, 2001 bis 2011**

Jahr	Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Teilnehmende
2001	23.154	–	413.735
2002	21.819	–	295.425
2003	22.605	–	316.883
2004	21.668	1.530.658	302.926
2005	22.315	1.501.373	330.499
2006	23.522	1.619.813	341.630
2007	24.110	1.773.012	341.047
2008	24.746	1.823.561	342.794
2009	24.360	1.912.196	342.163
2010	23.927	1.836.462	323.888
2011	24.063	1.905.455	327.221

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) 2008, S. 66–69; DIHK 2009, S. 70–73; DIHK 2010, S. 70–73; DIHK 2011, S. 72–75; persönliche Mitteilung 2012

Tabelle B2.2.2-5: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern nach Themenbereichen, 2011**

Themenbereich		2011					
		Veranstaltungen	Anteil (in %)	Unterrichts-stunden	Anteil (in %)	Teilnehmende	Anteil (in %)
Aufstiegsbildung	Kaufmännisch	2.020	8,4 %	528.901	27,8 %	36.479	11,1 %
	Industriell-technisch	1.140	4,7 %	358.447	18,8 %	21.533	6,6 %
	IT und Medien	87	0,4 %	22.733	1,2 %	991	0,3 %
	AEVO	1.496	6,2 %	104.426	5,5 %	24.665	7,5 %
	Querschnittsthemen	68	0,3 %	11.426	0,6 %	1.012	0,3 %
	Zwischensumme	4.811	20,0 %	1.025.933	53,8 %	84.680	25,9 %
Anpassungs-bildung	Kaufmännisch	5.779	24,0 %	185.449	9,7 %	74.851	22,9 %
	Industriell-technisch	1.311	5,4 %	152.890	8,0 %	13.578	4,1 %
	IT und Medien	1.095	4,6 %	32.982	1,7 %	8.521	2,6 %
	Querschnittsthemen	5.432	22,6 %	203.057	10,7 %	65.824	20,1 %
	Zwischensumme	13.617	56,6 %	574.378	30,1 %	162.774	49,7 %
Vorbereitung auf neue Berufstätigkeit		408	1,7 %	229.406	12,0 %	4.490	1,4 %
Firmenseminare		3.425	14,2 %	69.088	3,6 %	37.018	11,3 %
Sonstige[1]		1.802	7,5 %	6.650	0,3 %	38.259	11,7 %
Insgesamt		**24.063**	100,0 %	**1.905.455**	100,0 %	**327.221**	100,0 %

[1] Fachvorträge und -tagungen, Weiterbildungsseminare für Ausbilder, sonstige Vorträge und Tagungen sowie Dozenten- und Prüferseminare.

Quelle: persönliche Mitteilung der DIHK

Angebot an beruflicher Weiterbildung bei den Kammern

Die Industrie- und Handelskammern (IHK) bieten an ihren lokalen und regionalen Standorten berufliche Weiterbildung an, häufig in Zusammenarbeit mit eigenen Bildungszentren. Bei den Veranstaltungen handelt es sich in der Regel um berufsbegleitende Seminare und Lehrgänge, von denen ein Teil direkt auf IHK-Prüfungen vorbereitet. Das Themenspektrum der Lehrgänge umfasst die Bereiche aller Wirtschaftsunternehmen, die Mitglied der jeweiligen IHK sind.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag veröffentlicht in seinem Bildungsbericht jährlich Daten zur Anzahl der Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmenden.[276] Die Daten sind in → **Tabelle B2.2.2-4** dargestellt. Insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr für 2011 Zuwächse bei der Anzahl der Veranstaltungen (1 %), der Anzahl der Belegungen (1 %) und der Zahl der Unterrichtsstunden (4 %) zu erkennen.

Eine Steigerung gibt es insbesondere bei den Firmenseminaren. Hier erhöht sich die Zahl der Veranstaltungen um 16,5 % und die der Teilnehmenden um 15,3 %; die Zahl der Unterrichtsstunden nimmt um 13,2 % zu. Eine differenzierte Darstellung der Aufstiegs- und Anpassungsbildungen der Industrie- und Handelskammern für das Jahr 2011 zeigt → **Tabelle B2.2.2-5**.

Mit jeweils der Hälfte aller Veranstaltungen und Teilnehmenden entfällt der größte Teil des Angebots und der Nachfrage auf den Bereich der Anpassungsfortbildung. Die Aufstiegsbildungen sind demgegenüber zeitintensiver, mehr als die Hälfte aller Unterrichtsstunden entfällt auf diesen Bereich, jedoch nur 20,0 % der Veranstaltungen und 25,9 % aller Teilnahmen.

(Christina Weiß, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

276 Auch die Handwerkskammern bieten berufliche Weiterbildung an, hierzu sind aus den letzten Jahren jedoch keine bundesweiten Daten verfügbar.

B2.2.3 Weiterbildungsstatistik im Verbund

Seit dem Berichtsjahr 2002 werden in der Weiterbildungsstatistik im Verbund E jährlich Daten zu Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der im Verbund zusammengeschlossenen Weiterbildungsorganisationen veröffentlicht. Die statistische Erhebung wird vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) durchgeführt. Zu den im Verbund zusammengeschlossenen Organisationen gehören der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE). Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) ist assoziiertes Mitglied im Verbund. Die Daten des Deutschen Volkshochschul-Verbandes werden in **Kapitel B2.2.1** gesondert aufgeführt, die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die Verbände AdB, AL, DEAE und KBE. Der AdB hatte sich 2009 einmalig nicht an der jährlichen Erhebung beteiligt, bei der Interpretation der Daten und einem Vergleich mit Vorjahreszahlen ist dies zu berücksichtigen.

Die im Verbund zusammengeschlossenen Einrichtungen bieten ein breites thematisches Spektrum an Weiterbildung an, die berufliche Weiterbildung stellt einen Teil des Angebotes dar. Die thematische Zuordnung der durchgeführten Veranstaltungen erfolgt anhand der Systematik Politik – Gesellschaft, Familie – Gender – Generationen, Religion – Ethik, Umwelt, Kultur – Gestalten, Gesundheit, Sprachen, Arbeit – Beruf, Grundbildung – Schulabschlüsse. Die Veranstaltungen des im Folgenden dargestellten Themenbereichs Arbeit – Beruf werden anhand verschiedener thematischer Oberkategorien erfasst, wie Arbeitstechniken, Interessenvertretung, kaufmännische Praxis, Management, Wirtschaft. Neben den Veranstaltungen des Bereichs Arbeit – Beruf können auch die Veranstaltungen der anderen Themenbereiche für die Teilnehmenden von beruflichem Interesse sein und für eine berufliche Weiterbildung genutzt werden. Da die Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Kriterien erfasst und anders als im Adult Education Survey (vgl. BIBB-Datenreport

2012, Kapitel B1.1) nicht der Zweck der Teilnahmen erfragt wird, ist hier eine vollständige Abbildung von berufsbezogenen Veranstaltungen nicht möglich. Die dargestellten Daten können somit als Mindestwerte für berufliche Weiterbildung interpretiert werden.

E Weiterbildungsstatistik im Verbund (Verbundstatistik)

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die durchgeführten Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen eines Kalenderjahres aus dem Themenbereich Arbeit – Beruf der Verbände AdB, AL, DEAE und KBE. Als Veranstaltung gezählt werden durchgeführte Kurse, Seminare und Lehrgänge, Studienfahrten und -reisen sowie Vorträge und andere Kurzformen mit bis zu 3 Unterrichtsstunden. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Eine Person, die mehrere Veranstaltungen belegt, wird mehrfach gezählt. Die Anzahl der Belegungen kann daher höher sein als die Anzahl der teilnehmenden Personen.

2010 bilden 2.240 Einrichtungen die Grundgesamtheit der Mitgliedseinrichtungen der im Verbund zusammengeschlossenen Träger von Weiterbildung. Die Erfassungsquoten fallen bei den Verbänden unterschiedlich aus, sie variieren zwischen 38 % und 99 %. Erfasst wurden die Daten von Einrichtungen, die dargestellten Ergebnisse wurden auf Basis der Erfassungsquoten auf die Grundgesamtheit hochgerechnet (vgl. Horn/Ambos 2012).

Nicht für alle Teilnahmefälle liegen Informationen zum Geschlecht vor. Die in → **Tabelle B2.2.3-2** dargestellten Prozentangaben beziehen sich auf die jeweils gültigen Nennungen. Für insgesamt 63 % der Belegungen in Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden im Bereich Arbeit – Beruf wurden Angaben zum Geschlecht gemacht.

Angebot an beruflicher Weiterbildung

Das im Themenbereich Arbeit – Beruf abgebildete Angebot von AdB, AL, DEAE und KBE umfasst im Jahr 2010 knapp 25.700 Veranstaltungen, die mit rund 930.000 Unterrichtsstunden durchgeführt werden und 480.000 Belegungen verzeichnen → **Tabelle 2.2.3-1**.

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies für die 2009 an der Statistik beteiligten Organisationen AL, DEAE und KBE einen Zuwachs beim Angebot und bei den Teilnahmen. Die Veranstaltungen nehmen um 2 % zu, die Unterrichtsstunden um 16 %, die Teilnahmen steigen um 3 %.

Trotz der Zuwächse nimmt die berufliche Weiterbildung bei den im Verbund zusammengeschlossenen Einrichtungen eine eher nachrangige Rolle ein. Der Bereich Arbeit – Beruf umfasst knapp 5 % der insgesamt durchgeführten Veranstaltungen, auch der Anteil der Teilnahmen an der Summe aller Belegungen liegt bei knapp 5 %. Der Anteil der Unterrichtsstunden am Gesamtvolumen liegt deutlich höher, er erreicht 15 %. Dieser höhere Anteil ist erklärbar

Tabelle B2.2.3-1: **Veranstaltungen, Unterrichsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf" im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2010**

Themenbereich „Arbeit und Beruf" (Hochrechnung)						
Bundesorganisationen	Veranstaltungen	Anteil an allen Veranstaltungen in %	Unterrichtsstunden	Anteil an allen Unterrichtsstunden in %	Belegungen	Anteil an allen Belegungen in %
AdB	2.463	15,9	45.670	13,5	47.391	14,0
BAK AL	3.548	40,6	285.715	60,1	54.915	39,3
DEAE	5.272	2,9	80.301	4,8	126.108	3,2
KBE	14.402	5,4	517.544	13,3	249.389	4,2
Insgesamt	**25.685**	**5,5**	**929.230**	**14,6**	**477.803**	**4,7**

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2010

durch die im Rahmen beruflicher Weiterbildungsangebote durchgeführten Auftrags- und Vertragsmaßnahmen für geschlossene Gruppen, die durchschnittlich länger dauern als offene Angebote.

Die berufliche Weiterbildung prägt in unterschiedlichem Ausmaß das inhaltliche Programmprofil der einzelnen Verbände. Ein Vergleich zwischen den Organisationen des Verbundes zeigt deutliche Unterschiede in der thematischen Schwerpunktsetzung. Bei dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben stellt die berufliche Weiterbildung einen relevanten Teil des Angebots dar, wobei hier die Verbindung zwischen politischer und beruflicher Weiterbildung im Fokus steht. Zu den Themen Interessenvertretung, Mitbestimmung und Tarifrecht werden 3.500 Veranstaltungen und 285.000 Unterrichtsstunden durchgeführt. Der Anteil der Veranstaltungen mit beruflichen Themen liegt bei 41 % des Gesamtprogramms, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen beträgt 60 %.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten bietet knapp 2.500 Veranstaltungen mit mehr als 45.000 Unterrichtsstunden zu den Themen Wirtschaft, Arbeit, Management und Arbeitstechniken an. Der Anteil der Veranstaltungen mit beruflichen Themen am Gesamtprogramm liegt bei knapp 16 %, der Anteil der Unterrichtsstunden am Gesamtvolumen bei 14 %.

Bei den konfessionell getragenen Bildungsstätten zeigt sich ein anderes Bild. Das inhaltliche Profil wird nicht durch berufliche Weiterbildung geprägt, dennoch ist das Angebotsvolumen an beruflicher Weiterbildung, gemessen an der Anzahl der Veranstaltungen, größer als beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben. Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung stellt mit über 14.000 Veranstaltungen und mehr als 400.000 Unterrichtsstunden das größte Angebotsvolumen im Bereich Arbeit – Beruf. Nach Anzahl der Unterrichtsstunden und durchgeführter Veranstaltungen ist sie, unter den in diesem Kontext dargestellten Organisationen, auch die größte Anbieterin von Weiterbildung. Im Gesamtangebot spielt die berufliche Weiterbildung allerdings eine nachrangige Rolle, die KBE versteht sich primär als Anbieterin religiöser und kultureller Weiterbildung. Deutlich sichtbar wird dies an dem Verhältnis des Themenbereichs Arbeit – Beruf zum Gesamtangebot: Der Anteil der Veranstaltungen liegt bei 5 %, der Anteil am Unterrichtsstundenvolumen bei 13 %. Von dem anderen konfessionellen Trägerverband, der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, werden mehr als 5.000 Veranstaltungen mit rund 80.000 Unterrichtsstunden angeboten. Die Themenbereiche religiöse Bildung, Lebensformen und politische Bildung werden von der DEAE als Aufgabenschwerpunkte erachtet, berufliche Weiterbildung hat einen eher untergeordneten Stellenwert. Der Anteil der Veranstaltungen im Themenbereich Arbeit – Beruf liegt bei 3 %, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen bei 5 %.

Tabelle B2.2.3-2: **Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf" im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2010**

Themenbereich „Arbeit und Beruf" Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden (Hochrechnung)							
Bundesorganisationen	Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Belegungen	davon Frauen	Anteil von Frauen in %	davon Männer	Anteil von Männern in %
AdB	2.363	45.328	44.740	20.137	47,1	22.598	52,9
BAK AL	3.474	285.510	53.820	18.079	34,0	35.109	66,0
DEAE	3.352	75.874	51.142	16.193	70,2	6.885	29,8
KBE	7.669	481.215	101.698	38.528	70,7	15.986	29,3
Insgesamt	**14.495**	**842.600**	**206.661**	**72.801**	**55,7**	**57.981**	**44,3**

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2010

Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht

Laut Adult Education Survey 2010 beteiligen sich Frauen in etwas geringerem Maße an beruflicher Weiterbildung als Männer (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel B1.1). Dieses Verhältnis zeigt sich bei den Mitgliedseinrichtungen des Verbundes nicht. Der Anteil an Belegungen durch Frauen im Bereich Arbeit – Beruf liegt bei 56 %.

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den einzelnen Verbänden. Beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL) ist der Anteil der männlichen Teilnehmer mit 66 % am höchsten, auch im Gesamtprogramm des Verbandes überwiegen mit einem Anteil von 57 % die männlichen Teilnehmer. Während AL mit seinem Fokus auf politisch orientierte berufliche Weiterbildung eher männliche Teilnehmer erreicht, sind bei den konfessionellen Trägern KBE und DEAE fast drei Viertel der Teilnehmenden an beruflicher Weiterbildung Frauen. Bei der KBE werden 71 % der Belegungen von beruflicher Weiterbildung durch Teilnehmerinnen gebucht. Der Frauenanteil an den Belegungen im Bereich Arbeit – Beruf liegt damit über dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Belegungen an beruflicher Weiterbildung im Verbund, allerdings überwiegt mit 72 % auch der Frauenanteil an den Belegungen im Gesamtprogramm der KBE. Bei der DEAE liegt der Anteil der Frauen an beruflichen Veranstaltungen ebenfalls bei 71 % und damit sogar leicht über dem Frauenanteil von 70 % im Gesamtprogramm. Die Verteilung der Teilnahmen nach Geschlecht zeigt → **Tabelle B2.2.3-2**.

(Christina Weiß, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.3 Fernlernen

Erhebungen zur Entwicklung von Angebots-, Anbieter- und Teilnahmestrukturen haben im Bildungssegment Fernlernen eine langjährige Tradition. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Fernunterrichtsstatistik zu, die seit 1983 jährlich auf freiwilliger Basis bei Anbietern erhoben wird. Im Laufe der Jahre kam es dabei zu Zuständigkeitsverlagerungen hinsichtlich der erhebenden Stelle: So zeichneten zunächst das Statistische Bundesamt (StBA) und später das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) für die Erhebung der Daten verantwortlich. 2009 übernahm der Fachverband „Forum DistancE-Learning (FDL)“ die Fernunterrichtsstatistik und führt sie seither in Eigenregie durch.

Neben den Befragungsergebnissen des FDL kann zusätzlich ergänzendes Datenmaterial der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) und, wie auch im vergangenen Jahr, der Arbeitsgemeinschaft für das Fernstudium an Hochschulen (AG-F), Sektion der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung e. V., herangezogen werden. Damit steht für staatlich zugelassene Fernlehrgänge E bzw. akkreditierte Fernstudiengänge eine relativ breite empirische Datenbasis zur Verfügung.

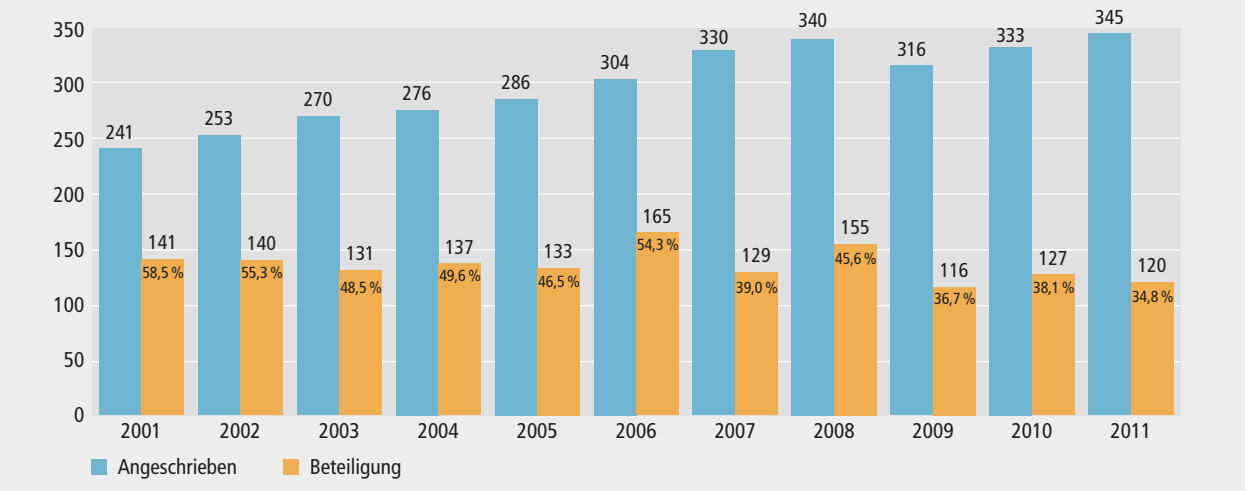
E Staatliche Zulassung von Fernlehrgängen

Die staatliche Zulassung von Fernlehrgängen ist durch das Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG) geregelt. Als Fernunterricht gilt gemäß § 1 FernUSG „die auf vertraglicher Grundlage erfolgende, entgeltliche Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, bei der

1. der Lehrende und der Lernende ausschließlich oder überwiegend räumlich getrennt sind und
2. der Lehrende oder sein Beauftragter den Lernerfolg überwachen“.

Das Gesetz dient primär dem Verbraucherschutz. Es soll einerseits unseriöse Werbe- und Verkaufspraktiken verhindern und andererseits sicherstellen, dass die didaktische und fachliche Lehrgangsgestaltung das Erreichen der angestrebten Bildungsziele ermöglichen. Zulassungsstelle ist die ZFU (**http://www.zfu.de/**).

Schaubild B2.3-1: **Beteiligung von Fernlehrinstituten an der Fernunterrichtsstatistik im Zeitraum 2001 bis 2011 (absolut und in %)**



Quelle: Forum DistancE-Learning (FDL) 2012, S. 5

Anbieter von Fernlehrgängen

Die Zahl der bei der ZFU registrierten Anbieter hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich erhöht, und zwar von 367 (Stichtag 1. August 2011) auf 383 (Stichtag 1. August 2012). Dies entspricht einer Zunahme um 4,2 %.

Nähere Aussagen über deren Zusammensetzung ermöglicht die Fernunterrichtsstatistik 2011 des FDL. Im Rahmen dieser Erhebung wurden 2012 345 Fernlehrinstitute angeschrieben, von denen sich 120 an der Befragung beteiligten. Im Vergleich zum Vorjahr (333 angeschriebene Institute) hat sich damit die Zahl der Anbieter zwar um 3,6 % erhöht, jedoch ließ die Beteiligungsbereitschaft nach → **Schaubild B2.3-1**.

Basierend auf den vom FDL angeschriebenen 345 Fernlehrinstituten stellt sich die Marktsituation folgendermaßen dar: Der größte Teil der Anbieter (297, ca. 86,2 %) ist relativ spezialisiert und bietet weniger als 11 Lehrgänge an; weitere 25 (ca. 7,2 %) haben bis zu 20 unterschiedliche Lehrgänge in ihrem Portfolio. 15 Anbieter (ca. 4,3 %) halten zwischen 21 und 50 Lehrgänge, 3 Anbieter (ca. 0,9 %) zwischen 51 und 100 verschiedene Lehrgänge bereit. 5 Institute (ca. 1,4 %) bieten mehr als 100 Lehrgänge an.

Im Hinblick auf die Anzahl ihrer Teilnehmenden weisen die beteiligten Institute (n = 120) folgende Ausdifferenzierung auf: 5 (ca. 4,2 %) haben mehr als 5.000 Teilnehmende jährlich, 9 (7,5 %) zwischen 1.001 und 5.000. Jeweils 31 (je ca. 25,8 %) geben 101 bis 1.000 bzw. 11 bis 100 Teilnahmen an. 6 Institute (5,0 %) haben nach eigenen Angaben 1 bis 10 jährliche Teilnahmen, und 38 (ca. 31,7 %) geben 0, also keine Teilnahmen an.

Teilnehmende an Fernlehrgängen

Für den Untersuchungszeitraum im Jahre 2011 weisen die an der Erhebung beteiligten Institute insgesamt 181.677 Teilnahmen an staatlich zugelassenen Fernlehrgängen aus. Im Vergleich zum Vorjahr (203.083 Teilnahmen) verringerte sich die Zahl der Fernlernenden damit um ca. 10,5 %.[277]

277 Zusätzlich zu den erhobenen Daten ergänzt der FDL die Teilnahmezahlen um Schätzungen, die auf seiner Branchenkenntnis und seinem Marktüberblick basieren. Für das Jahr 2011 geht er von 63.140 weiteren Teilnehmenden aus und kommt somit auf insgesamt 244.817 Teilnahmen an zugelassenen Fernlehrgängen in 2011. 2010 wurden 203.083 Teilnahmen erhoben und weitere 47.890 Teilnehmende geschätzt und somit eine tatsächliche Beteiligung von 250.973 Personen vermutet. Grundlage für die Aufbereitungen der Fernunterrichtsstatistik des FDL im Datenreport des BIBB bilden ausschließlich die empirisch erhobenen Daten. Würden die Schätzungen ebenfalls berücksichtigt, wäre zwar auch ein leichter Rückgang bei den Teilnahmen an zugelassenen Fernlehrgängen in 2011 im Vergleich zu 2010 zu verzeichnen, jedoch beliefe sich dieser nur auf ca. 2,5 %.

Mit 52,8 % ist der Frauenanteil in 2011 im Vergleich zu 2010 (53,1 %) zwar geringfügig zurückgegangen, doch setzte sich die seit einigen Jahren zu beobachtende leichte Dominanz von Frauen in Fernlehrgängen auch in 2011 fort.

Auch in Bezug auf die Beteiligung nach Alter ergibt sich ein ähnliches Bild: So lassen sich im Vergleich zu den Vorjahren nur geringfügige Änderungen beobachten; 2011 waren ca. zwei Drittel (65,8 %) der Fernlernenden zwischen 21 und 40 Jahre alt (2010: 67,6 %). Erstmalig wurde der Anteil der über 51-Jährigen separat ausgewiesen → **Tabelle B2.3-1**.

Tabelle B2.3-1: **Teilnehmende an Fernlehrgängen nach Altersgruppen (in %)**

Altersgruppen	Anteil in %
bis 20 Jahre	3,8
21 bis 25 Jahre	17,1
26 bis 30 Jahre	21,2
31 bis 35 Jahre	16,1
36 bis 40 Jahre	11,4
41 bis 50 Jahre	17,7
51 und mehr Jahre	6,8
Alter unbekannt	5,9

Quelle: Forum DistancE-Learning (FDL) 2012, S. 10, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

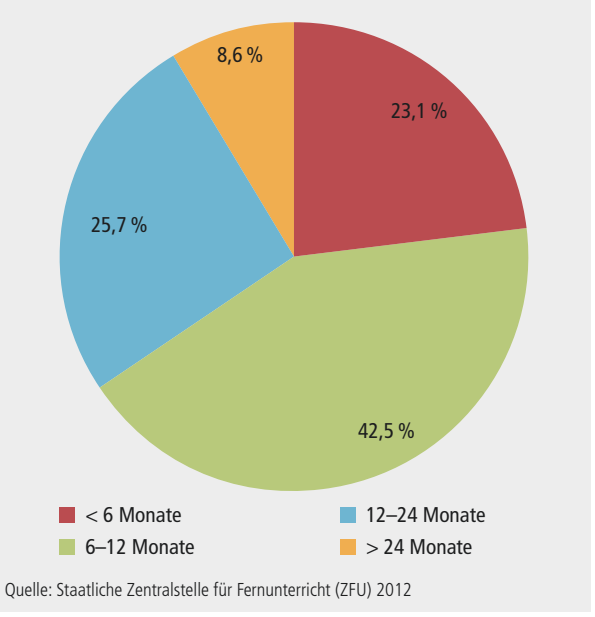
Fernlehrgänge – Angebot

Wie in den Vorjahren ist auch im aktuellen Berichtszeitraum eine deutliche Zunahme von staatlich zugelassenen Fernlehrgängen zu beobachten. Ihre Zahl stieg von 2.087 (2008) auf 2.264 (2009), 2.470 (2010) und 2.807 (2011). Zum Stichtag 1. August 2012 weist die ZFU 2.982 zugelassene Fernlehrgänge aus, von denen ihren Angaben zufolge 2.732 beruflich verwertbare Themen behandeln und 250 der Freizeitgestaltung dienen.

Von den 2.982 staatlich zugelassenen Bildungsangeboten im Fernlernen bereiten knapp zwei Drittel (1.933; 64,8 %) auf eine Abschlussprüfung vor, während 1.049 ohne abschließende Lernerfolgskontrolle enden. Damit setzt sich der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend zu Prüfungsabschlüssen im Vergleich zum Vorjahr in leicht abgeschwächter Form fort (prozentualer Anteil der Fernlehrgänge mit Abschlussprüfung in 2010: 59,4 %; 2011: 63,8 %).

Wie auch im Vorjahr haben rund zwei Drittel der zugelassenen Fernlehrgänge eine Laufzeit von bis zu 12 Monaten → **Schaubild B2.3-2**.

Schaubild B2.3-2: **Laufzeit von zugelassenen Fernlehrgängen in 2012 (in %)**



Quelle: Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) 2012

Hinsichtlich der bevorzugten Lehrgangsinhalte dominierten auch 2011 Bildungsangebote zu „Wirtschaft und kaufmännischer Praxis“ mit 27,3 % aller Teilnahmen (2010: 25,3 %). Daneben erfreuten sich Fernlehrgänge in den Bereichen „Freizeit, Gesundheit, Haushaltsführung“ (16,8 %), das Nachholen schulischer Abschlüsse (15,9 %) und anerkannte Aufstiegsfortbildungen (12,5 %) relativ großer Beliebtheit. Hingegen trafen EDV-Lehrgänge (7,4 %), Sprachlehrgänge (6,0 %), Angebote zu „Erziehungs- und Schulfragen, Pädagogik, Psychologie, Gruppendynamik/Verhaltenstraining, Eltern- und Familienbildung“ (5,9 %) sowie „Mathematik, Naturwissenschaften und Technik“ (5,0 %) auf eine deutlich geringere Nachfrage, und geistes- (2,1 %) bzw. sozialwissenschaftlich (0,7 %) ausgerichtete Fernlehrgänge fanden kaum Zuspruch.

Entwicklung bei Fernstudiengängen

Insgesamt zeigen alle herangezogenen Datenquellen eine zunehmende Bedeutung akademisch ausgerichteter Fernstudiengänge: So weist die Aufbereitung der Fernstudienstatistik des FDL für 2011 insgesamt 132.960 Fernstudierende aus, von denen 114.966 an einer Fern- und 17.994 an einer Präsenzhochschule immatrikuliert waren. Im Vergleich zu 2010, bei der die auf Daten des Statistischen Bundesamtes beruhenden Berechnungen des FDL 118.619 Fernstudierende erbracht hatten, ist dies eine Steigerung um 14.341 bzw. 12,1 %.

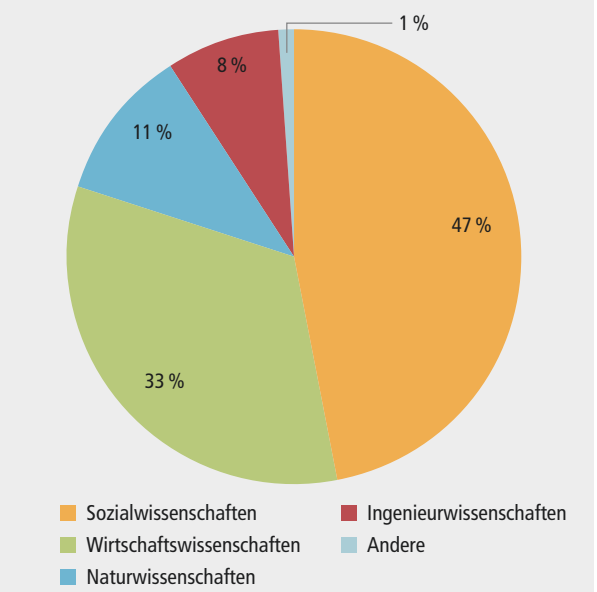
Die Beteiligung von Frauen an einem Fernstudium erhöhte sich nach diesen Berechnungen im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig (Gesamtdurchschnitt 2011: 43,8 %; 2010: 43,1 %). Bezogen auf die unterschiedlichen Hochschularten zeigt sich folgendes Bild: An Fernuniversitäten waren 2011 46,2 % (2010: 45,7 %), an Fernfachhochschulen 42,2 % (2010: 40,2 %) und an Präsenzhochschulen 36,9 % (2010: 38,1 %) weibliche Fernstudierende immatrikuliert. Damit dominieren im hochschulischen Sektor männliche Fernstudierende.

Gemäß der Fernstudienstatistik 2011 der AG-F, an der sich 17 Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und Fachhochschulverbünde) beteiligten, ist die Zahl der Fernstudierenden im Zeitraum 2008–2011 von 79.985 auf 104.995 angestiegen. Davon waren im Erhebungszeitraum allein an der FernUniversität in Hagen 78.803 immatrikuliert; 26.192 Fernstudierende verteilen sich auf die übrigen 16 in die Erhebung einbezogenen Hochschulen/Hochschulverbünde.

Bei den angebotenen Abschlüssen überwiegen (nicht akademische) Zertifikate (37 %). Bachelor- und weiterbildende Masterstudiengänge umfassen jeweils 19 % des Angebots der einbezogenen Hochschulen. (Konsekutive) Masterstudiengänge werden von 14 %, Diplomstudiengänge von 8 % und Magisterstudiengänge von 3 % der Befragten aufgeführt.

Über die Verteilung der Fernstudiengänge 2011 nach Disziplinen informiert → **Schaubild B2.3-3**.

Schaubild B2.3-3: **Fernstudiengänge 2011 nach Disziplinen**



Quelle: Arbeitsgemeinschaft für ein Fernstudium an Hochschulen (AG-F) 2012

Abschließend sei noch auf ein Monitoring des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) zur Entwicklung der Studierendenzahlen von Personen ohne Abitur verwiesen (vgl. Nickel/Duong 2012). Diese Untersuchung konstatiert „einen kontinuierlichen Wachstumstrend“ bei i. d. R. beruflich qualifizierten Studierenden ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung. „Vollzog sich dieser zwischen 1997 und 2007 eher dezent und in sehr kleinen Schritten, so ist nun ein sprunghafter Anstieg der Nachfrage zu verzeichnen: Zwischen den Jahren 2007 und 2010 hat sich der Anteil der Studienanfänger/-innen ohne Abitur im bundesweiten Durchschnitt von 1,09 % auf 2,08 % nahezu verdoppelt. In absoluten Zahlen entspricht das einer Steigerung von 3.940 auf 9.241 [sic!] Studienanfänger/-innen ohne Abitur“ (Nickel/Duong 2012, S. 29). Eine „überdurchschnittlich hohe Anziehungskraft“ (S. 36) üben dabei einige Hochschulen aus: „Von ihrer fachlichen Ausrichtung her sind die Profile dieser 9 Hochschulen unterschiedlich. Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch ein verbindendes Merkmal zwischen 5 der genannten Institutionen auf, und zwar die starke Ausrichtung auf Fernstudienangebote“ (Nickel/Duong 2012, S. 37).

(Angela Fogolin)

B3 Öffentlich geförderte Weiterbildung

B3.1 SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen

Qualifizierung im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Instrumente wird durch die Agenturen für Arbeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gefördert. Die Förderung hilfebedürftiger erwerbsfähiger Personen durch die Jobcenter erfolgt nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) E.
Zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die Personen in den Rechtskreisen SGB II und SGB III Qualifizierung ermöglichen, zählen die berufliche Weiterbildung, die berufliche Weiterbildung für behinderte Menschen sowie die ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit → **Tabelle B3.1-1**.

E Fördervoraussetzungen

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) fördert die berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wenn sie notwendig ist, um Arbeitnehmer/-innen bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern, eine konkret drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden, oder weil die Notwendigkeit einer Weiterbildung wegen fehlenden Berufsabschlusses anerkannt ist (§ 77 SGB III). Dabei wird berücksichtigt, ob die Arbeitslosigkeit auch ohne eine Weiterbildung beendet werden könnte, ob andere arbeitsmarktpolitische Instrumente erfolgversprechender sind und ob mit dem angestrebten Bildungsziel eine Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt wahrscheinlich ist. Liegen die Voraussetzungen für eine Förderung vor, wird ein Bildungsgutschein ausgestellt, mit dem die Übernahme der Weiterbildungskosten zugesichert wird. Der Bildungsgutschein kann zeitlich befristet sowie regional und auf bestimmte Bildungsziele beschränkt werden und gilt für entsprechende zugelassene Maßnahmen. Neben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die durch die Agenturen für Arbeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gefördert werden, gehören auch hilfebedürftige erwerbsfähige Personen, die nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) gefördert werden, zu den förderfähigen Personen.

Für Sonderprogramme der Bundesagentur für Arbeit gelten spezielle Förderbedingungen.

Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit

In der Förderstatistik werden Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung erfasst. Gezählt werden nicht Personen, sondern Förderfälle bzw. Teilnahmen; eine Person, die in einem Zeitraum oder an einem Zeitpunkt mehrere Förderleistungen erhält, wird daher mehrfach gezählt.

Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

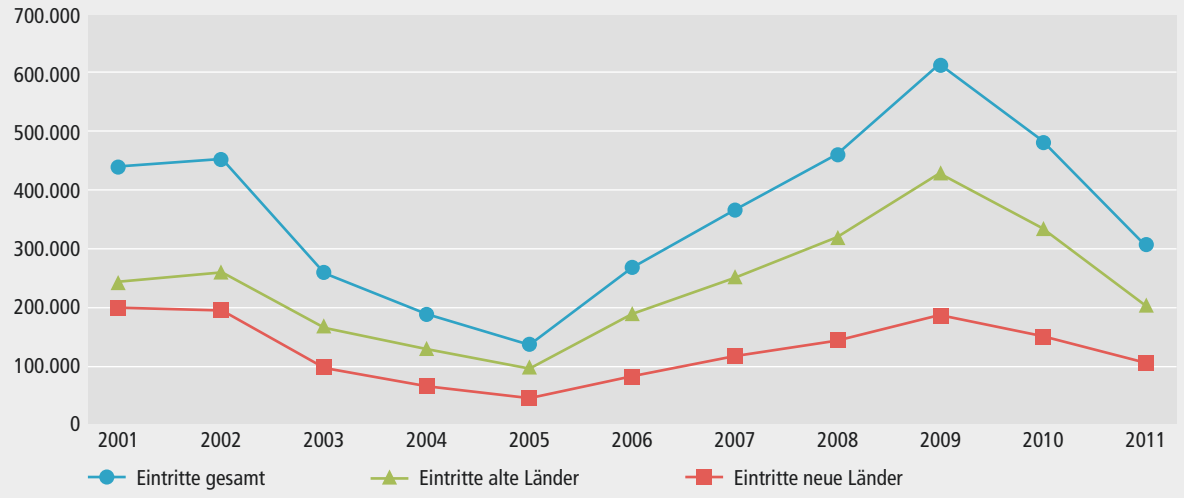
Die Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung nach SGB III (Arbeitsförderung) und seit 2005 auch nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) ist eines der wesentlichen Elemente der aktiven Arbeitsförderung. Es soll die individuellen Chancen von Menschen am Arbeitsmarkt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern. Dazu können Qualifikationen an geänderte Anforderungen angepasst oder bislang fehlende Berufsabschlüsse erworben werden.

Tabelle B3.1-1: **Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2011**

	Teilnehmerbestand (Jahresdurchschnitt)			Zugänge/Eintritte/Bewilligungen (Jahressumme)		
	insgesamt	SGB III	SGB II	insgesamt	SGB III	SGB II
Qualifizierung 2011	**179.732**	**99.504**	**80.228**	**333.404**	**166.792**	**166.612**
Berufliche Weiterbildung	161.575	88.627	72.948	304.991	148.165	156.826
Berufliche Weiterbildung behinderter Menschen	17.010	9.869	7.141	19.786	10.106	9.680
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	1.008	1.008	–	8.521	8.521	–

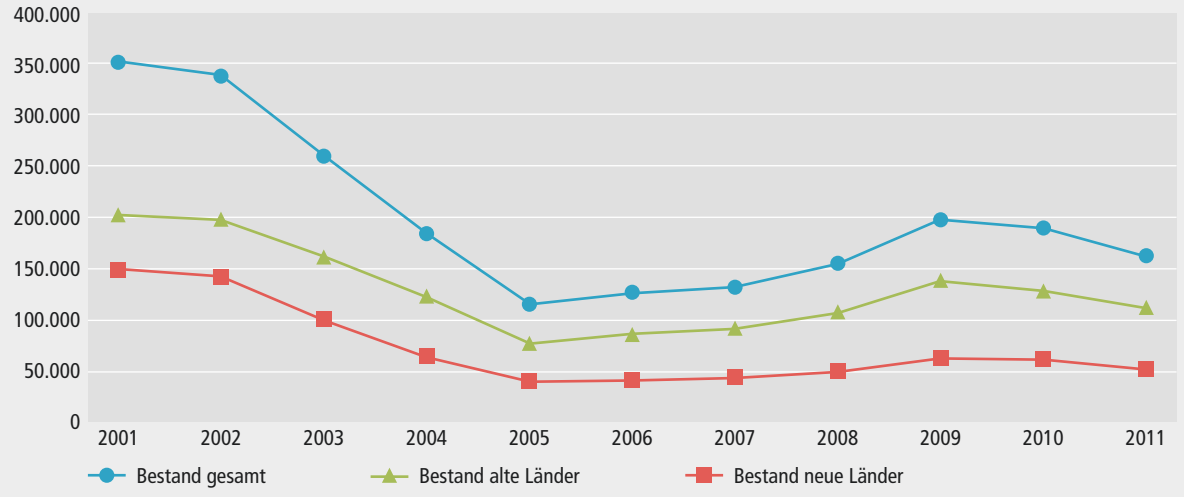
Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012i: Arbeitsmarkt 2011; Datenstand März 2012

Schaubild B3.1-1: **Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2011**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011c: Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik; Bundesagentur für Arbeit 2012i: Arbeitsmarkt 2011

Schaubild B3.1-2: **Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2011**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011c: Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik; Bundesagentur für Arbeit 2012i: Arbeitsmarkt 2011

In den vergangenen Jahren ist die Förderung der beruflichen Weiterbildung zunächst zwischen 2000 und 2005 durch Umsteuerung des Mitteleinsatzes im Rahmen der regionalen Arbeitsmarktprogramme reduziert worden. Innerhalb der Leistungen zur Verbesserung der Qualifikation wurden zudem verstärkt Trainingsmaßnahmen nach § 48 SGB III eingesetzt. Der Rückgang von FbW-Maßnahmen setzte sich abgeschwächt bis zum Jahr 2005 fort. Ab 2006 erfolgte vorübergehend eine verstärkte Förderung beruflicher Weiterbildung, die ihren Höhepunkt 2009 erreichte. 2010 ging die Förderung wieder zurück. 2011 ist mit 304.991 Eintritten in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ein erneuter Rückgang um 37,3 % zu verzeichnen → **Schaubild B3.1-1 und → Schaubild B3.1-2**.

Der Anteil von Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf ist weiter gestiegen: Von den 304.991 Eintritten im Jahr 2011 entfielen 34.779 auf Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf; das entspricht einem Anteil von 11,4 % (2010: 10,7 %; 2009: 7,3 %; 2008: 6,9 %). Viele Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung nehmen jedoch an Weiterbildungen teil, die nicht abschlussbezogen sind. Von den Personen, die eine Weiterbildung aufgenommen haben, war 2011 ein Drittel ohne Berufsabschluss (2010: 30,7 %).

Der Anteil der unter 25-Jährigen bei den Eintritten lag 2011 mit 10,6 % ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres (2010: 10,1 %; 2009: 12 %; 2008: 13,4 %); der Anteil der Ausländer/-innen betrug 12,3 % (2010: 10,8 %; 2009: 11 %; 2008: 11,3 %). Langzeitarbeitslose waren mit einem Anteil von 12,7 % (2010: 11,4 %; 2009: 7,8 %; 2008: 12,5 %) an den Eintritten vertreten (Statistisches Bundesamt 2010a, 2011a, 2012e).

Der Rückgang der Eintritte von Frauen in FbW-Maßnahmen war im Jahr 2011 geringer als der Rückgang der Gesamteintritte → **Tabelle B3.1-2**. Ihr Anteil an den Zugängen betrug 45 %.

Mit den Teilnehmerzahlen gingen auch die ausgegebenen Fördermittel zurück. Die Gesamtausgabemittel im Rechtskreis SGB III für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung betrugen 2011 1,7 Mrd € gegenüber 1,92 Mrd. € im Vorjahr. Diese Ausgaben setzen sich aus den Weiterbildungskosten aus dem Eingliederungstitel (Lehrgangskosten, Fahrtkosten, Kinderbetreuungskosten, Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung) und den Ausgaben für die Gewährung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung zusammen. In der Grundsicherung gingen die Gesamtausgaben für die Förderung der beruflichen Weiterbildung ebenfalls zurück und betrugen 2011 645 Mio. € (2010: 827 Mio. €) (Bundesagentur für Arbeit 2011a, 2012h).

Um die Herausforderungen der Wirtschaftskrise zu bewältigen und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wurden auch im Jahr 2011 zielgruppenspezifische FbW-Programme fortgeführt. Qualifizierungsangebote für nicht aus SGB-Mitteln förderbare Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld wurden darüber hinaus aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.

Tabelle B3.1-2: **Zugang und Jahresdurchschnittsbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III in den Jahren 2005 bis 2011**[1]

Eintritte/Zugang		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Bundesgebiet	**Gesamt**	131.521	264.343	364.894	462.532	618.435	486.795	304.991
	davon Frauen	53.994	114.721	168.022	210.719	253.965	206.087	138.037
Alte Länder	**Gesamt**	91.096	185.457	249.675	320.217	431.065	336.627	201.460
	davon Frauen	39.143	82.692	117.519	148.194	174.163	140.140	91.727
Neue Länder	**Gesamt**	40.425	78.886	115.219	142.315	187.370	150.158	103.431
	davon Frauen	14.851	32.029	50.503	62.525	79.802	65.947	46.310
Jahresdurchschnittsbestand		**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
Bundesgebiet	**Gesamt**	114.350	124.800	131.714	154.088	198.104	188.782	161.575
	davon Frauen	59.743	60.175	63.419	73.734	89.820	88.805	79.959
Alte Länder	**Gesamt**	76.157	85.535	90.056	105.508	137.049	128.177	110.825
	davon Frauen	40.792	41.756	43.845	51.168	61.199	58.083	52.775
Neue Länder	**Gesamt**	38.193	39.264	41.568	48.579	61.054	60.605	50.751
	davon Frauen	18.951	18.420	19.574	22.566	28.621	30.722	27.184

[1] Mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger (nicht für 2005).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011d: Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Datenstand Januar 2011; Bundesagentur für Arbeit 2011c: Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Datenstand Oktober 2011; Statistisches Bundesamt 2012: Weiterbildung 2012e

WeGebAU (Förderung der Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer/-innen in Unternehmen)

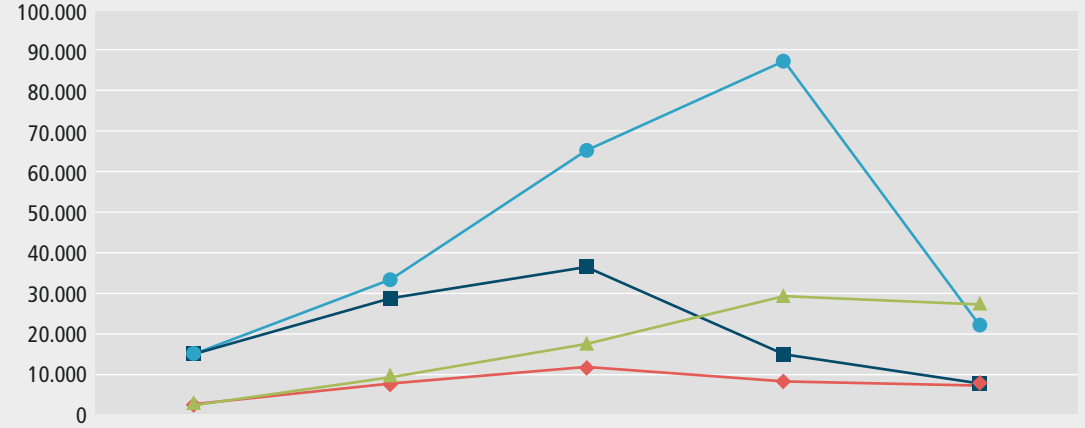
Im Fokus des erstmals 2006 aufgelegten Programms steht eine Anschubfinanzierung für die Weiterbildung von Geringqualifizierten und von beschäftigten Älteren, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, um ihnen zusätzliche Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu vermitteln und ihre Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu erweitern. Im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) wurden die Förderungsmöglichkeiten befristet bis 31. Dezember 2010 um die Personengruppe der Arbeitnehmer/-innen erweitert, deren Berufsabschluss mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 2 Jahren mindestens 4 Jahre zurückliegt und die in den letzten 4 Jahren nicht an einer mit öffentlichen Mitteln geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben (Rechtsgrundlage: § 421t Abs. 4 SGB III).

Im Jahr 2011 betrug das Gesamtvolumen der WeGebAU-Förderungen 206 Mio. € (2010: 274 Mio. €; 2009: 332,3 Mio. €; 2008: 167 Mio. €) (Bundesagentur für Arbeit 2011a, 2012h).

Das Sonderprogramm WeGebAU bietet 2 Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung:

- *Zuschüsse zu Weiterbildungskosten*
  Gering qualifizierten oder älteren Beschäftigten, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, erstatten die Agenturen für Arbeit bzw. die Jobcenter die Lehrgangskosten und geben einen Zuschuss zu den notwendigen übrigen Weiterbildungskosten. Insbesondere Beschäftigten von kleinen und mittleren Unternehmen soll damit die Aufnahme einer Weiterbildung ermöglicht werden. Sie erhalten einen Bildungsgutschein und können damit zwischen Weiterbildungsmaßnahmen wählen, in denen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen. Diese

Schaubild B3.1-3: **Sonderprogramm „WeGebAU" – Zugang und Bestand 2007 bis 2010**[1]



	2007	2008	2009	2010	2011
Zugang FbW	14.573	33.397	65.311	87.641	21.823
Zugang Arbeitsentgeltzuschuss	14.527	28.571	36.579	14.809	7.206
Bestand FbW	1.960	8.787	17.347	29.272	27.107
Bestand Arbeitsentgeltzuschuss	2.178	7.544	11.730	8.108	6.658

[1] Wird die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme sowohl mit der Übernahme der Weiterbildungskosten nach §§ 77 ff. SGB III als auch mit der Gewährung eines Arbeitentgeltzuschusses an den Arbeitgeber nach § 235c SGB III gefördert, wird sie hier je Förderung und damit doppelt ausgewiesen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010b: Qualifizierungsförderung, 03.2010; Bundesagentur für Arbeit 2012k: Zugang und Bestand in das Sonderprogramm „WeGebAU" 2007 ff.

Förderungen nach §§ 235c und 77 Abs. 2 SGB III sind nicht begrenzt auf Weiterbildungen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen; auch Teilqualifikationen können erworben werden → **Schaubild B3.1-3**.

- *Förderung mit Arbeitsentgeltzuschuss*
  Für die Qualifizierung ungelernter oder gering qualifizierter Arbeitnehmer/-innen erhält der Arbeitgeber einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt für weiterbildungsbedingte Ausfallzeiten sowie eine Pauschale zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuschüsse können bis zur Höhe des Betrages erbracht werden, der sich als anteiliges Arbeitsentgelt einschließlich des darauf entfallenden pauschalierten Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag für weiterbildungsbedingte Zeiten ohne Arbeitsleistung errechnet. Die Höhe des AEZ kann für Zeiten ohne Arbeitsleistung bis zu 100 % betragen (Rechtsgrundlage: § 235c SGB III).

Von 2010 auf 2011 sind die Eintritte in das Programm WeGebAU von 102.450 auf 29.029 gesunken. Das ist ein Rückgang um ca. 70 %. Hier macht sich insbesondere der Wegfall der Fördergrundlage für qualifizierte Beschäftigte bemerkbar, auf die im Jahr 2010 fast zwei Drittel der Zugänge entfielen. Doch auch die Förderung Geringqualifizierter (§ 77 Abs. 2 SGB III) und älterer Beschäftigter in KMU hat sich mehr als halbiert → **Schaubild B3.1-3**.

FbW- und ESF-geförderte Qualifizierung während der Kurzarbeit

Während einer Qualifizierung in der Kurzarbeit gab es 2011 folgende Fördermöglichkeiten:

- *Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) während Kurzarbeitergeldbezug nach §§ 77 ff. SGB III für gering qualifizierte Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld*
  In diesem Programm wird seit 2009 die Weiterbildung von gering qualifizierten Bezieherinnen und Beziehern von Kurzarbeitergeld gefördert. Diese Förderung hat Vorrang vor den Maßnahen des ESF-BA-Programms.

- *ESF-finanzierte Qualifizierung für Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld*
  Im Rahmen des ESF-BA-Programms kann die berufliche Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich in Kurzarbeit befinden, gefördert werden. Seit 1. Januar 2009 sind neben den Bezieherinnen und Beziehern von Transferkurzarbeitergeld auch die von konjunkturellem und saisonalem Kurzarbeitergeld in die ESF-Förderung einbezogen. Die Befristung dieser Förderung wurde verlängert bis 31. März 2012. Die Höhe der Förderung ist abhängig von der Art der Qualifizierung, der Betriebsgröße und dem förderungsfähigen Personenkreis. Unterschieden wird z. B. zwischen allgemeinen Qualifizierungsmaßnahmen, deren Inhalte über den betrieblichen Arbeitsplatz hinaus verwendbar sind, und spezifischen Qualifizierungsmaßnahmen, deren Inhalte in erster Linie den betrieblichen Arbeitsplatz der Beschäftigten betreffen. Zur Sicherstellung der Qualität werden grundsätzlich nur Maßnahmen gefördert, die nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) zugelassen sind. Maßnahmen im eigenen Betrieb mit eigenem Trainerpersonal können gefördert werden, wenn der Qualifizierungsbedarf in einem Qualifizierungsplan nachvollziehbar begründet wird. Die Antragstellung erfolgt durch den Arbeitgeber. Eine Förderung ist nur im Zeitraum des Bezugs von Kurzarbeitergeld möglich.

- *ESF-Förderung von Qualifizierung während des Bezugs von Transferkurzarbeitergeld*
  Transferkurzarbeitergeld wird bei betrieblichen Restrukturierungsmaßnahmen gewährt, bei denen Arbeitnehmer/-innen ihre versicherungspflichtige Beschäftigung in einer betriebsorganisatorisch eigenständigen Einheit (meist Transfergesellschaft) mit Ziel der Eingliederung in den Arbeitsmarkt fortsetzen (Voraussetzungen in §§ 216a und 216b SGB III).

- *ESF-Förderung von Qualifizierung während konjunkturellen oder Saison-Kurzarbeitergelds*
  Konjunkturelles Kurzarbeitergeld wird gewährt, wenn aus wirtschaftlichen Ursachen in Betrie-

Tabelle B3.1-3: **Zugang zu FbW- und ESF-geförderter Qualifizierung während der Kurzarbeit**

Jahr	insgesamt	Förderung der beruflichen Weiterbildung während Kurzarbeitergeldbezug	ESF-geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit		
			insgesamt	während des Bezugs von Transfer-Kurzarbeitergeld	während des Bezugs von konjunkturellem oder Saison-Kurzarbeitergeld
2009	147.871	24.612	123.259	11.028	112.231
2010	71.595	5.614	65.981	12.914	53.067
2011	9.503	982	8.521	3.632	4.889

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011e: Arbeitsmarkt in Zahlen, Geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit; Bundesagentur für Arbeit 2012k: Förderstatistik, Zugang und Bestand in berufliche Weiterbildung während Kurzarbeit (§ 77 Abs. 2 SGB III) Deutschland 2010 bis 2012 und Zugang und Bestand in ESF-geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit Deutschland 2010 bis 2012, Datenstand November 2012

Tabelle B3.1-4: **Initiative zur Flankierung des Strukturwandels**

	Initiative zur Flankierung des Strukturwandels gesamt			FbW berufliche Weiterbildung mit Abschluss			FbW sonstige berufliche Weiterbildung		
	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich
Zugang									
2010	36.121	21.919	14.202	21.446	12.855	8.591	14.574	9.030	5.544
2011	21.855	12.868	8.987	12.943	7.653	5.290	8.819	5.167	3.652
Jahresdurchschnittsbestand									
2010	14.148	8.639	5.509	9.594	5.916	3.678	4.516	2.710	1.805
2011	27.893	16.138	11.755	22.505	13.266	9.238	5.265	2.824	2.441

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012k: Förderstatistik, Zugang und Bestand in Initiative zur Flankierung des Strukturwandels, Datenstand November 2012

ben die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vorübergehend gekürzt wird (Voraussetzungen in §§ 169 bis 182 SGB III). Mit Saison-Kurzarbeitergeld werden Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe stabilisiert, die durch witterungsbedingten Arbeitsausfall bedroht sind.

Die Eintritte in Qualifizierung während Kurzarbeit sind, wie die Eintritte in Kurzarbeit, im Jahr 2011 weiter stark zurückgegangen → **Tabelle B3.1-3**.

Initiative zur Flankierung des Strukturwandels

Da Geringqualifizierte auch weiterhin schlechtere Arbeitsmarktchancen haben und gleichzeitig ein Fachkräftemangel prognostiziert wird, unterstützt die Bundesagentur für Arbeit seit 2010 mit der „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“ (IFlaS) den in einzelnen Bereichen und Regionen erkennbaren Strukturwandel durch geeignete, auch längerfristige Qualifizierungen. Geringqualifizierten wird im Rahmen von IFlaS ermöglicht, einen anerkannten Berufsabschluss oder eine zertifizierte Teilqualifikation zu erwerben.

Zu diesem Zweck wurden im Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Optimierung der Qualifizierungsangebote für gering qualifizierte Arbeitslose/Teilqualifikationen“ in ausgewählten Berufen Teilqualifikationen entwickelt, die an typischen betrieblichen Abläufen ausgerichtet sind. Diese Teilqualifikationen decken in ihrer Summe das jeweilige Berufsbild ab und ermöglichen somit Geringquali-

fizierten grundsätzlich den Erwerb eines Berufsabschlusses über die Externenprüfung. Die Teilqualifikationen wurden in zehn Arbeitsagenturen unter Beteiligung von Jobcentern im Rahmen beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen erprobt. Die Erprobung wird 2012 fortgesetzt (Bundesagentur für Arbeit 2012).

Im Jahr 2011 entfielen von den 21.855 Zugängen im Programm wie im Vorjahr ca. 60 % auf abschlussorientierte Maßnahmen → **Tabelle B3.1-4**.

Im Rahmen der Programmevaluation erhobene Daten wurden im IAB genutzt, um zu untersuchen, ob Faktoren identifiziert werden können, die den Zugang zum Programm beeinflussen, und welchen Einfluss die individuelle Weiterbildungsbereitschaft dabei hat. Diese Untersuchungen zeigen, „dass eher die ‚Besseren unter den Förderfähigen' in die Maßnahmen gelangen" (Fertig/Osiander 2012, S. 4) und dass „Personen mit größerer Risikoneigung in beruflichen Fragen eher bereit sind, sich weiterzubilden, ebenso Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder Migrationshintergrund" (Osiander 2012, S. 4).

(Katrin Gutschow)

B3.2 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das seit 1996 existierende, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – sog. „Meister-BAföG" – begründet einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen E.

E Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierungen, um durch Höherqualifizierung dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Für die berufliche Fortbildung ist das AFBG ein umfassendes Förderinstrument in grundsätzlich allen Berufsbereichen – unabhängig davon, in welcher Form die Fortbildung durchgeführt wird (Vollzeit/Teilzeit, schulisch/außerschulisch, mediengestützt/Fernunterricht). Über Darlehensteilerlasse hinaus werden Anreize geschaffen, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die Förderung ist an bestimmte persönliche, qualitative und zeitliche Anforderungen geknüpft. Nicht gefördert werden Fortbildungsabschlüsse, die über dem angestrebten Fortbildungsabschluss liegen, wie z. B. ein Hochschulabschluss bzw. Bachelor.

Durch das Erste und das Zweite Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes wurden die Leistungen des AFBG deutlich verbessert (vgl. E im BIBB-Datenreport 2012). Die Förderung beinhaltet den sogenannten Maßnahmebeitrag, der unabhängig vom Einkommen und Vermögen gewährt wird. Bei Vollzeitmaßnahmen kann ein Beitrag zum Lebensunterhalt beantragt werden. Unterhaltsbeiträge sind einkommens- und vermögensabhängig. Für Familien gibt es besondere Förderkonditionen. Die Darlehen zum „Meister-BAföG" werden bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Bonn beantragt und von ihr gewährt. Sie sind während der Fortbildung und während einer Karenzzeit von 2 Jahren – maximal bis zu 6 Jahren – zins- und tilgungsfrei. Ob sie ein Darlehen in Anspruch nehmen wollen, entscheiden die Geförderten selbst. Die Förderungshöchstdauer bei Vollzeitmaßnahmen liegt bei 24,

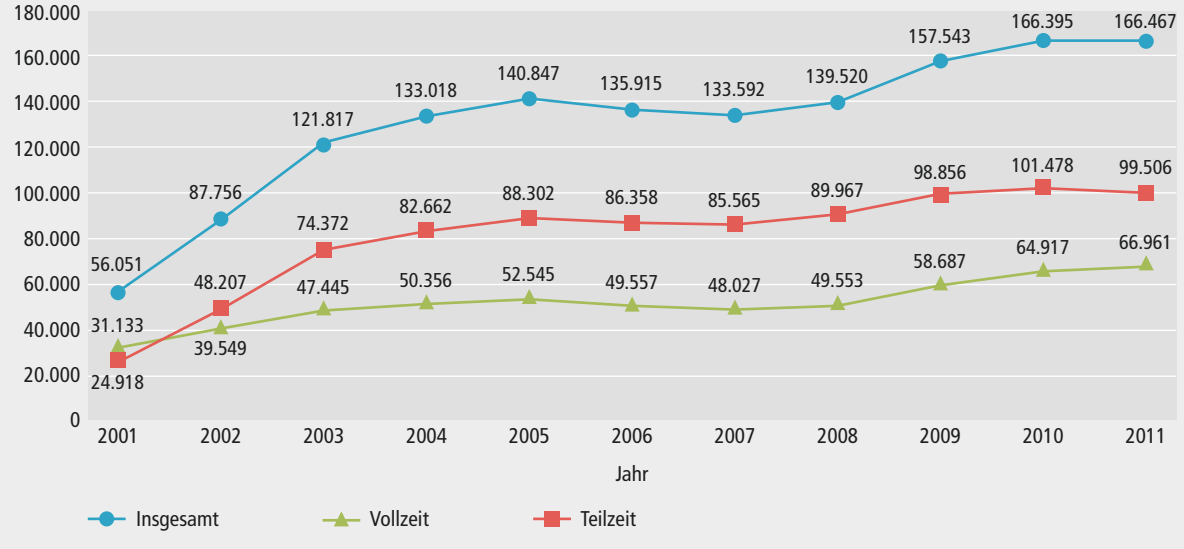
bei Teilzeitmaßnahmen bei 48 Monaten. Gliedert sich der Kurs oder Lehrgang in mehrere Teile (Maßnahmenabschnitte), müssen diese innerhalb eines bestimmten Zeitraums absolviert werden (bei Vollzeit innerhalb von 36 Monaten, bei Teilzeit innerhalb von 48 Monaten). Für weitere Informationen siehe **http://www.meister-bafoeg.info/**.

Nach der im August 2011 erschienenen AFBG-Statistik (Statistisches Bundesamt 2012a) betrug die Zahl der Geförderten im Jahr 2011 166.467 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr ist nur eine geringfügige Veränderung festzustellen. Eine Vollzeitmaßnahme absolvierten 66.961 (40,2 %), eine Teilzeitmaßnahme 99.506 (59,8 %) Personen → **Schaubild B3.2-1**. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Veränderungsrate bei den geförderten Personen in Vollzeit +3,1 %, in Teilzeit -1,9 %.

Der Frauenanteil an den insgesamt geförderten Personen lag bei 31,6 % (52.634) → **Schaubild B3.2-2**. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 1,5 %. Bei den Vollzeitmaßnahmen waren 26,8 % weiblich, ein leichter Anstieg von 1,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Frauenanteil in Teilzeitmaßnahmen lag bei 34,9 %. Wie in den Jahren zuvor lag der Hauptanteil der Geförderten im Alter von 20 bis unter 35 Jahren (82,6 %). Den größten Anteil der Teilnehmenden unter den Geförderten stellten die 25- bis unter 30-Jährigen (34 %), gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen (33 %). Die Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen (15,2 %) lag an dritter Stelle, gefolgt von den 35- bis unter 40-Jährigen (7,7 %). Differenziert man bei der Gruppe der insgesamt Geförderten nach Frauen und Männern, war bei den Frauen die Gruppe der Teilnehmenden von 20 bis unter 25 Jahren wiederum an erster Stelle, bei den Männern die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen. Bei den insgesamt Geförderten in Vollzeit war die stärkste Gruppe zwischen 20 und unter 25 Jahren, gefolgt von den 25- bis unter 30-Jährigen. In Teilzeitfortbildungen waren wie im Vorjahr die 25- bis unter 30-Jährigen an erster Stelle, gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen.

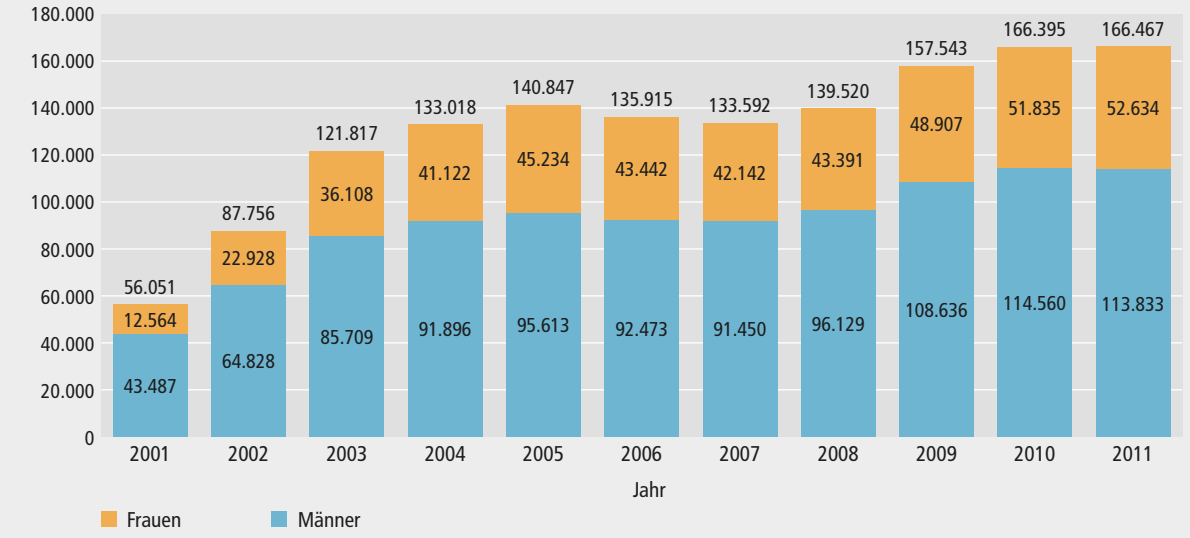
Die Förderungen im Bereich Industrie und Handel nahmen mit 83.925 (50,4 %) wie in den Vorjahren die Spitzenposition ein, gefolgt vom Handwerksbereich mit 48.488 Förderbewilligungen (29,1 %).

Schaubild B3.2-1: **Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2011**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 8

Schaubild B3.2-2: **Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2001 bis 2011**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 8

An Förderleistungen wurden im Jahr 2011 insgesamt 538,97 Mio. € bewilligt[278] (Statistisches Bundesamt 2012b). Darin enthalten sind Zuschüsse in Höhe von 173,86 Mio. € und Darlehen in Höhe von 365,11 Mio. €. Die Veränderungsrate beim finanziellen Aufwand insgesamt gegenüber dem Vorjahr betrug +3,9 %. In Anspruch genommen wurden von 155.357 Förderungswilligen insgesamt 455,73 Mio. € (Zuschüsse 173.864 Mio. €, Darlehensanteil 281.867 Mio. €). Der bewilligte durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag pro Person im Jahr 2011 lag bei 1.161 €.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bewilligte im Jahr 2012 im Rahmen des AFBG 56.473 Darlehen (2011: 56.332). Das Fördervolumen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr von 268,7 Mio. € auf 267 Mio. €. Die Ausgaben nach § 28 AFBG, einschließlich der Erstattung an die KfW nach § 14 Abs. 2, übernehmen der Bund zu 78 % und die Länder zu 22 %. Der Bundesanteil am AFBG wird vollständig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen.

(Brigitte Seyfried)

278 Alle Zahlen gerundet.

B3.3 Programm Weiterbildungsstipendium und Aufstiegsstipendium – Studieren mit Berufserfahrung

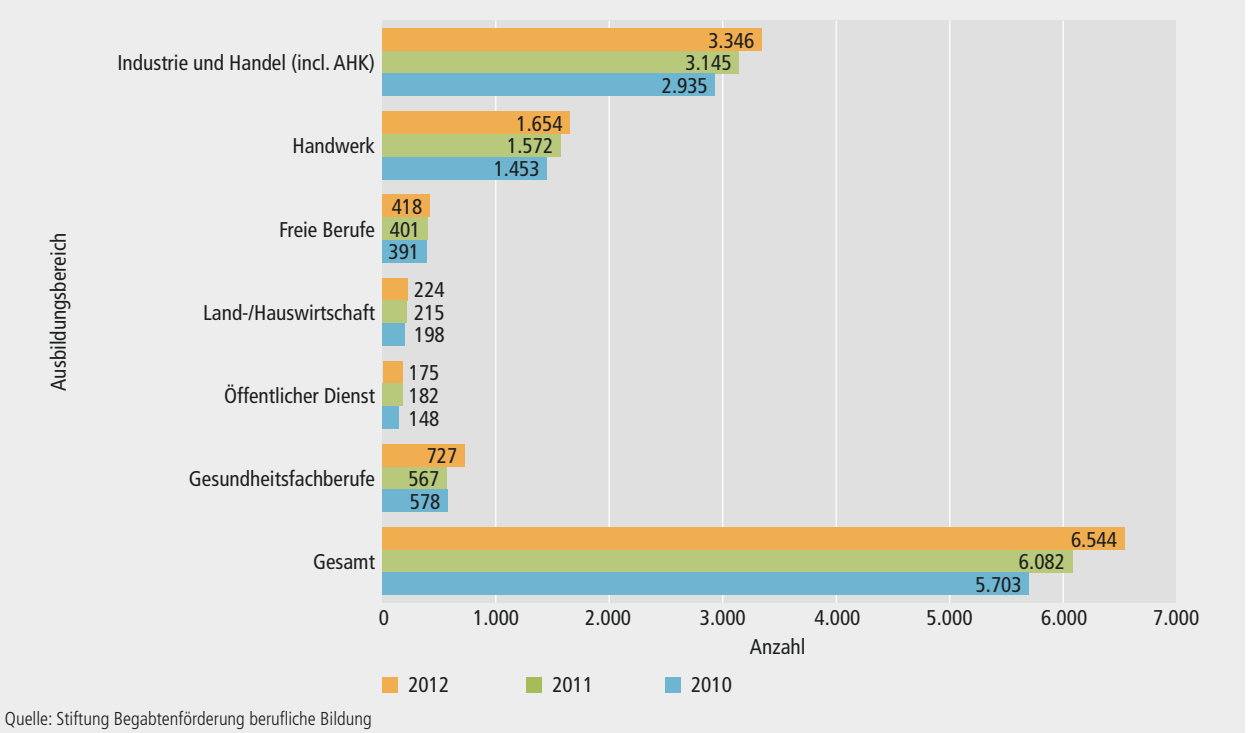
B3.3.1 Programm Weiterbildungsstipendium

Das Programm Weiterbildungsstipendium des BMBF unterstützt talentierte Berufseinsteiger/-innen bei der weiteren Qualifizierung im Anschluss an eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung. Das Stipendium fördert fachliche Weiterbildungen, zum Beispiel zur Technikerin/zum Techniker, zur Handwerksmeisterin/zum Handwerksmeister oder zur Fachwirtin/zum Fachwirt, aber auch fachübergreifende Weiterbildungen, wie EDV-Kurse oder Intensivsprachkurse, sowie berufsbegleitende Studiengänge. Gefördert werden Maßnahme-, Fahrt- und Aufenthaltskosten, zudem die Aufwendungen für notwendige Arbeitsmittel. Stipendiatinnen und Stipendiaten können Zuschüsse von insgesamt 6.000 € für beliebig viele förderfähige Weiterbildungen innerhalb des 3-jährigen Förderzeitraums beantragen. Die Stipendiatin/Der Stipendiat trägt einen Eigenanteil in Höhe von 10 % der förderfähigen Kosten pro Maßnahme.
Das Programm „Begabtenförderung berufliche Bildung“ startete im Jahr 1991 mit der Aufnahme von 1.713 dual ausgebildeten, besonders leistungsfähigen jungen Berufstätigen durch 192 für die Berufsbildung zuständige Stellen. Diesen Stipendiatinnen und Stipendiaten der ersten Stunde standen anfänglich Fördermittel in Höhe von (umgerechnet) 5 Mio. € für ihre berufliche und persönliche Weiterbildung bereit.

Im Jahr 2012 wurde bereits das 100.000ste Weiterbildungsstipendium vergeben. Das Mittelvolumen betrug rund 20 Mio. €. Mehr als 6.500 Stipendiatinnen und Stipendiaten wurden von knapp 300 Kammern und anderen zuständigen Stellen neu in das Förderprogramm aufgenommen → **Schaubild B3.3.1-1**.

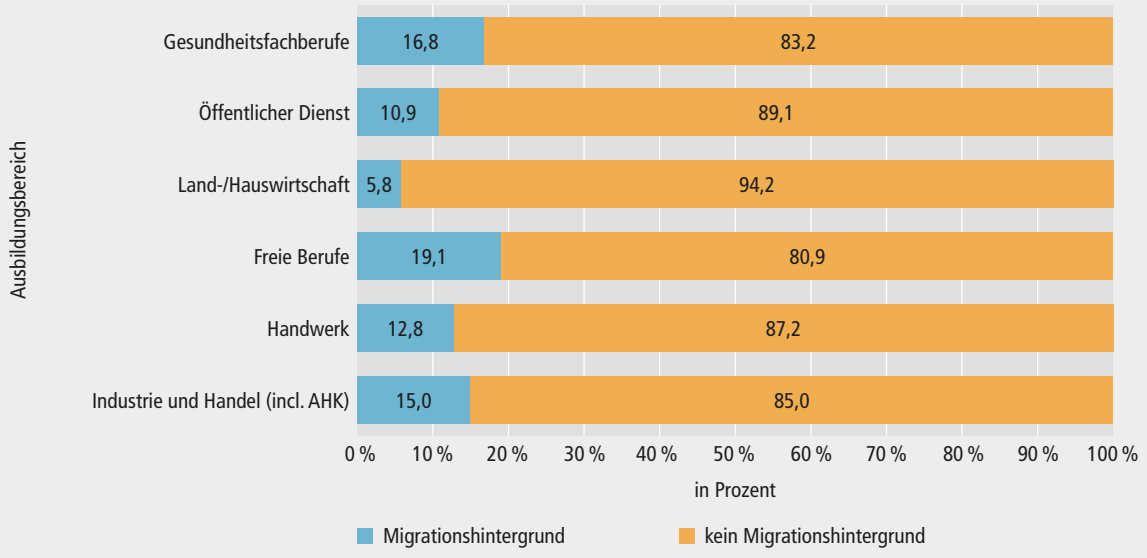
Die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen/Kammern führen das Förderprogramm weitgehend eigenverantwortlich und ohne Kostenersatz vor Ort durch. Vom BMBF mit der zentralen Administra-

Schaubild B3.3.1-1: **Aufnahmen nach Ausbildungsbereich (Aufnahmejahre 2010 bis 2012)**



Quelle: Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung

Schaubild B3.3.1-2: **Migrationshintergrund der Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Ausbildungsbereichen (Aufnahmejahrgang 2012)**



Quelle: Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung

tion des Programms beauftragt ist die SBB – Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Deutsche Handwerkskammertag (DHKT) und der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) unterstützen als Gesellschafter der SBB das Programm.

Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm Weiterbildungsstipendium ist eine überdurchschnittliche berufliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Diese kann nachgewiesen werden durch ein sehr gutes Ergebnis der Berufsabschlussprüfung oder durch eine besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder durch einen begründeten Vorschlag des Arbeitgebers oder der Berufsschule.

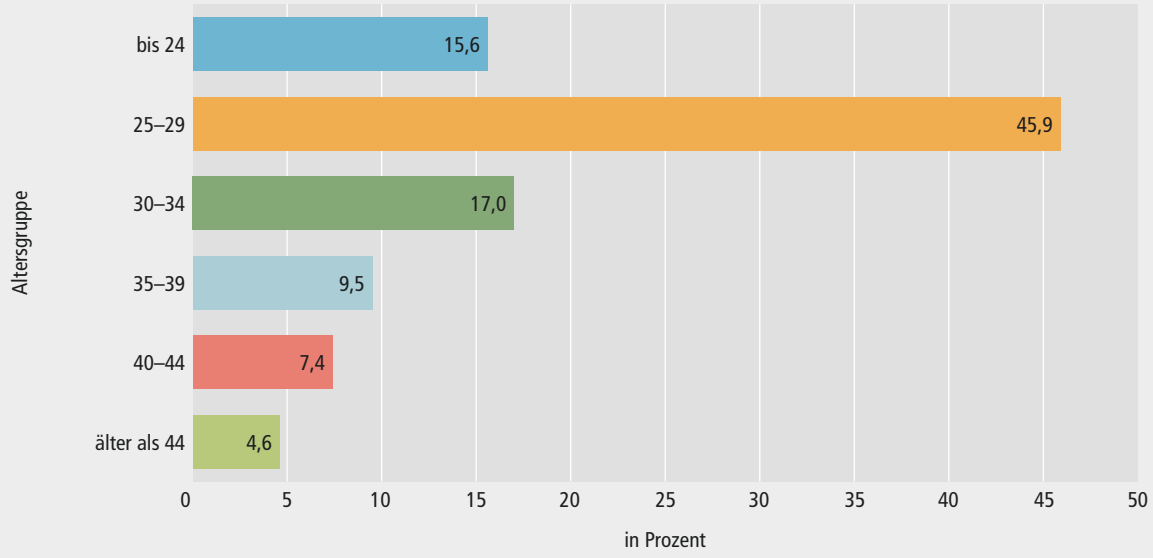
Im Jahr 2012 wurden insgesamt 946 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Migrationshintergrund in das Förderprogramm aufgenommen, das entspricht einem Anteil von 14,5 %. Im Vergleich dazu waren es im Jahr 2006 noch 5,8 % → **Schaubild B3.3.1-2**.

(Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung, Bundesministerium für Bildung und Forschung)

B3.3.2 Programm Aufstiegsstipendium

Das BMBF-Förderprogramm „Aufstiegsstipendium“ schafft Studienanreize für Berufserfahrene ohne und mit schulischer Hochschulzugangsberechtigung. Als einziges Begabtenförderprogramm unterstützt es sowohl berufsbegleitend Studierende als auch Vollzeitstudierende für die Dauer ihres Studiums (Regelstudienzeit). Vollzeitstudierende erhalten monatliche Zuschüsse i. H. v. 670 € zuzüglich 80 € Büchergeld und ggf. eine Betreuungspauschale für eigene Kinder. Für einen berufsbegleitenden Studiengang werden 2.000 € pro Jahr zur Verfügung gestellt. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten die Förderung ausschließlich für ein erstes Studium an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen. Besonders erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums wird die Weiterförderung für einen Masterabschluss angeboten. Vollzeitstudierende können für die Dauer von maximal einem Studienjahr das Studium an einer ausländischen Hochschule fortsetzen. Hierfür wird zusätzlich zur Grundförderung eine monatliche Pauschale von 200 € gewährt.

Schaubild B3.3.2-1: **Alter der Stipendiatinnen und Stipendiaten bei der Aufnahme in das Förderprogramm Aufstiegsstipendium**



Quelle: Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung

Mit der Durchführung des Programms ist die SBB – Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung beauftragt. Das Aufstiegsstipendium startete im Jahr 2008. Seitdem wurden 4.935 Stipendiatinnen und Stipendiaten – im Durchschnitt der letzten 4 Jahre knapp 1.100 Personen pro Jahr – aufgenommen. Ende 2012 hatten 701 Geförderte das Studium erfolgreich beendet.

Förderberechtigt sind besonders leistungsfähige Berufstätige, die eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Aufstiegsfortbildung, Berufserfahrung von mindestens 2 Jahren und noch keinen Hochschulabschluss haben. Bereits Studierende müssen sich spätestens vor dem Ende des zweiten Studiensemesters bewerben. Die besondere Leistungsfähigkeit in Ausbildung und Beruf kann durch die Note der Berufsabschlussprüfung oder durch die besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder durch einen begründeten Vorschlag des Arbeitgebers nachgewiesen werden. Immerhin reicht etwa jeder/jede fünfte Bewerber/-in einen solchen Arbeitgebervorschlag ein.

Die studierwilligen beruflichen Talente bewerben sich selbst und durchlaufen ein dreistufiges Auswahlverfahren. Die ersten beiden Auswahlstufen werden online am PC absolviert, in der letzten Stufe führen sie ein strukturiertes Auswahlgespräch mit Jurorinnen und Juroren aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Altersstruktur der 4.935 aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten belegt, dass das bildungspolitische Ziel des Förderprogramms, auch langjährig Berufstätigen ein Erststudium zu ermöglichen, erreicht wird. 38,5 % der Geförderten sind zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Förderprogramm 30 Jahre oder älter. Beim Start in das Studium sind die Geförderten mit 29,1 Jahren im Durchschnitt 5 Jahre älter als die „traditionell Studierenden“ mit 24,1 Jahren (Isserstedt u. a. 2010) → **Schaubild B3.3.2-1**.

(Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung, Bundesministerium für Bildung und Forschung)

B3.4 Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Berufsabschlüsse können nachträglich im Rahmen einer Umschulung nach §§ 58 ff. BBiG, § 42e bis 42i HwO oder über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 Abs. 2 HwO (Externenprüfung) erworben werden. Mit **Umschulungen** werden Erwerbstätige, die ihre bisherige Tätigkeit aufgeben müssen oder wollen, auf eine neue berufliche Tätigkeit vorbereitet. Geförderte Umschulungen sind im Vergleich zur Regelausbildung im Allgemeinen um mindestens ein Drittel der Ausbildungszeit gekürzt (**vgl. Kapitel B4.4**). Mit der sogenannten **Externenprüfung** können Personen für einen Beruf, in dem sie tätig sind, ein anerkanntes Zertifikat erwerben. Die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung kann auf unterschiedliche Art erfolgen: Die benötigten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten können parallel zur Berufstätigkeit autodidaktisch angeeignet werden oder im Rahmen betrieblicher Weiterbildungsangebote oder in speziellen Kursen erworben werden. Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Externenprüfung werden von der Bundesagentur für Arbeit in der Regel in einem zeitlichen Umfang von 6 Monaten gefördert.

Weil eine große Anzahl junger Erwachsener noch keine abgeschlossene Berufsausbildung hat (**vgl. Kapitel A9.3**) und die Einmündungs- und Erfolgsaussichten bei – gegenüber der der normalen Ausbildungszeit verkürzten – Umschulungen gering sind, wurde Mitte der 1990er-Jahre das Konzept der abschlussorientierten **Nachqualifizierung** entwickelt. Darunter werden Weiterbildungsmaßnahmen verstanden, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses vorbereiten und die sich insbesondere an Personen richten, deren berufliche Integration durch das Fehlen beruflicher Qualifikationen erschwert ist. Im Rahmen der abschlussorientierten Nachqualifizierung werden – wie in einer dualen Ausbildung – Arbeiten und Lernen verknüpft. Durch den modularen Aufbau können erworbene Kompetenzen, z. B. aus Arbeitserfahrungen, absolvierten Qualifizierungen des sogenannten Übergangssystems oder abgebrochenen Ausbildungen, berücksichtigt werden. Die Ausbildungsdauer orientiert sich an der regulären Dauer von dualen Ausbildungsgängen. Ein Berufsabschluss kann über die sogenannte Externenprüfung erreicht werden. Nachqualifizierung, die diesem Konzept folgt, ist bisher kein Regelangebot.

Die Datenlage E zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses ist sowohl heterogen als auch unvollständig. Aktuelle Informationen zu Teilnehmenden bzw. Interessenten an der Externenprüfung liegen aus dem BIBB-Forschungsprojekt „Anerkennung beruflicher Kompetenzen am Beispiel der Zulassung zur Abschlussprüfung im Rahmen der Externenregelung“ vor.[279]

E Datenlage zu abschlussorientierten Nachqualifizierungen

Abschlussorientierte Nachqualifizierungen stellen eine nicht präzise zu quantifizierende Teilmenge der Teilnehmenden an der Externenprüfung (zzgl. Berufe nach landesrechtlichen Regelungen) und der Förderzahlen abschlussorientierter Maßnahmen der BA dar:

Die Berufsbildungsstatistik erfasst die jährliche Anzahl der externen Teilnehmenden an Abschlussprüfungen in nach BBiG geordneten Berufen (**vgl. Kapitel A4.8**). Hierbei wird danach unterschieden, ob die Zulassung aufgrund einschlägiger berufspraktischer Erfahrung oder aufgrund eines einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgangs erfolgte. Daten über die Anzahl der Nachqualifizierungen liegen nicht vor.

Die Teilnahmestatistik der Bundesagentur für Arbeit (**vgl. Kapitel B3.1**) weist Zugänge und Jahresdurchschnittsbestände für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss eines anerkannten Ausbildungsberufes aus. Darin sind Umschulungen, Vorbereitungen auf die Externenprüfung und abschlussbezogene Nachqualifizierungen zusammengefasst. Diese Daten liegen nach Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Rechtskreis differenziert vor.

Ansätze zur Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Zurzeit werden abschlussorientierte Qualifizierungen auf Bundesebene in folgenden Programmen angesprochen:

279 Abschlussbericht des Projekts unter **https://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_43301.pdf**.

- Das von BMBF mit der Laufzeit 2008 bis 2013 aufgelegte Programm **„Perspektive Berufsabschluss“** zielt in der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ darauf, nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung zu schaffen und damit zur Verringerung des Anteils an- und ungelernter junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung beizutragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren Konzepte für bedarfsgerechte Nachqualifizierung regional angepasst implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt und Beratungs- und Unterstützungsstrukturen aufgebaut.[280]
- Ziel des ebenfalls vom BMBF geförderten Programms **JOBSTARTER CONNECT** ist eine frühzeitige Integration junger Menschen in die duale Berufsausbildung mittels bundeseinheitlicher Ausbildungsbausteine.[281] Der Fokus des Programms liegt auf den Teilsystemen der beruflichen Bildung im Übergang zwischen Schule und Beruf. Mit bundeseinheitlichen Ausbildungsbausteinen sollen die unterschiedlichen Möglichkeiten des „Übergangssystems“ stärker auf die duale Berufsausbildung ausgerichtet werden. Einer der 4 Anwendungsbereiche zur Erprobung der Ausbildungsbausteine ist die Nachqualifizierung.
- Für gering qualifizierte Beschäftigte können Maßnahmen, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses zielen, aus dem BA-Sonderprogramm **WeGebAU** (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen) finanziert werden. Des Weiteren fördert die Bundesagentur für Arbeit den Erwerb von anerkannten Berufsabschlüssen bzw. Teilqualifikationen im Rahmen der Initiative zur Flankierung des Strukturwandels (**vgl. Kapitel B3.1**).

(Katrin Gutschow)

280 Für weitere Informationen siehe: **http://www.perspektive-berufsabschluss.de/de/105.php**.

281 Für weitere Informationen siehe: **http://www.jobstarter.de/de/1208.php**.

B3.5 Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung

→ **Tabelle B3.5-1** dokumentiert die Ausgaben aus öffentlichen Haushalten für Weiterbildung von 2001 bis 2012. Der größte Teil der Aufwendungen steht in Zusammenhang mit der beruflichen Weiterbildung. Teilweise sind aber auch Ausgaben für allgemeine, politische, kulturelle und wissenschaftliche Weiterbildung erfasst, da diese nicht immer eindeutig von den Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung getrennt werden können.

Der Bund beteiligt sich an der Weiterbildungsfinanzierung durch die Förderprogramme verschiedener Ministerien. Die Ausgaben für diese Programme werden in den Haushalten zu Titeln zusammengefasst. Gemäß Funktionenplan nach § 14 Bundeshaushaltsordnung (BHO) kennzeichnen die Funktionskennziffern (FKZ) 152, 153 und 155 die Titel, welche in der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (StBA) dem Bereich Weiterbildungsförderung zugerechnet werden. Einige dieser Titel stehen allerdings schwerpunktmäßig in Zusammenhang mit dem allgemeinen oder tertiären Bildungswesen bzw. enthalten auch Ausgaben für Programme, die einen stärkeren Bezug zur Förderung der beruflichen Ausbildung aufweisen (**vgl. Kapitel A8.2**). Umgekehrt gibt es Titel, die laut Funktionskennziffer eigentlich nicht den Weiterbildungsausgaben zugeordnet sind, aber dennoch eindeutig der Weiterbildungsförderung dienen. Dies betrifft etwa die „Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und die Leistungen für Menschen mit Behinderung sowie für die speziellen Maßnahmen für Jüngere des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) im Bereich des SGB II. Daher greift → **Tabelle B3.5-1** nicht auf die Jahresrechnungsstatistik zurück, sondern weist jene Haushaltstitel aus, die verursachungsgerecht der Weiterbildung zuzurechnen sind. Haushaltstitel des Bundes, die in bedeutendem Umfang auch Ausbildungsausgaben enthalten, sind durch ein Kreuz am Ende der Zeile gekennzeichnet. Das Gleiche gilt für die übrigen Tabellenpositionen.

Ähnlich wie der Bund sind auch die Länder durch Programme verschiedener Ministerien an der Wei-

terbildungsförderung beteiligt. Die beschriebene Abgrenzungsproblematik besteht auch hier. Angesichts der Vielzahl an Länderhaushalten ist es aber praktisch kaum möglich, alle Haushaltstitel zu identifizieren, welche tatsächlich den Weiterbildungsausgaben hinzugerechnet werden sollten. Aus diesem Grund wird auf die Jahresrechnungsstatistik des StBA zurückgegriffen. Sie weist für sonstige Weiterbildungszwecke (FKZ 153) einen geplanten Beitrag der Länder in Höhe von 293 Mio. € im Jahr 2012 aus. Förderprogramme sind dort – wie zuvor beschrieben – aber nur dann enthalten, wenn sie per Funktionskennziffer explizit dem Bereich Weiterbildung des Funktionenplans zugeordnet sind. Viele Programme mit Weiterbildungsbezug zählen beispielsweise zum Bereich Arbeitsmarktpolitik, weswegen der tatsächliche Beitrag der Länder zur Weiterbildungsförderung durch die Jahresrechnungsstatistik vermutlich unterschätzt wird. Zudem wird die Teilnahmeförderung explizit nicht unter Funktion 153 subsumiert. Eine BIBB-Erhebung zur Höhe der Fördermittel in Weiterbildungsprogrammen kommt zu dem Ergebnis, dass die (geplanten) Ausgaben der Länder im Jahr 2010 größenordnungsmäßig im Bereich von 0,5 Mrd. € lagen. Hierbei handelt es sich allerdings um eine sehr grobe Schätzung, die mit erheblichen Unsicherheiten belastet ist (vgl. Müller/Koscheck 2011); für die Folgejahre liegen keine Informationen vor. Über die Größe der Schnittmenge zwischen dem in der Jahresrechnungsstatistik ausgewiesenen Betrag für Weiterbildungsausgaben und der BIBB-Schätzung des Programmvolumens ist keine Aussage möglich.

Weiterhin finanzieren die Länder – teilweise gemeinsam mit Gemeinden und Zweckverbänden – die Volkshochschulen (VHS) und Einrichtungen der Lehrerfortbildung. Die entsprechenden Ausgaben können ebenfalls der Jahresrechnungsstatistik entnommen werden. Da die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist bei der Nutzung der Jahresrechnungsstatistik das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand – wie etwa Teilnehmergebühren bei VHS-Kursen – verrechnet. Die Ausgaben für VHS sind jedoch anhand der Jahresrechnungsstatistik nicht nach beruflicher und nicht beruflicher Weiterbildung differenzierbar. Näherungsweise wurde daher der Anteil des VHS-Programmbereichs „Arbeit – Beruf“ aus den Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für VHS sowie dem Anteil des Programmbereichs am Gesamtvolumen der unterrichteten Stunden geschätzt. Es sei aber darauf hingewiesen, dass auch die anderen Programmbereiche „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, „Gesundheit“, „Sprachen“ und „Grundbildung – Schulabschlüsse“ in weiten Teilen berufsrelevante Qualifikationen vermitteln.

Darüber hinaus sind die Länder an der Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung beteiligt (**vgl. Kapitel B3.1**). Ihr Anteil ist gesetzlich auf 22 % festgelegt und kann aus den Angaben im Haushalt des BMBF berechnet werden, welches den gesamten Bundesanteil von 78 % trägt. Der BMBF-Haushaltstitel verrechnet die Rückzahlung von Darlehen aus vergangenen Perioden mit den in der jeweiligen Periode an Geförderte ausgezahlten Mitteln. Daher gibt er keinen Aufschluss über die tatsächliche Höhe der Förderung in der jeweiligen Periode (siehe hierzu Fachserie 11, Reihe 8 des Statistischen Bundesamtes). Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht allerdings ohnehin die Belastung der öffentlichen Haushalte. Nicht zu vergessen ist auch der Länderbeitrag zu den Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für Schüler/-innen in Fachschulklassen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Diese Förderung wird zu 100 % als Zuschuss gewährt und gemeinsam von Bund und Ländern getragen.

Schließlich finanzieren die Länder Fachschulen und Hochschulen. Die Ausgaben der Hochschulen für Weiterbildungszwecke sind allerdings bei den in → **Tabelle B3.5-1** aufgeführten Länderausgaben nicht berücksichtigt. Eine vom BMBF geförderte Studie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen kommt zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Kosten durch Teilnahmeentgelte gedeckt wird (vgl. Hanft/Knust 2007).

Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) auf Basis des SGB III durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) (**vgl. Kapitel B3.1**) zählen im Wesentlichen die Kosten der Weiterbildung, Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung sowie Zuschüsse

Tabelle B3.5-1: **Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung (Teil 1)**

	2001	2006	2009[14]	2010	2011	2012	Aus-bildung[15]
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
BMBF[1]							
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,007	0,010	0,011	0,012	X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,044	0,050	0,101	0,068	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,029	0,030	0,028	0,035	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,015	0,024	0,035	0,039	0,045	X
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)[2]	0,045	0,122	0,140	0,149	0,170	0,187	
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	k.A.	0,036	0,039	0,048	0,060	0,041	
BAföG für Schüler in Fachschulklassen mit abgeschlossener BB[3]	0,053	0,069	0,084	0,080	0,083	k.A.	
BMWi[1]							
Berufliche Bildung für den Mittelstand – Fortbildungseinrichtungen[4]	0,027	0,023	0,026	0,024	0,024	0,029	
BMAS[5]							
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II[5]							X
• Zuschüsse zu den Kosten beruflicher Weiterbildung für behinderte Menschen	k.A.	0,022	0,027	0,026	0,023	0,019	
• Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,082	0,084	0,076	0,065	
Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB II[5]	k.A.	k.A.	0,802	0,827	0,645	0,572	X
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung ungelernter und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer (AEZ-WB)	k.A.	k.A.	0,001	0,001	0,001	0,000	X
Länder[6]							
Fachschulen[7]	k.A.	0,510	0,565	0,640	0,697	0,725	X
BAföG für Schüler in Fachschulklassen mit abgeschlossener BB[3]	0,029	0,037	0,045	0,043	0,045	k.A.	
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)[2]	0,013	0,034	0,039	0,051	0,048	0,053	
Volkshochschulen (FKZ 152)	0,176	0,139	0,140	0,144	0,149	0,153	
davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf"[8]	0,038	0,022	0,021	0,021	0,011	k.A.	
Sonstige Weiterbildung (FKZ 153)[9]	0,432	0,275	0,255	0,271	0,293	0,293	X
Einrichtungen der Lehrerfortbildung (FKZ 155)	0,130	0,097	0,082	0,091	0,102	0,124	
Weiterbildungsprogramme der Länder[9]	k.A.	k.A.	k.A.	ca. 0.5	k.A.	k.A.	
Gemeinden und Zweckverbände[6]							
Volkshochschulen (FKZ 152)	0,229	0,213	0,217	0,196	0,198	0,200	
davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf"[8]	0,050	0,033	0,032	0,029	0,014	k.A.	
Sonstige Weiterbildung (FKZ 153)[9]	0,053	0,046	0,053	0,062	0,063	0,064	X

Tabelle B3.5-1: **Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung (Teil 2)**

	2001	2006	2009[14]	2010	2011	2012	Aus-bildung[15]
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
Bundesagentur für Arbeit[5]							
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte							
• für Weiterbildungsmaßnahmen	k.A.	0,272	0,169	0,179	0,179	0,179	
• nicht auf berufliche Erstausbildung oder Weiterbildung aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,892	1,871	1,806	1,747	X
Berufliche Weiterbildung[10]	k.A.	0,527	1,262	0,958	0,824	0,674	
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung[11]	k.A.	0,714	1,136	0,962	0,877	0,771	
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	k.A.	0,014	0,182	0,106	0,073	0,066	
Förderung von Jugendwohnheimen[12]	0,044	0,004	–	–	–	–	X
Aus Mitteln des ESF mitfinanzierte ergänzende Qualifizierungsangebote bei Bezug von Kurzarbeitergeld, Saison-Kurzarbeitergeld oder Transfer-Kurzarbeitergeld[13]	–	–	0,036	0,043	0,011	0,004	

[1] Ist-Werte für 2001, 2006 und 2009 bis 2011 gemäß Haushaltsrechnungen des Bundes. Haushaltsansätze für 2012.
[2] Die ausgewiesenen Werte geben keinen Aufschluss über die in der jeweiligen Periode tatsächlich an Geförderte ausgezahlten Mittel, vgl. Anmerkung im Text.
[3] Förderung für Schüler in Fachschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Ist-Werte für alle angegebenen Kalenderjahre gemäß BAföG-Statistik des Statistischen Bundesamtes. Die Angaben wurden zu 65 % dem Bund und zu 35 % den Ländern zugerechnet. Bis zum Datenreport 2012 nicht berücksichtigt.
[4] Bis zum Jahr 2011 wurden diese Ausgaben unter dem Haushaltstitel „Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen" geführt. Erfasst ist die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten mit Schwerpunktsetzung auf Fort- und Weiterbildungsaktivitäten.
[5] Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.
[6] Ist-Werte für 2001, 2006 und 2009 bis 2010. Vorläufige Ist-Werte für 2011, Haushaltsansätze für 2012.
[7] Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006 und 2009 bis 2011: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2012: Schülerzahlen des Schuljahres 2011/2012 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Ab dem Datenreport 2011 wurde das Ausgabenkonzept von Nettoausgaben auf Grundmittel umgestellt. Da dies auch rückwirkend für die Jahre ab 2007 geschah, unterscheiden sich die Angaben für die Jahre 2007 bis 2010 leicht von den Angaben in früheren Ausgaben des Datenreports.
[8] Geschätzt auf Grundlage des Anteils des Programmbereichs „Arbeit – Beruf" am Gesamtvolumen der Unterrichtsstunden (2006: 15,7 %, 2007: 15,5 %, 2008: 14,9 %, 2009: 14,9 %, 2010: 15,0 %, 2011: 7,3 %).
[9] Die Funktion 153 fasst die ehemaligen Funktionen 151 (Förderung der Weiterbildung) und 153 (Andere Einrichtungen der Weiterbildung) zusammen. Der in der Jahresrechnungsstatistik unter Funktion 153 geführte Betrag weist unter Umständen eine in ihrer Höhe unbekannte Schnittmenge mit der BIBB-Schätzung des Mittelvolumens in Weiterbildungsprogrammen der Länder auf, vgl. Anmerkungen im Text.
[10] Entspricht der Position „Weiterbildungskosten" im Datenreport 2012. Enthalten sind Teile des Integrationsfortschrittsprogramms sowie das Sonderprogramm WeGebAU.
[11] Siehe Anmerkungen im Text.
[12] Die institutionelle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurde 2009 abgeschafft. Seit April 2012 können jedoch wieder Leistungen für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen erbracht werden.
[13] Gefördert werden gering qualifizierte Arbeitnehmer, die keine berufliche Ausbildung vorweisen können oder seit mindestens 4 Jahren anstatt der gelernten Tätigkeit einer anderen an- oder ungelernten Tätigkeit nachgehen.
[14] Für Angaben zu den Jahren 2007 und 2008 siehe Datenreport 2012.
[15] Positionen, die in signifikantem Umfang auch Ausgaben für die berufliche Erstausbildung enthalten, sind mit einem Kreuz gekennzeichnet.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung des Bundes
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
Bundesagentur für Arbeit, Quartalsbericht
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Volkshochschulstatistik
Auskünfte des Statistischen Bundesamtes (Dezember 2012) und der Bundesagentur für Arbeit (Februar 2013)

zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung. Arbeitslosengeld wird nach Auskunft der BA als „Arbeitslosengeld bei Weiterbildung“ ausgewiesen, sobald es während der Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme gewährt wird. In der Regel besteht aber ohnehin ein Anspruch auf Arbeitslosengeld aufgrund von Arbeitslosigkeit, sodass die Ausgaben genau genommen nicht in voller Höhe als Bildungsausgaben interpretiert werden dürfen. Da sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld wegen Arbeitslosigkeit bei Teilnahme an einer Weiterbildung um die Hälfte der Weiterbildungsdauer erhöht, dürfte der den Bildungsausgaben zuzurechnende Anteil aber bei mindestens 50 % liegen.

Gesondert zu berücksichtigen sind gegebenenfalls die Leistungen der BA für Menschen mit Behinderung. Der größte Teil dieser Leistungen kann jedoch laut Angaben der BA nicht eindeutig der Erstausbildung oder Weiterbildung zugeordnet werden. Zudem ist – wie auch beim Arbeitslosengeld – zu hinterfragen, ob es sachgerecht ist, die Ausgaben ihrem Zweck nach in voller Höhe als Bildungsausgaben zu interpretieren.

Aufgrund einer Verschlechterung der arbeitsmarktpolitischen Handlungsspielräume sind die Ausgaben der BA seit 2001 stark zurückgegangen. Nach leicht steigender Tendenz zwischen 2006 und 2009 haben sie sich bis 2012 wieder reduziert, was aber vor allem dem demografischen Wandel und der zurückgegangenen Arbeitslosigkeit geschuldet sein dürfte. Im Zuge der am 1. April 2012 in Kraft getretenen Instrumentenreform wurden allerdings die Voraussetzungen zur Förderung einer beruflichen Weiterbildung – wenn auch zeitlich befristet – leicht erweitert (vgl. Pressemitteilung 030/2012 der BA zur Instrumentenreform).

Neben der Aus- und Weiterbildungsförderung auf Basis des SGB III ist die BA auch für die Durchführung der durch das BMAS finanzierten Maßnahmen auf Basis des SGB II zuständig. Das Kriterium für die Förderung nach SGB II ist eine Phase der Arbeitslosigkeit, die länger als ein Jahr andauert; deshalb finden sich im Rechtskreis SGB III ähnliche berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung und Jüngere wie im Rechtskreis SGB II.

Die von Bundesministerien, BA und Ländern bereitgestellten Mittel werden in einigen Fällen durch EU-Mittel ergänzt. Die entsprechenden Programme werden durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Je nach Zielgebiet liegt der Kofinanzierungssatz bei bis zu 50 % oder 75 %. In der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen insgesamt ca. 9,4 Mrd. € für Bund und Länder zur Verfügung. Allerdings ist laut ESF derzeit keine Auskunft darüber möglich, in welcher Höhe in den einzelnen Jahren tatsächlich Ausgaben für die berufliche Aus- und Weiterbildung aus ESF-Mitteln getätigt wurden. Die unter Prioritätsachse B der Programmstruktur zu subsumierenden Ausgaben dienen fast vollständig der Weiterbildung.[282] Über die gesamte Förderperiode stehen Bund und Ländern hierfür insgesamt 2,84 Mrd. € zur Verfügung. Aber auch die übrigen Prioritätsachsen können Ausgaben mit Bezug zur beruflichen Aus- und Weiterbildung enthalten, sodass sich die jährlich der Aus- und Weiterbildung zugutekommenden ESF-Mittel größenordnungsmäßig zwischen 0,5 und 1 Mrd. € bewegen dürften. Die ESF-Mittel für Weiterbildung sind aber nicht gesondert in → **Tabelle B3.5-1** berücksichtigt, da sie zumindest teilweise bereits in den dort aufgeführten Haushaltstiteln der Ministerien berücksichtigt sind. Denn nicht alle Ministerien weisen die verwendeten ESF-Mittel separat aus. Eine Aussage darüber, wie stark sich der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand durch ESF-Zuschüsse im Vergleich zur → **Tabelle B3.5-1** noch erhöht, ist daher nicht ohne Weiteres möglich.

(Normann Müller)

282 A: Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist, B: Verbesserung des Humankapitals, C: Beschäftigung und soziale Integration, D: technische Hilfe, E: transnationale Maßnahmen.

B3.6 Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung

Die derzeit jüngste tarifliche Fondsregelung zur Finanzierung beruflicher Weiterbildung vereinbarte die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie mit dem Zeitarbeitsunternehmen USG People Germany im Dezember 2011. Auf der Grundlage dieses Haustarifvertrags wurde im letzten Jahr der Verein Weiterbildungsfonds Zeitarbeit e. V. gegründet. In den Fonds werden insgesamt 2 % der Bruttolohnsumme eingezahlt; daran beteiligen sich das Zeitarbeitsunternehmen mit 0,8 %, die Entleihbetriebe mit 0,8 % und die Zeitarbeitsbeschäftigten mit 0,4 %. Über diesen Tariffonds wird die berufliche Weiterbildung für Leiharbeitnehmer/-innen erstmals finanziell abgesichert. Dieser Haustarifvertrag folgt damit einer Empfehlung der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2001 eingesetzten Expertenkommission „Finanzierung lebenslangen Lernens". Die Kommission schlug „angesichts der hohen Arbeitsmarktrisiken von Leiharbeitnehmern (…) die Einrichtung von Branchenfonds vor, um die Lernchancen im expandierenden Zeitarbeitsmarkt zu verbessern" (Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens 2004, S. 235).

Die Kommission verweist hierbei u. a. auf die Einrichtung tariflicher Weiterbildungsfonds in der Leiharbeitsbranche der Niederlande. In den Niederlanden existieren tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung, jedoch nicht nur in der Leiharbeitsbranche, sondern wurden spätestens seit den 1980er-Jahren in einer Vielzahl von Branchen eingerichtet. Mitte 2007 gab es in den Niederlanden 140 Aus- und Weiterbildungsfonds (O&O Fonds) in 116 Wirtschaftszweigen. 86 % der 6,9 Mio. Arbeitnehmer/-innen in den Niederlanden fallen unter diesen O&O Fonds (Donker van Heel u. a. 2008, S. 10). Im Gegensatz dazu hält die Mehrzahl der Qualifizierungstarifverträge in Deutschland am Prinzip der einzelbetrieblichen Weiterbildungsfinanzierung fest (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel B3.6). Nur wenige Tarifverträge beteiligen über ein Fondssystem alle Betriebe des Tarifbereichs an der Weiterbildungsfinanzierung und begreifen damit die Qualifizierung von Fachkräften nicht mehr als einzelbetriebliches Problem, sondern als Herausforderung für die gesamte Branche (Berger/Moraal 2012).

Tariffonds zur Weiterbildungsfinanzierung

Der zentrale Ansatz eines tariflichen Branchenfonds zur Finanzierung betrieblicher Weiterbildung beruht auf der Entkopplung der betrieblichen Weiterbildungsentscheidung von der betrieblichen Weiterbildungsfinanzierung. So zahlen alle Betriebe, die einem solchen Tarifvertrag unterliegen, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Bruttolohnsumme oder einen festen Beitrag pro Beschäftigten in einen meist von beiden Tarifparteien paritätisch verwalteten Fonds ein → **Tabelle B3.6-1**. Aus diesem Fonds können Betriebe, die in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten investieren, ihre Kosten refinanzieren.

Bahnmüller (2009) hebt 3 Vorteile der tariflichen Fondsfinanzierung hervor. So ermöglichen Tariffonds eine Weiterbildungsfinanzierung, unabhängig von konjunkturellen Schwankungen und der aktuellen wirtschaftlichen Lage eines Betriebes. Einschränkend gilt jedoch, dass die Beitragszahlung an die Beschäftigtenzahlen in der jeweiligen Branche gekoppelt ist und die Höhe der zur Verfügung stehenden Fondsmittel somit auch von der aktuellen Wirtschaftslage abhängt. Durch die paritätische Beteiligung von Arbeitgebern und Gewerkschaften orientieren sich Finanzierungsentscheidungen weniger an betrieblichen Einzelinteressen, sondern mehr am Bedarf der gesamten Branche. In eher klein- und mittelbetrieblich geprägten Branchen entlasten Tariffonds gerade kleinere Einzelbetriebe nicht nur finanziell, sondern auch bei der Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen.

Tariffonds beruhen auf „Kompensationstarifverträgen" in eher kleinen Branchen

Trotz der hier genannten Vorteile stimmen die Arbeitgeberverbände einer Fondslösung zur Weiterbildungsfinanzierung oft erst dann zu, wenn die Gewerkschaften ihrerseits auf andere Forderungen verzichten. Insofern handelt es sich bei diesen Qualifizierungstarifverträgen immer um sogenannte „Kompensationstarifverträge", da der Finanzierungsbeitrag der Arbeitgeber meist durch Verzicht der

Arbeitnehmer kompensiert wird. Beim Tariffonds der Textil- und Bekleidungsindustrie nahmen diese z. B. eine geringere Steigerung ihres Urlaubsgeldes in Kauf.

Bisher einigten sich die Tarifparteien vorrangig kleinerer Branchen mit meist klein- und mittelbetrieblicher Struktur auf die Einrichtung eines überbetrieblichen Tariffonds zur Weiterbildungsfinanzierung. Entsprechend fallen derzeit auch nur knapp 100.000 Arbeitnehmer/-innen in den Geltungsbereich eines Tariffonds. Das derzeit für Weiterbildung über Tariffonds verwaltete Mittelvolumen lässt sich dabei nicht genau beziffern, da nicht nur für Weiterbildung die Fonds, sondern auch für Ausbildung, Altersvorsorge und Gesundheitsförderung der Arbeitnehmer/-innen Mittel bereitstellen. Im Kalenderjahr 2011 bzw. 2012 standen zur Finanzierung der beruflichen Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tarifliche Fondsmittel in Höhe von ca. 4,3 Mio. € zur Verfügung. Hiervon wurden in den betreffenden Branchen knapp 3,8 Mio. € zur Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme der Beschäftigen ausgezahlt.

Tarifliche Fonds zur Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme bestehen derzeit in den folgenden Branchen:

Textil- und Bekleidungsindustrie

Im Wirtschaftsbereich Textil- und Bekleidung haben sich die Tarifparteien von 3 kleinen Branchen auf überbetriebliche Fondslösungen zur Weiterbildungsfinanzierung geeinigt. Zu Beginn des Jahres 2012 trat die neu verhandelte Tarifvereinbarung zur überbetrieblichen Fondsfinanzierung der Weiterbildung in der *Miederindustrie* in Kraft. Erstmals wurde dieser Tariffonds im Jahr 1963 ausgehandelt und seitdem immer wieder verlängert. In der aktuellen Vereinbarung verpflichten sich die Arbeitgeber, 3,4 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme in einen Fonds zur Altersversorgung, Bildung und Gesundheitsförderung der Arbeitnehmer/-innen einzuzahlen.

In der *Branche Textil Service* trat im Jahr 2009 ein Tarifvertrag in Kraft, bei dem der Industrieverband Textil Service – intex – e. V. und die IG Metall übereinkamen, „die Aus-, Fort-, Weiterbildung, den präventiven Gesundheitsschutz sowie die Altersversorgung der Beschäftigten zu fördern“. Die intex-Mitgliedsbetriebe verpflichten sich zu diesem Zweck, jährlich 35 € je Beschäftigten an einen Verein zur Verwaltung des Tariffonds abzuführen.

Im Jahr 1997 vereinbarten die Tarifparteien der *Textil- und der Bekleidungsindustrie* den Tarifvertrag zur Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten in diesem Industriezweig. Zentrale Elemente dieses Tarifvertrags waren die Regelung eines individuellen Weiterbildungsanspruchs für die Beschäftigten bei gleichzeitiger Begrenzung des jährlichen Anspruchs auf maximal 2 % der Belegschaft und die Einführung eines paritätisch verwalteten Bildungsfonds. Die Fondsmittel stehen jeweils zur Hälfte für arbeitgeberseitig und für arbeitnehmerseitig veranlasste Weiterbildung zur Verfügung.

Land- und Forstwirtschaft

Mitte der 1990er-Jahre vereinbarten die für Land- und Forstwirtschaft zuständigen Tarifparteien einen tariflichen „Qualifizierungsfonds“ für das ostdeutsche Tarifgebiet. Die Besonderheit dieses Fonds bestand darin, dass über ihn Qualifizierungsmaßnahmen gefördert wurden, die sich auch an ehemalige Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft richteten, die eine Wiederaufnahme der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit anstrebten. Mit Datum vom 10. November 2006 wurde der Qualifizierungsfonds der Land- und Forstwirtschaft e. V. (QLF) schließlich liquidiert. Die Modalitäten des eingestellten Tariffonds waren im Jahr 2001 Vorbild für die Errichtung von Qualifizierungsfonds, die die Tarifparteien der Forstwirtschaft in Niedersachsen und der Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein sowie in Hessen vereinbarten.

Gerüstbaugewerbe

Den finanziell bedeutendsten Tariffonds mit langer Tradition stellt die *Sozialkasse im Gerüstbaugewerbe* (Berger/Häusele/Moraal 2012). Die Tarifvertragsparteien des Gerüstbaugewerbes vereinbarten dieses tarifliche Fondsmodell im Jahr 1981. Aus dieser Sozialkasse werden die tarifvertraglich geregelten

Tabelle B3.6-1: **Tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung für das Jahr 2012**[a]

	Textilbranche				Land- und Forstwirtschaft[b]		Gerüstbaugewerbe
	Tarifvertrag zur Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie[c]		Tarifvertrag zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung, der Wettbewerbsfähigkeit und zur tarifpolitischen Zusammenarbeit in der Branche Textil Service[d]	Tarifvereinbarung über die Errichtung eines Vereins und einer Stiftung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Miederindustrie[b]	Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein[e]	Qualifizierungsfonds Forstwirtschaft Niedersachsen[f]	Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes (Angaben für 2011)[g]
	arbeitgeberseitig[1]	arbeitnehmerseitig					
Anzahl der tarifgebundenen Betriebe	361		14	3	1.878	280	2.925
Anzahl der Arbeitnehmer im Tarifbereich	50.611		10.590	1.703	4.390	k.A.	20.900[2]
Beitragseinnahmen in €	611.700 €		×	×	253.000 €	k.A.	108.329.000 €[3]
Tarifliche Beitragsregelung	12,50 € p. a. für Vollzeitbeschäftigte, Teilzeitbeschäftigte anteilig nach Arbeitszeit		35,- € je Beschäftigten/Jahr	3,4 % der jährlichen Bruttolohn- und Gehaltssumme	monatlicher Beitrag von 5,11 € je Arbeitnehmer, 70 % trägt der Arbeitgeber und 30 % der Arbeitnehmer[4]	monatlicher Beitrag: 5 € für den Arbeitgeber und 3 € für den Arbeitnehmer	2,5 % der Bruttolohnsumme für Aus- und Weiterbildung
Weiterbildungsbudget 2012 gesamt (inkl. Mittel aus Vorjahren)	487.200 €[5]	574.801 €	383.150 €	800.000 €	210.000 €	ca. 45.000 €	11.191.000 €[6]
Genutzte Mittel in €	370.700 €	249.500 €	319.944 €	800.000 €	195.000 €[7]	ca. 25.000 €[8]	1.800.000 €
Anzahl der Betriebe, die Fondsmittel beansprucht haben	112	nicht registriert	7	3	nicht registriert	25	190
Anzahl der Arbeitnehmer, die den Fonds beansprucht haben	934[9]	251	555	280	796	35	315

Anmerkungen:
[1] Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum 1. Juli 2011 bis 30 Juni 2012.
[2] Gewerbliche Beschäftigte im Jahresdurchschnitt.
[3] Gesamtbeitragseinnahmen zur Finanzierung für tarifliche Sozialleistungen inkl. Berufsbildung.
[4] In der Regel tragen die Arbeitgeber den Gesamtbeitrag.
[5] Budget für 2011.
[6] Für berufliche Aus- und Weiterbildung zur Verfügung stehender Betrag.
[7] Zuzgl. verbindlicher Bezuschussungszusagen für Weiterbildungsmaßnahmen in Höhe von 7.200 €, die zu Beginn 2013 ausgezahlt werden.
[8] Mittelnutzung in 2011.
[9] Ein Arbeitnehmer kann bis zu 5 Tage p. a. gefördert werden. Die Zahl gibt die Teilnahmefälle an. Ein Arbeitnehmer, der im Jahr an 2 Fortbildungen teilnimmt, wird somit zweimal gezählt.

Quellen:
[a] Der Weiterbildungsfonds Zeitarbeit ist in der Übersicht nicht aufgeführt, da er nach Auskunft der Abteilung Tarifpolitik der IG BCE zu Redaktionsschluss des BIBB-Datenreports seine operative Tätigkeit noch nicht aufgenommen hatte.
[b] Für den Tariffonds der Land- und Forstwirtschaft Hessen lagen keine Angaben vor.
[c] Verein zur Aus-, Fort- und Weiterbildung Aschaffenburg.
[d] Stiftung zur Förderung von Bildung, Erholung und Gesundheitshilfe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Kritische Akademie Inzell.
[e] Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein e.V.
[f] Qualifizierungsfonds Forstwirtschaft Niedersachsen e.V.
[g] Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes.

Sozialleistungen einschließlich der Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung finanziert. Förderfähig sind nach Tarifvertrag dieser Branche nur die Fortbildungslehrgänge zum geprüften Gerüstbau-Kolonnenführer, zur Vorbereitung auf die Ausbildereignungsprüfung und zur Abschlussprüfung Gerüstbauer/Gerüstbauerin gemäß § 45 Abs. 2 BBiG. Die Teilnahmen an diesen Lehrgängen wurden im Jahr 2011 mit 1,8 Mio. € aus der Sozialkasse bezuschusst.

Die → **Tabelle B3.6-1** verdeutlicht, dass die für Weiterbildung zur Verfügung stehenden Fondsmittel oft nur zum Teil ausgeschöpft werden. Die Nutzung der Fonds könnte möglicherweise durch eine stärkere aufsuchende Betriebsberatung durch die fondsverwaltenden Stellen gefördert werden. Die Tabelle zeigt ferner, dass die Nutzung der hier aufgeführten Tariffonds weder im Gerüstbau noch bei den Fonds der Textilbranchen auf die alleinige Weiterbildungsfinanzierung fokussiert ist. Sie dient teilweise ebenso der Ausbildungsfinanzierung wie auch der Förderung anderer tariflich festgelegter Sozialleistungen. In diesem Zusammenhang ist auch der im Jahr 2008 in der chemischen Industrie aufgelegte Demografiefonds zu erwähnen. Er dient jedoch in erster Linie der Schaffung alters- und leistungsgerechter Arbeitsbedingungen und flexibler Übergänge in den Ruhestand. In der Verbindung mit Langzeitkonten ist allerdings auch hier eine Fondsnutzung für Qualifizierungszwecke möglich. Das Beispiel des Demografietarifvertrags in der chemischen Industrie zeigt, dass derartige tarifliche Fondsmodelle zur Berufsbildungsfinanzierung nicht auf kleine Branchen begrenzt bleiben müssen.

(Klaus Berger, Daniela Decker, Dick Moraal)

B3.7 Programm Bildungsprämie

Was ist die Bildungsprämie?

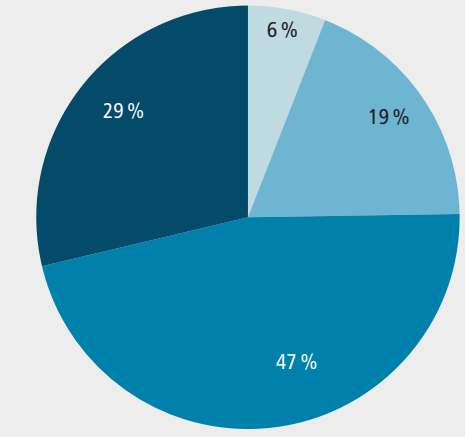
Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat im Dezember 2008 das Programm Bildungsprämie (**http://www.bildungspraemie.info**) eingeführt, um mehr Menschen für Weiterbildung zu mobilisieren – insbesondere Personengruppen mit niedrigem Einkommen, die sich bisher aus finanziellen Gründen nicht an Weiterbildungsaktivitäten beteiligt haben. Das Programm ist nachfrageorientiert angelegt und fördert gezielt individuelle berufliche Weiterbildungsmaßnahmen. Es soll dazu beitragen, den Weg für die Anerkennung von Weiterbildungsinvestitionen als sinnvolle Vorsorgeleistung für eine erfolgreiche Beschäftigungsbiografie zu ebnen.

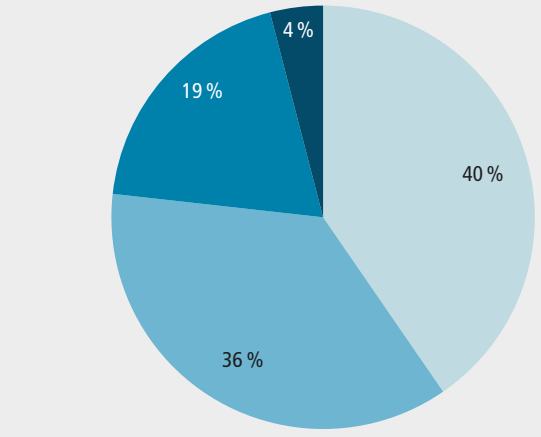
Mit der Bildungsprämie, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert wird, können Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden, die berufsspezifische Kenntnisse bzw. Fertigkeiten vermitteln sowie Weiterbildungen, die der Stärkung der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit dienen. Hierzu gehören beispielsweise Kurse im Bereich Grundbildung oder Fremdsprachen.

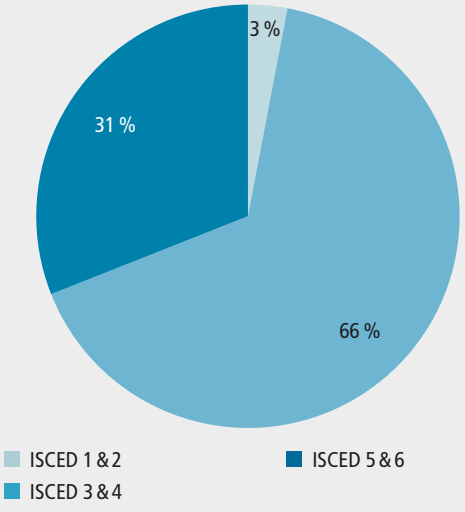
Die Bildungsprämie umfasst 2 Finanzierungsinstrumente, die kumulativ anwendbar sind:

- *Prämiengutschein:* Mit dem Prämiengutschein werden 50 % der Weiterbildungskosten übernommen, maximal jedoch 500 €. Den Gutschein können Personen erhalten, die mindestens 15 Stunden pro Woche erwerbstätig sind und deren zu versteuerndes Jahreseinkommen 20.000 € bei Alleinstehenden (bzw. 40.000 € bei gemeinsamer Veranlagung) nicht übersteigt.
- *Spargutschein:* Mit dem Weiterbildungssparen wird im Vermögensbildungsgesetz eine Entnahme aus dem angesparten Guthaben erlaubt, um Weiterbildung auch dann zu finanzieren, wenn die Sperrfrist noch nicht abgelaufen ist. Die Arbeitnehmersparzulage geht dabei nicht verloren. Der Spargutschein kann auch als Ergänzung des Prämiengutscheins für den verbleibenden finanziellen Eigenanteil genutzt werden. Damit können aufwendige und oftmals langfristige Weiterbildungsmaßnahmen leichter finanziert werden.

Schaubild B3.7-1: **Nutzer/-innen der Bildungsprämie nach Einkommen, Bildungsniveau und Beschäftigungsstatus**







Die ISCED-Klassifikation stellt die internationale Standardklassifikation von Bildungsabschlüssen dar. Die Zuordnung der Abschlüsse wurde wie folgt getroffen:

ISCED 1 & 2
- Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss, die entweder keinen Schulabschluss oder ein Haupt-/Realschulabschluss besitzen

ISCED 3 & 4
- Personen mit Fachhochschul-/Hochschulreife ohne beruflichen Bildungsabschluss
- Personen mit Abschluss einer Lehrausbildung oder eines berufsqualifizierenden Abschlusses, die entweder keinen Schulabschluss oder einen Haupt-/Realschulabschluss besitzen
- Personen mit Fachhochschul-/Hochschulreife und Abschluss einer Lehrausbildung oder eines berufsqualifizierenden Abschlusses

ISCED 5 & 6
- Personen mit abgeschlossener Meister-/Technikerausbildung
- Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss

Quelle: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 2012: Datenmonitoring und Evaluation des Programms „Bildungsprämie"

Für den Erhalt eines Prämien- und/oder Spargutscheins ist die Teilnahme an einem Beratungsgespräch verpflichtend, das bundesweit bei ca. 560 Beratungsstellen kostenlos angeboten wird.

In welchem Umfang wird gefördert?

Bereits in der ersten Förderphase (1. Dezember 2008 bis 30. November 2011)[283] war die Nachfrage

283 Alle Angaben zur ersten Förderphase sind folgendem, noch nicht veröffentlichten Bericht entnommen: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (u. a.): Datenmonitoring und Evaluation des Programms „Bildungsprämie". Endbericht. Essen 2012.

groß. Insgesamt wurden 165.894 Prämiengutscheine und 19.753 Spargutscheine ausgegeben – knapp 80 % der Prämiengutscheine wurden eingelöst. Die durchschnittlichen Gesamtkosten der geförderten Weiterbildungsmaßnahmen betrugen 1.084 €, die durchschnittliche Förderhöhe 344 €. Das Gesamtkostenvolumen der geförderten Weiterbildungen beläuft sich damit auf etwa 140 Mio. €. Aufgrund der positiven Ergebnisse der ersten Förderphase wurde das Programm um weitere 2 Jahre (bis 30. November 2013) verlängert.

Die Erfahrungen der ersten Förderphase führten zu leichten Veränderungen der Förderkonditionen, um die Programmmittel noch stärker auf die Zielgruppe der Personen mit niedrigem Einkommen und einer eher geringen Weiterbildungsbeteiligung zu konzentrieren. So wurden bspw. die Einkommensgrenzen gesenkt. Darüber hinaus wurde auf eine stärkere Abgrenzung zum Zuständigkeitsbereich des SGB II und III geachtet und die Förderung nun auf Personen, die mindestens 15 Stunden pro Woche erwerbstätig sind, beschränkt.

Wer hat die Bildungsprämie genutzt?

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der ersten Förderphase zeigen, dass die Zielgruppe der Erwerbstätigen, die nur über knappe finanzielle Ressourcen verfügen, durch die Bildungsprämie gut erreicht wird. Die Programmteilnehmer/-innen beziehen häufiger ein geringes oder mittleres Einkommen als Beschäftigte in der Gruppe der Anspruchsberechtigten im Durchschnitt. Zwei Drittel der Programmteilnehmer/-innen haben ein Einkommen von unter 2.000 € brutto im Monat.

Ein Großteil der Antragsteller/-innen (40 %) ist im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen beschäftigt, gefolgt von den Bereichen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (12 %) sowie Erziehung und Unterricht (11 %).

Der Anteil der Selbstständigen ist unter den Programmnutzern und -nutzerinnen mit 19 % ausgesprochen hoch. Auch Teilzeitkräfte beteiligen sich überdurchschnittlich häufig. Ihr Anteil liegt fast auf dem Niveau der Vollzeitkräfte. In Bezug auf die Bildung ist ein Großteil der Teilnehmer/-innen (66 %) der Klassifizierung ISCED 3 & 4 zuzuordnen → **Schaubild B3.7-1.** Aus den ISCED-Stufen 1 und 2 stammen 3 % der Nutzer/-innen.

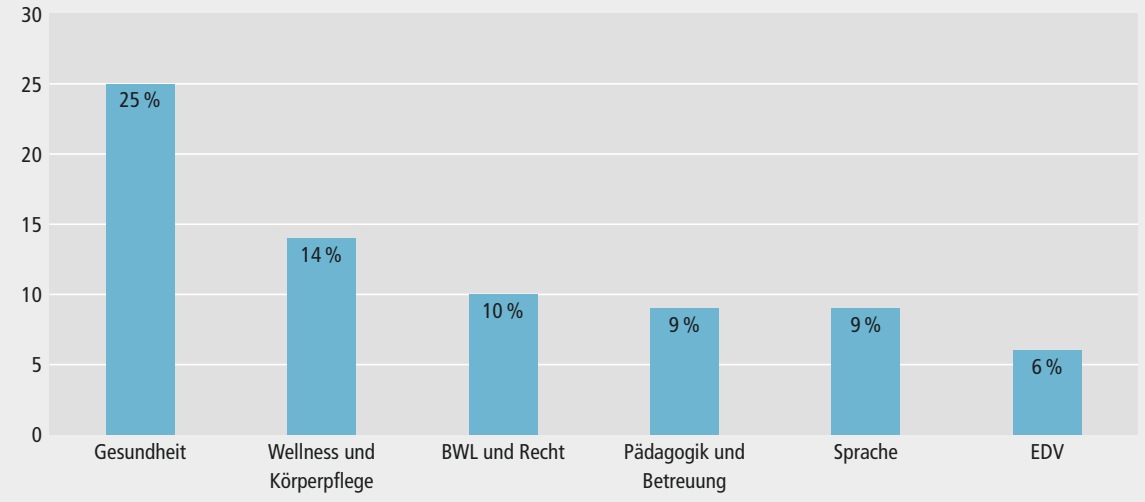
Personengruppen, deren Beteiligung an betrieblichen Weiterbildungen laut Adult Education Survey (AES) Trendbericht 2010 (Bilger/von Rosenbladt 2011, S. 6, 25, 37) unter dem Durchschnitt liegt, bemühen sich überdurchschnittlich häufig um einen Prämiengutschein: Dies trifft vor allem auf Beschäftigte in KMU bis 250 Mitarbeiter/-innen (89 % der Programmnutzer/-innen) und auf Teilzeitbeschäftigte zu. Personen mit Migrationshintergrund haben einen Anteil von 16 % an der Nutzung der Bildungsprämie – drei Viertel aller Nutzer/-innen sind weiblich → **Tabelle B3.7-1**.

Tabelle B3.7-1: **Programm Bildungsprämie – Kernindikatoren der 1. Förderphase**

	relative Anteile in %
Geschlecht	
männlich	26
weiblich	74
Alter	
unter 25	12
25 bis unter 35	32
35 bis unter 45	30
45 bis unter 55	22
55 und älter	4
Migrationshintergrund	
ohne Migrationshintergrund	84
mit Migrationshintergrund	16
Betriebsgröße	
in KMU beschäftigt (0 bis 250 Beschäftigte)	89
nicht in KMU beschäftigt (über 250 Beschäftigte)	11

Quelle: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 2012: Datenmonitoring und Evaluation des Programms „Bildungsprämie"

Schaubild B3.7-2: **Schwerpunkt Weiterbildungsinhalte**



Quelle: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 2012: Datenmonitoring und Evaluation des Programms „Bildungsprämie"

Was wurde gefördert?

In der ersten Förderphase umfassten knapp die Hälfte (45 %) der geförderten Weiterbildungen zwischen 40 und 160 Unterrichtsstunden. Dabei haben 32 % der Maßnahmen eine Laufzeit von unter einem Monat, 36 % von einem bis 6 Monate und 12 % von über einem Jahr. Die Weiterbildungsinhalte decken ein breites Themenspektrum ab. Die am häufigsten nachgefragten Weiterbildungen liegen im Bereich Gesundheit (25 %) sowie Wellness und Körperpflege (14 %) → **Schaubild B3.7-2**.

Wie sehen die Nutzer/-innen die Bildungsprämie?

Die Programmteilnehmer/-innen bewerten die Bildungsprämie mehrheitlich positiv. In einer Befragung gaben mehr als 80 % in Bezug auf die Förderhöhe, Beratung und Einlösung eine hohe Zufriedenheit an. Die Beratung zur Bildungsprämie bewerten fast 90 % mit sehr gut bis gut. Auch der Indikator der Weiterempfehlungsrate weist auf eine positive Programmbewertung hin: 86 % der Teilnehmer/-innen der ersten Förderphase haben die Bildungsprämie einer oder mehreren Personen weiterempfohlen.

(Julia Jörgens)

B4 Geregelte Fortbildungsabschlüsse

B4.1 Regelungen des Bundes, der Länder und der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

„Die berufliche Fortbildung soll es ermöglichen, die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten, zu erweitern, der technischen Entwicklung anzupassen oder beruflich aufzusteigen. Die berufliche Umschulung soll zu einer anderen beruflichen Tätigkeit befähigen“ (§ 1 Abs. 3, 4 Berufsbildungsgesetz [BBiG]). Rechtsgrundlagen für Fortbildungs- und Umschulungsverordnungen E sind neben BBiG und Handwerksordnung (HwO) das Seemannsgesetz[284] und das Bundesbeamtengesetz. Durch Absolvieren der darin geregelten Prüfungen werden staatlich anerkannte Fortbildungs- und Umschulungsabschlüsse erworben.

E Fortbildungsordnungen

Im Gegensatz zu Ausbildungsordnungen, in denen u. a. die zu vermittelnden beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, sachlich und zeitlich gegliedert, festgeschrieben werden, definieren die als Rechtsverordnungen erlassenen Fortbildungsregelungen im Wesentlichen die Prüfungsanforderungen. Nach den Regelungen des BBiG und der HwO sind darüber hinaus in den Fortbildungsordnungen festzulegen (§ 53 Abs. 2 BBiG bzw. § 42 Abs. 2 HwO):

- die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
- das Ziel, der Inhalt und die Anforderungen der Prüfung,
- die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren.

Umschulungsordnungen

Bei den Umschulungsordnungen (§ 58 BBiG bzw. § 42e HwO) wird eine geordnete und einheitliche Regelung festgelegt. Bestandteil der Rechtsverordnungen sind folgende Sachverhalte:

- die Bezeichnung des Umschulungsabschlusses,
- das Ziel, der Inhalt, die Art und Dauer der Umschulung,
- die Anforderungen der Umschulungsprüfung und die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren der Umschulung.

Es gibt 223 Rechtsverordnungen und Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung:

- 92 Rechtsverordnungen über handwerkliche Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-1 Internet**
- 14 fortgeltende Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-2 Internet**
- 48 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-3 Internet**
- 67 Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung → **Tabelle B4.1-4 Internet**
- 1 Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung → **Tabelle B4.1-5 Internet**
- 1 Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder → **Tabelle B4.1-6 Internet**

In den Jahren 2011 und 2012 wurden 8 Rechtsverordnungen des Bundes für die berufliche Fortbildung erlassen, wobei die Verordnung über die Prüfung zu anerkannten Fortbildungsabschlüssen in der Finanzdienstleistungswirtschaft 2 Fortbildungsabschlüsse enthält. In chronologischer Anordnung handelt es sich um folgende Berufe:

- Schneidwerkzeugmechanikermeister/-in vom 22. November 2011
- Geprüfter Fachkaufmann/Geprüfte Fachkauffrau für Büro- und Projektorganisation vom 9. Februar 2012
- Geprüfter Fachberater/Geprüfte Fachberaterin für Finanzdienstleistungen vom 9. Februar 2012
- Geprüfter Fachwirt/Geprüfte Fachwirtin für Finanzberatung vom 9. Februar 2012
- Geprüfter Meister/Geprüfte Meisterin für Kraftverkehr vom 9. Februar 2012
- Geprüfte/r Tourismusfachwirt/-in vom 9. Februar 2012
- Geprüfter Meister/Geprüfte Meisterin Medienproduktion Bild und Ton vom 4. Juli 2012
- Geprüfte/-r Polier/-in vom 6. September 2012
- Holz- und Bautenschutzmeister/-in vom 10. September 2012

284 Es liegen keine Rechtsverordnungen vor.

Regelungen der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

Die zuständigen Stellen (siehe Teil 4 des Verzeichnisses der anerkannten Ausbildungsberufe) können Rechtsvorschriften zu den Themen Fortbildung (§ 54 BBiG bzw. § 42a HwO) und Umschulung (§ 59 BBiG bzw. § 42f HwO) erlassen. Gegenwärtig gibt es 2.848 Rechtsvorschriften zu 749 Fortbildungsberufen und 33 Rechtsvorschriften von zuständigen Stellen zu 20 Umschulungsberufen.

Die landesrechtlichen Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen können **→ Tabelle B4.1-7 Internet** entnommen werden.

(Joachim von Hagen)

B4.2 Neuere strukturelle Entwicklungen in Fortbildungsordnungen

Bildung einer Gesamtnote

Im Zusammenhang mit der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung wurden Strategien und Maßnahmen entwickelt, die die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung erhöhen sollen. Ziel ist, die möglichst umfassende Qualifizierung der Fachkräfte in Wirtschaft und Wissenschaft sicherzustellen. Zu den Maßnahmen gehört, dass die Zulassungsverfahren der Studiengänge die Vorqualifikation beruflich Qualifizierter ohne Hochschulzugangsberechtigung fair und ohne Diskriminierung einbeziehen.[285] Unter anderem sollen dabei die Abschlussnoten aus der beruflichen Bildung analog zu schulischen Abschlussnoten in den Auswahlverfahren behandelt werden. Um dies tun zu können, müssen Abschlussnoten gegeben sein.

Im Bereich der beruflichen Aufstiegsfortbildung weisen jedoch die meisten der staatlich anerkannten Fortbildungsordnungen keine Gesamtnote, sondern mehrere Einzelnoten für einzelne Prüfungsleistungen aus. Damit die Hochschulen im Bedarfsfall nicht selbst Gesamtnoten schätzen müssen – dies ist laut Hochschulinformationssystem (HIS) Hannover bereits gelebte Praxis –, wurde im BMBF entschieden, eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Notenregelungen vorzunehmen und zukünftig im Zeugnis von Fortbildungsordnungen des Bundes (nach § 53 BBiG und § 42 HwO) eine Gesamtnote auszuweisen.

Die seit 2012 erlassenen Fortbildungsordnungen weisen bereits eine Gesamtnote aus. Für die davor erlassenen Fortbildungsordnungen müssen Regelungen zur Bildung einer Gesamtnote entwickelt werden. Das Bundesinstitut für Berufsbildung wurde beauftragt, eine Bestandsaufnahme der geltenden Regelungen zur Punkte- und Notenbildung vorzunehmen und Vorschläge für eine Regelung zu erarbeiten. Von den derzeit insgesamt 216 Fortbildungsordnungen in

285 Vgl. die gemeinsame Vereinbarung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und der Hochschulrektorenkonferenz vom 14. Oktober 2008; siehe **http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de/de/der_dqr/positionen/**.

der Zuständigkeit des Bundes sind 35 Industriemeisterregelungen sowie 64 Regelungen zur beruflichen Fortbildung in der Zuständigkeit des BMBF erlassen → **Tabelle B4.2-1**. Diese 99 Regelungen, die sich in der Zuständigkeit des BMBF befinden, bilden für die Bestandsaufnahme laut Auftrag die Basis.

Tabelle B4.2-1: **Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung**

Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung	Anzahl
Handwerksmeister/-in (§ 45 Abs. 1 sowie § 51a Abs. 2 HwO)	91
Handwerksmeister/-in (§ 122 HwO)	14
Meister/-in (§ 53 Abs. 1 BBiG bzw. § 42 Abs. 1 HwO)	35
Landwirtschaftsmeister/-in (§ 53 Abs. 3 BBiG)	12
Hauswirtschaftsmeister/-in	0
Meister/-in (§ 142 Seemannsgesetz)	0
Berufliche Fortbildung (§ 53 Abs. 1 BBiG bzw. § 42 Abs. 1 HwO)	64
Summe	216

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung, Stand: Dezember 2012

Erste Ergebnisse der Bestandsaufnahme

Eine Gesamtnote weisen 19 Verordnungen aus. Die verbleibenden 80 Verordnungen haben Benotungsregelungen, bei denen jeweils mehrere Noten ausgewiesen sind. Um eine Gesamtnote zu bilden, müssen diese Noten zueinander ins Verhältnis gesetzt und gewichtet werden. Diese Aufgabe übernimmt ein Sachverständigengremium unter Federführung des BIBB. Die Gewichtungsaufgabe soll hier an einem Beispiel erläutert werden:

Aus dem → **Schaubild B4.2-1** ist zu ersehen, dass das Zeugnis 2 Noten enthält, die jeweils aus Punkten für einzelne Prüfungsleistungen gebildet werden. Die Gewichtung der beiden Noten zueinander geht aus den Angaben in der Rechtsverordnung nicht hervor. Gewichtet werden müssen nun die den Noten zugrunde liegenden einzelnen Prüfungsleistungen der Prüfungsbereiche 1 bis 4 sowie der Handlungsbereiche 1 bis 3. Gewichtungskriterien dafür sind Niveau und Umfang der zu prüfenden Qualifikation. Darüber hinaus sind Umfang, Komplexität, Differenziertheit und Tiefe der Prüfungsaufgaben sowie ggf. der Prüfungsaufwand seitens der Prüfungsteilnehmer/-innen zu berücksichtigen.

Schaubild B4.2-1: **Notenregelung Geprüfter Industriemeister/Geprüfte Industriemeisterin – Fachrichtung Chemie**

Prüfungsteil	Prüfungsbereiche	Prüfungsaufgabenform	Prüfungsumfang		Bewertung (Zeugnis)		
1	1–4	Anwendungsbezogene Aufgaben, schriftlich	jeweils mind. 90 Min.	max. 7 Std.	Punkte Punkte Punkte Punkte	gleichgewichtig	Note
2	Handlungsbereiche 1–3	zwei handlungsspezifische, integrierte Situationsaufgaben	mind. 4 Std. mind. 2 Std.	max. 8 Std.	Punkte 45 % Punkte 45 %		Note
		Anwendungsbezogene Ausarbeitung, schriftlich	75–90 Min.	gleichgewichtig	Punkte 10 %		
		Fachgespräch	30–45 Min.				

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Neben solchen Verordnungen mit 2 Zeugnisnoten gibt es:

- Verordnungen, in denen jede Einzelleistung benotet wird; ein Beispiel dafür ist die Verordnung des Geprüften Bilanzbuchhalters/der Geprüften Bilanzbuchhalterin;
- Verordnungen, die mehrere Einzelleistungen zu 2 Noten zusammenfassen; ein Beispiel dafür ist die Verordnung des Geprüften Meisters/der Geprüften Meisterin für Veranstaltungstechnik;
- Verordnungen, die mehrere Einzelleistungen zu 3 bis 4 Noten zusammenfassen; ein Beispiel dafür ist die Verordnung des Geprüften Berufspädagogen/der Geprüften Berufspädagogin.

Die Arbeiten zur Bildung einer Gesamtnote sollen im I. Quartal 2013 abgeschlossen werden.

In den jüngsten Fortbildungsordnungen wird in der Notenregelung die Bildung einer Gesamtnote dadurch erreicht, dass es jeweils nur eine schriftliche Prüfungsleistung und eine mündliche Prüfungsleistung gibt, die gleichgewichtig behandelt werden.

(Herbert Tutschner, Ulrich Blötz)

B4.3 Berufliche Weiterbildung an Fachschulen

Als Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung und Aufstiegsfortbildung außerhalb des Hochschulbereichs sind Fachschulen E nach der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen ISCED (International Standard Classification of Education) dem tertiären Bereich zuzurechnen (Kultusministerkonferenz 2011, S. 139). Ziel der beruflichen Weiterbildung an Fachschulen ist, „Fachkräfte mit in der Regel beruflicher Erfahrung zu befähigen, Führungsaufgaben in Betrieben, Unternehmen, Verwaltungen und Einrichtungen zu übernehmen und/oder selbstständig verantwortungsvolle Tätigkeiten auszuführen. Die Fachschulen leisten einen Beitrag zur Vorbereitung auf die unternehmerische Selbstständigkeit“ (Kultusministerkonferenz 2012, S. 4). Die Bildungsgänge an Fachschulen werden auf der Grundlage der Schulgesetze länderspezifisch geregelt und setzen grundsätzlich den Abschluss einer Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und eine entsprechende Berufstätigkeit voraus (Kultusministerkonferenz 2011, S. 141).

E Datenbasis zu Fachschulen

Die vom Statistischen Bundesamt (Fachserie 11, Reihe 2) veröffentlichten Ergebnisse stammen aus den Schulstatistiken der einzelnen Bundesländer. Sie werden auf der Grundlage eines von der Kultusministerkonferenz (KMK) erstellten Schulartenkatalogs zusammengefasst. Hierbei können nicht alle institutionellen Besonderheiten in den 16 Bundesländern berücksichtigt werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2012, S. 9).

Für die Auswertung der Daten bedeutet dies, dass eine eindeutige Differenzierung zwischen Abschlüssen beruflicher Weiterbildung und anderen Bildungsgangabschlüssen an Fachschulen nicht in jedem Fall gegeben ist.

Bundesweit gibt es im Schuljahr 2011/2012 insgesamt 1.390 (+2,0 % zum Vorjahr) Fachschulen mit insgesamt 180.612 Schülern und Schülerinnen (+2,9 % zum Vorjahr) → **Tabelle B4.3-1.** Der Ausländeranteil liegt bundesweit wie im Vorjahr bei 3,4 %. Den niedrigsten Ausländeranteil haben Thüringen

Tabelle B4.3-1: **Fachschulen 2011/2012: Schulen, Klassen und Schüler/-innen nach Ländern**

Land	Schulen	Klassen	Schüler/-innen	
			insgesamt	darunter: Ausländer/-innen
Baden-Württemberg	232	1.019	20.909	4,6 %
Bayern	205	748	15.860	2,2 %
Berlin	49	429	9.148	4,6 %
Brandenburg	35	299	6.271	0,4 %
Bremen	4	37	853	6,9 %
Hamburg	19	193	4.585	5,2 %
Hessen	116	700	14.355	7,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	24	121	2.523	0,4 %
Niedersachsen	120	691	14.189	1,3 %
Nordrhein-Westfalen	268	2.298	49.959	4,0 %
Rheinland-Pfalz	70	544	12.014	4,7 %
Saarland	13	108	2.444	2,3 %
Sachsen	105	626	12.234	0,8 %
Sachsen-Anhalt	35	189	3.667	0,2 %
Schleswig-Holstein	52	251	5.203	1,0 %
Thüringen	43	340	6.398	0,2 %
Deutschland	**1.390**	**8.593**	**180.612**	**3,4 %**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2011/2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

und Sachsen-Anhalt mit 0,2 % zu verzeichnen. Den höchsten Anteil hat Hessen mit 7,6 %.

Insgesamt sind 56.462 Absolventen und Absolventinnen des Schuljahres 2010/2011 mit bestandener Abschlussprüfung an Fachschulen zu verzeichnen (+8,8 % zum Vorjahr). Die Anzahl der Abschlüsse ist in den einzelnen Berufsbereichen sehr unterschiedlich. Mit 30.865 Absolventen/Absolventinnen fallen 54,7 % der bestandenen Abschlussprüfungen des Schuljahres 2010/2011 in den Bereich der Dienstleistungsberufe. Im Bereich der technischen Berufe lag der Anteil mit 18.897 Abschlüssen bei 33,5 % → **Tabelle B4.3-2**. Mit insgesamt 11.006 Abschlüssen hat die Berufsklasse „Erzieher/-in o. n. A."[286] im Bereich der Dienstleistungsberufe die höchste Absolventen-/Absolventinnenquote zu verzeichnen. Im Bereich der technischen Berufe liegt der/die „Maschinen(bau)techniker/-in allgemein" mit insgesamt 7.654 Absolventen/Absolventinnen an der Spitze.

Im betrachteten Zeitraum von 2005/2006 bis 2010/2011 liegen die Zahlen der Absolventen/Absolventinnen im Bereich der Dienstleistungsberufe kontinuierlich weit über den übrigen Bereichen. Den zweitstärksten Bereich stellen im Betrachtungszeitraum die technischen Berufe[287] → **Schaubild B4.3-1**.

Das Verhältnis von Absolventen zu Absolventinnen ist im Verlauf des Betrachtungszeitraums 2005/2006 bis 2010/2011 insgesamt ausgewogen. Deutliche Geschlechtsunterschiede zeigen sich jedoch auf der Ebene der Berufsbereiche. Mit einem Anteil von 75,6 % im Schuljahr 2010/2011 sind die Frauen im Bereich der Dienstleistungsberufe

286 In der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) (**vgl. Kapitel A6.1**) werden die Ausbildung im Erziehungs- und Sozialwesen sowie die Ausbildung zum Heilpädagogen/zur Heilpädagogin dem Sektor Berufsausbildung zugeordnet (vgl. Statistische Ämter der Länder und des Bundes 2011, S. 24).

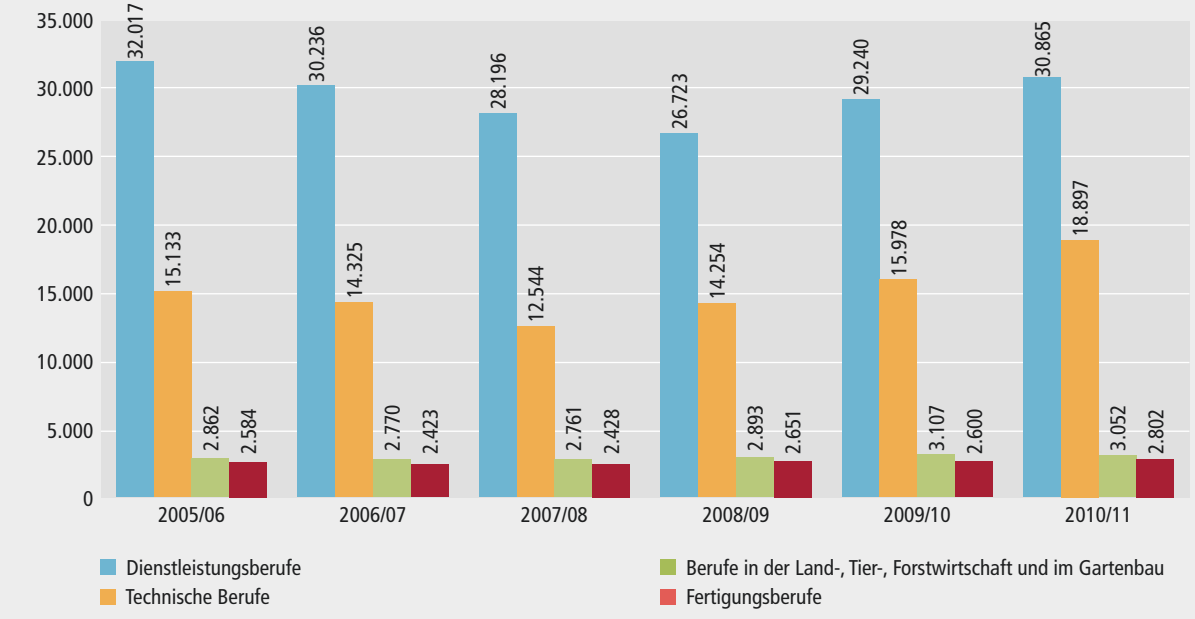
287 Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde für das → **Schaubild B4.3-1** die Kategorie „ohne Berufsangabe" nicht berücksichtigt.

Tabelle B4.3-2: **Absolventen/Absolventinnen an Fachschulen des Schuljahres 2010/2011 mit bestandener Abschlussprüfung nach Berufsbereichen**

Berufsbereich	Absolventen		davon aus			
			öffentlichen Schulen		privaten Schulen	
	insgesamt	weiblich in %	zusammen	weiblich in %	zusammen	weiblich in %
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	3.052	12,9	3.052	12,9	0	0
Fertigungsberufe	2.802	11,5	2.562	10,7	240	20,0
Technische Berufe	18.897	5,7	15.102	6,0	3.795	4,1
Dienstleistungsberufe	30.865	75,6	17.966	75,6	12.899	75,7
ohne Berufsangabe	846	62,9	519	67,1	327	56,3
insgesamt	**56.462**	**45,4**	**39.201**	**39,6**	**17.261**	**58,8**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2011/2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild B4.3-1: **Absolventen/Absolventinnen an Fachschulen nach Berufsbereichen**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2

deutlich überrepräsentiert (77,0 % im Vorjahr). In den technischen Berufen sind die Absolventinnen im gleichen Schuljahr mit nur 5,7 % vertreten (6,2 % im Vorjahr).

Für fachlich tiefer untergliederte länderspezifische Angaben sei an dieser Stelle auf die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter für den Bereich Schulen verwiesen:

Land	E-Mail	Homepage
Baden-Württemberg	poststelle@stala.bwl.de	www.statistik-bw.de
Bayern	poststelle@lfstad.bayern.de	www.statistik-bayern.de
Berlin	Bildung@statistik-bbb.de	www.statistik-berlin-brandenburg.de
Brandenburg	statistik.schuldaten@statistik-bbb.de	www.statistik-berlin-brandenburg.de
Bremen	office@statistik.bremen.de	www.statistik.bremen.de
Hamburg	schulen.ausbildung@statistik-nord.de	www.statistik-nord.de
Hessen	schulen@statistk-hessen.de	www.statistik-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	statistik.auskunft@statistik-mv.de	www.statistik-mv.de
Niedersachsen	schulstatistik@lskn.niedersachsen.de	www.lskn.niedersachsen.de
Nordrhein-Westfalen	313-schulstatistik@it.nrw.de	www.it.nrw.de
Rheinland-Pfalz	info@statistik.rlp.de	www.statistik.rlp.de
Saarland	bildung@lzd.saarland.de	www.statistik.saarland.de
Sachsen	info@statistik.sachsen.de	www.statistik.sachsen.de
Sachsen-Anhalt	info@stala.mi.sachsen-anhalt.de	www.statistik.sachsen-anhalt.de
Schleswig-Holstein	schulen.ausbildung@statistik-nord.de	www.statistik-nord.de
Thüringen	auskunft@statistik.thueringen.de	www.statistik.thueringen.de

Für die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung gibt es je nach individueller Voraussetzung unterschiedliche finanzielle Fördermöglichkeiten von Bund und Ländern wie z. B. das Meister-BAföG, das Weiterbildungsstipendium oder die Förderung nach SGB III. Bildungsurlaub oder Bildungsfreistellung sind weitere Unterstützungsmaßnahmen, die in den meisten Bundesländern gesetzlich geregelt sind. Darüber hinaus können Kosten für berufliche Weiterbildung in einem gewissen Umfang steuerlich geltend gemacht werden.

(Maria Zöller)

B4.4 Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen

Die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung gehören zur Berufsbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Die berufliche Fortbildung dient dazu, die Handlungsfähigkeit im Beruf zu erhalten und anzupassen oder sie zu erweitern und beruflich aufzusteigen (§ 1 Abs. 4 BBiG). Dagegen soll die berufliche Umschulung Grundlagen schaffen, um eine andere berufliche Berufstätigkeit auszuüben (§ 1 Abs. 5 BBiG). Die mittels Fortbildungsordnungen „geregelte“ Fortbildung ist eine besondere Form der beruflichen Weiterbildung. Sie weiter auszubauen ist eine wichtige berufsbildungspolitische Aufgabe (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009, S. 43). Gemäß § 53 BBiG kann der Bund für die berufliche Aufstiegsfortbildung sogenannte Fortbildungsordnungen erlassen. Sie schaffen eine bundesweit einheitliche Grundlage hinsichtlich der zu vermittelnden Inhalte sowie der Prüfungsbestimmungen für staatlich anerkannte

Fortbildungsabschlüsse. Sind bundeseinheitliche Reglungen nicht erlassen, können die zuständigen Stellen (Kammern) nach § 54 BBiG bzw. § 42a der Handwerksordnung (HwO) ihrerseits Fortbildungsprüfungsregelungen für ihren regionalen Zuständigkeitsbereich festlegen.[288] Derzeit stehen einer Vielfalt von fast 2.850 Regelungen der zuständigen Stellen in der beruflichen Fortbildung rund 220 Fortbildungsordnungen des Bundes gegenüber (**vgl. Kapitel B4.1, B4.2**).

Die Fortbildungsmaßnahmen müssen den besonderen Erfordernissen der Erwachsenenbildung entsprechen. Die geregelte Fortbildung setzt in der Regel eine abgeschlossene berufliche (Erst-)Ausbildung und eine Mindestzeit einschlägiger praktischer Berufstätigkeit voraus; sie erweitert damit zielgerichtet schon vorhandene berufspraktische Kenntnisse und Fertigkeiten des Einzelnen bzw. passt diese neuen Entwicklungen an. Die Teilnahme an Maßnahmen der Aufstiegsfortbildung können durch staatliche Förderinstrumente wie das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, die Bildungsprämie sowie das Aufstiegs- oder Weiterbildungsstipendium unterstützt werden (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2012, S. 56 ff.). In den jeweiligen Fortbildungsprüfungen ist der Nachweis zu erbringen, dass die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten in den Fortbildungsmaßnahmen fachlich geeigneter Träger wie Betriebe, überbetriebliche Zusammenschlüsse, Kammern usw. erfolgreich erworben worden sind. Eine mit Erfolg ablegte Prüfung führt zu einem anerkannten Fortbildungsabschluss mit eigener Berufsbezeichnung.[289] Meisterabschlüsse zählen ebenso zum Kreis der geregelten Aufstiegsfortbildung und haben eine lange Tradition. Die jeweiligen Fortbildungsmaßnahmen und Abschlüsse qualifizieren den Einzelnen für verschiedenste gehobene Sach- und Führungsaufgaben in Betrieben und Verwaltungen. Die absolvierte Meisterprüfung bescheinigt etwa dem Prüfling, einen Handwerksbetrieb selbstständig führen und Auszubildende sachgemäß ausbilden zu können.[290] Fortbildungsabschlüsse tragen des Weiteren zur Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen bei; sie werten damit den beruflichen Bildungsweg insgesamt auf. So ermöglicht eine Vereinbarung der Kultusministerkonferenz Fortbildungsabsolventen seit 2009 bundesweit den Zugang zum Hochschulstudium ohne eine weitere schulische Studienberechtigung.[291] Außerdem ist es im Zuge der Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) erklärtes bildungspolitisches Ziel, die beruflichen Fortbildungsabschlüsse der 3 verschiedenen Ebenen niveauentsprechend den Stufen 5 bis 7 des Qualifikationsrahmens zuzuordnen; dort sind auch die einzelnen hochschulischen Abschlüsse eingereiht.[292]

Berichtet werden nachfolgend ausgewählte Ergebnisse der Fortbildungsprüfungsstatistik **E** für das Berichtsjahr 2011.[293] Die Statistik erfasst dazu sämtliche nach BBiG bzw. HwO abgelegten Prüfungen in bundeseinheitlich geregelten Fortbildungsberufen sowie diejenigen nach Fortbildungsregelungen der zuständigen Stellen (**vgl. Kapitel B4.1**). Ebenfalls als Fortbildungsprüfungen zählen die durchgeführten Meisterprüfungen in den einzelnen Ausbildungsbereichen. Die herangezogenen Daten der Berufsbildungsstatistik wurden von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemäß den Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes erhoben. Aus Datenschutzgründen werden die Ergebnisse vom Statistischen Bundesamt ab dem Berichtsjahr 2010 stets nur als gerundete Zahlen ausgewiesen (vgl. Statistisches Bundesamt 2011, S. 19 f.).[294]

288 Vgl. dazu die Ausführungen in § 53 BBiG bzw. § 42 HwO. Sofern keine bundeseinheitliche Regelung vorliegt, können die zuständigen Stellen nach § 54 BBiG bzw. § 42a HwO für ihren regionalen Bereich Inhalt, Ziel, Anforderungen, das Prüfungsverfahren sowie die Zulassungsvoraussetzung eigenständig regeln.

289 Zahlenmäßig bedeutsame Fortbildungsabschlüsse sind etwa Fachwirt/Fachwirtin, Fachkaufmann/Fachkauffrau, Betriebswirt/Betriebswirtin oder Meister/Meisterin.

290 Der pädagogische Prüfungsteil der Meisterprüfung ersetzt die Ausbildereignungsprüfung gemäß der Ausbilder-Eignungsverordnung.

291 Vgl. Kultusministerkonferenz 2009.

292 So werden z. B. künftig Meister, Techniker und Fachwirte im DQR gleichwertig mit dem Bachelor auf der Niveaustufe 6 stehen, insgesamt ein Erfolg für die berufliche Bildung und für die Durchlässigkeit des Bildungssystems.

293 Verwendet wird vorrangig die Fachserie 11, Reihe 3, „Berufliche Bildung 2011" des Statistischen Bundesamtes.

294 Hierzu wird jeder Zellwert auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Nach dem angewendeten Rundungsverfahren beträgt die Abweichung vom Echtwert je ausgewiesener Datenzelle maximal 1. Somit kann auch die Summe der gerundeten Einzelwerte von der tatsächlichen Gesamtsumme abweichen; maximal entspricht die Abweichung der Summe der ausgewiesenen Merkmalsausprägungen.

E Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Die Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erhebt unter den sonstigen Prüfungsteilnehmern jährlich u. a. auch Teilnahmen und Prüfungserfolg an Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen eines Berichtsjahres (Berichtsjahr ist das Kalenderjahr); differenziert werden können diese nach weiteren Merkmalen wie: Fortbildungsberuf, Ausbildungsbereich, Prüfungserfolg, Geschlecht und Geburtsjahr der Teilnehmer, Wiederholungsprüfung, regionale Merkmale. Die Statistik ist eine Vollerhebung, für die Auskunftspflicht besteht. Die zuständigen Stellen melden die während des Kalenderjahres bei ihnen abgelegten Fortbildungs- und Meisterprüfungen bzw. Umschulungsprüfungen. Besteht die Fortbildungsprüfung aus mehreren Teilen (z. B. Kurse, Module), sind Prüfung und Teilnehmer/Teilnehmerinnen nur dann statistisch zu erfassen und nachzuweisen, wenn es sich um die letzte Stufe handelt, nach deren erfolgreichem Abschluss die neue Berufsbezeichnung geführt werden darf. Gezählt werden aber auch jene Prüfungen, die nicht erfolgreich bestanden wurden, sofern keine weitere Wiederholungsmöglichkeit mehr besteht. Fortbildungsprüfungen sind auch dann zu melden, wenn in der jeweiligen Fortbildungsordnung/Fortbildungsregelung nicht auf das Berufsbildungsgesetz Bezug genommen wird. Es wird zudem stets erfasst, ob es sich bei der jeweiligen Prüfung um eine Wiederholungsprüfung handelt oder nicht. Der Prüfungserfolg wird danach unterschieden, ob die Prüfung bestanden oder nicht bestanden wurde bzw. endgültig nicht bestanden worden ist.

Die Rechtsgrundlage der Statistik (§§ 4 und 5 Berufsbildungsförderungsgesetz [BerBiFG]) war für die Erhebungen der Jahre von 1993 bis 2006 unverändert geblieben; für diesen Zeitraum liegen somit miteinander vergleichbare, in Form fester Merkmalskombinationen erfasste Daten vor (sog. Aggregatdaten), und zwar auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kammern. Erhoben wurden danach die Anzahl der Prüfungsfälle, nicht jedoch der Prüfungspersonen. Prüflinge, die die Fortbildungsprüfung nicht bestanden haben und später an einer Wiederholungsprüfung teilnahmen (ggf. im selben Jahr), wurden deshalb mehrfach gezählt und dann als Wiederholer ausgewiesen. Die Revision des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) führte auch zu weitreichenden inhaltlichen und methodischen Umstellungen der Berufsbildungsstatistik; die Bestimmungen traten zum April 2007 in Kraft (vgl. Klaukien 2011; Schmidt 2008). Danach werden ab dem Berichtsjahr 2007 für die durchgeführten Fortbildungsprüfungen frei miteinander kombinierbare Individualdatensätze anstelle von Aggregatdaten gemeldet; darüber hinaus werden einzelne Merkmale teils neu bzw. differenzierter erfasst. Für die Umstellungsphase galten folgende Übergangsregelungen: Die zuständigen Stellen konnten die Angaben zu Fortbildungsprüfungen bis einschließlich Berichtsjahr 2009 auch noch als aggregierte Summendatensätze je einzelnen Fortbildungsberuf übermitteln, zudem waren auch fehlende Angaben für Merkmale zulässig. Mit dem Berichtsjahr 2010 entfielen sämtliche Übergangsbestimmungen. Die Ergebnisse für die Berichtsjahre 2007 und 2008 wurden wegen Schwierigkeiten bei der Umstellung und erheblicher Meldeausfälle vom Statistischen Bundesamt nicht veröffentlicht. Erst für das Berichtsjahr 2009 hat das Statistische Bundesamt wieder Ergebnisse zu den Fortbildungsprüfungen veröffentlicht. Im Ergebnis zeigte sich für die Zeit nach der Umstellung der Statistik ein Einbruch der gemeldeten Prüfungszahlen. Seit 2009 haben sich die Vollständigkeit der Meldungen sowie die Qualität der Daten weiter verbessert.

Im Berichtsjahr 2011 wurden insgesamt 118.335 Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen bzw. Meisterprüfungen gezählt; das waren rund 8.000 mehr als im Vorjahr 2010 → **Tabelle B4.4-1**. Damit ist fast wieder der Stand des Jahres 2006 erreicht.[295] Die Zahl der männlichen Prüflinge betrug 76.884 (65 %), die der Frauen 41.451 (35 %). Insgesamt haben 102.159 (86,3 %) Personen die Prüfung mit Erfolg absolviert; zwei Drittel (67.545) der bestandenen Prüfungen wurden von Männern und fast 35.000 von Frauen abgelegt.

Durchgeführt wurden die meisten dieser Prüfungen nach wie vor in den beiden Ausbildungsbereichen Industrie und Handel (60.033) und Handwerk (49.029). Im Handwerk erhöhte sich erneut die Zahl der Fortbildungsprüfungen zum Vorjahr um rund 4.400. Ähnlich hoch fiel im Bereich Industrie und Handel der Anstieg zum Jahr 2010 mit rund 3.600

295 Generell ist der zeitliche Vergleich der Fortbildungsprüfungsdaten für die Jahre vor und nach Umstellung der Statistik im Jahr 2007 nur bedingt möglich, und zwar infolge der methodischen Neukonzeption und des Meldeverfahrens. Die Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen waren nach der rückläufigen Entwicklung in den Jahren 1992 bis 2002 für die Jahre 2002 bis 2006 recht stabil geblieben; vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009, S. 277 f.

Tabelle B4.4-1: **Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2007 bis 2011 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht[1]**

	Teilnahmen an Fortbildungs-/ Meisterprüfungen			Anzahl: mit bestandener Prüfung		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt						
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	106.341	68.502	37.839	83.949	55.386	28.566
2010	110.043	70.758	39.285	93.357	61.497	31.860
2011	118.335	76.884	41.451	102.159	67.545	34.614
Industrie und Handel[2, 3]						
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	61.734	37.062	24.672	42.348	25.929	16.419
2010	56.442	32.562	23.880	42.843	25.353	17.490
2011	60.033	35.409	24.624	46.728	27.957	18.771
Handwerk						
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	36.114	29.076	7.038	34.131	27.459	6.672
2010	44.685	35.604	9.081	42.741	33.993	8.748
2011	49.029	38.670	10.359	47.496	37.431	10.065
Öffentlicher Dienst[4]						
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	1.977	762	1.215	1.815	702	1.113
2010	1.725	687	1.038	1.623	648	978
2011	1.896	738	1.155	1.698	654	1.044
Landwirtschaft						
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	1.659	1.260	399	1.362	1.029	333
2010	1.935	1.566	369	1.542	1.248	291
2011	2.274	1.698	579	1.662	1.200	462
Freie Berufe[4]						
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	4.644	342	4.302	4.131	267	3.864
2010	4.854	333	4.521	4.326	252	4.074
2011	4.941	366	4.575	4.440	300	4.140
Hauswirtschaft						
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	213	–	213	165	–	165
2010	405	9	396	282	3	279
2011	162	3	156	135	3	129

[1] Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) ab Berichtsjahr 2007 jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Für die Berichtsjahre 2007 und 2008 wurden keine Daten zu Fortbildungs-/Meisterprüfungen veröffentlicht.

[2] Die Zahl der Teilnahmen des Bereichs ist teilweise überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden. Zudem liegt für 2009 keine vollständige Erfassung vor, da verschiedene Kammern hierzu keine Meldungen abgegeben haben.

[3] Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

[4] Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle B4.4-2: **Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2011 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**[1]

Ausbildungsbereiche	Teilnahmen an Fortbildungs-/ Meisterprüfungen		darunter mit bestandener Prüfung		Anteil bestandene Prüfungen in %	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt	99.417	18.918	85.605	16.554	86,1	87,5
Industrie und Handel[2, 3]	51.339	8.694	39.936	6.795	77,8	78,2
Handwerk	40.569	8.460	39.234	8.262	96,7	97,7
Öffentlicher Dienst[4]	1.296	600	1.233	468	95,1	78,0
Landwirtschaft	2.097	177	1.548	114	73,8	64,4
Freie Berufe[4]	3.954	990	3.522	918	89,1	92,7
Hauswirtschaft	162	0	135	0	83,3	–

[1] Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen. Alte Länder ohne Berlin, neue Länder einschließlich Berlin.
[2] Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.
[3] Die Zahl der Teilnahmen des Bereichs ist überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden.
[4] Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus; zwischen 2009 und 2010 war hier die Zahl der abgelegten Fortbildungsprüfungen sogar um ca. 5.300 zurückgegangen.[296] Im Bereich freie Berufe unterzogen sich 4.941 Personen einer Prüfung. Es folgen die Bereiche Landwirtschaft mit 2.274 durchgeführten Fortbildungsprüfungen und der öffentliche Dienst (1.896). Die zuständigen Stellen in der Hauswirtschaft meldeten für 2011 die wenigsten, nämlich 162 Prüfungsteilnahmen nach 405 Teilnahmen im Jahr 2010.

→ **Tabelle B4.4-1** zeigt darüber hinaus bei den Prüfungsteilnahmen deutliche Unterschiede nach Geschlecht in den einzelnen Ausbildungsbereichen: Frauen stellten im Berichtsjahr 2011 nahezu alle Prüflinge bei Fortbildungs- bzw. Meisterprüfungen in den beiden Bereichen Hauswirtschaft (96,3 %) und freie Berufe (92,6 %). Am niedrigsten fiel der Anteil der Frauen an den Prüfungsteilnahmen im Handwerk mit 21,1 % aus, gefolgt vom Landwirtschaftsbereich, wo Frauen einen Anteilswert von 25,5 % erreichten. Im Bereich Industrie und Handel waren 41 % der erfassten 60.033 Prüflinge an Fortbildungs-/Meisterprüfungen weiblich. Im Jahr 2011 gab es im öffentlichen Dienst wie in den Vorjahren mehr Frauen (60,9 %) als Männer, die an Fortbildungsprüfungen teilnahmen.

→ **Tabelle B4.4-2** zeigt für das Berichtsjahr 2011 die unterschiedliche Größenordnung bei den Teilnahmen sowie der bestandenen Fortbildungs-/Meisterprüfungen nach Ausbildungsbereichen in den alten und neuen Ländern (einschließlich Berlin). Mit 18.918 in den neuen Ländern bzw. 99.417 in den alten Ländern wurden mehr als vier Fünftel (84,0 %) der insgesamt gezählten Prüfungen im westlichen Landesteil abgelegt. Öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft ausgenommen, lagen die Anteilswerte der Prüfungsteilnahmen der alten Länder in den Ausbildungsbereichen nahe dem Gesamtmittelwert von 84 %: Für den Bereich öffentlicher Dienst wurden 32 % (600 Teilnahmen) der Fortbildungsprüfungen in den neuen Ländern abgelegt. Dagegen fanden im Bereich Hauswirtschaft sämtliche Prüfungen in Westdeutschland statt.

Insgesamt lag im Jahr 2011 der Anteil bestandener Fortbildungs- und Meisterprüfungen mit 86,1 % in den alten Ländern und 87,5 % in den neuen Län-

296 Allerdings geht das Statistische Bundesamt (2012, S. 104) von überhöhten Zahlen für das Jahr 2009 aus; einige Kammern dieses Bereichs hätten entgegen der statistischen Vorgabe nach wie vor auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet.

dern nahe zusammen → **Tabelle B4.4-2**. Kaum noch Unterschiede gab es im relativen Prüfungserfolg zwischen alten und neuen Ländern in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel (77,8 % zu 78,2 %) sowie im Handwerk (alte Länder: 96,7 %; neue Länder: 97,7 %). Eingeschränkt traf dies auch für die freien Berufe zu, wo die angestrebten Fortbildungsabschlüsse im östlichen Bundesgebiet (92,7 %) etwas häufiger erreicht wurden als in Westdeutschland (89,1 %). Auffällig ist auch der deutlich größere Anteil bestandener Prüfungen im Westteil gegenüber den neuen Ländern im öffentlichen Dienst (alte Länder: 95,1 %; neue Länder: 78,0 %) und in der Landwirtschaft (73,8 % zu 64,4 %).[297]

Informationen zu Strukturen und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen und ausgewählten Prüfungsgruppen sind → **Tabelle B4.4-3** zu entnehmen: Ein Blick auf die Teilnahmezahlen zeigt die große Bedeutung einzelner Prüfungsgruppen. Fünfstellige Zahlen meldete der Ausbildungsbereich Industrie und Handel für die Prüfung zum Fachwirt/zur Fachwirtin (23.046 Teilnahmen) oder zum/zur Industriemeister/-in (10.914); der Handwerksbereich zählte 12.249 durchgeführte Prüfungen für die Gruppe der Fachwirte und knapp 23.000 Handwerksmeister. Damit machten die Industriemeister- und Fachmeisterprüfungen knapp ein Viertel (23 %) aller Fortbildungsprüfungen im IH-Bereich aus, im Handwerk gehörte fast die Hälfte der Fortbildungsprüflinge zur Gruppe Handwerksmeister/-in (47 %). Außerdem war die Teilnahme an der Meisterprüfung besonders im Landwirtschaftsbereich bzw. in der Hauswirtschaft mit über 80 % die häufigste Form beruflicher Aufstiegsfortbildung.

Weiblich waren 7 von 10 der gemeldeten Fortbildungsprüflinge des Jahres 2011 in der Gruppe der Fachkaufleute (IH-Bereich) bzw. 61 % im öffentlichen Dienst, im Bereich freie Berufe waren sogar 93 % Frauen. Bei der Fortbildungsprüfung zum/zur Fachwirt/-in stellten Frauen mehr als die Hälfte der Teilnehmer im Bereich Industrie und Handel (54 %). Dagegen wurde von Frauen nur rund ein Fünftel der Prüfungen mit dem Abschluss Betriebswirt/-in im IH-Bereich (22 %) bzw. Fachwirt/-in im Handwerk (21 %) abgelegt. Ähnlich niedrig auch der Anteil der Frauen an Prüfungen gewerblicher Fortbildungsberufe – 19,5 % betrug der Frauenanteil etwa in der Prüfungsgruppe Handwerksmeister/-in, bei den Industriemeistern sogar nur 3,7 %.

Die Fortbildungs-/Meisterprüfung wurde im Jahr 2011 von rund 17.700 Personen nach einem gescheiterten Prüfungsversuch wiederholt. Der Anteil der Wiederholungsprüfungen an allen abgelegten Fortbildungsprüfungen lag damit bei 15 %. Außerdem bestanden Zusammenhänge zwischen dem Anteil an Wiederholungsprüfungen und der Quote des Prüfungserfolgs. Für sämtliche Ausbildungsbereiche errechnete sich für das Jahr 2011 eine durchschnittliche Erfolgsquote von 86,3 %.[298] Dabei lagen die Erfolgsquoten im Bereich Handwerk (96,9 %) deutlich und im öffentlichen Dienst (89,6 %) sowie der freien Berufe (89,9 %) geringfügig über dem Durchschnittswert der Ausbildungsbereiche insgesamt. Demzufolge war der Anteil der Wiederholer in diesen Bereichen niedriger. Seltener erreichen dagegen Prüflinge im Bereich Industrie und Handel den angestrebten Fortbildungsabschluss im ersten Anlauf. Die Folge ist einerseits eine recht hohe Wiederholungsquote von 21,1 % und andererseits die mit 77,8 % unterdurchschnittliche Erfolgsquote des IH-Bereichs. Dieser Zusammenhang von Prüfungserfolg und Anteil an Wiederholern wird in → **Tabelle B4.4-3** auch bei den stark besetzten kaufmännischen Prüfungsgruppen deutlich. So betrug z. B. die Erfolgsquote bei den Fachkaufleuten in Industrie und Handel 75,9 %; bei den Fachwirten erreichten 73,3 % den angestrebten Fortbildungsabschluss. Beide Gruppen wiesen mit 25,2 % bzw. 24,4 % dazu die höchsten Anteile an Prüfungswiederholern auf.

Umschulungsprüfungen im Berichtsjahr 2011

Maßnahmen der Umschulung sollen gemäß § 1 Abs. 5 BBiG bereits berufstätige Erwachsene befähigen, sich beruflich neu zu orientieren, und ihnen den Über-

297 Auch im Berichtsjahr 2010 finden sich für diese Ausbildungsbereiche deutliche regionale Unterschiede beim Prüfungserfolg; vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B1.3.

298 Die entsprechende rechnerische Erfolgsquote lag z. B. im Berichtsjahr 2009 noch bei 78,9 %; vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel B1.3.

Tabelle B4.4-3: **Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2011 – Strukturen und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen und ausgewählten Prüfungsgruppen**[1]

Ausbildungsbereich Prüfungsgruppe	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen				darunter mit bestandener Prüfung	Erfolgsquote	Anteil Wiederholer
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter Wiederholungsprüfungen			
	Anzahl					in %	in %
Industrie und Handel	35.409	24.624	60.033	12.681	46.728	77,8	21,1
darunter:							
Fachkaufmann/Fachkauffrau	2.379	5.589	7.968	2.004	6.048	75,9	25,2
Fachwirt/Fachwirtin	10.548	12.495	23.046	5.628	16.887	73,3	24,4
Betriebswirt/Betriebswirtin	3.414	969	4.380	705	3.552	81,1	16,1
Industriemeister/Industriemeisterin	10.506	408	10.914	1.680	9.240	84,7	15,4
Fachmeister/Fachmeisterin	2.313	381	2.694	534	2.085	77,4	19,8
Handwerk	38.670	10.359	49.029	4.212	47.496	96,9	8,6
darunter:							
Handwerksmeister/ Handwerksmeisterin	18.432	4.458	22.887	2.985	22.236	97,2	13,0
Öffentlicher Dienst	738	1.155	1.896	69	1.698	89,6	3,6
Landwirtschaft	1.698	579	2.274	201	1.662	73,1	8,8
darunter:							
Sonstige Meisterprüfungen (Landw.)	1.437	564	2.001	183	1.482	74,1	9,1
Freie Berufe	366	4.575	4.941	546	4.440	89,9	11,1
Hauswirtschaft	3	156	162	9	135	83,3	5,6
darunter:							
Meister/-in der Hauswirtschaft	3	135	138	6	114	82,6	4,3
Alle Bereiche	76.884	41.451	118.335	17.718	102.159	86,3	15,0

[1] Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

gang oder Aufstieg in eine andere Berufstätigkeit ermöglichen.[299] Umschulungsregelungen können nach §§ 58 f. BBiG vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bundeseinheitlich erlassen werden oder mit regionaler Wirkung durch zuständige Stellen. Sie regeln Inhalt, Art, Ziel und Dauer der jeweiligen Umschulungsmaßnahme, die besonderen Erfordernissen der beruflichen Erwachsenenbildung zu genügen hat. Die Umschulung erfolgt entweder in anerkannten Ausbildungsberufen oder in anderen Berufen.[300] Ausgebildet werden können die Umschüler/-innen im dualen System oder in geeigneten Bildungseinrichtungen. Die Bundesagentur für Arbeit kann Teilnehmende an Umschulungsmaßnahmen etwa durch sogenannte Bildungsgutscheine fördern. Abschließend haben Umzuschulende in einer Umschulungsprüfung vor der zuständigen Stelle nachzuweisen, dass die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten erworben wurden.

299 Eine vorherige Berufsausbildung wird nicht vorausgesetzt; so kann der Umschüler z. B. vorher auch als Ungelernter tätig gewesen sein. Anders als bei der Nachqualifizierung soll bei der beruflichen Neuorientierung ein Beruf mit einem anderen Inhalt erlernt werden.

300 Bei einer Umschulung in anerkannten Ausbildungsberufen sind zusätzliche, für die Berufsausbildung geltende Vorschriften heranzuziehen, z. B. Ausbildungsberufsbild, Ausbilderrahmenplan oder Prüfungsanforderungen (§ 60 BBiG).

Tabelle B4.4-4: **Teilnahmen an Umschulungsprüfungen 2011 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**[1]

Ausbildungsbereich	Teilnahmen an Umschulungsprüfungen			darunter mit bestandener Prüfung			Anteil bestandene Prüfungen in %		
	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder
Industrie und Handel[2]	27.048	19.233	7.815	22.743	16.356	6.387	84,1	85,0	81,7
Handwerk	2.469	1.611	858	2.190	1.470	720	88,7	91,2	83,9
Öffentlicher Dienst[3]	378	222	156	345	195	153	91,3	87,8	98,1
Landwirtschaft	186	114	72	162	96	66	87,1	84,2	91,7
Freie Berufe[3]	1.068	627	441	918	555	363	86,0	88,5	82,3
Hauswirtschaft	36	12	24	30	9	18	83,3	75,0	75,0
Insgesamt	31.182	21.816	9.366	26.388	19.684	7.707	84,6	90,2	82,3
nachrichtlich:									
Frauen	10.671	7.170	3.504	9.039	6.183	2.856	84,7	86,2	81,5
Männer	20.508	14.646	5.862	17.349	12.501	4.848	84,6	85,4	82,7

[1] Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Insgesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen. Alte Länder ohne Berlin, neue Länder einschließlich Berlin.
[2] Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.
[3] Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Im Berichtsjahr 2011 nahmen rund 31.200 Personen an den Prüfungen im Rahmen von Umschulungsmaßnahmen teil → **Tabelle B4.4-4**. Für das Jahr 2010 waren nur knapp 23.000 Umschulungsprüfungen ermittelt worden. Einer Prüfung unterzogen hatten sich im Jahr 2011 in den alten Ländern 21.816 Personen, knapp 9.400 waren es in den neuen Ländern. Wie seit Jahren stellten Frauen gut ein Drittel aller Prüfungsteilnehmer/-innen (10.671 oder 34,2 %). Mit 27.048 oder 86,7 % an allen gemeldeten Umschulungsprüfungen hielt der Ausbildungsbereich Industrie und Handel weiter seinen Spitzenplatz. Mit deutlichem Abstand folgte das Handwerk mit knapp 2.500 oder 7,9 % der abgelegten Prüfungen. Die verbleibenden Umschulungsprüfungen (5,4 %) waren in den anderen vier Ausbildungsbereichen durchgeführt worden.

Fast 26.400 bestandene Umschulungsprüfungen zählten die zuständigen Stellen 2011; der Anteil der Erfolgreichen betrug damit 84,6 %, was dem Stand früherer Jahre entspricht. Regional gesehen übertraf der Anteil bestandener Prüfungen mit 90,2 % in den alten Ländern den der neuen Länder (82,3 %). Frauen waren bei Umschulungsprüfungen insgesamt genauso erfolgreich wie Männer (84,7 % zu 84,6 %). Allerdings bestanden Frauen die Prüfung im Westen (86,2 %) etwas häufiger als im Osten (81,5 %).[301] Wie → **Tabelle B4.4-4** weiter ausweist, lag der Anteil erfolgreich abgelegter Umschulungsprüfungen in den einzelnen Ausbildungsbereichen durchweg über 80 %. Überdurchschnittliche Erfolgsanteile erzielten dabei die Bereiche Handwerk (88,7 %) und besonders der öffentliche Dienst (91,3 %). Das Handwerk erreichte in den alten Ländern den Höchstwert bestandener Umschulungsprüfungen mit 91,2 %, für die neuen Länder betrug der entsprechende Erfolgsanteil 83,9 %. Im Osten wurde hingegen in den Bereichen öffentlicher Dienst (98,1 % vs. 87,8 %) und Landwirtschaft (91,7 % vs. 84,2 %) die Umschulung viel häufiger erfolgreich abgeschlossen als in Westdeutschland.

(Hermann Herget)

301 Bei den Männern näherten sich die Anteile bestandener Umschulungsprüfungen in den beiden Landesteilen an (alte zu neuen Ländern: 85,4 % zu 82,7 %).

C Schwerpunktthema: Digitale Medien – Entgrenzung von Lernen und Arbeiten

Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) bilden eines der konstituierenden Merkmale moderner Volkswirtschaften. Arbeitsprozesse sind in hohem Maße nur noch auf Grundlage einer IuK-gestützten Infrastruktur zu bewältigen. Technologische Innovationen beruhen auf der zunehmenden Vernetzung von mechanischen, elektronischen und IT-Komponenten. Die damit einhergehende Verschmelzung physikalischer Objekte mit virtuellen Anwendungen – Cyber Physical Systems (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften [acatech] 2011) – stellt eine der entscheidenden Voraussetzungen wettbewerbsfähiger Produktions- und Dienstleistungsprozesse dar.

Unverzichtbares Werkzeug zur Gestaltung dieser Arbeitsprozesse sind digitale Medien, deren Leistungsfähigkeit und Anwendungsmöglichkeiten sich in bisher nicht bekanntem Maße kontinuierlich steigern und ausweiten. Sie sind nicht nur Arbeitsmittel, sondern haben sich innerhalb kürzester Zeit zu einem leistungsstarken Lehr- und Lernwerkzeug entwickelt. Es findet eine Entgrenzung zwischen Arbeiten und Lernen statt. Digitale Medien geben den Fachkräften die Mittel in die Hand, mit denen sie – angesichts der zunehmenden Informatisierung der Facharbeit – direkt im Arbeitsprozess Informationen und Wissen austauschen und den an sie gestellten neuen Anforderungen nachkommen können. Für Arbeits- und Lernprozesse wird das gleiche Werkzeug, digitale Medien, eingesetzt. Bisher gewohnte Beziehungen zwischen Ausbildungsverantwortlichen und Auszubildenden lösen sich auf. Die IT-geprägten Innovationen fordern von der Berufsbildung Konzepte für die aktive Gestaltung beruflichen Lehrens und Lernens in der Aus- und Weiterbildung.

C1 Informationstechnologien – Innovationstreiber zur Gestaltung von Lern- und Arbeitsumgebungen

Als Arbeitsmittel bestimmen Computer den Betriebsalltag. Nahezu alle Betriebe nutzen das Internet für ihre Geschäftsprozesse. Der aktuelle OECD-Ausblick zur Internetwirtschaft (Organisation for Economic Co-operation and Development 2012) belegt die deutliche Dominanz mobiler Internetdienste, die seit 2009 die Anzahl der Breitbandfestanschlüsse übertreffen und deren Zuwachsraten unvermindert ansteigen. Ende 2011 waren sie im OECD-Raum mit ca. 670 Mio. mehr als doppelt so hoch wie die ca. 315 Mio. Festnetzanschlüsse. Komfortable Smartphones und Tablet-PCs wandeln Computer im Beruf wie im privaten Umfeld zu einem entgrenzenden Informations- und Kommunikationsmedium (ubiquitious computing). Fast alle Betriebe im OECD-Raum verfügen über einen Zugang zum Internet – was nicht mit einem eigenen Internetauftritt gleichzusetzen ist.

Die Internetwirtschaft selbst gilt als Innovationstreiber und Wirtschaftsmotor. Die mit ihren Dienstleistungen verbundenen Veränderungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft werden laut OECD zu einem zentralen Feld der Politikgestaltung. Da Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend zu einem Rückgrat der OECD-Volkswirtschaften werden, rücken sie zunehmend in das Blickfeld politischer Strategien. Für das Jahr 2011 definierten die OECD-Staaten entsprechend prioritäre Politikfelder, an deren Spitze der Breitbandausbau steht. Die erforderlichen Qualifikationen im Umgang mit IuK und Beschäftigungssicherung sind angesichts andauernder ökonomischer Herausforderungen an zweiter Stelle dieser Skala gewichtet. E-Government nimmt den 3. Rang ein, Sicherheit und Datenschutz den 4., Forschungs- und Entwicklungsprogramme den 5. Rang. Auf Platz 6 wird die technologische Diffusion von Geschäftsprozessen geführt, auf Rang 7

der elektronische Geschäfts- und Zahlungsverkehr, während digitale Inhalte Rang 8 einnehmen (Organisation for Economic Co-operation and Development 2012, S. 8).

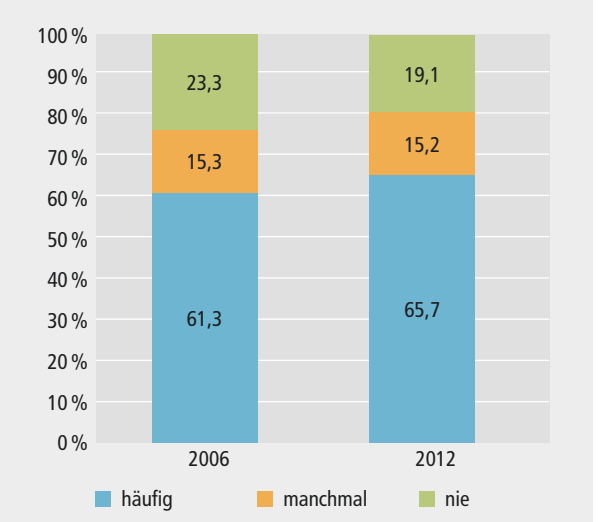
Die Durchdringung der Wirtschaft durch das Internet wird mithilfe der Daten und Analysen des OECD-Reports hervorgehoben, mit denen politische Entscheidungen auf Grundlage empirischer Daten erfolgen können. In den kommenden Jahren wird sich diese Durchdringung durch das Internet fortsetzen und ausdehnen, während der Geschäftsverkehr, Personen und Regierungen innovative Wege finden müssen, um das Potenzial vernetzter Systeme nutzen zu können.

C1.1 Megatrend „Informatisierung der Facharbeit"

BIBB-Analysen dokumentieren die hohe IT-Durchdringung der Arbeitsplätze in Deutschland. 80,9 % aller Kernerwerbstätigen (rund 29,2 Mio.) arbeiten 2012 mit Computern, 2 von 3 Erwerbstätigen (65,7 %) tun dies sogar häufig. 2006 waren es noch 76,6 %, darunter 61,3 % mit häufiger Nutzung → **Schaubild C1.1-1**.[302]

Der Großteil der Erwerbstätigen (71 %) nutzt den Computer 2012 als Anwender, bei jedem zehnten Erwerbstätigen (9,9 %) geht die Nutzung allerdings über die reine Anwendung hinaus. Der Anteil der Anwender hat sich zwischen 2006 und 2012 von 67,4 % auf 71,0 % erhöht → **Schaubild C1.1-2**. Der Anteil an Personen, die professionelle IT-Tätigkeiten ausüben, lag 2006 noch bei 9,3 %, hat sich also ebenfalls leicht erhöht. Die Struktur innerhalb professioneller IT-Tätigkeiten hat sich im Zeitverlauf nicht geändert: Rund 3 % arbeiten in IT-Kernberufen wie z. B. Softwareentwickler/-in, Informatiker/-in,

Schaubild C1.1-1: **Häufigkeit der Computernutzung in Deutschland**



Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006, 2012; Kernerwerbstätige; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Systembetreuer/-in, und rund 7 % sind zwar mit spezifischen Computertätigkeiten[303] betraut, arbeiten aber außerhalb der IT-Kernberufe (IT-Mischberufe).

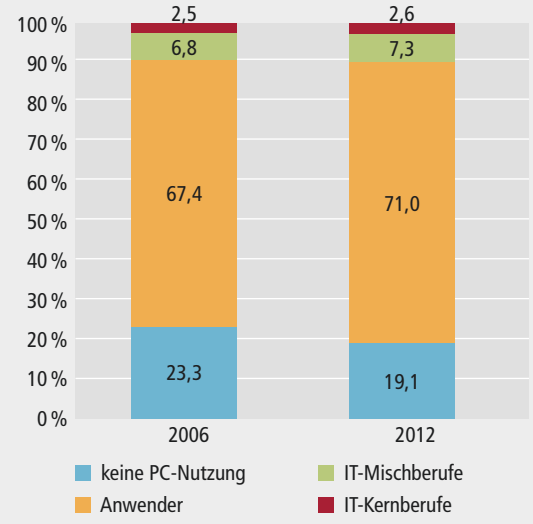
Wie unterscheiden sich unterschiedliche Qualifikationsgruppen in der IT-Nutzung im Jahr 2012? Von Personen mit Universitätsabschluss arbeiten heute nahezu alle (97,3 %) mit Computern, bei Personen ohne Abschluss liegt dieser Anteil bei 59,4 % und bei Personen mit Berufsausbildung bei 77 %. Hier sind es in erster Linie Personen in Produktionsberufen oder einfachen Dienstleistungsberufen, die keinen Computer nutzen. Der Computer als Arbeitsmittel wird im öffentlichen Dienst (87 %), in der Industrie (86,6 %) und im Handel (78,7 %) häufiger genutzt als im Handwerk (62,3 %).

Die Nutzung des Computers kann in unterschiedlicher Intensität erfolgen. In den Erwerbstätigenbefragungen wurde daher auch erfasst, wie viel Prozent der Arbeitszeit im Durchschnitt mit Arbeiten

302 Die Daten wurden im Rahmen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung erhoben. Bei dieser Befragung handelt es sich um eine telefonische, computerunterstützte Repräsentativbefragung von 20.000 Erwerbstätigen in Deutschland, die 2006 und 2012 vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) durchgeführt wurde. Grundgesamtheit sind Erwerbstätige ab 15 Jahren (ohne Auszubildende). Als Erwerbstätigkeit gilt eine Tätigkeit von regelmäßig mindestens 10 Stunden pro Woche gegen Bezahlung („Kernerwerbstätige"). Weitere Informationen zu Konzept, Methodik und Ergebnissen unter **http://www.bibb.de/arbeit-im-wandel**.

303 Software entwickeln, programmieren, Systemanalyse; IT-Technik oder Hardware entwickeln, produzieren; IT-Administration z. B. von Netzwerken, IT-Systemen, Datenbanken, Webservern; Webseitengestaltung, -betreuung; IT-Beratung, Benutzerbetreuung, Schulung; IT-Vertrieb.

Schaubild C1.1-2: **Art der Computernutzung in Deutschland**



Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006, 2012; Kernerwerbstätige; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

am Computer verbracht wird. Wurden 2006 noch 44 % der Arbeitszeit am Computer verbracht, so lag dieser Anteil 2012 bereits bei 48 %, die Zunahme ist allerdings nicht signifikant. Frauen arbeiten mit 53 % der Arbeitszeit signifikant relativ länger am Computer als Männer (44 %).

Die umfassende Verbreitung netzgestützter Arbeitsumgebungen hat in den vergangenen Jahren auch das Lehren und Lernen mit digitalen Medien zu einem konstituierenden Element in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und in der Facharbeit gemacht. Zugriffe auf netzgestützte Angebote zur beruflichen Bildung sind insbesondere für die mittlere Altersgruppe attraktiv. Eine repräsentative Befragung des Bundesverbandes der Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (BITKOM) 2011 belegt diesen Trend und weist u. a. nach, dass von den befragten Internetnutzerinnen und -nutzern ca. 54 % onlinegestützte Angebote zur beruflichen Weiterbildung nutzen.[304]

Wie mithilfe digitaler Medien das berufliche Lehren und Lernen so unterstützt und erweitert werden kann, dass sie den gewünschten Beitrag zur Bewältigung komplexer beruflicher Anforderungen leisten, ist eine Aufgabe, vor der die für die Berufsbildung Verantwortlichen seit der Dominanz der Informations- und Kommunikationstechnologien in sämtlichen Lebens- und Wirtschaftsbereichen stehen.[305] Ein entscheidender Impuls erfolgte z. B. mit der Einführung der gestaltungsoffenen Ausbildungsordnungen und der damit verbundenen Prozessorientierung Ende der 1990er-Jahre. Das Berufsbildungssystem reagierte damit proaktiv auf die immer schnellere technologische Entwicklung, die wesentlich durch IuK induziert wurde.

Digitale Medien kommen inzwischen quer zu allen Branchen und Berufen zum Einsatz. Sowohl in gewerblich-technischen Berufen, kaufmännischen und verwaltenden Berufen wie auch aus der Dienstleistungswirtschaft sind digitale Medien zur Unterstützung der Aus- und Weiterbildung und in der Facharbeit nicht mehr wegzudenken. In technologieintensiven Branchen (z. B. Telekommunikation, IT-Wirtschaft, Maschinen- und Anlagenbau, Werkstoff- und Nanotechnologie, Elektro- und Optotechnik, Mikrosystemtechnik) mit kurzen Innovations- und Produktzyklen gehört ihr Einsatz zum Tagesgeschäft. Im Kontext von Gebäudedienstleistungen (z. B. Systemintegration) können vernetzte technische Systeme nur noch virtuell abgebildet und die für eine sachgerechte Installation, Inbetriebnahme, Instandhaltung/(elektronische) Störfallanalyse und -behebung und Modernisierung notwendigen Wissensinhalte mithilfe digitaler Medien vermittelt werden (Visualisierung, Prozessabläufe, Simulationen, technische Anleitungen und Produktinformationen).

Die hohe Technologie- und Wissensintensität beruflicher Facharbeit führt zu einem verstärkten Bedarf,

304 Siehe „Das Internet bildet", BITKOM-Presseinformation vom 13. September 2013 unter: **http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM-Presseinfo_Internet_ist_Bildungsmedium_13_09_2011.pdf**.

305 In der AG VI „Bildung und Forschung für die digitale Zukunft" des seit 2006 jährlich stattfindenden IT-Gipfels (**http://www.it-gipfel.de/**) werden u. a. auch die Auswirkungen zur fortlaufenden Informatisierung der Facharbeit sowie Lösungsstrategien zur Gestaltung des damit verbundenen Wandels in der Berufsbildung zur Diskussion gestellt. Neben dem Themenschwerpunkt zur „Aus- und Weiterbildung von Fachkräften" wurden in der AG IV des IT-Gipfels 2012, der im November 2012 in Essen stattfand, in einem zweiten Themenschwerpunkt Fragen zur „Forschung für die digitale Zukunft" diskutiert.

Wissens- und Lerneinheiten dort zur Verfügung zu stellen, wo sie gebraucht werden: nah am Arbeitsplatz und am Prozess der Arbeit orientiert. Digitale Medien stellen dafür eine ideale Brücke dar, mit der die enge Wechselbeziehung zwischen Ausbildung, wissensintensiver Facharbeit und fortschreitender Technologieentwicklung in einen interdependenten Zusammenhang gebracht werden kann (Härtel 2012).

Fachwissen verändert sich in immer kürzeren Zyklen, die Halbwertszeit des einmal gewonnenen Wissens verkürzt sich rapide. Dieses Wissen muss in immer neuen und sich verändernden Lern- und Arbeitssituationen eingesetzt und „situativ" reflektiert werden (können). Strukturierte Datenbestände in netzgestützten Fach-Communitys ermöglichen das schnelle und zielgerichtete Suchen nach Informationen, die für die Ausführung der Facharbeit benötigt werden.

Zukunftsfähiges Lernen wird sich mithilfe digitaler Medien als ein selbstgesteuertes Wissensmanagement und als individualisierter Wissenserwerb der einzelnen Lerner darstellen. Das Internet ist breit zugänglich und wird für die Nutzung des weltweiten Informationsangebotes eingesetzt. Im Takt der Entwicklung der Wirtschaft zu global vernetzten Unternehmensstrukturen hat es sich zur Basis der Globalisierung von Informationen, zur universellen, weltweit verfügbaren Bibliothek entwickelt. Durch das Zusammenrücken von Inhalt, Didaktik und Technologie kann das Internet als neues und extrem leistungsfähiges Aus- und Weiterbildungsmedium genutzt werden. Der Computer, egal ob stationär oder mobil, ist Arbeits-, Informations-, Kommunikations- und Präsentationsmittel in einem. Unterschiedliche Phasen handlungsorientierter Lernprozesse können damit in einem einzigen Medium integriert werden.

Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten, z. B. in der Automobilwirtschaft, sind nur noch mittels computergestützter Diagnosesysteme möglich. In der Metalltechnik repräsentieren die IT-induzierten Unterstützungssysteme für die CNC- und HSC-Technik (Computerized Numerical Control und High Speed Cutting) moderne Arbeitsumgebungen, in denen besonders auch die Fachkräfte der mittleren Qualifikationsebene mit zusehends komplexen und automatisierten Systemen arbeiten. Durch die Umstellung auf digitale Verfahren in der Druckindustrie entstanden neue IT-gestützte Mediendienstleistungen, neue Berufe sowie Geschäftsfelder. Kaufmännische und verwaltende Berufe sind in hohem Maße in internetgestützte Informations-und Kommunikationsumgebungen integriert (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012c).

Facharbeit wird so zwar insgesamt nicht zur Wissensarbeit, Wissensarbeit wird aber zu einem Teil und einer relevanten Voraussetzung für Facharbeit. Wissensaufbereitung, Wissensvermittlung und -verteilung, Wissensdokumentation und -aktualisierung haben sich in diesem Kontext zu einem Wertschöpfungsfaktor gewandelt. Er ist ebenso wie die Produktionsfaktoren Rohstoff, Kapital und Arbeit ergebnisorientiert und zielführend zu bewirtschaften, um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sichern zu können (Krenz/Wulfsberg/Bruhns 2012, S. 349).

„Moderne IuK-Technologien ermöglichen heute einen umfassenden Austausch von Wissen und Information, wodurch diese beiden zentralen Produktionsfaktoren nicht mehr lokal gebunden sind. Die industrielle Produktion wird so aus den engen Strukturen der Fabrik befreit. Es entsteht eine unternehmensübergreifende Wertschöpfung … Industrielle Produktion wandelt sich so zu einer Wertschöpfung in interaktiven Netzwerken, in denen komplexe Problemstellungen durch eine entfaltete kollektive Intelligenz der beteiligten Akteure gelöst werden" (Krenz/Wulfsberg/Bruhns 2012, S. 152).

Diese Informatisierung des Berufsalltags wird durch digitale Medien und ihre zunehmende Konvergenz getragen, mit deren Hilfe es möglich geworden ist, komplexe Arbeitszusammenhänge und abstrakte Wertschöpfungsketten individuell für die einzelne Fachkraft nachvollziehbar abzubilden. Seit der „Erfindung" des iPhone im Jahr 2007 bieten z. B. mobile Endgeräte in kurzen Zyklen immer leistungsstärkere und komfortablere Unterstützungsdienste zum arbeitsintegrierten Informations- und Kommunikationsaustausch, orts- und zeitunabhängig.

Die Mehrzahl der Beschäftigten der mittleren Qualifikationsebenen ist mit einer zunehmenden Komplexität technischer Systeme und Maschinen in der täglichen Facharbeit konfrontiert (Hackel 2011, Schmidt-Hertha u. a. 2011). Elektronische, mechanische und IT-Komponenten fordern neben fachlichem Know-how bei Instandhaltungs- und Wartungsintervallen überfachliche Kompetenzen zur Analyse abstrakter Informationen. Das in der beruflichen Aus- und Weiterbildung vermittelte fachliche Wissen zur Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben ist ohne die Unterstützung durch digitale Medien nicht mehr möglich.

„Um dieser Dynamik gerecht zu werden, zeigte es sich als erforderlich, technologieadäquate Lernumgebungen zu schaffen, in welchen produktionstechnische Selbstlernprozesse initiiert und moderiert werden konnten … Entscheidend für den Erfolg von innovativen Lernkonzepten ist das widerspruchsfreie Alternieren von neuem Wissen und betrieblicher Praxis. Der Lernprozess orientiert sich dabei idealerweise an der unternehmensinternen Kommunikation und erfolgt in den Schritten Kommunizieren, Verstehen, Erleben und Anwenden. Eigenständige Wissensgenese, -anwendung, -transformation und -weiterentwicklung können dabei direkt in die produktionstechnische Lehre implementiert werden“ (Abele u. a. 2012, S. 147–148).

Orts- und zeitunabhängig einsetzbar garantieren digitale Medien den Zugriff auf Informationen und Wissen, die für die Ausbildungspraxis, die tägliche Facharbeit, aber auch das lebensbegleitende Lernen grundlegende Voraussetzung sind. Gleiches trifft auf die (selbstständige) Organisation von Problemlösungsprozessen zu. Die einzelnen Beschäftigten werden nicht mehr in der Lage sein, sämtliches Fachwissen vorzuhalten. Sie werden sich in Datenbanken das benötigte Wissen immer wieder neu beschaffen müssen, sie werden mit Kollegen/Kolleginnen über Problemlösungen per Funk kommunizieren sowie mit mobilen Endgeräten elektronische Diagnoseverfahren und Störfallbehebungen vor Ort durchführen. Informationen und Erkenntnisse im Zuge der Aufgabenlösung werden von den einzelnen Technikern/Technikerinnen und Monteuren/Monteurinnen in einen gemeinsamen Wissenspool rückgemeldet und stehen für Kollegen/Kolleginnen, die vor ähnlichen Problemen stehen, aktuell zur Verfügung. „Kollektives Wissen“, Wissensaustausch und gemeinsame Wissensnutzung in Experten- bzw. Fach-Communitys konstituiert sich zu einem neuen Merkmal moderner Facharbeit und der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben.

Die umfassende Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK), ihre breite Verfügbarkeit sowie immer „smartere“ Anwendungen haben zu der fundamentalen Veränderung der Arbeits- und Ausbildungswelt geführt. IuK waren gleichzeitig der Katalysator für globalisierte Wirtschaftsstrukturen mit zuvor nicht bekannten dynamischen Veränderungsprozessen. Die mit den Schlagwörtern Wissensgesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft oder digitales Zeitalter umschriebene Entwicklung hat dazu geführt, dass IuK in Deutschland zu einer der stärksten Triebfedern für Innovationen geworden sind. Sie bilden die technologische Basis und sind verantwortlich für die zunehmende Informatisierung der Facharbeit. IuK zählen gleichzeitig zu den elementaren Existenzbedingungen vernetzter und globalisierter Wirtschaftssysteme, in denen Flexibilität und die ergebnisorientierte Nutzung kontinuierlich steigender Informations- und Wissensbestände zu den entscheidenden Ressourcen der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben zählen. Diese technologiegetriebene Entwicklung verläuft nicht linear, sondern ist durch Technologiesprünge gekennzeichnet.

Die unter dem Schlagwort „vierte industrielle Revolution“/„Fabrik 4.0“ (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. [BITKOM] 2012, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2012) und „Internet der Dienste“ diskutierten Konsequenzen für die betriebliche Facharbeit, für Dienstleistungen und die angemessene Qualität beruflicher Aus- und Weiterbildung werden dazu führen, dass berufliche Aus- und Weiterbildung als Grundlage qualitativ hochwertiger Fertigungs- und Dienstleistungsprozesse in einer digitalisierten Gesellschaft nur noch mit dem Einsatz digitaler Medien möglich ist. Der IT-Gipfel 2012 stellte diesen Kontext in seiner Arbeitsgruppe VI „Bildung und Forschung für die digitale Zukunft“ in das Zentrum der Diskussion (vgl. Fußnote 304).

Industrie 4.0 – ein Zukunftsprojekt der Hightech-Strategie 2020 der Bundesregierung

Industrielle Produktionsprozesse werden gegenwärtig durch technologische Innovationen und Entwicklungen rasant transformiert. Bereits heute arbeiten 98 % aller Mikroprozessoren eingebettet, d. h., sie sind über Sensoren und Aktoren mit der Außenwelt verbunden. In Zukunft wird sich diese Entwicklung zunehmend weiter in Richtung Vernetzung von Mikroprozessoren untereinander und mit dem Internet auszeichnen. Durch sogenannte Cyber-Physische Systeme (CBS) verschmilzt dabei die physikalische zunehmend mit der virtuellen Welt (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften 2011). Durch den Einsatz solcher CBS können industrielle Prozesse in der Produktion, im Engineering, in der Materialverwendung sowie im Lieferketten- und Lebenszyklusmanagement enorm verbessert und effizienter gestaltet werden. Smartphones, Navigations- und Mautsysteme gelten als Vorboten einer „vierten industriellen Revolution", der „Industrie 4.0", welche nach Ansicht namhafter Experten industrielle Produktionsprozesse auf allen Ebenen tief greifend revolutionieren wird. Der Wirtschaftsstandort Deutschland profitiert seit Jahren von seinen hohen Exporterfolgen. Ein Großteil davon entfällt auf den Maschinen- und Fahrzeugbau sowie auf elektrische Ausrüstungen. Die hochgradig wettbewerbsfähige Produktion von innovativen technischen Gütern und Dienstleistungen stellt den entscheidenden Faktor dar, um den Wohlstand Deutschlands sicherstellen zu können. Die fortwährende Verbesserung und Erneuerung von Prozessen und Produkten im Bereich der Hochtechnologie ist daher von immenser Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland auch in Zukunft gewährleisten zu können. Aus diesem Grunde wurde, unter anderem gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), das Zukunftsprojekt „Industrie 4.0" ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist es, Unternehmen dabei zu unterstützen, Cyber-Physische Produktionssysteme zu entwickeln und einzuführen und Rahmenbedingungen innovationsgerecht zu gestalten, damit Deutschland sich zum Leitanbieter für CBS entwickeln kann und so bestehende Wachstumspotenziale ausgebaut und neue Perspektiven eröffnet werden können.

Weitere Informationen unter: **www.forschungsunion.de/aktivitaeten/2012_10_02_umsetzungsforum_industrie_4_0/**.

Neue Dienste, wie zum Beispiel Cloud-Services als Option zur Ablösung teurer Server-Architekturen, weisen auf neue erweiterte Möglichkeiten der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien hin. Für viele der ca. 1 Mio. Handwerksbetriebe in Deutschland mit ihren rd. 5,15 Mio. Beschäftigten zeichnen sich z. B. durch die Möglichkeiten des Cloud-Computing Ressourceneinsparungen ab (Christmann u. a. 2012, Kasper/Kett/Weisbecker 2012). Sie können auf diese Weise teure, lokal installierte Softwarelösungen (sogenannte „On-Premise"-Installationen) und laufende Bereitstellungs- und Servicekosten deutlich reduzieren. Der Server wird in die Cloud „verlagert", ein Cloud-Dienstleister beschafft und betreibt die erforderliche Hardware und garantiert die Instandhaltung.

*„Wurden bisher in den Unternehmen eigene IT-Abteilungen oder externe Berater damit beschäftigt, von Hand spezifisch zugeschnittene Infrastrukturen und Dienste zu entwickeln und zu betreiben, wird es in dem neuen Paradigma für jedermann möglich, diese Dienste konfektioniert aus dem Netz zu beziehen – so einfach wie heute Energie aus der Steckdose bezogen wird. Damit können auch mittelständische Unternehmen Technologien nutzen, die bislang großen Unternehmen vorbehalten waren" (*Kasper/Kett/Weisbecker 2012, S. 13).

Eine Reihe damit zu lösender Fragen zu Sicherheit, Datenschutz und Geschäftsmodellen sind Gegenstand des Forschungsprogramms „Trusted Cloud"[306] des BMWi, mit dessen Hilfe für Handwerk und Mittelstand ein breitenwirksamer und komfortabler Zugang zu IT-basierten Diensten eröffnet werden soll. Die sogenannte „Mensch-Maschine-Interaktion" (vgl. Deutsche Akademie der Technikwissenschaften 2011) wird sich zu einem der konstituierenden Elemente beruflicher Facharbeit entwickeln. Die Fertigung, Steuerung und Instandhaltung komplexer technischer Systeme erfolgt netzgestützt und vermehrt automatisiert, Arbeitsprozesse sind zunehmend virtuell abgebildet. Selbstgesteuertes Lernen, einzeln oder im Team, direkt im Arbeitsprozess, moderierend begleitet durch Ausbildungspersonal,

306 Siehe: **http://www.bmwi.de/DE/Service/Wettbewerbe/Archiv/trusted-cloud.html**.

Dozenten/Dozentinnen oder Experten/Expertinnen, wird zum integralen Element beruflicher Facharbeit.

Die notwendigen Informationen werden über entsprechend aufbereitete Datenpools aus dem Internet gewonnen. Auch Kollegen/Kolleginnen, mit denen man über mobile Endgeräte in Echtzeit verbunden ist, dienen als Partner, die in diesen vernetzten Systemen für einen unmittelbaren Erfahrungsaustausch zur Verfügung stehen. Komplexe Aufgabenstellungen können effektiver durch den unmittelbaren Austausch personalisierten Wissens der einzelnen Fachkräfte gelöst werden, mithilfe vernetzter Kommunikation erfolgt kontinuierlich die Aktualisierung von Wissensbeständen (Pierre Audoin Consultants 2012). Die Strukturierung großer Datenmengen im Internet erfolgt auf Basis semantischer Technologien, die eine zielgerichtete „intelligente" Identifizierung ausgewählter (miteinander verknüpfter) Fachinhalte ermöglichen sowie diese Inhalte auf Grundlage spezifischer Suchanfragen fortschreiben und nutzerfreundlich verwalten. Fachinhalte werden in Beziehungen zueinander gesetzt, fachliche Tätigkeiten und deren Dokumentation vor Ort können für eine andere Fachtätigkeit an einem anderen Ort interpretiert und aktiviert werden. Jede Aktivität im „Semantic Web" wirkt sich auf die anderen in ihm miteinander verknüpften Aktivitäten aus. Das „Internet der Dienste" wird gezielt auch für die berufliche Bildung operationalisiert.

THESEUS

Das Forschungsprogramm THESEUS wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) mit dem Ziel initiiert, innovative Technologien zum intelligenten Informationsmanagement zu entwickeln und damit zur Schaffung eines „Internets der Dienste" beizutragen. Im Fokus stehen dabei sogenannte semantische Technologien, mit denen Computerprogramme in die Lage versetzt werden können, die inhaltliche Bedeutung von Informationen zu erfassen und zueinander in Beziehung zu setzen. Die Programme können dann mithilfe dieser Technologien selbst logische Schlüsse aus den Informationen ziehen und Zusammenhänge erkennen oder herstellen. Dadurch wird die Grundlage für neuartige Produkte, Werkzeuge, Dienste und Geschäftsmodelle für das „Internet der Dienste" gelegt. Um zu ermitteln, wie diese Technologien in der Praxis genutzt werden können, und auf ihrer Grundlage möglichst schnell neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, werden sie von den beteiligten Partnern in 6 Anwendungsszenarien prototypisch eingesetzt und erprobt.

Dabei sind insgesamt 60 Forschungspartner aus Wissenschaft und Wirtschaft am Forschungsprogramm THESEUS beteiligt und stellen sich gemeinsam der Aufgabe, effizientere Wissenserschließung und neue Dienste im Internet zu ermöglichen und so die Grundlage für die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Geschäftsmodelle zu schaffen. Dadurch stärkt THESEUS nicht nur Deutschlands Position im Bereich der Internetforschung, sondern trägt auch dazu bei, dass Unternehmen aus Deutschland das „Internet der Dienste" mit innovativen Produkten und Dienstleistungen aktiv mitgestalten und von diesem Zukunftsmarkt profitieren. Durch die aktive Mitgestaltung der digitalen Zukunft sollen so wichtige Impulse für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung gegeben werden.

Weitere Informationen unter: **http://teslanewhp-public.sharepoint.com/**

C1.2 Neue Dienstleistungen des Handwerks am Beispiel der Gebäudesystemintegration

Beispielhaft lässt sich anhand der Gebäudedienstleistungen des Handwerks die umfassende Informatisierung der Facharbeit nachzeichnen, die das Verschmelzen von Lernen und Arbeiten mit digitalen Medien dokumentiert. Gleichzeitig zeigt diese Entwicklung deutlich, in welchem Maße betriebliche Aus- und Weiterbildung und zukunftsfähige handwerkliche Dienstleistungen von der sachgerechten Nutzung digitaler Medien abhängt. Komplexe Gebäudesystemtechnik mit allen Möglichkeiten der Fernüberwachung, -bedienung und automatisierter Steuerung energieeffizienter Systeme (Smart Home, Smart Meter, Smart GRID) wird vom Handwerksbetrieb beim Kunden in Wohn- oder Funktionsgebäuden installiert.

Laut einer Studie „Global Smart Home Market“ (zitiert in Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2011b, S. 6–67) wächst der weltweite Smart-Home-Markt von 4 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 8,3 Milliarden Euro im Jahr 2015, was einem jährlichen Zuwachs von 15,6 % entspricht. Für Deutschland errechnen die Universität Potsdam und die VDI/VDE Innovation und Technik GmbH eine Steigerung des Smart Home Markts von 2 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2015, danach wird von einer Entwicklung des Marktvolumens um 23,5 % jährlich auf 19 Milliarden Euro im Jahr 2025 ausgegangen. Der auf ITK-Anwendungen beruhende Anteil des Umsatzes erhöht sich von 70 % im Jahr 2010 auf über 75 % im Jahr 2015 und 80 % im Jahr 2025. Der ITK-Umsatz beträgt dann 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2010, 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2015 und 15,2 Milliarden Euro im Jahr 2025. Das Handwerk wird nur mit hoch qualifiziertem Fachpersonal, das in der Lage ist, die damit verbundenen IT-basierten Gebäudedienstleistungen einwandfrei zu erbringen, auf diesem Wachstumsmarkt bestehen. Wissensvermittlung, Wissensreflexion und -adaption, Wissenstransfer und Wissensdokumentation bilden grundlegende Elemente eigenverantwortlichen Handelns einzelner Fachkräfte oder Teams in diesem Segment.

Die dafür benötigten Herstellerinformationen der Industrie zur Installation der vernetzten Systemkomponenten sind fast vollständig digitalisiert. Sie werden von Handwerksbetrieben genutzt, die spezifische Produkte bzw. Anlagen im Rahmen ihrer Kundendienstleistungen installieren, warten und betreuen. Die Hersteller haben ihre Informationen über Produkte, Produktinnovationen, technische Dokumentationen und Ersatzteile für die verschiedenen Systeme und Anlagen z. B. in Form elektronischer Kataloge als Teil ihrer Homepage aufbereitet. Anleitungen zur Installation, Steuerung, Wartung, Störfallsuche und -behebung existieren in Form multimedialer Trainingssoftware. Die verfügbaren digitalen Hilfen können Arbeitsablaufpläne, Checklisten, Manuals und digitale Videos zur Unterstützung der Facharbeit abbilden:

- **Installation** (Umsetzung des Installationsplanes oder der technischen Zeichnung in Stücklisten und Arbeitsablaufpläne und Videos, die den „richtigen“ Arbeitsvorgang darstellen);
- **Inbetriebnahme** (Manuals oder Checklisten sowie animierte Computersimulationen zur Vorbereitung auf den Umgang mit den Prüfprogrammen des Computers in der Heizungsanlage);
- **Wartung** (spezifische Wartungsmanuals und Arbeitsablaufpläne, digitale Videos mit den einzelnen Schritten einer Wartung, Programme zum Lokalisieren und Benennen der zu wartenden Teile und der vorzunehmenden Reihenfolge von Arbeitsschritten);
- **Störfallbehebung** (vom Vorgehen nach Versuch und Irrtum bis zu einer gezielten Fehlerdiagnose unter Hinzuziehung der gespeicherten Regelparameter der Anlage und Fehlersuchprogrammen).

Über die Vermittlung von Produktkenntnissen hinaus geht es in den Qualifizierungsangeboten der herstellenden Industrie zunehmend auch um die Vermittlung von System- und Beratungswissen (Hahne 2001, S. 111):

- Hersteller veranschaulichen abstrakte Funktionszusammenhänge ihrer technischen Systeme durch Visualisierungen. Sie öffnen die „Black Box“. Hierbei nutzen sie insbesondere die netzgestützten Möglichkeiten, um von einem realen Bild zum animierten Funktionsbild zu wechseln. Typisch hierfür sind z. B. in der Haustechnik die

Darstellung der schrittweisen Öffnungen von Niedertemperatur- und Brennwertgeräten bis hin zu animierten Funktionskreisläufen. Auch Thermostatarmaturen im Wasserbereich werden fließend vom Realbild bis hin zu animierten Schnittdarstellungen über die Mischungsvorgänge in diesen Thermostatarmaturen dargestellt.

- Gleiches gilt für die Simulation von Steuerungs- und Regelungsvorgängen. Teilweise kann man durch Ansteuern bestimmter Bereiche Steuerungsparameter verändern und die Auswirkung auf andere Bereiche in der Simulation erfahren. Auch Havarien, die entsprechende Störfallsuche und -behebung, können als Simulation für Lehr-/Lernzwecke genutzt werden. Die Installation, Wartung und Instandhaltung komplexer technischer Systeme erfolgt im virtuellen Raum und kann ohne teure Fehler eingeübt werden.
- Die Online- und Offline-Angebote enthalten videogestützte Montage-, Demontage- und Wartungsmanuals, die den ursprünglich dickleibigen Printmedien an Verständlichkeit erheblich überlegen sind.
- Demontage und Explosionszeichnungen können dabei z. B. direkt mit dem Ersatzteilbestellwesen verknüpft werden. Die Entwicklungen enthalten Testprogramme zur Störfallbehebung mit Checklisten und Fehlersuchkonzepten.

Für die handwerklichen Dienstleistungen beim Kunden vor Ort, aber auch für Servicearbeiten von Monteuren und Technikern in Großunternehmen haben sich mobil verfügbare IuK-Technologien zu einem unverzichtbaren Medium entwickelt, das lernförderliche Informationen ortsunabhängig für den spezifischen Einsatz beim Kunden sowie die Option für kollaboratives Lernen und Erfahrungsaustausch in Echtzeit verlässlich bietet (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012).

Smart Grid, Smart Meter, Smart Home

„Intelligente Energiesysteme" sind eine der Grundvoraussetzungen für die Nutzung von Effizienzpotenzialen unter Einbeziehung erneuerbarer Energien. Der sich zusehends etablierende Gesamtmarkt intelligenter Energiesysteme setzt sich in der Hauptsache aus der Errichtung und Instandhaltung der Stromnetzinfrastruktur und der zugehörigen Steuerungstechnik (Smart Grid), der individualisierten Abrechnung von Strom (Smart Metering), der Integration energieeffizienter Mobilität (Elektromobilität) inkl. ihrer Infrastruktur (Ladestationen), der individualisierten „intelligenten" Anpassung des Energieverbrauchs durch bedarfsgerecht arbeitende Hausgeräte (Smart Appliances) sowie schließlich der Anbindung an „intelligente" Gebäude (Smart Home) zusammen.

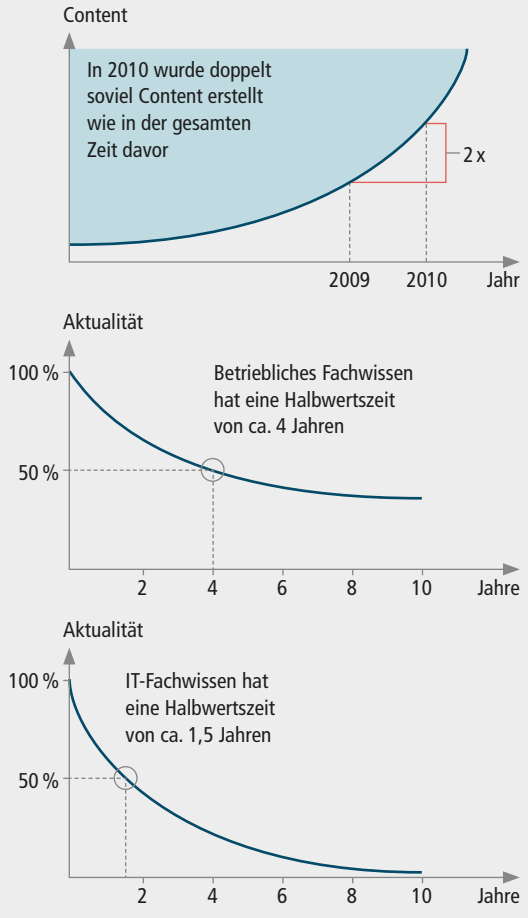
Informationstechnologie und Energieströme verschmelzen technologisch miteinander, um einem zukunftsfähigen Energiemix die notwendigen Funktionalitäten bereitstellen zu können. Diese werden durch qualifizierte und hochmoderne handwerkliche Dienstleistungen realisiert, bei denen zusehends Elektrotechnik und Informationstechnologie miteinander vernetzt werden („Cyber Physical Systems"). Zur Identifizierung und Entwicklung der dafür notwendigen hochwertigen und wissensintensiven handwerklichen Dienstleistungen unterstützt das BMBF im Zusammenhang mit seiner Fördermaßnahme „Mobile Learning" das Pilotprojekt „SmartMobile" des Elektrotechnologiezentrums Stuttgart (**www.etz-stuttgart.de**).[307]

„Denn gerade beim Wissen gilt mehr als jemals zuvor: Nichts ist so beständig wie der Wandel. Während es um 1800 noch hundert Jahre dauerte, bis sich das Wissen verdoppelt hatte, geschieht dies seit Anfang des 21. Jahrhunderts im Abstand von nur noch 4 Jahren. Zugleich sinkt die Halbwertszeit unseres Wissens rapide. In einigen Branchen ist das Fachwissen teils

307 Das BIBB begleitet dieses Projekt ebenso wie die anderen in den Fördermaßnahmen des BMBF zum Thema „digitale Medien" geförderten Projekte. Damit soll eine gezielte Ergebnisverwertung für die berufliche Bildung unterstützt werden (vgl. auch S. 40). Erste Ergebnisse von Smart Mobile werden auf einer BIBB-Fachtagung *„Digitale Medien – analoge Wirklichkeiten: Mobiles Lernen in verteilten Arbeitsumgebungen – Smart Home und Smart Grid – Handwerk in Hochtechnologiefeldern"* am 4. Juli 2013 in Leipzig der Berufsbildungsöffentlichkeit präsentiert und zur Diskussion gestellt. Diese Fachtagung findet als „Side Event" zu den vom 2. bis 7. Juli 2013 in Leipzig stattfindenden WorldSkills – Berufe-Weltmeisterschaften (**http://www.worldskillsleipzig2013.com/start/**) statt.

schon nach einem Jahr überholt. … Aus diesem Grund ist es notwendig, eine neue Form des Lernens zu etablieren, in der das Lernen im Kontext der Arbeit stattfinden kann und in der es dem Mitarbeiter möglich ist, situativ zu lernen" (Blum/Dübner 2012, S. 42) → **Schaubild C1.2-1**.

Schaubild C1.2-1: **Halbwertszeit von Wissen**



Das Wissen vermehrt sich exponentiell, die Halbwertszeit sinkt.
Blum/Dübner 2012, S. 42

Quelle: Harvard Business Review, Statistisches Bundesamt

Der Informationsaustausch auf Grundlage immer leistungsstärkerer mobiler Endgeräte eröffnet die Möglichkeit, das für die Durchführung einer fachlichen Tätigkeit benötigte Wissen in Echtzeit sowohl abrufen wie auch entgegennehmen zu können. Überschaubare Wissensbausteine und Informationseinheiten ermöglichen Lernen und Kompetenzerwerb im realen Arbeitsprozess sowie die Weitergabe von zusätzlich erworbenem Wissen direkt auf der Baustelle oder beim Kunden.

„Die Aktivierung der Lerner zur Erstellung und Einstellung eigener Inhalte sowie die Förderung ihres Engagements zu gemeinsamer Interaktion und Kollaboration bringen große Lernerfolge. Diese Ansätze methodisch zu verankern heißt, interaktive Tools und Applikationen mit zu berücksichtigen. Bilder, Audio-Dateien oder Videos hochladen, Tests und Umfragen ausfüllen, kurze Reporte in Foren zu schreiben – all das sind mögliche dezentrale Erfassungs- und Contentgenerierungsmöglichkeiten, die im mobilen Lern-Management-System mit aufzunehmen sind. Dabei gilt es vor allem sie so flexibel zu integrieren, dass sie für die konkrete Ausgestaltung von Lernsituationen ohne weiteren Entwicklungs- bzw. Implementierungsaufwand immer neu arrangiert zur Anwendung kommen können" (Jarosch/Hofmann 2010, S. 8).

Dieses der Projektskizze „SmartMobile" des etz Stuttgart[308] entnommene Zitat steht beispielhaft für die neuen Möglichkeiten, die mobile Technologien für das Lernen im Prozess der Arbeit eröffnen. Gleichzeitig verweist es auf die Herausforderung für die Berufsbildung, die dafür notwendige Informations- und Lernumgebung zu konzipieren und im Rahmen von Pilotprojekten zu erproben, um sie dann auf Grundlage valider Erfahrungswerte breitflächig für den Einsatz im Arbeitsalltag verwenden zu können.

„Für den breiten Erfolg mobilen Lernens wird also entscheidend sein, wie gut durch Qualitätssicherung Prozesse zur Konzeption und Umsetzung kurzer Lerneinheiten standardisierbar sind … Der bereits erwähnte Trend zu immer kürzeren Abschnitten in der Interaktion und der Informationsaufnahme stellt die Didaktik vor die Aufgabe des Micro Learnings. Komplexe Sachverhalte sind in kurze und vor allem granulare Informationseinheiten einzuteilen und zu zergliedern" (Jarosch/Hofmann 2010, S. 8).

Die Erprobung digitaler Anwendungsszenarien erfolgt am Beispiel vielfältiger Lern- und Arbeitsumge-

308 Elektrotechnologiezentrum Stuttgart (**http://www.etz-stuttgart.de**).

bungen, die u. a. mit Unterstützung von Fördermaßnahmen[309] die Möglichkeiten eröffnen, die Lehr- und Lernhaltigkeit digitaler Medien für die berufliche Bildung zu erproben sowie übertragbare Modelle für den Einsatz in der Aus- und Weiterbildung und der Facharbeit zu entwickeln. Besonders mobile Anwendungen ermöglichen die Koppelung von Arbeitsprozessen mit Lernprozessen. Miteinander vernetzte fachliche Themen der täglichen Facharbeit können mithilfe von systematisierten kleinen Informationseinheiten reflektiert werden („Micro Learning"). Lernprozesse lassen sich durch die Einbindung in konkrete Aufgabenstellungen initiieren, Erfahrungsaustausch kann aktiviert und dokumentiert werden. Weitergegebenes Wissen wird durch Teilung mit Fachkollegen/-kolleginnen vermehrt und im Arbeitsprozess direkt neu generiert. Es kommt zu einer kontinuierlichen Optimierung von Arbeitsprozessen, getragen durch den eingebetteten arbeitsintegrierten Austausch von Informationen. Technologischer Wandel kann mithilfe solcher beruflicher Qualifizierungsprozesse durch die Fachkräfte bewältigt werden.

Die zunehmende Verbreitung mobiler Endgeräte stellt aber auch neue Fragen der angemessenen Vermittlung zu Fragen des Urheberrechts, zum Thema Jugendschutz und der (Daten-)Sicherheit in Betrieben. Die notwendige Sensibilität und das Know-how im Umgang mit internen Daten, der Übermittlung von Fachinhalten und privaten Botschaften existieren (noch) nicht im wünschenswerten Maße. Hierdurch kann eine Barriere entstehen, die den Einsatz für Lehr- und Lernzwecke erschwert.

309 Hier: BMBF-Fördermaßnahmen „Digitale Medien …" (**http://www.qualifizierungdigital.de**).

C2 Einsatz digitaler Medien in der Aus- und Weiterbildung[310]

Analog zu den (IT-induzierten) betrieblichen Fertigungs- und Instandhaltungsprozessen mit ihren netzgestützten Wissensmanagementsystemen und den vor- und nachgelagerten Kundendienstleistungen erfolgt die zunehmende Durchdringung der Berufsbildung mit digitalen Medien. Lernen im Arbeitsprozess als eines der konstituierenden Elemente der Berufsbildung erfährt im Rahmen der täglichen Facharbeit durch die Nutzung des „Social Web" neue Möglichkeiten der Visualisierung, Dokumentation und Reflexion. Getragen durch die vielfältigen Formate von IuK ist es möglich, mithilfe digitaler Medien technische und betriebliche Abläufe zu simulieren und so besonders realitätsnahe Lernsituationen und Aufgaben zu gestalten. Berufsbegleitendes Lernen, das „lebenslange Lernen" als Voraussetzung zur Ausübung wettbewerbsfähiger Facharbeit, erhält die dafür notwendige Infrastruktur, die sich neben formalen, eher kursorientierten Weiterbildungsangeboten etabliert hat.

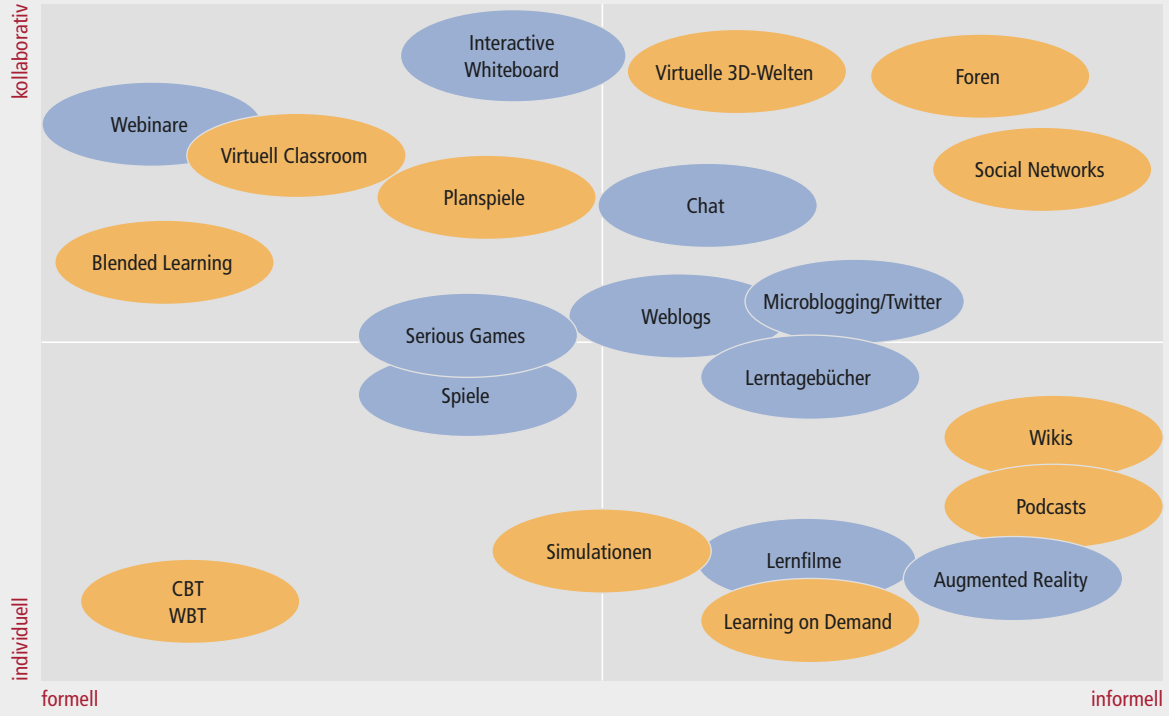
Eine Zeitreihenstudie (Goertz 2012)[311] zeichnet den Nutzungsgrad digitaler Medien in der beruflichen Bildung nach. Sie zeigt die kontinuierliche Steigerung des Nutzungsgrades digitaler Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung während der letzten 5 Jahre auf. Grundlage für die Ergebnisse bilden 2 Analysen. Zum einen „E-Learning in deutschen Großunternehmen" (Auftraggeber BITKOM), eine Befragung von Unternehmen aus der Liste der „Top-500-Unternehmen" in Deutschland aus dem Jahr 2009, zum anderen „E-Learning in KMU", eine Befragung von 837 kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Jahr 2007. Hinweise auf die weiteren Entwicklungen der Folgejahre ergeben sich aus 2 weiteren Befragungen, die jeweils jährlich durchgeführt werden.

Es handelt sich um das „MMB-Learning Delphi", in dem E-Learning-Experten über die E-Learning-

310 Zum Thema siehe auch das Schwerpunktheft 2/2013 Erwachsenenbildung 2.0 des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE): **http://www.die-bonn.de/institut/dienstleistungen/publikationen/die-zeitschrift.aspx**.

311 Die Expertise ist unter **http://datenreport.bibb.de/media2013/expertise_goertz.pdf** einzusehen.

Schaubild C2-1: **Vielfalt digitaler Medienformate (Vergleich 2008 und 2012)**



Quelle: MMB-Institut 2012; die seit 2008 neu hinzugekommenden Lernformen sind blau gekennzeichnet.

Branche und ihre weitere Perspektive Auskunft geben. Aus den Angaben von E-Learning-Experten und E-Learning-Anbietern wird so auf das Nutzungsverhalten der Lerner/-innen geschlossen. Die Zeitreihenstudie bietet zusätzlich einen Ausblick auf die Zukunft digitaler Lernmedien für die jeweils nächsten 3 Jahre, speziell zu ihrer Bedeutung für das betriebliche Lernen.

Die immer ausgereifteren Dienste der Informations- und Telekommunikationstechnik bieten vielfältige Möglichkeiten – vom Desktop-Rechner bis zum Smartphone, vom Tablet-PC bis zur Spielekonsole –, die als technische Grundlage für eine breite Palette von Lernformen und Lernarrangements dienen und die auf unterschiedlichen didaktischen Konzepten basieren. Darunter befinden sich eher formelle, an klassischen Lernsituationen orientierte Vermittlungsformen wie Computer Based Training (CBT) oder die netzbasierte Variante Web Based Training (WBT), die sich meist an einzelne Lernende richten, ebenso wie betont informelle und kollaborative Lernarrangements wie Expertenforen oder Social Networks. Ein Vergleich der „Landschaft" digitaler Medien zwischen 2008 und 2012 zeigt, dass seither viele neue Formate hinzugekommen sind, u. a. Interactive Whiteboards, Serious Games, Webinare oder Microblogging-Dienste → **Schaubild C2-1**.

Mithilfe der Zeitreihenstudie lässt sich allerdings auch festhalten, dass trotz aller optimistischen Prognosen erst ca. 21 % der Betriebe in Handwerk und Mittelstand digitale Medien in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung nutzen. Circa 35 % ziehen die Einführung und Nutzung digitaler Medien momentan in Erwägung. Große Betriebe mit 500 bis 1.000 Beschäftigten setzen zu über 30 % digitale Medien ein. Die überwiegende Zahl der Großunternehmen mit über 1.000 Beschäftigten nutzt digitale Medien gezielt in der Aus- und Weiterbildung (55 %). Im dienstleistenden Sektor erfolgt die Nutzung digitaler Medien in der Aus- und Weiterbildung in signifikant

höherem Maße (31 %) als im gewerblich-technischen Bereich (16 %). Im Handel liegt die Nutzung bei 8 %. Insgesamt ist quer zu allen Betriebsgrößen noch sichtbares Steigerungspotenzial für digitale Medien vorhanden.

Die Notwendigkeit zur stärkeren Nutzung digitaler Medien wird übereinstimmend von Ausbildungs- und Personalverantwortlichen aller Betriebsgrößen bestätigt. Auszubildende und ausgebildete Fachkräfte zählen in diesem Kontext zu der wichtigsten Zielgruppe, ebenso Berufsrückkehrer/-innen bzw. Wiedereinsteiger/-innen sowie Sachbearbeiter/-innen. Facharbeiter/-innen, ältere Mitarbeiter/-innen und Führungskräfte werden ebenfalls zu den Nutzergruppen mit Steigerungspotenzial hinsichtlich der Nutzung digitaler Medien gezählt.

Trotz der vielfältigen Möglichkeiten, berufliches Lehren und Lernen mithilfe digitaler Medien zu ergänzen und zu erweitern, führt nicht das multimediale Angebot allein zu größeren Lernerfolgen. Erst die bewusst organisierte Einbettung in didaktische Konzepte und lernförderliche Rahmenbedingungen (stabile Technologie, betriebliches Organisations- und Bildungsmanagement, Medienkompetenz der Adressaten) machen digitale Medien für die Berufsbildung nutzbar.

Digitale Medien benötigen keine neue Didaktik. Die zeitgemäße Vermittlung von Lehr- und Lernangeboten ist, unabhängig vom Medieneinsatz, immer an die Konzeption handlungsorientierter Fachinhalte gebunden. Lehren und Lernen im beruflichen Kontext ist ein sozialer Prozess. Auch deshalb beinhalten digitale Medien selbst keine eigenständige Lernstrategie, kein eigenständiges Lernkonzept und auch keine Lernmethode. Sehr wohl aber können sie Lernprozesse unterstützen, individualisieren, orts- und zeitunabhängig gestalten und vor allen Dingen völlig neue Kommunikationsräume zum Informations- und Wissensaustausch für alle Beschäftigten eröffnen – eine Bedingung, die im Zuge der zunehmenden Wissensintensität der Arbeitsprozesse zu einem integralen Element von Facharbeit wird. Dieses Potenzial digitaler Medien entfaltet sich nicht automatisch, sondern muss von den für die Berufsausbildung verantwortlichen Akteuren gezielt und strukturiert aktiviert werden, um auf Akzeptanz zu stoßen und die gewünschten sowie notwendigen Wirkungen erzielen zu können.

Der komplexe Aufwand, den ein Erfolg versprechender Einsatz digitaler Medien erfordert, übersteigt i. d. R. die Möglichkeiten des einzelnen Betriebes im KMU-Segment. Bei der Nutzung digitaler Medien in der Aus- und Weiterbildung in Handwerk und Mittelstand ist die tägliche (wechselnde) Arbeits- und Ausbildungsorganisation zu berücksichtigen, die pragmatisch den wechselnden Notwendigkeiten des betrieblichen Alltags unterworfen ist. Der in den meisten Betrieben vorhandene vernetzte Bürocomputer enthält z. B. die Auftragskalkulationen und damit nach traditionellem Verständnis interne Informationen, sodass er z. B. als Lernplatz nicht zur Verfügung steht.

Im Handwerk stellt besonders das informelle Lernen und Arbeiten (im Kundenauftrag) auch heute noch eine Grundform des Lernens im Betrieb dar. Qualifikationen und dabei der kontinuierliche (selbstgesteuerte) Kompetenzerwerb entstehen direkt im Arbeitsprozess, d. h. im Betrieb, auf der Baustelle bzw. während der Ausübung einer Dienstleistung/Servicetätigkeit beim Kunden. Dies geschieht häufig in improvisierten, flexibel organisierten Arbeitsabläufen in „nicht standardisierten“ Arbeitsumgebungen. Diese informelle „Lerninfrastruktur“ unterscheidet sich wesentlich von formalen, strukturierten Lehr- und Lernsituationen, die z. B. in der Industrie, in Berufsschulen oder bei betrieblichen Ausbildungswerkstätten und der überbetrieblichen Berufsausbildung dominieren (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012c). Digitale Medien müssen daher kontextbezogen aufbereitet sein, um für das sogenannte arbeitsprozessbezogene informelle Lernen im Prozess der Arbeit die gewünschte Unterstützungsfunktion erbringen zu können.

Die Einführung neuer Lehr- und Lernformen im Betrieb verursacht zusätzliche Veränderungs- und Anpassungsprozesse, welche die gesamten betrieblichen Strukturen berühren. Eine Voraussetzung zur Erzielung der gewünschten Wirkungen ist spezifische Expertise, sind Beratungsleistungen und zusätz-

liche materielle, personelle und zeitliche Ressourcen. Lediglich additiv bereitgestellte Bildungsangebote, die sich an den unmittelbaren Bedarf des Alltagsgeschäfts richten, greifen angesichts der skizzierten Entwicklungsdynamik der Märkte und der Medienformate, die für Aus- und Weiterbildung sowie die tägliche Facharbeit zur Verfügung stehen, zu kurz. *„Ohne organisatorischen Umbau der Betriebsabläufe, ohne eine zusätzliche Qualifikation und Mitbeteiligung der Beschäftigten bei Auswahl und Installation der Systeme und ohne einen klientengerechten Service … entstehen teure Hardware- und Software-Fehlinvestitionen. Die entscheidenden Engpässe für die technischen Innovationen bildeten die sozialen Variablen: Organisation, Qualifikation, Motivation, Kooperation und Vertrauen"* (Lang/Sauer 1997, S. 12).

Die erfolgreiche Implementierung von Innovationen zur Optimierung betrieblicher Prozesse ist davon abhängig, ob es gelingt, die verschiedenen Dimensionen betrieblicher Funktionsräume als ganzheitlichen Ansatz zu berücksichtigen:

1. **Technischer Funktionsraum** (Ausstattung für Ausbildungszwecke, in der Fertigung bzw. Instandhaltung, Hard- und Softwareverfügbarkeit).
2. **Sozialer Funktionsraum** (Qualifiziertes Ausbildungspersonal, Medienkompetenz, teamorientierte Strukturen, handlungsorientierte Ausbildungsorganisation, Personalentwicklung).
3. **Geregelter Funktionsraum** (Standards zur Nutzung digitaler Medien, Organisationsentwicklung, Arbeitsprozess- und Geschäftsprozessorganisation) (Lang/Sauer 1997).

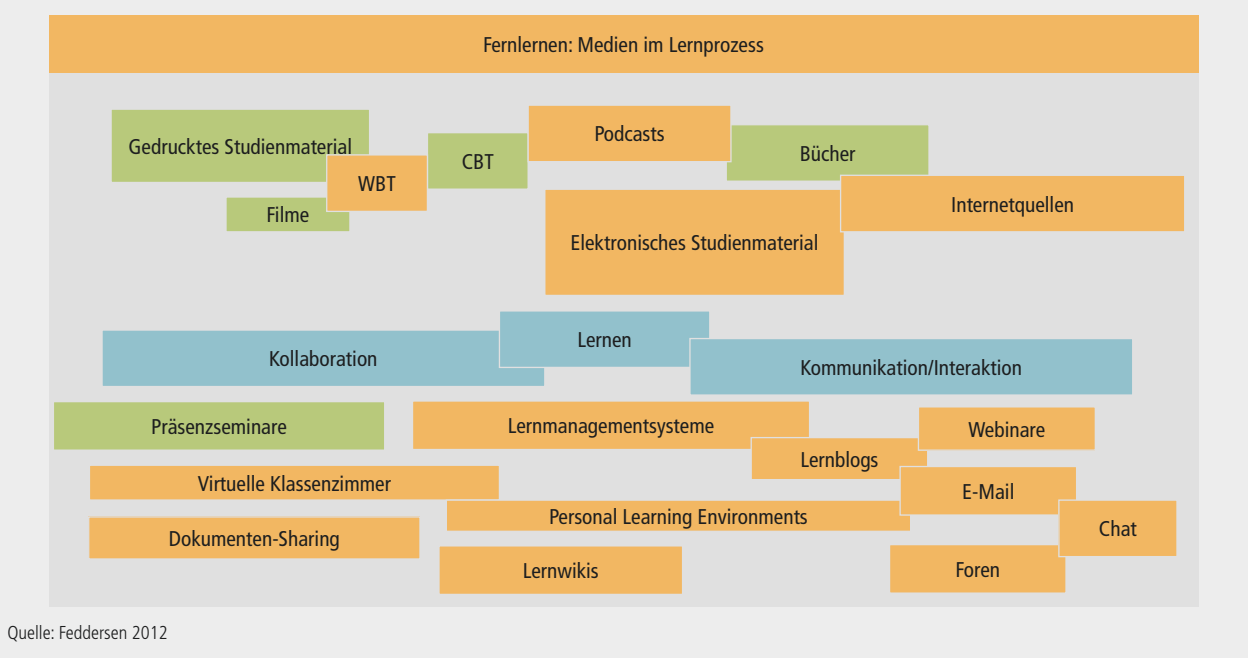
Technologie, Arbeitsorganisation und Personalqualifizierung müssen in ihrer Interdependenz erkannt und im Prozess kontinuierlich aufeinander abgestimmt werden. In Großunternehmen erfolgt (z. T. noch in Pilotversuchen) in vielfältiger Weise die Ausrichtung der Fertigungs- sowie Aus- und Weiterbildungsorganisation auf wissensbasierte Strukturen unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen.[312] Großunternehmen befinden sich im Vergleich zu KMU in einer deutlich besseren Position, da sie i. d. R. über die Ressourcen verfügen, die einen systematischen Einsatz digitaler Medien unterstützen. In Großunternehmen wird für eine unternehmenswirksame Integration digitaler Medien mit den erforderlichen Veränderungen in der Organisationsentwicklung und dem dazugehörigen Bildungsmanagement eine mehrjährige Projektierung geplant, die oft von externen Bildungsdienstleistern professionell begleitet wird. Integrierte Pilotprojekte testen Art und Umfang digitaler Lehr- und Lernumgebungen. Darauf bauen ausdifferenzierte Konzepte zur Wissensvermittlung, zur Wissensverarbeitung und zum Wissenstransfer in individuelle Tätigkeitssituationen sowie der reflexive Umgang mit neu erworbenem Erfahrungswissen auf.

Obgleich es bisher keine systematische Untersuchungen zum Grad des Einsatzes digitaler Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung gibt, konnte in der wb**monitor** Umfrage 2012 des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung festgestellt werden, dass Weiterbildungsanbieter in Deutschland berufliche Weiterbildungsangebote zu 34,3 % in Form von E-Learning anbieten. 44,5 % der großen Weiterbildungsanbieter nutzen diese neue Lehr-/Lernmethode, während kleine Anbieter auf eine Größenordnung von 22,0 % kommen. Die Konsequenzen des technologischen Wandels auf „traditionelle" Weiterbildungsangebote zeigen sich ebenfalls deutlich in der zunehmenden Digitalisierung von Fernlehrangeboten, die inzwischen auch als umfangreiches Kursmaterial jederzeit mobil verfügbar sind.

Auf Grundlage des Fernunterrichtsschutzgesetzes begutachtet das BIBB den konzeptionellen Aufbau berufsbildender Fernlehrgänge, deren inhaltliche und didaktische Ausrichtung Gegenstand einer fachlichen Stellungnahme ist (wie sind Wissensvermittlung, Wissensverarbeitung, Wissenstransfer und das individuelle Wissensmanagement konfiguriert,

312 Wikis als betriebsübergreifende neue Kommunikationsräume dienen in der Industrie in unterschiedlichster Weise als „many-to-many channel" zur Bereitstellung, der Kommunikation und Dokumentation des fachlichen Wissens der Beschäftigten (z. B. BASFconnect, SkyWiki der Fraport AG, Auszubildenden-Wiki der Daimler AG, Werk Mannheim).

Schaubild C2-2: **Medienmix im Fernlernen**



Quelle: Feddersen 2012

damit der gewünschte Lernerfolg eintritt?). Die mit dem Einsatz digitaler Medien gewonnene Vielfalt an Lehr-/Lernmöglichkeiten → **Schaubild C2-2** fordert von den Fernlehrinstituten und den an dieser Form der Weiterbildung Interessierten neue Formen der Orientierung und der Betreuung.

Die damit verbundenen Fragestellungen waren u. a. Gegenstand des BIBB-Forschungsprojekts „Bildungsberatung im Fernlernen“ (Fogolin 2011). Mit Blick auf die Bedeutung lebensbegleitenden Lernens und die Vielzahl unterschiedlichster (netzgestützter) Fernlehrangebote zur beruflichen Weiterbildung entwickeln sich der Bedarf und die Nachfrage nach einer professionellen und Orientierung gebenden Bildungsberatung zu einem wichtigen qualitätsstiftenden Merkmal für die an Weiterbildung interessierten Personengruppen.

Das Forschungsprojekt untersuchte daher gezielt, welcher Informations-, Beratungs- und Unterstützungsbedarf speziell aus Sicht der an Fernlehrangeboten Interessierten zu verzeichnen ist und wie dieser Bedarf im Sinne einer adressaten- sowie ergebnisorientierten Weiterbildungsberatung im Segment des Fernlernens erfüllt werden kann. Damit wird die qualitative Weiterentwicklung des Fernlernens unterstützt.

C2.1 Social Media: „Many to many“-Kooperation im Netz

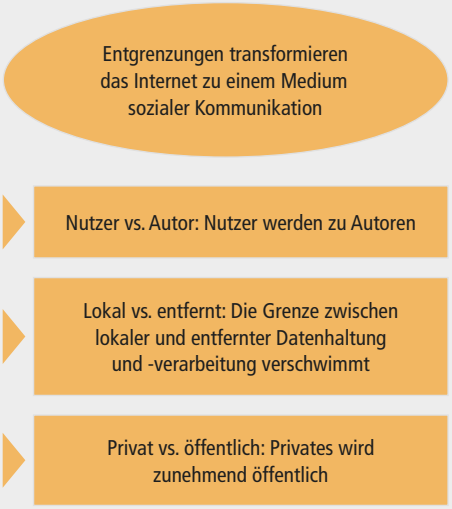
Eine völlig neue Dimension für die betriebliche Aus- und Weiterbildung sowie Facharbeit ist mit der zunehmenden Nutzung von Web-2.0-Anwendungen im betrieblichen Kontext entstanden. Digitale Medien verbinden mit ihren Web-2.0-Formaten ehemals deutlich voneinander getrennte Bildungs- bzw. Qualifizierungsbereiche und eröffnen damit neue Möglichkeiten zur Gestaltung beruflichen Lernens, der Kooperation der an der Berufsausbildung beteiligten Lernorte und der betrieblichen Facharbeit.

Alte „Wissensmonopole“ verschwinden zugunsten gemeinsam genutzter virtueller Lern- und Arbeitsumgebungen. Digitale Medien führen zu Entgrenzungen, Lehren und Lernen verschmelzen zusehends mit der ausgeübten Facharbeit. Nutzer von Informationen werden zu Produzenten von Informationen und umgekehrt. Sogenannter „User Generated Content“ gehört in Social-Web-Umgebungen zum Alltag des gemeinsamen Erfahrungsaustausches im Betrieb, auf der Baustelle oder beim Kunden → **Schaubild C2.1-1**.

Die Informationsbeschaffung wird durch den schnellen Zugriff auf ein breit gefächertes Angebot aufbereiteter oder offener Wissenspools erleichtert. Die vielfältigen Interaktionsmöglichkeiten innerhalb eines Lernprogramms bis hin zu hypermedialen Strukturen können gezielt dazu genutzt werden, den Lernenden eine aktive Rolle im Lernprozess zuzuweisen. Sie fördern ein exploratives Vorgehen und ein selbstbestimmtes Lernen. Der Einsatz kommunikativer und kollaborativer Techniken erleichtert die gemeinschaftliche Erarbeitung, Präsentation und Reflexion der Arbeitsergebnisse durch die Fachkräfte. Die schnelle Verbreitung von Apps ermöglicht den Zugriff auf themenspezifische Informationseinheiten, die am Arbeitsplatz und während der Durchführung fachlicher Tätigkeiten authentische Informationen bereitstellen.

Software hat sich in diesem Kontext in kurzer Zeit von einem Produkt, installiert und gewartet von Spezialisten, zu einem Informationsdienst oder auch Service, der über das Internet allgemein öffentlich bereitgestellt wird, gewandelt (Schmidt/Hasebrink/Paus-Hasebrink 2011). Der damit mögliche Gebrauch vielfältiger Medienformate des sogenannten

Schaubild C2.1-1: **Web 2.0 – Veränderte Wahrnehmung und Nutzung des Internets in der Aus- und Weiterbildung**



Quelle: Kerres 2007; Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Web 2.0 zum Austausch von Informationen, zur Kommunikation, zur Erarbeitung eigener Inhalte und der kontinuierlichen Dokumentation betrieblicher Facharbeit eröffnet einerseits eine völlig neue Dimension der Wissensrepräsentation und des Wissensaustausches. Andererseits erhöht er den Druck auf alle Akteure (Ausbildungspersonal, Auszubildende, Fachkräfte), das dazu erforderliche Know-how zu beherrschen sowie zielgerichtet und sachgerecht einsetzen zu können. Diese Medienkompetenz nimmt den Charakter einer „vierten Kulturtechnik“ an (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010), die es den Nutzern ermöglicht, aus ihrer Rolle der Konsumenten in die Rolle von Produzenten zu wechseln. Die seit Langem im Zusammenhang mit digitalen Medien diskutierte Möglichkeit vernetzter Lerngemeinschaften wird Realität. Das Web 2.0 bietet seinen Nutzern interaktive Räume zum unmittelbaren Austausch, es wird zum lernerzentrierten Social Web.

Eine der treibenden Kräfte für Betriebe ist nun nicht mehr allein die Verfügbarkeit über modernste technologische Ausstattung, sondern das gemeinsame Wissen der Beschäftigten, das mithilfe digitaler Medien kommuniziert, ausgetauscht und kontinuierlich aktualisiert werden kann. Angesichts kürzer werdender Halbwertszeiten einmal erworbenen Fachwissens und technologischer Innovationen bei gleichzeitig kontinuierlich wachsenden Informationsbeständen besteht für Betriebe eine wichtige Herausforderung darin, funktionale Lösungen für die Wissensdokumentation, -strukturierung, -aktualisierung sowie Weitergabe zu etablieren. Eine erfolgreich implementierte Web-2.0-Umgebung bietet die Möglichkeit, dass alle Wissensträger ihr fachliches Know-how dokumentieren, austauschen, aktualisieren sowie immer wieder abfragen können.

Besonders ältere Beschäftigte können ihr über Jahrzehnte erworbenes Fachwissen, das einen originären Wertschöpfungsfaktor für den betreffenden Betrieb darstellt, individuell dokumentieren, lange bevor sie aus dem Betrieb ausscheiden. Dieses aus dem Arbeitsprozess generierte informelle Wissen kann in Form von Präsentationen, Textdokumenten, Filmen, Audiodateien oder anderen Medienformaten zur weiteren Nutzung bereitgestellt werden. Wikis als die

momentan wohl populärste Form für betriebsinterne Wissensmanagementsysteme des Social Web bieten eine dafür geeignete Infrastruktur.

Web-2.0-Technologien oder das „Social Web" ermöglichen diese neuen Formen der Wissensrepräsentation, der Wissensteilung, der kontinuierlichen Wissensgenerierung und -dokumentation durch die Nutzer/-innen selbst. Eine eindeutige und allgemein anerkannte Definition zum Web 2.0 und dem Social Web existiert bisher nicht. Allgemein akzeptiert ist aber, dass die unter dem Oberbegriff subsumierten Web-2.0-Applikationen völlig neue Anwendungen ermöglichen, die sich unter dem Begriff Social Web etabliert haben.

„… zeigen sich Web-2.0-Anwendungen nicht als Spezialanwendungen einzelner Nutzer, sondern finden weite Verbreitung und zeigen sich als Bestandteil unserer Lebenswelt. Genau hierdurch zeichnen sich Web-2.0-Anwendungen aus, dass sie technologische Möglichkeiten eröffnen wie die Verknüpfung von Informationen (Mash-up), Rückmelde- und Annotationsmöglichkeiten, Social Tagging oder Möglichkeiten zum Abrufen und Herunterladen von Filmsequenzen, Tonbeiträgen oder Texten, welche die Möglichkeit bieten, dass die Bereitstellung von Informationen nicht durch ein einfaches Sender-Empfänger-Modell, sondern durch eine partizipative Mediengestaltung geprägt wird und damit Wissensräume entstehen, die gemeinsam von Individuen gestaltet werden und die ein Werkzeug anbieten, die eigene Person darzustellen" (Pferdt 2012, S. 115).

Zu seinen zahlreichen Social-Media-Anwendungen zählen u. a. Online Social Networks (wie XING, LinkedIN, StudiVZ oder Facebook), Microblogging-Angebote (wie Twitter), Foto-Communitys (wie Flickr oder Picasa), Lesezeichen-Verzeichnisse (wie Delicious oder Mister Wong), Videoplattformen (wie YouTube, MyVideo oder Sevenload) sowie News-Sourcing-Systeme (wie Digg.com, Yigg.de oder Webnews).[313]

Die große Vielfalt an Medienformaten und -diensten zum Informationsaustausch war bisher einer der Gründe für den eher zögerlichen Einsatz von Web-2.0-Anwendungen in Betrieben. Er intensiviert sich allerdings zusehends. Wie bei vielen anderen Innovationen auch muss das Web 2.0 erst einen gewissen Reifegrad und eine gewisse Belastbarkeit aufweisen, da seine Implementierung in betriebliche Prozesse einen umfassenden organisatorischen und sozialen Wandel initiiert. Eine der wichtigsten Erkenntnisse liegt darin, dass auch die durch Web-2.0-Formate getragenen Anwendungen des Social Web keine Automatismen entwickeln, sondern erst im Rahmen einer gezielten und auf Langfristigkeit angelegten ganzheitlichen Projektierung die kritische Masse an Nutzen in Betrieben erzielt, die es für eine stabile Akzeptanz benötigt.

Für Ausbildungspersonal und auch Fachkräfte fällt es schwer, den für einen sinnvollen Bedarf in der betrieblichen Ausbildungspraxis und Facharbeit jeweils aktuellen Entwicklungsstand von Social-Media-Formaten zu beobachten und deren betrieblichen bzw. ökonomischen Wert einzuschätzen. Es geht u. a. um Social Communities, Social Commerce, Interaktionsplattformen, Networking, Kollaboration, Kooperation und Kommunikation in beruflichen und privaten Kontexten, Social Learning, Social Publishing und diverse weitere Facetten aktueller Strömungen in der Nutzung digitaler Medien. Eine strukturierte Einbindung dieser Medienformate in die betriebliche Ausbildungspraxis und Facharbeit folgt keinem einheitlichen Muster.

Am Beispiel kaufmännischer Berufe zeigt sich, dass zahlreiche Social-Media-Elemente in den Marketingkonzepten fast aller Unternehmen fest integriert sind und einen inzwischen unverzichtbaren Stellenwert erreicht haben. Ausbildungsverantwortliche in der beruflichen Bildung haben keine Alternative, als sich mit „Social Media" als Ausbildungs- und Unterrichtsgegenstand in betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen zu befassen und entsprechende Konzepte zu gestalten. Auszubildende müssen lernen, welche Bandbreite an Plattformen, Anbietern, Tools und Interessen im Social-Media-Bereich vorhanden sind, wie sie in betriebliche Strategien und Abläufe eingebunden sind und welche Einflüsse sie auf Arbeitsplätze und -formen haben. Sie müssen befähigt werden, professionell und reflektiert „Social Media"

313 Siehe: **http://www.prsse.de**.

zu bewerten, zu nutzen und entsprechende Entwicklungstrends einzuschätzen.

Das Ausbildungspersonal in Betrieben und an Berufsschulen weist vielfach noch grundlegende Defizite in Social-Media-Kompetenzen auf. Weder in der Ausbildung der Ausbilder/-innen noch an den Hochschulen noch in den Einrichtungen der zweiten Phase der Lehrerausbildung (Referendariat) ist eine entsprechend fundierte Medienkompetenzanbahnung vorgesehen. Häufig fehlen systematische Fortbildungen dazu.

C2.2 Attraktive Fachkräfterekrutierung

Die Dynamik technologischer Entwicklungen und des internationalen Wettbewerbs wird den Anpassungsdruck an Betriebe weiter aufrechterhalten, für ihre Fachkräfte die dafür geeigneten technologischen, organisatorischen und sozialen Infrastrukturen bereitzustellen. In wenigen Jahren werden Auszubildende aller Berufe zu der Generation gehören, die mit dem durch das Internet eröffneten umfassenden und selbstorganisierten Zugriff auf Informationen und Wissen sozialisiert wurden, die mit IT-gestützten sozialen Netzwerken und all ihren Möglichkeiten der unmittelbaren Kommunikation aufgewachsen sind und in Kürze in die Betriebe drängen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist abzusehen, dass betriebliche Lern- und Arbeitsumgebungen, die dieses Informations- und Kommunikationsverhalten Jugendlicher widerspiegeln, u. a. zu einem weiteren Auswahlkriterium für oder gegen einen Ausbildungsbetrieb gehören werden.

TechForce

Um Jugendlichen in der Berufsfindungsphase die Möglichkeit zu geben, sich auf spielerische Art und Weise umfassend über die Berufe der Metall- und Elektroindustrie zu informieren und einen Beruf zu finden, der zu den eigenen Fähigkeiten und Stärken passt, hat der Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie e. V. zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH und der Zone 2 Connect GmbH das interaktive Abenteuer- und Lernspiel TechForce entwickelt. Bei TechForce ist der Spieler/die Spielerin Teil eines Teams mit der Aufgabe, den futuristischen Glider X2100 zu konstruieren und zu montieren. Dabei helfen ihm/ihr alle notwendigen Infos aus den verschiedensten Bereichen der M+E-Industrie, wie beispielsweise Elektrotechnik, Mechanik oder Hydraulik, Steuerungstechnik und Qualitätssicherung, die Aufgabe zu meistern. Konzentration und Ausdauer sind ebenso erforderlich wie analytisches Denken, Kombinationsvermögen und gutes räumliches Vorstellungsvermögen. Nur wenn diese Fähigkeiten erfolgreich eingesetzt werden, kann der Gleiter abheben und am Rennen der Besten teilnehmen. Ziel ist es, mit dem besten Gleiter das große TechForce-Rennen zu gewinnen.

TechForce macht auf innovative, spannende und lehrreiche Weise erfahrbar, wie Technik und deren Anwendung in der Praxis funktioniert. Die Informationen werden zielgruppengerecht, übersichtlich, zum Ausdrucken und mit weiterführenden Links präsentiert und ermöglichen so einen guten Einblick in die moderne Arbeitswelt einer Zukunftsindustrie mit vielen interessanten Berufen.

Weitere Informationen unter: **www.techforce.de**.

Der Nutzungsgrad digitaler Medien in betrieblichen Aus- und Weiterbildungsprozessen wird daher einen weiteren Standortvorteil im bevorstehenden Wettbewerb um Fachkräftenachwuchs bilden. Der Druck auf Betriebe, für die Fachkräfterekrutierung, die betriebliche Aus- und Weiterbildung sowie für die Gestaltung netzgestützter Arbeitsumgebungen digitale Medien bereitzustellen und mithilfe qualifizierten Ausbildungspersonals angemessen einsetzen zu können, wird auch vor diesem Hintergrund weiter zunehmen.

Think ING.

Think ING. ist eine Initiative der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie mit dem Ziel, umfassend über das Ingenieurstudium und den Ingenieurberuf zu informieren. Mädchen und junge Frauen werden besonders angesprochen. Darüber hinaus fördert die Initiative den Mathematik-, Informatik-, Naturwissenschafts- und Technikunterricht vom Kindergarten bis zur Hochschule durch Projektarbeit und Sponsoring. Das Internetportal Think ING. bietet jungen Menschen, die vor der Studien- und Berufswahl stehen, sowie Lehrern und Eltern vielfältige Informationen, Videos und interaktive Anwendungen sowie zahlreiche Dokumente und Studien zum Download an. Tagesaktuelle Pressemitteilungen und ein bundesweiter Veranstaltungskalender ergänzen das Angebot. Eine lebendige Community kann sich über ein Diskussionsforum zu verschiedenen Themenbereichen der Ingenieur- und MINT-Berufe austauschen. Über ein Shopsystem können verschiedene Informationsmaterialien und Medien kostenlos bestellt werden. 10 Jahre nach Gründung der Initiative ist Think ING. damit mittlerweile zum Markenzeichen für umfassende Information über eines der attraktivsten Studien- und Berufsfelder überhaupt geworden.

Weitere Informationen: **www.think-ing.de**.

Der vielfach diskutierte Generationenbegriff, der im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Medien gebraucht wird, um die sogenannten „Digital Natives“ als diejenigen zu charakterisieren, die den souveränen Umgang mit allen Varianten netzgestützter Medienformate im Sinne selbstorganisierter und selbstbestimmter Nutzer/-innen pflegen, ist in diesem Kontext allerdings nicht tragfähig. Kinder und Jugendliche, die mit dem Internet aufgewachsen sind, erfahren es mit seinen Anwendungsmöglichkeiten als selbstverständlichen Teil ihres Alltags, mit dem sie dementsprechend unbefangen umgehen. Sie erschließen sich den Umgang i. d. R. selbsterkundend und sammeln Erfahrungen, sie erlernen die Nutzung dieser Infrastruktur individuell und zusammen mit ihrer Peergroup.

„Fast alle 13- bis 17-Jährigen nutzen das Internet. 92 % sind täglich beziehungsweise mehrmals in der Woche online, wobei Jungen häufiger im Internet surfen als Mädchen. Nur 8 % sind einmal in der Woche oder seltener online … Zu den wichtigsten Bereichen des Internets für Jugendliche zählen heute die Social Communities. Facebook – das führende soziale Netzwerk im Internet – wurde im Jahr 2004 gegründet und zählt im Jahr 2012 bereits 22,1 Millionen Mitglieder in Deutschland, wovon 17 % im Alter von 13 bis 17 Jahren sind“ (Grgic/Holzmayer 2012, S. 20).

Sie besitzen umfangreiches Wissen im Umgang mit ihren Smartphones und initiieren ihren (sozialen) Alltag, ihre Freizeit und um sich mit Freunden zu treffen, Sportaktivitäten zu verabreden oder gemeinsam Musik zu hören. Diese Aktivitäten gehören nach wie vor zum wichtigsten und überwiegenden Teil der Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen (Grgic/Holzmayer 2012). Das Neue: Die Aktivitäten werden technikvermittelt organisiert.[314] Medienhandeln ist nicht mit Medienkompetenz zu verwechseln.

314 Hier erfährt Inklusion eine weitere Komponente, indem der Besitz (möglichst) eines Smartphones für die Teilhabe an diesen Aktivitäten inzwischen eine unverzichtbare Voraussetzung bildet.

JIM-Studie (Jugend, Information, Multimedia)

Die Ende November 2012 erschienene repräsentative **JIM-Studie** des mpfs (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest) analysierte die Mediennutzung und das Freizeitverhalten Jugendlicher zwischen 12 und 19 Jahren. Auf Grundlage einer repräsentativen Befragung zum Medienverhalten Jugendlicher in Deutschland erfolgt die Erhebung von Daten zu Fernsehen, Radio, Internet, Büchern und Computerspielen. Im Vergleich zur JIM-Sudie 2011 haben sich Besitz und Nutzung von Handys und Smartphones weiter erhöht. 96 % der befragten Jugendlichen besitzen ein eigenes Handy, über 80 % nutzen es täglich. Der mobile Zugang zum Internet und sozialen Netzwerken dominiert zusehends. Die Zahl der Jugendlichen, die mobil das Internet nutzen, hat sich auf 40 % erhöht und damit im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Fast doppelt so viele Jugendliche wie im Vorjahr besitzen inzwischen ein Smartphone. Sie nutzen die Möglichkeiten orts- und zeitunabhängiger Information sowie Kommunikation, indem sie sich regelmäßig in ihre Online-Community einloggen. Foto- und Filmfunktionen, die Installation von Apps und auch Handyspiele gehören zu den wichtigen Diensten, die genutzt werden. Insgesamt stellt die Nutzung der mobilen Geräte für Telefongespräche und den Austausch mittels SMS noch die häufigsten Anwendungsformate dar.

Die als Langzeitprojekt seit 1998 jährlich durchgeführte JIM-Studie gilt als Basisinstrument zur Analyse des Umgangs von Jugendlichen der o. a. Altersgruppe mit Medien und Informationen. Aus den gewonnenen Daten lassen sich Szenarien für zeitgemäße Konzepte zur Nutzung dieses Medienverhaltens auch für die Berufsbildung und die Facharbeit ableiten. Der universale Charakter digitaler Medien, der im Berufs- und Privatleben generationenübergreifend neue Kommunikations- und Informationswege zu gesellschaftlichen Standards macht, dokumentiert sich in den ebenfalls regelmäßig durchgeführten KIM-Studien (Kinder + Medien, Computer + Internet. Medienumgang der 6- bis 13-Jährigen) des mpfs (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2011) sowie der jährlichen ARD/ZDF-Online-Studien. Laut der Studie des Jahres 2012 sind inzwischen 75,9 % der Deutschen oder 53,4 Mio. „online", mobile Geräte und die Nutzung sog. „Social Communities verzeichnen deutliche Zuwachsraten (siehe: **www.ard-zdf-onlinestudie.de**).

Aufmerksam sollte eher der unbekümmerte Umgang der sogenannten „Digital Natives" mit persönlichen Daten verfolgt werden, der die eher bekümmerten „Digital Immigrants" (Eltern) zu Recht aus daten- und jugendschutzrechtlicher Sicht beunruhigt.

Die Annahme, alle könnten, wenn sie nur wollten, alle wollten, wenn sie nur wüssten, scheint nicht zu stimmen. Die von manchen E-Learning-Enthusiasten gehegte Erwartung, dass alle mitmachen werden, kann nur enttäuscht werden. Die Gruppe proaktiver Nutzer/-innen wird einen minimalen Anteil nicht übersteigen, weil die zur Partizipation erforderliche Selbstorganisation nicht jedem jederzeit möglich ist. … Diese Aussage sollte man nicht als pessimistische Einschätzung betrachten. Menschen machen unterschiedliche Erfahrungen, haben unterschiedliche Interessen und gehen sozial und politisch unterschiedliche Engagements ein. Sie handeln vielleicht in anderen Bereichen wie Sport, Kultur, Politik oder im Sozialwesen selbstbestimmt, nur im Lernen nicht. Die Diversität der Lernenden ist ein hohes Gut. Dem muss Bildung Rechnung tragen" (Schulmeister 2012, S. 45).

Der Erwerb eines strukturellen Verständnisses und von Funktionsweisen digitaler Medien, das vermittelt, wie eine Datenbank oder Wikipedia organisiert ist, wie ein Trojaner (Virus) arbeitet, wie Ergebnisse von Suchanfragen priorisiert werden können, folgt anderen Parametern. Reflektiertes (netzgestütztes) Lernen von Inhalten, die ergebnisorientierte Suche nach Inhalten und deren Bewertung, die der Ausübung einer Ausbildungs- oder Unterrichtsaufgabe oder zur Erbringung einer (technischen) Kundendienstleistung dient, ist auf qualifizierte Lernbegleiter angewiesen.

„Die Mehrzahl der Jugendlichen nutzt das Internet rezeptiv und kommunikativ, sehr viel seltener produktiv gestaltend" (May 2012, S. 74).

Das Ausbildungspersonal erfährt in diesem Kontext neue Verantwortung. Qualifizierte Ausbilder und Ausbilderinnen in den Betrieben und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in den Berufsschulen sind diejenigen, die Auszubildende für einen reflektierten Umgang mit digitalen Medien sensibilisieren müssen.

C2.3 Medienkompetenz des Ausbildungspersonals

Die effektive Nutzung des Potenzials digitaler Medien erfordert spezifisches Wissen, um einen strukturierten und zielorientierten Umgang mit ihnen im Betriebsalltag erreichen zu können. Fachkräfte können z. B. die erforderlichen Informationen zur Lösung einer Arbeitsaufgabe selbstständig recherchieren und damit gleichzeitig eigenverantwortlich Wissen erwerben. Gleichzeitig kann unkontrolliertes oder „inkompetentes" Browsen in einer Informations- und Lernumgebung zum Phänomen des „Lost in Hyperspace" führen. Orientierungslosigkeit verbunden mit dem Gefühl der Überforderung kann damit systematisches Informieren und Lernen verhindern und Barrieren aufbauen, die zu einem Akzeptanzverlust und auch zu einem Imageproblem digitaler Medien führen. Es entstehen Reibungsverluste und Redundanzen zwischen der bisherigen und den neuen Lernmöglichkeiten und ihren verantwortlichen Akteuren im Betrieb.

Die umfassende Implementierung digitaler Medien in betriebliche Lern- und Arbeitsumgebungen stellt sich als komplex und schwierig dar. Sie folgt keinem Automatismus, der digitale Medien bruchlos mit dem Aus- und Weiterbildungskontext und die betrieblichen Prozesse verschmelzen lässt. Es handelt sich um viel mehr als einen Technologietransfer. Die mit der Internettechnologie ermöglichte Flexibilisierung und Individualisierung für selbstbestimmtes Informieren, Lernen und Kommunizieren kann nur auf der Grundlage lernförderlicher Rahmenbedingungen geschehen.

Die anspruchsvolle Rolle des Bildungspersonals als professioneller Lernprozessbegleiter zeichnet sich hier deutlich ab. Die zum Informieren und Lernen erforderliche Lernumgebung, die notwendige Informations- und Lernstrategie sowie Zeitkontingente sind zu bestimmen und in den übergreifenden betrieblichen Prozess sinnvoll zu integrieren Die Ergebnissicherung und -kontrolle ist zu gewährleisten. Der Einsatz unterschiedlicher digitaler Medien erfolgt inzwischen oft unter Nutzung verschiedener Formate und Anwendungen, die aufeinander abgestimmt und sequenziert werden müssen. Gruppen- und Einzelarbeit benötigen ebenfalls Organisation und Koordination. Digitale Medien sind in diesem Rahmen explizit als umfangreiches Bildungs- und Managementkonzept zu verstehen. Sie dürfen weder begrifflich auf Technologie reduziert noch technologiegetrieben in Betrieben als „Top-down-Projekt" eingeführt werden.

Die entscheidende Schlüsselposition, die das Ausbildungspersonal in der Ausbildungspraxis einnimmt, wird hier besonders deutlich. Ausbildungspersonal kann den ergebnisorientierten Einsatz digitaler Medien im täglichen Ausbildungsgeschehen nur dann auf dem erforderlichen Niveau vermitteln, wenn es selbst den Umgang mit digitalen Medien beherrscht. Die Anforderungen an das Ausbildungspersonal, den Umgang mit digitalen Medien im jeweiligen Fachgebiet auf Grundlage einer ausgewiesenen Medienkompetenz[315] souverän vermitteln zu können, sind sehr hoch und werden vielfach noch nicht erfüllt. Dies hat unmittelbar Konsequenzen auf die Akzeptanz und Nutzung digitaler Medien und führt zurzeit ebenfalls zu entsprechenden Begrenzungen.

Medienkompetenz im Sinne der von der Expertenkommission des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010) zur Medienbildung geforderten 4 Merkmale

1. Information und Wissen: Informationen bewerten, auswählen und nutzen,
2. Kommunikation und Kooperation: Informations- und Erfahrungsaustausch im Netz,
3. Identitätssuche und Orientierung: selbstorganisierte Lernprozesse gestalten und vermitteln, Teilhabe an der Gesellschaft,
4. digitale Wirklichkeiten und produktives Handeln: proaktive Nutzung virtueller Lern- und Arbeitsumgebungen für berufliche Aus- und Weiterbildungsprozesse

kann nicht als eigenes geschlossenes Profil verstanden werden. In ihr kombiniert sich eine Vielfalt an Kompetenzen, die vom technischen Verständnis über berufspädagogisches Know-how zur Gestaltung

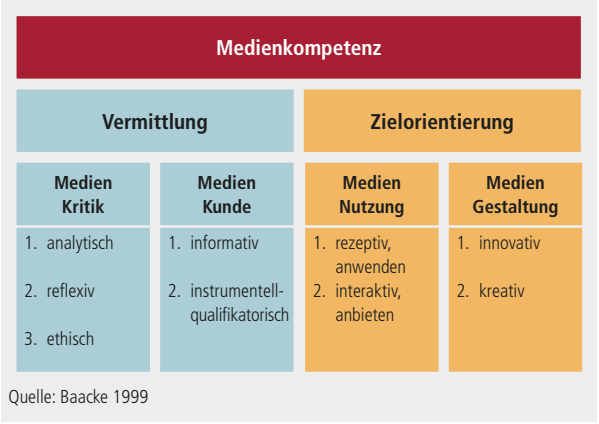
315 Der komplexe Ausbildungsauftrag, den das Ausbildungspersonal zu verantworten hat, kristallisiert sich bei dem Begriff „Medienkompetenz" deutlich heraus, da eine qualitativ hochwertige Medienkompetenz nicht gleichzusetzen ist mit „Ausbildungs- bzw. Lehrkompetenz". Ausbildungspersonal muss insgesamt als die strategische Ziel- und Multiplikatorengruppe für die Gewährleistung der Ausbildungsqualität im Betrieb (und in der Berufsschule) charakterisiert werden.

selbstorganisierter Lernprozesse bis hin zur Organisation sogenannten Wissensmanagements reicht. Dies führt zu neuen anspruchsvollen Aufgaben und einer neuen Rolle des Ausbildungspersonals, die am ehesten als die eines Lernprozessbegleiters eines moderierenden und koordinierenden Coaches zur Gestaltung des Lernens im Prozess der Arbeit charakterisiert werden kann (Schmidt-Hertha u. a. 2011, S. 180).

Bisher gehört eine systematische Medienbildung, die insbesondere die vielfältigen Voraussetzungen für einen gewinnbringenden Einsatz digitaler Medien im betrieblichen Alltag vermittelt, nicht zum Standard der Ausbildung der Ausbilder/-innen. Lediglich im Curriculum für den Berufspädagogen/die Berufspädagogin ist eine Position „E-Learning einsetzen" abgebildet. Inwieweit damit umfassende Medienkompetenz erlangt werden kann, die der Vielfalt der Aspekte digitaler Medien gerecht wird, muss abgewartet werden.

Bereits Baacke (1999) definierte aus medienpädagogischer Sicht bis heute gültige Standards zur Bewertung von Medienkompetenz, die zwischen Vermittlungsebene und Ergebnis- bzw. Zielorientierung im Kontext des Medieneinsatzes unterscheiden → **Schaubild C2.3-1**. Seine Kategorien „Medienkritik", Medienkunde", „Mediennutzung" und „Mediengestaltung" können als Grundlage neuerer Definitionen zur Erfassung von Medienkompetenz gewertet werden.

Schaubild C2.3-1: **Standards zur Kategorisierung von Medienkompetenz**



Quelle: Baacke 1999

Für das Ausbildungspersonal stellt sich auch die Frage der Berücksichtigung von Online-Prüfungen. Angesichts des umfangreichen Leistungsspektrums und -vermögens digitaler Medien zeichnet sich vor dem Hintergrund der jährlich durchgeführten ca. 650.000 Prüfungen (auftrags- bzw. prozessbezogen) eine erhöhte Aufmerksamkeit ab, Online-Prüfungen als Alternative zu den bisher durchgeführten Präsenzprüfungen zu wählen. Laut Deutschem Industrie- und Handelskammertag (DIHK) nutzen 26 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland onlinegestützte Prüfungen.[316] 7.000 Online-Prüfungen wurden 2011 durchgeführt, im Handwerk liegt die Zahl für das Jahr 2012 bei 2.804 Online-Prüfungen (im Jahr 2007 waren es erst 488).[317] Inzwischen gewinnen Online-Prüfungen erhöhte Aufmerksamkeit, da Erfahrungen aus Pilotprojekten deren Nutzen und Qualität nachgewiesen haben (ebd.). Bedingt durch die demografische Entwicklung stehen perspektivisch immer weniger Prüfer/-innen für die Durchführung von Präsenzprüfungen zur Verfügung, sodass Online-Prüfungen hier auch eine wichtige Kompensationsfunktion übernehmen können. Prüfungen können an mehreren Standorten gleichzeitig durchgeführt werden, Computersimulationen vermögen komplexe und gleichzeitig reale Aufgabenstellungen handlungsorientiert abzubilden. PC-gestützte Auswertungen bieten schnelle Ergebnisse sowie Vergleichsparameter.

316 Siehe: **http://www.dihk-bildungs-gmbh.de/weiterbildung/pruefungen-von-a-z/pc-pruefungen**.
317 Vgl. **http://www.zwh.de**.

C2.4 Fallbeispiel IT-Berufe

Dual ausgebildete Fachkräfte sichern die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit in der IuK-Wirtschaft wie der Betriebe in Deutschland insgesamt. Diese Branche kann als Indikator für die maßgeblichen Trends in der Berufsbildung gelten. Seit der Einführung der neuen IT-Berufe im Jahr 1997 haben ca. 160.000 Auszubildende ihre Prüfung erfolgreich abgelegt (Deutscher Bundestag 2012, S. 55).

Die IT-Branche selbst ist ein Wirtschaftszweig, der sehr deutlich die Notwendigkeit des ständigen Lernens demonstriert. IT-Fachwissen hat außerordentlich kurze Halbwertszeiten. Dies führt zu raschen und kontinuierlichen Veränderungen der fachlichen Anforderungen an die Beschäftigten. Ständiges Lernen ist (nicht nur) in dieser Branche ein entscheidender Faktor zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit. 1997 wurden parallel zu den dynamischen Entwicklungsprozessen in dieser Branche die vom BIBB gemeinsam mit Sachverständigen aus der Praxis entwickelten „neuen" IT-Berufe für die duale Berufsausbildung etabliert. In den anerkannten IT-Berufen Fachinformatiker/-in, Informations- und Telekommunikations-Elektroniker/-in, Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/-Kauffrau, Informatikkaufmann/-Kauffrau findet Ausbildung statt, die Vorbildcharakter für die Berufsbildung insgesamt hat (auch im Handwerk werden seit 1999 Informationselektroniker/-innen ausgebildet).

Das damit verbundene Ausbildungskonzept führte zugleich moderne Strukturelemente in die duale Ausbildung ein. Kunden- und Geschäftsprozessorientierung, Verknüpfung von fachlichen und betriebswirtschaftlichen Qualifikationen, gemeinsame Kernqualifikationen für die gesamte Berufsfamilie, gestaltungsoffene Inhalte und anwendungsorientierte Prüfungen sind inzwischen Standards für eine Berufsausbildung, die den Anforderungen der Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft entspricht.

Die Arbeitsgruppe „Bildung und Forschung" der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages (Enquete-Kommission 2012, S. 55) führt weiter aus:

„Die im internationalen Vergleich in Deutschland niedrige Arbeitslosenquote bei Jugendlichen ist auch auf diese kontinuierlichen Anpassungsleistungen des dualen Berufsbildungssystems zurückzuführen. Ausbildungskonzepte und Lernmedien konnten flexibel den sich ändernden betrieblichen Anforderungen angepasst werden. Die unter anderem in den IT-Berufen angewandten Prinzipien der Kunden- und Geschäftsprozessorientierung, Verknüpfung von fachlichen und betriebswirtschaftlichen Qualifikationen, gemeinsame Kernqualifikationen für ganze Berufsfamilien, gestaltungsoffene Inhalte und anwendungsorientierte Prüfungen dokumentieren dies umfassend."

Im Jahr 2002 folgte ein Modell für ein innovatives IT-Weiterbildungssystem, das einen grundlegenden Reformansatz für die berufliche Weiterbildung in Deutschland darstellte.

Parallel dazu kam es zur Entwicklung eines methodisch-didaktischen Ansatzes arbeitsprozessorientierten Lernens („APO-IT") zur Unterstützung der Weiterbildung angesichts der schnellen technologischen Weiterentwicklungen in der IT-Branche. Gemeinsam mit den beteiligten Akteuren ist es gelungen, diesen Strukturwandel in der Berufsbildung zu initiieren. Evaluationen des IT-Weiterbildungssystems (Schenk u. a. 2012) und von APO-IT (Geißler 2010) zeigen, dass es gelungen ist, einen modellhaften und flexiblen Standard zur beruflichen Weiterbildung branchenbezogen zu etablieren. Die mit ihnen verbundenen Zielsetzungen konnten noch nicht in vollem Umfang erreicht werden und verweisen auf die entscheidende Rolle der Bildungspolitik zur Initiierung von Innovationsprozessen. Dies erfordert kontinuierliche Anstrengungen, um eine weitere Durchdringung der (mittelständisch geprägten) IT-Branche und anderer Wirtschaftsbereiche mit diesen Angeboten zu erreichen.

C2.5 Innovation für lernortübergreifendes Lehren und Lernen: Das Beispiel der Kompetenzwerkst@tt Elektrohandwerk

Digitale Medien bieten eine neue Qualität zur Gestaltung von Lernortkooperationen.[318] Den Beleg dafür bieten die Ergebnisse des Projekts „Kompetenzwerkst@tt Elektrohandwerk“ (s. u.), die mithilfe eines E-Portfolios[319] die vielfältigen Medienformate zur unmittelbaren Information, Kommunikation sowie Erstellung und Dokumentation spezifischer Fachinhalte zum Einsatz bringen. Das Projekt wurde mit finanzieller Unterstützung des BMBF durchgeführt (**vgl. Kapitel C3**). Es entwickelte und erprobte einen auf sämtliche Berufe übertragbaren neuen Ansatz für eine inhaltliche Abstimmung und Verzahnung der an den verschiedenen Lernorten durchgeführten Berufsausbildung.

Kompetenzwerkst@tt Elektrohandwerk

Im Projekt „Kompetenzwerkst@tt Elektrohandwerk“ wurde ein arbeitsprozessorientiertes und lernsoftwaregestütztes Ausbildungskonzept initial für den gewerblich-technischen Bereich entwickelt und erprobt. Die eigens im Projekt konzipierte Lernsoftware kann an allen Lernorten eingesetzt werden und zu einer neuen Form von Lernortkooperation führen. Sie steht gegenwärtig für den Beruf des Elektronikers der Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik zur Verfügung. In 12 Lernsoftwaremodulen werden mithilfe von Arbeitsprozessvideos, Infopools mit zentralen fachlichen und überfachlichen Inhalten sowie umfangreichen Materialsammlungen die Arbeit, das Wissen und das Können des Elektronikers anschaulich und verständlich dargestellt. Aufgabenbeispiele für Betrieb, überbetriebliche Berufsbildungsstätte und Berufsschule regen ein arbeitsprozessorientiertes Lernen an. Ein elektronisches Berichtsheft unterstützt den übergreifenden Einsatz der Lernsoftware in Ausbildung und Unterricht. Nach dem Ansatz des „Rapid E-Learning“ lässt sich die auf PowerPoint basierende Lernsoftware ohne große medientechnische Kenntnisse leicht durch Anwender erweitern und an individuelle Bedürfnisse anpassen. Gegenwärtig wird das Modell der Kompetenzwerkst@tt auf weitere Berufe ausgedehnt und konzeptionell erweitert.

Das Projekt wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Weitere Informationen unter: **www.kompetenzwerkstatt.net**.

Die Projektarbeiten dokumentieren beispielhaft die Rolle, die digitale Medien in der Berufsbildung einnehmen: Sie unterstützen die Didaktik handlungsorientierter Ausbildung mit wichtigen zukunftsfördernden medialen Formaten, indem sie auf den spezifischen Bedarf heterogener Zielgruppen sowie technologisch komplexerer betrieblicher Arbeitsumgebungen ausgerichtetes individuelles berufliches Lehren und Lernen ermöglichen. Erst durch die Integration dieser Medienformate in eine anwendungsorientierte Didaktik kann deren Potenzial aktiviert werden und den erwünschten Ertrag für die Berufsbildung leisten.

Impuls für das mit der „Kompetenzwerkst@tt Elektrohandwerk“ verbundene Konzept war die Feststellung, dass moderne Arbeitsorganisationsformen mit ausgeprägter Prozessorientierung Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten auf die direkt wertschöpfende Produktions- oder Dienstleistungsebene, das mittlere Qualifikationssegment, verlagern. Diese Prozessorientierung verbindet Lernen und Arbeiten. Fachkräfte werden mit neuen und zusätzlichen anspruchsvollen Erwartungen konfrontiert wie z. B. Selbstständigkeit, Qualitäts- und Verantwortungsbewusstsein, Kooperations-, Kommunikations- und Interaktionsfähigkeit, Verständnis für betriebliche Abläufe, Zusammenhänge und Wertschöpfungsketten, Flexibilität und Kreativität. Gefordert sind ganzheitlich ausgebildete Fachkräfte mit umfassender beruflicher Handlungs- und Gestaltungskompetenz (Howe/Berben 2005).

Diese Entwicklungen lassen sich u. a. auf die steigende „Intelligenz“ und Komplexität von Maschinen, Maschinenkommunikation und vernetzten technischen

318 Überlegungen zur Verbesserung dieses konstituierenden Elements dualer Ausbildung sind kontinuierlich Gegenstand berufsbildungspolitischer Diskussionen. Diese Dualität zwischen praktischer und theoretischer Ausbildung mit ihrer systemischen Einbettung kristallisiert sich aktuell zu einem der herausragenden Alleinstellungsmerkmale des Berufsbildungssystems Deutschlands im internationalen Vergleich heraus.

319 Das E-Portfolio dient außerdem der Dokumentation von fortlaufend erworbenen beruflichen Kompetenzen und kann daher auch als ein Modell für den Nachweis beruflichen Erfahrungswissens im Kontext der DQR-Entwicklungen dienen.

Systemen mit ihren leistungsstarken Softwarekomponenten zurückführen. Technische Dokumentationen existieren nur noch digital, da die eingebetteten Systeme, das „digitale Produktgedächtnis“ und Softwareagenten die Basistechnologien ressourcenschonender Produktionsprozesse sind. Wartungs- und Instandhaltungsaufwand steigen, die Kommunikationsfähigkeit zwischen den Maschinenherstellern, Monteuren und Servicetechnikern entwickelt sich zu einer überfachlichen medienaffinen Kompetenz.

Das Verständnis für solche abstrakten informationstechnisch geprägten Wertschöpfungsprozesse muss im realen Arbeitsprozess vermittelt werden, damit die künftigen Fachkräfte die notwendigen beruflichen Handlungskompetenzen erlangen können. Parallel dazu erfolgt die systematische Reflexion der in der Ausbildungspraxis vermittelten Inhalte im berufsschulischen Unterricht. Das handlungsorientierte Konzept der Lern- und Arbeitsaufgaben bietet dafür den didaktischen Rahmen, mit dem die Forderung nach der Gestaltung authentischer Lehr-/Lernsituationen erfüllt werden kann.[320] Die mithilfe digitaler Medien mögliche Unterstützung zur Gestaltung lernortübergreifender Berufsbildung bildete konsequenterweise den zentralen Schwerpunkt der Arbeiten der „Kompetenzwerkst@tt Elektrohandwerk“.

Ein Defizit der Vermittlung von technischem Wissen ist bisher gewesen, dass einerseits zwar Fachkenntnisse erworben werden. Andererseits werden die praktischen Zusammenhänge für reale Arbeitsaufträge in unterschiedlichen betrieblichen Alltagssituationen und damit der Gebrauchswert des erlangten Wissens zur Problemlösung im Arbeitsalltag erfahrungsgemäß aber nur bedingt deutlich. Der Praxistransfer bleibt oft unzureichend, berufliche Handlungskompetenz wird nicht im erwünschten Maße gefördert.

Dieses Defizit kann mithilfe des Konzepts der Kompetenzwerkst@tt überwunden werden: Zentral für eine prozessorientierte Perspektive in der beruflichen Ausbildung ist die Anwendung der Technik in beruflichen Arbeitsprozessen. Technik wird nicht abstrakt, sondern immer als Gegenstand von Arbeit im Zusammenhang mit ihrem praktischen Einsatz sowie den zugehörigen Planungs-, Durchführungs- und Kontrollphasen betrachtet. Der Blick auf Technik erfolgt damit aus arbeitsorientierter Perspektive:

- In welchem Zusammenhang tritt die Technik im Arbeitsprozess auf?
- Welchen Gebrauchswert besitzt die Technik zur Realisierung eines Produktes oder einer Dienstleistung?

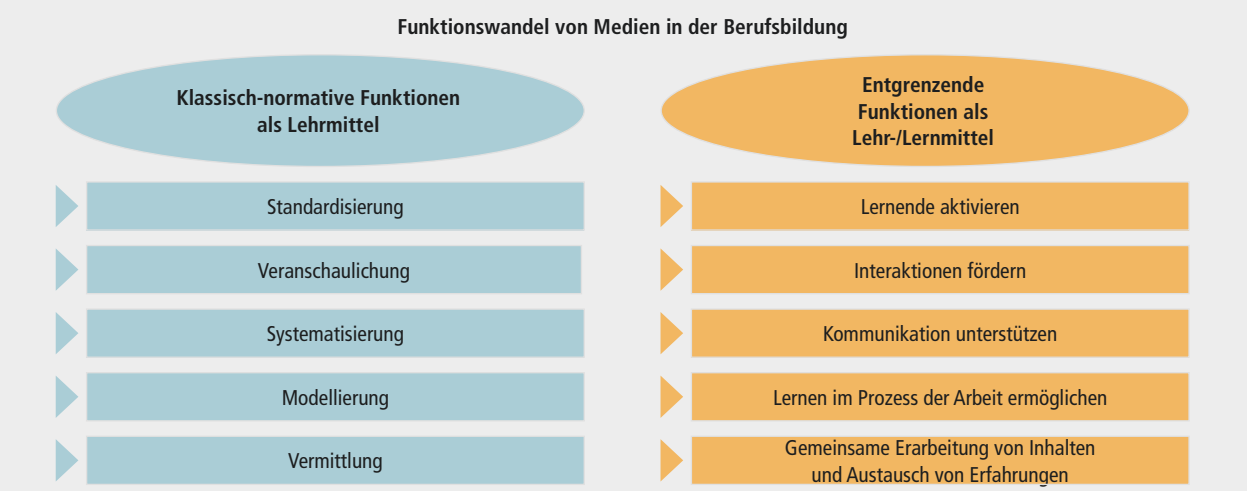
Der wesentliche Vorteil dieser Strukturierung liegt in dem nachvollziehbarer zu vermittelnden Transfer des Gelernten und Erfahrenen auf vergleichbare berufliche Aufgaben. Die Auszubildenden erkennen Handlungs- bzw. Problemsituationen wieder und erinnern sich an erprobte und bewährte Lösungswege. Werden Aufgabenstellungen prozessorientiert angelegt und beziehen sie sich auf authentische Aufträge, können darüber hinaus bei den Auszubildenden nicht nur fachliche, sondern gleichzeitig methodische und soziale Kompetenzen gefördert werden.

Prozessorientierung allein kann aber dazu führen, dass die Auszubildenden teilweise nur eine unklare und wenig überschaubare Fachstruktur erkennen können. Sie lernen unmittelbar in einem Arbeitsprozess, und es gelingt ihnen i. d. R. ohne Unterstützung nicht, das Gelernte zu reflektieren, einzuordnen und idealerweise auf weitere Aufgaben zu übertragen. Damit fehlt den Auszubildenden ggf. auch eine fachliche Geschlossenheit, die es ihnen ermöglicht, Problemlösungen aus theoretischen Zusammenhängen und Begründungen abzuleiten, wie es moderne, technologiegeprägte Facharbeit einfordert.

Zur Förderung einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz liegt es nahe, das betriebliche, überbetriebliche und schulische Lernen zunächst prozessorientiert, also bezogen auf die Arbeitsprozesse des Berufs, zu gestalten. Daran anschließend oder auch eingebettet wird das Gelernte entlang der bewährten Strukturen und Begrifflichkeiten der Fachsystematik reflektiert. Auf diese Weise kommen die Stärken beider Ansätze zum Tragen.

320 Im Internetportal des BIBB für Ausbilderinnen und Ausbilder (**http://www.foraus.de, vgl. Kapitel C2.6**) hat das Ausbildungspersonal Zugriff auf Weiterbildungsmöglichkeiten zur entsprechenden Ausbildungsplanung, zu virtuellen Lern- und Arbeitsaufgaben und weiteren Lernbausteinen, die ihnen bei der Bewältigung ihres Ausbildungsauftrages Unterstützung anbieten.

Schaubild C2.5-1: **Digitale Medien fördern Handlungskompetenz**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Auszubildende
- lernen Technik in ihren Anwendungszusammenhängen kennen, wodurch ein einfacher Transfer des Gelernten möglich wird;
- können durch die Integration in authentische Arbeitsprozesse fachliche, soziale und methodische Kompetenzen entwickeln;
- können berufliche Problemstellungen auf Basis theoretischer Herleitungen lösen, da sie die fachsystematischen Zusammenhänge beherrschen;
- kennen die bewährten Fachstrukturen und einschlägigen Fachbegriffe und können diese bei der Zusammenarbeit mit Fachkollegen oder der Beratung von Kunden einsetzen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen gewinnen die Potenziale digitaler Medien zur Förderung einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz noch zusätzlich an Bedeutung. Die Erfahrungen aus dem Projekt „Kompetenzwerkst@tt Elektrohandwerk“ gaben den Impuls für eine Expertise über die Einsatzmöglichkeiten digitaler Medien in Lern- und Arbeitsaufgaben (Howe/Knutzen 2012).[321] In dieser Expertise werden 6 Potenzialkategorien ausgewiesen:
1. Verfügbarmachen von Informationen und Inhalten
2. Visualisieren, Animieren, Simulieren
3. Kommunizieren, Kooperieren, Kollaborieren
4. Strukturieren, Systematisieren
5. Diagnostizieren, Testen
6. Reflektieren

Damit können Auszubildende, Ausbildungspersonal sowie Fachkräfte in die Lage versetzt werden, sich lernortübergreifend
- in hochdynamischen Informationswelten zu orientieren, diese effizient für die eigene Aufgabendurchführung zu nutzen sowie an der betriebsinternen Wissenskommunikation zu partizipieren;
- in größerem Maße den Anforderungen interdisziplinärer (und interkultureller) Zusammenarbeit zu stellen, Kommunikationswege zu bestimmen sowie den virtuellen Kommunikationsfluss zu organisieren;
- in mehreren Webanwendungen mit ihren jeweiligen Features parallel bewegen zu können (Schmidt-Hertha u. a. 2011).

Sie erlangen die (Handlungs-)Kompetenz, (gemeinsam) im virtuellen Raum in unterschiedlich organisierten Lern- und Arbeitsumgebungen aktiv zu kommunizieren, Lernergebnisse zu reflektieren, auf Arbeitsprozesse zu beziehen, mit Kundenbewertungen umzugehen und daraus die richtigen Entscheidungen zu fällen → **Schaubild C2.5-1**.

321 Die Expertise ist unter **http://datenreport.bibb.de/media2013/expertise_howe-knutzen.pdf** einzusehen.

C2.6 Online-Informations- und -Erfahrungsaustausch für Ausbilderinnen und Ausbilder: Das Beispiel Foraus.de

Als Ergebnis eines Forschungsprojekts zu den sich massiv abzeichnenden Auswirkungen netzgestützter Lern- und Arbeitsumgebungen (Hensge 2000) auf die betriebliche Aus- und Weiterbildung konzipierte das BIBB das Internetportal für Ausbilderinnen und Ausbilder Foraus.de (**www.foraus.de**). Mit diesem Internetportal zur Unterstützung des Ausbildungspersonals entstand ein netzgestützter Informations- und Kommunikationsdienst für die Berufsbildungspraxis. Er bietet Lösungen und Weiterbildungsangebote für alle Fragestellungen rund um die betriebliche Ausbildungspraxis als onlinegestützten Service an. Mit seinen registrierten über 11.000 Mitgliedern konnte das BIBB inzwischen diese größte Ausbilder-Community in Deutschland etablieren.

Das Internetportal richtet sich in erster Linie an haupt- und nebenberufliche Ausbilder und Ausbilderinnen, an ausbildende Fachkräfte in Betrieben, an Multiplikatoren zur Qualifizierung des Berufsbildungspersonals sowie an Ausbildungsleiter und Ausbildungsleiterinnen im Bereich der betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Aus- und Weiterbildung, an leitendes Personal im beruflichen Bildungswesen, an Verantwortliche im Bereich der Personal- und Organisationsentwicklung sowie an die Personen, die an pädagogischen Prozessen und innovativen Entwicklungen in der beruflichen Bildung beteiligt und interessiert sind. Es wendet sich zugleich auch an Berufsschullehrerinnen und -lehrer zur Verbesserung der Lernortkooperation und darüber hinaus an Wissenschaftler/-innen und Bildungspolitiker/-innen im skizzierten Themenfeld.

Als Dienstleistungsservice für das Ausbildungspersonal hat Foraus.de 3 Funktionen:

- **Lernen:** Bereitstellung von Online-Lernbausteinen;
- **Informieren:** Verbreitung aktueller Informationen rund um die Berufsbildung und das Tätigkeitsfeld des Ausbildungspersonals;
- **Kommunizieren & Vernetzen:** Erfahrungsaustausch mit Ausbilderinnen und Ausbildern.

Foraus.de stellt für die Berufsbildungspraxis ein tagesaktuelles Lern-, Informations- und Kommunikationsmedium dar. Die in den Forenbeiträge geäußerten Fragen, Antworten und Kommentare zur täglichen Ausbildungspraxis deuten auf aktuelle Entwicklungen, Weiterbildungsbedarfe und Probleme der Berufsbildungspraxis hin, mit denen sich das Ausbildungspersonal im Betriebsalltag auseinanderzusetzen hat. Die übergreifende Aufgabe von Foraus.de ist es, fortlaufend zur Optimierung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung beizutragen. Die mit dem Forum verbundene Dienstleistung des BIBB soll die Unterstützung des Ausbildungspersonals in der Berufsbildung dauerhaft durch geeignete Qualifizierungs- und Informationsangebote sicherstellen sowie über den netzgestützten Erfahrungsaustausch des Bildungspersonals untereinander zu einem betriebsinternen und betriebsübergreifenden Transfer modernen Ausbildungs-Know-hows beitragen. Mit der kostenlosen Mitgliedschaft in Foraus.de stehen den Ausbilderinnen und Ausbildern zahlreiche Möglichkeiten für Diskussion, Recherche und Erfahrungsaustausch zur Verfügung.

Online-Präsentationen von ausbildungsrelevanten Forschungsergebnissen des BIBB, insbesondere aus der Ordnungsforschung, der Modellversuchs- sowie Programmbetreuung sowie der Lehr-/Lernkonzeptentwicklung, bieten die Gewähr für qualitativ hochwertige fachlich-inhaltliche Angebote des Forums an das Ausbildungspersonal. Die Organisation von Online-Foren zur Diskussion berufsbildungsrelevanter Themenstellungen, die Bereitstellung von Online-Selbstlernbausteinen für die Bildungspersonalqualifizierung sowie die Bereitstellung von Online-Beratung ergänzen die netzgestützte Angebotspalette.

Das Ausbilderforum arbeitet mit einer Vielzahl von Online-Portalen in Deutschland zusammen. Die damit zur Verfügung stehenden Informationen werden auf ihren Gebrauchswert zu Fragen der betrieblichen Aus- und Weiterbildung überprüft. Relevante Informationen werden in den Newsbereich eingepflegt, zur Diskussion gestellt und z. T. für einen

gezielten Einsatz in der betrieblichen Ausbildungspraxis angepasst bzw. aufbereitet. Den Mitgliedern wird damit ein übergreifender Informationsservice aus einer Hand angeboten.

Aktuell wird vom BIBB zusammen mit Praxispartnern ein neues Informations- und Lernangebot zur Vermittlung von Medienkompetenz für das Forum erstellt. Exemplarisch wird das Thema „Social Media in kaufmännischen Berufen“ (**vgl. Kapitel C2.1**) als Lernbaustein aufbereitet. Am Beispiel ausgewählter kaufmännischer Berufe[322] wurden Typisierungen durchgeführt, die Grundlagen für eine zielgerichtete Erarbeitung von Social-Media-Anwendungen in der Ausbildung eröffnen. Sie umfassen die Themen:

1. Lernbereich betriebliche Kommunikation;
2. Social-Media-Plattformen;
3. Rechtliche Aspekte;
4. Social Media als Elemente einer berufsorientierten Medienkompetenz.

Weitere aktuell erarbeitete Lernbausteine widmen sich dem Thema „QR-Codes im Handwerk“, die eine „Cross-Media-Konzeption“ zur synchronisierten Nutzung analoger und digitaler Medien für die Ausbildungspraxis (am Beispiel des Stuckateur-Handwerks) anbieten.

Besonderes Augenmerk richtet Foraus.de auf die Unterstützung des Ausbildungspersonals in Handwerk und Mittelstand. Für diese Adressatengruppe werden unter dem Themenschwerpunkt „Systematisch ausbilden[323]“ kontinuierlich Angebote aufbereitet, die für eine planmäßige Gestaltung des Ausbildungsalltags nützlich sein können. Die Aktivitäten erfolgen in einem engen und hochkommunikativen Netzwerk zusammen mit ausbildenden Betrieben, mit denen das Foraus.de-Team zwecks Identifizierung von Themen, die der Verbesserung der betrieblichen Ausbildungspraxis dienen sollen, in einem direkten fachlichen Austausch steht.

C3 Fördermaßnahmen zur Implementierung digitaler Medien in die berufliche Qualifizierung

Angesichts der Entwicklungsdynamik IT-dominierter betrieblicher Arbeitsabläufe mit ihren Konsequenzen für die berufliche Aus- und Weiterbildung initiiert die Bundesregierung (hier: BMBF) gezielt Fördermaßnahmen unter dem Themenschwerpunkt „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2012c). Adressaten sind u. a. KMU und Zielgruppen, die allein häufig nicht in der Lage sind, die betrieblichen Rahmenbedingungen hin zu einer wissensbasierten Facharbeit zu gestalten.

Insbesondere soll gezielt das Angebot an qualitativ hochwertigen Lehr-/Lernangeboten erhöht werden, beispielhafte Lösungen für die berufsbegleitende Qualifizierung in einzelnen Branchen geschaffen und auch die Leistungsfähigkeit der Anbieter von Lehr-/Lernsoftware gesteigert werden. Die Weiterbildung des Bildungspersonals, die Optimierung von Lernortkooperationen, die enge Verzahnung von beruflicher Erstausbildung und berufsbegleitender Weiterbildung sowie die Erhöhung der Chancengleichheit durch einen leichteren Zugang zu Bildungsangeboten gehören ebenfalls zu den förderpolitischen Zielsetzungen der Maßnahmen. Die Fördermaßnahmen der letzten Jahre zielten im Einzelnen auf folgende Themen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2012c):

1. Digitale Medien in der beruflichen Qualifizierung;
2. Weiterentwicklung und Einsatz von Web-2.0-Technologien in der beruflichen Qualifizierung;
3. Förderung von Vorhaben zur Entwicklung und zum Einsatz von mobil nutzbaren Technologien, digitalen Medien und Diensten in der beruflichen Qualifizierung;
4. Stärkung der digitalen Medienkompetenz für eine zukunftsorientierte Medienbildung in der beruflichen Qualifizierung.

Das Fördervolumen von jährlich rund 16 Mio. € nationaler Mittel, ergänzt durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF), bot die Grundlage zur Initiierung von bisher rund 160 Einzel- und Verbundvorhaben.

322 Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Kaufmann/-frau in der Immobilienwirtschaft, Kaufmann/-frau für Dialogmarketing, Sport- und Fitnesskaufmann/-frau.

323 Systematisch ausbilden in Arbeitsprozessen – **http://www.foraus.de/html/2692.php**.

Jährlich stattfindende „Statusseminare“, auf denen sich jeweils Vertreter/-innen aller geförderten Projekte treffen, dienen der Vernetzung der Akteure und unterstützen die konzeptionelle Weiterentwicklung der mit den Fördermaßnahmen beabsichtigten Zielsetzungen. Einen Überblick über die geförderten Projekte und die von ihnen angesprochenen Themen und Zielgruppen geben die jeweils zu den Statusseminaren erschienenen Dokumentationen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011c, Bundesministerium für Bildung und Forschung 2012b).

Eine fortlaufend aktualisierte Gesamtschau der Fördermaßnahmen ist der Webseite „Qualifizierungdigital“ (**www.qualifizierungdigital.de**) zu entnehmen. Im Auftrag des BMBF hat das BIBB diesen Internetauftritt konzipiert, um der Fachöffentlichkeit einen allgemein zugänglichen Informationsraum zu den Fördermaßnahmen, den einzelnen Projekten sowie deren Ergebnissen zu geben. Innovationstransfer und Breitenwirksamkeit erfahren durch diese Zugriffsmöglichkeit gezielt Unterstützung.

Ausgewählte Projektergebnisse aus den Fördermaßnahmen, die für die Qualität der betrieblichen Ausbildungspraxis von besonderem Interesse sind, werden vom BIBB gemeinsam mit einem Fachverlag zusammengestellt. Für die Ausbildungspraxis erfolgt damit die Konzeption einer Publikationsreihe, die für das Ausbildungspersonal im Themenkontext „digitale Medien“ aktuelle und erprobte Einsatzszenarien operationalisiert.

Das BIBB veranstaltet jährlich eine bundesweite Fachtagung zum Thema „Digitale Medien – analoge Wirklichkeiten“ mit jeweils spezifizierendem Themenschwerpunkt (zuletzt am 19. Juni 2012 im BIBB in Bonn).[324] Die nächste Fachtagung wird am 4. Juli 2013 in Leipzig stattfinden und besonders den Zusammenhang handwerklicher Dienstleistungen im Bereich „intelligenter“ Gebäudetechnik (Smart Home/Smart Metering/Smart Grid, siehe Projekt „SmartMobile“ in **Kapitel C1.2**) mit den Möglichkeiten verteilter mobiler Kommunikation zur Initiierung situierten Lernens und Kommunizierens diskutieren.

Die kontinuierliche Präsentation und Diskussion des Themas in der Fachöffentlichkeit wird vom BIBB als wichtige Standortbestimmung, als Benchmarking sowie zur Implementierung der damit verbundenen Innovationen in die Berufsbildungspraxis gesehen.

Der besondere Stellenwert, dem die Nutzung von IuK/digitalen Medien in KMU zur Optimierung ihrer Geschäftsprozesse, d. h. zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, zugemessen wird, dokumentiert sich ebenfalls darin, dass die Bundesregierung im Rahmen des LERNET-Förderprogramms des BMWi gezielt die Etablierung netzgestützter Infrastrukturen zum Gegenstand ihrer Förderpolitik gemacht hat (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2008). Die inzwischen zu beobachtende Akzeptanz und Nutzung digitaler Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist auch auf die skizzierten Förderaktivitäten zurückzuführen, mit denen prototypische Anwendungs- und Einsatzszenarien in verschiedenen Branchen und für verschiedene Zielgruppen erprobt wurden.

Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages

Für die Projektgruppe „Bildung und Forschung“ der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundstages hat das BIBB den Sachstandsbericht zum Thema „Aus- und Weiterbildung“ erstellt (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012c). Auf dieser Grundlage verweist die Enquete-Kommission in ihrem Zwischenbericht (Deutscher Bundestag 2012a) und in ihren Empfehlungen (Deutscher Bundestag 2012b) auf die Notwendigkeit fortlaufender Fördermaßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung zielgruppenspezifischer Strategien bei der Nutzung digitaler Medien in der Berufsbildung und im betrieblichen Alltag. Hier wird besonders auch auf Adressaten wie KMU, überbetriebliche Bildungsstätten und Bildungspersonal in Betrieben und in Berufsschulen verwiesen, für die angesichts der schnellen Entwicklungszyklen im ITK-Sektor unterstützende Gestaltungsmodelle für die daraus resultierenden kontinuierlichen Anpassungsleistungen in der Ausbildungs- und Unterrichtspraxis, von Lernortkooperationen sowie der betrieblichen Facharbeit notwendig sind.

---

324 Digitale Medien – analoge Wirklichkeiten: Neue Werkzeuge für das Bildungspersonal (**http://www.bibb.de/de/61147.htm**).

Insgesamt verweist die Enquete-Kommission auf
- die Förderung digitaler Lehr- und Lernumgebungen insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben,
- das Fehlen integrierter Konzepte, um eine methodisch abgesicherte und effiziente Erweiterung betrieblichen Lernens mithilfe digitaler Medien zu erzielen,
- die Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe, die bundesweit die meisten Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse anbieten,
- besondere Fokussierung auf KMU, überbetriebliche Bildungsstätten, Berufsschulen, Fachschulen, öffentliche Weiterbildungsträger, Bildungspersonal.

Die Enquete-Kommission empfiehlt, weiterhin und verstärkt gezielte Fördermaßnahmen der Bundesregierung (Digitale Medien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung) zu initiieren (Deutscher Bundestag 2012b).

C4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die bereits Anfang 2012 für die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft vom BIBB erstellte Übersicht zum kontinuierlichen Handlungsbedarf, der für die Berufsbildung hinsichtlich der umfassenden Nutzung digitaler Medien besteht, gilt unverändert (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012c, S. 27–31).[325] Sie wird nachfolgend noch einmal dokumentiert:

1. **Facharbeit** durchlebt einen immer deutlicheren Wandel hin zur **Wissensarbeit.** Die Mehrzahl der Beschäftigten der mittleren Qualifikationsebenen ist mit einer zunehmenden Komplexität technischer Systeme und Maschinen konfrontiert. Elektronische, mechanische und IT-Komponenten fordern neben fachlichem Know-how bei Instandhaltungs- und Wartungsintervallen **überfachliche Kompetenzen** zur Analyse abstrakter Informationen. Gleiches gilt für die (selbstständige) Organisation von **Problemlösungsprozessen.** Die einzelnen Beschäftigten werden immer weniger in der Lage sein, sämtliches Fachwissen vorhalten zu können. Sie werden sich in Datenbanken das benötigte Wissen immer wieder neu beschaffen müssen, sie werden mit Kollegen/-innen über Problemlösungen per Funk kommunizieren sowie mit mobilen Endgeräten **elektronische Diagnoseverfahren** und Störfallbehebungen vor Ort durchführen. Informationen und Erkenntnisse im Zuge der Aufgabenlösung werden von den einzelnen Techniker/-innen und Monteuren/-innen in einen gemeinsamen Wissenspool rückgemeldet und stehen für Kollegen/-innen, die vor ähnlichen Problemstellungen stehen, aktuell zur Verfügung. **Wissensaustausch und gemeinsame Wissensnutzung** in Experten- bzw. Fach-Communitys wird ein Merkmal moderner Facharbeit. Die Dynamik technologischer Entwicklungen und des internationalen Wettbewerbs wird den Anpassungsdruck auf Betriebe weiter aufrechterhalten, ihre **Aus- und Weiterbildungsqualität**

325 Die Übersicht basiert auf dem Anfang 2012 erstellten Sachstandsbericht des BIBB für die Projektgruppe „Bildung und Forschung" der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages zum Schwerpunktthema „Berufliche Aus- und Weiterbildung" (**http://www.foraus.de/media/docs_content/InternetDigitale_Gesellschaft.pdf**).

mithilfe digitaler Medien kontinuierlich an diese Entwicklungen anzupassen. Nur so vermögen sie es, ihren Fachkräften die Kompetenzen zu vermitteln, die sie zur Gestaltung wissensintensiver Facharbeit benötigen. Dazu fehlen in starkem Maße **integrierte Konzepte,** um eine methodisch abgesicherte und effiziente Erweiterung betrieblichen Lernens mithilfe digitaler Medien nachhaltig zu erzielen.

2. Da **Mobile-Learning-Konzepte** für Handwerk und Mittelstand kaum verfügbar sind, gleichzeitig diese Infrastruktur aber von den Fachkräften zur fehlerfreien Ausübung von Installations- und Instandhaltungsarbeiten zunehmend benötigt wird, sind **thematische Strukturen für modellhafte Lerninhalte** in ausgesuchten Gewerken zu identifizieren und zu entwickeln. Neben der (technischen) Herausforderung zur stabilen Synchronisation mobiler Endgeräte mit stationären Wissensmanagementsystemen steht die **Didaktik** vor der Aufgabe, komplexe Sachverhalte in kurze, **aufeinander bezogene Informationseinheiten** zu zerlegen, mit deren Hilfe spezifischer Informations- und Lernbedarf gezielt und anwendungsgerecht vermittelt werden kann (Micro Learning). Die Didaktisierung der Lerninhalte und deren Anpassung erfordern **Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsaufwand,** der ohne öffentliche Unterstützung nicht zu erbringen ist.
3. Besonders die Mehrzahl der KMU sieht sich nicht in der Lage, für die notwendigen komplexen Lösungen wissensbasierter (IT-induzierter) Lehr- und Lernumgebungen die **übergreifenden technologischen, organisatorischen und methodisch-didaktischen Veränderungsprozesse** ohne Unterstützung zu bewältigen. Wesentlicher Erfolgsfaktor für die Etablierung einer wettbewerbsfähigen Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur in den Betrieben ist eine dezidiert geplante **Implementationsstrategie,** die die Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt, eine **holistische Perspektive** einnimmt und einen betriebsübergreifenden Anspruch formuliert. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um sowohl eine optimale Einbettung digitaler Medien in die Aus- und Weiterbildung und in den betrieblichen Alltag der Beschäftigten und nicht zuletzt in die bestehende technische Infrastruktur der Betriebe zu gewährleisten. Der **Paradigmenwechsel zum selbstorganisierten Lernen** in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, den die Unterstützung betrieblichen Lehrens und Lernens durch die Nutzung digitaler Medien mit sich bringt, sollte intensiv im Rahmen von thematisch ausgerichteten Fördermaßnahmen der Bundesregierung untersucht, unterstützt und besonders für KMU Gegenstand beispielhafter Pilotprojekte sein. Die adressatengerechte Konzeption, Erprobung und Verbreitung beispielhaften **Bildungsmanagements und umfassender Organisationsentwicklungsprozesse** besonders für kleine und mittlere Betriebsgrößen sollte im Mittelpunkt zielgerichteter Forschungs- und Entwicklungsarbeiten stehen.
4. Schwerpunktmäßig muss besonders die umfassende **Medienbildung** (Mediennutzung, -gestaltung, -kritik) des Ausbildungspersonals im Fokus gezielter Anstrengungen stehen. Fragen der angemessenen Vermittlung zum Thema Jugendschutz und der (Daten-)Sicherheit stellen entscheidende Faktoren zur Akzeptanz des Einsatzes digitaler Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung dar. Ohne Ausbildungspersonal mit der notwendigen Medienbildung werden die Betriebe die mit der zunehmenden IT-Durchdringung der Arbeitswelt notwendig werdenden Veränderungsprozesse nicht proaktiv gestalten können. Die wichtige Funktion, die überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) und Kompetenzzentren im Zusammenhang mit der Ergänzung der betrieblichen Ausbildung wahrnehmen, sollte in diesem Kontext unbedingt berücksichtigt werden, da mit diesen Bildungsstätten eine **bundesweite Infrastruktur** zur Erprobung entsprechender Aktivitäten existiert. Konzepte, mit deren Hilfe beispielhaft Modelle für die veränderte Rolle des Bildungspersonals als **Lernprozessbegleiter** entwickelt und erprobt werden, sind hier zu nennen. Flankierende und beispielhafte Projektierungen zum gezielten Ausbau digitaler Lehr-/Lernkulturen und -umgebungen sollten zur Unterstützung dieses Modernisierungsprozesses in der beruflichen Aus- und Weiterbildung beitragen. Damit könnte ein unmittelbarer Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe geleistet und deren Wandel zu **„lernenden Unternehmen“** kontinuierlich vorangetrieben werden.

5. Die eingestellten **BLK-Modellversuche** zur Modernisierung des Lernortes Berufsschule sowie zur **Lehrerfortbildung** sollten vor dem Hintergrund der seinerzeit gemachten Erfahrungen wieder aufgenommen werden. Angesichts der im vorliegenden Dokument skizzierten Darstellungen des Wandels von Lehren und Lernen in modernen Arbeitsumgebungen ist festzustellen, dass in Berufsschulen die flexible, mobile und alle Möglichkeiten ausschöpfende Nutzung digitaler Medien aufgrund logistischer, technischer und methodisch-didaktischer Defizite oft problematisch ist. Bestehende mediendidaktische Angebote und Möglichkeiten der Berufsschulen wären unter qualitativen Gesichtspunkten zu bewerten, um daraus gezielt Vorschläge zur Etablierung moderner **Kooperationen** mit Betrieben abzuleiten sowie modellhaft zu konzipieren. Konzepte für **„virtuelle Berufsschulen“,** die bereits Gegenstand von Pilotprojekten waren, sollten auf ihr Transferpotenzial hin untersucht, die Anforderungen an Lehrerfortbildung analog überprüft werden. Übergreifendes Ziel der hier zu initiierenden Maßnahmebündel muss sein, Berufsschulen zu einem starken Partner von Lernortkooperationen im Kontext der beschriebenen technologischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu machen.
6. Der Beitrag digitaler Medien zur **Integration spezifischer Zielgruppen** ist angesichts der demografischen Entwicklung und der Debatte um die Teilhabe möglichst aller Personengruppen an persönlicher und beruflicher Entwicklung viel stärker als bisher geschehen zu untersuchen und zu fördern. **Inklusion** heißt in diesem Falle, die hervorragenden Möglichkeiten digitaler Medien zur individualisierten sowie orts- und zeitunabhängigen Vermittlung relevanter Fachinhalte zu nutzen. Die Möglichkeiten der **Visualisierung** komplexer und abstrakter Sachverhalte in Verbindung mit einer qualifizierten (tutoriellen) Begleitung dürfte für viele Personengruppen, die bisher nur schwer Zugang zu Ausbildung und qualifizierter Beschäftigung erhalten, neue Optionen für die Wahrnehmung **beruflicher Perspektiven** eröffnen.
7. Die systematische Überprüfung, ob sich die Einführung digitaler Medien „lohnt“, ist bisher für die Betriebe vielfach noch Neuland. Hier besteht direkter Forschungsbedarf, um Optimierungsmöglichkeiten und belastbare Konzepte für nachhaltig wirkende Anwendungsszenarien in diesem Segment entwickeln zu können. In diesem Zusammenhang stellt sich weiterhin die Aufgabe, Indikatoren für die **Qualitätsmessung** sowie zur Entwicklung von **Qualitätsstandards** zu entwickeln, um für die Betriebe angesichts des sehr heterogenen Anbietermarktes digitaler Medien Orientierungsmöglichkeiten für deren Einsatz anbieten zu können. Aus betrieblicher Sicht stellt sich in diesem Zusammenhang ebenfalls die Frage, welche **Lernergebnisse** sich durch den Einsatz digitaler Medien schließlich erzielen und nachweisen lassen. Der **Kompetenzerwerb** mithilfe digitaler Medien erfolgt über informelles Lernen und ist häufig nur schwer abzubilden. Entwicklung, Messung und Dokumentation von **formell wie informell erworbenen Kompetenzen** spielen aber eine zentrale Rolle im Prozess der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Auch hier besteht konkreter Forschungsbedarf, um den Kompetenzerwerb mittels digital unterstützter Lehr- und Lernprozesse feststellen zu können.
8. Die Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen mit digitalen Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung fordert von allen Beteiligten eine grundsätzlich neue Form der Informationsbeschaffung, der Informationsverarbeitung und -verteilung. Viele Barrieren verhindern allerdings einen effektiven und gewinnbringenden Einsatz digitaler Medien in der Berufsbildung, da sie noch zu undifferenziert in ihrer Abgrenzung zu anderen **(analogen) Medien** untersucht und konnotiert werden. Zu häufig wird der sogenannte „computergestützte Unterricht“ als Ergänzung im Kontext der Modelle analoger betrieblicher (und berufsschulischer) Wirklichkeiten gesehen, ohne die **Mächtigkeit der Anwendungsmöglichkeiten** digitaler Medien mit ihren Verknüpfungsmöglichkeiten zu thematisieren. Zwischen Geistes- und Technikwissenschaften anzusiedelnder **interdisziplinärer Forschungsbedarf** besteht in der Ermittlung der Einsatzräume und -bedingungen digitaler Medien, die sich in kurzen Innovationszyklen beständig weiterentwickeln und immer neue Möglichkeiten der Wissensvermittlung und des Wissenstransfers in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eröffnen.

9. Der unter Punkt 8 genannte Forschungsbedarf sollte durch eine **systematische Begleitforschung** der vielfältigen Initiativen auf nationaler und EU-Ebene flankiert werden, um den Beitrag und den Ertrag digitaler Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu quantifizieren und zu qualifizieren. Ein **Panel** sollte initiiert werden und solch eine umfassende Untersuchung fundieren, um die durch technologische Entwicklungen entstehenden Veränderungsprozesse des Lehrens und Lernens in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und die damit verbundenen Konsequenzen für die Organisation der betrieblichen Facharbeit in Form eines regelmäßigen Berichtssystems zu dokumentieren. Eine dringend benötigte Planungsgrundlage zur pragmatischen Gestaltung von **Formen und Formaten der Informations- und Wissensgenerierung** in der beruflichen Aus- und Weiterbildung analog den sich ständig weiterentwickelnden digitalen Medien könnte damit der Berufsbildung auf einer validen Basis zur Verfügung gestellt werden.

(Michael Härtel)

C5 Glossar

AJAX	Ein Konzept der asynchronen Datenübertragung zwischen Server und Browser (Asynchronous Javascript and XML). AJAX ermöglicht die gezielte Abfrage von Daten über Internetapplikationen, sodass nicht bei jeder Anfrage die komplette Seite neu geladen werden muss. Daher wird durch AJAX unter anderem die Verbindung von Desktop- und Online-Funktionen wesentlich vereinfacht.
Avatar	Avatar steht für eine Darstellung, Animation oder eine Karikatur, mit der sich der Benutzer im Internet eine virtuelle Identität schafft.
Beta	Steht für ein öffentliches Teststadium u. a. von Internetseiten oder Programmen, die bereits in Betrieb sind, aber noch mit gewissen Unzulänglichkeiten leben müssen. Der Sinn besteht darin, dass viele User die Seite bzw. das Programm live testen und auf Fehler hinweisen können.
Blended Learning	Blended Learning steht für eine Kombination von Präsenz- und Distanzlerneinheiten. Dabei werden die Vorteile von Präsenzveranstaltungen und E-Learning kombiniert.
Blog	Kurzform von Weblog. Eine Internetseite mit regelmäßigen Berichterstattungen und Kommentaren zu ausgewählten Themen, verbreitet auch in Form eines persönlichen Online-Tagebuchs. Die aktuellsten Einträge erscheinen auf der Startseite.
Blogosphäre/ Blogosphere	Die Blogosphäre ist die Gesamtheit („die Welt") aller Weblogs.
Browsing	Unter Browsing („sich umsehen, stöbern") versteht man im Allgemeinen das Navigieren („Surfen") im Internet, um auf verschiedenste Informationen in Form von Webangeboten („Websites") zuzugreifen. Dazu wird in der Regel eine spezielle Software, ein sogenannter Browser, verwendet.
Buzzword	Buzzword kann auch als Schlagwort übersetzt werden. Schlagwörter sind einprägsam und beziehen sich auf ganze Sachverhalte, die genau genommen einer Erläuterung bedürfen (Beispiel: Web 2.0).
Chat	Chat („plaudern, sich unterhalten") bezeichnet eine synchrone (in Echtzeit) elektronische Kommunikation, meist über das Internet.
Cloud/Cloud-Computing	Beim sogenannten Cloud-Computing (etwa: Rechnen in der Wolke) werden Teile der IT-Infrastruktur wie z. B. Rechenkapazitäten, Datenspeicher oder Software nicht mehr lokal auf der Nutzerseite betrieben, sondern von externen Dienstleistern über ein Netzwerk zur Verfügung gestellt. Die Anwendungen befinden sich also nicht auf dem eigenen Computer, sondern in einer metaphorischen „Wolke", auf die man z. B. über das Internet zugreifen kann. Angebot und Nutzung der Dienstleistungen erfolgen dabei über definierte technische Schnittstellen und Protokolle.
Community	Mehr oder weniger spezialisierte Online-Gemeinschaft. Dient zum Knüpfen von Kontakten und zum Austauschen von Daten und Meinungen.
Content-Management-System	Ein Content-Management-System (CMS, deutsch „Inhaltsverwaltungssystem") ist eine Software zur gemeinschaftlichen Erstellung, Bearbeitung und Organisation von Inhalten (Content) zumeist in Webseiten, aber auch in anderen Medienformen.
Creative Commons License	Eine Lizenz, mit der Autoren/Autorinnen der Öffentlichkeit Nutzungsrechte an ihren Werken (Musik, Texte o. Ä.) einräumen können. Es gibt unterschiedlich ausgestaltete Creative-Commons-Lizenzen.
E-Learning	E-Learning findet statt, wenn Lernprozesse in Szenarien ablaufen, in die gezielt multimediale und (tele-)kommunikative Technologien integriert sind.
Feed	Siehe RSS.
Folksonomy	Zusammengesetzter Begriff aus den englischen Wörtern folk (deutsch „die Leute/volkstümlich") und taxonomy (deutsch „Klassifizierung") und bedeutet „Klassifizierung durch die Anwender". Jede/-r Anwender/-in (nicht nur Experten/Expertinnen) kann bestimmte Begriffe taggen (verschlagworten), wodurch eine Katalogisierung von Inhalten entsteht. Die Folksonomy ergibt sich aus der Gesamtheit der benutzten Tags.
Group Blog	Blog mit mehreren Autoren.
HTML	HTML bedeutet Hypertext Markup Language. Mit ihr werden WWW-Dokumente, also Webseiten, erstellt. HTML ist keine Programmiersprache, sondern eine Dokumentenbeschreibungssprache.

Learning Management System	Eine Lernplattform bzw. ein Learning Management System (LMS) ist ein komplexes Softwaresystem, das der Bereitstellung von Lerninhalten und der Organisation von Lernvorgängen dient. Eine wichtige Aufgabe einer webbasierten Lernumgebung ist außerdem, die Kommunikation zwischen Lernenden und Lehrenden zu ermöglichen.
Mashup	Mashup (englisch „to mash" für vermischen) bezeichnet die Erstellung neuer Medieninhalte durch die nahtlose (Re-) Kombination bereits bestehender Inhalte. Eine Internetseite, die Teile von mindestens einer weiteren Seite integriert. Immer mehr Applikationen wie beispielsweise Google Maps sind für die Verwendung in anderen Projekten freigegeben. Daher entstehen durch „Mashen" (Vermischen) viele interessante neue Projekte.
Podcasting	Anbieten von Audio- und Videodateien über das Internet. Diese können anders als beim Radio und beim Fernsehen zu einer beliebigen Zeit konsumiert werden. In vielen Fällen sind es regelmäßige Beiträge, die man abonnieren kann. Zusammengesetzter Begriff aus iPod (populärer tragbarer MP3- und Videoplayer von Apple) und broadcast (übertragen).
Post/Posting	Posting bezeichnet eine Mitteilung in Webforen oder Blogs. Eine Folge von Postings, die in Form von Diskussionsbeiträgen hierarchisch organisiert sind, werden als Thread bezeichnet.
RSS	Abkürzung von Really Simple Syndication. Ein standardisiertes Format, in dem Daten für Abonnements bereitgestellt werden. Diese Nachrichten (RSS-Feeds) werden von immer mehr Software unterstützt. Sie liefern automatisch die neuesten gewünschten Daten und erhöhen so die Informativität und den Komfort für den Benutzer/die Benutzerin.
RSS-Reader	Software zum Lesen von RSS-Feeds. Wenn ein/-e Benutzer/-in einen RSS-Channel abonniert hat, so sucht das Programm in regelmäßigen Abständen beim Server nach Aktualisierungen im RSS-Feed.
Semantisches Web	Idee, dass all die in menschlicher Sprache ausgedrückten Informationen im Internet mit einer eindeutigen Beschreibung ihrer Bedeutung (Semantik) versehen werden, die auch von Computern „verstanden" oder zumindest verarbeitet werden kann. So könnte man genaue Antworten auf ausformulierte Fragen erhalten, anstatt die durch eine Suchanfrage getroffene Auswahl an Internetseiten selber nach der Antwort durchsuchen zu müssen.
Smartphone	Ein Smartphone ist ein Mobiltelefon, das mehr Computerfunktionalität und -konnektivität als ein herkömmliches fortschrittliches Mobiltelefon zur Verfügung stellt.
Social Media	Social Media (auch „Soziale Medien") bezeichnen digitale Medien und Technologien, die es Nutzern ermöglichen, sich untereinander auszutauschen und mediale Inhalte einzeln oder in Gemeinschaft zu gestalten. Anbieter und Rezipienten von Informationen stehen sich mit Social Media bei Weitem nicht mehr so strikt gegenüber wie bei den älteren Massenmedien Zeitung, Radio und Fernsehen.
Social Navigation	Konzepte, mit denen sich Nutzer/-innen am Navigationsverhalten anderer orientieren können. Es ist zum Beispiel darstellbar, welche Produkte jemand, der ein Produkt, für das man sich interessiert, gekauft hat, außerdem erworben hat.
Social Software	Oberbegriff für Software, die zur Kommunikation und Kooperation von Usern dient. Dazu zählen beispielsweise Blogs, Wikis, Chats und Foren.
Tag	Als Tags werden Schlagworte in Internetanwendungen bezeichnet. Damit werden Themen, Internetverweise, Bilder oder Blogeinträge verschlagwortet. Dadurch lassen sich beispielsweise alle Beiträge zu einem Thema schnell finden. So entsteht eine nicht hierarchische Kategorisierung, mit der man gezielt nach Informationen suchen kann. Das englische Wort „tag" bedeutet wörtlich übersetzt Anhänger, Abgrenzer, Aufhänger.
Tagging	Bezeichnet das Zuweisen von Tags zu bestimmten Daten.
Thread	Ein Thread (deutsch „Thema") ist eine Sammlung von Diskussionsbeiträgen, die zu einer Frage (dem Thema) gelistet werden. Meist gibt es Threads in Foren, aber auch in Blogs existieren sie.
Tweet	Ein Tweet ist eine Kurznachricht, die über den Dienst „Twitter" gesendet wird.
Twitter	Twitter (engl. „Gezwitscher") ist eine digitale Echtzeitanwendung zur Verbreitung von telegrammartigen Kurznachrichten. Es wird zudem als Kommunikationsplattform, soziales Netzwerk oder ein meist öffentlich einsehbares Online-Tagebuch definiert. Privatpersonen, Organisationen, Unternehmen und Massenmedien nutzen Twitter als Plattform zur Verbreitung von kurzen Textnachrichten (Tweets) im Internet. Diese dürfen maximal 140 Zeichen aufweisen.
User Generated Content (UGC)	Der Begriff User Generated Content (UGC) bedeutet „nutzergenerierte Inhalte" und steht für Medieninhalte, die nicht vom Anbieter eines Webangebots, sondern von dessen Nutzern erstellt werden.
Vlogs	Abkürzung für Video Logs. Blogs, in denen die Posts nicht aus Textbeiträgen, sondern hauptsächlich aus Videos bestehen.

Web 2.0	Begriff, der den Wandel des früher statischen Web 1.0 zum jetzigen Web 2.0 beschreibt. Das Web 1.0 bestand lediglich aus dem Konsum der Inhalte, die im Web eingestellt wurden. Für das Web 2.0 wurden interaktive Elemente hinzugefügt, die es dem einzelnen User möglich machen, selbst Inhalte einzustellen (User Generated Content), zu bearbeiten, mit anderen zu teilen und Dialoge zu starten.
Webforum	Ein Webforum, auch Diskussionsforum, ist ein virtueller Platz zum Austausch und zur Archivierung von Gedanken, Meinungen und Erfahrungen. Die Kommunikation in Foren ist asynchron, das heißt, ein Beitrag wird nicht unmittelbar und sofort, sondern zeitversetzt beantwortet.
Weblog	Siehe Blog.
WebQuest	Mit dem Begriff (engl. „quest" = Suche) wird eine didaktische Methode bezeichnet, bei der für die Bearbeitung der jeweiligen Aufgabenstellung auf Informationen aus dem Internet zurückgegriffen wird. Der Lehrende stellt dabei zu einem bestimmten Thema eine Auswahl an Internetquellen zusammen, anhand derer die Studierenden die gestellte Aufgabe dann bearbeiten. Anwendung finden WebQuests im schulischen, im Weiterbildungs- und im universitären Bereich.
Wiki	Als Wiki wird ein offenes Verwaltungssystem (CMS) für Internetinhalte bezeichnet. Abgeleitet ist der Begriff vom hawaiianischen Wort „wikiwiki" (deutsch „schnell"). Ziel eines Wikis ist die gemeinsame Arbeit von Internetnutzern an einem Text. Besucher eines Wikis können in der Regel diese Texte ändern. Eine Software protokolliert dabei jede Änderung und speichert zudem frühere Versionen ab. Dadurch kann die Entwicklung eines Wikis nachvollzogen werden. Wohl bekanntestes Wiki ist die Online-Enzyklopädie Wikipedia.
XML	Abkürzung für Extensible Markup Language, eine Sprache für Seiten im World Wide Web. XML ist deutlich flexibler als das bisherige HTML und bietet Programmierern mehr Funktionen.

D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren

Das Wichtigste in Kürze

Berufliche Bildung ist einem stetigen Veränderungs- und Modernisierungsprozess unterworfen. Dies gilt für die Übergänge zwischen Schule und Ausbildungssystem, zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem und für die berufliche Weiterbildung. Um diesen Veränderungsprozess anzustoßen und wichtige Impulse zu geben, werden sowohl vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als auch von anderen Akteuren (z. B. weitere Bundes- und Länderministerien, die Europäische Kommission, die Bundesagentur für Arbeit) zahlreiche Programme und Modellinitiativen in ganz unterschiedlichen Themenbereichen aufgelegt. Eine wesentliche Bedeutung gewinnt im Rahmen des Modernisierungsprozesses auch der Ausbau von überbetrieblichen Berufsbildungszentren hin zu Kompetenzzentren.

Zunächst wird im **Kapitel D1** ein umfassender Überblick über die Programme zur Förderung der Berufsausbildung der beteiligten Bundes- und Länderministerien sowie der Bundesagentur für Arbeit und der Integrationsämter gegeben. Dabei handelt es sich sowohl um zeitlich begrenzte Programme als auch um Programme im Bereich gesetzlicher Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG). Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsmitteln des Bundes, der Länder und der Kommunen, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Bundesagentur für Arbeit sowie aus Eigenmitteln der Träger.

Die Übersicht verdeutlicht, wie vielfältig die Förderlandschaft ist. Allerdings gibt es in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen zur besseren Abstimmung und Koordinierung der Maßnahmen. Dies gilt sowohl auf Bundes- und Länderebene als auch auf regionaler Ebene. Auch der Hauptausschuss beim Bundesinstitut für Berufsbildung befasst sich seit 2 Jahren intensiv mit diesem Thema.

Das **Kapitel D2** liefert einen Überblick über Modellversuche in der beruflichen Bildung. Modellversuche nehmen innovative Trends auf und leiten beispielhaft praktische Schritte für bildungspolitische Neuentwicklungen sowohl in inhaltlicher als auch methodischer und struktureller Perspektive ein. Zurzeit gibt es in den 3 Förderschwerpunkten „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“, „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ sowie „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ insgesamt 34 Modellprojekte. Die einzelnen Projekte haben Ende des Jahres 2010 bzw. Anfang des Jahres 2011 begonnen. Die Laufzeit beträgt entweder 2 oder 3 Jahre, sodass hier über erste Ergebnisse berichtet werden kann. Diese müssen nun in die Praxis übertragen werden.

Ergänzend findet sich in **Kapitel D2** eine Darstellung der Pilotinitiative DECVET zur Entwicklung und Erprobung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung sowie der im Jahr 2012 gestarteten BMBF-Initiative „ANKOM – Förderung von Maßnahmen für den Übergang von der beruflichen in die hochschulische Bildung“. Auf einer Abschlusskonferenz im Juni 2012 in Berlin wurden die Ergebnisse von DECVET der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Anrechnung von Lernergebnissen zwischen unterschiedlichen Ebenen (z. B. von der Berufsvorbereitung auf die Ausbildung) ist zwar schwierig, aber möglich und gewinnbringend, so lässt sich ganz knapp das Resümee aus DECVET ziehen.

Im **Kapitel D3** erfolgt schließlich eine Darstellung der Entwicklung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten hin zu Kompetenzzentren. Sie verfolgen Neuentwicklungen in Forschung und Technik, bewerten deren Nutzen für mittelständische Unternehmen und unterstützen die Umsetzung in die betriebliche Praxis durch passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen. Kompetenzzentren tragen dadurch erheblich zur Implementierung neuer Technologien und damit zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.

(Michael Heister)

D1 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung

Vorbemerkung

Bund, Länder und Europäische Union fördern die Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Ausbildungsfähigkeit und den Übergang von jungen Menschen in die berufliche Ausbildung sowie die Leistungsfähigkeit des Berufsbildungssystems durch eine Vielzahl von Förderprogrammen. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die im Jahr 2012 bestehenden Programme zur Förderung der Berufsausbildung. Der Begriff „Förderprogramm" wird dabei analog zum Haushaltsrecht des Bundes und der Länder verwendet. Demnach wird unter einem Förderprogramm eine Regelung verstanden, auf deren Grundlage finanzielle Leistungen an Stellen außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke bzw. übergeordneter Ziele erbracht werden.[326]

Befragung zur Förderung der Berufsausbildung

Die Grundlage der Dokumentation bildet eine schriftliche Befragung der zuständigen Bundes- und Landesministerien bzw. -behörden, die von Dezember 2012 bis Januar 2013 durchgeführt wurde. Basierend auf einer begleitenden Auswertung der Förderdatenbank des Bundes im Internet[327] sowie den Ergebnissen der Befragung zur Förderung der Berufsausbildung der Jahre 2009 bis 2011[328] wurden insgesamt 193 Fragebögen an 52 Adressaten gesandt. Die Beteiligung der Fördergeber war ausgesprochen positiv. Die Rücklaufquote betrug – bezogen auf die Zahl der Fragebögen – 100 %.[329]

Folgende Merkmale wurden im Rahmen der Befragung erhoben:
- Programmtitel,
- zuständiges Ministerium,
- zuständige Antrags- bzw. Bewilligungsstelle,
- Fördergegenstand,
- Förderberechtigte,
- Art und Höhe der Förderung,
- Art und Anzahl der Förderfälle,
- Mittelvolumen und -herkunft,
- Programmlaufzeit,
- Rechtsgrundlage.

Ziele und Zielgruppen der Förderung

Öffentliche Förderprogramme verfolgen das Ziel, Anreize zur Verwirklichung wirtschaftlich und sozial erwünschter Vorhaben zu bieten, die ohne finanzielle Unterstützung nicht bzw. nicht im gewünschten Umfang oder zum gewünschten Zeitpunkt durchgeführt würden.

Die Förderung im Bereich der Berufsausbildung konzentriert sich daher auf spezifische Themen und Akteure des Berufsbildungssystems. Im Rahmen der Dokumentation wurden folgende Schwerpunkte identifiziert:
- die Schaffung und Sicherung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze,
- die Stärkung der Verbundausbildung,
- die Förderung benachteiligter und behinderter Jugendlicher,
- die Vermittlung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben in Anschlussausbildungen,
- die Vermittlung von Altbewerbern und Altbewerberinnen und Ausbildungsabbrechern und -abbrecherinnen,
- die Mitfinanzierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und -lehrgänge,
- die Mitfinanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsangebote,

326 Vgl. § 23 Bundeshaushaltsordnung (BHO) i. V. m. VV § 23 BHO. Es muss sich um Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben des Empfängers für einzelne abgegrenzte Vorhaben (Projektförderung) handeln. Nicht berücksichtigt werden demnach Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben des Zuwendungsempfängers (institutionelle Förderung), Sachleistungen, Transferleistungen sowie öffentliche Aufträge. In die Darstellung einbezogen wurden demgegenüber auch die gesetzlichen Förderinstrumente des SGB.

327 Mit der Förderdatenbank gibt die Bundesregierung einen umfassenden und aktuellen Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union. Die Förderdatenbank steht im Internet unter der Adresse **http://www.foerderdatenbank.de** zur Verfügung.

328 Vgl. BIBB-Datenreport 2010, 2011 und 2012, Kapitel D1.

329 Dort, wo keine Antworten aus der Befragung vorliegen, basiert die Dokumentation auf einer ergänzenden Auswertung öffentlich zugänglicher Informationsquellen (insbesondere Richtlinien und Merkblätter der Fördergeber).

- die Stärkung der Ausbildungsberatung und -akquise,
- die Förderung der Berufsorientierung und -vorbereitung,
- die Vermittlung von Zusatzqualifikationen für Auszubildende,
- die Förderung transnationaler Ausbildung sowie
- die Förderung von Modellprojekten und innovativen Vorhaben zur Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems.

Im Rahmen der Berufsausbildungsförderung werden fast ausschließlich Zuschüsse gewährt. Begünstigte sind in erster Linie ausbildende Betriebe sowie Maßnahme- bzw. Projektträger im Bereich der Berufsausbildung. In geringem Umfang werden über die Förderbanken der Länder auch Darlehen zur Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze an Unternehmen vergeben. Förderschwerpunkte und -voraussetzungen sind zwischen Bund und Ländern sowie von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausgestaltet.

Die vollständige Dokumentation der Förderprogramme und umfangreiche Tabellen mit Basisinformationen, Aufstellungen zu Förderfällen und Fördermitteln sowie zusammengefassten Informationen können im Internetangebot zum BIBB-Datenreport unter **http://datenreport.bibb.de** abgerufen werden.

(Michael Fritsche, Martin Nospickel, Wolters Kluwer Deutschland)

D2 Modellprojekte und Pilotinitiativen entwickeln innovative Konzepte für die betriebliche Ausbildung

Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der beruflichen Bildung in Deutschland ist die enge Verbindung zur betrieblichen Praxis. So müssen sich die hohen Standards der Ordnungsmittel in der betrieblichen Ausbildung bewähren, während gleichzeitig über konkrete Anforderungen aus den Betrieben Entwicklungspfade für die Berufsbildung vorgezeichnet werden. Eine wichtige Scharnierfunktion spielen hierbei Modellversuche. Ihr Ziel ist es, aus der betrieblichen Praxis Innovationen für die Berufsbildung zu entwickeln und zu erproben.

Zurzeit gibt es auf der Grundlage des § 90 Abs. 3 Nr. 1d Berufsbildungsgesetz (BBiG) 3 Förderschwerpunkte, die sich mit aktuellen Anforderungen an die berufliche Bildung beschäftigen:

- Der Übergang von der Schule in die Ausbildung muss vor allem vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung neu gestaltet werden. Nachdem sich die meisten Übergangsmaßnahmen auf eine Förderung der Jugendlichen konzentrieren, geht es nun darum, die ausbildenden Betriebe bei den zunehmend vielfältigeren Anforderungen an die Ausbildung und die Auszubildenden zu unterstützen. Förderschwerpunkt: Neue Wege in die duale Bildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung mit 17 Modellprojekten.
- Stand wegen der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt vor allem die Quantität der Ausbildungsangebote im Fokus des Interesses, gewinnen qualitative Fragen des Ausbildungsprozesses und des Ausbildungserfolgs an Bedeutung. Insbesondere Klein- und Mittelbetrieben müssen Instrumente an die Hand gegeben werden, die Qualität ihrer betrieblichen Bildung systematisch zu sichern und weiterzuentwickeln. Dabei sollten die betrieblichen Anstrengungen in eine lernortübergreifende Qualitätsstrategie eingebettet und das ausbildende Personal qualifiziert werden. Förderschwerpunkt: Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsbildung mit 10 Modellprojekten.

- Gerade im Arbeits- und Wirtschaftsprozess müssen Maßnahmen und Konzepte auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung manifest werden. Die Arbeitswelt ist somit ein wichtiger Erfahrungs- und Gestaltungsraum von Nachhaltigkeit. Zugleich benötigt eine auf Nachhaltigkeit orientierte Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte, die in der Lage sind, berufliche Handlungssituationen im Sinne der Leitideen nachhaltiger Entwicklungsprozesse gestalten zu können.
- Förderschwerpunkt: Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung mit 7 Modellprojekten.

Über die geförderten Modellprojekte im Einzelnen informiert → **Tabelle D2-1 Internet**.

Eine weitere Herausforderung ist, die Durchlässigkeit innerhalb der beruflichen Bildung und zu anderen Bildungssystemen, insbesondere zu Hochschulen, zu stärken. So wurde 2012 die Pilotinitiative DECVET zur Entwicklung und Erprobung eines Leitungspunktesystems in der beruflichen Bildung abgeschlossen. Die Ergebnisse zeigen, dass mit einer konsequenten Orientierung an Lernergebnissen Durchlässigkeit an den entscheidenden vertikalen und horizontalen Schnittstellen der beruflichen Bildung verbessert und strukturell im Rahmen der vorhandenen Ordnungsmittel verankert werden kann.

2012 wurde dem BIBB die Programmträgerschaft für ANKOM – Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung übertragen. Nachdem in den vorhergegangenen ANKOM-Projekten tragfähige Mechanismen für die Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf ein Studium entwickelt wurden, liegt der Schwerpunkt jetzt darauf, durch entsprechende Gestaltung von Studiengängen sowie Beratung und Information die Studienangebote an den Bedingungen und Bedarfen beruflich Qualifizierter und Berufstätiger zu orientieren und damit den Einstieg in ein Hochschulstudium zu erleichtern.

(Barbara Hemkes)

Förderschwerpunkt: Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung

Der Förderschwerpunkt „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (BBNE) (Laufzeit 2010 bis 2013) steht in enger Beziehung zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014).

Im Förderschwerpunkt BBNE werden Verbund- und Einzelprojekte gefördert, deren Aufgabe es u. a. ist, Handlungsempfehlungen und Konzepte zur Implementation und Verstetigung beruflicher Bildung für nachhaltige Entwicklung auf den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems zu entwickeln und zu erproben. Die Projekte weisen einen Regional- und einen Branchenbezug auf.

Als Zwischenbilanz lässt sich festhalten:

- In der *Branche Metall/Elektro*
  - wurde in einem Verbundprojekt mit der Universität Oldenburg und dem Bundestechnologiezentrum für Elektrotechnik in Oldenburg (BFE) ein Fortbildungsgang zum/zur geprüften technischen Fachwirt/-in – Erneuerbare Energien entwickelt. Dieser Fortbildungsgang wird zzt. im BFE erprobt. Eine Anerkennung nach BBiG auf Kammerbezirksebene wird angestrebt,
  - wurden im Verbundprojekt „Offshore-Kompetenz“ der Universität Bremen und weiterer Partner berufliche Kompetenzen und Qualifikationsbedarfe von Fachexperten bei der Montage, Inbetriebnahme und dem Service von Offshore-Windenergieanlagen in Verbindung mit BBNE ermittelt und Facharbeiterworkshops durchgeführt,
  - erhob das Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim und die Metropol-Solar Rhein-Neckar e. V. Daten zur Ermittlung des Qualifizierungsbedarfes in der beruflichen Bildung im Bereich Elektromobilität und erneuerbare Energien im Handwerk und führte dazu Fachworkshops durch. Es zeichnet sich ab, dass keine grundlegenden Qualifikationen in diesem Themenfeld benötigt werden.

- *Branche Bauen und Wohnen*
  Das Netzwerk KOMZET Bau und Energie – ein Zusammenschluss der Kompetenzzentren in der Bauwirtschaft – entwickelte bislang 12 gewerkübergreifende Lernmodule zum energieeffizienten Bauen und Sanieren. Die Lernmodule werden aktuell in den KOMZET erprobt. Ziel ist, eine nachhaltige Entwicklung in der beruflichen Bildung im Bausektor zu fördern und diese in Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und anderen Bildungsakteuren dauerhaft als Leitbild in der Aus- und Fortbildung zu verankern.
- *Branche Chemie*
  Die Rhein-Erft Akademie (REA) entwickelte – zusammen mit ihren Partnern – Lernmodule, um nachhaltige Bildungskarrieren in der Chemieindustrie zu fördern. Erste Erprobungen wurden an der REA durchgeführt. Projektziel ist die methodische Aufbereitung und Implementierung der Kriterien nachhaltiger Entwicklung für den Bildungsbereich auf allen Ebenen der beruflichen Bildung einschließlich der universitären Bildung im Chemiebereich.
- *Branche Ernährung*
  Das Projekt der Fachhochschule Münster/Institut für berufliche Lehrerbildung wurde von 2 auf 3 Jahre Laufzeit verlängert. Im Rahmen des Projektes wurde ein modulares Rahmencurriculum zur systematischen Qualifizierung für nachhaltige Entwicklung in der beruflichen Bildung im Ernährungsbereich mit Fokus auf die Gemeinschaftsverpflegung für die ausgewählten Berufe des Ernährungsbereiches entwickelt. Das Rahmencurriculum wird aktuell sowohl in der Lehrerbildung als auch in verschiedenen Berufskollegs eingesetzt.

Der Förderschwerpunkt BBNE wird kontinuierlich evaluiert. Dazu wird ein webgestütztes Monitoring-System eingesetzt. Im Förderschwerpunkt wurden Programmworkshops für alle Projektpartner und branchenspezifische Fachworkshops durchgeführt.

(Dagmar Winzier)

Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“

Die Ausbildung in kleinen und mittleren Unternehmen steht im Fokus dieses BIBB-Modellversuchsschwerpunktes. Die zunehmende Heterogenität der Jugendlichen wird in Betrieben, Berufsschulen und bei Bildungsdienstleistern von den 17 bundesweit arbeitenden Modellversuchen und ihrer zentralen wissenschaftlichen Begleitung als Herausforderung und Chance begriffen. Für die Modellversuche und für das Programm insgesamt wurden leitende Handlungsfelder ausgewählt. Sie beziehen sich auf die folgenden 4 Bereiche:

1. Im Übergang Schule – Berufsausbildung geht es vorrangig um 3 Ansätze:
   - Der Aufbau und die Pflege von Netzwerken und Kooperationsplattformen verbessert die Verzahnung der Aktivitäten aller Beteiligten (allgemeinbildende und berufliche Schulen, Betriebe, zuständige Stellen, Arbeitsagenturen und Bildungsdienstleister).
   - Die Etablierung neuer personaler Strukturen und die Einbindung bestehender Instrumente (z. B. Einstiegsbegleitung und -qualifizierung) trägt zur Optimierung des Übergangsmanagements bei.
   - Durch eine „Vorausbildung“ werden junge Menschen an eine reguläre Ausbildung herangeführt. Dabei liegt in jedem Falle schon zu Beginn dieser qualifizierenden Maßnahmen die Zusage eines Betriebes für eine Übernahme in Ausbildung vor.
2. Im Rahmen der Entwicklung spezifischer Ausbildungsmärkte soll unter anderem mit Informations- und berufsorientierenden Veranstaltungen in Schulen sowie Betriebspraktika und Interaktionsmöglichkeiten über Social Media die Attraktivität einer Ausbildung in bestimmten Branchen, Berufsfeldern und Regionen herausgestellt werden.
3. Die Modellversuche unterstützen in vielfältiger Weise das betriebliche Ausbildungsmanagement: Schwerpunkte liegen dabei auf der Erfassung kompetenzorientierter Bewerber- und Stellenprofile und der Entwicklung praktikabler und belastbarer Matchingkonzepte.

4. Eine spezifische und besonders wichtige Form der Förderung der Ausbildungsqualität stellt die Qualifizierung des betrieblichen Ausbildungspersonals dar. Zu nennen sind hier z. B. die Qualifizierung von Azubi-Tutoren bzw. Azubi-Trainern oder Veranstaltungen sowie Module für Ausbilderkurse nach AEVO.

Regionale und überregionale Kooperationen – Innovationspartnerschaften der unterschiedlichen Akteure – werden kontinuierlich ausgebaut und tragen wesentlich zur weiteren Erreichung der Ziele bei. Die Kooperationspartnerschaften des Förderschwerpunktes haben sich im Verlauf des Jahres 2012 weiterentwickelt. In den 17 Modellversuchen existieren derzeit 45 Verbundpartner/strategische Partner, 1.526 Kooperationspartnerschaften, darunter 1.426 Betriebe.

(Gisela Westhoff, Marion Trimkowski)

Förderschwerpunkt: Qualität in der betrieblichen Ausbildung

Gegenwärtig leisten bundesweit 10 Modellversuche einen Beitrag zur Steigerung der Qualität der Berufsausbildung. Seit Beginn des Förderschwerpunkts „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ (11/2010 bis 05/2013) wurden für verschiedene Berufsfelder und Branchen in unterschiedlich strukturierten Regionen vielfältige Maßnahmen und Instrumente entwickelt und erprobt, um die Ausbildung besonders in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) zu optimieren. Dadurch soll die Attraktivität der Berufsausbildung gesteigert, Ausbildungsabbrüche vermieden und der zukünftige Fachkräftebedarf gesichert werden.

Die 3 zentralen Ansatzpunkte zur Verbesserung der Ausbildungsqualität im Rahmen des Förderprogramms sind:

- Entwicklung von Instrumenten zur Qualitätsentwicklung und -sicherung zur Förderung, Beurteilung und Steuerung des Ausbildungsprozesses,
- Entwicklung von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen: Maßnahmen und Instrumente für die lernortübergreifende Vernetzung und den Austausch sowie Methoden zur Intensivierung der Lernortkooperation,
- Entwicklung von Qualifizierungskonzepten für das Ausbildungspersonal: Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie Konzepte der prozesshaften Begleitung für das Ausbildungspersonal.

Alle Modellversuche befassen sich in unterschiedlicher Gewichtung mit diesen 3 Schwerpunktsetzungen. So wurden bisher rund 140 Konzepte und Instrumente zur Qualitätsentwicklung und -sicherung der dualen Ausbildung entwickelt. Während sich einige von ihnen noch in der Erprobung befinden, lassen sich viele bereits erprobte Konzepte und Instrumente über die Homepages der Modellversuche abrufen. Sie stehen allen interessierten Bildungspartnern zur Verfügung und können an die eigenen Bedarfe angepasst werden. Eine Auswahl der Qualitätskonzepte und -instrumente ist zudem über die BIBB-Ausbilder/-innen-Plattform **www.foraus.de** unter der Rubrik „Nachrichten – eLearning/Digitale Medien – Best Practice“ zu finden. Neben Anleitungen zur Leitbildentwicklung oder allgemeinen (betrieblichen) Ausbildungsplanung befinden sich ebenso Konzepte zur individuellen Ausbildungsplanung und Strukturierung der Ausbildung oder Vorschläge zum Führen von Ausbildungsnachweisen und Feedback-Gesprächen u. v. m. auf der Ausbilder/-innen-Plattform. Zur Qualifizierung von Ausbildern und Ausbilderinnen sind verschiedene Curricula und Workshopreihen entwickelt worden, die sich u. a. den Themen „Nachwuchsgewinnung“, „Einmündungsproblematik“, „Handlungsorientierung und Lernmoderation“, „lernförderliche Arbeitsgestaltung“, „kompetenzorientierte Einschätzung“ und „das Führen von Feedback-Gesprächen“ widmen.

Bisher führten die Projektpartner rund 270 Veranstaltungen durch oder waren an diesen beteiligt, vor allem um die Kernelemente der „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Ausbildung“ in der Praxis zu verankern sowie Wissen untereinander auszutauschen und an Dritte weiterzugeben. Im Verlauf des vergangenen Jahres konnte das Netzwerk der Kooperationspartnerschaften im Modellversuch Qualität auf 21 Verbundpartner/strategische Partner und 471 Kooperationspartner – darunter 394 Betriebe – ausgeweitet werden. Weitere Infor-

mationen zu den Zielsetzungen, erprobten Instrumenten und Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Modellversuchen finden sich unter **www.bibb.de/qualitaet**.

(Dorothea Schemme, Katia Kusel)

Verbesserung von Durchlässigkeit und Transparenz – Ergebnisse der Pilotinitiative DECVET

Im Herbst 2007 beauftragte das BMBF deutschlandweit 10 Pilotprojekte zur Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung. Ziel der Pilotinitiative war es, ein Modell zur Übertragung von Lernergebnissen von einem Teilbereich der beruflichen Bildung in einen anderen (Anrechnungsverfahren) zu entwickeln und damit die Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung zu erhöhen.

Mit den in DECVET entwickelten Lernergebniseinheiten wird Bezug genommen auf die stetige Forderung nach Lernergebnisorientierung. Im dualen System bedeutet dies, die starre Trennung zwischen betrieblichen und schulischen Ordnungsmitteln aufzulösen und nonformal und informell erworbene Lernergebnisse einzubeziehen. Diese unter Einbeziehung betrieblicher Materialien, Arbeitsplatzanalysen und Expertenvoten identifizierten Lernergebnisse wurden einerseits auf entsprechenden Kompetenzmodellen abgebildet und mittels Taxonomien beschrieben. Somit gelang es, Lernergebniseinheiten zu entwickeln, die mit dem jeweiligen Bezug auf die Schnittstelle eine Berufsspezifik aufwiesen oder sich durch einen berufsfeldweiten Bezug auszeichneten. Will man Lernergebnisse übertragen, ist eine individuelle Lernergebnisfeststellung zwingend erforderlich. Die in DECVET entwickelten und erprobten Verfahren orientieren sich an den beruflichen Anforderungen und zielen auf die Erfassung der vollständigen beruflichen Handlung. Sie dienen jedoch nicht als Ersatzsystem für das existierende Prüfungswesen, sondern als Ergänzung im Sinne einer Lernstandsfeststellung. Bei der Entwicklung dieser Instrumente wurden sowohl testtheoretische Gütekriterien als auch Kriterien der Prüfungsökonomie berücksichtigt, da die Feststellung unterjährig erfolgen sollte.

Zur Umsetzung der am Lernergebnis orientierten Verfahren war es zudem erforderlich, Konzepte zur Qualifizierung des Bildungspersonals zu entwickeln und diese auch durch entsprechende Handbücher zu dokumentieren. Die so erfassten Lernergebnisse können anschließend für eine Anrechnung dokumentiert werden.

Mit der Pilotinitiative DECVET konnte gezeigt werden, dass sowohl auf curricularer Ebene als auch auf Subjektebene die Übertragbarkeit von Lernergebnissen (Anrechnungsverfahren) möglich ist. Die in DECVET entwickelten Verfahren orientieren sich dabei zum Teil an den bereits existierenden gesetzlichen Bedingungen des BBiG und ergänzen diese durch die Bestrebungen, standardisierte Verfahren zu entwickeln, die eine Vergleichbarkeit zulassen. Zudem wurde festgestellt, dass hierbei die Kooperation der beteiligten Einrichtungen unterstützend wirkt, während die Einführung von Leistungspunkten für die Erhöhung von Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung nur eine geringe Rolle spielt.

(Christiane Köhlmann-Eckel)

BMBF-Initiative „ANKOM – Förderung von Maßnahmen für den Übergang von der beruflichen in die hochschulische Bildung“

Mehr Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschule erfordert ein zielgruppenspezifisches Übergangsmanagement. Mit den zwischen 2005 und 2008 in der BMBF-Förderinitiative „ANKOM – Anrechnung“ entwickelten und erprobten Verfahren zur Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge konnten hierzu wesentliche Beiträge geleistet werden. Die 2012 gestartete BMBF-Förderinitiative „ANKOM – Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung“ knüpft an diese Ergebnisse an. In 20 Projekten werden nunmehr bis 2014 für die Zielgruppe beruflich Qualifizierter unterstützende Maßnahmen und Modelle des Studieneinstiegs und der Studiengestaltung entwickelt und erprobt, die insbesondere der Lebens- und Arbeitssituation Berufstätiger Rechnung tragen. Solche flankierenden und unterstützenden Maßnahmen können inhaltlicher, struktureller, organisatorischer und personeller Art sein.

Die Mehrzahl der Projekte (19) wird an privaten und öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen durchgeführt, ein Projekt bei einem Bildungsträger. Die in den Projekten einbezogenen Fachbereiche umfassen u. a. Studiengänge der Informationswissenschaften (Bibliotheksmanagement, Archivwesen etc.), der Sozialen Arbeit, Pflegewissenschaften, Landwirtschaft, Chemie, Biologie, Betriebswirtschaft, Optometrie, Berufs-/Betriebspädagogik, des Maschinenbaus, Finanzmanagements und des Gesundheitsmanagements.

Wissenschaftlich begleitet wird die Initiative „ANKOM – Übergänge“ vom HIS-Institut für Hochschulforschung in Kooperation mit dem Institut für Innovation und Technik (iit) der VDI/VDE-IT. Projektträger des Programms ist das BIBB. Im Rahmen der Projektträgerschaft steht im BIBB ein Expertise-Team für Fragen zu den in die Projekte einbezogenen Fortbildungsberufen zur Verfügung. Als operativer Kooperationspartner der wissenschaftlichen Begleitung hat das BIBB neben der prozessbegleitenden Beratung die Aufgabe, Fragestellungen und Konzeptansätze in die Arbeits- und Auswertungsprozesse einzubringen, die im Zuständigkeitsbereich der beruflichen Bildung liegen und von denen ein innovativer Beitrag zu den Zielen der Initiative erwartet wird.

In den 20 ANKOM-Projekten werden u. a. folgende Maßnahmen entwickelt und erprobt:

- zielgruppenspezifische Informations- und Beratungsangebote (zu Studienvoraussetzungen, Studienansprüchen, Anrechnungsmöglichkeiten und -verfahren, Studienorganisation etc.),
- Online-Studienvorbereitungsprogramme (in Kooperation mit regionalen Fortbildungsanbietern) und Brückenkurse, die die fachlichen Voraussetzungen aus Fortbildungsberufen mit den (Einstiegs-)Anforderungen von Hochschulstudiengängen verknüpfen,
- Mentoring-Konzepte (individuelle Bildungsgang- und Lernberatung, Lernpartnerschaften) und Coachingangebote (für Lernende und Lehrende),
- örtlich und zeitlich flexibilisierte Studienangebote, die eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Studium sowie eine individuelle Studienverlaufsgestaltung ermöglichen; dies impliziert u. a. die Bereitstellung zielgruppenspezifischer Lernplattformen, onlinebasierter Studienphasen sowie netzbasierter tutorieller Unterstützungsangebote,
- berufsbegleitende und berufsintegrierte Studiengänge, die inhaltlich, didaktisch-methodisch und lernorganisatorisch den Lebensbedingungen, Kompetenzen, Berufserfahrungen und Lernstrategien beruflich Qualifizierter Rechnung tragen.

(Egon Meerten)

D3 Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und Kompetenzzentren

In den 1970er-Jahren begann mit der Förderung des Bundes eine systematische Entwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) in Deutschland. Bereits seit dieser Zeit bemüht sich die Bundesregierung durch die Zurverfügungstellung öffentlicher Mittel um die kontinuierliche Unterstützung und qualitative Verbesserung dieses Lernortes, dem insbesondere im Handwerk traditionell eine große Bedeutung zukommt. ÜBS übernehmen u. a. die Aufgabe, die Ausbildungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu sichern, die vielfach aufgrund ihrer Spezialisierung nicht alle in der Ausbildungsordnung vorgeschriebenen Lerninhalte vermitteln können. Diese Aufgabe, die Ursprung der Bundesförderung ist, übernimmt die ergänzende überbetriebliche Berufsausbildung in ÜBS.

Mit der vom Bundesinstitut für Berufsbildung verantworteten Förderung der ÜBS verfolgt das Bundesministerium für Bildung und Forschung das Ziel, die berufliche Bildung in ganz Deutschland auf gleich hohem Niveau und dem jeweilig neuesten Stand der Technik entsprechend zu ermöglichen. Neben dem Bund beteiligen sich an der Finanzierung von Gebäuden und Ausstattung der überbetrieblichen Berufsbildung auch das jeweilige Bundesland sowie die Träger der Bildungsstätte selbst. Gemeinsam schaffen sie damit die Voraussetzungen für eine qualifizierte Ausbildung auf höchstem Niveau und tragen somit unter anderem zur Fachkräftesicherung in Deutschland bei. Hierzu dient auch die Förderung von Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung in ÜBS, die ebenfalls ein wichtiges Aufgabenfeld dieser Bildungsstätten darstellen und vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft durchgeführt wird.

ÜBS mussten und müssen sich immer wieder auf neue Entwicklungen im Bereich der Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung einstellen und geben selbst Impulse hierzu. Durch die Gestaltung der Bildungsangebote in ÜBS wurde sichergestellt, dass neben der Qualitätssicherung auch die wichtige Funktion der ÜBS als Wegbereiter und Vorreiter bei der Einführung neuer Lehr-/Lernkonzepte wahrgenommen werden kann. Hierzu trägt u. a. die Tatsache bei, dass ÜBS über Bildungspersonal verfügen, das entsprechend der Anforderung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung qualifiziert ist und somit auch dem Anspruch gerecht wird, der sich durch heterogene Gruppen der Aus- und Weiterzubildenden ergibt.

Einen wichtigen Betrag zu neuen Qualifizierungsansätzen in der Aus- und Fortbildung leisten dabei gerade ÜBS, die sich zu Kompetenzzentren weiterentwickeln. Seit Anfang der 2000er-Jahre fördert der Bund diese qualitative Weiterentwicklung. Ziel ist es, geeignete Bildungsstätten zu modernen, kundenorientierten Berufsbildungsdienstleistern zu machen und ihnen eine Leuchtturmfunktion für andere ÜBS zu geben. Die von den Kompetenzzentren erarbeiteten berufspädagogischen Konzepte, die vor allem aus Forschungserkenntnissen resultieren und im Hinblick auf ihre Verwertung für klein- und mittständische Unternehmen überprüft werden, ermöglichen somit einen Transfer in die Bildungspraxis und aus ihr heraus.

Die Förderung eines Kompetenzzentrums setzt die Qualifizierung der ÜBS in einem fachlichen Schwerpunkt voraus und verlangt die Vorlage eines tragfähigen Geschäftsmodells. Im Laufe der Entwicklungsphase sind zahlreiche Anforderungen zu erfüllen, die in „9 Handlungsfeldern“ definiert sind, die das Kompetenzzentrum zu einer „lernenden Organisation“ machen und auch künftige dynamische Entwicklungen ohne staatliche Förderung ermöglichen sollen. Es können Leit- und Folgeprojekte angeschlossen werden.

Kompetenzzentren leisten somit nicht nur einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Ausbildungsqualität durch die von ihnen im Rahmen ihres Kompetenzschwerpunktes realisierten Projekte, sondern sie können auch im Rahmen ihrer eigenen Neuausrichtung anderen ÜBS als Beispiel dienen. Um dies zu ermöglichen stellt der Bund im Rahmen der Förderung von Kompetenzzentren nicht nur Mittel für investive Maßnahmen zur Verfügung, sondern auch für das erforderliche Personal. Das BIBB begleitet die ÜBS auf diesem Weg eng. Augenblicklich ha-

Tabelle D3-1: **Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBS-Förderung**[1]

Haushaltsjahr	ÜBS	Kompetenzzentren (KomZet)	Insgesamt ausgezahlte Mittel (ÜBS + KomZet)
2008	rd. 24,3 Mio. €	rd. 4,7 Mio. €	29 Mio. €
2009	rd. 41,8 Mio. €	rd. 4,2 Mio. €	46 Mio. €
2010	rd. 42,0 Mio. €	rd. 1,0 Mio. €	43 Mio. €
2011	rd. 39,0 Mio. €	rd. 1,0 Mio. €	40 Mio. €
2012	rd. 39,0 Mio. €	rd. 1,0 Mio. €	40 Mio. €

[1] Die Beträge beinhalten – prozentual verteilt – die erforderlichen Gutachterkosten.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

ben 28 ÜBS die Weiterentwicklung zum Kompetenzzentrum nach diesen Vorgaben abgeschlossen und zum Teil schon Leitprojekte durchgeführt. Insgesamt wurden die ÜBS und die Kompetenzzentren seit 2008 allein vom BIBB mit fast 200 Mio. € gefördert → **Tabelle D3-1**.

Vor dem Hintergrund des derzeit prognostizierten Fachkräftebedarfes, der sich durch die demografische Entwicklung ergibt, gilt es zukünftig durch entsprechend qualitative Angebote eine überbetriebliche Ausbildung weiter zu sichern. Wird dies mit den generellen Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt verglichen, zeigt sich, dass vor allem aktuelle regionale Entwicklungen unterschiedliche Herausforderungen verursachen, ebenso wie die berufs- bzw. branchenbezogene Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Hierauf müssen und werden ÜBS reagieren.

(Christiane Köhlmann-Eckel, Alexandra Kurz)

E Monitoring im internationalen Kontext: Europäische Indikatoren und Benchmarks, Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Mobilität

Das Wichtigste in Kürze

Ziel des Kapitels ist es, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen deutscher Berufsbildung innerhalb eines europäischen und internationalen Kontexts zu verorten und die indikatorengestützte Berichterstattung des Datenreports zum Berufsbildungsbericht der Bundesregierung unter Bezug auf internationale Indikatoren und Benchmarks zu erweitern.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa widmet sich dieser Beitrag zunächst auf der Basis eines sich fortschreibenden Monitorings jenen Indikatoren und Benchmarks, die im Rahmen des gemeinsamen Arbeitsprogramms der Europäischen Union (EU) vereinbart worden sind, um die Fortschritte bei der Erreichung der strategischen Ziele zu beobachten und zu bewerten. Erstmalig sind in diesem Kapitel Daten zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz) aufgenommen worden. Sie beziehen sich aktuell rein auf Daten, die der Nutzung des Portals „Anerkennung in Deutschland“ als Teil der gesetzesbegleitenden Maßnahmen der Bundesregierung entstammen. Mit wachsender und verbesserter Datenlage soll dieser Teil in den folgenden Jahren sukzessiv ausgebaut werden und zukünftig weitere aussagekräftige Daten einschließen. Die Mobilität in der Berufsbildung wird insbesondere durch das Programm für Lebenslanges Lernen (PLL) der EU gefördert. Der Abschnitt zur „Mobilität“ schreibt daher kurz und prägnant die Entwicklung im Bereich der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität auf europäischer Ebene fort.

Folgende Ergebnisse sind dabei hervorzuheben:

- Mit Blick auf die insgesamt hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa kommen den dualen Berufsbildungssystemen mit ihren vergleichsweise niedrigen Quoten arbeitsloser junger Menschen eine besondere Bedeutung und eine gewisse Leitfunktion für aktuelle Reformprozesse zu.
- Die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen ist ein wesentliches Ziel der europäischen Zusammenarbeit. Diese Priorität kommt in einem neuen Benchmark zum Ausdruck, der vorsieht, dass bis 2020 der Anteil der erwerbstätigen Absolventen und Absolventinnen (im Alter von 20 bis 34 Jahren) an allen Absolventen und Absolventinnen, die das allgemeine und berufliche Bildungssystem seit höchstens 3 Jahren verlassen haben, mindestens 82 % betragen soll. Aktuell liegt Deutschland bereits über dem angestrebten Durchschnittswert für die EU.
- Im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ hat das Thema Mobilität nochmals an Bedeutung gewonnen. Auf EU-Ebene hat man sich bis 2020 zum Ziel gesetzt, dass 6,0 % der 18- bis 34-Jährigen mit einem berufsbildenden Abschluss einen Auslandsaufenthalt von mindestens 2 Wochen während ihrer Ausbildung nachweisen. Deutschland strebt an, in der Berufsbildung eine Zielmarke von 10 % zu erreichen. Im Jahr 2012 absolvierten annähernd 30.000 Auszubildende und Berufsfachschüler/-innen in Deutschland im Rahmen ihrer beruflichen Erstausbildung einen Auslandsaufenthalt. Das sind ca. 4 % der Personen, die eine berufliche Erstausbildung abschließen.
- Im Bereich des Erwerbs von Hochschulabschlüssen (inkl. ISCED-Niveau 5B, d. h. praxisbezogene Studiengänge an Fachhochschulen, Berufsakademien etc.) sowie der Beteiligung

Erwachsener am lebenslangen Lernen liegt Deutschland weiterhin deutlich von den gesetzten Zielen auf europäischer Ebene entfernt. Ebenso gilt es, die Anstrengungen zur Verbesserung der Schulleistungen bei den Grundkompetenzen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften, welche für eine erfolgreiche berufliche Ausbildung relevant sind, fortzusetzen.

- Der Informations-, Orientierungs- und Beratungsbedarf zum Anerkennungsgesetz der Bundesregierung ist im In- und Ausland hoch. Dies belegt die Auswertung erster Nutzerzahlen des Internetportals „Anerkennung in Deutschland“. Die Mehrzahl der Seitenaufrufe aus dem europäischen Ausland stammen aus Staaten Süd- und Osteuropas.

(Birgit Thomann)

E1 Indikatoren und Benchmarks im gemeinsamen Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ der EU

E1.1 Berufliche Bildung und Beschäftigung in Europa

Geprägt durch die wirtschaftliche Krise zielt die „Europa 2020“-Strategie unter anderem darauf, bildungspolitische und arbeitsmarktorientierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit den Mitgliedsstaaten zu entwickeln. Im 4. Quartal 2012 lag die Jugendarbeitslosigkeitsquote in der Europäischen Union bei 23,7 % → **Tabelle E1.1-1**. In ihrem vorläufigen gemeinsamen Beschäftigungsbericht schätzt die Europäische Kommission, dass Ende 2012 in Europa mehr als jeder fünfte junge Mensch arbeitslos ist, und spricht von der Gefahr einer „verlorenen Generation“ (Europäische Kommission 2012, S. 5).

Deutschland, die Niederlande und Österreich verzeichnen eine Jugendarbeitslosigkeitsquote von unter 10 % für das Jahr 2012. In 6 europäischen Mitgliedsstaaten lag die Jugendarbeitslosigkeitsquote über 30 %: z. B. 31,9 % in Lettland, bis zu 56,5 % in Spanien und 57,6 % in Griechenland. Entsprechend ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein vorrangiges Ziel in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik. Der beruflichen Ausbildung kommt hierbei für die Jugendlichen eine besondere Rolle zu. Die Länder mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit sind jene mit dualen Berufsausbildungssystemen (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel E1). Daher orientieren sich viele Mitgliedsstaaten an dem Modell einer dualen Berufsausbildung. So arbeiten zum Beispiel Portugal und Bulgarien an der Entwicklung von betriebsintegrierten Ausbildungsformen, Spanien an der Einführung von dualen Strukturen, Schweden an der Förderung der Beteiligung von Unternehmen an der Ausbildung oder Litauen an der Förderung des Lernens im Arbeitsprozess (Europäische Kommission 2012, S.19–20). Immer deutlicher wird in den letzten Jahren der Krise damit die beschäftigungspolitische Dimension der Berufsbildung akzentuiert. Im folgenden Abschnitt werden Neuerungen vorgestellt,

Tabelle E1.1-1: **Jugendarbeitslosenquote in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (in %)**

	Jugendarbeitslosenquote			
	2009	2010	2011 (Q4)[1]	Nov. 2012[1]
EU-27	**20,1**	**21,1**	**22,1**	**23,7**
Eurozone	**20,2**	**20,9**	**21,4**	**24,4**
Belgien	21,9	22,4	17,5	19,7
Bulgarien	16,2	23,2	28,2	27,4
Dänemark	11,8	14,0	14,3	14,2
Deutschland	11,2	9,9	8,3	8,1
Estland	27,5	32,9	25,1	17,5[3]
Finnland	21,5	21,4	19,9	19,0
Frankreich	23,9	23,6	22,7	27,0
Griechenland	25,7	32,8	49,3	57,6[2]
Irland	24,4	27,8	30,5	29,7
Italien	25,4	27,8	30,5	37,1
Lettland	33,6	34,5	27,4	31,9[2]
Litauen	29,2	35,1	34,3	24,2
Luxemburg	16,5	15,8	16,0	18,6
Malta	14,4	13,1	14,0	16,4
Niederlande	7,7	8,7	8,5	9,7
Österreich	10,0	8,8	8,7	9,0
Polen	20,6	23,7	26,9	28,4
Portugal	24,8 (g)	27,7 (g)	34,1	38,7
Rumänien	20,8	22,1	24,8	23,0[2]
Schweden	25,0	25,2	22,8	24,8
Slowakei	27,3	33,6	33,8	35,8
Slowenien	13,6	14,7	16,4	23,5[2]
Spanien	37,8	41,6	48,9	56,5
Tschechien	16,6	18,3	18,3	21,3
Ungarn	26,5	26,6	26,7	29,3[3]
Vereinigtes Königreich	19,1	19,6	22,0	20,2[4]
Zypern	13,8	16,7	26,8	27,0[2]

g = geschätzt

1 Die Jugendarbeitlosenquote ist saisonbereinigt.

2 Stand: September 2012.

3 Stand: Oktober 2012.

4 Jugendarbeitslosenquote nur von Großbritannien (Stand: September 2012).

Quelle: Eurostat

die sich nach der letzten Berichterstattung hinsichtlich der bildungspolitischen Indikatoren und Benchmarks ergeben haben (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel E1).

Die Europäische Kommission hat einen jährlichen Zyklus für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik eingerichtet, das „europäische Semester". Jeweils in der ersten Jahreshälfte nimmt die Kommission eine eingehende Analyse der Wirtschafts- und Strukturreformprogramme der EU-Länder vor und gibt ihnen Empfehlungen für das darauffolgende Jahr. Um die Verbindung zwischen dem bildungspolitischen Arbeitsprogramm „Education and Training 2020" (ET 2020) und der Strategie „Europa 2020" zu verbessern, soll ab 2013 auch diese dem Monitoring im Rahmen des Europäischen Semesters unterliegen.[330]

330 Seit dem Jahr 2012 wird über die Fortschritte hinsichtlich der Benchmarks und strategischen Ziele sehr übersichtlich berichtet. Hierfür ist das Instrument des „Education and Training Monitor" eingeführt worden (European Commission 2012b).

E1.2 Indikatoren und Benchmarks auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung

Das gemeinsame Arbeitsprogramm Education and Training 2020 (ET 2020) ist in den Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 niedergelegt (Rat der Europäischen Union 2009). Es bildet den strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung und ist in die Strategie „Europa 2020" der Europäischen Gemeinschaft für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum eingebunden. Bildung und Berufsbildung bekommen damit eine Schlüsselrolle in der Politik der Europäischen Union.

Das Arbeitsprogramm enthält 4 strategische Ziele, die alle auch die Berufsbildung betreffen → **Tabelle E1.2-1**.

Indikatoren E dienen den europäischen Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission zur regelmäßigen Überprüfung der erreichten Fortschritte und zur Gestaltung einer evidenzbasierten Politik und dem Monitoring der erzielten Reformfortschritte. Auf der Grundlage der Indikatoren werden z. B. die prioritären Bereiche im 2-jährigen Rhythmus einer Überprüfung unterzogen und angepasst.

Tabelle E1.2-1: **Übersicht der strategischen Ziele des europäischen Arbeitsprogrammes 2020 (Education and Training)**

Strategische Ziele	Prioritäre Bereiche (2009 bis 2011)	Prioritäre Bereiche (2012 bis 2014)
Strategisches Ziel 1 Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität	Strategien für lebenslanges Lernen Europäischer Qualifikationsrahmen Ausweitung der Mobilität zu Lernzwecken	Strategien für lebenslanges Lernen Europäische Referenzeninstrumente Ausweitung der Mobilität zu Lernzwecken
Strategisches Ziel 2 Verbesserung der Qualität und der Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung	Fremdsprachenerwerb Berufliche Entwicklung von Lehrkräften und Ausbildern Steuerung und Finanzierung Grundkompetenzen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften Einschätzung des künftigen Kompetenzbedarfs und Anpassung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts	Grundkompetenzen (in den Bereichen Lesen und Schreiben, Mathematik, Naturwissenschaften und Technik) Sprachkenntnisse Berufliche Weiterbildung von Lehrkräften, Ausbildern und Schulleitern Modernisierung der Hochschulbildung und Erhöhung der Hochschulabschlussquoten Attraktivität und Relevanz der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung Effiziente Finanzierung und Evaluierung
Strategisches Ziel 3 Förderung von Gerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt und aktivem Bürgersinn	Reduktion der Zahl frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen Bessere Vorschulbildung Gezielte Maßnahmen für Zuwanderer und Lernende mit besonderen Bedürfnissen	Schulabbruch Frühkindliche Betreuung Bildung und Erziehung Gerechtigkeit und Vielfalt
Strategisches Ziel 4 Förderung von Innovation und Kreativität einschließlich unternehmerischen Denkens auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung	Bereichsübergreifende Schlüsselkompetenzen Innovationsfreundliche Bildungseinrichtungen Partnerschaften	Partnerschaften mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und der Zivilgesellschaft Bereichsübergreifende Schlüsselkompetenzen Unternehmerausbildung Digitale Kompetenz, Medienkompetenz, innovative Lernumfelder

Quelle: Rat der Europäischen Union 2009

E Indikatoren und Benchmarks

Indikatoren bilden quantitativ fassbare Sachverhalte ab, mithilfe derer Aussagen über die Qualität von Systemen gemacht werden sollen. Dazu bedarf es einer theoretischen Fundierung (Annahmen über Wirkungszusammenhänge).

Benchmarks (engl. „Maßstab") sind politisch gesetzte Zielgrößen, die aus der Analyse der gegenwärtigen Situation gewonnen werden und die Verbesserung eines Zustands intendieren. Die Benchmarks sollen gemeinsam erreicht werden, sie sind nicht als konkrete Ziele für einzelne Länder zu verstehen. Die Länder berichten gleichwohl individuell. Über den damit eröffneten Vergleich wird bei schlechter Leistung öffentlicher Druck erzeugt.

Rückblickend stellen beispielsweise der Rat und die Europäische Kommission 2012 fest, dass die Prioritäten der Tätigkeiten, die Instrumente und die Governance-Struktur aktualisiert werden müssen.

Laut dem aktuellen Bericht von Europäischem Rat und der Kommission werden die 4 strategischen ET-2020-Ziele bestätigt, die Liste der 2009 vereinbarten mittelfristigen Prioritäten allerdings revidiert. Der Schwerpunkt liegt auf der Mobilisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung für Wachstum und Beschäftigung (Rat der Europäischen Union und Europäische Kommission 2012).

Es wurden Benchmarks E zu 5 Indikatoren festgelegt: „Grundkompetenzen", „Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen", „Teilnahme am lebenslangen Lernen" → **Tabelle E1.2-2**. Seit 2010 sind die beiden Indikatoren „Teilnahme an Vorschulbildung" und „Erwerb von tertiären Abschlüssen" hinzugekommen. Diese werden bereits regelmäßig erfasst und verglichen.

Seit dem BIBB-Datenreport 2010 sind überdies zu 2 weiteren Bereichen Indikatoren und Benchmarks entwickelt worden: Mobilität und Beschäftigungs-

Tabelle E1.2-2: **Übersicht der strategischen Ziele des europäischen Arbeitsprogrammes 2020 (Education and Training) und Zuordnung von Benchmarks**

Strategische Ziele		Benchmark		Neue Benchmarks (seit 2011 und 2012)
Strategisches Ziel 1 Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität	Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen	Bis 2020 sollten durchschnittlich 15 % der Erwachsenen am lebenslangen Lernen teilnehmen.	Mobilität	6 % der 18- bis 34-Jährigen mit einem berufsbildenden Abschluss sollen einen Auslandsaufenthalt von mindestens 2 Wochen nachweisen (Indikator zur Messung befindet sich noch in der Entwicklung).
	Erwerb von Hochschulabschlüssen	Bis 2020 sollten mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen einen Hochschulabschluss besitzen.	Fremdsprachenerwerb	Noch keine Benchmark
Strategisches Ziel 2 Verbesserung der Qualität und der Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung	Schüler mit schlechten Leistungen bei den Grundkompetenzen	Bis 2020 sollte der Anteil der 15-Jährigen mit schlechten Leistungen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften unter 15 % liegen.	Beschäftigungsfähigkeit	Anteil erwerbstätiger Absolventen/Absolventinnen (im Alter von 20 bis 34 Jahren), die das allgemeine und berufliche Bildungssystem seit höchstens 3 Jahren vor dem Referenzjahr verlassen haben, sollte bis 2020 mindestens 82 % betragen.
Strategisches Ziel 3 Förderung von Gerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt und aktivem Bürgersinn	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	Bis 2020 sollte der Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger weniger als 10 % betragen.		
	Vorschulbildung	Bis 2020 sollten mindestens 95 % der Kinder im Alter zwischen 4 Jahren und dem gesetzlichen Einschulungsalter in den Genuss einer Vorschulbildung kommen.		

Quelle: Europäischer Rat 2012; European Commission 2012; Rat der Europäischen Union 2009

fähigkeit. Für Mobilität gibt es eine Benchmark, aber noch Hindernisse bei der Messung. Die Festlegung einer Benchmark für den Fremdsprachenerwerb steht noch aus.

Mobilität

Nach Konsultation mit den Mitgliedsstaaten und Sozialpartnern wurde mit einem Ratsbeschluss von November 2011 eine Benchmark zur Mobilität eingeführt, der für Hochschulbildung und Berufsbildung differenziert wird (Rat der Europäischen Union 2011). Mindestens 20 % der europäischen Hochschulabsolventen/Hochschulabsolventinnen sollen eine Mobilitätsphase (Studium oder Praktikum im Ausland) nachweisen können. Diese soll 3 Monate oder 15 ECTS-Punkte umfassen. 6 % der 18- bis 34-Jährigen mit einem berufsbildenden Abschluss sollen einen Auslandsaufenthalt von mindestens 2 Wochen nachweisen. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, in der Berufsbildung einen Kennwert von 10 % zu erreichen. Die Benchmark „Mobilität" ist damit auch für die berufliche Bildung konkretisiert, allerdings liegen hierfür noch keine genauen Kennzahlen vor. Ein Indikator zum Vergleich befindet sich noch in der Entwicklung (European Commission 2012b, S. 42). Zur Mobilität im Rahmen von LEONARDO DA VINCI **vgl. Kapitel E3**.

Beschäftigungsfähigkeit

Beschäftigungsfähigkeit wird definiert als „die Kombination von Faktoren, die dem Einzelnen ermöglichen, Fortschritte auf dem Weg ins Erwerbsleben zu machen oder ins Erwerbsleben einzutreten, dort zu verbleiben und beruflich voranzukommen" (Rat der Europäischen Union 2012, S. 12). Als Benchmark wurde 2012 festgelegt, dass der Anteil erwerbstätiger Absolventen/Absolventinnen (im Alter von 20 bis 34 Jahren), die das allgemeine und berufliche Bildungssystem seit höchstens 3 Jahren vor dem Referenzjahr verlassen haben, bis 2020 mindestens 82 % betragen soll (gegenüber 76,5 % im Jahr 2010) (Rat der Europäischen Union 2012).

Fremdsprachenerwerb

Der Vorschlag einer Benchmark zum Fremdsprachenerwerb greift die Schlussfolgerung einer Tagung des Europäischen Rates von Barcelona (März 2002) zur Bedeutung des Erwerbs von 2 Fremdsprachen ab einem frühen Alter auf. Ein fester Indikator und eine Benchmark liegen hierzu noch nicht vor (European Commission 2012b, S. 32).

Die Benchmarks zu den Bereichen „Frühzeitige Abgänger", „Tertiäre Abschlüsse", „Weiterbildungsteilnehmer" und „Beschäftigungsfähigkeit" sind von unmittelbarer Relevanz für die Berufsbildung und werden im folgenden Abschnitt kommentiert.

Entwicklung der Indikatoren seit 2010

Schüler/-innen mit schlechten Leistungen bei den Grundkompetenzen

Diese Benchmark bezieht sich auf Schüler/-innen zwischen 14 und 16 Jahren der Sekundarstufe 1 (ISCED 2) und somit eine Gruppe, die noch nicht zu den Teilnehmern/Teilnehmerinnen oder Absolventen/Absolventinnen einer beruflichen Erstausbildung gehört. Gleichwohl sind diese Grundkompetenzen von Bedeutung für die weitere Entwicklung der Schüler/-innen im Bildungssystem und ihre Chancen, sich erfolgreich für einen Ausbildungsplatz zu bewerben und ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln. Die Daten zu diesem Benchmark entstammen der PISA-Studie der OECD.

Das europaweit angestrebte Ziel, dass maximal 15 % der Schüler/-innen schlechte Leistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften aufweisen, wird 2009 in allen 3 Bereichen deutlich überschritten (Lesen: 19,6 %; Mathematik: 22,2 %; Naturwissenschaften: 22,2 %). Die Werte für Deutschland liegen bei 18,5 % (Lesen), 18,5 % (Mathematik) sowie 14,8 % (Naturwissenschaften) und befinden sich somit im Mittelfeld; eine Benchmark wird erreicht. Sehr gute Werte haben bei allen 3 Kategorien Finnland (Lesen: 8,1 %; Mathematik: 7,8 %; Naturwissenschaften: 6,0 %) und Estland (Lesen: 13,3 %; Mathematik: 12,7 %; Naturwissenschaften: 8,3 %). Bei Lesen (14,3 %) und Mathematik (13,4 %) schneiden die Niederlande sehr gut ab. Im Bereich Naturwissenschaften führt Polen mit lediglich 13,1 % an Schülern/Schülerinnen mit schlechten Leistungen die Tabelle an → **Tabelle E1.2-3**.

Tabelle E1.2-3: **Anteil der Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren mit schlechten Schulleistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften nach Geschlecht (in %)**

	Lesen				Mathematik				Naturwissenschaften			
	2006	2009			2006	2009			2006	2009		
	gesamt	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	gesamt	männlich	weiblich
EU-25-Länder	**23,1**	**19,6**	**25,9**	**13,3**	**24,0**	**22,2**	**21,0**	**23,5**	**20,3**	**17,7**	**18,6**	**16,8**
Belgien	19,4	17,7	21,5	13,8	17,3	19,1	16,8	21,4	17,0	18,0	17,9	18,2
Bulgarien	51,1	41,0	52,0	29,1	53,3	47,1	48,2	45,9	42,6	38,8	43,3	34,0
Dänemark	16,0	15,2	19,0	11,5	13,6	17,1	14,7	19,4	18,4	16,6	15,2	17,9
Deutschland	20,0	18,5	24,0	12,6	19,9	18,6	17,2	20,2	15,4	14,8	15,0	14,5
Estland	13,6	13,3	18,9	7,3	12,1	12,7	11,9	13,5	7,7	8,3	8,6	8,1
Finnland	4,8	8,1	13,0	3,2	6,0	7,8	8,1	7,5	4,1	6,0	7,5	4,5
Frankreich	21,7	19,8	25,7	14,2	22,3	22,5	21,6	23,4	21,2	19,3	20,5	18,0
Griechenland	27,7	21,3	29,7	13,2	32,3	30,3	28,4	32,1	24,0	25,3	28,2	22,4
Irland	12,1	17,2	23,1	11,3	16,4	20,8	20,6	21,0	15,5	15,2	16,0	14,3
Island	20,5	16,8	23,8	9,9	16,8	17,0	17,9	16,1	20,6	17,9	19,3	16,6
Italien	26,4	21,0	28,9	12,7	32,8	24,9	23,5	26,4	25,3	20,6	22,3	18,9
Kroatien	21,5	22,5	31,2	12,6	28,6	33,2	31,8	34,6	17,0	18,5	20,5	16,3
Lettland	21,2	17,6	26,6	8,7	20,7	22,6	23,2	22,0	17,4	14,7	16,8	12,6
Liechtenstein	14,3	15,6	21,2	9,4	13,2	9,5	7,7	11,5	12,9	11,3	9,2	13,7
Litauen	25,7	24,3	35,5	13,0	23,0	26,2	28,1	24,4	20,3	17,0	20,0	14,0
Luxemburg	22,9	26,0	32,9	19,1	22,8	23,9	22,2	25,7	22,1	23,7	24,0	23,4
Malta	:	36,3	48,4	24,4	:	33,7	37,4	30,1	:	32,5	38,7	26,3
Mazedonien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Montenegro	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	15,1	14,3	17,9	10,7	11,5	13,4	11,2	15,6	13,0	13,2	12,3	14,0
Norwegen	22,4	14,9	21,4	8,4	22,2	18,2	18,0	18,3	21,1	15,8	16,9	14,5
Österreich	21,5	27,5	35,2	20,3	20,0	23,2	21,3	25,1	16,3	21,0	21,6	20,3
Polen	16,2	15,0	22,6	7,5	19,8	20,5	21,2	19,9	17,0	13,1	15,5	10,8
Portugal	24,9	17,6	24,7	10,8	30,7	23,7	22,6	24,7	24,5	16,5	18,4	14,7
Rumänien	53,5	40,4	50,7	30,4	52,7	47,0	46,9	47,2	46,9	41,4	44,7	38,2
Schweden	15,3	17,4	24,2	10,5	18,3	21,1	21,4	20,8	16,4	19,1	20,3	17,9
Serbien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowakei	27,8	22,3	32,0	12,5	20,9	21,0	21,4	20,7	20,2	19,3	20,4	18,2
Slowenien	16,5	21,2	31,3	10,7	17,7	20,3	20,9	19,7	13,9	14,8	17,8	11,6
Spanien	25,7	19,6	24,4	14,6	24,7	23,7	21,4	26,1	19,6	18,2	18,3	18,2
Tschechien	24,8	23,1	30,8	14,3	19,2	22,3	21,7	23,1	15,5	17,3	17,9	16,5
Türkei	32,2	24,5	33,4	15,0	52,1	42,1	40,4	44,1	46,6	30,0	33,3	26,5
Ungarn	19,4	17,7	23,6	11,4	21,2	22,3	21,7	22,9	15,0	14,1	15,3	12,9
Vereinigtes Königreich	19,0	18,4	23,1	14,0	19,8	20,2	17,5	22,8	16,7	15,0	14,6	15,5
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:

: = Es gibt keine verfügbaren oder zuverlässigen Daten.

Quelle: OECD (PISA 2006 & PISA 2009) und ACER (2011)

Zu den am häufigsten genannten Erklärungen für das gute Abschneiden Finnlands hinsichtlich dieses Kennwerts zählen die finnische Lesetradition, die geringen Klassengrößen, die gesellschaftliche Homogenität Finnlands, individuelle Fördermaßnahmen und die Personalausstattung der Schulen sowie die Ausbildung der Lehrer/-innen.

Positiv ist die Entwicklung von 2006 auf 2009 bei der Lesekompetenz. Hier haben sich die Unterschiede zwischen den Staaten verringert, und der Gesamtwert sank von 23,1 % (2006) auf 19,6 % (2009). Gleichzeitig sind aber die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen (2009: Jungen 25,9 %, Mädchen 13,3 %) weiter angewachsen.

Im Bereich der Naturwissenschaften kann der vergleichsweise gute Durchschnittswert von 17,7 % insgesamt und 14,8 % von Deutschland ein gutes Signal für die Entwicklung der sog. MINT-Berufe sein.

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen

Im Jahr 2011 haben nach Angaben von Eurostat 13,5 % aller 18- bis 24-Jährigen in der EU das Bildungssystem mit einem Abschluss der Sekundarstufe I oder darunter verlassen. Das Ziel, diesen Wert auf durchschnittlich 10 % zu senken, gilt als ein „headline target" der Europe-2020-Strategie (European Commission 2012a, S. 41). Das Erreichen wird jedoch als unwahrscheinlich eingeschätzt. Der Wert für Deutschland liegt 2011 bei 11,5 %. Spitzenreiter sind die Tschechische Republik (4,9 %), die Slowakei (5,0 %) und Polen (5,6 %), gefolgt von Österreich mit 8,3 %. Schlusslichter mit über 25,0 % sind Spanien (26,5 %), Portugal (23,2 %) und Malta (33,5 %), wobei gegenüber 2006 in Spanien (30,5 %), Malta (39,9 %) und vor allem in Portugal (39,1 %) deutliche Verbesserungen zu erkennen sind. Insgesamt ist das Bild sehr uneinheitlich → **Tabelle E1.2-4.**

Das Bildungssystem in der Slowakischen Republik bietet grundsätzlich für jede/-n Schüler/-in, der/die keinen Pflichtschul- oder Sekundarabschluss erworben hat, die Möglichkeit, diesen jederzeit in entsprechenden Kursen in Sekundarschulen nachzuholen. Gleichzeitig ist jedoch ein sehr heterogenes Qualitätsniveau der Schulen festzustellen, welches zusätzlich noch stark gespreizt ist zwischen den besten und den schwächsten Schulen (siehe die Ausführungen zu Benchmark 2). Sehr ähnlich ist die Situation in der Tschechischen Republik.

Betrachtet man die Entwicklungen in den vergangenen Jahren genauer, ist auch zu beobachten, dass es bei den Staaten, die nahe an der 10,0%-Marke oder darunter liegen, eine Stagnation in der Entwicklung gibt. Ein Grund dafür könnte sein, dass diese jungen Menschen in besonderem Maße von sozialen oder persönlichen Problemen betroffen sind, die es für sie schwer machen, im Bildungssystem zu verbleiben. Die Niederlande scheinen hier eine Ausnahme darzustellen (2006: 12,6 %; 2011: 9,1 %). Um bis 2020 das selbst gesteckte Ziel von 8,0 % zu erreichen, haben sie eine Initiative entwickelt, die alle politischen Ebenen sowie Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen mit einbezieht

Tabelle E1.2-4: **Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen (in %)**

	2006	2011	Ziel
EU-27-Länder	**15,5**	**13,5**	**< 10,0**
Belgien	12,6	12,3	9,5
Bulgarien	17,3	12,8	11,0
Dänemark	9,1	9,6	< 10,0
Deutschland	13,7	11,5	< 10,0
Estland	13,5	10,9	9,5
Finnland	9,7	9,8	8,0
Frankreich	12,4	12,0	9,5
Griechenland	15,5	13,1	9,7
Irland	12,1	10,6	8,0
Island	25,6	19,7	:
Italien	20,6	18,2	15,0–16,0
Kroatien	(4,7)	(4,1)	:
Lettland	14,8	11,8	13,4
Liechtenstein	:	:	:
Litauen	8,2	7,9	< 9,0
Luxemburg	14,0	(6,2)	< 10,0
Malta[1]	39,9 p	33,5 p	29,0
Mazedonien	22,8	13,5	:
Montenegro	:	:	:
Niederlande	12,6	9,1	< 8,0
Norwegen	17,8 b	16,6	:
Österreich	9,8	8,3	9,5
Polen	5,4	5,6	4,5
Portugal	39,1	23,2	10,0
Rumänien	17,9	17,5	11,3
Schweden	8,6 p	6,7 p	< 10,0
Serbien	:	:	:
Slowakei	6,6	5,0	6,0
Slowenien	5,6	(4,2)	5,0
Spanien	30,5	26,5	15,0
Tschechien	5,1	4,9	5,5
Türkei	48,8	41,9	:
Ungarn	12,6	11,2	10,0
Vereinigtes Königreich	11,3	15,0	:
Zypern	14,9	11,2	10,0

[1] Die maltesischen Daten werden vom Maltesischen Statistikamt und Eurostat überprüft. Die Überprüfung betrifft die Klassifizierung von bestimmten Qualifikationen im Sekundarbereich. Die Bereinigung betrifft beide Jahre und würde eine Reduzierung der Schulabbrecher/-innen für 2011 um 9 Prozentpunkte bedeuten.

b = Bruch in der Zeitreihe
p = vorläufig
() = Mangel an Datenzuverlässigkeit aufgrund kleiner Stichprobengröße
: = es gibt keine verfügbaren oder zuverlässigen Daten aufgrund einer sehr kleinen Stichprobengröße.

Quelle: Eurostat

(Ministry of Education 2012). In Österreich will man die vergleichsweise niedrigen Abbruchquoten annähernd halten und hat sich für 2020 9,5 % als Zielmarke gesetzt. Eine der präventiven Initiativen, die in diesem Zusammenhang genannt wird, ist die Einführung eines verpflichtenden, aber kostenfreien Kindergartenplatzes ab dem Alter von 5 Jahren im Jahr 2010. Eine Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr ermöglicht es Jugendlichen, die nach Beendigung der Schulpflicht nicht in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis vermittelt werden können, in einer überbetrieblichen Lehreinrichtung

Tabelle E1.2-5: **Tertiäre Bildungsabschlüsse im Alter von 30 bis 34 Jahren nach Geschlecht und Migrationsstatus (in %)**

	2006	2011				Ziel
	gesamt	gesamt	männlich	weiblich	im Ausland geboren	
EU-27-Länder	**28,9**	**34,6**	**30,8**	**38,5**	**30,9**	**40,0**
Belgien	41,4	42,6	37,1	48,1	34,8	47,0
Bulgarien	25,3	27,3	21,3	34,0	:	36,0
Dänemark	43,0	41,2	34,7	48,0	31,5	40,0
Deutschland	25,8	30,7	29,9	31,6	25,4	42,0
Estland	32,5	40,3	30,5	50,2	:	40,0
Finnland	46,2	46,0	37,1	55,0	28,2	42,0
Frankreich	39,7	43,4	39,1	47,6	33,7	50,0
Griechenland	26,7	28,9	26,2	31,7	9,5	32,0
Irland	41,3	49,4	42,8	55,8	53,2	60,0
Island	36,4	44,6	46,8	53,1 (p)	34,0	:
Italien	17,7	20,3	15,9	24,7	12,3	26,0
Kroatien	16,7	24,5	36,1 (p)	30,0	:	:
Lettland	19,2	35,7	24,8	46,9	:	34,0
Litauen	39,4	45,4	37,6	53,3	:	40,0
Luxemburg	35,5	48,2	49,1	47,4	52,9	40,0
Malta	21,6	21,1	20,1	22,1	:	33,0
Montenegro	:	20,4	:	:	:	:
Niederlande	35,8	41,1	37,3	44,8	30,1	40,0
Norwegen	41,9 b	48,8	41,5	56,4	39,0	:
Österreich	21,2	23,8	23,1	24,5	24,2	38,0
Polen	24,7	36,9	30,3	43,5	:	45,0
Portugal	18,4	26,1	21,7	30,5	24,2	40,0
Rumänien	12,4	20,4	19,7	21,0	:	26,7
Schweden	39,5	47,5	40,6	54,6	45,0	40,0
Schweiz	35,0	44,0	19,4	41,2	41,5	:
Slowakei	14,4	23,4	19,6	27,4	:	40,0
Slowenien	28,1	37,9	29,4 (i)	47,3 (i)	(16,9)	40,0
Spanien	38,1	40,6	36,3	45,0	24,4	44,0
Tschechien	13,1	23,8	21,6	26,1	33,8	32,0
Türkei	11,9	16,3	18,3 (u)	14,3 (u)	36,0	:
Ungarn	19,0	28,1	23,2	33,4	32,5	30,3
Vereinigtes Königreich	36,5	45,8	43,0	48,6	55,1	:
Zypern	46,1	45,8	39,7	52,0	35,3	46,0

: = es gibt keine verfügbaren oder zuverlässigen Daten.
(p) = vorläufig
b = Bruch in der Zeitreihe
() = Mangel an Datenzuverlässigkeit aufgrund kleiner Stichprobengröße
(i) = siehe Metadaten
(u) = unzuverlässige Daten

Quelle: Eurostat

eine gleichwertige Lehre mit anerkannter Lehrabschlussprüfung zu absolvieren.

Erwerb von Hochschulabschlüssen

Dieser Benchmark wird anhand des Anteils der 30- bis 35-Jährigen mit Hochschulabschluss an der gesamten Altersgruppe gemessen. In der International Standard Classification of Education (ISCED) wären das die Niveaus 5A und 6, sie wird jedoch in einer Fußnote ergänzt um „gleichwertige Aus- und Weiterbildung" auf ISCED-Niveau 5B. Das ist insbesondere für Deutschland wichtig, denn damit verringert sich der Rückstand – allerdings wird hier ein großer Teil der Fortbildungsabschlüsse erst im Alter von 35 Jahren und später erworben (Müller 2009), sodass sie in die Berechnung nicht mit eingehen. Deutschland liegt bei diesem Indikator bei 30,7 %, strebt aber das Erreichen des selbst gesetzten Ziels von 42 % bis 2020 an. Für das Erreichen dieses Ziels wird es wesentlich sein, ob Abschlüsse, die in der internationalen Bildungsstatistik der Ebene ISCED 4 zugeordnet werden, diesem Indikator zugerechnet werden oder nicht. Österreich und Deutschland beanspruchen die Zuordnung für ihre Ausbildungsgänge zu dieser Ebene (European Commission 2012b, S. 21).

Im Jahr 2011 haben fast die Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten die Kennzahl von 40 % Hochschulabsolventen/-absolventinnen erreicht. Spitzenreiter hinsichtlich dieser Kennzahl sind die Länder Dänemark, Irland, Litauen, Luxemburg und Finnland. Die Bildungs- und Berufsbildungssysteme dieser Länder unterscheiden sich erheblich voneinander und auch von Deutschland. Gerade in Irland z. B. findet ein Großteil der beruflichen Erstausbildung in den Hochschulen statt, und ein großer Teil der Hochschulabschlüsse führt zu Tätigkeiten, die in Deutschland von Absolventen/Absolventinnen beruflicher Bildungsgänge ausgeübt werden (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel E1, Schaubild E1-2). Ein Blick auf Dänemark ist in diesem Zusammenhang interessant: Dänemark verfügt zwar ebenfalls über ein stark ausgebautes Berufsbildungssystem, die erreichte Kennzahl liegt mit 48 % aber weit über dem angestrebten Ergebnis und über dem deutschen Wert. Ein wichtiger Grund für den hohen Anteil von Hochschulabschlüssen in Dänemark ist darin zu sehen, dass ca. 48 % der 30- bis 35-jährigen Frauen in Dänemark über einen Hochschulabschluss verfügen, in Deutschland sind es 31,6 %. Dänemark verfügt überdies über verschiedene Instrumente zur Förderung der Durchlässigkeit, die stark von Frauen genutzt werden (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel E1) → **Tabelle E1.2-5**.

Tabelle E1.2-6: **Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, die an formaler/non-formaler Bildung teilgenommen hat (in %)**

	2006	2010	2011
EU-27-Länder	**9,5**	**9,1**	**8,9**
EU-27-Länder bereinigt (c)	*8,7*	*8,9*	*8,9*
Belgien	7,5	7,2	7,1
Bulgarien	1,3	1,2	1,2
Dänemark	29,2	32,5	32,3
Deutschland	7,5	7,7	7,8
Estland	6,5	10,9	12,0
Finnland	23,1	23,0	23,8
Frankreich	6,4	5,0	5,5
Griechenland	1,9	3,0	2,4
Irland	7,3	6,7	6,8
Island	27,9	25,2	25,9
Italien	6,1	6,2	5,7
Kroatien	2,9	(2,2)	(2,3)
Lettland	6,9	5,0	5,0
Litauen	4,9	4,0	5,9
Luxemburg	8,2	13,4	13,6
Malta	5,4	6,2	6,6
Mazedonien	2,3	3,2	3,4
Niederlande	15,6	(16,6)	16,7
Norwegen	18,7	17,8	18,2
Österreich	13,1	13,7	13,4
Polen	4,7	5,3	4,5
Portugal	4,2	5,8	11,6 b
Rumänien	1,3	1,3	1,6
Schweden	18,4 p	24,5	25,0
Schweiz	22,5	30,6	29,9
Slowakei	4,1	2,8	3,9
Slowenien	15	16,2	15,9
Spanien	10,4	10,8	10,8
Tschechien	5,6	7,5	11,4 b
Türkei	1,8	2,5	2,9
Ungarn	3,8	2,8	2,7
Vereinigtes Königreich	26,7	19,4 (b)	15,8 p
Zypern	7,1	7,7	7,5

p = vorläufig
b = Bruch in der Zeitreihe
(b) = Bruch in der Zeitreihe im vorherigen Jahr
(c) = Berechnungsmodell des EU-27-Durchschnitts, bei dem die Auswirkungen von Brüchen in Zeitreihen in bestimmten Ländern ausgeglichen wurden, basierend auf der Annahme, dass Brüche zu realistischeren Zahlen geführt haben
() = Mangel an Datenzuverlässigkeit aufgrund kleiner Stichprobengröße

Quelle: Eurostat

Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen

Schon lange führen die nordischen Länder die Tabellen zur Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen an. Die hohe Beteiligung an lebenslangen Lernprozessen findet ihre Ursache vermutlich in einer ähnlichen wohlfahrtsstaatlichen Organisation von Angeboten zur beruflichen und zur allgemeinen Weiterbildung. Die nächste Gruppe von Ländern ist allerdings wesentlich heterogener: Hierzu zählen die Niederlande, Slowenien, Österreich, das Vereinigte Königreich, Luxemburg, Spanien und Estland und neuerdings auch Portugal. Deutschland befindet sich mit einem Wert von 7,5 % noch relativ weit von der angestrebten Kennzahl von 15 % entfernt. Auch vom EU-Durchschnitt von 9,5 % trennen Deutschland noch 2 Prozentpunkte → **Tabelle E1.2-6.**

Auch in Bezug auf diesen Indikator ist der Vergleich mit Dänemark interessant. Ein großer Teil derjenigen, die angeben, in den letzten 4 Wochen eine Weiterbildung besucht zu haben oder sich auf anderem Wege weitergebildet zu haben, entstammt der Gruppe derjenigen mit geringem Bildungsniveau und/oder ist arbeitslos. In Dänemark betragen die Kennwerte für diese beiden Gruppen 23,4 % bzw. 35,1 %.

In Deutschland dagegen sind lediglich 3,1 % derjenigen, die eine positive Antwort in der Weiterbildungserhebung geben, Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss, und 5,1 % der Befragten sind arbeitslos. Diese Zahlen deuten auf 2 Dinge hin: Zum einen sind sie ein Beleg für die in Deutschland stark ausgeprägte Abhängigkeit der Weiterbildungsbeteiligung vom sozialen und ökonomischen Status, zum anderen deuten sie aber auch auf Ziel und Zweck der in Dänemark genannten Weiterbildungen hin. Ganz offensichtlich betreibt Dänemark im Bereich der Weiterbildung einen erfolgreicheren Aufwand zur Integration von sozial Benachteiligten, als das in Deutschland der Fall ist.

Beschäftigungsfähigkeit

Der Indikator zum Benchmark Beschäftigungsfähigkeit gibt den Anteil der 20- bis 34-Jährigen in Beschäftigung an, die Schule oder Universität in den letzten 3 Jahren verlassen haben. Deutlich führen hinsichtlich dieser Benchmark die Systeme mit ausgebautem dualen Berufsbildungssystem die Tabelle an → **Tabelle E1.2-7**.

Die hohen erreichten Werte für Deutschland, Österreich und Dänemark deuten auf diesen Zusammenhang hin. Interessanterweise gilt das gute Ergebnis auch für die Hochschulabsolventen/-absolventinnen in den betroffenen Ländern. Dieser Befund lässt auf einen differenzierten Arbeitsmarkt schließen, in dem eine relativ hohe Passgenauigkeit zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem besteht (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel E1).

Gute Ergebnisse hinsichtlich der Qualifikationen auf den ISCED-Ebenen 3–4 werden auch von den Systemen erreicht, die über eine stärker vollzeitschulisch ausgerichtete Berufsbildung verfügen, wie z. B. die Tschechische Republik, Slowenien oder die Slowakei. Deutlich wird aber auch, dass in den letzten Jahren, in denen es eine Krise auf dem Arbeitsmarkt gab, die entsprechenden Qualifikationen am Arbeitsmarkt weniger nachgefragt wurden. Hinsichtlich dieses Indikators erreicht Deutschland kontinuierlich die vereinbarte Benchmark oder liegt darüber.

Resümee

In den bildungspolitischen Benchmarks, die eine hohe Relevanz für die Berufsbildung haben, müssen in Deutschland noch erhebliche Leistungen erzielt werden. Die Leistungen der Schüler/-innen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften müssen verbessert werden. Für den Erwerb von Hochschulabschlüssen sind ebenfalls Anstrengungen erforderlich. Für die Berufsbildung ist es besonders von Bedeutung, dass auch Doppel- und Zusatzqualifikationen (ISCED4) zu Buche schlagen. Deutschland liegt bei diesem Indikator derzeit bei 30,7 %, strebt aber bis 2020 das selbst gesetzte Ziel von 42 % an. Hinsichtlich der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen liegt Deutschland mit 7,5 % hinter dem europäisch angestrebten Wert noch weit zurück.

Auf der anderen Seite zeigen die Indikatoren, die die beschäftigungspolitischen Aspekte von Bildung und Berufsbildung akzentuieren, das hohe Leistungsver-

Tabelle E1.2-7: **Erwerbstätigenquote der Absolventen/-innen zwischen 20 und 34 Jahren[1] nach Land und Bildungsabschluss (in %)**

	Benchmark der Erwerbstätigenquote (ISCED 3–6)						ISCED 3–4						ISCED 5–6					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
EU-27-Länder	**79,0**	**80,9**	**82,0**	**78,3**	**77,5**	**77,2**	**73,9**	**75,6**	**77,2**	**72,5**	**72,1**	**71,3**	**84,2**	**86,0**	**86,9**	**83,8**	**82,7**	**82,7**
Belgien	81,1	82,1	83,9	81,0	81,3	80,8	72,0	73,2	73,6	71,9	71,5	73,5	87,5	88,5	90,8	87,8	88,2	86,0
Bulgarien	69,6	72,3	79,6	73,6	68,7	57,5	58,8	62,5	74,1	63,7	58,4	48,4	82,3	85,0	87,2	85,2	82,7	74,0
Dänemark	89,0	90,9	90,6	87,9	83,5	83,0	89,3	89,0	90,2	84,2	82,0	82,9	88,7	92,8	90,9	91,0	84,8	83,1
Deutschland	82,1	84,2	86,5	85,3	86,1	88,2	77,9	79,6	83,2	81,0	83,7	84,5	90,9	91,8	92,5	92,9	90,2	94,2
Estland	84,9	86,5	82,3	67,6	64,3	75,1	78,6 u	81,7 u	81,9	64,5 u	48,4 u	68,4 u	90,5	90,8	82,7	71,2 u	76,7	81,5
Finnland	79,7	82,8	82,3	77,8	79,7	78,4	75,3	81,4	78,9	72,9	76,3	73,6	87,4	85,1	87,8	84,1	84,9	85,1
Frankreich	79,0	80,0	83,3	77,2	77,4	77,6	72,0	73,0	75,1	68,7	69,2	68,5	83,3	84,8	88,9	83,4	83,0	83,5
Griechenland	66,6	67,8	67,9	64,7	58,5	50,2	62,6	64,2	62,9	60,1	55,8	46,2	69,2	69,9	70,8	67,7	60,3	52,5
Irland	88,5	87,4	85,7	75,5	71,5	71,4	82,0	81,2	79,2	61,8	56,9	52,6	91,4	90,4	88,7	83,3	80,2	81,7
Italien	66,2	66,1	65,2	60,6	57,7	57,6	63,6	62,6	60,5	56,0	52,3	50,6	69,0	70,0	70,5	66,0	64,7	66,1
Lettland	78,5	82,0	83,1	71,4	64,6	72,7	73,1	77,9	77,6	59,2	54,0	56,9	85,0	86,5	87,6	82,1	75,5	85,1
Litauen	83,3	83,7	79,3	72,9	73,6	69,4	74,7	72,8	67,8	56,9	54,3	48,2 u	90,4	92,5	87,6	84,6	84,4	82,2
Luxemburg	91,1	88,0	86,9	85,5	89,5	86,1	86,5	87,7	80,0	79,3	86,6	78,5	95,8	88,3	92,9	90,4	91,3	90,7
Malta	91,2	93,7	95,7	94,1	93,8	91,2	87,0 u	89,9	96,3	89,7	87,3 u	85,6	94,2	96,5	95,3	97,5	98,0	94,7
Niederlande	92,7	94,4	93,6	92,9	92,6	92,2	90,7	91,9	91,4	91,3	89,7	89,1	94,4	96,6	95,4	94,2	94,8	94,4
Österreich	90,1	90,5	90,6	88,6	88,7	91,0	89,9	89,9	89,0	87,7	88,2	91,0	90,3	91,9	94,7	91,0	90,0	91,2
Polen	71,3	74,8	79,3	78,4	76,5	75,4	60,7	64,9	70,1	68,7	67,4	65,7	81,6	84,4	87,0	85,7	83,7	82,6
Portugal	82,9	81,2	82,7	82,6	80,7	76,0	80,7	79,7	81,9	79,9	77,4	73,5	84,3	82,0	83,2	84,2	83,2	78,3
Rumänien	74,7	79,3	84,8	77,6	71,2	70,4	64,8	70,7	77,1	69,1	61,3	58,8	86,4	89,0	92,9	85,7	81,9	80,7
Schweden	83,3	85,4	85,9	81,7	82,7	84,4	78,4	81,0	81,6	74,6	77,3	79,5	88,2	89,9	90,7	89,9	89,3	90,5
Slowakei	77,5	81,0	81,4	74,4	69,4	70,3	71,7	77,8	79,5	67,9	60,5	61,7	87,9	86,4	84,3	83,5	80,6	79,5
Slowenien	80,8	81,6	83,4	82,3	80,7	76,0	77,4	78,0	79,8	73,3	75,1	68,7 u	84,5	84,9	86,7	88,7	84,3	80,3
Spanien	82,3	85,8	81,9	72,6	70,4	66,4	77,7	81,7	74,5	63,8	60,5	51,4	84,0	87,4	85,1	76,1	74,5	71,8
Tschechien	82,8	87,6	87,9	84,5	81,3	80,3	80,9	86,1	87,6	81,7	77,4	76,1	87,5	91,2	88,5	89,0	87,1	85,6
Ungarn	79,8	80,1	80,1	75,6	74,4	73,5	71,8	72,9	71,7	66,4	65,9	63,5	87,6	86,9	87,4	84,7	82,8	83,3
Vereinigtes Königreich	86,3	85,7	83,6	80,0	81,6	81,2	84,7	82,0	79,5	75,0	76,5	75,6	87,7	89,2	87,3	84,0	85,9	85,7
Zypern	80,5	82,3	85,8	81,2	78,6	73,1	74,0	71,5	80,9	73,8	70,0	57,6	82,6	85,3	87,0	83,0	80,1	76,7
	Bezugsbevölkerung des Benchmarks der Erwerbstätigenquote in Millionen (ISCED 3–6)						Bezugsbevölkerung in Millionen (ISCED 3–4)						Bezugsbevölkerung in Millionen (ISCED 5–6)					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
EU-27-Länder	**10,4**	**10,5**	**10,7**	**10,7**	**10,9**	**11,3**	**5,3**	**5,2**	**5,3**	**5,2**	**5,4**	**5,4**	**5,2**	**5,3**	**5,4**	**5,5**	**5,5**	**5,8**

[1] Der Abschluss liegt nicht länger als 3 Jahre zurück. Gemäß der Ratsentscheidung (2012/C 169/04) werden Personen, die zurzeit in irgendeiner Form mit (Aus-)Bildung beschäftigt sind, nicht einbezogen. Damit wird gewährleistet, dass die Arbeitsmarktfähigkeit dieser Alterskohorte nicht durch die Tatsache beeinflusst wird, dass Personen zurzeit ihre Fähigkeiten ausbauen bzw. auffrischen.

u = unzuverlässige Daten

Quelle: Eurostat

mögen des deutschen Ausbildungssystems. Der Wert für frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen liegt mit 11,9 % sehr nah an dem bis 2020 zu erreichenden Ziel. Ein Grund für dieses relativ erfolgreiche Abschneiden liegt in der Leistungsfähigkeit des dualen Berufsbildungssystems, Übergänge vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt gut zu organisieren. Diese Eigenschaft zeigt sich auch in dem Indikator zur Beschäftigungsfähigkeit, und zwar sowohl für die Hochschulabschlüsse wie auch für solche aus der Berufsbildung.

(Philipp Grollmann, Ute Hippach-Schneider, Isabelle Le Mouillour)

E2 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Am 1. April 2012 ist das sogenannte Anerkennungsgesetz des Bundes in Kraft getreten, ein Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen. Das Gesetz weitet die Ansprüche auf Bewertung beruflicher Auslandsqualifikationen im Zuständigkeitsbereich des Bundes aus und trägt dazu bei, dass die Verfahren einfacher und transparenter gestaltet werden. Die Nachfrage nach Informationen zu den Verfahren der beruflichen Anerkennung ist sehr hoch. Deshalb wurde das Portal „Anerkennung in Deutschland“ E als Teil der gesetzesbegleitenden Maßnahmen der Bundesregierung zum 1. April 2012 online geschaltet.

E Anerkennung in Deutschland

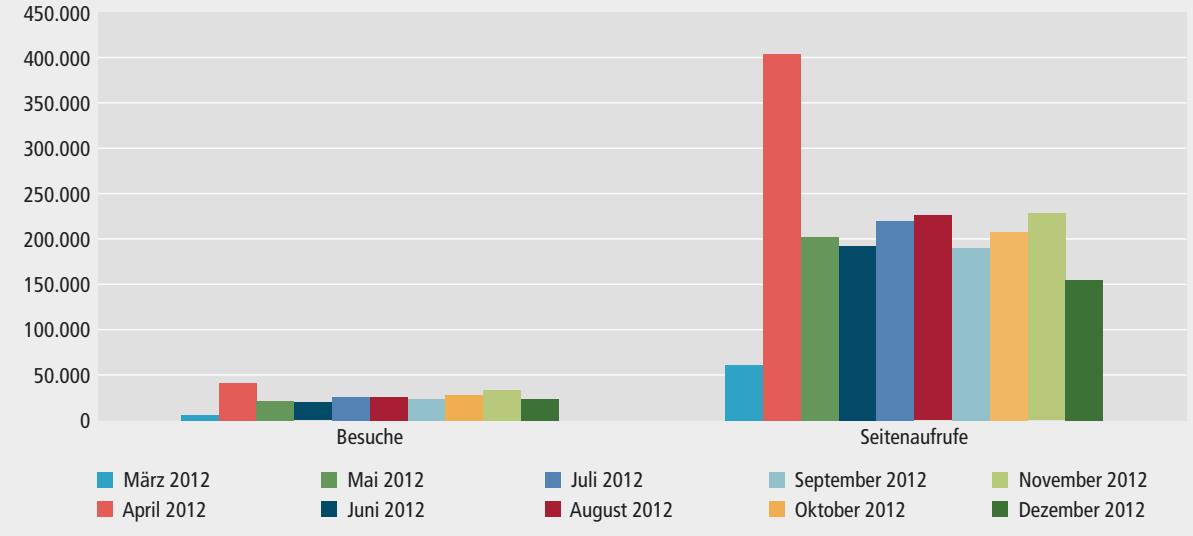
Das Internetportal „Anerkennung in Deutschland“ (**www.anerkennung-in-deutschland.de**) bietet seit April 2012 Informationen zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse an. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) mit der Herausgabe dieses offiziellen Informationsportals zum Anerkennungsgesetz des Bundes betraut. Das Projekt wird im Rahmen des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung – IQ“ finanziert.

In → **Schaubild E2-1** wird die Entwicklung der Zugriffszahlen (Seitenansichten) auf das Internetangebot im Verlauf des Jahres 2012 dargestellt. Nach einer sehr großen Resonanz im April pendelte sich die Nutzung des Portals auf hohem Niveau ein. Bis Ende des Jahres nutzten insgesamt 257.016 Besucherinnen und Besucher das Portal; hierbei wurden 2.015.500 Seitenansichten getätigt.

Der Anerkennungs-Finder

Ohne Vorwissen über das deutsche Berufsbildungssystem konnten Personen, die an einer Anerkennung ihrer Auslandsqualifikationen interessiert waren, in der Vergangenheit nur mühsam die notwendigen Informationen zu den Verfahren und zuständigen Stellen recherchieren. Für diese Zielgruppe wurde das Online-Tool „Anerkennungs-Finder“ entwickelt, das die Recherche des deutschen Referenzberufes erleichtert, berufsspezifische Informationen zum Anerkennungsverfahren bietet und die gesetzlichen Grundlagen nennt sowie – abhängig vom gewünsch-

Schaubild E2-1: **Nutzung des Internetportals „Anerkennung in Deutschland“**



Die Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Anerkennung in Deutschland

ten Arbeitsort – die nächstgelegene für die Anerkennung zuständige Stelle anzeigt. Diese komplexe Dienstleistung ist das Alleinstellungsmerkmal des Anerkennungs-Finders, dessen Datenbank zurzeit über 500 Berufsprofile (davon 151 reglementierte Berufe E) und über 1.400 Adressdatensätze der zuständigen Stellen umfasst.

Der Anerkennungs-Finder entstand in Kooperation des BIBB mit der Bundesagentur für Arbeit (viele Berufsprofile im Finder stammen aus der BA-Datenbank „berufenet“) und wird kontinuierlich erweitert und verbessert. 201.337 Personen nutzten die Startseite des Anerkennungs-Finders. Davon riefen fast die Hälfte, 99.026 Besucherinnen und Besucher, die Ergebnisseite mit der Adresse der zuständigen Stelle auf. Dies lässt auf ein sehr konkretes Verfahrensinteresse schließen.

Da bei akademischen Abschlüssen, die nicht zu einem reglementierten Beruf hinführen, keine Ergebnisseite angeboten, sondern auf das Internetangebot der für die Bewertungen von Hochschulabschlüssen zuständigen Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) verwiesen wird, ist davon auszugehen, dass zusätzliche 4.484 Besucher/-innen mit solchen Abschlüssen die für sie notwendigen Informationen über das Portal erhalten haben.

Insgesamt wurden vom Anerkennungs-Finder somit gut 100.000 Besucherinnen und Besucher mit den für den jeweiligen Einzelfall relevanten Informationen zur zuständigen Stelle und zum konkreten Verfahren versorgt.

E Reglementierte und nicht reglementierte Berufe

Neu am Anerkennungs-Finder ist die für Laien verständliche Zuordnung, ob es sich um einen reglementierten oder einen nicht reglementierten Beruf handelt. Will man in Deutschland in einem reglementierten Beruf arbeiten, wird eine bescheinigte Gleichwertigkeit der ausländischen mit der deutschen Referenzqualifikation vorausgesetzt. Reglementiert sind z. B. Gesundheitsberufe, wie Arzt/Ärztin, Apotheker/-in und Altenpfleger/-in, und einige Meisterberufe, wie Bäckermeister/-in. Nicht reglementiert sind die dualen Ausbildungsberufe, also z. B. Industriemechaniker/-in oder Maurer/-in. Hier ist die Gleichwertigkeitsprüfung keine zwingende Voraussetzung für eine Arbeitsaufnahme, sondern dient der Transparenz.

Die im Anerkennungs-Finder 2012 am häufigsten aufgerufenen deutschen Berufsprofile sind in → Tabelle E2-1 aufgeführt.

Tabelle E2-1: **Nutzung der deutschen Berufsprofile**

Beruf	Zuständigkeit Bund/Land	Regelung	Einmalige Seitenansichten	Seitenansichten
Arzt/Ärztin	Bund	reglementiert	7.319	10.891
Lehrer/-in	Land	reglementiert	6.794	9.167
Ingenieur/-in	Land	reglementiert	6.440	9.384
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	Bund	reglementiert	4.754	6.306
Erzieher/-in	Land	reglementiert	3.888	5.407
Betriebswirt/-in		nicht reglementiert	2.449	3.432
Informatiker/-in		nicht reglementiert	1.911	2.636
Sozialpädagoge/Sozialpädagogin, Sozialarbeiter/-in	Land	reglementiert	1.761	2.281
Zahnarzt/Zahnärztin (Erteilung der Approbation)	Bund	reglementiert	1.748	2.583
Bürokaufmann/-frau	Bund	dualer Ausbildungsberuf	975	1.270
Rechtsanwalt/Rechtsanwältin	Bund	reglementiert	784	1.061

Die Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Anerkennung in Deutschland

Tabelle E2-2: **Aufrufe der englischen Berufsprofile**

Beruf	Zuständigkeit Bund/Land	Regelung	Einmalige Seitenansichten	Seitenansichten
Ingenieur/-in	Land	reglementiert	2.120	2.954
Arzt/Ärztin	Bund	reglementiert	877	1.194
Fachinformatiker/-in	Bund	dualer Ausbildungsberuf	611	744
Lehrer/-in	Land	reglementiert	479	577
Ingenieur/-in, Beratende/-r	Land	reglementiert	437	568
Zahnarzt/Zahnärztin (Erteilung der Approbation)	Bund	reglementiert	434	630
Informatiker/-in		nicht reglementiert	396	519
Apotheker/-in	Bund	reglementiert	389	604
Architekt/-in	Land	reglementiert	353	424
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	Bund	reglementiert	326	446

Die Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Anerkennung in Deutschland

Bei den Aufrufen der auch in Englisch verfügbaren Berufsprofile → **Tabelle E2-2** dominieren stärker technische Berufe: Unter den 10 am häufigsten aufgerufenen Berufen finden sich Ingenieur/-in, Beratende/-r Ingenieur/-in, Fachinformatiker/-in, Informatiker/-in und Architekt/-in. Sowohl in der deutschen als auch in der englischen Portalversion werden Informationen zu den Verfahren am häufigsten zu reglementierten Berufe abgerufen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass eine Anerkennung der ausländischen Qualifikation in den reglementierten Berufen Voraussetzung für die Berufsausübung bzw. Titelführung in Deutschland ist.

Der Anerkennungs-Finder ist mit einer berufsbezogenen Suchfunktion unterlegt. Top-Suchbegriffe sind *engineer* (1.989), *krankenschwester* (1.376), *ingenieur* (1.094), *arzt* (1.065), *doctor* (983) und *lehrer* (974). Durch Verschlagwortung der Berufsprofile werden die Nutzer auch bei Eingabe von populären bzw. untechnischen Berufsbezeichnungen zu den richtigen Berufsprofilen geleitet: So verweist der Anerkennungs-Finder bei Eingabe der umgangssprachlichen Bezeichnung „Krankenschwester“ auf das Berufsprofil der „Gesundheits- und Krankenpflegerin“.

Viele der stark nachgefragten Berufe fallen nicht unter das Bundesgesetz, sondern liegen in der Zuständigkeit der Länder, die zurzeit eigene Anerkennungsgesetze erlassen. Das Portal informiert interessierte Besucher jedoch nicht nur zu Fragen der Anerkennung in bundesrechtlich geregelten Berufen, sondern vermittelt auch bei Berufen, für die die Länder zuständig sind, an die richtige zuständige Stelle.

Nutzung im Ausland

Seit 1. Juli 2012 ist das Portal in Englisch verfügbar. Sämtliche Berufsprofile wurden ins Englische übersetzt. Dieses Angebot ist einzigartig, da selbst in der

Tabelle E2-3: **Anzahl der Besucher/-innen nach den 10 wichtigsten Herkunftsländern**

Land	Anzahl der Besucher/-innen
Deutschland	158.240
USA	12.425
Russische Föderation	11.572
Spanien	7.076
Polen	5.468
Türkei	4.869
Niederlande	4.499
Großbritannien	4.312
Rumänien	3.817
Italien	2.616

Die Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Anerkennung in Deutschland

BA-Datenbank „berufenet“ nur deutsche Texte zur Verfügung stehen. Die Nutzungszahlen von Besucherinnen und Besuchern aus dem Ausland steigen seitdem kontinuierlich an. Kamen im April lediglich 38 % der Besucher aus dem Ausland, waren es im Dezember 2012 bereits 45 %. Die häufigsten Herkunftsländer der Portalbesucher sind in → **Tabelle E2-3** angeführt.

78 % der Auslandsbesucher/-innen kommen aus einem Land der EU oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), und nur 22 % sind aus einem sog. Drittstaat. Dieses bisher eher geringe Interesse bei Personen in Drittstaaten dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass die Zuwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland für Drittstaatsangehörige beschränkt sind.

(Sabine Breiderhoff)

E3 Mobilität

Das Programm für lebenslanges Lernen (PLL) unterstützt die bildungspolitischen Ziele der Europäischen Union. Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist im Rahmen des PLL verantwortlich für die Durchführung des Berufsbildungsprogramms LEONARDO DA VINCI und des Programms GRUNDTVIG im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung. Zentrales Instrument des PLL ist die Projektförderung. LEONARDO DA VINCI fördert u. a. Mobilitätsprojekte, die jungen Erwachsenen in der Ausbildung, Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und dem Bildungspersonal Auslandsaufenthalte zu Lernzwecken ermöglichen. Darüber hinaus können in Deutschland Innovationstransferprojekte, Partnerschaften und vorbereitende Maßnahmen beantragt werden. Auslandsaufenthalte bieten eine hervorragende Möglichkeit, internationale Berufskompetenz zu erwerben. Fremdsprachenkenntnisse, internationale Fachkenntnisse sowie interkulturelle Kenntnisse sind wichtige Bausteine einer international zukunftsfähigen Qualifizierung.

Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität 2012

Im Jahr 2012 wurden Förderungen für über 18.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten in 700 Projekten bewilligt → **Tabelle E3-1**. Damit setzt sich der starke Anstieg der beantragten und bewilligten Lernaufenthalte auch im Jahr 2012 weiter fort. Die Zahl der Teilnehmenden im Bereich der Erstausbildung hat sich von 2007 bis 2012 verdoppelt → **Schaubild E3-1**. Der im Innovationskreis Berufsbildung definierte nationale Mobilitätsbenchmark, die Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung bis zum Jahr 2015 zu verdoppeln, wurde damit in der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität bereits im Jahr 2012 erreicht. Einer Mobilitätsstudie nach lag die Quote der im Rahmen ihrer Berufsbildung international mobilen Auszubildenden und Berufsfachschüler und -schülerinnen in den Jahren 2007 bis 2009 bei durchschnittlich 3,0 % (vgl. Friedrich/Körbel 2011). Aufgrund der deutlichen Zuwächse im LEONARDO-DA-VINCI-Programm in den letzten 3 Jahren kann inzwischen davon ausgegangen werden, dass diese Zahl auf 4,0 % angestiegen ist. Insgesamt absolvierten im Jahr 2012 etwa 30.000 junge Menschen im

Tabelle E3-1: **Mobilitätsförderung 2012 im Rahmen des Programms LEONARDO DA VINCI**

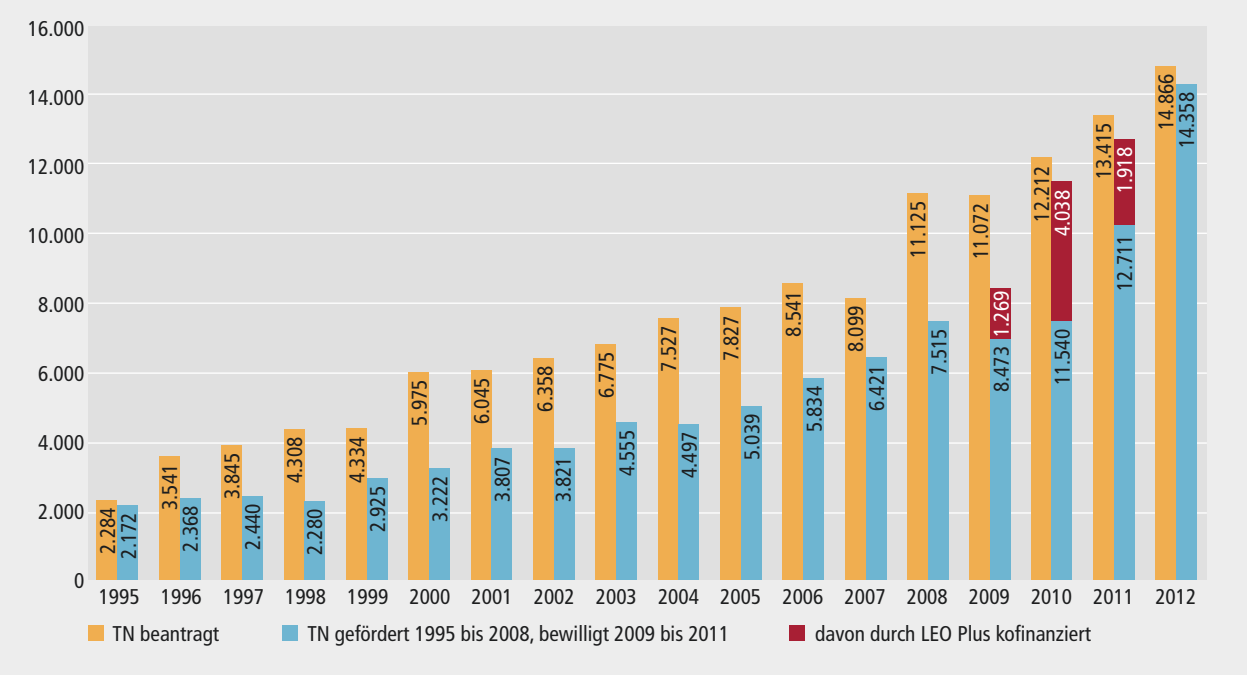
Antragsrunde 2012 LEONARDI DA VINCI Mobilität beantragt/bewilligt						
	Zahl der Projekte beantragt	Zahl der Projekte bewilligt	Zahl der Teilnehmer/-innen beantragt	Zahl der Teilnehmer/-innen bewilligt	Budget beantragt in Mio. €	Budget bewilligt in Mio. €
Erstausbildung	551	529	14.866	14.358	24	23
Personen am Arbeitsmarkt	86	80	2.770	2.166	11	8
Fachkräfte in der Berufsbildung	104	91	1.931	1.624	2	2
Gesamt	**741**	**700**	**19.567**	**18.148**	**37**	**33**

Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Stand: Dezember 2012

Rahmen ihrer Erstausbildung einen Auslandsaufenthalt. Im LEONARDO-DA-VINCI-Programm haben diese Auslandsaufenthalte in der Erstausbildung eine durchschnittliche Dauer von über 5 Wochen. Zwei Drittel der Stipendien wurden dabei an Auszubildende vergeben, ein Drittel an Berufsfachschüler/-innen.

In der Regel beantragen Projektträger Stipendien für die Lernenden oder Lehrenden ihrer Einrichtungen im jährlichen Antragsverfahren. Davon zu unterscheiden sind die sogenannten Poolprojekte und das LEONARDO-DA-VINCI-Mobilitätszertifikat. Die Poolprojekte ermöglichen den individuellen Zugang von Einzelpersonen zu einem LEONARDO-DA-VINCI-Stipendium. Insbesondere Auszubildende und Mitarbeiter/-innen von kleinen und mittleren Unternehmen sowie international unerfahrene Bildungseinrichtungen bekommen so Zugang zu einem Stipendium, ohne dass ihr Unternehmen oder ihre Einrichtung selbst ein Projekt durchführt. Über 3.600 Stipendien wurden so im Jahr 2012 bundesweit ausgeschrieben. Interessenten finden die Indi-

Schaubild E3-1: **LEONARDO DA VINCI Mobilität 1995 bis 2012 – Teilnehmende in der Erstausbildung**



Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung

vidualstipendien auch in der Poolprojekt-Datenbank auf der Homepage der Nationalen Agentur beim BIBB. Das LEONARDO-DA-VINCI-Mobilitätszertifikat ist der andere besondere Zugang zu einer Mobilitätsförderung. Für erfahrene Projektträger, die bereits erfolgreich Mobilitätsprojekte durchgeführt haben und die Projektförderung mit einer strategisch angelegten Internationalisierung verbinden, wurde im Jahr 2009 die Möglichkeit des LEONARDO-DA-VINCI-Mobilitätszertifikats geschaffen. Es gibt eine bis zu 4-jährige Förderperspektive, die zudem ein vereinfachtes Antrags- und Berichtsverfahren ermöglicht. Seit Beginn der Einführung wurden über 130 Mobilitätszertifikate vergeben. Das Zertifikat fördert auf der Grundlage der gesicherten mehrjährigen Förderoption die institutionelle Wirkung der Mobilität. So ist zu beobachten, dass die Institutionen ihre Bildungsgänge internationalisieren, das Personal international qualifizieren und sich als internationale Kompetenzzentren in ihrem regionalen oder sektoralen Umfeld positionieren.

Das Leistungspunktesystem in der Berufsbildung (ECVET) stellte im Jahr 2012 eine nationale Priorität im Rahmen der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität dar. Es wurden 11 Projekte mit 490 Stipendien bewilligt. Die Anzahl der Auslandsaufenthalte, die nach den ECVET-Kriterien durchgeführt werden, haben sich damit im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht. Eine weitere Steigerung zeichnet sich ab. In der Begleitung aller laufenden Mobilitätsprojekte wurde deutlich, dass es eine große Anzahl an Berufsbildungseinrichtungen gibt, die planen, ihr Projekt auf der Grundlage der ECVET-Kriterien weiterzuentwickeln. Zwei auf diese Fragestellung ausgerichteten Projektwerkstätten, die die Nationale Agentur beim BIBB in Zusammenarbeit mit der Nationalen Kontaktstelle ECVET im Jahr 2012 angeboten hat, wurden von weit über 100 Projektträgern besucht. Im Mittelpunkt standen dabei Aspekte der Beschreibung von Lernergebnissen, des Zuschnittes von Lernergebniseinheiten, der internationalen Partnerschaft und der Kompetenzfeststellung.

Kompetenzerwerb und Nutzen der Mobilität von Benachteiligten

Im Jahr 2012 veröffentlichte die Nationale Agentur beim BIBB die Ergebnisse der Studie „Mobilität – Kompetenzzuwachs für Benachteiligte“ (vgl. Becker/Goldkamp/Kroos 2012). Zielgruppe der Studie waren Auszubildende, die in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) ausgebildet wurden und während ihrer Ausbildung einen Lernaufenthalt im Ausland absolviert hatten. Erfasst wurde die Wirkung der Mobilität auf den Kompetenzerwerb und die Beschäftigungsfähigkeit von benachteiligten Jugendlichen. Des Weiteren wurden die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Durchführung der Mobilitätsprojekte mit Benachteiligten erforscht und Handlungsempfehlungen entwickelt. Im Rahmen der Studie konnte ein spezifischer, besonders im Bereich der Sozialkompetenzen liegender Lernprozess nachgewiesen werden, der auch zu einer höheren Beschäftigungsfähigkeit führt. Auf der Grundlage der Studienergebnisse werden im Jahr 2013 Mobilitätsprojekte besonders gefördert, die auf einem inkludierenden Projektkonzept beruhen oder sich spezifisch an Personen mit besonderem Förderbedarf wenden.

(Berthold Hübers)

Abkürzungsverzeichnis

Kurzbezeichnung	Langfassung
AAQ	Ausbildungsanfängerquote
abH	Ausbildungsbegleitende Hilfen
AbsQ	Ausbildungsabsolventenquote
AdB	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
AES	Adult Education Survey
AEVO	Ausbilder-Eignungsverordnung
AEZ	Arbeitsentgeltzuschuss
AFbM	Ausschuss für Fragen behinderter Menschen
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AG-F	Arbeitsgemeinschaft für das Fernstudium an Hochschulen
AGH ME	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
ANR	Angebots-Nachfrage-Relation
AO	Ausbildungsordnungen
AQ	Ausbildungsbeteiligungsquote
ARGEn	Arbeitsgemeinschaften
ASMK	Arbeits- und Sozialministerkonferenz
AZAV	Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung
AZWV	Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAB	Berufsausbildungsbeihilfen
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BAG BBW	Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke e. V.
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAK AL	Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BAS	Berufsaufbauschulen
BAuA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBNE	Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
BerBiFG	Berufsbildungsförderungsgesetz
BerBiRefG	Berufsbildungsreformgesetz
BFE	Bundestechnologiezentrum für Elektro- und Informationstechnik
BFB	Bundesverband der Freien Berufe
BFS	Berufsfachschule
bfw	Berufsfortbildungswerk des deutschen Gewerkschaftsbundes
BGBl	Bundesgesetzblatt

BGJ	Berufsgrundbildungsjahr
BHO	Bundeshaushaltsordnung
biat	Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik der Universität Flensburg
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BITV 2.0	Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behinderten-gleichstellungsgesetz
BITKOM	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.
BIWAQ	Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier, ESF-Bundesprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BOP	Berufsorientierungsprogramm des BMBF
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
CAPI	computergestützte persönlich-mündliche Interviews
CBS	Cyber-Physische Systeme
CBT	Computer Based Training
Cedefop	European Centre for the Development of Vocational Training (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung)
Céreq	Centre d`études et de recherches sur les qualifications (Studien- und Forschungszentrum für Qualifikationen)
CHE	Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung
CMS	Content-Management-System
CNC	Computerized Numerical Control
CVTS	Continuing Vocational Training Survey (Europäische Betriebsbefragung)
DAA	Deutsche Angestellten Akademie GmbH
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DAZUBI	Online-Datensystem Auszubildende
DEAE	Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
DECVET	Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHKT	Deutscher Handwerkskammertag
DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen
DVV	Deutscher Volkshochschul-Verband

ECDL	Europäischer Computerführerschein
ECVET	European Credit System for Vocational Education and Training (Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung)
EE	erneuerbare Energien
EQ	Einstiegsqualifizierung
EQ I	Erfolgsquote I – teilnahmebezogene Erfolgsquote
EQ II $_{neu}$	Erfolgsquote II $_{neu}$ – exakte personenbezogene Erfolgsquote
EQ $_{EP}$	Erfolgsquote für Erstprüfungen
EQI	Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten
EQJ	Einstiegsqualifizierungsjahr
EQR	Europäischer Qualifikationsrahmen
EWR	Europäische Wirtschaftsraum
FernUSG	Fernunterrichtsschutzgesetz
ESF	Europäischer Sozialfonds
ET	Education and Training
EU	Europäische Union
FB	Freie Berufe
FbW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
FDL	Forum DistancE-Learning
FGYM	Fachgymnasium
FKZ	Funktionskennziffer/n
FormBild	Junge Menschen in formaler Bildung
FOS	Fachoberschule
GAP	gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung
GPC	Good Practice Center zur Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung des Bundesinstituts für Berufsbildung
HIS	Hochschul-Informations-System GmbH
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
HSC	High Speed Cutting
HTML	Hyper Text Markup Language
HWK	Handwerkskammer
Hw	Handwerk
HwEx	IH-Beruf im Handwerk ausgebildet
HwO	Handwerksordnung
HZB	Hochschulzugangsberechtigung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
iABE	integrierte Ausbildungsberichterstattung
IFlaS	Initiative zur Flankierung des Strukturwandels

IGM	Industriegewerkschaft Metall
IH	Industrie- und Handel
IHK	Industrie- und Handelskammer
iit	Institut für Innovation und Technik
IQ	Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“
ISCED	International Standard Classification of Education (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens)
Isfol	Istituto per lo Sviluppo della Formazione Professionale dei Lavoratori (Institut zur Förderung der Berufsbildung von Arbeitnehmern)
IT	Informationstechnik
ITB	Institut Technik und Bildung der Universität Bremen
IuK	Informations- und Kommunikationstechnik
IW	Institut der deutschen Wirtschaft Köln
JC gE	Jobcenter in gemeinsamer Einrichtung
JC zkT	Jobcenter der zugelassenen kommunalen Träger
JD-Bestand	Jahresdurchschnittsbestand
KBE	Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KldB	Klassifizierung der Berufe
KMK	Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KOMZET	Kompetenznetzwerk Bau & Energie
LMS	Learning Management System
LQ_{alt}	(Vertrags-)Lösungsquote auf Basis der Aggregatdatenerfassung bis Berichtsjahr 2008
LQ_{neu}	(Vertrags-)Lösungsquote auf Basis der Individualdatenerfassung – ab Berichtsjahr 2009
Lw	Landwirtschaft
MAIS NRW	Ministerium für Arbeit, Intergration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
mpfs	Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
MZ	Mikrozensus
nfQ	Nicht formal Qualifizierte
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
öD	öffentlicher Dienst

PAS	Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes
PISA	Programme for International Student Assessment (*Programm zur internationalen Schülerbewertung*)
PLL	Programm für lebenslanges Lernen
PROSIMA	Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems
Quali-ABM	Qualifizierungs-Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
QLF	Qualifizierungsfond Land- und Forstwirtschaft
REA	Rhein-Erft Akademie
ReZA	Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder
RSS	Really Simple Syndication
SBB	Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung
SGB II	Sozialgesetzbuch II
SGB III	Sozialgesetzbuch III
SGB VIII	Sozialgesetzbuch VIII
SGB IX	Sozialgesetzbuch IX
SOEP	Sozioökonomisches Panel
StBA	Statistisches Bundesamt
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
ÜBS	Überbetriebliche Berufsbildungsstätten
UGC	User Generated Content
UN-BRK	UN-Behindertenrechtskonvention
VBO	Vertiefte Berufsorientierung
VHS	Volkshochschule
VWA	Wirtschafts- und Verwaltungsakademien
WB	Weiterbildung
WBT	Web Based Training
WeGebAU	Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen
WK	Weiterbildungskosten
WMK	Wirtschaftsministerkonferenz
ZAB	Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen
ZFU	Zentralstelle für Fernunterricht
ZIBS	Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen
zkT	zugelassene kommunale Träger

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild A1.1-1:	Bundesweite Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (in %)	26
Schaubild A1.1-2:	Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in West- und Ostdeutschland (in %)	26
Schaubild A1.1-3:	Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Frauen und Männer (in %)	27
Schaubild A1.1-4:	Abweichungen in den Einmündungsquoten ausbildungsinteressierter Frauen und Männer als Folge unterschiedlich hoher Ausbildungsanteile in den Dienstleistungsberufen (n = 176 Regionen)	28
Schaubild A1.4-1:	Betriebliche Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2012	64
Schaubild A3.1-1:	Berufliche Pläne von Schulabgängern und Schulabgängerinnen 2004 bis 2012 jeweils im Frühjahr (in %)	76
Schaubild A3.1-2:	Realisierte Bildungs- und Berufswege von Schulabgängern und Schulabgängerinnen 2004 bis 2012 jeweils im Herbst (in %)	80
Schaubild A3.1-3:	Übereinstimmung von Wunschberuf und Ausbildungsberuf 2004 bis 2012 (in %)	86
Schaubild A3.2.1-1:	Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012 nach Schulabschluss (in %)	91
Schaubild A3.2.1-2:	Bewertung des aktuellen Verbleibs durch die Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012	92
Schaubild A3.2.2-1:	Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012 nach Schulabschluss (in %)	96
Schaubild A3.2.2-2:	Bewertung des aktuellen Verbleibs durch die Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2011/2012	96
Schaubild A3.3.1-1:	Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses durch abgeschlossene Übergangsmaßnahmen (Anteil der Personen in %)	103
Schaubild A3.3.1-1:	Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses durch abgeschlossene Übergangsmaßnahmen (Anteil der Personen in %)	104
Schaubild A3.3.1-2:	Übergang in vollqualifizierende Ausbildung nach einer (ersten) Übergangsmaßnahme (kumulierte Einmündungswahrscheinlichkeit in %)	106
Schaubild A3.3.1-3:	Biografische Verlaufstypen von Jugendlichen nach Beendigung einer (ersten) Maßnahme des Übergangssystems – zufällig ausgewählte Verlaufsmuster von je 20 Personen	106
Schaubild A4.1.1-1:	Struktur des Deutschen Qualifikationsrahmens	111
Schaubild A4.1.2-1:	Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2003 bis 2012)	113
Schaubild A4.1.2-2:	Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2003 bis 2012)	115
Schaubild A4.2.1-1:	Zahl der Auszubildenden am 31.12., alte Länder inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-West), 1977 bis 2011	122
Schaubild A4.2.2-1:	Entwicklung der Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst	129
Schaubild A4.3-1:	Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2011	139

Schaubild A4.4-1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen nach Geschlecht, Bundesgebiet 1993 bis 2011 145

Schaubild A4.5-1: Frühere Ausbildungsbeteiligungsquote (AQ), Veränderungsraten gegenüber dem Berichtsjahr 1993 in % 161

Schaubild A4.7-1: Jährliche Veränderungsrate der Ausbildungsstellenmarktlage ($ANR_{klassisch}$) und der Lösungsquote (LQ_{alt}) 1993 bis 2011 186

Schaubild A4.7-2: Vorzeitige Vertragslösungen in den ersten 36 Monaten nach Ausbildungsbeginn der Anfängerkohorte 2008 (kumulierter Anteil der gelösten Verträge in %) 192

Schaubild A4.11.1-1: Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in Deutschland zwischen 1999 und 2011 (Referenzjahr 1999 = 100 %) 213

Schaubild A4.11.1-2: Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland zwischen 1999 und 2011 (Referenzjahr 1999 = 100 %) 214

Schaubild A4.11.1-3: Entwicklung der geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten in Deutschland zwischen 1999 und 2011 216

Schaubild A4.11.1-4: Prozentuale Verteilung der Auszubildenden auf Betriebsgrößenklassen zwischen 1999 und 2011 in Deutschland 218

Schaubild A4.11.4-1: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 (in %) 230

Schaubild A4.11.4-2: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 nach Betriebsgrößenklassen (in %) 231

Schaubild A4.11.4-3: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 nach Wirtschaftssektoren (in %) ... 233

Schaubild A4.11.4-4: Veränderung des Anteils an Ausbildungsbetrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für die Ausbildungsjahre 2010/2011 und 2011/2012 an allen Ausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %) 234

Schaubild A4.11.4-5: Veränderung des Anteils an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011 und 2011/2012 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %) 236

Schaubild A5-1: Anteil der Anfänger/-innen in der schulischen Vollausbildung 2011 237

Schaubild A6.1-1: Junge Menschen in formaler Bildung (FormBild) nach Altersgruppen – Entwicklung 2006 bis 2011 (in %) 245

Schaubild A6.1-2: Jugendliche in den Sektoren der iABE nach Alter 2011 (Bestandsdaten) 246

Schaubild A6.1-3: Entwicklung der Sektorenanteile 2005 bis 2012 (100 % = Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen) 249

Schaubild A6.2-1: Anteil des Sektors „Integration in Berufsausbildung“ am Ausbildungsgeschehen (Anfänger/-innen) 2012 250

Schaubild A6.2-2: Anteil des Sektors „Berufsausbildung“ am Ausbildungsgeschehen (Anfänger/-innen) 2012 251

Schaubild A6.3-1: Demografische Entwicklung der 15- bis 24-Jährigen 2005 bis 2012 252

Schaubild A6.3-2: Ausländische Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund im Vergleich (Basisjahr 2005) 253

Schaubild A7.1-1: Teilnehmende in BvB und BaE in West- und Ostdeutschland (Jahresdurchschnittsbestand) 258

Schaubild A7.1-2:	Teilnehmende in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierung und Aktivierungshilfen der Bundesagentur für Arbeit (Jahresdurchschnittsbestand)	261
Schaubild A7.1-3:	Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung der Bundesagentur für Arbeit	263
Schaubild A8.1-1:	Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2012	275
Schaubild B1.1.2-1:	Weiterbildungsteilnahme Älterer 2006 und 2012	301
Schaubild B1.1.2-2:	Thematischer Schwerpunkt der geplanten beruflichen Weiterbildung	303
Schaubild B1.2.3-1:	Vergleich der Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben 2011 und 2010 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)	313
Schaubild B1.2.3-2:	Weiterbildungsbeteiligung von Ausbildungsbetrieben und Nichtausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2011	315
Schaubild B1.2.3-3:	Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit und ohne Angebot an Arbeitsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2011 (in %)	316
Schaubild B1.2.3-4:	Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben mit unbesetzten und ohne unbesetzte Arbeitsstellen nach ausgewählten Strukturmerkmalen im Jahr 2011 (in %)	317
Schaubild B2.1.1-1:	Entwicklung der wbmonitor Klimawerte von 2007 bis 2012	318
Schaubild B2.1.1-2:	Veränderung des Einnahmeanteils im Bereich der Weiterbildung von Arbeitsagenturen	321
Schaubild B2.1.2-1:	Räumliche Barrierefreiheit nach Einrichtungsgröße	323
Schaubild B2.1.2-2:	Behindertengerechte Ausstattung (Räume, Medien, Personal und Unterstützungsangebote) in der beruflichen und in der allgemeinen Weiterbildung	324
Schaubild B2.1.2-3:	Chancen von Weiterbildungsanbietern mit speziell qualifiziertem Personal im Vergleich zu anderen Anbietern	326
Schaubild B2.3-1:	Beteiligung von Fernlehrinstituten an der Fernunterrichtsstatistik im Zeitraum 2001 bis 2011 (absolut und in %)	340
Schaubild B2.3-2:	Laufzeit von zugelassenen Fernlehrgängen in 2012 (in %)	341
Schaubild B2.3-3:	Fernstudiengänge 2011 nach Disziplinen	342
Schaubild B3.1-1:	Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2011	344
Schaubild B3.1-2:	Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2011	344
Schaubild B3.1-3:	Sonderprogramm „WeGebAU“ – Zugang und Bestand 2007 bis 2010	346
Schaubild B3.2-1:	Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2011	350
Schaubild B3.2-2:	Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2001 bis 2011	351
Schaubild B3.3.1-1:	Aufnahmen nach Ausbildungsbereich (Aufnahmejahre 2010 bis 2012)	352
Schaubild B3.3.1-2:	Migrationshintergrund der Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Ausbildungsbereichen (Aufnahmejahrgang 2012)	353
Schaubild B3.3.2-1:	Alter der Stipendiatinnen und Stipendiaten bei der Aufnahme in das Förderprogramm Aufstiegsstipendium	354
Schaubild B3.7-1:	Nutzer/-innen der Bildungsprämie nach Einkommen, Bildungsniveau und Beschäftigungsstatus	365

Schaubild B3.7-2:	Schwerpunkt Weiterbildungsinhalte	367
Schaubild B4.2-1:	Notenregelung Geprüfter Industriemeister/Geprüfte Industriemeisterin – Fachrichtung Chemie	370
Schaubild B4.3-1:	Absolventen/Absolventinnen an Fachschulen nach Berufsbereichen	373
Schaubild C1.1-1:	Häufigkeit der Computernutzung in Deutschland	384
Schaubild C1.1-2:	Art der Computernutzung in Deutschland	385
Schaubild C1.2-1:	Halbwertszeit von Wissen	392
Schaubild C2-1:	Vielfalt digitaler Medienformate (Vergleich 2008 und 2012)	394
Schaubild C2-2:	Medienmix im Fernlernen	397
Schaubild C2.1-1:	Web 2.0 – Veränderte Wahrnehmung und Nutzung des Internets in der Aus- und Weiterbildung	398
Schaubild C2.3-1:	Standards zur Kategorisierung von Medienkompetenz	404
Schaubild C2.5-1:	Digitale Medien fördern Handlungskompetenz	408
Schaubild E2-1:	Nutzung des Internetportals „Anerkennung in Deutschland“	441
Schaubild E3-1:	LEONARDO DA VINCI Mobilität 1995 bis 2012 – Teilnehmende in der Erstausbildung	445

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle A1-1:	Ausbildungsmarktentwicklung von 2009 bis 2012 (Stichtag 30. September)	12
Tabelle A1.1-1:	Entwicklung der Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, der registrierten Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahrgängen und der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen	16
Tabelle A1.1-2:	Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 2007 bis 2012	18
Tabelle A1.1-3:	Entwicklung der Ausbildungsmarktverhältnisse 2011 bis 2012 in den Ländern	19
Tabelle A1.1-4:	Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots nach Zuständigkeitsbereichen 2009 bis 2012	22
Tabelle A1.1-5:	Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die im 4. Quartal des Kalenderjahres 2012 zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2012 bestand	24
Tabelle A1.2-1:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1994 bis 2012	30
Tabelle A1.2-2:	Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2012 und Veränderung gegenüber 2011 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen	32
Tabelle A1.2-3:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1996 bis 2012 in Deutschland	33
Tabelle A1.2-4:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2012 nach strukturellen Merkmalen	35
Tabelle A1.2-5:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht	40
Tabelle A1.2-6:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2008 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland	42
Tabelle A1.2-7:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Zuständigkeitsbereichen 2010 bis 2012	45
Tabelle A1.3-1:	Gemeldete Berufsausbildungsstellen in den Berichtsjahren 2011/2012, 2010/2011 und 2009/2010	48
Tabelle A1.3-2:	Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei der BA und den Jobcentern gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen der Berichtsjahre 2011/2012 und 2010/2011	49
Tabelle A1.3-3:	Verbleib der bei der BA und den Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen zum 30. September 2012	50
Tabelle A1.3-4:	Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen	53
Tabelle A1.3-5:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2011/2012 gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet	55
Tabelle A1.3-6:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2011/2012 gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – alte Länder	56

Tabelle A1.3-7:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2011/2012 gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – neue Länder	57
Tabelle A1.3-8:	Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne Jobcenter der zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. Jobcenter der zkT) der Berichtsjahre 2011/2012 und 2010/2011 nach Ländern	59
Tabelle A1.3-9:	Unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. Jobcenter der zkT) nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter in den Berichtsjahren 2011/2012 und 2010/2011	60
Tabelle A1.4-1:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2012	63
Tabelle A2.2-1:	Vorausgeschätzte Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen bis zum Jahr 2025 (Teil 1)	69
Tabelle A2.2-2:	Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30. September 2012 (Angaben in Tausend)	72
Tabelle A3.1-1:	Berufliche Pläne von Schulabgängern und Schulabgängerinnen im Frühjahr 2012 (in %)	77
Tabelle A3.1-2:	Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die im Ausbildungsjahr 2012/2013 oder zu einem späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung absolvieren möchten (in %)	78
Tabelle A3.1-3:	Realisierte Bildungs- und Berufswege von Schulabgängern und Schulabgängerinnen im Herbst 2012 (in %)	81
Tabelle A3.1-4:	Einmündungsquote in duale Berufsausbildung der Schulabgänger/-innen, die sich jeweils im Frühjahr für eine betriebliche Ausbildung interessierten (in %)	83
Tabelle A3.1-5:	Realisierte Bildungs- und Berufswege (Herbst 2012) von Schulabgängern und Schulabgängerinnen, die sich im Frühjahr 2012 für eine betriebliche Ausbildung interessierten (in %)	84
Tabelle A3.2.1-1:	Merkmale der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012	89
Tabelle A3.2.1-2:	Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012	90
Tabelle A3.2.2-1:	Merkmale der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2011/2012	94
Tabelle A3.2.2-2:	Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012	95
Tabelle A3.2.3-1:	Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012 zum Jahresende 2012	97
Tabelle A3.2.3-2:	Merkmale der offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2011/2012	98
Tabelle A3.3.1-1:	Gesamtumfang der Teilnahme an Übergangsmaßnahmen	102
Tabelle A3.3.1-2:	Soziodemografische Merkmale der Jugendlichen der 4 biografischen Verlaufstypen (Anteil der Personen in %)	107
Tabelle A4.1.2-1:	Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2003 bis 2012)	115
Tabelle A4.1.3-1:	Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2003 bis 2012)	116
Tabelle A4.1.3-2:	Modernisierte Ausbildungsberufe 2012	117

Tabelle A4.2.1-1:	Auszubildende am 31.12. nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2011	120
Tabelle A4.2.1-2:	Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2011 (in %)	125
Tabelle A4.2.1-3:	Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1995 und 2011, Ostdeutschland 1995 und 2011	126
Tabelle A4.2.1-4:	Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2011 (in %)	127
Tabelle A4.3-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen sowie Ländern 2010 und 2011	131
Tabelle A4.3-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2011	133
Tabelle A4.3-3:	Ausbildungsanfänger/-innen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsler nach Ländern bzw. Zuständigkeitsbereichen (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2011	141
Tabelle A4.4-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2011	143
Tabelle A4.4-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2011	146
Tabelle A4.4-3:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1996 bis 2011	147
Tabelle A4.4-4:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland 1980 und 1993 bis 2011, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2011	152
Tabelle A4.4-5:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung, Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2011, in % der Neuabschlüsse	153
Tabelle A4.5-1:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter und Region 2011 (in %)	154
Tabelle A4.5-2:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2011 (in %)	155
Tabelle A4.5-3:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen nach Alter, Bundesgebiet 2011	156
Tabelle A4.5-4:	Ausbildungsanfängerquote nach Personenmerkmal und Region, 2009 bis 2011 (in %)	158
Tabelle A4.5-5:	Ausbildungsabsolventenquote nach Personenmerkmal und Region, 2009 bis 2011 (in %)	160
Tabelle A4.6.1-1:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2011 (Mehrfachnennungen möglich)	163

Tabelle A4.6.1-2: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2011 (Mehrfachnennungen möglich) 164

Tabelle A4.6.1-3: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung, Berichtsjahre 2009 bis 2011 (Mehrfachnennungen möglich) 165

Tabelle A4.6.1-4: Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Berichtsjahr 2011 166

Tabelle A4.6.1-5: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2011 (Mehrfachnennungen möglich) 167

Tabelle A4.6.2-1: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Region 2011 169

Tabelle A4.6.2-2: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2008 bis 2011 170

Tabelle A4.6.2-3: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2011 171

Tabelle A4.6.2-4: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Berufsgruppen, Bundesgebiet 2011 172

Tabelle A4.6.2-5: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2011 172

Tabelle A4.6.2-6: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2011 173

Tabelle A4.6.2-7: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2011 175

Tabelle A4.6.2-8: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2011 176

Tabelle A4.6.3-1: Studienberechtigte mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Berichtsjahr 2011 nach Ausbildungsbereichen, alten und neuen Ländern und Geschlecht; Anzahl und Anteil (in %) an den Neuverträgen 177

Tabelle A4.6.3-2: Berufsausbildungsabsicht von Studienberechtigten des Entlassjahres 2012 nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und regionaler Herkunft (in %) 179

Tabelle A4.6.3-3: Studienberechtigte des Entlassjahrgangs 2012 mit vor/beim Schulabgang abgeschlossener Berufsausbildung nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und regionaler Herkunft (in %) 179

Tabelle A4.6.3-4: Deutsche Studienanfänger/-innen mit abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung an Hochschulen und Fachhochschulen im Wintersemester 2011/2012 nach Geschlecht, Region und Art der Hochschulreife (in %) 180

Tabelle A4.7-1: Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen und Zeitpunkt der Lösung (absolut und in %), Bundesgebiet 2011 182

Tabelle A4.7-2:	Vorzeitige Vertragslösungen und Vertragslösungsquote in % der begonnenen Ausbildungsverträge, Bundesgebiet 1993 bis 2011	185
Tabelle A4.7-3:	Vertragslösungsquoten in % der begonnenen Ausbildungsverträge (LQ_{neu}) nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2011	187
Tabelle A4.7-4:	Ausbildungsberufe mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %, Bundesgebiet 2011	188
Tabelle A4.7-5:	Vertragslösungsquoten (in %) in den 20 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 2011	189
Tabelle A4.7-6:	Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %) nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2011	190
Tabelle A4.7-7:	Prüfungserfolg der Anfängerkohorte 2008 36 Monate nach Ausbildungsbeginn, Bundesgebiet 2011, absolut und Zeilenprozent	192
Tabelle A4.8-1:	Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 2000 bis 2011	196
Tabelle A4.8-2:	Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2011 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen	197
Tabelle A4.8-3:	Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen in 2011 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen	198
Tabelle A4.8-6:	Teilnahmen an Externenprüfungen 2011 nach Zuständigkeitsbereichen	200
Tabelle A4.9-1:	Verteilung der Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Merkmalen der Berufsauswahl	205
Tabelle A4.11.2-1:	Ausbildungsberechtigung (in %)	221
Tabelle A4.11.2-2:	Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %)	222
Tabelle A4.11.2-4:	Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	223
Tabelle A4.11.2-5:	Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	224
Tabelle A4.11.3-1:	Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2011 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder	226
Tabelle A4.11.3-2:	Bestandene Meisterprüfungen 2011 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	227
Tabelle A4.11.3-3:	Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2011 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder	228
Tabelle A4.11.3-4:	Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2011 nach Geschlecht, alte und neue Länder	238
Tabelle A4.11.3-5:	Alter des Ausbildungspersonals 2011 nach Geschlecht	238
Tabelle A5-1:	Anfänger/-innen in vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgängen (Schüler/-innen im 1. Schuljahr)	239
Tabelle A5.1-1:	Vergleich der Berufsausbildung nach BBiG/HwO im schulischen bzw. dualen Bildungsgang (Bestand 2011/2012)	239
Tabelle A5.2-1:	Schüler/-innen (Bestand) in einer Ausbildung nach Landesrecht – 10 stärkste Berufe	239
Tabelle A5.3-3:	Ausbildung zu Gesundheits- und Sozialberufen – 10 stärkste Berufe (Bestand)	240
Tabelle A6.1-1:	Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2012	247

Tabelle A6.3-1:	Demografischer Rückgang der 15- bis 19-Jährigen nach Bundesländern (Basisjahr 2005)	253
Tabelle A7.1-1:	Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit	256
Tabelle A7.1-2:	Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Förderinitiativen und Sonderprogramme des Bundes 2011	257
Tabelle A7.2-1:	Zusatzqualifikationen – Modelle, Anzahl der Unternehmen und Auszubildenden von 2004 bis 2012	266
Tabelle A7.2-2:	Anbieter von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2012	267
Tabelle A7.2-3:	Inhaltliche Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2012	268
Tabelle A7.2-4:	Regionale Verteilung von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2012	268
Tabelle A7.3-1:	Duale Studiengänge von 2004 bis 2012	270
Tabelle A7.3-2:	Anbieter von dualen Studiengängen von 2004 bis 2012	271
Tabelle A7.3-3:	Fachrichtung von dualen Studiengängen von 2004 bis 2012	271
Tabelle A7.3-4:	Regionale Verteilung dualer Studiengänge von 2004 bis 2012	272
Tabelle A7.3-5:	Fachrichtung von dualen Studiengängen für die Weiterbildung 2012	273
Tabelle A8.1-1:	Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) insgesamt von 2005 bis 2011	277
Tabelle A8.1-2:	Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) im Vergleich zu den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer/-innen von 2005 bis 2011	278
Tabelle A8.2-1:	Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung	280
Tabelle A8.3-1:	Auszug aus dem Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Ausgaben in Mrd. €	283
Tabelle A9.1-1:	Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2011 (in Klammern: 2010)	285
Tabelle A9.2-1:	Niedriglohnbeschäftigung nach Geschlecht und höchstem Ausbildungsabschluss (in %)	287
Tabelle A9.2-2:	Niedriglohnanteil bei Männern nach dem erlernten Beruf (in %)	289
Tabelle A9.2-3:	Niedriglohnanteil bei Frauen nach dem erlernten Beruf (in %)	289
Tabelle A9.3-1:	Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2010	291
Tabelle A9.3-2:	Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2010	292
Tabelle A9.3-3:	Entwicklung des Anteils der formal nicht Qualifizierten 20- bis 34-Jährigen in den Bundesländern. Kumulierte Mikrozensen 2005/2006, 2007/2008 und 2009/2010 (in %)	293
Tabelle A9.3-4:	Quoten der 20- bis 34-Jährigen ohne beruflichen Abschluss. Kumulierte Mikrozensen 2005/2006, 2007/2008 und 2009/2010 (in %)	293
Tabelle B1.1.1-1:	Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen 2005 bis 2010 nach Alter und Geschlecht (in %)	298
Tabelle B1.1.1-2:	Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen 2005 bis 2010 nach Berufabschluss und Geschlecht (in %)	299
Tabelle B1.1.2-1:	Wunsch nach gezielter altersspezifischer Weiterbildung nach Geschlecht und Altersgruppen	303
Tabelle B1.2.1-1:	Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	305

Tabelle B1.2.1-2:	Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)	305
Tabelle B2.1.1-1:	Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2011	319
Tabelle B2.2.1-1:	Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2011	329
Tabelle B2.2.1-2:	Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2011	330
Tabelle B2.2.2-1:	Veranstaltungen und Teilnehmende der Berufsfortbildungswerke des DGB, 2001 bis 2011	332
Tabelle B2.2.2-2:	Maßnahmen und Teilnehmende der Deutschen Angestellten-Akademie GmbH (DAA) nach Themenbereichen, 2004 bis 2011	333
Tabelle B2.2.2-3:	Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises 2001 bis 2011	334
Tabelle B2.2.2-4:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern, 2001 bis 2011	335
Tabelle B2.2.2-5:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern nach Themenbereichen, 2011	335
Tabelle B2.2.3-1:	Veranstaltungen, Unterrichsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2010	337
Tabelle B2.2.3-2:	Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2010	338
Tabelle B2.3-1:	Teilnehmende an Fernlehrgängen nach Altersgruppen (in %)	341
Tabelle B3.1-1:	Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2011	343
Tabelle B3.1-2:	Zugang und Jahresdurchschnittsbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III in den Jahren 2005 bis 2011	345
Tabelle B3.1-3:	Zugang zu FbW- und ESF-geförderter Qualifizierung während der Kurzarbeit	348
Tabelle B3.1-4:	Initiative zur Flankierung des Strukturwandels	348
Tabelle B3.5-1:	Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung	358
Tabelle B3.6-1:	Tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung für das Jahr 2012	363
Tabelle B3.7-1:	Programm Bildungsprämie – Kernindikatoren der 1. Förderphase	366
Tabelle B4.2-1:	Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung	370
Tabelle B4.3-1:	Fachschulen 2011/2012: Schulen, Klassen und Schüler/-innen nach Ländern	372
Tabelle B4.3-2:	Absolventen/Absolventinnen an Fachschulen des Schuljahres 2010/2011 mit bestandener Abschlussprüfung nach Berufsbereichen	373
Tabelle B4.4-1:	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2007 bis 2011 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	377
Tabelle B4.4-2:	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2011 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder	378
Tabelle B4.4-3:	Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2011 – Strukturen und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen und ausgewählten Prüfungsgruppen	380
Tabelle B4.4-4:	Teilnahmen an Umschulungsprüfungen 2011 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder	381
Tabelle D3-1:	Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBS-Förderung	428

Tabelle E1.1-1:	Jugendarbeitslosenquote in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (in %)	431
Tabelle E1.2-1:	Übersicht der strategischen Ziele des europäischen Arbeitsprogrammes 2020 (Education and Training)	432
Tabelle E1.2-2:	Übersicht der strategischen Ziele des europäischen Arbeitsprogrammes 2020 (Education and Training) und Zuordnung von Benchmarks	433
Tabelle E1.2-3:	Anteil der Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren mit schlechten Schulleistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften nach Geschlecht (in %)	435
Tabelle E1.2-4:	Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen (in %)	436
Tabelle E1.2-5:	Tertiäre Bildungsabschlüsse im Alter von 30 bis 34 Jahren nach Geschlecht und Migrationsstatus (in %)	437
Tabelle E1.2-6:	Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, die an formaler/non-formaler Bildung teilgenommen hat (in %)	438
Tabelle E1.2-7:	Erwerbstätigenquote der Absolventen/-innen zwischen 20 und 34 Jahren nach Land und Bildungsabschluss (in %)	440
Tabelle E2-1:	Nutzung der deutschen Berufsprofile	442
Tabelle E2-2:	Aufrufe der englischen Berufsprofile	443
Tabelle E2-3:	Anzahl der Besucher/-innen nach den 10 wichtigsten Herkunftsländern	443
Tabelle E3-1:	Mobilitätsförderung 2012 im Rahmen des Programms LEONARDO DA VINCI	445

Verzeichnis der Tabellen im Internet

Tabelle A1.4-2 Internet: Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation nach Arbeitsagenturbezirken 2012

Tabelle A4.8-4 Internet: Erfolge bei der ersten Teilnahme an Ausbildungsabschlussprüfungen in 2011 nach Bundesländern

Tabelle A4.8-5 Internet: Teilnehmende an Erstprüfungen und Erfolge in den 25 Ausbildungsberufen mit den höchsten Erstprüfungszahlen in 2011 insgesamt und nach Schulabschluss

Tabelle A4.11.1-1 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-2 Internet: Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-3 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-4 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-5 Internet: Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-6 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-7 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-8 Internet: Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-9 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-10 Internet: Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-11 Internet: Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-12 Internet: Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-13 Internet: Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-14 Internet: Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-15 Internet: Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-16 Internet: Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-17 Internet: Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-18 Internet: Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-19 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-20 Internet: Betriebe nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-21 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2010 und 2011

Tabelle A4.11.1-22 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-23 Internet: Betriebe nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-24 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-25 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-26 Internet: Betriebe nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-27 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-28 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-29 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-30 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-31 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-32 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-33 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-34 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-35 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-36 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2010 und 2011
Tabelle A4.11.1-37 Internet: Betriebliche Ausbildungsbeteiligung nach Bundesländern 2011
Tabelle A4.11.1-38 Internet: Ausbildung und Beschäftigung nach Bundesländern 2011
Tabelle A4.11.1-39 Internet: Ausbildung und Beschäftigung nach Geschlecht
Tabelle A4.11.2-3 Internet: Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder – in %
Tabelle A5.3-1 Internet: Ausbildung in bundesrechtlich geregelten Berufen des Gesundheitswesens und in der Altenpflege 2011/2012 (Bestand)
Tabelle A5.3-2 Internet: Ausbildung in bundesrechtlich geregelten Berufen des Gesundheitswesens und in der Altenpflege im Zeitverlauf (Bestand)
Tabelle B1.2.1-3 Internet: Weiterbildungsquote nach Betriebsgröße und Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)
Tabelle B4.1-1 Internet: Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung
Tabelle B4.1-2 Internet: Fortgeltung bestehender Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen nach § 122 HwO
Tabelle B4.1-3 Internet: Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung
Tabelle B4.1-4 Internet: Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung (Teil 1)
Tabelle B4.1-5 Internet: Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung nach § 58 BBiG
Tabelle B4.1-6 Internet: Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder nach § 30 Absatz 5 BBiG und nach § 15 Bundesbeamtengesetz
Tabelle B4.1-7 Internet: Landesrechtliche Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen
Tabelle D2-1 Internet: Modellversuchsförderschwerpunkte

Literaturverzeichnis

Abele, Eberhard; Bechtloff, Sven; Cachay, Jan; Tenberg, Ralf: Lernfabriken einer neuen Generation. Entwicklung einer Systematik zur effizienten Gestaltung von Lernfabriken. In: ZWF – Zeitschrift für wirtschaftlichen Fabrikbetrieb 107 (2012) 3. München, S. 147–148

Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV): Verordnung über die Voraussetzungen und das Verfahren zur Akkreditierung von fachkundigen Stellen und zur Zulassung von Trägern und Maßnahmen der Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch. In: Bundesgesetzblatt 2012, Teil I, Nr. 15, S. 504–506. – URL: http://www.gesetze-im-internet.de/azav/BJNR050400012.html

Alda, Holger; Rohrbach-Schmidt, Daniela: Imputation fehlender Werte für die Einkommens-variable in der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006. BIBB-FDZ Daten- und Methodenbericht Nr. 2/2011

Althoff, Heinrich: Entwicklungen der Berufsbildungsstatistik und Probleme ihrer bildungspolitischen Verwertung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 13 (1984) 3, S. 77

Althoff, Heinrich: Die statistische Erfassung der neuen Ausbildungsverträge und der Ausbildungsabbrecher – Zwei ungelöste Probleme der Berufsbildungsstatistik. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, H. 4, 1997, S. 410

Arbeitsgemeinschaft für ein Fernstudium an Hochschulen (AG-F) (Hrsg.): Fernstudienstatistik 2011. – URL: http://www.hdl-fernstudium.de/images/AWW-HDL/pdf/Fernstudienstatistik-Final-2012.pdf

Arbeits- und Sozialministerkonferenz: 89. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2012, Ergebnisprotokoll. Hannover 2012. – URL: http://www.ms.niedersachsen.de/portal//search.php?_psmand=17&gS=1&q=asmk+89&searchMode=1&searchType=0

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich. Bielefeld 2008

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld 2010. – URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld 2012. – URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2012/bb_2012.pdf

Baacke, Dieter: Was ist Medienkompetenz? Bielefeld, 1999. – URL: http://www.dieterbaackepreis.de/index.php?id=67

Bahnmüller, Reinhard: Tarifverträge als Instrument der beruflichen (Weiter-)Bildung in Deutschland. „Die Rolle der Gewerkschaften in der beruflichen Bildung. Deutschland – China im Vergleich“. Friedrich-Ebert-Stiftung. Shanghai Municipal Trade Union Council. Shanghai 2009

Bahnmüller, Reinhard; Hoppe Markus: Überbetriebliche und betriebsbezogene tarifvertragliche Qualifizierungsregelungen in Deutschland: Ein Überblick in 13 Punkten. BIBB-Konferenz 2011, Sektion 5.2. Überbetriebliche Zusammenarbeit in der Weiterbildungsfinanzierung im In- und Ausland. Berlin 2011

Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0): Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz. In: Bundesgesetzblatt 2011, Teil I, Nr. 48, S. 1843–1859. URL: http://www.gesetze-im-internet.de/bitv_2_0/BJNR184300011.html

Baumann, Thomas; Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix: Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget. In: Wirtschaft und Statistik (2010) 3, S. 264–274

Baumert, Jürgen; Maaz, Kai: Migration und Bildung in Deutschland. In: Die Deutsche Schule 104 (2012), S. 279–302

Bechmann, Sebastian, Dahms, Vera, Tschersich, Nikolai, Frei, Marek, Leber, Ute, Schwengler, Barbara (2012): Fachkräfte und unbesetzte Stellen in einer alternden Gesellschaft. Problemlagen und betriebliche Reaktionen. IAB-Forschungsbericht Nr. 13/2012

Becker, Carsten; Goldkamp, Sina; Kroos, Daniela: Mobilität – Kompetenzzuwachs für Benachteiligte. Bonn 2012. – URL: http://www.na-bibb.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/impuls_44_web_01.pdf

Becker, Matthias; Spöttl, Georg; Karges, Torben; Musekamp, Frank; Bertram, Bärbel: Kfz-Servicemechaniker/in auf dem Prüfstand. Chancen und Grenzen zielgruppenspezifischer Berufsausbildung. Bundesinstituts für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2012

Becker, Rolf: Integration durch Bildung: Bildungserwerb von jungen Migranten in Deutsch-land. In: Becker, Rolf (Hrsg.): Integration von Migranten durch Bildung und Ausbildung. Wiesbaden 2011, S. 11–36

Behringer, Friederike; Käpplinger, Bernd: Arbeitsplatznahe Lernformen und Lernortvielfalt in der betrieblichen Weiterbildung. Wachsende Bedeutung in ganz Europa oder deutsches Spezifikum? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 1, S. 15–19

Behringer, Friederike; Ulrich, Joachim Gerd: Die Angebotsabhängigkeit der Nachfrage nach Ausbildungsstellen als Problem bei der Vorausschätzung der zukünftigen Nachfrage. In: Mit-teilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 30 (1997) 3, S. 612–619

Beicht, Ursula: Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleifen? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), BIBB REPORT 3 (2009) 11. Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_11.pdf

Beicht, Ursula: Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellensuche geringere Erfolgsaussichten: BIBB-Analyse der Einmündungschancen von Bewerberinnen und Bewerbern differenziert nach Herkunftsregionen. In: BIBB-REPORT 5 (2011) 16. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2011. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/BIBBreport_16_11_final_de.pdf

Beicht, Ursula: Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in Deutschland. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 123. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6650

Beicht, Ursula: Berufswünsche und Erfolgschancen von Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerbern mit Migrationshintergrund. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012) 6, S. 44–48. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6965

Beicht, Ursula; Eberhard, Verena: Ergebnisse empirischer Analysen zum Übergangssystem auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011. In: Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis, 105 (2013) 1, S. 10–26

Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd: Deutlich längere Dauer bis zum Ausbildungseinstieg: Schulabsolventen auf Lehrstellensuche. In: BIBB-REPORT 1 (2007) 2. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2007. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2007_02.pdf

Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008

Beicht, Ursula; Granato, Mona: Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): WIS0 Diskurs. Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/de/52287.htm

Beicht, Ursula; Granato, Mona: Ausbildungsplatzsuche: Geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. BIBB-Analyse zum Einfluss der sozialen Herkunft beim Übergang in die Ausbildung unter Berücksichtigung von Geschlecht und Migrationsstatus. BIBB REPORT 4 (2010) 15. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Bielefeld 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibb-report_2010_15.pdf

Beicht, Ursula; Granato, Mona: Prekäre Übergänge vermeiden – Potenziale nutzen. Junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund an der Schwelle von der Schule zur Ausbildung. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): WIS0 Diskurs. Bonn 2011. Bonn. http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08224.pdf

Beicht, Ursula; Walden, Günter: Wirtschaftlichere Durchführung der Berufsausbildung – Untersuchungsergebnisse zu den Ausbildungskosten der Betriebe. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 31 (2002) 6, S. 38–43

Beicht, Ursula; Walden. Günter: Ausbildungsvergütungen in Deutschland: Ausbildungsbeihilfe oder Arbeitsentgelt. In: WSI Mitteilungen 5/2012, S. 338–349

Beicht, Ursula; Walden, Günter: Berufswahl und geschlechtsspezifische Unterschiede beim Zugang zu betrieblicher Berufsausbildung. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 108 (2012) 4, S. 491–510

Beicht, Ursula; Walden, Günter: Duale Berufsausbildung ohne Abschluss – Ursachen und weiterer bildungsbiografischer Verlauf. Analyse auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011. In: BIBB-REPORT 7 (2013) 21. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2009

Bellmann, Lutz; Hartung, Silke: Betriebliche Ausbildung: Zu wenig Stellen und doch sind nicht alle besetzt. In: IAB-Kurzbericht, Nr. 27. Nürnberg 2005

Bellmann, Lutz; Krekel, Elisabeth M.; Stegmaier, Jörg: Aus- und Weiterbildung – Komplemente oder Substitute? Zur Bildungsbeteiligung kleinerer und mittlerer Betriebe in Deutschland. In: Report: Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 33 (2010) 1, S. 41–54

Berger, Klaus; Braun, Uta; Schöngen, Klaus: Ausbildungsplatzprogramm Ost – Evaluation, Ergebnisse und Empfehlungen. Bielefeld 2007

Berger, Klaus; Häusele, Stefan; Moraal, Dick: Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung am Beispiel der Sozialkasse im Gerüstbaugewerbe. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012) 2, S. 49–53

Berger, Klaus; Moraal, Dick: Tarifliche Weiterbildungspolitik in den Niederlanden und in Deutschland. In: WSI Mitteilungen 65 (2012) 5, S. 382–390

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2008/2009. Berlin, Düsseldorf 2009

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2009/2010. Berlin, Düsseldorf 2010

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2010/2011. Berlin, Düsseldorf 2011. – URL: http://www.bfw.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Flipping_Books/GB_2010_2011/

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2011/2012. Berlin, Düsseldorf 2012. – URL: http://www.bfw.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Flipping_Books/GB_2011_2012/

Bilger, Frauke und Rosenbladt, Bernhard von: Weiterbildungsverhalten in Deutschland. AES 2010 Trendbericht. Bundesministerium für Bildung und Forschung [Hrsg.], Bonn, Berlin 2011. – URL.: http://www.bmbf.de/pub/trendbericht_weiterbildungsverhalten_in_deutschland.pdf

Bohlinger, Sandra: Ausbildungsabbruch im Handwerk. Strukturen vorzeitiger Vertragslösungen nach dem ersten Ausbildungsjahr. Bielefeld 2003

Blum, Patrick; Dübner, Marcel: Betriebliche Bildung 3.0 – Wie sieht sie aus – was muss sie leisten? In: eLearning Journal 14/2012, S. 42–47

Boos-Nünning, Ursula: Von Chancengleichheit weit entfernt: Junge Frauen mit Migrations-hintergrund im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. In: Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Niedersachsen – Jugendaufbauwerk; Katholische Jugendsozialarbeit in der Region Nord (Hrsg.): Zwischen Rosarot und dem Leben. Junge Migrantinnen beim Übergang Schule – Beruf (2006), S. 8–16

Boos-Nünning, Ursula; Karaka o lu, Yasemin: Viele Welten leben. Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster 2006

Bosch, Gerhard; Kalina, Thorsten: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen. In: Bosch, Gerhard; Weinkopf, Claudia (Hrsg.): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt/Main 2007, S. 20–105

Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2009. Nürnberg 2010a

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Qualifizierungsförderung, 03.2010. Nürnberg 2010b

Bundesagentur für Arbeit: Qualifizierung während des Bezugs von Kurzarbeitergeld. Investitionen in die Zukunft. Informationen für Arbeitgeber. Nürnberg, Dezember 2010c

Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2010. Nürnberg, 2011a

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2010. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg 2011b

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. November 2011. Nürnberg 2011c

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Deutschland, Zeitreihe, Datenstand: Januar 2011. Nürnberg 2011d

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsmarkt in Zahlen, Geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit, Nürnberg 2011e

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsmarktstatistik. Bewerber für Berufsausbildungsstellen für den Ausbildungsbeginn bis Ende 2012. Dezember 2012. Nürnberg 2012a

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Deutschland. September 2012. Nürnberg 2012b

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Ostdeutschland. September 2012. Nürnberg 2012c

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Westdeutschland. September 2012. Nürnberg 2012d

Bundesagentur für Arbeit: Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen. Zeitreihe. Nürnberg 2012e

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Statistik Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2011/2012. Nürnberg 2012f

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Zugang an Teilnehmern in arbeitsmarktpolitische Instrumente nach Kategorien. Nürnberg 2012g

Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2011. Nürnberg 2012h

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2011. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg 2012i

Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigtenstatistik. Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeits-entgelte – Entgeltstatistik. Nürnberg 2012j

Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik, Zugang und Bestand in das Sonderprogramm „WeGebAU 2007 ff“, in die berufliche Weiterbildung während Kurzarbeit (§ 77 Abs. 2 SGB III, in ESF-geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit und in Initiative zur Flankierung des Strukturwandels. Datenstand November 2012, Auftragsnr. 150171. Nürnberg 2012k

Bundesagentur für Arbeit: Insgesamt gute Situation auf dem Ausbildungsmarkt. BA-Presseinfo Nr. 49 vom 05.11.2012, Nürnberg 2012l

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2005 Teil I Nr. 20, ausgegeben zu Bonn am 31.März 2005, S. 931. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/z3_berufsbildungsreformgesetz.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung: Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge). Bielefeld

Bundesinstitut für Berufsbildung: Neue und modernisierte Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge). Bonn

Bundesinstitut für Berufsbildung: Referenz-Betriebs-System Information Nr. 11: Modernisierung der Ausbildung, Jg. 4/Mai 1998. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a1_rbs_info11.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung: Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 27.06.2008 zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitberufsausbildung (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) sowie zur vorzeitigen Zulassung zur Ab-schlussprüfung (§ 45 Abs. 1 BBiG/§ 37 Abs. 1 HwO). Bundesanzeiger Nr. 129/2008 vom 27.8.2008. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ha-empfehlung_129_ausbildungszeit.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. In-formationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2009. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport_bbb_090525_screen.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. In-formationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2010. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2010/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011a. In-formationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2011a. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2011/Datenreport_2011.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Ausbildungsordnungen und wie sie entstehen. Bonn 2011b

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): AusbildungPlus in Zahlen – Trends und Analysen 2011. Bonn 2011c. – URL: http://www.ausbildungplus.de/files/aplus_2011_web.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. In-formationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2012a. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2012/BIBB_Datenreport_2012.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Bekanntmachung des Verzeichnisses der anerkannten Ausbildungsberufe und des Verzeichnisses der zuständigen Stellen. Vom 25. Juni 2012. Bekanntmachung im Bundesanzeiger, veröffentlicht 31.07.2012. Bonn 2012b

Bundesinstitut für Berufsbildung: Sachstandsbericht des BIBB für die Projektgruppe „Bildung und Forschung“ der Enquete Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages zum Schwerpunktthema „Berufliche Aus- und Weiterbildung“, Bonn 2012c. – URL: http://www.foraus.de/media/docs_content/InternetDigitale_Gesellschaft.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): AusbildungPlus in Zahlen – Trends und Analysen 2012. Bonn 2013. – URL: http://www.ausbildungplus.de/files/AusbildungPlus_in_Zahlen_2012.pdf.

Bundesinstitut für Berufsbildung; Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Gewichtete Grundauszählung wb-monitor 2011. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wbmonitor_umfrage-2011_grundauszaehlung_gewichtet.pdf

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Berlin 2011. – URL: http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a740-aktionsplan-bundesregierung.html

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2002. Bonn, Berlin 2002. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb2002.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2003. Berlin, Bonn 2003a. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb2003.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002. Bonn 2003b

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2005. Bonn, Berlin 2005a. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2005.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf. Bonn, Berlin 2005b. – URL: http://www.kompetenzen-foerdern.de/Handbuch_BNF_opt.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2006. Bonn, Berlin 2006. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2006.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2007. Bonn, Berlin 2007. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_07.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2008. Bonn, Berlin 2008. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_08.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2009. Bonn, Berlin 2009. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur. Medienbildung für die Persönlichkeitsentwicklung, für die gesellschaftliche Teilhabe und für die Entwicklung von Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit. Bonn, Berlin 2010a

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Digitale Medien in der beruflichen Qualifizierung, Förderbekanntmachung. Förderbekanntmachung. Bonn 2010b. – URL: http://www.bmbf.de/foerderungen/15086.php

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Förderung von Vorhaben zur Entwicklung und zum Einsatz von mobil nutzbaren Technologien, digitalen Medien und Diensten in der beruflichen Qualifizierung. Förderbekanntmachung. Bonn 2010c. – URL: http://www.bmbf.de/foerderungen/15286.php

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Weiterentwicklung und zum Einsatz von Web 2.0 Technologien in der beruflichen Qualifizierung, Förderbekanntmachung. Bonn 2010d. – URL: http://www.bmbf.de/foerderungen/15087.php

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2011. Bonn, Berlin 2011a. – URL: www.bmbf.de/pub/bbb_2011.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Deutscher Qualifikationsrahmen für lebens-langes Lernen, verabschiedet vom Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR) am 22. März 2011. Berlin 2011b. – URL: http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de

Bundesministerium für Bildung und Forschung: eQualification. Mit digitalen Medien zu neuen Wegen der Qualifizierung. Bonn, Berlin 2011c

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Stärkung der digitalen Medienkompetenz für eine zukunftsorientierte Medienbildung in der beruflichen Qualifizierung. Förderbekanntmachung. Berlin 2011d. – URL: http://www.bmbf.de/foerderungen/16961.php

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2012. Bonn, Berlin 2012a. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2012.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung: eQualification. Mit digitalen Medien zu neuen Wegen der Qualifizierung. Statuskonferenz. Bonn, Berlin 2012b

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Digitale Medien in der beruflichen Bildung. Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Berlin 2012c

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Zwei Jahre neuer Ausbildungspakt – Chancen genutzt, Herausforderungen angegangen. Pressemitteilung Nr. 11 vom 06.02.2013. Bonn, Berlin 2013a

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. AES 2012 Trendbericht. Bonn, Berlin 2013b. – URL: http://www.bmbf.de/pub/trendbericht_weiterbildungsverhalten_2012.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Start der „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege". Pressemitteilung vom 13.12.2012. – URL: http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=194494.html?view=renderPrint

Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht des BMF. Januar 2013. Berlin 2013

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): E-Learning in KMU – Markt, Trends, Empfehlungen. Ein Leitfaden für Hersteller, Anbieter, Nutzer und Einsteiger. Ergebnisse des BMWi-Technologieprogramms LERNET. Berlin 2008. – URL: http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Dokumentationen/dok-575-e-learning-in-kmu,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Aktionsprogramm Cloud Computing – Eine Allianz aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Berlin 2010

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): Bericht zur maritimen Koordinierung/Siebte Nationale Maritime Konferenz, 27. und 28. Mai 2011 Wilhelmshaven. Berlin 2011a. – URL: http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/bericht-zur-maritimen-koordinierung-2011,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Monitoring-Report Deutschland Digital 2011. Der IKT-Standort im internationalen Vergleich (Kurzfassung). Berlin 2011b

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Autonomik News – Innovationspolitik, Informationsgesellschaft, Telekommunikation. Aktuelles rund um das Förderprogramm AU-TONOMIK, AUTONOMIK Begleitforschung VDI/VDE Innovation + Technik GmbH (Hrsg.), 2/2012. Berlin 2012

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Jahreswirtschaftsbericht 2013. Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa. Berlin 2013

Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (BITKOM): Der Staat als Gestalter der digitalen Welt. Industriepolitisches Grundsatzpapier. Berlin 2012

Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung der Pflegeberufe": Eckpunkte zur Vorbereitung des Entwurfs eines neuen Pflegeberufegesetzes vom 01.03.2012. – URL: http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Downloads/P/Pflegeberuf/20120301_Endfassung_Eckpunktepapier_Weiterentwicklung_der_Pflegeberufe.pdf

Cedefop: Employer-provided vocational training in Europe. Evaluation and interpretation of the third European Continuing Vocational Training Survey. Luxemburg 2010. – URL: http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/5502_en.pdf

Christmann, Constantin; Falkner, Jürgen; Kett, Holger; Weisbecker, Anette: Marktstudie: Cloud-Lösungen für das Handwerk. Hintergrund, Anwendungsfelder und aktuelle Internet-basierte Angebote. Fraunhofer Verlag. Stuttgart 2012

Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech): Cyber-Physical Systems. Innova-tionsmotor für Mobilität, Gesundheit, Energie und Produktion. München, Berlin 2011

Deutscher Bildungsrat: Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart 1970

Deutscher Bundestag: Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft. Projektgruppe Bildung und Forschung – Handlungsempfehlungen, Ausschussdrucksache 17(24)050, 23.04.2012, S. 55–69. Berlin 2012a

Deutscher Bundestag: Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft. Projektgruppe Bildung und Forschung – Handlungsempfehlungen, Ausschussdrucksache 17(24)052, 25.06. 2012, S. 13–15 Berlin 2012b

Deutscher Gewerkschaftsbund: Arbeitsmarktstudie: Weiterhin hohe Barrieren für behinderte Menschen. In: Arbeitsmarkt auf den Punkt gebracht, Newsletter des DGB-Bundesvorstandes. Nr. 4/2012. – URL: http://www.dgb.de/themen/++co++788ccb2e-3d26-11e2-ad50-00188b4dc422

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2007/2008 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2008

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2008/2009 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2009

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2009/2010 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2010

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2011 – Berufs-bildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2011

Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Ausbildung 2012. Ergebnisse einer DIHK-Online-Unternehmensbefragung. Berlin 2012

Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.: Die Volkshochschulen – Bildung in öffentlicher Verantwortung. Bonn 2011

Diehl, Claudia; Friedrich, Michael; Hall, Anja: Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. In: Zeitschrift für Soziologie 38 (2009) 1, S. 48–68

Dietrich, Stefan; Schade, Hans-Joachim; Behrensdorf, Bernd: Ergebnisbericht Projekt Weiterbildungskataster. Bonn 2008. – URL: http://www.die-bonn.de/doks/dietrich0803.pdf

Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel: Einmündungen im Übergangsbereich rückläufig. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 4, S. 4–5

Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Indikatoren zur Berufsbildungsbeteiligung – Welcher Indikator kennt die Antwort? Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830

Ditschek, Eduard Jan: Leitwert Inklusion. Chancen und Risiken inklusiver Erwachsenenbildung. Überblick über aktuelle Entwicklungen. In: Erwachsenenbildung. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis 4/2011, S. 163–166

Donker van Heel, Peter; van Velden, Jaco; Siegert, Johan; Groenendijk, Ria; de Kogel, Mari-eke; Sincer, Ekim: Hoe werken sectorfondsen? Rotterdam 2008. – URL: http://docs.minszw.nl/pdf/129/2008/129_2008_3_11539.pdf

Dorau, Ralf; Höhns, Gabriela: Erfolg der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt als Maßstab für die Qualität der Ausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 6, S. 24–27

Düll, Herbert; Bellmann, Lutz: Betriebliche Weiterbildungsaktivitäten in West- und Ost-deutschland. Eine theoretische und empirische Analyse mit den Daten des IAB-Betriebspanels 1997. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 31 (1998) 2, S. 205–225

Eberhard, Verena: Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Ein ressourcen-theoretisches Modell zur Erklärung der Übergangschancen von Ausbildungsstellenbewerbern. Bielefeld 2012

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Ins „Übergangssystem“ oder ersatzweise in geförderte Berufsausbildung. Regionale Unterschiede im Umgang mit Bewerberinnen und Bewerbern ohne betriebliche Lehrstelle. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (2010a) 6, S. 10–14

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: Krone, Sirikit; Langer, Dirk (Hrsg.): Berufsbildung in Deutschland. Wiesbaden 2010b

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: „Ausbildungsreif“ und dennoch ein Fall für das Übergangssystem? Institutionelle Determinanten des Verbleibs von Ausbildungsstellenbewerbern in teilqualifizierenden Bildungsgängen. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S. 97–112

Eberhard, Verena; Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd: Perspektiven beim Übergang Schule – Berufsausbildung. Methodik und erste Ergebnisse aus der BIBB-Übergangsstudie 2011. Bonn 2013

Eberhard, Verena; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd: Perspektiven beim Übergang Schule Berufsausbildung. Methodik und erste Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011. Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere (im Erscheinen)

Erzberger, Christian; Prein, Gerald: Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe. In: ZUMA-Nachrichten 40/1997, S. 52–81

European Commission: Commission Staff Working Document. Analysis of the implementation of the Strategic Framework for European cooperation in education and training (ET 2020) at the European and national levels. Brussels 2012a

European Commission: Education and Training Monitor 2012. Accompanying the document Communication from the Commission Rethinking education: investing in skills for better socio-economic outcomes. Brussels 2012b

Europäische Kommission: Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts zur Mitteilung der Kommission, Jahreswachstumsbericht 2013. Anhang (COM(2012) 750 final). Brüssel 2012c

Expertenkommission Finanzierung Lebenslanges Lernen: Schlussbericht der unabhängigen Expertenkommission Finanzierung Lebenslanges Lernen: Der Weg in die Zukunft. Bielefeld 2004

Feddersen, Andrea: Fernstudium multimedial und mobil. Implementationskonzept für den Einsatz von Tablet-Computern im Fernstudium am Beispiel des iPads, Apollon Schriftenreihe für Bildungsforschung, Bd. 1. Bremen 2012

Fertig, Michael; Osiander, Christopher: Selektivität beim Zugang in Weiterbildungsmaßnah-men. Die Bedeutung individueller und struktureller Faktoren am Beispiel der „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“. IAB-Discussion Paper 19/2012. Nürnberg 2012

Fest, Manfred; Freitag, Hans-Werner; Fritsch, Birgit; Skripski, Barbara: Zuordnung der beruflichen Bildungsgänge nach der ISCED auf Länderebene. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.): Indikatorenentwicklung für den nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland.“ Grundlagen, Ergebnisse, Perspektiven. Bonn, Berlin 2010, S. 95–108

Fischer, Gabriele; Janik, Florian; Müller, Dana; Schmucker, Alexandra: Das IAB-Betriebspanel – von der Stichprobe über die Erhebung bis zur Hochrechnung. FDZ Methodenreport 01/2008, Nürnberg 2008

Fischer, Gabriele; Wahse, Jürgen; Dahms, Vera; Frei, Marek; Riedmann, Arnold; Janik, Florian: Standortbedingungen und Beschäftigung in den Regionen West- und Ostdeutschlands – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2006. IAB-Forschungsbericht 05/2007. Nürnberg 2007. – URL: http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb0507.pdf

Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf: Die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf

Fogolin, Angela: Bildungsberatung im Fernlernen – Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, Berichte zur beruflichen Bildung. Bielefeld 2012

Forum DistancE-Learning (Hrsg.): Fernunterrichtsstatistik 2011. – URL: http://www.forum-distance-learning.de/fdl_4dca770a5850.htm

Frank, Irmgard; Walden, Günter: Ausbildungsdauer von Berufen – verbindliche Begrenzung auf drei Jahre? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012) 4, S. 20–23

Friedrich, Michael: Berufliche Pläne und realisierte Bildungs- und Berufswege nach Verlassen der Schule. Ergebnisse der BIBB-Schulabgängerbefragungen 2004 bis 2006. Bielefeld 2009

Friedrich, Werner; Körbel, Markus: Verdeckte Mobilität in der Berufsbildung. Bonn 2011. – URL: http://www.na-bibb.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/impuls_43_verdeckte_mobilitaet-web.pdf

Garloff, Alfred; Machnig, Jan: Wenig Lohn trotz Vollzeitbeschäftigung. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen. Eine Bestandsaufnahme. IAB-Regional 3/2011

Gartner, Hermann; Hinz, Thomas: Löhne von Frauen und Männern in Schieflage. In: IAB-Forum. 2009 (1), S. 4–9

Gaupp, Nora; Lex, Tilly; Reißig, Birgit: HauptschülerInnen auf dem Weg von der Schule in Ausbildung: Zur Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Reißig, Birgit; Schreiber, Elke (Hrsg.): Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang Schule – Berufsausbildung. Arbeitshilfen für regionales Übergangsmanagement 4 Deutsches Jugendinstitut. München/Halle 2011, S. 12–19

Gehricke, Matthias; Kahler, Angela; Kohlmann, Annette: Methodenbericht der Statistik der BA. Statistiken über den Ausbildungsstellenmarkt: Bewerber aus früheren Berichtsjahren im aktuellen Berichtsjahr. Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.). Nürnberg 2010

Geier, Boris; Kuhnke, Ralf; Reißig, Birgit: Erfolgreiche Übergänge in Ausbildung und Arbeit durch verlängerten Schulbesuch? Ergebnisse des DJI-Übergangspanels. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S.113–128

Geißler, Andre: Evaluationsstudie APO-IT 2010. Erste bundesweite Studie zu dem Verbleib der APO-IT Absolventen auf der Ebene der IT-Spezialisten. Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Nürnberg 2010

Gerhards, Christian; Mohr, Sabine; Troltsch, Klaus: Erhöht der Fachkräftemangel die Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben? Analysen auf der Basis des BIBB-Qualifizierungspanels. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012) 1, S. 19–22

Gericke, Naomi; Lissek, Nicole: Noch wenig praktiziert: Teilzeitberufsausbildung im dualen System. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 42 (2013) 1, S. 6–7

Gericke, Naomi; Krupp, Thomas; Troltsch, Klaus: Unbesetzte Ausbildungsplätze – warum Betriebe erfolglos bleiben. Ergebnisse des BIBB-Ausbildungsmonitors. In: BIBB-REPORT 3 (2009) 10. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_10.pdf

Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra: Indikatoren zur quantitativen Bedeutung in der dualen Berufsausbildung und zur Integration von Personengruppen in die duale Berufsausbildung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830

Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd: Wie hoch ist die Quote der Jugend-lichen, die eine duale Berufsausbildung aufnehmen? Indikatoren zur Bildungsbeteiligung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 1, S. 41–43. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6592

Gille, Martina: Werte, Geschlechtsrollenorientierungen und Lebensentwürfe. In: Gille, Martina; Sardei-Biermann, Sabine; Gaiser, Wolfgang; de Rijke, Johann: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Wiesbaden 2006, 131–211

Goertz, Lutz: Indikatorengestützte Zeitreihe über die Nutzung digitaler Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Studie im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung, MMB Institut für Medien- und Kompetenzforschung. Essen 2012

Gottsleben, Volkmar: Randgruppen in der zertifizierten Arbeitsgesellschaft? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 1/1987

Granato, Mona; Werner, Rudolf: Ausländische Jugendliche in Deutschland. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesagentur für Arbeit (ibv) Heft 16/1999. Nürnberg 1999

Granato, Mona; Beicht, Ursula; Eberhard, Verena; Friedrich, Michael; Schwerin, Christine; Ulrich, Joachim Gerd, Weiß, Ursula: Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrations-hintergrund. Abschlussbericht. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2011. – URL: https://www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_24202.pdf

Gresch, Cornelia: Bildungsoptimistische Einwanderer. Schulkarrieren von Migranten scheitern nicht am mangelnden Ehrgeiz. In: WZB Mitteilungen 138 (2012), S. 27–29

Grgic, Mariana; Holzmayer, Michael: Zwischen Fußball und Facebook. Jugendliche sind viel-seitig interessiert – Über die Aktivitäten der Generation 2.0. In: DJI Impulse. Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 3/2012: Lebenswelten Jugendlicher. München 2012, S. 18–21

Grotlüschen, Anke; Haberzeth, Erik; Krug, Peter: Rechtliche Grundlagen der Weiterbildung. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 347–366

Gruber, Sabine; Weber, Heiko: Differenzierung der Ausbildungsangebote: Integration von Hauptschülern durch zweijährige Berufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 2, S. 18–21. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1700

Hackel, Monika u. a.: Diffusion von neuen Technologien – Veränderungen von Arbeitsaufgaben und Qualifikationsanforderungen im produzierenden Gewerbe. BIBB – Forschungsprojekt 4.1.301. Bonn 2011

Härtel, Michael: Wie viel Didaktik braucht das Lernen in der Berufsbildung mit Web 2.0? Lernprozesse in komplexen und veränderlichen Arbeitsumgebungen gestalten. In: Personal-führung 11/2012. Hamburg 2012, S. 22–30

Hahne, Klaus: Multimedia im Handwerk – Schwierigkeiten und Entwicklungen. In: Hahne, Klaus; Hoppe, Manfred; Pfeil, Gunnar (Hrsg.): Neue Medien – Perspektiven für das Lernen und Lehren in der beruflichen Bildung. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2001, S. 111

Hall, Anja: Tätigkeiten, berufliche Anforderungen und Qualifikationsniveau in Dienstleistungsberufen – Empirische Befunde auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 und des Mikrozensus. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007, S. 153–208

Hall, Anja; Krekel, Elisabeth M.: Berufliche Weiterbildung Erwerbstätiger – Zur Erklärungskraft tätigkeitsbezogener Merkmale für das Weiterbildungsverhalten. In: Report. Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 31 (2008), S. 65–77

Hall, Anja; Schade, Hans-Joachim: Welche Ausbildung schützt besser vor Erwerbslosigkeit? Der erste Blick kann täuschen! Duale Berufsausbildung und Berufsfachschulen im Vergleich. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34 (2005) 2, S. 23–27. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1687

Hanft, Anke; Knust, Michaela (Hrsg.): Internationale Vergleichsstudie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen. Januar 2007

Heine, Christoph; Willich, Julia; Schneider, Heidrun: Informationsverhalten und Entscheidungsfindung bei der Studien- und Berufswahl. Studienberechtigte 2008 ein halbes Jahr vor dem Erwerb der Hochschulreife. HIS: Forum Hochschule 1/2010. Hannover 2010

Heine, Christoph; Willich, Julia; Schneider, Heidrun; Sommer, Dieter: Studienanfänger im Wintersemester 2007/08 – Wege zum Studium, Studien- und Hochschulwahl, Situation bei Studienbeginn. HIS: Forum Hochschule 16/2008. Hannover 2008

Heinz, Walter: Berufliche Statuspassagen im Lebensverlauf. In: Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Arbeit, Beruf und Lebensverlauf. Weinheim 1995, S. 127–155

Heister, Michael: Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen – Eine Betrachtung aus ökonomischer Sicht. In: Alle inklusive – Annäherungen an das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Rechte von Menschen mit Behinderungen. Beiträge aus der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Fachbereich Sozialversicherung. Antrittsvorlesungen vom 25. Januar 2011, Laurenz Mülheims (Hrsg.). Berlin 2011, S. 25–33

Hensge, Kathrin: Internet und virtuelles Zentrum zur Unterstützung von Ausbildern In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 29 (2000) 1, S. 19–22. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1655

Herget, Hermann: Berufliche Perspektiven aus Sicht von Abiturienten mit dualem Berufsabschluss. In: Beicht, Ursula; Berger, Klaus; Herget, Hermann; Krekel, Elisabeth M. (Hrsg.): Berufsperspektiven mit Lehre. Bielefeld 1997, S. 219–246

Heublein, Ulrich; Richter, Johanna; Schmelzer, Robert; Sommer, Dieter: Die Entwicklung der Schwund- und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen. Hannover, HIS-Forum Hochschule 3/2012. – URL: http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201203.pdf

Hilke, Reinhard: Wissenschaftliche Ansätze zur Vorhersage von Ausbildungsreife und beruflicher Eignung. In: Hilke, Reinhard; Müller-Kohlenberg, Lothar; Schober, Karen (Hrsg.): Aus-bildungsreife und Berufseignung. Psychologische und pädagogische Konzepte und Anforderungen der Praxis (14. Hochschultage Berufliche Bildung 2006, Workshop 21: Berufseignung). Bielefeld 2007, S. 31–47

Hilke, Reinhard: Vom Begriff der Eignung zum Begriff der Ausbildungsreife – ein pragmatischer Vorschlag. In: Schlemmer, Elisabeth; Gerstberger, Herbert (Hrsg.): Ausbildungsfähigkeit im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Wiesbaden 2008, S. 109–130

Horn, Heike; Ambos, Ingrid: Weiterbildungsstatistik im Verbund 2010 – Kompakt. Bonn 2012. URL: http://www.die-bonn.de/doks/2012-weiterbildungsstatistik-01.pdf

Hornberg, Claudia; Schröttle, Monika: Vorstudie zur Neukonzeption des Behindertenberichtes. Aktualisierte Fassung vom 22. März 2011. Bielefeld, Bochum, Frankfurt a. M. 2011. – URL: http://www.ipse-nrw.de/neu/tl_files/ipse/fb10.pdf

Howe, Falk; Berben, Thomas: Lern- und Arbeitsaufgaben. In: Rauner, Felix: Handbuch Berufsbildungsforschung. Bielefeld 2005, S. 383–390

Howe, Falk; Knutzen, Sönke: Digitale Medien in der gewerblich-technischen Berufsausbildung. Eine Expertise im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung am Beispiel der Einsatzmöglichkeiten digitaler Medien in Lern- und Arbeitsaufgaben. Bremen, Hamburg 2012

Hucker, Tobias; Troltsch, Klaus: Indikatoren zur betrieblichen Ausbildungsbeteiligung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830

Huntemann, Hella; Reichart, Elisabeth (2012): Volkshochschul-Statistik (verschiedene Jahre). Elektronisch verfügbare Vorjahre ab 2003. – URL: http://www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr

Huntemann, Hella; Reichart, Elisabeth: Volkshochschul-Statistik 2011. 50. Folge, Arbeitsjahr 2011. Bonn 2012. – URL: http://www.die-bonn.de/doks/2012-volkshochschule-statistik-01.pdf.

Hupka-Brunner, Sandra; Gaupp, Nora; Geier, Boris; Lex, Tilly; Stalder, Barbara: Chancen bildungsbenachteiligter Jugendlicher: Bildungsverläufe in der Schweiz und in Deutschland. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 31 (2011) 1, S. 62–78

Huth, Sandra: Ausbildungsabbruch in Rheinland-Pfalz – eine handlungsorientierte Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz. Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. und Verein zur Innovation und Evaluation von sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Mainz 2000

Imdorf, Christian: Schulqualifikation und Berufsfindung. Wie Geschlecht und nationale Herkunft neben Schulqualifikationen den Übergang in die Berufsbildung strukturieren. Wiesbaden 2005

Imdorf, Christian: Der Ausschluss „ausländischer" Jugendlicher bei der Lehrlingsauswahl – ein Fall von institutioneller Diskriminierung? In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2008. Frankfurt a. M., S. 2048–2058

Imdorf, Christian: Zu jung oder zu alt für eine Lehre? Altersdiskriminierung bei der Ausbildungsplatzvergabe. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 45 (2012) 1, S. 79–98

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Eine Chance für Behinderte. Informationsdienst des iwd in Köln vom 10.01.2013. Köln 2013, S. 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Bildung in der zweiten Lebenshälfte: Bildungsrendite und volkswirtschaftliche Effekte. IW-Gutachten vom 08. Juni 2012. Köln 2012. – URL: http://www.iwkoeln.de/de/studien/gutachten/beitrag/christina-anger-vera-erdmann-axel-pluennecke-oliver-stettes-bildung-in-der-zweiten-lebenshaelfte-86768

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Fachkräfte und unbesetzte Stellen in einer alternden Gesellschaft. Problemlagen und betriebliche Reaktionen. IAB-Forschungsbericht 13/2012. – URL: http://doku.iab.de/forschungsbericht/2012/fb1312.pdf

Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. und Verein zur Innovation und Evaluation von sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Mainz 2000

Isserstedt, Wolfgang; Middendorff, Elke, Kandulla, Maren; Borchert, Lars; Leszczensky, Michael: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutsch-land 2009 – 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.). Bonn, Berlin 2010

Jarosch, Jürgen; Hofmann, Josephine: Mobile Learning für Smart Home und Smart Grid (SMARTMOBILE) – Entwicklung und Erprobung einer webbasierten Lernumgebung für mobiles Lernen von Handwerkern und Technikern von Industrieunternehmen. Projektskizze. Stuttgart 2010, S. 8

Jasper, Gerda; Richter, Ulrike A.; Haber, Isabel; Vogel, Henri: Ausbildungsabbrüche vermeiden – neue Ansätze und Lösungsstrategien. Band 6 der Reihe Berufsbildungsforschung. Bonn, Berlin 2009

Käpplinger, Bernd: Welche Betriebe in Deutschland sind weiterbildungsaktiv? Nutzung des CVTS-Datensatzes zur Analyse der betrieblichen Weiterbildung. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 103 (2007) 3, S. 382–396

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia: Konzentriert sich die steigende Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland auf atypisch Beschäftigte? In: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung 41 (2008) 4, S. 447–469

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. IAQ-Report 01/2012

Kasper, Harriet; Kett, Holger; Weisbecker, Anette: Anwenderstudie: Potenziale von Cloud Computing im Handwerk. Aktuelle IT-Unterstützung und Anforderungen an Internet-basierte IT-Lösungen. Fraunhofer Verlag. Stuttgart 2012

Kath, Folkmar: Mehr Ausbildung durch verkürzte oder gestufte Ausbildungsberufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34 (2005) 3, S. 5–8. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1688

Kerres, Michael: Potenziale von Web 2.0 nutzen. In: Hohenstein, Andreas; Wilbers, Karl (Hrsg.): Handbuch E-Learning. München 2006

Klaukien, Anja: Die neue Berufsbildungsstatistik: Ergebnisse zur dualen Ausbildung im Berichtsjahr 2010 basierend auf Individualdaten. In: Wirtschaft und Statistik, 63 (2011) 10, S. 1001–1011

Kohaut, Susanne; Ellguth, Peter: Branchentarifvertrag. Neu gegründete Betriebe sind seltener tarifgebunden. IAB-Kurzbericht 16/2008. – URL: http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb1608.pdf

Kohlrausch, Bettina: Die Bedeutung von Sozial- und Handlungskompetenzen im Übergang in eine berufliche Ausbildung. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S. 129–141

Koscheck, Stefan; Weiland, Meike; Ditschek, Eduard Jan: wbmonitor Umfrage 2012: Klima und Strukturen der Weiterbildungslandschaft. Zentrale Ergebnisse im Überblick. Bonn 2013. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show?id=7023

Krenz, Pascal; Wulfsberg, Jens P.; Bruhns, Franz-L.: Unfold Collective Intelligence! Er-schließung neuer Wertschöpfungspotenziale durch Entfaltung kollektiver Intelligenz. In: ZWF – Zeitschrift für wirtschaftlichen Fabrikbetrieb, Jahrgang 107 (2012) 3. München 2012, S. 152

Krenz, Pascal; Wulfsberg, Jens P.; Bruhns, Franz-L.: Unfold Collective Intelligence! Der Wertschöpfungsprozess im Zentrum einer systemischen Organisation und Regelung (Teil 2). In: ZWF – Zeitschrift für wirtschaftlichen Fabrikbetrieb, Jahrgang 107 (2012) 5. München 2012, S. 349

Kristen, Cornelia; Dollmann, Jürgen: Sekundäre Effekte der ethnischen Herkunft: Kinder aus türkischen Familien am ersten Bildungsübergang. In: Becker, Birgit; Reimer, David (Hrsg.): Vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die Generierung von ethnischen und sozialen Disparitäten in der Bildungsbiographie. Wiesbaden 2010, S. 117–144

Kronauer, Martin: Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart. In: Kronauer, Martin (Hrsg.): Inklusion und Weiterbildung. Re-flexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart. Bielefeld 2010, S. 24–58

Kuhnke, Ralf; Müller, Matthias: Lebenslagen und Wege von Migrantenjugendlichen im Über-gang Schule – Beruf: Ergebnisse aus dem DJI-Übergangspanel. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Wissenschaftliche Texte 3 (2009). München 2009

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Beschluss vom 6. März 2009

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland 2010/2011 – Darstellung der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa. Bonn 2011a

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Rahmenvereinbarung über Fachschulen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.11.2002 i. d. F. vom 02.03.2012. 2012a

Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Dokumentation der Kultusministerkonferenz über landesrechtlich geregelte Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen (Beschluss des Unteraus-schusses für Berufliche Bildung vom 26.01.2012). 2012b. – URL: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_01_26-Berufsabschluesse-an-Berufsschulen.pdf

Kupka, Peter; Biersack, Wolfgang: Berufsstruktur im Wandel. Veränderungen zwischen 1994 und 2004. In: Jacob, Marita; Kupka, Peter (Hrsg.): Perspektiven des Berufskonzepts. BeitrAB 297, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg 2005, S. 75–90

Lang, Christa; Sauer, Dieter: Paradoxien der Innovation, Verbund Sozialwissenschaftliche Technikforschung, Heft 19. München 1997, S. 12

Leber, Ute: Betriebsgröße, Qualifikationsstruktur und Weiterbildungsbeteiligung – Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel. In: Behringer, Friederike; Käpplinger, Bernd; Pätzold, Günter (Hrsg.): Betriebliche Weiterbildung – der Continuing Vocational Training Survey (CVTS) im Spiegel nationaler und europäischer Perspektiven. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 22 (2009), S. 149–168

Leszczensky, Michael; Frietsch, Rainer; Gehrke, Birgit; Helmrich, Robert: Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Bericht des Konsortiums „Bildungsindikatoren und technologische Leistungsfähigkeit“. Berlin 2009. – URL: http://www.e-fi.de/fileadmin/Studien/StuDIS2009/8_2009_Bericht_Bildung.pdf

Liebeskind, Uta: Arbeitsmarktsegregation und Einkommen. Vom Wert „weiblicher“ Arbeit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56 (2004) 4, S. 630–652

Lörz, Markus; Quast, Heiko; Woisch, Andreas: Bildungsintentionen und Entscheidungsprozesse, Studienberechtigte 2010 ein halbes Jahr vor Schulabgang. HIS: Forum Hochschule 14/2011. – URL: http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201114.pdf

Lösch, Manfred; Kau, Winand: Ein ökonometrisches Simulations- und Prognosemodell der betrieblichen Berufsausbildung. In: Greulich, Günther u. a. (Hrsg.): Empirische Konjunktur- und Wachstumsforschung. Zürich 2005

Lösch, Manfred; Maier, Tobias: Ex-Ante-Prognosen für das Jahr 2013 und 2014 aus dem aktualisierten und neu geschätzten Gleichungssystem (PROSIMA13). Bochum, Bonn 2013

May, Ronald: Generation Multimedia – Worauf sich Unternehmen vorbereiten sollten. Leon-berg 2012

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): Bereits Kinder nutzen zunehmend soziale Netzwerke und stellen persönliche Daten ins Internet. Veröffentlichung der KIM – Studie 2010 zum Medienumgang 6- bis 13 Jähriger. Pressemitteilung 03/2011, mpfs. Stuttgart 2011

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): Mobiles Internet bei Jugendlichen auf dem Vormarsch. Erste Ergebnisse der JIM-Studie 2012. Pressemitteilung 04/2012, mpfs. Stuttgart 2012

Mey, Eva: „Ich habe alle Chancen gepackt“ – Ressourcen von Jugendlichen mit Migrations-hintergrund. In: Psychologie und Erziehung 35 (2009) 1, S. 8–12

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW): Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW, Arbeitspapier, Stand 31.1.2012. – URL: http://www.arbeit.nrw.de/pdf/ausbildung/uebergangssystem_gesamtkonzept_instrumente.pdf

Ministry of Education, Culture and Science: The approach to Early School Leaving Retrieved. Policy in the Netherlands and the provisional figures of the 2010–2011 performance agreements. The Netherlands 2012. – URL: http://www.aanvalopschooluitval.nl/userfiles/file/2012/2012026_OCW_VSV_UK-versie_VSV_beleid_LR_internet.pdf

Möller, Iris; Stegmaier, Jens: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2006. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere 99. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/2086

Müller, Normann: Akademikerausbildung in Deutschland: Blinde Flecken beim internationalen OECD-Vergleich. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 38 (2009) 2, S. 42–46

Müller, Normann; Koscheck, Stefan: Finanzielle Förderung beruflicher Weiterbildung. In: Kreklau, Carsten; Siegers, Josef (Hrsg.): Handbuch der Aus- und Weiterbildung, Bd. 1, Aktualisierungslieferung Nr. 220 (2011), Ziffer 2632

Müller, Walter; Jacob, Marita: Qualifications and the Returns to Training Across the Life Course. In: Mayer, Karl Ullrich; Solga, Heike (Hrsg.): Skill formation. Interdisciplinary and cross-national perspectives. Cambridge 2008, S. 126–172

Müller-Kohlenberg, Lothar; Schober, Karen; Hilke, Reinhard: Ausbildungsreife – Numerus clausus für Azubis? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 34 (2005) 3, S.19–23. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1688

Musekamp, Frank: Konzepte zweijähriger Ausbildungsberufe im Spannungsfeld zwischen Bilden und Verwerten. In: lernen & lehren: Elektrotechnik-Informatik und Metalltechnik, 24. Jg., Heft 96/2009, S. 148–155. – URL: http://www.lernenundlehren.de/heft_dl/Heft_96.pdf

Musekamp, Frank; Spöttl, Georg; Becker, Matthias: Zweijährige Ausbildung im Kfz-Service. Kfz-Servicemechaniker/-innen aus der Perspektive von Auszubildenden, Lehrenden und betrieblichen Akteuren. Bielefeld 2011

Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland: Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife. Nürnberg 2006

Nickel, Sigrun; Duong, Sindy: Studieren ohne Abitur: Monitoring der Entwicklungen in Bund, Ländern und Hochschulen. Arbeitspapier Nr. 157. Gemeinnütziges Centrum für Hochschul-entwicklung (Hrsg.). Gütersloh 2012

Nuissl, Ekkehard (unter Mitarbeit von Liana Druckenmüller und Daniela Jung): Ordnungs-grundsätze der Erwachsenenbildung in Deutschland. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 329–346

Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD): Where immigrants succeed – a comparative review of performance and engagement in PISA 2003. Paris 2006

Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD): Bildung auf einen Blick. Bielefeld 2011

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): OECD Internet Economy Outlook 2012 – Highlights, OECD. 2012

Osiander, Christopher: Determinanten der Weiterbildungsbereitschaft gering qualifizierter Arbeitsloser IAB-Discussion Paper 29/2012. Nürnberg, 2012

Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (Hrsg.): Statistische Mitteilungen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. Frankfurt am Main, Jahrgänge 1991–1993

Pehl, Klaus; Reitz, Gerhard: Volkshochschul-Statistik. Bielefeld, Jahrgänge 1994–2002

Pfahl, Lisa; Powell, Justin J. W.: Draußen vor der Tür: Die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung. In: Das Parlament, Beilage vom 07.06.2010, S 32–39

Pferdt, Frederik G.: Designbasierte Didaktik (DdD) – Lernumgebungen mit Social Media innovativ gestalten, Wirtschaftspädagogisches Forum (Hrsg.: Euler, Dieter; Sloane, Peter F. E.). Paderborn 2012, S. 115

Piening, Dorothea; Hauschildt, Ursel; Heinemann, Lars; Rauner Felix: Hintergründe vorzeitiger Lösungen von Ausbildungsverträgen aus der Sicht von Auszubildenden und Betrieben in der Region Leipzig. Bericht zur Studie im Auftrag der Landratsämter Nordsachsen und Leipzig sowie der Stadt Leipzig. 1. Auflage August 2012

Pimminger, Irene: Existenzsichernde Beschäftigung von Frauen und Männern. Agentur für Gleichstellung im ESF Agentur für Gleichstellung im ESF. Berlin 2012

Rahn, Sylvia; Brüggemann, Tim; Hartkopf, Emanuel: Von der diffusen zur konkreten Berufs-orientierung: Die Ausgangslage der Jugendlichen in der Frühphase der schulischen Berufswahlvorbereitung. In: Die deutsche Schule 103 (2011) 4, S. 297–311

Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020"). Amtsblatt der Europäischen Union. Brüssel 2009. – URL: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:119:0002:0010:DE:PDF

Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zu einer Benchmark für die Lernmobilität 2011. Brüssel 2011. – URL: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:372:0031:0035:DE:PDF

Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates vom 11. Mai 2012 zur Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Bildungsgänge. Amtsblatt der Europäischen Union. Brüssel 2012 – URL: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:169:FULL:DE:PDF

Rat der Europäischen Union und Europäische Kommission: Gemeinsamer Bericht des Rates und der Kommission über die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020"). Die allgemeine und berufliche Bildung in einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Europa. Amtsblatt der Europäischen Union. Brüssel 2012. – URL: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:070:0009:0018:DE:PDF

Ratschinski, Günter: Selbstkonzept und Berufswahl: Eine Überprüfung der Berufswahltheorie von Gottfredson an Sekundarschülern. Münster 2009

Relikowski, Ilona; Yilmaz, Erbil; Blossfeld, Hans-Peter: Wie lassen sich die hohen Bildungs-aspirationen von Migranten erklären? In: Becker, Rolf; Solga, Heike (Hrsg.): Soziologische Bildungsforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52, 2012, S. 111–136

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (u.a.): Datenmonitoring und Evaluation des Programms „Bildungsprämie". Endbericht. Essen 2012

Roth, Tobias, Salikutluk, Zerrin; Kogan, Irene: Auf die „richtigen" Kontakte kommt es an! Soziale Ressourcen und die Bildungsaspirationen der Mütter von Haupt-, Real- und Gesamtschülern in Deutschland. In: Becker, Birgit; Reimer, David (Hrsg.): Vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die Generierung von ethnischen und sozialen Disparitäten in der Bildungs-biographie. Wiesbaden 2010, S. 179–212

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Einwanderungsgesellschaft 2010: Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Berlin 2010

Sächsisches Staatsministerium für Kultus: Medieninformation vom 12.06.2012: Duale Aus-bildung wird gestärkt. – URL: http://www.bildung.sachsen.de/5771.htm?pmid=2157

Schenk, Harald; Schneider, Verena; Tutschner, Herbert; Wasiljew, Elke: Evaluation des IT-Weiterbildungssystems: Untersuchung des Nutzens der IT Weiterbildung und des Verbleibs von Operativen und Strategischen Professionals, Abschlussbericht, Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2012

Scherr, Albert; Gründer, René: Toleriert und benachteiligt – Jugendliche mit Migrationshinter-grund auf dem Ausbildungsmarkt im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Ergebnisse einer Umfrage unter Ausbildungsbetrieben 2011. Pädagogische Hochschule, Institut für Soziologie. Freiburg 2011

Schittenhelm, Karin: Statuspassagen junger Frauen zwischen Schule und Berufsausbildung im interkulturellen Vergleich. In: Schlemmer, Elisabeth (Hrsg.): Ausbildungsfähigkeit im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Wiesbaden 2007, S. 55–68

Schmidt, Daniel: Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007: Erweiterte Möglichkeiten für eine Analyse der dualen Berufsausbildung. In: Wirtschaft und Statistik 60 (2008) 11, S. 982–992

Schmidt, Jan-Hinrik; Hasebrink, Uwe; Paus-Hasebrink, Ingrid: Heranwachsen mit dem Social Web. Zur Rolle von Web 2.0-Angeboten im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Bd. 62. Düsseldorf 2011

Schmidt-Hertha, Bernhard; Gidion, Gerd; Kuwan, Helmut; Strobel, Claudia; Waschbüsch, Yves: Web 2.0 – Neue Qualifikationsanforderungen in Unternehmen. Bielefeld 2011

Schmidt-Koddenberg, Angelika; Zorn, Simone: Zukunft gesucht! Berufs- und Studienorientierung in der Sek. II. Opladen 2012

Schober, Karen: Ausbildungsreife und Berufseignung. In: Hilke, Reinhard; Müller-Kohlenberg, Lothar; Schober, Karen (Hrsg.): Ausbildungsreife und Berufseignung. Psychologische und pädagogische Konzepte und Anforderungen der Praxis (14. Hochschultage Berufliche Bildung 2006, Workshop 21: Berufseignung). Bielefeld 2007, S. 67–81

Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix; Dionisius, Regina; Pfeifer, Harald; Walden, Günter: Kosten und Nutzen der dualen Ausbildung aus Sicht der Betriebe. Ergebnisse der vierten BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2010

Schöngen, Klaus: Ausbildungsvertrag gelöst = Ausbildung abgebrochen? Ergebnisse einer Befragung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 32 (2003) 5, S. 35–39. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1677

Schulmeister, Rolf: Vom Mythos der Digital Natives und der Net Generation. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012) 3. Bonn, S. 45. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/6884

Seeber, Susan: Einmündungschancen von Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung: Zum Einfluss von Zertifikat, Kompetenzen und sozioökonomischem Hintergrund. In: Granato, Mo-na; Münk, Dieter; Weiß, Reinhold (Hrsg.): Migration als Chance. Ein Beitrag der beruflichen Bildung. Bielefeld 2011, S. 55–78

Seibert, Holger; Hupka-Brunner, Sandra; Imdorf, Christian: Wie Ausbildungssysteme Chancen verteilen. Berufsbildungschancen ethnischer Herkunft in Deutschland und der Schweiz unter Berücksichtigung des regionalen Verhältnisses von betrieblichen und schulischen Ausbildungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4 (2009), S. 595–620

Settelmeyer, Anke; Erbe, Jessica: Migrationshintergrund: Zur Operationalisierung des Begriffs in der Berufsbildungsforschung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliches Diskussionspapiere 112. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_112_migrationshintergrund.pdf

Soremski, Regina: Das kulturelle Kapital in Migrantenfamilien: Bildungsorientierungen der zweiten Generation akademisch qualifizierter Migrantinnen und Migranten. In: Nohl, Arnd-Michael; Schittenhelm, Karin; Schmidtke, Oliver; Weiß, Anja (Hrsg.): Kulturelles Kapital in der Migration. Hochqualifizierte Einwanderer und Einwanderinnen auf dem Arbeitsmarkt. Wies-baden 2010, S. 52–64

Stamrov-Roßnagel, Christian: Berufliche Weiterbildung älterer Beschäftigter: Elemente einer umfassenden Förderstrategie. In: Seyfried, Brigitte (Hrsg.): Ältere Beschäftigte: Zu jung, um alt zu sein. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2011

Statistische Ämter der Länder und des Bundes: Qualitäts- und Ergebnisbericht – integrierte Ausbildungsberichterstattung. Wiesbaden 2011

Statistisches Bundesamt: Berufliche Schulen, Fachserie 11, Reihe 2, verschiedene Jahrgänge

Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung, Genesis-Online Datenbank. Themen: Bevölkerung, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Tabelle 12411-0006. – URL: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992. Stuttgart 1992

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2007. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2008a

Statistisches Bundesamt: Klassifikation der Wirtschaftszweige. Wiesbaden 2008b. – URL: https://www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/GueterWirtschaftklassifikationen/klassifikationwz2008_erl.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt: Weiterbildung 2010.Wiesbaden 2010a

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsfinanzbericht 2010. Wiesbaden 2010b

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2010c

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2010d

Statistisches Bundesamt. Weiterbildung 2011. Wiesbaden 2011a

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsfinanzbericht 2011. Wiesbaden 2011b

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Allgemeinbildende Schulen. Schuljahr 2011/2012. Fachserie 11, Reihe1. Wiesbaden 2012a

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Schulen. Schuljahr 2011/2012. Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden 2012b

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2011. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2012c

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2011. Fachserie 11 Reihe 8. Wiesbaden 2012d. – URL.: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Ausbildungsfoerderung/Aufstiegsfortbildung2110800117004.pdf

Statistisches Bundesamt. Weiterbildung 2012. Wiesbaden, 2012e

Statistisches Bundesamt: GENESIS-Online, Datenbank Aufstiegsfortbildungsförderung, Stand 26.09.2012. Wiesbaden 2012f. – URL.: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online

Statistisches Bundesamt: Statistik der schwerbehinderten Menschen. Kurzbericht 2009. Wiesbaden 2012g

Statistisches Bundesamt: 7,3 Millionen schwerbehinderte Menschen. Wiesbaden 2012h. – URL: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Behinderte/Aktuell.html;jsessionid=E378059C11573F9DB555046039CDA344.cae2

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsfinanzbericht 2012. Wiesbaden 2012i

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2009/2010. Wiesbaden 2012j

Statistisches Bundesamt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2012. Pressemitteilung Nr. 287 vom 23.08.2012, Wiesbaden 2012k. – URL: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/08/PD12_287_811.html

Statistisches Bundesamt: Arbeitsunterlage zur Fachserie 11, Reihe 2, 2011/2012. Wiesbaden 2012l

Statistisches Bundesamt: Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden 2013. – URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/SchnellmeldungAusbildungsberichterstattung5211002127004.pdf?__blob=publicationFile

Süssmuth, Rita; Sprink, Rolf: Volkshochschule. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 473–490

Tiemann, Michael: Wissensintensive Berufe. In: Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere 114. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6176

Tiemann, Michael; Schade, Hans-Joachim; Helmrich, Robert; Hall, Anja; Braun, Uta; Bott, Peter: Berufsfeld-Definitionen des BIBB auf Basis der Klassifikation der Berufe 1992. Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere 105. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/2080

Troltsch, Klaus: Strukturen und Entwicklungen der dualen Ausbildung in Technikberufen und Trends im Fachkräfteangebot bis 2015. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 6/2004. Bonn 2004. – URL: http://www.bmbf.de/pubRD/sdi_06_04.pdf

Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Beschäftigungssystem dominiert zunehmend Ausbildungs-stellenmarkt: Zur Responsivität des dualen Ausbildungssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 5–9. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1702

Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Beschäftigungsentwicklung und Dynamik des betrieblichen Ausbildungsangebots. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 43 (2010), S. 107–124

Troltsch, Klaus; Gerhards, Christian; Mohr, Sabine: Vom Regen in die Traufe? Unbesetzte Ausbildungsstellen als künftige Herausforderung des Ausbildungsstellenmarktes. In: BIBB REPORT 6 (2012) 19. – URL: http://www.bibb.de/de/62216.htm

Uhly, Alexandra: Die Zukunftsfähigkeit technischer Berufe im dualen System. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 5/2005. Bonn 2005. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/sdi-05-05.pdf

Uhly, Alexandra: Weitreichende Verbesserungen der Berufsbildungsstatistik ab April 2007. Zur Aussagekraft der Berufsbildungsstatistik für die Berufsbildungsforschung und Politikberatung. In: Krekel, Elisabeth M.; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld konkurrierender Interessen. Die Ausbildungsstatistik und ihr Beitrag für Praxis, Politik und Wissenschaft. Bielefeld 2006a, S. 39–63

Uhly, Alexandra: Zur Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote ausländischer Jugendlicher. Bonn 2006b. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a22_ausweitstat_bwp-3-2006_informationsbeitrag-uhly.pdf

Uhly, Alexandra: Der berufsstrukturelle Wandel in der dualen Berufsausbildung: empirische Befunde auf Basis der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007a, S. 209–257

Uhly, Alexandra: Strukturen und Entwicklungen im Bereich technischer Ausbildungsberufe des dualen Systems der Berufsausbildung. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 2-2007. Berlin 2007b – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/sdi-02-07.pdf

Uhly, Alexandra: Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der dualen Berufsausbildung. Bildungsvoraussetzungen im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen. In: Euler, Dieter; Walwei, Ulrich, Weiß, Reinhold (Hrsg.): Berufsforschung für eine moderne Berufsbildung – Stand und Perspektiven. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 24. Stuttgart 2010, S. 175–203

Uhly, Alexandra: Kurzexpertise zur „Variablendefinition Anschlussvertrag“ im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_expertise_neuabgrenzung_anschlussvertraege.pdf

Uhly, Alexandra: Weiterhin hohe Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 41 (2012a) 2, S. 4f. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/6861

Uhly, Alexandra: Die Konstruktion von Kohortendatensätzen auf Basis der Berufsbildungs-statistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Am Beispiel der Anfängerkohorte 2008. Diskussionspapier. Bonn 2012b. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_methodenpapier_kohortendatensaetze_bbs_bibb.pdf

Uhly, Alexandra; Flemming, Simone; Schmidt, Daniel; Schüller, Frank: Zwei Erhebungen zu neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Konzeptionelle Unterschiede zwischen der „Berufsbildungsstatistik zum 31.12.“ und der „BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.“. Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_methodenpapier-vergleich-BIBB-StBA-2009.pdf

Uhly, Alexandra; Gericke, Naomi: Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquoten. Neuerungen der Berufsbildungsstatistik aus 2007 ermöglichen erstmals genauere Berechnung differenzierter Quoten für Personengruppen. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_informationsbeitrag-uhly-gericke_neuberechnung-ausbildungsbeteiligungsquote.pdf

Uhly, Alexandra; Gericke, Naomi; Lohmüller, Lydia; Arenz, Ute M.: Schaubilder zur Berufs-bildung – Strukturen und Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung Deutschlands. Aus-gabe 2008. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/schaubilder

Uhly, Alexandra; Granato, Mona: Werden ausländische Jugendliche aus dem dualen System der Berufsausbildung verdrängt? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 3, S.51–55. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1695

Uhly, Alexandra; Kroll, Stephan; Krekel, Elisabeth M.: Strukturen und Entwicklungen der zweijährigen Ausbildungsberufe des dualen Systems. Ergebnisse aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.) sowie der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. In: Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere 128. Bonn 2011. URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6732

Uhly, Alexandra; Troltsch, Klaus: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungs- und Wissensökonomie. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 105/Heft 1/2009, S. 15–32

Ulrich, Joachim Gerd: Probleme bei der Bestimmung von Ausbildungsplatznachfrage und Ausbildungsplatzangebot. Definitionen, Operationalisierungen, Messprobleme. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren. Bonn 2005, S. 5–36

Ulrich, Joachim Gerd: Übergangsverläufe von Jugendlichen aus Risikogruppen. In: bwp@ Spezial 5 – HT2011, WS 15 2011. URL: http://www.bwpat.de/ht2011/ws15/ulrich_ws15-ht2011.pdf

Ulrich, Joachim Gerd: Indikatoren zu den Verhältnissen auf dem Ausbildungsstellenmarkt. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012a, S. 48–65. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830

Ulrich, Joachim Gerd: Indikatoren zur Einmündung in duale Berufsausbildung. In: Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.): Beteiligung an beruflicher Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick. Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133. Bonn 2012b, S. 66–83. URL: – http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830

Ulrich, Joachim Gerd: Regionale Unterschiede in der Integrationsfähigkeit des dualen Berufsausbildungssystems. In: WSI-Mitteilungen, 66 (2013) 1/2013, S. 23–32

Ulrich, Joachim Gerd; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf; Krekel, Elisabeth M.: Verbesserte Ausbildungschancen für Jugendliche, zunehmende Rekrutierungsprobleme für Betriebe. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2011. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/de/60244.htm

Ulrich, Joachim Gerd; Krekel, Elisabeth M.: Zur Situation der Altbewerber in Deutschland. Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006. BIBB REPORT 1/2007. – URL: http://www.bibb.de/de/32002.htm

Ulrich, Joachim Gerd; Krekel, Elisabeth M.; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2012 – Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt gerät ins Stocken. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bonn 2012. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_beitrag_naa-2012.pdf

UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) – Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen – zwischen Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz abgestimmte Übersetzung 2006. – URL: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRPD_behindertenrechtskonvention/crpd_de.pdf

Vollmer, Kirsten: (Berufliche) Teilhabe behinderter Menschen: Neue Perspektiven durch die VN-Konvention? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 2, S. 26–29. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/6638

Vollmer, Kirsten: „Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation soll Handlungskompetenz stärken“. In: Good Practice Center – Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung vom 23.08.2012. – URL: http://www.good-practice.de/zielgruppen_beitrag4821.php

Vollmer, Kirsten; Frohnenberg, Claudia (Hrsg.): Abschlussbericht „Die Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen unter Berücksichtigung quantitativer und qualitativer Kriterien und Fragestellungen“. In: Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere 103. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/2082

Walden, Günter: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungsgesellschaft? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 6, S. 43–46. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1704

Weber, Heiko: Zweijährige Ausbildungsberufe: Diskussion, Forschungsstand und Erkenntnisse am Beispiel des Maschinen- und Anlagenführers. In: lernen und lehren: Elektrotechnik-Informatik und Metalltechnik, 24. Jg., Heft 96/2009, S. 162–167 – URL: http://www.lernenundlehren.de/heft_dl/Heft_96.pdf

Wenzelmann, Felix; Lemmermann, Heike: Betriebliche Kosten von Vertragslösungen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 41 (2012) 5, S. 4–5. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/6949

Werner, Rudolf: Entwicklung der Berufsbildungsstatistik – Grundlagen und Inhalte seit 1950. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 29 (2000) 4, S. 23–28. – URL: http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/id/1658

Willich, Julia; Buck, Daniel; Heine, Christoph; Sommer, Dieter: Studienanfänger im Winter-semester 2009/10 – Wege zum Studium, Studien- und Hochschulwahl. HIS Hochschul-Informations-System GmbH: Forum Hochschule 6/2011. – URL: http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201106.pdf

Wirtschaftsministerkonferenz (WMK): Beschluss-Sammlung der Wirtschaftsministerkonferenz am 4./5. Juni 2012 auf Schloss Krickenbeck. Berlin 2012

Wolff, Heimfrid: Das Dienstleistungswachstum – eine moderne Umwegproduktion. In: Mittei-lungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23 (1990) 1, S. 63–67. – URL: http://doku.iab.de/mittab/1990/1990_1_MittAB_Wolff.pdf

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2012. Köln 2012. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends12/trends2012.pdf

Ziegler, Astrid; Gartner, Hermann; Tondorf, Katrin: Entgeltdifferenzen und Vergütungspraxis. In: Projektgruppe GiB (Hrsg.): Geschlechterungleichheiten im Betrieb. Arbeit, Entlohnung und Gleichstellung in der Privatwirtschaft. Berlin 2010, S. 271–346

Zimmermann, Hildegard: Weiterbildung im späteren Erwerbsleben. Empirische Befunde und Gestaltungsvorschläge. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2009

Informationen im Internet zu verwendeten Indikatoren

Indikatoren	Kapitel im Datenreport	Informationen im Internet
Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)	A1, A1.1, A1.4, A2.2, A4.7	http://www.bibb.de/de/wlk59754.htm
Ausbildungsabsolventenquote (AbsQ)	A4.5	http://www.bibb.de/de/wlk59773.htm
Ausbildungsanfängerquote (AAQ)	A4.5, A4.9	http://www.bibb.de/de/wlk59772.htm
Ausbildungsbeteiligungsquote (AQ)	A4.5	http://www.bibb.de/de/wlk59771.htm
Ausbildungsbetriebsquote	A4.11.1, A4.11.4	http://www.bibb.de/de/wlk59743.htm
Ausbildungsquote	A4.2.2, A4.11.1	http://www.bibb.de/de/wlk59742.htm
Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten (EQI)	A1, A1.1	http://www.bibb.de/de/wlk59766.htm
Erfolgsquote für Erstprüfungen (EQ_{EP})	A4.8	http://www.bibb.de/de/wlk59783.htm
Erfolgsquote I – teilnahmebezogene Erfolgsquote (EQ I)	A4.8	http://www.bibb.de/de/wlk59781.htm
Erfolgsquote II – exakte personenbezogene Erfolgsquote (EQ II neu)	A4.8	http://www.bibb.de/de/wlk59782.htm
Junge Menschen in formaler Bildung (FormBild)	A6.1	http://www.bibb.de/de/wlk59698.htm
Junge Menschen ohne Berufsabschluss (nicht formal Qualifzierte, nfQ)	A9.3	http://www.bibb.de/de/wlk59785.htm
Relative Bedeutung der Sektoren im Ausbildungsgeschehen	A6, A6.1	http://www.bibb.de/de/wlk59699.htm
Relative Bedeutung der Wege zur Berufsausbildung	A6.1	http://www.bibb.de/de/wlk59702.htm
Stellen-Bewerber-Relation (SBR)	A1.3	http://www.bibb.de/de/wlk59755.htm
(Vertrags-)Lösungsquote auf Basis der Aggregatdatenerfassung bis Berichtsjahr 2008 (LQ_{alt})	A4.7	http://www.bibb.de/de/wlk59780.htm
(Vertrags-)Lösungsquote auf Basis der Individualdatenerfassung ab Berichtsjahr 2009 (LQ_{neu})	A4.7	http://www.bibb.de/de/wlk59779.htm

Schlagwortverzeichnis

Schlagwort	Kapitel
Abiturienten/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.3
Abkürzung siehe Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (Berufsbildungsstatistik)	
Abschlussprüfung siehe Prüfung – Abschlussprüfung	
Absolventen/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Absolventen/-innen, Hauptschulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2, A4.7
Absolventen/-innen, Realschulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2, A4.7
Adult Education Survey (AES)	B1.1
Altbewerber/-innen (Ausbildungsmarkt)	A1, A1.1, A1.3, A3.2
Ältere Beschäftigte	B1.1.2
Ältere Erwerbstätige	B1.1.2
Anerkannte Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO siehe Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO	
Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	E2
Anfänger/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)	A1, A1.1, A2
Angebots-Nachfrage-Relation, erweitert (ANR)	A1, A1.1, A1.4
Angebotspotenzial	A2
ANKOM – Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge	D2
Anschlussverträge nach BBiG/HwO (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Anschlussverträge nach BBiG/HwO (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Arbeitsmarkt	A4.11.2
Arbeitsstellen, unbesetzte	B1.2.3
Assistenz- und Helferberufe in der Pflege	A5.4
Aufstiegsfortbildung	B3.2, B4.2
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	B3.2
Aufstiegsstipendium siehe Programm Aufstiegsstipendium	
Ausbilder, betriebliche Ausbildung (siehe auch Ausbildungspersonal)	A4.11.3
Ausbildereignungsprüfungen siehe Prüfung – Ausbildereignungsprüfung	
Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)	A4.11.3
Ausbildung nach BBiG/HwO, gefördert (außerbetrieblich)	A1, A1.1, A1.2, A1.3
Ausbildung nach BBiG/HwO, ungefördert (betrieblich)	A1, A1.1, A1.2, A1.3
Ausbildung, schulisch – siehe schulische Berufsausbildung	

AusbildungPlus	A7.3
Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege	A5.4
Ausbildungsabbruch siehe Vertragslösungen	
Ausbildungsabsolventenquote (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Ausbildungsaktivität von Betrieben	A4.11.2
Ausbildungsanfänger/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Ausbildungsanfängerkohorte (Berufsbildungsstatistik)	A4.7
Ausbildungsanfängerquote (AAQ, Berufsbildungsstatistik)	A4.5, A4.9
Ausbildungsberechtigung von Betrieben	A4.11.2
Ausbildungsbereiche siehe Zuständigkeitsbereiche	
Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung	A4.10
Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO mit Anrechnungsmöglichkeit	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, Image	A1
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Fachrichtungen	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Schwerpunkten	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, mit Wahlqualifikationen	A4.1.2
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, neue und modernisierte	A1.2, A4.1.2, A4.1.3, A4.4
Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, Strukturmerkmale	A4.1.2
Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen	A4.5, A4.9, A4.11.4, B1.2.3
Ausbildungsbeteiligung von Betrieben	A1.11.1, A4.11.2
Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Ausbildungsbetriebsquote	A4.11.4
Ausbildungsdauer nach BBiG/HwO	A4.1.2
Ausbildungsförderung	A8.2
Ausbildungsgänge außerhalb BBiG/HwO an Berufsfachschulen	A5.4
Ausbildungsgänge, vollzeitschulisch	A5.4
Ausbildungsgeschehen (Statistik, iABE)	A6
Ausbildungskosten	A8.2, A8.3
Ausbildungsmarkt	A1, A1.1
Ausbildungsmarktbilanz	A1, A1.1
Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)	A1, A1.1, A1.3
Ausbildungsordnungen, Strukturmerkmale	A4.1.2
Ausbildungspersonal	A4.11.3

Ausbildungsplatzangebot	A1, A1.1, A2
Ausbildungsplatzangebot, Vorausschätzung für 2013	A2
Ausbildungsplätze, außerbetriebliche siehe Ausbildungsplätze, überwiegend öffentlich finanzierte	
Ausbildungsplätze, betriebliche (Statistik)	A1, A1.1
Ausbildungsplätze, überwiegend öffentlich finanzierte (Statistik)	A1, A1.1
Ausbildungsplätze, unbesetzte (Statistik)	A1, A1.1
Ausbildungsplatznachfrage	A1, A1.1, A2
Ausbildungsplatznachfrage, Vorausschätzung für 2012	A2
Ausbildungsquote (Statistik)	A1, A1.1
Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen	A4.10
Ausbildungsstellen siehe Ausbildungsplätze und Berufsausbildungsstellen	
Ausbildungsstellenangebot	A1.3, A4.11.4
Ausbildungsstellenbewerber siehe Bewerber/-innen	
Ausbildungsstellenbewerber, gemeldete	A1, A1.1
Ausbildungsstellenbewerber, mit Alternative zum 30.09.	A2
Ausbildungsstellenbewerber, unversorgte	A2
Ausbildungsstellenbewerber/-innen	A1.3
Ausbildungsstellenmarkt, regional	A1.4
Ausbildungsstellennachfrage	A1.3
Ausbildungsvergütung	A8.1
Ausbildungsverträge, Bestand am 31.12. (Berufsbildungsstatistik)	A4.2.1
Ausbildungsverträge, betrieblich finanzierte (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.4
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene außerbetriebliche siehe Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte	
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene betriebliche (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1, A1.1, A1.4
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene insgesamt (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1, A1.1, A1.2, A1.4
Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1, A1.1, A1.2
Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Ausbildungsverträge, verkürzte Ausbildungsdauer (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Ausbildungsverträge, zweijährige Berufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Ausbildungsverträge, zweijährige Berufe (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Ausbildungswechsel	A4.3
Ausgaben der öffentlichen Hand	A8.2, B3.5
Ausländer/-innen (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.1

Ausländische Auszubildende	A4.2, A4.9
Auszubildende, Alter (Berufsbildungsstatistik)	A4.5
Auszubildende, Bestandszahlen (Berufsbildungsstatistik)	A4.2
Auszubildende, höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2
Auszubildende, schulische Vorbildung	A4.6.2, A4.9
BA/BIBB-Bewerberbefragung	A3.2, A4.9
Barrierefreiheit	B2.1.2
Begabtenförderung berufliche Bildung siehe Programm Weiterbildungsstipendium/Programm Aufstiegsstipendium	
Behinderung/Behinderte Menschen siehe Menschen mit Behinderungen	
Benachteiligte	A7.1
Benachteiligtenförderung	A7.1
Berufe siehe Ausbildungsberufe	
Berufliche Höherqualifizierung	B3.2
Berufliche Orientierung	A3.1, A4.9
Berufliche Segregation	A4.2
Berufliche Vollzeitschule	A3.1
Berufliche Weiterbildung siehe Weiterbildung, berufliche	
Beruflicher Verbleib siehe Übergang Ausbildung – Beschäftigung	
Berufsabschlüsse (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)	A7.1
Berufsausbildung siehe Ausbildung	
Berufsausbildung, Finanzierung	A8.2
Berufsausbildungsabsicht	A4.6.3
Berufsausbildungsstellen, gemeldete (Ausbildungsmarkt)	A1, A1.1, A1.3
Berufsausbildungsstellen, unbesetzte (Ausbildungsmarkt)	A1.3, A4.11.4
Berufsausbildungsvorbereitung	A7.1
Berufsbegleitende Studiengänge	B2.3, B3.3.1, B3.3.2
Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder	A4.2, A4.3, A4.4, A4.5, A4.6.1, A4.8
Berufsbildungsstatistik, Aggregatdatenerfassung	A4.2
Berufsbildungsstatistik, Individualdatenerfassung	A4.2
Berufsbildungsstatistik, neue Merkmale	A4.3
Berufsbildungsstatistik, Revision	A4.2
Berufseinstiegsbegleitung	A7.1
Berufsfachschulen, nicht vollqualifizierende	A3.3

Berufsfachschulen, vollqualifizierende	A5.1, A5.2, A5.3, A5.4
Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)	A3.3
Berufsgruppen	A4.6.2
Berufsorientierung	A7.1
Berufsspektrum	A4.9
Berufsstruktur	A4.4
Berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung	A4.6.1
Berufsvorbereitung, Maßnahmen der BA	A3.3, A7.1
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	A3.3
Berufswahl	A1
Betriebliche Ausbildungsbeteiligung siehe Ausbildungsbeteiligung von Betrieben	
Betriebliche finanzierte Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund	A3.2
Bewerber/-innen, alternativ verblieben	A1.3
Bewerber/-innen, offiziell unbekannt verbliebene	A3.2
Bewerber/-innen, unvermittelt	A1.3
BIBB/BA-Erwerbstätigenbefragung	A9.2, B1.1.2
BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.	A1.2
BIBB-Qualifizierungspanel	B1.2.1
BIBB-Schulabgängerbefragung	A3.1, A4.9
BIBB-Übergangsstudie	A3.3.1, A3.3.2, A4.9
Bildungsausgaben	A8.2, B3.5
Bildungsbudget	A8.3
Bildungsfinanzierung	B3.7
Bildungspersonal siehe Ausbildungspersonal	
Bildungsprämie (Programm Bildungsprämie)	B3.7
Blended Learning	B2.3
Bruttoinlandsprodukt	A2
Bundesprogramme Übergang Schule – Ausbildung	A7.1
Bundesprogramme zur Förderung der Berufsausbildung	D1
CVTS (Continuing Vocational Training Survey)	B1.2.2
DECVET (Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung)	D2
Demografische Entwicklung	A1, A6
Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR)	A4.1.1
Dienstleistungsberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Digitale Medien	C

Distance Learning	B2.3
Duale Studiengänge	A7.3
Einmündung in betriebliche Berufsausbildung	A3.1
Einmündung von jungen Fachkräften in Beschäftigung	A9.1, A4.11.2
Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI)	A1
Einstiegsqualifizierung	A3.3
Erfolgsquote Abschlussprüfungen im dualen System (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Erfolgsquote Fortbildungsprüfungen	B4.4
Erste Schwelle siehe Übergang Schule – Ausbildung	
Europäischer Sozialfonds (ESF)	B3.7
EU- Arbeitsprogramm 2020	E
Europäische Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung siehe CVTS	
Externe Rekrutierung	B1.2.3
Externenprüfung siehe Prüfung – Externenprüfung	
Fachpraktike/-innen-Berufe	A4.10
Fachschulen der Länder	B4.3
Fernlernen	B2.3
Fernstudium	B2.3
Fernunterricht (Statistik)	B2.3
Finanzierung betriebliche Weiterbildung siehe Weiterbildung, Finanzierung	
Förderinstrumente	A7.1, D1
Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
Förderung der Berufsausbildung	D1
Fortbildungsabschlüsse, geregelte	B4.2
Fortbildungsordnungen	B4.1, B4.2
Fortbildungsprüfungen siehe Prüfung – Fortbildungsprüfung	
Freie Berufe siehe Zuständigkeitsbereiche	
Gemeinsames Arbeitsprogramm	E
Geregelte Fortbildungsabschlüsse siehe Fortbildungsabschlüsse, geregelte	
Geschäftsklima in der Weiterbildung siehe Klimawert	
Gutscheinprogramm	B3.7
Handlungsfelder	A4.1.1
Handwerk siehe Zuständigkeitsbereiche	
Hauptschulabsolventen	A4.9
Haushaltsmittel	A8.2, B3.5
Hauswirtschaft siehe Zuständigkeitsbereiche	
Herkunft siehe Migrationshintergrund	

IAB-Betriebspanel	A4.11.2, B1.2.1
individuelle berufliche Weiterbildung	B3.7
Industrie und Handel siehe Zuständigkeitsbereiche	
Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)	A6
Jugendarbeitslosigkeit (im europäischen Vergleich)	E
Jugendliche mit Migrationshintergrund	A3.1
Jugendliche, ausbildungsinteressierte (Ausbildungsmarkt)	A1
Junge Menschen ohne Berufsabschluss siehe Nicht formal Qualifizierte	
Klimawert siehe Wirtschaftsklima in der Weiterbildung	
Kohortendatensatz	A4.7
Kompetenzorientierte Ordnungsmittel	A4.1.1
Kompetenzzentren siehe überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS)	
Konjunktur	A2
Konten des Ausbildungsgeschehens (Statistik, iABE)	A6
Kosten der beruflichen Ausbildung	A8.1, A8.3
Kündigung	A4.7
Kurzarbeit und Qualifizierung	B3.1
Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung	D1
Landwirtschaft siehe Zuständigkeitsbereiche	
Lebensbegleitendes/Lebenslanges Lernen	B2.3, B3.7
Leistungspunkte in der beruflichen Bildung siehe DECVET	
LEONARDO DA VINCI (EU-Programm)	E3
Lösungsquote, Ausbildungsvertrag (Berufsbildungsstatistik) siehe Vertragslösungsquote	
Marktungleichgewicht (duales Berufsbildungssystem)	A1
Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung	B3.1
Medienkompetenz	C
Mehrfachausbildungen	A4.3
Meister-BAföG	B3.2
Meisterprüfungen siehe Prüfung – Meisterprüfung	
Menschen mit Behinderungen	A4.4, A4.10, B2.1.2
Migrationshintergrund, Jugendliche	B3.3.1, A4.9
Mikrozenus	B1.1.1
Mobiles Lernen	C
Mobilität	E
Modellversuche in der beruflichen Bildung	D2
Modernisierte Ausbildungsberufe	A4.4

Monoberufe im dualen System nach BBiG/HwO	A4.1.2
Nachfragedefinition (Ausbildungsmarkt)	A1.1, A1.4
Nachfragepotenzial (Ausbildungsmarkt)	A2
Nachqualifizierung, berufliche	B3.4
Nachvermittlung (Ausbildungsmarkt)	A1
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (Berufsbildungsstatistik)	A4.4, A4.5
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1, A1.1, A1.2
Neuabschlüsse (Berufsbildungsstatistik)	A4.3, A4.4, A4.5
Neue Ausbildungsberufe im dualen System nach BBiG/HwO	A4.1.3, A4.4
Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System nach BBiG/HwO	A4.1.2
Nicht formal Qualifizierte (nfQ)	A9.3
Nichtakademische Berufsausbildung	A4.6.3
Niedriglohnbeschäftigung	A9.2
Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung	A8.3
Öffentlich geförderte Weiterbildung siehe Förderung beruflicher Weiterbildung	
Öffentlicher Dienst siehe Zuständigkeitsbereiche	
Öffentlicher Dienst, Ausbildung (Personalstandsstatistik Statistisches Bundesamt)	A4.2.3
Pflegeberufe	A5.4
Prekäre Beschäftigung	A9.1
Produktionsberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Programm Aufstiegsstipendium	B3.3.2
Programm Weiterbildungsstipendium	B3.3.1
Programme zur Förderung der Berufsausbildung	D1
Prüfung – Abschlussprüfung (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Prüfung – Ausbildereignungsprüfung	A4.10.3
Prüfung – Externenprüfung	B3.4
Prüfung – Externenprüfung (Berufsbildungsstatistik)	A4.8
Prüfung – Fortbildungsprüfung	B4.2, B4.4
Prüfung – Meisterprüfung	A4.10.3, B4.1, B4.4
Prüfungen – Umschulungsprüfungen	B4.4
Prüfungserfolg – Abschlussprüfung in der beruflichen Ausbildung	A4.8
Prüfungserfolg – Fortbildungsprüfung	B4.4
Qualifizierungstarifverträge	B3.6
Quantitative Synopse über das Ausbildungsgeschehen (Statistik, iABE)	A6
Realschulabsolventen	A4.9
Rehabilationspädagogische Zusatzqualifikation	A4.10

Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen	A1, A1.1, A4.6.2, A4.7, A4.9
Schulabgänger/-innen/Schulabsolventen/-innen (Berufswünsche, Einmündung in Berufsausbildung)	A3.1
Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen, Entwicklung der Zahl der	A2
Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen, nichtstudienberechtigte	A2
Schulabschluss, höchster allgemeinbildender (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2
Schulberufsausbildung siehe schulische Berufsausbildung	
Schulen des Gesundheitswesens	A5.3
Schulische Berufsausbildung	A5
Schulische Berufsausbildung, strukturelle Entwicklungen	A5.4
Schulische Vorbildung der Auszubildenden (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.1, A4.6.2
Seeschifffahrt siehe Zuständigkeitsbereiche	
Sektoren des Ausbildungsgeschehens (Statistik, iABE)	A6
SGB II – Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
SGB III – Förderung beruflicher Weiterbildung	B3.1
Social Media	C
Sonderprogramm WeGebAU	B3.1
Studienanfänger/-innen	A4.6.3
Studienberechtigte im dualen System	A4.6.3
Studieren ohne Abitur	B2.3, B3.3.2
Tariffonds	B3.6
Tarifliche Ausbildungsvergütung siehe Ausbildungsvergütung	
Tarifparteien	B3.6
Tarifpartner	A8.1
Tarifvertraglich geregelte Finanzierung beruflicher Weiterbildung siehe Weiterbildung, Finanzierung	
Technikberufe (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung siehe Weiterbildungsbeteiligung	
Teilzeitberufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Tertiarisierung der dualen Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.4
Überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS)	D3
Übergang Ausbildung – Beschäftigung	A9.1, A4.11.2
Übergang Schule – Ausbildung	A4.9
Übergang Schule – Beruf	A7.1

Übergangsbereich	A3.3
Übergangsbereich (Statistik, iABE)	A6
Übergangsmaßnahmen	A3.3
Übergangssystem	A3.1, A4.6.1
Übernahmeverhalten von Betrieben	A4.11.2
Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge siehe Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte	
Umschulungsordnungen siehe Fortbildungsabschlüsse, geregelte	
Umschulungsprüfung siehe Prüfung – Umschulungsprüfung	
UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)	A4.10, B2.1.2
Unbekannt verbliebene Bewerber/-innen	A3.2.3
Unbesetzte Arbeitsstellen siehe Arbeitsstellen, unbesetzte	
Unbesetzte Ausbildungsstellen siehe Ausbildungsstellen, unbesetzte	
Unbesetzte Berufsausbildungsstellen siehe Berufsausbildungsstellen, unbesetzte	
Ungelernte siehe Nicht formal Qualifizierte	
Unvermittelte Bewerber/-innen (Ausbildungsmarkt) siehe Bewerber/-innen	
Unversorgte Bewerber/-innen (Ausbildungsmarkt) siehe unvermittelte Bewerber/-innen	
Verbleib von Schulabgängern/Schulabgängerinnen	A3.1
Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber/-innen (Ausbildungsmarktstatistik)	A1.3
Verkürzung der Ausbildungsdauer (Berufsbildunsstatistik)	A4.3
Verkürzung der Ausbildungsdauer (BIBB-Erhebung 30.09.)	A1.2
Vernetztes Lernen und Arbeiten	C
Vertragslösung (Berufsbildungsstatistik)	A4.7
Vertragslösungsquote (Berufsbildungstatistik)	A4.7
Vertragswechsel (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
VN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen	A4.10
Volkshochschulen (VHS)	B2.2.1
Vollqualifizierende schulische Berufsausbildung s iehe schulische Berufsausbildung	
Vollzeitschulische Ausbildungsgänge	A5.4
Vorbildung der Auszubildenden, höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.2
Vorbildung der Auszubildenden, vorherige Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.3
Vorbildung der Auszubildenden, vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung (Berufsbildungsstatistik)	A4.6.1

Vorzeitige Vertragslösungen siehe Vertragslösung

wb**monitor** B2.1.1

Weiterbildung B1.2, B2.1.2, B2.1.1

Weiterbildung Geringqualifizierter und älterer Beschäftigter B3.1

Weiterbildung, berufliche B1.1.1, B2.1.1, B2.2.1, B2.2.2, B2.2.3, B3.1, B4.3

Weiterbildung, betriebliche B1.2.1, B1.2.2, B1.2.3, B3.6

Weiterbildung, Erwerbstätige B1.1.1

Weiterbildung, Finanzierung B3.5, B3.6

Weiterbildung, Klimawert siehe Wirtschaftsklima in der Weiterbildung

Weiterbildung, non-formal und formal B2.3

Weiterbildung, öffentlich geförderte siehe Förderung beruflicher Weiterbildung

Weiterbildungsaktivitäten B1.2

Weiterbildungsanbieter B2.2.2, B2.2.3, B2.1.1

Weiterbildungsangebote B2.1.1

Weiterbildungsbereitschaft B1.2

Weiterbildungsbeteiligung B1.2, B1.2.1, B1.2.2, B2.2.2

Weiterbildungsförderung B3.5, B3.7

Weiterbildungskosten siehe Weiterbildung, Finanzierung

Weiterbildungsquote (siehe auch Weiterbildungsbeteiligung) B1.2.1

Weiterbildungsstipendium siehe Programm Weiterbildungsstipendium

Weiterbildungsstrukturen B1.2.3

Weiterbildungsthemen B2.2.3

Wirtschaftsklima in der Weiterbildung B2.1.1

Wissensökonomie A4.4

Zugelassene kommunale Träger (zkT) (Ausbildungsmarktstatistik) A1, A1.1, A1.3

Zusatzqualifikationen zu dualen Ausbildungsberufen A7.2

Zuständigkeitsbereiche (Berufsbildungsstatistik) A4.2, A4.6.1, A4.6.2

Zuständigkeitsbereiche, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.) A1.2

Zweijährige Ausbildungsberufe (Berufsbildungsstatistik) A4.4

Zweijährige Ausbildungsberufe (BIBB-Erhebung 30.09.) A1.2

Zweite Schwelle siehe Übergang Ausbildung – Beschäftigung

Bundesinstitut
für Berufsbildung

BIBB

- Forschen
- Beraten
- Zukunft gestalten

ISBN 978-3-88555-942-9